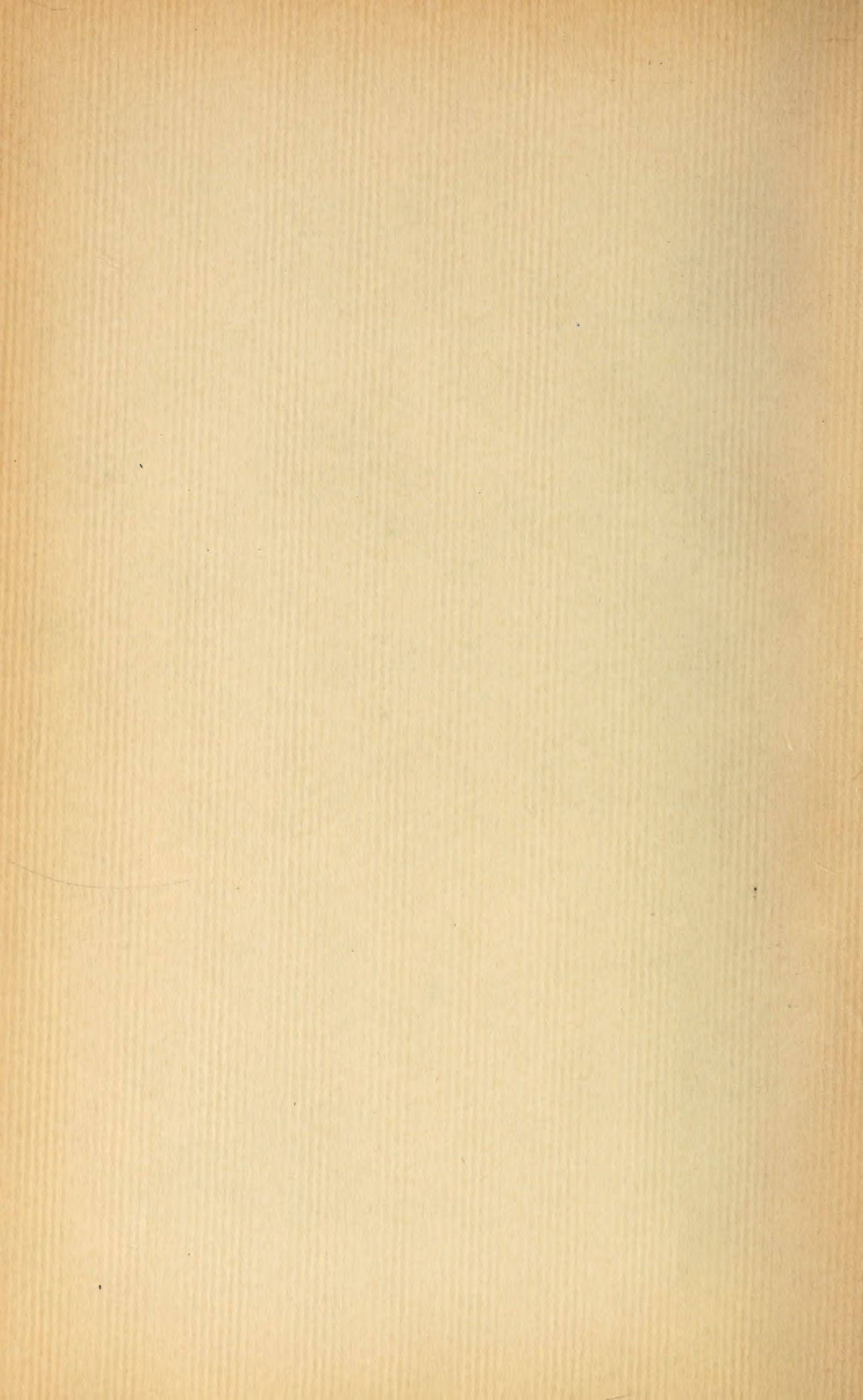






Gesammelte Schriften

von

Karl Marx und Friedrich Engels

1852 bis 1862

Herausgegeben von N. Rjasanoff

Die Übersetzungen aus dem Englischen von Luise Kautsky

Erster Band

Briefe über England ∻ Die orientalische Frage ∻ Palmerston ∻ Der Russisch-Türkische Krieg

Stuttgart 1917
Verlag von J. H. W. Dietz Nachf. G.m.b.H.

Druck von J. H. W. Dietz Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.

Inhalts-Verzeichnis.

Die orientalische Frage.

Palmerston.

Der Russisch-Türkische Krieg.

Erläuterungen und Anmerkungen.

Vorwort des Herausgebers.

Die außerordentliche geistige Bedeutung, die Karl Marx und Friedrich Engels für das internationale Kulturleben erlangt haben, wurde durch nichts so schlagend bewiesen, wie durch den leidenschaftlichen literarischen Kampf, der als eine Begleiterscheinung des Weltkrieges in allen kriegführenden und neutralen Ländern um den Marxismus entbrannte. So albern die Behauptung ist, daß der sogenannte Zusammenbruch der Internationale auch den vollständigen Bankrott des wissenschaftlichen Sozialismus bedeute, so unterliegt es doch keinem Zweifel, daß eine der wichtigsten Aufgaben der internationalen Sozialdemokratie nach dem Kriege die kritische Nachprüfung der theoretischen Erbschaft der zweiten Internationale bilden wird, um so mehr, als in dieser Erbschaft viele Thesen enthalten sind, deren völlige Unhaltbarkeit eben im Lichte des jetzigen Weltkrieges endgültig zutage getreten ist.

Leider bewies derselbe literarische Krieg, daß gerade diejenigen Werke von Marx und Engels, in denen sie sich eingehend mit den Fragen der auswärtigen Politik, mit den Friedens- und Kriegsfragen beschäftigten, in denen sie kritisch alle die Ereignisse behandelten, die in ihrem weiteren Verlauf zu dem Deutsch-Französischen Kriege von 1870, zu dem Ausgangspunkt der heutigen Verwicklungen führten, daß alle diese Arbeiten auch den meisten Marxisten völlig unbekannt sind.

Die Mehringsche Ausgabe des literarischen Nachlasses von Marx und Engels schließt mit den Artikeln aus dem Jahre 1850, mit dem Anfang des Londoner Exils, mit der Auflösung des Kommunistenbundes. Sie zeigt uns, wie Marx und Engels das Erbe der klassischen deutschen Philosophie selbständig umarbeiten, wie sie sich mehr und mehr von der bürgerlichen Demokratie loslösen, um im Kommunistischen Manifest das erste Programm der proletarischen Demokratie zu formulieren, wie sie endlich während der revolutionären Jahre 1848 bis 1849 die neugewonnenen Grundsätze in der Praxis anwenden. Bleibt auch für die Periode der vierziger Jahre

noch vieles zu tun, wenn es gilt, eine vollständige Schilderung ihrer geistigen Entwicklung zu geben, so bietet uns doch die Mehringsche Sammlung die wichtigsten theoretischen und publizistischen Kundgebungen, mit denen Marx und Engels in die historische Entwicklung der vierziger Jahre eingegriffen haben.

Zwischen der Auflösung des Kommunistenbundes, mit der der erste bedeutende Abschnitt ihrer öffentlichen Tätigkeit abschließt, und der im September 1864 erfolgten Gründung der Internationalen Arbeiterassoziation, von der man gewöhnlich den Beginn des neuen Abschnitts rechnet, liegt eine Zeit, in der beide Freunde scheinbar nur ihre Kräfte für diese neue Tätigkeit sammeln. Wir sagen scheinbar, denn schon in den Jahren 1859 bis 1860 veröffentlicht Marx seine Schrift „Zur Kritik der politischen Ökonomie" und „Herr Vogt", Engels „Po und Rhein" und „Savoyen, Nizza und der Rhein", Arbeiten, mit denen beide ebenso entschieden in die historische Entwicklung eingriffen, wie sie es früher in den vierziger Jahren taten.

Aber schon ein oberflächlicher Vergleich dieser neuen Kundgebungen mit den früheren zeigt, daß sie auf eine viel tiefere Erfassung schon früher bearbeiteter Gebiete und auf ein eingehendes Studium früher kaum angeschnittener Fragen hinweisen. Sowohl die beiden Schriften von Engels, wie besonders Marxens „Herr Vogt" legen von einer Detailkenntnis der politischen Geschichte Europas Kenntnis ab, die nur als Frucht langjähriger Studien begreiflich wird. In unserer Studie „Karl Marx über den Ursprung der Vorherrschaft Rußlands in Europa" schrieben wir darüber folgendes:

„Marx beschäftigte sich aber in den fünfziger Jahren nicht nur mit dem Studium des ‚bürgerlichen Kosmos'. Nicht minder eifrig studierte er die ‚Mysterien der internationalen Staatskunst'. London war nicht nur der günstigste Ort für das Studium der ökonomischen Verhältnisse des Weltmarktes, es war auch, wie der Haag im achtzehnten Jahrhundert, der Ort, wo in den Börsenbulletins — wie in einem Barometer die geringsten Schwankungen des Luftdrucks — jede, auch die geringste Veränderung auf dem Gebiet der internationalen politischen Beziehungen schneller wie überall zutage trat."

Wie Marx uns selbst erzählt, wurde sein eifriges Studium der „Mysterien der internationalen Staatskunst" nicht nur durch seine

persönlichen Neigungen veranlaßt. Die „gebieterische Notwendigkeit einer Erwerbsstellung" zwang ihn, den Posten des europäischen Redakteurs der ersten anglo-amerikanischen Zeitung seiner Zeit, der New York Tribune, zu übernehmen. Das führte zu einer „außerordentlichen Zersplitterung seiner Studien", denn mit der ihm eigenen wissenschaftlichen Gewissenhaftigkeit verfolgte er die von dem Geschichtsverlauf auf die Tagesordnung gestellten Probleme bis in ihre letzten Einzelheiten und verweilte so kürzere oder längere Zeit auf Gebieten, die scheinbar von dem Hauptgegenstand seiner Studien weitab lagen.

Die Herausgabe des Briefwechsels zwischen Marx und Engels brachte seither viel neues Material auch über diese Periode, sie zeigte aber auch, wie klein die Zahl der Schriften von Marx und Engels aus dieser Zeit ist, die uns zugänglich sind. Wir wissen jetzt, daß es keine wichtige politische Frage gab — die orientalische Frage, der Krimkrieg, der ostindische Aufstand, der Italienische Krieg, der nordamerikanische Bürgerkrieg —, zu der nicht beide Freunde sofort Stellung nahmen. Außerdem finden wir Hinweise auf zahlreiche Artikel über die inneren Verhältnisse verschiedener europäischer und asiatischer Staaten, Artikel „über auffallende ökonomische Ereignisse in England und auf dem Kontinent", Artikel über die Kolonialpolitik usw. Von alledem ist bisher nur ein winziger Teil, und auch der nur in englischer Sprache wieder neu gedruckt worden.

Hat die Veröffentlichung des Briefwechsels die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Ausgabe aller Werke von Marx und Engels wiederum in den Vordergrund gebracht, so stellte sich auch umgekehrt heraus, daß ein brauchbarer Kommentar, daß die Ausnützung des reichen Materials, das uns in diesem Briefwechsel geboten wird, unmöglich ist, solange wir nicht das Gesamtbild der intellektuellen Tätigkeit beider Freunde während dieser Jahre vor uns haben.

Die vorliegende Sammlung stellt sich die Aufgabe, diese Lücke — von 1852 bis 1862 — auszufüllen.* Schon im Jahre 1909 habe ich den Versuch unternommen, alle unbekannten Artikel von

* Alle Kundgebungen von Marx und Engels, die in die Jahre 1864 bis 1876 fallen und die sich an ihre Tätigkeit in der Internationalen Arbeiterassoziation knüpfen, werden in dem von mir vorbereiteten „Urkundenbuch der Internationale" veröffentlicht werden, dessen erster Band demnächst erscheint.

Marx und Engels zu sammeln. Den Anlaß bot mir meine Arbeit über die Marxsche Darstellung der englisch-russischen Beziehungen. Eine Vorarbeit fand ich in der Sammlung Marxscher Artikel aus der New York Tribune über den Krimkrieg, der von dem Ehepaar Aveling unter dem Titel „The Eastern Question“ (London 1897) herausgegeben worden war. Eine kritische Durchsicht dieser Ausgabe brachte mich zu der Überzeugung, daß sie viele Fehler und Lücken aufweise und daß in sie auch Artikel aufgenommen wurden, die weder von Marx noch von Engels herrühren. Eine zweimalige Durchmusterung der New York Tribune von 1852 bis 1862 gab mir die Möglichkeit, festzustellen erstens, daß in jener Ausgabe auch aus den Jahren 1853 bis 1855 einige wichtige Artikel fehlen, zweitens, daß die Zahl und die Bedeutung der von Marx und Engels in dem amerikanischen Blatt veröffentlichten Artikel weitaus alle Erwartungen übertrifft. Da vom Jahre 1853 an ein großer Teil dieser Beiträge als Leitartikel erscheint — also anonym — und vom Jahre 1855 an der Name von Marx überhaupt aus den Spalten der New York Tribune verschwindet, so war es keine leichte Aufgabe, alle diese Artikel — von den Lücken in dem Exemplar der New York Tribune, das sich im British Museum befindet, ganz abgesehen — herauszufinden und die Verfasserschaft zu prüfen. Einige Vermutungen fanden später ihre Bestätigung in dem Briefwechsel.

Noch schwieriger gestaltete sich die Nachforschung in den Zeitschriften, an denen Marx in den fünfziger und sechziger Jahren teilnahm, und in der amerikanischen Enzyklopädie. Hier galt es vorläufig, das Wertvollste auszusondern. Eine wichtige Ergänzung zu den Artikeln in der New York Tribune aus den Jahren 1853 bis 1856 bildeten einerseits die Artikel in dem Chartistenblatt People's Paper, anderseits die Beiträge von Marx für die Neue Oder-Zeitung, die sich als viel zahlreicher und inhaltsreicher erwiesen, als wir es selbst erwarteten. Und ebenso wichtige Ergänzungen fanden wir für das Jahr 1859 in der Londoner deutschen Zeitschrift Volk und für das Jahr 1862 in der Wiener Presse.

Fassen wir alle Zeitschriften zusammen, an denen Marx und Engels in den Jahren 1852 bis 1862 mitarbeiteten — die New York Tribune, People's Paper, Putnam's Review, Free Preß, New American Cyclopaedia, Volunteer Journal for Lancashire und

Cheshire in englischer Sprache, die Reform, die Neue Oder-Zeitung, das Volk, die Presse in deutscher Sprache —, so beläuft sich die Zahl der Aufsätze, die unzweifelhaft aus der Feder von Marx oder Engels stammen, auf einige Hunderte.*

Daher waren wir noch mehr als F. Mehring gezwungen, für unsere Sammlung eine Auswahl zu treffen. So haben wir, mit wenigen Ausnahmen, alle diejenigen Artikel nicht aufgenommen, die, um Marxens Worte zu gebrauchen, als „eigentliche Zeitungskorrespondenz" betrachtet werden können. Es sind derer nicht wenige, und obwohl auch in diesen oft sehr interessante theoretische Exkurse zu finden wären, müssen sie für die Gesamtausgabe reserviert bleiben. Dagegen sind ausnahmslos alle größeren Aufsätze — sowohl die historischen wie die ökonomischen — aufgenommen, die bis jetzt gar nicht oder nur dem Titel nach bekannt waren.

Der oberste Gesichtspunkt, der uns bei der Auswahl aus den von uns gefundenen Artikeln leitete, war der folgende: wir berücksichtigten alle jene Aufsätze, die für Marx und Engels charakteristisch sind, die ihren politischen Gedankengang am vielseitigsten beleuchten, die ihre Stellungnahme zu den bedeutsamen historischen Ereignissen des Jahrzehnts 1852 bis 1862 präzisieren oder ihre Ansichten in ein neues Licht stellen. Endlich alle, die später als Bausteine für große Arbeiten — für das „Kapital" oder für die historisch-publizistischen Essays von Engels — verwertet wurden und somit zu einer vollständigeren Erklärung ihres Lebenswerkes dienen können.

Da unsere Sammlung noch mehr für Leser aus Arbeiterkreisen bestimmt ist als die Mehringsche, hielten wir den kritisch-bibliographischen Apparat für überflüssig, der nur für eine wissenschaftliche Gesamtausgabe passen würde. Wir haben uns nicht verpflichtet gefühlt, bei jedem einzelnen Artikel zu beweisen, daß er von Marx oder Engels herrührt. Doch haben wir nur solche Artikel aufgenommen, für die wir ausdrückliche direkte oder überzeugende indirekte Beweise haben, daß sie von Marx oder Engels geschrieben sind.

In eine wissenschaftliche Gesamtausgabe gehört auch eine vollständige Textrevision, die schon dadurch erschwert wird, daß uns die Manuskripte fast aller Artikel für immer verloren gegangen

* Eine vollständige Bibliographie wird von mir später separat herausgegeben werden.

sind, die wir indes stellenweise durch einen genauen Vergleich verschiedener Redaktionen in jenen Fällen bewerkstelligen konnten, in denen der gleiche Artikel an zwei verschiedenen Stellen gedruckt wurde. Auch eine detaillierte Nachprüfung der ungeheuren Masse von Zitaten aus verschiedenen Zeitungen, aus den Blaubüchern, aus den parlamentarischen Berichten, sowie der mannigfaltigsten Angaben und zahllosen Namen gehört nicht in die vorliegende Ausgabe; eine Nachprüfung, die zudem jetzt sehr schwer durchzuführen wäre, solange man nicht die reichen Schätze des British Museum zu seiner Verfügung hat. Wir bemühten uns trotzdem, soweit es uns möglich war, den Text genau zu revidieren und die auffallendsten Fehler stillschweigend zu verbessern, wo es sich um einen offensichtlichen Druckfehler oder eine Verschreibung der Namen handelt, über die sich Marx in seinen Briefen beklagt und die durch seine äußerst unleserliche Handschrift oft veranlaßt wurden. Andere Fehler aber, die man auf Marxens Konto setzen darf, wurden in den Anmerkungen registriert.

Wir unterließen auch den Versuch, in denjenigen Artikeln, deren Autorschaft für uns unzweifelhaft bezeugt ist, alles das auszusondern, was von einer fremden Hand eingeschaltet worden ist. Besonders ist das der Fall mit jenen Korrespondenzen von Marx und Engels, die für die New York Tribune als Leitartikel verwendet wurden. Es sind meistens ein paar Eingangs- oder Schlußbemerkungen, die die Redaktion hinzufügte, um den Briefen die für diesen Zweck passende Form zu geben.

Was die sachlichen Erläuterungen anbelangt, so haben wir sie auf das Notwendigste reduziert. Die Artikel selbst bringen ein äußerst reiches Tatsachenmaterial und sprechen meistens für sich selbst. Die Welthändel jener Zeit sind in ihrem allgemeinen Verlauf bekannt. Wenn die Aufsätze von Marx und Engels auch keine systematisch geordnete Geschichte des Jahrzehnts 1852 bis 1862 darstellen, so bieten sie uns doch für die bedeutendsten Ereignisse dieser Periode eine Fülle kennzeichnender Tatsachen, feiner Bemerkungen und Beobachtungen, nach denen wir vergeblich in den entsprechenden Geschichtswerken suchen werden. Insbesondere gilt dies von der englischen Geschichte. Auch für einen Historiker vom Fach bringen die Aufsätze auf Schritt und Tritt neue Winke und

Hinweise: sie decken ihm — wenn auch in der subjektiven Auffassung des Marx-Engelsschen Standpunktes, die so oft die vollständigste Bestätigung in dem objektiven Geschichtsverlauf fand und findet — zahlreiche Blätter der damaligen Geschichte auf, die von der offiziellen Geschichtschreibung entweder absichtlich verschwiegen oder infolge einer Klassen-Farbenblindheit nicht gesehen werden. Selbst dort, wo wir auf Fehler in der Beurteilung der führenden Personen jener Zeit stoßen, zeigt die seitdem veröffentlichte Memoirenliteratur, wie außerordentlich vielseitig und oft auch sehr zuverlässig die Informationsquellen von Marx waren.

Hand in Hand mit rasch hingeworfenen Briefen, die uns schon nach den ersten Nachrichten ein zusammenfassendes Bild der in ihrem Vollziehungsprozeß begriffenen Tagesgeschichte entrollen, gehen musterhafte Analysen der politischen und sozialen Zustände der verschiedenen Länder Europas, Asiens und Amerikas, geschichtliche Studien und biographische Skizzen, die neues Licht auf die in der Gegenwart wirkenden Kräfte werfen, und die in ihrer Gesamtheit eine ungemein fesselnde und anregende Lektüre bilden.

Um den Lesern, denen es an Zeit mangelt, nach den nötigen Aufklärungen in verschiedenen Nachschlagwerken zu suchen, das Verständnis des Textes zu erleichtern, geben wir eine kurze chronologische Übersicht der wichtigsten Ereignisse jener Zeit und ein Namensregister, das bei jedem Namen die bedeutendsten Daten zusammenstellt, insoweit sie nicht im Text selbst gegeben sind.

F. Mehring hatte bei seiner Ausgabe der Marx-Engelsschen Schriften der vierziger Jahre mit einer ganz vergessenen Zeit zu tun. Es war ohne weitläufigen Kommentar unmöglich, jene Periode und ihre eigentümliche Literatur unseren Zeitgenossen begreiflich zu machen. Der Herausgeber mußte da die verschiedenen geistigen Einflüsse kritisch verfolgen, die an der Entwicklung der Marx-Engelsschen Weltanschauung mitwirkten, und es wurde notwendig, eine Reihe von ganz verschollenen und oft absichtlich von der bürgerlichen Geschichtschreibung totgeschwiegenen Namen für die heutige Generation lebendig zu machen. Alles das ist nicht mehr erheischt für die Zeit, die in der vorliegenden Sammlung behandelt wird. Hier gilt es vielmehr, die Stellung kritisch zu erörtern, die Marx und Engels zu verschiedenen Tagesfragen eingenommen haben. Es war

unsere Absicht, ebenso ausführlich, wie wir es in unserer Arbeit über die Marxsche Darstellung der englisch-russischen Beziehungen getan haben, auch alle anderen entscheidenden Punkte des politischen Gedankensystems von Marx und Engels einer Kritik zu unterwerfen. Es dünkt uns aber, der gegenwärtige Zeitpunkt sei für eine derartige kritische Untersuchung aus verschiedenen Gründen wenig geeignet. Das soll den Gegenstand einer besonderen Arbeit bilden, in der wir auch das von uns für die Biographie von Marx und Engels gesammelte Material, das sich auf die Periode von 1850 bis 1876 bezieht, zu verwerten gedenken.

Nur noch einige Bemerkungen. Eine kritische Nachprüfung aller Aufsätze von Marx und Engels — der bekannten und der von uns zuerst entdeckten —, in denen sie sich mit den Fragen der auswärtigen Politik befassen, bekräftigte uns in der Überzeugung, daß das Schema dieser Politik, das beide Gründer des wissenschaftlichen Sozialismus in seinen Hauptzügen ganz in der Form übernommen haben, in der es von der bürgerlichen Demokratie überliefert worden, angesichts der von Grund aus geänderten politischen und ökonomischen Verhältnisse seinen historischen Sinn schon längst verloren hat. Erst allmählich befreiten sich Marx und Engels von diesem Einfluß. Nachdem sie diese überlieferten politischen Begriffsbestimmungen einer scharfen Kritik unterzogen, arbeiteten sie auch in den Fragen der auswärtigen Politik konsequent den proletarischen Standpunkt heraus und gelangten so zu dem Schluß, den Marx zuerst in der Inauguraladresse formulierte. Sie erkannten, das große Ziel, das sie sich stellten, die Befreiung der Arbeiterklasse, sei eben deshalb, weil es das Zusammenwirken verschiedener Nationen erheischt, unvereinbar „mit einer auswärtigen Politik, die frevelhafte Zwecke verfolgt, mit Nationalvorurteilen ihr Spiel treibt und in piratischen Kriegen des Volkes Blut und Gut vergeudet". Indem sie auf diesen notwendigen Zusammenhang zwischen der inneren und der auswärtigen Politik hinwiesen, und den Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie als leitenden Grundsatz auf allen Gebieten und in allen Phasen der geschichtlichen Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft proklamierten, forderten sie das Proletariat auf, alle Machenschaften der geheimen Diplomatie stets im Auge zu behalten und in die Geheimnisse der internationalen Politik

einzudringen. Die vorliegende Sammlung bringt den Beweis, daß sie das Getriebe der Weltpolitik ebenso eifrig studierten wie das Getriebe der Weltwirtschaft.

Lieferte ihnen für ihre Kritik der kapitalistischen Produktionsweise England den Hauptstoff, so für die Kritik der äußeren Politik und der geheimen Diplomatie außerdem noch Rußland. Wenn aber England schon seit langem ein Monopol auf dem Gebiet des Weltmarkts und der Weltpolitik verloren hat, so hat auch in Rußland der Prozeß der inneren politischen Entwicklung schon längst begonnen, der diese Monopolstellung auf dem Gebiet der äußeren Politik untergräbt. Die Zeit der auserwählten Völker ist in jeder Hinsicht vorbei. Es wirken überall in den mehr oder minder industriell und politisch entwickelten Ländern dieselben Gesetze, es setzen sich überall dieselben Tendenzen durch. „Es ist deine Geschichte, die hier erzählt wird", konnte Marx auch hier den „pharisäisch die Achsel zuckenden Lesern" zurufen.

Bei der Einteilung des Stoffes hielten wir uns im allgemeinen an die chronologische Reihenfolge, wobei die einzelnen Abschnitte den wichtigsten Ereignissen der fünfziger Jahre entsprechen. Nur ausnahmsweise haben wir diese Regel durchbrochen und Artikel aus verschiedenen Jahren unter gemeinsamen Titeln, soweit es der Gegenstand erlaubte, zusammengefaßt.

Der erste Band enthält die Artikel aus der New York Tribune und People's Paper (1852 bis 1854), darunter Briefe über England (die Wahlen von 1852, Sturz der Toryregierung und Bildung des Koalitionsministeriums, Gladstones Budget), über die orientalische Frage, über Palmerston und über den Russisch-Türkischen Krieg 1853 bis 1854.

Der zweite Band bringt die Artikel aus der New York Tribune, People's Paper und der Neuen Oder-Zeitung, die den weiteren Verlauf des Krimkrieges bis zum Fall von Kars behandeln, darunter auch größere Arbeiten, zu denen die Ereignisse Marx oder Engels Gelegenheit boten, so die Artikelserien über die spanische Revolution, über den Panslawismus, über Lord Russell und über den Fall von Kars. Diese zwei Bände bilden in gewisser Hinsicht ein abgeschlossenes Ganzes.

Der dritte Band wird die Artikel aus der New York Tribune und People's Paper (1856 bis 1858) bringen, darunter Artikel über England, Frankreich, Preußen, Österreich, Spanien, Sardinien, eine Artikelserie über den Crédit mobilier, die Geschichte der russisch-englischen Allianz, Artikel über England (1857 bis 1858), über die englische Herrschaft und den großen Aufstand in Indien, über die Handelskrise von 1857.

Der vierte Band wird enthalten die Artikel aus der New York Tribune und dem Volk über die europäische Krisis von 1859 und den Italienischen Krieg, den „Herr Vogt", die wichtigsten Aufsätze aus der amerikanischen Enzyklopädie, die Artikel über England (1861 bis 1862) und den nordamerikanischen Bürgerkrieg — sowohl aus der New York Tribune wie aus der Wiener Presse.

Die englischen Artikel sind alle von Frau Luise Kautsky übersetzt. Mit welchem Geschick sie sich dieser schwierigen Aufgabe entledigte, zeigt am besten der Vergleich ihrer Übersetzung der Palmerston-Artikel mit Marxschen Korrespondenzen über dasselbe Thema in der Neuen Oder-Zeitung, die im zweiten Band abgedruckt sind.

Besonderen Dank schulden der Herausgeber und die Übersetzerin ihrem Freunde Heinrich Dietz, der auf den Vorschlag, auch diesen Teil des literarischen Nachlasses von Marx und Engels den deutschen Arbeitern zugänglich zu machen, bereitwilligst einging und mit nie ermüdender Sorgsamkeit sowie feinem Verständnis für die Erfordernisse der wissenschaftlichen Forschung und kundigem Rat ihre gemeinsame Arbeit unterstützte.

Zürich, Oktober 1916. **N. Rjasanoff.**

Einleitung.

A. Karl Marx und die New York Tribune. 1851 bis 1856.

I.

Mit dem Untergang der politisch-ökonomischen Revue, die Marx und Engels unter dem alten Namen Neue Rheinische Zeitung gründeten, als sie sich nach verschiedenen Wanderungen in London im Herbst 1849 vereinten, verschwand für beide Freunde auf lange Zeit hinaus die Möglichkeit, ihre Anschauungen in einem eigenen Organ zu vertreten. Auch jede andere literarische Tätigkeit für Deutschland erwies sich als unmöglich. Alle Versuche, die deutschen Verleger zu bewegen, größere Arbeiten von Marx und Engels in Verlag zu nehmen, blieben erfolglos. Es gab auch keine Zeitung, für die Marx und Engels als Korrespondenten arbeiten konnten. Sogar die deutsche Presse in Amerika war für sie verschlossen. So sah sich Engels schon Ende 1850 gezwungen, zu dem „hündischen Kommerz" zurückzukehren, und trat als Kommis in die Filiale des väterlichen Geschäfts in Manchester ein. Marx blieb in London, und da Engels anfangs nur sehr wenig imstande war, ihm zu helfen, schlug er sich durch alle Qualen des Flüchtlingselends durch, indem er Schulden machte und mit seiner Familie hungerte. Aber auch die größte persönliche Bedrängnis konnte ihn nicht von seinen wissenschaftlichen Arbeiten ablenken. Viel Zeit nahm ihm noch die Parteiarbeit weg, deren ganze Last auf ihm allein lag. Der Kommunistenbund spaltete sich, und der Kampf der Fraktionen untereinander, sowie der Kampf mit allen anderen Richtungen der Emigration nahm die schärfsten Formen an. Bald kamen im Mai und Juni 1851 die Verhaftungen der Kommunisten in Deutschland, und Marxens Bemühungen, die Reste der Organisation möglichst zu retten und seinen Parteifreunden zu Hilfe zu kommen, verursachten wieder neue Störungen. Gerade in diesen Tagen, im Sommer 1851 bekam er ganz unerwartet die Einladung, einige Artikel für eine englisch-amerikanische Zeitung zu schreiben.

„Die New York Tribune" — so schrieb Marx an Engels am 8. August 1851 — „hat mich und Freiligrath gegen Honorar zum Mitarbeiten aufgefordert. Sie ist das verbreitetste Journal in Nordamerika. Wenn es Dir möglich ist, mir einen englisch geschriebenen Artikel über die deutschen Verhältnisse bis Freitag morgen, 15. August, zu liefern, so wäre das ein famoser Anfang."

Wie kam diese Einladung zustande? Die frühere Behauptung von Eleonore Marx-Aveling, daß es durch Freiligraths Vermittlung geschah, ist schon nach der Veröffentlichung der Briefe von Marx an Weydemeyer hin-

fällig geworden. Es ging aus ihnen klar hervor, daß Marx noch in Deutschland Gelegenheit gehabt hatte, einen der Redakteure der New York Tribune, Charles Anderson Dana, kennen zu lernen.

Das Blatt wurde von Horace Greeley, einem Schriftsetzer, der sich zu einem in Nordamerika sehr bekannten Journalisten und Politiker emporgearbeitet hatte, im April 1841 gegründet. Seine Anfänge waren sehr bescheiden. Politisch unterstützte es den linken Flügel der amerikanischen Whigs, kämpfte also gegen die weitere Verbreitung der Sklaverei und trat für den Schutzzoll ein als das einzige Mittel, in Nordamerika eine Industrie großzuziehen. Eine eigentümliche Stellung unter den amerikanischen Blättern erwarb sich die Tribune, als Greeley sich Albert Brisbane, dem Apostel des Fourierismus in den Vereinigten Staaten, anschloß und sein Blatt von März 1842 an in den Dienst der fourieristischen Propaganda stellte. So wurde die Tribune das Lieblingsblatt der bürgerlichen Intelligenz, die mit den Leiden der arbeitenden Massen sympathisierte und die Gründung der kommunistischen Kolonien nach den Plänen von Fourier als eine Panazee betrachtete, die Not vom Erdball zu verbannen. Eine Reihe der begabtesten amerikanischen Schriftsteller, die von der neuen Bewegung mitgerissen waren, nahm an der Zeitung teil. Das Blatt wurde auch bald in Europa und insbesondere in den sozialistischen Kreisen als das progressivste amerikanische Organ bekannt. Namhafte Vertreter der fourieristischen Schule wurden als Korrespondenten herangezogen.

Das eigentliche Zentrum der theoretischen und praktischen Propaganda des Fourierismus bildete aber die Kolonie Brook Farm in der Nähe von Boston. Gegründet im Jahre 1841 von einer Gruppe idealistisch gesinnter Intellektuellen, die alle Anhänger des sogenannten Transzendentalismus waren, der als Ziel sich die Befreiung des Individuums von allen Fesseln der Tradition stellte, und von denen viele zu den berühmtesten Namen der amerikanischen Literatur gehören — Channing, Emerson, Margarete Fuller, Nathanael Hawthorne , bekannten sich unter dem Einfluß George Ripleys seit 1844 zum Fourierismus. Ihre Mitglieder, meistens auch Mitarbeiter der New York Tribune, gaben eine Zeitschrift „Harbinger" heraus und organisierten in verschiedenen Städten fourieristische Kurse. Einer der eifrigsten und kenntnisreichsten Propagandisten der Gemeinde, der sich ebenso fleißig als Schriftsteller wie als Wanderredner betätigte, war Charles A. Dana. In dieser Kolonie schloß er seine Freundschaft mit G. Ripley und machte die Bekanntschaft A. Brisbanes und H. Greeleys, die öfters die Brook Farm als Gäste besuchten. Wahrscheinlich erwachte dort schon in ihm das Interesse für deutsche Kultur, das ihn immer auszeichnete, gewiß unter dem Einfluß von Margarete Fuller und G. Ripley, die mehr als alle anderen amerikanischen Schriftsteller dahin wirkten, die Yankees mit den Schätzen der deutschen Literatur bekanntzumachen.

Nach dem großen Brand, der im Jahre 1846 die Kolonie fast gänzlich zerstörte und in finanzielle Schwierigkeiten brachte, die sie nicht zu über-

winden vermochte, übersiedelten einige Mitglieder nach New York und traten in den redaktionellen Stab der Tribune ein, darunter G. Ripley als Kritiker und Charles A. Dana, der die Stelle des Lokalredakteurs mit einem wöchentlichen Gehalt von 10 Dollar bezog.

Obwohl Greeley sich mit Thoma Mac Elrath, einem echten Geschäftsmann, verband, der alle die Eigenschaften besaß, die dem Gründer des Blattes fehlten, war die Tribune noch lange kein sehr profitables Unternehmen. Die Konkurrenz war groß, die fourieristischen Traditionen noch sehr stark, und um durchzuhalten trieb man die größte Ökonomie. So bekam Greeley, der Chefredakteur und der Spiritus rector der Zeitung, ein wöchentliches Gehalt von nicht mehr als 15 Dollar.

Als die Revolution von 1848 auch in Amerika die Geister mächtig ergriff und sich ein starkes Bedürfnis nach ausführlichen Informationen von dem revolutionären Schauplatz entwickelte, wuchs die Verbreitung der Tribune, die schon vor der Revolution viel mehr Wert auf gute Korrespondenzen aus Europa gelegt hatte als alle anderen amerikanischen Zeitungen. Um diese Zeit faßte Dana den Entschluß, nach Europa zu gehen. Die Tribune war aber nicht imstande, ihm mehr als 10 Dollar für die Woche zu sichern. Ein Vertrag mit anderen Zeitschriften brachte ihm noch 25 Dollar. Mit dieser Summe ausgerüstet, unternahm er seine Reise nach Europa, und wie er selbst mit echtem Yankeestolz uns mitteilt, verbrachte er dort ungefähr acht Monate, sah eine Menge Revolutionen, bestritt seinen eigenen Unterhalt und den seiner Familie in New York und brachte noch außerdem 63 Dollar als reinen Gewinn von der ganzen Fahrt nach Hause zurück.*

Seinen ersten Brief aus Paris schickte er am 29. Juni 1848, also gleich nach der Juni-Niederlage des französischen Proletariats. Er weilte dort drei Monate und ging im Oktober weiter nach Berlin. Hier konnte ihm sein alter Lehrer, A. Brisbane, behilflich sein, der früher in Berlin Philosophie studiert hatte, mit den Jung-Hegelianern gut bekannt war und noch im Sommer 1848 in Deutschland reiste. Vielleicht bekam er von ihm den Rat, Köln zu besuchen, wo Brisbane auch Marx kennen gelernt hatte. Von Berlin fuhr Dana nach Frankfurt, von dort nach Köln, wo er Marx besuchte — wahrscheinlich im November 1848. Engels war kurz vorher genötigt gewesen, Köln zu verlassen, und langweilte sich in der Schweiz; Freiligrath, den Dana im Hause von Marx traf, übersiedelte erst am 21. Oktober 1848 nach Köln, gleich nachdem er in die Redaktion der Neuen Rheinischen Zeitung eingetreten war.

Anfangs Dezember finden wir Dana wieder in Paris, und im März 1849 kehrt er nach New York zurück.

---

* J. H. Wilson, The life of Charles A. Dana. New York 1907. S. 62 bis 63. Bis jetzt gibt es noch keine Geschichte der New York Tribune. Als Quelle diente uns die Zeitung selbst und die Biographien von Dana, Greeley und Ripley wie die Geschichte der Brook Farm von Lindsay Swift.

über den Besuch selbst haben wir nur ein Zeugnis von Dana. Im Sommer 1850 schrieb er an Marx und bat ihn, einen Brief an Freiligrath zu befördern.* Er benützt den Anlaß, um Marx an seinen Besuch zu erinnern.

„Seitdem wir uns in Köln trafen, machte die Welt manche Veränderungen durch, und viele unserer Freunde sind von diesem Prozeß von ihrer Oberfläche weggefegt worden. Aber Gott sei Dank ist das Spiel noch nicht zu Ende, und diejenigen, die heute gezwungen sind, tatlos zu warten, werden noch morgen eine große Arbeit zu verrichten haben. Obgleich ich während dieser Zeit nicht das Glück hatte, direkt von Ihnen Nachrichten zu bekommen, habe ich mich trotzdem immer gut über Ihren Aufenthalt informiert und, soweit es möglich war, auch über Ihr Wirken und Treiben (im Original deutsch). Ich habe nicht vergessen, was Sie mir über die Perspektiven der Revolution, wie Sie diese von Ihrem Standpunkt voraussahen, in Köln erzählten, ich persönlich habe aber einen anderen Abschluß für die radikalsten meiner Freunde erwartet. Siegen ist immer besser, als besiegt werden — voilà mon opinion (deutsch und französisch im Original). Zwar hoffe ich nicht auf eine unmittelbar bevorstehende Explosion des Vulkans. Früher muß noch ein gut Stück Agitationsarbeit geleistet werden, erst dann wird aus dem Chaos eine neue Welt entstehen. Gibt es keine Hoffnung, Sie hier in Amerika begrüßen zu können? Ich hätte gern den entzückenden Abend, den wir in Deutz verbrachten, hier wiederholt."

War für Dana Frankreich die Inkarnation der revolutionären Demokratie und Rußland die des Absolutismus, und die ganze moderne Geschichte, wie für die europäische bürgerliche Demokratie, ein Kampf zwischen der Revolution und dem Absolutismus, so hegte er doch die Erwartung — und diese Ansicht entwickelte er in seinen Briefen —, daß die Kardinalfrage des neunzehnten Jahrhunderts, die soziale, ihre Lösung in Deutschland finden werde. („The Question of this age, I begin to think, must be decided in Germany." Aus Berlin, 10. Oktober 1848.)

Als er nach New York zurückkam, dauerte das große Interesse, das man in den Vereinigten Staaten den revolutionären Bewegungen in Europa entgegenbrachte, trotz der zunehmenden Reaktion, noch fort. Die Versuche, sich zugunsten des für seine Unabhängigkeit kämpfenden Ungarns in die europäischen Angelegenheiten einzumischen, die zu einem scharfen diplomatischen Konflikt mit Österreich führten, die Unterstützung, die man den ungarischen und den polnischen Flüchtlingen in der Türkei zukommen ließ — alles das regte noch lange die Gemüter in Nordamerika auf. Und während dieser Periode spielte die New York Tribune, als das in allen diesen aktuellen Fragen bestinformierte Blatt, das immer in Fühlung mit der europäischen Emigration war und leidenschaftlich die ungarische Sache verteidigte, die

* Die Briefe Danas an Marx fanden wir unter den Papieren Lafargues. Leider sind einige verloren gegangen.

hervorragendste Rolle. Was aber die Tribune stark von allen anderen Blättern unterschied, ihr einen besonderen Charakter verlieh, war der Umstand — und die Initiative dazu ergriff Dana, der nach seiner Rückkehr den Auslandsteil übernahm —, daß sie Deutschland viel Platz in ihren Spalten einräumte. Für die Zeitung war das auch materiell ein Erfolg. Es sicherte der Tribune einen größeren Leserkreis aus den Reihen der insbesondere nach der Revolution von 1848 starken deutschen Immigration (von 1851 bis 1860 951667, darunter in den Jahren 1852 bis 1854 mehr als 500000), so wie umgekehrt dieser Erfolg unter den deutschen Emigranten die Redaktion veranlaßte, noch mehr Rücksicht auf die Bedürfnisse dieser Leserschicht zu nehmen.*

So einflußreich aber die Stellung Danas in der Tribune nach 1849 geworden war, so war er noch keineswegs Chefredakteur. Als letzterer fungierte, wie früher, Greeley, der die Haltung der Zeitung in allen Fragen der inneren Politik, in die er auch praktisch als Agitator und Politiker eingriff, fast diktatorisch bestimmte. Nicht weniger mußte Dana auch Rücksicht nehmen auf den Einfluß des zweiten Eigentümers, Mac Elrath. Zwar kümmerte sich der letztere um Politik und Literatur sehr wenig. Er sorgte aber um so mehr dafür, daß Dana und seine Kollegen nicht das Blatt mit „nutzlosem", die Unkosten stark vermehrendem „Ballast" überbürdeten, es nicht zu ernst machten, so daß die Tribune auch in der Befriedigung der Bedürfnisse derjenigen Leser, die nach „Sensationen" haschten, den anderen Zeitungen nicht nachstehe. Nicht nur solche Ereignisse wie die Präsidentenwahlen oder andere Begebenheiten der inneren Politik, sondern auch jeder Skandal in den oberen Zehntausend oder jeder aufsehenerregende Prozeß verkleinerten ganz automatisch gerade den Teil des Blattes, der für die auswärtigen Angelegenheiten oder die Literatur bestimmt war, so daß er mitunter auf ein Minimum reduziert war. So wies die New York Tribune noch in ihrer besten Zeit mit Stolz darauf hin, daß sie einmal nicht weniger als 150 Spalten, mehr als alle Konkurrenten, einem sensationellen Morde in New York gewidmet habe. Und Ende 1855 konnte die Verwaltung behaupten, daß es in der ganzen Welt keine andere Zeitung gebe, die eine größere Auflage habe. Als Annoncenblatt nahm die Tribune damals den ersten Platz ein.

Beide, Greeley und Mac Elrath, blieben die Eigentümer der Zeitung. Man versuchte zwar — ein Tribut an die fourieristische Vergangenheit — das genossenschaftliche Prinzip in das Unternehmen einzuführen. Greeley und Mac Elrath, als Kapitalisten, überließen freiwillig den Repräsentanten der Arbeit und des Talents einige Anteilscheine, die übergroße Mehrheit behielten sie aber in ihren Händen, so daß die entscheidende Stimme in allen Fragen der Geschäftsleitung auch später ausschließlich ihnen gehörte.

* A. B. Faust, The german Element in the United States. New York 1909.

Und nicht nur in der Geschäftsleitung. Ohne die Erlaubnis der beiden Eigentümer konnte Dana auch in der Redaktionsführung nichts auf eigene Faust unternehmen. Seine Stellung unterschied sich von der Stellung der anderen Redakteure bloß dadurch, daß während der öfteren Reisen, die Greeley machte, Dana ihn immer als geschäftsführender Redakteur vertrat. Ein ebenso überzeugter Schutzzöllner wie Greeley, war er im Kampfe gegen die Sklaverei viel radikaler. Es gelang ihm aber nie, mit der possibilistischen Taktik seines Chefredakteurs fertig zu werden, der, wie sein Vorbild Henry Clay, der Mann der Kompromisse, aus Furcht vor einer Sezession der Sklavenstaaten viel energischer gegen die Ausdehnung, als für die Abschaffung der Sklaverei auftrat. Seine eigene Note konnte Dana noch in den Kampf hineintragen, den die Tribune gegen die echtamerikanische oder Know-Nothing-Partei, die gegen die Ausländer eiferte, wirklich sehr energisch führte. Sonst blieb die Tribune auch in den fünfziger Jahren das Organ des linken Flügels der amerikanischen Whigs und seit 1856 der neugebildeten republikanischen Partei, deren Programm den Schutzzoll, die Hebung des Verkehrs und das Verbot der Sklaverei in den neuen Territorien enthielt.

Viel selbständiger war Dana in dem Departement der auswärtigen Politik, das sein eigentliches Ressort in der Zeitung war. Aber auch in diesem Teil war er durch die Änderungen, die in den Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und den europäischen Mächten eintraten, stark gebunden. Und seit dem Krimkrieg änderten sich die Prinzipien der Auslandspolitik, insoweit sie von verschiedenen Parteien — hauptsächlich von der demokratischen, sklavereifreundlichen, und von der republikanischen, sklavereifeindlichen — vertreten wurden, in radikalster Weise. Weder Greeley noch Mac Elrath hätten es zugelassen, daß die Tribune in diesen Fragen eine Haltung einnehme, die ihrer Parteistellung schaden und das Hauptkontingent ihrer amerikanischen Leser vor den Kopf stoßen könnte.

Überhaupt war Dana nie „Herr" in der Tribune. Während der ganzen Periode (1847 bis 1862), die er in der Zeitung tätig war, blieb er, wenn am Ende auch ein besser bezahlter, so doch nichts mehr als ein Angestellter, der keine erworbenen Rechte besaß. Sein eigenes Gehalt — und er war nach allem, was uns bekannt, der fleißigste Arbeiter in der Redaktion — wurde erst allmählich auf 25, 40 und zuletzt auf 50 Dollar die Woche erhöht. Man muß eben die sehr mäßige Bezahlung der „qualifizierten", der schriftstellerischen Arbeit, wie sie damals in den Vereinigten Staaten üblich war, in Betracht ziehen. Sein Kollege und Freund G. Ripley bekam noch im Jahr 1861, als die Tribune schon ein reiches Weltblatt war, nicht mehr als 25 Dollar in der Woche. In seinen Briefen an Marx konnte Dana sich mitunter als „Herr im Hause" gebärden. In der Tat war er aber, trotz seiner Verdienste um die Zeitung, nichts als ein Lohnarbeiter, den Greeley und Mac Elrath schließlich im März 1862 infolge eines Konfliktes in der Frage der Sklavereibekämpfung buchstäblich aus dem Blatt hinausschmissen.

Schon die Umstände, unter denen Dana die Tribune verließ, die Rolle, die er während des amerikanischen Bürgerkrieges als einer der treuesten und energischsten Gehilfen Lincolns spielte,* beweisen, daß er damals noch nicht der geriebene Geschäftsmann und der zynische Skeptiker geworden war, als den ihn der Geschichtschreiber der Brook Farm, Lindsay Swift, schildert. Erst später erscheint er als Herausgeber einer ganz gewöhnlichen kapitalistischen Zeitung ohne jegliche literarische Prätensionen und proklamiert in seinen Vorlesungen über die „Kunst, eine Zeitung zu machen" als das höchste Gebot eines Redakteurs: „Nachrichten zu bringen, alle Nachrichten, nichts als Nachrichten".

In der New York Tribune kämpfte er noch gegen diese Maxime, wie sie von Mac Elrath verteidigt worden war. Dana bestand darauf, daß die Zeitung nicht bloß Nachrichten bringen müsse, sondern daß sie auch verpflichtet sei, propagandistisch, belehrend zu wirken. Wie es das Verdienst seines Kollegen George Ripley war, daß die Tribune die Reputation des ersten Blattes Amerikas auf dem Gebiet der Literatur und Kritik hatte, so war es Dana zu danken, daß die Zeitung, trotz Mac Elrath, doch im Vergleich mit anderen amerikanischen Blättern auf einem viel höheren intellektuellen Niveau blieb und, trotz Greeley, den außeramerikanischen Ereignissen so viel Raum widmete. Als Muster dienten ihm damals die besten deutschen Zeitungen, die er später zu „ernst" fand, und die zahlreichen deutschen Mitarbeiter, die wir in den Spalten der Tribune in den fünfziger Jahren treffen, waren alle von Dana eingeladen. Daß er dabei sich nicht von bestimmten politischen Sympathien für eine der Richtungen der deutschen revolutionären Emigration leiten ließ, ersieht man schon aus seinem Bestreben, alle bekannten Namen der deutschen Linken für das Blatt zu gewinnen: Ruge, Ludwig von Simon, Fröbel, Bruno Bauer, Freiligrath.

An Marx wendete sich Dana erst später. Daher in dem von uns zitierten Brief noch kein Wort über eine Mitarbeiterschaft an der Tribune. Vielleicht bezweifelte er überhaupt, daß Marx, dessen radikale Ansichten ihm bekannt waren, auf seinen Vorschlag eingehen werde. Es ist auch möglich, daß sich Dana erst dann entschloß, Marx zur Mitarbeit aufzufordern, nachdem er von dessen Freunden im Jahre 1851 erfahren hatte, der frühere Chefredakteur der Neuen Rheinischen Zeitung, den er in Köln, wie Frau Marx an Weydemeyer schrieb, in einer „ganz anderen Lage kannte", werde jetzt auch eine so notdürftige Einnahmequelle nicht verschmähen, wie es die Tribune für ihre auswärtigen Mitarbeiter war. Ob dabei der Wunsch mitspielte, dem von allen deutschen Verlegern und Zeitungen geächteten Marx ein Obdach zu bieten, kann dahingestellt bleiben. Jedenfalls war es Danas verständnisvolles Entgegenkommen, dem Marx die Einladung zur

* In seinen „Recollections of the civil war", New York 1898, erzählt er die Ursachen seines Konflikts mit Greeley, der für einen Frieden mit den Südstaaten war. Dagegen war Dana als der Untersekretär des Kriegsministeriums für die entschiedenste Kriegspolitik.

Mitarbeit an der Tribune zu danken hatte, und ebenso war es ausschließlich Dana, der Marxens Interessen, nicht immer zu dessen Zufriedenheit, während der zehn Jahre seiner Mitarbeit gegenüber Greeley und Mac Elrath verteidigte.

Anfangs aber ahnte keiner von ihnen, daß sie so lange aneinander gebunden bleiben und schließlich auch gleichzeitig die Tribune verlassen würden. Als Dana Marx aufforderte, einige Artikel zu schreiben, verfolgte er ein bestimmtes Ziel. Er wollte nur, daß Marx seine Ansichten über die deutschen Verhältnisse, die er ihm in Köln entwickelt hatte und die auf ihn einen großen Eindruck gemacht hatten, selbst ausführlich den Lesern der Tribune auseinandersetze. Das Thema war für Amerika schon wegen des Kossuthrummels ganz aktuell. Von der Pforte endlich freigelassen, kam der Führer der ungarischen Revolution am 11. November 1851 als Triumphator nach Amerika und blieb dort bis zum Juli 1852. Man debattierte sehr eifrig die Chancen eines neuen revolutionären Aufschwungs in Europa, und nicht nur Kossuth, sondern auch Vertreter der deutschen Emigration, wie Heinzen und Kinkel, machten den Versuch, die große Republik für ihre Sache zu gewinnen und sogar auf das Konto der künftigen Revolution eine Anleihe in den Vereinigten Staaten aufzunehmen. Zwar gab der Staatsstreich vom 2. Dezember 1851, der die Niederlage der Revolution in Europa besiegelte, auch in Amerika dem Enthusiasmus für Kossuth und die europäische Revolution den Todesstoß, aber noch monatelang beschäftigte sich die öffentliche Meinung in den Vereinigten Staaten mit den sie betreffenden Fragen.

II.

So kann man erklären, warum Dana Marx es nahegelegt und warum der letztere als erstes Thema Revolution und Konterrevolution gewählt hatte. „Was nun die New York Tribune betrifft," schrieb er Engels am 14. August 1851, „so mußt Du mir jetzt, wo ich mit der Ökonomie die Hände voll habe, helfen. Schreibe eine Reihe von Artikeln über Germanien von 1848 an. Geistreich und ungeniert. Die Herren sind sehr free im ausländischen Departement."

Wir wissen jetzt, daß Engels diese Aufgabe in glänzender Weise gelöst hat. Obwohl von Marx gezeichnet, sind alle Artikel von Engels geschrieben. In der Hauptsache bleiben sie aber eine gemeinsame Arbeit. Als einzige Quelle diente für Engels die Neue Rheinische Zeitung. Außerdem lieferte ihm Marx noch Memoranda, die Engels für seine Artikel ausnützen konnte. Daher spricht er selbst von „unseren Artikeln", daher auch die Überzeugung aller Freunde in Nordamerika, daß die Artikel wirklich von Marx verfaßt worden seien.*

* Der Umstand, daß Engels für die Schilderung der österreichischen Revolution die Korrespondenzen der Neuen Rheinischen Zeitung aus Wien benutzte, führte in der amerikanischen Presse eine heftige Polemik herbei. Tellering, der aus Wien nach

Den ersten Brief lieferte Engels am 21. August. Marx schickte ihn unverändert ab. In der Tribune erschien er als der erste Artikel einer Serie unter dem gemeinsamen Titel „Germany, Revolution and Counterrevolution“ zwei Monate später, in der Nummer vom 25. Oktober 1851. Der letzte — der neunzehnte — wurde am 25. Oktober 1852, also nach einem Jahre, veröffentlicht.* Einmal wurde die Veröffentlichung durch die Präsidentenwahlkampagne unterbrochen, mehreremal, weil Engels nicht immer die nötige Zeit zum Schreiben fand.**

Marx selbst schrieb bis August 1852 keine Zeile für die Tribune. Soweit er nicht an seinem großen Werk arbeitete, das er als eine kritische Geschichte der nationalökonomischen Theorien herausgeben wollte, nahm ihm die Parteitätigkeit sehr viel Zeit weg. Mit der Übersiedlung Weydemeyers nach New York eröffnete sich, wie es Marx und seine Freunde hofften, wieder die Möglichkeit, wenigstens dort ein neues Parteiorgan zu gründen. Für diese projektierte Zeitschrift leistete Marx die Hauptarbeit. Sie erlebte aber nicht mehr als eine Nummer, und seine Artikel über den Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 erschienen im Mai 1852 als das erste Heft der „Revolution“, einer „Zeitschrift in zwanglosen Heften“. Für diese Arbeit bekam Marx nichts.

Seine Not erreichte gerade um diese Zeit ihren höchsten Punkt. Gleichzeitig scheiterten auch in Deutschland die letzten Aussichten, einen Verleger für sein nationalökonomisches Werk zu finden. Erst dann wurde ihm klar, daß er keine andere literarische Beschäftigung finden werde und daß er vorläufig auf die Tribune angewiesen sei. Um aber als eine hinreichende Erwerbstätigkeit zu dienen, fehlten der ihm von Dana vorgeschlagenen Mitarbeit zwei wichtige Dinge: die Regelmäßigkeit und ein genügendes Honorar. Als Marx nach sieben Monaten das Geld für die gedruckten

---

Köln korrespondierte, stellte die Behauptung auf, daß die in der Tribune veröffentlichten Artikel, insoweit sie sich auf Österreich bezogen, ein Plagiat aus seinen Briefen darstellten. Im Vorwort zu der ersten Ausgabe „Der 18. Brumaire“ antwortet ihm Weydemeyer: „Daß Karl Marx sowohl durch die Originalität seiner Artikel, das Resultat tiefer und umfassender Studien, als die Klassizität seiner Sprache dem großen Haufen der politischen Literaten weit voransteht, wird ihm selbst von seinen Gegnern nicht bestritten.“

* Englisch von Eleanor Marx-Aveling im Jahre 1896 herausgegeben. Die deutsche Übersetzung erschien in demselben Jahre: „Revolution und Konterrevolution in Deutschland.“ Ins Deutsche übertragen von Karl Kautsky. Verlag von J. H. W. Dietz.

** Vor der ersten Unterbrechung ergriff die Redaktion, das heißt Dana, sehr oft die Gelegenheit, die Leser auf die „sehr interessanten“ Artikel aufmerksam zu machen. So in der Nummer vom 6. November 1851. Das vierte Kapitel wird als „höchst interessant“ empfohlen, „weil es Österreich, den Mittelpunkt der Fäulnis und der Ruchlosigkeit in Deutschland, behandelt“. Über das fünfte Kapitel in der Nummer vom 12. November 1851 bemerkt Dana, daß es mit außerordentlichem Scharfsinn geschrieben ist.

Artikel erhielt, stellte sich heraus, daß die Tribune für jeden Artikel bloß 1 Pfund Sterling zahlte. Auf seine Anfrage darüber antwortete Dana, daß es der übliche Satz für solche Briefe sei und daß er von den Eigentümern beauftragt sei, nur für Korrespondenzen über „laufende Ereignisse, die den Charakter einer interessanten revolutionären Krise tragen", das Doppelte zu zahlen, das heißt 2 Pfund oder 10 Dollar, also dasselbe Honorar, das Dana für seine Korrespondenzen über die Revolution von 1848 selbst bezog. Von einer Absicht, Marx als einen ständigen Korrespondenten, geschweige „europäischen Redakteur" zu engagieren, war dabei keine Rede. Man stellte ihm frei, auf sein Risiko zu schreiben, und es hing alles davon ab, ob er sich für die Zeitung unentbehrlich machen konnte.

Hatte Marx als Korrespondent über Deutschland schon sehr viel Konkurrenten, darunter einen solchen Vielschreiber wie Bruno Bauer, so nicht weniger als Korrespondent über England. Erstens schrieb für die Tribune Hugh Doherty, ein alter englischer Fourierist, der zwar die reine Politik selten behandelte, aber sehr häufig Korrespondenzen schickte, zweitens berichtete über England und Frankreich auch der französische Fourierist Jules Lechevalier. Der gefährlichste Konkurrent aber war ein gewisser A. P. C. Marx nennt ihn einmal einen Yankee,* der auf dem Gebiete der eigentlichen Korrespondenz wirklich für amerikanische Verhältnisse Hervorragendes leistete. Als seine Aufgabe betrachtete er es, so viel und so schnell als möglich Nachrichten zu liefern, und nützte für diesen Zweck seine Stellung als Korrespondent der bekanntesten amerikanischen Zeitung in ausgiebiger Weise aus. Er war nicht nur mit den englischen Radikalen, sondern auch mit den Vertretern der europäischen Emigration — insbesondere mit der französischen, italienischen, ungarischen — gut befreundet. Ohne auf die Tagesfragen tiefer einzugehen, begnügte er sich damit, daß er fleißig die radikale Presse abschrieb und alles, was er von seinen Freunden aus den Kreisen der Emigration erfuhr, prompt nach New York expedierte.

Alle diese Qualitäten eines echten Korrespondenten besaß Marx nicht im mindesten. Kein Mann der Gesellschaft, wo auf das Äußere geachtet wird, dazu oft noch „Mangel an hinreichender hinterer und Fußbedeckung" leidend, scheute er selbst dann, als er schon einige Jahre in London verbracht hatte, davor zurück, sich in einer anderen Gesellschaft zu zeigen als in dem Kreise seiner politisch gleichgesinnten Bekannten. Und dieser Kreis verringerte sich mit der Verschärfung des Kampfes in der Emigration mit jedem Jahre. Nichts charakteristischer für Marx als der Umstand, daß er nie den Versuch machte, mit seinen Kollegen aus der Tribune zusammenzukommen und überhaupt auf alle Beziehungen zu der Journalistenwelt verzichtete.

Es gab noch andere Schwierigkeiten, die Marx im Wege standen. So war er die erste Zeit gezwungen, seine Artikel deutsch zu schreiben und

---

* Es ist uns nicht gelungen, seinen Namen festzustellen.

sie dann nach Manchester zu schicken, damit Engels sie ins Englische übersetze. Das verursachte selbstverständlich eine nicht unbeträchtliche Verspätung, besonders wenn man in Betracht zieht, daß es damals nur zweimal in der Woche eine Absendungsgelegenheit nach New York gab.* Aber schon nach wenigen Monaten wurde Marx mit dieser Schwierigkeit fertig. Vom Februar 1853 an schrieb er seine Artikel direkt englisch.

Bedeutend größer war eine andere Schwierigkeit. Wollte Marx über „laufende Ereignisse" schreiben, so war dies schwer, wenn er sich nicht in gewisser Beziehung an das Lesepublikum der Tribune anpaßte. Von einer Änderung oder sogar einer Abschwächung seines Standpunktes konnte bei Marx keine Rede sein. Und doch war die Tribune ein Blatt, das in vielen Fragen eine prinzipielle Haltung hatte, mit der Marx nicht einverstanden war. Es galt also solche Themen zu wählen, die ihm die Möglichkeit boten, seinen eigenen Standpunkt frei zu entwickeln, ohne in Konflikt mit der Redaktion zu geraten. Wir werden gleich sehen, daß es ihm nicht immer gelang.

Als Marx die Einladung Danas erhielt, war für ihn die Tribune eine Terra incognita. Daß er es mit einem demokratischen Blatt, im europäischen Sinn des Wortes, zu tun hatte, war ihm sicherlich bekannt. Nie, auch später nicht, bekam er die Tribune regelmäßig zugeschickt, anfangs noch seltener als später. Erst aus der Zeitung selbst erfuhr er, daß er in der Tribune als Kollegen dieselben Demokraten fand, mit denen er politisch schon längst gebrochen hatte. Fast ein Jahr war seit dem Erscheinen des ersten von ihm gezeichneten Artikels verflossen, als er die für ihn nicht sehr angenehme Entdeckung machte, daß die Tribune — „zum größeren Pech" — protektionistisch war. Engels beruhigte seine Bedenken, indem er auf den spezifisch amerikanischen Charakter dieser Schutzzöllnerei hinwies. Marx aber war trotzdem durch verschiedene Rücksichten gebunden, die für seine Konkurrenten nicht existierten. So eigenartig auch die Form war, in der die Tribune in Amerika die schutzzöllnerische Bourgeoisie vertrat — Marx selbst hat sie später ganz richtig als eine Form von sismondisch-philanthropisch-sozialistischem Antiindustrialismus definiert —, die Redaktion hätte nie eine direkte Kritik des Schutzzolls zugelassen. So lief Marx Gefahr — und sie bestand tatsächlich immer —, daß seine Kritik der ökonomischen Zustände Englands von den amerikanischen Lesern als eine Kritik bloß des Freihandels aufgefaßt werden konnte. Dabei hatte er lange Zeit keine Ahnung, was für eine Rolle Dana in der Zeitung wirklich spielte, und war daher geneigt, die Tribune politisch als Danas Organ zu betrachten — man sieht aus dem Briefwechsel, daß für ihn Dana und die Tribune identisch waren. So konnte er eine Zeitlang die Illusion hegen, daß er in seinen Briefen, im Gegensatz zu den ökonomischen Fragen, wenigstens alle politischen

---

* Dienstag und Freitag; daher sind alle Marxschen Artikel von diesen zwei Tagen datiert.

Themen ganz frei wählen dürfe. Erst die Erfahrung lehrte ihn, daß auch das nicht der Fall war, daß er in dieser Beziehung ebenfalls mit den lokalen Verhältnissen zu rechnen habe.

III.

Noch bevor die Artikelserie über Deutschland abgeschlossen war, machte er den Versuch, über ein aktuelles Thema zu schreiben. Den Anlaß boten ihm die englischen Wahlen, die im Juli 1852 stattfanden. Obwohl seine Artikel mit großer Verspätung kamen — sein Konkurrent A. P. C. schickte den Bericht einige Wochen früher, Marx aber wollte zuerst das Gesamtresultat abwarten —, nahm die Redaktion sie sogleich auf. Die glänzende Charakteristik der englischen Parteien, die packende Schilderung des Wahlkampfes, die interessanten historischen Exkurse — alles das verlieh seinen Artikeln einen eigenen und bleibenden Wert. Sie wurden nicht nur in der amerikanischen, sondern auch in der englischen Presse zitiert.

Es war ein sehr guter Anfang. Marx wurde aber gleich von dieser Arbeit wieder durch den Kölner Kommunistenprozeß abgelenkt. Die Verhandlungen währten sechs Wochen, vom 7. Oktober bis zum 12. November 1852. Tag und Nacht war die „Partei Marx" tätig, um den Angeklagten in ihrem Kampfe mit allen Stiebereien der Polizei und der Staatsanwaltschaft beizustehen. Gleich nach dem Prozeß erfolgte auf Marxens Antrag am 17. November die Auflösung des Kommunistenbundes. Er mußte aber noch eine wichtige Arbeit für die Partei fertigstellen. Er verfaßte die „Enthüllungen über den Kölner Kommunistenprozeß", um die verurteilten Bundesmitglieder öffentlich zu rehabilitieren und das preußische Polizeisystem zu brandmarken. Die Rolle, die er während der Verhandlungen und nach dem Prozeß spielte, hat ihm, wie er selbst schrieb, die „deutschen Buchhändler, mit denen er hoffte, wegen seiner Ökonomie abzuschließen, total abspenstig gemacht".

Vom Januar 1853 an konnte sich Marx nun viel intensiver der Arbeit für die Tribune widmen. Er konzentrierte sich auf die Schilderungen der sozialen Zustände Englands und geißelte in seinen Briefen die Heuchelei der herrschenden Oligarchie. Besondere Sensation erregte sowohl in Amerika wie in England sein Brief über die Herzogin von Sutherland und die Sklaverei.

Die Politik des Koalitionsministeriums bot sehr wenig „interessantes" Material, und Marx bemühte sich, alle Symptome der herannahenden Krise zu registrieren, die er, ausgehend von der Voraussetzung, daß der industrielle Zyklus seinen Kreislauf in fünf bis sieben Jahren durchmache, im Jahre 1853 erwartete. Seine Erwartung erwies sich als irrtümlich und, wie er selbst später zugestanden hat, war das Jahr 1853 trotz zahlreicher Bankrotte in einigen Industriezweigen ein Jahr „krampfhafter Prosperität".

Seit März 1853 traten aber Ereignisse ein, die das scheinbar ganz beruhigte Europa wieder in Bewegung setzten. Das in Amerika stark er-

schlaffte Interesse für die europäische Politik erwachte wieder mit neuer Kraft. Besonders, als es sich herausstellte, daß die neue Verwicklung in der orientalischen Frage zu einem europäischen Krieg führen könne, räumte die Tribune der auswärtigen Politik einen bedeutenden Platz ein. Und unter allen ihren europäischen Mitarbeitern gab es keinen, der so souverän wie Marx und Engels — weder die Redaktion im allgemeinen, noch Dana haben je erfahren, daß unter dem Namen von Marx beide Freunde für das Blatt schrieben alle Fragen der „hohen Politik" beherrschten.

Schon in der Revue „Neue Rheinische Zeitung" finden wir zugleich mit den historischen Arbeiten eine Reihe von weltpolitischen Übersichten, in denen Marx und Engels die laufenden Ereignisse an der Hand der materialistischen Geschichtsauffassung auf ihre inneren Zusammenhänge untersuchten. Sie wiesen darauf hin, daß die Konterrevolution, die Rußland in den Schiedsrichter Europas verwandelte, auch notwendig zu einer neuen Krise in der auswärtigen Politik führen werde.

„Durch die Bewegungen der Jahre 1848 und 1849", lesen wir in der politischen Revue des zweiten Heftes,* „ist Rußland so tief in die europäische Politik verwickelt worden, daß es seine alten Pläne auf die Türkei, auf Konstantinopel, ‚den Schlüssel zu seinem Hause' jetzt schleunigst durchführen muß, wenn sie nicht für immer unausführbar werden sollen. Die Fortschritte der Konterrevolution und die täglich wachsende Macht der revolutionären Partei in Westeuropa, die eigene innere Lage Rußlands und der schlechte Zustand seiner Finanzen zwingen es zu raschem Handeln. Wir sahen vor kurzem das diplomatische Vorspiel dieser neuen orientalischen Haupt- und Staatsaktion, wir werden in wenigen Monaten die Aktion selbst erleben.

Der Krieg gegen die Türkei ist notwendig ein europäischer Krieg. Um so besser für das heilige Rußland, das dadurch Gelegenheit bekommt, festen Fuß in Deutschland zu fassen, die Konterrevolution dort zu Ende zu führen, den Preußen Neuchâtel erobern zu helfen und in letzter Instanz auf das Zentrum der Revolution, auf Paris zu marschieren.

Bei einem solchen europäischen Kriege kann England nicht neutral bleiben. Es muß sich gegen Rußland entscheiden. Und England ist für Rußland der allergefährlichste Gegner. Wenn die Landarmeen des Kontinents sich immer mehr durch Ausbreitung schwächen müssen, je weiter sie in Rußland vordringen, wenn ihr Vordringen bei Strafe der Wiederholung von 1812 vor den Ostgrenzen des alten Polens fast ganz aufhören muß, so hat England die Mittel, Rußland bei seinen verwundbarsten Seiten zu fassen. Abgesehen davon, daß es die Schweden zur Wiedereroberung Finnlands zwingen kann, stehen seiner Flotte Petersburg und Odessa offen. Die russische Flotte ist bekanntlich die schlechteste der Welt, und Kronstadt und Schlüsselburg sind ebenso gut einnehmbar wie Saint Jean d'Acre

* Neue Rheinische Zeitung. Zweites Heft Februar 1850, S. 71 bis 72. Diese Stelle fehlt in der Mehringschen Nachlaßausgabe.

und San Juan de Uloa. Ohne Petersburg und Odessa ist aber Rußland ein Riese mit abgehauenen Händen. Dazu kommt, daß Rußland weder für den Absatz seiner Rohprodukte noch für den Einkauf von Industrieprodukten England auch nur auf sechs Monate lang entbehren kann, was schon zur Zeit der napoleonischen Kontinentalsperre klar hervortrat, was aber jetzt noch in viel höherem Grade der Fall ist. Die Abschneidung des englischen Marktes würde Rußland in wenigen Monaten in die heftigsten Konvulsionen versetzen, England kann dagegen nicht nur den russischen Markt auf einige Zeit entbehren, sondern auch alle russischen Rohprodukte von anderen Märkten beziehen. Man sieht, daß das gefürchtete Rußland keineswegs so gefährlich ist. Es muß aber dem deutschen Bürger in einer so schreckenerregenden Gestalt erscheinen, weil es direkt seine Fürsten beherrscht und weil es sehr richtig ahnt, daß die Barbarenhorden Rußlands binnen kurzem Deutschland überschwemmen und dort gewissermaßen eine messianische Rolle spielen werden."

Aber unter dem Einfluß der Ereignisse, die sich in den Jahren 1850 bis 1852 abspielten, änderte Marx seine Ansicht. Alle Streitigkeiten, die zwischen England und Rußland in dem nahen Osten ausbrachen, wie die Frage der Auslieferung der polnischen und der ungarischen Flüchtlinge oder die sogenannte Pacificofrage, in der Palmerston die ganze Macht Englands in die Wagschale gegen das kleine Griechenland warf, führten bloß zu einem diplomatischen Notenkampf. Auch die Frage der heiligen Stätten, die von Napoleon im Mai 1850 plötzlich auf die Tagesordnung gestellt worden war, um die Klerikalen für sich zu gewinnen, zog sich so lange hin und her, daß man noch anfangs 1853 glauben konnte, daß auch sie auf diplomatischem Wege ihre Erledigung finden werde. Und als die „scheußliche" orientalische Frage wieder brennend wurde, nahm Marx wieder an, sie werde noch zu keinem Krieg führen. Gezwungen, über diese Frage zu schreiben, wendete er sich an Engels, weil „diese Frage vor allem militärisch und geographisch, also nicht von seinem Departement" sei. Er schickte ihm aber zugleich ein kleines Memorandum, das die nötigen Anhaltspunkte enthielt. Diesem von ihm und Engels verfaßten Artikel über die orientalische Frage schickte die Redaktion der Tribune folgende Zeilen voraus. (New York Tribune, 7. April 1853.)

„Herr Marx hat seine bestimmten eigenen Ansichten, die wir zum Teil entfernt sind, zu teilen, aber diejenigen, die seine Briefe nicht lesen, lassen sich eine der lehrreichsten Quellen der Informierung über die großen Fragen der gegenwärtigen europäischen Politik entgehen."

Waren die Artikel über die orientalische Frage eine gemeinsame Arbeit von Marx und Engels, so rühren die ebensoviel bemerkten Artikel über Gladstones Budget, über die englische Herrschaft in Indien, über Palmerstons politische Laufbahn ausschließlich von Marx her. Man kann sagen, daß er im Jahre 1853 einer der bekanntesten Mitarbeiter der Tribune in den Vereinigten Staaten wurde. Indem er seinem Konkurrenten A. P. C. jetzt

erst recht das Gebiet der „eigentlichen Zeitungskorrespondenz“ vollständig überließ, behandelte er in seinen Briefen alle wichtigsten Fragen — ökonomische, finanzielle, politische, diplomatische —, und statt sie nur zu registrieren oder das Material zusammenzustellen, lieferte er oft meisterhaft geschriebene Essays.

So verlieren seine Beiträge fast vollständig den Charakter einer Korrespondenz, und man kann es leicht begreifen, daß Dana jetzt schnell auf den Gedanken kam, die Marxschen Briefe direkt als Leitartikel zu benutzen. So „schmeichelhaft“ für Marx diese Praxis war, hatte sie doch eine unangenehme Seite. Ohne einige „Manipulationen“, die ohnedies unentbehrlich waren, um Marxsche Artikel dem Geschmack des amerikanischen Publikums näherzubringen, Hinweise auf „lokale Verhältnisse“, ging diese Metamorphose nicht, und Dana schaltete oft Redewendungen ein — von ein paar Einleitungs- und Schlußworten gar nicht zu sprechen —, die bezweckten, in den Artikeln alle Spuren auszumerzen, die bei dem Leser den Verdacht wecken konnten, die Leitartikel seien nicht in der Redaktion selbst geschrieben. Noch unangenehmer war für Marx, daß Dana oft unter dessen Namen den Rest der Korrespondenz druckte, so daß der beste und interessanteste Teil als redaktionelle Arbeit erschien und die Marxsche Unterschrift, wie er sich beklagte, bloß unter „ganz unbedeutenden“ Sachen stand.

Zuerst eine Ausnahme, bildete diese „Annexionspolitik“, die mit den Artikeln über die orientalische Frage ihren Anfang nahm, schon nach einigen Monaten eine feste Regel. Als im Oktober 1853 der Türkisch-Russische Krieg begann, schickte Marx einige — von Engels geschriebene — militärische Briefe, die die Redaktion alle als Leitartikel benutzte. Es ereignete sich dasselbe, was sich auch später beim Erscheinen des „Po und Rhein“ und der anonymen Artikel von Engels über den Deutsch-Französischen Krieg in der Pall Mall Gazette wiederholte. Die flott geschriebenen Artikel erregten auch durch die Gründlichkeit der in ihnen entwickelten militärischen Kenntnisse die allgemeine Aufmerksamkeit. Man schrieb die Verfasserschaft einem sich im Hintergrund haltenden General zu, und man sprach die für Amerika naheliegende Vermutung aus, daß dieser General kein Geringerer sei als Winfield Scott, der berühmteste amerikanische General, der Präsidentschaftskandidat der linken Whigs im Jahre 1853 und notorischer Freund von H. Greeley. Auch die Londoner Presse brachte öfters Auszüge aus diesen Artikeln.

Für die Redaktion war das nur ein neuer Anlaß, alle weiteren militärischen Briefe als Leitartikel zu drucken. Als Marx gegen diese Annexionen seine Einwendungen erhob, antwortete ihm Dana, daß sie jetzt nicht mehr imstande seien, auf diese Praxis zu verzichten, da sie sonst gezwungen wären, einzugestehen, daß die Artikel von auswärts kommen, was dem Prestige der Zeitung sehr stark schaden würde. So erklärt sich, daß in den Jahren 1853 bis 1855 fast alle Briefe, die die Kriegsfragen unter militärischen Gesichtspunkten beurteilten, in der Tribune als Leitartikel er-

schienen. Wie die Zeitung mit diesen Beiträgen renommierte, zeigt am besten die redaktionelle Notiz „Die Tribune und der Krieg" (New York Tribune, 3. Februar 1855). Mit Stolz schreibt die Redaktion, soweit ihr bekannt, „ist die Tribune das einzige Blatt in Amerika und Europa, das die Kriegsereignisse regelmäßig an der Hand der Prinzipien der Militärwissenschaft kritisch beleuchtet und den Leser in die Lage versetzt, alle diese Ereignisse sowohl vom militärischen wie vom politischen Standpunkt begreifen zu können".

So kam es vor, daß im Winter 1853/54 wochenlang, wie Marx scherzweise Engels schreibt, alle redaktionellen Artikel, die die europäische Politik behandelten, von beiden Freunden geliefert wurden. Engels verwaltete das Kriegsministerium, Marx das Ministerium des Äußern und der Finanzen. Je intensiver aber die Mitarbeit von Marx (und Engels) an der Tribune wurde, desto seltener kam sein Name in ihr vor. Auf sein wiederholtes Verlangen, entweder alles oder nichts in seinem Namen zu drucken, entschied sich die Redaktion für das letztere, und vom April 1855 ab verschwindet sein Name überhaupt aus den Spalten der Tribune.

In dieser Weise wurde Marx tatsächlich der europäische Redakteur der Tribune, der sich „mit eigentlicher Zeitungskorrespondenz nur ausnahmsweise" befaßte, dafür aber über die Kardinalfragen der Weltpolitik und der Weltwirtschaft schrieb.

Das hieß noch bei weitem nicht, daß Marx ein fest engagiertes Mitglied des redaktionellen Stabes wurde. Umgekehrt. Er hatte, was die materielle Seite anbelangt, alle Nachteile dieser Stellung. Zwar blieb er, wie Dana in seinem bekannten Brief, der in „Herr Vogt" abgedruckt ist, und der in eine Zeit fällt, in der Marx ebenso intensiv für die Tribune arbeitete wie in den Jahren 1853 bis 1854, „nicht nur einer der geschätztesten, sondern auch einer der bestbezahlten Mitarbeiter", nie aber hat er ein bestimmtes Fixum bekommen. Man behandelte ihn wie jeden anderen gewöhnlichen Korrespondenten. Es gelang ihm nie, vertraglich durchzusetzen, daß alle von ihm gelieferten Beiträge honoriert wurden. Die Eigentümer der Tribune zahlten nur für die gedruckten Artikel, im besten Falle übernahmen sie zeitweise die Pflicht, einen Brief pro Woche fest zu bezahlen. So leistete Marx jahrelang eine höchst intensive Akkordarbeit, ohne einen „gerechten" Akkordlohn zu bekommen. Vergleicht man seine Beiträge, in denen immer ein sehr großes Quantum Arbeit steckt — nicht nur, weil diese Arbeit eine hochqualifizierte war, sondern auch, weil Marx für seine Briefe spezielle Studien trieb —, mit den Korrespondenzen seiner Kollegen, so muß man sich wundern, daß die biederen Eigentümer der Tribune nicht die ganze Unanständigkeit dieser Bezahlung herausfühlten, die sich kein einfacher Akkordarbeiter hätte gefallen lassen. Seine langjährige Mitarbeit an der Tribune glich, was ihre Belohnung anbelangt, einem Zyklus, der periodisch alle Phasen von einem freilich sehr mäßigen Hochdruck bis zu einem vollständigen Stillstand durchlief. Wuchs in Amerika das Interesse

für die europäische Politik — und nur ein Krieg, eine politische oder ökonomische Krise in England oder auf dem Kontinent, ein Aufstand in Indien oder eine Insurrektion in Italien, ein Konflikt der Vereinigten Staaten mit irgendeinem europäischen Staat machte für die Amerikaner die Ereignisse in Europa „interessant" —, so stieg auch die Zahl der gedruckten Briefe. Man muß Marx die Gerechtigkeit widerfahren lassen, daß er im Laufe der Jahre sich diesen Verhältnissen anpaßte und, ohne auf seine Gewohnheit zu verzichten, zu den Ereignissen einen Kommentar in der Form von kleinen historischen oder sozial-ökonomischen Abhandlungen zu liefern, das Richtige vom Standpunkt der Redaktion oft traf. Außerdem hat keiner von den europäischen Mitarbeitern der Tribune mit so viel Verständnis und Leidenschaft den Kampf unterstützt, den sie, obwohl nicht sehr konsequent und mitunter sehr lau, gegen die Sklaverei führte. Bei alledem waren noch diese Kämpfer gegen die Ausbeutung der unfreien Arbeit so naiv-zynisch, daß sie bei jeder Änderung der Konjunktur, die auf den Absatz der Tribune wirkte, sofort ihre auswärtigen Mitarbeiter auf eine „verminderte Ration" setzten. So bitter die folgenden Zeilen von Marx lauten, die er schrieb, als die ehrenwerten Eigentümer der Tribune ihm nach einer rastlosen Tätigkeit infolge eingetretener finanziellen Schwierigkeiten für einige Zeit den Laufpaß gaben, sind sie doch nur eine getreue Schilderung seiner Stellung in der Tribune.

„Es ist in der Tat ekelhaft, daß man verdammt ist, es als ein Glück zu betrachten, wenn ein solches Löschpapier einen mit in sein Boot aufnimmt. Knochen stampfen, mahlen und Suppe daraus kochen, wie die Paupers im Wohnhaus, darauf reduziert sich die politische Arbeit, zu der man reichlich in solchem Konzern verdammt ist. Als Esel bin ich mir zugleich bewußt, nicht gerade in der letzten Zeit, aber während Jahren den Burschen zu viel für ihr Geld geliefert zu haben."

Zwar trat gleich darauf wieder eine Wendung zum Besseren ein, sie änderte aber nichts an der wirklichen Sachlage. Bei dem nächsten Umschlag der Konjunktur kündigte man Marx in rücksichtslosester Weise, diesmal für immer.

IV.

Wir erwähnten schon, daß es Dana in gewisser Hinsicht nicht besser erging. Marx grollte oft gegen ihn. Oft mit Unrecht, denn ohne Dana, der seine Interessen vor den Eigentümern vertrat, hätte seine Mitarbeit an der Tribune nie so lange gedauert. Sein Verkehr mit der Zeitung ging immer durch Danas Vermittlung, und man kann bestimmt sagen, daß trotz allem Dana seinerseits sich Marx gegenüber korrekt benommen hat. Soweit es in seiner Macht lag, bemühte er sich immer, die Bitterkeit der Marxschen Stellung zu mildern. Er trat aus der Tribune gleichzeitig mit Marx aus, der erst später erfuhr, daß Dana für Greeley und Mac Elrath auch nichts weiter als ein literarischer Kuli gewesen war.

In einer Beziehung hatte aber Marx in seinen Anklagen recht gegen Dana, da er nämlich der Redakteur war, der in der Tribune das auswärtige Amt verwaltete. Auch Dana machte im Laufe der Jahre eine Mauserung durch und änderte seine frühere Haltung in einigen Fragen der auswärtigen Politik sehr radikal. So in bezug auf Rußland.

Den Ausschlag gab die Entwicklung in den Vereinigten Staaten selbst. Ermutigt durch ihren großen Sieg bei der Präsidentenwahl von 1852, machten die Sklavenhalter im Jahre 1853 einen neuen Vorstoß, um die noch existierenden Grenzen für die Ausbreitung der Sklaverei aufzuheben und die Zahl der Sklavenstaaten zu vermehren. Mit Hilfe der Demokraten des Nordens, deren Führer Senator Stephen Douglas war, gelang es ihnen, die sogenannte Kansas-Nebraska-Bill (30. Mai 1854) durchzusetzen, die alle geographischen und gesetzlichen Schranken der Sklaverei beseitigte. Hand in Hand mit dieser inneren Politik ging auch die auswärtige Politik der Demokraten, die sich als nächstes Ziel die Annexion von Kuba stellte. Der Gedanke, für diese erobernde Politik die Verwicklungen in Europa auszunutzen, lag sehr nahe. Die Gesandten der Vereinigten Staaten in Madrid, Paris und London (Soulé, Mason und Buchanan — alle drei überzeugte Vorkämpfer der Sklaverei) formulierten dieses Programm in dem sogenannten Ostender Manifest vom 18. Oktober 1854. Um den Zweck zu erreichen, mogelte man sowohl mit den Vertretern der italienischen, französischen und ungarischen Emigration, die nach ihrer Gewohnheit die Kreise, aus denen ihnen „befreiende" Vorschläge kamen, nicht zu genau prüften, wie mit der russischen Regierung, die gern bereit war, den annexionistischen Bestrebungen der Demokraten entgegenzukommen, um die Vereinigten Staaten in dem Krieg mit England auf ihrer Seite zu haben. Soulé, der von allen drei Gesandten der skrupelloseste war, klagte man sogar an, daß er die Republik in einen Krieg mit England und Frankreich verwickeln und die Westmächte, die ohnedies schon stark gebunden waren, noch durch innere Erschütterungen schwächen wollte, um ungehindert mit dem Widerstand Spaniens fertig zu werden. Senator Douglas trat seinerseits mit einer Apologie des absolutistischen Rußland auf und prophezeite dem sklavenreichen Lande eine glänzende Zukunft. Und die amerikanische Regierung scheute vor keinem diplomatischen Konflikt mit England zurück, um seine Neutralität im Kriege der Westmächte gegen Rußland aufrechtzuerhalten.

Nach der Annahme der Kansas-Nebraska-Bill, die den von Henry Clay im Jahre 1850 zusammengeleimten und von Greeley als die beste Barriere gegen die weitere Ausbreitung der Sklaverei verteidigten Kompromiß zunichte machte, erklärte die Tribune, daß jetzt, nachdem die Demokraten selbst den Eid gebrochen, zwischen der Sklaverei und der Freiheit, zwischen dem Despotismus und der Demokratie ein Kampf auf Tod und Leben beginne. Damit trat sie auch gegen die von Douglas und seinen Gesinnungsgenossen vertretene auswärtige Politik auf. Sie eiferte gegen

den größten Sklavenhalter und Despoten, gegen Nikolaus, sie brachte die Enthüllung, daß Rußland den Vereinigten Staaten territoriale Konzessionen angeboten habe, sie pries sarkastisch Nikolaus und Douglas dafür, daß sie den Kampf zwischen Absolutismus und Revolution gleichzeitig in Europa und Amerika entfachten.* Allerdings konnte die Tribune auch in dieser Zeit nicht umhin, darauf hinzuweisen, daß die russische Regierung — „eine Regierung des entsetzlichsten Despotismus, eine Regierung, die im höchsten Grade jeder Form der politischen Freiheit feindlich gegenübersteht!" — trotzdem als der Champion der progressivsten Tarifpolitik auftrete.

Der Tod Nikolaus' änderte die Situation. Die schon in der Tribune aufgestellte Behauptung, daß der Thronfolger ein ausgesprochener Feind der Sklaverei und Freund der liberalen Reformen sei, schien sich zu bewahrheiten. Und die Tribune drehte den Spieß um. Wenn schon ein so despotisches Land, wie Rußland, die Aufhebung der Leibeigenschaft auf die Tagesordnung stellte, um wie viel mehr mußten dies die Vereinigten Staaten von Amerika tun, das Land der Revolution? Aus einem Feind Rußlands verwandelte sich die Tribune in seinen Apologeten, der nie müde ward, das in einem Prozeß der Regeneration befindliche und — was noch wichtiger — das protektionistische Rußland den sklavereifreundlichen und freihändlerischen Demokraten als Vorbild vorzuführen. Von der alten Auffassung, die Dana noch in seinen früheren Artikeln entwickelte — hie Rußland, hie Westeuropa; hie der Absolutismus, hie die Demokratie —, keine Spur, und vom Frühling 1855 an wird die Tribune mit jedem Jahr „russenfreundlicher".

Gegen diese neue Strömung konnte Marx nichts ausrichten, um so mehr, als die Tribune einen neuen Mitarbeiter erwarb, der ein ausgezeichneter Kenner Rußlands war und seiner ganzen Weltanschauung nach nicht nur Dana, sondern auch — und das war das Entscheidende — Greeley viel näher stand. Dieser Mitarbeiter hatte noch den großen Vorzug gegenüber Dana, daß er mit Greeley persönlich befreundet war, gegenüber Marx, daß er in New York lebte und seit 1854 ein ständiges Mitglied des redaktionellen Stabes geworden war.

V.

Es war der „famose", wie ihn einmal H. Heine in seinen Pariser Briefen nennt, Graf Adam Gurowski, ein seinerzeit wirklich sehr bekannter Publizist, der erste Verkünder des russischen Panslawismus in Europa.**

* In einem Artikel, der zwischen dem europäischen Krieg und dem Krieg in Amerika eine Parallele zog und der mit den Worten schloß: „Zar Nikolaus! Senator Douglas! Wir danken Euch!" (The two wars. New York Tribune vom 28. Januar 1854.)

** Jetzt total vergessen, in der politischen Literatur kaum in Verbindung mit dem polnischen Aufstand von 1831 erwähnt. Über sein Schicksal nach seinem Re-

Ein angesehenes Mitglied des polnischen Adels, seit seinen jungen Jahren in der revolutionären Bewegung tätig, von 1820 bis 1825 an der Berliner und anderen deutschen Universitäten, einer der aktivsten Teilnehmer an dem Aufstand von 1830/31, nach Paris von der revolutionären Regierung gesandt, um mit den Republikanern Unterhandlungen zu führen, blieb er dort, nachdem ihm der Weg nach Polen durch ein Todesurteil versperrt worden.

Nach ein paar Jahren überwarf er sich mit der polnischen Emigration. Zuerst mit Saint-Simonisten befreundet, wurde er ein Anhänger Fouriers, mit dem er auch persönlich sehr gut bekannt war. Aber schon im Jahre 1833 faßt er einen neuen Plan und macht den Versuch, mit Paskewitsch, dem Statthalter Russisch-Polens, in Beziehungen zu treten. Er fordert ihn auf, dem Beispiel Mehemed Alis zu folgen und ebenso wie dieser Ägypten vom türkischen Joche befreite, sich an die Spitze des polnischen Volkes zu stellen. Aus diesem Plan wurde selbstverständlich nichts. Paskewitsch aber blieb mit seinem Verehrer im Verkehr. Im Jahre 1835 veröffentlichte Gurowski das Buch „La Vérité sur la Russie“. Der vollständige Verzicht auf alle revolutionären Pläne, das Bekenntnis, die ganze Schuld an dem letzten Aufstand laste auf den Polen selbst, Polen habe von den Westmächten nichts zu erwarten, es werde besser durch eine vollständige Versöhnung mit Rußland fahren, dann eine Apologie des russischen Volkes, als des einzigen slawischen Stammes, der groß und stark genug sei, um durch die Verbindung mit ihm nicht nur den Polen, sondern auch allen anderen slawischen Stämmen ihre Rettung vor einem sonst unabwendbaren Untergang zu sichern, veranlaßten Nikolaus, das Todesurteil aufzuheben. Einige Zeit bleibt nun Gurowski im Ausland, verfaßt für die russische Regierung verschiedene Denkschriften, dann kehrt er nach Rußland zurück, wo er in Petersburg zuerst eine Stelle in der eigenen Kanzlei des Kaisers und später im Ministerium der Volksaufklärung findet. Ein großer Verehrer der russischen Sprache und des orthodoxen Glaubens geworden, nahm er tätigen Teil an allen Maßnahmen zur Ausdehnung des Unterrichts in der russischen Sprache, wie auch an allen Maßnahmen, die gegen den katholischen Klerus in Polen gerichtet waren.* Im Jahre 1841 veröffentlichte er ein neues Buch „La civilisation et la Russie“, das erste Manifest des offiziellen Panslawis-

---

negatentum, also seit den dreißiger Jahren, finden wir kein Wort, selbst nicht in den polnischen Werken, die sich speziell mit der Geschichte der polnischen Emigration befassen. Und doch hat niemand mehr für die Propaganda des echtrussischen, zaristischen Panslawismus im Gegensatz zu dem demokratischen Panslawismus eines Bakunin oder Herzen in Westeuropa getan als dieser polnische Renegat.

* „Der revolutionäre Demagog ward hiermit geburtsstolzer Aristokrat und Hasser der Bourgeoisie, der Republikaner ein Autokrat, der Katholik ein Verteidiger der russischen Kirche, der Pole ein Russe, der Europäer ein Panslawist.“ So schrieb über ihn die Brockhaussche Enzyklopädie. Zehnte Auflage. 1852.

mus für Westeuropa, und in seinen „Pensées sur l'avenir des Polonais“ beweist er die Notwendigkeit, die Sonderstellung Polens aufzuheben, das durch eine innere russisch-polnische Zollinie von dem übrigen Rußland getrennt war.

Trotzdem Gurowski sehr gute Beziehungen mit den Führern der sogenannten „russischen“ Partei unterhielt, wurde er im Jahre 1844, aus Gründen, die er verschweigt, gezwungen, wieder ins Ausland zu flüchten. Aus seinem Haß gegen die „deutsche“ Bureaukratie kann man schließen, daß er sich zu stark in den Intrigenkampf verschiedener Hofcliquen eingemischt hatte und sich in Petersburg nicht mehr ganz sicher fühlte. Nach einem neuen Aufenthalt in Berlin, Heidelberg und München ging er in die Schweiz, wo er in Bern zwei Jahre lang als Professor der politischen Ökonomie an der Universität tätig war. Die furchtbaren Metzeleien, die von der österreichischen Regierung im Jahre 1846 in Galizien inszeniert wurden, um mit dem Krakauer Aufstand fertig zu werden, bekräftigten ihn in seinem Glauben, daß Polen nur im engeren Bunde mit Rußland noch Hoffnung auf eine bessere Zukunft habe.* Kurz vor dem Ausbruch der Februarrevolution (Januar 1848) veröffentlichte er in Florenz den ersten Band eines großen französischen Werkes über den Panslawismus, in dem er dessen Geschichte sowie seine religiösen, sozialen, philosophischen und politischen Bildungselemente untersucht.** In dem philosophischen und religiösen Teil stark von den russischen Slawophilen, besonders von Chomiakoff beeinflußt, trägt Gurowski in die Begründung des Panslawismus eine eigene Note hinein. In seinem Buch finden wir zum erstenmal diejenigen volkswirtschaftlichen Tendenzen des Panslawismus klar entwickelt, die aus ihm zuletzt das politische Programm der jungen russischen industriellen Bourgeoisie machten.

Im Unterschied von den noch stark idealistisch gesinnten ersten Slawophilen und noch mehr von Bakunin und Herzen, die in dem russischen Gemeindebesitz ein Palladium gegen den westeuropäischen Kapitalismus entdeckten, stellt sich Gurowski ganz bewußt als Hauptziel die Entwicklung der Industrie in Polen und Rußland. Den Angelpunkt der Nation bilden die industriellen Klassen. Seine Deklamation gegen die „Argyrokratie“, gegen den „Finanzfeudalismus“, gegen den parasitischen Kommerz sind noch Überbleibsel seiner früheren saint-simonistischen und fourieristischen Studien. Das einzige gesunde Element, das neue Werte schafft, sind die Vertreter der Arbeit, und er lobt nur deswegen Rußland so stark, weil es unter allen slawischen Ländern die größte Fähigkeit aufweist, eine starke Industrie zu entwickeln. Es soll nur konsequent das Schutzzollsystem anwenden. Der Freihandel paßt nur als Notbehelf für Länder, die, wie England, billiges Brot brauchen, auch kann der auswärtige Handel nie den

* Die letzten Ereignisse in den drei Teilen des alten Polen. München 1846.

** Le Panslawisme, son histoire, ses véritables éléments: religieux, sociaux, philosophiques et politiques. Tome premier. Florence 1848.

inneren Markt ersetzen, der die ausschlaggebende Rolle spielt. Rußland hat, ebenso wie Nordamerika, alle Vorbedingungen — zahlreiche Bevölkerung und kolossales Gebiet —, um seine industrielle Selbständigkeit zu verwirklichen. Außerdem die unbegrenzte Möglichkeit, sich in Asien weiter auszudehnen. Es ist Rußlands Mission, die Zivilisation nach dem Osten zu tragen. Es muß aber zuerst die Leibeigenschaft abschaffen und den bürgerlichen Klassen das Recht, Grundbesitz zu erwerben, verleihen. Der Adel wird seine Entschädigung in dem Wachstum des Handels und in der Entwicklung der kapitalistischen Landwirtschaft finden. Auch für Polen, dessen Verfall Gurowski durch mangelhafte industrielle Entwicklung erklärt, weil es keine Vorteile von seiner Annexion an Rußland hat, werden sich glänzende Aussichten öffnen, sobald die Aufhebung der Zollinie den polnischen Fabriken den Absatz auf ihrem „natürlichen Markte" sichern werde.*

Will aber Rußland sich ruhig entwickeln, muß es auf jede aggressive Politik gegenüber dem Westen verzichten und sich von der Heiligen Allianz loslösen. Lieber die wankenden europäischen Dynastien ihrem Schicksal überlassen und sie nicht nur nicht retten, sondern dem revolutionären Brand in Westeuropa ruhig zuschauen und für sich allein sorgen. Das Buch schließt mit einem scharfen Ausfall gegen die „antirussische" Diplomatie der zahlreichen „von", die das slawische Genie unterdrücken.

Über Gurowskis Tätigkeit in den Jahren der Revolution ist uns nichts Näheres bekannt. Das politische Programm Rußlands während dieser Periode stellte gerade das Gegenteil von dem dar, was er in seinem Buch empfahl. Im November 1849 kehrt er Europa für immer den Rücken und übersiedelt nach Nordamerika, um sich gleich nachher als Bürger der transatlantischen Republik zu naturalisieren.

Seine fourieristischen Verbindungen können uns erklären, wie er Mitarbeiter der Tribune geworden ist. In der Nummer vom 13. Mai 1852 nennt ihn die Redaktion einen „der philosophischsten und intelligentesten Geister, die uns die slawische Rasse schenkte". Unter dem Namen „Panslawist" und anonym veröffentlichte er in der Zeitung eine große Artikelserie über „Russia as it is" (Rußland wie es ist), die später unter seinem eigenen Namen separat erschien und mehrere Auflagen erlebte.

Bei dem wachsenden Interesse für Rußland war Gurowski für die Tribune unentbehrlich. Mit seiner Hilfe konnte sie, durch ihre russischen „Enthüllungen" und die Sicherheit ihrer Informationen aus Petersburg, die Konkurrenz aller anderen Zeitungen schlagen. In der Tat besaß der polnische Graf und „Exkammerherr des Zaren" vielseitige Kenntnis der Personen und der Chronique scandaleuse der Petersburger Gesellschaft. Er war auch geschickt genug, die republikanischen Gefühle seiner neuen

* Es ist bekannt, daß diese Aufhebung, die erst zwei Jahre später (1850) geschah, wirklich eine der Hauptursachen der Entwicklung der Industrie in Russisch-Polen bildete.

Mitbürger durch eine rosige Schilderung des russischen Despotismus nicht zu chokieren.

Gurowski war aber für die Tribune noch mehr als ein Fachmann über Rußland oder Polen. Der Exprofessor der Nationalökonomie schrieb auch sehr viel über historische, politische und insbesondere über ökonomische Fragen. Seine unermüdliche Propaganda für den Protektionismus, wobei ihm Rußland immer als Illustration diente, lieferte Greeley und Dana neue Waffen in ihrem Kampfe gegen die sklavereifreundlichen Freihändler. Sein Einfluß wurde noch stärker mit der Verschärfung der politischen Konjunktur, die die Folge des neuen Vorstoßes der Sklavenhalter war. So gelang es ihm, die Haltung der Tribune in der orientalischen Frage radikal zu ändern.

Wenn die Redaktion ein Jahr vorher auch Marxens Briefe als Leitartikel aufgenommen hatte, die antirussisch, aber nicht protürkisch waren, so neigte sie selbst doch viel mehr zu der Meinung des anderen Londoner Korrespondenten A. P. C., der in allen seinen Korrespondenzen die turkophilen Anschauungen Urquharts wiedergibt. Noch im Oktober 1853 erklärt die Tribune, daß in dem Krieg, den die Türkei an Rußland erklärte, alle Sympathien der Kulturmenschheit nicht den Christen, sondern den Türken gehören. Vom März 1854 an, nachdem England sich auf die Seite der Türkei gestellt und Rußland den Krieg erklärt hat, macht die Tribune plötzlich die Entdeckung, die Türkei sei ein sklavenhalterischer Staat, der sich in einem hoffnungslosen Zustand befinde, die Hauptschuld dafür trage aber nicht Rußland, das brutal, aber offen vorgehe, sondern das heuchlerische England, das durch den Freihandel die Türkei ruiniere. In einem Artikel „Unsere Stellungnahme zu dem Krieg" (5. Januar 1855), der eine Antwort auf die Korrespondenz des langjährigen Mitarbeiters der Tribune, des Fourieristen Hugh Doherty bildet, resümiert die Redaktion ihre Ansicht in folgenden Worten: „Wir haben schon seit langem unseren Lesern die Gründe auseinandergesetzt, warum wir bezweifeln, daß die Okkupation der Türkei Rußlands Macht in Europa festigen werde. . . . Die Türkei ist durch den Freihandel an den Rand des Abgrundes gebracht, und trotzdem schicken Frankreich und England ihre Armeen, um diesen Freihandel aufrechtzuerhalten. Der Einverleibung der Türkei in das russische Reich wird sogleich die Etablierung einer wahrhaft zivilisatorischen Handels- und Industriepolitik folgen." Und da sie mit einem Fourieristen polemisiert, für den England und Frankreich in dem Krieg gegen Rußland als Vorkämpfer der Zivilisation erscheinen, greift die Redaktion zu der alten fourieristischen Terminologie. „Nichts bietet eine schlagendere Illustration des Circulus vitiosus und der Disharmonie, die den gegenwärtigen Stand der Zivilisation charakterisieren, als der Umstand, daß eine Regierung des abscheulichsten Despotismus, der jeder Form der politischen Freiheit feindlichst gegenübersteht, als Vorkämpferin des einzigen wirklichen Fortschritts auftritt." Noch klarer drückt sich die Redaktion einige Wochen später aus

(The regeneration of Turkey, 29. Januar 1855): „Der Schutzzoll kann das Land retten und seine Hilfsquellen entwickeln unabhängig davon, was für eine Form seine Regierung bestimmt; der englische Freihandel wird das Volk immer in einem herabgedrückten und schwachen Zustand erhalten, trotz aller politischen und religiösen Reformen."

In der Nummer vom 26. Mai 1855 verteidigt sich die Tribune gegen die Anklage, daß sie russophil geworden sei. Sie vergißt alles, was sie selbst geschrieben und veröffentlicht hat. Rußland ist in ihrer auswärtigen Politik ein bedeutend humanitärerer Agent als Britannien. Der englische Freihandel bringe allen, mit denen er in Berührung kommt, Verderben, während Rußland, seitdem es den Schutzzoll adoptiert hat, seine industriellen Mittel bis zu einem wunderbaren Grade entwickelte, so daß der Fortschritt seiner Zivilisation der ganzen Welt offenbar sei. Das beste, was mit der Türkei geschehen könne, sei die Annexion durch Rußland. Mit einer entwickelten Industrie werde die Türkei ein blühendes Land werden. „Was die Gefahr anbelangt, die Europa von der Expansion Rußlands droht, haben wir wiederholt bewiesen, daß sie eine Schimäre sei. Noch mehr. Insoweit die Vereinigten Staaten überhaupt ein eigenes Interesse an der ganzen Kontroverse haben, ist es für sie wichtig, daß Frankreich und England nicht eine Position erlangen, die ihnen die Möglichkeit gäbe, ihren Willen der ganzen Welt zu diktieren. Wir brauchen Rußland als ein Gegengewicht gegen diese Mächte." Am 5. Juni 1855 (The European Imbroglio) behauptet die Redaktion, daß nichts dem System der „billigen Arbeit" in England so schnell ein Ende machen werde, als die Festsetzung Rußlands in Konstantinopel. In dem Artikel „Die Teilung der Türkei" (22. Juni 1855) beweist die Redaktion, alias Gurowski, daß diese Okkupation im Interesse der ganzen Menschheit erwünscht sei. „Es heißt nicht, daß das russische politische System nicht verwerflich sei. Nein, es ist eine despotische Macht. Aber industriell und kommerziell entwickelt es die einzige sichere Grundlage für die Freiheit."*

---

* Jeder Kenner des „Kapital" wird in diesem Gedankengang leicht die von Marx zitierten Ideen des amerikanischen Ökonomen Carey erkennen, der auch ein Mitarbeiter der Tribune war: „Nun kommt aber Carey und klagt, sicher nicht mit Unrecht, England an, daß es jedes andere Land in ein bloßes Agrikulturvolk zu verwandeln strebt, dessen Fabrikant England. Er behauptet, in dieser Art sei die Türkei ruiniert worden, weil ‚den Eignern und Bebauern des Bodens niemals gestattet war (von England), sich selbst zu kräftigen durch die natürliche Allianz zwischen dem Pflug und dem Webstuhl, dem Hammer und der Egge' (The slave Trade, S. 125). Nach ihm ist Urquhart selbst einer der Hauptagenten des Ruins der Türkei, wo er im englischen Interesse Freihandelspropaganda gemacht habe. Das beste ist, daß Carey, nebenbei großer Russenknecht, durch das Protektionssystem jenen Scheidungsprozeß, den er beschleunigt, verhindern will" (Dietzsche Volksausgabe, S. 678). Careys Beispiel zeigt, wie die „Russenknechtschaft" der Tribune stark mit ihrer Vorliebe für den Schutzzoll verbunden war.

Die Angriffe gegen England und Frankreich werden mit jeder Nummer wütender und die Sympathien für Rußland immer stärker.* Man klagte die Tribune an, im Dienste des Despotismus zu stehen. Und in einem Artikel „Der Krieg und die Freiheit" (11. August 1855) beweist sie, daß im Gegenteil Napoleons Sieg der Sieg der Reaktion sei. „Was diejenigen Organe anbelangt, die unsere ‚russischen Sympathien', die ‚Verteidigung Rußlands' usw. tadeln und die von Russen oder russischen Agenten schwatzen, die in unserer Zeitung schreiben oder herrschen, so halten wir es für überflüssig, ihnen eine Antwort zu erteilen."

In der Tat war es nicht allein Gurowski, der diese Haltung bestimmte, obwohl es unzweifelhaft ist, daß er mit Greeley und Carey für sie die Hauptargumente schmiedete.** Die Entwicklung der inneren Parteiverhältnisse der Vereinigten Staaten machte die „Demokraten", die der Sklaverei und dem Freihandel freundlich waren, zu Feinden des neuen „liberalen" Rußlands. Dabei machten das offizielle Frankreich und das freihändlerische England aus ihren Sympathien für die Südstaaten kein Hehl. Diese Gegensätze bestimmten die auswärtige Politik der 1854 neugebildeten republikanischen Partei. Der künftige Bürgerkrieg warf schon seinen Schatten voraus, und die Tribune konnte sich später nur gratulieren, daß sie so zeitig gegen die künftigen Feinde aufgetreten war. Und in ihrer Art — Abschaffung der Sklaverei als Endziel, Schutzzoll als die Bewegung — war sie „prinzipientreu" und „konsequent".

Trotz aller Versuche der Redaktion, die Mitarbeit Gurowskis zu verheimlichen, war es schon im Jahre 1855 in den literarischen Kreisen New Yorks bekannt geworden, daß er einer der leitenden Redakteure der Tribune sei. Der bekannte russische Emigrant J. Golowin, der damals Nordamerika besuchte und auch an der Tribune mitarbeitete, schreibt in seinen amerikanischen Eindrücken: „Die Tribune des Greeley ist ein utopistisches Blatt, aber Dana ist einer der gelehrtesten und liebenswürdigsten Amerikaner, und Graf Gurowski ergänzt das Triumvirat." (Stars and Stripes, or American impressions, London 1856, S. 28.)

Alles das blieb Marx unbekannt, aber so schlecht er auch die Tribune verfolgte, die Artikel über Rußland fielen ihm doch sofort auf. Sie er-

---

* Im Sommer 1855 wird die Tribune fortwährend in Paris beschlagnahmt, und Greeley, der damals England und Frankreich besuchte, wurde sofort in Paris verhaftet und ausgewiesen.

** Seine Artikel über den Krimkrieg wurden auch separat herausgegeben. So „The turkish question" 1854 und „A year of the war", New York 1855. Über Österreich schreibt er: „Die Habsburger sind ein Unfall in der Geschichte, und Österreich liegt auf ihr wie ein Alp. Es vertritt weder ein großes Ideal, Prinzip oder Element, noch eine einzelne Rasse, noch eine harmonische Einheit verschiedener Nationalitäten. Alles in ihm ist eine Anomalie" (S. 106). Umgekehrt „kann Rußland nicht fallen. Auf seiner Seite steht der Genius der Geschichte, die Zukunft einer Rasse" (S. 109).

weckten bei ihm gleich den Verdacht, sie seien von einem Russen verfaßt. So schreibt er Engels am 7. September 1853:

„Die elenden Russen, in der Tribune sowohl als im London Advertiser (obgleich verschiedene Persönlichkeiten und in verschiedener Form), reiten jetzt auf dem Steckenpferd herum, daß das russische Volk durch und durch demokratisch ist, das offizielle Rußland (Kaiser und Bureaukratie) nur Deutsche sind und der Adel ebenfalls deutsch ist. Also Deutschland in Rußland, nicht Rußland in Deutschland zu bekämpfen. Du kennst mehr von Rußland als ich, und wenn Du Zeit gewinnst, gegen diesen Blödsinn aufzutreten (ganz wie die teutonischen Esel den Despotismus auf die Franzosen wälzen, als wenn zurückgebliebene Knechte nicht immer zivilisierte Knechte brauchten, um zivilisiert zu werden), so verpflichtest Du mich sehr. Natürlich in der Tribune."

Engels dagegen hielt den Verfasser „für einen Ostdeutschen oder halben Polacken; der Kerl hat offenbar viel Material, man muß also vorsichtig sein, aber er ist doch sehr gut zu greifen".* Er versprach, einen Artikel zu schreiben, wurde aber von seinem Vorsatz durch die Notwendigkeit, über die Kriegsereignisse fortlaufend zu schreiben, abgelenkt. Er und Marx begnügten sich damit, daß sie in ihren Artikeln fortwährend Rußland angriffen. Erst Ende 1854 kommt Engels auf seine frühere Absicht zurück und will jetzt eine Broschüre über „Germanen- und Slawentum" schreiben, die als Antwort auf Bruno Bauers „Rußland und Germanentum" in Deutschland erscheinen sollte. Noch bevor er aber diesen Plan ausführte — es fand sich kein Verleger —, trat die Tribune so russenfreundlich auf, daß Marx es für unumgänglich notwendig hielt, mit einer ausführlichen Kritik des Panslawismus in diesem Blatte selbst aufzutreten. Am 18. März 1855 schreibt er darüber an Engels: „Die Tribune soll der Teufel holen. Es ist jetzt allerdings durchaus notwendig, daß sie auch antipanslawistisch auftritt. Wo nicht, könnte man gezwungen werden, mit dem Blättchen zu brechen, was fatal."

Engels ging auf den Vorschlag ein und begann sofort eine Artikelserie über den Panslawismus. Die Tribune veröffentlichte aber den ersten Artikel mit solchen „Verbesserungen", daß er seinen Zweck ganz verfehlte. Es ist nicht ausgeschlossen, daß Marx diese Nummer nie zu Gesicht bekam,**

---

* Eben der Umstand, daß Gurowski kein Russe, sondern ein „halber Polack" war, gab der Tribune die Möglichkeit, auf die erste Enthüllung eines New Yorker Blattes (Daily Times) die ausweichende Antwort zu geben, daß kein russischer Gentleman je eine Zeile für den redaktionellen Teil der Zeitung geschrieben habe noch ein Mitglied ihres redaktionellen Stabes gewesen ist oder sei. (New York Tribune, 23. April 1854.)

** Sogar im Jahre 1855 hat er noch die tägliche Tribune weder regelmäßig noch direkt aus der Redaktion erhalten. So schreibt Marx am 16. Mai 1855: „Von Cluß endlich wieder einige (Nummern) Tribune eingetroffen und zwei Zeilen, worin er anzeigt, daß er schreiben wird."

war es aber der Fall, so hat er gewiß die folgende Einschaltung nur mit größtem Erstaunen und Ärger gelesen:

„Als politische Theorie hat der Panslawismus seinen klarsten und philosophischsten Ausdruck in den Schriften des Grafen Gurowski gefunden. Dieser Gelehrte und hervorragende Publizist betrachtet wohl Rußland als den natürlichen Angelpunkt, um den sich die Geschichte dieses zahlreichen und kräftigen Zweigs der menschlichen Familie entwickeln könne, er hat aber nie den Panslawismus als eine Liga gegen Europa und die europäische Zivilisation aufgefaßt. In seinen Augen ist das legitime Entwicklungsfeld für die expansiven Kräfte der slawischen Energie eben Asien. Verglichen mit der stagnierenden Trostlosigkeit dieses alten Kontinents erscheint Rußland als eine zivilisatorische Macht, und sein Kontakt kann nur wohltätig wirken. Die kleinen Geister jedoch, die seine Grundidee akzeptiert haben, konnten diese mannhafte und achtunggebietende Auslegung nicht begreifen. Der Panslawismus tritt in verschiedenen Formen auf, und nun begegnen wir ihm in einer neuen Form, die sehr effektvoll scheint: als eine Kriegsdrohung. Als solcher macht er gewiß der Kühnheit und der Entschlossenheit des neuen Zaren (Alexander II.) Ehre."

Sind diese Zeilen nicht von Gurowski selbst hineingeschrieben, so zeigen sie, wie groß der Einfluß war, den er auf Dana und Greeley ausübte. Man kann sich leicht denken, was aus den weiteren Artikeln von Engels geworden wäre, hätte sie die Redaktion in dieser Weise „umgearbeitet"! Vorläufig blieben aber aus verschiedenen Gründen die Fortsetzungen aus. Wir haben Grund zu vermuten, daß die Zwischenpause mehrere Monate dauerte.

Eine neue Wendung auf dem Kriegsschauplatz machte den „langweilig" gewordenen Krieg wieder „interessanter", und Engels war gezwungen, nur über Militaria zu schreiben. Und außer den Briefen für die Tribune mußte er bald noch eine andere Arbeit für seinen Freund übernehmen.

Anfangs Juni 1855 kam an Marx aus Amerika die Aufforderung, für eine große amerikanische Monatsschrift, Putnam's Review, einen Artikel über die europäischen Armeen abzufassen. Nicht direkt, sondern wiederum durch Danas Vermittlung. Folgende Stellen aus dem Brief des letzteren werfen ein grelles Licht auf die eigentümliche Stellung Marxens in der Tribune und die naive Unverfrorenheit der ehrenwerten Redaktion. „Der Herausgeber des Putnam Monthly bittet mich, ihm einen sorgsam ausgearbeiteten Essay über sämtliche europäische Armeen von Ihnen zu verschaffen. Natürlich weiß er nicht, wer Sie sind, und ich glaube nicht, daß es notwendig sei. Ich antwortete ihm, daß ich in der Lage bin, ihm den gewünschten Beitrag von dem *Verfasser unserer militärischen Artikel* zu besorgen.... *Schreiben Sie nur nicht auf dünnem Papier,*[*]

---

[*] Unterstrichen im Original.

denn ich will nicht bei ihm den Verdacht erwecken, daß der Artikel aus Europa kommt."

Dieser Vorschlag brachte Marx in die größte Verlegenheit. Ebenso streng wie Dana das Geheimnis der Redaktion wahrte, verheimlichte er vor der Redaktion, wer der wirkliche „Verfasser unserer militärischen Artikel" sei. Das Anerbieten abzulehnen war er nicht imstande und ebensowenig, die Arbeit selbst zu liefern. Es blieb ihm also nichts übrig, als den Vorschlag Engels zu unterbreiten. „Sollte Deine Zeit Dir nicht erlauben, letzteres (den Artikel) zu machen, so müßtest Du mir das Material schicken und ich es machen. Allerdings müßte es im letzteren Falle bei meiner Unbekanntschaft mit dem Gegenstand miserabel ausfallen." Um die „Firma" nicht zu kompromittieren, sprang Engels für seinen Freund ein und war daher gezwungen, seine Arbeit über den Panslawismus zu unterbrechen.*

VI.

Wenn wir näher auf die Mitarbeit Marxens an der Tribune während des Jahres 1855 eingehen, so finden wir, daß sie im Unterschied zu den Jahren 1853 und 1854 viel weniger intensiv ist und sich auf wenige Korrespondenzen reduziert. Die Teilung der Arbeit zwischen ihm und seinem Konkurrenten, die sich während dieser Jahre ganz spontan entwickelte, legte ihm bestimmte Beschränkungen auf. Die eigentliche Berichterstattung besorgte A. P. C. Und außer den Kriegsereignissen bot das Jahr 1855 beinahe keine Themen, die Marx bearbeiten konnte, ohne in Konflikt mit A. P. C. zu kommen. Das Monopol gehörte ihm nur auf dem Kriegsgebiet. Daher wird der größte Teil der Arbeit für die Tribune und, wie wir eben sahen, für Putnam's Review von Engels geleistet.

Das besagt aber nicht, daß Marx während dieses Jahres nur an seiner Ökonomie arbeitete. Abgesehen von einer mehrwöchigen Unterbrechung in den Monaten März und April — die Zeit der Krankheit und des Todes seines Söhnleins, die ihn und seine Frau sehr stark mitnahm — arbeitete er vielmehr seit Januar 1855 für die Neue Oder-Zeitung. Hier hatte er Gelegenheit, auch als eigentlicher Korrespondent zu wirken, ohne in der Auswahl der Themen so wie in der Tribune begrenzt zu sein. Für eine „miserable Summe" — 30 Taler pro Monat — lieferte er eine Zeitlang wöchentlich drei Korrespondenzen, darunter viele, die einen schnell hingeworfenen Bericht bieten, aber auch eine Reihe gründlicher ökonomischer,

* Statt einen Bogen lieferte Engels zweieinhalb. Seine Arbeit unter dem Titel „The Armies of Europe" ist in Putnam's Monthly Magazine of American Literature, Science and Art in den Nummern vom August, September und Dezember 1855 anonym erschienen. Sie behandelt die Organisation und Ausrüstung aller europäischen Armeen. Stellenweise trägt sie den Charakter eines stark zusammengedrängten Artikels aus einem Konversationslexikon. Einen Teil über die preußischen und österreichischen Armeen werden wir im dritten Bande bringen, das Ganze gehört aber nur in eine Ausgabe sämtlicher Werke von Engels und Marx.

politischer und historischer Artikel. Für seine militärischen Korrespondenzen benutzte er die Briefe von Engels. Seit Oktober 1855 schreibt er bedeutend weniger, und im Dezember hört seine Korrespondenztätigkeit für die Neue Oder-Zeitung gänzlich auf.

Ein genauer Vergleich seiner deutschen Korrespondenzen mit den Beiträgen, die in derselben Zeit in der Tribune erschienen, gibt uns sehr lehrreiche Aufschlüsse. Wir sehen, daß viele Artikel, auch die, die nicht in das Gebiet der eigentlichen Korrespondenz gehören, nur in der Neuen Oder-Zeitung veröffentlicht, daß andere größere Arbeiten, wie die ausführliche Biographie Russells, in der Tribune stark gekürzt, und daß einige dort bis zur Unkenntlichkeit verstümmelt sind. Als Beispiel der letzteren Art kann der Artikel über den Panslawismus dienen. Gleichzeitig an beide Zeitungen geschickt, erschien er in der Neuen Oder-Zeitung natürlich viel früher (21. und 24. April, in der Tribune am 5. und 7. Mai 1855), aber wie verschieden! Aus dem Artikel über „Deutschland und der Panslawismus" machte die Redaktion der Tribune zwei Leitartikel: einen — „Der Kampf in Europa" —, der zur Hälfte von Dana oder Gurowski selbst geschrieben, und den zweiten — „Österreichs Schwäche" —, der unter anderem die von uns oben gebrachte Einschaltung über Gurowski enthielt.* Der Umstand, daß auch in der Neuen Oder-Zeitung die Fortsetzung unterblieb, bestätigt unsere Vermutung, daß Engels aus den von uns früher angeführten Gründen die begonnene Artikelserie selbst unterbrach.

Erst nachdem Sebastopol im September und Kars im November 1855 gefallen waren und die Kriegsereignisse kein geeignetes Thema mehr boten, konnte Engels die unterbrochene Arbeit wieder aufnehmen. Die Tribune war inzwischen noch russenfreundlicher geworden. In der Jahresübersicht, die in der Nummer vom 1. Januar 1856 erschien, wurde auf die großartigen Vorzüge des Protektionismus hingewiesen, wie sie besonders Rußland an den Tag lege, und in der Nummer vom 10. Januar finden wir einen Leitartikel über die Aufhebung der Leibeigenschaft, der verschiedene Vorzüge des Despotismus hervorhebt. Wollte Marx noch einmal den Versuch machen, gegen diese „panslawistische" Haltung der Tribune aufzutreten und die Redaktion für seine Ansicht zu gewinnen, so war dies dringender geboten als je. Er konzentrierte sich daher auf das Studium der Geschichte Schwedens und der Donaufürstentümer. In diese neuen Gebiete führten ihn die Ereignisse selbst.

Die nationalen Hoffnungen, die die Schweden an den angeblichen Befreiungskrieg der Westmächte gegen den russischen Despotismus geknüpft hatten, stiegen im Herbst und Winter 1855 besonders hoch. Aber kaum

* Beide sind von den Avelings in ihre Sammlung aufgenommen. Die Herausgeber bemerkten nicht, daß in den Artikeln eine fremde Hand waltete und daß die Einschaltungen in krassem Gegensatz zu den Ansichten von Marx und Engels stehen. Ebensowenig ahnten sie, daß eine Reihe anderer Artikel, die sie Marx zuschrieben von Dana oder — die meisten — von Gurowski stammten.

war der Abschluß einer Defensivallianz zwischen den Westmächten und den Schweden im November 1855 perfekt geworden, so wurde es auch klar, daß die armen Schweden ebenso genasführt waren wie die Polen, die man ihr Blut und ihren genialsten Dichter opfern ließ, um sie mit ein paar leeren Versprechungen abzuspeisen. Auch die Schaffung eines einzigen rumänischen Staates durch die Vereinigung beider Donaufürstentümer wurde auf die Tagesordnung gestellt. Alle diese damals sehr aktuellen Fragen wurden eifrig in pro- oder antirussischem Sinne debattiert. Es galt daher, durch ein genaues Studium der konkreten Verhältnisse und der Geschichte beider Länder sich über sie Rechenschaft abzulegen. Und geißelte Marx in der schwedischen und der rumänischen Frage ebenso stark die bonapartistische Heuchelei wie die russische Raubpolitik, so konnte ihm Engels gut sekundieren, indem er jetzt ausführlich die historischen Wurzeln und die Gefahren des russischen Panslawismus für Europa aufdeckte.

Es war aber verlorene Liebesmühe. Von allen diesen Arbeiten erschien in der Tribune absolut nichts, soweit wir es feststellen konnten. Wie groß die Arbeit von Engels war, kann man daraus ersehen, daß sie fünfzehn Artikel umfaßte. Noch am 20. November 1855 schrieb Dana an Marx: „Wir werden sehr gern von Ihnen wöchentlich zwei Artikel, zwei Pfund für jeden, aufnehmen. Das wird die 200 Pfund Sterling ausmachen, die Sie zu haben wünschen. Ob sie militärischer Natur oder über ein anderes Thema sind, überlassen wir Ihrem eigenen Urteil." Und zwar ist dieser Brief noch vor dem Abschluß der Kriegsoperationen geschrieben worden, denn die Tribune wollte natürlich ihre führende Stellung auf dem Gebiete der Kriegsberichterstattung nicht verlieren. Wie dem auch sei, konnte Marx sich sehr schnell vergewissern, daß die Tribune weder seine Artikel über die Donaufürstentümer noch die Artikel von Engels über den Panslawismus veröffentlicht hatte. Noch mehr. Auch seine Artikel über den Fall von Kars wurden nicht gedruckt. Und aus der Tribune selbst konnte er leicht ersehen, daß die Redaktion in ihren Leitartikeln systematisch Ansichten entwickelte, die den seinen direkt entgegengesetzt waren. Der „russische Einfluß" war unverkennbar.

Die Sache fand aber noch eine andere Erklärung. Marx verfolgte zu wenig die amerikanischen Verhältnisse. Zu stark in die europäische Politik vertieft, bemerkte er noch nicht, daß die Spannung, mit der man früher in den Vereinigten Staaten den europäischen Ereignissen entgegensah, auf den Nullpunkt gesunken war. Die eigene, die innere Geschichte wurde für die Yankees jetzt viel interessanter und bot auch vom Standpunkt der Sensation bedeutend mehr interessante Themen, als die wieder „langweilig" gewordene europäische Politik.

In der Tat, im Jahre 1855/56 entbrannte in Kansas der Kampf zwischen den Sklavenhaltern und den Abolitionisten und nahm bald die Form eines erbitterten Bürgerkrieges mit regelrechten Schlachten und Belagerungen an. In diese Zeit fiel auch das erste Auftreten John Browns, des künftigen

Märtyrers der Antisklavereibewegung, das berüchtigte Attentat auf Charles Sumner, der im Senat die Sklavenhalter in schärfster Weise angriff, das Attentat auf Greeley selbst: alles das bot übergenug Stoff und füllte ganze Spalten der Tribune. Dann kam die endgültige Organisierung der republikanischen Partei, ein Werk, an dem in hervorragender Weise die Tribune, allen voraus Greeley und jetzt auch Dana, teilnahmen, die sich als Agitatoren nicht minder betätigten wie als Journalisten und nur zu froh waren, daß sie in Gurowski einen intelligenten Mitarbeiter gefunden hatten, dem sie die Leitung des Auslandsteiles während ihrer Abwesenheit anvertrauen konnten.* Es kam die Einberufung der republikanischen Konvention zur Aufstellung des Präsidentschaftskandidaten, der Wahlkampf, der an Leidenschaftlichkeit und Intensität alles übertraf, was die Geschichte der Vereinigten Staaten in dieser Beziehung bis dahin aufzuweisen hatte. War es angesichts aller dieser Ereignisse da ein Wunder, daß die Tribune auch während der zweiten Hälfte des Jahres 1856 nur wenig Platz für die europäische Politik fand, die jetzt nach dem Pariser Frieden wieder in ein ruhigeres Geleise kam?

Dana machte noch im Juni 1856, nachdem er aus Washington auf seinen Posten zurückgekehrt war, den Versuch, Marx die Sachlage auseinanderzusetzen. Nach einer Unterbrechung, die fast sieben Monate gedauert hatte, schrieb er:

„Mein lieber Marx, lange schon wollte ich Ihnen schreiben, wurde aber durch berufliche und politische Verpflichtungen, die mir keine Zeit ließen, verhindert. Die Sache ist die: Seit dem Ende des Krieges wurden die europäischen Ereignisse, auch an sich schon monoton genug, durch das höhere Interesse und die Wichtigkeit der Ereignisse in unserem Lande gänzlich aus unserem Gesichtskreis verdrängt. Hier bestimmen wir jetzt den Gang der Geschichte, Gott weiß für wie lange, und wir befinden uns in einem solchen Zustand der Aufregung wie noch nie seit dem Beginn der Geschichte der amerikanischen Nation. Unter diesen Umständen war ich gezwungen, verschiedene unserer europäischen Korrespondenten und Mitarbeiter zu verabschieden, und muß jetzt Ihnen schreiben, um zu sehen, was mit Ihren Beiträgen geschehen kann. Während der letzten sechs Monate konnte ich nur einen winzigen Teil der von Ihnen gesandten Artikel benutzen. So zum Beispiel sind es vierzehn oder fünfzehn Artikel über den Panslawismus, von denen ich keinen einzigen brauchen konnte, weil das Thema nicht interessant genug für unser Publikum war, um uns zu berechtigen, andere Sachen zurückzustellen und Platz für Sie freizumachen.** Die Artikel über

* Während der ersten Hälfte des Jahres verbrachte auch Dana mehrere Monate in Washington.

** Was Dana verschwieg und was später, als er die nichtgedruckten Artikel zurücksandte, für Marx klar wurde, war der Umstand, daß gerade diese Artikel unmittelbar — wahrscheinlich während seiner Abwesenheit — in die Hände Gurowskis geraten waren, so daß die Manuskripte deutliche Spuren seiner verbessernden Tätigkeit trugen.

den Crédit mobilier habe ich gedruckt, weil sie ein jetzt sehr wichtiges Thema behandeln, ich habe aber in meinem Pult zirka zwanzig Artikel, die wir nicht drucken konnten.

Nun habe ich nichts gegen einen oder den anderen Artikel einzuwenden, wenn er für uns paßt, denn auf eine solche Entfernung ist das kaum zu vermeiden; wenn sie aber so zahlreich werden, ist es kein Spaß und ein kostspieliges Ding. Ich will Ihnen keineswegs Verlegenheiten bereiten, und demgemäß überlasse ich es Ihnen selbst zu entscheiden, wie wir am besten Ihre Mitarbeit, die ich sehr hochschätze, regulieren können."

Marx, der überhaupt in allen Punkten, die Engels betrafen, sehr empfindlich war — und sein Freund hatte auf seine Veranlassung wochenlang buchstäblich für den redaktionellen Papierkorb gearbeitet —, war aber, trotz des freundschaftlichen Tones des Briefes von Dana, zu stark verärgert, um diesen Versicherungen, die ihm als Ausreden erschienen, Glauben zu schenken. Und bald darauf, nachdem Dana ihm alle nichtgedruckten Artikel zurückgeschickt hatte (August 1856), fand er, wie er glaubte, die richtige Erklärung:

„Von dem Putnammann Olmsted* und einem amerikanischen Reisekompagnon" — so schrieb er Engels am 30. Oktober 1856 —, „der bei ihm war, erfuhr ich, daß Gurowski (der Pole) großen Einfluß auf Dana gewonnen hatte, während diese Herren mir gleichzeitig erzählten, daß derselbe brave Mann direkt von der russischen Gesandtschaft in Washington regelmäßige Geldzuschüsse erhielt. Dieser Gurowski vertrat den Panslawismus gegen uns und ist die einzige Ursache, daß Dein Artikel verworfen wurde. Herr Dana, bei der Zurückschickung meines Manuskripts über die Donaufürstentümer, hat vergessen, to blot out (auszumerzen) eine in französischer Sprache geschriebene Bemerkung desselben Gurowski. Er bemerkt nämlich bei meinen statistischen Angaben über die rumänische Bevölkerung: ‚Tous ces chiffres sont exagérés pour faire mousser l'idée de nationalité roumaine. Ils sont démentis par les faits, l'histoire et la logique.' (Alle diese Zahlen sind übertrieben, um die Idee der rumänischen Nationalität in Schwung zu bringen. Sie sind durch die Tatsachen, die Geschichte und die Logik Lügen gestraft.) Wir haben also die Ehre, daß unsere Artikel direkt von der russischen Gesandtschaft überwacht und zensiert werden oder vielmehr wurden. Dana soll endlich auch hinter den Gurowski gekommen sein." Und als im Winter 1856 die Sache sich noch weiter verschlimmerte und die Tribune wochenlang nichts von Marx druckte, erklärte er diese Krise bei der Tribune durch die direkte Einmischung des von der russischen Gesandtschaft bezahlten Gurowski und traf Vorkehrungen, um mit der Tribune zu brechen.

Wir überlassen dem künftigen Geschichtschreiber des russischen inneren und auswärtigen Stiebertums die Lösung der Frage, ob Gurowski wirk-

* Ein sehr bekannter amerikanischer Agronom und Techniker, Mitarbeiter der Putnam's Review. Marx zitiert im „Kapital" seine Ausführungen über die technische Rückständigkeit der Sklavenproduktion (S. 151).

lich im Auftrag der russischen Regierung handelte. Daß die letztere sehr talentvolle Renegaten in ihrem Dienst hatte, wußte Marx aus eigener Erfahrung. Sein alter Bekannter Tolstoi, mit dem er und Engels in den vierziger Jahren in Paris freundschaftlich verkehrt hatten, war, verglichen mit seinem polnischen Kollegen, ein Stümper und ausgemachter Lump.* Nach allem, was uns bekannt, ist es zweifelhaft, ob Gurowski nach seiner zweiten Flucht aus Rußland in den fünfziger Jahren ein bezahlter Agent der russischen Regierung geworden ist. Um seine Haltung in der Tribune zu erklären, braucht man diese Hypothese nicht. Daß er, nach dem Tode von Nikolaus, mit der neuen „liberalen" Regierung Alexanders II. Frieden schloß, war kein Wunder. Er konnte dies aber ganz aufrichtig leichter tun als viele andere, die keine Renegaten waren.

Marx überzeugte sich bald, daß Dana nicht „hinter den Gurowski gekommen sei". Die wirkliche Sachlage in der Redaktion blieb ihm unbekannt, trotz der Enthüllungen Olmsteds und seines Reisegefährten. Hatte Gurowski ungeachtet seiner eigenen Qualitäten einen treuen Freund in der Redaktion, der ihn mit seinem ganzen Einfluß unterstützte, so war es vielmehr der Diktator der Tribune, Greeley, und nicht Dana.** Aber auch der letztere schätzte Gurowski als Mitarbeiter sehr hoch. Als Dana im Jahre 1857 zusammen mit Ripley die große amerikanische Enzyklopädie herauszugeben begann, wurde Gurowski einer der Hauptmitarbeiter zusammen mit Marx, wie er auch zusammen mit ihm, das heißt Engels, der Mitarbeiter der Putnam's Review war, in der er seine russophile Propaganda ebenso eifrig betrieb wie in der Tribune. Sein Ansehen in der amerikanischen Literatur — insbesondere nach dem Erscheinen des Buches „Amerika und Europa" — wuchs noch weiter. Noch mehr. Seine Stellung in der Tribune erwies sich als viel fester als die Stellung Danas. Auch nachdem er unter der neuen republikanischen Regierung in den Staatsdienst getreten war, blieb er Mitarbeiter der Tribune, und als er am 4. Mai 1866 am Typhus starb, widmete ihm Greeley einen sehr warm geschriebenen Nachruf.***

---

* Vergl. meinen Aufsatz „Marx und seine russischen Bekannten in den vierziger Jahren", Neue Zeit, XXXI, 1.

** In den Jahren 1858 und 1859 erschienen in der Moskauer Zeitschrift „Bote der Industrie" einige Briefe über Amerika von Gurowski. Einen darunter widmete er dem Zeitungsgewerbe in New York. Über Greeley äußert er sich ganz enthusiastisch, was ihn nicht hindert — ein Ausfall gegen Mac Elrath —, zu bemerken, daß der Geschäftssinn, der alle amerikanische Zeitungen auszeichnet, in der Tribune stärker als irgend woanders entwickelt sei, und daß sie ihre Mitarbeiter und Redakteure am schlechtesten bezahle.

*** „Ein Mann von tiefer und allumfassender Gelehrsamkeit, ein leidenschaftlicher Politiker, der die Menschheit und die Gerechtigkeit über alles liebte, jede Unterdrückung und Falschheit mit grimmigem Haß verfolgte, der in seinem Leben vieles und großes Unglück kannte, das aber nie seine Großmut schwächte und nie die

Die Krise in den Beziehungen Marxens zu der Tribune erreichte im Winter 1856/57 ihren Höhepunkt. Der Bruch schien unvermeidlich. Es war eigentlich ein Zufall, wenn gleich darauf für Marx eine neue Periode ebenso intensiver Mitarbeit an der Tribune wie in den Jahren 1852 bis 1854 begann. Als „Retter in der Not" traten Dana und eine neue Wendung in der europäischen Politik auf.

B. England, die orientalische Frage und der Russisch-Türkische Krieg. 1852 bis 1854.

Die Briefe über England knüpfen direkt an die Aufsätze an, in denen Marx und Engels die Geschichte der Jahre 1848 bis 1850 von ihrem Standpunkt aus schon dargestellt haben. So in den Übersichten der Revue Neue Rheinische Zeitung, die mit einigen Kürzungen im dritten Bande der Mehringschen Nachlaßausgabe abgedruckt sind, in den Artikeln von Marx in derselben Revue, die separat, als die „Klassenkämpfe in Frankreich 1848 bis 1850" erschienen sind, in den Artikeln „Revolution und Konterrevolution in Deutschland" aus der New York Tribune und in „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte". Zwischen dem Februar 1852 — dem Zeitpunkt, bis zu dem die historische Darstellung in dem letztgenannten Werk noch reicht — und den Wahlen im Juli 1852, die den Gegenstand der ersten Briefe Marxens über England bilden, verflossen kaum sechs Monate.

I.

Mit lautem Jubel von den staatserhaltenden Parteien in ganz Europa begrüßt, als der schlagendste Beweis, daß die Ordnung, auch in Frankreich, in dem Neste der revolutionären Hydra selbst, völlig hergestellt sei, fand der Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 enthusiastische Anerkennung auch in England. Die besitzende Oligarchie feierte Napoleon, der vier Jahre vorher sich bereitwilligst als Spezialkonstabler ihr zur Verfügung gestellt hatte, um das heilige Eigentum gegen die demonstrierenden Chartisten am 10. April 1848 zu verteidigen, als den Retter der Gesellschaft.

Milde seiner Natur trübte, die trotz ihrer revolutionären Hülle so gütig und liebreich war wie eine Frauennatur." Auch andere Zeugnisse aus seiner amerikanischen Periode lauten in demselben Sinn. Sicherlich ein Beweis, daß Gurowski nicht zu der gewöhnlichen Spezies der gekauften Agenten gehörte. Überhaupt war er von aller Felonie des Renegatentums ganz frei. Die Geschichte der revolutionären Emigration weist noch andere Beispiele eines solchen „psychologischen Rätsels" auf. Und nicht nur der polnischen oder der russischen, wie am besten Buchers Beispiel beweist, mit dem Gurowski etwas Gemeinsames hat.

In der Nummer vom 29. Dezember 1851 erklärte der Economist, das Organ der englischen Finanzwelt: „Auf allen Börsen von Europa ist der Präsident nun als Schildwache der Ordnung anerkannt.“ Ebenso aufrichtig und begeistert war das Lob gewesen, das man in den Jahren 1848 und 1849 dem in Petersburg sitzenden „europäischen Gendarmen“ in allen Tonarten gesungen hatte. Und von beiden Rettern hatte der jüngere einen unbestrittenen Vorzug: er war selbst ein Börsenritter.

Dennoch mußte das Whigministerium, das seit 1846 mit John Russell als Premier das Staatsruder in seinen Händen hielt, einige Rücksichten auf die „öffentliche Meinung“ nehmen. Das Verfahren, das von Napoleon und seiner Bande in Paris angewendet worden, war jedenfalls nicht ganz respektabel und zu summarisch. Waren doch nicht nur simple Proletarier und Kleinbürger, sondern auch ganz ehrenwerte Parlamentarier und Staatsmänner Opfer des Staatsstreichs geworden. Palmerston, der die auswärtige Politik in dem liberalen Ministerium verwaltete, das die eingesperrten Chartisten ebenso rücksichtslos behandelte wie König Bomba seine Gefangenen, und sie seit dem Ausbruch der Februarrevolution unermüdlich bekämpfte, konnte seinen Enthusiasmus nicht so weit zügeln, um die konventionellen Formalitäten, die in solchen Fällen üblich sind, streng zu wahren. Derselbe Mann, der noch am 18. November einer Deputation, die aus aristokratischen und bürgerlichen Dogberries bestand, die Versicherung gab, daß nichts ihm so nahe liege als die Sache der Freiheit im allgemeinen und die Unabhängigkeit Ungarns im besonderen, beeilte sich jetzt, durch den französischen Gesandten der berüchtigten Dezemberbande seine herzlichsten Glückwünsche und bedingungslose Zustimmung zu ihren Heldentaten übermitteln zu lassen. Infolge dieses Bruchs mit den Traditionen der Respektabilität war er gezwungen, zu demissionieren. Nichtsdestoweniger war es ihm eine leichte Sache, mit Hilfe der torystischen Opposition schon nach einigen Monaten seinen Kollegen ein Bein zu stellen. Er nützte die Frage der nationalen Kriegsbereitschaft aus, um zu zeigen, daß er das Vaterland auch gegen einen möglichen Angriff Napoleons, dem er soeben ehrerbietigst die bluttriefenden Hände geküßt hatte, besser zu verteidigen verstehe als Russell, und stürzte am 20. Februar 1852 die Whigregierung.

Die Aufgabe, ein neues Ministerium zu bilden, fiel den Tories zu. Palmerston, der mit ihnen in allen Fragen, mit Ausnahme des Freihandels, solidarisch war, trat in das neue Ministerium nicht ein. Er zog es vor, abzuwarten, und ohne seine Beziehungen mit dem rechten Flügel der Whigs abzubrechen, lieh er den Tories seine Unterstützung. Das neue Ministerium aber, mit Derby als Premier, Malmesbury als Minister des Auswärtigen und Disraeli als Schatzkanzler, befand sich in einer verwickelten Lage. Es bestand zum größten Teil aus Gegnern des Freihandels, konnte aber in dieser Richtung keinen Schritt wagen, wenn es nicht eine gesicherte Mehrheit hinter sich hatte. So war es genötigt, nachdem es das Milizgesetz

mit Hilfe Palmerstons durchgeführt hatte, an das Land zu appellieren und das Parlament am 1. Juli 1852 aufzulösen.

Die Wahlen dauerten fast drei Wochen und endigten am 31. Juli. Die Protektionisten machten alle Anstrengungen, um den Sieg zu erringen, sie wurden aber in der Hauptfrage geschlagen. Das Ergebnis war keine Majorität für die Tories, aber auch keine entscheidende Majorität für die Opposition, die nur in der Frage des Freihandels einig war. Als stärkste Partei behielten vorläufig die Tories die Staatsmacht. Es war aber klar, daß, sobald sich eine Koalition zwischen den verschiedenen Teilen der Opposition bilden würde, das Schicksal des Toryministeriums besiegelt sein würde. Der von Disraeli unternommene Versuch, die Iren (die „irische Brigade", wie man die irischen Abgeordneten im Unterhaus nannte) für die Tories zu gewinnen, endete mit einem Fiasko, und die Ankündigung in der Thronrede, mit der die neue Session im November eröffnet wurde, die Regierung beabsichtige, Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, die die heimische Industrie gegen die schrankenlose Konkurrenz des Auslandes zu schützen imstande wären, brachte die ganze freihändlerische Opposition auf die Beine. Das torystische Ministerium hatte es nur Palmerston zu danken, daß es sich aus der Schlinge ziehen konnte. Es bekam aber nur eine Galgenfrist. Der Sieg, den es davontrug, war im Zeichen des Freihandels errungen und machte seine Position noch unhaltbarer. Gleich darauf, bei dem Versuch, für die durch die neue Handelspolitik angeblich „geschädigten Interessen" im Budget Sorge zu tragen, erlitt das Kabinett am 16. Dezember eine Niederlage. Am 6. Dezember 1852 erlebte Malmesbury noch das Glück, dem Parlament die erfreuliche Mitteilung machen zu können, daß Napoleon, sein alter Busenfreund, geruht habe, das Kaisertum in Frankreich wiederherzustellen, und daß die britische Regierung diese politische Änderung sofort anerkannt habe.

Da nicht eine einheitliche Opposition die Regierung gestürzt hatte, sondern eine Mischung aus sehr verschiedenen Elementen, so war ein Koalitionsministerium durch die Umstände selbst geboten. Unter den Whigs war der rechte Flügel, der sich um Lansdowne und Palmerston gruppierte, zu stark, um sich eine neue Premierschaft Russells gefallen zu lassen. Aber Lansdowne war zu alt und zu kränklich, um diese Last zu übernehmen, und Palmerston, der kategorisch erklärte, daß er unter Russell als Premier nicht mehr dienen würde, war noch nicht so sehr der „unentbehrliche Mann" geworden, um selbst die Bildung des Ministeriums zu übernehmen. So kamen die Peeliten an die Reihe, eine Gruppe stockkonservativer, aber freihändlerischer Tories, die trotz ihrer kleinen Zahl im Unterhaus dank ihren persönlichen Talenten und im Oberhaus dank ihrem Anhang im Hochadel und in der geadelten Bourgeoisie eine große Rolle spielten. Mit der Aufgabe, ein neues Ministerium zusammenzubringen, wurde ihr Chef, Lord Aberdeen, betraut. Es war keine leichte Aufgabe, all den Gruppen und Cliquen, die zu dem Ministerwechsel beigetragen hatten, eine Vertretung im Kabinett zu ge-

währen. Als die vollständige Liste der Minister bekannt gegeben wurde, erregte sie überall, in England wie auf dem Kontinent, das größte Aufsehen, so widerspruchsvoll und unerwartet war die Zusammensetzung des Kabinetts. Es war ein starker Ruck nach rechts, den auch die Anwesenheit eines „Radikalen" nicht verbessern konnte. Den Ausschlag gaben die Peeliten, die bei der Verteilung der Ministerportefeuilles und anderer Posten in ungeniertester Weise die günstige Situation ausnützten, und der rechte Flügel der Whigs. Gingen schon Russell und Gladstone in politischen und religiösen Fragen weit auseinander, war schon die Versöhnung Palmerstons mit Russell, der die Führerschaft im Unterhaus für sich behielt, höchst unerwartet, so erregte doch die größte Verwunderung der Umstand, daß das jetzige Kabinett die typischen Vertreter zweier Tendenzen in der englischen auswärtigen Politik vereinigte, die seit dreißig Jahren einander bekämpften, Aberdeen, den obligaten Auslandsminister aller Toryregierungen, und Palmerston, den ebenso obligaten Auslandsminister aller Whigregierungen. Die Tatsache, daß Aberdeen der Leiter des Ministeriums war, daß so viel Peeliten im Kabinett Sitz und Stimme hatten, daß sie die wichtigsten Ressorts bekleideten, daß Palmerston ein Amt bekam — das Ministerium des Innern —, das sich in keinem Zusammenhang mit seinem alten Fach befand, als ob man damit eben unterstreichen wollte, daß er als Minister des Äußern für immer abgetan sei — alles das ließ mit Recht vermuten, daß im Kabinett in bezug auf die auswärtige Politik die Aberdeensche Richtung die Oberhand hatte. So faßte man die Nachricht überall auf, und die Programmrede, die Aberdeen gleich darauf hielt, machte diese Auffassung noch plausibler.

Besonders angenehm wirkte die Kunde in Wien und Petersburg, wo man Aberdeen als alten Freund Metternichs und aufrichtigen Verehrer des „ritterlich gesinnten" Nikolaus hochschätzte. Noch nie schien seit den Stürmen der 1848er Revolution, die den Statusquo so stark erschütterten, die Solidarität der altehrwürdigen Regierungen so eng und herzlich, wie gerade Anfang 1853. Den Parvenü in Paris zwar machte die Kunde ein wenig stutzig, aber er hatte im Ministerium einen warmen Freund, der für ihn gar viele Opfer brachte, und hegte überdies noch die Hoffnung, daß man in Wien und Petersburg schon wegen der „unzweifelhaften Verdienste, die er sich durch die Bändigung des revolutionären Geistes erworben hatte", mehr Rücksicht auf seine Position im Innern nehmen würde. Und hatte Aberdeen feierlich erklärt, England wünsche nichts als den Frieden, so hatte Napoleon noch feierlicher das geflügelte Wort: „Das Kaisertum ist der Friede" der nach Ruhe und Ordnung sich sehnenden Welt verkündet.

Ebenso freudig waren die Perspektiven, die das Koalitionsministerium in der inneren Politik eröffnete. Es versprach, zugleich konservativ und liberal zu sein. Mit einer Kunst, um die ihn ein Polonius beneiden konnte, erklärte Aberdeen, daß es überhaupt keine Parteiunterschiede mehr gebe:

konservativ heiße liberal, und liberal heiße konservativ. Um seinen Liberalismus zu beweisen, versprach das Koalitionsministerium eine „gesunde" und „vernünftige" Fortführung der Freihandelspolitik und ein paar Flickreformen auf dem Gebiet der inneren Verwaltung. Das war genug, um das Lob der besitzenden Klassen einzuheimsen, und die Times pries das Ministerium „aller Talente" als den Beginn des politischen tausendjährigen Reiches. Auch die ökonomische Lage wies alle Zeichen einer beispiellosen Prosperität auf. Allerdings mehrten sich die Symptome, daß unter dieser glänzenden Oberfläche nicht alles in Ordnung war. Es häuften sich die Fälle von Hungersnot, die Streikbewegung wurde intensiver, die Auswanderung nahm auch in England einen geradezu bedrohlichen Charakter an, die Finanzlast war zu schwer und war ungleichmäßig verteilt. Man betrachtete aber alle diese Erscheinungen als Überbleibsel eines natur- und vernunftwidrigen Handelssystems, und das von Gladstone im April angekündigte und schon vorher von seinen Freunden ausposaunte Budget versprach Wunder auf Wunder.

Plötzlich aber zogen sich über dem europäischen Horizont Gewitterwolken zusammen. Die Ironie der Geschichte wollte, daß gerade das Koalitionsministerium, das die Erhaltung des Statusquo und des europäischen Friedens als seine Hauptaufgabe proklamierte, den Anstoß gab, der den mit so viel Mühe von der Konterrevolution zusammengeflickten Statusquo in seinen Grundfesten erschütterte und zu einem Krieg gegen denselben Staat führte, der sich die größten, von Aberdeen ebenso wie von Palmerston hochgepriesenen Verdienste um den Kampf gegen die europäische Revolution erworben hatte.

II.

Die Nachricht, daß Aberdeen jetzt an der Spitze der englischen Regierung stehe, war kaum nach Petersburg gelangt, als Nikolaus sich beeilte (am 9. Januar 1853), mit dem englischen Gesandten Sir Hamilton Seymour ganz „offen", wie es unter Gentlemen Sitte ist, die Eventualität einer Teilung der Türkei zu besprechen, die er als unumgängliche Folge des bevorstehenden Todes des „kranken Mannes" am Bosporus betrachtete. Was dem stutzig gewordenen Engländer damals nicht bekannt war — um so mehr aber seinen Vorgesetzten —, war, wie wir gleich sehen werden, der Umstand, daß der russische Zar dieselbe Frage schon einmal mit Aberdeen, fast mit denselben Worten, persönlich behandelt hatte und sich daher im guten Glauben befand, seine Eröffnungen würden gerade für die englische Regierung nichts Außerordentliches darstellen.

Diese höchst interessanten Unterhaltungen — der ersten folgten einige Tage darauf noch andere — sowie die diplomatische Korrespondenz, die sich daran knüpfte, blieben vorläufig der englischen und der europäischen „öffentlichen Meinung" unbekannt. Erst ein Jahr später zogen die feind-

lichen Brüder in der Hitze des Gefechts die ganze Geschichte ans Tageslicht. Was aber sofort alle überraschte, das war das plötzliche aggressive Vorgehen Rußlands im nahen Orient, Gerüchte über eine partielle Mobilisation und das zaghafte, nichts weniger als entschlossene Auftreten Englands gegenüber den russischen Übergriffen.

Darüber, was man in Wiener Regierungskreisen im Zusammenhang mit der Bildung des Koalitionsministeriums dachte oder sagte, ist nicht viel bekannt; das aber unterliegt keinem Zweifel, daß man auch dort ebenso schnell wie in Petersburg den Beschluß faßte, die günstige politische Konjunktur auszunützen. War doch nirgends, außer in den Vereinigten Staaten von Nordamerika, die „öffentliche Meinung" so gegen Österreich aufgebracht wie gerade in England. Und haßte man doch nirgends auf dem Kontinent in Hofkreisen, nicht einmal in denen Rußlands, den „Lord Feuerbrand", Palmerston, der „wegen einiger Kantaren Schwefel in Sizilien" bereit war, in Italien die „konstitutionellen Prinzipien" ebenso stark und leidenschaftlich zu verteidigen, wie in Österreich.

Als Feldmarschall von Haynau, weltberühmt als „Hyäne von Brescia" und Henker der Ungarn, gleich nachdem er mit Cobden und Elihu Burritt, dem amerikanischen Mäßigkeits- und Friedensapostel, die, wie die Neue Rheinische Zeitung sie nennt, „skandalöse Farce des Friedenskongresses" in Frankfurt aufgeführt hatte, etwas übereilt nach London kam, „benützte das englische Volk die Anwesenheit des Herrn Haynau in London zu einer schlagenden Manifestation seiner auswärtigen Politik". Der Feldmarschall wurde von den Arbeitern einer Londoner Brauerei schrecklich durchgeprügelt. Und Österreich war gezwungen, sich diese unerhörte Beleidigung der Uniform, die in den höheren militärischen Kreisen Wiens die größte Entrüstung hervorrief, mit saurer Miene gefallen zu lassen, denn Palmerston, der zweifellos ein Meister in der Ausnutzung der sogenannten „Volksleidenschaften" war und soeben in der Pacifico-Affäre seinen größten Triumph als Champion der bürgerlichen Freiheit gegenüber der absolutistischen Reaktion gefeiert hatte, war trotz der inständigsten Bitten der Königin nicht dazu zu bewegen, der österreichischen Regierung offiziell das Bedauern über die peinliche Geschichte auszudrücken. Nichts schmeichelte so dem „nationalen Selbstbewußtsein", als diese hochmütige Ablehnung, dem absolutistischen Österreich irgendeine Genugtuung zu geben. War es doch derselbe Palmerston, der wegen eines simplen britischen Bürgers, Pacifico, den man in Athen mißhandelt hatte, und der eine nichts weniger als anständige Rechnung seiner Verluste aufgestellt hatte, alle Machtmittel des englischen Reichs gegen das kleine Griechenland aufbot, um, wie er zur Rechtfertigung seines Vorgehens sagte, damit zu beweisen, daß jeder britische Bürger dasselbe Recht auf Unantastbarkeit besitze wie der antike Römer, der civis romanus. Es war auch derselbe Palmerston, der ein Jahr vorher in der Affäre der ungarischen Flüchtlinge — freilich erst, nachdem er sich vergewissert hatte, daß der Zar

seinerseits auf die Hauptforderung, auf die Auslieferung verzichte und sich mit der mittlerweile erfolgten Internierung zufriedenstelle — der österreichischen Regierung eine noch größere Blamage beibrachte.

Es ist daher sehr begreiflich, daß man sich nirgends so sehr über die Absetzung Palmerstons und seine, wie es schien, endgültige Ersetzung durch einen solch erprobten und guten Freund wie Lord Aberdeen freute, als gerade in Wien. Die neue Kombination ließ hoffen, England werde sich jetzt nicht mehr so stark wie früher in die italienischen und in die Angelegenheiten auf dem Balkan einmischen. Und die Ereignisse auf der Balkanhalbinsel begannen gerade jetzt der Wiener Regierung die größten Befürchtungen einzuflößen. Was für Rußland, wie zum Beispiel die Frage der heiligen Stätten, scheinbar eine ziemlich paltonische Bedeutung hatte, bedrohte Österreich als ernste Gefahr direkt an dem gefährlichsten Punkt. Die orientalische Frage war nach einem langen Zwischenraum wieder die Achse der europäischen Politik geworden.

In den zwanziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts fungierte als der geschäftigste Verteidiger der Integrität der Türkei nicht England, sondern Österreich. Alle die großen Erfolge, die Rußland in dem Adrianopeler Frieden einheimste, konnte es nur dank dem Umstand erreichen, daß das damalige offizielle England — es war eine torystische Regierung mit Aberdeen als Auslandsminister — aus Gründen der inneren Politik, wenn auch mit größtem Unbehagen, die Rolle des Schrittmachers Rußlands zu spielen gezwungen war. Nach der Julirevolution, die Österreich und Preußen einen panischen Schrecken einjagte, England und Frankreich in verschiedenen Fragen, insbesondere in der belgischen, eifersüchtig aufeinander machte, gewann Rußland, nachdem es ihm gelungen war, den polnischen Aufstand niederzuschlagen, im nahen Orient freie Hand. Im Jahre 1833, mit dem Abschluß des Vertrags von Unkiar Skelessi, wurde es Herr in Konstantinopel. Die neue whiggistische Regierung mit Palmerston als Auslandsminister sah sich mit noch viel größerem Unbehagen wie die torystische genötigt, die bittere Pille zu schlucken. Man wartete auf eine günstige Gelegenheit. Sie kam erst im Jahre 1840, aber unter solchen Bedingungen, die — Palmerston war wieder Auslandsminister — ein Bündnis zwischen England und Rußland gegen Frankreich notwendig machten. Die schlaue Politik des „echt englischen Ministers“, unterstützt durch die ebenso schlaue Politik eines „echt französischen Ministers“ führte fast zu einem Krieg zwischen England und Frankreich.

Es war die Zeit, in der „der Erisapfel der orientalischen Frage“, wie Heine sagt, „unser Vaterland in die große Bewegung hineintrommelte, welche das politische Leben in Deutschland erweckte“, in der die deutsche „öffentliche Meinung“ zum erstenmal in ihren verschiedenen Schattierungen zu der orientalischen Frage Stellung nahm — in einer ganz anderen Weise als im sechzehnten Jahrhundert zu der „Türkengefahr“. Dem „Egoismus jener britischen Oligarchie, die uns damals gegen die Franzosen verhetzte“

und „die ganze Welt einem allgemeinen Brande aussetzte, um für sich einige Schachervorteile zu erzielen“, war es gelungen, Frankreich, hauptsächlich mit russischer Hilfe, aber unter Mitwirkung von Preußen und Österreich, tief zu erniedrigen. Das „Prestige“ Frankreichs, das für den ägyptischen Vizekönig in die Schranken trat, war im Orient für lange Jahre verloren gegangen. Die Macht Mehemed Alis wurde in Beirut und Acre für immer gebrochen, und in Syrien, der alten Domäne Frankreichs, war jetzt das englische „Prestige“ Trumpf geworden. Auch Rußland erzielte große Vorteile, wie sich der Zar und seine Minister damals fest einbildeten. Die Gefahr eines Bündnisses zwischen England und Frankreich schien völlig gebannt zu sein und die Türkei zu einer, wenn auch langsamen, so doch sicheren Auflösung verurteilt. So blieb Frankreich nichts übrig, als nach einem kurzen Zaudern sich unter das kaudinische Joch zu begeben und dem ohne es und gegen seinen Willen geschlossenen Meerengenvertrag vom 13. Juli 1841 beizutreten.

Als drei Jahre nachher Aberdeen und Peel mit Nikolaus die Grundlinien ihrer gemeinsamen Politik in der orientalischen Frage festlegten, waren diese nichts anderes als die logische Konsequenz des gemeinsamen Vorgehens Palmerstons und Rußlands gegen Frankreich in den Jahren 1840 und 1841. Wie früher war die Voraussetzung die Auflösung der Entente cordiale zwischen Frankreich und England. „Die Türkei“, sagte Nikolaus zu Aberdeen, „ist im Sterben. Wir mögen suchen, sie am Leben zu erhalten, aber es wird uns nicht gelingen. Sie wird, sie muß sterben. Das wird ein kritischer Moment. Ich sehe voraus, ich werde meine Armeen marschieren lassen müssen. Dann muß Österreich dasselbe tun. Ich fürchte dabei niemand als Frankreich.“

Peel sagte ihm, England sei in bezug auf den Orient in gleicher Lage. In einem Punkte sei die englische Politik etwas modifiziert: in bezug auf Ägypten. Eine zu mächtige Regierung daselbst, eine Regierung, die England die Handelsstraße schließen, die englischen Overland-mails durchzulassen verweigern möchte, könne England nicht dulden.

Das Resultat dieser wichtigen Auseinandersetzungen wurde in einem Memorandum niedergelegt (Juni 1844) und von beiden Seiten genehmigt. Es enthielt, wie die englische Regierung später versicherte, eigentlich nichts als eine gegenseitige „moralische“ Verpflichtung, daß, falls unvorhergesehene Umstände den Tod des „kranken“ Mannes herbeiführen sollten, England und Rußland sich vorher verständigen würden, ehe sie zu Taten schritten. Ob es ein förmliches Übereinkommen war, ein Eventualvertrag, wie Nikolaus und sein Minister zu glauben immer vorgaben, darüber hat die Geschichte noch nicht das letzte Wort gesprochen. Die Wege der Geheimdiplomatie sind eben noch unerforschlicher als die Wege der Vorsehung.

Nie waren die Beziehungen zwischen England und Rußland so „herzlich“ wie damals, als der Tory Peel die „ewige Freundschaft zwischen Groß-

britannien und Rußland" pries. Die Aufhebung der Korngesetze ist kaum von Cobden mit solcher Sehnsucht erwartet worden als von Nikolaus in Petersburg, der, ebenso wie auch die damals „kleine, aber mächtige Partei" in Preußen, zu den „wütendsten Freetradern" gehörte. Daher auch der überaus herzliche Empfang, den man dem „Kaufmann von Manchester" in Rußland während des Spätsommers 1847 bereitete. Das ahnte der russische Zar, der als „erster Junker" seines Reiches ein feines Verständnis für bessere Absatzmöglichkeiten des russischen Getreides hatte, jedoch nicht, daß gerade der Fall der Kornzölle in England den Hauptanstoß zur Bildung einer neuen Torypartei geben werde, die zugleich protektionistisch und antirussisch wurde. Gegen sein Erwarten entpuppten sich die Tories als seine Feinde, und bloß die „Kaufleute", die englischen Freihändler, die das Bündnis mit Rußland schon jahrelang in allen Tönen besungen hatten, blieben seine treuen Bundesgenossen innerhalb und außerhalb des Parlaments. Das Interesse der Grundrente erwies sich stärker als das Solidaritätsgefühl im Kampfe für die heiligsten Güter der Ordnung. Vorläufig aber konnte noch Anfang 1850, als Rußland in London eine Anleihe abschloß, um die Kosten des ungarischen Feldzugs zu decken, Graf Nesselrode triumphierend auf diesen glänzenden Beweis der Sympathien hinweisen, die Rußland in England entgegengebracht wurden.

Zwar kam es gleich darauf zu einigen diplomatischen Scharmützeln im Südosten Europas, aber nicht wegen des Hauptstreitpunktes. Es waren im Grunde genommen kleine Zänkereien, die, wie die Affäre der ungarischen Flüchtlinge, vorwiegend Österreich in Mitleidenschaft zogen oder, wie die Pacifico-Affäre, zu einem rein diplomatischen Kampfe führten, wobei Palmerston den Erfolg, den er bei den englischen oder kontinentalen leichtgläubigen Liberalen errang, mit einem offenen oder verkappten diplomatischen Rückzug bezahlen mußte. Einen ernsten Konflikt zwischen England und Rußland im nahen Orient gab es nicht. Nikolaus war zu stark mit der Bekämpfung der revolutionären Geister in Ungarn und Deutschland beschäftigt, um einen energischen Vorstoß auf der Balkanhalbinsel zu wagen. So blieb auch die Konvention von Balta-Liman vom 1. Mai 1849, die Rußland auf die Dauer von sieben Jahren mit der Türkei schloß, und die ihm in den Donaufürstentümern, wo es dieselbe Rolle spielte wie in Ungarn, gleiche Rechte mit der Türkei gab, bloß ein platonischer Erfolg, der keine bedeutenden praktischen Resultate zeitigte. So isoliert und bedroht wie in den dreißiger Jahren war jetzt die Türkei nicht. Sie konnte jetzt sogar gegen Rußland und Österreich in der Frage der ungarischen Flüchtlinge, die sie zwar nicht auslieferte, aber im allgemeinen recht glimpflich behandelte, die europäische „öffentliche Meinung" ausspielen. Und im Mai 1850 tauchte plötzlich die Frage der heiligen Stätten auf, in der die Pforte ganz unerwartet die Rolle des Schiedsrichters zwischen zwei mächtigen christlichen Staaten übernahm, um sich im stillen über diesen widrigen Streit zwischen den „Hunden" und den „Schweinen" zu ergötzen.

III.

Eine ernste politische Bedeutung hatte die ganze Affäre keineswegs. Napoleon schob die Frage der heiligen Stätten nur deshalb vor, ebenso wie Thiers sich früher der syrischen Christen annahm, die gegen die Juden in Damaskus Pogrome veranstalteten, um die Unterstützung des katholischen Klerus zu erkaufen, die er schon durch die Expedition gegen die römische Republik für sich zu gewinnen gesucht hatte. Als er sein Hauptziel erreicht hatte, tat er selbst alles, um den Konflikt wegen der heiligen Stätten auf einem gütlichen Wege zu lösen. Es fiel ihm gar nicht ein, wegen einer solchen Lappalie einen Krieg zu führen. Den Gesandten, der die ihm früher erteilten Instruktionen zu ernst nahm, rief Napoleon zurück. Aber gerade jetzt, wo er so gemäßigt auftrat und um die Gunst des russischen Kaisers buhlte, wurde die Haltung Rußlands mit jedem Tag schroffer. Besonders seit der Bildung des Koalitionsministeriums, das man in Petersburg wie in Wien — immer mit Berufung auf Aberdeen — auch als Lockerung der Entente mit Frankreich interpretierte.

Mit der Begründung seiner Forderungen in der Frage der heiligen Stätten — für dieses Ziel grub man die alten Kapitulationen von 1740 aus, die schon längst durch das „Gewohnheitsrecht" überholt waren, das sich inzwischen gebildet hatte — wies Frankreich den russischen Machthaber auf ein ähnliches, wenn auch formell nicht so stichhaltiges Mittel hin. Man berief sich in Petersburg auf eine unklar formulierte Klausel im Vertrag von Kutschuk-Kainardschi vom Jahre 1774, um die formelle Anerkennung der russischen Schutzherrschaft über die griechischen Christen in der Türkei durchzuführen. Eine so günstige Konjunktur war schon seit langem nicht dagewesen.

Die Pforte kam seit Dezember 1852 in eine verwickelte Lage wegen der montenegrinischen Frage, die in ihrer Folge auch zu einem Streit mit Österreich führte. Bis zum Oktober 1851 war Montenegro ein geistliches Fürstentum, mit einem Metropoliten (Vladika) an der Spitze. Nach dem Tode des letzten geistlichen Gebieters (Peter II.) erklärte sich sein Neffe, Danilo I., zu einem weltlichen und erblichen Fürsten. Das kleine Bergland, das sich auch früher schon der Unterwerfung durch die Osmanen immer wieder zu entziehen verstanden hatte und nie in das türkische Provinzialsystem formell eingereiht war, trat jetzt als unabhängiger Staat auf. Noch mehr. Es nützte den Aufstand in Bosnien und der Herzegowina aus, um sich der türkischen Festung Zabliak zu bemächtigen. Nach der Niederwerfung der Bosnier und der Herzegowiner beschloß die Pforte, ihre bestrittene Oberhoheit über die trotzigen Bergländer ein für allemal zu erzwingen. Unter der Führung von Omer-Pascha rückte eine 60000 Mann starke Armee gegen die montenegrinische Grenze vor. Fürst Danilo räumte Zabliak sofort. Es half ihm aber nichts, und im Januar 1853 geriet Montenegro in eine verzweifelte Lage. In diesem Moment traten Rußland und Österreich für das bedrückte Land ein. Ob nach einem vorherigen Einvernehmen und

gemeinsam verabredeten Plan, bleibe dahingestellt. Am 4. Februar 1853 teilte Nesselrode dem englischen Gesandten mit, daß Fürst Menschikoff nach Konstantinopel gehe, um mit der Pforte wegen Montenegro und der heiligen Stätten zu verhandeln. Ein ähnlicher Schritt war auch in Wien beschlossen worden. Die Sendung Menschikoffs fand ihr Gegenstück in der Sendung des Feldmarschalleutnants Graf Leiningen. Österreich erschien aber früher auf dem Kampffeld — vielleicht weil die Distanz zwischen Wien und Konstantinopel kürzer ist als die zwischen Petersburg und Konstantinopel —, und bevor der Gesandte des russischen Kaisers in Stambul eintraf, war die montenegrinische Angelegenheit schon erledigt.

Österreich hatte diesmal allen Grund, rasch und energisch vorzugehen. Und auch die Möglichkeit. Die Nachricht, daß die türkische Armee in Montenegro eingedrungen sei, rief unter den österreichischen Südslawen, deren treuer Haltung während des ungarischen Aufstandes die Donaumonarchie so viel verdankte, eine ungeheure Erregung hervor. Am 18. Januar 1853 wurde der kaiserliche Befehl an Jellachich unterzeichnet, daß unter seinem Kommando die Aufstellung einer Armee in den Grenzdistrikten beschlossen sei. Gleichzeitig beeilte man sich, durch eine mit großem Pomp veranstaltete Sendung des Grafen Leiningen einen Druck auf die Pforte auszuüben. Daß der österreichische Feldmarschall ein naher Verwandter der englischen Königin war, konnte gewiß als ein Zufall betrachtet werden, aber dieser Umstand war den türkischen Ministern sehr gut bekannt, die ihrerseits in der neuen Zusammensetzung des englischen Kabinetts einen nicht mißzuverstehenden Wink zu erkennen glaubten. Die Haltung Englands und die noch früher erfolgten Erklärungen der englischen Regierung befestigten die Pforte in dieser Überzeugung. Und Leiningen sparte ebensowenig mit Drohungen als mit Forderungen, die jede für sich einen schweren Eingriff in das Selbstbestimmungsrecht der Hohen Pforte bedeuteten. Außer der Forderung, die türkischen Truppen sofort aus Montenegro zurückzuziehen, wurden noch verschiedene Forderungen zugunsten des österreichischen Handels und der Christen im Osmanischen Reich gestellt. Die Pforte, die sich noch vor ein paar Jahren geweigert hatte, die ungarischen Flüchtlinge auszuliefern, sollte jetzt gezwungen werden, ihre eigene Haltung zu mißbilligen. Und die Zeiten hatten sich tatsächlich geändert. Nach kurzem Zögern gab die türkische Regierung aus Furcht vor der Drohung mit der Kriegserklärung nach und fügte sich Mitte Februar dem Ultimatum. Man witterte vielleicht hinter Österreich Rußland, oder man wollte einen Gegner loswerden, um dem andern besseren Widerstand leisten zu können. Weder England noch Frankreich kümmerten sich um die durch Österreich so stark gefährdete Integrität der Türkei. Am 26. Februar telegraphierte Leiningen aus Triest der österreichischen Regierung, daß seine Mission mit Erfolg gekrönt sei, und zwei Tage nachher traf Fürst Menschikoff in Konstantinopel ein.

Hatte die Sendung des Grafen von Leiningen und sein herrisches Auftreten fast kein Aufsehen in Europa erregt — man nahm kaum Notiz da-

von —, so verhielt es sich umgekehrt mit der Sendung des Fürsten Menschikoff. Die von ihm verlangte und sofort erzwungene Demission des Ministers des Äußern Fuad-Efendi, des Hauptes der türkischen Reformpartei, war die erste Sensation. Das strenge Geheimnis, das Menschikoff über seine eigentlichen Forderungen wahrte, ließ ein beunruhigendes Gerücht nach dem andern entstehen. Dem allmächtigen Rußland traute die „öffentliche Meinung" alles zu, die für das feige und hinterlistige Österreich nichts als Verachtung hatte und es ebenso wie Preußen als einen Lakaien Rußlands betrachtete. Und der russische Gesandte gebärdete sich dort als der Vertreter des berufenen Herrschers von Konstantinopel. Nicht im Namen der unterdrückten slawischen Völker — dieser Begriff existierte damals für das offizielle Rußland noch nicht —, sondern als Träger einer religiösen Mission, als Stellvertreter des weltlichen und geistlichen Oberhauptes aller griechisch-orthodoxen Völker forderte Fürst Menschikoff als Rußlands verbrieftes Recht die Schutzherrschaft über die griechisch-orthodoxe Kirche, die Aufrechterhaltung aller Privilegien des griechisch-russischen Kultus in der Türkei. Es ward klar, daß die Frage der heiligen Stätten jetzt nur einen Vorwand bildete, und Menschikoffs Drohungen wirkten um so befremdender, als sein Haupttrumpf — die Kriegsdrohung wegen Montenegros — schon ausgespielt war, bevor er nach Konstantinopel kam.

Fast drei Monate hielten die Wechselfälle der Menschikoffschen Mission ganz Europa in Atem. Man sah die Russen schon im festen Besitz des Bosporus und Konstantinopels, nach dem die „lüsternen Blicke aller Moskowiten" gerichtet waren. Mit größtem Entsetzen sahen die Hüter der europäischen Ordnung, die schon durch den Mailänder Aufstand sehr unangenehm überrascht worden waren, wie die Aufregung unter den Völkern, besonders in England und Frankreich, mit jedem Tage wuchs. Auch die respektable Presse begann gegen den russischen Zaren zu eifern, der durch seine „tollen Einfälle" die Ruhe der ganzen Welt, die in einem Prosperitätsrausch schwelgte, so leichtfertig störe und Forderungen, die durchaus nicht dringlich waren, aufstelle, ohne darauf zu achten, wie erregt die Gemüter in Europa seien. Erst unter diesem „Druck von außen" und von der „öffentlichen Meinung" fortwährend getrieben, treten die Regierungen mit einer Gegenaktion in Konstantinopel hervor. So beginnt die diplomatische „Komödie der Irrungen", während deren Verlauf die Westmächte sich und ihre Völker so lange täuschen, bis ihr Schützling, die Türkei, die Geduld verliert und Rußland den Krieg erklärt.

IV.

Man vergesse nicht, daß alles, was zwischen der russischen und der englischen Regierung mittlerweile vorgegangen war, der „öffentlichen Meinung" vorläufig unbekannt blieb. Das diplomatische Geheimnis wurde im Januar 1853 ebenso sorgfältig gewahrt wie im Juni 1844. An der Spitze des Ministeriums des Auswärtigen stand Russell; es war aber bekannt,

daß er diesen Posten nur noch kurze Zeit behalten werde, um ihn dann an Lord Clarendon abzutreten. Beide Minister versuchten den russischen Zaren zu überreden, daß in der Türkei sich noch nichts ereignet habe, was die im Memorandum von 1849 vorgesehene Verständigung zwischen England und Rußland notwendig mache, daß die Türkei noch lebensfähig sei und daß der von Nikolaus bald erwartete Tod des „kranken Mannes" sich vielleicht erst in „zwanzig, fünfzig oder hundert Jahren von jetzt an ereignen könne". Zu einer kategorischen Ablehnung aller Vorschläge und Forderungen des Zaren konnte sich jedoch die englische Regierung nicht aufraffen. Umgekehrt. In der Korrespondenz gaben die Minister zu, daß die von ihm an die Türkei gestellten Forderungen durch den Vertrag sanktioniert seien und daß „keine weitere, uneigennützigere, für Europa wohltätigere Politik adoptiert werden kann als die, welche seine Kaiserliche Majestät so lange befolgt hat". Und solange man verhandelte, konnte die andere Seite in dem Bewußtsein, ihre Politik sei durch die Verträge verbrieft, noch immer die Hoffnung hegen, es werde ihr noch gelingen, diesen nichts weniger als energischen Widerstand zu überwinden. War aber diese esoterische Politik der englischen Regierung nur geeignet, den Zaren in seiner aggressiven Politik zu bestärken, dem sein Gesandter in London, Brunnow, immerfort über die russenfreundliche und türkenfeindliche Gesinnung des englischen Premiers berichtete, so war die exoterische Politik des englischen Kabinetts noch haltloser. Die damals als Offiziosus des Koalitionsministeriums bekannte Times schrieb ganz offen, die Integrität der verfaulenden Türkei bedeute absolut kein europäisches Interesse. Als der englische Geschäftsträger in Konstantinopel, Oberst Rose, um seinen Einwendungen die nötige Kraft zu verleihen, den Admiral Dundas aufforderte, zusammen mit dem französischen Admiral nach den Gewässern von Griechenland zu gehen, wurde er von seiner Regierung desavouiert. Dies war für Menschikoff ein neuer Beweis, wie richtig sein Herr die Nachsicht des englischen Koalitionsministeriums eingeschätzt hatte. Sein Auftreten wurde mit jedem Tage arroganter, bis er sich endlich zu Schritten verstieg, die ihm einen gütlichen Rückzug unmöglich machten.

So tritt jetzt der französische Kaiser als der einzige Hüter des Statusquo und der Heiligkeit der Verträge in den Vordergrund. Der Meerengenvertrag von 1841, der einst von England und Rußland gerade gegen Frankreich geschlossen und ihm aufgenötigt worden war, dient jetzt der französischen Regierung als Mittel, um aus der Integrität der Türkei eine europäische Angelegenheit zu machen. Das französische Prestige in Konstantinopel wächst zusehends. Um ihr eigenes Prestige nicht gänzlich einzubüßen, sieht sich die englische Regierung jetzt veranlaßt, ihren besten orientalischen Diplomaten, Lord Stratford de Redcliffe nach Konstantinopel zu schicken, damit er die heikle Angelegenheit der heiligen Stätten so schnell als möglich aus der Welt schaffe. In London war man überzeugt, daß es sich nicht um eine Angelegenheit zwischen England und Ruß-

land, sondern zwischen Frankreich und Rußland handle, und ließ dabei außer acht, daß Stratford de Redcliffe den größten Teil seiner Autorität in Konstantinopel dem Umstand verdankte, daß er dort als Russenfeind wohlbekannt war, den der Zar persönlich haßte. Er tritt sofort als Vermittler zwischen der Pforte und Menschikoff auf. Zusammen mit dem französischen Gesandten sucht er die Frage der heiligen Stätten zu allgemeiner Zufriedenheit zu erledigen. Am 5. Mai 1853 wurden zwei Fermane erlassen, in denen alle Streitigkeiten in bezug auf die heiligen Stätten ihre Entscheidung im Sinne der russischen Forderungen erhielten und außerdem die Wiederherstellung der baufälligen Kuppel der Heiligen Grabeskirche auf Kosten des Sultans verordnet wurde.

Fürst Menschikoff war aber damit nicht zufrieden. In seinem Ultimatum stellte er die Forderung auf, daß diese Fermane, um ihnen die Kraft eines formell verbindlichen Aktes gegenüber der russischen Regierung zu verleihen, in der Form einer Konvention (Sened) zwischen Rußland und der Pforte formuliert werden sollten. Die türkischen Minister wendeten sich um Rat an die Bevollmächtigten der Großmächte, und nachdem diese erklärt hatten, in einer Frage, die die freien Entschlüsse und die Souveränität des Sultans so nahe berühre, hielten sie sich nicht für befugt, ihre Ansicht auszusprechen, lehnte die Pforte die russische Forderung, als mit der Würde eines unabhängigen Staates völlig unvereinbar, kategorisch ab.

Am 21. Mai 1853 verließ Menschikoff Konstantinopel. Zehn Tage später erklärte Nesselrode, falls die im Ultimatum aufgestellten Forderungen nicht angenommen würden, würden die russischen Truppen unverzüglich die Donaufürstentümer besetzen. England und Frankreich fordern jetzt Österreich und Preußen als Unterzeichner des Meerengenvertrags vom 13. Juli 1841 auf, gemeinsam mit ihnen vorzugehen. Man redet der russischen Regierung zu, keine voreiligen Schritte zu tun. Es hilft aber nichts. Am 16. Juni lehnt die Pforte auch das Nesselrodesche Ultimatum ab, und am 26. Juni erscheint das Manifest des Zaren: Da der Sultan sein Wort gebrochen und die Rechte der orthodoxen Kirche fortwährend verletzt habe, halte er es für unerläßlich, die Donaufürstentümer so lange zu besetzen, bis die Pforte sich verpflichte, die Privilegien der orthodoxen Kirche gewissenhaft zu beobachten. Er suche keine Eroberungen, Rußland bedürfe deren nicht. Und gleicherweise sei es nicht seine Absicht, den Krieg zu beginnen. Die Besetzung der Donaufürstentümer solle nur ein Pfand bilden, das für die Wiederherstellung des verletzten Rechtes bürgen solle.

Solange die Unterhandlungen in Konstantinopel geheim gehalten wurden, konnte die englische Regierung auf alle Anfragen der Opposition immer noch die Zusicherung geben, das alles werde sich schon finden. Die Abreise Menschikoffs und die Drohung, die Donaufürstentümer zu besetzen, schufen aber eine andere Lage. Die Börse reagiert mit einem Preissturz der Staatsfonds. Die Opposition im Parlament wird immer zudringlicher und

schärfer. Man klagt die Regierung an, daß gerade ihre unentschlossene Haltung die russischen Übergriffe fördert. In der torystischen und der radikalen Presse erscheinen Enthüllungen über die Uneinigkeit im Ministerium. Der Name Palmerstons, des Helden der Pacifico-Affäre, wird jetzt öfters genannt. Man findet, der „rechte Mann" sei nicht an dem „rechten Platz", er werde gewiß von seinen Ministerkollegen überstimmt; hinge es nur von ihm ab, so hätte der englische Gesandte in Konstantinopel schon längst größere Vollmachten erhalten, um dem russischen Vorstoß einen energischeren Widerstand entgegenzusetzen. Bald wird auch ein Feldzug gegen den Hof eröffnet, besonders gegen den Prinzen Albert, der angeblich seinen dynastischen Interessen zuliebe die auswärtige Politik des Kabinetts in russenfreundlichem Sinne zu beeinflussen sucht.

In Wirklichkeit aber wollte Palmerston zuerst den Krieg ebensowenig wie seine Kollegen. Und in der Forderung einer aktiven Politik stand er im Kabinett nicht allein. Insofern zwischen Aberdeen und Clarendon Unstimmigkeiten herrschten, fand der letztere eine Unterstützung nicht nur bei Palmerston, sondern auch bei Russell, der als Führer des Unterhauses mit dem Auslandsminister viel häufiger als alle anderen Mitglieder des Kabinetts verkehren mußte. Die Politik in Konstantinopel wurde eigentlich von Stratford de Redcliffe gemacht, und Clarendon hatte die erste Zeit das größte Vertrauen in die Erfahrung seines Gesandten. Erst später entwickelte sich zwischen ihnen ein Gegensatz, weil Stratford de Redcliffe, treu den ersten Traditionen, sich zu wenig den Erfordernissen des neuen Bündnisses mit Frankreich fügte und das englische Prestige in Konstantinopel ebenso eifrig gegen den französischen wie gegen den russischen Einfluß in Schutz nahm. Ein ebenso entschiedener Anhänger der Bluffpolitik und des diplomatischen Notenkrieges wie Palmerston, verfolgte er oft eine selbständige Politik, welche seinen Vorgesetzten vor vollzogene Tatsachen stellte.

So russenfreundlich Aberdeen war, so gab er doch nach der Abreise Menschikoffs seinen Kollegen nach und willigte in die von Clarendon und Palmerston vorgeschlagene Entsendung der englischen Flotte nach der Besikabai, eine Maßregel, die zuerst von Napoleon empfohlen war, um Rußland einzuschüchtern. Aber alle Bemühungen, an denen auch Österreich teilnahm, den russischen Kaiser zu bewegen, den Pruth nicht zu überschreiten, schlugen fehl. Am 3. Juli 1853 rückten die russischen Truppen in die Donaufürstentümer ein.

Diese Tatsache wirkte in Konstantinopel wie eine Provokation. Die Kriegspartei drängte zum Krieg, aber sowohl die englische wie die französische Regierung gaben der Pforte den Rat, die Besetzung der Fürstentümer nicht als Kriegsfall zu betrachten und von einer Kriegserklärung abzusehen. Man empfahl ihr, das Resultat der neuen Unterhandlungen abzuwarten. Die Diplomatie ging eifrig ans Werk. Gleichzeitig, aber unabhängig voneinander arbeiten zwei Konferenzen: eine in Konstantinopel,

die in Fühlung mit den türkischen Ministern bleibt, aber sehr ungenügend mit den europäischen Regierungen verbunden ist und unter dem Einfluß von Stratford de Redcliffe steht; die andere in Wien, an der nur die Vertreter der Großmächte teilnehmen, die aber größere Vollmachten hat, weil sie sich in ununterbrochenem telegraphischem Verkehr mit den Regierungen selbst befindet. Die Pforte nimmt die von der ersten Konferenz entworfene Note an. Bevor diese aber nach Wien kam, war schon die zweite Konferenz mit ihren Arbeiten fertig. Die dort ausgearbeitete Note — es war die berühmte „Wiener Note" — wurde von allen beteiligten Großmächten gutgeheißen und ihre Annahme den streitenden Parteien dringend empfohlen. Die Diplomatie war überzeugt, die ganze Sache sei jetzt völlig erledigt. Der Entwurf stammte von französischer Seite, wurde von Österreich und England bestätigt, der Annahme in Petersburg war man sicher, und die Türkei behandelte man wie jeden Schützling. War Rußland einverstanden, so wollte man schon mit der Pforte fertig werden. Und wirklich, schon am 3. August traf in Wien die telegraphische Antwort der russischen Regierung ein, daß sie die Note akzeptiere, wenn auch die Pforte sie ohne jede Veränderung unterzeichnen werde. Die Diplomatie feierte schon den friedlichen Sieg.

Besonders froh war man in London. Die parlamentarische Session ging zu Ende, und das Ministerium machte alle Anstrengungen, einer unzweideutigen Antwort auf die Fragen der Opposition auszuweichen. Stolz auf den Erfolg seiner Bluffpolitik, kanzelte Palmerston die Anhänger des Friedens um jeden Preis ab und erklärte im Namen der Regierung in der Schlußsitzung des Unterhauses am 20. August 1853, daß das Parlament ruhig in die Ferien gehen dürfe: der Konflikt sei beigelegt, er, Palmerston, habe volles Vertrauen in die Ehre und den Charakter des russischen Kaisers, der die Donaufürstentümer freiwillig räumen werde. Er war noch derselbe Champion der bürgerlichen Freiheit, der im März 1849, als Rußland die Donaufürstentümer besetzte, um dort die „Ordnung" herzustellen, diese Okkupation im Namen der englischen Regierung als einen vollständig legalen Akt verteidigte!

V.

Palmerston und seine Kollegen rechneten ohne die Türkei. Gerade am Vorabend der Vertagung des Parlaments, am 19. August, lehnte die Pforte die „Wiener Note" ab. Der Nachrichtendienst zwischen Konstantinopel und London funktionierte nicht so gut wie der zwischen Petersburg und Wien. Als die „Wiener Note" endlich auf dem Umweg über Triest nach Konstantinopel kam, entdeckte man dort sogleich, daß sie gerade das enthielt, was die Pforte wiederholt abgelehnt hatte. Stratford de Redcliffe, der offiziell die von seiner Regierung empfohlene Note befürworten mußte, fühlte sich verpflichtet, seinen türkischen Freunden privatim mitzuteilen, daß er ihre Bedenken, die er wie immer sehr präzis formulierte, sehr gut

begreife. Die Pforte, die ohnedies in ihrem Unabhängigkeitsgefühl durch die Art und Weise etwas verletzt war, wie die Wiener Konferenz den türkischen Notenentwurf einfach zu den Akten gelegt hatte, forderte jetzt um so entschiedener, daß man in der „Wiener Note“ doch einige Veränderungen vornehmen möge. Die Ablehnung wurde von einer äußerst „feinen“ Kritik der „Wiener Note“ begleitet, die wieder zeigte, was für Banausen die sämtlichen Vertreter der Großmächte in Wien im Vergleich mit den türkischen Diplomaten, alias Stratford, waren.

Die vier Großmächte waren natürlich über den türkischen Eigensinn sehr ungehalten, der ein paar Wortklaubereien zuliebe das mühsame Werk der europäischen Diplomatie zunichte machte. Man versuchte gleichzeitig in Konstantinopel darauf zu bestehen, daß die Pforte die „Wiener Note“ keinesfalls ändere. Rußland erklärte es jedoch als mit seiner Würde unvereinbar, sich jetzt den neuen Forderungen der Pforte zu fügen, nachdem es die „Wiener Note“, die im Namen der vier Mächte als der beste Ausweg aus dem Konflikt vorgeschlagen worden, vorbehaltlos angenommen habe. Gleichzeitig (7. September) richtet Nesselrode an die russischen Gesandten ein Memorandum, worin die türkischen Änderungen einer ausführlichen Kritik unterzogen werden. Durch ein „Mißverständnis“ wird dieses Memorandum, das in Wien, London und Berlin von den russischen Gesandten verheimlicht wird, in Paris der französischen Regierung mitgeteilt und obendrein durch eine noch größere Indiskretion in einer Berliner Zeitung veröffentlicht (18. September 1853).

Die Wirkung war verblüffend. In England ging die radikale wie die torystische Opposition nun erst recht in rücksichtslosester Weise gegen die Regierung vor. Stellte es sich doch heraus, daß die Pforte mit allen ihren Befürchtungen und Bedenken vollauf recht hatte, und daß sowohl England wie Frankreich vor einem Dilemma standen: entweder hatten die Urheber der „Wiener Note“ bewußt die ganze Komödie arrangiert, oder sie waren von der russischen Regierung in gewissenlosester Weise genarrt und gefoppt worden. Was aber der Opposition noch nicht bekannt war, und was einigermaßen die Unvorsichtigkeit des russischen Gesandten in Paris erklärt, war der Umstand, daß gerade während des Monats Juli die Beziehungen zwischen dem Kabinett der Tuilerien und dem Kabinett von Petersburg einen besonders „herzlichen“ Charakter trugen. Die „Wiener Note“ war, wie aus den Depeschen des französischen Ministers des Auswärtigen an den französischen Gesandten in Petersburg, General Castelbajac, einem großen Verehrer des russischen Kaisers, zu ersehen ist, „in Befolgung des Weges, den der Kaiser Nikolaus vorgezeichnet hatte“, von Napoleon entworfen worden. „Man unterbreitet sie dem Kabinett von St. Petersburg mit der Hoffnung, daß es in derselben im allgemeinen nichts finden wird, was von dem Sinn des Entwurfs der Note, die der Fürst Menschikoff übergeben, abweicht, und daß sie ihm in den wesentlichsten Punkten seiner Forderungen recht gibt. Die Unterschiede in

der Redaktion werden von der großen Masse weder in Rußland noch in der Türkei begriffen werden."

Der frisch gekrönte Robert Macaire in Paris irrte sich aber gewaltig. Die „große Masse" war damals, vielleicht weil die Erfahrungen der 1848er Revolution noch nicht ganz vergessen waren, nicht nur in England, sondern auch in Frankreich noch „frech" genug, das Genie ihrer Staatsmänner auch auf dem Gebiet der auswärtigen Politik nicht ganz blind zu bewundern. Das Fiasko der Diplomatie war zu auffallend, um noch verhüllt werden zu können. Wollten sie das stark geschädigte Prestige im Innern aufrechterhalten, so waren beide Regierungen — die englische und die französische — gezwungen, plötzlich kehrtzumachen. Sie erklärten: da die russische Regierung einen ganz anderen Sinn in die Note hineinlege, der sich im direkten Widerspruch zu ihren Intentionen befinde, so habe sie jetzt kein Recht mehr, die Pforte zur Annahme der „Wiener Note" zu drängen. Man zog somit vor, der eigenen Diplomatie ein Armutszeugnis auszustellen und sich als ehrliche, von der schlauen russischen Diplomatie genasführte und daher um so entrüstetere Ehrenmänner vor der „öffentlichen Meinung" hinzustellen. Bloß ein Wunder konnte jetzt den Krieg verhüten. Nicht nur in Konstantinopel, sondern auch in London und Paris wurde die Kriegspartei immer stärker. Den Ausschlag gaben die Ereignisse in der Türkei.

In Konstantinopel brachen Unruhen aus. Lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende. Der russische Oberbefehlshaber in den Donaufürstentümern traf alle Maßnahmen, um sich in den okkupierten Provinzen häuslich einzurichten und sie, nach alter erprobter Methode, im Interesse Rußlands zu verwalten. So trat am 26. September 1853 in Konstantinopel der Große Rat zusammen und beschloß einstimmig, den Krieg zu erklären, wenn Rußland sich nicht aus der Moldau und der Walachei zurückzöge. Stratford, der noch die Hoffnung hegte, daß sein Notenentwurf von Rußland angenommen werde, schrak nun vor den Folgen seiner diplomatischen Aktion zurück und bemühte sich ganz ernstlich, den Krieg noch weiter zu verschieben. Es war aber zu spät. Am 4. Oktober forderte Omer-Pascha den russischen Oberbefehlshaber auf, binnen zwei Wochen die Donaufürstentümer zu räumen. Und da Fürst Gortschakoff eine ausweichende Antwort gab, ergriffen die Türken die Offensive. Die Kriegsoperationen begannen am 23. Oktober mit einem Zusammenstoß bei Isaktscha, am 25. Oktober setzten sich die Türken in Kalafat fest, und am 28. Oktober erstürmten sie an der kaukasischen Küste das russische Fort St. Nikolai (Shekkatil).

Die russische Kriegserklärung erfolgte erst am 31. Oktober. Sie war im Sinn der schwergekränkten Unschuld geschrieben. „Rußland ist zum Streit herausgefordert; ihm bleibt nur übrig — indem es seine Hoffnung auf Gott setzt —, zur Gewalt der Waffen zu greifen, um die Pforte zur Erfüllung der Verträge, zur Genugtuung für die Beleidigungen zu be-

wegen, mit welchen sie auf unsere überaus gemäßigten Forderungen und auf unsere rechtmäßige Sorge um die Verteidigung der orthodoxen Kirche im Osten, zu der sich auch das russische Volk bekennt, geantwortet hat." Also auch jetzt kein Wort von den bedrängten Slawen oder von der Notwendigkeit, das Slawentum gegen irgendwelche Angriffe zu verteidigen. Dem offiziellen Rußland graut noch immer vor diesem „revolutionären" Gespenst, und erst der endgültige Bruch mit Österreich, der die Losung „nach Konstantinopel geht der Weg über Wien" erzeugt, verschafft den „slawischen Plänen" Gehör in den Regierungskreisen.

Vorläufig gibt man die Hoffnung auf Österreich noch nicht auf. Die Situation hat sich genügend geklärt, und auch Nikolaus versteht jetzt, daß er den Einfluß Aberdeens stark überschätzt hat. Den Krieg wollte er nicht, wenigstens nicht mit England als Gegner. Österreich, das zum Unterschied von den Westmächten energisch auf die Annahme der „Wiener Note" in Konstantinopel drängte, um so schnell als möglich die Russen aus den Donaufürstentümern herauszumanövrieren, wird von ihm jetzt um so mehr umworben. Schon am 26. bis 28. September fand zwischen Nikolaus und Franz Joseph in Olmütz eine Zusammenkunft statt, der gleich darauf eine andere auch mit dem preußischen König folgte. Da der Zar feierlich versicherte — was Nesselrode noch einen Monat später in seiner Zirkulardepesche wiederholte —, daß er die Besetzung der Donaufürstentümer bloß als eine „materielle Garantie" betrachte und stets bereit sei, sie in dem Augenblick zu räumen, wo ihm Genugtuung werde, erklärte Österreich, daß es neutral bleiben wolle, und machte einen neuen Vermittlungsvorschlag. So trennten sich die Großmächte wieder, obwohl alle ihre Bemühungen noch fortsetzten, den Krieg zu „lokalisieren".

Die Kriegsoperationen gingen aber ihren eigenen Weg. Am 4. November fand die erste regelmäßige Schlacht bei Oltenitza statt, und die Russen wurden zurückgeworfen. Auch weitere Zusammenstöße zeigten, daß die Türken nicht so schwach waren, wie man allgemein glaubte, und daß die russischen Truppen, die noch vor vier Jahren Österreich retteten und das unterworfene Ungarn dem allmächtigen russischen Kaiser zu Füßen legten, jetzt gezwungen seien, ihre Stellungen mit dem Aufgebot aller ihrer Kräfte zu verteidigen. Jede Hoffnung, unter solchen Bedingungen den Türken eine neue „Wiener Note" aufzuzwingen, mußte einstweilen aufgegeben werden.

VI.

Unterdessen ändert sich auch in England die Situation. Die Uneinigkeit im Kabinett ist noch stärker geworden. Zwar tritt jetzt auch Aberdeen viel entschiedener gegen Rußland auf. Sogar Gladstone, der bis jetzt seinem Chef folgte und sich auf sein eigenes Ressort konzentrierte, fühlte nun das Bedürfnis, den Kaufleuten und Fabrikanten in Manchester klarzumachen, wie wichtig es sei, der russischen Politik, die das europäische Gleichgewicht bedrohe, energisch entgegenzutreten, wenn auch die Türkei nicht

auf der Höhe der christlichen Zivilisation stünde. Nicht zwischen Aberdeen und Palmerston entbrannte jetzt der Hauptstreit, sondern zwischen Russell und Palmerston, die bis jetzt beide gleich „antirussisch" gewesen und den Versuch, der Türkei die unveränderte „Wiener Note" doch aufzudrängen, durch ihre Drohung, das Kabinett zu sprengen, vereitelt hatten. Der „Druck von außen" wird so stark und die regierungsfähige Opposition tritt jetzt so fest und entschlossen auf, dabei aber immer Palmerston absichtlich schonend, daß das Ministerium bestimmt mit einer Niederlage rechnen muß, wenn es ihm nicht gelingt, durch irgendeine „große Maßnahme" oder „großangelegte" auswärtige Politik dem Lande zu imponieren und so die Opposition zum Schweigen zu bringen. Russell, um die wachsende Unzufriedenheit der Arbeiterbevölkerung — gerade während der Herbstmonate erreichte die Streikbewegung ihr Maximum — zu beschwichtigen, schlug eine Reformbill vor; Palmerston, der jetzt viel bessere Aussichten hat, Premier zu werden, spricht sich in entschiedenster Weise gegen jede Erweiterung des Wahlrechts aus. Um so energischer verteidigt er seine alte Methode, die Unzufriedenheit der „großen Masse" durch Spannungen und Knalleffekte in der auswärtigen Politik zu entladen. Er weiß sehr gut und spricht es offen aus, daß mit der Losung, „lieber Krieg, als eine neue Reformbill", er sich die Unterstützung des größten Teils der Whigs und der Tories sichert, denen selbst eine so klägliche Reform wie die von Russell vorgeschlagene ein Greuel war. In der Absicht, das Kabinett noch vor dem Beginn der Session zu sprengen, droht Palmerston mit seinem Rücktritt und reicht wirklich seine Demission an dem Tage ein, an dem in London, zwar noch als Gerücht und offiziell keineswegs bestätigt, das „unliebsame Ereignis" bekannt wird, das den Krieg erst recht unabwendbar macht.

Es war das „Massaker von Sinope", wie man damals die am 30. November 1853 erfolgte Vernichtung eines türkischen Geschwaders durch die russische Flotte bei Sinope in der oppositionellen Presse nannte. Die Entrüstung in England und in Frankreich war noch größer als im September, und beide Regierungen beeilten sich, die ganze Schuld auf Rußland zu werfen. Und das Koalitionsministerium beschließt am 22. Dezember — mit Aberdeen und Gladstone, aber ohne Palmerston —, daß die englische und die französische Flotte ins Schwarze Meer einlaufen sollen, um dort den Polizeidienst zu übernehmen und jede weitere Aktion der russischen Flotte zu verhindern. Der Plan ging von Napoleon aus und wurde von Palmerston gutgeheißen. Man wollte damit Rußland zeigen, daß die Sache ganz ernst werde. Es war noch nicht der Krieg, aber da wohl nicht zu erwarten war, daß Rußland, das sich mit der Türkei im Kriege befand, sich verpflichten werde, die Türken im Schwarzen Meer frei und unbehelligt gewähren zu lassen, so machte eben diese Maßnahme den Krieg unvermeidlich. Es war dies aber nicht das letzte Mißverständnis.

Palmerston, in der Hoffnung getäuscht, daß sein Rücktritt das Ministerium sprengen werde, nützte die günstige Gelegenheit aus, um seine Demission zurückzuziehen. Russell erwies sich als Taktiker jetzt viel schlauer als früher. Palmerston hatte keinen Vorwand mehr, sich auf die schwache auswärtige Politik des Ministeriums zu berufen, und hätte er auf seiner Demission weiter bestehen wollen, so wäre er jetzt gezwungen gewesen, den eigentlichen Grund seines Rücktritts bekannt zu machen. Er zog es daher vor, in das Kabinett wieder einzutreten, ohne irgendwelche Bedingungen in bezug auf die Reformbill zu stellen. Das Publikum, dem die Interna der ganzen Affäre unbekannt waren, brachte seine Demission, die offiziell erst am 15. Dezember bekannt gemacht wurde, in Zusammenhang mit dem Massaker von Sinope und folgerte, daß er zurückgetreten sei, um gegen die schwachmütige Politik des Ministeriums zu protestieren. Und der grimmigste Gegner jeder Wahlreform, der Minister des Innern, der im Kampfe mit der Streikbewegung zu den schärfsten Maßnahmen griff und die englische Polizei im Auftrag der kontinentalen Regierungen zur Überwachung der politischen Flüchtlinge verwendete, wurde jetzt von der radikalen Presse und der „salonfähigen" Emigration verschiedener Nationalitäten als der unerbittliche Feind des russischen Absolutismus gefeiert. Aber auch die Tories, die immer noch die Hoffnung hegten, mit ihm zusammen ein Ministerium zu bilden, stimmten in den Chorus ein, wenngleich von anderen Motiven geleitet. Eine Ausnahme bildeten nur die Urquhartiten, die sich auf Palmerstons Vergangenheit stützten, um seine Russenknechtschaft zu beweisen, und die Chartisten um Ernest Jones, die kein Vertrauen in seinen angeblichen Liberalismus hatten. Die große Majorität aber sah in dem neuen Beschluß des Koalitionsministeriums den Sieg der Palmerstonschen Politik.

VII.

Das „Massaker von Sinope" drückte jetzt der ganzen Situation sein Gepräge auf. Wie stark und nachhaltig die Wirkung dieses Ereignisses war, zeigte der ganze weitere Geschichtsverlauf. Der Krieg hat eben seine eigene Logik. Ohne es zu ahnen oder zu wollen, hatte Admiral Nachimoff durch seinen Sieg nicht so sehr die Türkei, als Frankreich und England getroffen. Nichts konnte das Prestige beider Seemächte so stark beeinträchtigen, als der Umstand, daß die türkische Eskader unter den Augen ihrer Flotten vernichtet wurde, die seit 5. November, von der Pforte herbeigerufen, im Bosporus lagen, um der Türkei Schutz zu gewähren. Jede neue Konzession an Rußland hätte dieses Prestige im Orient unrettbar vernichtet.

Der eigentliche Streitpunkt, der den Anlaß zu dem Konflikt gab, wird vergessen. Die heiligen Stätten verschwinden so restlos aus dem Gedächtnis der streitenden Parteien, daß man sie ferner nicht mehr für erwähnenswert hält. Der Kampf um den Schlüssel zu der großen Türe der Kirche von Bethlehem verwandelt sich in einen Kampf um den Schlüssel

zu der großen Türe des Orients. Die Rollen sind aber nun vertauscht. England kämpft jetzt nicht gegen Frankreich, sondern gegen Rußland. Und der Kampf wegen des Bosporus wird von dem Kampf wegen der Donaumündungen begleitet. Nicht nur England und Frankreich, sondern auch Deutschland und Österreich versperren jetzt Rußland den Zutritt zum Mittelmeer.

Diese Solidarität der Interessen der vier Großmächte gegen Rußland fand ihren Ausdruck in dem Wiener Protokoll vom 5. Dezember 1853, das die Integrität der Türkei als eine der notwendigsten Bedingungen des europäischen Gleichgewichts erklärte. Auf dieser Grundlage boten sie beiden streitenden Parteien ihre Friedensvermittlung an. Am 18. Dezember, also fast gleichzeitig mit der historischen Sitzung des Koalitionsministeriums und auch unter dem Eindruck der Sinopeschlacht, beschloß der Große Rat, den Vorschlägen zu Friedenspräliminarien, die von Stratford de Redcliffe befürwortet wurden, seine Zustimmung zu geben. Es handelt sich aber jetzt nicht um das, was die Türkei will. Beide Gesandten, Stratford de Redcliffe voran, die sich so viel Mühe gegeben, die Pforte zu Friedensunterhandlungen zu bewegen, erhalten jetzt den neuen Befehl vom Koalitionsministerium, der die ganze Sache wieder auf den Kopf stellt. Am 5. Januar laufen die Flotten zweier nicht kriegführender, sondern neutraler Mächte ins Schwarze Meer ein, um jedes russische Kriegsschiff zurückzuweisen, das einen der Häfen verläßt. Eine Mitteilung in diesem Sinne wird dem Petersburger Hof am 14. Januar 1854 gemacht. So „unerhört" diese Forderung dem „Schirmherrn des konservativen Prinzips" an der Newa erschien, so unfaßbar für ihn dieser Eingriff in sein Selbstbestimmungsrecht war, gab er doch seinen Ministern nach und entschloß sich, zu warten bis die Westmächte ihm die nötigen Aufklärungen geben würden. Vorläufig machte er noch einen Versuch, Österreich und Preußen für sich zu gewinnen. Aber die Spezialmission des Grafen Orloff scheiterte sowohl in Wien als in Berlin. Es gab jetzt keine Revolution zu unterdrücken, und die weitere Besetzung der Donaufürstentümer bildete eine zu große Gefahr. Statt der strengsten Neutralität antwortete Österreich mit der Aufstellung zweier Armeekorps an der türkischen Grenze. Auch Preußen wollte sich nicht durch einen Neutralitätsvertrag die Hände binden. Die Interessen des deutschen Handels waren ihm ebenso teuer wie den anderen Mitgliedern des Deutschen Bundes, und der Hilfe, die Rußland gegen die Revolution verspreche, antwortete stolz der preußische Minister, bedürfte man nicht: man hätte sie in Preußen ohne fremde Hilfe überwunden.

Da die Westmächte auf ihrem Standpunkt beharrten und erklärten, daß sie alle Operationen der russischen Flotte im Schwarzen Meer verhindern würden, anwortete Nikolaus Anfang Februar 1854 mit der Abberufung seiner Gesandten aus London und Paris. Es vergingen aber noch fast zwei Monate, bis der Krieg offiziell erklärt wurde. Napoleon findet noch Zeit, an den russischen Kaiser einen „offenen Brief" zu

schreiben, in dem er die „Verkettung der Begebenheiten" schildert, die ihn zwangen, dem Zaren, der so mächtig „gegen den Geist der Unordnung" in Europa gewirkt habe, in den Weg zu treten. Nikolaus bleibt die Antwort nicht schuldig. Er drückt seinem „guten Freund" die Hand, und nach einigen schön stilisierten Bosheiten gibt er ihm die stolze Versicherung, daß Rußland sich im Jahre 1854 ebensogut zu behaupten wissen werde, wie es 1812 getan. Am 17. Februar hält Russell im Unterhaus eine fulminante Rede gegen Rußland, das er des Treubruchs zeiht, und erklärt feierlich, England kämpfe nicht nur für die Unabhängigkeit der Türkei, sondern auch für die Unabhängigkeit Deutschlands und überhaupt aller europäischen Nationen. Er spricht die Hoffnung aus, daß Deutschland, diese große Nation, in verschiedene Staaten zersplittert, mit einer Bevölkerung von 35 Millionen, mit seiner Kultur und Zivilisation schon dafür sorgen werde, daß die Übergriffe Rußlands nicht die Unabhängigkeit aller anderen europäischen Völker bedrohen sollten.

Als Antwort auf diese Rede erschien im Journal de St. Petersbourg ein Artikel, worin Nesselrode mit größter Entrüstung die Russellschen Anklagen widerlegt und auf geheime Unterhandlungen mit England hinweist. Das zwingt die englische Regierung, ihre Korrespondenz mit dem russischen Kabinett zu veröffentlichen. Erst am 27. März, nachdem Rußland das Ultimatissimum mit der Forderung, die Donaufürstentümer unverzüglich zu räumen, unbeantwortet läßt, erklären beide Westmächte der russischen Regierung den Krieg.

Gleich darauf wird in einem neuen Protokoll (vom 9. April 1854) das schon im Protokoll vom 5. Dezember 1853 aufgestellte Prinzip der Integrität der Türkei wieder bestätigt, und die vier unterzeichneten Mächte (England, Frankreich, Österreich und Preußen) verpflichten sich, gemeinsam vorzugehen und weder mit Rußland noch mit einer anderen Macht, die von diesem Prinzip abweichen würde, irgendeinen Ausgleich zu treffen. Und am 20. April schließt Preußen mit Österreich einen Allianzvertrag ab, der scheinbar noch offener gegen Rußland gerichtet ist. Auch hier wohnen wir einem Kampfe zwischen der Sorge um „die Erhaltung der Ordnung" und der Sorge um die „Interessen" bei. Noch zu schwach, um Preußen an die Seite der Westmächte zum Kriege gegen Rußland zu treiben, was die Kreuzzeitungspartei damals als die schrecklichste Versündigung gegen die heiligsten Gebote ansah, war die Ökonomie aber schon stark genug, Preußen zu zwingen, zusammen mit Österreich im Interesse des deutschen Handels jedem weiteren Vordringen Rußlands auf der Balkanhalbinsel einen Riegel vorzuschieben. Daß man aber wenig geneigt war, diesen Widerstand so weit zu treiben, um im Interesse der deutschen Einheit und Freiheit, die man schon früher in Olmütz und Warschau geopfert, gegen Rußland aktiv vorzugehen, zeigte die mehr gegen die Westmächte gerichtete Klausel, in der Preußen und Österreich sich den Besitz ihrer deutschen und nichtdeutschen Gebiete, also nicht nur der polnischen, sondern auch der

italienischen, gegen jeden Angriff garantierten, von welcher Seite er auch komme. Damit stellte dieser Vertrag einem „Befreiungskrieg" gegen Rußland schon von vornherein bestimmte Schranken. Die Hauptaufgabe für Preußen und Österreich war vorläufig, die Räumung der Donaufürstentümer zu erzwingen.

So bleibt Rußland vollständig isoliert. Auf seine eigene Kraft im Kampfe mit England, Frankreich und der Türkei angewiesen, wird es in seiner Kriegführung noch durch Rücksichten auf seine früheren Bundesgenossen gehemmt. Als wollte er noch einmal unterstreichen, daß er den Krieg nicht für Volksgenossen, sondern Glaubensgenossen führe, erläßt Nikolaus (am 23. April 1854) ein neues Manifest, in dem er verkündet, die Westmächte hätten die Maske abgelegt, ihr Hauptzweck gehe dahin, Rußland in seiner Großmachtstellung zu schwächen, er hingegen habe die Waffen nicht in einem weltlichen Interesse ergriffen, sondern für den christlichen Glauben gegen unversöhnliche Feinde.

Peitschte der russische Zar den religiösen Fanatismus seines Volkes auf, so appellierten jetzt die Westmächte an andere Leidenschaften. Sie wußten sehr gut, daß der Krieg nur deshalb so „unglaublich populär" war, weil er dem unerbittlichsten Feind der europäischen Revolution galt. Um den Enthusiasmus der „großen Masse" wachzuhalten, beschwören sie denselben revolutionären Geist zu ihren Diensten herauf, den sie — Palmerston ebensogut wie Napoleon — noch am Vorabend im Bunde mit Nikolaus bekämpften. Sie entlehnen dem revolutionären Arsenal die neue Schlachtparole, um in dieser freiheitlichen Verkleidung und mit dieser erborgten Sprache die Tragikomödie eines Befreiungskrieges aufzuführen. Der „schweigsame" Clarendon, der als Vizekönig von Irland noch die türkischen Paschas übertraf, faselt jetzt von dem „Krieg der Zivilisation gegen die Barbarei" und verspricht nichts weniger, als die europäische Kultur von dem schrecklichen Alp zu befreien, die „Unabhängigkeit Europas" vor den Übergriffen dieser asiatischen Macht sicherzustellen. Seine Kollegen — auch die friedliebenden Peeliten — wollen jetzt aufs Ganze gehen und die Vorherrschaft Rußlands für immer brechen. Noch schwülstiger sind die Reden Napoleons und seiner Dezemberbande.

Um so stärker fällt der Kontrast zwischen diesen Rodomontaden und dem kläglichen Verlauf der Kriegsoperationen während der ersten Monate in die Augen. In homöopathischen Dosen werden die verbündeten Truppen auf ungenügenden Fahrzeugen zuerst nach Gallipoli und dann nach Varna transportiert, wo sie wochenlang tatenlos ihre Zeit verlieren, um später in die Dobrudscha geschickt zu werden, wo sie durch Cholera und Typhus dezimiert werden. Die englische Flotte irrt im Baltischen Meer herum, wo sie zwar nicht den Russen, dafür aber um so mehr den armen finnländischen Fischern Schaden zuzufügt. Die Hauptlast des Krieges fällt noch monatelang auf die türkischen Truppen, die den Anprall der russischen Armee an der Donau und in Asien aushalten müssen. So schleppt sich

der Krieg hin, bis die wachsende Empörung zu Hause, wo man den Krieg jetzt als Scheinkrieg bezeichnet, endlich die Regierungen zwingt, Ernst zu machen, um einen greifbaren Erfolg zu erzielen. Und da die „große Masse" — die Handelsherren der City und die Aktionäre der Ostindischen Kompanie nämlich — über nichts so empört war wie über die Vernichtung des türkischen Geschwaders bei Sinope, so verspricht man jetzt, das eigentliche Nest zu zerstören, das heißt den Hafen zu vernichten, der die russische Flotte beherbergt. Von nun an wird im englischen Parlament die Zerstörung von Sebastopol und die Vernichtung der russischen Flotte im Schwarzen Meer als das wichtigste Kriegsziel hingestellt. So entsteht der Plan einer Expedition nach der Krim.

Briefe über England.

Die Wahlen in England. – Tories und Whigs.

London, 6. August 1852 (New York Tribune, 21. August 1852).

Die Resultate der allgemeinen Wahlen für das britische Parlament sind jetzt bekannt. Ich werde sie in meinem nächsten Briefe besprechen. Wer waren die Parteien, die sich während dieser letzten Wahlkampagne gegenüberstanden oder gegenseitig unterstützten? Tories, Whigs, Liberal-Konservative (Peeliten), Freihändler par excellence (die Leute der Manchesterschule, die Parlaments- und Finanzreformer) und endlich die Chartisten. Whigs, Freihändler und Peeliten vereinigten sich in der Opposition gegen die Tories. Der eigentliche Wahlkampf spielte sich nur zwischen dieser Koalition und den Tories ab. Und in Opposition zu Whigs, zu Peeliten, Freihändlern und Tories, also im Kampfe mit dem ganzen offiziellen England, standen die Chartisten.

Die politischen Parteien Englands sind den Amerikanern zur Genüge bekannt; ich kann mich daher auf ein paar Federstriche beschränken, um ihre charakteristischen Merkmale ins Gedächtnis zurückzurufen.

Die Tories galten bis 1846 als die Hüter der Traditionen Alt-Englands. Man hatte sie im Verdacht, in der englischen Verfassung das achte Weltwunder zu sehen, laudatores temporis acti zu sein und sich für den Thron, die Staatskirche, die Privilegien und Freiheiten der britischen Untertanen zu begeistern. Das verhängnisvolle Jahr 1846, das die Abschaffung der Kornzölle brachte, bewies, daß die Tories, denen diese Abschaffung ein wahres Jammergeheul erpreßte, sich für sonst nichts als für die Grundrente begeisterten, und enthüllte gleichzeitig das Geheimnis ihrer Anhänglichkeit an die politischen und religiösen Einrichtungen Alt-Englands. Diese Einrichtungen sind nämlich die besten für den *Großgrundbesitz*; durch sie hat er bis jetzt England beherrscht, und gestützt auf sie versucht er auch heute noch seine Herrschaft zu behaupten. Das Jahr 1846 enthüllte in seiner ganzen Nacktheit das *wirkliche materielle Klasseninteresse*, das die reale Basis der Torypartei bildet. Das Jahr 1846 riß das durch die Tradition ehrwürdig gewor-

dene Löwenfell herunter, hinter dem sich bis dahin das Klasseninteresse der Tories verborgen hatte. Das Jahr 1846 verwandelte die Tories in Schutzzöllner. Tory war der geweihte Name, Schutzzöllner ist der profane; Tory war der politische Schlachtruf, Schutzzöllner der ökonomische Schrei der Not; Tory erschien als ein ideales Prinzip, Schutzzöllner bedeutet ein Interesse. Was beschützen diese Schutzzöllner? Ihre eigenen Revenuen aus ihrem eigenen Grundbesitz. Die Tories sind also letzten Endes ebensolche Bourgeois wie die übrigen; denn wo wäre der Bourgeois, der nicht der Schützer seines eigenen Geldbeutels wäre? Sie unterscheiden sich von den anderen Bourgeois ebenso, wie sich die Bodenrente vom kommerziellen oder industriellen Profit unterscheidet. Die Bodenrente ist konservativ, der Profit ist fortschrittlich; die Bodenrente ist national, der Profit ist international; die Bodenrente glaubt an die Staatskirche, der Profit ist von Geburt an Dissident. Die Abschaffung der Korngesetze im Jahre 1846 ist nichts weiter als die Anerkennung einer längst vollzogenen Tatsache, einer längst in den Elementen der englischen bürgerlichen Gesellschaft bewirkten Veränderung, nämlich der Unterordnung der Interessen des Grundbesitzes unter die Interessen des Geldes, des Grundeigentums unter den Handel, der Landwirtschaft unter die Industrie, des Landes unter die Stadt. Wie könnte man an dieser Tatsache noch zweifeln, wo doch die Landbevölkerung zu der Stadtbevölkerung im Verhältnis von eins zu drei steht? Die materielle Grundlage der Macht der Tories war die Grundrente. Diese wird durch die Nahrungsmittelpreise bestimmt. Durch die Kornzölle wurden die Nahrungsmittelpreise auf einer künstlichen Höhe gehalten. Die Abschaffung der Kornzölle brachte die Nahrungsmittelpreise herunter, dadurch wurde wieder die Grundrente herabgedrückt, und mit der sinkenden Rente brach auch die wirkliche Stärke der Tories zusammen, auf der ihre politische Macht beruhte.

Was also wollen sie jetzt beginnen, um eine politische Macht aufrechtzuerhalten, deren gesellschaftliche Basis zu existieren aufgehört hat? Und wie können sie dies erreichen? Durch nichts anderes als durch eine Konterrevolution, das heißt durch eine Reaktion des Staates gegen die Gesellschaft. Sie kämpfen um die gewaltsame Erhaltung von Einrichtungen und einer politischen Macht, die von dem Augenblick an dem Untergang geweiht waren, als die städtische Bevölkerung die ländliche dreimal an Zahl überragte. Ein solcher Versuch muß notwendigerweise

mit ihrem Untergang enden, er muß die soziale Entwicklung Englands beschleunigen und verschärfen, er muß eine Krisis herbeiführen. Die Tories rekrutieren ihre Gefolgschaft aus den Pächtern, die entweder noch nicht die Gewohnheit verloren haben, in ihren Grundherren ihre natürlichen Gebieter, Vorgesetzten zu sehen, oder die von ihnen ökonomisch abhängig sind oder die noch nicht einsehen gelernt haben, daß die Interessen des Pächters und des Grundbesitzers nicht mehr Gemeinsamkeit haben als die Interessen des Gläubigers und des Wucherers. Ferner sind Anhänger und Stützen der Tories die Kolonial- und Schiffahrts-Interessenten, die Partei der Staatskirche, kurz, alle jene Elemente, die es für nötig finden, ihre Interessen gegen die unausbleiblichen Resultate der modernen Fabrikindustrie und gegen die durch sie vorbereitete soziale Revolution zu schützen.

Als alte Erbfeinde stehen den Tories die Whigs gegenüber, eine Partei, die mit den amerikanischen Whigs nichts gemein hat als den Namen. Die englischen Whigs bilden eine Spezies der politischen Naturgeschichte, die gleich allen Amphibien sehr leicht zu existieren wissen, aber sehr schwer zu beschreiben sind. Sollen wir sie nach dem Beispiel ihrer Gegner Tories außer Dienst nennen? oder in ihnen, wie es die Schriftsteller auf dem Kontinent gerne tun, die Repräsentanten gewisser populärer Prinzipien sehen? Wir kämen im letzteren Falle ebenso in Verlegenheit wie der Historiker der Whigs, Herr Coke, der in seiner „History of Parties" mit großer Naivität gesteht, daß die Partei der Whigs wohl auf der Basis einer Anzahl liberaler, moralischer und aufgeklärter Grundsätze begründet sei, daß aber leider seit den mehr als anderthalb Jahrhunderten ihres Bestehens sie stets dann an der Ausübung dieser Prinzipien gehindert waren, wenn sie eben an der Macht waren. So daß die Whigs, wie ihr eigener Geschichtschreiber gestehen muß, in Wirklichkeit etwas vertreten, was von den „moralischen und aufgeklärten Grundsätzen", die sie bekennen, außerordentlich abweicht. Sie sind also in derselben Lage wie der Trunkenbold, der, als er dem Lord-Mayor vorgeführt wurde, angab, daß er zwar Anhänger der Temperenz sei, aber sich Sonntags stets durch irgendeinen Zufall betrinke.

Aber lassen wir jetzt ihre Grundsätze beiseite, und versuchen wir lieber, darzulegen, was sie geschichtlich bedeuten, was sie wirklich durchsetzen, nicht, was sie einst von sich selbst glaubten und jetzt noch wollen, daß die Welt von ihnen glauben soll.

Die Whigs bilden gleich den Tories einen Teil des großbritannischen Großgrundbesitzes. Die ältesten, reichsten und hochmütigsten Grundbesitzer Englands sind sogar der eigentliche Kern der Whigpartei.

Was unterscheidet sie also von den Tories? Die Whigs sind die aristokratischen Vertreter der Bourgeoisie, des industriellen und kommerziellen Mittelstandes. Unter der Bedingung, daß die Bourgeoisie ihnen, dieser Oligarchie aristokratischer Familien, das Regierungsmonopol und den ausschließlichen Besitz aller Ämter überläßt, machen sie der Mittelklasse alle jene Konzessionen und helfen ihr bei deren Erringung, die sich im Laufe der sozialen und politischen Entwicklung als unvermeidlich und unaufschiebbar erwiesen haben. Nicht mehr und nicht weniger. Und so oft solch ein unvermeidliches Gesetz angenommen worden ist, verkünden sie laut, daß hiermit das Ende alles historischen Fortschritts erreicht, daß die ganze soziale Bewegung zu ihrem Abschluß, ihrem letzten Ziel gelangt sei, und klammern sich an diesem Abschluß fest. Leichter als die Tories können die Whigs eine Verminderung ihrer Einkünfte ertragen, da sie sich als die von Gott eingesetzten Pächter des britischen Nationaleinkommens betrachten. Solange sie das Regierungsmonopol als ihr Familieneigentum behaupten, können sie auf das Monopol der Korngesetze verzichten. Seit der „glorreichen Revolution“ von 1688 haben sich die Whigs stets des Genusses der öffentlichen Ämter erfreut, mit ganz kurzen Unterbrechungen, die hauptsächlich durch die erste französische Revolution und deren Nachwirkungen verursacht waren. Wer sich dieser Geschichtsperiode in England erinnert, wird finden, daß der Whiggismus sich damals durch nichts weiter hervortat als durch die Aufrechterhaltung seiner Familienoligarchie. Die Interessen und Prinzipien, die sie außerdem von Zeit zu Zeit vertreten, sind eigentlich nicht die der Whigs, sondern werden ihnen durch die Entwicklung der industriellen und kommerziellen Klasse, der Bourgeoisie, aufgezwungen. Nach 1688 finden wir sie mit den Finanzmagnaten vereinigt, die zu dieser Zeit an Bedeutung gewannen, 1846 mit den Fabrikmagnaten. Die Whigs setzten ebensowenig die Reformbill von 1831 als die Freihandelsbill von 1846 durch. Beide Reformbewegungen, die politische wie die kommerzielle, waren Bewegungen der Bourgeoisie. Sobald eine von ihnen so stark geworden, daß sie unwiderstehlich war, sobald sie gleichzeitig zum sichersten Mittel geworden war, die Tories aus ihren Ämtern zu drängen, traten die Whigs hervor und beuteten ihren Sieg aus, indem sie sich der Regierung be-

mächtigten. 1831 dehnten sie die politische Seite der Reform gerade so weit aus, als notwendig war, um die Mittelklasse nicht ganz unbefriedigt zu lassen; nach 1846 beschränkten sie die freihändlerischen Maßnahmen so weit, als notwendig war, um für den grundbesitzenden Adel möglichst viele Privilegien zu retten. Jedesmal hatten sie die Bewegung nur zu dem Zwecke in die Hand genommen, um deren Vorwärtsschreiten zu hindern und gleichzeitig ihre eigenen Posten wiederzuerlangen.

Es ist klar, daß von dem Moment an, wo der adlige Grundbesitz nicht mehr imstande ist, sich als selbständige Macht zu behaupten, die als selbständige Partei um die Regierungsgewalt kämpft, kurz, daß von dem Moment an, wo die Tories endgültig gestürzt sind, in der britischen Geschichte nicht mehr länger Platz für die Whigs ist. Ist die Aristokratie erst einmal zerstört, was wäre dann der Nutzen einer aristokratischen Vertretung der Bourgeoisie gegenüber dieser Aristokratie?

Es ist allgemein bekannt, daß die deutschen Kaiser, als im Mittelalter die Städte aufzublühen begannen, sogenannte „advocati", kaiserliche Gouverneure aufstellten, um diese Städte gegen den benachbarten Adel zu schützen. Sobald jedoch Bevölkerung und Reichtum wuchsen, so daß sie sich entsprechend zur Wehr setzen und sogar selbst den Adel angreifen konnten, vertrieben die Städte alsbald auch diese adligen Gouverneure, die advocati.

Die Whigs sind diese advocati für die britische Mittelklasse gewesen, und ihr Regierungsmonopol muß zusammenbrechen, sobald das Monopol der Tories als Grundbesitzer zusammenbricht. Die Whigs sind in demselben Maße aus einer Partei zu einer Koterie herabgesunken, als die Mittelklasse ihre Stärke und Unabhängigkeit entwickelt hat. Es ist klar, daß sich der Charakter der britischen Whigs schließlich als ein widerlich heterogenes Gemisch herausstellen mußte: Feudalisten, die gleichzeitig Malthusianer sind, Geldmenschen mit feudalen Vorurteilen, Aristokraten ohne Ehrgefühl, Bourgeois ohne industriellen Ehrgeiz, bornierte Bremser (finality men) mit fortschrittlichen Phrasen im Mund, Fortschrittler, die fanatische Konservative sind, Reformer, die den Fortschritt in homöopathischen Dosen verzapfen, Förderer aller Arten von Nepotismus, Großmeister der Korruption, Heuchler in der Religion, Tartüffe in der Politik. Die Masse des englischen Volkes hat einen gesunden ästhetischen Sinn und daher eine instinktive Abneigung gegen alles Zwiespältige und Zweideutige, gegen Fledermäuse und Russelliten. Und

mit den Tories gemein hat die Masse des englischen Volkes, das städtische und ländliche Proletariat den Haß gegen die „Geldmacher". Mit der Bourgeoisie wieder teilt es den Haß gegen die Aristokraten. In den Whigs haßt es nun beides, den Aristokraten und den Bourgeois, den Grundbesitzer, der es bedrückt, und den Geldmann, der es ausbeutet. Es haßt in ihnen die Oligarchie, die über England seit mehr als einem Jahrhundert herrscht und die das Volk davon ausschließt, seine Geschäfte selbst in die Hand zu nehmen.

Die Peeliten (liberal und konservativ) sind keine Partei, sondern nur mehr das Andenken an einen Parteimann, den verstorbenen Sir Robert Peel. Der Engländer aber ist zu prosaisch, um ein Andenken als etwas anderes zu betrachten als den Anlaß zu einer Elegie. Und jetzt, wo das englische Volk im ganzen Land dem dahingegangenen Sir Robert Peel Erz- und Marmordenkmäler errichtet hat, glaubt es um so mehr, dieser wandelnden Denkmäler Peels, der Grahams, Gladstones, Cardwells usw. entraten zu können. Diese sogenannten Peeliten sind nichts anderes als ein Stab von Bureaukraten, den Robert Peel für sich geschult hatte. Und da sie einen recht zahlreichen Stab bilden, so vergessen sie für einen Augenblick, daß sie keine Armee hinter sich haben. Diese alten Anhänger Peels sind noch im Zweifel darüber, an welche Partei sie sich anschließen sollen. Es ist aber klar, daß ein solcher Zweifel noch keine genügende Ursache dafür ist, eine selbständige Macht zu bilden.

Es bleiben noch Freihändler und Chartisten, deren kurze Charakterisierung ich im nächsten Brief geben will.

Die Chartisten.

London, 10. August 1852 (N. Y. T., 25. August 1852).

Tories, Whigs, Peeliten, kurz, alle bis jetzt von uns behandelten Parteien gehören mehr oder weniger der Vergangenheit an. Die Partei, die die *moderne englische Gesellschaft*, das England, das den Weltmarkt beherrscht, *offiziell repräsentiert*, sind die Freihändler (die Manchestermänner, die Parlaments- und die Finanzreformer). Sie vertreten die Partei der selbstbewußten Bourgeoisie, des industriellen Kapitals, das seine soziale Macht auch als politische Macht ausnützen und die letzten hochmütigen Reste der Feudalgesellschaft ausrotten will.

Die Führer dieser Partei rekrutieren sich aus dem tätigsten und energischsten Teil der englischen Bourgeoisie, den Fabrikanten. Was sie verlangen, ist schrankenloses, unverhülltes Übergewicht der Bourgeoisie, ist offene offizielle Unterwerfung der ganzen Gesellschaft unter die Gesetze der modernen Bourgeoisproduktion und unter die Herrschaft jener Männer, die diese Produktion leiten. Sie verstehen unter Freihandel die ungehemmte Bewegungsfreiheit des von allen politischen, nationalen und religiösen Fesseln befreiten Kapitals. Grund und Boden sollen verkäufliche Ware sein und nach den allgemeinen Handelsgesetzen ausgebeutet werden können. Es soll Nahrungsmittelfabrikanten geben, so wie es eben Garn- und Baumwollfabrikanten gibt, und die Grundherren sollen verschwinden. Kurz, keine wie immer gearteten politischen oder sozialen Einschränkungen, Bestimmungen oder Monopole sollen geduldet werden, es sei denn, sie entsprängen „den ewigen Gesetzen der politischen Ökonomie", das heißt den Bedingungen, unter denen das Kapital produziert und distribuiert. Das Losungswort im Kampfe dieser Partei gegen die alten englischen Einrichtungen, diesen Produkten einer veralteten, schnell entschwindenden Periode der sozialen Entwicklung, lautet: P r o d u z i e r e s o b i l l i g d u k a n n s t u n d r ä u m e m i t d e n faux frais d e r P r o d u k t i o n a u f (das heißt mit allen überflüssigen, unnötigen Ausgaben). Und dieses Losungswort rufen sie nicht nur der einzelnen Privatperson, sondern hauptsächlich d e r g a n z e n N a t i o n zu.

Das Königtum mit seinem „barbarischen Glanz", seiner Hofhaltung, seiner Zivilliste und seinem Lakaientroß gehört doch auch nur zu den faux frais der Produktion. Die Nation kann auch ohne Königtum produzieren und tauschen, also fort mit dem Thron. Die Sinekuren des Adels, das Oberhaus — faux frais der Produktion. Die große stehende Armee — faux frais. Die Kolonien — faux frais. Die Staatskirche mit ihren Reichtümern, dem Ertrag aus Plünderung oder Bettelei — faux frais. Mögen die Geistlichen frei miteinander konkurrieren und sich von jedem so viel bezahlen lassen, als er aufzubringen vermag. Der ganze umständliche Apparat der englischen Gesetzgebung, mit seinem Kanzleigericht — faux frais. Nationale Kriege — faux frais. England kann fremde Nationen billiger ausbeuten, wenn es in Frieden mit ihnen lebt.

Diesen Vorkämpfern der britischen Bourgeoisie, diesen Männern aus der Manchesterschule erscheint eben jede Einrichtung Alt-Englands als eine ebenso kostspielige wie nutzlose Institution, die keinen anderen Zweck

erfüllt, als die Nation daran zu hindern, soviel als möglich und so billig als möglich zu produzieren und ihre Produkte in Freiheit auszutauschen. Ihr letztes Wort ist notwendigerweise die Bourgeoisrepublik, in der völlig freie Konkurrenz auf allen Gebieten herrscht und in der nur das Minimum von Regierungsgewalt übrigbleibt, das für die äußere und innere Administration der allgemeinen Klasseninteressen und Geschäfte der Bourgeoisie unerläßlich ist; und auch dieses Minimum soll so einfach und sparsam als möglich organisiert sein. In anderen Ländern hieße eine solche Partei demokratisch. Sie muß aber notgedrungen revolutionär sein und bewußt oder unbewußt die gänzliche Auflösung Alt-Englands als aristokratisches Land bewirken. Ihr nächstes Ziel ist also die Erreichung einer Parlamentsreform, durch die sie die gesetzgeberische Gewalt in ihre Hände bekommt, die zu einer derartigen Revolution notwendig ist.

Die britischen Bourgeois sind aber keine leicht erregbaren Franzosen. Wenn sie eine parlamentarische Reform durchsetzen wollen, so machen sie deshalb noch keine Februarrevolution. Im Gegenteil. Als sie 1846 durch die Abschaffung der Korngesetze den großen Sieg über die Landaristokratie errungen hatten, beschieden sie sich damit, dessen materielle Vorteile einzuheimsen, während sie versäumten, die notwendigen politischen und ökonomischen Konsequenzen daraus zu ziehen, und so den Whigs Gelegenheit gaben, sich wieder in Besitz ihres ererbten Regierungsmonopols zu setzen. In all den Jahren von 1846 bis 1852 machten sie sich durch ihr Kampfgeschrei: „Große Grundsätze und praktische (lies kleine) Maßregeln" lächerlich. Und warum das alles? Weil sie sich bei jeder gewaltsamen Bewegung an die Arbeiterklasse wenden müssen. Sehen sie aber in der Aristokratie ihren verschwindenden Gegner, so in der Arbeiterklasse ihren aufkommenden Feind. Lieber aber wollen sie mit dem verschwindenden Gegner paktieren, als den heranwachsenden Feind, dem die Zukunft gehört, durch Konzessionen von mehr als nur scheinbarer Bedeutung stärken. Darum suchen sie jeden heftigen Zusammenstoß mit der Aristokratie zu vermeiden. Die historische Notwendigkeit und die Tories treiben sie jedoch vorwärts. Sie müssen notgedrungen ihre Mission erfüllen und Alt-England, das England der Vergangenheit, zerschmettern. Von dem Augenblick an, wo sie allein die politische Macht erobert haben, wo politische Macht und ökonomische Gewalt in denselben Händen vereint sein und daher der Kampf gegen das Kapital

sich nicht mehr von dem Kampfe gegen die bestehende Regierung unterscheiden wird, von diesem Augenblick an wird die soziale Revolution in England datieren.

Wenden wir uns nun den Chartisten zu, dem politisch tätigen Teil der britischen Arbeiterklasse. Die sechs Punkte der Charte, um die sie kämpfen, enthalten nichts als die Forderung des allgemeinen Wahlrechts und der Bedingungen, ohne die das allgemeine Wahlrecht für die Arbeiterklasse illusorisch wäre, wie die geheime Abstimmung, Diäten für die Parlamentsmitglieder, alljährliche allgemeine Wahlen. Das allgemeine Wahlrecht bedeutet aber für die Arbeiterklasse in England die politische Macht; denn die Proletarier bilden dort die große Majorität der Bevölkerung, sie haben dort in langen, wenn auch nicht offen geführten Bürgerkriegen sich zu dem klaren Bewußtsein ihrer Klassenlage durchgerungen, und sogar die ländlichen Distrikte kennen daselbst keine Bauern mehr, sondern nur Grundherren, produzierende Kapitalisten (Pächter) und Lohnarbeiter. Die Erringung des allgemeinen Wahlrechts in England wäre daher eine Errungenschaft, in der mehr sozialistischer Geist steckte als in irgendeiner Maßnahme, die auf dem Kontinent mit diesem Namen beehrt wurde.

Ihr unvermeidliches Ergebnis wäre die politische Vorherrschaft der Arbeiterklasse.

Um das Wahlrecht zum britischen Parlament zu haben, muß der Wähler in einer Stadt ein Haus besitzen, das bei der Veranlagung der Armensteuer auf 10 Pfund Sterling Jahresertrag geschätzt ist; in den Grafschaften sind wahlberechtigt die Grundbesitzer (freeholders), die eine Jahresrente von mindestens 40 Schilling beziehen, und die Pächter (leaseholders), die mindestens eine Jahresrente von 50 Pfund Sterling bezahlen. Daraus geht schon hervor, daß die Chartisten offiziell an der eben beendigten Wahlschlacht nur wenig teilnehmen konnten. Um aber zu erklären, wieso sie sich doch daran beteiligten, muß ich folgender Besonderheit des englischen Wahlsystems Erwähnung tun:

Des Tags der Aufstellung (Nominationday) und des Tags der Abstimmung (Declarationday)! Das Aufheben der Hände und die Abstimmung!

Wenn die Kandidaten am Wahltag auftreten und an das Publikum eine öffentliche Ansprache halten, so werden sie in erster Instanz durch Händeaufheben gewählt. Jede Hand darf sich erheben, gleichviel, ob sie einem Wähler oder einem Nichtwähler angehört. Für den die meisten

Hände sich erheben, der wird von dem Wahlkommissär als provisorisch gewählt erklärt. Nun aber kommt die Kehrseite der Medaille. Die Wahl durch Händeerheben war eine bloße Zeremonie, ein Akt der Höflichkeit gegen das „souveräne Volk". Die Höflichkeit hört auf, sobald das Privileg bedroht ist. Denn wenn die Wahl durch Händeaufheben nicht auf die Kandidaten der privilegierten Wähler fällt, so verlangen diese Kandidaten die Abstimmung, an der nur die privilegierten Wähler teilnehmen dürfen. Nur der dort mit Majorität Gewählte wird als rechtmäßig gewählt erklärt. Die erste Wahl durch Händeaufheben ist nichts als eine Scheinkonzession, die man der öffentlichen Meinung macht, nur um sie dann im nächsten Augenblick um so nachdrücklicher an ihre Machtlosigkeit zu erinnern.

Fast könnte es scheinen, als sei diese Wahl durch Händeaufheben, diese gefährliche Formalität nur zu dem Zweck erfunden, das allgemeine Wahlrecht lächerlich zu machen und sich einen kleinen aristokratischen Scherz mit dem „Pöbel" zu erlauben (wie Major Beresford, der Kriegsminister, zu sagen pflegt). Aber das wäre eine Täuschung. Die Tradition der alten Bräuche, die alle germanischen Nationen gemeinsam haben, vermochte sich deshalb bis zum neunzehnten Jahrhundert fortzuschleppen, weil sie dem britischen Klassenparlament billig und gefahrlos einen Anschein von Popularität verlieh. Den herrschenden Klassen brachte dieser Brauch das angenehme Ergebnis, daß das Volk mehr oder weniger leidenschaftlich ihre Sonderinteressen als seine nationalen Interessen verfocht. Und erst als die Bourgeoisie gegenüber den beiden offiziellen Parteien der Whigs und Tories eine selbständige Stellung einzunehmen begann, fing auch die Arbeiterklasse an, an den Wahltagen selbständig vorzugehen. Niemals vorher jedoch schieden sich Wahltag und Abstimmungstag so klar voneinander, erschien die Abgrenzung so scharf, so drohend, so gleichmäßig im ganzen Land als bei der letzten Wahl im Jahre 1852. Und welche Gegensätze machten sich geltend! Wer durch Händeaufheben ernannt war, fiel bei der Abstimmung unweigerlich durch. Und wer bei der Abstimmung die Majorität bekam, der wurde unweigerlich vom Volke mit faulen Äpfeln und Steinwürfen begrüßt. Die in aller Form gewählten Parlamentsmitglieder hatten reichlich zu tun, ihr eigenes parlamentarisches Ich in Sicherheit zu bringen. Auf einer Seite stand die Majorität des Volkes, auf der anderen der zwölfte Teil der ganzen Bevölkerung und der fünfte Teil der gesamten männlichen erwachsenen

Einwohner des Landes. Auf einer Seite Enthusiasmus, auf der anderen Bestechung. Auf der einen Seite Parteien, die ihre eigenen Unterscheidungsmerkmale verleugneten, Liberale, die den Konservativismus, Konservative, die den Liberalismus der Anschauungen predigten; auf der anderen das Volk, das sein Dasein kundgab und seine eigene Sache verfocht. Auf einer Seite eine ausgeleierte Maschine, die sich ewig in ihrem fehlerhaften Zirkel bewegt und dabei keinen Schritt vorwärts kommen kann, und der ohnmächtige Prozeß der steten Friktionen, durch den alle offiziellen Parteien sich gegenseitig langsam zu Staub zermahlen; auf der anderen die Masse der Nation auf dem Vormarsch, die den fehlerhaften Zirkel zu sprengen und die offizielle Maschine zu vernichten droht.

Ich will nicht den Gegensatz zwischen Akklamation und Abstimmung, zwischen der drohenden Haltung der Arbeiterklasse bei der Wahl und den feigen Wahlmanövern der herrschenden Klasse im ganzen Land verfolgen. Ich will nur einen Wahlkreis für viele nehmen, wo sich dieser Gegensatz wie in einem Brennpunkt konzentriert, das ist die Wahl in Halifax. Dort standen sich als Kandidaten gegenüber der Tory Edwards, der Whig Sir Charles Wood, ehemaliger Finanzminister und Schwager des Earl of Grey, der Manchestermann Frank Großley und endlich Ernest Jones, der begabteste, energischste und konsequenteste Vertreter des Chartismus. Da Halifax eine Fabrikstadt ist, hatte der Tory von vornherein wenig Chancen. Großley, der Manchestermann, ging mit dem Whig zusammen, und der eigentliche Kampf wurde daher zwischen Wood und Jones, dem Whig und dem Chartisten ausgefochten.

Sir Charles Wood sprach etwa eine halbe Stunde; zum Beginn und in der zweiten Hälfte blieb seine Rede wegen der lauten Mißfallensäußerungen der ungeheuren Menschenmenge fast unverständlich. Nach dem Bericht des nahebei sitzenden Reporters bestand seine Rede nur in einer Rekapitulation der bereits angenommenen freihändlerischen Reformen, einem Angriff auf Lord Derbys Regierung und einer Lobeshymne auf „die beispiellose Prosperität des Landes und des Volkes". (Hört, hört!) — Er schlug keine einzige neue Reform vor und erwähnte nur ganz schüchtern mit wenigen Worten Lord John Russells Wahlrechtserweiterungsbill.

Da keine der großen bürgerlichen Zeitungen Londons die Rede Ernest Jones' ausführlich wiedergibt, so will ich hier etwas näher darauf eingehen.

Ernest Jones wurde mit ungeheurem Enthusiasmus empfangen und sagte: „Wähler und Nichtwähler, ihr seid hier zu einem großen und

feierlichen Anlaß zusammengekommen. Die Konstitution anerkennt heute das allgemeine Wahlrecht in der Theorie, vielleicht um es morgen in der Praxis zu verleugnen. Es stehen vor euch heute die Vertreter zweier Systeme, und ihr habt zu entscheiden, nach welchem ihr die nächsten sieben Jahre regiert werden sollt. Sieben Jahre — fast ein kleines Lebensalter! Ich mahne euch, besinnt euch an der Schwelle dieser sieben Jahre, laßt sie heute still und bedächtig an eurem Geiste vorüberziehen. Entscheidet euch heute, ihr zwanzigtausend Männer, wenn auch morgen fünfhundert euren Willen zuschanden machen können! (Hört, hört!) Ich sagte, es stehen vor euch die Vertreter zweier Systeme. Zu meiner Linken seht ihr Whigs, Tories und die Geldmenschen — im Grunde ist zwischen ihnen kein Unterschied. Der Geldmensch sagt, billig kaufen und teuer verkaufen. Der Tory sagt, teuer kaufen und noch teurer verkaufen. Für den Arbeiter sind also beide gleich. Aber das System des ersteren hat jetzt die Vorhand, und was es mit sich bringt, ist wachsende Verarmung. Es gründet sich auf die Konkurrenz mit dem Ausland. Ich aber behaupte, daß unter diesem System des billigen Einkaufs und des teuren Verkaufs, das auf der Konkurrenz mit dem Ausland beruht, der Ruin der Arbeiterklasse und der Kleinhändler unaufhaltsam vorwärtsschreiten muß. Und warum? Die Arbeit ist die Schöpferin alles Reichtums. Ehe auch nur ein Körnchen wächst oder eine Elle gewoben ist, muß der Mensch gearbeitet haben. In diesem Lande aber gibt es keine Selbstbeschäftigung für den Arbeitsmann. Die Arbeit ist gemietete Ware, die Arbeit ist ein Marktobjekt, das gekauft und verkauft wird; und da nun die Arbeit den ganzen Reichtum schafft, so muß sie zuallererst gekauft werden. „Kauft billig, kauft billig!“ Die Arbeit wird auf dem billigsten Markt gekauft. Nun aber zum andern: „Verkauft teuer, verkauft teuer!“ Verkauft was? Das Produkt der Arbeit. Und an wen? An das Ausland, o nein! An den Arbeiter selbst. Denn da die Arbeit nicht für sich selbst schafft, so hat der Arbeiter keinen Teil an dem Ertrag seiner Arbeit. „Kauft billig, verkauft teuer!“ Kauft billig die Arbeit des Arbeiters und verkauft teuer an denselben Arbeiter das Produkt seiner eigenen Arbeit! Daß der Arbeiter dabei verlieren muß, liegt im Wesen dieses Geschäfts begründet. Der Unternehmer kauft die Arbeit billig ein. Er verkauft, und dabei muß er profitieren. Er verkauft an den Arbeiter selbst — und folglich ist jeder Handel zwischen Unternehmer und Angestelltem ein offener Betrug, den der Unternehmer be-

geht. So wird die Arbeit durch stete Verluste herabgedrückt, auf daß das Kapital durch steten Betrug emporsteige. Doch dieses System beschränkt sich nicht darauf allein. Es wird auch noch auf die fremde Konkurrenz ausgedehnt, das heißt wir müssen auch noch den Handel anderer Länder zugrunde richten, so wie dies schon bei unserer eigenen Arbeit der Fall war. Wie geht das nun zu? Das hoch besteuerte Land muß das niedriger besteuerte unterbieten. Die Konkurrenz im Ausland wächst beständig, also muß auch die Billigkeit in gleichem Maße wachsen. Folglich müssen die Löhne in England kontinuierlich fallen. Und wie wird das erreicht? Durch Mehrarbeit. Und wie kommt man zu dieser? Durch das Monopol am Boden, wodurch man die Hände, die man dort nicht braucht, in die Fabriken treibt. Durch das Monopol an den Maschinen, was wieder diese Hände auf die Straße treibt, durch Frauenarbeit, die den Mann vom Webstuhl verdrängt, und durch Kinderarbeit, die wieder die Frau vom Webstuhl vertreibt. Und den Fuß auf dieser lebenden Basis des Mehrwerts, die gepeinigten Herzen mit Füßen tretend, verkündet man laut die Verdammung zum Hungertod. „Wer will Arbeit? Ein halbes Brot ist besser als gar keines!" Und die getretene Menge geht gierig auf jedes Angebot ein. (Lautes Hört, hört!) So wird der Arbeiter behandelt. Wie aber wirkt dies auf euch zurück, ihr Wähler? Wie wird der heimische Handel, der kleine Geschäftsmann, die Armentaxe und die Besteuerung davon beeinflußt? Jede Steigerung der auswärtigen Konkurrenz muß durch gesteigerte Verbilligung in der Heimat ausgeglichen werden. Die gesteigerte Billigkeit der Arbeit muß sich jedesmal auf eine Steigerung der Mehrarbeit gründen, und dieses Mehr wird durch eine Vermehrung der Maschinen erzielt. Ich wiederhole, wie aber wirkt das auf euch? Der Manchesterliberale zu meiner Linken führt eine neue Erfindung ein und wirft dreihundert Mann als Arbeitslose auf das Pflaster. Ihr kleinen Geschäftsleute! Das sind dreihundert Kunden weniger. Steuerzahler! Das sind dreihundert Arme mehr. (Lautes Hört, hört!) Doch glaubt mir, das ist noch nicht alles! Diese dreihundert Mann wirken wieder dahin, die Löhne derjenigen zu reduzieren, die in ihren früheren Betrieben weiterarbeiten durften. Der Unternehmer sagt: „Ich reduziere jetzt eure Löhne." Die Leute zögern. Dann fügt er hinzu: „Seht ihr die dreihundert, die ich eben auf die Straße warf? Ihr könnt mit ihnen die Plätze wechseln, wenn ihr wollt, sie lechzen danach, unter jeder Bedingung

zurückzukommen, denn sonst verhungern sie." Die Leute sehen das ein und verlieren den Mut. Oh, du Manchesterliberaler, du Pharisäer der Politik! Vor diesen Männern, die hier auf uns hören, mußt du mir jetzt Rede stehen! Denn noch bin ich nicht zu Ende. Das Unheil ist damit noch nicht erschöpft. Die Männer, die aus ihrem ursprünglichen Beruf verdrängt sind, versuchen Beschäftigung in anderen Betrieben zu bekommen, wo sie wieder das Überangebot vermehren und die Löhne herunterdrücken. Die heute schlechtbezahlten Berufe waren einst gut bezahlt, die gutbezahlten von heute werden morgen schlechtbezahlte sein. So wird die Kaufkraft der Arbeiterklasse täglich herabgemindert und der heimische Handel zugrunde gerichtet. Merkt es euch, ihr Geschäftsleute! Eure Kunden werden ärmer, eure Profite werden kleiner, aber eure Paupers werden zahlreicher und eure Steuern und Armentaxen höher. Eure Einnahmen fallen, eure Ausgaben steigen. Ihr bekommt weniger und zahlt mehr. Wie gefällt euch dieses System? Auf euch wälzt der reiche Fabrikant und der Gutsbesitzer die ganze Steuerlast und die Armenrente. Ihr Männer des Mittelstandes, ihr seid die Steuerzahler für die Reichen. Sie schaffen die Armut, die ihre Reichtümer schafft, und sie lassen euch noch für diese von ihnen geschaffene Armut bezahlen. Der Gutsbesitzer entgeht der Steuer durch seine Privilegien, der Fabrikant dadurch, daß er sich an den Löhnen seiner Leute schadlos hält, und das alles fällt auf euch zurück. Wie gefällt euch dieses System? Es ist dasjenige, das die Herren zu meiner Linken praktizieren. Was schlage ich euch dagegen vor? Das Unrecht habe ich euch vor Augen geführt; das ist wohl schon etwas. Ich will aber mehr tun. Ich stehe hier vor euch, um euch zu zeigen, was Recht ist, und euch darüber aufzuklären." (Lauter Beifall.)

Hierauf entwickelte Ernest Jones seine eigenen Ansichten über politische und ökonomische Reformen und fuhr dann fort:

„Wähler und Nichtwähler, ich habe euch nun einige der sozialen und politischen Reformen dargelegt, für deren unmittelbare Annahme ich heute eintrete, wie ich schon 1847 dafür eingetreten bin. Dafür aber, daß ich eure Freiheiten erweitern wollte, wurde die meinige beschnitten. (Hört, hört!) Weil ich für euch alle einen Freiheitstempel errichten wollte, warf man mich in die Kerkerzelle gleich einem Verbrecher. Und hier zu meiner Linken sitzt einer meiner härtesten Kerkermeister. (Lautes, fortgesetztes Murren nach links.) Da ich der Wahrheit Stimme verleihen wollte, wurde ich zum Schweigen verdammt. Zwei Jahre und

eine Woche sperrte man mich ins Gefängnis, in Einzelhaft mit Schweigegebot, ohne Tinte, Feder und Papier — aber dafür durfte ich Werg zupfen.“ Gegen Charles Wood gewendet: „Zwei Jahre und eine Woche lang triumphierten Sie, heute ist mein Tag gekommen! In den Herzen aller hier anwesenden Engländer soll mir ein Rachegeist erstehen! (Ungeheurer Beifall.) Horch! Vernehmt ihr nicht das Rauschen seiner Flügel über dem brandenden Meere der Menge? (Neuer, nicht endenwollender Beifall.) Man mag einwenden, das sei Privatsache, das stimmt aber nicht. (Hört, hört!) Es ist keine Privatsache, denn wer nicht Mitgefühl mit dem Weib des Gefangenen hat, der vermag auch nicht mit dem Weib des Arbeiters zu empfinden. Wer nicht für die Kinder des Eingekerkerten empfindet, der vermag auch nicht mit den Kindern des Arbeitssklaven zu fühlen. (Hört, hört und lauter Beifall.) Seine Vergangenheit beweist es, seine heutigen Versprechungen widerlegen es nicht. Wer stimmte für die Zwangs- und Knebelgesetze gegen Irland, für die Einschnürung der irischen Presse? Der Whig! Hier steht er! Fort mit ihm! Wer stimmte fünfzehnmal gegen den Humeschen Wahlrechtserweiterungsantrag, gegen Locke Kings Vorschlag, den Wahlzensus in den ländlichen Wahlbezirken herabzusetzen, gegen Ewarts Vorschlag, die Legislaturperioden zu verkürzen, gegen Berkeleys Antrag, die geheime Abstimmung einzuführen? Der Whig! Hier steht er! Fort mit ihm! Wer stimmte gegen die Freilassung Frosts, Williams und Jones'? Der Whig! Hier steht er! Fort mit ihm! Wer stimmte gegen die Untersuchung der Kolonialgreuel und zugunsten der Ward und Torrington, der Tyrannen der Jonischen Inseln und Ceylons? Der Whig! Hier steht er! Fort mit ihm! Wer stimmte gegen die Reduzierung des Gehalts von zwölftausend Pfund Sterling des Herzogs von Cambridge, gegen alle Abstreichungen bei Armee und Marine, gegen die Abschaffung der Fenstersteuer, achtundvierzigmal gegen jede andere Steuerherabsetzung, einschließlich seines eigenen Gehalts? Der Whig! Hier steht er! Fort mit ihm! Wer stimmte gegen die Abschaffung der Papiersteuer, der Annoncensteuer, der Besteuerung des Wissens? Der Whig, der hier steht, fort mit ihm! Wer stimmte für neue Bischofssitze, neue Vikariate, für den Zuschuß an Maynooth, gegen dessen Reduktion und gegen die Befreiung der Dissenter von der Kirchensteuer? Der Whig, der hier steht, fort mit ihm! Wer stimmte gegen jede Untersuchung wegen Nahrungsmittelverfälschung? Der Whig! Wer stimmte gegen die Herabsetzung der Zuckersteuer und gegen die Abschaffung der

Malzsteuer? Der Whig! Wer stimmte gegen die Verkürzung der Nachtarbeit der Bäcker, gegen eine Enquete über die Lage der Strumpfwirker, gegen die ärztliche Beaufsichtigung der Arbeitshäuser, gegen das Verbot der Kleinkinderarbeit vor 6 Uhr morgens, gegen die Gemeindeunterstützung armer schwangerer Frauen und gegen den Zehnstundentag? Der Whig, der hier steht! Fort mit ihm! Fort mit ihm im Namen Gottes und der Menschlichkeit! Männer von Halifax! Männer Englands! Die beiden Systeme liegen nun klar vor euch! Urteilt und wählt!" (Der Enthusiasmus, den diese Rede, besonders am Schlusse, hervorrief, ist kaum zu beschreiben. Die Stimme der Menge, die atemlos zugehört hatte, erdröhnte in jeder Pause wie der Donner einer wiederkehrenden Woge und drohte die Vertreter der Whigs und der Klassenherrschaft hinwegzufegen. Es war eine Szene, die jedem unvergeßlich bleiben wird. Beim Händeaufheben waren es nur ganz vereinzelte, offenbar eingeschüchterte oder bezahlte Individuen, die für Sir Charles Wood stimmten. Für Ernest Jones erhoben fast alle Anwesenden unter unbeschreiblichem Jubel und nicht endenwollendem Beifall beide Hände empor.)

Der Mayor erklärte Ernest Jones und Henry Edwards als durch Akklamation gewählt. Sir Charles Wood und Herr Großley verlangten darauf die Abstimmung.

Und wie Jones vorausgesagt: er war mit zwanzigtausend Stimmen gewählt, aber der Whig Sir Charles Wood und der Manchestermann Großley wurden mit fünfhundert Stimmen ins Parlament geschickt.

Wahlkorruption.

London, 20. August 1852 (N. Y. T., 4. September 1852).

Unmittelbar ehe das letzte Unterhaus auseinanderging, beschloß es, seinen Nachfolgern den Weg ins Parlament mit so viel Schwierigkeiten als irgend möglich zu verrammeln. Es stimmte für ein drakonisches Gesetz gegen Bestechung, Korruption, Einschüchterung und unsaubere Wahlpraktiken im allgemeinen.

Es wurde eine lange Liste von Fragen eingehendster und eindringlichster Natur aufgestellt, die laut dieser Verordnung den Urhebern eines Wahlprotestes oder den gewählten Mitgliedern vorgelegt werden können. Sie können unter Eid darum befragt werden, wer ihre Agenten waren und welcherlei Verbindungen sie mit ihnen hatten. Sie können befragt und

zur Auskunft gezwungen werden, nicht nur über das, was sie wissen, sondern auch über das, was „sie vermuten, glauben oder annehmen", z. B. wieviel Geld für ihre Wahl von ihnen oder von anderen, sei es mit, sei es ohne ihre Einwilligung, ausgegeben wurde. Mit einem Wort, kein Kandidat kann diese seltsame Feuerprobe bestehen, ohne in die Gefahr der Meineidigkeit zu kommen, wenn er auch nur den leisesten Verdacht hat, jemand habe um seinetwillen sich verleiten lassen, das Gesetz zu übertreten.

Selbst wenn dieses Gesetz von der Voraussetzung ausginge, daß die neuen Gesetzgeber sich dieselbe Freiheit herausnehmen werden wie die Geistlichen, die von den 39 Glaubensartikeln nur einige glauben, trotzdem sie alle unterzeichnen, so bleiben doch noch immer genug Klauseln übrig, um das neue Parlament zu der jungfräulichsten Versammlung zu stempeln, die je für die drei Königreiche Reden hielt und Gesetze votierte. Hält man dieses Gesetz und die unmittelbar darauf erfolgenden Wahlen nebeneinander, so sichert es den Tories den unbestreitbaren Ruhm, daß unter ihrer Herrschaft theoretisch die größte Sittenstrenge für die Wahlen proklamiert wurde, während in der Praxis das Höchste an Wahlkorruption geleistet wurde. „Eine neue Wahl geht vor sich, und in ihrem Verlauf ereignen sich Szenen von Bestechung, Korruption, Gewalt, Trunkenheit und Totschlag, wie sie beispiellos dastehen seit der Zeit, wo noch das alte Torymonopol schrankenlos herrschte. Es wird uns tatsächlich von Soldaten berichtet, die mit geladener Flinte und aufgepflanztem Bajonett liberale Wähler mit Gewalt ergriffen, sie vor den Augen der Gutsherren dazu zwangen, gegen ihre Überzeugung zu stimmen, Soldaten, die kaltblütig zielend auf das Volk schossen, das mit den vergewaltigten Wählern sympathisierte, und Massenmord an diesen widerstandslosen Menschen verübten (Anspielung auf die Ereignisse in Six Mile Bridge, Limerick, County Clare). Man wird vielleicht sagen: Ach, das war in Irland! Jawohl, und in England wurden Polizisten dazu verwendet, die Tribünen der Gegner niederzureißen; organisierte Trupps lichtscheuen Gesindels wurden ausgeschickt, die in den Straßen lauerten, um die liberalen Wähler einzuschüchtern und abzufangen, förmliche Kloaken von Trunkenheit öffneten sich, es regnete das Gold der Korruption, wie in Derby, und in fast jedem strittigen Ort wurden systematische Einschüchterungsversuche gemacht."

So schreibt Ernest Jones in People's Paper. Nach dem Wochenblatt der Chartisten wollen wir das nüchternste, vernünftigste und ge-

mäßigteste Organ der industriellen Bourgeoisie, London Economist, zu Worte kommen lassen.

„Wir können wohl behaupten, daß bei dieser allgemeinen Wahl mehr Unterdrückung, mehr Korruption, mehr Einschüchterung, mehr Fanatismus und mehr Ausartung herrschte als je zuvor bei einem solchen Anlaß. Mehr als in früheren Jahren wurde diesmal zur Bestechung gegriffen.... Selbst die übertriebenste Phantasie vermag sich kaum vorzustellen, in welchem Maße die Wähler eingeschüchtert und in jeder Weise ungesetzlich beeinflußt wurden.... Nehmen wir alles in allem, die viehische Betrunkenheit, die niedrigen Intrigen, die Massenkorruption, die barbarischen Einschüchterungsversuche, die Befleckung des guten Namens der Kandidaten, den Ruin ehrlicher Wähler, die Verführung und Entehrung der schwachen Charaktere unter ihnen, die Lügen, die Umtriebe, die Verleumdungen, die nackt und schamlos am hellen Tag einherstolzieren, die Entweihung der ehrwürdigsten Worte, die Besudlung der edelsten Namen, so stehen wir entsetzt vor diesem ungeheuren Brandopfer von vernichteten Körpern und verlorenen Seelen, auf deren Grabhügel sich ein neues Parlament erhebt."

Das Mittel der Einschüchterung und Korruption war das herkömmliche: direkte Beeinflussung durch die Regierung. So wurde bei einem Wahlagenten in Derby, der in flagranti bei einem Bestechungsversuch festgenommen wurde, ein Brief des Majors Beresford, des Kriegsministers gefunden, worin derselbe Beresford einen Kredit für Wahlgelder bei einer Handelsfirma eröffnet. Der Poole Herald veröffentlicht ein Zirkular der Admiralität an die Offiziere auf Halbsold, unterzeichnet vom Oberbefehlshaber einer Marinestation, in dem sie ersucht werden, ihre Stimmen dem ministeriellen Kandidaten zu geben. In Cork, Belfast und Limerick wurde direkte Waffengewalt angewendet (im letztgenannten Orte wurden acht Personen getötet). Die Gutsherren drohten ihren Pächtern mit Vertreibung, wenn sie nicht gleich ihnen stimmten; die Landagenten Lord Derbys gaben das Beispiel dazu. Ladeninhaber wurden mit Verlust der Kundschaft bedroht, Arbeiter mit Entlassung, der Alkohol wirkte usw.

Diesen profanen Mitteln der Korruption fügten die Tories dann noch die geistlichen hinzu. Eine königliche Proklamation gegen die Prozessionen der römisch-katholischen Kirche wurde erlassen, um Bigotterie und religiösen Haß zu entflammen; überall erhob sich der Ruf: „Gegen das Papsttum!" (No-popery!) Eine der Konsequenzen dieser Proklamation

waren die Aufstände in Stockport. Die irischen Priester wehrten natürlich diese Angriffe mit den gleichen Waffen ab.

Die Wahl ist kaum vorbei, und schon sind bei einem einzigen königlichen Anwalt aus fünfundzwanzig Orten Gesuche um Annullierung der Wahlen zum Parlament wegen Bestechung und Einschüchterung eingelaufen. Derby, Cockermouth, Barnstaple, Harwich, Canterbury, Yarmouth, Wakefield, Boston, Huddersfield, Windsor und viele andere Orte reichten solche Proteste gegen gewählte Mitglieder ein und brachten die Kosten für das Verfahren auf. Es ist bereits erwiesen, daß zum mindesten acht bis zehn Mitglieder, die Derby anhängen, infolge dieser Proteste zurückgewiesen werden.

Der hauptsächlichste Schauplatz dieser Bestechungs-, Korruptions- und Einschüchterungsszenen waren natürlich die Landdistrikte und die von Peers abhängigen Bezirke, für deren Erhaltung in möglichst großer Zahl die Whigs 1831 in der Reformbill ihren ganzen Witz aufgeboten hatten. Die Wählerschaft großer Städte und dicht bevölkerter Fabrikgebiete bot durch die ihr eigentümliche Beschaffenheit einen sehr ungünstigen Boden zu solchen Wahlmanövern.

Wahltage sind in England von jeher Bacchanalien trunkenster Ausschweifung, die üblichen Börsentermine, wo politische Überzeugungen diskontiert werden, die reichste Erntezeit für die Kneipwirte. Ganz richtig bemerkt eine englische Zeitung: „Es kann nicht ausbleiben, daß diese immer wiederkehrenden Saturnalien dauernde Spuren ihres verderblichen Wirkens zurücklassen." Ganz natürlich. Denn es sind tatsächlich Saturnalien im altrömischen Sinne des Wortes. Auch dort wurde der Herr zum Knecht und der Knecht zum Herrn. Wird aber der Knecht nur für einen Tag zum Herrn, so wird an diesem Tage die Brutalität unumschränkt herrschen. Die Herren waren die großen Würdenträger der herrschenden Klassen oder eines Teiles dieser Klassen; die Knechte bildeten die große Masse derselben Klassen: die privilegierten Wähler, eingekreist von der Masse der Nichtwähler, jener Tausende, die keinen anderen Beruf haben, als bloße Mitläufer zu sein, und deren Unterstützung durch Stimme oder Hände stets erwünscht war, wenn auch bloß um des theatralischen Effekts willen. Verfolgt man die Geschichte der britischen Wahlen um ein Jahrhundert oder länger zurück, so fühlt man sich versucht zu fragen, nicht warum die englischen Parlamente so schlecht waren, sondern wie sie es im Gegenteil bei alledem fertigbrachten, noch so gut zu sein und, wenn

auch nur undeutlich, die wirklichen Triebkräfte der englischen Gesellschaft widerzuspiegeln. Geradeso wie auch oft Gegner des Repräsentativsystems erstaunt sein müssen, wenn sie entdecken, daß legislative Körperschaften, in denen die abstrakte Mehrheit, der Zufall der bloßen Zahl ausschlaggebend ist, doch entsprechend der Notwendigkeit der Situation entscheiden und beschließen — das heißt wenigstens während der Dauer ihrer vollen Lebenskraft. Es wird stets selbst bei der äußersten logischen Anstrengung unmöglich sein, aus dem bloßen Zahlenverhältnis die Notwendigkeit eines Votums herzuleiten, das der wirklichen Sachlage entspricht. Aber aus einer gegebenen Sachlage wird sich die Notwendigkeit gewisser Beziehungen der Mitglieder von selbst ergeben. Was war denn die hergebrachte Bestechung bei den englischen Wahlen anderes als die ebenso brutale wie populäre Form, in der sich die relative Stärke der kämpfenden Parteien zeigte? Die Mittel ihres Einflusses und ihrer Herrschaft, die sie jeweils bei anderen Anlässen in normaler Weise geltend machen, wurden hier einige Tage lang in abnormer und mehr oder weniger burlesker Weise angewendet. Die Voraussetzung aber blieb, daß die Kandidaten der rivalisierenden Parteien die Interessen der Masse der Wähler vertraten und die privilegierten Wähler wiederum die Interessen der Masse der Nichtwähler oder vielmehr, daß diese nicht stimmberechtigte Masse noch keine besonderen eigenen Interessen hatte. Das Heiligtum der delphischen Priesterinnen mußte mit Dämpfen umnebelt werden, damit sie imstande waren, ihre Orakel zu finden. Das britische Volk muß sich mit Branntwein und Porter benebeln, um imstande zu sein, seine Orakelkünder, die Gesetzgeber zu finden. Und wo es diese Orakelkünder zu suchen hatte, das ergab sich ganz von selbst.

Von dem Augenblick an, wo die industriellen und kommerziellen Mittelklassen, die Bourgeoisie als offizielle Partei neben den Whigs und Tories auftrat und besonders mit der Annahme der Reformbill von 1831, änderte sich die gegenseitige Stellung der Klassen und Parteien zueinander gründlich. Diese Bourgeois hatten für kostspielige Wahlmanöver, für faux frais bei den allgemeinen Wahlen durchaus nichts übrig. Sie fanden es billiger, dem grundbesitzenden Adel lieber mit allgemeinen moralischen als mit persönlichen Geldmitteln das Feld streitig zu machen. Andererseits waren sie sich bewußt, allgemein vorherrschende Interessen der modernen Gesellschaft zu vertreten. Sie waren daher in der Lage, zu fordern, daß die Wähler durch ihre gemeinsamen nationalen Interessen und nicht durch

persönliche lokale Motive geleitet würden; und je mehr sie auf diese Forderung zurückkamen, desto mehr wurde die letztere Art, die Wähler zu beeinflussen, gerade infolge der Zusammensetzung der Wählerschaft auf die ländlich-aristokratischen Kreise konzentriert, aber von den Mittelklassen ferngehalten. Also kämpfte die Bourgeoisie für das Prinzip moralischer Wahlen und erzwang die Annahme dahinzielender Gesetze, von denen jedes einzelne bezweckte, als Schutzwehr gegen die lokalen Einflüsse der aristokratischen Grundbesitzer zu wirken. Und in der Tat, vom Jahre 1831 an nahm die Bestechung zivilisiertere, verstecktere Formen an, und die allgemeinen Wahlen spielten sich nüchterner ab als zuvor. Endlich hörte die Masse des Volkes auf, ein bloßer Chor zu sein, der an den Kämpfen der offiziellen Helden, die unter sich die Lose zogen, mehr oder weniger leidenschaftlich teilnahm, in bacchantischem Jubel bei der Schaffung der parlamentarischen Gottheiten tobte wie die Kureten bei der Geburt Jupiters — ein Chor, der sich für diese Teilnahme am Ruhm der Helden mit Geld und Speise abfüttern ließ. Die Chartisten umgaben in drohenden Mengen den ganzen Kreis, in dem sich der offizielle Wahlkampf abzuspielen hatte, und beobachteten mit argwöhnischem Mißtrauen jede Bewegung innerhalb dieses Kreises. Da mußte eine Wahl wie die von 1852 die allgemeinste Entrüstung hervorrufen und selbst der konservativen Times zum erstenmal einige Worte zugunsten des allgemeinen Wahlrechts entlocken, während die große Masse des britischen Proletariats wie mit einer Stimme ausrief: Seht, die Reformfeinde sind es, die den Reformern die besten Argumente geliefert haben — so sieht eine Wahl unter der Klassenherrschaft aus, so ein Haus der Gemeinen unter diesem Wahlsystem!

Um die Art der Bestechung, Korruption und Einschüchterung, die während der letzten Wahl praktiziert wurden, voll erfassen zu können, ist es notwendig, die Aufmerksamkeit auf eine in der gleichen Richtung wirkende Tatsache zu lenken.

Geht man auf die allgemeinen Wahlen seit 1831 zurück, so wird man finden, daß in demselben Maße, als der Druck der nichtstimmberechtigten Majorität des Landes auf die privilegierte Wählerschaft zunahm, als die Mittelklasse immer lauter die Erweiterung des Kreises der Wählerschaft in den Reihen der Arbeiterklasse forderte, um jede Spur solch eines privilegierten Kreises auszulöschen, daß in demselben Maße die Zahl der Wähler, die wirklich stimmten, immer mehr und

mehr zurückging und die Wahlkörperschaften sich also mehr und mehr verengerten. Nie trat das so deutlich hervor wie bei der letzten Wahl.

Nehmen wir zum Beispiel London. In der City beträgt die Wählerzahl 26728; davon stimmten nur 10000 ab. Der Bezirk der Tower-Hamlets hat 23534 eingeschriebene Wähler, davon stimmten nur 12000. In Finsbury stimmten von 20025 Wählern noch nicht die Hälfte. In Liverpool, wo sich einer der lebhaftesten Wahlkämpfe abspielte, stimmten von 17433 eingetragenen Wählern nur 13000. Diese Beispiele werden genügen. Was beweisen sie? Die Apathie der privilegierten Wählerschaft. Und was beweist diese Apathie? Daß sie sich überlebt haben, daß sie jedes Interesse an ihrer eigenen politischen Existenz verloren haben. Doch ist dies keineswegs eine Apathie gegen die Politik im allgemeinen, sondern gegen eine Art der Politik, deren Resultat hauptsächlich nur darin bestehen kann, daß die Tories die Whigs vertreiben oder die Whigs die Tories besiegen. Die Wählerschaft fühlt instinktiv, daß die Führung weder in den Händen des Parlaments noch der Parlamentsmacher liegt. Wer hob die Korngesetze auf? Sicher nicht die Wähler, die für ein Schutzzollparlament gestimmt hatten, noch weniger dieses schutzzöllnerische Parlament selbst, sondern lediglich und ausschließlich der Druck von außen. An diesen Druck von außen, an eine Beeinflussung des Parlaments durch andere Mittel als die bloße Stimmabgabe glaubt jetzt sogar schon ein großer Teil der Wähler selbst. Sie betrachten den bisherigen gesetzlichen Modus der Abstimmung als eine überlebte Formalität, und in dem Moment, wo das Parlament sich dem Druck von außen entgegenstemmen und der Nation im Sinne dieser beschränkten Wählerschaft Gesetze diktieren wollte, würden sie sich dem allgemeinen Ansturm gegen das ganze System dieser veralteten Maschinerie anschließen.

Die Bestechung und Einschüchterung, die die Tories ausübten, waren daher nur gewaltsame Versuche, absterbende Wahlkörper ins Leben zurückzurufen, die unfähig geworden sind, Produktives zu leisten, und nicht länger mehr entscheidende Wahlresultate und wirklich nationale Parlamente schaffen. Und was ist das Resultat? Das alte Parlament wurde aufgelöst, weil es am Ende seiner Laufbahn sich in lauter Fraktiönchen zersplittert hatte, die sich gegenseitig zu vollständiger Ohnmacht verdammten. Das neue Parlament fängt dort wieder an, wo das alte endete. Es ist ein totgeborenes Kind.

Das Ergebnis der Wahlen.

London, 27. August 1852 (N. Y. T., 11. September 1852).

Ich will nun das Resultat der letzten allgemeinen Wahlen betrachten.

Wenn wir Whigs, Freihändler und Peeliten unter dem Gattungsnamen Opposition zusammenfassen und den Tories gemeinsam gegenüberstellen, so sehen wir, daß die Statistik des neuen Parlaments den großen Gegensatz zwischen Stadt und Land deutlich zum Ausdruck bringt, auf den wir schon früher hinwiesen. In England wurden in den städtischen Wahlbezirken 104 Ministerielle und 215 Oppositionelle, in den ländlichen jedoch 109 Ministerielle und nur 32 Oppositionsmänner gewählt. Von den ländlichen Bezirken, dem Bollwerk der Tories, müssen die reichsten und einflußreichsten abgezogen werden: West-Riding in Yorkshire, das südliche Lancashire, Middlesex, das östliche Surrey und andere, auf die von den zehn Millionen ländlicher Bevölkerung vier Millionen entfallen, abgesehen von den dortigen Städten, die Mitglieder ins Parlament senden.

In Wales ist das Resultat der Wahlen der Städte dem des Landes direkt entgegengesetzt: die Städte wählten 10 Oppositionelle und 3 Ministerielle, das Land 11 Ministerielle und 3 Oppositionsmänner.

In Schottland tritt der Unterschied am klarsten zutage. Den von den Städten gewählten 25 Oppositionellen steht nicht ein Ministerieller gegenüber. Das Land schickt 14 Ministerielle und 13 Oppositionsmänner.

In Irland ist das Verhältnis ein anderes als im übrigen Großbritannien. In Irland ist die nationale Partei am stärksten auf dem Lande, wo die Bevölkerung unter dem direkten Einfluß des katholischen Klerus steht, während in den Städten des Nordens englische und protestantische Elemente überwiegen. Der eigentliche Sitz der Opposition ist hier also auf dem Lande, wenn dies auch bei dem jetzigen Wahlmodus nicht so auffällig in die Erscheinung treten kann. In Irland schickten die Städte 14 Ministerielle und 25 Oppositionsleute, das Land 24 Ministerielle und 35 Oppositionelle ins Parlament.

Fragt man nun, welche Partei eigentlich bei den Wahlen siegte, so muß man sagen, daß eigentlich alle zusammen die Tories besiegten, denn diese sind trotz der von ihnen angewandten Bestechung und Einschüchterung und dem von ihnen ausgeübten Regierungseinfluß in der Minorität. Die genauesten Angaben zählen: 290 Ministerielle, 337 Liberale oder vereinigte Opposition, 27 Zweifelhafte. Selbst wenn man diese 27

Zweifelhaften noch zu den Ministeriellen hinzuzählt, bleibt der Opposition immer noch eine Mehrheit von 20. Dabei hatten die Tories auf eine Majorität von mindestens 336 gerechnet. Aber abgesehen von der numerischen Minorität kann man von einer Niederlage der Tories schon deshalb sprechen, weil ihre führenden Männer gezwungen waren, ihre schutzzöllnerischen Grundsätze zu verleugnen. Von 290 Anhängern Derbys sprachen sich 20 gegen jeden Schutzzoll aus und von den übrigen viele, sogar Disraeli selber, gegen die Getreidezölle. Lord Derby hatte in seinen parlamentarischen Erklärungen versichert, er werde nur dann eine andere Handelspolitik in England einschlagen, wenn er sich auf eine große Majorität stützen könne. So wenig war er darauf gefaßt, sich in der Minorität zu finden. Entspricht daher das Resultat der Wahlen durchaus nicht den sanguinischen Erwartungen der Tories, so ist es doch wieder weit günstiger für sie, als die Opposition je erwartete.

Keine Partei hat eine so schmähliche Niederlage erlitten wie die Whigs, und zwar gerade dort, wo ihre Stärke lag — in ihren alten Ministern. Die Masse der Whigs vermengt sich einerseits mit den Freihändlern, andererseits mit den Peeliten. Das wahre Lebensprinzip der englischen Whigpartei aber konzentriert sich in ihrem offiziellen Haupt. Nun ist ja allerdings das Haupt des letzten Whigministeriums, Lord John Russell, in der Stadt London wiedergewählt; aber bei der Wahl in der City im Jahre 1847 erhielt der Torykandidat Mr. Masterman 415 Stimmen weniger als Lord Russell. 1852 bekam er 819 Stimmen mehr als Lord Russell und hatte überhaupt die größte Stimmenzahl. Elf Mitglieder der letzten Whigregierung sind direkt aus dem Parlament herausgedrängt worden, und zwar: Sir W. J. Craing, Lord des Schatzamts, R. M. Bellew, Lord des Schatzamts, Sir D. Dundas, Oberrichter von Schottland, Sir J. Grey, Minister des Innern, J. Hatchill, Kronanwalt von Irland, J. Cornewall Lewis, Sekretär des Schatzamts, Lord C. E. Paget, Sekretär des Generalfeldzeugmeisters, J. Parker, Sekretär der Admiralität, Sir W. Sommerville, Minister für Irland, Admiral Stewart, Lord der Admiralität; und zu diesen kommt noch Mr. Rennel, bisheriger Vorsitzender in den Ausschüssen. Kurz, seit dem Erlaß der Reformbill haben die Whigs keine solche entschiedene Niederlage erlebt. Die Peeliten, deren Anzahl schon im vorigen Parlament eine sehr geringe war, sind noch mehr zusammengeschrumpft, und einige ihrer bedeutendsten Männer haben ihre Sitze verloren, so Cardwell, Ewart (beide für Liverpool), Greene

(Lanark), Lord Mahon (Hertford), Roundell Palmer (Plymouth) usw. Die größte Sensation erregte die Niederlage Cardwells. Nicht nur, weil die von ihm vertretene Stadt so wichtig ist, sondern auch wegen seiner Beziehungen zu dem verstorbenen Sir R. Peel, dessen literarische Testamentsvollstrecker er und Lord Mahon sind. Cardwell unterlag, weil er die Abschaffung der Navigationsakte unterstützte und nicht in das Geschrei gegen die Katholiken miteinstimmte; und in Liverpool beeinflußten Kirche und Staat außerordentlich die Wahlen. „Diese sehr geschäftige und sehr aufs Geldmachen erpichte Gemeinde", bemerkte ein freihändlerisches Blatt bei diesem Anlaß, „hat wenig Zeit, religiöse Gefühle zu pflegen; sie muß sich daher auf die Geistlichkeit stützen und wird so zum Werkzeug in deren Hand." Auch sind die Wähler von Liverpool nicht wie die von Manchester einfache Männer, sondern Gentlemen, und für die alte Orthodoxie ist bezeichnend, daß Religion ein Haupterfordernis für einen Gentleman sei.

Die Freihändler endlich haben auch einige ihrer besten Namen in diesem Wahlkampf eingebüßt. So in Bradford Col. Thompson (mit dem Spitznamen „alte Mutter Gans"), einen der ältesten Agitatoren und literarischen Vorkämpfer des Freihandels; in Oldham W. J. Fox, einen ihrer besten Propagandisten und witzigsten Redner. In Manchester, der Hochburg der Partei, schlugen Bright und Gibson selbst ihre Whigopponenten nur mit einer ganz geringen Majorität. Natürlich konnte unter dem herrschenden Wahlsystem die Manchesterschule nicht auf eine parlamentarische Majorität rechnen. Sie hatte sich aber jahrelang damit gebrüstet, daß, wenn nur die Whigs entfernt und die Tories wieder im Amte wären, sie eine kolossale Agitation entfalten und Wunder was für heroische Taten vollbringen würde. Statt dessen sahen wir sie in diesem Wahlkampf bescheiden Hand in Hand mit den Whigs gehen, und das allein bedeutet schon eine moralische Niederlage.

Hat nun auch keine der offiziellen Parteien einen Sieg errungen, sondern sind sie eigentlich alle geschlagen worden, so kann sich die britische Nation doch damit trösten, daß statt einer bestimmten Partei eine bestimmte Profession dieses Mal imponierender denn je im Parlament vertreten ist — das sind die Juristen. Im Unterhaus sitzen allein etwa 100 Juristen, was vielleicht keine gute Vorbedeutung ist, weder für eine Partei, die ihren Prozeß vor dem Parlament gewinnen, noch für ein Parlament, das vor dem Lande seinen Urteilsspruch durchsetzen will.

Nach den hier dargelegten Zahlenverhältnissen bleibt kein Zweifel, daß die gesamte Opposition den Tories gegenüber über eine negative Majorität verfügt. Durch gemeinsames Vorgehen kann sie schon in den ersten Tagen nach dem Zusammentritt des Parlaments die Minorität über den Haufen werfen. An sich ist sie aber unfähig, aus sich selbst heraus eine dauernde Regierung zu bilden. Neuerliche Auflösung und neuerliche allgemeine Wahlen wären notwendig; eine Neuwahl aber würde ihrerseits nur wieder eine neuerliche Auflösung erforderlich machen. Um aus diesem circulus vitiosus herauszukommen, wäre eine Reform des Parlaments nötig. Veraltete Parteien und ein neues Parlament werden sich aber lieber die Toryregierung gefallen lassen, als daß sie sich zu einer so heroischen Tat aufraffen.

Jede Partei für sich allein betrachtet, sind die Tories dennoch die stärkste von allen, wenn sie auch im Vergleich zur vereinigten Opposition eine Minorität sind. Außerdem sind sie in den Bollwerken der Ämter verschanzt, haben hinter sich eine gutdisziplinierte, kompakte, ziemlich homogene Armee und fühlen nur zu deutlich, daß ihr Spiel für immer ausgespielt ist, wenn sie es dieses Mal verlieren. Ihnen gegenüber steht eine Koalition von vier Armeen, jede unter einem anderen Führer, bestehend aus zusammengewürfelten Fraktionen, gespalten durch verschiedene Interessen, Grundsätze, Erinnerungen und Leidenschaften, im Aufruhr gegen die unbeschränkte parlamentarische Disziplin und eifersüchtig ihre gegenseitigen Ansprüche belauernd.

Die Zahl der parlamentarischen Vertreter der verschiedenen oppositionellen Parteien steht selbstverständlich keineswegs im Verhältnis zu der Zahl ihrer Anhänger im Lande. So bilden die Whigs im Parlament die Hauptmasse der Opposition, den Kern, um den sich die anderen Sektionen gruppieren. Das ist um so gefährlicher, als diese Partei, die sich einbildet, immer an der Spitze der Staatsverwaltung sein zu müssen, weit mehr darauf erpicht ist, hinter den Forderungen ihrer Bundesgenossen zurückzubleiben, als den gemeinsamen Feind zu schlagen. Die zweite oppositionelle Fraktion, die Peeliten, zählt 38 Mitglieder und wird von Sir J. Graham, S. Herbert und Gladstone geführt. Graham spekuliert auf ein Bündnis mit den Manchesterleuten. Er selbst strebt zu sehr nach der Premierschaft, um irgendwelche Neigung zu verspüren, den Whigs zu ihrem alten Regierungsmonopol zu verhelfen. Andererseits teilen viele Peeliten die konservativen Ansichten der Tories, und die Liberalen können

nur in handelspolitischen Fragen auf ihre bestimmte Unterstützung zählen. „In vielen anderen Fragen", schreibt ein liberales Blatt, „wird es den Ministern ein leichtes sein, ihre Maßnahmen so einzurichten, daß sie sich bei ihnen eine große Majorität zu sichern vermögen."

Die Freihändler par excellence sind stärker als das letzte Mal im Parlament vertreten und zählen 113 Mann. Der Kampf mit den Tories wird sie mehr vorwärts treiben, als den Whigs bei ihrer vorsichtigen Politik ratsam erscheinen dürfte.

Die etwa 63 Mann starke „irische Brigade" endlich, seit „König Dans" Tod nicht eben mit Lorbeeren bedeckt, aber numerisch wohl in der Lage, das Zünglein an der Wage zu sein, teilt mit der britischen Oppositionspartei nichts als den Haß gegen Derby. Im britischen Parlament vertritt sie Irland gegen England. In einer Kampagne von etwas längerer Dauer könnte keine parlamentarische Partei mit Sicherheit auf ihre Unterstützung zählen.

Fassen wir in wenigen Worten das Ergebnis dieser Untersuchung dahin zusammen, daß den Tories zwar eine negative Majorität, jedoch keine Partei gegenübersteht, die an ihrer Stelle das Staatsruder ergreifen könnte, daß ihre Niederlage notwendigerweise eine Reform des Parlaments nach sich zöge, daß sie über eine kompakte, homogene, disziplinierte Armee verfügen und im festen Besitz der Regierungsämter sind, daß die Opposition ein Konglomerat von vier verschiedenen Sektionen ist, und daß Koalitionsheere immer schlecht fechten und schwerfällig operieren, daß die negative Majorität nur 20 bis 30 Stimmen beträgt, daß ein Viertel des Parlaments, 173 Mitglieder, neue Männer sind, die ängstlich allem aus dem Wege gehen werden, was ihre teuer erkauften Sitze gefährden könnte, so kommen wir notgedrungen zu dem Resultat, daß die Tories stark genug sein werden, wenn auch nicht zu siegen, so doch die Dinge zu einer Krisis zu treiben. Und dazu scheinen sie entschlossen zu sein. Die Furcht vor dieser Krisis, die die ganze offizielle Oberfläche Englands revolutionieren würde, spricht aus jeder Zeile der Londoner täglichen und wöchentlichen Presse. Die Times, der Morning Chronicle, die Daily News, der Spectator, der Examiner — sie alle erheben ein lautes Geschrei, denn sie alle sind voll Furcht. Am liebsten würden sie die Tories durch grobe Worte dazu bereden, auf Amt und Würden zu verzichten und so die Krisis verhindern. Der Konflikt wird aber über sie hereinbrechen trotz grober Worte und trotz aller sittlichen Entrüstung.

Pauperismus und Freihandel. – Die drohende Handelskrisis.

London, 15. Oktober 1852 (N. Y. T., 1. November 1852).

Mr. Henley, der Handelsminister, erklärte jüngst in einem Malzkeller in Banbury seinen versammelten Freunden aus der Landwirtschaft, daß der Pauperismus nur aus Gründen abgenommen habe, die mit dem Freihandel nichts zu schaffen hätten, so vor allem wegen der Hungersnot in Irland, der überseeischen Goldfunde, der Auswanderung aus Irland, der dadurch verursachten großen Nachfrage nach britischen Schiffen usw. Wir müssen allerdings gestehen, daß „die Hungersnot" ein ebenso radikales Mittel gegen den Pauperismus ist wie das Arsenik gegen die Ratten.

„Wenigstens", bemerkt der London Economist, „müssen die Tories die jetzige Prosperität und ihr natürliches Ergebnis, die leer gewordenen Arbeitshäuser zugeben." Der Economist versucht dann, diesem ungläubigen Handelsminister zu beweisen, daß die Arbeitshäuser sich nur infolge des Freihandels geleert hätten, und daß, wenn der Freihandel sich nur ungehindert entwickeln dürfte, sie wahrscheinlich ganz vom britischen Boden verschwinden würden. Leider beweist die Statistik des Economist nicht, was sie beweisen soll. Industrie und Handel unserer Zeit durchlaufen bekanntlich periodische Phasen von fünf bis sieben Jahren, in denen sie in regelmäßiger Aufeinanderfolge verschiedenen Stadien von Ruhe, Belebung, wachsendem Vertrauen, lebhaftem Geschäftsgang, Prosperität, Paroxismus, Überproduktion, Krach, Einschränkung der Produktion, Stagnation und Notlage unterworfen sind, um endlich wieder zur Ruhe zu kommen.

Wir wollen dies festhalten, ehe wir uns wieder der Statistik des Economist zuwenden. Seit 1834, wo die Summe der Armenunterstützung 6317255 Pfund Sterling betrug, fiel sie bis 1837 auf ein Minimum von 4044741 Pfund Sterling. Von da an stieg sie wieder jährlich bis 1843, wo sie die Höhe von 5208027 Pfund Sterling erreichte. 1844, 1845, 1846 fiel sie wieder auf 4954204 Pfund Sterling, stieg jedoch 1847 und 1848 wieder auf 6180764 Pfund Sterling, also fast so hoch wie 1834, vor der Einführung des neuen Armengesetzes. 1849, 1850 und 1851 fiel sie wieder auf 4724619 Pfund Sterling. Aber die Periode von 1834 bis 1837 war eine solche der Prosperität, die von 1838 bis 1842 eine solche der Krisis und Stagnation, 1843 bis 1846 eine Periode der Prosperität, 1847 und 1848

eine Periode der Krisis und Stagnation und 1849 bis 1852 wieder eine der Prosperität.

Was beweist also diese Statistik? Im besten Falle doch nur die gemeinplätzliche Tautologie, daß der britische Pauperismus mit den wechselnden Perioden der Stagnation und Prosperität steigt und fällt, unabhängig von Freihandel oder Schutzzoll. Ja, wir finden sogar im Freihandelsjahr 1852 die für Armenunterstützungen ausgezahlten Summen um 320122 Pfund Sterling höher als im Schutzzolljahr 1837, trotz irischer Hungersnot, australischer Goldklumpen und immer sich gleich bleibender Auswanderung.

Ein anderes britisches Freihändlerblatt versucht zu beweisen, daß der Export durch den Freihandel steigt und mit dem Export die Prosperität, und daß infolge der Prosperität der Pauperismus abnehmen und endlich ganz verschwinden müsse. Die folgenden Ziffern sollen das beweisen. Die Zahl der Arbeitsfähigen, die dazu verdammt sind, von Armenunterstützung zu leben, betrug am

1. Januar 1849 in 609 Armenbezirken 201644
1. Januar 1850 in 609 Armenbezirken 181159
1. Januar 1851 in 609 Armenbezirken 154525

Vergleichen wir damit die Ausfuhrstatistik, so finden wir für britische und irische Waren folgende Ziffern:

1848	48946395 Pfund Sterling
1849	58910883 „ „
1850	65756032 „ „

Was beweist nun diese Tabelle? Die Steigerung der Ausfuhr um 8954585 Pfund Sterling erlöste im Jahre 1849 etwa 20000 Personen aus dem Armenhause; 1850 brachte die Steigerung des Exports um 6845149 Pfund Sterling 26634 Personen die Erlösung. Wenn wir also selbst annehmen, der Freihandel könne die industriellen Zyklen mit ihren Wechselfällen gänzlich beseitigen, so würde doch die Erlösung sämtlicher arbeitsfähiger Armen unter dem jetzigen System eine weitere Steigerung unserer Ausfuhr um 50000000 Pfund Sterling jährlich, das ist um fast 100 Prozent, erfordern. Und diese nüchtern denkenden Bourgeoisstatistiker wagen es, von „Utopisten“ zu reden. Wahrlich, es gibt keine größeren Utopisten als diese Bourgeoisoptimisten.

Vor mir liegen die Akten, die die oberste Armenbehörde eben veröffentlichte. Sie beweisen allerdings, daß wir gegen 1848 und 1851

eine Abnahme in der Zahl der Armen zu verzeichnen haben. Aber gleichzeitig geht aus diesen Dokumenten hervor, daß von 1841 bis 1844 der Durchschnitt der Armen 1431 571, von 1845 bis 1848 1 600257 betrug. 1850 erhielten 1809308 Paupers Unterstützung in und außer dem Armenhause, 1851 waren es 1600329, also mehr als der Durchschnitt der Jahre 1845 bis 1848. Vergleichen wir nun diese Zahlen mit der durch den Zensus festgestellten Bevölkerungszahl, so finden wir, daß in den Jahren 1841 bis 1848 auf das Tausend der Bevölkerung 89 Paupers, 1851 90 Paupers kamen. So ist der Pauperismus in Wirklichkeit über den Durchschnitt von 1841 bis 1848 gestiegen trotz Freihandel, Hungersnot, Prosperität, trotz australischer Goldklumpen und nie endender Auswanderung.

Bei dieser Gelegenheit kann ich auch gleich erwähnen, daß die Zahl der Verbrecher ebenfalls stieg. Und ein Blick in den Lancet, eine medizinische Zeitschrift, zeigt, daß die Verfälschung und Vergiftung der Nahrungsmittel mit dem Freihandel bisher gleichen Schritt hielt. Der Lancet verursacht jede Woche eine neue Panik in London, weil er stets neue Mysterien aufdeckt. Das Blatt hat eine förmliche Untersuchungskommission von Ärzten, Chemikern usw. eingesetzt, die die in London verkauften Nahrungsmittel zu prüfen hat. Und die Berichte lauten regelmäßig dahin, daß alles verfälscht und vergiftet ist: der Kaffee, der Tee, der Essig, der Pfeffer, die Mixed pickles usw. Beide Seiten der bourgeoisen Handelspolitik, Freihandel und Schutzzoll, sind gleicherweise außerstande, diese Tatsachen aus der Welt zu schaffen, die die natürlichen und notwendigen Resultate der ökonomischen Bedingungen der Bourgeoisgesellschaft sind. Und das Vorhandensein einer Million Paupers in den britischen Arbeitshäusern ist ebenso unzertrennlich mit der britischen Prosperität verknüpft wie das Vorhandensein von achtzehn bis zwanzig Millionen in Gold in der Bank von England.

Dies muß ein für allemal den bürgerlichen Phantasten gegenüber festgestellt werden, die einerseits als ein Resultat des Freihandels hinstellen, was nur eine unerläßliche Begleiterscheinung jeder Prosperitätsperiode in den kommerziellen Zyklen ist, oder die andererseits von der Bourgeoisprosperität Dinge erwarten, die sie unmöglich zuwege bringen kann. Nachdem dies ein für allemal festgestellt ist, muß zugegeben werden, daß das Jahr 1852 eines der hervorragendsten Prosperitätsjahre ist, deren sich England je erfreute. Die Höhe der öffentlichen Einkünfte,

trotz der Abschaffung der Fenstersteuer, die Schiffahrtsberichte, die Exportlisten, die Notierungen des Geldmarkts und vor allem die nie vorher dagewesene Tätigkeit in den Fabrikdistrikten, das alles ist der unwiderleglichste Beweis für diese Tatsache.

Wer jedoch nur ganz oberflächlich mit der Handelsgeschichte vom Beginn des neunzehnten Jahrhunderts an vertraut ist, der ist überzeugt, daß der Augenblick nicht mehr fern ist, wo der industrielle Zyklus in die Periode des Paroxysmus eintritt, um aus dieser zu Überspekulation und Krach überzugehen. „Aber durchaus nicht," schreien die Bourgeoisoptimisten. „In keiner früheren Prosperitätsperiode hat es weniger Spekulation gegeben als in der jetzigen. Unsere jetzige Prosperität basiert auf der Produktion von Artikeln, die von unmittelbarem Nutzen sind, die fast ebenso schnell konsumiert werden, als sie auf dem Markte erscheinen, aus denen der Produzent einen angemessenen Profit zieht und die zu erneuter und erweiterter Produktion anregen."

Das heißt mit anderen Worten, was die jetzige Prosperitätsperiode auszeichnet, ist die Tatsache, daß der vorhandene Kapitalsüberschuß sich direkt in die industrielle Produktion stürzt und gestürzt hat. Nach dem letzten Bericht des obersten Fabrikinspektors Leonard Horner hat im Jahre 1851 nur in den Baumwollfabriken allein eine Vermehrung um 3717 Pferdekräfte stattgefunden. Er zählt eine schier endlose Reihe von Fabriken auf, die eben im Bau begriffen sind. Hier eine Spinnerei mit 150 Pferdekräften, dort eine Weberei mit 600 Stühlen für farbige Ware, hier wieder eine Spinnfabrik mit 60000 Spindeln und 620 Pferdekräften, dort eine Spinn- und Webfabrik mit 200, eine andere mit 300 Pferdekräften usw. Die größte Fabrikanlage jedoch wird eben in Bradford (Yorkshire) zur Erzeugung von Alpaka und verschiedenen Waren errichtet. „Die Größe dieser Anlage, die M. Titus Salt erbauen läßt, mag man daraus ermessen, daß sie auf einen Flächenraum von sechs Acres berechnet ist. Das Hauptgebäude wird ein massiver Steinbau von recht anspruchsvoller Architektur sein, dessen einziger Saal eine Länge von 500 Fuß hat. Nur Maschinen neuester Erfindung und von anerkanntem Wert sollen Verwendung finden. Die Dampfmaschinen, die diesen ungeheuren Apparat in Bewegung setzen sollen, sind ein Erzeugnis der Herren Fairbairn in Manchester und werden auf eine Leistung von 1200 Pferdekräften geschätzt. Schon die Gaswerke allein werden denen einer kleinen Stadt gleichkommen und mit einem Kostenaufwand

von 4000 Pfund Sterling nach dem Whiteschen Kohlenwasserstoffsystem erbaut werden. Es wird veranschlagt, daß 5000 Flammen notwendig sind, die täglich 100000 Kubikfuß Gas verbrauchen werden. Außer dieser Riesenfabrik baut Herr Salt in deren unmittelbarer Nachbarschaft 700 Arbeiterwohnungen."

Was also folgt nun aus dieser kolossalen Kapitalsanlage zum Zwecke der unmittelbaren industriellen Produktion? Daß die Krisis ausbleiben wird? Mitnichten. Sie wird im Gegenteil einen viel gefährlicheren Charakter annehmen als im Jahre 1847, wo sie mehr den Charakter einer kommerziellen und Geldkrisis trug als den einer industriellen. Dieses Mal wird sie mit vollster Wucht die Fabrikbezirke heimsuchen. Rufen wir uns die Stagnation von 1838 bis 1842 ins Gedächtnis zurück, die ebenfalls ein direktes Ergebnis der industriellen Überproduktion war. Je mehr überschüssiges Kapital sich in der industriellen Produktion konzentriert, statt daß es sich in die mannigfaltigen Kanäle der Spekulation ergießt, desto ausgedehnter, desto andauernder und desto unmittelbarer werden die Arbeitermassen und gerade die Elite der Bourgeoisie von der Krisis heimgesucht werden. Und wenn im Augenblick des Umschwungs die ganze ungeheure, bereits auf dem Markt befindliche Warenmenge mit einem Schlag zum schwerfälligen Ballast wird, um wieviel mehr wird dies erst bei diesen zahlreichen erweiterten oder neuerrichteten Fabriken der Fall sein, die gerade weit genug fortgeschritten sind, um mit der Arbeit zu beginnen, und für die es eine Lebensfrage ist, daß sie alsogleich mit der Arbeit beginnen können. Jedesmal, wenn das Kapital seine gewohnten Zirkulationskanäle in der Handelswelt verläßt, entsteht eine gewaltige Panik, die selbst in den Räumen der Bank von England empfunden wird. Um wieviel mehr muß ein solches sauve-qui-peut in einem Augenblick wirken, wo ungeheure Beträge zu fixem Kapital in Gestalt von Fabriken, Maschinen usw. geworden sind, die gerade beim Beginn der Krisis zu arbeiten anfangen oder die zum Teil weiterer Summen zirkulierenden Kapitals bedürfen, bevor sie in die Lage kommen, arbeiten zu können.

Dem Friend of India entnehme ich eine weitere Tatsache, die für den Charakter der nahenden Krisis bezeichnend ist. Das Blatt enthält eine Handelsstatistik von Kalkutta aus dem Jahre 1852, aus der hervorgeht, daß der Wert der Baumwollwaren, Twiste und Garne, die 1851 in Kalkutta eingeführt wurden, 4074000 Pfund Sterling, also

fast zwei Drittel des ganzen Handels betrug. Dieses Jahr werden die Importziffern noch höhere sein. Dabei sind Bombay, Madras und Singapore noch nicht mit inbegriffen. Doch hat die Krisis von 1847 solche Aufschlüsse über den Handel mit Indien gebracht, daß sich niemand auch nur dem leisesten Zweifel über den schließlichen Ausgang einer industriellen Prosperitätsperiode hingeben kann, in der der Import „unseres indischen Reiches“ zwei Drittel vom Ganzen ausmacht.

So viel über den Charakter der Katastrophe, die dem Erwachen aus dem jetzigen Zustand der Prosperität folgen muß. Auf das Hereinbrechen dieser Katastrophe im Jahre 1853 deuten mancherlei Symptome, so die Überfülle von Gold in der Bank von England und die eigenartigen Umstände, unter denen dieser gewaltige Zustrom von Goldbarren stattfindet. In diesem Augenblick sind 21353000 Pfund Sterling in der Bank von England aufgespeichert. Man versuchte, diesen Zustrom durch die Mehrproduktion an Gold in Australien und Kalifornien zu erklären. Ein Blick auf die Tatsachen zeigt uns, wie falsch diese Ansicht ist.

Der gesteigerte Vorrat an Barrengold in der Bank von England bedeutet bloß, daß sich der Import an anderen Waren verringert hat; mit anderen Worten, der Export übersteigt bei weitem den Import.

Der letzte Handelsbericht zeigt uns in der Tat eine bedeutende Abnahme des Imports an Hanf, Zucker, Tee, Tabak, Weinen, Wolle, Getreide, Ölen, Kakao, Mehl, Indigo, Häuten, Kartoffeln, Speck, Schweinefleisch, Butter, Käse, Schinken, Fett, Reis und fast aller Erzeugnisse des europäischen Kontinents und Britisch-Indiens. 1850 und 1851 fand offenbar übermäßige Einfuhr statt, dazu kommen noch die infolge einer schlechten Ernte erhöhten Preise auf dem Kontinent für Mehl und Getreide, und nun stockt die Einfuhr. Bloß der Import von Flachs und Baumwolle weist eine Steigerung auf.

Dieses Übermiegen des Exports über den Import erklärt, warum der Wechselkurs ein für England günstiger ist. Andererseits wird dadurch, daß dieses Übermaß des Exports mit Gold ausgeglichen wird, eine große Summe englischen Kapitals brachgelegt, und es werden dadurch die Reserven der Banken vergrößert. Banken und Einzelkapitalisten suchen nun mit aller Gewalt eine Möglichkeit, dieses müßige Kapital zu verwerten. Daher der momentane Überfluß an leihbarem Kapital und der niedrige Zinsfuß. Der Diskontosatz für erstklassige Wechsel steht auf 1¾ und 2 Prozent. Wir sehen aber in jeder Handelsgeschichte, wie zum Beispiel

in Tookes „Geschichte der Preise“, daß das Zusammentreffen solcher Symptome, wie die ungewöhnliche Anhäufung von Goldbarren in den Kellern der Bank von England, das Überwiegen des Exports über den Import, der günstige Wechselkurs, der Überfluß an Leihkapital und ein niedriger Zinsfuß in dem kommerziellen Zyklus regelmäßig jene Phase einleitet, wo die Prosperität in Paroxysmus übergeht, wo einerseits übermäßig viel Kapital im Import angelegt wird und andererseits unfehlbar die gewagtesten Spekulationen mit schillernden Seifenblasen aller Art erfolgen. Dieses Stadium des Paroxysmus ist nur der Vorläufer des katastrophalen Stadiums. Dieser Paroxysmus ist der höchste Gipfelpunkt der Prosperität, er erzeugt zwar nicht die Krisis, aber er provoziert doch deren Ausbruch.

Ich weiß sehr gut, daß die englischen offiziellen ökonomischen Wahrsager diese Anschauung natürlich als eine sehr heterodoxe erklären werden. Wann aber seit „Prosperity Robinson“, jenem famosen Schatzkanzler, der 1825 unmittelbar vor Ausbruch der Krisis das Parlament mit der Prophezeiung einer unerhörten und unerschütterlichen Prosperität eröffnete, wann hätten diese bürgerlichen Optimisten je eine Krisis vorhergesehen oder vorhergesagt? Nie gab es noch eine Prosperitätsperiode, wo sie nicht die Gelegenheit ergriffen hätten, zu beweisen, daß dieses Mal die Medaille keine Kehrseite habe, daß dieses Mal das unerbittliche Schicksal besiegt sei. Am Tage aber, wo die Krisis ausbrach, stellten sie sich unschuldig und zogen gegen Handel und Industrie mit moralischer Entrüstung und banalen Vorwürfen los, weil sie nicht Vorsicht und Voraussicht genug besessen hätten.

Mein nächster Brief soll von den eigenartigen politischen Zuständen handeln, wie sie durch diese augenblickliche Handels- und Industrieprosperität geschaffen wurden.

Die politischen Konsequenzen des kommerziellen Paroxysmus.

London, 19. Oktober 1852 (N. Y. T., 2. November 1852).

Mein letzter Brief schilderte die Lage, in der Industrie und Handel in diesem Lande sich jetzt befinden; ziehen wir nun die politischen Konsequenzen daraus. Der Ausbruch der drohenden industriellen und kommerziellen Krisis wird den erwarteten Kämpfen mit den Tories einen gefährlicheren und revolutionäreren Charakter verleihen. Die jetzige Pro-

sperität jedoch ist zweifellos der wertvollste Bundesgenosse dieser Partei, ein Bundesgenosse, der ihnen zwar nicht gestatten wird, die Korngesetze wieder einzubringen, die sie selbst schon aufgegeben haben, der aber ihre politische Macht aufs wirksamste befestigt und ihnen hilft, eine soziale Reaktion am Leben zu erhalten, die, wenn sie bestehen bliebe, unbedingt mit der Eroberung recht materieller Klassenvorteile enden würde, so wie sie ja auch schon von allem Anbeginn an im Namen eines materiellen Klasseninteresses inauguriert wurde. Disraeli verlangt „keine Korngesetze, aber eine neue Verteilung der Steuern zugunsten der schwerbelasteten Pächter". Aber warum sind die Pächter schwerbelastet? Weil sie in den meisten Fällen die alten schutzzöllnerischen Pachtrenten zahlen müssen, während die alten schutzzöllnerischen Getreidepreise den Weg alles Fleisches gegangen sind. Die Aristokratie will zwar die Grundrenten nicht herabsetzen, aber sie will einen neuen Steuermodus einführen, der die Pächter für die Mehrausgabe entschädigen soll, die sie in die Taschen der Aristokratie zu zahlen haben.

Ich wiederhole: die jetzige geschäftliche Prosperität begünstigt die Reaktion der Tories. Warum? „Der Schutzzoll", so klagt Lloyds Weekly Newspaper, „ist imstande, selbst in einem Speiseschrank zu schlafen, wenn er dort Essen und Trinken findet. Darum ist der Freihandel jetzt Schutz und Schirm für Lord Derby; er liegt auf einem Bett voller Rosen, die Cobden und Peel gepflückt haben."

Die Masse des Volkes hat reichlich Arbeit und ist mehr oder weniger gut dran, immer abgesehen von den Paupers, die von der britischen Prosperität unzertrennlich sind; das Volk ist daher augenblicklich kein sehr brauchbares Material für die politische Agitation. Was aber vor allem Lord Derby bei seinen Machinationen zustatten kommt, das ist der Fanatismus, mit dem die B o u r g e o i s i e sich in den gewaltigen Prozeß der industriellen Produktion gestürzt hat, Fabriken errichtet, Maschinen konstruiert, Schiffe baut, Baumwolle und Wolle spinnt und webt, Speicher füllt, Wechselgeschäfte macht, fabriziert, exportiert, importiert, kurz, sich allen möglichen mehr oder weniger nutzbringenden Geschäften hingibt, deren Zweck jedoch stets ist, Geld zu machen. Die Bourgeoisie, die wohl weiß, daß solche Augenblicke eines flotten Geschäftsgangs immer kürzer und seltener werden, benützt sie und muß sie benützen, um Geld, viel Geld, nichts als Geld zu machen. Sie überläßt die Überwachung der Tories ihren Politikern von Profession. Diese aber (siehe Joseph Humes

Schreiben an den Hull Advertiser) jammern mit Recht darüber, daß sie ohne Druck von außen ebensowenig agitieren können, als der menschliche Organismus ohne den Druck der Atmosphäre arbeiten kann.

Dabei aber kann sich die Bourgeoisie einer Art unangenehmer Vorahnung nicht erwehren, daß in den hohen Regierungskreisen etwas Verdächtiges vorgeht und daß das Ministerium die politische Apathie, die durch die jetzige Prosperität geschaffen ist, in nicht gerade sehr gewissenhafter Weise ausbeutet. Von Zeit zu Zeit warnt sie daher das Ministerium durch ihre Preßorgane. So steht zum Beispiel im London Economist: „Es läßt sich nicht voraussehen, wie lang die Demokratie (lies Bourgeoisie) ihre jetzige weise Langmut, ihre Achtung vor der eigenen Macht und den Rechten der anderen noch beibehalten wird, ohne einen Versuch zu machen, ihre Position zu stärken, indem sie ebenso verfährt, wie die Aristokratie früher verfuhr. Die Aristokratie darf aus dem allgemeinen Benehmen der Demokratie nicht schließen, daß diese ihre Mäßigung nie aufgeben wird." Derby aber antwortet: Haltet ihr mich für einen solchen Narren, daß ich mich jetzt, wo die Sonne scheint, von euch werde ins Bockshorn jagen lassen und die Hände in den Schoß lege, bis es wieder Stürme und Stockungen in der Geschäftswelt gibt und ihr wieder Zeit habt, euch mehr um Politik zu kümmern?

Der Plan, den die Tories verfolgen, tritt täglich klarer zutage.

Sie fingen damit an, die Versammlungen im Freien zu schikanieren, verfolgten die irischen Blätter, die ihnen unangenehme Artikel enthielten, und in diesem Augenblick klagen sie die Agenten der Friedensgesellschaft der Aufreizung zum Aufruhr an, weil sie Flugschriften gegen die Prügelstrafe in der Miliz verbreiteten. So arbeiten sie, wo sie können, ruhig und bestimmt der vereinzelten Opposition entgegen, die sich auf der Straße oder in der Presse rührt.

Gleichzeitig vermeiden sie jeden öffentlichen und entscheidenden Bruch mit ihren Gegnern, indem sie das Zusammentreten des Parlaments verzögern, und bereiten alles vor, um es nach seinem Zusammentritt „mit dem Leichenbegängnis eines toten Herzogs, statt mit den Interessen eines lebenden Volkes" zu befassen (aus einem radikalen Blatt). In der ersten Novemberwoche tritt nun das Parlament zusammen, vor Ende Januar kann aber keine Rede davon sein, daß ernstlich die Session beginnt.

Wie aber füllen die Tories die Zwischenzeit aus? Mit der Registrierungskampagne und mit der Errichtung der Miliz.

Mit der Registrierungskampagne bezwecken sie, entweder gegnerischen Wählern das Wahlrecht zu nehmen oder ihre Einreihung in die neuen Wählerlisten zu vereiteln, indem alle möglichen Einwände geltend gemacht werden, durch die man jemanden gesetzlich daran hindern kann, als Wähler registriert zu werden. Jede politische Partei wird durch ihre Rechtsanwälte vertreten und führt ihre Sache auf eigene Kosten; die mit der Revision betrauten Anwälte, die der Oberrichter der Queen's Bench ernennt, entscheiden über die Zulassung der Ansprüche oder Abweisungen. Diese Kampagne hat sich bisher hauptsächlich in Lancashire und Middlesex abgespielt. Um die Kosten dafür in Nord-Lancashire zu decken, ließen die Tories Subskriptionslisten zirkulieren, auf denen Lord Derby selbst mit der ansehnlichen Summe von 500 Pfund Sterling figuriert. In Lancashire erreichte die Zahl der Einwendungen gegen Wähler die außerordentliche Höhe von 6769, und zwar 4670 in Süd- und 2099 in Nord-Lancashire. Im Süden waren es 3575, die von den Tories, und 1095, die von den Liberalen beanstandet wurden, im Norden 1334, die die Tories, und 765, die die Liberalen verwarfen. (Das bezieht sich natürlich nur auf die Wähler vom flachen Lande, nicht auf solche aus den Städten dieses Wahlbezirks.) In Lancashire siegten die Tories. Im Wahlbezirk Middlesex wurden 353 Radikale und 140 Konservative von den Listen gestrichen; die Konservativen gewannen also über 200 Stimmen.

Auf der einen Seite stehen in diesem Kampfe die Tories, auf der anderen die Whigs mit den Leuten der Manchesterschule. Diese letzteren haben bekanntlich Gesellschaften zur Erwerbung von freiem Grundbesitz gebildet, also Maschinen zur Erzeugung neuer Wähler. Die Tories lassen die Maschinen wohl unangetastet, zerstören aber deren Produkte. Durch die Entscheidungen des Revisionsanwalts für Middlesex Mr. Shadwell wurden viele Wähler ihres Wahlrechts beraubt, die der Gesellschaft zur Erwerbung von freiem Grundbesitz angehörten; er erklärte nämlich, daß nur ein Stück Land, das wenigstens 50 Pfund Sterling gekostet habe, das Wahlrecht verleihe. Da dies eine Frage des Tatbestandes und nicht des Rechts ist, so gibt es gegen diese Entscheidungen keinen Rekurs beim Zivilgericht. Es liegt auf der Hand, daß diese Unterscheidung zwischen Tatbestand und Recht den Revisionsanwälten, die allen Einflüssen des bestehenden Ministeriums zugänglich sind, die größte Willkür bei der Zusammensetzung der neuen Wählerlisten verleiht.

Was lassen nun diese großen Anstrengungen der Tories und das direkte Eingreifen ihres Führers in der Registrierungskampagne erwarten?

Daß Lord Derby keine sanguinischen Hoffnungen auf die Dauer seines neuen Parlaments setzt, daß er geneigt ist, es aufzulösen, falls es sich widerspenstig zeigt, und daß er mittlerweile durch die Revisionsanwälte eine konservative Mehrheit für eine allgemeine Neuwahl vorzubereiten sucht.

So haben also die Tories auf der einen Seite durch diese Registrierungskampagne sich der Maschinerie der Gesetzgebung zu bemächtigen gewußt, während sie sich auf der anderen Seite durch das Milizgesetz die nötigen Bajonette verschaffen, um sogar die reaktionärsten Parlamentsakte ausführen und mit Gemütsruhe den Drohungen der Friedensgesellschaft die Stirn bieten zu können.

„Wenn ihr das Parlament einen legalen Anstrich gibt, wenn ihr eine bewaffnete Miliz aktive Macht verleiht, was vermag da die Reaktion nicht alles in England zu tun!“ ruft das Organ der Chartisten aus.

Und der Tod des „Iron Duke“ (eisernen Herzogs), des biederen Helden von Waterloo, hat in diesem kritischen Moment die Aristokratie von einem unbequemen Schutzengel befreit, der im Kriegshandwerk Erfahrung genug hatte, um des öftern den Anschein des Sieges einem gut gedeckten Rückzug und eine glänzende Offensive einem rechtzeitigen Kompromiß zu opfern. Wellington war im Oberhaus immer derjenige, der zur Mäßigung riet; in entscheidenden Momenten hatte er oft Vollmacht für 60 und mehr Stimmen; er hinderte die Tories daran, der Bourgeoisie und der öffentlichen Meinung offen den Krieg zu erklären. Nun aber, unter der Führung eines streitlustigen Toryministeriums, das von einem Sportsman geleitet wird, kann das Haus der Lords, „das unter Wellingtons Leitung den sicheren Ballast des Staatsschiffs bildete, leicht zum Windfang werden, der dieses Schiff in Gefahr bringt“. Die Auffassung, daß dieser Ballast an Lords zur Sicherheit des Staates notwendig sei, ist natürlich nicht die unsrige, sondern die der liberalen London Daily News. Der jetzige Herzog von Wellington, bisher Marquis von Douro, ist ohne weiteres aus dem Lager der Peeliten in das der Tories übergegangen. Es sind also alle Anzeichen dafür vorhanden, daß die Aristokratie sich anschickt, die verzweifeltsten Anstrengungen zu machen, um das verlorene Terrain wiederzugewinnen und die goldenen Zeiten von 1815 bis 1830 wieder zurückzu-

bringen. Und die Bourgeoisie hat in diesem Augenblick keine Zeit, weder zu agitieren, noch sich zu empören, noch auch nur ihrer Entrüstung entsprechend Ausdruck zu verleihen.

Die Versuche, eine neue Oppositionspartei zu gründen.

London, 9. November 1852 (N. Y. T., 25. November 1852).

In demselben Maße, als sich die bis jetzt herrschenden Parteien auflösen und ihre unterscheidenden Merkmale sich verwischen, macht sich selbstverständlich der Mangel einer neuen Oppositionspartei fühlbar. Dieser Mangel drückt sich auf verschiedene Weise aus. Lord John Russell nimmt in seiner schon erwähnten Rede als erster das Wort. Er sagt, der Alarm, den Lord Derby geschlagen hätte, sei zum Teil aus Gerüchten entstanden, die ihn, Lord John Russell, beschuldigten, „sehr demokratische Ansichten" angenommen zu haben. „Ich brauche wohl nicht erst zu versichern, daß diese Gerüchte gänzlich unbegründet sind und jeder Grundlage entbehren." Dennoch nennt er sich einen Demokraten und setzt hierauf die harmlose Bedeutung des Wortes auseinander: „Das Volk dieses Landes ist mit anderen Worten die Demokratie des Landes. Die Demokratie hat dasselbe Recht, ihre Rechte zu genießen, wie Monarchie und Adel. Die Demokratie hat durchaus nicht die Absicht, irgendein Vorrecht der Krone anzutasten. Die Demokratie wird keinen Versuch machen, die gesetzlichen Privilegien des Hauses der Lords zu schmälern. Was also ist diese Demokratie? Die Zunahme an Reichtum, die Zunahme an Intelligenz, die Entstehung aufgeklärterer Ansichten, die geeigneter sind, das Weltregiment in aufgeklärter Weise zu führen. Ich will aber noch weiter gehen und sagen, daß sich bei diesem Wachstum der Position der Demokratie *nicht mehr das alte System des Zwanges anwenden läßt, das mir einst nur zu vertraut war.* Im Gegenteil, die Demokratie müßte gestärkt und angefeuert werden, und es müßte dieser Macht und Strömung ein legitimes und gesetzliches Organ verliehen werden." Der Morning Herald bemerkt hierzu: „Lord John Russell hat zweierlei Grundsätze: amtliche und oppositionelle. Ist er im Amt, so handelt er nach dem Grundsatz, *nichts* zu tun, ist er nicht im Amt, so ist sein Grundsatz, *alles* zu versprechen." Was in aller Welt kann der Morning Herald unter „nichts" verstehen, wenn er das eben zitierte Geschwätz des Lords Russell „alles" nennt

und den kleinen John Russell wegen seiner gutmütigen, lordsverehrenden, bischöfeerhaltenden Demokratie mit dem Schicksal Frosts, Williams und Kompanie bedroht? Der Humor von der Geschichte jedoch ist, daß Lord Derby im Oberhaus sich als den größten Gegner der „Demokratie" aufspielt und von der Demokratie als der einzigen Partei spricht, gegen die es der Mühe wert sei, zu kämpfen. Und da tritt der unvermeidliche John Russell auf und untersucht, was diese Demokratie eigentlich ist: die Zunahme des Reichtums, die Zunahme der Intelligenz dieses Reichtums und seiner Ansprüche, die Regierung durch die öffentliche Meinung und durch gesetzliche Werkzeuge zu beeinflussen.

Die Demokratie bedeutet also nichts als die verkörperten Ansprüche der Bourgeoisie, des industriellen und kaufmännischen Mittelstandes. Lord Derby tritt als Gegner, Lord John Russell als Standartenträger dieser Demokratie auf. Beide stimmen in dem unumwundenen Geständnis überein, daß die alte Fehde innerhalb ihrer eigenen Klasse, der Aristokratie, für das Land kein Interesse mehr besitze. Und Russell ist gerne bereit, den Namen Whig aufzugeben und mit dem eines Demokraten zu vertauschen, wenn dies die Conditio sine qua non dafür sein soll, daß er über seine Gegner Herr wird. Die Whigs würden in diesem Fall dieselbe Rolle weiterspielen und offiziell als Diener der Bourgeoisie auftreten. So beschränkt sich Russells Plan einer Reorganisation der Partei darauf, der Partei einen neuen Namen zu geben.

Auch Joseph Hume betrachtet die Bildung einer neuen „Volkspartei" als eine Notwendigkeit. Aber, sagt er, sie kann sich nicht bilden auf Grund eines neuen Pachtrechts und ähnlicher Vorschläge. „Auf dem Boden dieser Losungen gelingt es mir nicht, 100 von 654 Mitgliedern zu vereinigen." Worin besteht nun sein Geheimmittel?

„Die Liga oder Partei oder Union des Volkes muß in einem Punkte, sagen wir in der Forderung der geheimen Abstimmung übereinstimmen; ist einmal dieser eine Punkt erreicht, so kann man Schritt für Schritt zu anderen übergehen. Und die Bewegung, die zuerst nur auf wenige einzelne Mitglieder des Unterhauses beschränkt sein wird, kann erst auf Erfolg rechnen, wenn das Volk draußen und die Wähler die Notwendigkeit einsehen werden, daß sie mithelfen und die kleine Partei des Volkes im Parlament unterstützen müssen."

Dieser selbe Hume war einer der Männer, der die Volkscharte entworfen hatte. Von der Volkscharte mit ihren sechs Punkten zog er sich

auf die „kleine Charte“ der Finanz- und Parlamentsreformer mit nur drei Punkten zurück, und jetzt beschränkt er sich auf den einen Punkt der geheimen Abstimmung. Welchen Erfolg er sich selbst von dem neuen Heilmittel verspricht, sagt er selbst am Schlusse seines Briefes an den Hull Advertiser: „Sagen Sie mir, wie viele Redaktionen werden es wagen, eine Partei zu unterstützen, die bei der jetzigen Zusammensetzung des Parlaments nie zur Macht gelangen kann?“

Da nun diese neue Partei nicht die Absicht hat, im Augenblick etwas an der Zusammensetzung des Parlaments zu ändern, sondern sich auf die Forderung der geheimen Abstimmung beschränkt, so wird sie nach ihrem eigenen Eingeständnis niemals zur Macht gelangen. Wo steckt der Nutzen der Gründung einer Partei der Impotenz und der offen eingestandenen Impotenz? Außer von Joseph Hume wird auch noch von anderen der Versuch gemacht, eine neue Partei zu gründen. Das ist die sogenannte nationale Partei. Statt der Volkscharte möchte diese Partei das allgemeine Wahlrecht zu ihrem Schibboleth machen und dabei gerade die Bedingungen außer acht lassen, durch welche die allgemeine Wahlrechtsbewegung allein zu einer nationalen Bewegung werden und sich die Unterstützung des Volkes sichern kann. Ich werde mich noch des weiteren mit dieser Nationalpartei beschäftigen. Sie besteht aus ehemaligen Chartisten, die nach Respektabilität streben, und aus Radikalen, Ideologen der Bourgeoisie, die sich der Chartistenbewegung bemächtigen wollen. Hinter ihnen stehen — ob die Nationalen dessen gewahr werden oder nicht — die Parlaments- und Finanzreformer, die Leute der Manchesterschule, die sie vorwärtstreiben und sie als Vorhut benützen. Was aber aus all diesen elenden Kompromissen und Abtrünnigkeiten, aus all diesem Jagen nach schwächlichen Vorteilen, diesen Schwankungen und Quacksalbereien zur Evidenz hervorgeht, ist, daß Katilina vor den Toren der Stadt steht, daß ein entscheidender Kampf sich vorbereitet, daß die Opposition weiß, wie unpopulär, wie unfähig zum Widerstand sie ist, und daß alle Versuche, neue Verteidigungszentren zu schaffen, in einem Punkte wenigstens übereinstimmen: in einer „Politik des Zurückziehens“. Die „Nationalpartei“ zieht sich von der Charte auf das allgemeine Wahlrecht zurück, Joe Hume vom allgemeinen Wahlrecht auf die geheime Abstimmung, ein dritter von der geheimen Abstimmung auf die gerechtere Wahlkreiseinteilung und so fort, bis wir endlich bei Johnny Russell anlangen, der kein anderes Losungswort auszugeben hat, als den bloßen Namen der Demokratie. Lord

John Russells Demokratie wäre eigentlich der Gipfel der Nationalpartei, der Humeschen „Volkspartei“ und aller jener anderen Scheinparteien, falls eine von ihnen wirklich etwas von Lebensfähigkeit in sich hätte.

Die politische Schlaffheit und Gleichgültigkeit als Folge einer materiellen Prosperitätsperiode einerseits, andererseits die Überzeugung, daß die Tories Unheil im Schilde führen, ferner die sichere Erwartung der Bourgeoisführer, daß sie bald der Unterstützung des Volkes bedürfen werden, dabei aber die Erfahrung, die die populären Führer lehrt, daß das Volk zu indolent ist, sich im Augenblick selbst eine Bewegung zu schaffen — alle diese Umstände erzeugen das Phänomen, daß die Parteien gegenseitige Annäherungsversuche machen, daß die verschiedenen Fraktionen der Opposition außerhalb des Parlaments ein Bündnis anstreben und sich gegenseitig, von der radikalsten bis zur wenigst radikalen, Konzessionen machen, bis sie schließlich wieder bei dem anlangen, was Lord Russell Demokratie zu nennen beliebt.

Zu den Versuchen, eine Nationalpartei, wie sie sich selbst nennt, zu gründen, bemerkt Ernest Jones ganz richtig:

„Die Volkscharte ist die umfassendste politische Reformbestrebung, die es gibt, und die Chartisten sind die einzige wahrhaft nationale Partei für politische und soziale Reformen in Großbritannien.“

Und R. G. Gammage, eines der Mitglieder der Chartistenexekutive, wendet sich folgendermaßen an das Volk: „Würdet ihr denn die Mitarbeit der Bourgeoisie zurückweisen? Sicher nicht, wenn diese Mitarbeit euch unter anständigen, ehrenhaften Bedingungen angeboten wird. Was sind nun diese Bedingungen? Sie sind klar und einfach. Nehmt die Charte an und vereinigt euch, sobald ihr sie angenommen habt, mit ihren Freunden, die sich schon zu ihrer Ausführung organisiert haben. Weigert ihr euch, das zu tun, so müßt ihr entweder Gegner der Charte selbst sein, oder ihr müßt, auf euer Klassenvorrecht pochend, euch einbilden, daß dieses Vorrecht euch zur Führerschaft berechtigt. Im ersteren Fall kann kein ehrlicher Chartist mit euch gehen, im zweiten Fall sollte kein Arbeiter so weit seine Selbstachtung einbüßen, daß er sich euren Klassenvorurteilen beugt. Laßt die Arbeiter nur ihrer eigenen Macht allein vertrauen, ehrliche Hilfe annehmen, von wo sie auch stammt, aber immer so handeln, als ob ihr Heil nur von ihren eigenen Bemühungen abhinge!“

Auch die Masse der Chartisten ist im jetzigen Augenblick durch die materielle Produktion vollständig in Anspruch genommen. Der Kern der Partei wird aber allerorten organisiert, und die Verbindungen in England wie in Schottland werden wiederhergestellt. Falls eine politische und kommerzielle Krisis eintritt, wird sich die Bedeutung der jetzigen geräuschlosen Tätigkeit im Hauptquartier des Chartismus überall in ganz Großbritannien fühlbar machen.

Politische Parteien und Aussichten.

London, 12. November 1852 (N. Y. T., 29. November 1852).

Wir wollen in der Erörterung der politischen Konsequenzen fortfahren, die unvermeidlich der jetzigen Industrie und Handelsprosperität auf dem Fuße folgen werden.

Inmitten dieser Atmosphäre allgemeiner industrieller Tätigkeit, beschleunigten Handelsverkehrs, politischer Gleichgültigkeit und jeglichen Druckes von außen beraubt, vollziehen die parlamentarischen Parteien in aller Ruhe den Prozeß ihrer eigenen Auflösung.

„Die Peeliten und die Russelliten fühlen sich in diesem Augenblick seltsam zueinander hingezogen. Die ersteren, diese unvermeidlichen ‚Staatsmänner', die nicht imstande sind, allein etwas fertig zu bringen, wünschen jetzt in die Gevatterschaft der regierenden Familie aufgenommen zu werden. Wie sehr lobt zum Beispiel ihr Organ, der Morning Chronicle, eine ganz gleichgültige Rede, die Lord Russell in Perth hielt." So äußert sich der Morning Herald, das halboffizielle Organ der Regierung. Gerade das Gegenteil ist richtig, sagt der Guardian. Man höre nur, was der Handelsminister Henley in der Brauerei von Hanbury zu seinen Freunden aus Pächterkreisen sagt: „Diese Partei", erklärt Henley, „hat eigene Prinzipien und hält sie auch hoch. Freihandel oder Schutzzoll war eine offene Frage und nur durch den verstorbenen Sir Robert Peel zu einer Parteifrage gemacht worden." Respektvoll äußert er von den Anhängern Peels, „daß kein tatsächliches Hindernis gegen die Vereinigung der großen konservativen Partei mehr existiere". So ist es recht, ruft der Guardian aus, lassen wir den Schutzzoll fallen und beleben wir den Konservativismus. Mit anderen Worten, der Guardian glaubt, die Peeliten seien bereit, ein reaktionäres Bündnis mit den Tories einzugehen, die Korngesetze bleiben außer Frage. Und die Daily News berichtet es als eine vollendete Tat-

sache, daß eine Reihe von Peeliten schon in das Lager Derbys übergegangen sind. Auch eine ganze Anzahl Whigs verdächtigt man desselben Vergehens, und angesichts dessen, daß der aristokratische Kern ihrer Partei aus einer Clique von Stellenjägern besteht, ist daran nichts Wunderbares. Da ist zum Beispiel Lord Dalhousie. Mylord war Minister unter Peel, in dessen liberaler Regierungsperiode. Nach dem Falle Peels bot ihm Russell einen Sitz in seinem neuen Kabinett an. Im Verein mit dem Herzog von Newcastle, Lord St. Germains und anderen Mitgliedern der früheren Regierung unterstützte er im Oberhaus die Manöver der Whigs und wurde dafür, als die Stelle frei ward, zum Generalgouverneur von Indien ernannt, diesem höchsten aller Preise in der oligarchischen Lotterie. Er wußte die größten ökonomischen Vorteile daraus zu ziehen. Die Whigs rühmten sich des noch „nie dagewesenen" Opfers, das sie gebracht hatten, indem sie einen so heiß umworbenen Posten ihrer eigenen nächsten Clique vorenthalten hatten. Der Köder, der Lord Dalhousie in diesem Augenblick hingehalten wird, ist die Gouverneurschaft der Fünf Häfen, eine Sinekure, die Tausende jährlich einbringt. Der gute Mann soll nämlich von Hause aus nicht mit Glücksgütern gesegnet sein und es für seine Pflicht halten, selbst unter einem Derbyministerium die Fünf Häfen gegen eine Überraschung zu schützen.

Solche Pröbchen aus der Chronique scandaleuse und Anekdoten über Verhandlungen dieses oder jenes Whigs über den Preis, zu dem er für die Tories zu haben, finden sich dutzendweise in der liberalen Wochenpresse. Sie zeugen für die tiefe Korruption der Whigpartei, ihre Bedeutung aber verschwindet vor dem Schisma zwischen ihren zwei bedeutendsten Führern Russell und Palmerston. Schon vor einiger Zeit waren uns Vorgänge bei den letzten Wahlkämpfen bekannt geworden, in denen Lord Palmerstons Eingreifen zugunsten ministerieller Kandidaten nach dem Ausspruch liberaler Blätter unverantwortlich erschien. Morning Post, Palmerstons eigenes Organ, bringt einen Leitartikel, der sich auf das Gerücht bezieht, wonach Palmerston entweder als Staatssekretär und Führer des Unterhauses in das Kabinett eintreten oder im Fall einer schnellen Auflösung des Ministeriums Derby ein neues Kabinett bilden solle aus jenen Fragmenten des alten, die noch nicht ganz „unmöglich" geworden wären. Morning Post, die diese Gerüchte mit Behagen verzeichnet, erklärt gleichwohl, nicht in Lord Palmerstons, sondern im

eigenen Namen zu sprechen. Palmerston jedoch hält es trotz aller dringenden und sogar ungestümen Anwürfe der Whigpresse und der liberalen Blätter nicht für angezeigt, den verleumderischen Bericht zurückzuweisen. Der peelitische Morning Chronicle verzeichnet diese Gerüchte in einem Ton, der deutlich zeigt, daß Gladstone und Kompanie keinen Horror vacui empfänden, wenn sich derartige Amalgamierungen vollzögen. Daily News, ein Blatt der Manchestermänner, deckt diesen Umstand auf und fordert empört, daß die Verräter unter den Whigs und Peeliten sich offen an Derby anschließen sollen. Man sieht also, wie jede der parlamentarischen Koterien, die eine nach der andern das politische Steuer in Händen hielten, allen anderen und den eigenen Mitgliedern mißtraut, wie sie sich gegenseitig der Fahnenflucht, der Korruption, der Kompromisselei anklagen, und wie doch jede einzelne und alle zusammen zugeben, daß, abgesehen von den Korngesetzen, eigentlich ihrer Vereinigung mit den Derbyleuten nichts im Wege steht als persönliche Rankünе und persönlicher Ehrgeiz. Sie nehmen Derby gegenüber ungefähr dieselbe Stellung ein, die vor dem letzten 2. Dezember die verschiedenen Fraktionen der Ordnungsparteien Bonaparte gegenüber einnahmen.

Daß die Opposition der kommenden Parlamentskampagne recht kleinmütig entgegensieht, erklärt sich leicht.

Der kleine John Russell erhielt das Bürgerrecht von Perth in einer kleinen Mappe und dankte dafür nach einem Riesendiner in einer kleinen Rede, deren wichtigster Teil in dieser Erklärung bestand: „Wir sind durch die Gerechtigkeit verpflichtet, und ich denke, auch durch die Klugheit darauf hingewiesen, zu warten, bis solche Maßnahmen geschaffen sind, durch die die Interessen der Landwirtschaft, der Kolonien, der Schiffahrt jene Entschädigungen bekommen, die ihnen bis jetzt ungerechterweise vorenthalten wurden (Heiterkeit), vortreffliche Maßnahmen, die einem langen Kampfe ein Ende setzen sollen."

Das einzige Tagesblatt, über das Russell noch verfügt, The Globe (Abendzeitung), gibt dazu folgenden Kommentar: „Jede Opposition der Art, wie sie sich gegen Sir R. Peel 1835 erhob, mußte sicher fehlschlagen", und zwar wegen der Rivalitäten der verschiedenen liberalen Führer. Darum wurde der Versuch vollständig aufgegeben, das Kabinett Derby gleich zu Beginn der Session durch ein kompaktes Votum der vereinigten Opposition zu stürzen, und Lord John Russell bleibt seiner Rolle ge-

treu, als erster zum Rückzug zu blasen. Über die allgemeinen Aussichten der parlamentarischen Opposition macht ihr Führer Joseph Hume in einem Brief an den Hull Advertiser folgendes Bekenntnis: „Nach dem, was ich von den bisherigen irischen Mitgliedern des Unterhauses weiß, sind sie kaum geeignet, durch einen Führer geformt und bei der Stange gehalten zu werden. Die irischen Mitglieder sind zu überspannt, zu heißblütig, zu sehr durchdrungen von den Leiden und dem Ungemach Irlands. Bis jetzt ist meines Wissens nichts dafür geschehen, eine Einigung der Liberalen herbeizuführen, die den Taten des Derbyministeriums mißtrauisch gegenüberstehen. Und wenn ich mir die hohlen Beteuerungen derjenigen vor Augen halte, die Lord Derbys Vorgänger waren (die Whigs), und bedenke, wie sie lieber das Spiel aufgeben, anstatt ehrlich der Sache des Volkes zu dienen, indem sie sich mit den Reformern verbünden, so kann ich kein rechtes Vertrauen in sie setzen, wenn sie irgend etwas zur Förderung der Einigung der Parteien unternehmen. Man muß sie, fürchte ich, ruhig wiederkäuend sich selbst überlassen, indes die Derbyleute Übergriffe aller Art in der Regierung begehen, um ihre eigene Sache zu fördern und ihre Anhänger zu unterstützen. Und diese Ereignisse werden sich wohl noch geraume Zeit abspielen, ehe die Möglichkeit eintritt, eine Volkspartei zu bilden."

John Bright, im Augenblick das Haupt der Manchesterschule, hat allerdings in einer Dessertrede vor den Fabrikanten von Belfast versucht, an den Iren durch Schmeichelei gutzumachen, was Joseph Hume durch seine Angriffe auf sie verschuldet hatte. Aber in allen Dingen der parlamentarischen Disziplin ist und bleibt doch „old Joe's" Ansicht Autorität.

So verzweifelt die parlamentarische Opposition vollständig an sich selbst.

Ja, die alte parlamentarische Opposition hat sich dermaßen überlebt, daß ihr Nestor, Hume, am Ende seiner langen Laufbahn öffentlich erklärt, daß es im Hause der Gemeinen keine „Volkspartei" gibt. Was immer so genannt wurde, sei nichts als „ein Häufchen Sand" gewesen.

Allgemeine Auflösung, allgemeine Schwäche und Impotenz im Lager der Opposition — das ist also alles!

Das Parlament. – Die Abstimmung vom 26. November. – Disraelis Budget.

London, 10. Dezember 1852 (N. Y. T., 28. Dezember 1852).

Meine Vorhersage eines ereignisreichen Abschlusses der neuerlichen Parteikämpfe im Parlament hat sich erfüllt. Bei der Eröffnung der Session verfügte die Opposition gegenüber den Ministern über eine negative Majorität; seither haben aber die einzelnen einander bekämpfenden Fraktionen, aus denen diese Majorität zusammengesetzt war, sich gegenseitig paralysiert. Als am 26. November das Unterhaus statt der „radikalen" Freihandelsresolution Villiers' das zweideutige Amendement Palmerstons annahm, bot es das Bild einer allgemeinen Auflösung und Verschiebung sämtlicher alter parlamentarischer Parteien, die sich insgesamt gegenseitig hintergingen.

Villiers' Resolution, die das Gesetz von 1846 als „weise und gerecht" bezeichnete, war abgefaßt worden, ohne daß Cobden und Bright, die Freihändler par excellence, darum gewußt hatten. Die Whigs hatten sich entschlossen, im Interesse der Freihändler zu wirken, wollten ihnen jedoch weder die Initiative noch irgendeinen Anteil an der Regierung nach dem erhofften Siege zugestehen. Russell, der die für das Ministerium so anstößigen Worte „weise und gerecht" ursprünglich geprägt hatte, stimmte dem Grahamschen Amendement zu; die Peeliten, denen die Ministeriellen sekundierten, brachten einen Antrag ein, in dem die Angemessenheit des Freihandels für die Zukunft anerkannt, für die Vergangenheit jedoch verworfen und den Tories die Freiheit gegeben wird, Entschädigungen für die Verluste zu gewähren, die durch das Peelsche Gesetz verursacht wurden. Dieselben Peeliten verwarfen das Disraelische Amendement und schickten sich an, die ursprüngliche Freihandelsresolution zu unterstützen, indem sie auf ihren Antrag zurückkamen. Die Whigs waren schon im Begriffe zu siegen, da wurden sie durch Palmerstons Auftreten geschlagen, der das Grahamsche Amendement aufnahm und so mit Hilfe der Peeliten den Sieg der Ministeriellen sicherte. Dieser Sieg selbst endlich, den ein schutzzöllnerisches Ministerium errang, bestand in der Anerkennung des Freihandels und wurde von sonst niemand als von den 53 entschiedensten Anhängern ihrer eigenen Partei bekämpft. Das Ergebnis der Debatten vom 26. November ist also nichts als ein Kunterbunt von falschen Situationen, Parteiintrigen, Parlamentsmanövern, gegenseitigen Verrätereien usw., in

dem die Politik des Freihandels wohl offiziell anerkannt, aber nur durch Schutzzöllner verteidigt, durch Schutzzöllner vertreten und durch Schutzzöllner durchgeführt wurde.

Ich habe schon in einem früheren noch vor dem Beginn der Session geschriebenen Briefe angedeutet, daß Disraeli, nachdem er selbst in seinen Wahlreden die Wiederherstellung der Korngesetze fallen gelassen hatte, die Grundbesitzer durch eine Steuerreform zu entschädigen gedachte, die die Landwirte instand setzen sollte, ihre alten Pachtzinsen aus der Zeit des Schutzzolls weiterzuzahlen. Indem er von den Schultern der Landwirte einen Teil der jetzigen Steuerlast abwälzt und auf den Rücken der Masse des Volkes auflädt, schmeichelt sich Disraeli, ein weit zuverlässigeres Allheilmittel für die notleidenden Landlords gefunden zu haben, als das alte unsichere Schutzzollsystem war, das direkt auf die Magen der Masse spekulierte. Auf ihre Taschen zu spekulieren, das ist der geniale Plan Disraelis, den er in seinem Budget offenbarte und am 3. dieses Monats dem Unterhause vorlegte, und dessen Schicksal wahrscheinlich diese Nacht entschieden werden dürfte.

Deutsche Regierungen und deutsche Philanthropen sprechen gern von „Maßregeln zur Hebung der arbeitenden Klassen". Nun, Herrn Disraelis Budget könnte man mit Fug und Recht eine Reihe von „Maßregeln zur Hebung der müßigen Klassen" nennen. Aber ebenso, wie sich derartige Maßregeln bei den deutschen Regierungen und Philanthropen regelmäßig als Schwindel herausstellten, so ist auch der Plan, den der jetzige Schatzkanzler Englands zugunsten der müßigen Klassen aussann, der reinste Humbug, der die Pächter nur dazu bringen soll, ihre jetzigen hohen Pachten um so freudiger zu zahlen, als man ihnen den Köder einer scheinbaren Herabminderung ihrer Lasten hinhält; eine Täuschung, die er ihnen gegenüber nur durchführen kann, wenn er die städtische Bevölkerung offenbar wirklich benachteiligt. Längst schon hatte Disraeli sein Budget in geheimnisvoller Weise angekündigt und der Welt nichts weniger als ein achtes Wunder versprochen. Sein Budget sollte dem „Interessenstreit ein Ende machen", den „mörderischen Kampf der Klassen beenden", „alle zufriedenstellen, ohne jemanden zu benachteiligen", die „verschiedensten Interessen in eine harmonische Einheit verschmelzen", „das erste Mal eine Harmonie zwischen unseren Handels- und Finanzsystemen schaffen, indem es neue Grundsätze aufstellte", die aus dem Nebel in der Zukunft auftauchen.

Betrachten wir nun diese Offenbarungen, die nicht mehr dem Nebel der Zukunft angehören, sondern bereits seit einer Woche dem englischen Parlament und der ganzen Welt mitgeteilt wurden. Wie es sich für solche mysteriöse Offenbarungen schickt, hat sie Disraeli mit dem nötigen feierlichen Zeremoniell und wichtigtuerischen Gehaben vorgetragen. Peel hat 1842 zu seinem Finanzexposé zwei Stunden gebraucht, Disraeli brauchte dazu volle fünf Stunden. Eine Stunde verwendete er, um zu zeigen, daß die „notleidenden" Interessen keine Not litten; eine zweite, um zu sagen, was er für sie — nicht zu tun gedenke, wobei er Walpoles, Packingtons, Malmesburys und seine eigenen früheren Erklärungen widerrief; und den Rest der fünf Stunden füllte er mit dem Exposé des Budgets, mit der Aufzählung verschiedener Episoden über die Lage Irlands, über Landesverteidigung, voraussichtliche administrative Reformen und anderen unterhaltsamen Gesprächen aus.

Die hauptsächlichsten Grundzüge des Budgets sind: 1. Die Schiffahrtsinteressen. Ein Teil der Ausladegebühren wird herabgesetzt, was etwa 100000 Pfund Sterling jährlich ausmacht; das bedeutet etwas weniger als 6 Pence jährlich pro Tonne und wird im Schiffsverkehr frühestens um die Mitte des nächsten Jahres verspürt werden können. Die Belastung mit Durchgangszöllen soll ganz aufhören. Einige Befugnisse der Admiralität, die der Handelsmarine unbequem waren, sollen abgeschafft werden, so zum Beispiel sollen Seeoffiziere, die Seeleute von ausländischen Stationen anwerben, nicht auf der sofortigen Bezahlung ihrer Löhnung bestehen dürfen; Fahrzeugen, die sich in Not befinden, müssen sie unentgeltlich Hilfe leisten, und friedliche Fahrzeuge in den Häfen dürfen nicht von den günstigsten Ankerplätzen vertrieben werden. Endlich soll vom Unterhaus eine Kommission für Pilotenwesen und Ballastangelegenheiten eingesetzt werden. So weit die Schiffahrtsinteressen. Damit aber die Freihändler sich nicht etwa irgendwelcher positiver Konzessionen rühmen, die ihnen durch diese Zuwendungen gemacht werden, bleiben die Zölle auf Schiffsbauhölzer dafür unverändert fortbestehen.

2. Kolonialinteressen. Es wird gestattet, den noch unter Zollverschluß befindlichen Zucker zu raffinieren, so daß von nun an der Zoll erst von dem Quantum verkäuflichen raffinierten Zuckers erhoben wird statt schon vom Rohprodukt. Außerdem soll die chinesische Einwanderung nach Westindien gefördert werden, so daß die Pflanzer mit genügendem Material billiger Arbeitskräfte versehen sind. Die Differentialzölle auf Zucker sollen nicht abgeschafft werden.

3. Malz- und Hopfensteuern. Die Malzsteuer wird auf die Hälfte ermäßigt, was nach Disraelis Behauptung eine Mindereinnahme von 2 500 000 Pfund Sterling zur Folge hätte. Ebenso sollen die Gebühren auf Hopfen bis zur Hälfte ermäßigt werden, was ebenfalls einen Ausfall von 300 000 Pfund Sterling verursachen würde. Diese Ermäßigungen sollten am und vom 10. Oktober 1853 an Platz greifen. Das Verbot der Malzeinfuhr soll fallen und der bestehende Zoll auf ausländischen Hopfen soll den einheimischen Gebühren entsprechend herabgesetzt werden.

4. Tee. Der jetzige Zoll soll von 2 Schilling $2\frac{1}{2}$ Pence auf 1 Schilling per Pfund bei allen Qualitäten herabgesetzt werden, doch soll diese Reduktion schrittweise vorgenommen werden, so daß im Jahre 1853 $4\frac{1}{2}$ Pence und in jedem folgenden Jahre je 2 Pence abgezogen werden bis zum Jahre 1858. Für 1853 würde das eine Mindereinnahme von 400 000 Pfund Sterling bedeuten.

5. Besitz- und Einkommensteuer. Diese Steuer, die nur bis zum 5. August 1853 bewilligt war, soll auf drei Jahre erneuert werden; die Höhe soll dieselbe bleiben, jedoch soll die Verteilung geändert werden. Es soll unterschieden werden zwischen der Steuer auf Grundeigentum und der Steuer auf Einkommen aus industriellen Unternehmungen. Grundbesitz und Rentenbesitz sollen nach wie vor 7 Pence vom Pfund bezahlen. Einkommen aus industriellen Unternehmungen (Pächter, Handel, sowie freie Berufe und Gehälter) sollen eine Herabsetzung von 3 auf 2 Prozent erfahren, also nur mehr $5\frac{1}{2}$ Pence vom Pfund bezahlen. Andererseits soll die Grenze für die Steuerfreiheit von 150 auf 100 Pfund Sterling pro Jahr, bei Realitäten und Papieren auf 50 Pfund Sterling pro Jahr herabgesetzt werden. Um allen Verlusten der Pächter durch diese Änderungen vorzubeugen, sollen diese, statt wie bisher die Hälfte, jetzt nur mehr ein Drittel ihres Pachtzinses versteuern, so daß alle Pächter, die unter 300 Pfund Sterling jährlich Pacht zahlen, davon nicht betroffen werden. Aus besonderer Gefälligkeit gegen die Kirche sollen alle Pfarrer mit einem Einkommen von 150 Pfund Sterling jährlich steuerfrei bleiben. Endlich soll die Einkommensteuer zum erstenmal auf Irland ausgedehnt werden, aber keineswegs auf die Grundbesitzer, sondern nur auf Einkommen aus Wertpapieren oder Gehältern.

6. Haussteuer. Diese soll auf alle Mieter von Häusern ausgedehnt werden, die 10 Pfund Sterling pro Jahr bezahlen, nicht wie bisher

nur auf solche mit 20 Pfund Sterling Miete jährlich. Die Haussteuer soll weiter verdoppelt werden von 6 Pence pro Pfund auf 1 Schilling für Läden und von 9 Pence pro Pfund auf 1 Schilling 6 Pence für Wohnhäuser.

Bei diesem Budget käme also heraus: Einerseits: die Ausdehnung der Einkommensteuer in England auf solche Klassen der Stadtbevölkerung, die bis jetzt davon befreit waren, und die Einführung der Einkommensteuer in Irland für Besitzer von Wertpapieren und öffentliche Funktionäre; die Ausdehnung der Haussteuer auf jene Klassen der Stadtbevölkerung, die bisher davon befreit waren, und die Verdoppelung der bisherigen Steuerrate. Andererseits: die Verringerung der landwirtschaftlichen Malz- und Hopfensteuer um 2800000 Pfund Sterling, Herabsetzung der Schiffahrtsabgaben um 100000 Pfund Sterling und Verminderung der Teezölle um 400000 Pfund Sterling.

Die städtische Bevölkerung soll durch eine neue Einkommensteuer, eine Ausdehnung der Haussteuer und eine Verdoppelung derselben mehr belastet werden, damit die ländliche Bevölkerung eine Steuerbefreiung in der Höhe von 2800000 Pfund Sterling gewinnt. Der kleine Ladeninhaber, der bessergestellte Lohnarbeiter und der kaufmännische Angestellte müßten ihr Teil zur neuen Haussteuer beitragen und sähen sich zum erstenmal einer Einkommensteuer unterworfen. Grund und Boden hätten demnach 7 Pence vom Pfund zu bezahlen, während Wohnhäuser 2 Schilling 1 Penny versteuern sollen. Die Reduktion der Teezölle wirkt auf diese Zahlen nicht zurück, da ihr Betrag im Vergleich zu der erhöhten direkten Besteuerung sehr klein ist und ihre Vorteile für Land und Stadt gleicherweise gelten.

Die Befreiung der irischen Grundbesitzer von jeder Einkommensteuer, die der englischen Pächter und Geistlichen von der Ausdehnung der Einkommensteuer ist eine offenbare Bevorzugung des Landes vor der Stadt. Wer aber gewinnt durch die Reduzierung der Malzsteuer — der Grundbesitzer, der Pächter oder der Konsument? Eine Verminderung der Steuern bedeutet eine Verkleinerung des Produzentenrisikos. Nach den Gesetzen der politischen Ökonomie würde eine Reduzierung der Produktionskosten eine Reduzierung des Preises mit sich bringen, und weder Grundbesitzer noch Pächter hätten den Profit davon, sondern bloß der Konsument.

Dabei sind nun zwei Umstände in Betracht zu ziehen. Erstens findet sich der Boden, auf dem erstklassige Gerste wächst, nur in bestimmten

Länderstrecken in Nottinghamshire, Norfolk usw., und der Einfuhr fremden Malzes ist dadurch eine natürliche Grenze gesetzt, daß weder Gerste noch Malz lange Seereisen vertragen. Zweitens besitzen die großen englischen Brauer tatsächlich ein Monopol, das auf dem jetzigen System der Konzessionierung der Wirtschaften beruht, so daß nicht einmal die Abschaffung der Kornzölle eine Herabsetzung der Preise von Porter und Ale verursachte.

So würde denn der Gewinn bei der Herabsetzung der Malzsteuer weder den Pächtern noch den Konsumenten zugute kommen, sondern nur zwischen den Grundbesitzern und den großen Brauern aufgeteilt werden. Und da die verhaßten Steuerschikanen für die Landwirtschaft bestehen bleiben, so würde die Einziehung der halben Summe denselben Betrag an administrativen Kosten verursachen wie für die bisherige Summe. Jetzt betragen die Kosten zur Einziehung von 14400000 Pfund Sterling 5 Pfund 6 Schilling vom Hundert. Nach der Steuerermäßigung von 3 Millionen würden sie 6 Pfund bis 6 Pfund 4 Schilling ausmachen. Kurz, der Gewinn wäre kleiner und die lästigen Ausgaben um so größer.

So schrumpft also Disraelis Budget zu einer Entschädigung der Grundbesitzer zusammen, „einer Entschädigung, die recht ausgiebig ist".

Dieses Budget hat aber noch ein anderes höchst interessantes Charakteristikum.

Will man das System des Freihandels durchführen, so muß man vor allem das Finanzsystem ändern. Daher sagt Disraeli: „Wir müssen von der indirekten zur direkten Besteuerung zurückkehren." Und Disraeli hat recht. Die direkte Besteuerung als die einfachste Art der Besteuerung ist auch zugleich ihre älteste und erste, die Hand in Hand mit einem Gesellschaftszustand geht, der auf dem Grundbesitz basiert. Erst später führten die Städte das System der indirekten Steuern ein, das aber im Lauf der Zeit durch die zunehmende moderne Arbeitsteilung, die überhandnehmende Großindustrie und die direkte Abhängigkeit des einheimischen Handels vom Außenhandel und vom Weltmarkt in einen zweifachen Konflikt mit den sozialen Bedürfnissen gerät. An den Grenzen wird es zum Schutzzoll und stört oder hindert den freien Verkehr mit anderen Ländern. Im Innern ist es gleichbedeutend mit dem fiskalischen Eingreifen in die Produktion, verschiebt es die relativen Werte der Waren und stört freie Konkurrenz und Austausch. Aus diesen beiden Gründen wird daher seine Abschaffung eine unbedingte Notwendigkeit,

und wir müssen zum System der direkten Besteuerung zurückkehren. Diese allein läßt absolut keine Täuschung zu, und jede Klasse weiß genau, welchen Anteil sie zur Aufbringung der öffentlichen Ausgaben beiträgt. Darum gibt es in England nichts Unpopuläreres als direkte Steuern, Einkommensteuer, Vermögenssteuer, Haussteuer usw. Es fragt sich also: Wie können die industriellen Klassen Englands, die durch das Freihandelssystem zur Annahme des Systems der direkten Besteuerung gezwungen sind, dieses einführen, ohne öffentlichen Unwillen zu erregen oder ihre eigenen Lasten zu erhöhen?

Nur auf dreierlei Art.

Erstens, wenn man die öffentliche Schuld angreift. Aber das wäre eine Vergewaltigung des öffentlichen Kredits, eine Konfiskation, eine revolutionäre Maßregel.

Zweitens, wenn man hauptsächlich die Grundrente besteuert. Aber auch das wäre ein Eingriff ins Eigentum, eine Konfiskation, eine revolutionäre Maßregel.

Drittens, wenn man die Kirchengüter wieder zurückfordert. Aber das wäre wieder ein Angriff auf das Eigentum, Konfiskation, Revolution.

„Auf keinen Fall," sagt Cobden; „wir müssen die öffentlichen Ausgaben einschränken, und dann können wir auch die jetzige Steuerlast herabsetzen."

Das ist eine Utopie. Erstens erfordern die nationalen Beziehungen Englands mit dem Kontinent eine ständige Vermehrung der nationalen Ausgaben; zweitens hätte ein Sieg der industriellen Klasse, die durch Cobden vertreten wird, dieselben Folgen, denn der Krieg zwischen Kapital und Arbeit würde dadurch nur ein um so intensiverer, und die Mittel zur Abwehr würden einer Steigerung bedürfen — mit anderen Worten, das Budget läßt keine Reduktion zu.

Ich resümiere also: der Freihandel drängt nach dem System der direkten Steuern hin. Die direkte Besteuerung schließt revolutionäre Maßnahmen gegen die Kirche, Grundbesitzer und Besitzer von Staatspapieren in sich. Diese revolutionären Maßregeln bedingen ein Zusammengehen mit der Arbeiterklasse, und dieses Zusammengehen beraubt die englische Bourgeoisie der Hauptvorteile, die sie vom Freihandel erwartete, nämlich der unbegrenzten Herrschaft des Kapitals über die Arbeit.

Die Niederlage des Ministeriums.

London, 17. Dezember 1852 (N. Y. T., 7. Januar 1853).

Ich eile, Ihnen das Resultat der gestrigen Nachtsitzung mitzuteilen, die dem Ministerium eine Niederlage brachte. Dieser allgemeinen Niederlage der Minister ging eine Einzelschlacht voraus, in der der verwegenste ihrer Kumpane, Achilles Beresford, der Kriegsminister, schmählich unterlag. Die Wahlprüfungskommission für Derby stattete ihren Bericht ab. Derselbe bestätigt alle die verschiedenen Tatsachen, auf die schon der Wahlprotest der Liberalen hinwies, und schließt mit der Behauptung, der Beweis dafür sei erbracht, daß ein im großen geübtes Bestechungssystem während der Wahlen in Derby funktionierte. Die Kommission hat gleichwohl davon abgesehen, das Beweisverfahren weiter zu verfolgen, und statt gegen Herrn Beresford eine Klage wegen versuchter Bestechung anzustrengen, begnügte sie sich damit, ihn wegen seiner sorglosen Gleichgültigkeit und seiner Geringschätzung der möglichen Folgen streng zu rüffeln. Es heißt nun abwarten, ob das Parlament sich mit dieser ehrenwerten Kommission solidarisch erklärt und ob es Herrn Beresford gestattet, seinen Parlamentssitz weiter zu behalten. Wäre dies der Fall, so bestätigte es damit nur selbst den denkwürdigen Ausspruch des Herrn Ministers Beresford, daß „das Volk von England der feilste Pöbelhaufen sei, den er je in aller Welt angetroffen habe". Sei dem, wie ihm wolle, seinen Ministersitz kann Mr. Beresford nicht behalten.

Nach dieser kurzen Abschweifung will ich zu meinem eigentlichen Thema zurückkehren. Vier aufeinanderfolgende Nächte und den größten Teil der fünften debattierten die Mitglieder des Unterhauses darüber, ob sie über das ganze Budget, über die gesamten Beschlüsse, über Prinzipien oder Tatsachen, über diesen oder jenen Punkt beraten sollten. Endlich kamen sie zum Schlusse, daß das Unterhaus sich jetzt nur mit der Erhöhung der Haussteuer, mit der Erweiterung des Gebiets der *direkten Besteuerung* zu befassen habe.

Das Haus lehnte diesen ersten Budgetantrag Disraelis mit 305 gegen 286 Stimmen ab. Die Majorität gegen die Minister betrug 19. Dann vertagte sich das Haus bis nächsten Montag. Zeitmangel verbietet mir, so auf die Einzelheiten der Debatte einzugehen, wie ich gerne möchte. Ich muß mich daher auf die Erörterung der wichtigsten Stellen aus der Rede Disraelis beschränken, die mir als die bemerkenswerteste von allen erscheint.

Sir Charles Wood, der frühere Finanzminister, und Sir James Graham hatten ihre Hauptangriffe gegen seinen Vorschlag gerichtet, den Fonds für öffentliche Arbeiten (400000 Pfund Sterling jährlich) zum Ausgleich des Ausfalls an Schiffahrtsabgaben zu verwenden. Besonders Sir James Graham hatte sich höchst energisch für die segensreichen Wirkungen dieses Fonds ins Zeug gelegt. Was antwortet nun Disraeli?

„Ich will der Kommission darlegen, welch schreiender Mißbrauch mit den öffentlichen Geldern dieses Landes getrieben wurde, was für ungeheure Summen Geldes tatsächlich ohne Wissen und Willen des Parlaments verschleudert wurden, und zwar ausschließlich mit Zuhilfenahme dieses Fonds für öffentliche Arbeiten."

Hierauf folgt eine detaillierte Auseinandersetzung des skandalösen Finanzgebarens der Whigregierung in puncto dieses Fonds. Darauf geht Disraeli dazu über, die Grundsätze seines Budgets zu entwickeln.

„Bevor wir uns über den ersten der zu unternehmenden Schritte einigten, war vor allem die höchst wichtige Frage zu regeln, inwieweit wir auf das Land einwirken sollten, damit es die Summe der direkten Steuern bestimme, die ein Ministerium nötig hätte, das zu einer Finanzreform schreiten will. (Hört, hört!) Der Vertreter von Halifax (Sir Charles Wood) klagt mich eines Vorschlags an, der leichtfertig die direkte Besteuerung des Landes vergrößert. (Hört, hört!) Der Vertreter von Carlisle (Sir James Graham) klagt mich an, daß ich die direkte Besteuerung unbesonnen übertreibe. Vor allem würde der Vorschlag, den ich namens der Regierung machte, nicht nur den Betrag der direkten Steuer nicht leichtfertig erhöhen, sondern, wenn er angenommen würde, keine so große direkte Besteuerung ergeben, wie sie unter der Finanzverwaltung des hochehrenwerten Gentleman, des Vertreters von Halifax, eingeführt war, der sich nicht nur der Einkommen- und Vermögenssteuer, sondern auch der Fenstersteuer erfreute, die ihm im letzten Jahre ihres Bestehens fast zwei Millionen Pfund Sterling einbrachte. (Beifall.) Der ehrenwerte Herr, der uns ermahnt, die direkte Besteuerung nicht leichtfertig zu erhöhen, setzte die Einnahmen aus der Fenstersteuer herab und gab sich im letzten Jahre mit dem bescheidenen Sümmchen von 700000 Pfund zufrieden, die ihm die verwandelte Fenstersteuer noch einbrachte. Ich kann es nicht vergessen, daß das ehrenwerte Mitglied, das mich so leichtfertig beschuldigt, den Betrag der direkten Steuer zu erhöhen, zuerst eine völlige Umwandlung vorschlug, durch die seine Haussteuer noch

größer geworden wäre als die von mir vorgeschlagene. (Lauter Beifall.) Das ist aber noch nicht alles, was dieser ehrenwerte Herr getan hat, der mich der leichtfertigen Erhöhung der direkten Steuern des Landes anklagt. Seht hier den Minister, unter dessen Regime eine Vermögenssteuer erhoben wurde, deren volle Höhe uns erst jetzt klar wird, und daneben eine Fenstersteuer von fast zwei Millionen jährlich, und der sich eines schönen Tages vor das Unterhaus hinstellt und den entsetzten Zuhörern vorschlägt, die Vermögens- und Einkommensteuer beinahe zu verdoppeln. (Lauter Beifall.) Ein solches Vorgehen nenne ich rücksichtslos und leichtfertig! ... Wir hören von der Verdoppelung der Haussteuer, einem ganz unschuldigen Betrag; hätte aber der ehrenwerte Herr die Verdoppelung der Vermögens- und Einkommensteuer durchgesetzt, dann hätte man ihn meines Erachtens wohl der leichtfertigen Erhöhung der direkten Steuern des Landes anklagen dürfen. (Lauter Beifall.) Und er redet von Leichtfertigkeit! Was aber kommt in der ganzen Finanzgeschichte der Leichtfertigkeit gleich, mit der dieser ehrenwerte Herr vorging? (Lauter Beifall.) Und was berechtigte ihn zu diesen übermäßigen und ungeheuerlichen Vorschlägen? Vorschläge, die man eigentlich nur machen dürfte, wenn das Schicksal des Landes von ihnen abhinge. Als er zurückgewiesen, geschlagen, verhöhnt worden war, gab er plötzlich die Erklärung ab, er hätte genug Einkünfte und könne auch ohne seinen Antrag auskommen. (Großer, andauernder Beifall.) Man wird es dem zukünftigen Historiker nicht glauben wollen, wenn er berichtet, daß der Minister, der eines Tages die Einkommensteuer verdoppeln wollte, schon am nächsten Tage erklärte, seine Einnahmen und seine Mittel wären bei weitem ausreichend." (Erneuter Beifall.)

Nachdem Disraeli in dieser Weise Sir Charles Wood abgefertigt hatte, fährt er fort:

„Wir mußten feststellen, daß zwischen Besitz und Einkommen, zwischen ungewissem und gewissem Einkommen ein Unterschied besteht. Wir mußten auch zunächst einen Grundsatz verteidigen, den wir für einen gerechten halten und hielten und der, wenn auch noch nicht jetzt, so doch mit der Zeit, als ein gerechter anerkannt und angenommen werden muß, daß nämlich die Basis der direkten Besteuerung erweitert werden müsse. (Zustimmung bei den Ministeriellen.) ... Sollte es zu einem stehenden Grundsatz in unserem sozialen System werden, daß es Klassen geben soll, die politische Macht in der Weise ausüben, daß sie die Reichen mit

einer ungerechten direkten und die Arbeiter mit einer ungerechten indirekten Steuerlast beschweren, so könnte ich mir keine verhängnisvollere Maßnahme für dieses Land vorstellen und keine, die schlimmere Folgen nach sich zöge. (Beifall.) Davon aber bin ich überzeugt, daß die ersten, die diese unheilvollen Folgen zu spüren bekämen, die privilegierten Klassen wären."

Zu den Freihändlern sich wendend, fährt nun Disraeli fort:

„Wir sehen hier die großen Gegner der Kolonialabgaben wie einen Mann vereint für eine hohe Besteuerung der Produkte eintreten, wir sehen sie hier, wie sie uns zum Hohne mit allen den Trugschlüssen operieren, die aufzugeben wir endlich den ehrenvollen Mut hatten. (Ungeheurer Beifall.) Der Schutzzoll soll tot, seine Partei soll verschwunden sein?! Ach nein, sie ist lebendig, und sie ist da (auf die Bänke der Opposition zeigend). Sie haben sich mit unseren Sitzen unsere Grundsätze angeeignet, und ich glaube, Sie werden ebensowenig erfolgreich sein." (Beifall.)

Auf den wohlmeinenden Rat von Sir Charles Wood, sein Budget zurückzuziehen, erwidert Disraeli zum Schluß noch folgendes:

„Man rät mir, mein Budget zurückzuziehen. Pitt habe sein Budget zurückgezogen, und erst kürzlich taten es auch noch andere Leute (die Whigs und speziell Sir Wood). (Heiterkeit.) Ich trachte nicht nach Pitts Ruhm, aber ich will mich auch nicht zu der Degradation anderer Leute erniedrigen. (Lauter Beifall.) Nein, meine Herren. Ich habe es schon erlebt, welche Folgen es für eine Regierung nach sich zog, wenn sie nicht imstande war, ihre Maßregeln durchzusetzen; weder waren diese Folgen ehrenvoll für die Regierung, noch vorteilhaft für das Land, noch, meiner Meinung nach, verträglich mit der Ehre dieses Hauses, die mir vor allem am Herzen liegt. (Lauter Beifall.) Ich entsinne mich eines Budgets im Jahre 1848, das zurückgezogen, wieder eingebracht und nochmals zurückgezogen wurde. (Heiterkeit.) Was geschah mit dieser bloß geduldeten Regierung? Was geschah mit den Finanzen dieses Landes? Nun wohl, wir kamen zu jener schmählichen Transaktion, zu der Verwandlung der Fenster- und Haussteuer, die ich jetzt wieder einzurenken bemüht bin. (Beifall.) Das Übel sitzt tiefer, es handelt sich hier nicht nur um Rücksichten auf Parteifragen. . . . Ja, ich weiß wohl, wen ich gegen mich haben werde. Es wird eine Koalition sein! (Beifall.) Und möglicherweise eine erfolgreiche Koalition! Es gab schon manche Koalition, die Erfolg hatte. Aber auch die erfolgreichste Koalition war nur von kurzer Dauer. Und

ich weiß auch, daß England Koalitionen nicht liebt. (Beifall.) Von der Koalition appelliere ich an jene öffentliche Meinung, die das Land regiert, an jene öffentliche Meinung, die durch ihre Weisheit und ihren unwiderstehlichen Druck sogar die Beschlüsse des Parlaments beeinflussen kann und ohne deren Unterstützung selbst die erhabensten und ältesten Einrichtungen haltlose Erzeugnisse der Phantasie bleiben." (Unter endlosem, betäubendem Beifall nimmt Disraeli seinen Sitz wieder ein.)

Wie äußert sich nun die Tagespresse zu der Niederlage der Minister?

Morning Chronicle (Organ der Peeliten) und Morning Advertiser (radikal) halten den Rücktritt des Ministeriums für gewiß. Die Times ist derselben Meinung, wenn sie auch daran zweifelt, daß die Opposition so rasch ein neues Ministerium wird bilden können, als sie das alte vernichtete. Daily News (Organ der Manchesterschule) erwägt die Möglichkeit der Wiederherstellung des gestürzten Ministeriums, und zwar in einer Kombination mit Lord Palmerston. Morning Herald (Richtung Derby-Disraeli) endlich erklärt, daß, wenn die Minister heute ihre Entlassung einreichen, die Königin gezwungen sein wird, sie morgen wieder holen zu lassen. Eines ist gewiß: Auf Grund einer Freihandelsresolution und infolge des Vorschlags einer Erweiterung der direkten Steuer sind die Minister gestürzt worden. Auf alle Fälle bleibt ihnen die Genugtuung, daß, wenn sie den ersten parlamentarischen Angriff nur unter Verleugnung ihrer eigenen Grundsätze erfolgreich abzuwehren vermochten, sie von der Opposition in der zweiten Schlacht nur besiegt wurden, weil auch diese ihre Prinzipien preisgab. In dieser Debatte ist vollauf bestätigt worden, was ich über die Stellung der parlamentarischen Parteien schon früher sagte. Die koalierte Opposition zählt im Vergleich zu der kompakten Zahl der 286 Tories nur eine Majorität von 19 Stimmen. Laßt sie eine neue Regierung bilden, so wird diese bei der ersten Gelegenheit stürzen. Sollte die oppositionelle Regierung das Unterhaus auflösen, so werden die Neuwahlen unter den alten Bedingungen stattfinden; dasselbe Resultat wird sich ergeben, das heißt ein neues Unterhaus wird erstehen, in dem die verschiedenen Parteien sich wieder gegenseitig lähmen werden, in dem das alte Spiel von neuem beginnt, so daß Englands Politik neuerdings im circulus vitiosus sich bewegen muß.

Für mich besteht daher das alte Dilemma weiter: entweder Fortbestehen der Toryregierung oder Reform des Parlaments.

Eine altersschwache Regierung. – Aussichten des Koalitionsministeriums usw.

London, 11. Januar 1853 (N. Y. T., 28. Januar 1853).

„Wir sind nun beim Beginn des politischen tausendjährigen Reichs angelangt, wo kein Parteihader mehr auf Erden herrscht, und Genie, Erfahrung, Fleiß und Vaterlandsliebe allein zur Bekleidung eines Amtes berechtigen sollen. Wir haben nun ein Ministerium, das des Beifalls und der Unterstützung jeder Richtung sicher zu sein scheint. Seine Grundsätze verdienen allgemeine Zustimmung und Unterstützung."

Mit diesen Worten begrüßte die Times im ersten Taumel ihres Enthusiasmus das Ministerium Aberdeen. Man könnte daraus schließen, daß England von nun ab mit einem Ministerium beglückt sein werde, das ausschließlich aus neuen, jungen, vielversprechenden Kräften besteht. Die Welt wird daher nicht wenig staunen, wenn sie erfährt, daß die neue Ära in Großbritannien von lauter abgebrauchten, dekrepiten Achtzigjährigen inauguriert werden soll. Aberdeen, ein Achtziger, Lansdowne steht mit einem Fuß im Grabe, Palmerston, Russell nähern sich demselben in raschem Tempo, Graham, der Bureaukrat, diente seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts fast unter jeder Regierung; einige andere Kabinettsmitglieder waren schon zwiefach an Altersschwäche wie an Erschöpfung gestorben und sind jetzt nur zu einem künstlichen Leben erweckt worden. Kurz, wenn der Gewährsmann der Times das Dutzend Hundertjähriger durch eine einfache Addition summiert hat, so hat er auf diese Art mit Leichtigkeit ein neues tausendjähriges Reich herausgerechnet.

In diesem tausendjährigen Reich sollen nun, so wird uns versprochen, nicht nur aller Parteihader, sondern sogar die Parteien selbst verschwinden. Glaubt die Times das wirklich? Weil gewisse aristokratische Zirkel, die sich bis jetzt das Privileg anmaßen durften, scheinbar nationale oder parlamentarische Parteien zu bilden, nun eingesehen haben, daß die Komödie ein Ende hat, weil auf Grund dieser Überzeugung und infolge jüngst gemachter harter Erfahrungen diese aristokratischen Koterien ihre kleinen Plänkeleien aufgeben und sich in eine kompakte Masse zur Wahrung ihrer gemeinsamen Privilegien zusammentun wollen, darum sollen von dieser Stunde an alle Parteien aufhören zu existieren? Oder ist nicht gerade die Tatsache, daß solch eine „Koalition" sich bildet, das sicherste Anzeichen dafür, daß die Zeit gekommen ist, wo die in-

zwischen erheblich herangewachsenen und doch teilweise nicht vertretenen grundlegenden Klassen der modernen Gesellschaft, die industrielle Bourgeoisie und die Arbeiterklasse, sich anschicken, die Stellung als einzige politische Parteien der Nation für sich zu beanspruchen?

Unter Lord Derbys Regierung haben die Tories ein für allemal ihren alten Schutzzollstandpunkt verleugnet und sich zum Freihandel bekannt. Als Lord Derby den Rücktritt seines Kabinetts ankündigte, sagte er: „Mylords, ich entsinne mich, und auch Ihnen, Mylords, wird es erinnerlich sein, daß der edle Lord (Aberdeen) bei mehr als einem Anlaß vor diesem Hause erklärte, außer der Frage des Freihandels gäbe es keine, in der er von der jetzigen Regierung abweiche." Und Lord Aberdeen ging bei der Bestätigung dieser Behauptung noch weiter: „Er fühle sich einig mit dem edlen Lord (Derby) in der Bekämpfung der Übergriffe der Demokratie, nur könne er beim besten Willen die Existenz einer solchen nicht entdecken." Von beiden Seiten wird zugegeben, daß es keinen Unterschied mehr zwischen Peeliten und Tories gäbe. Doch daran nicht genug. Im Hinblick auf die auswärtige Politik bemerkt Lord Aberdeen: „Mögen auch in der Praxis kleine Abweichungen vorgekommen sein, im Prinzip ist seit dreißig Jahren die auswärtige Politik des Landes immer dieselbe gewesen." Der ganze von 1830 bis 1850 währende Streit zwischen Aberdeen und Palmerston, in dem der erstere das Bündnis mit den Nordmächten, der letztere die „Entente cordiale" mit Frankreich forderte, wobei der eine für, der andere gegen Louis Philipp, der eine gegen, der andere für die Intervention war; all ihre Zänkereien und Meinungsverschiedenheiten, ja sogar ihre jüngste gemeinsame Empörung über Lord Malmesburys „schmachvolle" Führung der auswärtigen Geschäfte, alles das soll also eingestandenermaßen nichts als bloßer Humbug gewesen sein?! Und gibt es überhaupt in den politischen Verhältnissen Englands etwas, das sich so gründlich gewandelt hätte als seine auswärtige Politik? Bis 1830 Bündnis mit den Nordmächten; von 1830 an Bündnis mit Frankreich (Quadrupelallianz); von 1848 an vollständige Isolierung Englands vom ganzen Kontinent.

Nachdem uns Lord Derby versicherte, es gäbe keinen Unterschied zwischen Tories und Peeliten, versichert uns Lord Aberdeen, daß sich auch Peeliten und Whigs, Konservative und Liberale nicht voneinander unterscheiden. Seiner Ansicht nach „ist das Land müde dieser Unterscheidungen, die keinen Sinn haben und durch die sich wahre Politiker in ihren Grund-

sätzen nicht beeinflussen lassen. Eine andere Regierung als eine konservative ist unmöglich, aber ebenso wahr ist es, daß nur eine liberale Regierung möglich ist."

Sehr klar war der Sinn dieser Worte nicht. Das Land ist müde dieser Unterscheidungen, die keinen Sinn haben.

Die drei aristokratischen Parteien Tories, Peeliten und Whigs stimmen also darin überein, daß sie keine wirklich unterscheidenden Merkmale besitzen. Und noch in etwas anderem stimmen sie überein. Disraeli hatte erklärt, daß er gewillt sei, das Freihandelsprinzip durchzuführen. Lord Aberdeen sagt: „Die große Aufgabe der jetzigen Minister Ihrer Majestät und das große Charakteristikum ihrer Regierung wäre die Aufrechterhaltung und weise Ausdehnung des Freihandels. Das sei die Mission, mit der sie ganz speziell betraut wären." Die ganze Aristokratie ist mit einem Wort davon überzeugt, daß die Regierung zum Vorteil, das heißt also im Interesse der Bourgeoisie geführt werden soll, gleichzeitig aber ist sie entschlossen, die Bourgeoisie nicht selbst zur Führerin in diesem Handel werden zu lassen. Zu diesem Zweck wird daher alles, was die alte Oligarchie an Talent, Einfluß und Autorität besitzt, mit einem letzten Kraftaufwand ins Ministerium entsendet, dessen Aufgabe darin zu bestehen hat, die Bourgeoisie solang als möglich vom direkten Genuß der Herrschaft über die Nation fernzuhalten. Die vereinigte Aristokratie Englands beabsichtigt, gegen die Bourgeoisie nach demselben Grundsatz zu verfahren wie Napoleon gegen das Volk: „Tout pour le peuple, rien par le peuple." (Alles für das Volk, nichts durch das Volk.)

Ernest Jones bemerkt im People's Paper: „Die offenbare Absicht, die Bourgeoisie auszuschließen, soll allerdings einigermaßen verschleiert werden, und sie (die Minister) hoffen dies am leichtesten dadurch zu bewerkstelligen, daß sie bestimmte untergeordnete und einflußlose Stellen an aristokratische Liberale vergeben, wie Sir William Molesworth, Bernal Osborne und andere. Sie dürfen aber nicht glauben, daß dieser geckenhafte Mayfair-Liberalismus die gestrengen Herren der Manchesterschule befriedigt. Die lassen sich nicht so billig abspeisen. Die wollen Pfunde, Schillinge und Pence, wollen Stellen, Ämter, und wollen die gigantischen Einkünfte des größten Reiches der Welt genießen, das mit allen seinen Ressourcen einzig und allein ihren eigensten Klasseninteressen untertan sein soll."

In der Tat, ein Blick auf die Daily News, den Advertiser und insbesondere auf die Manchester Times, das spezielle Organ Brights, genügt, um jeden davon zu überzeugen, daß die Männer der Manchesterschule, als sie der Koalitionsregierung ihre provisorische Unterstützung zusagten, nur dieselbe Politik zu verfolgen beabsichtigen, die die Whigs und Peeliten dem jüngsten Kabinett Derby gegenüber einschlugen: das heißt sie wollen den Ministern Gelegenheit geben, sich zu erproben. Was das bedeutet, das zu erfahren hat Disraeli erst kürzlich Gelegenheit gehabt.

Da die Niederlage des Torykabinetts durch die irische Brigade entschieden wurde, so hat das neue Koalitionsministerium es selbstverständlich für nötig gehalten, Schritte zu tun, um sich die parlamentarische Hilfe dieser Fraktion zu sichern. Der Unterhändler der Iren, Mr. Sadleir, war durch den Posten eines Lords im Schatzamt rasch gewonnen. Mr. Keogh wurde das Amt eines irischen Generalprokurators angeboten, und Mr. Monsell erhält eine Anstellung beim Feldzeugmeisteramt. „Durch diese drei Erkaufungen", meint der Morning Herald, „glaubt man die irische Brigade gewonnen zu haben." Es steht jedoch sehr dahin, ob diese drei Erkaufungen genügen, um die Anhängerschaft der gesamten irischen Brigade zu sichern. Wir lesen denn auch schon im Irish Freemans Journal: „Jetzt ist der kritische Augenblick zur Erlangung der Religionsfreiheit und der Rechte der Pächter gekommen. Ob diese Bestrebungen Erfolg oder Mißerfolg haben, hängt nun nicht mehr von den Ministern, sondern von der irischen Fraktion ab. Das Ministerium Derby wurde mit neunzehn Stimmen gestürzt. Wären zehn Mann auf die andere Seite getreten, so wäre die Sache ganz anders ausgefallen. In einer solchen Situation sind die irischen Mitglieder allmächtig."

Am Schluß meines letzten Briefes sprach ich meine Ansicht dahin aus, daß es keine andere Alternative gäbe, als eine Toryregierung oder eine Parlamentsreform. Es wird Ihre Leser interessieren, Lord Aberdeens Meinung über denselben Gegenstand zu erfahren. Er sagt: „Die Verbesserung der Lage des Volkes könne nicht eine Verbesserung des Repräsentativsystems ausschließen (sic!); denn die Vorgänge bei der letzten Wahl waren unzweifelhaft derartige, daß niemand dieses System besonders ins Herz geschlossen haben dürfte." Und bei den Wahlen, die infolge des Antritts ihrer Ämter notwendig wurden, erklärten Lord Aber-

deens Kollegen einstimmig, daß Reformen im Repräsentativsystem notwendig seien. Sie gaben ihren Zuhörern allerdings jedesmal zu verstehen, daß derartige Reformen „mäßige und vernünftige sein müßten und nicht übereilt, sondern wohlüberlegt und vorsichtig ausgeführt werden müßten". Je mehr also das jetzige Repräsentativsystem als verrottet sich erweist und erkannt wird, desto mehr ist zu wünschen, daß es weder rasch noch gründlich geändert wird.

Bei Gelegenheit der letzten Wiederwahl der Minister wurde zum erstenmal eine neue Erfindung probiert, die es Politikern gestattet, ihren Charakter unter allen Umständen beizubehalten, ob sie nun im Amt sind oder nicht. Diese Erfindung besteht darin, mit dem Begriff der „offenen Frage" in einer bisher noch nicht dagewesenen Weise zu operieren. Osborne und Villiers waren früher für die geheime Abstimmung eingetreten. Jetzt erklären sie sie als „offene Frage". Molesworth war für Kolonialreformen — offene Frage. Keogh, Sadleir und andere waren für das Pächterrecht eingetreten — offene Frage. Mit einem Wort, alle Punkte, die sie bis jetzt in ihrer Eigenschaft als Mitglieder des Parlaments als längst festgelegt behandelt hatten, werden ihnen jetzt, wo sie Minister sind, wieder zweifelhaft.

Zum Schlusse muß ich noch eine Merkwürdigkeit erwähnen, die aus der Koalition von Peeliten, Whigs, Radikalen und Iren hervorgeht. Jeder ihrer hervorragenden Vertreter wurde aus dem Ressort herausgeworfen, für das er angeblich das meiste Talent oder die beste Begabung besaß, und auf einen Posten gestellt, für den er sich erstaunlich schlecht eignet. Palmerston, der gerühmte Minister des Äußern, wurde ins Ministerium des Innern berufen, aus dem man Russell, obgleich er auf diesem Posten alt geworden, entfernt hatte, um ihn mit den auswärtigen Angelegenheiten zu betrauen. Gladstone, der Escobar des Puseyismus, wird zum Finanzminister. Molesworth, der einen gewissen Ruf als Nachahmer oder Anhänger von Mr. Wakefields verrücktem Kolonisationssystem erlangte, wird Minister der öffentlichen Arbeiten. Sir Charles Wood, der als Finanzminister sich des Privilegiums erfreute, entweder über ein Defizit oder über einen Überschuß zu stolpern, erhält das Portefeuille für indische Angelegenheiten. Monsell, der kaum eine Flinte von einer Büchse zu unterscheiden vermag, ist zum Sekretär des Feldzeugmeisteramts ernannt worden. Die einzige Persönlichkeit, die auf den richtigen Platz gestellt wurde, ist Sir James Graham, derselbe, der in seiner

Eigenschaft als erster Lord der Admiralität schon bei früheren Anlässen sehr viel Ansehen dadurch gewann, daß er in der britischen Marine den „rotten worm“ einführte.

Politische Aussichten. – Handelsprosperität. – Fall von Hungersnot.

London, 14. Januar 1853 (N. Y. T., 2. Februar 1853).

Als Lord John Russell im Auswärtigen Amt das diplomatische Amtszeichen erhielt, erklärte er, diesen Posten nur interimistisch bekleiden zu wollen, um in Kürze dem Earl of Clarendon Platz zu machen. In der Tat fühlte sich Lord Russell im Auswärtigen Amt nie zu Hause; er war dort niemals hervorgetreten, ausgenommen dadurch, daß er eine fade Kompilation einer Geschichte der Verträge herausgab, die seit dem Frieden von Nymwegen geschlossen worden waren, ein Werk, das sich ebenso unterhaltend liest wie die „Tragödie“, mit der derselbe Russell eines schönen Tages die Welt überraschte. Lord John wird aller Wahrscheinlichkeit nach Leader des Unterhauses werden, mit einem Sitz im Kabinett, wo seine ganze Tätigkeit sich voraussichtlich auf die Schaffung der neuen Reformbill konzentrieren dürfte. Ist doch die Reform des Parlaments seit jeher das spezielle Gebiet von Russells Tätigkeit, schon seit dem Jahre 1831, wo er so meisterhaft die verfallenen Parlamentssitze zwischen Tories und Whigs aufzuteilen verstand.

Vollinhaltlich hat sich meine Vorhersage erfüllt, daß die drei vom Ministerium gekauften Iren doch nicht genügen würden, die ganze „Brigade“ zur Koalition herüberzuziehen. Die Haltung des Freemans Journal und des Tablet, der Inhalt der Reden und Erklärungen der Herren Lucas, Moor und Duffy, endlich die auf der letzten Versammlung des Vereins für das Pächterrecht gegen die Herren Sadleir und Keogh angenommene Resolution sind genügende Anzeichen dafür, daß die Regierung Aberdeens nur auf eine ganz kleine irische Fraktion zählen darf.

Lord Aberdeen, der Ministerpräsident, wird bekanntlich im Oberhaus sitzen. Nun hat Mr. Bright jüngst in Manchester bei einem Bankett zu Ehren Ingersolls, des neuen amerikanischen Gesandten, die Gelegenheit ergriffen, sich dahin auszusprechen, daß die vollkommene Unterdrückung des Oberhauses die Conditio sine qua non für den Fortschritt des industriellen Mittelstandes sei. Diese erste offizielle Erklärung der Manchesterschule seit der Bildung des Koalitionsministeriums wird sicher

etwas dazu beitragen, um Lord Aberdeen auf die Spur zu bringen, wo die Demokratie existiert, die Lord Derby so sehr fürchtet.

So ist also der Parteikrieg, den ein sanguinischer Mitarbeiter der Times als auf immer erloschen erklärte, neuerdings entbrannt, trotzdem das tausendjährige Reich mit einer Vertagung des Parlaments bis zum 10. Februar eingeleitet wurde.

Mit lautem Geschrei wurde zu Beginn des neuen Jahres die Fortdauer und Zunahme der Handelsprosperität verkündet, zur Bekräftigung dienten noch die Berichte über die Staatseinnahmen bis zum 5. dieses Monats, die Tabellen des Handelsministeriums für diesen Monat und für die elf Monate, die am 5. Dezember 1852 endigen, ferner die Fabrikinspektorenberichte und endlich die zu Beginn jedes Jahres herauskommenden Handelsberichte, die einen Überblick über die Handelsgeschäfte des ganzen verflossenen Jahres geben.

Die Berichte über die Staatseinnahmen zeigen eine Zunahme von 978920 Pfund Sterling für das ganze Jahr; pro Vierteljahr 244730 Pfund Sterling.

Bis auf die Zölle weist dieses Jahr jeder Posten eine Zunahme auf. Die Totalsumme der Staatseinnahmen beträgt 50468193 Pfund Sterling.

Die Akzise, nach der man glaubt den Volkswohlstand bemessen zu können, brachte in dem Jahr, das am 5. Januar 1852 endigt, 13093170 und im folgenden Jahr 13356981 Pfund Sterling. Die Stempel, die den Gradmesser für die Lebhaftigkeit des kaufmännischen Marktes abgeben, warfen 1851 bis 1852 5933544 und 1852 bis 1853 6287261 Pfund Sterling ab. Die Vermögenssteuer, die die Zunahme des Reichtums der oberen Klassen anzeigt, brachte 1851 bis 1852 5304923 und 1852 bis 1853 5509637 Pfund Sterling.

Das Handelsministerium verzeichnet folgende Ziffern: Wert der vom 5. November bis 5. Dezember exportierten Waren 1852 6102694, 1851 5138216, 1850 5362319 Pfund Sterling. Wert der im Zeitraum von 11 Monaten bis zum 5. Dezember exportierten Waren 1852 65349768, 1851 63314272, 1850 60400525 Pfund Sterling.

Es ist also eine Million Mehreinnahme im Monat November und mehr als zwei Millionen Mehreinnahme in elf Monaten. Da uns Ziffern über den Import gänzlich fehlen, so wissen wir nicht, inwieweit dieser damit auf gleicher Höhe steht oder davon noch übertroffen wird.

In seinem eben veröffentlichten Bericht über das am 31. Oktober 1852 endigende Halbjahr schreibt Leonard Horner, Fabrikinspektor des Lancashiredistrikts: „In meinem Distrikt hat sich im letzten Jahre in der Woll-, Kammgarn- und Seidenfabrikation wenig geändert, auch die Flachsspinnereien blieben seit 1. November 1851 unverändert. Eine starke Zunahme ist jedoch bei den Baumwollfabriken zu verzeichnen. Wenn man die augenblicklich stillstehenden in Abrechnung bringt, von denen wohl viele bald wieder arbeiten werden, besonders diejenigen, deren Maschinen nicht entfernt wurden, so sind in den letzten zwei Jahren 129 neue Fabriken mit 4023 Pferdekräften in Betrieb gesetzt worden. In 63 Fällen sind bestehende Fabriken um 2090 Pferdekräfte vergrößert worden, so daß die Zunahme 6113 Pferdekräfte beträgt, was einer Mehreinstellung von etwa 24000 Arbeitern entsprechen dürfte. Dabei werden noch fortwährend neue Fabriken errichtet; in dem gar nicht umfangreichen Bezirk, der die Städte Ashton, Staleybridge, Oldham und Lees umfaßt, werden momentan elf gebaut, die auf insgesamt 620 Pferdekräfte geschätzt werden. Die Maschinenbauer sollen mit Aufträgen überhäuft sein; und ein sehr intelligenter, gut beobachtender Fabrikbesitzer sagte mir neulich, daß viele von den jetzt im Bau begriffenen Fabriken wahrscheinlich nicht vor dem Jahr 1854 würden arbeiten können, da es unmöglich wäre, Maschinen für sie zu beschaffen. Eine wie große Zunahme aber auch diese meine Berichte und die jetzt von meinen Kollegen veröffentlichten anführen mögen, so verzeichnen sie jedoch keineswegs die ganze Zunahme. Denn es gibt eine große und sehr reiche Quelle des Wachstums der Produktion, über die nur sehr schwer Berichte zu erlangen sind. Ich meine die modernen Verbesserungen der Dampfmaschinen und die ganz neuen Maschinen selbst, von denen man eine Arbeitsleistung erzielt, die die ihrer normalen Pferdekräfte weit übersteigt und deren Höhe man vordem für unmöglich gehalten hätte."

Horner zitiert dann einen Brief des hervorragenden Zivilingenieurs Nasmyth von Birmingham, dem wir entnehmen, wie sehr man die Leistungen steigern kann, wenn man die Maschinen schneller arbeiten läßt und sie mit dem Wolfschen Hochdruck-Doppelzylinder versieht, durch den dieselben Maschinen wenigstens um 50 Prozent mehr Arbeit leisten, als sie es vor dieser Verbesserung taten.

Aus den Berichten sämtlicher Inspektoren geht hervor, daß in dem am 31. Oktober 1852 endigenden Jahre die Totalsumme aller neuen

in Betrieb befindlichen Fabriken 229 betrug mit 4771 Dampfpferdekräften und 586 Wasserpferdekräften, und daß die Erweiterung der schon bestehenden Fabriken sich auf 69 mit 1532 Dampfpferdekräften und 28 Wasserpferdekräften belief, was einer Gesamtsumme von 6917 Pferdekräften gleichkommt.

Die jährlichen Handelsberichte atmen denselben enthusiastischen Geist wie die Times, als sie seinerzeit das neue tausendjährige Reich verkündete; sie haben vor ihr allerdings voraus, daß sie sich auf Tatsachen und nicht auf bloße Erwartungen stützen, wenigstens soweit es sich um das verflossene Jahr handelt.

Die Landwirtschaft braucht sich nicht zu beschweren. Zu Beginn des Jahres war der Preis des Weizens 37 Schilling 2 Pence, Ende des Jahres kostete er 45 Schilling 11 Pence. Dem Steigen des Weizenpreises folgte eine Preissteigerung des Viehs, des Fleisches, der Butter und des Käses.

Im August 1851 trat ein unerhörtes Fallen der Preise von Kolonialwaren, namentlich Zucker und Kaffee, ein und endete nicht mehr in diesem Jahr, denn die Panik in Mincing Lane erreichte ihren Höhepunkt erst im Januar des vergangenen Jahres. Jetzt verzeichnen die jährlichen Berichte eine bedeutende Steigerung in den Preisen der meisten ausländischen Produkte, besonders der Kolonialprodukte Zucker, Kaffee usw.

Die Bewegung in Rohmaterialien ersehen wir aus folgendem: „Der Wollhandel war laut Bericht der Herren Hughes und Ronald das ganze Jahr über höchst befriedigend.... Die einheimische Nachfrage nach Wolle war ungewöhnlich groß.... Der Export an wollenen und Kammgarnwaren stand so hoch, daß er sogar den des Jahres 1851 übertraf, dessen Höhe bisher unerreicht war.... Die Preise stiegen ständig, doch erst im letzten Monat sind sie so entschieden in die Höhe gegangen, daß sie im Durchschnitt um 15 bis 20 Prozent die des Vorjahres übertreffen."

„Der Holzhandel", sagen die Herren Churchill und Lein, „partizipierte im Jahre 1852 reichlich an der Prosperität des Landes.... Die Einfuhr nach London betrug 1200 Schiffsladungen, genau wie im Jahre 1851. Beide Jahre überstiegen um 50 Prozent die vorhergehenden, die durchschnittlich 800 Ladungen aufwiesen. Während die Menge des zugehauenen Zimmerholzes auf dem Durchschnitt mehrerer Jahre steht, hat sich in 1852 die Verwendung von Brettern, Latten, gesägtem Holz ungeheuer vermehrt; sie stieg von durchschnittlich 4900000 Stücken auf 6800000 im Jahr."

Über Leder äußern sich Powell & Co. „Das eben abgelaufene Jahr war zweifellos ein für die Lederindustrie sehr günstiges. Rohmaterial stand zu Beginn des Jahres sehr niedrig, und nun sind Verhältnisse eingetreten, die den Wert des Leders in höherem Maße steigerten, als dies in früheren Jahren der Fall war."

Besonders blühend ist die Eisenindustrie, denn das Eisen ist von 5 Pfund Sterling pro Tonne auf 10 Pfund 10 Schilling, ja sogar kürzlich auf 12 Pfund Sterling gestiegen; möglicherweise erfolgt eine Steigerung bis zu 15 Pfund Sterling, und immer mehr Hochöfen werden in Betrieb gesetzt.

Über die Schiffahrt berichten Offor und Ganiman: „Im eben verflossenen Jahre war die britische Schiffahrt außerordentlich lebhaft; die Ursache davon war der durch die australischen Goldfunde verursachte Aufschwung der Geschäfte. . . . Die Zahl der Ladungen hat ständig zugenommen."

Über dieselbe Lebhaftigkeit auf dem Gebiet des Schiffbaus berichten die Herren Tonge, Currie & Co. aus Liverpool: „Nie vorher konnten wir über Schiffsverkäufe in diesem Hafen so Günstiges berichten, sowohl was die Höhe des verkauften Tonnengehalts als auch die dafür erzielten Preise betrifft. Kolonialschiffe erzielten um 17 Prozent höhere Preise, und die Tendenz ist immer noch steigend. Der Bestand an unverkauften Schiffen ist auf 48 gegen 76 im Jahre 1852 und 81 im Jahre 1851 zurückgegangen, ohne daß unmittelbarer Nachschub bevorsteht. . . .

Die Zahl der im Laufe des Jahres in Liverpool verkauften Schiffe beträgt 120 mit 50000 Tonnen. Die Zahl der in unserem Hafen vom Stapel gelassenen und im Bau befindlichen Schiffe ist 39 mit etwa 9200 Tonnen in 1851. Die Zahl der im Bau befindlichen oder fertiggestellten Dampfer beträgt 13 mit 4050 Tonnen. . . . Höchst bemerkenswert ist die immer steigende Vorliebe, deren sich eiserne Segelschiffe erfreuen; sowohl hier als am Clyde, in Newcastle und überall sind die Schiffbauer in noch nie dagewesenem Umfang mit deren Bau beschäftigt."

Über das Kapitel Eisenbahnen schreiben die Herren Woods & Stubb: „Die Berichte berechtigen zu den sanguinischsten Erwartungen und übertreffen alle früheren Berechnungen. Der Bericht der letzten Woche weist gegen 1851 eine Erweiterung der Schienenwege um 351 Meilen oder 5½ Prozent und eine Erhöhung des Verkehrs um 41425 Pfund Sterling oder 14 Prozent auf."

Die Herren Dufay & Co. endlich schildern in ihrem Bericht (Manchester) den Geschäftsverkehr mit Indien und China im Monat Dezember als sehr ausgedehnt. Der bereits erwähnte Geldüberfluß habe die Unternehmungen nach fremden Märkten begünstigt und habe den Interessenten ermöglicht, die zu Beginn des Jahres an Industrieprodukten und Kolonialwaren erlittenen Verluste zu ersetzen. „Im Augenblick werden Spekulanten und Kapitalisten durch neue Land-, Bergbau- und andere Projekte herbeigelockt."

Die Prosperität der Industriebezirke im allgemeinen und der Baumwollbezirke im besonderen ging schon aus den Berichten der Fabrikinspektoren hervor. John Wrigley & Sohn (Liverpool) berichten über die Baumwollfabrikation: „Als Zeichen für die allgemeine Prosperität des Landes ist der Fortschritt der Baumwollindustrie im abgelaufenen Jahre hocherfreulich: Es ist dabei manche erstaunliche Tatsache zutage getreten. Die bemerkenswerteste und in die Augen fallendste ist jedoch die unglaubliche Leichtigkeit, mit der die noch nie dagewesene Ernte von etwa drei Millionen Ballen, das Produkt der Vereinigten Staaten Amerikas, verarbeitet wurde. . . . Schon werden in vielen Bezirken Vorbereitungen zu einer weiteren Ausdehnung der Fabrikbetriebe gemacht, und wir dürfen erwarten, daß nächstes Jahr eine noch größere Quantität Baumwolle verarbeitet werden wird als je zuvor."

Auf viele andere Industriezweige trifft dies ebenfalls zu. „Wir verweisen auf Glasgow", sagen die Herren Mac Nair, Greenhow & Co., Irving (von Manchester), „und seine Eisen- und Baumwollindustrie, auf Huddersfield, Leeds, Halifax, Bradford, Nottingham, Leicester, Sheffield, Birmingham, Wolverhampton usw. mit ihren verschiedenen Industrien — alle scheinen sich der höchsten Prosperität zu erfreuen."

Die einzige Ausnahme davon macht die Seidenfabrikation und die Wollkämmerei in Yorkshire. Und ein Bericht aus Manchester faßt die allgemeine Lage ganz richtig so zusammen: „Wir haben viel eher den Eindruck der Überspekulation als den der Untätigkeit und des Geldmangels."

Mitten in dieser allgemeinen Prosperität hat ein Schritt, den jüngst die Bank von England unternahm, allgemeine Bestürzung in der kaufmännischen Welt hervorgerufen. Am 22. April 1852 hatte sie den Diskontsatz auf 2 Prozent herabgesetzt. Am Morgen des 6. Januar 1853 wurde die Nachricht verbreitet, daß der Diskontsatz von 2 auf 2½ Pro-

zent erhöht würde, also eine Erhöhung um 25 Prozent. Man versuchte diese Erhöhung durch die großen Verbindlichkeiten zu erklären, die kürzlich einige große Unternehmer von Eisenbahnbauten eingegangen waren und von denen man weiß, daß sie Wechsel mit sehr hohen Beträgen im Umlauf haben. London Sun wieder wollte wissen, daß die Bank von England aus der allgemeinen Prosperität ebenfalls Nutzen ziehen wollte indem sie den Diskont erhöhte. Der Schritt wurde im allgemeinen als „unnötig" verworfen. Damit man ihn voll würdigen kann, lasse ich hier die Feststellungen des Economist folgen:

	Bank von England		
1852	Gold Pfd. St.	Sicherheiten Pfd. St.	Diskont-Rate
22. April .	19587670	23782000	herabgesetzt auf 2 Prozent
24. Juli .	22065349	24013728	" " 2 "
18. Dezbr.	21165224	26765724	" " 2 "
24. "	20794190	27545640	" " 2 "
1853 1. Jan. .	20527662	29284447	" " 2 Proz., aber am 6. Januar auf $2^1/_2$ erhöht.

Es ist also eine Million Gold mehr in der Bank als im April 1852, wo der Zinsfuß auf 2 Prozent herabgesetzt wurde; aber es besteht ein großer Unterschied zwischen den zwei Perioden, denn die Bewegung des Goldes hat sich aus Flut in Ebbe verwandelt. Der Abfluß ist besonders stark, da er die ganze Goldeinfuhr aus Amerika und Australien vom letzten Monat überwiegt. Außerdem betrugen die Sicherheiten im April um $5^1/_2$ Millionen weniger als jetzt. Folglich war im April das Angebot an Leihkapital größer als die Nachfrage, während jetzt das Gegenteil der Fall ist.

Die Ausfuhr des Barrengoldes war begleitet von einem merklichen Sinken des ausländischen Wechselkurses, ein Umstand, der zum Teil zu erklären ist durch ein erhebliches Steigen der Preise der meisten Einfuhrartikel, zum Teil durch ausgedehnte Spekulationen in Einfuhrartikeln. Hierzu kommt noch der Einfluß des ungünstigen Herbstes und Winters auf die Landwirtschaft, die Zweifel und Befürchtungen wegen der nächsten Ernte und als Folgeerscheinung ungeheure Spekulationen in ausländischem Getreide und Mehl. Endlich haben sich die englischen Kapitalisten hervorragend an der Gründung von Eisenbahn- und anderen Gesellschaften in Frankreich, Spanien, Italien, Schweden, Norwegen, Dänemark, Deutschland und Belgien beteiligt und beteiligen sich noch

an dem allgemeinen Schwindel, der jetzt an der Pariser Börse herrscht. Wechsel auf London sind daher auf allen europäischen Märkten viel zahlreicher vertreten als je zuvor, woraus sich das fortgesetzte Fallen des Wechselkurses ergibt. Am 24. Juli galt 1 Pfund Sterling gleich 25 Franken 30 Centimes, am 1. Januar nur 25 Franken, ja sogar hie und da weniger als 25 Franken.

Insoweit die Nachfrage nach Kapital im Verhältnis zum Angebot wuchs, erscheint daher die letzte Maßnahme der Bank von England vollkommen gerechtfertigt. Insoweit sie aber die Spekulation und die Abwanderung des Kapitals hindern soll, wage ich ihr einen vollständigen Mißerfolg zu prophezeien.

Nachdem mir die Leser nun so geduldig bei der langen Aufzählung aller Beweise der wachsenden Prosperität Englands gefolgt sind, so bitte ich sie, mir auch noch Gehör zu schenken, wenn ich ihnen die Geschichte eines armen Nadelarbeiters, Henry Morgan, erzähle, der von London nach Birmingham reiste, um Arbeit zu suchen. Um nicht der Übertreibung geziehen zu werden, lasse ich wörtlich den Bericht aus dem Northampton Journal folgen:

„Todesfall infolge gänzlicher Mittellosigkeit. Cosgrove. Als am Montagmorgen gegen neun Uhr zwei Arbeiter in einer dem Herrn Slade aus Cosgrove gehörigen niedrigen Scheuer Zuflucht vor dem Regen suchen wollten, hörten sie dort lautes Stöhnen. Als sie suchten, fanden sie einen Mann, der gänzlich erschöpft in einer Ecke lag. Sie redeten ihm freundlich zu und boten ihm von ihrem Frühstück an, erhielten aber keine Antwort. Als sie ihn anfaßten, fühlte er sich ganz kalt an. Sie holten Herrn Slade, der in der Nähe war. Dieser schickte nach einiger Zeit den Mann durch einen Burschen auf einem Wägelchen, in dem Stroh aufgeschüttet war, ins Armenhaus von Yardley Gobion, das ungefähr eine Meile entfernt ist. Dort langte er etwa gegen ein Uhr an, starb aber eine Viertelstunde nach der Einlieferung. Der ausgehungerte, schlecht gekleidete, über und über mit Schmutz bedeckte Körper bot einen jammervollen Anblick dar. Der Unglückliche hatte offenbar am Donnerstag, dem 2., vom Armenvorsteher in Stoney Stratford eine Anweisung auf Nachtquartier in Yardley House bekommen und war daselbst aufgenommen worden, nachdem er den mehr als drei Meilen langen Weg nach Yardley zu Fuß zurückgelegt hatte. Er aß mit gutem Appetit von dem ihm vorgesetzten Essen, bat, noch einen Tag und eine Nacht bleiben zu dürfen,

was ihm gewährt wurde. Er verließ hierauf die Anstalt Sonnabend früh nach dem Frühstück (das möglicherweise seine letzte Mahlzeit auf Erden war) und ging nach Stratford zurück. Da er vermutlich sehr schwach war und wunde Füße hatte, seine Ferse war nämlich verletzt, so suchte er das erste Obdach auf, das sich ihm darbot. Dies war ein offener Schuppen, der zu den Außenwerken einer Farm gehört und etwa eine Viertelmeile von der Landstraße entfernt liegt. Dort fand man ihn Montag, den 6., mittags im Stroh liegend, und da man keinen Fremden auf dem Grundstück dulden wollte, so wurde er weggewiesen. Er bat, noch etwas bleiben zu dürfen, und ging gegen vier Uhr weg. Beim Einbruch der Nacht verkroch er sich dann in diese niedrige Scheuer, deren Dach teilweise fehlt und deren Türen offenstehen. In diesem eiskalten Raume kroch er dann in eine Ecke, wo er ohne Nahrung sieben Tage liegenblieb, bis man ihn, wie oben beschrieben, am Morgen des 13. auffand. Dieser Unglückliche hatte angegeben, Henry Morgan zu heißen und von Beruf Nadelmacher zu sein. Er war ein kräftiger, wohlgebauter Mann von dreißig bis vierzig Jahren."

Gibt es einen grauenerregenderen Fall? Ein starker, kräftig gebauter Mann im besten Alter — sein langer Leidensweg von London nach Stoney Stratford — sein jammervolles Flehen um Hilfe bei der ihn umgebenden „Zivilisation" — sein siebentägiges Fasten — sein brutales Verlassenwerden durch seine Mitmenschen — sein Suchen nach Obdach, seine Vertreibung aus dem Schlupfwinkel — die Unmenschlichkeit des Besitzers Slade, die allem die Krone aufsetzt, und der geduldig ertragene elende Tod des völlig erschöpften Menschen sind ein Bild, das wahrlich zu denken und zu staunen gibt.

Zweifellos verletzte er das Eigentumsrecht, als er in der Scheuer und im Schuppen Obdach suchte!

Man erzähle doch diesen Fall von Hungersnot mitten in der Ära blühendster Prosperität einem feisten Londoner Bürger aus der City, und er wird mit den Worten des London Economist vom 8. Januar antworten: „Es ist ein Genuß, zu sehen, wie unter dem Freihandel alle Klassen gedeihen. Ihre Kräfte werden durch die Aussichten auf Erfolg angespannt, sie verbessern ihre Produktion, und die Gesamtheit sowie j e d e r e i n z e l n e wird dadurch gehoben."

Wahlen. – Trübe Finanzlage. – Die Herzogin von Sutherland und die Sklaverei.

London, 21. Januar 1853 (N. Y. T., 9. Februar 1853).

Die Neuwahlen, die durch die Veränderungen im Ministerium notwendig wurden, sind nun beendet. Die Minister erlitten eine Niederlage. Herr Sadleir, einer der Lords im Schatzamt, der bisher als der Führer der „irischen Brigade" galt, wurde durch Herrn Alexander geschlagen, der eine Mehrheit von sechs Stimmen erhielt, die er einer Koalition von Katholiken und Oranienmännern verdankt. Andererseits siegten die Minister in der Universität Oxford, wo der Wahlkampf außerordentlich lebhaft war und die Abstimmung fünfzehn Tage dauerte. Gladstone trug mit 124 Stimmen Majorität den Sieg über Dudley Percival, den Kandidaten der Partei der Hochkirche, davon. Liebhaber der Logik von Hudibras mögen die Leitartikel der beiden gegnerischen Blätter Morning Chronicle und Morning Herald lesen.

Nach langer Debatte erhöhten gestern die Direktoren der Bank von England die Minimum-Diskontrate von 2½ auf 3 Prozent, was eine augenblickliche Wirkung auf die Pariser Börse ausübte, wo alle Arten von Papieren eine neuerliche Baisse erlitten. Sollte es indes der Bank von England gelingen, der Spekulation in Paris Einhalt zu tun, so wird immer noch ein Ausweg für den Abfluß des Barrengoldes bleiben: der Getreideimport. Die letzte Ernte in England und auf dem Kontinent soll nach allgemeiner Schätzung um ein Drittel hinter dem Durchschnitt zurückbleiben. Auch werden Zweifel laut über die Menge von Nahrungsmitteln, die bis zur nächsten Ernte zum Gebrauch verfügbar sein wird, da sich die Aussaat durch die Nässe des Bodens verzögerte. Es werden daher schon Vorkehrungen zur Einfuhr großer Getreidemengen getroffen, und folglich wird der Wechselkurs für England ungünstig bleiben. Die Goldschiffe aus Australien können mit der plötzlichen Vermehrung des Getreideimports keinesfalls Schritt halten.

In einem meiner letzten Briefe erwähnte ich die Spekulation in Eisen, die jetzt im Gange ist. Die erste Erhöhung der Diskontrate durch die Bank von England von 2 auf 2½ Prozent hatte auf diesen Handelszweig schon eingewirkt. Schottisches Roheisen, das in den letzten vierzehn Tagen 78 Schilling brachte, ging am 19. dieses Monats auf 61 Schilling herunter.

Auch der Markt für Eisenbahnaktien wird infolge der Erhöhung des Zinsfußes voraussichtlich durch Zwangsverkäufe der bisher als Sicher-

heiten hinterlegten Aktien gedrückt sein. Die Anfänge dieses Prozesses sind bereits eingetreten. Meiner Meinung nach ist jedoch der Abfluß des Goldes aus der Bank nicht allein durch den Export von Gold verursacht, sondern es hat auch der lebhafte Aufschwung des heimischen Geschäfts, besonders in den Fabrikdistrikten, seinen vollen Anteil daran.

Die Adresse der Frauenversammlung in Stafford House an die Schwestern in Amerika zugunsten der Negersklaven und die „liebevolle und christliche Adresse vieler Tausender von Frauen aus den Vereinigten Staaten Amerikas an ihre Schwestern, die Frauen Englands" über die weiße Sklaverei sind in dieser Zeit politischer Flauheit ein gefundenes Fressen für die Presse. Nicht einer der englischen Zeitungen jedoch fiel der Umstand auf, daß die Versammlung von Stafford House im Palast und unter dem Vorsitz der Herzogin von Sutherland stattfand. Und doch hätten die Namen Stafford und Sutherland genügen sollen, die Menschenfreundlichkeit der britischen Aristokratie zu kennzeichnen — eine Menschenfreundlichkeit, die sich ihre Objekte so weit entfernt von der Heimat als möglich und lieber jenseits als diesseits des Ozeans sucht.

Die Geschichte des Reichtums der Familie Sutherland ist gleichzeitig die Geschichte des Ruins und der Expropriation des schottisch-gälischen Volkes. Im zehnten Jahrhundert waren die Dänen in Schottland gelandet, hatten die Ebenen von Caithneß erobert und die Ureinwohner in die Berge getrieben. Mhoir-Fhear-Chattaibh, wie der „große Mann von Sutherland" gälisch genannt wurde, hatte seine Waffengefährten stets bereit gefunden, ihn mit Gefahr ihres Lebens gegen seine Feinde, Dänen oder Schotten, Ausländer oder Inländer, zu verteidigen.

Nach der Revolution, die die Stuarts aus Großbritannien vertrieb, wurden Privatfehden unter den kleinen schottischen Häuptlingen immer seltener und seltener, und die britischen Könige, die wenigstens den Schein ihrer Herrschaft in diesen entlegenen Distrikten aufrechterhalten wollten, förderten die Aushebung von Familienregimentern unter den Häuptlingen, ein System, durch das diese Gutsherren (lairds) moderne militärische Einrichtungen mit dem alten Clansystem so zu verquicken vermochten, daß eins das andere stützte.

Um die später vollzogene Usurpierung richtig aufzufassen, müssen wir uns klar sein über die Bedeutung des Clans. Er gehörte einer sozialen Epoche an, die in der historischen Entwicklung eine Stufe tiefer als das Feudalwesen steht, das heißt der patriarchalischen Epoche der Gesell-

schaft. „Klaen“ bedeutet auf gälisch Kinder. Jeder der Gebräuche und Traditionen der schottischen Gälen beruht auf der Annahme, daß die Mitglieder des Clans ein und derselben Familie angehören. Der „große Mann“, der Häuptling des Clans, besitzt einerseits ebenso unumschränkte Gewalt und ist andererseits durch Blutsverwandtschaft usw. ebenso gebunden wie jeder Familienvater. Dem Clan, der Familie gehört der von ihr bewohnte Boden, genau wie in Rußland, wo das Land, das eine Bauerngemeinde bewohnt, nicht den einzelnen Bauern, sondern der ganzen Gemeinde gehört. So auch war der Distrikt Gemeineigentum der Familie. Unter diesem System konnte also von Privateigentum im modernen Sinn des Worts ebensowenig die Rede sein als von einem Vergleich der gesellschaftlichen Stellung der Mitglieder des Clans mit der von Personen, die in der modernen Gesellschaft leben. Die Teilung und Unterteilung des Landes entsprach den militärischen Funktionen der einzelnen Mitglieder des Clans. Je nach ihren militärischen Fähigkeiten bekamen sie ihre Anteile vom Häuptling zugewiesen, der ganz nach seinem Gutdünken die Lehensteile der verschiedenen Offiziere vergrößerte oder beschnitt. Diese Offiziere wieder verteilten jedes einzelne Stückchen Land an ihre Vasallen und Untervasallen. Das ganze Gebiet aber blieb stets Eigentum des Clans, und wie auch die Ansprüche einzelner wechseln mochten, das Lehen blieb stets dasselbe, und auch der Tribut an den Gutsherrn, der zugleich Führer in der Schlacht und oberste Behörde im Frieden war, wurde nie erhöht. Im ganzen wurde jedes Stück Land von Generation zu Generation von derselben Familie bebaut, die immer dieselben Abgaben entrichtete. Diese waren ganz unbedeutend und bildeten mehr einen Tribut, durch den die Oberherrschaft des „großen Mannes“ und seines Stabes anerkannt wurde, als einen Pachtzins im modernen Sinne oder eine Einnahmequelle. Die dem „großen Mann“ direkt unterstellten Beamten hießen „Taksmen“, und das ihnen anvertraute Gebiet hieß „Tak“. Diesen waren wieder niedrigere Beamte unterstellt, die an der Spitze jedes Weilers standen, und diesen war die Bauernschaft untergeordnet.

Wie man sieht, ist der Clan nichts anderes als eine militärisch organisierte Familie, die ebensowenig durch Gesetze genau definiert und ebensosehr durch Traditionen eingeengt ist wie jede andere Familie. Das Land ist jedoch das Eigentum der Familie, in deren Mitte Standesunterschiede trotz der Blutsverwandtschaft ebenso vorkommen wie in allen alten asiatischen Familiengemeinschaften.

Die erste Usurpierung erfolgte, nach der Vertreibung der Stuarts, durch die Errichtung der Familienregimenter. Von diesem Augenblick an wurde der Sold zur Haupteinnahmequelle des „großen Mannes", des Mhoir-Fhear-Chattaibh. Angesteckt von der Verschwendung des Londoner Hofes dachte er nur mehr daran, soviel Geld als möglich aus seinen Offizieren herauszupressen, und sie wendeten wieder ihren Untergebenen gegenüber dasselbe System an. Der ursprüngliche Tribut verwandelte sich in einen festen Geldkontrakt. Einerseits bedeuteten diese Kontrakte einen Fortschritt, da die herkömmlichen Abgaben nun festgesetzt wurden. Andererseits aber kamen sie einer Usurpation gleich, denn der „große Mann" nahm nun die Stellung eines Gutsherrn gegenüber den „Taksmen" ein, die ihrerseits wieder den Landleuten gegenüber als Pächter auftraten. Und da der „große Mann" jetzt ebenso Geld brauchte wie der „Taksman", so wurde eine Produktion nicht bloß für den direkten Verbrauch, sondern auch für den Export und Austausch nötig. Das nationale Produktionssystem mußte also geändert werden, die dabei überflüssig gewordenen Kräfte mußte man loszuwerden trachten. Die Bevölkerung nahm daher ab. Wir sehen aber aus einem Passus bei Steuart, einem schottischen Ökonomisten, dessen Werk zehn Jahre vor dem des Adam Smith erschien, daß im achtzehnten Jahrhundert die Bevölkerung sich doch noch einigermaßen erhielt, und daß die Menschen noch nicht geradeswegs dem Reingewinn aufgeopfert wurden. Er sagt im ersten Band, 16. Kapitel: „Die Bodenrente ist im Verhältnis zur Größe der Ländereien sehr unbedeutend; im Verhältnis zur Anzahl der hungrigen Mäuler, die ein Landgut ernährt, wird es sich aber herausstellen, daß ein Stück Land im Hochland zehnmal mehr Leute zu erhalten imstande ist als ein Gut von derselben Größe in den reichsten Provinzen."

Auch Mr. Lock, der Verwalter der Gräfin von Sutherland, der die Verbesserungen auf ihren Gütern leitete, zeigt uns in seinem 1820 erschienenen Werke, daß selbst zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts die Grundabgaben noch sehr niedrig waren. Er gibt zum Beispiel ein Verzeichnis der Bodenzinse für das Gut Kintradawell aus dem Jahr 1811, aus dem hervorgeht, daß bis dahin jede Familie an jährlichen Abgaben höchstens einige Schillinge in Geld, etwas Geflügel und einige Arbeitstage zu leisten hatte.

Erst nach 1811 vollzog sich die endgültige und wirkliche Usurpation, die zwangsweise Umwandlung des Claneigentums in Privateigen-

tum des Anführers im modernen Sinn. Die Person, die an der Spitze dieser ökonomischen Revolution stand, war ein weiblicher Mehemed Ali, die ihren Malthus wohl verdaut hatte: die Gräfin von Sutherland alias Marquise von Stafford.

Wir wollen vorausschicken, daß die Vorfahren der Marquise von Stafford die „großen Männer" des nördlichsten Teils von Schottland, von fast drei Vierteln von Sutherlandshire waren. Diese Grafschaft ist ausgedehnter als manches französische Departement oder manches kleine deutsche Fürstentum. Als die Gräfin von Sutherland diese Güter erbte, die sie nachmals ihrem Gatten, dem Marquis von Stafford, späterem Herzog von Sutherland, zubrachte, war die Bevölkerung schon auf nur mehr 15000 Seelen reduziert. Die Frau Gräfin beschloß, eine ökonomische Radikalkur vorzunehmen und den ganzen Landesteil in Schafweiden zu verwandeln. Von 1814 bis 1820 wurden diese 15000 Einwohner, die auf etwa 3000 Familien sich verteilten, systematisch verjagt und vertrieben. Alle ihre Dörfer wurden niedergerissen und niedergebrannt und alle ihre Felder in Schaftriften verwandelt. Britische Soldaten wurden zu dieser Exekution kommandiert, und es kam zu Schlägereien zwischen ihnen und den Eingeborenen. Ein altes Weib, das sich weigerte, seine Hütte zu verlassen, wurde mit dieser verbrannt. So eignete sich diese Madame 794000 Acres Land an, das seit undenklichen Zeiten dem Clan gehörte. In einem Übermaß von Freigebigkeit wies sie den vertriebenen Eingeborenen 6000 Acres, das ist zwei Acres pro Familie, zu. Diese 6000 Acres hatten bisher wüst gelegen und den Eigentümern keine Einkünfte abgeworfen. Die Gräfin war so großmütig, für den Acre durchschnittlich nur 2 Schilling 6 Pence von den Clanleuten zu fordern, die seit Jahrhunderten ihr Blut für die gräfliche Familie vergossen hatten. Das ganze ungesetzlich angeeignete Clanland teilte sie in 29 große Schaffarmen; jede wurde nur von einer einzigen Familie, meist englische Landarbeiter, bewohnt. Im Jahre 1821 schon waren die 15000 Gälen durch 131000 Schafe ersetzt.

Ein Teil der Eingeborenen war an das Seegestade geschleudert worden und versuchte dort vom Fischfang zu leben. Sie wurden zu Amphibien, die nach dem Ausspruch eines englischen Autors halb zu Wasser, halb zu Lande lebten und doch immer von beidem nur halb leben konnten.

Sismondi schreibt in seinen Etudes sociales über diese Expropriierung der Gälen aus Sutherlandshire — ein Beispiel, das übrigens

von den anderen „großen Männern“ Schottlands nachgeahmt wurde —: „Die große Ausdehnung der herrschaftlichen Besitztümer ist nicht bloß England eigentümlich. Überall im Reich Karls des Großen, überall im Abendland wurden ganze Provinzen von kriegerischen Heerführern an sich gerissen, die sie zu ihrem Nutzen durch die Besiegten und hie und da durch ihre eigenen Waffengefährten bebauen ließen. Im neunten und zehnten Jahrhundert waren Maine, Anjou und Poitou für die Grafen dieser Provinzen eher drei große Landgüter als drei Fürstentümer. Die Schweiz, die in so vielen Beziehungen Schottland ähnelt, war ebenfalls zu jener Zeit unter einer kleinen Anzahl von Herren aufgeteilt. Wenn die Grafen von Kyburg, von Lenzburg, von Habsburg und von Gruyères unter dem Schutze englischer Gesetze gestanden hätten, so wären sie heute genau in derselben Situation wie die Grafen von Sutherland vor zwanzig Jahren. Manche unter ihnen hätten vielleicht dieselbe Vorliebe für Verbesserungen gehabt wie die Herzogin von Stafford, und mehr als eine Republik hätte aus den Alpen verschwinden müssen, um Schafherden Platz zu machen. Nicht einmal der despotischste Monarch Deutschlands würde sich derartiges erlauben können.“

Darauf erwidert Herr Lock in seiner Verteidigung der Gräfin von Sutherland (1820): „Warum sollte gerade in diesem besonderen Falle eine Ausnahme von der in jedem anderen Fall geübten Regel gemacht werden? Warum sollte die absolute Autorität des Gutsherrn über sein Land allgemeinen Interessen und Motiven aufgeopfert werden, die nur die Allgemeinheit angehen?“

Warum also sollten die Sklavenhalter der Südstaaten Nordamerikas ihre Privatinteressen den philanthropischen Gelüsten Ihrer Hoheit der Frau Herzogin von Sutherland zuliebe opfern? Die britische Aristokratie, die den Menschen überall durch Schafe und Ochsen ersetzte, wird in nicht allzu ferner Zukunft ihrerseits durch diese nützlichen Tiere ersetzt werden.

Der Prozeß des Bauernlegens (clearing of estates) spielte sich genau so, wie wir ihn eben in Schottland beschrieben, im sechzehnten, siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert in England ab. Thomas Morus klagt darüber schon zu Beginn des sechzehnten Jahrhunderts. In Schottland vollzog er sich zu Beginn des neunzehnten Jahrhunderts, und in Irland ist er augenblicklich in voller Blüte. Der edle Viscount Palmerston legte vor einigen Jahren genau in der oben geschilderten Weise die Bauern auf seinen Gütern in Irland.

Wenn der Ausspruch „Eigentum ist Diebstahl" irgendwo zutrifft, dann buchstäblich beim Eigentum der britischen Aristokratie. Raub an Kirchengütern, Raub an Gemeindegütern, betrügerische, von Mord und Totschlag begleitete Umwandlung feudalen und patriarchalischen Besitzes in Privateigentum, das sind die Rechtstitel der britischen Aristokratie auf ihren Besitz. Und welche Dienste ein serviler Anwaltsstand bei diesem letzten Prozeß leistete, das verrät uns ein englischer Jurist aus dem letzten Jahrhundert, Dalrymple, der in seinem Buch „Geschichte des Feudaleigentums" ganz naiv darlegt, daß bei Besitzstreitigkeiten jedes Gesetz und jede Urkunde über Besitz in England zur Zeit, wo die Mittelklasse an Reichtum zunahm, von den Anwälten zugunsten der Mittelklasse, in Schottland zur Zeit, wo sich der Adel bereicherte, zugunsten des Adels — in jedem Falle aber in einem dem Volke feindlichen Sinne ausgelegt wurde. Die oben geschilderte türkische Reform der Gräfin von Sutherland war wenigstens vom Standpunkt des Malthusianismus aus gerechtfertigt. Andere schottische Edelleute gingen noch weiter. Nachdem man Menschen durch Schafe ersetzt hatte, wurden Schafe durch Wild und Weidegründe durch Wildgehege ersetzt. Der Herzog von Argyll war darin allen voran. In R. Somers „Letters on the Highlands" (1848) findet sich folgender Passus: „Nach der Eroberung verwandelten die normannischen Könige große Teile englischen Landes in Waldboden, ganz ähnlich, wie heute die Gutsherren hier im Hochland vorgehen."

Und die durch die Schafe der Gräfin von Sutherland und durch das Wild des Herzogs von Argyll verdrängten menschlichen Geschöpfe, wo fanden sie größtenteils ihr Heim, ihre Zuflucht? In den Vereinigten Staaten von Nordamerika. Feinde der englischen Lohnsklaverei haben das Recht, die Negersklaverei zu verdammen — eine Herzogin von Sutherland, ein Herzog von Argyll, ein Wollbaron aus Manchester — nimmermehr!

Die Todesstrafe. – Herrn Cobdens Pamphlet. – Anordnungen der Bank von England.

London, 28. Januar 1853 (N. Y. T., 18. Februar 1853).

Die Times vom 25. Januar bringt unter der Spitzmarke „Selbstmörderamateure" folgende Betrachtungen: „Oft konnte man schon die Beobachtung machen, daß bei uns zulande jeder öffentlichen Hinrichtung

eine Reihe von Selbstmorden oder zufälligen Todesfällen durch Erhängen folgt, offenbar unter dem gewaltigen Einfluß, den die Hinrichtung eines bekannten Verbrechers auf unreife und krankhafte Gemüter ausübt." Bei den verschiedenen Fällen, die die Times zur Illustration dieser Behauptung anführt, handelt es sich einmal um einen Irrsinnigen in Sheffield, der, nachdem er sich mit anderen Irren über die Hinrichtung Barbours unterhalten hatte, seinem Leben ein Ende machte, indem er sich erhängte. Ein zweiter Fall ist der eines vierzehnjährigen Jungen, der sich ebenfalls aufhing.

Die Doktrin, um deren Unterstützung willen diese Fälle angeführt werden, wird kaum ein vernünftiger Mensch erraten; ist es doch nicht weniger als eine direkte Apotheose des Henkers, und wird doch die Todesstrafe als Ultima ratio der Gesellschaft hingestellt. Dies geschieht in einem leitenden Artikel des „leitenden Blattes".

Der Morning Advertiser kritisiert aufs schärfste die Vorliebe der Times für den Scharfrichter und ihre blutige Logik und schließt seine zutreffende Kritik mit der Angabe folgender interessanter Daten von dreiundzwanzig Tagen des Jahres 1849:

Hinrichtung von:		Morde und Selbstmorde:	
Millan	20. März	Hanna Saddles	22. März
Petley	20. =	N. G. Newton	22. =
Smith	27. =	J. G. Gleeson (vier Morde in Liverpool)	27. =
Howe	31. =	Mord und Selbstmord in Leicester	2. April
Landish	9. April	Vergiftung in Bath	7. =
Sara Thomas	9. =	W. Bailey	8. =
Griffith	18. =	J. Ward ermordet seine Mutter	13. =
Rush	21. =	Yardley	14. =
		Doxy, Vatermord	14. =
		J. Barley tötet seine zwei Kinder und sich selbst	14. =

Die Times selbst muß zugeben, daß diese Tabelle nicht nur Selbstmorde, sondern auch die scheußlichsten Mordtaten aufweist, die immer unmittelbar der Hinrichtung von Verbrechern folgen. Der bewußte Artikel bringt erstaunlicherweise auch nicht ein Argument zugunsten der darin propagierten barbarischen Theorie. Es ist eben schwer, wenn nicht unmöglich, ein Prinzip aufzustellen, womit man die Berechtigung und

Zweckmäßigkeit der Todesstrafe in einer auf ihre Zivilisation stolzen Gesellschaft zu begründen vermöchte. Man hat die Strafe im allgemeinen verteidigt als ein Mittel entweder zu bessern oder einzuschüchtern. Aber welches Recht hast du, mich zu strafen, um andere zu bessern oder einzuschüchtern? Geschichte und Statistik beweisen überdies zur Genüge, daß die Welt seit Kain durch Strafe weder gebessert noch eingeschüchtert wurde. Ganz im Gegenteil. Vom Standpunkt des abstrakten Rechts gibt es nur eine Theorie der Bestrafung, die die menschliche Würde abstrakt anerkennt, und das ist die Kantsche Theorie, besonders in der strengeren Fassung von Hegel. Dieser sagt: „Strafe ist das Recht des Verbrechers. Sie ist ein Akt seines eigenen Willens. Die Verletzung des Rechts proklamiert der Verbrecher als sein Recht. Sein Verbrechen ist die Negation des Rechts. Strafe ist die Negation dieser Negation und folglich eine Bestätigung des Rechts, die durch den Verbrecher selbst herausgefordert und ihm aufgezwungen wird."

Zweifellos besticht dieser Grundsatz sehr, da Hegel, statt in dem Verbrecher nur ein bloßes Objekt, den Sklaven der Justiz zu sehen, ihn zum Rang eines freien Wesens mit Selbstbestimmung erhebt. Sehen wir jedoch etwas näher zu, so entdecken wir, daß der deutsche Idealismus hier wie in vielen anderen Fällen nur die Gesetze der bestehenden Gesellschaft sanktioniert und ihnen ein übersinnliches Mäntelchen umhängt. Täuscht man sich nicht selbst, wenn man an Stelle des Individuums mit seinen wirklichen Beweggründen, seinen zahlreichen ihn bedrängenden sozialen Schwierigkeiten die Abstraktion des „freien Willens" setzt, eine der vielen menschlichen Eigenschaften an Stelle des Menschen selbst? Diese Theorie, die die Strafe als das Ergebnis des eigenen Willens des Verbrechers ansieht, ist nur der metaphysische Ausdruck des alten Rechts auf Wiedervergeltung, des „jus talionis": Auge um Auge, Zahn um Zahn, Blut um Blut. Eigentlich ist Strafe nichts anderes als ein Verteidigungsmittel der Gesellschaft gegen irgendeine Verletzung ihrer Lebensbedingungen. Was für eine erbärmliche Gesellschaft ist das, die kein besseres Verteidigungsmittel kennt, als den Scharfrichter, und die durch das „führende Blatt der Welt" ihre Brutalität als ewiges Gesetz verkünden läßt!

Quételet sagt in seinem ausgezeichneten gelehrten Werk „L'homme et ses Facultés": „Es gibt ein Budget, das wir mit unheimlicher Regelmäßigkeit bezahlen, das sind die Ausgaben für Gefängnis, Kerker

und Galgen.... Wir können fast mit ebensolcher Sicherheit vorhersagen, wie viele Menschen sich mit dem Blut ihrer Nebenmenschen beflecken, wie viele mit Gift arbeiten, wie viele Fälschungen begehen werden, als wir die Zahl der jährlichen Geburten und Todesfälle voraussagen können."

Quételet sagte in einer Berechnung der Wahrscheinlichkeiten der Verbrechen, die er im Jahre 1829 veröffentlichte, mit erstaunlicher Sicherheit nicht nur die Zahl, sondern auch die verschiedene Art der Verbrechen voraus, die in Frankreich im Jahre 1830 begangen werden würden. Daß nicht so sehr die speziellen politischen Verhältnisse eines Landes als vielmehr die fundamentale Beschaffenheit der modernen Bourgeoisgesellschaft im allgemeinen diesen Prozentsatz von Verbrechen bei den einzelnen Teilen der Gesellschaft verursachen, erwies Quételet in folgenden Tabellen für die Jahre 1822 bis 1824. Von hundert verurteilten Verbrechern in Amerika und Frankreich waren im

Alter	Philadelphia	Frankreich
Unter 21 Jahren	19	19
Von 21 bis 30 Jahren	44	35
" 30 " 40 "	23	23
Über 40 Jahren	14	23
Total	100	100

Wenn also Verbrechen, sobald man sie in großer Zahl beobachtet, an Häufigkeit und Art die Regelmäßigkeit von Naturerscheinungen zeigen, wenn es, um mit Quételet zu sprechen, schwierig wäre, zu entscheiden, „auf welchem der beiden Gebiete (der physischen Welt oder des gesellschaftlichen Systems) die Ursachen ihre notwendigen Wirkungen mit größerer Regelmäßigkeit nach sich ziehen", besteht da nicht die Notwendigkeit, ernstlich über die Änderung eines Systems nachzudenken, das solche Verbrechen züchtet, statt den Scharfrichter zu verherrlichen, der eine Menge Verbrecher beseitigt, nur um wieder Platz für neue zu schaffen?

Das neueste Tagesgespräch bildet jetzt die neu erschienene Broschüre Richard Cobdens, betitelt „1793 and 1853, in three Letters" (140 Seiten). Im ersten Teil der Broschüre behandelt er die Zeit vor der Revolution und diese Epoche selbst und attackiert mit rühmenswerter Offenheit und Kraft die seit jeher darüber herrschenden englischen Vorurteile. Cobden zeigt, daß England der angreifende Teil im Revolutionskrieg war. Allerdings darf er auf diesem Gebiet keine Originalität beanspruchen, denn seine Darstellung ist eigentlich nur eine Wiederholung, und noch

dazu eine viel weniger glänzend geschriebene, der Ausführungen des Großmeisters unter den englischen Pamphletisten, des verstorbenen William Cobbett. Der andere Teil der Broschüre hat trotz seines ökonomischen Inhalts einen gewissen romantischen Anstrich. Herr Cobden gibt sich alle Mühe, darzulegen, wie absurd die Annahme sei, daß Louis Napoleon in England einzufallen gedenke; das Geschwätz über Englands wehrlosen Zustand entbehre jeglicher Grundlage und werde nur von Leuten verbreitet, die ein Interesse an der Erhöhung der öffentlichen Ausgaben haben. Wodurch beweist er nun, daß Louis Napoleon keine feindlichen Absichten gegen England hegt? Einfach indem er behauptet, Louis Napoleon habe keinen vernünftigen Grund, England anzugreifen. Und wie beweist er die Unmöglichkeit eines feindlichen Angriffs auf dieses Land? Einfach indem er sagt, England sei seit achthundert Jahren nicht angegriffen worden. Und wodurch beweist er, daß die Gerüchte über den wehrlosen Zustand Englands nur eigennütziger Schwindel seien? Einfach, weil die höchsten militärischen Autoritäten erklärt haben, sie fühlten sich ganz sicher.

Louis Napoleon hat nicht einmal in der Assemblée législative einen leichtgläubigeren Bewunderer seiner Zuverlässigkeit und seiner friedlichen Absichten gefunden, als er jetzt ganz unerwartet in Herrn Richard Cobden findet. Morning Herald, der gewohnte Verteidiger Louis Napoleons, veröffentlicht in seiner gestrigen Nummer einen an Cobden gerichteten Brief, der vermutlich von Bonaparte selbst inspiriert ist und in dem der prinzliche Held von Satory uns die Versicherung gibt, daß er nur dann nach England herüberkommt, wenn die durch eine aufständische Demokratie bedrängte Königin etwa zweihunderttausend seiner Dezemberbanditen oder Zuhälter brauchen sollte. Diese Demokratie ist aber, wie der Herald meint, niemand anderer als die Herren Cobden und Kompanie.

Nachdem wir das betreffende Büchlein gelesen, müssen wir gestehen, daß wir selbst fast einen Verdacht empfinden, als stünde so etwas wie eine Invasion in England bevor. Herr Cobden ist kein sehr glücklicher Prophet. Nach der Aufhebung der Korngesetze unternahm er eine Reise nach dem Kontinent, die ihn sogar bis Rußland führte. Zurückgekehrt, berichtete er, alles sei in schönster Ordnung, die Zeiten der Gewalt seien zu Ende, die Nationen befaßten sich aufs eifrigste mit nichts anderem als ihren Industrie- und Handelsunternehmungen, und ihrer friedlichen geschäftlichen Entwicklung drohten weder politische Stürme, noch

Aufstände, noch sonstige Störungen. Seine Prophezeiung mochte kaum den Kontinent erreicht haben, als die achtundvierziger Revolution in ganz Europa ausbrach und ein etwas ironisches Echo zu Herrn Cobdens sanftmütigen Weissagungen bildete. Er sprach von Frieden, wo es doch keinen Frieden gab.

Es wäre ein großer Irrtum, anzunehmen, daß das Friedensevangelium der Manchesterschule tiefe philosophische Bedeutung habe. Es besagt bloß, daß die feudale Methode der Kriegführung durch die kaufmännische ersetzt werden soll — Kanonen durch Kapital. Die Friedensgesellschaft hielt gestern in Manchester eine Versammlung ab, auf der fast einstimmig erklärt wurde, daß man Louis Napoleon nicht unterschieben könne, feindliche Absichten gegen Englands Sicherheit zu hegen. Wenn nur die Presse ihre widerliche Kritik an seiner Regierung einstellen und verstummen wollte! Dieser Behauptung gegenüber nimmt es sich nun wunderlich aus, daß die erhöhten Voranschläge für Armee und Marine im Unterhaus widerspruchslos angenommen wurden, und keines der Parlamentsmitglieder, die auf der Friedenskonferenz anwesend waren, gegen die vorgeschlagene Verstärkung der Streitkräfte etwas einzuwenden hatte.

Die politisch stille Zeit, die durch die Vertagung des Parlaments hervorgerufen ist, sucht sich die Presse damit zu verkürzen, daß sie über die kommende Reformbill und über die letzten Bestimmungen des Diskontsatzes der Bank von England orakelt.

Die Times vom 24. dieses Monats teilt dem Publikum mit, daß eine Reformbill in Vorbereitung ist. Welcher Art sie sein wird, kann man aus der Wahlrede von Sir Charles Wood in Halifax entnehmen, in der er sich gegen das Prinzip der gleichen Wahlbezirke aussprach; ferner aus der Rede von James Graham in Carlisle, der die geheime Abstimmung verwarf, und aus der vertraulichen Mitteilung, daß sogar die kleinen Reformpillen, die Sir John Russell im Februar 1852 verschrieb, noch als viel zu gefährlich und stark erachtet wurden. Noch verdächtiger aber ist es, daß das Mundstück des Koalitionsministeriums, The Economist in der Nummer vom 22. Januar nicht nur behauptet, „daß die Reform unseres Repräsentativsystems nicht zu allererst auf der Liste der dringlichen Fragen von äußerster Wichtigkeit stehe", sondern auch, daß uns „das Material für die gesetzgeberische Aktion fehlt. Ausdehnung, Ausgleichung, Reinigung, Schutz und Neu-

verteilung des Wahlrechts sind Einzelheiten der Frage, die alle ernstes Studium und viel Nachdenken erfordern. . . . Nicht daß etwa mancher von unseren Staatsmännern über alle oder doch einzelne dieser Punkte nicht wohl informiert wäre; aber ihre Informationen sind zusammengelesen, nicht verarbeitet, sie sind zusammengewürfelt, lückenhaft und unvollkommen. . . .

Diesem Übelstand ist offenbar nur so abzuhelfen, daß man eine Untersuchungskommission einsetzt, die alle Punkte zu untersuchen hat, die direkt oder indirekt mit dem Gegenstand zusammenhängen."

So wird denn dieses Ministerium im Methusalemalter seine politischen Studien coram publico von neuem beginnen. Die Kollegen eines Peel, eines Melbourne, der Untergebene Cannings, der Stellvertreter des älteren Grey, Männer, die unter Lord Liverpool dienten, andere, die in Lord Granvilles Kabinett saßen, alles Männer, deren Anfänge ein halbes Jahrhundert her sind, sollen aus Mangel an Erfahrung unfähig sein, dem Parlament irgendwelche entscheidende Vorschläge zu einer Wahlreform zu machen. Das alte Sprichwort, daß die Erfahrung mit dem Alter kommt, wird dadurch ad absurdum geführt. „Diese Schüchternheit einer Koalition von Veteranen ist zu komisch, als daß man sie leicht beschreiben könnte," ruft Daily News aus und fügt hinzu: „Wo ist eure Reformbill?"

Morning Advertiser antwortet: „Wir sind fast versucht, anzunehmen, daß uns die jetzige Session überhaupt keine Reformbill bringen wird. Vielleicht wird man versuchen, einige Gesetze zur Verhütung und Bestrafung von Wahlbestechung oder minder wichtiger Materien einzubringen, vielleicht wird ein Versuch gemacht werden, den Übeln zu steuern, die mit der parlamentarischen Vertretung des Landes verbunden sind, aber man wird eine solche Art der Gesetzgebung nicht Reformbill nennen können."

Die Panik, die die letzte Diskontobestimmung der Bank von England hervorrief, ist nun gewichen, und Praktiker wie Theoretiker haben sich vergewissert, daß die jetzige Prosperität nicht ernstlich bedroht oder gefährdet werden wird.

Man lese jedoch folgenden Auszug aus dem Economist: „Dieses Jahr wurde auf ungeheuren Strecken unseres Landes überhaupt nichts ausgesät. Auf jedem größeren Gebiet unseres schweren Bodens blieb viel von dem für Weizen bestimmten Lande unbebaut, und manche bebauten Par-

tien sind auch in keiner besseren Verfassung, denn entweder ist die Saat nicht aufgegangen, oder sie kam so spärlich oder wurde dermaßen von Schnecken zerfressen, daß die Aussichten für die Besitzer des bebauten Landes kaum troftreichere sind als für die des unbebaut gebliebenen. Es ist nun fast unmöglich geworden, das ganze Weizenland zu bebauen."

Die Krisis, die durch die Eröffnung der kalifornischen und australischen Märkte und Minen etwas verzögert wurde, wird also zweifellos einsetzen, wenn eine schlechte Ernte erfolgt. Die Diskontoregulierungen der Bank von England sind nur die ersten Vorzeichen dafür. 1847 änderte die Bank den Diskontsatz dreizehnmal; 1853 wird es vielleicht zwanzigmal geschehen. Ich möchte zum Schluß dem Economist die Frage vorlegen, wieso es kommt, daß die moderne politische Ökonomie ihren Kriegszug gegen den Merkantilismus damit begann, daß sie bewies, Zustrom und Abstrom des Goldes in einem Lande seien für dasselbe gleichgültig, Produkte tauschten sich nur gegen Produkte aus, und Gold sei ein Produkt wie jedes andere. Und warum diese selbe Ökonomie jetzt, wo sie am Ende ihrer Laufbahn steht, den Zufluß und Abfluß des Goldes aufs ängstlichste beobachtet? „Der wahre Zweck, den die Bank durch ihre Operationen zu erfüllen hat," sagt der Economist, „ist der, zu verhüten, daß Kapital exportiert wird." Würde es aber dem Economist einfallen, eine Ausfuhr von Kapital in Gestalt von Baumwolle, Eisen, Wollgarnen und Stoffen verhindern zu wollen? Und ist Gold nicht ein Produkt wie jedes andere? Oder ist der Economist auf seine alten Tage Merkantilist geworden? Und will er etwa, nachdem die Einfuhr von auswärtigem Kapital freigegeben wurde, die Ausfuhr von britischem Kapital verhindern? Will er, nachdem er sich vom zivilisierten Schutzzollsystem befreit hat, etwa zum türkischen zurückkehren?

Im Moment, wo ich mein Schreiben schließe, teilt man mir mit, daß in politischen Zirkeln ein Gerücht kursiert, wonach Gladstone mit mehreren leitenden Mitgliedern des Aberdeen-Ministeriums wegen der Einkommensteuer in Differenzen geriet, und daß das Ergebnis dieser Differenzen möglicherweise der Rücktritt des ehrenwerten Gentleman sein wird. In diesem Fall wird wahrscheinlich Sir Francis Baring, früherer Schatzkanzler unter Lord Melbourne, sein Nachfolger werden.

Verteidigung. – Finanzen. – Abnahme der Aristokratie. – Politik.

London, 8. Februar 1853 (N. Y. T., 23. Februar 1853).

Daily News behauptet, daß die Einrichtung einer Küstenmiliz zu Verteidigungszwecken von der Regierung ernsthaft in Betracht gezogen wird.

Die Bankberichte zeigen eine weitere Abnahme des Goldvorrats um den Betrag von 362084 Pfund Sterling. Während der letzten vierzehn Tage wurden etwa 1000000 Pfund Sterling teils nach dem Kontinent, teils gemünzt nach Australien verschifft. Da die Goldvorräte in der Bank von Frankreich ebenfalls abnehmen, so ist offenbar ein System privaten Aufschatzens entstanden, das ein starker Beweis für das allgemeine Mißtrauen in die Dauerhaftigkeit der napoleonischen Regierung ist.

Augenblicklich stellen die Arbeiter allgemein die Forderung nach höherem Lohn, insbesondere die Schiffbauer, Kohlengräber, Fabrikarbeiter und Handwerker. Diese Forderung entspringt der herrschenden Prosperität und kann als keine besonders merkwürdige Erscheinung angesehen werden. Eine Tatsache, die mehr Beachtung verdient, ist ein regelrechter Streik der ländlichen Arbeiter, ein bisher noch nie dagewesenes Ereignis. Die Landarbeiter von South Wilts streikten um eine Lohnerhöhung von 2 Schilling, da ihr Wochenlohn jetzt nur 7 Schilling beträgt.

Laut Bericht der Generalregistratur betrug die Auswanderung aus Großbritannien im verflossenen Jahr 1000 Personen pro Tag; die Vermehrung der Bevölkerung war etwas geringer, gleichzeitig damit nahmen die Heiraten stark zu.

In den letzten zwei Wochen sind durch den Tod des Viscount Melbourne, des Earls von Tyrconnel und des Earls von Oxford drei Pairschaften erloschen. Wenn es eine Klasse gibt, die von dem Malthusschen Gesetz der Vermehrung in geometrischer Progression frei ist, so ist es die der erblichen Aristokratie. Nehmen wir zum Beispiel die Pairs und Barone von Großbritannien. Von dem normännischen Adel existiert heute nur mehr wenig oder fast nichts mehr, und von den ursprünglichen Baronetfamilien aus König Jakobs I. Zeiten nicht viel mehr. Die große Mehrzahl des Hauses der Lords wurde seit 1760 geschaffen. Der Rang der Baronets entstand 1611 unter Jakob I. Nur mehr dreizehn überleben noch heute von der ganzen Zahl der damals geschaffenen Baronetfamilien, und von denen, die 1625 ernannt wurden, blieben nur mehr 39. Die

außerordentliche Abnahme des venezianischen Adels liefert einen weiteren Beweis für die Wirksamkeit desselben Gesetzes, ungeachtet dort alle Söhne schon durch die Geburt adlig waren. Amelot zählte zu seiner Zeit in Venedig 2500 Adlige, die im Rate Stimmrecht besaßen. Zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts waren es nur mehr 1500, trotzdem inzwischen noch mehrere Familien hinzugekommen waren. Der oberste Rat von Bern nahm in den Jahren von 1583 bis 1654 487 Familien in das erbliche Patriziat auf; davon erloschen 379 im Laufe von zwei Jahrhunderten; im Jahre 1793 waren nur mehr 108 übrig. Aus früheren Zeiten berichtet uns Tacitus, daß Kaiser Klaudius ein neues Patriziergeschlecht schuf „exhaustis etiam, quas dictator Caesar lege Cassia, et princeps Augustus, lege Saenia, sublegere“. Aus diesen Tatsachen geht klar hervor, daß die Natur an der erblichen Aristokratie keinen Gefallen findet, und man kann kühnlich behaupten, daß das englische Haus der Lords längst eines natürlichen Todes gestorben wäre, wenn ihm nicht stets neues Blut zugeführt und ein künstliches Pfropfsystem angewendet würde. Die moderne Physiologie hat festgestellt, daß unter den höheren Tieren die Fruchtbarkeit im umgekehrten Verhältnis zur Entwicklung des Nervensystems, insbesondere zu der wachsenden Gehirnmasse abnimmt. Allerdings wird niemand zu behaupten wagen, daß das Erlöschen der englischen Aristokratie irgendwie auf einen Überfluß an Gehirnmasse zurückzuführen sei.

Es scheint, als würde das „tausendjährige Reich" von denselben Parteien, die es prophezeit und herbeigeführt haben, bereits jetzt als zusammengebrochen betrachtet, ehe noch das Unterhaus zusammentritt. Die Times sagt am 3. Februar: „Während Manchester Gift und Galle gegen das Ministerium Aberdeen speit . . ., verschwenden Irlands Klerikalismus und Sozialismus (?) ihr fragwürdiges Lob an Lord Derby und Herrn Disraeli."

Der Ausdruck irischer Sozialismus, auf den die Times anspielt, bezieht sich selbstverständlich auf die Agitation für das Pächterrecht. Ich beabsichtige, bei einem späteren Anlaß zu zeigen, daß die Theorien aller modernen englischen Bourgeoisökonomen sich in vollständiger Übereinstimmung mit dem Prinzip des Pächterrechts befinden. Wie wenig der Inhalt des eben zitierten Timesartikels von anderen Blättern geteilt wird, kann man aus folgender Bemerkung des Morning Advertiser ersehen: „Wir würden die Irländer verachten, wenn wir sie für fähig halten könnten, dem Prinzip des Pächterrechts untreu zu werden."

Die Wut des Aberdeenschen Organs erklärt sich durch die Tatsache des völligen Scheiterns des tausendjährigen Ministeriums. Die Herren Sadleir und Keogh waren die anerkannten Führer der irischen Brigade, der eine im Kabinett, der andere nach außen, der eine als Dirigent und Macher, der andere als Redner. Indem man diese beiden kaufte, hoffte man die ganze Gesellschaft zu gewinnen. Jedoch die Mitglieder der Brigade waren mit der Verpflichtung ins Parlament geschickt worden, in der Opposition und unabhängig von jeder Regierung zu bleiben, die nicht vollständige religiöse Gleichheit einführt und die Sharman Crawfords-bill zur Wahrung der irischen Pächterrechte verwirklicht. Die Times entrüstet sich also über Leute, die nicht gewillt sind, ihre Zusage zu brechen. Den unmittelbaren Anlaß zu diesem Entrüstungsausbruch gab ein Meeting und Bankett in Kells, Grafschaft Meath. Das Zirkular forderte alle, an die es gerichtet war, auf, ihrer Entrüstung „über die jüngste Desertion aus den Reihen der irischen Parlamentspartei" Ausdruck zu geben, und eine Resolution in diesem Sinne wurde angenommen.

Dieses Mißlingen der Berechnung des Ministeriums in bezug auf die Brigade hätte man voraussehen können; aber die große Tragweite einer Wandlung, die sich in Charakter und Position der irischen Parteien jetzt vollzieht, scheinen weder sie selbst noch die englische Presse gewahr zu werden. Die Bischöfe und die Masse des Klerus billigen das Verfahren der katholischen Mitglieder, die in die Regierung eintraten. In Carlow unterstützte die gesamte Geistlichkeit Herrn Sadleir, der nicht unterlegen wäre, hätten sich nicht alle Anhänger des Pächterrechts gegen ihn vereinigt. Wie die wahrhaft katholische Partei über diese Spaltung denkt, kann man aus einem Artikel des französischen Univers entnehmen, dem europäischen Organ des Jesuitismus: „Der einzige Vorwurf, den man den Herren Keogh und Sadleir mit Fug und Recht machen kann, ist der, daß sie es duldeten, daß man sie mit zwei Assoziationen in Verbindung brachte (die Pächterliga und die Assoziation zur Erkämpfung der Religionsgleichheit), die kein anderes Ziel kennen, als die Anarchie offenkundig zu machen, von der Irland verzehrt wird." Im Übermaß seiner Entrüstung verrät der Univers sein Geheimnis: „Wir sind tief betrübt darüber, daß diese beiden Assoziationen in offene Opposition gegen Bischöfe und Geistliche getreten sind, und dies in einem Lande, wo die Seelsorger und kirchlichen Würdenträger bisher die sichersten Führer des Volkes und der Nation waren."

Wir können daraus schließen, daß der Univers veranlassen würde, daß man die Anhänger des Pächterrechts, wenn sie zufällig in Frankreich wären, nach Cayenne verschickte. Die Repealbewegung war nur eine politische Aktion, und der katholische Klerus mochte sie daher benutzen, um von der englischen Regierung Konzessionen zu erpressen, wobei das irische Volk den Priestern nur als Werkzeug diente. Die Agitation für das Pächterrecht ist eine tiefgewurzelte soziale Bewegung, die in ihrem weiteren Verlauf unfehlbar eine Spaltung zwischen der Kirche und der irischen revolutionären Partei hervorrufen und so das Volk von der geistigen Knechtschaft befreien wird, die jahrhundertelang alle seine Kämpfe, Bestrebungen und Opfer zunichte machte.

Ich gehe nun zu der „Reunion" der führenden Reformer der Grafschaft Leicester und ihrer Vertreter über, die am 3. dieses Monats in Manchester abgehalten wurde. Herr George Wilson präsidierte. Er sprach bloß von der ungerechten Vertretung der Handels- und Industriebezirke im Vergleich zu den Ackerbaudistrikten und ließ sich darüber folgendermaßen aus: „In den fünf Grafschaften Buckingham, Dorset, Wilts, Northampton und Shropshire wurden 63 Mitglieder von 52921 Wählern gewählt, während die zwei Grafschaften Lancashire und Yorkshire mit 89669 ländlichen und 84612 städtischen Wählern, zusammen also 174281, nur die gleiche Anzahl von Vertretern wählten. Wenn es daher auf die Wählerzahl ankäme, hätten also die fünf Grafschaften nur Anspruch auf 29 Vertreter, während Lancashire im Verhältnis 97 zu beanspruchen hätte. Zwölf große Städte (London doppelt gerechnet) entsenden 24 Vertreter, die mit 192000 Stimmen gewählt sind, bei einer Einwohnerzahl von 3268218 und 388000 bewohnten Häusern. Andover, Buckingham, Chippenham, Cockermouth, Totneß, Harwich, Bedford, Lymington, Marlborough, Great Marlborough und Richmond sind ebenfalls durch 24 Mitglieder vertreten, haben aber 3569 Wähler bei 67434 Einwohnern und 1373 bewohnten Häusern. . . . Der schüchternste Reformer und der gemäßigtste Mensch hätte wohl kaum etwas dagegen einzuwenden, wenn man den Wahlkreisen, die eine Bevölkerung von unter 5000 Seelen haben, das Wahlrecht entzöge und die zwanzig Mandate diesen größeren Wahlkreisen zuwendete."

Herr Milner-Gibson, M. P., befaßte sich mit dem Thema des nationalen Unterrichts und der Besteuerung des Wissens. In seiner Rede verdient die Stelle Beachtung, die Bezug auf die Reformbill nimmt und in

der er zu dem Punkt der gleichen Wahlbezirke erklärt: „Daraus kann allerdings eine wichtige Klassenfrage werden."

Herr Brotherton, ein anderes Parlamentsmitglied, sagte: „Heute kann keine Reformbill mehr befriedigen, die nicht die gleiche Verteilung der Vertretung befürwortet."

Bei weitem die denkwürdigste Rede jedoch hielt Herr Bright, M. P., der wirkliche Mann unter den „Manchestermännern". Er sagte: „Die Regierung ist eine Koalitionsregierung aus Whigs und Peeliten. . . . Es liegt gar kein Grund vor, zu jubilieren und zu tun, als ob wir Männer in der Regierung hätten, die eine neue Politik verfolgten, neue Grundsätze hätten, einen großen Anlauf nehmen wollten und nicht von allen Reformfreunden im ganzen Land erst angetrieben werden müßten." (Hört!)

In bezug auf die Parlamentsreform sagte er: „Hätte Louis Napoleon in Frankreich mit einer Vertretung begonnen wie der unsrigen; hätte er alle Mitglieder in den Landbezirken wählen lassen, in denen die Familie Bonaparte so populär ist, und nicht erlaubt, daß Paris, Lyon, Marseille vertreten werden, so hätte die ganze Presse Englands sich über diese Scheinvertretung entrüstet, die er in jenem Lande errichtete. (Hört, hört!) . . . Wir haben hier in Lancashire ein Achtel der Bevölkerung Englands; wir haben hier ein Zehntel seines steuerpflichtigen Eigentums, und wir haben hier ein Zehntel sämtlicher Häuser. . . . Wir fangen an zu erkennen, woran wir sind. (Lauter Beifall.) . . . Noch eine andere kleine Schwierigkeit ist da; das ist die der geheimen Abstimmung. (Hört, hört!) Ich las die Rede, die Lord John Russell bei einer Wahl hielt, und dachte, wahrlich, die Londoner Wähler müssen bei ausgezeichnetem Humor gewesen sein, sonst hätten sie seine Erklärung, ‚er sei überall gegen Geheimniskrämerei', nicht ohne Widerspruch passieren lassen können. Als ich das las, sagte ich zu mir selbst: Wäre ich einer deiner Wähler gewesen, so hätte ich dir geraten, einen Reporter aus der Redaktion der Times zur nächsten Kabinettsitzung mitzunehmen." (Hört, hört! und Heiterkeit.)

„Hören wir jetzt, was Sir James Graham erklärt: Er glaube nicht, daß man das Wahlgeheimnis obligatorisch machen könne.

„Warum soll es nicht obligatorisch gemacht werden können? Das öffentliche Wahlrecht wurde doch auch obligatorisch gemacht, und ebenso kann es mit dem geheimen geschehen. Auf alle Fälle ist es schon in

Massachusetts und vielleicht auch in anderen Staaten Nordamerikas eingeführt; und Sir James Graham weiß sehr genau, daß keine große Kraft in dem lag, was er an einem Regentag in Carlisle vor zwei- oder dreitausend Zuhörern sagte, wo, wie ich annehme, die Leute unter ihren Regenschirmen seine Ausführungen nicht allzu sorgfältig prüften."

„Wir dürfen nicht vergessen," schloß Bright, „daß alles, was das Land seit der Revolution von 1688 erreichte — und besonders die Errungenschaften der letzten Jahre —, erreicht wurde in dem männlichen Kampf der Industrie und Handel treibenden Klassen gegen die Aristokratie und die privilegierten Klassen dieses Landes. Wir müssen denselben Kampf weiterführen, es sind noch große Dinge zu vollbringen." (Hört, hört! und Beifall.)

Die einstimmig angenommene Resolution lautet: „Diese Versammlung ersucht die liberalen Mitglieder, die mit der Grafschaft Lancaster in Verbindung sind, sich als Organe zu betrachten, die jeden Schritt zur Förderung der parlamentarischen Reform tatkräftig unterstützen in der Absicht, der Grafschaft eine solche Vermehrung ihrer Vertretung zu sichern, wie sie ihre Bevölkerung, ihr Reichtum, ihre Industrie und ihre Intelligenz erfordert."

Die Manchesterschule hat bei dieser Versammlung wieder ihr Kriegsgeschrei: „Industrielle Bourgeoisie kontra Aristokratie" ertönen lassen. Andererseits aber hat sie auch das Geheimnis ihrer Politik verraten, das ist: Ausschluß des Volks von der Vertretung des Landes und strikte Aufrechterhaltung ihres besonderen Klasseninteresses. Das ganze Gerede über geheime Abstimmung, öffentlichen Unterricht, Besteuerung des Wissens usw. ist nur theoretisches Gewäsch; der einzige wichtige Punkt war die Gleichmachung der Wahlbezirke, der einzige wenigstens, zu dem eine Resolution gefaßt und von den Teilnehmern eine feste Zusicherung gefordert wurde. Warum das?

Bei gleichen Wahlbezirken würde das städtische Interesse über das ländliche Interesse die Oberhand bekommen — die Bourgeoisie würde zur Herrin des Unterhauses werden. Wäre es den Manchestermännern beschieden, gleiche Wahlbezirke durchzusetzen, ohne daß sie den Chartisten erhebliche Konzessionen zu machen brauchten, so hätten diese statt wie bisher zwei Feinde, die sich gegenseitig in ihrem Appell an sie überboten, eine kompakte Armee von Gegnern gegen sich, die ihre ganze Macht vereinigen würden, um sich den Forderungen des Volks zu wider-

setzen. Dann würde für eine Weile das Kapital unbeschränkt herrschen nicht nur in der Industrie, sondern auch in der Politik.

Ein böses Omen für das Koalitionsministerium könnte man aus den Lobsprüchen heraushören, die der gestürzten Regierung in Kells und Manchester gewidmet wurden. Herr Lucas, M. P., sagte in Kells, „es gäbe keine größeren Feinde des Pächterrechts als den Marquis von Lansdowne, Lord Palmerston, Sidney Herbert und andere. . . . Hätten nicht das Whigministerium und die Grahamleute stets an der Pachtfrage genörgelt? Da wären auf der anderen Seite die Toryoffiziellen; und er könne es dem Gewissen eines jeden überlassen, der die Vorschläge läse, die von den verschiedenen Parteien ausgingen, zu entscheiden, ob die Derbyregierung die Frage nicht tausendmal ehrlicher behandelte, als es die Whigs täten."

Und Milner-Gibson sagte bei der Versammlung in Manchester: „Wenn auch das Budget des letzten Ministeriums im ganzen nichts taugte, so waren doch Ansätze einer besseren zukünftigen Politik darin zu finden. (Hört, hört!) Der letzte Schatzkanzler hat zumindest das Eis gebrochen. Ich meine, was die Teezölle betrifft, und ich höre aus zuverlässiger Quelle, daß die letzte Regierung die Absicht hatte, die Inseratensteuer abzuschaffen."

Herr Bright ging in seinen Lobsprüchen noch weiter: „Die letzte Regierung tat in der Einkommensteuerfrage einen kühnen Schritt. Daß die Landedelleute von England, die doch die Besitzer großer Teile des unbeweglichen Grundeigentums sind, selbst hervortraten und einen Antrag unterstützten, demzufolge Grundbesitz anders besteuert werden soll als Einkommen aus Handelsbetrieben und anderen unsicheren Quellen, ist ein Schritt, den wir uns merken und dem wir in unserem Bezirk lebhaft zustimmen müssen. Und noch einen zweiten Punkt berührte Disraeli, und ich muß gestehen, daß ich ihm hierfür dankbar bin. In der Rede, in der er sein Budget einführte, und in jener Rede, in der er in der Nacht vor seiner letzten Niederlage drei Stunden lang mit dem Machtaufgebot kämpfte, das sich ihm entgegenstellte, da sprach er auch von der Erbschaftsteuer, worunter wir die Vermächtnis- und Testamentsgebühren verstehen, und er räumte ein, daß sie einer Reorganisation bedürfe." (Lauter Beifall.)

Der italienische Aufstand. – Britische Politik.

London, 11. Februar 1853 (N. Y. T., 25. Februar 1853).

Die politische Erstarrung, die hier unter dem Schutz eines von der Natur ausgebreiteten dichten Nebels so lange Zeit herrschte, ist plötzlich gewichen, als aus Italien revolutionäre Nachrichten eintrafen. Der elektrische Draht übermittelt die Nachricht, daß es am 6. dieses Monats in Mailand zu einem Aufstand kam, daß zwei Proklamationen angeschlagen worden seien, eine von Mazzini, die andere von Kossuth, in denen die Ungarn in der österreichischen Armee aufgefordert werden, sich den Revolutionären anzuschließen; daß der Aufstand zuerst niedergeschlagen worden sei, dann aber wieder begonnen habe; daß die Österreicher, die im Arsenal stationiert waren, massakriert worden seien usw.; daß die Tore Mailands geschlossen worden seien. Wohl veröffentlicht die französische Presse zwei weitere Depeschen, datiert aus Bern vom 8. und aus Turin vom 9. dieses Monats, in denen berichtet wird, die Erhebung sei am 7. vollständig unterdrückt worden. Freunde Italiens betrachten es jedoch als ein günstiges Anzeichen, daß seit zwei Tagen keinerlei direkte Nachricht an das englische Auswärtige Amt gelangt ist.

In Paris kursieren Gerüchte, daß in Pisa, Lucca und anderen Städten große Aufregung herrsche.

In Turin trat das Ministerium eilig zusammen infolge einer Mitteilung des österreichischen Konsuls, um über den Stand der Angelegenheiten in der Lombardei zu verhandeln. Es war am 9. Februar, als die erste Nachricht London erreichte; dieser Tag ist merkwürdigerweise auch der Jahrestag der Proklamation der römischen Republik im Jahre 1849, der Enthauptung Karls I. 1649 und der Entthronung Jakobs II. 1689.

Die Chancen der jetzigen Erhebung in Mailand sind geringe, wenn nicht einige österreichische Regimenter zu den Aufständischen übergehen. Hoffentlich wird es mir auf Grund von Privatbriefen aus Turin, die ich täglich erwarte, möglich sein, nähere Details über das ganze Ereignis zu geben.

Über die Art der Amnestie, die Louis Napoleon den französischen Flüchtlingen kürzlich gewährte, sind verschiedene Nachrichten in die Öffentlichkeit gedrungen. Viktor Frondes (ein früherer Offizier) erklärt in der Nation, einer Brüsseler Zeitung, daß er mit Erstaunen seinen Namen

in der Liste der Amnestierten gelesen habe; er hätte sich schon vor fünf Monaten selbst amnestiert, indem er aus Algier entwischte.

Der Moniteur kündigte zuerst an, daß 3000 Exilierte amnestiert werden und nur 1200 Bürger unter dem Bann der Proskription bleiben sollten. Einige Tage später verkündete dieselbe Autorität, daß 4312 Personen begnadigt worden seien, daß also Louis Napoleon 100 Leuten mehr verzieh, als er verurteilt hatte. Auf Paris und das Seinedepartement allein entfielen 4000 Exilierte. Von diesen sind nur 226 in die Amnestie eingeschlossen. Das Departement Hérault zählte 2611 Exilierte, 299 sind davon amnestiert. Das Nièvre lieferte 1478 Opfer, unter denen 1100 Familienväter mit durchschnittlich drei Kindern waren; davon sind 180 amnestiert. Im Departement Var sind von 2181 Verbannten 687 amnestiert. Von den 1200 nach Cayenne verschickten Republikanern sind nur wenige begnadigt worden, und zwar gerade solche, die aus dieser Strafkolonie schon entsprungen waren. Die Zahl der nach Algier verschickten und freigegebenen Personen ist groß, doch immerhin noch in keinem Verhältnis zu der ungeheuren Zahl der nach Afrika Verbrachten, die sich auf 12000 belaufen sollen. Die in England, Belgien, der Schweiz und Spanien lebenden Flüchtlinge sind mit sehr wenigen Ausnahmen von der Amnestie ausgeschlossen. Andererseits wieder enthält die Liste der Amnestierten eine große Anzahl von Personen, die entweder Frankreich niemals verließen oder denen doch längst wieder Rückkehr gestattet wurde; ja, es gibt sogar Namen, die in den Listen mehrere Male aufgeführt werden. Das scheußlichste aber ist die Tatsache, daß die Listen mit den Namen zahlreicher Personen angefüllt sind, die, wie wohl bekannt, in den blutigen Dezemberschlächtereien niedergemetzelt worden sind.

Gestern begann die neue Parlamentssession. Als würdige Einführung zu den künftigen Taten des Ministeriums vom tausendjährigen Reiche wurde folgende Szene im Oberhaus gemimt: Der Earl von Derby befragte den Earl von Aberdeen, welche Vorschläge die Regierung dem Parlament zu unterbreiten gedenke, worauf der letztere erwiderte, er hätte schon bei einem früheren Anlaß seine Grundsätze dargelegt, und eine Wiederholung wäre unangebracht, auch wäre eine weitere Mitteilung vor der Bekanntmachung im Unterhaus verfrüht. Und jetzt entwickelte sich ein sehr merkwürdiger Dialog, in dem der Earl von Derby redete und der Earl von Aberdeen nur zustimmend nickte:

Derby: „Ich möchte den edlen Lord befragen, welche Vorschläge er den Lords im Laufe der Session unterbreiten wolle."

Da nach einer Pause von mehreren Sekunden sich kein edler Lord erhob: „Bedeutet Stillschweigen keine Vorschläge?" (Heiterkeit.)

Earl von Aberdeen murmelt etwas Unverständliches.

Earl von Derby: „Darf ich mir erlauben zu fragen, welche Vorschläge diesem Hause vorgelegt werden sollen?"

Keine Antwort.

Als nun die Vertagungsfrage vom Lordkanzler gestellt wurde, vertagten sich die Lords.

Gehen wir vom Hause der Lords nach „Ihrer Majestät allergetreuestem Unterhaus", so drängt sich uns der Gedanke auf, daß der Earl von Aberdeen das Programm des Ministeriums durch sein Stillschweigen viel glänzender dargelegt hat als Lord John Russell gestern abend durch seine lange und würdevolle Rede. Ihr kurzer Sinn war: „Keine neuen Vorschläge, sondern neue Männer"; Vertagung aller Fragen von parlamentarischer Wichtigkeit auf ein Jahr und pünktliche Bezahlung der königlichen Minister während dieser Zeit. Lord John Russell kleidete diese Absicht der Regierung etwa in diese Worte: „Was die Zahl der Truppen anlangt, die für Armee, Marine und Artillerie bewilligt werden sollen, wird keine Erhöhung über die vor den Weihnachtsfeiertagen bewilligte Zahl eintreten. . . . Was die verschiedenen Budgets betrifft, so wird man im Vergleich zu den vorjährigen Posten eine bedeutende Erhöhung finden. . . . Eine Bill wird eingebracht werden, die die kanadische Gesetzgebung ermächtigen wird, über die geistlichen Reservationen in Kanada zu verfügen. . . . Der Handelsminister wird einen Antrag zur Regelung des Lotsenwesens einbringen. . . . Die Zurücksetzung der jüdischen Untertanen Ihrer Majestät wird abgeschafft werden. . . . Vorschläge für das öffentliche Unterrichtswesen werden gemacht werden, doch bin ich außerstande, zu sagen, ob ich im Namen der Regierung Ihnen ein sehr großes Projekt über diesen Gegenstand vorlegen kann. Es wird Erziehungsreformen für die ärmeren Klassen und Vorschläge für die Universitäten Oxford und Cambridge enthalten. . . . Die Deportation nach Australien wird aufhören. . . . Ein Gesetzentwurf zur Regelung des Strafvollzugs (secondary punishments) wird eingebracht werden. . . . Unmittelbar nach der Osterpause oder doch so bald als möglich wird der Schatzkanzler die Voranschläge für das diesjährige Budget machen. . . .

Der Lordkanzler wird in wenigen Tagen die Anträge erörtern, die er zur Verbesserung des Gerichtsverfahrens einzubringen gedenkt. . . . Der Staatssekretär von Irland hat die Absicht, in einigen Tagen die Einsetzung einer gewählten Kommission zu beantragen, die sich mit der Frage der Grundherren und Pächter in Irland befassen soll. . . . Die Minister werden sich eifrig bemühen, eine Erneuerung der Einkommensteuer für dieses Jahr zuwege zu bringen, ohne daß weitere Diskussionen oder Erörterungen stattfinden." In bezug auf die Parlamentsreform erklärt Lord John Russell, daß sie vielleicht in der nächsten Session in Erwägung gezogen werden solle. Das heißt, es gibt also jetzt keine Reform. Und noch mehr. Johnny gab sich die größte Mühe, die Zumutung in Abrede zu stellen, als hätte er je einmal versprochen, einen liberaleren Vorschlag der Parlamentsreform zu machen, als es seine Bill in der letzten Session war. Er war sogar sehr empört, daß ihm Aussprüche dieses Inhaltes zugeschrieben würden. Niemals hätte er etwas Derartiges gesagt oder gemeint. Auch verspricht er durchaus nicht, daß die Bill, die er in der nächsten Session einbringen will, so umfassend sein soll wie die vom Jahre 1852. In bezug auf Bestechung und Korruption sagte er: „Ich halte es für besser, mit meiner Meinungsäußerung darüber noch zurückzuhalten, ob noch weitere Maßnahmen nötig sind, um Bestechung und Korruption hintanzuhalten. Ich sage bloß, daß der Gegenstand von höchster Wichtigkeit ist."

Das kühle Erstaunen zu schildern, mit dem diese Rede Finality Johns vom Unterhaus aufgenommen wurde, ist unmöglich. Es ist schwer zu sagen, was größer war: die Verblüffung seiner Freunde oder die Heiterkeit seiner Feinde. Alle aber schienen die Rede als eine komplette Widerlegung des Lukrezschen Grundsatzes anzusehen, daß aus „Nichts nichts würde". Lord John wenigstens machte etwas aus Nichts, nämlich eine trockene, lange und sehr langweilige Rede.

Bisher nahm man an, es gäbe zwei Punkte, mit denen die Minister stehen oder fallen wollten: eine neue Veranlagung der Einkommensteuer und eine neue Reformbill. Zur Einkommensteuer wird vorgeschlagen, sie noch ein Jahr in ihrer jetzigen Form weiterbestehen zu lassen. Zur Reformbill selbst in whiggistischen Dimensionen wird erklärt, daß die Minister sie nur unter der Bedingung einführen, wenn sie noch ein ganzes Jahr im Amte bleiben. Das ist genau das Programm des letzten Ministeriums Russell, minus die Reformbill. Sogar die Finanzdebatte wird

bis nach Ostern verschoben, so daß die Minister auf alle Fälle ihre vierteljährlichen Gehälter beziehen können.

Die einzelnen Reformvorschläge sind fast alle dem Programm Disraelis entlehnt. So zum Beispiel die Verbesserung des Gerichtsverfahrens, die Abschaffung der Deportation nach Australien, die Lotsenbill, die Kommission zur Regelung der Frage des Pächterrechts usw. . . . Die einzigen Punkte, die eigentlich vom jetzigen Ministerium ausgehen, sind die vorgeschlagene Reform des öffentlichen Unterrichts, die nach Lord Johns Versicherung nicht größer sein wird als er selbst, und die Beseitigung der Unbequemlichkeiten für Baron Lionel Rothschild. Es ist fraglich, ob das englische Volk sehr befriedigt davon sein wird, wenn das Wahlrecht auf einen jüdischen Wucherer ausgedehnt wird, der notorisch einer der Mitschuldigen des Bonaparteschen Staatsstreichs war.

Diese Unverschämtheit eines Ministeriums zu begreifen, das aus zwei Parteien besteht, die bei den letzten allgemeinen Wahlen vollständig geschlagen wurden, ließe sich nur schwer erklären, käme nicht der Umstand in Betracht, daß jede neue Reformbill eine Auflösung des jetzigen Unterhauses erforderte, dessen Majorität an ihren teuer erkauften Sitzen klebt, die sie nur mit knapper Mehrheit errangen.

Nichts köstlicher als die Art, wie die Times ihre Leser zu trösten versucht: „Die nächste Session ist lange kein so unsicherer Termin als morgen; denn das Morgen hängt nicht nur vom Willen, sondern vom Leben des Zauderers ab; bleibt aber die Welt bestehen, so kommt die nächste Session ganz bestimmt heran. Also verschiebe man die ganze Parlamentsreform auf die nächste Session und gebe dem Ministerium ein Jahr lang Ruhe.“

Ich meinesteils denke, es ist höchst vorteilhaft für das Volk, daß bei dem jetzigen Stumpfsinn der öffentlichen Meinung und „im kühlen Schatten eines aristokratischen Koalitionskabinetts“ keine Reformbill von den Ministern oktroyiert wird. Es darf nicht vergessen werden, daß Lord Aberdeen ein Mitglied des Torykabinetts war, das 1830 sich weigerte, irgendeinem Reformvorschlag zuzustimmen. Nationale Reformen müssen durch nationale Agitation errungen und nicht durch die Gnade eines Lord Aberdeen verliehen werden.

Zum Schlusse will ich noch erwähnen, daß in einer besonderen Zusammenkunft der Generalkommission der Nationalen Assoziation zum Schutze der britischen Industrie und des britischen Kapitals,

die am letzten Montag unter der Präsidentschaft des Herzogs von Richmond im Südseehaus stattfand, diese Gesellschaft in weiser Erkenntnis beschloß, sich aufzulösen.

Das Attentat auf Franz Joseph. – Der Mailänder Aufstand. – Britische Politik. – Disraelis Rede. – Napoleons Testament.

London, 22. Februar 1853 (N. Y. T., 8. März 1853).

Der Telegraph meldet aus Stuhlweißenburg: „Am 18. dieses Monats um 1 Uhr ging der Kaiser von Österreich, Franz Joseph, auf der Bastei in Wien spazieren, als sich ein ungarischer Schneidergeselle namens Joh. Libényi, früherer Husar aus Wien, plötzlich auf ihn stürzte und mit einem Dolch nach ihm stach. Der Stoß wurde durch den Adjutanten Graf O'Donnel abgewehrt. Franz Joseph wurde unterhalb des Hinterkopfes verwundet. Der 21 Jahre alte Ungar wurde durch einen Säbelhieb des Adjutanten niedergestreckt und sofort festgenommen."

Nach anderen Versionen war die Waffe kein Dolch, sondern eine Muskete.

In Ungarn ist soeben eine sehr ausgedehnte Verschwörung zum Sturz der österreichischen Herrschaft entdeckt worden. Die Wiener Zeitung veröffentlicht einige von den Urteilen, die das Kriegsgericht über 39 Individuen fällte, die hauptsächlich der Teilnahme an der Verschwörung mit Kossuth und Buczak aus Hainburg angeklagt waren.

Unmittelbar nachdem die revolutionäre Erhebung in Mailand unterdrückt war, gab Radetzky Befehl, jede Mitteilung nach Piemont und der Schweiz abzufangen. Sie werden schon vor diesem Brief die spärlichen Nachrichten bekommen haben, die von Italien nach England durchsickern durften. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit nun auf einen charakteristischen Zug der Mailänder Ereignisse lenken.

Obzwar Feldmarschalleutnant Graf Strassoldo in einem ersten Erlaß vom 6. dieses Monats unumwunden zugibt, daß das Gros der Bevölkerung an dem Aufstand absolut unbeteiligt war, verhängt er trotzdem den strengsten Belagerungszustand über Mailand. Radetzky verdreht in einer späteren Proklamation, datiert Verona, 9. Februar, die Darstellung seines Untergebenen und macht sich die Rebellion zunutze, um unter falschen Vorspiegelungen Geld zu erlangen. Alle Personen, die nicht notorisch der österreichischen Partei angehören, belegt er mit Geld-

strafen von beliebiger Höhe zugunsten der Garnison. In seiner Proklamation vom 11. dieses Monats erklärt er, „daß die Mehrheit der Einwohner, mit wenigen rühmenswerten Ausnahmen, sich der kaiserlichen Regierung nicht fügen wolle“, und instruiert alle gerichtlichen Behörden, das heißt die Kriegsgerichte, das Vermögen sämtlicher Mitschuldigen zu konfiszieren, indem er diesen Ausdruck so erklärt: „Eine solche Mitschuld besteht einfach schon in der Unterlassung der Anzeige, zu der jeder verpflichtet ist.“ Er hätte ebensogut ganz Mailand auf einmal unter dem Vorwand konfiszieren können, daß der Putsch vom 6. dieses Monats nicht schon am 5. von den Einwohnern angezeigt worden sei. Wer also nicht zum Spion und Spitzel der Habsburger werden will, läuft Gefahr, die gesetzliche Beute der Kroaten zu werden. Mit einem Wort, Radetzky verkündet ein neues Plünderungssystem en gros.

Die Mailänder Erhebung ist bedeutsam als Symptom der nahenden revolutionären Krisis auf dem ganzen europäischen Kontinent. Und bewundernswert ist sie als Akt des Heroismus einiger weniger Proletarier, die, nur mit Messern bewaffnet, einen Angriff gegen die Zitadelle und gegen eine Armee von 40000 Mann der besten Truppen von ganz Europa wagten, indes die Söhne Mammons inmitten des Blutes und der Tränen ihrer erniedrigten und gemarterten Nation tanzten, sangen und Feste feierten. Armselig erscheint sie allerdings, wenn sie das Endergebnis der ewigen Verschwörung Mazzinis, seiner bombastischen Proklamationen und seiner anmaßenden Kapuzinaden gegen das französische Volk bilden soll. Hoffen wir, daß die Reihe der improvisierten Revolutionen, wie die Franzosen sie nennen, nun zu Ende ist. Hat man je gehört, daß große Improvisatoren auch große Dichter sind? Und wie in der Poesie so in der Politik. Revolutionen werden nicht auf Befehl gemacht. Seit den schrecklichen Erfahrungen von 1848 und 1849 ist zur Hervorrufung nationaler Erhebungen etwas mehr nötig als papierne Erlasse von entfernten Führern. Kossuth hat die Gelegenheit benützt, um öffentlich die Insurrektion im allgemeinen und die in seinem Namen veröffentlichte Proklamation im besonderen zu verleugnen. Gleichwohl sieht es einigermaßen verdächtig aus, daß er hinterdrein für sich eine Überlegenheit über seinen Freund Mazzini als Politiker beansprucht. Der Leader bemerkt hierzu: „Wir halten es für nötig, unsere Leser darauf hinzuweisen, daß die Angelegenheit ausschließlich Herrn Kossuth und

Herrn Mazzini angeht, und daß letzterer im Augenblick nicht in England ist."

Della Rocca, ein Freund Mazzinis, äußert sich in einem Brief an die Daily News über Kossuths und Agostinis Ableugnungen. Er sagt: „Es gibt Leute, die sie im Verdacht haben, daß sie erst die definitiven Nachrichten über den Erfolg oder Mißerfolg des Aufstandes abwarteten, ebenso bereit, die Ehren des Gelingens für sich zu beanspruchen, wie die Verantwortlichkeit für das Mißlingen zurückzuweisen."

B. Szemere, Exminister von Ungarn, protestiert in einem an den Herausgeber des Morning Chronicle gerichteten Brief dagegen, „daß Kossuth illegitimerweise den Namen Ungarns usurpiere". Er sagt, „wer sich ein Urteil über ihn als Staatsmann bilden will, der möge nur die Geschichte der letzten ungarischen Revolution aufmerksam studieren, und wer seine Geschicklichkeit als Verschwörer kennen lernen will, der werfe nur einen Rückblick auf die vorjährige unglückselige Hainburger Expedition."

Daß die Revolution selbst dann siegt, wenn sie fehlschlägt, zeigt uns der Schrecken, den die Mailänder Revolte den kontinentalen Herrschern bis ins Innerste einjagte. Man betrachte bloß den Brief, den die offizielle Frankfurter Oberpostamtszeitung veröffentlicht: Berlin, 15. Februar. Die telegraphische Nachricht von dem Mailänder Aufstand, die hier großen Eindruck machte, traf am 9. Februar ein, als der König sich eben auf einem Hofball befand. Der König erklärte sofort, daß die Bewegung in Verbindung mit einer tiefgehenden Verschwörung sei, die sich überallhin verzweige, und daß angesichts dieser revolutionären Bewegungen ein enges Bündnis zwischen Preußen und Österreich eine unbedingte Notwendigkeit sei. . . . Ein hoher Würdenträger rief aus: „Wir werden also vielleicht die preußische Krone an den Ufern des Po zu verteidigen haben!"

So groß war der Schrecken des ersten Augenblicks, daß ohne andere Ursache als den „tiefen Eindruck" der Nachricht etwa zwanzig Bewohner Berlins verhaftet wurden. Die Neue Preußische Zeitung, das ultraroyalistische Blatt, wurde konfisziert, weil sie das angeblich von Kossuth herrührende Dokument veröffentlichte. Am 13. dieses Monats legte der Minister von Westphalen dem Herrenhaus ein eiliges Gesetz vor, das die Regierung ermächtigen soll, alle Broschüren und Flugblätter, die außerhalb Preußens erscheinen, zu konfiszieren. In Wien sind Verhaf-

tungen und Haussuchungen an der Tagesordnung. Zwischen Rußland, Preußen und Österreich fanden sofort Verhandlungen darüber statt, daß bei der englischen Regierung ein gemeinsamer Protest wegen der politischen Flüchtlinge einzulegen sei. So schwach, so machtlos sind die sogenannten Mächte. Bei dem leisesten Anzeichen eines revolutionären Erdbebens fühlen sie schon die Throne Europas in ihren Grundfesten erschüttert. Inmitten ihrer Armeen, ihrer Kerker, ihrer Galgen zittern sie doch vor dem, was sie „umstürzlerische Versuche einiger weniger bezahlter Bösewichte“ nennen.

„Die Ruhe ist wiederhergestellt.“ Jawohl, jene schreckliche, unheilvolle Ruhe, die zwischen dem ersten Ausbruch des Sturmes und der Gewalt seines Wiederausbruchs eintritt.

Von dem bewegten Kontinent will ich nun nach dem stillen England zurückkehren. Fast scheint es, als beherrschte der Geist des kleinen Lord John die ganze offizielle Welt, als wäre die ganze Nation so lahm und schläfrig wie die Männer an ihrer Spitze. Sogar die Times ruft verzweifelt aus: „Es mag die Stille vor dem Sturme, es mag der Rauch sein, der dem Feuer vorausgeht“ — im Augenblick ist es Schläfrigkeit.

Die Parlamentsgeschäfte sind wieder aufgenommen worden, doch waren bis jetzt die dreimal wiederholten Verbeugungen des Lords Aberdeen das einzige Dramatische daran und die einzige sichtbare Handlung des Koalitionsministeriums. Der Eindruck, den Lord Johns Programm auf seine Feinde machte, geht am besten aus den Bekenntnissen seiner Freunde hervor. So sagt die Times: „Lord John Russell hat eine Rede gehalten, in der noch weniger Geist zu finden war als in den Vorbemerkungen, die ein Auktionator dem Verkauf alter Möbel, ruinierter Waren oder Ladeneinrichtungen vorausschicken würde. Lord John Russell ruft herzlich wenig Enthusiasmus hervor.“

Bekanntlich ist die neue Reformbill unter dem Druck dringenderer praktischer Reformen zurückgestellt worden, die die unmittelbare Aufmerksamkeit der Gesetzgeber in Anspruch nehmen. Nun ist schon an einem Beispiel gezeigt worden, wie es mit der Beschaffenheit von Reformen aussieht, wenn das Instrument zur Reformierung, das heißt das Parlament selbst unreformiert bleibt.

Am 14. Februar legte Lord Cranworth sein Programm für Rechtsreformen dem Hause der Lords vor. Der größte Teil seiner langwie-

rigen, langweiligen und unbestimmten Rede bestand in der Aufzählung der vielen Dinge, die von ihm erwartet würden, die er aber noch nicht zu leisten imstande sei. Er entschuldigte sich, daß er erst sieben Wochen auf dem Wollsack sitze. Hierzu bemerkt aber die Times: „Lord Cranworth ist 63 Jahre auf dieser Welt und 37 Jahre Advokat gewesen." Als echter Whig zieht er aus den verhältnismäßig großen Erfolgen der bisherigen kleinen Rechtsreformen den Schluß, daß es gegen alle Bescheidenheit verstieße, in demselben Tempo mit den Reformen fortzufahren. Als echter Aristokrat will er sich nicht mit dem Kirchenrecht befassen, denn das verstieße zu sehr gegen alte begründete Interessen. Worin begründete Interessen? Im öffentlichen Ärgernis? Nur zwei Maßnahmen von einiger Wichtigkeit hat Lord Cranworth vorbereitet: Erstens „eine Bill zur Erleichterung des Besitzwechsels von Ländereien", deren Hauptcharakteristikum darin besteht, daß sie diesen Wechsel durch Erhöhung der Unkosten nur noch erschwert, die technischen Hindernisse vermehrt, ohne die Langwierigkeit des Besitzwechsels abzukürzen oder dessen Kompliziertheit zu vereinfachen. Zweitens ein Vorschlag zur Bildung einer Kommission, die das geschriebene Recht verdauen soll, und deren Verdienst sich wohl darauf beschränken wird, einen Index für die vierzig Quartbände Parlamentsbeschlüsse zu kompilieren. Lord Cranworth kann sein Vorgehen den verbohrtesten Gegnern der Rechtsreform gegenüber mit derselben Entschuldigung verteidigen wie jenes arme Mädchen, das zu ihrem Beichtvater sagte, es sei ja wahr, daß sie ein Kind gehabt hätte, aber es sei nur ein ganz kleines.

Die einzige interessante Debatte im Unterhause knüpfte sich am 18. dieses Monats an Disraelis Interpellation der Minister wegen Englands Beziehungen zu Frankreich. Disraeli begann mit Poitiers und Azincourt und endete mit der Wahl von Carlisle und der Tuchhalle von Halifax. Der Zweck der Übung war, Sir James Graham und Sir Charles Wood anzuklagen, die sich abfällige Bemerkungen über den Charakter Napoleons III. erlaubt hatten. Disraeli hätte den völligen Zusammenbruch der alten Torypartei nicht sinnfälliger darstellen können, als indem er sich zum Verteidiger der Bonapartes aufwarf, dieser Erbfeinde der politischen Klasse, deren erster Vertreter er selbst ist. Er hätte seine oppositionelle Laufbahn in keiner ungeeigneteren Weise eröffnen können, als indem er das jetzige Regime in Frankreich rechtfertigte. Eine kurze Darstellung wird die Schwäche seiner Rede dartun.

Als er die Ursachen des Unbehagens erklären wollte, das im Publikum wegen der Beziehungen zwischen England und Frankreich empfunden wird, mußte er notgedrungen zugeben, daß die großen Rüstungen daran Schuld trügen, die unter seiner eigenen Verwaltung begonnen worden waren. Er versuchte trotz alledem zu beweisen, daß die Vermehrung und Ausgestaltung der Verteidigungsmittel Großbritanniens ausschließlich in den großen Veränderungen begründet seien, die durch die moderne Anwendung der Wissenschaft auf die Kriegskunst verursacht wären. Maßgebende Autoritäten hätten längst die Notwendigkeit solcher Maßnahmen erkannt. 1840, zur Zeit, als Thiers Minister war, hätte die englische Regierung unter Sir Robert Peel einige Anstrengungen gemacht, wenigstens zu versuchen, die nationale Verteidigung in ein neues System zu bringen. Jedoch vergebens! Wiederum beim Ausbruch der achtundvierziger Revolution auf dem Kontinent hätte sich der damaligen Regierung eine Gelegenheit geboten, die öffentliche Meinung in der von ihr gewünschten Richtung zu leiten, soweit die Landesverteidigung in Frage kam. Aber wieder ohne Resultat. Die Frage der nationalen Verteidigung sei nicht spruchreif geworden, ehe nicht er und seine Kollegen an die Spitze der Regierung berufen worden seien.

Die von ihnen gebilligten Vorschläge waren folgende:

1. Eine Miliz wurde eingeführt.

2. Die Artillerie wurde wirksam ausgebaut.

3. Es werden Vorkehrungen getroffen, um die Arsenale im Lande und einige wichtige Punkte an der Küste gründlich zu befestigen.

4. Ein Antrag wird gestellt, die Marine um 5000 Matrosen und 1500 Seesoldaten zu verstärken.

5. Es werden Anordnungen getroffen, die alte Seemacht in Gestalt einer Kanalflotte wiederherzustellen; sie soll aus fünfzehn bis zwanzig Linienschiffen und aus einer entsprechenden Zahl von Fregatten und kleineren Schiffen bestehen.

Nun geht aus allen diesen Behauptungen klar hervor, daß Disraeli gerade das Gegenteil von dem feststellte, was er beweisen wollte. Die Regierung war nicht imstande, die Rüstungen zu verstärken, als die syrische und die tahitische Frage die Entente cordiale mit Louis Philipp bedrohten; und sie war ebensowenig imstande, es zu tun, als auf dem ganzen Kontinent die Revolution herrschte und die britischen Interessen an ihren Wurzeln zu bedrohen schienen. Warum brachte sie es jetzt fertig,

und warum geschah es unter Disraelis Regierung? Gerade deswegen, weil jetzt Napoleon III. zu größeren Befürchtungen für Englands Sicherheit Anlaß gibt, als seit 1815 je bestanden. Und weiter, wie Herr Cobden ganz richtig bemerkte: „Die beantragte Verstärkung der Seemacht sei keine Vermehrung der Zahl der Dampfer, sondern eine der Mannschaften, und der Übergang vom Gebrauch von Segelfahrzeugen zu dem von Dampfern bedinge gar nicht die Notwendigkeit einer größeren Zahl von Seeleuten, sondern gerade das Gegenteil."

Disraeli sagte: „Eine zweite Ursache für die Annahme eines drohenden Bruchs mit Frankreich sei das Bestehen einer militärischen Regierung in Frankreich. Wenn aber Armeen eroberungslustig seien, so träte dies nur dann ein, wenn ihre Position im eigenen Lande unbehaglich wäre. Frankreich werde jetzt durch die Armee beherrscht, nicht weil die Truppen militärischen Ehrgeiz hätten, sondern weil die Bürger so unruhig wären."

Herr Disraeli scheint ganz zu übersehen, daß es sich gerade darum handelt, wie lange sich die Armee zu Hause behaglich fühlt und wie lange die gesamte Nation sich deswegen, weil eine kleine Klasse von Bürgern von egoistischer Bangigkeit erfüllt ist, dem Schrecken eines Militärdespotismus beugen wird, der schließlich nur das Instrument eines exklusiven Klasseninteresses ist. Drittens gab Disraeli als Ursache an „das heftige Vorurteil, das in diesem Lande gegen den jetzigen Herrscher Frankreichs vorhanden ist.... Man sei der Meinung, daß er bei seinem Regierungsantritt mit dem aufgeräumt habe, was hier als parlamentarische Konstitution geschätzt werde, und daß er die Preßfreiheit beschränkt habe."

Disraeli weiß diesen Vorurteilen allerdings wenig genug entgegenzuhalten. Er meint, „es sei äußerst schwierig, sich über die französische Politik eine Meinung zu bilden".

Das englische Volk läßt sich, trotzdem es nicht so tief in die Mysterien der französischen Politik eingeweiht ist wie Herr Disraeli, einfach von seinem gesunden Menschenverstand leiten, wenn es befürchtet, daß der gewissenlose Abenteurer, der sich weder von einem Parlament noch von der Presse kontrolliert weiß, gerade der richtige Mann wäre, England gleich einem Piraten zu überfallen, nachdem sein eigener Staatsschatz durch Extravaganzen und Verschwendung erschöpft ist.

Herr Disraeli gibt dann einige Beispiele dafür, wie sehr die harmonische Übereinstimmung der letzten Regierung mit Bonaparte zur Er-

haltung des Friedens beigetragen habe. Der drohende Konflikt Frankreichs mit der Schweiz, die Erschließung der südamerikanischen Flüsse, der Konflikt zwischen Preußen und Neuchâtel, der Druck auf die Vereinigten Staaten, die gezwungen waren, zusammen mit England und Frankreich die Erklärung abzugeben, daß sie auf Kuba keine Ansprüche erheben, die gemeinsame Aktion in der Levante beim Erlaß des Tanzimat in Ägypten, die Revision des griechischen Erbfolgevertrags, das harmonische Zusammenwirken in betreff der Regentschaft von Tunis usw. sind Beweise für diese seine Behauptung. Das erinnert mich daran, wie ein Mitglied der französischen Ordnungspartei Ende November 1851 das harmonische Einverständnis Napoleons mit der Majorität der Assemblee rühmte, das ihr die Erledigung der Wahlrechts-, Koalitions- und Preßfragen so leicht gemacht habe. Zwei Tage später war der Staatsstreich ausgeführt.

So schwach und widerspruchsvoll dieser Teil der Disraelischen Rede war, so glänzend war der Abschluß, der in einem Angriff gegen das Koalitionsministerium bestand. „Es gibt noch einen anderen Grund," so schloß er, „der mich dazu zwingt, diese Untersuchung im jetzigen Moment zu betreiben, und das ist die augenblickliche Lage der Parteien in diesem Hause. Es ist eine ganz eigentümliche Situation. Wir haben im Augenblick ein konservatives Ministerium und wir haben eine konservative Opposition. (Beifall.) Die große liberale Partei kann ich überhaupt nicht entdecken. (Beifall.) Wo sind die Whigs mit ihren großen Traditionen? Niemand antwortet mir. (Erneuter Beifall.) Wo sind, frage ich, die jugendlichen Kräfte des Radikalismus? Seine überschäumenden Erwartungen, seine großen Hoffnungen? Ich fürchte, wenn er erst aus den glühenden Träumen seiner jugendlichen Unerfahrenheit erwacht ist, so wird er sich in demselben Moment schon verbraucht und abgedankt sehen. (Beifall.) Und zwar verbraucht ohne Gewissensbisse und abgedankt ohne großes Zartgefühl. (Beifall.) Wo sind die Radikalen? Ist ein Mann im Hause, der sich radikal nennt? (Hört, hört!) Nein, nicht ein einziger. Er müßte sich davor fürchten, angepackt und zu einem konservativen Minister gemacht zu werden. (Schallende Heiterkeit.) Wie konnte eine solche Situation zustande kommen? Wo sind die treibenden Kräfte, die diese unheilschwangere politische Kalamität hervorgerufen haben? Ich glaube, ich muß mich an das unerschöpfliche Arsenal von politischen Kunstgriffen wenden, an den ersten Lord der Admiralität

(Graham), um den jetzigen Stand der Dinge zu erklären. Vielleicht erinnert sich das Haus, daß vor etwa zwei Jahren der erste Lord der Admiralität uns eines seiner politischen Glaubensbekenntnisse vorsetzte, von denen seine Reden überfließen. Er sagte: ‚Ich stelle mich auf die Basis des Fortschritts.‘ Schon damals, meine Herren, dachte ich mir, der Fortschritt sei ein merkwürdiges Ding, um darauf zu stehen. (Laute Heiterkeit und Beifall.) Damals hielt ich es für einen rhetorischen Gallimathias. Ich bekenne aber mein Unrecht. Es war ein wohldurchdachtes System, das jetzt in Aktion tritt. Denn jetzt haben wir ein Ministerium des Fortschritts, und daher steht alles still. Das Wort Reform hört man nicht mehr, wir haben kein Reformministerium mehr, wir haben ein Ministerium des Fortschritts, in dem jedes Mitglied entschlossen ist, nichts zu tun. Alle schwierigen Fragen sind beiseite gesetzt, alle Fragen, über die man sich nicht einigen kann, sind offene Fragen."

Disraelis Gegner hatten ihm nicht viel entgegenzuhalten, mit Ausnahme des „unerschöpflichen Arsenals von politischen Kunstgriffen" des Sir James Graham, der seine Würde wenigstens so weit wahrte, daß er die beleidigenden Ausdrücke gegen Louis Napoleon, deren man ihn anklagte, nicht völlig zurückzog.

Lord John Russell klagte Disraeli an, die auswärtige Politik des Landes zu einer Parteifrage zu machen. Er versicherte die Opposition, „das Land würde glücklich sein, wenigstens eine kurze Spanne ruhigen friedlichen Fortschritts zu genießen und von den großen erschütternden Parteikämpfen verschont zu sein".

Das Resultat der Debatten wird darin bestehen, daß die Flottenvoranschläge vom Hause bewilligt werden, aber zur Beruhigung Napoleons nicht aus kriegerischen Motiven, sondern von wissenschaftlichen Gesichtspunkten aus. Suaviter in modo, fortiter in re. Am letzten Donnerstag morgen erschien der königliche Sachwalter vor Sir J. Dobson im Prerogative Court und forderte als Stellvertreter des Ministers des Auswärtigen, daß die Registratur das Originaltestament und Kodizill Napoleon Bonapartes der französischen Regierung ausliefere. Diesem Verlangen wurde stattgegeben. Sollte Louis Bonaparte daran gehen, dieses Testament zu eröffnen, und versuchen, seine Bestimmungen auszuführen, so könnte es sich leicht als eine moderne Büchse der Pandora erweisen.

Parlamentsdebatten. – Der Klerus gegen den Sozialismus. – Hungersnot.

London, 25. Februar 1853 (N. Y. T., 15. März 1853).

Die Parlamentsdebatten der Woche bieten nur wenig Interessantes. Am 22. beantragte Mr. Spooner im Unterhaus die Aufhebung der Subvention des katholischen Kollegs in Maynooth, und Mr. Sholefield machte einen Zusatzantrag, „alle jetzt bestehenden Verfügungen zurückzuziehen, die den Staat mit Ausgaben für kirchliche oder religiöse Zwecke irgendwelcher Art belasten". Der Antrag Spooners wurde mit 192 gegen 162 Stimmen abgelehnt. Sholefields Zusatzantrag kommt, wenn er nicht überhaupt zurückgezogen wird, erst am Mittwoch zur Verhandlung. Die einzige Bemerkung von Wichtigkeit fiel in der Maynoothdebatte aus dem Munde Duffys von der irischen Brigade. Er meinte, „es sei nicht völlig unmöglich, daß der Präsident der Vereinigten Staaten oder der neue Kaiser der Franzosen froh wären, die Beziehungen zwischen diesen Ländern und der irischen Geistlichkeit zu erneuern".

In der letzten Nachtsitzung brachte Lord John Russell seinen Antrag auf „Beseitigung einiger gesetzlichen Benachteiligungen der jüdischen Untertanen Ihrer Majestät ein", der mit 29 Stimmen Majorität angenommen wurde. So ist diese Frage im Unterhaus wieder erledigt, wird aber zweifellos im Oberhaus nochmals wieder aufgerollt werden.

Der Ausschluß der Juden aus dem Unterhaus ist unzweifelhaft eine alberne Anomalie, um so mehr, als doch der Geist des Wuchers so lange schon im britischen Parlament den Vorsitz führte und die Juden doch schon die Wählbarkeit zu allen bürgerlichen Ämtern des Gemeinwesens erlangt haben. Es ist aber nicht weniger charakteristisch für den M a n n und s e i n e Z e i t, daß „Finality-John" statt der versprochenen Reformbill, die die Ausschließung der Masse des englischen Volkes vom Wahlrecht beseitigen wollte, nur eine Bill einbringt, die ausschließlich der Beseitigung der Nichtwählbarkeit des Herrn Baron Lionel Rothschild dienen soll. Wie ungemein gleichgültig dem großen Publikum diese Angelegenheit ist, geht daraus hervor, daß auch nicht aus einem Orte Großbritanniens ein Gesuch zugunsten der Zulassung der Juden im Parlament eingebracht wurde. Das ganze Geheimnis dieser schmählichen Reformposse wurde durch die Rede des anwesenden Sir Robert Peel enthüllt. „Eigentlich beschäftigt sich das Haus nur mit einer Privatangelegenheit des edlen Lords.

(Lauter Beifall.) Der edle Lord beglückte London mit einem Juden und hat ein Gelöbnis getan, alljährlich einen Antrag zugunsten der Juden einzubringen. (Hört!) Ohne Zweifel sei Baron Rothschild ein reicher Mann, das gäbe ihm jedoch durchaus kein Anrecht auf besondere Bevorzugung, um so mehr, wenn man bedenkt, auf welche Art sich sein Reichtum angehäuft hat. (Lautes Hört! hört! und Oh! oh! von den Ministerbänken.) Erst gestern habe er gelesen, daß das Haus Rothschild sich herbeigelassen habe, Griechenland unter beträchtlichen Garantien eine neunprozentige Anleihe zu gewähren. (Hört!) Kein Wunder daher, daß das Haus Rothschild solcherart reich würde. (Hört!) Der Handelsminister sprach von einer Knebelung der Presse. Fürwahr, niemand hat so viel getan, um die Freiheit in Europa zu knechten, als das Haus Rothschild (Hört, hört!) durch die Anleihen, mit denen es den despotischen Mächten half. Aber angenommen selbst, der Baron besäße ebenso viele Verdienste als Reichtümer, so hätte man doch erwarten dürfen, daß der edle Lord, der in diesem Haus eine Regierung vertritt, die aus den Führern sämtlicher politischer Fraktionen besteht, die zur letzten Regierung in Opposition standen, eine Maßregel von größerer Wichtigkeit vorschlagen würde als diese."

Die Wahlprüfungsarbeiten haben begonnen. Die Wahlen für Canterbury und Lancaster sind unter Umständen für null und nichtig erklärt worden, die beweisen, daß eine gewisse Wählerklasse käuflich wie immer gewesen ist. Die Mehrzahl der Fälle dürfte jedoch vertuscht werden.

„Die privilegierten Klassen," sagt Daily News, „die erfolgreich dazu beitragen, die beabsichtigte Reformbill zu vereiteln und das Übergewicht in der jetzigen Vertretung wieder zu erlangen, sind selbstverständlich ganz bestürzt von der Idee einer völligen und gründlichen Bloßstellung."

Am 21. dieses Monats legte Lord John Russell sein Amt als Minister des Auswärtigen nieder, und Lord Clarendon wurde als sein Nachfolger vereidigt. Lord John ist das erste Mitglied des Unterhauses, das ohne ein offizielles Amt zu einem Sitz im Kabinett zugelassen wird. Er ist jetzt ein bevorzugter Ratgeber ohne Anstellung und ohne Gehalt. Mr. Cailey hat allerdings schon in Aussicht gestellt, daß ein Antrag eingebracht würde, um diesem letzteren Mißgeschick Sir Johns abzuhelfen. Die Stellung eines Ministers des Auswärtigen ist im gegenwärtigen Moment um so wichtiger, als der Deutsche Bundestag Anstrengungen macht, die Entfernung aller politischen Flüchtlinge aus Großbritannien

zu verlangen, und als die Österreicher vorschlagen, uns alle zusammenzupacken und nach einem unfruchtbaren Eiland im Stillen Ozean zu transportieren.

In einem früheren Briefe wies ich schon auf die Wahrscheinlichkeit hin, daß die Agitation für das irische Pächterrecht sich einmal zu einer antiklerikalen Bewegung entwickeln könne, trotz der Ansichten und Absichten ihrer jetzigen Führer. Ich wies schon auf die Tatsache hin, daß der höhere Klerus bereits anfange, der Liga gegenüber eine feindliche Haltung einzunehmen. Seither ist noch ein Machtfaktor auf dem Plan erschienen, der die Bewegung nach derselben Richtung drängt. Die nordirischen Grundbesitzer bemühen sich eifrig, ihre Pächter davon zu überzeugen, daß die Pächterliga und der Verein zur Verteidigung der Katholiken identisch seien, und arbeiten nun unter dem Vorwand, dem Fortschritt der Papisten entgegenzuwirken, darauf hin, eine Opposition gegen die Liga ins Leben zu rufen. Während wir so auf der einen Seite sehen, daß die irischen Grundbesitzer sich an ihre Pächter gegen den katholischen Klerus wenden, sehen wir andererseits, wie die englische protestantische Geistlichkeit sich an die Arbeiter gegen die Fabrikherren wendet.

Das Industrieproletariat Englands hat mit verdoppelter Kraft seinen alten Feldzug gegen das Truck- und Shoppagesystem und für den Zehnstundentag aufgenommen. Da die Forderungen dieser Art vor das Unterhaus gebracht werden sollen, dem schon zahlreiche Anträge darüber zugingen, wird sich für mich in einem künftigen Brief die Gelegenheit bieten, bei den grausamen und infamen Praktiken der Fabrikdespoten zu verweilen, die die Gewohnheit haben, Presse und Tribüne zum Resonanzboden ihrer liberalen Rhetorik zu machen. Für den Augenblick genügt es, sich ins Gedächtnis zu rufen, daß von 1802 an die englische Arbeiterschaft einen beständigen Kampf um die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit führte, bis im Jahre 1847 endlich das berühmte Zehnstundengesetz John Fieldens durchging, wonach Frauen und Jugendliche gesetzlich nicht länger als 10 Stunden täglich in Fabriken arbeiten dürfen. Die liberalen Fabrikherren fanden schnell heraus, daß dieses Gesetz dem Schiebe- und Relaissystem in den Fabriken Tür und Tor öffne. 1849 wurde vor dem Court of Exchequer (Schatzkammeramt) ein Prozeß anhängig gemacht, und der Richter entschied, daß die Arbeit nach dem Relaissystem gesetzlich zulässig sei, wobei zwei Schichten von Kindern neben den Erwachsenen arbeiteten, die ihrerseits die ganze Zeit schafften, während

der die Maschine lief. Man mußte also wieder ans Parlament gehen, und dort wurde 1850 das Relais- und Schiebesystem verurteilt, dafür aber die Zehnstundenbill in eine Zehnundeinhalbstundenbill verwandelt. Im jetzigen Augenblick fordern die arbeitenden Klassen eine vollständige Wiederherstellung der ursprünglichen Zehnstundenbill, und um diese Forderung wirksam zu gestalten, fügen sie noch die weitere hinzu, die Schnelligkeit der Maschinen herabzusetzen.

Das ist in Kürze die äußere Geschichte der Zehnstundenbill. Ihre Geheimgeschichte ist folgende: Der Grundadel hatte durch die Bourgeoisie infolge der Annahme der Reformbill von 1831 eine Niederlage erlitten und wurde „in seinen heiligsten Interessen" durch den Ruf der Fabrikanten nach Freihandel und Abschaffung der Korngesetze bedroht. Er beschloß daher, sich der Mittelklasse zu widersetzen, indem er die Forderungen und die Sache der Arbeiterklasse zu seiner eigenen machte und sich insbesondere mit ihr vereinigte, um die Beschränkung der Arbeitszeit zu fordern. Lords, die sich Philanthropen nannten, waren damals an der Spitze jeder Versammlung zugunsten des Zehnstundentags zu finden. Lord Ashley schuf sich sogar durch seine Leistungen in dieser Bewegung ein gewisses Renommee. Der Grundadel, der durch die 1846 tatsächlich erfolgte Abschaffung der Korngesetze einen tödlichen Schlag bekommen hatte, rächte sich, indem er 1847 dem Parlament die Zehnstundenbill aufzwang. Die industrielle Bourgeoisie jedoch verschaffte sich durch richterliche Autorität wieder, was sie durch die parlamentarische Gesetzgebung verlor. 1850 hatte sich der Zorn der Grundherren nach und nach gelegt, und sie schlossen ein Kompromiß mit den Fabrikherren, in dem sie zwar das Relaissystem verurteilten, gleichzeitig aber als Strafe für das aufgezwungene Gesetz der Arbeiterklasse eine halbe Stunde Mehrarbeit täglich auferlegten. Im jetzigen Moment allerdings, wo sie den Entscheidungskampf mit den Manchesterleuten herannahen sehen, suchen sie sich wieder der Bewegung zur Verkürzung der Arbeitszeit zu bemächtigen. Da sie aber zu feige sind, selbst offen aufzutreten, so versuchen sie gegen die Baumwollbarone zu wühlen, indem sie die populäre Macht der G e i s t l i c h k e i t d e r S t a a t s k i r c h e auf sie hetzen.

Einige Beispiele mögen zeigen, wie heftig diese heiligen Männer den Kreuzzug gegen die Industrieherren führen. In Crampton wurde eine Zehnstundenversammlung abgehalten, bei der Reverend Dr. Brammell (von der Staatskirche) präsidierte. Reverend J. R. Stevens, Pfründeninhaber

von Haley Bridge, führte aus: „Es gab Zeitalter, wo die Nationen durch Theokratien regiert wurden.... Diese Zeiten sind vorüber.... Der Geist des Gesetzes war jedoch stets derselbe.... Der Arbeitsmann sollte als erster an den Früchten dieser Erde Anteil haben, die durch ihn produziert werden. Das Fabrikgesetz werde so schamlos übertreten, daß der Oberinspektor dieses Fabrikbezirks, Mr. Leonard Horner, sich gezwungen gesehen habe, an das Ministerium des Innern zu schreiben und mitzuteilen, daß er es weder wagen könne noch wolle, einen seiner Unterinspektoren in bestimmte Distrikte zu senden, ehe er nicht polizeilichen Schutz erhielte.... Und Schutz gegen wen? Gegen die Herren der Fabriken! Gegen die reichsten Herren des Bezirks, gegen die einflußreichsten Herren des Bezirks, gegen die Beamten des Bezirks, gegen die Herren, die Ihrer Majestät Friedensrichter waren, gegen die Herren, die in den Sitzungen der Friedensrichter als Vertreter des Königtums wirkten.... Und büßten diese Herren für ihre Gesetzesverletzung?... In meinem Bezirk gehört es zu den ständigen Gewohnheiten der männlichen und zum größten Teile auch der weiblichen Fabrikarbeiter, Sonntags bis 9, 10 oder 11 Uhr im Bett zu bleiben, weil sie von der Arbeit der ganzen Woche vollständig erschöpft sind. Der Sonntag ist der einzigste Tag, an dem sich ihre müden Glieder ausruhen können.... Dabei sei es die Regel, daß je länger die Arbeitszeit, desto geringer der Lohn.... Ich wollte lieber Sklave in Südkarolina als Fabrikarbeiter in England sein!"

Bei dem großen Zehnstundenmeeting in Burnley erzählte Reverend E. A. Verity, Pfründeninhaber von Habberham, seinen Zuhörern unter anderem folgendes: „Wo bleibt Mr. Bright, wo Mr. Cobden, wo die anderen Herren der Manchesterschule, wenn das Volk von Lancashire so bedrückt wird?... Worauf sinnen die reichen Leute eigentlich?... Auf nichts anderes, als wie sie die Arbeiterklasse um eine oder zwei Stunden betrügen könnten. Darin bestünde die Absicht der sogenannten Manchesterschule. Darum seien sie so betrügerische Heuchler und so listige Schurken. Als Geistlicher der englischen Staatskirche protestiere er gegen ein solches Vorgehen."

Wir haben schon auf das Motiv hingewiesen, das die Herren von der englischen Staatskirche in ebenso viele irrende als feurige Ritter für die Rechte der Arbeit verwandelt. Sie wollen sich nicht nur für die trüben Tage der nahenden Demokratie einen Vorrat von Popu=

larität anlegen, sie sind sich nicht nur bewußt, daß die Staatskirche eine wesentlich aristokratische Einrichtung ist, die mit der grundbesitzenden Oligarchie stehen oder fallen muß, es kommt auch noch ein anderes hinzu. Die Manchestermänner sind alle Gegner der Staatskirche, sind Dissenters, sind vor allem so sehr in die 13 Millionen Pfund Sterling verliebt, die ihnen die Staatskirche von England und Wales allein alljährlich aus den Taschen zieht, daß sie entschlossen sind, eine Trennung zwischen diesen weltlichen Millionen und dem geistlichen Stande zu veranlassen, damit er sich des Himmels würdiger erweist. Die frommen Herren kämpfen daher für ihre heiligsten Güter. Die Herren von der Manchesterschule aber mögen aus diesem Zwischenspiel lernen, daß es ihnen nicht gelingen wird, die politische Macht den Händen der Aristokratie zu entreißen, wenn sie sich nicht, und sei es auch noch so widerstrebend, dazu entschließen, auch dem Volke seinen vollen Anteil an ihr zu geben.

Auf dem Kontinent ist das Hängen, Schießen und Deportieren an der Tagesordnung. Die Henker sind jedoch Wesen, die man selbst greifen und hängen kann, und ihre Greueltaten graben sich unauslöschlich in das Gewissen der ganzen zivilisierten Welt ein. Gleichzeitig waltet in England ein unsichtbarer, unfaßbarer und stummer Despot seines Amtes, der in verzweifelten Fällen Menschen zur grausamsten aller Todesarten verdammt und in geräuschloser Alltagsarbeit ganze Rassen und Klassen von Menschen vom Boden ihrer Vorväter vertreibt, gleich dem Engel mit dem feurigen Schwert, der Adam aus dem Paradies vertrieb. Das Wirken des unsichtbaren sozialen Despoten führt im letzteren Falle zur erzwungenen Auswanderung, im ersteren zur Hungersnot.

In London sind in diesem Monat neuerliche Fälle von Hungersnot vorgekommen. Ich erwähne nur den Fall der Mary Ann Sandry, 43 Jahre alt, die in Coal Lane, Shadwell, London, starb. Der Arzt, Dr. Thomas Peene, der dem Leichenbeschauer assistierte, gab an, die Tote sei verhungert und erfroren. Die Tote lag auf einem Häufchen Stroh ohne jegliche Decke. Das Zimmer enthielt keinerlei Möbel, Feuerungsmaterial oder Nahrungsmittel. Fünf kleine Kinder saßen auf dem nackten Fußboden neben dem Leichnam der toten Mutter und schrien vor Kälte und Hunger.

Nächstens mehr über die „erzwungene Auswanderung“.

Erzwungene Auswanderung. – Kossuth und Mazzini. – Die Flüchtlingsfrage. – Wahlbestechung in England. – Herr Cobden.

London, 4. März 1853 (N. Y. T., 22. März 1853).

Aus den Handels- und Schiffahrtsberichten für die Jahre 1851 und 1852, die letzten Februar veröffentlicht wurden, ersehen wir, daß der deklarierte Gesamtwert des Exports für 1851 68531601 Pfund Sterling und für 1852 71429548 Pfund Sterling betrug; von diesem letzteren Betrag kommen 47209000 Pfund Sterling auf den Export von Baumwoll-, Woll-, Leinen- und Seidenwaren. Der Import von 1852 bleibt hinter dem von 1851 zurück. Da das Verhältnis der Importe für den heimischen Verbrauch nicht abgenommen, sondern eher zugenommen hat, so folgt daraus, daß England statt der gewöhnlichen Menge von Kolonialprodukten eine gewisse Menge von Silber und Gold reexportiert hat.

Das Kolonialauswanderungsamt gibt folgenden Bericht über die Auswanderung aus England, Schottland und Irland nach allen Teilen der Welt für die Zeit vom 1. Januar 1847 bis 30. Januar 1852:

	Aus England	Schottland	Irland	Total
1847	34685	8616	214969	258270
1848	58865	11505	177719	248089
1849	73643	17127	208758	299528
1850	57843	15154	207852	280849
1851	69557	18616	247763	335936
1852 (bis Juni)	40767	11562	143375	195704
	335360	82580	1200436	1618376

„Man nimmt an, daß neun Zehntel der Auswanderer von Liverpool", bemerkt das Amt, „Irländer sind. Drei Viertel der Auswanderer aus Schottland sind Kelten, die entweder aus dem Hochland oder aus Irland über Glasgow kommen." Demnach gehören vier Fünftel der gesamten Emigration der keltischen Bevölkerung Irlands, des schottischen Hochlands und der schottischen Inseln an. London Economist bemerkt hierzu: „Die Auswanderung ist die Folge des Zusammenbruchs eines Systems, das sich auf Zwergwirtschaft und Kartoffelbau gründet." Er fügt hinzu: „Die Entfernung des überflüssigen Teils der Bevölkerung aus Irland und den schottischen Hochländern ist die unvermeidliche Einleitung zu allen Arten von Verbesserungen. . . . Das Einkommen Ir-

lands hat durchaus nicht unter der Hungersnot von 1846/47 und auch nicht unter der seitherigen Auswanderung gelitten. Im Gegenteil, seine Nettoeinnahmen betrugen 1851 4281900 Pfund Sterling, waren also etwa 184000 Pfund Sterling höher als 1843."

Erst treibt man also die Bevölkerung eines Landes in die Armut, und wenn dann nichts mehr aus ihr herauszuschinden ist, wenn sie dem Lande zur Last fällt, so jagt man sie fort und freut sich seiner Nettoeinnahmen! Das ist auch der Grundsatz, den Ricardo in seinen „Principles of Political Economy" niedergelegt hat. Wenn der jährliche Profit eines Kapitalisten 2000 Pfund Sterling beträgt, so kümmert er sich wenig darum, ob er hundert oder tausend Arbeiter beschäftigt. „Ist nicht das wirkliche Einkommen einer Nation dasselbe?" fragt Ricardo. Wenn das wirkliche Reineinkommen einer Nation, Grundrente und Profit, dasselbe bleibt, dann ist es doch schließlich egal, ob es von zehn oder von zwölf Millionen Einwohnern herstammt. Sismondi antwortet darauf in seinen Nouveaux Principes d'Economie politique, daß nach seiner Ansicht dann der englischen Nation gar nichts daran zu liegen brauchte, wenn die ganze Bevölkerung verschwände und der König (damals gab es keine Königin) allein mitten auf der Insel bliebe, vorausgesetzt, daß eine automatische Maschinerie es ihm ermöglichte, dieselbe Nettoeinnahme zu erzielen, die heute eine Bevölkerung von zwanzig Millionen hervorbringe. Jenes grammatikalische Wesen, das „Nationalreichtum" heißt, würde in diesem Falle tatsächlich keine Einbuße erfahren.

Ich gab schon in einem früheren Bericht ein Beispiel davon, wie im schottischen Hochland das Land „gelichtet" wird (Clearing of estates, Bauernlegen). Ich will nun ein Zitat aus dem Galway Mercury bringen, das zeigt, wie in Irland auf dieselbe Art und Weise die Auswanderung erzwungen wird: „Aus dem Westen Irlands ziehen die Leute in Massen fort. Die Gutsbesitzer von Connaught haben sich stillschweigend vereinigt, alle Kleinbesitzer mit der Wurzel auszurotten, und veranstalten einen förmlichen Vertilgungskrieg gegen sie. . . . Die herzzerreißendsten Grausamkeiten spielen sich täglich in dieser Provinz ab, von denen das Publikum gar nichts gewahr wird."

Es sind jedoch nicht nur die verarmten Bewohner der irischen Smaragdinsel und der schottischen Hochländer, die von den landwirtschaftlichen Verbesserungen und vom „Zusammenbruch des veralteten Gesellschaftssystems" hinweggefegt werden. Es sind nicht nur die kräftigen länd-

lichen Arbeiter Englands, Wales' und Nieder-Schottlands, deren Überfahrt das Auswanderungsamt bezahlt. Das Rad des „Fortschritts" erfaßt nun auch eine Klasse, die bisher die seßhafteste Klasse Englands war. Eine überraschende Auswanderungssucht hat sich der englischen Kleinpächter, besonders derjenigen, die auf schwerem Lehmboden sitzen, bemächtigt. Die schlechten Ernteaussichten, der Mangel an genügendem Kapital, um die großen Verbesserungen auf ihren Grundstücken vorzunehmen, die es ihnen ermöglichen würden, ihren alten Pachtzins zu zahlen, lassen ihnen keine andere Wahl, als über den Ozean zu gehen, um sich ein neues Vaterland und neuen Boden zu suchen. Ich rede hier nicht von der Auswanderung, die der Goldwahnsinn hervorrief, sondern von jener zwangsweisen Auswanderung, die hervorgerufen wird durch den Großgrundbesitz, die Konzentration der Güter, die Anwendung der Maschinerie zur Bearbeitung des Bodens und die Einführung des modernen Großbetriebs in der Landwirtschaft.

In den alten Staaten, in Griechenland und Rom, bildete die zwangsweise Auswanderung, die die Form periodischer Errichtungen von Kolonien annahm, ein ständiges Glied in der gesellschaftlichen Struktur. Das ganze System dieser Staaten war auf einer bestimmten Beschränkung in der Bevölkerungszahl aufgebaut, die nicht überschritten werden durfte, sollte nicht der Bestand der antiken Zivilisation selbst gefährdet werden. Warum aber verhielt sich das so? Weil ihnen die Anwendung der Naturwissenschaft auf die materielle Produktion ganz unbekannt war. Um zivilisiert zu bleiben, mußten sie wenige sein. Sonst wären sie die Opfer jener schweren körperlichen Arbeit geworden, die den freien Bürger zum Sklaven machte. Das Fehlen der Produktivkraft machte die Bürgerschaft von einem gegebenen Zahlenverhältnis abhängig, das nicht aus dem Gleichgewicht gebracht werden durfte. Das einzige Auskunftsmittel war daher zwangsweise Auswanderung.

Derselbe Druck der Bevölkerung auf die Produktivkräfte trieb einst die Barbaren aus den Hochebenen Asiens zum Einfall in die Alte Welt. Es wirkte hier dieselbe Ursache unter anderer Erscheinungsform. Um Barbaren bleiben zu können, mußten sie ihrer wenige sein. Sie waren Hirtenvölker, Jäger und kriegführende Stämme, deren Produktionsweise für jedes einzelne Individuum große Landstrecken erforderte, wie dies noch heute bei den Indianerstämmen in Nordamerika der Fall ist. Nahmen sie an Zahl zu, so beschnitt einer des andern Produktionsgebiet. Da-

her war die überschüssige Bevölkerung gezwungen, sich auf jene großen abenteuerlichen Wanderungen zu begeben, die die Grundlage zur Bildung der Völker im alten und neuen Europa legten. Ganz anders aber steht es mit den großen zwangsweisen Auswanderungen von heutzutage. Nicht der Mangel an Produktivkräften schafft den Bevölkerungsüberschuß, sondern es ist die Zunahme an Produktivkräften, die eine Verringerung der Bevölkerung verlangt und den Überschuß durch Hungersnot oder Auswanderung beseitigt. Nicht die Bevölkerung drückt auf die Produktivkraft, sondern diese drückt auf die Bevölkerung.

Nun teile ich weder Ricardos Ansicht, der „das Reineinkommen" als den Moloch hinstellt, dem ohne Murren ganze Völkerschaften geopfert werden müssen, noch die Ansicht Sismondis, der in seiner hypochondrischen Philanthropie gewaltsam überlebte Methoden im landwirtschaftlichen Betrieb erhalten und die Wissenschaft ebenso aus der Industrie verbannen möchte wie einst Plato die Poeten aus seiner Republik. In der Gesellschaft vollzieht sich eine stille Revolution, der man sich unterwerfen muß und die sich um die menschlichen Existenzen, die ihr zum Opfer fallen, ebensowenig bekümmert wie ein Erdbeben um die Häuser, die es zerstört. Die Klassen und die Rassen, die zu schwach sind, die neuen Lebensbedingungen zu meistern, müssen unterliegen. Kann es aber etwas Kindischeres und Kurzsichtigeres geben, als die Ansichten jener Ökonomisten, die allen Ernstes glauben, dieser jammervolle Übergangszustand bedeute nichts weiter als die Anpassung der Gesellschaft an den Aneignungstrieb der Kapitalisten, sowohl Grundherren wie Finanzbarone? In Großbritannien ist der Verlauf dieses Prozesses sehr durchsichtig. Die Anwendung wissenschaftlicher Methoden in der Produktion vertreibt die Menschen vom flachen Lande und konzentriert sie in den Industriestädten. „Die Auswanderungskommissäre haben außer einigen wenigen Handstuhlwebern aus Spitalfields und Paisley keine Industriearbeiter unterstützt, und auf eigene Kosten sind wenige oder gar keine ausgewandert," sagt der Economist.

Der Economist weiß ganz genau, daß sie auf eigene Kosten nicht auswandern konnten, und daß ihnen die industrielle Mittelklasse bei der Auswanderung nicht behilflich sein würde. Wohin führt das nun? Die bäuerliche Bevölkerung, das seßhafteste und konservativste Element der modernen Gesellschaft verschwindet, während das industrielle Proletariat gerade infolge der modernen Produktionsweise sich in mächtige Zentren

zusammengedrängt sieht, ringsum die gewaltigen Produktivkräfte, deren Schöpfungsgeschichte bisher die Märtyrergeschichte der Arbeiter war. Wer wird sie daran hindern, einen Schritt weiter zu gehen und sich der Kräfte zu bemächtigen, die sich vorher ihrer selbst bemächtigt hatten? Wo wird die Gewalt sein, die ihnen Widerstand zu leisten vermag? Nirgends! Es wird dann nutzlos sein, sich auf die „Eigentumsrechte" zu berufen. Die Bourgeoisökonomisten geben selbst zu, daß die modernen Veränderungen in der Produktionsweise das veraltete Gesellschaftssystem und seine Aneignungsmethoden vernichtet haben. Diese Veränderungen haben die schottischen Clanmänner, die irischen Häusler und Pächter, die englischen Yeomen, die Handstuhlweber, zahllose Handwerker, ganze Generationen von Fabrikkindern und -weibern expropriiert; sie werden im Laufe der Zeit den Grundherrn und den Baumwoll-Lord expropriieren.

Auf dem Kontinent schleudert der Himmel Blitze, in England aber zittert die Erde selbst. England ist das Land, wo die wirkliche Umwälzung der modernen Gesellschaft beginnt.

In meinem Briefe vom 1. dieses Monats teilte ich mit, daß Mazzini öffentlich gegen Kossuth auftreten wolle. Am 2. dieses Monats erschien tatsächlich im Morning Advertiser, in der Morning Post und der Daily News ein Brief Mazzinis. Da Mazzini also jetzt selbst das Eis gebrochen hat, so kann ich gleich berichten, daß Kossuth unter dem Drucke seiner Pariser Freunde sein eigenes Dokument widerrufen hat. In Kossuths früherer Laufbahn finden wir manche derartigen Symptome schwankender Schwächlichkeit, unentwirrbarer Widersprüche und Doppelzüngigkeit. Er besitzt alle anziehenden Tugenden, gleichzeitig aber auch alle weibischen Fehler des „Künstlercharakters". Er ist ein großer Künstler „im Worte drechseln". Ich empfehle allen jenen, die sich nicht gerne dem Volksaberglauben beugen, sondern sich lieber selbst ein vernunftgemäßes Urteil bilden wollen, Szemeres kürzlich veröffentlichte Biographien von L u d w i g B a t t h y a n y i, A r t u r G ö r g e y und L u d w i g K o s s u t h.

Was die Lombardei betrifft, so kann man sicher sein, daß, wenn es Mazzini nicht gelang, die italienische Bourgeoisie in Bewegung zu versetzen, Radetzky diesen Erfolg haben wird. In diesem Augenblick geht er daran, das Vermögen aller Emigranten zu konfiszieren, auch solcher, die mit österreichischer Erlaubnis auswanderten und in anderen Ländern naturalisiert wurden, wenn sie nicht b e w e i s e n, daß sie mit dem

letzten Aufstand nichts zu tun hatten. Die österreichischen Zeitungen berechnen den Betrag des zu konfiszierenden Eigentums auf etwa zwölf Millionen Franken. In der Unterhaussitzung vom 1. März erwiderte Lord Palmerston auf eine Frage Lord Dudley Stuarts: „Die Kontinentalmächte hätten keinen Antrag auf Ausweisung politischer Flüchtlinge gestellt, geschähe es aber, so würde ihnen eine bestimmte und entschiedene Abweisung zuteil werden. Die britische Regierung hätte sich nie dazu hergegeben, für die innere Sicherheit anderer Länder zu sorgen."

Daß aber trotzdem solch ein Antrag gestellt werden sollte, geht aus dem börsenschacherischen Moniteur und aus dem Journal des Débats hervor, die in einer ihrer letzten Nummern die Vermutung äußern, England werde sich schon den vereinigten Bitten Österreichs, Rußlands, Preußens und Frankreichs fügen. Journal des Débats fügt hinzu: „Sollte der schweizerische Bund Österreich die Erlaubnis verweigern, an der Grenze einen Überwachungsdienst zu organisieren, so wird es möglicherweise gewaltsam ins Schweizer Gebiet eindringen und den Kanton Tessin besetzen, in welchem Falle Frankreich, um das Gleichgewicht herzustellen, seine Truppen in die Kantone an seiner Schweizer Grenze einmarschieren ließe." Das Journal des Débats schlägt also im Hinblick auf die Schweiz dasselbe einfache Mittel zur Lösung der Frage vor, das Prinz Heinrich von Preußen 1770 scherzhaft der Kaiserin Katharina in bezug auf Polen vorschlug. Mittlerweile diskutiert die ehrwürdige Körperschaft, so sich Deutscher Bundestag nennt, ernsthaft darüber, „daß man sich an England zu wenden gedenke", und verbraucht für diese feierliche Sache so viel Lungenkraft, daß es hinreichend wäre, die Segel der ganzen deutschen Flotte damit zu schwellen.

In der Unterhaussitzung vom 1. dieses Monats ereignete sich ein sehr charakteristischer Zwischenfall. Die Vertreter von Bridgenorth und Blackburn waren wegen Bestechung als zu Unrecht gewählt erklärt worden. Darauf beantragte Sir J. Shelley, daß die vor den Kommissionen gemachten Zeugenaussagen auf dem Tische des Hauses niedergelegt würden und daß die Wiederwahlen nicht vor dem 4. April ausgeschrieben werden sollten. Darauf bemerkte der Right Honorable Baronet Sir J. Trollope, es seien schon vierzehn Kommissionen eingesetzt worden, um die Untersuchungen gegen die Wahlkreise wegen Wahlkorruption zu führen, und es müßten noch weitere fünfzig eingesetzt werden. Dann sprach er über

die Schwierigkeit, einerseits genug Mitglieder zur Bildung von Wahlprüfungskommissionen im Hause aufzutreiben und andererseits noch Kommissionen für die laufenden Geschäfte des Hauses bilden zu können. Würde man der Entstehungsgeschichte des Hauses ein bißchen genauer nachspüren, so müßte es zusammenbrechen und die parlamentarische Maschinerie zum völligen Stillstand kommen.

In seiner jüngsten Broschüre sowie in seinen Ansprachen auf dem Friedenskongreß von Manchester und auf verschiedenen Versammlungen für Schulfragen hat sich Herr Cobden damit unterhalten, die Presse zu kritisieren. Die ganze Presse hat Gleiches mit Gleichem vergolten, den schärfsten Hieb aber versetzt ihm der Englishman, dessen Briefe an Louis Napoleon zur Zeit des Staatsstreichs so große Sensation erregten und der sich seither gegen die Seidenbarone und Baumwoll-Lords gewendet hat. Er schließt einen Brief, den das genannte Blatt an Herrn Cobdens Adresse richtet, mit folgender epigrammatischer Charakterisierung des Orakels von West-Riding: „Durch einen einzigen Triumph aufgebläht und aus dem Gleichgewicht gebracht, möchte er am liebsten eine populäre Autokratie durchsetzen. Der Prophet einer Clique, der unermüdlich agitiert, nach Berühmtheit lechzt, jede Opposition verabscheut, bissig, unlogisch, utopistisch, verbohrt und von arrogantem Wesen ist, der streitlustige Friedensprediger und strenge Proselyt der Weltbrüderschaft, der die Freiheit auf den Lippen, den Despotismus aber in seinen Dogmen hat, ist empört, wenn die Presse sich weder einschüchtern noch hinters Licht führen läßt — er möchte ihren Einfluß, ihre Intelligenz, ihre Unabhängigkeit mißbrauchen, möchte den Beruf eines vollendeten Gentleman zu dem Handwerk eines elenden Zeilenschreibers herabdrücken und sich selbst zu ihrem einzigen Leiter aufwerfen."

Die neue Finanzgaukelei oder Gladstone und die Pennies.

People's Paper, 16. April 1853.

Unsere Leser wissen aus eigner Erfahrung und verspüren es am eignen Leibe, daß alte Finanzmogeleien dem Volk eine Staatsschuld von 800000000 Pfund Sterling aufgebürdet haben. Diese Schuld wurde hauptsächlich kontrahiert, um die Befreiung der amerikanischen Kolonien zu hindern und der französischen Revolution vom vorigen Jahrhundert entgegenzuarbeiten. Der Einfluß, den die Erhöhung der Staatsschuld auf

die öffentlichen Ausgaben ausübt, soll durch folgende kleine Tabelle illustriert werden:

1. Staatsschuld.

	Pfund Sterling
Als Königin Anna nach Wilhelm (1701) den Thron bestieg .	16394702
Als Georg I. auf den Thron kam (1714)	54145363
Als Georg II. die Regierung antrat (1727)	52092235
Als Georg III. die Zügel der Regierung ergriff (1760) . .	146682844
Nach dem amerikanischen Krieg (1784)	257213043
Am Ende des antijakobinischen Kriegs (1801)	579931447
Im Januar 1810 (während des Napoleonischen Kriegs) . .	811898082
Nach 1815 . . . . ungefähr	1000000000

2. Nationale Ausgaben.

	Pfund Sterling
Als Königin Anna (1701) auf Wilhelm folgte, betrugen alle Ausgaben, inklusive der Zinsen für die Staatsschuld . .	5610987
Als König Georg I. den Thron bestieg (1714)	6633581
Als König Georg II. die Regierung antrat (1727)	5441248
Als König Georg III. die Zügel in die Hand nahm (1760) .	24456940
Am Ende des antijakobinischen Kriegs (1801)	82027288

3. Nationale Besteuerung.

	Pfund Sterling
Unter Königin Anna (1701)	4212358
Unter König Georg I. (1714)	6762643
Unter König Georg II. (1727)	6522540
Unter König Georg III. (1760)	8744682
Nach dem amerikanischen Krieg (1784)	13300921
Nach dem antijakobinischen Krieg (1801)	36728971
1809	70240226
Nach 1815 . . . . etwa	82000000

Das Volk weiß wohl aus Erfahrungen am eigenen Beutel, wie schwer die Staatsschuld auf der Besteuerung lastet, doch nur wenige wissen, unter welchen eigentümlichen Verhältnissen diese Schuld kontrahiert wurde und weiter besteht. Der „Staat“, dieses gemeinsame Werkzeug in der Hand des Grundadels und der Finanzleute, braucht Geld, um das Werk der Unterdrückung im Inland wie im Ausland durchzuführen. Von Kapitalisten und Wucherern leiht er Geld aus und gibt ihnen dafür ein Stück Papier, durch das er sich verpflichtet, für je 100 Pfund Sterling so und soviel an Zinsen zu zahlen. Die Mittel zu dieser Zahlung zieht er in Form von Steuern aus den Taschen der arbeitenden Klassen. Das Volk selbst muß also seinen Bedrückern als Sicherheit jenen Leuten gegenüber gelten, die ihr Geld herleihen, damit dem Volk der Hals abge-

schnitten werden kann. Dieses Geld ist unter verschiedenen Bezeichnungen als Schuld entlehnt; manchmal zahlt es 3, $3^1/_2$ oder 4 Prozent, und dementsprechend haben die Fonds auch verschiedene Bezeichnungen, als dreiprozentig, vierprozentig usw. Jeder Schatzkanzler, abgesehen von den Whigs, hat nun das Bestreben, den Druck dieses Alps soviel als möglich zu erleichtern, der nicht nur auf den Arbeiterklassen, sondern auch auf Fabrikanten und Grundbesitzern lastet, die ebenfalls einen Teil der Zinsen zahlen müssen, und die alle den Wunsch haben, so wenig als möglich zu bezahlen.

Am 6. April, ehe das Budget des jetzigen Ministeriums herausgebracht wurde, legte Herr Gladstone dem Hause mehrere Resolutionen vor, die sich mit der Staatsschuld befaßten. Vorher schon hatte Morning Chronicle angekündigt, es würden Vorschläge von äußerster Wichtigkeit gemacht werden, die durch „sehr interessante und vielversprechende Gerüchte" angekündigt wurden. Auf diese Gerüchte hin stiegen die Papiere. Man hatte den Eindruck, als wolle Gladstone die Staatsschuld abzahlen. Was sollte nun der ganze Rummel bedeuten?

Das Endziel der Gladstoneschen Vorschläge war, wie er selbst sagte, die Reduzierung der Zinsen der verschiedenen Staatspapiere auf $2^1/_2$ Prozent. In den Jahren 1822 bis 1823, 1824 bis 1825, 1830 bis 1831, 1844 bis 1845 hatten schon Reduzierungen von 5 Prozent auf $4^1/_2$, von $4^1/_2$ auf 4, von 4 auf $3^1/_2$, von $3^1/_2$ auf 3 Prozent stattgefunden, warum sollte der Zinsfuß nun nicht von 3 auf $2^1/_2$ Prozent herabgesetzt werden?

Sehen wir zu, wie Herr Gladstone dieses Ziel zu erreichen sucht.

Erstens schlägt er vor, gewisse Papiere im Betrag von 9 500 000 Pfund Sterling, die hauptsächlich mit dem alten Südseeschwindel in Verbindung stehen, unter eine einheitliche Bezeichnung zusammenzufassen und sie zwangsweise von 3 auf $2^3/_4$ Prozent zu reduzieren. Das ergibt eine fortlaufende jährliche Ersparnis von ungefähr 25 000 Pfund Sterling. Die Erfindung eines Sammelnamens für verschiedene Papiere und die Ersparnis von 25 000 Pfund Sterling bei einer jährlichen Ausgabe von 30 000 000 Pfund Sterling ist nicht gerade eine allzu bewundernswerte Leistung.

Zweitens will er ein neues Wertpapier schaffen, Schatzverschreibungen genannt, die den Betrag von 30 000 000 Pfund Sterling nicht übersteigen und durch einfache Übergabe kostenlos übertragbar sein sollen; bis zum 1. September 1864 sollen sie sich mit $2^3/_4$, von da bis 1. September 1894 mit $2^1/_2$ Prozent verzinsen. Das bedeutet also nichts anderes als die Schaffung eines neuen Finanzwerkzeugs zum Besten der

vermögenden und handeltreibenden Klasse. Er sagt „kostenlos", das heißt kostenlos für den Citykaufmann. Augenblicklich gibt es 18000000 Pfund Sterling Schatzscheine zu $1^1/_2$ Prozent. Bedeutet es nicht einen Verlust für das Land, wenn es für die Schatzverschreibungen 1 Prozent mehr bezahlen soll als für die Schatzscheine? Der zweite Vorschlag hat auf alle Fälle mit einer Verminderung der Staatsschuld nichts zu tun. Die Schatzscheine können nur in England zirkulieren, die Schatzverschreibungen sind übertragbar wie gewöhnliche Wechsel; es ist also nichts weiter als eine Erleichterung für die Citykaufleute, die das Volk mit einem hohen Preis zu bezahlen hat.

Wir kommen zum Schlusse zu dem einzigen wichtigen Punkte, den dreiprozentigen Konsols und den „herabgesetzten dreiprozentigen", die zusammen ein Kapital von 500000000 Pfund Sterling repräsentieren. Eine Parlamentsakte verbietet die zwangsweise Herabsetzung dieser Papiere ohne vorherige zwölfmonatige Kündigung. Gladstone wählt daher ein freiwilliges Umwechslungsverfahren und bietet den Besitzern der Dreiprozentigen an, ihre Papiere nach Wahl gegen andere umzutauschen, die nach seinen Vorschlägen geschaffen werden sollen. Je hundert Pfund der Dreiprozentigen sollen auf eine der drei folgenden Arten umgetauscht werden können:

1. Halber Austausch. Je 100 Pfund Sterling der Dreiprozentigen können gegen eine Schatzverschreibung im gleichen Betrag ausgetauscht werden, die bis 1864 2 Pfund 15 Schilling und bis 1894 2 Pfund 10 Schilling trägt. Wenn sämtliche 30000000 Pfund $2^1/_2$prozentiger Schatzverschreibungen die 30000000 dreiprozentiger Konsols ersetzt haben, so ergibt sich für die ersten zehn Jahre eine Ersparnis von 75000 Pfund und weiterhin von 150000 Pfund, macht zusammen 225000 Pfund Sterling. Die Regierung wäre aber verpflichtet, die ganzen 30 Millionen nach vierzig Jahren zurückzuzahlen. Der Vorschlag bedeutet in keiner Weise eine umfassende Maßregel; was sind 225000 Pfund Ersparnisse gegenüber einer jährlichen Ausgabe von 30 Millionen Pfund?

2. Der zweite Vorschlag geht dahin, daß die Besitzer von dreiprozentigen Papieren für je 100 Pfund zu drei Prozent 82 Pfund 10 Schilling neuer $3^1/_2$prozentiger Papiere erhalten sollen, die mit 3 Pfund 10 Schilling bis 5. Januar 1894 verzinst werden würden. Gehen die Leute auf diesen Tausch ein, so bekommen sie statt der jetzigen 3 Pfund Zinsen nur mehr 2 Pfund 17 Schilling 9 Pence oder in

anderen Worten, sie verlieren an den Zinsen von je 100 Pfund 2 Schilling 3 Pence. Würden die ganzen 500 Millionen Pfund Sterling auf diese Weise konvertiert, so hätte die Nation statt wie bisher 15 Millionen Pfund jährlich nur mehr 14437500 Pfund zu bezahlen, was einem Gewinn von 562500 Pfund im Jahre gleichkäme. Um dieser Ersparnis von 500000 Pfund willen würde sich das Parlament jedoch ein halbes Jahrhundert lang die Hände binden und höhere Interessen als 2⁴/₅ Prozent in einer Zeit bewilligen, wo alles im Wechsel begriffen ist und keine Zinsrate feststeht. Gladstone hätte allerdings das eine gewonnen: statt der dreiprozentigen Papiere, die jetzt durch zwölfmonatige Kündigung geschützt sind, gäbe es nach vierzig Jahren 3½ prozentige, die das Parlament al pari einlösen könnte. Für die 3½ prozentigen Papiere schlägt Gladstone keine Beschränkung vor.

3. Der dritte Vorschlag lautet: Die Inhaber von je 100 Pfund dreiprozentiger Papiere bekommen 110 Pfund in neuen 2½ prozentigen Papieren, die bis 1894 laufen. Als Gladstone am 6. April seinen Antrag zum erstenmal im Hause einbrachte, hatte er den Betrag der neu zu emittierenden 2½ prozentigen Papiere noch nicht fixiert. Als ihn aber Disraeli darauf aufmerksam machte, daß jeder halbwegs vernünftige Mensch bei einem Vergleich der drei Anträge sich unbedingt für die Konversion seiner 100 Pfund dreiprozentigen in 110 Pfund 2½ prozentige entscheiden würde, daß ferner bei der Konversion der 500 Millionen Pfund dreiprozentiger in die neuen 2½ prozentigen die Nation auf einer Seite wohl 1250000 Pfund jährlich gewänne, auf der anderen Seite aber die Staatsschuld um 50000000 Pfund zunähme, da änderte Gladstone am folgenden Tage seinen Antrag und setzte die neue Emission auf 30 Millionen Pfund fest. Durch diese Beschränkung verliert jedoch sein Vorschlag jeden nennenswerten Einfluß auf die große Masse der Staatsschuld und vergrößert deren Betrag nur um 3000000 Pfund.

Nun kennen Sie „einen der bedeutendsten und gewaltigsten Finanzvorschläge, der je gemacht wurde“. Es gibt vielleicht keinen größeren Humbug in der Welt als das sogenannte Finanzwesen. Die einfachsten Operationen, die Budget und Staatsschuld betreffen, werden von den Jüngern dieser „Geheimwissenschaft“ mit den abstrusesten Ausdrücken bezeichnet; hinter dieser Terminologie verstecken sich die trivialen Manöver der Schaffung verschieden bezeichneter Obligationen, die Vertauschung alter Papiere gegen neue, die Herabsetzung des Zinses und die Erhöhung

des Nominalkapitals, die Herabsetzung des Kapitals und die Erhöhung des Zinses, die Zahlungstermine der Prämien, Dividenden, Prioritätsanteile, die Unterschiede zwischen amortisierbaren und nicht amortisierbaren Annuitäten, die künstliche Abstufung der Übertragungsmöglichkeiten der verschiedenen Papiere in einer Weise, daß das Publikum von dieser abscheulichen Börsenscholastik ganz verwirrt ist und sich in der fürchterlichen Mannigfaltigkeit der Details ganz verliert. Den Wucherern aber bietet jede derartige Finanzoperation eine gierig erwartete Gelegenheit, ihre unheilvolle und räuberische Tätigkeit zu entfalten. Gladstone ist zweifellos ein Meister in dieser Art Finanzalchimie, und Disraeli kennzeichnet seinen Vorschlag sehr treffend, wenn er sagt: „Witz und Genie der geriebensten Kasuisten hätten niemals eine kompliziertere und verwickeltere Maschinerie ersonnen, um ein so geringfügiges Resultat zu erzielen. Der heilige Thomas von Aquino beschäftigte sich einmal mit der Frage, wie viele Engel auf einer Nadelspitze tanzen können. Dies sei eine der feinsten Blüten des menschlichen Geistes, und Gladstones Vorschläge zeigten eine auffallende Verwandtschaft mit diesem hervorragenden Geist."

Man wird sich erinnern, daß das Endziel von Gladstones Plänen die Errichtung eines normalen 2½ prozentigen Fonds war. Nun schafft er zur Erreichung dieses Zweckes einen sehr beschränkten 2½ prozentigen Fonds und eine unbegrenzte 3½ prozentige Anleihe. Um den beschränkten 2½ prozentigen Fonds zu schaffen, setzt er den Zinsfuß um ½ Prozent herab und erhöht das Kapital um einen Betrag von 10 Prozent. Um der Schwierigkeit des Gesetzes zu entgehen, das den dreiprozentigen Papieren eine zwölfmonatige Kündigungsfrist gewährt, macht er ein Gesetz für ein halbes Jahrhundert im voraus. Hätte er Erfolg, so würde er dem englischen Volke für ein halbes Jahrhundert jede Möglichkeit, sich finanziell zu befreien, abschneiden.

War das Gesetz gegen die Nichtwählbarkeit der Juden ein kleiner Versuch zur Einführung der religiösen Toleranz, das kanadische Reservationengesetz ein kleiner Versuch, koloniale Selbstverwaltung zuzugestehen, das Unterrichtsgesetz ein kleiner Versuch, die Nationalerziehung zu umgehen, so wird jedermann zugeben, daß Gladstones Finanzprojekt ein unendlich kleiner Versuch ist, dem Riesenungeheuer, genannt die Staatsschuld Großbritanniens, beizukommen.

Pfunde, Schillinge, Pence oder Klassenbudgets und wer hat den Nutzen davon?

People's Paper, 23. April 1853.

Gladstone hat sein Budget eingebracht. Gleich zwei Hähnen in einer Scheuer krähten der jetzige und der verflossene Schatzminister im Unterhaus aufeinander los. Doch der whiggistische Bantamhahn hatte sich bei dem konservativen Truthahn einige Noten geborgt. Wir zergliederten letzte Woche den Teil des Gladstoneschen Finanzprojekts, der die Staatsschuld betrifft, und bewiesen, wie er nichts weiter sei als ein elender Schacher mit der ganzen Frage, der nur Wucherern, Börsenjobbern und Kaufleuten dazu nützte, ihnen ihre Geschäfte zu verbilligen und zu erleichtern. Heute werden wir sehen, daß das Budget nichts anderes ist als ein Klassenbudget, ein Budget für die Bourgeoisie, geschrieben von einer aristokratischen Feder. Wir wollen erst ein ganz kurzes Bild dieser wichtigen Angelegenheit geben.

Nr. I. Von den Ausgaben und Einnahmen. Der Kanzler konstatiert, daß die öffentlichen Ausgaben in diesem Jahr die des Vorjahrs um 1401000 Pfund Sterling übersteigen werden!! Das ist eine recht vielversprechende Art, ein Budget der Finanzreform zu inaugurieren. Die Ursache dieser Zunahme ist ebenfalls recht ermutigend. Es ist darin inbegriffen eine Vermehrung der Ausgaben für unsere Marine um 617000 Pfund, das Heer und Verpflegungsamt um 90000 Pfund, für die Artillerie um 616000 Pfund, für die Miliz um 230000 Pfund. Der Unterricht aber, die Waffe der Aufklärung und die Verteidigung des Wissens, weist nur eine Vermehrung um 100000 Pfund Sterling auf. Die Totalsumme der Ausgaben des Landes werden für das laufende Jahr auf 52183000 Pfund Sterling geschätzt. Die Totalsumme der Einnahmen auf 52990000 Pfund. Es ergibt sich also eine Mehreinnahme von 807000 Pfund, von denen jedoch schon 100000 Pfund für Ausgaben für die Postschiffe in Abrechnung kommen. Der ganze verfügbare Überschuß wird auf 500000 Pfund Sterling geschätzt. Wir kommen jetzt zu

Nr. II. Das Finanzprojekt. Hier faßt der Kanzler erstens die Einkommensteuer ins Auge und macht keinen Unterschied zwischen festem und unsicherem Einkommen. Er schlägt vor, nach zwei Jahren die Steuer von 7 auf 6 Pence pro Pfund herabzusetzen, dann nach weiteren zwei Jahren von 6 auf 5 Pence für die Dauer von drei Jahren — die Steuer auf

Irland auszudehnen und sie so herabzusetzen, daß sie auch Jahreseinkommen von 100 Pfund umfaßt. Davon, meint er, „werden die Reihen der Arbeiter nicht berührt". Die Einkommen zwischen 100 und 150 Pfund sollen bloß 5 Pence vom Pfund bezahlen. Der Erfolg wird sein, daß die Last der Reichen erleichtert und diese Erleichterung als neue Last den weniger Reichen aufgebürdet werden wird. Der reiche Kaufmann soll weniger bezahlen, und als Ersatz dafür soll der arme Handelsmann jetzt dort zu bezahlen haben, wo er früher direkt nichts bezahlte. Das ist eine sonderbare Gerechtigkeit. Vier Jahre lang zahlt allerdings der Mann mit 100 Pfund Einkommen um 2 Pence pro Pfund weniger als der Mann mit 150 oder 150000 Pfund. Nach dieser Zeit aber zahlen sie dasselbe, und nach zwei Jahren schon kommt dem Reichen der Vorteil davon zugute, daß die Ärmeren besteuert sind. Unserer Auffassung einer Besteuerung würde es mehr entsprechen, wenn eine progressive Einkommensteuer eingeführt würde, bei der der Prozentsatz mit dem Betrag des Einkommens stiege. Denn zehntausendmal 5 Pence bedeuten für den Mann mit einem Jahreseinkommen von 10000 Pfund weniger als hundertmal 5 Pence für ein Jahreseinkommen von 100 Pfund. Das ist die ganze Finanzkunst der Whigs — äußerlich glänzend, aber innerlich Stückwerk und Flickwerk, ist sie nur darauf zugeschnitten, die Lasten der Reichen langsam aber sicher zu erleichtern und die der Armen zu erschweren. Wahrhaft absurd aber ist es, zu behaupten, daß die Einkommensteuer die Arbeiter nicht berühre. In unserer jetzigen Gesellschaftsordnung, wo sich Unternehmer und Arbeiter gegenüberstehen, hält sich die Bourgeoisie meist für eine höhere Besteuerung dadurch schadlos, daß sie die Löhne herabsetzt oder die Preise erhöht.

Der Kanzler geht zweitens zur Erbsteuer über. Er erleichtert den Schwiegersöhnen und Schwiegertöchtern die „Erbschaftssteuer", indem er sie von 10 auf 7 Prozent herabsetzt. Welch unermeßliches Glück! Er bezieht allen Grundbesitz mit in den Wirkungskreis der Steuer ein; die Steuer auf vererbten Grundbesitz soll nach dem als Leibrente berechneten Nutzungswert bemessen werden. Er hofft dadurch die Steuereinnahmen des Landes um 2000000 Pfund Sterling zu vermehren und rühmt sich, Gewerbefleiß und Industrie gegen den Grundbesitz zu unterstützen. Die Bestimmung ist die Anerkennung eines Prinzips und ist eine bedeutsame Konzession, die dem Monopol des Grundbesitzes durch die industrielle und kommerzielle Entwicklung abgerungen wird. Wir wiederholen, es

ist eine Konzession, jedoch eine solche, die nicht nur leicht zu umgehen ist, sondern deren Umgehung von den grundbesitzenden Gesetzgebern der Finanzwelt möglicherweise von vornherein auch geplant war.

Drittens sollen die Stempelgebühren bei Quittungen aufgehoben werden, und das Aufkleben einer Pennypostmarke soll in Zukunft für jede Quittung in beliebiger Höhe genügen. Eine Maßregel großer Erleichterung für die Reichen, von der man erwartet, der vermehrte Gebrauch von Briefmarken werde ein Gegengewicht für den Ausfall an Stempelgebühren bieten, von der aber die Arbeiterklasse keinen Nutzen haben wird, denn sie schließt nur wenig Geschäfte in solcher Höhe (5 Pfund) ab, daß ein Stempel erforderlich wäre.

Viertens. Die Annoncensteuer wird von 1 Schilling 6 Pence auf 6 Pence herabgesetzt. Wieder ein Stück elenden Flickwerks. Es läßt sich kein vernünftiger Grund dafür angeben, warum man bei der alten Methode bleibt, wenn man doch den Schilling aufgibt, denn der schwerfällige und kostspielige Apparat zur Eintreibung des Sixpence wird den Ertrag der Steuer aufzehren. Aber vielleicht besteht der Grund dafür darin, daß man die Pöstchen und Anstellungen nicht aufgeben will, die mit dem Einziehen dieser Steuer verknüpft sind. Zeitungsbeilagen, die nur Annoncen enthalten, sollen befreit sein. Diese beiden Vergünstigungen sind eine Konzession an die Bourgeoisie — während die Beibehaltung des Zeitungsstempels der Ausbreitung eines demokratischen Erziehungsmittels nach wie vor einen starken Damm entgegensetzt. „Die schon bestehenden Zeitungen", sagt der Kanzler, „sollen gefördert werden, neue und billigere aber sollen nicht entstehen."

Fünftens. Die Gebühr auf Lebensversicherungen wird von 2 Schilling 6 Pence auf 6 Pence herabgesetzt — auch ein Beweis von kleinlichem Schachergeist; die auf Lehrverträge soll von 1 Pfund auf 2 Schilling 6 Pence, auf Anwaltszeugnisse von 12 und 8 Pfund auf 9 und 6 Pfund und auf Lehrkontrakte von Clerks von 120 auf 80 Pfund herabgesetzt werden. Der erste und die beiden letzten Posten sind wieder offenbare Erleichterungen für die Bourgeoisie, bedeuten aber für die Armen nicht den Schatten einer Wohltat. Die Annoncensteuer, der Zeitungsstempel, die Papiersteuer werden beibehalten, damit die Dienstboten-, die Hunde- und Pferdesteuer zugunsten der Reichen herabgesetzt werden kann.

Sechstens. In Schottland und Irland soll ein Zuschlag auf die Spiritussteuer gemacht werden, und die Brenner sollen eine Entschädigung für den „Abgang" bekommen.

Siebentens. Die Lizenzen für Händler sollen mehr ausgeglichen werden. (Eine weitere Liebesgabe an die Bourgeoisie.)

Achtens. Die Abgaben auf Seife und noch eine Reihe anderer sollen abgeschafft werden. Der Teezoll soll bis 1854 von 2 Schilling 2½ Pence auf 1 Schilling 10 Pence, bis 1856 auf 1 Schilling 6 Pence und von da an auf 1 Schilling herabgesetzt werden.

Das ist das Whigbudget in großen Umrissen. Und nun fragen wir unsere Leser, hat je ein Schatzkanzleramt eine erbärmlichere Pfennigfuchserei in die Welt gesetzt, um des Kanzlers eigenen Ausdruck zu gebrauchen? Mag das Budget auch äußerlich annehmbar und einnehmend scheinen und einige bestechende Züge aufweisen, wo aber ist sein wahrer Nutzen, wo bleibt die wahre Erleichterung, die es den arbeitenden Klassen Englands bringen soll? Die Herabsetzung der Abgaben auf Seife und Tee sind die einzigen Punkte, an die man sich halten kann; wie klein aber ist der Vorteil, den sie gewähren. Überall ist der Spielraum, über den hinaus die Arbeiter hätten profitieren und Aristokratie und Bourgeoisie verlieren können, genau bemessen und seine Überschreitung aufs ängstlichste vermieden worden. Gedankenlose werden sich möglicherweise durch das Budget einfangen lassen: „Herabsetzung der Annoncensteuer auf 6 Pence und Abschaffung des Beilagenstempels!" Was aber bedeutet das faktisch für das Volk? Nichts! „Quittungsstempel zu 1 Penny!" Aber was soll das dem Lohnsklaven, der nur über Hungerlöhne zu quittieren hat? Nichts, rein nichts! „Lebensversicherungsstempel von 2 Schilling 6 Pence auf 6 Pence herabgesetzt!" Was ist das für den, der für 6, 8 oder 10 Schilling pro Woche schuftet und sein Leben nicht gegen Manchesters entnervende Sklaverei versichern kann, und selbst für den, der 1 Pfund oder 30 Schilling wöchentlich verdient? Nichts! Was bedeutet es für den Arbeiter, daß Anwälte für ihre Zeugnisse von nun an 3 Pfund weniger und Clerks für ihre Lehrkontrakte von nun an 80 Pfund statt der bisherigen 120 Pfund zu bezahlen haben? Was bedeutet es für die Arbeiter, wenn die Erbsteuer in einem Punkt erleichtert wird und deren allgemeine Ausdehnung so leicht umgangen werden kann? Wird ihre Bürde dadurch auch nur um das Gewicht einer Feder verringert? Was bedeutet es für sie, daß man die Lizenzen für die Ladeninhaber mehr ausgleichen will, deren Profite an den Arbeiterbedürfnissen sich doch mit den Arbeitslöhnen durchaus nicht ausgleichen? „Finanzreform" war die Losung, unter der dieses Parlament gewählt und dieses Ministerium zu-

sammenberufen wurde. Hier ist sie, die Reform der Whigs, Aristokraten und Geldmenschen. Etwas mußte geschehen, einige kleine Konzessionen mußten gemacht werden, das fühlte man — jetzt galt es bloß, sie so klein zu machen, daß sie kaum wahrnehmbar waren, und dem Finanzkünstler ist dieser Versuch wunderbar gelungen. Wir gebrauchen Gladstones eigene Worte und eigene Ausdrücke, wenn wir von diesem Budget sagen, daß es „zur Bequemlichkeit der gewerbetreibenden Klassen" geschaffen ist und dennoch nichts anderes ist als ein Stück „pfennigfuchserische Gesetzgebung".

Seife fürs Volk. – Ein guter Bissen für die Times. – Das Koalitionsbudget.

People's Paper, 30. April 1853.

Jedermann weiß, daß ein Budget nichts anderes ist als eine Schätzung der wahrscheinlichen Einnahmen und Ausgaben der Regierung für das laufende Jahr, die gegründet ist auf die Finanzerfahrungen, das heißt auf die Bilanz des verflossenen Jahres.

Das erste, was also Herr Gladstone produzierte, war die Bilanz für das Jahr 1852 bis 1853. Herr Disraeli hatte als Schatzkanzler in seinem Bericht die wahrscheinlichen Einnahmen für 1852 bis 1853 auf 52325000 Pfund und die Ausgaben auf 51162000 Pfund Sterling geschätzt. Mr. Gladstone stellt in den Büchern die wirkliche Bilanz fest und macht dabei die Entdeckung, daß die wirklichen Einnahmen des vorigen Jahres 53089000 Pfund und die wirklichen Ausgaben nur 50782000 Pfund betragen, daß sich also ein Plus von 2307000 Pfund ergibt oder, wie Gladstone in für uns unerfindlicher Weise herausrechnet, von 2460000 Pfund Sterling.

Da es nun einmal Mode geworden, oder da vielmehr das Parlament so tut, als ob der Finanzminister der geheimnisvolle Beschwörer wäre, der durch irgendwelche mysteriöse, von niemandem gekannte Tricks es fertig bringt, die ganze Jahreseinnahme der Nation herbeizuschaffen, so versteht es sich von selbst, daß diese Persönlichkeit, wer immer sie auch zufällig sein mag, sich sorgfältig bemüht, diese schmeichelhafte Illusion nicht zu zerstören. Ist es nun der Nation gelungen, durch Ausdehnung der Produktion den Betrag der Steuereinkünfte über die Schätzung hinaus zu steigern, so kann man sich darauf verlassen, daß der Finanz-

minister, der infolgedessen mehr als das Doppelte des Überschusses, den sein Vorgänger versprach, ausweisen kann, zweifellos als das größere Finanzgenie gilt. Dieser heitere Gedanke Gladstones wurde von den Anhängern der Koalitionsoligarchie im Hause heiter aufgenommen und bejubelt. Zwei Millionen viermalhundertsechzigtausend Pfund Sterling Überschuß.

Nicht einen Heller von diesen Millionen aber will das Haus dem Volk zukommen lassen. Wo also sollen sie hinkommen? Gladstone spricht sich darüber aus: „Wie günstig auch dieser Bericht scheinen mag, so darf das Haus darüber doch nicht vergessen, daß es auf diesen Überschuß hin schon große Extrabewilligungen für das laufende Budget machte."

Das Haus war schon durch Disraeli informiert, daß auf alle Fälle ein Überschuß von mehr als einer Million Pfund Sterling da sein werde. Es bewilligte also in seinem Finanzausschuß lustig noch folgende neue Ausgaben über die gewöhnlichen Summen hinaus:

Für die Marine, inklusive Postschiffe	617000	Pfund Sterling
Für Armee und Verpflegungsamt	90000	„ „

Außerdem kündigt Gladstone noch folgende Zuschläge zu diesen Summen an:

Für den Kaffernkrieg (kein Frieden?)	270000	Pfund Sterling
Erhöhung des Artilleriebudgets	616000	„ „
„ „ Milizbudgets	230000	„ „
Öffentliches (lies privates) Schulwesen . . .	100000	„ „
Totalsumme	1923000	Pfund Sterling

Auch hier bringt Gladstone (vielleicht weil er den Kaffernkrieg seiner Unsicherheit wegen nicht in Rechnung zieht) nur 1654000 Pfund Sterling heraus. Zieht man diese Summe von dem ursprünglichen (nur nominellen) Überschuß von 2460000 Pfund ab, so bliebe ein tatsächlicher Überschuß von 806000 Pfund oder nach Gladstones Rechnung 807000 Pfund Sterling. Dem Hohen Haus wird nahegelegt, selbst von dieser bescheidenen Summe noch 220000 Pfund Sterling abzuziehen, die aus unsicheren und nicht ständig fließenden Einnahmequellen stammen. So schrumpfen die ursprünglichen, so freudig verkündeten zwei Millionen auf 587000 Pfund Sterling zusammen, eine Summe, die keineswegs als sehr ausgedehnte Basis für auch nur ganz beschränkte

Steuerreformen zu betrachten ist. Da man aber dem Lande einreden will, wir besäßen ein Reformministerium, so müssen Reformen eintreten, und Herr Gladstone macht sich sofort daran, diese Reformen herauszubringen.

Ein gewöhnlicher Freihändler, wie zum Beispiel Herr Hume, hätte dem Finanzminister vielleicht geraten, seinen Überschuß dazu zu verwenden, die Zölle auf jene ausländischen Artikel abzuschaffen, deren Höhe sich gemäß der Zollstatistik gerade mit diesen 587000 Pfund Sterling deckt. Was für eine banale, gewöhnliche, unehrerbietige Zumutung wäre das einem solch tiefgelehrten Finanzalchimisten gegenüber wie Herrn Gladstone! Wäre es denn denkbar, daß der Ehrgeiz des Mannes, der nichts Geringeres plant, als die Beseitigung der ganzen Staatsschuld, sich mit der einfachen Abschaffung von 500000 Pfund Sterling begnügen könnte? Wahrlich, um einer solchen Kleinigkeit willen hätte Sancho Timber nicht nach dem indischen Barataria geschickt zu werden brauchen, um dem großen Don Quichotte der Koalitionsfinanzen Platz zu machen. Gladstones Steuerreform trägt wie ein Laden in der Oxford Street das stolze Schild: „Kolossale Reduktion!" „Von nun an Ersparnis von fünf Millionen und etlichen hunderttausend Pfund!"

Damit lockt man das Volk herbei und berückt selbst das bestgehütete alte Weib unter den Parlamentariern. Treten wir also in den Laden ein: „Bitte, Herr Gladstone, um Ihr Preisverzeichnis. Was gedenken Sie im Ernst zu tun? Wollen Sie tatsächlich fünf Millionen herauswirtschaften, mein Herr?" „Aber gewiß, mein lieber Herr," antwortet Gladstone. „Wollen Sie die einzelnen Posten sehen? Hier sind sie."

		Pfund Sterling
1.	Abschaffung der ganzen Seifensteuer	1111000
2.	Reduzierung der Lebensversicherungsgebühren von 2 Schilling 6 Pence auf 6 Pence	29000
3.	Reduzierung der Quittungsstempelgebühren auf den Einheitssatz von 1 Penny	155000
4.	Reduzierung der Gebühr für Lehrkontrakte von 20 Schilling auf 2 Schilling 6 Pence	50000 (4. und 5. zusammen)
5.	Reduzierung der Gebühr bei Anwaltszeugnissen	
6.	Reduzierung der Annoncensteuer von 1 Schilling 6 Pence auf 6 Pence	160000
7.	Reduzierung der Steuer für Mietdroschken von 1 Schilling 5 Pence auf 1 Schilling pro Tag	26000

	Pfund Sterling
8. Reduzierung der Steuer für männliche Bediente von über 18 Jahre auf 1 Pfund 1 Schilling und von unter 18 Jahren auf 10 Schilling 6 Pence	87000
9. Reduzierung der Steuer für Privatequipagen	95000
10. Reduzierung der Hunde-, Pferde- und Ponysteuer . . .	108000
11. Reduzierung der Steuer auf Postpferde, die durch eine Gebühr auf Meilengelder ersetzt werden soll	54000
12. Reduzierung des Postportos für die Kolonien (6 Pence pro Brief)	40000
13. Reduzierung des Teezolls von 2 Schilling 2½ Pence auf 1 Schilling 10 Pence bis 5. April 1854, auf 1 Schilling 6 Pence im Jahre 1855, 1 Schilling 3 Pence 1856 und von da an auf 1 Schilling	3000000
14. Reduzierung der Zölle bei Äpfeln, Käse, Kakao, Eier, Butter und Früchten	262000
15. Reduzierung der Zölle bei 133 geringfügigen Artikeln . .	70000
16. Abschaffung der Zölle bei 123 geringfügigen Artikeln . .	53000
Totalsumme	5315000

Natürlich wäre ein Nachlaß von 5315000 Pfund Sterling eine sehr schöne Sache. Hat aber dieses höchst liberale Budget keine Kehrseite? Sicherlich. Wie dürfte man es sonst als Reform bezeichnen? Konstitutionelle Reformen und Läden in Oxford Street haben, so schön sie auch beide aussehen mögen, auch ihre schöne Kehrseite. Ist eine Sache auch noch so schlau eingefädelt, schließlich kommt man doch hinter das Geheimnis. Herr Gladstone, der *nur eine halbe Million* im Sack hat, beschert dem Publikum ein Geschenk von *fünf und einer halben Million*. Woher nimmt er sie? Natürlich von demselben blinden Publikum, das er jetzt mit seiner Großmut verblüfft. Er macht ihm ein Geschenk, fordert es aber gleichzeitig auf, sich zu revanchieren. Natürlich tut er das nicht direkt und nicht etwa unverschämt, und er tritt auch nicht an dieselben Leute heran, die eben jetzt zu gewinnen seine Absicht ist. Er hat es mit den verschiedensten Kunden zu tun, und der Gaukler Russell hat den erfahrenen Gladstone gelehrt, wie er sich für seine Freigebigkeit von heute morgen schon entschädigen kann.

Gladstone erläßt alte Steuern im Betrag von 5315000 Pfund. Gladstone legt neue im Betrag von 3139000 Pfund auf. Das bedeutet immer noch, daß Gladstone uns ein Geschenk von 2176000 Pfund macht. Aber Gladstone ist schließlich nicht auf ewig Minister. Die Reduzierung, die er für dieses Jahr plant, beträgt nur 2568000 Pfund, die ein Minus von

1656000 Pfund an Einnahmen bedeuten, denen 1344000 Pfund an Mehreinnahme aus den neuen Steuern in diesem Jahr gegenüberstehen. Es bleibt also ein Manko von 312000 Pfund, die von dem im Budget ausgewiesenen Überschuß von 807000 Pfund abgezogen doch noch die günstige Bilanz von 495000 Pfund Sterling ergeben.

Das sind also die Hauptzüge des Koalitionsbudgets. Wir wollen nun unseren Lesern die Punkte vorführen, auf die das Ministerium die größte Hoffnung setzt, wollen die Einwände hervorheben, die wahrscheinlich dagegen von den parlamentarischen Oppositionsparteien erhoben werden dürften, und schließlich unsere eigene Meinung darüber aussprechen.

Gladstone hat bei all seiner Angst vor einer Blamage und bei all seiner Sucht, sich durch Steuernachlässe sowohl Popularität als finanziellen Ruhm zu sichern, doch die Notwendigkeit gefühlt, seinen Vorschlag, das Budget um 3139000 Pfund zu erhöhen, unter einem plausiblen und scheinbar vernünftigen Vorwand einzuführen. Er sah ein, daß man ihm nicht gestatten würde, an dem ganzen Steuersystem herumzuknabbern, bloß zu seiner unverlangten und unnötigen persönlichen Befriedigung, und daß er sich wenigstens den Anschein geben müsse, nach den Regeln zu verfahren, die Parlamentarier und Bourgeois „Prinzip und Gerechtigkeit“ nennen. Er beschloß daher, die gesetzgebenden Pecksniffs schlau an ihrer schwächsten Stelle zu packen und seine geplante Erhöhung der öffentlichen Lasten hinter der wohllautenden, annehmbaren Phrase zu verschanzen, „es gelte eine gerechte Erhöhung gewisser Steuern in der Absicht, eine endliche und dauernde Ausgleichung herbeizuführen“. Die Abgaben, die er dazu ins Auge faßte, waren:

1. Die Erbschaftssteuer.
2. Die Steuer auf geistige Getränke (Spiritussteuer).
3. Die Einkommensteuer.

Er verlangt, daß die Erbschaftssteuer sich auf alle Arten des Besitzes gleichermaßen erstrecken soll. Da der ländliche Grundbesitz bisher davon befreit war, so wird der Vorschlag dem Handel und der Industrie sehr willkommen sein. Die Spiritussteuer soll auf Schottland und Irland ausgedehnt werden, so daß sie mit dem Branntwein brennenden England auf gleicher Stufe stünden. Die Einkommensteuer endlich soll auch auf Einkommen von 150 und 100 Pfund erweitert werden, auch für Irland. Die Einkommensteuer wird sicherlich nichts zu Gladstones Popularität beitragen. Doch davon später mehr.

Neben der Erbschaftssteuer und den Spiritusvorschlägen sind es die freihändlerischen Reduzierungen vieler Artikel, die die Minister als lockendsten Köder betrachten. Ladenbesitzer, Hausfrauen und der kleine Mittelstand im allgemeinen werden sie wahrscheinlich laut willkommen heißen, ehe sie herausfinden, daß die Konsumenten vom Teezoll zum Beispiel nur einen ganz geringfügigen Nutzen haben werden, da der Profit der Kapitalisten und das Monopol der Produzenten dahin wirken wird, den größten Teil des Nachlasses zu verschlingen. Dann aber soll die Seifensteuer gänzlich abgeschafft werden. Diese Maßregel, hofft Gladstone, soll es der Nation ermöglichen, sich von ihrem schmierigen, schmutzigen, jämmerlichen Aussehen zu befreien und lauter saubere, gemütliche und glückliche Gesichter zu schaffen; auch soll sie die Sklaverei der Schwarzen vollständig beseitigen und den Leiden ungezählter Onkel Toms dadurch ein Ende machen, daß sie den Anstoß gibt „zu zweckmäßiger Erzeugung und gesetzlich erlaubtem Handel mit afrikanischem Palmöl". Dadurch sicher gemacht, fühlt Gladstone sich zu den schönsten Hoffnungen berechtigt, den geriebensten Hausierer und den bombastischsten Quacksalber zu übertrumpfen. Diesen Lockungen fügt Gladstone noch eine stattliche Anzahl kleiner Bestechungen hinzu. So schenkt er zum Beispiel der irischen Brigade einige Millionen und bemäntelt dies dadurch, daß er ihr die Rückzahlung der Hungersnotanleihe erläßt. Auch die Times, die stramme Stütze des „guten Aberdeen" und seiner Koalitionskollegen, erhält ihr Trinkgeld, das in der Abschaffung des Stempels für Zeitungsbeilagen besteht, die nur Annoncen enthalten. Bekanntlich gibt von allen Zeitungen nur die Times derartige Annoncenbeilagen in nennenswertem Umfang heraus.

Nun zu den Einwänden, die die Opposition höchstwahrscheinlich gegen das Budget machen wird. Da am letzten Montag die Diskussion im Hause nur ein einleitendes Geplänkel war, so müssen wir, wenn möglich, aus den Tagesblättern die Absichten der Parteien zu erraten suchen. Allerdings gibt es da nur eine magere Ausbeute. Times, Chronicle und Post sind Werkzeuge des Koalitionsministeriums, und Daily News ist kaum als Organ der Manchesterschule zu betrachten. Auch schwankt sie sehr hin und her und läßt sich augenscheinlich sehr durch die freihändlerischen Vorschläge locken. Nur im Herald, dem konservativen Toryblatt, finden wir schon das Urteil gesprochen, und zwar mit ganz ungewohntem Freimut. „Das ganze Budget Gladstones", sagt es, „ist nichts als eine verächtliche Mischung von Trinkgeldern und Geschäftchen." Die

Tories werden also sicher Gladstones Plänen opponieren, und Disraeli wird nicht verfehlen, die ihm gestohlenen Federn der Ausdehnung der Erbschafts- und der Einkommensteuer, der Teezollreduzierung und andere Verdienste wieder für sich zu reklamieren, die sich Gladstone unverschämterweise aneignete. Der adlige Grundbesitz will, wenn er schon auf einige weitere Privilegien verzichten muß, wenigstens auf alle Fälle das Verdienst des freiwilligen Verzichts für sich in Anspruch nehmen. Da sie aber nicht gut die Erbschaftssteuer zur Grundlage ihrer Opposition machen können, so wird Disraeli sie veranlassen, sich um das Prinzip der Unterscheidung zwischen Einkommen aus Grundeigentum und wechselndem Einkommen zu scharen. Auf dieser Basis wird ein erheblicher Teil der Brigade Schulter an Schulter mit ihm fechten. Daß die Iren niemals eine Schuld anerkennen können und werden, die ihrem Lande nur infolge des vorhergegangenen Ruins seiner Bevölkerung aufgezwungen wurde, liegt klar auf der Hand. Auch wird ihnen die Erlassung der Zinsen von 3 Millionen Pfund nur als eine sehr unzureichende Entschädigung für die Auferlegung der Branntwein- und Einkommensteuer erscheinen. Von der Manchesterschule darf man, trotzdem sie sich ihren Wählern gegenüber wenn auch nicht zur Abschaffung, so doch zur Abänderung der Einkommensteuer verpflichtete, nichts anderes erwarten, als daß sie wie ein guter Geschäftsmann handelt, das heißt ohne politisches Ehrgefühl und nur in Anbetracht des Profits. Und dieser Profit ist für Gladstones Budget als Ganzes durchaus nicht zu verachten, insofern es sich um die Herren Manchesterleute handelt.

Sollen wir unsere eigene Meinung aussprechen, so müssen wir sagen, daß wir nichts sehnlicher wünschen als die Niederlage eines Ministeriums, dessen reaktionäre, verlogene Kniffe im Inland uns ebenso verächtlich erscheinen wie seine feige, unterwürfige Politik nach außen. Wir glauben um so mehr ein Recht dazu zu haben, als die Sache des Volkes dadurch nur gefördert werden könnte. Eins ist klar: solang eine aristokratische Koalition die Arbeit tut, die Fabrikanten und Kaufleute von ihr verlangen, so lange werden diese letzteren weder selbst eine politische Anstrengung machen, noch auch der Arbeiterklasse gestatten, ihre eigene politische Bewegung zu führen. Erlangt jedoch die Partei des Grundbesitzes nochmals die Oberhand, dann kann die Bourgeoisie sie nicht loswerden, ohne das verrottete oligarchische Parlament neu zu gestalten. Dann aber steht es nicht länger in ihrer Macht, für beschränkte Reformen zu agitieren, dann müssen sie die Forderungen des Volkes in

vollem Maße berücksichtigen. Das Volk kann sich natürlich niemals an die Bourgeoisie wenden und anschließen, ohne seine Prinzipien und Interessen aufzugeben, wohl aber wäre es nicht das erstemal, daß die Bourgeoisie sich gezwungen sähe, sich auf die Schultern des Volkes zu stützen. Und ein solches Ereignis würde zu einer sehr entschiedenen Revolution des jetzigen Finanzsystems führen. Schon jetzt ist es nicht zu leugnen, daß sogar die Bourgeoisie darauf hindrängt, die traditionelle fiskalische Olla podrida durch eine direkte Besitzsteuer zu ersetzen. Das Prinzip der direkten Besteuerung ist längst von der Manchesterschule aufgenommen, von Disraeli anerkannt und selbst von der oligarchischen Koalition bestätigt worden. Ist aber erst die Maschinerie einer direkten Besitzsteuer förmlich eingerichtet, dann braucht sie das Volk, einmal im Besitz der politischen Macht, nur in Bewegung zu setzen, um das Budget für die Arbeiterklasse zu schaffen.

Kossuth und Mazzini. – Preußische Polizei. – Handelsvertrag zwischen Österreich und Preußen. – Times und die Emigration.

London, 18. März 1853 (N. Y. T., 4. April 1853).

Heute wird sich das Parlament für die Osterferien bis zum 14. April vertagen. Ich habe in einem früheren Brief berichtet, daß Libényis Frau in Budapest von den Österreichern ausgepeitscht wurde. Ich habe mich seither vergewissert, daß er niemals verheiratet war und daß die ebenfalls in der Londoner Presse zirkulierende Geschichte, er habe versucht, seinen von den Österreichern mißhandelten Vater zu rächen, völlig erfunden ist. Er handelte ausschließlich unter dem Einfluß politischer Motive und bewahrte bis zur letzten Stunde seine Festigkeit und seinen Heroismus.

Aus englischen Blättern werden Sie schon, ehe dieser Bericht eintrifft, die Antwort Kossuths auf Mazzinis Erklärung erfahren haben. Ich meinerseits bin der Ansicht, daß Kossuth eine schlimme Sache nur noch verschlimmert hat. Die Widersprüche in seiner ersten und in seiner letzten Erklärung sind so greifbare, daß ich nicht notwendig habe, mich hier darauf zu berufen. Außerdem weist die Sprache der beiden Dokumente eine abstoßende Ungleichartigkeit auf: das erste ist in den orientalischen Hyperbeln des Propheten, das letztere im kasuistischen Gerichtsstil des Advokaten abgefaßt.

Mazzinis Freunde versichern jetzt wie ein Mann, daß der Mailänder Aufstand ihm und seinen Genossen durch Verhältnisse aufgezwungen worden sei, über die er keine Macht gehabt hätte. Es gehört jedoch einerseits zu dem Wesen jeder Verschwörung, daß sie entweder durch Verrat oder durch Zufall zu einem verfrühten Ausbruch kommt. Man darf andererseits nicht erwarten, wenn man drei Jahre lang nur nach Aktion! Aktion! Aktion! gerufen hat und das ganze revolutionäre Vokabularium sich in dem einen Worte „Aufstand" erschöpfte, ein solches Maß von Autorität zu besitzen, um in einem gegebenen Moment zu dekretieren, jetzt soll es keinen Aufstand geben. Sei dem wie ihm wolle, die österreichische Brutalität hat aus dem Mailänder Fehlschlag den richtigen Anfang einer nationalen Revolution gemacht. Hören wir zum Beispiel die gutinformierte Morning Post, Lord Palmerstons Organ von heute: „Das Volk von Neapel wartet auf eine Bewegung, die bestimmt in Österreich erfolgen wird. Dann wird ganz Italien von Piemont bis Sizilien sich erheben, und schweres Unheil wird geschehen. Die italienischen Truppen werden sich auflösen; die sogenannten Schweizer Soldaten, die aus der Revolution von 1848 rekrutiert sind, werden die Souveräne Italiens nicht retten. Italien geht einer unmöglichen Republik entgegen. Sicher wird das der nächste Akt des Dramas sein, das 1848 begann. Die Anstrengungen der Diplomatie zur Rettung der Fürsten Italiens sind erschöpft."

Aurelio Saffi, der Mazzinis Proklamation mitunterzeichnete und vor dem Ausbruch eine Tour durch Italien machte, gesteht in einem Brief an die Daily News, „die oberen Klassen seien in verdrossene Gleichgültigkeit oder in Verzweiflung versunken", und es sei das „Volk von Mailand", die Proletarier, „die ohne Führung, ihren eigenen Instinkten überlassen, ihren Glauben an das Geschick des Vaterlandes aufrechthielten im Angesicht des Despotismus österreichischer Prokonsuln und der Justizmorde der Kriegsgerichte; einmütig bereiteten sie sich zur Rache vor."

Es ist nun ein großer Fortschritt, daß die Partei Mazzinis endlich zur Überzeugung gekommen ist, selbst bei nationalen Empörungen gegen fremden Despotismus gäbe es solch ein Ding wie Klassenunterschiede, und nicht die oberen Klassen seien es, von denen man in unserer Zeit revolutionäre Bewegungen erwarten dürfe. Vielleicht gehen sie noch einen Schritt weiter und gelangen zur Einsicht, daß sie sich ernstlich mit der materiellen Lage des italienischen Landvolkes beschäftigen müssen, wenn

sie ein Echo für ihren Ruf „Dio e popolo“ finden wollen. Ich beabsichtige, später einmal die materiellen Verhältnisse ausführlich darzulegen, in denen der bei weitem größere Teil der ländlichen Bewohner Italiens lebt und durch die sie bis jetzt wenn auch nicht reaktionär, so doch zumindest gleichgültig gegen den nationalen Kampf ihres Landes gemacht wurden.

Zweitausend Exemplare einer Flugschrift, die ich vor einiger Zeit in Basel unter dem Titel „Enthüllungen über den Kölner Kommunistenprozeß“ veröffentlichte, sind an der badischen Grenze beschlagnahmt und auf Wunsch der preußischen Regierung verbrannt worden. Gemäß dem neuen Preßgesetz, das die Kontinentalmächte dem Schweizer Bund auferlegt haben, werden der Verleger, Herr Schabelitz, sein Sohn und der Drucker von der badischen Regierung verfolgt, die auch schon eine Anzahl von noch beim Verleger vorgefundenen Exemplaren konfisziert hat. Dies wird der erste derartige Prozeß in der Schweiz sein, und die Sache ist auch schon zu einer Streitfrage zwischen Radikalen und Konservativen geworden. Wie ängstlich die preußische Regierung bemüht ist, ihre Infamien während des Kölner Prozesses vor der Öffentlichkeit zu verheimlichen, können Sie aus der Tatsache entnehmen, daß der Minister des Äußern Fahndebriefe hinter der Flugschrift erlassen hat, wonach sie überall zu konfiszieren ist, daß er es aber nicht wagt, sie bei ihrem richtigen Titel zu nennen. Um das Publikum irrezuführen, gibt er ihr den Namen „Eine kommunistische Theorie“, während sie nichts enthält als Enthüllungen über preußische Staatsgeheimnisse.

Der einzige „Fortschritt“ des offiziellen Deutschland seit 1848 ist der Abschluß des österreichisch-preußischen Handelsvertrags. Et encore! Der Vertrag ist mit so viel Klauseln verbrämt, hinter so vielen Ausnahmen verschanzt und überläßt so viele Hauptfragen der späteren Berichtigung durch noch ungeborene Kommissionen, während die tatsächliche Tarifherabsetzung so klein ist, daß er eigentlich bloß dem Traumbild einer wirklichen Handelsvereinigung Deutschlands gleicht und praktisch gesprochen ganz unbedeutend ist. Der hervorstechendste Zug in dem Vertrag ist der Sieg, den Österreich wieder über Preußen gewonnen hat. Diese perfide, niedrige, feige, schwankende Scheinmacht hat sich wieder einmal ihrer brutaleren, aber offenherzigeren Rivalin unterworfen. Österreich hat nicht nur Preußen einen Vertrag aufgenötigt, zu dessen Annahme dieses sich nur äußerst widerwillig verstand, sondern Preußen wurde auch zur Erneuerung des alten Zollvereins mit dem alten Tarif

gezwungen oder doch zu dem Versprechen, zwölf Jahre lang seine Handelspolitik nicht zu ändern ohne allgemeine Einwilligung der kleineren Zollvereinsstaaten, das heißt ohne die Erlaubnis Österreichs (denn die süddeutschen Staaten sind nicht nur politisch, sondern auch kommerziell die Vasallen Österreichs oder die Gegner Preußens). Seit der Wiederherstellung der Macht von „Gottes Gnaden" ist Preußen von Erniedrigung zu Erniedrigung gesunken. Ihr König, „zu seiner Zeit ein weiser Mann", scheint zu denken, sein Volk finde Trost und Entschädigung für den teuflischen Despotismus daheim in der Herabwürdigung, die seine Regierung nach außen hin erdulden muß.

Die Flüchtlingsfrage ist noch nicht geregelt. Die halboffizielle Österreichische Korrespondenz widerspricht der Behauptung, Österreich habe jetzt an die englische Regierung eine neue Note gerichtet des Inhalts: „Da kürzlich eingetretene Ereignisse gezeigt hätten, Lord Palmerston sei wieder zu Einfluß gelangt, so könne sich die Kaiserliche Regierung einer sicheren Verletzung ihrer Würde nicht aussetzen." Ich schrieb schon über die Erklärung Palmerstons im Unterhaus. Aus englischen Blättern kennen Sie die Österreich freundliche Erklärung Aberdeens im Oberhaus, derzufolge die englische Regierung sich zum Spion und Hauptanwalt Österreichs hergeben wollte. Palmerstons Blatt läßt sich nun über die Bemerkungen seines Kollegen folgendermaßen aus: „Selbst unter den einschränkenden Bedingungen, die Lord Aberdeen machen zu wollen scheint, können wir nicht behaupten, daß wir mit Zuversicht einen Erfolg erwarten. . . . Wage keiner, einer britischen Regierung vorzuschlagen, sie solle sich zum Werkzeug fremder Politik hergeben und in eine politische Menschenfalle verwandeln."

Sie sehen, welch gutes Einvernehmen im Rate des Methusalem-Ministeriums zwischen „veralteter Impotenz und liberaler Energie" herrscht. In der ganzen Londoner Presse war nur e i n Schrei der Empörung gegen Aberdeen und das Oberhaus, mit einer einzigen Ausnahme — der Times.

Sie werden sich erinnern, daß die Times begann, die Flüchtlinge zu denunzieren und die fremden Mächte zu ermuntern, ihre Ausweisung zu verlangen. Als sie sich vergewissert hatte, daß die Minister sich bei der Einbringung eines Ausländergesetzes eine schmachvolle Abfuhr im Unterhaus holen würden, floß sie plötzlich von schwungvoll abgefaßten Schilderungen der Opfer über, die sie — o Himmel! — bereit wäre, der

Erhaltung des Asylrechts zu bringen. Endlich nach der liebenswürdigen Unterhaltung, die die Lords im Oberhause hatten, machte sie sich zur Entschädigung für ihre frühere hochtrabende Bürgertugend Luft durch folgenden ärgerlichen Ausbruch in ihrem Leitartikel vom 5. März: „Viele Kabinettsmitglieder sind des Glaubens, daß wir in unserem Lande in einer wahren Menagerie von Flüchtlingen schwelgen, verwegenen Gesellen aus allen Ländern, die zu jedem Verbrechen fähig sind. . . . Glauben diese ausländischen Schriftsteller, die auf die Anwesenheit ihrer eigenen geächteten Landsleute hinweisen, etwa, das Schicksal eines Verbannten sei in unserem Lande ein beneidenswertes? Wir wollen sie darüber aufklären. Diese unglückseligen Wesen leben zum größten Teil in schmutziger Armut, essen das Salz der Fremde, wofern sie es bekommen können, und versinken langsam in den trüben Wellen dieser ungeheuren Großstadt. . . . Ihre Strafe ist das Exil in seiner härtesten Form."

Im letzten Punkt hat die Times recht; England ist ein entzückendes Land, wenn man nicht dort leben muß. Im „Himmel des Mars" begegnet Dante seinem Vorfahren Cacciaguida di Elisei, der ihm seine bevorstehende Verbannung aus Florenz mit den Worten vorhersagt:

> „Erfahren wirst du, wie gesalzen schmeckt
> Das fremde Brot, und wie so herb der Pfad ist,
> Den man auf fremden Stiegen auf- und absteigt."

Glücklicher Dante, warst du auch ein Angehöriger der unseligen Klasse von „politischen Verbannten", so konnten dich deine Feinde doch nicht mit dem Elend eines Times-Leitartikels bedrohen! Glücklichere Times, die dadurch einem „reservierten Sitz" in seinem „Inferno" entging!

Sind die Verbannten gezwungen, das Salz der Fremde zu essen, wie die Times sagt, das sie noch dazu recht teuer bezahlen müssen, wie sie hinzuzufügen vergaß, so mästet sich die Times selbst geradezu am Fleisch und Blut der Ausländer. Wie viele Leitartikel und wie viele Pfunde haben ihre anonymen Pythias nicht gemacht aus französischen Revolutionen, deutschen Aufständen, italienischen Unruhen und ungarischen Kriegen, aus französischen „Füsilladen", österreichischen Galgen, aus konfiszierten Köpfen und geköpften Vermögen! Wie unglücklich wärst du, o Times, gäbe es keine „verwegenen Gesellen" auf dem Kontinent, müßtest du dein Leben fristen Tag für Tag nur von dem Futter, das dir Smithfield Market oder der Rauch aus Londoner Kaminen, der Schmutz, grobe

Droschkenkutscher, die sechs Themsebrücken, die Begräbnisse innerhalb der Stadt, die verpesteten Kirchhöfe, das schmutzige Trinkwasser, die Eisenbahnunfälle, die falsch geeichten Pint- und Quartflaschen und die sonstigen interessanten Tagesereignisse bieten, und die dein regelmäßiges Inventar bilden, wenn es auf dem Kontinent schläfrig zugeht.

Die Times ist dieselbe geblieben seit den Tagen, wo sie die englische Regierung zur Ermordung Napoleons I. aufrief. „Bedenkt man denn auch," schrieb sie am 8. Juli 1815, „welche Wirkung es notwendig auf die Mißvergnügten in allen Teilen Europas haben muß, zu wissen, daß dieser Mann immer noch lebt? Sie werden denken, und mit Recht, daß die verbündeten Souveräne sich fürchten, an das Leben eines Mannes zu rühren, der so viele Bewunderer und Anhänger hat."

Es ist noch dasselbe Blatt, das den Kreuzzug gegen die Vereinigten Staaten von Amerika gepredigt hat: „Keinen Frieden mit Amerika, ehe nicht mit diesem schädlichen Beispiel einer erfolgreichen demokratischen Rebellion aufgeräumt ist."

Im Redaktionsstab der Times finden sich keine „verwegenen" kontinentalen Gesellen. Ganz im Gegenteil. Da ist zum Beispiel ein armer kleiner Herr, ein Preuße, namens Otto v. Wenckstern, einstiger Herausgeber einer kleinen deutschen Zeitung, der später in der Schweiz in „schmutzige Armut" geriet und dort genötigt war, an die Taschen Freiligraths und anderer Verbannter zu appellieren, bis er schließlich vor einiger Zeit in die Dienste des preußischen Gesandten in London, des weitberühmten Bunsen trat und zum wichtigen Mitglied des Orakels von Printing-House-Square wurde. Noch mehr solcher zahmer kontinentalen Gesellen gibt es in der Times-Redaktion, die das verbindende Glied zwischen der kontinentalen Polizei und dem führenden Organ Englands bilden.

Die Preßfreiheit in England wird durch folgendes Beispiel illustriert: Auf dem Polizeiamt von Bow-Street in London erschien Mr. E. Truelove, Strand, unter der Anklage, eine Zeitung, betitelt The Potteries Free Preß, verkauft zu haben, die auf nicht ordnungsmäßig gestempeltem Papier gedruckt war. Die Anklage wird vertreten durch die Kommissäre für innere Steuerangelegenheiten nach dem Gesetz aus dem sechsten und siebten Regierungsjahr Wilhelms IV., Kapitel 76.

Vier Nummern dieses Blattes waren in Stoke upon Trent erschienen; der nominelle Besitzer ist Collet Dobson Collet, Sekretär der Gesellschaft

zur Abschaffung der Steuern auf Bildungsmittel; diese gab das Blatt heraus, um die Praxis des Stempelamts aufzuzeigen, das erlaubt, daß Berichte von laufenden Ereignissen und die Kommentare dazu ohne Stempel im Athenäum, Builder, Punch, in der Racing Times usw. erscheinen dürfen, und äußerte offen die Absicht, eine Verfolgung seitens der Regierung zu provozieren, damit ein Gerichtshof entscheide, welche Art von Nachrichten vom Penny-Stempel befreit sein soll. Der Richter, Mr. Henry, hat sich seine Entscheidung noch vorbehalten. Viel wird übrigens von ihr nicht abhängen, denn die fragliche Zeitung erscheint nicht, um dem Stempelgesetz Trotz zu bieten, sondern nur, um sich eine noch unklare Zweideutigkeit im Wortlaut des Gesetzes nutzbar zu machen.

Die heutigen englischen Blätter bringen eine Depesche aus Konstantinopel vom 6. März, die die Ersetzung Fuad-Efendis, Ministers des Äußern, durch Rifaat-Pascha meldet. Es war der russische außerordentliche Gesandte Fürst Menschikoff, der der Pforte diese Konzession erpreßte. Bis jetzt ist die Angelegenheit der heiligen Stätten zwischen Rußland, Frankreich und der Türkei noch nicht beigelegt; Louis Napoleon ist höchlichst erzürnt über die Intrigen Rußlands und Österreichs, die seine Krönung beim Papst hintertrieben, und gedenkt, sich an den Türken schadlos zu halten. In meinem nächsten Brief will ich auf diese ewig wiederkehrende Orientfrage zurückkommen, auf diese *Eselsbrücke* der europäischen Diplomatie.

Die orientalische Frage.

Die Nationalitäten in der Türkei.

London, 22. März 1853 (N. Y. T., 7. April 1853).

Nachdem Fürst Menschikoff die in den Donaufürstentümern stationierten Truppen gemustert und über die Armee und Flotte bei Sebastopol Heerschau gehalten hatte, wo er Manöver in der Aus- und Einschiffung der Truppen vor seinen Augen ausführen ließ, zog er in höchst theatralischer Weise in Konstantinopel ein; seine Begleitung bestand aus zwölf Personen, worunter der Admiral des russischen Geschwaders im Schwarzen Meere, ein Divisionsgeneral und mehrere Adjutanten und Herr v. Nesselrode junior als Gesandtschaftssekretär. Ihm wurde von seiten der russischen und griechischen Einwohner ein solcher Empfang zuteil, als wäre er der strenggläubige Zar selbst, der gekommen war, um „Zarigrad" dem wahren Glauben wiederzugeben. Es erregte hier und in Paris die größte Sensation, als man erfuhr, daß Fürst Menschikoff, nicht zufrieden mit der Entlassung Fuad-Efendis, vom Sultan noch gefordert hatte, er möge dem russischen Kaiser nicht nur das Protektorat über sämtliche Christen in der Türkei zuerkennen, sondern auch das Recht, den griechischen Patriarchen zu ernennen; daß der Sultan den Schutz Frankreichs und Englands angerufen habe; daß Oberst Rose, der britische Geschäftsträger, den Dampfer „Wasp" eiligst nach Malta gesendet habe, um die sofortige Anwesenheit der englischen Flotte im Archipelagus zu fordern, und daß russische Fahrzeuge in Kilia, nahe den Dardanellen, geankert hatten. Der Pariser Moniteur teilt mit, das französische Geschwader in Toulon sei in die griechischen Gewässer beordert worden. Admiral Dundas ist jedoch noch in Malta. Aus all dem geht hervor, daß die „orientalische Frage" wieder einmal auf der europäischen Tagesordnung steht, eine Tatsache, die niemand überraschen kann, der mit der Weltgeschichte vertraut ist.

Wann immer der revolutionäre Sturmwind für einen Augenblick sich gelegt hat, dann kann man sicher sein, eine immer wiederkehrende Frage auftauchen zu sehen: die ewige „orientalische Frage". So war's, als die Stürme der ersten französischen Revolution vorübergebraust waren

und Napoleon und Alexander von Rußland nach dem Tilsiter Frieden den ganzen europäischen Kontinent unter sich geteilt hatten; da machte Alexander die augenblickliche Stille sich zunutze, ließ eine Armee in die Türkei einmarschieren, um jenen Elementen auf die Beine zu helfen, die sich von dem zerfallenden Reiche loslösten. Dann wieder, kaum daß die revolutionären Bewegungen des westlichen Europa durch die Kongresse von Laibach und Verona unterdrückt worden waren, führte Nikolaus, der Nachfolger Alexanders, einen neuen Streich gegen die Türkei. Als einige Jahre später die Julirevolution und die sie begleitenden Aufstände in Polen, Italien und Belgien vorüber waren und Europa in der Form, die es 1831 erhalten, außer dem Bereich innerlicher Zwistigkeiten schien, war die orientalische Frage 1840 wieder nahe daran, die Großmächte in einen allgemeinen Krieg zu verwickeln. Und nun, da die Kurzsichtigkeit der herrschenden Pygmäen sich stolz damit brüstet, Europa glücklich von den Gefahren der Anarchie und der Revolution befreit zu haben, da taucht sie wieder auf, die nimmer ruhende Frage, die nie versiegende Schwierigkeit: Was fangen wir mit der Türkei an?

Die Türkei ist der wunde Punkt des legitimistischen Europa. Die Impotenz des legitimistischen, monarchischen Regierungssystems hat sich stets seit der ersten französischen Revolution in den einen Satz zusammengefaßt: den Statusquo aufrechterhalten. In dieser allgemeinen Übereinstimmung, die Dinge so zu belassen, wie sie durch Zufall oder Ungefähr geworden sind, liegt ein Armutszeugnis, ein Eingeständnis der herrschenden Mächte, daß sie völlig unfähig sind, irgendwie den Fortschritt oder die Zivilisation zu fördern. Napoleon konnte in einem Augenblick über einen ganzen Kontinent verfügen und wußte wahrlich in einer Weise darüber zu verfügen, die Genie und Zielbewußtsein verriet. Die ganze „vereinigte Weisheit" der europäischen Legitimität, wie sie der Wiener Kongreß versammelte, brauchte mehrere Jahre, um dasselbe zu leisten; sie gerieten sich in die Haare darüber, sie machten ein klägliches Durcheinander daraus und fanden das Geschäft schließlich so tödlich langwierig, daß sie daran genug hatten und seither nie mehr versuchten, Europa zu teilen. Myrmidonen der Mittelmäßigkeit, wie Béranger sie nennt, ohne historische Kenntnisse oder Einsicht in die Tatsachen, ohne Ideen, ohne Initiative, vergöttern sie den Statusquo, den sie selbst zusammengepfuscht haben, mit dem vollen Bewußtsein der Stümperhaftigkeit ihres Machwerks.

Doch die Türkei bleibt ebensowenig in derselben Lage wie die übrige Welt; und gerade dann, wenn es der reaktionären Partei gelungen ist, den von ihr so genannten Status quo ante im zivilisierten Europa wiederherzustellen, entdeckt man, daß inzwischen in der Türkei der Statusquo sich sehr verändert hat; daß neue Fragen, neue Beziehungen, neue Interessen entstanden sind und daß die armen Diplomaten dort von neuem beginnen müssen, wo sie vor acht oder zehn Jahren durch ein allgemeines Erdbeben unterbrochen wurden. Den Statusquo in der Türkei erhalten! Ja, man könnte ebensogut versuchen, den Kadaver eines toten Pferdes immer genau in demselben Grade der Fäulnis zu erhalten, in dem es sich befindet, ehe die vollständige Verwesung erfolgt. Die Türkei verfault und wird immer mehr verfaulen, solange das jetzige System des „europäischen Gleichgewichts" und die Aufrechterhaltung des Statusquo andauern; und trotz aller Kongresse, Protokolle und Ultimatums wird sie ihren alljährlichen Anteil zu den diplomatischen Schwierigkeiten und internationalen Wirrnissen liefern, gleichwie jeder andere verwesende Körper die Nachbarschaft reichlich mit Kohlenwasserstoffgas und anderen wohlriechenden Gasen versieht.

Sehen wir ohne weiteres zu, wie die Frage liegt. Die Türkei besteht aus drei gänzlich verschiedenen Teilen: den afrikanischen Vasallenstaaten, das ist Ägypten und Tunis; der Asiatischen Türkei und der Europäischen Türkei. Die afrikanischen Besitzungen, von denen allein Ägypten als dem Sultan wirklich untertan betrachtet werden kann, wollen wir einstweilen aus dem Spiele lassen. Ägypten gehört mehr den Engländern als irgend jemand anderem und wird und muß notwendigerweise deren Anteil bei irgend einer zukünftigen Teilung der Türkei bilden.

In der Asiatischen Türkei ist der Sitz aller Kraft, die diesem Reiche noch innewohnt; Kleinasien und Armenien, wo vierhundert Jahre lang die Türken hauptsächlich wohnten, bilden das Reservoir, aus dem die türkischen Armeen gezogen wurden, von denjenigen, welche die Wälle Wiens bedrohten, bis zu jenen, die von Diebitschs nicht gerade geschickten Manövern bei Kulewtscha zerstreut wurden. Die Asiatische Türkei bildet, obgleich sie dünn bevölkert ist, dennoch eine zu geschlossene Masse des mohammedanischen Fanatismus und der türkischen Nationalität, um vorläufig zu irgendwelchen Eroberungsversuchen aufzumuntern; und tatsächlich werden bei Erörterungen der „orientalischen Frage" stets von

diesen Gebieten nur die beiden Landstriche Palästina und die christlichen Täler des Libanon in Betracht gezogen.

Der wirklich strittige Punkt ist immer die Europäische Türkei, die große Halbinsel südlich der Save und der Donau. Dieses herrliche Gebiet ist so unglücklich, von einem Konglomerat der verschiedensten Rassen und Nationalitäten bewohnt zu werden, über die es schwer ist zu sagen, welche von ihnen die für Zivilisation und Fortschritt am wenigsten befähigte ist: Slawen, Griechen, Rumänen, Arnauten werden, zwölf Millionen an der Zahl, von einer Million Türken in Untertänigkeit erhalten, und bis vor kurzem erschien es zweifelhaft, ob nicht unter allen diesen verschiedenen Rassen die Türken die geeignetsten seien, die Oberherrschaft zu behaupten, die in einer so gemischten Bevölkerung nur einer dieser Nationalitäten zufallen konnte. Doch wenn wir sehen, wie jämmerlich alle Anläufe zur Zivilisation seitens der türkischen Regierung scheiterten, wie der Fanatismus des Islam, hauptsächlich von dem türkischen Mob in einigen großen Städten getragen, sich die Hilfe Österreichs und Rußlands stets nur zunutze gemacht hatte, um wieder zur Macht zu gelangen und einen etwaigen Fortschritt wieder zu vernichten; wenn wir die Zentral-, das ist die türkische Regierung Jahr für Jahr durch Aufstände in den christlichen Provinzen geschwächt sehen, von denen keiner, dank der Schwäche der Pforte und der Intervention der benachbarten Staaten, ganz erfolglos ist; wenn wir Griechenland seine Unabhängigkeit erringen sehen, Teile von Armenien durch Rußland erobert, die Moldau, die Walachei, Serbien nacheinander unter das Protektorat Rußlands gestellt sehen, so werden wir zugeben müssen, daß die Anwesenheit der Türken in Europa ein ernsthaftes Hindernis für die Entwicklung der Hilfsquellen der thrazisch-illyrischen Halbinsel bildet.

Wir können die Türken schwerlich als die herrschende Klasse der Türkei bezeichnen, da die Beziehungen der verschiedenen Gesellschaftsklassen daselbst ebenso verwirrte sind wie die der verschiedenen Rassen. Der Türke ist, je nach Umständen und Örtlichkeit, Arbeiter, Landmann, kleiner Pächter, Handelsmann, feudaler Gutsbesitzer in dem niedersten und barbarischsten Stadium des Feudalismus, Zivilbeamter oder Soldat; aber in all diesen verschiedenen sozialen Stellungen gehört er der bevorrechteten Religion und Nation an — er allein hat das Recht, Waffen zu tragen, und der höchstgestellte Christ muß dem niedrigsten Moslem

den Weg freigeben, wenn er ihm begegnet. In Bosnien und der Herzegowina ist der Adel von slawischer Abstammung zum Islam übergegangen, während die Masse des Volkes Rajahs, das sind Christen, blieben. In dieser Provinz sind also der herrschende Glaube und die herrschende Klasse eins, wie denn auch der bosnische Moslem auf einer Stufe mit seinem Religionsgenossen türkischer Abkunft steht.

Die Hauptmacht der türkischen Bevölkerung in Europa, abgesehen von der stets bereiten Reserve in Asien, liegt in dem Mob Konstantinopels und einiger anderer großer Städte. Er ist wesentlich türkischer Abstammung, und obgleich er seinen Unterhalt hauptsächlich bei der Beschäftigung durch christliche Kapitalisten findet, so hält er doch eifersüchtig an der eingebildeten Überlegenheit und an der tatsächlichen Straflosigkeit für alle Exzesse fest, die das Privilegium des Islam ihm gegenüber den Christen verleiht. Es ist wohl bekannt, daß dieser Mob bei jedem wichtigen Staatsstreich durch Bestechung und Schmeichelei gewonnen werden muß. Dieser Mob allein ist es, der, abgesehen von einigen kolonisierten Distrikten, die Hauptmasse der türkischen Bevölkerung in Europa bildet. Und sicherlich wird sich früher oder später die absolute Notwendigkeit herausstellen, einen der schönsten Teile unseres Kontinents von der Herrschaft eines Mobs zu befreien, mit dem verglichen der Mob des römischen Kaiserreichs eine Versammlung von Weisen und Helden war.

Unter den anderen Nationalitäten können wir die Arnauten mit wenigen Worten abtun; sie sind ein abgehärtetes, ursprüngliches Gebirgsvolk, die das gegen die Adria abfallende Land bewohnen, ihre eigene Sprache sprechen, die aber doch, wie es scheint, dem großen indogermanischen Stamme angehören. Sie sind teils griechische Christen, teils Moslem, und nach allem, was wir von ihnen wissen, noch sehr wenig für die Zivilisation vorbereitet. Ihre räuberischen Gewohnheiten werden jede benachbarte Regierung zwingen, sie in strengster militärischer Unterwerfung zu halten, bis der industrielle Fortschritt in den umgebenden Gebieten ihnen Beschäftigung als Wasserschöpfer oder Holzhauer geben wird; geradeso wie es mit den Gallegos in Spanien und anderen Gebirgsbewohnern der Fall war.

Die Walachen oder Dako-Romanen, die Hauptbewohner des Landes zwischen der unteren Donau und dem Dnjestr, sind eine sehr gemischte Bevölkerung, die der griechischen Kirche angehört und eine vom Latei-

nischen abstammende, dem Italienischen in vieler Hinsicht ähnliche Sprache spricht. Die Transsylvanier und die Bukowiner gehören zu Österreich, die Beßaraber zu Rußland; die Bewohner der Moldau und der Walachei, der beiden einzigen Fürstentümer, wo die dako-romanische Rasse eine politische Existenz errungen hat, haben eigene Fürsten unter der nominellen Suzeränität der Pforte und der wirklichen Oberherrschaft Rußlands. Von den transsylvanischen Walachen hörten wir während des ungarischen Kriegs viel reden. Sie waren von den ungarischen Grundbesitzern unterdrückt worden, die nach österreichischem System gleichzeitig auch als die Werkzeuge des Druckes und der Ausbeutung der Regierung zu dienen hatten. Wie die ruthenischen Leibeigenen von Galizien 1846, war nun auch diese brutalisierte Masse durch die Österreicher mit Versprechungen und Bestechungen gewonnen worden, und sie begann jenen Zerstörungskrieg, der aus Transsylvanien eine Wüste machte. Die Dako-Romanen der türkischen Fürstentümer haben wenigstens einen eingeborenen Adel und politische Institutionen; und trotz aller Anstrengungen Rußlands ist der revolutionäre Geist bei ihnen durchgedrungen, wie der Aufstand von 1848 zur Genüge bewies. Zweifellos müssen die Bedrückungen und Erpressungen, die ihnen während der russischen Okkupation seit 1848 auferlegt wurden, diesen Geist noch mehr genährt haben, trotz des Bandes der gemeinsamen Religion und des zarisch-popischen Aberglaubens, mit dem sie bis jetzt auf das kaiserliche Haupt der griechischen Kirche als auf ihren natürlichen Beschützer geblickt hatten. Und wenn dies der Fall ist, so kann die walachische Nationalität einmal eine hervorragende Rolle bei der endgültigen Entscheidung über jene in Frage kommenden Gebiete spielen.

Die Griechen in der Türkei sind meist slawischer Abkunft, haben aber die neugriechische Sprache angenommen; tatsächlich wird allgemein zugegeben, daß, abgesehen von einigen adeligen Familien in Konstantinopel und Trapezunt, man selbst in Griechenland sehr wenig rein hellenisches Blut finden würde. Die Griechen sind neben den Juden die ersten Handelsleute in den Seehäfen und vielen Binnenstädten. In manchen Bezirken sind sie auch Ackerbauer. Auf alle Fälle gibt ihnen weder ihre Zahl, noch ihre Dichtigkeit, noch ihr nationaler Sinn irgendwelches Gewicht als Nation, ausgenommen in Thessalien oder vielleicht in Epirus. Der Einfluß, den einige griechische adelige Familien in Konstantinopel als Dolmetscher hatten, nimmt rasch ab, seit Türken in

Europa Erziehung genießen und seit europäische Gesandtschaften türkisch sprechende Attachés haben.

Wir kommen jetzt zu der Rasse, welche die große Masse der Bevölkerung bildet und deren Blut in jeder vorkommenden Rassenmischung überwiegend ist. Ja, man kann sagen, daß sie den Hauptstamm der christlichen Bevölkerung von Morea bis zur Donau und vom Schwarzen Meere bis zu den arnautischen Bergen bildet. Diese Rasse ist die slawische, und zwar besonders jener Zweig derselben, der unter dem Namen des illyrischen (Ilirski) oder südslawischen zusammengefaßt wird. Nach den Westslawen (Polen und Böhmen) und den Ostslawen (Russen) bilden sie den dritten Zweig jener zahlreichen slawischen Familie, die in den letzten zwölf Jahrhunderten den Osten Europas bewohnte. Diese Südslawen bewohnen nicht nur den größten Teil der Türkei, sondern auch Dalmatien, Kroatien, Slawonien und den Süden Ungarns. Sie sprechen alle dieselbe Sprache, die der russischen sehr verwandt und für westliche Ohren die bei weitem musikalischste aller slawischen Sprachen ist.

Die Kroaten und ein Teil der Dalmatiner sind römisch-katholisch, alle übrigen gehören der griechischen Kirche an. Die römisch-katholischen schreiben das lateinische Alphabet, aber die Anhänger der griechischen Kirche schreiben in zyrillischer Schrift, die auch in der russischen und altslawischen oder Kirchensprache angewendet wird. Dieser Umstand im Verein mit der Religionsverschiedenheit trug dazu bei, jede nationale Entwicklung im ganzen südslawischen Gebiet zu verzögern. Ein Mann in Belgrad braucht nicht imstande zu sein, ein in Agram oder Becse gedrucktes Buch zu lesen; ja, er wird sich vielleicht sogar weigern, es in die Hand zu nehmen, wegen des darin gebrauchten „ungläubigen“ Alphabets und der ebensolchen Orthographie; während es ihm gar nicht schwer sein wird, ein in Moskau gedrucktes Buch zu lesen und zu verstehen, da die beiden Sprachen besonders in dem altslawischen etymologischen System der Orthographie einander sehr ähnlich sind, und weil das Buch mit dem „orthodoxen“ (pravoslavni) Alphabet gedruckt ist. Die Masse der griechischen Slawen will ihre Bibeln, Liturgien und Gebetbücher nicht einmal im eigenen Lande gedruckt haben, da sie überzeugt sind, daß allem, was im heiligen Moskau oder in der kaiserlichen Druckerei in St. Petersburg angefertigt ist, eine besondere Richtigkeit und Orthodoxie und ein Geruch von Heiligkeit anhaftet. Trotz aller panslawistischen Anstrengungen der Agramer oder Prager Enthusiasten hat der Serbe, der

Bulgare, der bosnische Rajah, der slawische Bauer von Mazedonien und Thrazien mehr nationale Sympathie, mehr Berührungspunkte, mehr Mittel des geistigen Verkehrs mit dem Russen als mit dem römisch-katholischen Südslawen, der dieselbe Sprache spricht. Was immer geschehen mag, er erwartet von St. Petersburg seinen Messias, der ihn von allem Übel befreit; und wenn er Konstantinopel seine Zarigrad, seine Kaiserstadt nennt, so tut er dies ebenso in Erwartung des orthodoxen Zaren, der da vom Norden kommt, um es dem wahren Glauben wiederzugeben, als in Erinnerung an den orthodoxen Zaren, der es besaß, ehe die Türken in das Land einfielen.

In dem größeren Teile der Türkei sind die Slawen zwar der direkten Herrschaft der Türken untertan, doch wählen sie ihre lokalen Behörden selbst, zum Teile (in Bosnien) sind sie zu dem Glauben ihrer Eroberer bekehrt. Nur in zwei Gegenden hat die slawische Rasse in diesem Lande politisches Leben sich erhalten oder erobert. Einmal in Serbien, dem Tale der Morawa, einer Provinz mit scharf gezogenen natürlichen Grenzlinien, die vor sechshundert Jahren eine hervorragende Rolle in der Geschichte dieser Gegenden spielte. Durch die Türken eine Zeitlang unterdrückt, gab der russische Krieg von 1809 den Serben die Gelegenheit, eine gesonderte Existenz, wenn auch unter türkischer Oberherrschaft, zu gewinnen. Seitdem ist Serbien immer unter dem unmittelbaren russischen Schutze verblieben. Doch, ebenso wie in der Moldau und der Walachei, hat die politische Selbständigkeit neue Bedürfnisse gezeitigt und Serbien einen größeren Verkehr mit dem westlichen Europa aufgezwungen. Die Zivilisation begann Wurzel zu fassen, der Handel dehnte sich aus, neue Ideen entstanden, und so finden wir inmitten der Hochburg der russischen Machtsphäre, im slawischen oder orthodoxen Serbien, eine antirussische Fortschrittspartei (natürlich sehr bescheiden in ihren Reformbestrebungen), deren Haupt der Ex-Finanzminister Garaschanin ist.

Sollte die griechisch-slawische Bevölkerung jemals zur Herrschaft in dem Lande kommen, das sie bewohnt und in dem sie drei Vierteile der Gesamtbevölkerung bildet (7 Millionen), dann ist es zweifellos, daß dieselben Bedürfnisse in ihrer Mitte nach und nach eine antirussische fortschrittliche Partei erzeugen würden, deren Aufkommen bisher unvermeidlich eintrat, so oft ein Teil der Türkei halb unabhängig geworden.

In Montenegro haben wir nicht ein fruchtbares Tal mit verhältnismäßig großen Städten, sondern ein unfruchtbares, schwer zugängliches

Bergland. Hier hat sich eine Bande von Räubern festgesetzt, welche die Ebenen brandschatzen und die Beute in ihren Bergfestungen aufhäufen. Diese romantischen, aber ziemlich ungemütlichen Herren sind Europa schon lange lästig gewesen, und es entspricht ganz der Politik Rußlands und Österreichs, daß sie das Recht der Bewohner der schwarzen Berge (Zrnogorzi) verteidigen, Dörfer mit ihren Einwohnern niederzubrennen und das Vieh fortzuführen.

Die Londoner Presse. – Politik Napoleons in der türkischen Frage.

London, 25. März 1853 (N. Y. T., 11. April 1853).

Im alten Griechenland sagte man von einem Redner, der für sein Schweigen bezahlt wurde, er habe einen Ochsen auf seiner Zunge. Der Ochs war nämlich eine aus Ägypten eingeführte Silbermünze. Von der Times könnten wir ebenfalls sagen, daß sie seit dem Wiederaufleben der orientalischen Frage auch stets einen Ochsen auf ihrer Zunge trug, wenn auch nicht für ihr Stillschweigen, sondern dafür, daß sie sprach. Zuerst verteidigte diese geniale Zeitung die österreichische Intervention in Montenegro unter dem Vorwand, es handle sich um das Christentum. Später aber, als Rußland intervenierte, ließ es diese Ausrede fallen und behauptete, die ganze Frage sei nur ein Streit zwischen griechischer und römischer Kirche, der die „Untertanen" der englischen Staatskirche ganz gleichgültig lasse. Dann wurde die Wichtigkeit des türkischen Handels für Großbritannien hervorgehoben und eben aus dieser Wichtigkeit gefolgert, daß Großbritannien nur gewinnen könne, wenn es türkischen Freihandel für russischen Prohibitiv- und österreichischen Schutzzoll eintauscht. Dann bemühte sich die Times, zu beweisen, daß England in seiner Nahrungsmittelversorgung von Rußland abhinge und daher sich schweigend den geographischen Anschauungen des Zaren fügen müsse. Es ist dies ein gnädiges Kompliment für das von der Times verherrlichte Handelssystem und eine sehr scherzhafte Beweisführung dafür, daß das Schwarze Meer ein russischer See und die Donau ein russischer Fluß werden müsse, um Englands Abhängigkeit von Rußland zu mildern. Als die Times dann aus dieser unhaltbaren Position vertrieben worden war, hielt sie sich an die allgemeine Behauptung, daß das Türkische Reich hoffnungslos in Trümmer zerfiele, was nach ihrer Meinung einen end-

gültigen Beweis dafür liefert, daß Rußland sogleich der Testaments-vollstrecker und Erbe dieses Reiches werden müsse. Dann wieder wollte die Times die Bewohner der Türkei der reinigenden Herrschaft und dem zivilisierenden Einfluß Rußlands und Österreichs unterwerfen, in dem alten Glauben, die Weisheit komme aus dem Osten; dabei vergaß sie, daß sie kurz vorher selbst gesagt hatte, „Österreich erhalte in den Provinzen und Königtümern seines eigenen Reiches einen Zustand von willkürlicher Autorität und gewalttätiger Tyrannei aufrecht, der nicht durch das geringste Gesetz geregelt werde". Um ihrer Frechheit die Krone aufzusetzen, beglückwünscht sich die Times selbst zum Schlusse zu ihren eigenen „brillanten" Leitartikeln über die Orientfrage.

Die gesamte Londoner Presse, die Morgen- und die Abendblätter, die täglichen und die Wochenblätter erhoben sich wie ein Mann gegen ihr „führendes Organ". Die Morning Post macht sich über ihre Kollegen von der Times lustig, die sie der Verbreitung absichtlich falscher und absurder Nachrichten zeiht. Der Morning Herald nennt sie „unsere hebräisch-österreichisch-russischen Zeitgenossen". Die Daily News spricht kurz vom „Brunnow-Organ". Ihr Zwillingsgeschwister Morning Chronicle schlägt in folgender Weise auf sie los: „Die Journalisten, die vorschlugen, um der kommerziellen Bedeutung eines Dutzends griechischer Firmen willen das Türkische Reich an Rußland auszuliefern, dürfen mit Recht für sich das Monopol auf glänzenden Geist in Anspruch nehmen!" Der Morning Advertiser sagt: „Die Times hat recht, wenn sie behauptet, mit ihrer Verfechtung der russischen Interessen allein zu stehen.... Sie wird wohl in englischer Sprache gedruckt. Aber das ist auch das einzige Englische an ihr. Wo Rußland in Frage kommt, ist sie durch und durch russisch."

Zweifellos wird der russische Bär seine Pranken nicht einziehen, solange er nicht davor sicher ist, daß eine momentane Verständigung zwischen England und Frankreich eintritt. Man beachte nun folgenden wunderbaren Zwischenfall. An demselben Tage, als die Times die Lords Aberdeen und Clarendon davon zu überzeugen versuchte, daß die türkische Angelegenheit eine bloße Zänkerei zwischen Frankreich und Rußland sei, entdeckte der König der Toren, wie Guizot Herrn Granier von Cassagnac zu nennen pflegte, im Constitutionnel, daß alles nur ein Streit zwischen Lord Palmerston und dem Zaren sei. Wahrlich, wenn wir diese Blätter lesen, so verstehen wir die griechischen Redner mit mazedonischen Ochsen auf ihren Zungen aus den Zeiten der Demosthenischen Philippiken.

Die britische Aristokratie allerdings, die durch das Koalitionsministerium vertreten wird, würde im Notfall die nationalen englischen Interessen ihren speziellen Klasseninteressen opfern; in der Hoffnung, eine Unterstützung für ihre sieche Oligarchie im Westen zu finden, würde sie die Befestigung eines jugendlichen Despotismus im Osten gerne gestatten. Louis Napoleon zaudert noch. Seine ganze Vorliebe gehört dem russischen Autokraten, dessen Regierungssystem er in Frankreich eingeführt hat; und seine ganzen Antipathien richten sich gegen England, dessen parlamentarisches System er in Frankreich zerstört hat. Und wenn er den Zaren im Osten ruhig Beute machen läßt, so läßt dieser ihn dafür im Westen auch Beute machen. Andererseits täuscht er sich durchaus nicht über die Gefühle der Heiligen Allianz gegen den „Parvenü Khan“. Er befolgt daher eine zweideutige Politik, indem er die Großmächte Europas ebenso zu täuschen versucht, wie er die parlamentarischen Parteien der französischen Nationalversammlung täuschte. Während er ostentativ mit dem englischen Botschafter der Türkei, Lord Stratford de Redcliffe fraternisiert, beschwatzt er die russische Prinzessin von Lieven mit den schmeichelhaftesten Versprechungen und schickt an den Hof des Sultans Herrn de la Cour, einen warmen Befürworter einer österreichisch-französischen Allianz im Gegensatz zu einer englisch-französischen. Er beordert die Flotte von Toulon in die griechischen Gewässer und läßt am nächsten Tag im Moniteur verkünden, daß dies ohne vorherige Verständigung Englands geschehen sei. In einem seiner Organe, dem Pays, läßt er die orientalische Frage als höchst wichtig für Frankreich behandeln, während ein anderes seiner Organe, der Constitutionnel, behaupten muß, in dieser Frage handle es sich nur um russische, österreichische und englische Interessen, Frankreich habe nur ganz entfernten Anteil daran und befinde sich daher in einer ganz unabhängigen Position. Wer wird ihm mehr bieten, Rußland oder England? Das ist für ihn die Frage.

Der wirkliche Streitpunkt in der Türkei.

Leitartikel, New York Tribune, 12. April 1853.

Wir sind erstaunt, daß in der augenblicklichen Diskussion der orientalischen Frage die englischen Journale nicht schärfer die vitalen Interessen hervorgehoben haben, die Großbritannien zum unerbittlichen, unnachgiebigen Gegner der russischen Annexions- und Expansionsgelüste

machen sollten. England kann nicht zugeben, daß Rußland zum Beherrscher der Dardanellen und des Bosporus wird. In kommerzieller wie in politischer Hinsicht würde dieses Ereignis der Machtstellung Englands einen heftigen, wenn nicht tödlichen Stoß versetzen. Wir brauchen nur einen Blick auf Englands Handelsbeziehungen mit der Türkei zu werfen.

Vor der Entdeckung des direkten Wegs nach Indien war Konstantinopel der Markt für einen ausgedehnten Handel; und auch jetzt noch vermitteln die türkischen Häfen einen sehr bedeutenden und stets wachsenden Verkehr zwischen Europa und dem Innern Asiens, wenn auch die indischen Produkte auf dem Landweg über Persien, Teheran und die Türkei nach Europa gelangen. Dies zeigt uns ein Blick auf die Karte. Vom Schwarzwald bis zu den sandigen Höhen von Nowgorod-Weliki ist das ganze Binnenland von Flüssen bewässert, die sich ins Schwarze oder ins Kaspische Meer ergießen. Die Donau und die Wolga, diese beiden Riesenströme Europas, der Dnjestr, der Dnjepr und der Don, sie alle bilden ebenso viele natürliche Kanäle zur Beförderung der binnenländischen Produkte zum Schwarzen Meer; denn auch zur Kaspischen See kann man nur durch das Schwarze Meer gelangen. Zwei Drittel von Europa, das ist ein Teil Deutschlands und Polens, ganz Ungarn und die fruchtbarsten Teile Rußlands und außerdem die Europäische Türkei, sind so naturgemäß mit ihrem Export und ihrem Produktenaustausch auf das Schwarze Meer angewiesen, um so mehr, als alle diese Länder vorwiegend ackerbautreibend sind und die große Masse ihrer Erzeugnisse sie immer auf den Wasserweg als das vornehmste Beförderungsmittel hinweisen wird. Ungarisches, polnisches, südrussisches Korn, Wolle und Häute aus denselben Ländern erscheinen in jährlich sich steigernden Quantitäten auf unseren westlichen Märkten und werden alle in Galatz, Odessa, Taganrog und anderen Häfen des Schwarzen Meers verschifft. Noch ein anderer wichtiger Handelszweig wird dort betrieben. Konstantinopel und besonders Trapezunt in der Asiatischen Türkei sind die Hauptmärkte für den Karawanenhandel nach dem Innern Asiens, in die Täler des Euphrat und Tigris, nach Persien und Turkestan. Auch dieser Handel nimmt rapid zu. Griechische und armenische Kaufleute aus diesen beiden Städten importieren große Mengen englischer Fabrikerzeugnisse, deren niedriger Preis die Hausindustrie der asiatischen Harems rasch verdrängt. Trapezunt eignet sich durch seine Lage besser als jeder andere Punkt für diesen Handel. Im Hintergrund hat es die armenischen Hügel, die weit weniger ungangbar

sind als die Syrische Wüste, und es liegt in entsprechender Nähe von Bagdad, Schiras und Teheran; dieser letzte Platz dient als Zwischenmarkt für die Karawanen aus Khiwa und Buchara. An der Börse von Manchester kann man sehen, wie bedeutend dieser Handel und der Handel des Schwarzen Meers überhaupt sich entwickelt; dort nehmen die dunkelfarbigen griechischen Käufer an Zahl und Wichtigkeit zu, und dort hört man griechische und südslawische Dialekte häufig neben Deutsch und Englisch.

Der Handel von Trapezunt wird auch dadurch von höchster politischer Bedeutung, weil seinethalben russische und englische Interessen im Innern Asiens neuerdings miteinander in Konflikt gerieten. Bis 1840 hatten die Russen ein fast ausschließliches Monopol auf den Handel mit ausländischen Erzeugnissen in jener Gegend. Bis zum Indus waren russische Waren vorgedrungen und wurden sogar hie und da den englischen vorgezogen. Man kann kühnlich behaupten, daß bis zum Afghanischen Krieg und bis zur Eroberung von Sind und Pendschab der englische Handel mit Innerasien gleich Null war. Jetzt liegt die Sache anders. Die unabweisbare Notwendigkeit der unaufhörlichen Ausdehnung des Handels — dieses Fatum, welches das moderne England gleich einem Gespenst verfolgt, das, wenn es nicht sogleich befriedigt wird, jene schrecklichen Erschütterungen hervorruft, die von New York bis Kanton und von St. Petersburg bis Sidney verspürt werden — diese unbeugsame Notwendigkeit zwingt den englischen Handel, Innerasien von zwei Seiten zugleich anzugreifen: vom Indus und vom Schwarzen Meer aus; und obwohl wir sehr wenig vom russischen Export nach diesem Teil der Welt wissen, so können wir doch aus der Zunahme des englischen Exports in diese Gegenden ruhig schließen, daß der russische Handel daselbst bedeutend nachgelassen haben muß. Das kommerzielle Schlachtfeld zwischen Rußland und England ist vom Indus nach Trapezunt verlegt worden, und der russische Handel, der sich früher bis an die Grenzen von Englands Orientherrschaft heranwagte, ist nun auf die Defensive des äußersten Randes seiner eigenen Zollgrenze beschränkt. Die Wichtigkeit dieser Tatsache ist im Hinblick auf eine wie immer geartete künftige Lösung der Orientfrage und auf die Rolle, die England und Rußland dabei spielen werden, eine in die Augen springende. Heute und immerdar müssen sie im Osten Gegner sein.

Wir wollen uns nun diesen Handel am Schwarzen Meer etwas genauer ansehen. Nach dem London Economist betrug der englische Ex-

port nach den türkischen Gebieten, inklusive Ägypten und die Donaufürstentümer:

Im Jahre	1840	1440592	Pfund	Sterling
" "	1842	2068342	"	"
" "	1844	3271333	"	"
" "	1846	2707571	"	"
" "	1848	3626241	"	"
" "	1850	3762480	"	"
" "	1851	3548595	"	"

Von diesen Beträgen müssen wenigstens zwei Drittel nach den Häfen des Schwarzen Meeres, inklusive Konstantinopel gegangen sein. Und dieser ganze, rasch zunehmende Handel hängt von dem Vertrauen ab, das man der Macht entgegenbringen darf, welche die Dardanellen und den Bosporus regiert, die Schlüssel zum Schwarzen Meer. Wer diese in Händen hat, kann nach seinem Belieben den Zugang zu diesem letzten Abschluß des Mittelmeers öffnen oder schließen. Wer wird sich der Erwartung hingeben, daß Rußland, wenn es erst einmal in den Besitz von Konstantinopel gelangt ist, das Tor offenhalten soll, durch das England in die Domäne des russischen Handels eingedrungen ist?

So viel über die kommerzielle Wichtigkeit der Türkei und insbesondere der Dardanellen. Es ist klar, daß von der ununterbrochenen Freiheit, durch diese Tore des Schwarzen Meers Handel zu treiben, nicht nur ein großer Handel, sondern auch der Hauptverkehr zwischen Europa und Zentralasien und folglich auch die hauptsächliche Möglichkeit, dieses weite Gebiet wieder der Zivilisation zu erschließen, abhängt.

Nun wollen wir die Sache noch vom militärischen Gesichtspunkt betrachten. Die kommerzielle Wichtigkeit der Dardanellen und des Bosporus machen sie gleichzeitig auch zu militärischen Positionen ersten Ranges, das heißt zu Positionen von entscheidendem Einfluß in jedem Krieg. Solche Punkte sind Gibraltar und auch Helsingör am Sund. Aber die Dardanellen sind infolge ihrer geographischen Lage sogar noch wichtiger. Die Geschütze von Gibraltar und Helsingör können nicht die ganze Meerenge, an der sie liegen, beherrschen und bedürfen, um diese abzuschließen, noch des Beistands einer Flotte; die Meerenge der Dardanellen und des Bosporus hingegen ist so schmal, daß wenige an passenden Stellen errichtete und gut bewaffnete Befestigungen, wie sie Rußland nach der Besitznahme alsogleich errichten würde, den verbündeten Flotten der ganzen

Welt trotzen könnten, wenn diese versuchen würden, einzudringen. Dann wäre das Schwarze Meer nichts als ein russischer See, mehr als selbst der Ladogasee, der doch im Herzen Rußlands liegt. Der Widerstand der Kaukasier könnte rasch durch Hunger gebrochen werden; Trapezunt würde zu einem russischen Hafen, die Donau zu einem russischen Fluß. Auch wäre, nach der Wegnahme von Konstantinopel, das Türkische Reich mitten entzweigeschnitten. Die Asiatische und die Europäische Türkei hätten keine Möglichkeit, miteinander zu verkehren oder sich gegenseitig zu unterstützen, und die Hauptmacht der türkischen Armee wäre, wenn sie sich erst nach Asien zurückgedrängt sähe, zu vollkommener Tatenlosigkeit verurteilt. Mazedonien, Thessalien, Albanien würden, wenn sie umgangen und vom Hauptheer abgeschnitten wären, dem Eroberer gar nicht erst die Mühe machen, unterdrückt werden zu müssen, denn ihnen bliebe nichts weiter übrig, als um Gnade zu betteln und um eine Armee zu bitten, die die innere Ordnung aufrechterhielte.

Ist es aber wahrscheinlich, daß diese bis ins Riesenhafte gewachsene und ausgedehnte Großmacht in ihrer Laufbahn innehalten wird, wenn sie erst so weit auf dem Weg zum Weltreich ist? Selbst wenn sie es wollte, werden es ihr die Verhältnisse verbieten. Durch die Annexion Griechenlands und der Türkei gewinnt sie ausgezeichnete Seehäfen, und die Griechen liefern ihr geschickte Seeleute für ihre Flotte. Durch die Gewinnung Konstantinopels steht sie an der Schwelle zum Mittelmeer; mit Hilfe Durazzos und der albanischen Küste von Antivari bis Arta ist sie im Mittelpunkt der Adria selbst, in Sehweite der britischen jonischen Inseln und nach 36 Stunden Dampferfahrt in Malta. Und da Österreich dann im Norden, Osten und Süden von Rußland umschlossen wird, so wird es die Habsburger zu seinen Vasallen zählen. Noch etwas wäre möglich, ja sogar wahrscheinlich. Die stark gekrümmte Westgrenze des Reichs, deren natürliche Grenzlinien nicht klar hervortreten, würden einer Regulierung bedürfen; und es würde sich herausstellen, daß die natürliche Grenze Rußlands von Danzig oder etwa Stettin bis Triest geht. Und so gewiß eine Eroberung der anderen folgt und eine Annexion die andere nach sich zieht, so gewiß würde die Eroberung der Türkei durch Rußland nur das Präludium zur Annexion Ungarns, Preußens, Galiziens sein und zur endlichen Verwirklichung jenes slawischen Reichs führen, von dem manche fanatische panslawistische Philosophen schon träumen.

Rußland ist entschieden eine Eroberernation und war es auch ein ganzes Jahrhundert lang, bis ihm die große Bewegung von 1789 einen furchtbaren Gegner voll lebendiger Tatkraft schuf. Wir meinen die europäische Revolution, die Explosivkraft der demokratischen Ideen und den der Menschheit eingeborenen Freiheitsdurst. Seit jener Zeit gab es tatsächlich bloß zwei Mächte auf dem europäischen Kontinent: Rußland mit seinem Absolutismus, die Revolution mit der Demokratie. Momentan scheint die Revolution unterdrückt zu sein, aber sie lebt und ist so gefürchtet wie nur je. Das bezeugt der Schrecken der Reaktion bei den Nachrichten von dem letzten Aufstand in Mailand. Gelangt aber Rußland in den Besitz der Türkei, so wird seine Kraft fast um die Hälfte verstärkt und es gewinnt das Übergewicht über das ganze übrige Europa zusammengenommen. Ein solches Ereignis wäre ein unbeschreibliches Unglück für die revolutionäre Sache. Die Aufrechterhaltung der türkischen Unabhängigkeit oder die Vereitelung der russischen Annexionspläne, falls sich das Ottomanische Kaiserreich möglicherweise doch auflöst, sind Dinge von höchster Wichtigkeit. In diesem Falle gehen die Interessen der revolutionären Demokratie und die Englands Hand in Hand. Keines von ihnen kann dem Zar gestatten, Konstantinopel zu einer seiner Hauptstädte zu machen, und wenn es zum Äußersten kommt, werden wir sehen, daß jene ihm ebenso energischen Widerstand leisten wird wie dieses.

Die türkische Frage.

Leitartikel, New York Tribune, 19. April 1853.

Es ist noch nicht lange her, daß sich das westeuropäische Publikum und die Amerikaner ein annähernd genaues Urteil über die türkischen Angelegenheiten bilden konnten. Bis zur griechischen Insurrektion war die Türkei in jeder Hinsicht Terra incognita, und die über sie verbreiteten Vorstellungen gründeten sich mehr auf die Märchen von Tausendundeiner Nacht als auf irgendwelche historische Tatsachen. Wohl rühmten sich die offiziellen Diplomaten, die selbst im Lande gewesen waren, genauerer Kenntnisse; allein da keiner von ihnen sich die Mühe gegeben hatte, Türkisch, Südslawisch oder Neugriechisch zu lernen, und daher alle auf die gefärbten Berichte griechischer Dolmetscher und fränkischer Kaufleute angewiesen waren, so war es auch bei ihnen nicht weit her mit dem Wissen. Auch vergeudeten diese herumlungernden Diplomaten stets

ihre Zeit mit allerlei Intrigen. Nur Joseph von Hammer, der deutsche Historiker der Türkei, macht davon eine rühmliche Ausnahme. Diese Herren bekümmerten sich nicht um das Volk, die Einrichtungen und die sozialen Zustände des Landes; sie beschäftigten sich nur mit dem Hof und den griechischen Fanarioten, feilen Zwischenträgern zwischen zwei Parteien, von denen keine die wirklichen Verhältnisse, die Macht und die Hilfsquellen der anderen kannte. Seit langer Zeit und merkwürdigerweise noch heute bilden die herkömmlichen Vorstellungen und Begriffe, die sich auf solche armselige Informationen stützen, größtenteils die Grundlage aller Aktionen der abendländischen Diplomatie gegenüber der Türkei.

Aber während England, Frankreich und eine Zeitlang sogar Österreich in ihrer orientalischen Politik im dunkeln tappten, wurden sie alle von einer anderen Macht überlistet. In Rußland, das seinen Traditionen und Einrichtungen, seinem Wesen und seinen Verhältnissen nach selbst halbasiatisch ist, fanden sich Leute genug, die für den wahren Zustand und Charakter der Türkei das richtige Verständnis hatten. Sie hatten dieselbe Religion wie neun Zehntel der Bewohner der Europäischen Türkei, ihre Sprache war fast dieselbe wie die von sieben Millionen türkischer Untertanen; und die bekannte Leichtigkeit, mit der ein Russe fremde Sprachen sprechen, wenn auch nicht völlig beherrschen lernt, machte es den russischen, gut bezahlten Agenten leicht, sich mit den türkischen Angelegenheiten vollständig vertraut zu machen. Und die russische Regierung benützte schon früh diese außerordentlich günstige Position im Südosten Europas. Hunderte von russischen Agenten durchzogen die Türkei und lenkten die Aufmerksamkeit der griechischen Christen auf den orthodoxen Herrscher als das Haupt, den natürlichen Beschützer und schließlichen Befreier der unterdrückten orientalischen Kirche; den Südslawen wieder zeigten sie diesen selben Herrscher als den allmächtigen Zaren, der früher oder später alle Stämme der großen slawischen Rasse unter ein Zepter vereinigen und sie zur herrschenden Rasse Europas machen sollte. Die Geistlichkeit der griechischen Kirche bildete bald eine einzige große Verschwörung zur Verbreitung dieser Ideen. Die serbische Erhebung im Jahre 1809 und die griechische Empörung im Jahre 1821 waren mehr oder weniger durch russisches Gold und russischen Einfluß angestiftet; und wo immer von türkischen Paschas die Fahne der Empörung gegen die Zentralregierung erhoben wurde, da waren russische Intrigen dabei

im Spiel, und der Rubel tat seine gewohnte Schuldigkeit. Und während über den internen türkischen Fragen abendländische Diplomaten sich vergeblich die Köpfe zerbrachen, die von den wirklichen Streitfragen nicht mehr wußten als vom Mann im Monde, wurde der Krieg erklärt, russische Truppen marschierten im Balkan ein, und Glied um Glied wurde vom Ottomanischen Reich abgerissen.

Wohl hat man in den letzten dreißig Jahren viel getan, um die Allgemeinheit über die Zustände in der Türkei aufzuklären. Deutsche Philologen und Kritiker haben uns mit seiner Geschichte und Literatur bekannt gemacht; englische Bevollmächtigte und der englische Handel haben große Erfahrungen über die soziale Lage des Reiches gesammelt. Aber für die neunmalweisen Diplomaten scheint dies alles nicht zu existieren, und sie halten so zäh als möglich an den Traditionen fest, die das Studium der orientalischen Märchenliteratur geschaffen hat und die durch die nicht weniger wunderbaren Berichte ergänzt werden, welche eine korrupte Bande der gewissenlosesten griechischen Söldlinge in die Welt setzt.

Und was mußte sich mit Naturnotwendigkeit daraus ergeben? Daß dank der Unwissenheit, Trägheit, fortwährenden Unbeständigkeit und Feigheit der abendländischen Regierungen Rußland in allen wesentlichen Punkten konsequent eine seiner Absichten nach der anderen durchsetzte. Von der Schlacht bei Navarino bis zur jetzigen Orientkrisis wurde die Aktion der westlichen Mächte entweder durch Zänkereien untereinander vereitelt, die meist aus ihrer gemeinsamen Unkenntnis der orientalischen Angelegenheiten und aus kleinlichen Eifersüchteleien entstanden, die der orientalischen Auffassungsweise ganz unbegreiflich erscheinen mußten, oder aber jede Aktion diente direkt dem Interesse Rußlands. Und nicht nur die Griechen, sowohl die Griechenlands als die der Türkei, und die Slawen sehen in Rußland ihren natürlichen Beschützer; nein, sogar die Regierung in Konstantinopel, die stets von neuem daran verzweifelt, ihre jeweiligen Bedrängnisse und ihre wirkliche Lage diesen abendländischen Diplomaten begreiflich zu machen, die sich auf ihre gänzliche Unfähigkeit, türkische Dinge mit eigenen Augen beurteilen zu lernen, noch etwas einbilden, diese türkische Regierung selbst hat sich immer und immer wieder gezwungen gesehen, an Rußlands Gnade zu appellieren und bei der Macht Zuflucht zu suchen, die offen ihre feste Absicht eingesteht, alle Türken über den Bosporus zu jagen und das Sankt-Andreas-Kreuz auf die Minarette der Hagia Sophia zu pflanzen.

Der diplomatischen Tradition zum Trotz haben schließlich diese beständigen und erfolgreichen Übergriffe Rußlands in den Kabinetten der europäischen Westmächte einen ganz leisen und entfernten Verdacht der nahenden Gefahr hervorgerufen. Diese Befürchtungen zeitigten das große diplomatische Resultat, daß die Aufrechterhaltung des Statusquo in der Türkei eine für den Weltfrieden unerläßliche Bedingung sei. Die prahlerische Unfähigkeit mancher modernen Staatsmänner hätte ihre Unwissenheit und Hilflosigkeit durch nichts deutlicher manifestieren können als durch dieses Axiom, das, obzwar immer ein toter Buchstabe, dennoch in den kurzen zwanzig Jahren zur geheiligten Tradition und ebenso ehrwürdig und unanfechtbar geworden ist wie die Magna Charta des Königs Johann. Die Aufrechterhaltung des Statusquo! Aber gerade um den Statusquo aufrechtzuerhalten, schürte Rußland den Aufstand in Serbien, machte es Griechenland unabhängig, eignete es sich das Protektorat über die Moldauländer und die Walachei an und behielt einen Teil Armeniens für sich! England und Frankreich rührten sich nicht, als alles dies geschah, und nur ein einziges Mal gaben sie ein Lebenszeichen; das war, als sie 1849 nicht die Türkei, sondern die ungarischen Flüchtlinge beschützten. Für die europäische Diplomatie und sogar für die europäische Presse beschränkt sich die ganze Orientfrage auf das Dilemma: entweder ziehen die Russen in Konstantinopel ein, oder der Statusquo wird aufrechterhalten — darüber hinaus existiert für sie nichts.

Man sehe sich als Illustration dafür zum Beispiel nur die Londoner Presse an. Da haben wir die Times, die für die Zerstücklung der Türkei eintritt und erklärt, die türkische Rasse sei untauglich, noch länger in diesem schönen Winkel Europas zu herrschen. Geschickt wie immer greift die Times keck die alte diplomatische Tradition vom Statusquo an und erklärt ihre Fortdauer für unmöglich. Das ganze Talent, das diesem Blatte zur Verfügung steht, wird aufgeboten, um diese Unmöglichkeit unter den verschiedensten Gesichtspunkten darzutun und die britischen Sympathien zu einem neuen Kreuzzug gegen die Überreste der Sarazenen aufzubieten. Das Verdienst dieses rücksichtslosen Angriffs gegen eine nichtssagende und altehrwürdige Phrase, die vor zwei Monaten der Times selbst noch heilig war, ist zwar nicht zu leugnen. Wer aber diese Zeitung kennt, der weiß auch, daß diese ungewohnte Kühnheit direkt im Interesse Rußlands und Österreichs aufgewendet wird. Die in ihren Spalten vorgebrachten unanfechtbaren Gründe für die vollkommene Un-

möglichkeit, die Türkei in ihrem jetzigen Zustand zu erhalten, dienen keinem anderen Zweck als dem, das englische Publikum und die Welt auf den Augenblick vorzubereiten, wo die wichtigste Verfügung im Testament Peters des Großen — die Eroberung des Bosporus — zur vollendeten Tatsache wird.

Daily News, das liberale Organ, vertritt den entgegengesetzten Standpunkt. Die Times gewinnt der Frage immerhin eine neue und zutreffende Seite ab, um sie allerdings hinterher zu eigennützigen Zwecken zu verdrehen. Der gesunde Menschenverstand aber, der in den Spalten des liberalen Organs herrscht, ist jedoch nur von recht hausbackener Art. Daily News sieht nicht über ihre eigene Nasenspitze hinaus. Sie ist sich klar darüber, daß eine Zerstücklung der Türkei unter den jetzigen Verhältnissen die Russen nach Konstantinopel führen müsse und daß dies ein großes Unglück für England wäre; daß der Weltfriede bedroht, der Handel im Schwarzen Meer ruiniert wäre und daß neue Verstärkungen der Stützpunkte und der Flotte Englands im Mittelmeer notwendig würden. Infolgedessen bemüht sich die Daily News, beim englischen Publikum Furcht und Empörung hervorzurufen. Ist nicht die Teilung der Türkei ein ebenso großes Verbrechen wie die Teilung Polens? Haben nicht die Christen in der Türkei mehr religiöse Freiheit als in Österreich und Rußland? Ist nicht die türkische Regierung eine milde, väterliche Regierung, unter deren Zepter die verschiedenen Nationen, Konfessionen und lokalen Vereinigungen ungestört ihren eigenen Angelegenheiten nachgehen können? Ist nicht die Türkei ein Paradies im Vergleich zu Österreich und Rußland? Besteht dort nicht Sicherheit für Leben und Eigentum? Und ist der englische Handel mit der Türkei nicht größer als der mit Rußland und Österreich zusammengenommen, und wächst er nicht von Jahr zu Jahr? Und so fort in wahren Dithyramben, soweit die Daily News dithyrambisch sein kann, und in Apotheosen der Türkei, der Türken und alles Türkischen, die den meisten ihrer Leser ganz unbegreiflich erscheinen müssen.

Den Schlüssel zu diesem seltsamen Enthusiasmus für die Türken findet man in den Werken des Herrn David Urquhart, Mitglied des Parlaments. Dieser Herr von schottischer Abkunft, voll mittelalterlicher und patriarchalischer Erinnerungen an seine Heimat, doch mit einer modernen englischen zivilisierten Erziehung, gelangte, nachdem er drei Jahre in Griechenland die Türken bekämpft hatte, in deren Land und wurde

dort sogleich zu ihrem glühenden Verehrer. Der romantische Hochländer fühlte sich in den Bergschluchten des Pindus und Balkan ganz zu Hause. Seine Werke über die Türkei, die übrigens voll wertvoller Informationen sind, kann man in drei Paradoxe zusammenfassen, die fast wörtlich folgendermaßen lauten: Erstens, wäre Herr Urquhart nicht englischer Untertan, so möchte er sicherlich Türke sein; zweitens, wäre er nicht presbyterianischer Kalvinist, so möchte er keiner anderen Religion als dem Islam angehören; und drittens: England und die Türkei sind die einzigen zwei Länder der Welt, die sich der Selbstverwaltung und bürgerlicher und religiöser Freiheit erfreuen. Dieser selbe Urquhart ist nun seither die große Autorität in Orientfragen für alle englischen Liberalen geworden, die gegen Palmerston sind, und er ist es auch, der die Daily News mit dem Material zu ihren Lobgesängen auf die Türkei versorgt.

Das einzige Argument dieser Seite der Frage, das Beachtung verdient, ist folgendes: „Es heißt immer, die Türkei ist im Verfall, worin zeigt sich aber dieser Verfall? Verbreitet sich nicht die Zivilisation, dehnt sich nicht der Handel rapid in der Türkei aus? Wo ihr nichts als Verfall seht, da zeigen uns die Statistiken nur Fortschritt." Es wäre nun aber sehr trügerisch, den zunehmenden Handel am Schwarzen Meer einzig und allein der Türkei aufs Konto zu setzen; und doch geschieht das hier. Das wäre genau dasselbe, wie wenn man die kommerzielle und industrielle Leistungsfähigkeit Hollands, der Zufahrtsstraße zu dem größten Teil Deutschlands, nach seinem Bruttoexport und -import berechnen würde, die zu neun Zehnteln bloßen Transitverkehr darstellen. Und doch, was jeder Statistiker in bezug auf Holland sofort als eine plumpe Fälschung behandeln würde, das versucht in bezug auf die Türkei die gesamte liberale Presse Englands einschließlich des gelehrten Economist der leichtgläubigen Öffentlichkeit einzureden. Und wer sind die Kaufleute in der Türkei? Die Türken sicher nicht. Als sie noch im ursprünglichen nomadischen Zustand lebten, bestand ihre Art, Handel zu treiben, in der Plünderung von Karawanen; jetzt, wo sie etwas zivilisierter sind, besteht sie in allen möglichen willkürlichen und drückenden Besteuerungen. Die Griechen, die Armenier, die Slawen und die Franken, die in den großen Seehäfen etabliert sind, haben den ganzen Handel in Händen und haben sicherlich keine Ursache, sich bei den türkischen Beis und Paschas dafür zu bedanken, daß ihnen das ermöglicht

wird. Man entferne alle Türken aus Europa, der Handel wird nicht darunter leiden. Und der Fortschritt in der allgemeinen Zivilisation? Wer verbreitet ihn in allen Teilen der Europäischen Türkei? Nicht die Türken, denn sie sind gering an Zahl und im Lande zerstreut, und man kann schwerlich sagen, daß sie anderswo seßhaft sind als nur in Konstantinopel und in zwei oder drei kleinen ländlichen Distrikten. Es ist die griechische und slawische Bourgeoisie in allen Städten und Handelsplätzen, die die wahre Stütze aller Art von Zivilisation ist, die tatsächlich im Land eingeführt wird. Dieser Teil der Bevölkerung wächst denn auch ständig an Reichtum und Einfluß, und die Türken werden mehr und mehr in den Hintergrund gedrängt. Besäßen sie nicht das Monopol auf die Staats- und Militärgewalt, so würden sie bald verschwinden. Dieses Monopol ist aber für die Zukunft unmöglich geworden, und ihre Macht wird zur Ohnmacht werden, ausgenommen in solchen Fällen, wo sie ein Hindernis für den Fortschritt bilden werden. Tatsache ist, daß man mit ihnen aufräumen muß. Jedoch behaupten, daß das nur geschehen kann, wenn man Russen oder Österreicher an ihre Stelle setzt, heißt zugleich die Behauptung aufstellen, daß der jetzige politische Zustand Europas immer und ewig andauern müsse. Wer vermag eine solche Behauptung aufzustellen?

Was soll aus der Europäischen Türkei werden?

Leitartikel, New York Tribune, 21. April 1853.

Wir haben gesehen, wie die europäischen Staatsmänner in ihrer verstockten Dummheit, verknöcherten Routine und ererbten geistigen Trägheit vor jedem Versuch der Beantwortung der Frage, was aus der Türkei in Europa werden soll, zurückschrecken. Längst verzweifeln Aberdeen und Palmerston, Metternich und Guizot an ihrer Lösung, ganz abgesehen von ihren republikanischen und konstitutionellen Stellvertretern in den Jahren 1848 bis 1852, deren Namen niemals auf die Nachwelt kommen werden. Unbekümmert aber um alle diplomatischen Noten, Pläne und Machenschaften Englands und Frankreichs rückt Rußland Schritt für Schritt langsam zwar, doch unaufhaltsam gegen Konstantinopel vor.

Und obgleich alle Parteien in allen Ländern Europas sich der Tatsache dieses stetigen Vorrückens wohl bewußt sind, so hat noch kein

offizieller Staatsmann sie zu erklären vermocht. Sie sehen sie, sehen ihre Wirkung, ja sogar ihre letzte Konsequenz, die Ursache aber bleibt ihnen verborgen, trotzdem nichts einfacher zu erklären ist.

Die hohle, niemals durchgesetzte Theorie von der Aufrechterhaltung des Statusquo ist die große Triebfeder, die Rußland bei allen seinen Schritten gegen Konstantinopel unterstützt.

Worin besteht dieser Statusquo? Für die christlichen Untertanen der Pforte bedeutet er nichts anderes als die Verewigung ihrer Unterdrückung durch die Türkei. Solange sie durch die türkische Herrschaft unterjocht sind, sehen sie in dem Haupt der griechischen Kirche, dem Beherrscher von sechzig Millionen griechischer Christen ihren natürlichen Beschützer und Befreier. Dasselbe diplomatische System, das zur Verhütung russischer Übergriffe konstruiert wurde, zwingt zehn Millionen griechischer Christen in der Europäischen Türkei, sich an Rußland um Schutz und Hilfe zu wenden.

Betrachten wir einmal die historischen Tatsachen. Noch vor Katharina II. versäumte Rußland keine Gelegenheit, sich in der Moldau und Walachei vorteilhafte Verhältnisse zu schaffen. Dies gelang in einem solchen Maße, daß der Vertrag von Adrianopel 1829 Rußland in den Fürstentümern mehr Rechte einräumte, als die Türkei selber dort besaß. Als 1804 die serbische Revolution ausbrach, nahm Rußland sofort die aufständischen Rajah unter seinen Schutz, und nachdem es sie in zwei Kriegen unterstützt hatte, befestigte es in zwei Verträgen die innere Unabhängigkeit ihres Landes. Wer entschied den Kampf beim Aufstand der Griechen? Nicht etwa die Verschwörungen und Revolten des Ali-Pascha bei Janina, nicht etwa die Schlacht von Navarino oder die französische Armee in Morea oder die Konferenzen und Protokolle von London, sondern Diebitsch, der mit der russischen Armee über den Balkan ins Maritzatal einmarschierte. Und während Rußland so ganz ungescheut sich an die Zerstücklung der Türkei machte, wurden die westlichen Diplomaten nicht müde, über die Aufrechterhaltung des geheiligten Statusquo und über die Unverletzlichkeit der Türkei zu orakeln. Solange diese Tradition das Leitmotiv der Diplomatie der Westmächte sein wird, so lange werden neun Zehntel der Bevölkerung der Europäischen Türkei in Rußland ihren Halt, ihre Stütze, ihren Befreier, ihren Messias sehen.

Nehmen wir einen Augenblick an, daß die griechisch-slawische Halbinsel sich von der türkischen Herrschaft befreit hätte, daß dort eine Re-

gierung existierte, die den Bedürfnissen der Bevölkerung besser angepaßt wäre. Wie würde sich Rußlands Position gestalten?

Es ist allbekannt, daß sich in jedem Staat auf türkischem Gebiet, der sich ganz oder teilweise unabhängig zu machen verstand, sogleich eine starke antirussische Partei entwickelte. Wenn das also schon in einer Zeit der Fall ist, wo die Vasallen in Rußland den einzigen Hort gegen die türkische Unterdrückung sehen, was sollen wir dann gewärtigen, wenn die Furcht vor dieser Unterdrückung verschwunden sein wird?

Aber würde nicht ein Weltkrieg entbrennen, wenn der türkische Einfluß am Bosporus verschwände, wenn die verschiedenen Nationalitäten und Konfessionen der Balkanhalbinsel sich befreiten, wenn den Machinationen und Anschlägen, den widersprechenden Wünschen und Interessen aller Großmächte Europas Tür und Tor geöffnet würde? So fragt sich die feige Routine der Diplomatie. Wie wären die Clarendons, die Palmerstons, die Aberdeens sowie die verschiedenen Minister des Auswärtigen auf dem Kontinent auch zu solcher Tat fähig! Nur mit Schaudern denken sie daran. Wer aber beim Studium der Geschichte den ewigen Wechsel der menschlichen Geschicke bewundern gelernt hat, in dem nichts ständig ist als die Unbeständigkeit, nichts unveränderlich als der Wechsel, wer den ehernen Gang der Geschichte verfolgt hat, deren Räder mitleidslos über die Trümmer großer Reiche dahinrollen, ganze Generationen erbarmungslos zermalmend, wer mit einem Wort die Augen dafür offen hat, daß kein demagogischer Aufruf und keine aufrührerische Proklamation so revolutionierend wirken kann als die einfachen nackten Tatsachen der Menschheitsgeschichte, wer den ungeheuer revolutionierenden Charakter des jetzigen Zeitalters zu erfassen vermag, wo Dampf und Wind, Elektrizität und Druckerschwärze, Artillerie und Goldfunde miteinander im Bunde in einem Jahr mehr Veränderungen und Revolutionen zuwege bringen, als früher ein ganzes Jahrhundert erzeugte, der wird sicher nicht davor zurückschrecken, sich diese historische Frage zu stellen, nur weil ihre einzige richtige Lösung einen europäischen Krieg im Gefolge haben könnte.

Die Regierungen mit ihrer altmodischen Diplomatie aber werden die Schwierigkeit niemals lösen. Wie die Lösung so vieler anderer Probleme bleibt auch die des türkischen der europäischen Revolution vorbehalten. In dieser Behauptung liegt keine Anmaßung. Seit 1789 erfaßt die Revolution immer weitere Gebiete, werden ihre Grenzen

immer weiter gezogen. Ihre letzten Marksteine hießen Warschau, Debreczin, Bukarest; die äußersten Punkte der nächsten Revolution müssen Petersburg und Konstantinopel sein. Das sind die zwei verwundbarsten Stellen, an denen der russische antirevolutionäre Koloß angegriffen werden muß.

Es wäre ein müßiges Spiel der Phantasie, wollte man einen genauen Plan der Aufteilung der Europäischen Türkei entwerfen. Es ließen sich mindestens zwanzig solcher Entwürfe denken, von denen einer so plausibel wäre wie der andere. Wir wollen uns aber nicht mit müßigen phantastischen Projekten abgeben, sondern aus unwiderleglichen Tatsachen allgemeine Gesichtspunkte zu gewinnen suchen. Und da sehen wir, daß die Frage zwei Seiten hat.

Erstens ist es eine unleugbare Tatsache, daß die Halbinsel, die schlechthin die Europäische Türkei genannt wird, das natürliche Erbteil der südslawischen Rasse ist. Von den zwölf Millionen Einwohnern gehören sieben zu ihr. Seit zwölfhundert Jahren ist sie im Besitz des Bodens. Abgesehen von einer dünngesäten Bevölkerung, die, obgleich slawischen Ursprungs, dennoch die griechische Sprache angenommen hat, sind ihre Nebenbuhler türkische oder arnautische Barbaren, die sich längst als eingewurzelte Gegner jeglichen Fortschritts erwiesen haben. Hingegen sind die Südslawen im Innern des Landes die ausschließlichen Träger der Zivilisation. Sie haben wohl noch keine Nation gebildet, sind aber in Serbien schon der kraftvolle und verhältnismäßig gebildete Kern einer Nation. Die Serben haben eine eigene Geschichte, eine eigene Literatur. Ihre jetzige innere Unabhängigkeit verdanken sie einem elfjährigen tapferen Kampf gegen einen ihnen an Zahl weit überlegenen Feind. Sie haben in den letzten zwanzig Jahren große kulturelle Fortschritte gemacht, und die Christen in Thrazien, Bulgarien, Mazedonien und Bosnien betrachten sie als den Mittelpunkt, um den sie alle sich in zukünftigen Unabhängigkeitskämpfen scharen werden. Man kann behaupten, je mehr Serbien und die serbische Nationalität sich gefestigt hat, desto mehr ist der direkte russische Einfluß auf die türkischen Slawen in den Hintergrund gedrängt worden. Denn Serbien hat, um eine hervorragende Stellung als christlicher Staat behaupten zu können, seine politischen Institutionen, seine Schulen, seine wissenschaftlichen Kenntnisse, seine industriellen Einrichtungen von Westeuropa beziehen müssen. Daraus erklärt sich auch die Anomalie, daß Serbien trotz der

russischen Schutzherrschaft seit seiner Emanzipation eine konstitutionelle Monarchie ist.

Mögen auch Blutsverwandtschaft und gemeinsame Religion noch so viele Bande zwischen Russen und Südslawen knüpfen, ihre Interessen werden dennoch von dem Tage an auseinandergehen, wo sich die letzteren befreien. Die kommerziellen Bedürfnisse, die aus der geographischen Lage der beiden Länder hervorgehen, machen dies erklärlich. Rußland, das kompakte Binnenland, erzeugt heute vorwiegend agrarische Produkte, vielleicht später einmal auch Industrieprodukte. Die griechisch-slawische Halbinsel ist zwar von verhältnismäßig kleinem Umfang; aber ihre ausgedehnten Küsten werden von drei Meeren umspült, deren eines sie beherrscht; sie ist hauptsächlich ein Handelsland mit Transitverkehr, wenngleich sie auch selbst Fähigkeiten genug zu eigener unabhängiger Produktion besitzt. Rußlands Wirtschaft ist auf das Monopol, die der Südslawen auf die Expansion gerichtet. Außerdem sind sie Konkurrenten in Zentralasien; während Rußland dort das lebhafteste Interesse daran hat, ausschließlich seine eigenen Produkte unterzubringen, haben die Südslawen heute schon das lebhafteste Interesse daran, auf den östlichen Märkten die Produkte des Westens einzuführen. Wie wäre es also möglich, daß diese beiden Nationen übereinstimmten? Türken und Südslawen haben tatsächlich mehr gemeinsame Interessen mit Westeuropa als mit Rußland. Und wenn erst die Eisenbahnlinien, die von Ostende, Havre und Hamburg nach Budapest gehen, bis Belgrad und Konstantinopel fortgesetzt werden, was jetzt geplant ist, so wird der Einfluß westlicher Zivilisation und westlichen Handels im Südosten Europas ein dauernder werden.

Andererseits leiden die Slawen der Türkei besonders stark unter der Knechtung durch eine mohammedanische Klasse von militärischen Grundbesitzern, die sie zu erhalten haben. Diese militärische Besatzung vereinigt in sich alle öffentlichen Funktionen, sowohl militärische als zivile und juristische. Was ist aber das russische Regierungssystem überall, wo es nicht mit feudalen Institutionen verquickt ist, anderes als eine militärische Okkupation, wo Zivilbehörden und juristische Hierarchie nach militärischen Gesichtspunkten organisiert sind und wo das Volk das Ganze zu bezahlen hat? Wer aber glaubt, daß ein derartiges System dem südslawischen Charakter entspricht, der sehe sich die Geschichte Serbiens seit 1804 an. Karageorg, der Begründer der serbischen Unabhängigkeit,

wurde vom Volke verlassen, und Milosch Obrenowitsch, der die Unabhängigkeit wiederherstellte, wurde mit Schimpf und Schande aus dem Lande gejagt; beide hatten den Versuch gemacht, das russisch-autokratische System mit seinen Begleiterscheinungen von Korruption, halbmilitärischer Bureaukratie und paschamäßiger Ausbeutung einzuführen.

Hier liegt also die einfache endgültige Lösung der Frage. Die Geschichte ebenso wie auch die Tatsachen unserer Zeit weisen auf die Errichtung eines freien, unabhängigen christlichen Staates auf den Trümmern des Moslemreiches in Europa hin. Schon der nächste revolutionäre Vorstoß vermag den längst sich vorbereitenden Konflikt zwischen russischem Absolutismus und europäischer Demokratie herbeizuführen. Zu diesem Konflikt muß England Stellung nehmen, was auch immer für eine Regierung am Ruder sein mag. England kann niemals zugeben, daß Rußland von Konstantinopel Besitz ergreift. Es muß mit den Feinden des Zaren gemeinsame Sache machen und die Bildung eines unabhängigen Slawenreichs an Stelle der altersschwachen, verfaulten Hohen Pforte begünstigen. Wer also heute die demokratische Idee in Europa unterstützen will, der muß die Entwicklung der Industrie, des Erziehungswesens, der Gesetzlichkeit und den Instinkt für Freiheit und Unabhängigkeit in den christlichen Vasallenstaaten der Türkei mit allen Mitteln zu fördern suchen. Der zukünftige Frieden und der Fortschritt der Menschheit hängen damit aufs innigste zusammen. Will man wirklich einmal ernten, so kann man auf die Vorbereitung des Bodens und die Aussaat des Samens nicht genug Sorgfalt verwenden.

Türkei und Rußland.

London, 24. Mai 1853 (N. Y. T., 9. Juni 1853).

Am letzten Sonnabend trafen hier telegraphische Depeschen aus Brüssel und Paris mit Nachrichten aus Konstantinopel vom 13. Mai ein. Unmittelbar nach ihrem Eintreffen wurde im Auswärtigen Amt ein Kabinettsrat abgehalten, der dreiundeinhalb Stunden beisammensaß. An demselben Tage wurde an die Admiralität von Portsmouth telegraphische Order geschickt, daß die beiden Dampffregatten London und Sanspareil von Spithead nach dem Mittelmeer abgehen sollten. Auch die Fregatten Highflyer und Oden werden zum Auslaufen bereit gehalten. Was enthielten wohl diese Depeschen, welche die Minister so plötzlich

in fieberhafte Tätigkeit versetzten und England aus seiner trägen Stille aufrüttelten?

Es ist bekannt, daß die Frage der heiligen Stätten zur Zufriedenheit Rußlands geregelt wurde; nach den Versicherungen der russischen Gesandtschaften in Paris und London verlangte Rußland keine andere Genugtuung als den Vorrang an diesen heiligen Stätten. Die Ziele der russischen Diplomatie waren nicht weniger ritterlich als jene von Friedrich Barbarossa und Richard Löwenherz. So erzählte uns wenigstens die Times. „Aber", sagt das Journal des Débats, „am 5. Mai kam die russische Dampffregatte Beßarabien von Odessa, mit einem russischen Oberst an Bord, der Depeschen für den Fürsten Menschikoff hatte; und am Sonnabend, den 7. Mai überreichte der Fürst den Ministern der Pforte den Entwurf eines Abkommens oder Spezialvertrags, in dem die neuen Forderungen und Ansprüche auseinandergesetzt waren. Dies ist das Dokument, das kurzweg das Ultimatum genannt wird. Es war nämlich von einer ganz kurzen Note begleitet, worin Dienstag, der 10. Mai als der letzte Tag bezeichnet war, an dem die Annahme oder Verwerfung durch den Diwan entgegengenommen werden könne. Die Note endigte ungefähr folgendermaßen: „Sollte die erhabene Pforte es für angezeigt halten, etwa mit einer Weigerung zu antworten, so wäre der Kaiser genötigt, in diesem Akt einen vollkommenen Mangel an Respekt für seine Person und für Rußland zu sehen, und würde die Nachricht davon nur mit dem tiefsten Bedauern entgegennehmen."

Der Hauptzweck dieses Vertrags war der, dem Kaiser von Rußland das Protektorat über alle griechisch-katholischen Untertanen der Pforte zu sichern. Zufolge des am Ende des achtzehnten Jahrhunderts abgeschlossenen Vertrags von Kutschuk-Kainardschi durfte eine griechische Kapelle in Konstantinopel errichtet werden, und der russischen Botschaft war das Recht zugestanden, in Streitfällen zwischen den Priestern dieser Kapelle und den Türken zu intervenieren. Dieses Privilegium wurde im Vertrag von Adrianopel bestätigt. Was Menschikoff nun verlangt, ist die Umwandlung dieses Ausnahmeprivilegiums in das allgemeine Protektorat über die ganze griechische Kirche in der Türkei, das heißt die große Mehrheit der türkischen Bevölkerung in Europa. Außerdem verlangt er, daß die Patriarchen von Konstantinopel, Antiochien, Alexandrien und Jerusalem wie auch die Metropolitan-Erzbischöfe unabsetzbar sein sollen, außer wenn sie des Hochverrats [gegen die Russen] schuldig befunden

werden, und auch dann sollten sie nur mit Einwilligung des Zaren abgesetzt werden können. Er verlangt mit anderen Worten die Verzichtleistung des Sultans auf seine Souveränität zugunsten Rußlands.

Die Nachrichten, die der Telegraph am Sonnabend brachte, lauteten: erstlich habe Fürst Menschikoff einen weiteren Aufschub — bis zum 14. Mai — der Antwort auf sein Ultimatum bewilligt; hierauf sei im türkischen Ministerium ein Wechsel erfolgt, bei dem Reschid-Pascha, Rußlands Gegner, zum Minister des Äußern ernannt und Fuad-Efendi in sein Amt wiedereingesetzt wurde; endlich sei das russische Ultimatum abgelehnt.

Hätte Rußland eine Reihe entscheidender Siege erfochten, so hätte es unmöglich weitergehende Forderungen an die Türkei stellen können. Das ist der beste Beweis dafür, wie hartnäckig Rußland an seiner festeingewurzelten Idee festhält, daß jedes Interregnum der Konterrevolution in Europa ihm die Berechtigung auf Konzessionen vom Ottomanischen Reich gibt. Und in der Tat war seit der ersten französischen Revolution jeder Rückschritt auf dem Kontinent gleichbedeutend mit russischem Fortschritt im Osten. Aber Rußland ist im Irrtum, wenn es den jetzigen Zustand Europas mit dessen Lage nach den Kongressen von Laibach und Verona verwechselt. Rußland selbst fürchtet die Revolution, die jedem allgemeinen Krieg auf dem Kontinent folgen muß, weit mehr, als der Sultan den Angriff des Zaren fürchtet. Wenn sich die anderen Mächte gut halten, so wird sich Rußland sicherlich höchst bescheiden zurückziehen. Aber wie dem auch sei, auf alle Fälle haben jene Elemente, die an der Arbeit sind, die Türkei von innen heraus zu desorganisieren, durch sein jüngstes Vorgehen einen mächtigen Anstoß erhalten. Die einzige Frage ist nun: Handelt Rußland aus eigenem freien Impulse, oder ist es bloß der unbewußte, widerstrebende Sklave des modernen Fatums — Revolution? Ich glaube an die letztere Alternative.

Die englische und die französische Flotte. – Die Times. – Rußlands Vergrößerung.

London, 31. Mai 1853 (N. Y. T., 14. Juni 1853).

Admiral Corrys Flotte wurde in der Bucht von Biskaya auf dem Weg nach Malta gesehen, wo sie das Geschwader des Admirals Dundas verstärken soll. Dazu bemerkt der Morning Herald ganz richtig: „Hätte man Admiral Dundas gestattet, sich vor einigen Wochen mit dem fran-

zösischen Geschwader in Salamis zu vereinigen, so wäre die Sachlage jetzt eine ganz andere."

Sollte Rußland, nur um den Schein zu wahren, den Versuch machen, die lächerlichen Demonstrationen Menschikoffs durch wirkliche Kriegsmanöver zu unterstützen, so würden seine beiden ersten Schritte wahrscheinlich in der Wiederbesetzung der Donaufürstentümer und in einem Einfall in die russische Provinz Kars und in den Hafen von Batum bestehen, Territorien, die es sich schon durch den Vertrag von Adrianopel um jeden Preis sichern wollte.

Da der Hafen von Batum der einzige sichere Zufluchtsort für Schiffe im östlichen Teil des Schwarzen Meeres ist, so würde seine Besetzung die Türkei der letzten Schiffsstation im Pontus berauben und aus diesem ein ausschließlich russisches Meer machen. Besäße Rußland neben Kars, dem reichsten und bestkultivierten Teile Armeniens, noch diesen Hafen, so wäre es imstande, den Handel Englands mit Persien über Trapezunt abzuschneiden und sich eine Operationsbasis gegen England wie auch gegen Kleinasien zu schaffen. Wenn England und Frankreich jedoch standhaft bleiben, so wird Nikolaus dort ebensowenig seine Pläne verwirklichen, wie Kaiserin Katharina die ihrigen gegen Aga Mahmed ausführte, als dieser seinen Sklaven befahl, den russischen Gesandten Woinowitsch und seine Gefährten mit Peitschenhieben aus Asterabad zu ihren Schiffen zurückzujagen.

Nirgends erregten die neuesten Nachrichten mehr Bestürzung als im Printing House Square. Als die Times nach dem schrecklichen Schlag wieder ihr Haupt zu erheben wagte, machte sie sich in verzweifelten Ausfällen gegen den elektrischen Telegraphen, diese „ganz unglaubliche" Einrichtung Luft. „Aus diesen lügenhaften Drahtnachrichten", rief sie aus, „dürfen wir keine zuverlässigen Schlüsse ziehen." Nachdem sie so ihre eignen unzuverlässigen Schlußfolgerungen dem elektrischen Draht zur Last gelegt hat, bemüht sich die Times nun auch, wie die Minister im Parlament behaupten, ihre früheren „zuverlässigen" Versprechungen zu verleugnen.

Sie sagt: „Was immer das Schicksal des Ottomanischen Reichs oder vielmehr der mohammedanischen Macht sein wird, die es vier Jahrhunderte lang beherrschte, darüber kann keine Meinungsverschiedenheit unter allen Parteien unseres Landes und Europas bestehen, daß der allmähliche Fortschritt der eingeborenen christlichen Bevölkerung zu Zivilisation und unabhängiger Regierungsform im Interesse der ganzen Welt liegt, und daß man nie zugeben sollte, daß diese Menschenrassen unter

das Joch Rußlands fallen und dessen gigantisches Herrschaftsgebiet noch vergrößern. Wir hegen in diesem Punkt die bestimmte Zuversicht, daß nicht nur die Türkei, sondern ganz Europa solchen Ansprüchen Rußlands Widerstand leisten würde; und daß dieser Geist der Annexions- und Vergrößerungssucht sich nur in seiner wahren Gestalt zu zeigen braucht, um allgemeine Antipathie und unüberwindliche Opposition zu erregen, an der in hohem Grade teilzunehmen die griechischen und slawischen Untertanen der Türkei ihrerseits vorbereitet sind."

Wie kam die arme Times dazu, an die „guten Absichten" Rußlands gegenüber der Türkei und an seine „Antipathie" gegen alle Erweiterungen zu glauben? Rußlands gute Absichten gegenüber der Türkei! Peter I. wollte sich schon auf den Trümmern der Türkei festsetzen. Katharina wendete sich an Frankreich und beredete Österreich, sich an der geplanten Zerstücklung der Türkei und an der Errichtung eines griechischen Reiches in Konstantinopel zu beteiligen, das ihr Enkel regieren sollte, der schon für diese Aufgabe erzogen war und im Hinblick darauf seinen Namen bekommen hatte. Nikolaus, weit bescheidener, verlangt nur das ausschließliche Protektorat über die Türkei. Die Menschheit darf nicht vergessen, daß Rußland der Protektor Polens, der Protektor der Krim, der Protektor Kurlands, der Protektor Georgiens, Mingreliens, der zirkassischen und kaukasischen Stämme gewesen ist! Und nun will es noch der Protektor der Türkei werden! Um Rußlands Antipathie gegen Erweiterungen zu illustrieren, führe ich folgende Daten aus der Zahl der Eroberungen an, die Rußland seit Peter dem Großen gemacht hat. Die russischen Grenzen sind vorgerückt gegen Berlin, Dresden und Wien um etwa 700 Meilen, Konstantinopel um etwa 500, Stockholm um etwa 630, Teheran um etwa 1000 Meilen. Rußlands Eroberungen in Schweden sind an Flächeninhalt größer als das von diesem Königreich noch übriggebliebene Stück; in Polen sind sie fast so groß wie das ganze Österreich; in der Europäischen Türkei größer als ganz Preußen (nicht gerechnet die Rheinprovinz); in der Asiatischen Türkei gerade so groß wie ganz Deutschland; in Persien so groß wie England; in der Tatarei so groß wie die Europäische Türkei, Griechenland, Italien und Spanien zusammengenommen. Die gesamten Eroberungen Rußlands in den letzten sechzig Jahren sind an Ausdehnung und Wichtigkeit dem ganzen Reich ebenbürtig, das es vor dieser Zeit in Europa besaß.

Russischer Schwindel.

London, 7. Juni 1853 (N. Y. T., 22. Juni 1853).

Alle russischen Generale und die anderen Russen, die in Paris leben, haben Order bekommen, unverzüglich nach Rußland zurückzukehren. Herr v. Kisseleff, der russische Botschafter in Paris, führt eine ziemlich drohende Sprache und zeigt ostentativ Briefe aus Petersburg herum, in denen die türkische Frage ziemlich hochfahrend behandelt wird. Aus derselben Quelle stammt auch ein Gerücht, demzufolge Rußland von Persien die Abtretung des Gebiets von Asterabad am Südostende der Kaspischen See verlange. Gleichzeitig depeschieren russische Kaufleute oder sollen an ihre Londoner Agenten depeschiert haben, „daß man in den jetzigen Zeitläufen Getreideverkäufe nicht forcieren solle, da die Preise bei der unmittelbar drohenden Wahrscheinlichkeit eines Krieges voraussichtlich steigen würden“. Endlich ließ man allen Zeitungen vertrauliche Winke darüber zugehen, daß die russischen Truppen an die Grenze marschieren; daß die Bewohner von Jassy schon zu deren Empfang rüsten, daß der russische Konsul in Galatz eine ungeheure Zahl von Baumstämmen aufgekauft habe, um mehrere Brücken über die Donau zu schlagen, und was dergleichen Enten mehr sind, wie sie die Augsburger Zeitung und andere austro-russische Journale so erfolgreich auszubrüten verstehen.

Diese und ein Schock ähnlicher Berichte, Mitteilungen usw. usw. sind nichts als ebenso viele lächerliche Versuche der russischen Agenten, den Westen Europas in gelinden Schrecken zu versetzen und ihn zu einer Fortsetzung jener Erweiterungspolitik zu treiben, unter deren Deckmantel Rußland seine Pläne im Osten wie bisher auszuführen hofft.

Vorige Woche machten mehrere französische Blätter, die notorisch von Rußland bezahlt sind, die Entdeckung, „daß die wirkliche Streitfrage sich weniger um Rußland und die Türkei drehe, als um Petersburg und Moskau, das heißt um den Zaren und die altrussische Partei; es sei für den Selbstherrscher viel weniger gefährlich, Krieg zu führen, als der Rache jener eroberungssüchtigen Partei zu verfallen, die schon so oft gezeigt habe, wie sie mit mißliebigen Monarchen umzugehen wisse“. Fürst Menschikoff ist natürlich das „Haupt dieser Partei“. Die Times und viele englische Blätter verabsäumten nicht, diese lächerliche Behauptung zu wiederholen — die einen im vollen Bewußtsein ihrer Bedeutung, die anderen vielleicht aus unwissender Leichtgläubigkeit. Welche

Schlüsse beabsichtigte man aber, das Publikum aus dieser neuen Offenbarung ziehen zu lassen? Daß Nikolaus, wenn er sich unter Gelächter zurückzieht und seine kriegerische Haltung gegen die Türkei aufgibt, einen Sieg über seine eigenen kriegerischen Altrussen davongetragen hat? Oder daß Nikolaus, wenn er wirklich in den Krieg geht, dies nur deshalb tut, um dem Drängen dieser (mythischen) Partei nachzugeben? Auf alle Fälle „gäbe es bloß einen Sieg Moskaus über Petersburg oder Petersburgs über Moskau“ und folglich keinen Sieg Europas über Rußland.

Was nun diese berüchtigte altrussische Partei betrifft, so weiß ich zufällig von einigen gutinformierten Russen, die selbst aus der Aristokratie sind und mit denen ich in Paris viel verkehrte, daß sie längst gänzlich ausgestorben ist und nur gelegentlich wieder ins Leben zurückgerufen wird, wenn der Zar eines Popanzes bedarf, um die Westeuropäer zu schrecken, daß sie seine anmaßenden Ansprüche schweigend über sich ergehen lassen. Darum läßt man jetzt Menschikoff wieder auferstehen und staffiert ihn entsprechend in dem mythischen altrussischen Stil heraus. Tatsächlich fürchtet der Zar nur eine Partei unter seinen Adligen, und zwar diejenige, deren Ziel die Errichtung eines aristokratisch-konstitutionellen Systems nach dem Muster Englands ist. Außer diesen verschiedenen Gespenstern, die die russische Diplomatie zur Irreführung Englands und Frankreichs heraufbeschwört, macht man noch einen anderen Versuch zu demselben Zwecke: man läßt soeben ein Werk erscheinen, betitelt „Das russische Kaiserreich seit dem Wiener Kongreß“, aus der Feder des Vicomte de Beaumont-Vassy. Um dieses Machwerk zu charakterisieren, genügt ein Satz daraus: „Es ist wohlbekannt, daß in den Kellern der Peter-Pauls-Festung ein Depot von Münzen und Gold- und Silberbarren existiert. Am 1. Januar 1850 wurde dieser verborgene Schatz offiziell auf 99763361 Silberrubel geschätzt.“

Ist es schon jemals jemandem eingefallen, von den verborgenen Schätzen in der Bank von England zu sprechen? Der „verborgene Schatz“ Rußlands ist nichts anderes als die Metallreserve, die hinter einer dreimal stärkeren Zirkulation von einlösbaren Noten steht, ganz abgesehen von dem „verborgenen“ Betrag an nicht einlösbarem Papiergeld, der vom Kaiserlichen Schatzamt ausgegeben wird.

Aber vielleicht kann man dennoch mit Recht von einem „verborgenen“ Schatz sprechen, insofern ihn nie jemand gesehen hat, außer den wenigen

Petersburger Kaufleuten, die die zarische Regierung alljährlich zur Inspektion der Säcke auserwählt, in denen er verborgen ist.

Die demonstrativste Kundgebung Rußlands in dieser Richtung ist jedoch ein im Journal des Débats veröffentlichter Artikel, der von dem alten orleanistischen Weisen St. Marc Girardin gezeichnet ist. Ich zitiere: „Für Europa existieren unseres Erachtens zwei große Gefahren — Rußland, das seine Unabhängigkeit, und die Revolution, die seine soziale Ordnung bedroht. Es kann von der einen Gefahr nur errettet werden, wenn es sich ganz der anderen ausliefert.... Glaubt Europa, daß der Knotenpunkt seiner Unabhängigkeit und insbesondere der Unabhängigkeit des Kontinents in Konstantinopel ist und daß dort diese Frage kühn entschieden werden muß, dann heißt das Krieg gegen Rußland. In diesem Krieg würden Frankreich und England für die Erringung der Unabhängigkeit Europas kämpfen. Was würde Deutschland tun? Wir wissen es nicht. Was wir aber wissen, ist, daß bei der jetzigen Lage Europas Krieg soziale Revolution bedeuten würde."

Selbstverständlich entscheidet sich Herr von St. Marc Girardin zugunsten des Friedens um jeden Preis und gegen die soziale Revolution. Er vergißt dabei jedoch, daß der Kaiser von Rußland mindestens denselben Horror vor der Revolution hat wie er und sein Verleger, Herr Bertin.

Trotz all dieser Einschläferungsmittel, die die russische Diplomatie der englischen Presse und dem englischen Volke einflößt, sah sich der „alte, halsstarrige" Aberdeen gezwungen, Admiral Dundas an die türkische Küste zu schicken, um sich mit der französischen Flotte zu vereinigen. Und die Times, die in den letzten Monaten nur mehr russisch schrieb, scheint wieder eine englische Inspiration empfangen zu haben. Sie nimmt den Mund wieder recht voll.

Die dänische [früher schleswig-holsteinische] Frage beginnt lebhaftes Interesse in England zu erregen, seit nun endlich auch die englische Presse entdeckt hat, daß ihr dasselbe Prinzip des Erweiterungsstrebens Rußlands zugrunde liegt, das auch den Ausgangspunkt der Orientkomplikation bildet. Herr Urquhart, Parlamentsmitglied und allbekannter Bewunderer der Türkei und der orientalischen Einrichtungen, hat eine Flugschrift über die dänische Erbfolge herausgegeben, mit der ich mich in einem der nächsten Briefe beschäftigen will. Das Hauptargument in dieser Schrift besteht in dem Hinweis darauf, daß der Sund für Rußland im

Norden dieselbe Rolle spielen soll wie im Süden die Dardanellen, das heißt, daß es sich seine Oberherrschaft zur See im Baltischen Meer durch ihn geradeso sichern will wie die im Schwarzen Meer durch die Okkupation der Dardanellen.

Türkei und Rußland. – Strafbare Nachsicht des Ministeriums Aberdeen mit Rußland.

London, 21. Juni 1853 (N. Y. T., 8. Juli 1853).

Im Jahre 1828 ließ man es ruhig zu, daß Rußland die Türkei mit Krieg überzog und diesen Krieg mit dem Vertrag von Adrianopel abschloß, durch den die ganze Ostküste des Schwarzen Meers von Anapa im Norden bis Poti im Süden [ausgenommen Zirkassien] und die Inseln an der Donaumündung Rußland zufielen, die Moldau und Walachei de facto von der Türkei losgetrennt und unter Rußlands Herrschaft gestellt wurden. Zufällig war Lord Aberdeen zu dieser Zeit Minister des Auswärtigen in England. 1853 finden wir gerade denselben Aberdeen als Präsidenten des „Kompositionsministeriums" in demselben Lande wieder. Diese einfache Tatsache genügt, um die anmaßende Haltung Rußlands in seinem jetzigen Konflikt mit der Türkei und Europa zu erklären.

Ich sagte schon in einem früheren Brief, daß der Sturm, den die Enthüllungen der Presse über die geheimen Abmachungen zwischen Aberdeen, Clarendon und Baron Brunnow entfachten, sich schwerlich infolge der haarspalterischen, gewundenen und geistlosen Erklärungen der Times vor Donnerstag legen würde. Die Times mußte dann sogar in einem halboffiziellen Artikel zugeben, daß Lord Clarendon in der Tat seine Zustimmung zu den Forderungen gegeben habe, die Rußland im Begriff war, an die Pforte zu stellen, sagte aber, es habe sich herausgestellt, daß die Forderungen, wie man sie in London darstellte, sich wesentlich von denen unterschieden, die tatsächlich in Konstantinopel vorgeschlagen wurden, wenn auch die Papiere, die Baron Brunnow dem englischen Minister mitteilte, angeblich „buchstäbliche Auszüge" aus den Instruktionen sein sollten, die dem Fürsten Menschikoff übergeben worden waren. Am Sonnabend darauf zog jedoch die Times — unzweifelhaft, weil ihr von der russischen Gesandtschaft Vorstellungen gemacht worden waren — ihre Behauptungen zurück und stellte dem Baron Brunnow das Zeugnis

vollkommener „Aufrichtigkeit und Glaubwürdigkeit“ aus. Der Morning Herald von gestern wirft die Frage auf, „ob Rußland nicht etwa dem Baron Brunnow selbst falsche Instruktionen gegeben habe, um den britischen Minister zu täuschen?“ Mittlerweile wurden neue Enthüllungen gemacht, die eine korrupte tägliche Presse dem Publikum geflissentlich vorenthält, und die jede derartige Interpretation ausschließen und die ganze Schuld auf die Schultern des „Kompositionsministeriums“ wälzen. Jedes andere Parlament als das jetzige, das nur ein paralytisches Produkt toter Wählermassen ist, die durch unerhörte Bestechung und Einschüchterung zu künstlichem Leben stimuliert wurden, würde genügenden Grund haben, daraufhin Anklage gegen die Lords Aberdeen und Clarendon zu erheben.

Es ist bewiesen, daß Lord Aberdeen eine Mitteilung erhielt, in der er verständigt wurde, daß die Affäre des Heiligen Grabes nicht die einzige war, die den russischen Fürsten beschäftigte. In dieser Mitteilung ging man auch auf die allgemeine Hauptfrage ein, nämlich die der griechischen Christen in der Türkei, und auf die Haltung, die der Kaiser von Rußland vertragsmäßig ihnen gegenüber einnehme. Alle diese Punkte wurden erörtert und der von Rußland einzuschlagende Kurs ausführlich besprochen — derselbe, der in dem geplanten Übereinkommen vom 6. Mai auseinandergesetzt ist. Lord Clarendon, dem Lord Aberdeen zustimmte, mißbilligte diesen Kurs keineswegs, noch trat er ihm entgegen. Während die Dinge in London so standen, sandte Bonaparte eine Flotte nach Salamis; die öffentliche Meinung übte von außen ihren Druck, die Minister wurden in beiden Häusern interpelliert, Russell verpfändete sein Wort für die Aufrechterhaltung der Integrität und Unabhängigkeit der Türkei, und Fürst Menschikoff warf in Konstantinopel die Maske ab. Es wurde infolgedessen notwendig, daß die Lords Aberdeen und Clarendon die anderen Minister in das Geschehene einweihten, und die Koalition war im Begriff, zu zerfallen, als Lord Palmerston, durch seine Antezedenzien gezwungen, auf die Einschlagung einer ganz entgegengesetzten Politik drängte. Um die Auflösung seines Kabinetts zu verhüten, gab Lord Aberdeen schließlich dem Drängen Palmerstons nach und willigte in die gemeinsame Aktion der englischen und französischen Flotten in den Dardanellen. Um seinen Verpflichtungen gegenüber Rußland nachzukommen, gab aber Lord Aberdeen gleichzeitig in einer vertraulichen Depesche nach St. Petersburg kund, daß er die Okkupation

der Donaufürstentümer durch die Russen nicht als Casus belli betrachte, und die Times bekam Order, die öffentliche Meinung auf diese neue Auslegung internationaler Verträge vorzubereiten. Es wäre ungerecht, wollte man ihr nicht das Zeugnis ausstellen, daß sie sich redlich Mühe gab, schwarz in weiß zu verwandeln. Dieses selbe Blatt, das immerzu behauptet hatte, daß das russische Protektorat über die griechischen Christen der Türkei nicht die geringste politische Bedeutung habe, versicherte nun plötzlich, Moldau und Walachei stünden unter gesonderter Herrschaft und bildeten in Wirklichkeit keinen integrierenden Bestandteil des Türkischen Reichs, ihre Okkupation wäre daher „genau genommen" keine Invasion des Türkischen Reichs, insofern als die Verträge von Bukarest und Adrianopel dem Zaren ein Protektorat über seine Glaubensbrüder in den Donauprovinzen verliehen hätten. Die Konvention von Balta-Liman vom 1. Mai 1849 bestimmt ausdrücklich: „1. Daß die Okkupation dieser Provinzen, wenn sie vorkommen sollte, nur erfolgen dürfe durch die vereinten russischen und türkischen Truppen. 2. Daß den einzigen Rechtfertigungsgrund zu einem solchen Schritt nur schwerwiegende Ereignisse in den Fürstentümern geben sollten."

Da sich nun aber in diesen Fürstentümern überhaupt nichts ereignete und überdies Rußland auch gar nicht die Absicht hat, sie im Verein mit den Türken zu besetzen, sondern gerade im Gegensatz zur Türkei, so meint die Times, die Türkei solle die Okkupation durch Rußland allein erst schweigend dulden und dann in Verhandlungen mit Rußland treten. Sollte aber die Türkei nicht die nötige Gemütsruhe bewahren und die Okkupation als einen Casus belli betrachten, so folgert die Times, daß England und Frankreich das nicht zu tun brauchten. Täten es aber England und Frankreich dennoch, so empfiehlt die Times, recht artig zu sein und in keinem Falle als kriegführende Mächte gegen Rußland, sondern nur als schützende Bundesgenossen der Türkei aufzutreten.

Ich kann dieses feige und gewundene System der Times nicht besser brandmarken, als wenn ich folgende Stelle aus ihrem heutigen Leitartikel zitiere. Er stellt eine unglaubliche Zusammensetzung aus all den Widersprüchen, Ausflüchten, falschen Vorwänden, Besorgnissen und Feigheiten der Lord Aberdeenschen Politik dar:

„Bevor sie zum Äußersten schreitet, kann die Pforte, wenn sie es für nötig hält, gegen die Okkupation der Fürstentümer protestieren und kann

mit Hilfe aller Mächte Europas noch unterhandeln. Es bleibt der türkischen Regierung überlassen, in Übereinstimmung mit den Gesandten der vier Mächte handelnd, diesen wichtigen Punkt zu bestimmen und speziell zu entscheiden, ob die Feindseligkeiten so weit gediehen sind, um nach der Konvention von 1841 fremden Kriegsschiffen die Dardanellen zu eröffnen. Sollte diese Frage bejahend entschieden und die Flotten nach der Meerenge beordert werden, so wird es sich dann erst zeigen, ob wir als vermittelnde oder als kriegführende Mächte dahin kommen; denn angenommen, die Türkei und Rußland bekriegten sich und die fremden Fahrzeuge wären zugelassen, ‚Casus foederis‘ (!), so brauchen sie nicht unbedingt einen kriegerischen Charakter anzunehmen und haben ein viel größeres Interesse daran, sich als vermittelnde Mächte zu behaupten, besonders da sie nicht ausgeschickt sind, Krieg zu führen, sondern ihn zu verhindern. Eine solche Maßregel muß uns nicht mit Notwendigkeit zu Hauptpersonen in dem Streit machen."

Alle die Leitartikel der Times haben nichts genützt. Kein anderes Blatt schloß sich ihr an, keines biß auf den Köder an, und sogar die ministeriellen Zeitungen, Morning Chronicle, Morning Post, Globe und Observer, nehmen einen ganz anderen Standpunkt ein und finden dabei ein lautes Echo jenseits des Kanals, wo nur die legitimistische Assemblée Nationale angeblich keinen Casus belli in der Besetzung der Donaufürstentümer erblickt.

Die Uneinigkeit im Lager des Koalitionsministeriums wurde also dem Publikum durch den lärmenden Zwiespalt seiner Organe verraten. Palmerston nötigte das Kabinett dazu, die Okkupation der Moldau und Walachei als eine Kriegserklärung zu betrachten, und ward darin von den Whigs und den pseudoradikalen Mitgliedern des Koalitionsministeriums unterstützt. Lord Aberdeen, der seine Zustimmung zur gemeinsamen Aktion der französischen und englischen Flotten nur in der Erwartung gegeben hatte, daß Rußland nicht an den Dardanellen, sondern bloß in den Donauprovinzen vorginge, war nun der Hereingefallene. Das Fortbestehen des Ministeriums war wieder in Frage gestellt. Da, als eben Palmerston auf die dringenden Vorstellungen Lord Aberdeens sich anschickte, der widerrechtlichen Okkupation der Fürstentümer durch Rußland zuzustimmen, traf plötzlich eine Depesche aus Paris ein, die Bonapartes Absicht ankündigte, eben diesen Akt als einen Casus belli zu betrachten. Nun erreichte die Verwirrung den höchsten Grad.

Ist diese Darstellung zutreffend, und nach unserer Kenntnis von Lord Aberdeens Vergangenheit ist nicht daran zu zweifeln, so ist das ganze Geheimnis der russisch-türkischen Tragikomödie, die Europa jetzt monatelang beschäftigte, bloßgelegt. Wir begreifen plötzlich, warum Lord Aberdeen die englische Flotte nicht von Malta weiterbewegen wollte. Wir begreifen, warum Oberst Rose für sein energisches Vorgehen in Konstantinopel gerüffelt wurde, begreifen das freche Benehmen des Fürsten Menschikoff und die heldenmütige Festigkeit des Zaren, der, nachdem er die Kriegsmanöver Englands als bloße Farce durchschaut hatte, froh gewesen wäre, durch die ungehinderte Okkupation Moldaus und der Walachei nicht nur den Schauplatz als „Sieger" zu verlassen, sondern auch seine alljährlichen großen Manöver auf Kosten der Untertanen des Sultans abhalten zu können. Sollte der Krieg ausbrechen, so glauben wir, wird es nur deshalb geschehen, weil Rußland zu weit gegangen ist, um sich zurückziehen zu können, ohne an seiner Ehre Schaden zu nehmen; und vor allem glauben wir, daß es sich nur darum so über alle Maßen mutig fühlte, weil es die ganze Zeit auf Englands (sträfliche) Nachsicht rechnete.

In dieser Hinsicht trifft daher folgende Stelle über das Koalitionsministerium aus dem letzten Brief im The Englishman den Nagel auf den Kopf: „Die Koalition wackelt bei jedem Lüftchen, das von den Dardanellen herüberbläst. Die Befürchtungen des guten Aberdeen und die elende Unfähigkeit Clarendons haben Rußland ermutigt und die jetzige Krisis hervorgerufen."

Die letzten Nachrichten aus der Türkei lauten: Der türkische Gesandte in Paris wurde von Konstantinopel aus via Semlin verständigt, daß die Pforte das letzte Ultimatum Rußlands zurückgewiesen hat, wobei sie sich auf das Memorandum stützt, das an die Großmächte geschickt wurde. Der Semaphore von Marseilles berichtet, daß in Smyrna die Nachricht eintraf, zwei türkische Handelsschiffe seien im Schwarzen Meer von den Russen gekapert worden; daß aber andererseits die kaukasischen Stämme einen allgemeinen Feldzug gegen Rußland eröffnet haben, in welchem Schamyl einen glänzenden Sieg erfochten und nicht weniger als dreiundzwanzig Kanonen genommen hätte.

Die russische Politik gegenüber der Türkei.

London, 1. Juli 1853 (N. Y. T., 14. Juli 1853).

Seit dem Jahre 1815 haben die Großmächte Europas nichts so sehr gefürchtet als eine Verletzung des Statusquo. Aber jeder Krieg zwischen irgendwelchen zwei Mächten bringt den Umsturz des Statusquo mit sich. Das ist der Grund, weshalb Rußlands Übergriffe im Osten geduldet wurden und weshalb man von Rußland dafür nie etwas anderes forderte, als daß es den Westmächten einen wenn auch noch so albernen Vorwand bot, neutral zu bleiben und der Notwendigkeit überhoben zu sein, Rußlands Übergriffe zurückzuweisen. Rußland wurde wegen der Geduld und Großmut seines „erhabenen Herrschers" immerzu gepriesen, der sich nicht nur herabließ, die nackte, schmachvolle Unterwürfigkeit der Kabinette des Westens zu decken, sondern auch noch die Großherzigkeit besaß, die Türkei nur Stück für Stück, statt auf einmal zu verschlucken. Die russische Diplomatie beruhte also auf der Feigheit der Staatsmänner des Westens, und ihre diplomatische Kunst ist allmählich so sehr zu einer ausgesprochenen Manier geworden, daß man die Geschichte der jetzigen Transaktionen fast buchstäblich in den Annalen früherer Jahre verfolgen kann.

Wie unredlich es Rußland mit seinen neuesten Vorwänden meint, wird dadurch offenkundig, daß der Sultan in seinem neuen Ferman an den Patriarchen von Konstantinopel in religiösen Dingen sogar mehr zugestand, als der Zar selbst verlangt hatte. War vielleicht die „Pazifizierung Griechenlands" ein stichhaltiger Vorwand? Als Herr de Villèle, um die bösen Vorahnungen des Sultans zu beruhigen und eine Probe der guten Absichten der Großmächte zu geben, vorschlug, daß die Alliierten vor allen Dingen einen Vertrag schließen sollten, durch den dem Ottomanischen Reich sein Statusquo gesichert würde, widersetzte sich der russische Gesandte in Paris diesem Vorschlag aufs äußerste, indem er versicherte, daß Rußland, trotzdem es in *seinen Beziehungen zur Pforte Großmut übe* und den *ungemessensten Respekt* vor den Wünschen seiner Bundesgenossen hege, nichtsdestoweniger genötigt gewesen sei, die Austragung seiner eigenen Differenzen mit dem Diwan sich ausschließlich selbst vorzubehalten; daß eine allgemeine Bürgschaft für das Ottomanische Reich, abgesehen davon, daß sie ungewöhnlich und überraschend wäre, die *Gefühle seines Herrn* und dessen er=

worbene Rechte sowie die Grundsätze, auf denen diese beruhten, verletzen müßte.

Rußland erhebt nun Anspruch darauf, die Donaufürstentümer zu besetzen, ohne der Pforte das Recht zu geben, diesen Schritt als Casus belli zu betrachten.

Rußland verlangte 1827, „Moldau und die Walachei im Namen der drei Mächte zu okkupieren".

Rußland proklamierte in seiner Kriegserklärung am 26. April 1828:

„Meine Alliierten werden mich immer bereit finden, meine Schritte zur Ausführung des Londoner Vertrags mit den ihrigen zu vereinigen; stets werde ich bestrebt sein, an einem Werke mitzuarbeiten, das durch unsere Religion und alle der Menschheit geheiligten Gefühle unserer werktätigen Mithilfe empfohlen wird, und immer werde ich meine jetzige Stellung nur dazu benützen, die Ausführung des Vertrags vom 6. Juli zu beschleunigen." . . .

In seinem Manifest vom 10. Oktober 1829 verkündigte Rußland:

„Rußland hat sich konsequent von jedem Wunsche nach Eroberungen, jedem Verlangen nach Erweiterung ferngehalten."

Der russische Botschafter in Paris schrieb an den Grafen Nesselrode:

„Als das kaiserliche Kabinett die Frage erwog, ob es zweckdienlich sei, gegen die Pforte die Waffen zu erheben, mögen vielleicht Zweifel an der Dringlichkeit dieser Maßregel bestanden haben, besonders in den Augen derjenigen, die nicht genügend über die Wirkungen der blutdürstigen Reformen nachgedacht hatten, die das Oberhaupt des Ottomanischen Reichs soeben mit solch furchtbarer Gewalt durchgeführt hat."

„Der Kaiser hat das türkische System auf die Probe gestellt, und Seine Majestät hat herausgefunden, daß es Anfänge von physischer und moralischer Organisation aufweist, die es bisher nicht besaß. Wenn der Sultan schon jetzt in der Lage war, uns einen entschlosseneren und besser geordneten Widerstand entgegenzusetzen, wo er noch kaum die Grundzüge zu seinen neuen Reformplänen und Verbesserungen geschaffen hatte, wie schrecklich wäre er uns erst gewesen, wenn er Zeit gehabt hätte, alles mehr zu befestigen. Nachdem die Dinge einmal so weit gediehen waren, müssen wir uns glücklich schätzen, daß wir zum Angriff schritten, ehe die Gefahr für uns noch größer wurde; jeder Aufschub hätte unsere damalige Situa-

tion verschlimmert und uns noch größere Hindernisse bereitet als die, mit denen wir ohnehin schon zu kämpfen hatten."

Rußland schlägt nun vor, zuerst zum Angriff vorzugehen, aber erst nachher darüber zu reden.

1829 schrieb Fürst Lieven an den Grafen Nesselrode: „Wir werden uns nur auf Allgemeinheiten beschränken, denn jede ausführliche Mitteilung über einen so heikeln Gegenstand könnte wirkliche Gefahren heraufbeschwören; und wenn wir einmal mit unseren Alliierten die Artikel des Vertrags mit der Pforte erörtern, so werden wir sie nur dadurch zufriedenstellen, wenn wir ihnen die Einbildung lassen, daß sie uns unersetzliche Opfer auferlegt haben. Nur in unserem eigenen Lager darf der Friede unterzeichnet werden, und erst wenn er geschlossen ist, darf Europa die Bedingungen erfahren. Zum Widerspruch wird es dann zu spät sein, und es wird sich dann geduldig in das fügen, was es nicht mehr hindern kann."

Rußland hat nun mehrere Monate lang unter allen möglichen Vorwänden jede Aktion verzögert, um die Dinge in einem Zustand zu erhalten, der, da er weder Krieg noch Frieden ist, für Rußland erträglich, für die Türkei aber verderblich ist. Genau so handelte Rußland zu jener Zeit, auf die wir vorhin anspielten. Pozzo di Borgo äußerte sich darüber folgendermaßen: „Unsere Politik besteht darin, darauf zu sehen, daß in den nächsten vier Monaten nichts geschieht, und ich hoffe, wir führen sie durch, denn die Menschen ziehen es im allgemeinen vor, abzuwarten; der fünfte aber muß reich an Ereignissen werden."

Nachdem der Zar die türkische Regierung mit den größten Beleidigungen überhäuft hat, und trotzdem er ihr jetzt gewaltsam die demütigendsten Bedingungen aufzwingen will, macht er doch groß Wesens aus seiner „Freundschaft für den Sultan Abd ul Medschid" und seiner Besorgtheit, „das türkische Kaiserreich zu erhalten". Auf den Sultan wirft er die „Verantwortlichkeit" dafür, daß jener sich seinen „gerechten Forderungen" widersetzt, „seine Freundschaft und seine Gefühle fortgesetzt verletzt", seine „Note" zurückgewiesen und sein „Protektorat" abgelehnt habe.

Als Pozzo di Borgo im Jahre 1828 von Karl X. befragt wurde, warum die Russen in dem damaligen Feldzug so schlechte Erfolge aufzuweisen hatten, antwortete er: Der Kaiser, der den Krieg ohne zwingende Notwendigkeit nicht bis zum äußersten hätte führen wollen, hätte

gehofft, der Sultan werde sich an dieser Großmut ein Beispiel nehmen; dieses Experiment sei nun aber fehlgeschlagen.

Kurz bevor Rußland in die jetzigen Differenzen mit der Pforte geriet, hatte es versucht, in der Frage der politischen Flüchtlinge eine gemeinsame Koalition aller Kontinentalmächte gegen England zustande zu bringen, und als ihm das mißlang, versuchte es, sich mit England gegen Frankreich zu verbünden.

In ähnlicher Weise schüchterte es in den Jahren 1826 bis 1828 Österreich mit den „ehrgeizigen Plänen Preußens" ein, indem es gleichzeitig alles tat, was in seiner Macht stand, um Preußens Macht und Ansprüche zu steigern, so daß es in den Stand gesetzt würde, Österreich die Wage zu halten. In seinem jetzigen Rundschreiben bezeichnet es Bonaparte wegen seiner Ansprüche auf die heiligen Stätten als den einzigen Friedensstörer. Damals aber schrieb Rußland, wie Pozzo di Borgo erzählt, „alle Machenschaften in ganz Europa dem Einfluß des Fürsten Metternich zu und wollte dem Herzog von Wellington selbst begreiflich machen, daß die Unterwerfung unter das Wiener Kabinett seinen Einfluß allen anderen gegenüber schmälern würde; und es wollte den Dingen eine solche Wendung geben, daß es scheinen sollte, als wäre es nicht mehr Rußland, das Frankreich mit England in Konflikt bringen wollte, sondern als wäre es England, das Frankreich zurückstieß, um sich mit dem Wiener Kabinett zu vereinigen."

Rußland würde sich also jetzt einer großen Demütigung aussetzen, wenn es sich zurückzöge. Genau so war seine Situation nach dem ersten erfolglosen Feldzug von 1828. Was war nun damals sein vornehmstes Ziel? Lassen wir seine Diplomaten antworten:

„Ein zweiter Feldzug ist unerläßlich, um die zum Erfolg der Verhandlungen notwendige Superiorität zu erlangen. Wenn diese Verhandlungen stattfinden, so müssen wir in der Lage sein, die Bedingungen rasch und energisch zu diktieren.... Seine Majestät würde sich herbeilassen, um so weniger zu fordern, je mehr Macht man ihm einräumte. Diese Superiorität zu erlangen, muß meiner Meinung nach das Ziel aller unserer Anstrengungen sein. Diese Superiorität ist zur Lebensbedingung unserer politischen Existenz geworden, die wir in den Augen der Welt befestigen und aufrechterhalten müssen."

Aber fürchtet Rußland nicht die gemeinsame Aktion Frankreichs und Englands? Sicherlich. In den unter Louis Philipp veröffentlichten ge-

heimen Aufzeichnungen über die Mittel, die Rußland besitzt, um das Bündnis zwischen Frankreich und England zu zerstören, findet sich nachstehende Stelle: „Im Falle eines Krieges, in dem Frankreich mit England zusammenginge, gibt sich Rußland keiner Hoffnung auf Erfolg hin, es sei denn, dieses Bündnis würde auseinandergehen, so daß zum mindesten England einwilligte, während eines kontinentalen Konflikts neutral zu bleiben."

Die Frage ist: Glaubt Rußland an eine gemeinsame Aktion Englands und Frankreichs? Wir wollen nochmals Pozzo di Borgos Depeschen zitieren: „Von dem Moment an, wo die Idee von dem Untergang des Türkischen Reiches die Gemüter nicht mehr beschäftigt, ist es nicht wahrscheinlich, daß die englische Regierung einen allgemeinen Krieg riskieren würde, um dem Sultan die Bewilligung dieser oder jener Bedingung zu ersparen, besonders bei dem Stand der Dinge zu Beginn des nahenden Feldzugs, wo alles noch unbestimmt und ungewiß sein wird. Diese Erwägungen würden die Annahme gestatten, daß wir keine Ursache haben, einen offenen Bruch mit Großbritannien zu fürchten; dieses wird sich damit begnügen, der Pforte zu raten, um Frieden zu bitten, und soweit als tunlich seine guten Dienste während der Verhandlungen zur Verfügung zu stellen, wenn solche stattfinden sollten; sollte der Sultan sich weigern oder wir auf unserem Willen bestehen, so wird England nichts weiter tun."

Wie Nesselrode von dem „guten" Aberdeen, dem Minister von 1828 und 1853 denkt, mag man am besten aus folgender Depesche des Fürsten Lieven ersehen: „Lord Aberdeen wiederholte bei unserer Zusammenkunft die Versicherung, daß es England niemals eingefallen sei, mit Rußland Streit zu suchen; er fürchte, man verstehe die Haltung der englischen Minister in St. Petersburg nicht, er selbst sei in einer sehr heikeln Position. Die öffentliche Meinung habe immer die Tendenz, sich gegen Rußland zu erregen. Die britische Regierung könne ihr nicht unausgesetzt Trotz bieten; und es wäre gefährlich, sie gerade in solchen Fragen herauszufordern, die so eng mit den nationalen Vorurteilen verknüpft seien. Andererseits aber könne Rußland mit dem vollsten Vertrauen auf die freundlichen Gefühle des englischen Ministeriums zählen, das gegen diese Vorurteile ankämpfe."

Was uns bei der Note des Grafen Nesselrode vom 11. Juni am meisten in Erstaunen versetzt, ist nicht „die unverschämte Mischung aus

Zusicherungen, die durch die Tat Lügen gestraft werden, und aus Drohungen, die sich hinter Ableugnungen verstecken", sondern es ist die Art des Empfangs, die Europa zum ersten Male einer russischen diplomatischen Note zuteil werden läßt. Statt der gewohnten Bewunderung und Ehrfurcht hat dieses Mal der Westen, der über die Vergangenheit errötete, dieser unverschämten Mischung von Anmaßung, Durchtriebenheit und wahrhafter Barbarei ein verächtliches Lachen gezollt. Und doch war Nesselrodes Rundschreiben und das Ultimatissimum vom 16. Juni nicht um ein Haar schlimmer als die so vielbewunderten Meisterwerke des Pozzo di Borgo und des Fürsten Lieven. Graf Nesselrode war damals, was er heute ist, das diplomatische Haupt Rußlands.

Es gibt eine drollige Geschichte von zwei persischen Naturforschern, die einen Bären untersuchten; der eine, der noch niemals vorher solch ein Tier gesehen, fragte, ob es lebendige Junge würfe oder Eier lege. Der andere, der besser informiert war, erwiderte: „Dieses Tier ist zu allem fähig." Gewiß, auch der russische Bär ist zu allem fähig, besonders solange er weiß, daß die anderen Tiere, mit denen er zu tun hat, zu nichts fähig sind.

En passant möchte ich noch den offenkundigen Sieg erwähnen, den Rußland in Dänemark eben errang, wo die königliche Botschaft mit einer Majorität von 119 zu 28 Stimmen durchging. Sie folgt hier im Wortlaut: „In Übereinstimmung mit dem vierten Paragraphen der Konstitution, datiert vom 5. Juni 1849, gibt das vereinigte Parlament seinerseits seine Zustimmung zu Seiner Majestät Anordnung der Erbfolge der ganzen dänischen Monarchie in Gemäßheit der königlichen Botschaft hinsichtlich der Erbfolge vom 4. Oktober 1852, erneuert am 13. Juni 1853."

Russisch-türkische Schwierigkeiten. – Ducken und Bücken des britischen Kabinetts. – Nesselrodes letzte Note.

London, 12. Juli 1853 (N. Y. T., 25. Juli 1853).

Die parlamentarische Farce vom letzten Donnerstag wurde am Freitag, den 8. dieses Monats, fortgesetzt und zu Ende geführt. Lord Palmerston verlangt nicht nur, daß Herr Layard seinen Antrag bis Montag vertage, sondern daß er ihn ganz zurückziehe. „Dem Montag sollte es so wie dem Freitag ergehen." Herr Bright ergriff die Gelegenheit, Lord

Aberdeen zu seiner vorsichtigen Politik zu gratulieren und ihn im allgemeinen seines unbedingten Vertrauens zu versichern.

Der Morning Advertiser bemerkt hierzu: „Wenn das Kabinett die Friedensgesellschaft selber wäre, so hätte es nicht mehr tun können, als der gute Aberdeen tat, um Rußland zu ermutigen, Frankreich zu entmutigen, die Türkei zu gefährden und England zu diskreditieren. Herrn Brights Rede sollte eine Art Manifest von Manchester zugunsten der Furchtsamen im Kabinett bedeuten." Die Bemühungen der Minister, die beabsichtigte Interpellation Layards aus der Welt zu schaffen, entsprangen der wohlbegründeten Furcht, die inneren Zwistigkeiten im Kabinett dem Publikum nicht länger verheimlichen zu können. Die Türkei muß in Stücke zerfallen, damit die Koalition beisammen bleibt. Außer Lord Aberdeen sind noch die Minister Lord Clarendon, der Herzog von Argyle, Lord Granville, Herr Sidney Herbert, Herr Cardwell und der „radikale" Herr William Molesworth den russischen Ränken günstig gesinnt. Lord Aberdeen soll schon mit seiner Entlassung gedroht haben. Die „starke" Partei Palmerstons (civis Romanus sum) bedurfte nur eines solchen Vorwands, um nachzugeben. Man beschloß, an die Höfe von Konstantinopel und St. Petersburg eine gleichlautende Darstellung zu schicken, in der empfohlen wurde, „daß die vom Zaren für die griechischen Christen verlangten Privilegien auch allen anderen Christen in den türkischen Reichen zugesichert werden sollten, und zwar durch einen Garantievertrag, dessen Teilhaber die Großmächte sein sollten". Genau denselben Vorschlag hatte man jedoch dem Fürsten Menschikoff schon am Abend vor seiner Abreise von Konstantinopel gemacht, und er war, wie jedermann weiß, ohne Erfolg geblieben. Es ist daher geradezu lächerlich, von einer Wiederholung irgendein Resultat zu erwarten, um so mehr, als es jetzt zweifellos ist, daß die Großmächte, das heißt Österreich und Preußen, sich Rußlands ausdrücklichem Wunsche nach einem Vertrag nicht mehr entgegenstellen. Graf Buol, der österreichische Premierminister, ist der Schwager des Barons von Meyendorf, des russischen Gesandten, und handelt in vollkommener Übereinstimmung mit Rußland. An demselben Tage, wo die beiden Koalitionsparteien, die schläfrige und die „starke", die oben erwähnte Resolution faßten, veröffentlichte die Patrie folgendes: „Der neue österreichische Botschafter in Konstantinopel, Herr v. Bruck, debütierte damit, von der Pforte die Bezahlung von fünf Millionen Piaster als Indemnität und ihre Einwilligung zur Auslieferung der Häfen Klek

und Suttorina zu verlangen. Diese Forderung wurde als eine Unterstützung Rußlands angesehen."

Das ist nicht die einzige Unterstützung, die Österreich den russischen Interessen in Konstantinopel angedeihen läßt. Man erinnert sich aus dem Jahre 1848, daß die Fürsten immer für ein „Mißverständnis" sorgten, wenn sie auf ihr Volk schießen wollten. Der Türkei gegenüber wird jetzt derselbe Kunstgriff angewendet. Der österreichische Konsul in Smyrna veranlaßte, daß ein Ungar aus einem englischen Kaffeehause gewaltsam an Bord eines österreichischen Fahrzeugs geschleppt wurde, und als die Flüchtlinge diese Vergewaltigung damit beantworteten, daß sie einen österreichischen Offizier töteten und einen anderen verwundeten, verlangte Herr v. Bruck binnen vierundzwanzig Stunden Satisfaktion von der Pforte. Gleichzeitig mit dieser Nachricht gibt die Morning Post vom Sonnabend ein Gerücht wieder, wonach die Österreicher in Bosnien einmarschiert seien. Als die Koalitionsminister gestern in den Sitzungen beider Häuser nach der Glaubwürdigkeit dieses Gerüchts befragt wurden, waren sie selbstverständlich „noch nicht informiert". Russell allein wagte die Vermutung, daß das Gerücht vielleicht bloß auf die Tatsache zurückzuführen sei, daß die Österreicher Truppen in Peterwardein zusammengezogen hätten. So erfüllt sich die Prophezeiung des Herrn v. Tatistscheff aus dem Jahre 1828, daß Österreich, sobald die Dinge erst zur Entscheidung kämen, gierig nach seinem Anteil an der Beute haschen würde.

Eine vom 26. vorigen Monats datierte Depesche aus Konstantinopel besagt: „Da sich Gerüchte verbreiteten, daß die ganze russische Flotte Sebastopol verlassen habe und nach dem Bosporus steure, hat der Sultan bei den Gesandten von Frankreich und England angefragt, ob die vereinigten Flotten bereit seien, die Dardanellen zu passieren, falls die Russen vor dem Bosporus demonstrieren sollten. Beide antworteten bejahend. Ein türkischer Dampfer, der englische und französische Offiziere an Bord hat, wurde eben vom Bosporus nach dem Schwarzen Meer zur Rekognoszierung ausgesendet."

Das erste, was die Russen nach ihrem Einmarsch in die Fürstentümer taten, war das Verbot der Veröffentlichung des vom Sultan erlassenen Fermans, der die Privilegien der Christen aller Art bestätigte, und die Unterdrückung einer deutschen, in Bukarest erscheinenden Zeitung, die es gewagt hatte, einen Artikel über die Orientfrage zu veröffent-

lichen. Zugleich erpreßten sie von der türkischen Regierung die erste Jahresrente, die bei ihrer früheren Okkupation der Moldau und Walachei 1848 bis 1849 festgesetzt worden war. Seit 1828 hat das russische Protektorat die Fürstentümer 150 Millionen Piaster gekostet, außer den ungeheuren Verlusten, die durch Plünderung und Verwüstung verursacht wurden. England trug die Kosten der Kriege Rußlands gegen Frankreich, Frankreich die seines Krieges gegen Persien, Persien die seines Krieges gegen die Türkei, die Türkei und England die seines Krieges gegen Polen; Ungarn und die Fürstentümer müssen nun seinen Krieg gegen die Türkei bezahlen.

Das wichtigste Tagesereignis ist das neue Rundschreiben des Grafen Nesselrode, datiert aus St. Petersburg, 20. Juni 1853. Er erklärt darin, daß die russischen Armeen die Fürstentümer nicht eher räumen werden, als bis der Sultan allen Forderungen des Zaren nachgegeben hätte und die englischen und französischen Flotten die türkischen Gewässer verlassen haben würden. Diese Note liest sich wie eine direkte Verspottung Englands und Frankreichs. Sie lautet: „Die maritime Position, die die beiden Seemächte in den Häfen und Gewässern des Reiches, im Angesicht der Hauptstadt selbst, eingenommen haben, berechtigt uns außerdem, das Gleichgewicht der gegenseitigen Situation durch Besetzung einer militärischen Position wiederherzustellen.“

Man beachte, daß die Besikabai 150 Meilen von Konstantinopel entfernt ist. Der Zar beansprucht für sich das Recht, türkisches Territorium zu besetzen, verbietet aber England und Frankreich, neutrale Gewässer ohne seine besondere Erlaubnis zu okkupieren. Er ist selber voll des Lobes über seine großmütige Duldung, mit der er der Pforte freie Wahl ließ, unter welcher Form sie auf ihre Oberherrschaft verzichten wolle, „ob durch Übereinkommen, durch einen anderen gegenseitig verpflichtenden Vertrag oder sogar nur durch die Unterzeichnung einer einfachen Note“. Er ist überzeugt, daß das „unparteiische Europa“ begreifen müsse, daß der Vertrag von Kainardschi, der Rußland das Recht gibt, eine einzige griechische Kapelle in Stambul zu beschützen, es eo ipso zum Rom des Orients macht. Er bedauert, daß der Westen den harmlosen Charakter eines russischen religiösen Protektorats nicht verstehe, und belegt seine Beflissenheit, die Unverletzlichkeit der Türkei zu erhalten, mit historischen Tatsachen. „Welch bescheidenen Gebrauch hat er zum Beispiel 1829 von dem Siege bei Adrianopel gemacht“, wo ihn nur

der jämmerliche Zustand seiner Armee und die Drohung des englischen Admirals, mit oder ohne Erlaubnis jeden Küstenplatz am Schwarzen Meer zu bombardieren, daran hinderte, unbescheiden zu sein, und wo er alles, was er erreichte, nur der „Langmut" der westlichen Kabinette und der perfiden Zerstörung der türkischen Flotte bei Navarino zu verdanken hatte. „1833 sei er der einzige in Europa gewesen, der die Türkei vor der unvermeidlichen Zerstücklung rettete." 1833 schloß der Zar in dem berüchtigten Vertrag von Unkiar Skelessi ein Defensivbündnis mit der Türkei, das fremden Flotten verbot, sich Konstantinopel zu nähern, und das die Türkei nur vor der Zerstücklung rettete, damit sie Rußland ganz erhalten bliebe. „1840 ergriff er den anderen Mächten gegenüber die Initiative bei den Vorschlägen, die, gemeinsam ausgeführt, verhindern sollten, daß der Sultan seinen Thron einem neuen arabischen Reiche weichen sehen müßte." Das heißt, 1840 ließ er die anderen Mächte die Initiative zur Zerstörung der ägyptischen Flotte ergreifen und veranlaßte, daß der einzige Mann zur Ohnmacht verdammt wurde, der die Türkei zu einer Lebensgefahr für Rußland hätte gestalten können und einen „herausgeputzten Turban" in einen wirklichen Kopf verwandelt hätte. „Das grundlegende Prinzip der Politik unseres erhabenen Herrschers war stets, so lange als möglich den Statusquo im Osten aufrechtzuerhalten." Das ist richtig. Der Zar hat eifrig dafür gesorgt, daß die Zersetzung des Türkischen Staates sich ausschließlich unter russischer Vormundschaft vollziehe.

Ein höhnischeres Schriftstück ist wohl bis zum heutigen Tage noch nie den Westmächten vom Osten her ins Gesicht geschleudert worden. Sein Verfasser ist eben Nesselrode, dessen Namen nicht umsonst zugleich Nessel und Zuchtrute bedeutet.

Fürwahr, es ist ein Dokument dafür, daß Europa sich unter der Zuchtrute der Konterrevolution beugt. Die Revolutionäre können dem Zaren zu diesem Meisterwerk gratulieren. Europas Niederlage ist nicht nur ein einfacher Rückzug, nein, es muß sich auch noch unter das Kaudinische Joch beugen. Aber während die englische Königin in diesem Augenblick russische Fürstinnen feiert, während die aufgeklärte englische Bourgeoisie und Aristokratie demütig zu Füßen des barbarischen Autokraten liegt, protestiert allein das englische Proletariat gegen die Unfähigkeit und die Degradation der herrschenden Klassen. Am 7. Juli hielt die Manchesterschule eine große Friedensversammlung in der Odd-

Fellows-Hall-Loge in Halifax ab. Großley, der Abgeordnete von Halifax, und all die anderen „großen Männer" der Schule waren speziell zu dieser Versammlung aus der „Stadt" herbeigeeilt. Der Saal war überfüllt, und viele Tausende konnten keinen Einlaß finden. Ernest Jones (dessen Agitation in den Fabrikbezirken prächtige Fortschritte macht, wie man aus der großen Zahl der chartistischen Petitionen im Parlament und aus den Angriffen der provinzialen Mittelstandspresse entnehmen kann) war gerade in Durham. Die Chartisten von Halifax, wo er schon zweimal vorgeschlagen und durch Händeaufheben zum Kandidaten fürs Unterhaus ernannt worden ist, riefen ihn telegraphisch herbei, und er erschien gerade noch rechtzeitig in der Versammlung. Die Herren von der Manchesterschule glaubten sich schon ihres Sieges sicher und hofften, eine Resolution durchzubringen, die ihrem guten Aberdeen die Unterstützung der Fabrikbezirke zusichern sollte, als Ernest Jones sich erhob und eine Resolution einbrachte, die das Volk zum Krieg aufrief und in der er erklärte, der Friede sei ein Verbrechen, solange er nicht mit der Freiheit Hand in Hand ginge. Eine heftige Diskussion fand statt, aber die Resolution von Ernest Jones siegte mit ungeheurer Majorität.

Rußland und die Westmächte.

London, 19. Juli 1853 (N. Y. T., 5. August 1853).

Der Zar hat nicht nur schon angefangen, Krieg zu führen, nein, er hat sogar seinen ersten Feldzug schon beendigt.

Die Operationslinie befindet sich nicht mehr hinter dem Pruth, sondern längs der Donau. Was treiben nun inzwischen die Westmächte? Sie beraten, das heißt sie zwingen den Sultan, den Krieg als Frieden zu betrachten. Sie beantworten die Taten des Autokraten nicht mit Kanonen, sondern mit Noten. Der Zar wird bestürmt, aber nicht von den zwei Flotten, sondern mit nicht weniger als vier Vorschlägen zu Unterhandlungen: einer geht vom englischen, der andere vom französischen Kabinett aus, den dritten präsentiert ihm Österreich und der vierte wird ihm vom „Schwager" in Potsdam vorgetragen. Man hofft, daß der Zar aus diesem embarras de richesse sich gnädigst das für seine Zwecke am besten Passende heraussuchen wird. Die (zweite) Antwort des Mr. Drouyn de Lhuys auf die (zweite) Note des Grafen Nesselrode gibt sich unendliche Mühe, zu beweisen, „daß es nicht England und Frankreich waren, die

die erste Demonstration machten". Wie man den Hunden Knochen zuwirft, so wirft Rußland den westlichen Diplomaten wohl nur deshalb so viele Noten zu, damit sie eine unschuldige Unterhaltung haben, während es den Vorteil genießt, dadurch mehr Zeit zu gewinnen. England und Frankreich beißen natürlich auf den Köder an. Und als ob der bloße Empfang einer solchen Note nicht schon eine genügende Degradation bedeutete, so wird sie auch noch im Journal de l'Empire mit einem recht versöhnlichen Kommentar versehen in einem Artikel, den zwar Herr de la Guéronnière gezeichnet, der Kaiser aber inspiriert und revidiert hat. Dieser Artikel „läßt Rußland die Wahl, ob es lieber auf dem rechten oder auf dem linken Ufer des Pruth verhandeln will". Die zweite Note des Grafen Nesselrode wird darin tatsächlich in einen „Versöhnungsversuch" umgewandelt. Und zwar wird dies folgendermaßen stilisiert: „Graf Nesselrode spricht jetzt nur von moralischen Garantien und kündigt an, daß diese nur provisorisch durch materielle Garantien ersetzt werden sollen, er verlangt also direkt Unterhandlungen. Solange das der Fall sei, könne man unmöglich die diplomatische Aktion als erschöpft betrachten."

Die Assemblée Nationale, der russische Moniteur von Paris, gratuliert dem Journal de l'Empire ironisch zu seiner wenn auch sehr verspäteten Entdeckung und bedauert nur, daß so viel Lärm um nichts gemacht worden sei.

Die englische Presse hat die Fassung vollständig verloren. „Der Zar begreift gar nicht, wie artig ihm die Westmächte eigentlich entgegengekommen sind. . . . Er ist eines höflichen Betragens in seinen Verhandlungen mit den anderen Mächten gar nicht fähig," sagt der Morning Advertiser. Und die Morning Post ist außer sich, weil der Zar sich so wenig um die inneren Schwierigkeiten seiner Widersacher kümmere: „Es sei unerhört unvorsichtig, nur aus Leichtfertigkeit und Frechheit Forderungen zu stellen, die durchaus nicht dringlicher Natur seien, und dabei ganz außer acht zu lassen, wie erregt die Gemüter in Europa seien."

Der Schreiber der Geldmarktartikel im The Economist hat herausgefunden, „daß die Menschheit jetzt zu ihrem eigenen Schaden entdecke, wie nachteilig es sei, wenn die geheimsten Angelegenheiten der Welt (das heißt der Börse) von den tollen Einfällen eines einzigen Menschen abhingen".

Und doch konnte man 1848 und 1849 die Büste des russischen Kaisers dicht neben dem goldenen Kalb selber sehen.

Mittlerweile wird die Lage des Sultans von Stunde zu Stunde schwieriger und verwickelter. Seine finanziellen Verlegenheiten nehmen um so mehr zu, als er alle Lasten des Krieges trägt, ohne irgend etwas von dessen Vorteilen einzuheimsen. Die allgemeine Volksgunst wendet sich gegen ihn, da man sie nicht gegen den Zaren aufruft. Der Fanatismus der Muselmänner bedroht ihn mit Palastrevolutionen, während ihn der Fanatismus der Griechen mit Volkserhebungen bedroht. Die heutigen Zeitungen enthalten Berichte von einer Verschwörung, die muselmännische Studenten von der alttürkischen Partei gegen das Leben des Sultans anzettelten, da sie lieber Abd ul Asis auf dem Thron sehen wollen.

Gestern forderten die Lords Beaumont und Malmesbury im Oberhaus von Lord Clarendon, daß er sich jetzt über seine Absichten äußern solle, nachdem der Kaiser von Frankreich nicht gezögert habe, die seinigen kund zu tun. Lord Clarendon bestätigte jedoch nur kurz den Empfang der Note des Herrn Drouyn de Lhuys und verschanzte sich im übrigen hinter dem Versprechen, daß er dem Hause bald weitgehende Informationen geben wolle. Auf die Frage, ob es wahr sei, daß die Russen auch die Zivilverwaltung und die Postanstalten der von ihnen militärisch okkupierten Donaufürstentümer an sich gerissen hätten, blieb Lord Clarendon natürlich „stumm“. „Er könne dies nicht glauben nach der Proklamation des Fürsten Gortschakoff.“ Lord Beaumont meinte, er scheine allerdings sehr sanguinisch zu sein.

Sir J. Walmsley erkundigte sich im Unterhaus nach den letzten Unruhen in Smyrna. Lord John Russell antwortete, er habe allerdings von der gewaltsamen Entführung eines ungarischen Flüchtlings durch den österreichischen Konsul gehört, davon, daß Österreich die Auslieferung aller ungarischen und italienischen Flüchtlinge verlangt hätte, sei ihm jedoch absolut nichts bekannt. Lord John behandelt Interpellationen auf eine scherzhafte, amüsante Art und so, wie es ihm am bequemsten ist. Offizielle Informationen bekommt er niemals, und niemals liest er in den Zeitungen das, was er sollte oder was man von ihm erwarten könnte. Die Kölnische Zeitung bringt in einem aus Wien, 11. Juli datierten Schreiben folgenden Bericht über die Smyrnaer Affäre:

„Shekib-Efendi wurde nach Smyrna gesendet, um eine Untersuchung gegen die Urheber des Aufstandes einzuleiten, in dem Baron Hackelberg umkam. Shekib hatte auch Order bekommen, an Österreich die Flüchtlinge

von österreichischer oder toskanischer Herkunft auszuliefern. Mr. Brown, der Geschäftsträger der Vereinigten Staaten, hat darüber Verhandlungen mit Reschid-Pascha gepflogen, deren Resultat noch nicht bekannt ist. Ich höre soeben, daß der Mörder des Grafen Hackelberg vom amerikanischen Konsul in Smyrna einen Paß erhielt, der ihn außerhalb des Bereichs der türkischen Autoritäten setzt. Diese Tatsache beweist, daß die Vereinigten Staaten beabsichtigen, sich in die europäischen Angelegenheiten einzumischen. Auch weiß man bestimmt, daß drei amerikanische Kriegsschiffe bei der türkischen Flotte im Bosporus sind, und daß ferner die amerikanische Fregatte Cumberland der türkischen Regierung 80 Millionen Piaster überbrachte."

Was immer an diesen oder ähnlichen Gerüchten wahr sein mag, eines beweisen sie doch, daß man nämlich überall die Intervention Amerikas erwartet, und daß sie sogar von einem Teil des englischen Publikums mit günstigen Blicken betrachtet wird. Das Verhalten des amerikanischen Kapitäns und Konsuls wird in öffentlichen Versammlungen mit großem Beifall begrüßt, und im Advertiser von gestern beschwört ein „Engländer" das Sternenbanner, im Mittelmeer zu erscheinen und „den schmierigen alten Union Jack" — die britische Reichsflagge — so zu beschämen, daß er sich zu irgendeiner Tat aufraffe.

Fassen wir also die Orientfrage kurz. Der Zar, unzufrieden und ärgerlich darüber, daß sein ganzes ungeheures Reich auf einen einzigen Exporthafen angewiesen ist, der noch dazu an einem Meer liegt, das während einer Hälfte des Jahres unfahrbar und während der anderen Hälfte den Engländern zugänglich ist, verfolgt den Plan seiner Vorfahren, Zutritt zum Mittelmeer zu bekommen. Eins nach dem anderen trennt er die entferntesten Glieder des Ottomanischen Reiches vom Körper ab, bis endlich Konstantinopel, das Herz zu schlagen aufhören muß. So oft er seine Absichten auf die Türkei durch die scheinbare Befestigung der türkischen Regierung oder durch die noch gefährlicheren Symptome der Selbstbefreiung unter den Slawen gefährdet sieht, wiederholt er seine periodischen Einfälle. Auf die Feigheit und Furchtsamkeit der Westmächte zählend, schüchtert er Europa ein und schraubt seine Forderungen so hoch als möglich hinauf, um nachher großartig zu erscheinen, wenn er sich mit dem zufrieden gibt, was er eigentlich unmittelbar erreichen wollte.

Die Westmächte andererseits, unbeständig, kleinmütig, sich stets gegenseitig mißtrauend, ermutigen im Anfang stets den Sultan, sich dem

Zaren, dessen Übergriffe sie fürchten, zu widersetzen, um ihn am Ende zum Nachgeben zu zwingen aus Furcht vor einem allgemeinen Krieg, der zu einer allgemeinen Revolution führen könnte. Zu schwach und zu feig, den Wiederaufbau der Europäischen Türkei durch die Errichtung eines griechischen Reichs oder durch eine föderale Republik der slawischen Staaten zu unternehmen, ist ihr ganzes Bestreben nur auf die Aufrechterhaltung des Statusquo gerichtet, das heißt jenes Stadiums der Verwesung, das dem Sultan verbietet, sich vom Zaren, und den Slawen verbietet, sich vom Sultan zu emanzipieren.

Die revolutionäre Partei kann sich zu diesem Stand der Dinge nur gratulieren. Die Demütigung der reaktionären westlichen Regierungen und ihre offenbare Unfähigkeit, die Interessen der europäischen Zivilisation gegen russische Übergriffe zu schützen, müssen unbedingt einen heilsamen Unwillen in den Völkern erzeugen, die seit 1849 sich unter die Herrschaft der Konterrevolution beugen mußten. Auch die nahende industrielle Krisis wird durch diese halbasiatischen Wirren ebensosehr beeinflußt und beschleunigt wie durch die ganz asiatischen Wirren in China. Während die Kornpreise steigen, stocken die Geschäfte im allgemeinen, gleichzeitig wird der Wechselkurs für England ungünstig, und das Gold beginnt nach dem Kontinent abzufließen. Zwischen dem 9. Juni und dem 14. Juli ist der Goldvorrat in der Bank von England um 2220000 Pfund Sterling gefallen, also um mehr, als die ganze Zunahme während der letzten drei Monate betrug.

Die herkömmliche Politik Rußlands.

London, 29. Juli 1853 (N. Y. T., 12. August 1853).

Nun ist die letzte der Konstitutionen vom Jahre 1848 durch den Staatsstreich des Königs von Dänemark über den Haufen geworfen worden. Das Land hat eine russische Konstitution bekommen und ist durch die Abschaffung der Lex Regia dazu verdammt worden, eine russische Provinz zu werden. Ich werde in einem meiner nächsten Briefe ein Exposé über die Angelegenheiten dieses Landes geben.

„Unsere Politik besteht darin, darauf zu sehen, daß in den nächsten vier Monaten nichts geschieht, und ich hoffe, wir führen sie durch, denn die Menschen ziehen es im allgemeinen vor, abzuwarten; der fünfte aber muß reich an Ereignissen werden.“

So schrieb Graf Pozzo di Borgo am 28. November 1828 an den Grafen Nesselrode, und Graf Nesselrode handelt nun nach diesem Grundsatz. Während die militärische Usurpation der Fürstentümer durch die Russen noch durch das Ansichreißen ihrer Zivilverwaltung vervollständigt würde, während ein Regiment nach dem anderen in Beßarabien und der Krim einmarschiert, gibt man Österreich einen Wink, daß seine Vermittlung angenommen werden würde, und bedeutet Bonaparte, daß seine Vorschläge möglicherweise beim Zaren günstige Aufnahme finden könnten. Die Minister in Paris und London werden mit der Aussicht vertröstet, daß Nikolaus sich huldvoll herablassen werde, ihre Entschuldigungen endlich entgegenzunehmen. Favoritinnen gleich harrten alle Höfe Europas angstvoll darauf, wem von ihnen der Herrscher aller Gläubigen das Taschentuch zuwerfen würde. Wochen-, ja monatelang hielt Nikolaus sie so hin, bis er plötzlich erklärte, daß weder England, noch Frankreich, noch Österreich, noch Preußen sich in seinen Konflikt mit der Türkei einzumischen hätten, und daß er nur mit dieser allein verhandeln wolle. Vielleicht berief er seine Gesandtschaft aus Konstantinopel nur darum ab, um eben diese Verhandlungen mit der Türkei zu erleichtern. Während er aber einerseits erklärt, die Mächte hätten sich nicht in russische Angelegenheiten einzumischen, erfahren wir andererseits, daß die Vertreter von Frankreich, England, Österreich und Preußen ihre Zeit mit Zusammenkünften in Wien totschlagen, um Projekte zur Beilegung der Orientfrage auszuhecken, ohne daß sich jedoch weder der türkische noch der russische Gesandte an diesen Scheinkonferenzen beteiligen. Der Sultan hatte am 8. dieses Monats ein kriegerisches Ministerium eingesetzt, um sich von dieser bewaffneten Hinhaltung zu befreien, aber Lord Redcliffe zwang ihn, es noch an demselben Abend zu entlassen. Das hat ihn so aus der Fassung gebracht, daß er einen österreichischen Kurier nach St. Petersburg zu schicken beabsichtigt, der den Zaren befragen soll, ob er die Verhandlungen wieder aufnehmen wolle. Von der Rückkehr dieses Kuriers und der von ihm gebrachten Antwort wird es abhängen, ob Reschid-Pascha selbst nach St. Petersburg gehen soll. Von St. Petersburg soll er neue Notenvorschläge nach Konstantinopel schicken; diese neuen Notenvorschläge sollen wieder nach Petersburg zurückgesandt werden, und zu einer Entscheidung wird es erst kommen, wenn die letzte Antwort von St. Petersburg nach Konstantinopel gelangt ist — inzwischen aber ist der fünfte Monat herangerückt, und in das Schwarze Meer kann

keine Flotte hinein. Dann wird der Zar während des Winters ruhig in den Fürstentümern bleiben, die er mit denselben Versprechungen abspeist, die dort von seinen früheren Okkupationen her und seit 1820 schon kursieren.

Es ist bekannt, daß der serbische Minister Garaschanin auf Betreiben Rußlands von seinem Posten enthoben wurde. Rußland, durch diesen ersten Triumph ermutigt, besteht nun darauf, daß alle russenfeindlichen Offiziere entlassen werden. Auch auf den regierenden Fürsten Alexander beabsichtigte man diese Maßregelung auszudehnen und ihn durch den Fürsten Michael Obrenowitsch, ein vollständiges Werkzeug Rußlands und russischer Interessen, zu ersetzen. Sowohl um dieser Kalamität zu entgehen als auch unter Österreichs Einfluß hat sich Fürst Alexander gegen den Sultan erhoben und erklärt, die strengste Neutralität wahren zu wollen. Die russischen Intrigen in Serbien werden in der Presse von Paris folgendermaßen geschildert: „Es ist allgemein bekannt, daß das russische Konsulat in Orsowa — einem armseligen Dorfe, das keinen einzigen russischen Untertanen beherbergt, sondern inmitten einer serbischen Bevölkerung liegt — ein ganz erbärmliches Ding ist, das aber jetzt als Brutstätte für die moskowitische Propaganda dienen muß. Gerichtlich wurde erhoben und festgestellt, daß Rußland seine Hand im Spiele gehabt sowohl in der Affäre von Braila 1840 wie in der des Johann Lutzo 1850 wie erst kürzlich wieder in der Affäre der Festnahme der vierzehn russischen Offiziere, die dann die Ursache der Entlassung des Ministeriums Garaschanin wurde. Ebenso ist es bekannt, daß Fürst Menschikoff während seines Aufenthaltes in Konstantinopel durch seine Agenten in Brussa und Smyrna ähnliche Intrigen wie in Saloniki, Albanien und Griechenland anstiften ließ.“

Es gibt keinen auffallenderen Zug in der russischen Politik als diese traditionelle Übereinstimmung nicht nur in ihren Zielen, sondern auch in der Art, wie sie sie zu erreichen strebt. Es existiert in der jetzigen Orientfrage keine Komplikation, keine Verhandlung, keine offizielle Note, die man nicht schon auf irgendeiner Seite der Weltgeschichte nachlesen kann. Rußland kann jetzt dem Sultan gegenüber auf nichts anderes hinweisen als auf den Vertrag von Kainardschi, obgleich dieser Vertrag dem Zaren nicht etwa ein Protektorat über seine Glaubensgenossen verlieh, sondern ihm nur das Recht gab, in Stambul eine Kapelle zu bauen und des Sultans Milde für seine christlichen Untertanen zu erflehen, wie dies

auch Reschid-Pascha in seiner Note an den Zaren vom 14. dieses Monats ganz richtig geltend machte. Aber als Rußland 1774 diesen Vertrag unterzeichnete, beabsichtigte es schon, ihn eines schönen Tages im Sinne von 1853 auszulegen.

Der damalige österreichische Internuntius an der ottomanischen Pforte, Baron Thugut, schrieb im Jahre 1774 an seinen Hof: „Rußland wird von nun an stets, wenn es die Gelegenheit für günstig hält und ohne viele Präliminarien in der Lage sein, von seinen Häfen am Schwarzen Meer aus nach Konstantinopel vorzudringen. In diesem Falle würde zweifellos eine im vorhinein geschürte Verschwörung mit den Häuptern der griechischen Kirche ausbrechen, und dem Sultan würde nichts übrigbleiben, als bei der ersten Nachricht von diesem russischen Vorgehen seinen Palast zu verlassen, nach dem Innern Asiens zu fliehen und den Thron der Europäischen Türkei einem Inhaber von mehr Erfahrung zu überlassen. Sobald die Hauptstadt erobert sein wird, werden der Terrorismus und die getreue Hilfe der griechischen Christen den Archipel, die Küste von Kleinasien und ganz Griechenland bis ans Ufer der Adria ohne Zweifel mit Leichtigkeit unter russisches Zepter bringen. Der Besitz dieser von der Natur so reich bedachten Länder, mit denen sich kein anderer Teil der Welt an Fruchtbarkeit und Reichtum des Bodens vergleichen kann, wird Rußland zu einer Übermacht verhelfen, die alle Fabelwunder in den Schatten stellt, die die Geschichte von der Großartigkeit der Monarchien des Altertums zu berichten weiß."

Wie im jetzigen Augenblick, versuchte Rußland auch im Jahre 1774 den Ehrgeiz Österreichs mit der Aussicht auf die Einverleibung Bosniens, Serbiens und Albaniens anzustacheln. Derselbe Baron Thugut schreibt darüber wie folgt:

„Eine solche Vergrößerung des österreichischen Gebietes würde Rußlands Eifersucht nicht hervorrufen. Der Grund dafür liegt darin, daß Österreichs Ansprüche auf Bosnien, Serbien usw., obwohl von höchster Wichtigkeit unter anderen Verhältnissen, für Rußland in dem Augenblick nicht den geringsten Belang hätten, wo der Rest des Ottomanischen Reichs in seine Hände fiele. Denn die Bewohner dieser Provinzen sind fast ausschließlich Mohammedaner und griechische Christen: die ersteren würden als Einwohner nicht geduldet werden, die letzteren würden in Anbetracht der nahen Nachbarschaft des orientalischen russischen Reichs nicht zögern, dorthin auszuwandern oder, wenn sie blieben,

würde ihre Treulosigkeit gegen Österreich dauernde Konflikte verursachen. Und eine Aneignung von Gebieten ohne wesentliche innere Kräfte würde daher nur dazu dienen, die Gewalt des Kaisers von Österreich zu schwächen, statt sie zu stärken."

Politiker pflegen sich gewöhnlich auf das Testament Peters I. zu berufen, wenn sie die traditionelle Politik Rußlands im allgemeinen und seine Absichten auf Konstantinopel im besonderen demonstrieren wollen. Sie könnten eigentlich noch viel weiter zurückgreifen. Vor mehr als achthundert Jahren erklärte Swiatoslaff, der damals noch heidnische Großfürst von Rußland, in einer Versammlung seiner Bojaren, daß „nicht nur Bulgarien, sondern auch das griechische Reich in Europa zusammen mit Böhmen und Ungarn unter die Herrschaft Rußlands gehörten". Swiatoslaff eroberte Silistria und bedrohte Konstantinopel anno Domini 967, genau wie Nikolaus es anno Domini 1828 tat. Die Dynastie Rurik verlegte bald nach der Gründung des russischen Reiches ihre Hauptstadt von Nowgorod nach Kiew, nur um näher bei Byzanz zu sein. Im elften Jahrhundert ahmte Kiew in allen Dingen Konstantinopel nach, und man nannte es das zweite Konstantinopel; in diesem Namen drückte sich das unablässige Streben Rußlands aus. Rußlands Religion und Zivilisation sind byzantinischen Ursprungs, und sein Bestreben, das byzantinische Reich zu unterjochen, das damals in demselben Stadium des Verfalls war wie heute das Ottomanische Reich, war ein viel natürlicheres als das der deutschen Kaiser nach der Unterjochung Roms und Italiens. Die Übereinstimmung in den Zielen der russischen Politik ist daher durch seine historische Vergangenheit, seine geographischen Verhältnisse und durch die Notwendigkeit gegeben, offene Seehäfen im Archipel wie in der Ostsee zu gewinnen, wenn es seine Vorherrschaft in Europa aufrechthalten will. Die herkömmliche Art jedoch, wie Rußland diese Ziele verfolgt, verdient bei weitem nicht den Tribut der Bewunderung, den ihr die europäischen Politiker zollen. Der Erfolg dieser ererbten Politik ist zwar ein Beweis für die Schwachheit der Westmächte, gleichzeitig aber dokumentiert sich in der stereotypen Gleichförmigkeit dieser Politik die innere Barbarei Rußlands. Wem erschiene es nicht lächerlich, wollte Frankreich seine Politik nach dem Testament Richelieus oder nach den Kapitularien Karls des Großen einrichten? Sieht man die berühmtesten Dokumente der russischen Diplomatie durch, so findet man, daß sie die schwachen Seiten der europäischen Könige,

Minister und Höfe auf höchst listige, spitzfindige, schlaue und verschlagene Weise herauszufinden wissen, daß aber ihre Weisheit regelmäßig Schiffbruch leidet, wenn es gilt, die historischen Bewegungen der westeuropäischen Völker selbst zu begreifen. Fürst Lieven beurteilte den Charakter des guten Aberdeen ganz richtig, als er auf dessen Schwäche gegenüber dem Zaren rechnete, aber das englische Volk verkannte er gründlich, als er die Fortdauer der Toryherrschaft am Vorabend der Reformbewegung von 1831 voraussagte. Graf Pozzo di Borgo beurteilte Karl X. ganz richtig, aber das französische Volk schätzte er ganz falsch ein, als er seinen „erhabenen Herrn" dazu bewog, mit diesem König wegen der Teilung Europas zu verhandeln, den das Volk am nächsten Morgen aus Frankreich verjagte. Die russische Politik mag durch ihre traditionellen Ränke und Listen und Ausflüchte den europäischen Höfen imponieren, die selbst bloß in der Tradition begründet sind, den revolutionierten Völkern gegenüber wird sie völlig versagen.

In Beirut haben die Amerikaner noch einen Ungarn den Klauen des österreichischen Adlers entrissen. Daß die amerikanische Intervention in Europa gerade bei der Orientfrage beginnt, ist eigentlich recht erheiternd. Außer der kommerziellen und militärischen Wichtigkeit, die Konstantinopel seiner geographischen Lage verdankt, sind es noch andere wichtige Erwägungen, die seinen Besitz zu einem so vielbegehrten und heiß umstrittenen Streitobjekt zwischen dem Osten und dem Westen machen — und Amerika ist der jüngste, kräftigste Repräsentant des Westens.

Konstantinopel ist die ewige Stadt, das Rom des Ostens. Unter den alten griechischen Kaisern amalgamierte sich dort die westliche Zivilisation so sehr mit östlicher Barbarei und unter den Türken die östliche Barbarei so sehr mit westlicher Zivilisation, daß dieses Zentrum eines theokratischen Reiches zu einer wirklichen Schranke gegen den europäischen Fortschritt wurde. Als die griechischen Kaiser durch die Sultane von Ikonium vertrieben wurden, überlebte der Geist des alten byzantinischen Reiches diesen Wechsel der Dynastien, und wenn der Sultan durch den Zaren ersetzt werden sollte, so würde das Bas empire, neu ins Leben gerufen, demoralisierendere Einflüsse ausüben als unter den alten Kaisern und angriffslustiger und kräftiger sein als unter dem Sultan. Der Zar würde für die byzantinische Zivilisation sein, was russische Abenteurer jahrhundertelang für die Kaiser des niedergehenden Reichs (Bas empire) waren — das Gardekorps unter ihren Soldaten. Der

Kampf zwischen Westeuropa und Rußland um den Besitz von Konstantinopel führt zu der Frage, ob der Byzantinismus der westlichen Zivilisation weichen wird oder ob seine feindselige Macht in schrecklicheren und überwältigenderen Formen als je zuvor wieder aufleben soll. Konstantinopel ist die goldene Brücke, die zwischen Osten und Westen errichtet ist, und die westliche Zivilisation kann, der Sonne gleich, nicht die Welt umkreisen, ohne diese Brücke zu passieren; und sie kann die Brücke nicht passieren, ohne in Kampf mit Rußland zu geraten. Der Sultan hält Konstantinopel nur als Pfand für die Revolution in Verwahrung, und die jetzigen nominellen Würdenträger Westeuropas, die ihrerseits das letzte Bollwerk ihrer „Ordnung" an den Ufern der Newa sehen, können sonst nichts tun, als die Frage so lange in der Schwebe lassen, bis Rußland sich Aug' in Aug' seinem wahren Gegner gegenüberfindet, der Revolution. Die Revolution, die das Rom des Westens niederwerfen wird, wird auch den dämonischen Einfluß des Rom des Ostens überwinden.

Urquhart. – Bem. – Die türkische Frage im Oberhaus.

London, 16. August 1853 (N. Y. T., 2. September 1853).

Urquhart hat über die Orientfrage vier Briefe veröffentlicht, dazu bestimmt, vier Irrtümer klarzustellen: der erste betrifft die Identität der griechischen und der russischen Kirche, der zweite den diplomatischen Streit zwischen England und Rußland, der dritte die Möglichkeit eines Krieges zwischen England und Rußland und der vierte endlich die Illusion, daß England und Frankreich Bundesgenossen seien. Da ich nächstens ausführlich auf diese zurückkommen will, so beschränke ich mich im Augenblick darauf, Ihnen folgenden Brief Bems an Reschid-Pascha mitzuteilen, einen Brief, den Herr Urquhart zum erstenmal veröffentlichte.

„Monseigneur! Da die Order noch nicht gekommen ist, die meine Anwesenheit in Konstantinopel verfügt, empfinde ich es als meine Pflicht, Eurer Hoheit einige Erwägungen vorzutragen, die mir dringlich erscheinen. Ich beginne mit der Erklärung, daß die türkischen Truppen, die ich gesehen habe, Kavallerie, Infanterie und Feldartillerie, vorzüglich sind. Haltung, Erziehung und militärischer Geist könnten nicht besser sein. Die Reiterei übertrifft jede andere europäische Kavallerie. Von unschätzbarem Wert ist das Verlangen aller Offiziere und aller Soldaten, gegen Rußland zu kämpfen. Mit solchen Truppen würde ich

mich gern verpflichten, eine an Zahl doppelt so große russische Macht anzugreifen und Sieger zu bleiben. Und da das Ottomanische Reich imstande ist, gegen Rußland mehr Truppen aufzubieten, als diese Macht ihm entgegenstellen kann, so ist es klar, daß der Sultan die Genugtuung haben kann, seinem Zepter alle Provinzen wiedererstattet zu sehen, die seinen Ahnen von den Moskauer Zaren verräterisch entrissen wurden. Bem."

Der österreichische Minister des Äußern hat an alle europäischen Höfe wegen der Haltung der amerikanischen Fregatte Saint Louis in der Koszta-Affäre eine Note geschickt, die die allgemeine amerikanische Politik öffentlich anklagt. Österreich besteht darauf, ein Recht zu haben, auf dem Gebiet einer neutralen Macht Ausländer festzunehmen, die Vereinigten Staaten aber sollen kein Recht haben, zu deren Verteidigung Feindseligkeiten zu beginnen.

Im Hause der Lords hat am Freitag der Earl of Malmesbury weder den Geheimnissen der Wiener Konferenz oder den von ihr gemachten Vorschlägen an den Zaren nachgeforscht, noch hat er sich genauer um den jetzigen Stand der Verhandlungen erkundigt. Seine Neugier war eine mehr retrospektive, sozusagen archäologische. Er verlangte nichts, als die „einfachen Übersetzungen" der beiden Manifeste, die der Kaiser im Mai und im Juni an seine diplomatischen Agenten gerichtet und die die St. Petersburger Zeitung veröffentlicht hatte; auch „die Antwort, die Ihrer Majestät Regierung auf die darin enthaltenen Behauptungen gegeben haben dürfte", interessierte ihn. Der Earl of Malmesbury ist kein alter Römer. Seinem Gefühl widerstrebt nichts mehr, als die römische Gepflogenheit, fremde Gesandte vor versammeltem Senat offen zu hören. Dabei konstatierte er selbst, daß „die beiden russischen Zirkulare vom russischen Kaiser öffentlich vor ganz Europa in seiner Muttersprache publiziert wurden, und daß sie in den Zeitungen auch in englischer und französischer Sprache erschienen sind". Was soll es also bezwecken, wenn man sie aus der Sprache der Zeitungsschreiber in die Sprache der Schreiber vom Auswärtigen Amt zurückübersetzt? „Die französische Regierung beantwortete die Zirkulare sofort und in geschickter Weise.... Die englische Antwort soll, wie man uns mitteilt, bald nach der französischen erfolgt sein." Der Earl of Malmesbury ist offenbar sehr erpicht darauf, zu erfahren, wie sich die gewöhnliche Prosa des Monsieur Drouyn de Lhuys ausnimmt, wenn sie in die edle Prosa des Earls of Clarendon übertragen wird.

Er sah sich gezwungen, seinen „edlen Freund auf der Gegenseite“ daran zu erinnern, daß John Bull nach dreißig Jahren Frieden, ruhiger Handelsgewohnheiten und industrieller Bestrebungen „etwas nervös“ geworden sei, wenn es sich um Krieg handle, und daß diese Nervosität seit dem letzten März „infolge der fortgesetzten und andauernden Geheimnistuerei, mit der die Regierung ihre Handlungen und Verhandlungen umgibt“, zugenommen habe. Im Interesse des Friedens interpelliert also Lord Malmesbury, ebenfalls im Interesse des Friedens schweigt aber die Regierung.

Über die ersten Zeichen eines Angriffs Rußlands auf die Europäische Türkei war niemand entrüsteter als der edle Lord selbst. Nie hatte er auch nur eine Ahnung von Rußlands Absichten auf die Türkei gehabt. Er vermochte nicht zu glauben, was seine Augen sahen. Wie vertrug sich das vor allem mit der „Ehre des Kaisers von Rußland“? Aber hat jemals die Vergrößerung eines Reiches einer kaiserlichen Ehre Abbruch getan? Und was wurde aus „seiner konservativen Politik, die er während der Revolutionen von 1848 so nachdrücklich verfolgt hatte“? Allerdings, der Herrscher aller Reußen hatte mit diesen verruchten Revolutionen nichts gemein. Insbesondere im Jahre 1852, als der edle Lord das Portefeuille des Auswärtigen hatte, „gab es keinen anderen Herrscher, der öfter die Aufrechterhaltung der für Europa bindenden Verträge betonte oder aufrichtiger um sie bemüht war, und keinen, der die territorialen Anordnungen mehr respektierte, die zu Europas Glück so viele Jahre existierten, als den Zaren“. Sicherlich, als Baron Brunnow den Earl of Malmesbury dazu bewog, den Vertrag vom 8. Mai 1852 wegen der dänischen Thronfolge zu unterzeichnen, hatte er ihn durch die wiederholte Versicherung eingefangen, daß sein erhabener Herrscher eine Schwäche für alle bestehenden Verträge habe. Und als er den Lord, der eben den Staatsstreich Bonapartes freudig begrüßt hatte, dazu überredete, mit Rußland, Preußen und Österreich gegen diesen selben Bonaparte ein geheimes Bündnis zu schließen, gab er sich natürlich auch den Anschein seines aufrichtigen Interesses an der Erhaltung der bestehenden territorialen Vereinbarungen.

Um nun die plötzliche und unerwartete Veränderung des Kaisers von Rußland zu erklären, unterwirft der Earl of Malmesbury „die neuen Eindrücke auf das Gemüt des russischen Kaisers“ einer psychologischen Analyse. Die „Gefühle“ des Kaisers, so versichert er, „seien durch

Frankreichs Vorgehen am Heiligen Grabe erregt worden". Wohl habe Bonaparte, um diese Erregung zu besänftigen, Herrn de la Cour nach Konstantinopel geschickt, „der ein besonders milder und versöhnlicher Mann sei". „Aber", fährt der Earl fort, „es scheint, als ob für den russischen Kaiser das Geschehene nicht mehr ungeschehen zu machen war", und daß ein Rest von Bitterkeit gegen Frankreich zurückblieb. Man muß gestehen, daß Monsieur de la Cour die Frage endgültig und befriedigend löste, ehe Fürst Menschikoff nach Konstantinopel kam. „Aber trotzdem blieben die Eindrücke auf das Gemüt des russischen Kaisers unverändert." Diese Eindrücke und die daraus entspringende geistige Abirrung waren so stark, „daß der Kaiser die türkische Regierung immer noch im Verdacht hatte, von Rußland Bedingungen zu fordern, die zu verlangen sie kein Recht hatte". Der Earl of Malmesbury gesteht, daß es keinem „menschlichen Wesen", nicht einmal einem englischen Lord möglich sei, „in der Seele des Menschen zu lesen"; dennoch „glaubt er sich dazu fähig, diese merkwürdigen Eindrücke auf das Gemüt des russischen Kaisers zu erklären". Er sagt, der Moment sei gekommen, auf den man die russische Bevölkerung seit Generationen und Generationen stets vertröstet habe, „als den vorherbestimmten Zeitpunkt der Erringung Konstantinopels und der Wiederherstellung des byzantinischen Reiches". Er nimmt nun an, „der jetzige Kaiser" habe „diese Gefühle" geteilt. Ursprünglich beabsichtigte der scharfsinnige Earl den hartnäckigen Verdacht des Kaisers aufzuklären, der sich von der türkischen Regierung in seinen Rechten verkürzt fühlte, jetzt klärt er uns dahin auf, daß der Kaiser die Türkei nur deshalb im Verdacht hatte, weil er den geeigneten Moment gekommen glaubte, sie zu verschlucken. Bei diesem Punkte angelangt, mußte der edle Lord notgedrungen einschwenken. Statt die neuen Eindrücke im Gemüt des russischen Kaisers zu berücksichtigen, die die alten Verhältnisse beeinflußten, zieht er jetzt die Umstände in Betracht, die des Zaren ehrgeiziges Gemüt und seine überlieferten Gefühle eine Zeitlang davon abhielten, „der Versuchung zu widerstehen". Diese Umstände bestehen in der einen großen Tatsache, daß der Earl of Malmesbury das eine Mal „in der Regierung" und das andere Mal „draußen" war.

Als er „drinnen" war, war er der erste, der Boustrapa* nicht nur anerkannte, sondern sogar dessen Meineide, Mordtaten und Gewaltstreiche

* Ein Spitzname Napoleons III., der aus seinem dreimaligen Entwischen aus Boulogne, Straßburg und Paris entstand.

guthieß. Dann aber „tadelten die damaligen Zeitungen die, wie sie sie nannten, unterwürfige und kriechende Politik gegenüber dem französischen Kaiser“. Es kam das Koalitionsministerium und mit ihm Sir J. Graham und Sir Charles Wood, „die in öffentlichen Versammlungen die Politik und den Charakter des französischen Kaisers verdammten und auch das französische Volk verurteilten, weil es sich einen solchen Fürsten zum Herrscher gewählt habe“. Dann folgte die montenegrinische Affäre, und das Koalitionsministerium „gestattete Österreich, darauf zu bestehen, daß der Sultan keinen weiteren Zwang auf die aufrührerischen Montenegriner ausübe und der türkischen Armee nicht einmal einen ungestörten und ungehinderten Rückzug sichere, so daß die Türkei einen Verlust von 1500 bis 2000 Mann erlitt“. Die nachherige Zurückberufung des Obersten Rose aus Konstantinopel, ferner die Weigerung der englischen Regierung, gleichzeitig mit Frankreich ihre Flotte nach der Besikabai oder Smyrna zu dirigieren, riefen bei dem Kaiser von Rußland den Eindruck hervor, Volk und Regierung von England seien dem französischen Kaiser feindlich gesinnt, und zwischen den beiden Ländern sei kein wirkliches Bündnis möglich.

Nachdem er so mit einer Feinheit, die jedem Romanschriftsteller Ehre machen würde, der die wechselnden Gefühle seiner Heldin beschreibt, die Aufeinanderfolge der Umstände geschildert hat, die auf des russischen Kaisers impressionables Gemüt einwirkten und ihn vom Pfad der Tugend lockten, schmeichelt sich Lord Malmesbury, durch ein enges Bündnis mit dem Unterdrücker des französischen Volkes die alten Vorurteile und Antipathien durchbrochen zu haben, die seit Jahrhunderten das französische dem englischen Volk entfremdeten, und er beglückwünscht die jetzige Regierung dazu, daß er ihr dies innige Bündnis mit dem Zaren des Westens hinterlasse und daß sie dort ernte, wo die Tories gesät haben.

Er vergißt, daß es gerade dieses innige Bündnis ist, unter dessen Auspizien der Sultan an Rußland ausgeliefert wurde, da der französische Kaiser die Koalition stützte; denn dieser französische Soulouque brennt nur darauf, sich auf den Schultern der Muselmänner in eine Art Wiener Kongreß hineinzustehlen und dadurch zu Ansehen zu gelangen. Und in demselbem Atem, in dem er das Ministerium zu seiner engen Verbindung mit Bonaparte beglückwünscht, schmäht er die Politik, die doch nur die Frucht dieser „Mesalliance“ war.

Verlassen wir nun den Earl mit seinen Expektorationen über die Bedeutung der türkischen Integrität, seiner Ableugnung des Verfalls der Türkei, seiner Zurückweisung des russischen kirchlichen Protektorats und seinen Vorwürfen gegen die Regierung, weil sie den Einfall in die Fürstentümer nicht als Kriegserklärung auffaßte und die Überschreitung des Pruth nicht durch die Entsendung ihrer Flotte beantwortete. Neues bringt er nichts vor als folgenden Brief des Fürsten Menschikoff an Reschid-Pascha vor seiner Abreise aus Konstantinopel, „dessen Frechheit durch nichts zu überbieten ist".

„Bujukdere, 9. Mai.

„Im Augenblick der Abreise von Konstantinopel erfährt der unterzeichnete russische Gesandte, daß die erhabene Pforte die Absicht kundgab, der mit der Ausübung der kirchlichen Rechte betrauten Geistlichkeit der orientalischen Kirche Garantien zu verleihen, die die Aufrechterhaltung der anderen Privilegien, die diese Kirche genießt, in Zweifel stellen würden. Was auch immer das Motiv zu diesem Entschlusse sein mag, so sieht sich der Unterzeichnete gezwungen, Seine Hoheit, den Minister der auswärtigen Angelegenheiten davon zu unterrichten, daß irgend eine derartige Erklärung oder andere Handlung, die, mag sie auch die Unantastbarkeit der rein geistlichen Rechte der orthodoxen orientalischen Kirche bewahren, doch darauf abzielt, die seit undenklichen Zeiten zugestandenen anderen Rechte, Privilegien und Freiheiten der Religion und Geistlichkeit zu entkräften, vom kaiserlichen Kabinett als ein Akt der Feindseligkeit gegen Rußland und seine Religion aufgefaßt werden würde.

Der Unterzeichnete verbleibt usw. usw. Menschikoff."

Der Earl von Malmesbury „kann unmöglich glauben, daß der russische Kaiser das Betragen des Fürsten Menschikoff oder seine Handlungsweise gutheiße". Nesselrodes Noten, die der Abreise Menschikoffs folgten, und die russische Armee, die den Noten Nesselrodes folgten, bestätigen allerdings diese Zweifel.

Der „schweigsame" Clarendon mußte, „so peinlich es ihm auch war", dennoch „immer und immer wieder dieselbe Antwort geben", das heißt gar keine Antwort. Er empfand es „als seine öffentliche Pflicht, kein Wort zu sagen", das er nicht schon gesagt hätte, „nämlich daß er keine Mitteilung vorzulegen hätte und keine spezielle Depesche vorzeigen könnte". Der edle Lord konnte also kein Iota zu dem hinzufügen, was

wir nicht ohnehin schon wußten. Sein hauptsächlichster Ehrgeiz bestand darin, festzustellen, daß er zur Zeit, als die österreichischen und russischen Kabinette unaufhörlich ihre widerrechtlichen Übergriffe machten, in „steter Verbindung“ mit ihnen war.

So war er auch in „steter Verbindung“ mit der österreichischen Regierung, als diese den Fürsten Leiningen nach Konstantinopel und ihre Truppen an die Grenze beorderte, weil „sie eine Empörung ihrer eigenen Untertanen an der Grenze befürchtete“, so lautete nämlich, nach der Versicherung des harmlosen Clarendon, „der angegebene Grund“.

Nachdem der Sultan Österreich nachgegeben und seine Streitkräfte zurückgezogen hatte, stand der energische Clarendon „wieder in Verbindung mit Österreich, um die genaue Innehaltung des Vertrags zu sichern“. „Ich glaube,“ sagt der leichtgläubige Lord, „daß er eingehalten wurde, denn die österreichische Regierung versicherte uns, es sei der Fall.“ Vortrefflich, Mylord! Das Übereinkommen mit Frankreich hatte schon seit 1815 existiert! Über die Entscheidung, die die französische und die englische Regierung wegen „der Entsendung ihrer Flotten“ trafen, bestand auch kein Schatten von Uneinigkeit. Bonaparte gab Order, daß seine Flotte nach Salamis fahre, „da er glaubte, es drohe unmittelbare Gefahr“, und „obzwar er, Clarendon, sagte, die Gefahr sei nicht so drohend und die französische Flotte brauche die französischen Häfen nicht zu verlassen“, so gab Bonaparte dennoch Order zur Ausfahrt; schließlich sei aber das doch ganz egal, denn es sei doch „viel vorteilhafter und bequemer, eine Flotte in Salamis und die andere in Malta, als eine in Malta und die andere in Toulon zu haben“. Ferner bemerkt Lord Clarendon, „es gereiche zur Befriedigung“, daß man während der Zeit, als Menschikoff eine unverschämte Pression auf die Pforte ausübte, „die Flotte nicht hinausbeordert habe, denn niemand könne jetzt behaupten, die türkische Regierung sei irgendwie von uns beeinflußt worden“.

Nach dem, was vorgefallen, ist es in der Tat wahrscheinlich, daß der Sultan sich zurückziehen hätte müssen, wenn man die Flotte damals hinbeordert hätte. Was Menschikoffs „Abschiedsbrief“ betrifft, so nennt ihn Clarendon zwar korrekt, „hofft aber, daß eine solche Sprache bei diplomatischen Verhandlungen mit Regierungen zum Glück eine Seltenheit sei und immer bleiben werde“. Was endlich die Invasion der Fürstentümer betrifft, so „raten die französische und englische Regierung

dem Sultan, einstweilen auf sein unzweifelhaftes Recht zu verzichten, die Okkupation der Fürstentümer als einen Casus belli zu behandeln".

Über die noch schwebenden Verhandlungen könne er bloß das eine sagen: „Sir Hamilton Seymour habe diesen Morgen eine offizielle Mitteilung erhalten, daß die von den Gesandten in Wien angenommenen Vorschläge in Petersburg entgegengenommen würden, wenn sie etwas abgeändert wären." Er würde jedoch eher sterben, ehe er auch nur ein Wörtchen über die Bedingungen des Übereinkommens sich entschlüpfen ließe.

Dem edlen Lord antworteten Lord Beaumont, der Earl of Hardwicke, der Marquis von Clanricarde und der Earl of Ellenborough. Nicht eine einzige Stimme erhob sich, um Ihrer Majestät Regierung zu dem in diesen Verhandlungen eingeschlagenen Weg zu beglückwünschen. Von allen Seiten wurde lebhaft geäußert, daß die Politik der Minister falsch gewesen sei; daß sie als Vermittler zugunsten Rußlands gehandelt hätten, statt als Verteidiger der Türkei, und daß, wenn Frankreich und England rechtzeitig energisch aufgetreten wären, sie eine bessere Position als ihre jetzige errungen hätten. Der alte halsstarrige Aberdeen antwortete ihnen, daß „es hinterdrein leicht sei, darüber zu spekulieren, was geschehen hätte sollen, und zu sagen, was geschehen hätte können, wenn man anders gehandelt hätte". Am überraschendsten und wichtigsten war aber folgende Bemerkung: „Die Lords müßten sich vor Augen halten, daß sie durch keinerlei Vertrag gebunden wären. Er stelle in Abrede, daß dieses Land durch die Festsetzungen irgendeines Vertrags verpflichtet sei, sich an irgendwelchen Feindseligkeiten zur Unterstützung des Türkischen Reiches zu beteiligen."

Als England und Frankreich Neigung zeigten, sich in die schwebende türkische Frage einzumischen, da wollte der Kaiser von Rußland absolut nichts davon wissen, daß der Vertrag von 1841 bindende Kraft besäße, das heißt soweit es sich um seinen eigenen Verkehr mit der Pforte und um das daraus resultierende Recht zur Einmischung der westlichen Mächte handelte. Gleichzeitig aber bestand er, gestützt auf eben denselben Vertrag von 1841, auf der Ausschließung der Kriegsschiffe der anderen Mächte aus den Dardanellen. Und Lord Aberdeen bestätigt in öffentlicher feierlicher Parlamentssitzung diese anmaßende Auslegung eines Vertrags, den der Autokrat nur dann respektiert, wenn durch ihn Großbritannien vom Schwarzen Meer ausgeschlossen wird.

Die türkische Frage im Unterhaus.

London, 18. August 1853 (N. Y. T., 2. September 1853).

Nachdem Lord John Russell seine Erklärungen über die türkische Frage immer und immer wieder verschoben hatte, bis endlich die letzte Woche der parlamentarischen Session glücklich herangekommen war, trat er plötzlich letzten Montag mit der Ankündigung hervor, daß er Dienstag sein so lange verzögertes Referat halten würde. Der edle Lord hatte in Erfahrung gebracht, daß Mr. Disraeli London Montagmorgen verlassen habe. Ebenso plötzlich hatte Sir Charles Wood, als er wußte, daß Sir J. Pakington und seine Anhänger nicht anwesend seien, seine indische Bill eingebracht, die das Oberhaus amendiert hatte, und von dem schwachbesetzten Hause einstimmig die Wiederbestätigung des Salzmonopols erreicht. In solchen kleinlichen, schäbigen Mitteln liegt die Kraft der parlamentarischen Taktik der Whigs.

Die Orientfrage im Unterhaus war ein hochinteressantes Schauspiel. Lord J. Russell eröffnete die Vorstellung in einem Tone, der seiner Rolle durchaus angemessen war. Dieser winzige Erdensohn, der angeblich letzte Vertreter des einst mächtigen Stammes der Whigs, sprach langweilig, leise, trocken, monoton und geistlos, nicht wie ein Minister, sondern wie ein Polizeireporter, der die Greuel seines Berichts durch die triviale, alltägliche und geschäftliche Art des Vortrags mildert. Er hielt keine „Verteidigungsrede", sondern machte ein Bekenntnis. Der einzige versöhnende Zug in seiner Rede war gerade diese Steifheit, hinter der sich gewisse schmerzhafte Eindrücke zu verbergen schienen, unter denen der kleine Mann litt. Sogar die unvermeidliche Phrase von „der Unabhängigkeit und Unverletzlichkeit des Ottomanischen Reichs" klang wie eine alte Reminiszenz, die sich wie aus Versehen immer wieder in die Leichenrede für dieses Reich einschlich. Der Eindruck dieser Rede, die als Lösung der orientalischen Wirren gedacht war, mag am besten danach beurteilt werden, daß in Paris die Papiere sofort fielen, als der Telegraph ihren Wortlaut übermittelte.

Lord John hatte ein Recht, zu behaupten, er brauche die Regierung nicht zu verteidigen, denn sie sei nicht angegriffen worden; das Haus zeigte sich im Gegenteil vollständig geneigt, der Exekutive die Verhandlungen zu überlassen. Tatsächlich hat kein einziges Parlamentsmitglied irgendeinen Antrag gestellt, der die Minister zum Eingreifen zwänge,

und es fand keine einzige Versammlung außerhalb des Hauses statt, die den Parlamentsmitgliedern einen solchen Antrag aufgezwungen hätte. Wenn die ministerielle Politik voll von Geheimnissen und Mystifikationen war, so war sie es mit der schweigenden Zustimmung des Parlaments und des Publikums. Daß man Dokumente nicht veröffentlicht, während die Verhandlungen noch schweben, sei nach Lord Johns Versicherung ein seit aller Ewigkeit geheiligtes Gesetz der parlamentarischen Tradition. Es wäre ermüdend, ihm bei der Aufzählung von Ereignissen zu folgen, die jedem vertraut sind und die er durch seine Art, aufzuzählen statt zu erzählen, nicht lebendiger zu gestalten weiß. Immerhin sind da einige wichtige Punkte, die vor Lord John noch kein anderer offiziell bestätigt hat.

Vor der Ankunft des Fürsten Menschikoff in Konstantinopel machte der russische Gesandte Lord John die Mitteilung, daß der Zar eine besondere Mission nach Konstantinopel zu senden beabsichtige, die sich ausschließlich mit Vorschlägen wegen des heiligen Kreuzes und der damit verbundenen Freiheiten der griechischen Kirche befassen sollte. Der britische Gesandte in Petersburg und die hiesige britische Regierung setzten keinen Argwohn in Rußlands Absichten. Erst im Beginn des März teilte der türkische Minister Lord Stratford mit (nach Mr. Layards Behauptung seien jedoch Oberst Rose und viele andere Personen in Konstantinopel in das Geheimnis schon vorher eingeweiht gewesen), Fürst Menschikoff habe einen geheimen Vertrag vorgeschlagen, der mit der Unabhängigkeit der Türkei unvereinbar gewesen sei, und er habe erklärt, Rußland würde es als einen Akt direkter Feindseligkeit auffassen, wenn Frankreich oder England von dieser Tatsache in Kenntnis gesetzt würde. Gleichzeitig verlautete, und zwar nicht als leeres Gerücht, sondern nach authentischen Berichten, daß Rußland große Truppenmassen an den türkischen Grenzen und in Odessa zusammenzöge.

Die Note, die die Wiener Konferenz an den Zaren richtete und in die er auch einwilligte, war in Paris von Herrn Drouyn de Lhuys vorbereitet worden, der die Antwort Reschid-Paschas auf die letzte russische Note zur Unterlage nahm. Später nahm Österreich sie am 24. Juli in veränderter Form als seinen eigenen Vorschlag auf, und sie erhielt ihre endgültige Fassung am 31. Juli. Der österreichische Minister hatte sie vorher dem russischen Gesandten in Wien mitgeteilt, der sie schon am 24. Juli, noch vor ihrer endgültigen Fassung nach St. Petersburg

schickte, und erst am 2. August, nachdem der Zar ihr zugestimmt hatte, wurde sie nach Konstantinopel gesendet. Eigentlich ist's also eine russische Note, die mit Hilfe der vier Mächte an den Sultan gerichtet wurde, und nicht eine von den vier Mächten an Rußland und die Türkei gerichtete Note.

Lord John Russell bemerkt, diese Note habe nicht den gleichen Wortlaut wie die Note des Fürsten Menschikoff, was man also als Zugeständnis dafür betrachten kann, daß sie den gleichen Inhalt hat. Um aber gar keinen Zweifel aufkommen zu lassen, fügt er hinzu: „Der Kaiser erwartet, seine Wünsche erfüllt zu sehen." Der Entwurf enthält auch nicht einmal eine Anspielung auf die Räumung der Fürstentümer. „Selbst wenn sich die Türkei und Rußland", sagt Lord John, „auf diese Note einigen sollten, so bleibt immer noch die große Frage nach der Räumung der Fürstentümer." Gleichzeitig fügt er hinzu, daß die englische Regierung „diese Räumung für höchst wichtig halte", über den Modus, wie sie vor sich gehen solle, möchte er sich jedoch nicht weiter äußern. Er läßt jedoch durchblicken, daß die englische und die französische Flotte die Besikabai vielleicht werden verlassen müssen, ehe noch die Kosaken die Fürstentümer verlassen haben. „Wir sollten keinem Arrangement zustimmen, durch welches das Vorrücken der Flotten in die Nähe der Dardanellen einem tatsächlichen Einfall in türkisches Territorium gleichgesetzt wird. Selbstverständlich, wenn die Sache beigelegt und der Friede gesichert ist, so ist die Besikabai keine Station, die für England oder Frankreich von irgendwelchem Nutzen wäre." Da kein vernünftiger Mensch jemals angenommen hat, die englische und die französische Flotte sollten allezeit in der Besikabai bleiben, oder Frankreich und England sollten einen formellen Vertrag abschließen, der ihnen das Vorrücken in die neutrale Umgebung der Dardanellen verbietet, so können diese zweideutigen und geschwollenen Phrasen, wenn sie überhaupt etwas besagen, nur das eine bedeuten, daß die Flotten sich zurückziehen werden, sobald der Sultan die Note akzeptiert und der Kosak versprochen haben wird, die Fürstentümer zu räumen. „Als die russische Regierung", sagt Lord John, „die Fürstentümer besetzt hatte, erklärte Österreich, im Sinne des Vertrags von 1841 sei es unumgänglich notwendig, daß die Vertreter der Mächte zu einer Konferenz zusammenträten und sich bemühten, die möglichst freundschaftliche Lösung einer Schwierigkeit herbeizuführen, die andernfalls den Frieden Europas bedrohen würde."

Im Gegensatz dazu erklärte Lord Aberdeen vor einigen Tagen im Oberhaus und auch, wie uns aus anderen Quellen berichtet wird, in einer formellen Note, die im Laufe des Juni an die Kabinette von Konstantinopel und St. Petersburg abging, daß „der Vertrag von 1841 den unterzeichneten Mächten in keiner Weise die Verpflichtung auferlege, der Pforte tatsächlich beizustehen [wohl aber zeitweilig auf die Dardanellendurchfahrt zu verzichten!], und daß die britische Regierung sich vorbehalte, ganz nach ihrem Ermessen einzugreifen oder nicht einzugreifen, je nachdem es ihren eigenen Interessen entspräche". Lord Aberdeen weist alle Verpflichtungen gegen die Türkei wohl nur deshalb zurück, um nicht Rußland gegenüber irgendwelche Rechte geltend machen zu müssen.

Lord John Russell schließt mit „der tröstlichen Versicherung", daß der Abschluß der Verhandlungen nahe bevorsteht. Das erscheint uns in diesem Augenblick recht sanguinisch, wenn wir bedenken, daß die in Wien zurechtgemachte Note, die der Sultan dem Zaren vorlegen soll, von jenem noch gar nicht akzeptiert ist, und daß die Conditio sine qua non der Westmächte, das ist die Räumung der Fürstentümer, dem Zaren noch gar nicht eingeschärft wurde.

Mr. Layard, der erste Redner, der sich erhob, um Lord John zu antworten, hielt die weitaus beste und kraftvollste Rede — kühn, kurz und bündig, inhaltsreich, voll Tatsachenmaterial zeigte sie den ausgezeichneten Gelehrten ebenso genau vertraut mit Nikolaus wie mit Sardanapal, mit den gegenwärtigen Intrigen des Orients wie mit den geheimnisvollen Überlieferungen aus seiner Vergangenheit.

Herr Layard bedauerte, daß Lord Aberdeen „bei verschiedenen Gelegenheiten und an verschiedenen Orten erklärt habe, seine Politik sei wesentlich eine Politik auf friedlicher Basis". Schrecke England davor zurück, seine Ehre und seine Interessen mit kriegerischer Faust zu wahren, so züchte es dadurch bei einer so ungesetzlichen Macht wie Rußland eine Anmaßung groß, die früher oder später unvermeidlich zum Krieg führen müsse. Das jetzige Vorgehen Rußlands dürfe nicht als zufälliges und vorübergehendes Ereignis betrachtet werden, sondern als Teil und Bestandteil einer wohlüberlegten großangelegten Politik.

Was die an Frankreich gemachten „Konzessionen" und die „Intrigen" des Herrn von Lavalette betrifft, können sie Rußland schon deshalb nicht den Schatten eines Vorwands bieten, weil „die Pforte bereits mehrere Tage, wenn nicht Wochen vorher eine Abschrift des Fermans, der die nun

von Rußland beanstandeten Konzessionen enthielt, an Herrn von Titoff ablieferte und gegen den Wortlaut dieses Fermans keine wie immer geartete Einwendung erhoben wurde".

Rußlands Pläne in bezug auf Serbien, die Moldau-Walachei und die christliche Bevölkerung der Türkei waren nicht mißzuverstehen. Unmittelbar nach seinem offiziellen Auftreten in Konstantinopel forderte Fürst Menschikoff die Entlassung Garaschanins von seinem Posten als serbischer Minister. Diesem Verlangen wurde stattgegeben, trotzdem der serbische Synod protestierte. Herr Garaschanin war einer der Männer, den die Erhebung von 1842 in die Höhe getragen hatte, jene nationale Bewegung gegen den russischen Einfluß, die den damals herrschenden Fürsten Michael von Serbien hinwegfegte; dieser und seine Familie waren bloße Werkzeuge in den Händen Rußlands gewesen. 1843 maßte sich Rußland das Recht an, in Serbien dreinzureden. Durch keinerlei Vertrag irgendwie dazu bevollmächtigt, erhielt es die Bevollmächtigung durch Lord Aberdeen, den damaligen Minister des Äußern, der erklärte, „Rußland habe das Recht, seine eigenen Verträge nach eigenem Ermessen auszulegen". „Rußland bewies durch den Erfolg dieser Verhandlungen, daß es Herr in Serbien sei," sagte Mr. Layard, „und daß es jeder aufstrebenden unabhängigen Nationalität entgegentreten dürfe."

In den Donaufürstentümern nun machte sich Rußland zuerst die nationale Bewegung von 1848 insofern zunutze, als es die Pforte zwang, jedes Individuum auszuweisen, das liberale, unabhängige Gesinnungen an den Tag legte. Dann zwang es dem Sultan den Vertrag von Balta-Liman auf, durch den es sein Recht auf Einmischung in alle inneren Angelegenheiten der Fürstentümer festlegte; „und seine jetzige Okkupation derselben hat bewiesen, daß Moldau und Walachei ganz und gar russische Provinzen sind."

Es blieben noch die Griechen in der Türkei und die Slawen in Bulgarien, die sich zum Christentum bekennen. „Der Griechen hat sich ein Geist der Forschung und Unabhängigkeit bemächtigt, der, im Zusammenhang mit ihrem Handelsverkehr mit den freien Staaten Europas, die russische Regierung sehr bestürzt machte. Noch ein anderer Anlaß war dazu vorhanden, nämlich die Verbreitung des Protestantismus unter den Christen des Orients. Dem Einfluß und den Lehren amerikanischer Missionare ist es hauptsächlich zuzuschreiben, wenn kaum eine bedeutendere Stadt in der Türkei existiert, in der nicht bereits der Kern einer prote-

stantischen Gemeinde vorhanden ist. (Ein weiterer Grund für die amerikanische Intervention.) Der griechische Klerus, hinter dem die russische Mission stand, tat alles, was in seiner Macht stand, um diese Bewegung zu hemmen, und als alle Verfolgung sich als zwecklos erwies, erschien Fürst Menschikoff in Konstantinopel. Rußlands feste Absicht war, den Geist der religiösen und politischen Unabhängigkeit auszurotten, der sich in den letzten Jahren bei den christlichen Untertanen der Pforte zu äußern begann."

Im Hinblick auf die Errichtung eines sogenannten griechischen Reichs in Konstantinopel, konstatierte Mr. Layard, der selbstverständlich von Griechen nur zum Unterschied von den Slawen spricht, daß es kaum 1750000 Griechen gäbe; daß Slawen und Bulgaren seit Jahren aufs eifrigste bestrebt sind, jede Verbindung mit ihnen abzubrechen, indem sie sich weigern, Priester griechischer Nation als Geistliche und Bischöfe bei sich zuzulassen; daß die Serben sich ein eigenes Patriarchat schufen an Stelle desjenigen in Konstantinopel; und daß es die Türkei an Rußland ausliefern hieße, wenn sich die Griechen in Konstantinopel festsetzten.

Im Hause erhoben sich Stimmen, die erklärten, es sei ohne Bedeutung, ob Konstantinopel in den Händen Rußlands sei oder nicht; doch Mr. Layard antwortete, wenn Konstantinopel bezwungen sei, so würden alle die großen Provinzen, aus denen die Türkei besteht, wie zum Beispiel Kleinasien, Syrien, Mesopotamien, der Verwirrung und der Anarchie anheimfallen. Die Macht, in deren Hände sie gerieten, würde auch Indien beherrschen. Die Macht, die Konstantinopel besitzt, würde im Orient stets als die weltbeherrschende angesehen werden.

Rußland sähe nun allerdings ein, daß kein europäischer Staat ihm gestatten würde, jetzt von Konstantinopel Besitz zu ergreifen. „Sein Streben geht also vorläufig dahin, alle unabhängigen Nationalitäten in diesem Land unmöglich zu machen, die türkische Gewalt langsam aber sicher zu untergraben und allen jenen, die sich seinen Plänen widersetzen, zu zeigen, daß jeder derartige Widerstand nicht nur nutzlos sei, sondern ihnen seine Rache zuziehen würde. Kurz, es will jede andere Regierung als seine eigene in der Türkei unmöglich machen. Diese Absichten sind ihm dieses Mal vollständig gelungen."

Mr. Layard legte dar, daß die Regierung, trotzdem Fürst Menschikoff einen Geheimvertrag gefordert und trotzdem Rußland große Rüstungen an der Grenze und in Odessa vorgenommen, sich bei den in Peters-

burg abgegebenen Erklärungen und Versicherungen beruhigt und daß sie verabsäumt habe, zu erklären, England und Frankreich würden das Überschreiten des Pruth als einen Casus belli betrachten; auch hätte sie Rußland nicht verboten, ohne Englands Mitwirkung mit der Türkei in Verträge oder Verhandlungen einzutreten.

„Hätten wir diesen Schritt getan, so hätte Rußland niemals gewagt, den Pruth zu überschreiten."

Mr. Layard führte dann aus, daß die Unabhängigkeit der mit Beßarabien vereinigten und von Ungarn gestützten Fürstentümer schließlich das einzige Mittel bilden werde, Konstantinopel vor den Russen zu schützen und die große slawische Rasse in zwei Teile zu teilen. Er ist der Ansicht, daß Rußland die Fürstentümer räumen wird. „Rußland wird es nicht der Mühe wert finden, wegen dieser Provinzen, die ihm eigentlich schon ganz und gar gehören, sich mit den Großmächten Europas in einen Krieg einzulassen. Rußland hat den Preis eines blutigen und kostspieligen Feldzugs eingeheimst, ohne einen Schuß abzufeuern; es hat seine Macht im Orient befestigt, hat die Türkei gedemütigt, hat sie dazu gezwungen, große Kriegskosten aufzubringen, und hat ihre Hilfsmittel völlig erschöpft; aber, was noch mehr bedeutet: es hat die Türkei und Frankreich in den Augen der eigenen Untertanen und der Völker des Orients herabgesetzt."

Die von der Wiener Konferenz entworfene Note wird das Ergebnis haben, daß, „wenn die Pforte ihr nicht nachkommt, Rußland den Spieß gegen uns wenden und uns zu seinem Bundesgenossen gegen die Türkei machen wird, um sie zu zwingen, einen ungerechten Vorschlag anzunehmen. Nimmt die Pforte an, so hat England indirekt das Recht Rußlands sanktioniert, sich in die Angelegenheiten von zwölf Millionen Christen, Untertanen der Pforte einzumischen. . . . Wie wir uns auch zu der Frage stellen, eines ist klar, wir sind dabei ins Hintertreffen geraten, während Rußland allein die erste Geige spielt. . . . Wir hatten eine vielleicht niemals wiederkehrende Gelegenheit, diese große Orientfrage in anständiger Weise zu lösen. . . . Statt dessen ließ man Rußland einen Streich führen, von dem sich die Türkei nie mehr erholen wird. . . . Bei diesem Ergebnis der Politik unseres Landes wird es jedoch nicht bleiben. Schweden, Dänemark und alle schwachen Staaten Europas, die bisher auf den Charakter unseres Landes vertrauten, werden einsehen, daß es von nun an nutzlos ist, sich gegen die Übergriffe Rußlands zu wehren."

Hierauf machte Sir John Pakington einige Bemerkungen, die als bestimmte Erklärung der Tory-Opposition von Wichtigkeit waren. Er bedauerte, daß Lord John Russell dem Hause und der Bevölkerung keine befriedigenderen Mitteilungen zu machen habe. Er versicherte die Regierung, daß ihr Entschluß, die Räumung der Fürstentümer als Conditio sine qua non zu erachten, „nicht nur die Unterstützung dieses Hauses, sondern auch die fast einstimmige Unterstützung des Volkes in diesem Lande finden werde". Bis die Dokumente veröffentlicht seien, müsse er mit seinem Urteil über die Politik zurückhalten, die der Türkei geraten habe, die Besetzung der Fürstentümer nicht als Casus belli zu betrachten, die nicht schon früher kräftiger und entscheidender eingegriffen habe und die die Interessen der Türkei und Englands und ihres Handels durch sechs Monate lang hingezogene Verhandlungen schädigte und in der Schwebe hielt.

Lord Dudley Stuart schwelgte in einer seiner gewohnten demokratischen Deklamationen, die sicher für den Redner erbaulicher sind als für den Hörer. Seine geschwollenen Phrasen sind wie aufgeblasene Ballons: drückt man sie zusammen, so hat man nichts in der Hand, nicht einmal die Luft, die aus ihnen etwas machte. Dudley Stuart wiederholte nochmals die schon so oft wiederholten Behauptungen über die Verbesserungen in der Türkei und über die größere Freisinnigkeit der Regierung des Sultans in puncto Religion und Handel im Vergleich zu der Rußlands. Mit Recht sagte er, man dürfe sich des Friedens nicht rühmen, solange noch die unglücklichen Einwohner der Donaufürstentümer unter den Greueln des Krieges schmachteten. Europa solle die Bewohner dieser Provinzen gegen die fürchterliche Unterdrückung schirmen, deren Opfer sie jetzt seien. An der Hand von Tatsachen aus der Parlamentsgeschichte wies er nach, daß die Mitglieder des Hauses das Recht hätten, Reden zu halten, auch wenn noch Verhandlungen im Gange wären. Nichts vergaß er von alledem, was jedem getreuen und beständigen Leser der Daily News geläufig ist. In seiner Rede waren zwei „Pointen": Obgleich die Erklärung des edlen Lords (J. Russell) nicht sehr weitgehend war, denn er hatte dem Hause nichts gesagt, was es nicht schon vorher wußte, so müsse man leider doch gerade aus dem, was er unterdrückte, zu dem Schlusse kommen, „daß der edle Lord etwas begangen habe, dessen er sich schämen müsse". Der Earl von Aberdeen „habe zwar gesagt, daß der Frieden zum großen Nutzen

für Europas Freiheit und Gedeihen dreißig Jahre lang erhalten worden sei, aber er (Dudley Stuart) leugne, daß die Freiheit Europas Nutzen von dem Frieden gehabt hätte. Wo, frage er, stünde Polen? Wo Italien? Wo Ungarn? Und wo erst Deutschland?" Von seinem eigenen Redefluß, der verhängnisvollen Mitgift solcher Redner dritter Garnitur, hingerissen, fand der demokratische Lord kein Ende, bis er von den Despoten des Kontinents zur eigenen Monarchie gelangt war, „die im Herzen ihrer Untertanen throne".

Mr. M. Milnes, ein ministerieller Vasall, auf dessen Stirn geschrieben steht, „sprich nur von ihm als einem Leibeigenen", wagte nicht, eine entschieden ministerielle Rede zu halten. Seine Rede war aus einerseits und andererseits zusammengesetzt. Einerseits fand er, daß die Minister, indem sie dem Hause die Dokumente vorenthielten, „sehr klug und vorsichtig handelten"; andererseits gab er ihnen zu verstehen, es wäre „energischer und tatkräftiger" gewesen, wenn sie anders gehandelt hätten. Einerseits dachte er, die Regierung hätte recht gehabt, sich den Forderungen Rußlands zu unterwerfen; andererseits schien es ihm fraglich, ob die Regierung nicht bis zu einem gewissen Grade die Türkei zur Verfolgung einer Politik ermutigt habe, der sie nicht gewachsen war usw. usw. Er fand schließlich heraus, „je mehr er über diese Dinge nachdenke, desto außerordentlicher wären die Schwierigkeiten, die sie seinem Verstand böten" — und je weniger er von diesen Dingen verstehe, desto besser verstände er die zuwartende Haltung der Regierung.

Nach der Schaukelpolitik und der Hilflosigkeit des Mr. Monckton Milnes erschien uns die derbe Gradheit des Mr. Muntz, des Vertreters von Birmingham und eines der Hauptmatadore des Reformparlaments von 1831, wahrhaft erfrischend. „Der Kaiser von Rußland wußte, daß dieses Land sich durch nichts zu einem Kriege würde treiben lassen, siehe Polen, siehe Ungarn. Die Lage des Landes erscheine ihm, was die Beziehungen nach außen anlangt, sehr tadelnswert und höchst unbefriedigend. Auch glaube er, daß das englische Volk sich herabgewürdigt fühle und daß jedes Gefühl für Ehre sich bei der Regierung in Rücksicht auf Livre Sterling, Schillinge und Pence aufgelöst habe. Die Regierung beschäftige sich einzig und allein mit der Frage, was ein Krieg kosten würde und ob er den verschiedenen Kaufleuten des Landes gelegen käme." Da Birmingham zufällig der Mittelpunkt der Waffenfabrikation ist und die Bevölkerung vom Verkauf von Gewehren lebt,

so höhnen die Birminghamer natürlich über die baumwollene Friedensbruderschaft von Manchester.

Mr. Blackett, der Abgeordnete von Newcastle on Tyne, glaubte nicht, daß die Russen die Fürstentümer räumen werden. Er warnt die Regierung, „sich nicht von irgendwelchen dynastischen Sympathien oder Antipathien leiten zu lassen".

Von allen Seiten und von den Vertretern jeder Richtung bedrängt, saßen die Minister still, traurig, niedergeschlagen und gebrochen da, als sich plötzlich Richard Cobden erhob, um sie zu beglückwünschen, daß sie Anhänger seiner Friedenslehre geworden seien. Und nun wendete er diese seine Lehrsätze auf den vorliegenden Fall an, wobei er den ganzen witzigen Scharfsinn, die schöne Aufrichtigkeit des Monomanen und alle Widersprüche des Ideologen und die ganze berechnende Feigheit des Krämers entwickelte. Er verkündete laut die offenen Taten des Ministeriums, die schweigende Zustimmung des Parlaments und wie die herrschenden Klassen es gewesen seien, die die Taten der Minister und die Zustimmung des Parlaments erst ermöglicht hatten. Die Furcht vor dem Krieg flößte ihm zum erstenmal so etwas wie historische Ideen ein. Er verriet das Geheimnis der Bourgeoispolitik und wurde dafür als Verräter verstoßen. Er hielt der englischen Bourgeoisie schonungslos den Spiegel vor, und da das Bild durchaus nicht schmeichelhaft war, wurde er ganz schmählich ausgezischt. Er war inkonsequent, aber in seiner Inkonsequenz selbst war er konsequent. Lag es etwa an ihm, wenn die herkömmlichen stolzen Phrasen der aristokratischen Vergangenheit mit den kleinmütigen Tatsachen der börsenspielenden Gegenwart nicht harmonierten?

Er begann mit der Erklärung, daß es in der Frage selbst keine Meinungsverschiedenheiten gäbe. „Dennoch herrsche wegen der türkischen Angelegenheit offenbar große Beunruhigung." Warum das? Im Laufe der letzten zwanzig Jahre habe sich die Überzeugung immer mehr befestigt, daß die europäischen Türken eigentlich Eindringlinge in Europa seien; daß ihre Heimat nicht Europa, sondern Asien sei; daß in zivilisierten Staaten der Mohammedanismus nicht existieren könne; daß wir nicht imstande wären, die Unabhängigkeit eines Landes zu erhalten, das nicht fähig wäre, sie selbst zu bewahren, und daß es eine Tatsache sei, daß auf jeden Türken in der Europäischen Türkei drei Christen kämen. „Wir dürften keine Politik verfolgen, durch die der Türkei in

Europa ihre Unabhängigkeit gegenüber Rußland gesichert wird, es sei denn, die große Masse der Bevölkerung teilte mit uns den Wunsch, eine andere Macht an der Besitznahme dieses Landes zu verhindern. . . . Ohne Zweifel dürften wir unsere Flotte nach der Besikabai senden und die Russen fernhalten, denn Rußland werde mit einer Seemacht nicht in Konflikt geraten wollen; wir würden jedoch nur die enormen Rüstungen dadurch ins Endlose fortsetzen, ohne die Orientfrage dabei zu lösen. . . . Die Frage ist, was geschieht mit der Türkei und ihrer christlichen Bevölkerung? Der Mohammedanismus kann nicht erhalten bleiben, und wir würden es sehr bedauern, wenn wir sehen müßten, daß unser Land für den Mohammedanismus in Europa sich engagiert." Lord Dudley Stuart habe davon gesprochen, daß die Türkei wegen des Handels erhalten werden müsse. Er (Cobden) würde nie wegen eines Handelsvertrags Krieg führen. Er hielte die Grundsätze des Freihandels für viel zu mächtig, als daß man erst für sie Krieg führen müßte. Der Export nach der Türkei sei überschätzt worden. Nur das wenigste davon werde in den Ländern unter türkischer Herrschaft konsumiert. „Den ganzen Handel, den wir im Schwarzen Meere trieben, verdankten wir dem Vordringen Rußlands an der türkischen Küste. Wir bekämen unser Getreide und unseren Flachs jetzt nicht von der Türkei, sondern von Rußland. Und würde Rußland uns seinen Hanf, sein Korn, sein Unschlitt nicht ebenso gern schicken, wenn es auch auf die Türkei irgendwelche Angriffe machte? Wir trieben mit Rußland Handel in der Ostsee. . . . Welche Aussichten böte uns der Handel mit der Türkei? . . . Das sei ein Land ohne Straßen. Das russische sei das bessere Handelsvolk. Schauen wir nur nach St. Petersburg mit seinen Kais, Werften und Speichern. . . . Was für ein nationales Bündnis könnten wir also mit einem Lande wie die Türkei schließen? . . . Es werde auch vom Gleichgewicht der Mächte gesprochen. Das sei eine politische Seite der Frage. . . . Sehr viel werde geredet über die Macht Rußlands und über die Gefahr, die für England daraus entstünde, wenn Rußland die Länder am Bosporus okkupierte. Ach, was für ein Wahnwitz sei es, davon zu reden, Rußland werde kommen, um in England einzudringen! Rußland könnte kein Heer über seine eigenen Grenzen führen, ohne in Westeuropa eine Anleihe aufzunehmen. . . . Ein so armes Land, das mit England verglichen eigentlich nichts anderes sei als ein Haufen zusammengewürfelter Dörfer, ohne Kapital und ohne Hilfsmittel, könne niemals kommen, um

uns oder Frankreich oder Amerika etwas anzuhaben. . . . England sei zehnmal mächtiger, als es je vorher gewesen, und zehnmal mehr imstande, den Angriffen eines Landes wie Rußland Widerstand zu leisten."

Und nun verweilte Cobden dabei, wie unvergleichlich größer die Gefahren eines Krieges für England in seiner jetzigen Lage wären als in früheren Zeiten. Die industrielle Bevölkerung Englands sei sehr gewachsen. Wir sind viel abhängiger vom Export unserer Produkte und vom Import an Rohmaterial geworden. Wir besitzen nicht länger mehr das Industriemonopol. Seit der Aufhebung der Navigationsakte muß England die Weltkonkurrenz nicht nur für die Schiffahrt, sondern auch in allen anderen Dingen aushalten. „Kein Hafen würde mehr zu leiden haben als der von ihm vertretene, das gäbe er Herrn Blackett zu bedenken. Die Regierung hätte klug daran getan, auf das Geschrei gedankenloser Menschen nicht zu hören. . . . Den Willen, die Unverletzlichkeit der Türkei zu erhalten, tadle er nicht, denn das sei vererbte traditionelle Politik. . . . Der heutigen Regierung werde es hoch angerechnet werden, so friedliebend gewesen zu sein, als es die Bevölkerung ihr nur zu sein gestattete."

Richard Cobden war der echte Held des Dramas und teilte als solcher das Schicksal aller wahren Helden — er war tragisch. Aber dann kam der falsche Held, der Nährvater aller Täuschungen, der Mann der eleganten Lüge und der höfischen Versprechungen, das Mundstück für all die tapferen Worte, die man ausruft, wenn man davonläuft: Lord Palmerston. Dieser alte erfahrene und ränkevolle Debatter sah auf den ersten Blick, daß der Schuldige dem Urteilsspruch entgehen könnte, wenn er seinen Anwalt verleugnete. Er sah, daß das von allen Seiten angegriffene Ministerium den Spieß umdrehen konnte, wenn es sich in einem glänzenden Ausfall gegen den einzigen Menschen wendete, der gewagt hatte, es zu verteidigen, und wenn es die einzigen Gründe preisgab, die möglicherweise als Entschuldigung für seine Politik hätten gelten können. Nichts leichter, als Cobdens Widersprüche aufzuzeigen. Er hatte damit begonnen, seine vollste Übereinstimmung mit den früheren Rednern auszusprechen, und hatte damit geendet, daß er in jedem Punkt von ihnen abwich. Er hatte die Unverletzlichkeit der Türkei verteidigt und dann alles getan, um zu zeigen, daß sie keine Verteidigung verdiene. Er, der Friedensapostel, hatte die Angriffe Rußlands gutgeheißen. Rußland sei schwach, aber ein Krieg mit Rußland würde für England un-

fehlbaren Ruin bedeuten. Rußland sei zwar nur ein Konglomerat von Dörfern, aber da Konstantinopel eine schönere Stadt als St. Petersburg sei, so sollte Rußland berechtigt sein, beide zu besitzen. Er war Freihändler, zog aber das russische Schutzzollsystem dem türkischen Freihandel vor. Mochte die Türkei die von ihr importierten Waren selbst konsumieren oder nur den Kanal für ihre Durchfuhr nach anderen Teilen Asiens bilden, war es für England gleichgültig, ob der freie Zugang zu ihr fortdauerte? Mr. Cobden, der warme Verteidiger des Prinzips der Nichtintervention, wolle jetzt durch Parlamentsbeschlüsse die Geschicke der Mohammedaner, Griechen, Slawen und anderen Rassen des Türkischen Reiches bestimmen. Und nun übertrieb Lord Palmerston die Fortschritte, die die Türkei gemacht, und die Macht, die ihr zu Gebote stand. „Die Türkei, es ist wahr, hat kein Polen und kein Sibirien." Da aber die Türkei so stark sei, so müsse sie es sich nach Lord Palmerston natürlich gefallen lassen, daß Rußland einige ihrer Provinzen besetzte. Ein starkes Reich kann alles aushalten. Und nun bewies Lord Palmerston Herrn Richard Cobden, daß auch nicht ein vernünftiger Grund dazu vorhanden war, so vorzugehen, wie Lord Palmerston und seine Kollegen es getan hatten, und nachdem brausender Beifall seine Ausführungen gelohnt hatte, durfte der alte Gaukler sich mit den Worten auf seinen Platz begeben: „Es gereicht mir zur Befriedigung, daß die Türkei in sich selbst die Elemente zum Leben und Gedeihen trägt, und ich glaube, daß die von Ihrer Majestät Regierung verfolgte Politik eine vernünftige ist, die den Beifall des Landes verdient und die weiterzuverfolgen die Pflicht jeder englischen Regierung sein wird." (Beifall.) Palmerston tat sich durch „furchtsame Heldenhaftigkeit" hervor, wie Shakespeare es nennt. Er zeigte, wie Sidney sich ausdrückt, „eine ängstliche Kühnheit, die beherzt das tun möchte, von dem sie weiß, daß sie nicht wisse, wie es tun".

Palmerston.

I.

People's Paper, 22. Oktober 1853.

Ruggiero wird immer und immer wieder durch die falschen Reize Alcinens gefesselt, hinter denen sich doch, wie er weiß, eine alte Hexe verbirgt — „zahnlos, augenlos, geschmacklos, bar jedes Reizes" — und der fahrende Ritter verliebt sich immer wieder aufs neue in sie, trotzdem er weiß, daß sie alle ihre früheren Anbeter in Esel und andere Tiere verwandelt hat. Das englische Publikum ist ein neuer Ruggiero und Palmerston eine neue Alcine. Er bringt es fertig, immer als Neuheit zu wirken, obgleich er ein Siebziger ist und seit 1807 fast ununterbrochen auf der politischen Bühne agiert, und immer wieder Hoffnungen zu erwecken, die sich sonst nur an einen unerprobten, vielversprechenden Jüngling knüpfen. Steht er auch schon mit einem Fuß im Grabe, so erwartet man noch immer, er werde seine eigentliche Karriere erst beginnen. Stürbe er morgen, so würde ganz England darüber staunen, daß er dieses halbe Jahrhundert lang Minister war.

Ist er auch als Staatsmann nicht jeder Aufgabe gewachsen, so doch als Schauspieler jeder Rolle. Das komische wie das heroische Fach, das Pathos und der familiäre Ton, die Tragödie wie die Farce liegen ihm gleich gut; die letztere mag seinem Gefühl allerdings besser entsprechen. Er ist kein erstklassiger Redner, aber ein vollendeter Debatter. Er besitzt ein wundervolles Gedächtnis, große Erfahrung, feinsten Takt, nie versagende Geistesgegenwart, vornehme Schmiegsamkeit und ist der genaueste Kenner aller parlamentarischen Tricks, Intrigen, Parteien und Männer, so daß er die schwierigsten Fälle auf höchst elegante Art mit angenehmer Nonchalance zu behandeln versteht, indem er dabei auf die Vorurteile und die Empfänglichkeit seines Publikums spekuliert. Seine zynische Frechheit schützt ihn vor jeder Überrumplung, seine selbstsüchtige Geschicklichkeit vor jedem Selbstverrat, seine große Frivolität, seine vollkommene Gleichgültigkeit, seine aristokratische Geringschätzung vor der Gefahr, jemals heftig zu werden. Durch seinen feinen Witz weiß er sich bei jedermann beliebt zu machen. Und da er unter allen Umständen seine Ruhe bewahrt, so ziehen seine leidenschaftlicheren Gegner den kürzeren.

Wenn er einen Gegenstand nicht beherrscht, so versteht er doch mit ihm zu spielen. Und wenn ihm allgemeine Gesichtspunkte fehlen, so besitzt er dafür die nie versagende Fertigkeit, ein ganzes Gewebe aus eleganten Gemeinplätzen herzustellen.

Sein rastloser, unermüdlicher Geist verabscheut die Untätigkeit und sehnt sich, wenn schon nicht nach Tätigkeit, so doch nach Aufregung. Ein Land wie England bietet ihm natürlich Gelegenheit, sich in jedem Winkel der Welt zu betätigen. Er strebt weniger den Erfolg selbst als den Schein des Erfolgs an. Kann er nichts tun, so will er wenigstens etwas ersinnen. Wo er nicht einzugreifen wagt, da spielt er wenigstens den Vermittler. Ist er unfähig, sich mit einem starken Feind zu messen, so schafft er sich einen schwachen. Er ist nicht der Mann für großangelegte Pläne, weitschauende Entwürfe, er verfolgt kein großes Ziel, sondern verwickelt sich nur in Schwierigkeiten, um sich demonstrativ wieder aus ihnen herausziehen zu können. Er braucht Komplikationen, um nicht untätig zu sein, und findet er sie nicht vor, so schafft er sich sie künstlich. Er schwelgt in Scheinkonflikten, Scheinkämpfen, Scheingegnern, in diplomatischen Notenwechseln, in Befehlen zur Ausfahrt von Schiffen, bis sich endlich das ganze Getriebe in heftigen Parlamentsdebatten auflöst, die ihm einen Eintagsruhm einbringen, der für ihn das ständige und einzige Ziel seiner Bestrebungen bildet. Internationale Konflikte dirigiert er wie ein Künstler, treibt die Dinge bis zu einem gewissen Höhepunkt, und drohen sie dann allzu ernsthaft zu werden, so zieht er sich zurück, da er doch auf alle Fälle die dramatische Erregung ausgekostet hat, die ihm unentbehrlich ist. In seinen Augen ist die Bewegung der Weltgeschichte selbst nichts anderes als ein Zeitvertreib, der ausschließlich zum Privatvergnügen des edlen Viscount Palmerston von Palmerston erfunden wurde.

Er, der in der Tat sich fremdem Einfluß beugt, widersetzt sich ihm in Worten. Als Erbschaft von Canning übernahm er Englands Mission, den Konstitutionalismus auf dem Kontinent zu propagieren, daher fehlt es ihm nie an einem Anlaß, die nationalen Vorurteile zu reizen, der Revolution im Ausland entgegenzuarbeiten und gleichzeitig die argwöhnische Eifersucht der fremden Mächte zu erregen. Nachdem es ihm auf diese bequeme Weise gelungen, zum bête noire aller Höfe des Kontinents zu werden, wurde es ihm ein leichtes, gleichzeitig zu Hause als der einzige echt englische Minister zu gelten. Obgleich seiner Abstammung nach ein Tory, hat er es doch fertig gebracht, in die Verwaltung aller

auswärtigen Angelegenheiten all den widerspruchsvollen Lug und Trug einzuführen, der die Quintessenz des Whiggismus bildet. Er weiß eine demokratische Phraseologie mit oligarchischen Ansichten wohl zu vereinen, weiß die Politik des Friedensschachers der Bourgeoisie gut hinter der stolzen Sprache des aristokratischen Engländers aus alter Zeit zu verbergen; versteht es, als Angreifer zu erscheinen, wo er kneift, und als Verteidiger, wo er verrät; weiß einen scheinbaren Feind schlau zu schonen und einen angeblichen Bundesgenossen zur Verzweiflung zu bringen, versteht es, im entscheidenden Moment des Streites auf der Seite des Stärkeren gegen den Schwachen zu sein und im Davonlaufen noch mit großen, tapferen Redensarten um sich zu werfen.

Eine Partei klagt ihn an, im Solde Rußlands zu stehen; die andere verdächtigt ihn des Karbonarismus. Hatte er sich 1848 gegen die Anklage der Pflichtverletzung verteidigen müssen, weil er wie ein Minister des Zaren Nikolaus gehandelt hatte, so hatte er dafür 1850 die Genugtuung, sich von einer ganzen Verschwörung fremder Botschafter verfolgt zu sehen, die im Oberhaus den Sieg gegen ihn davontrugen, jedoch im Unterhaus zurückgewiesen wurden. Wenn er fremde Völker verriet, tat er es mit der größten Höflichkeit, wie denn Höflichkeit überhaupt die kleine Münze des Teufels ist, mit der er die Dummen bezahlt, die ihm ihr Herzblut dahingeben. Stets konnten die Unterdrücker auf seine Hilfe zählen; an die Unterdrückten jedoch verschwendete er seinen großen Aufwand an rednerischer Großmut. Ob es nun Polen, Italiener, Ungarn, Deutsche zu überwältigen galt, er war stets dienstbereit zur Stelle; und dennoch verdächtigten ihn deren Unterdrücker der geheimen Konspiration mit den Opfern, die sie mit seiner Erlaubnis gemeuchelt hatten. Bisher hatte in allen Fällen die wahrscheinlichste Aussicht auf Erfolg derjenige, der ihn zum Gegner hatte; seine Freundschaft bedeutete bis jetzt stets die Aussicht auf sicheren Ruin. Tritt aber auch seine diplomatische Kunst in den wirklichen Erfolgen seiner Auslandspolitik nicht eben glänzend zutage, so erglänzt sie um so leuchtender in der Auslegung, die er dem englischen Volk von ihr beibringt, so daß es Phrasen für Tatsachen, Phantastereien für Realitäten hält und hochtrabende Vorwände niedriger Motive akzeptiert.

Henry John Temple, Viscount von Palmerston, dessen Titel aus einer englischen Pairschaft stammt, wurde 1807 bei der Bildung des Ministeriums des Herzogs von Portland zum Lord der Admiralität ernannt.

1809 wurde er Kriegsminister und blieb auf diesem Posten bis zum Mai 1828. 1830 ging er in äußerst geschickter Weise zu den Whigs über, die ihn dauernd zu ihrem Minister für auswärtige Angelegenheiten machten. Die Intervallen ausgenommen, in denen die Tories regierten, das ist vom November 1834 bis April 1835 und von 1841 bis 1846, ist er verantwortlich für die ganze auswärtige Politik Englands seit der Revolution von 1830 bis zum Dezember 1851.

Muß es uns nicht sehr merkwürdig berühren, diesen Don Quichotte der „freiheitlichen Gesetzgebung", diesen Pindar „der Herrlichkeiten des konstitutionellen Systems" in den Zeiten eines Perceval, eines Earl of Liverpool, eines Canning, eines Lord Goderich, eines Herzogs von Wellington als ständiges und vornehmes Mitglied dieser Torykabinette zu sehen? In den Zeiten, in denen der Antijakobiner Krieg geführt, die Riesenschuld kontrahiert, die Kornzölle erlassen wurden, wo sich fremde Söldlinge auf englischem Boden einnisteten, wo dem Volk, um einen Ausdruck von Palmerstons Kollegen Lord Sidmouth zu gebrauchen, von Zeit zu Zeit zur Ader gelassen, wo die Presse geknebelt, Versammlungen verboten, die Masse des Volkes entrechtet, die persönliche Freiheit zugleich mit der ordentlichen Rechtsprechung aufgehoben, das ganze Land in eine Art Belagerungszustand versetzt wurde, mit einem Wort, während der infamsten und reaktionärsten Epoche der englischen Geschichte?

Sein Debüt im parlamentarischen Leben war ganz charakteristisch. Am 3. Februar 1808 nahm er das Wort, um — was? — zu verteidigen: die Geheimhaltung diplomatischer Verhandlungen und die schmachvollste Handlung, die je eine Nation gegen eine andere beging, nämlich das Bombardement Kopenhagens und die Wegnahme der dänischen Flotte zu einer Zeit, wo England beteuerte, sich im tiefsten Frieden mit Dänemark zu befinden. Zu dem ersten Punkt äußerte er sich, „in diesem besonderen Fall seien die königlichen Minister — durch wen? — zur Geheimhaltung verpflichtet". Er ging jedoch weiter und erklärte: „Ich bin auch im allgemeinen dagegen, daß die Wirksamkeit der Diplomatie an die Öffentlichkeit gebracht wird, denn solche Enthüllungen bringen die Gefahr mit sich, die Quellen späterer Informationen zu verstopfen." Vidocq hätte dieselbe Sache mit denselben Worten verteidigt. Und was den Piratenstreich anlangt, so gab er wohl zu, daß Dänemark keinerlei Feindseligkeit gegen Großbritannien gezeigt habe, behauptete aber dennoch, England sei im Recht gewesen, die Hauptstadt Dänemarks zu bombardieren und dessen

Flotte zu stehlen, denn man mußte verhindern, daß sich die dänische Neutralität vielleicht unter französischem Zwang in offene Feindseligkeit verwandle. Dies war das neue Völkerrecht, verkündet durch Mylord Palmerston.

Die nächste rednerische Leistung dieses englischen Ministers par excellence gilt des langen und breiten der Verteidigung der ausländischen Truppen, die vom Kontinent nach England ausdrücklich zu dem Zweck herbeigerufen waren, mit Gewalt das oligarchische Regime aufrechtzuerhalten, zu dessen Begründung Wilhelm im Jahre 1688 mit seinen Truppen aus Holland herübergekommen war. Als wohlbegründete „Befürchtungen für die Freiheiten des Landes“ geäußert wurden, die aus der Anwesenheit dieser deutschen Legion des Königs entsprängen, reagierte Palmerston in höchst leichtfertiger Weise darauf. Warum sollten wir nicht 16000 Fremde im Land haben, wo es doch bekannt ist, daß „wir eine weit größere Anzahl solcher Fremder im Ausland“ verwenden? (Unterhaus, 10. März 1812.)

Als ähnliche Befürchtungen für die Konstitution wegen der seit 1815 aufrechterhaltenen großen stehenden Armee laut wurden, sah er „einen genügenden Schutz für die Konstitution gerade in der Zusammensetzung unserer Armee“, deren Offiziere größtenteils „Leute von Stand und Vermögen“ seien. (Unterhaus, 8. März 1816.)

Als ein großes stehendes Heer vom finanziellen Standpunkt aus bekämpft wurde, machte er plötzlich die merkwürdige Entdeckung, daß „viele unserer finanziellen Verlegenheiten durch unsere frühere niedrige Friedenspräsenz verursacht worden seien“. (Unterhaus, 8. März 1816.)

Wenn ihm „die Belastung des Landes“ und „das Elend des Volkes“ und im Gegensatz dazu die verschwenderischen Militärausgaben entgegengehalten wurden, so erinnerte er das Parlament daran, daß diese Belastung und dieses Elend „der Preis seien, für den wir (das heißt die englische Oligarchie) uns bereit erklärten, unsere Freiheit und Unabhängigkeit zu erkaufen“. (Unterhaus, 16. Mai 1821.)

In seinen Augen war militärischer Despotismus nicht zu befürchten, außer als Folge des Eifers „jener irregeführten Leute, die sich selbst Reformer nennen und eine Art Reform für das Land fordern, deren Durchführung nach den elementarsten Regeln des Staatslebens in einem militärischen Despotismus enden müßte“. (Unterhaus, 14. Juni 1820.)

Sah er in großen stehenden Heeren das Allheilmittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Lande, so sah er in der Prügelstrafe das

Allheilmittel zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Heere. Er verteidigte die Prügelstrafe in den Debatten über das Armeegesetz am 5. März 1824; er erklärte sie für „absolut unentbehrlich“ am 11. März 1825; er empfahl sie aufs neue am 10. März 1828; er setzte sich in den Debatten im April 1833 für sie ein und hat sich auch bei jeder späteren Gelegenheit als Anhänger der Prügelstrafe erwiesen.

Es gab keinen Mißbrauch in der Armee, den er nicht mit guten Gründen zu beschönigen wußte, wenn zufällig durch ihn die Interessen aristokratischer Parasiten gefördert wurden. Siehe die Debatten über den Verkauf der Offizierstellen. (Unterhaus, 12. März 1828.)

Lord Palmerston liebt es, mit seinen steten Bemühungen um die Einführung der Religionsfreiheit zu paradieren. Aber er stimmte gegen Lord Russells Resolution für die Aufhebung der Test- und Korporationsakte. Und warum? Weil er „als eifriger und warmer Freund der Religionsfreiheit“ nicht zugeben konnte, daß die Nonkonformisten von „eingebildeten Übeln befreit würden, während die Katholiken unter wirklichen Mißständen zu leiden hätten“. (Unterhaus, 26. Februar 1828.)

Als Beweis seines Eifers für die Religionsfreiheit teilt er uns mit, daß „er betrübt über die Zunahme der Nonkonformisten sei“. „Es ist mein Wunsch, daß die Staatskirche die herrschende Kirche in diesem Lande sei“, und aus purer Liebe und Sorge um die Religionsfreiheit möchte er „die Staatskirche auf Kosten der Andersgläubigen wachsen sehen“. Der scherzhafte Lord klagt die reichen Nonkonformisten an, daß sie die kirchlichen Bedürfnisse der Ärmeren befriedigen, während „in der englischen Hochkirche nur die Armen allein den Mangel an Raum in den Kirchen zu fühlen bekommen. . . . Es wäre widersinnig, zu verlangen, daß die Armen aus ihren dürftigen Einkommen die Mittel für die Kirchen aufbringen sollten.“ (Unterhaus, 11. März 1825.)

Natürlich wäre es noch widersinniger, zu verlangen, daß die reichen Mitglieder der anglikanischen Staatskirche aus ihren großen Einkommen für die Kirche sorgen sollten.

Sehen wir jetzt zu, worin seine Leistungen für die Emanzipation der Katholiken bestehen. Es ist dies einer der Punkte, in denen er besonderen Anspruch auf die Dankbarkeit der Irländer erhebt.

Ich will nicht bei dem Umstand verweilen, daß er, der sich als Mitglied des Ministeriums Canning für die Emanzipation der Katholiken erklärt hatte, dennoch in das Ministerium Wellington eintrat, das dieser

Emanzipation eingestandenermaßen feindlich gegenüberstand. Betrachtete Lord Palmerston etwa die Religionsfreiheit als eines jener Menschenrechte, in die die Gesetzgebung sich nicht einzumischen habe? Lassen wir ihn selbst sprechen: „Obgleich ich wünsche, daß die Ansprüche der Katholiken berücksichtigt werden, so werde ich doch niemals zugeben, daß diese Ansprüche eine rechtliche Grundlage haben. . . . Nähme ich an, daß die Katholiken ihr Recht forderten, so würde ich mich ein für allemal weigern, in die Kommission einzutreten.“ (Unterhaus, 1. März 1813.)

Und warum widersetzt er sich ihnen, wenn sie ihr Recht fordern?

„Weil die Gesetzgebung eines Landes das Recht hat, einen Teil der Gemeinschaft zu derartiger politischer Rechtlosigkeit zu verurteilen, wenn sie es zur Sicherheit und Wohlfahrt des Ganzen für notwendig hält. . . . Das gehört zu den fundamentalen Grundsätzen, auf denen eine zivilisierte Regierung beruht.“ (Unterhaus, 1. März 1813.)

Hier gesteht er also in höchst zynischer Weise zu, daß die Masse des Volkes eigentlich überhaupt keine Rechte hat, sondern nur jenes Maß von Freiheiten genießen soll, das ihm die Gesetzgebung, das heißt die herrschende Klasse zuzugestehen für gut befindet. Demgemäß erklärt auch Lord Palmerston unumwunden, „die Emanzipation der Katholiken sei nur eine Sache der Gnade und des Wohlwollens“. (Unterhaus, 10. Februar 1829.)

Nur aus Zweckmäßigkeitsgründen ließ er sich also herab, der Rechtlosigkeit der Katholiken Einhalt zu tun. Was aber verbarg sich hinter dieser Zweckmäßigkeit?

Da er selbst einer der großen Grundbesitzer Irlands ist, so wollte er die Täuschung aufrechterhalten, „daß andere Heilmittel für die irischen Leiden als die der Katholiken-Emanzipation unmöglich seien“, die vom Absentismus heilen und sich als ein billiger Ersatz für Armengesetze erweisen werde. (Unterhaus, 19. März 1829.)

Der große Philanthrop, der später die einheimischen Iren von seinen irischen Gütern vertrieb, konnte es nicht ertragen, daß das Elend der Iren auch nur für einen Augenblick den klaren Himmel der Grundherren und Geldherren mit seinen unglückverheißenden Wolken verdüsterte.

„Es ist wahr,“ sagte er, „die Bauernschaft Irlands erfreut sich nicht aller Genüsse, deren die ganze Bauernschaft Englands teilhaftig ist (man bedenke, die Genüsse, die einer Familie mit 7 Schilling die Woche zuteil werden). Dennoch erfreut sich auch der irische Bauer mancher Segnungen.

Er ist mit Brennholz gut versorgt und ist selten (nur an vier Tagen von sechs) ohne Nahrung. (Welcher Segen!) Das sind jedoch noch nicht alle seine Annehmlichkeiten — er besitzt eine weit fröhlichere Gemütsart als sein englischer Leidensbruder." (Unterhaus, 7. Mai 1829.)

Die Erpressungen der irischen Grundbesitzer behandelt er ebenso scherzhaft wie die Freuden der irischen Bauernschaft.

„Man sagt den irischen Grundbesitzern nach, daß sie so hohe Pachtsummen als nur immer möglich erpressen. Meine Herren, ich glaube, das ist nichts Außerordentliches, ganz bestimmt verfahren in England die Grundbesitzer ebenso." (Unterhaus, 7. März 1829.)

Sollen wir also nach alledem noch überrascht sein, daß dieser Mann, der so tief in die Mysterien „der glorreichen englischen Konstitution" und „der Segnungen ihrer freiheitlichen Einrichtungen" eingedrungen ist, das Bestreben hat, diese über den ganzen Kontinent zu verbreiten?

II.

People's Paper. 29. Oktober 1853.

Als die Reformbewegung unwiderstehlich geworden war, verließ Lord Palmerston die Tories und schlich sich in das Lager der Whigs ein. Obzwar er das Entstehen einer Gefahr des militärischen Despotismus weder von der Anwesenheit der deutschen Legion des Königs auf englischem Boden noch von der Erhaltung großer stehender Heere, sondern bloß von den „wohlmeinenden Reformern" befürchtete, so begünstigte er dennoch im Jahre 1828 die Ausdehnung des Stimmrechts auf so große Industrieorte wie Birmingham, Leeds und Manchester. Und warum? „Nicht weil ich ein Freund von Reformen, sondern weil ich ihr abgesagter Feind bin."

Er hatte sich davon überzeugt, daß einige zeitgemäße Konzessionen, die man der üppig emporgeschossenen Industrie mache, das beste Mittel seien, „der Einführung einer allgemeinen Wahlreform" zu entgehen. (Unterhaus, 17. Juni 1828). Einmal Bundesgenosse der Whigs, gab er sich erst gar nicht mehr den Anschein, daß ihre Reformbill beabsichtige, die engen Maschen der venezianischen Konstitution zu durchbrechen, sondern daß sie im Gegenteil nur an deren Befestigung und Stärkung arbeite, indem sie die Bourgeoisie von der Opposition des Volkes trennte.

„Die Empfindungen der Bourgeoisie werden sich ändern und ihre Unzufriedenheit wird sich in Anhänglichkeit an die Konstitution verwandeln,

so daß diese eine mächtige Stärkung und Kräftigung erfahren wird." Die Pairs tröstete er, indem er sie versicherte, daß die Reformbill weder den „Einfluß des Oberhauses" schwächen noch „dessen Einmischung in die Wahlen" aufheben würde. Der Aristokratie sagte er, die Konstitution werde ihren feudalen Charakter nicht einbüßen, denn „die Interessen des Grundbesitzes sind die großen Grundlagen, auf denen das Gebäude der Gesellschaft und die Einrichtungen des Landes beruhen". Ihre Befürchtungen zerstreute er, indem er ironische Anspielungen darauf machte, „daß man uns angeklagt habe, es sei uns mit dem Wunsch, dem Volk eine wirkliche Vertretung zu geben, nicht ernst gewesen", und „daß man behauptet habe, wir wollten bloß der Aristokratie und dem Grundbesitz eine andere Art des Einflusses verschaffen". Er ging sogar so weit, einzugestehen, daß neben den unvermeidlichen Konzessionen an die Bourgeoisie „die Abschaffung des Wahlrechts" (das heißt die Abschaffung des Wahlrechts der alten toryistischen „faulen" zugunsten der neuen Whigkreise) „der leitende und Hauptgrundsatz der Reformbill" sei. (Unterhaus, 24. März 1831 und 14. März 1832.)

Nun aber müssen wir zu den Leistungen des edlen Lords in der auswärtigen Politik zurückkehren.

Als im Jahre 1823 auf Grund der Beschlüsse des Wiener Kongresses eine französische Armee in Spanien einmarschiert war, um die Verfassung dieses Landes zu stürzen und es der erbarmungslosen Rache des bourbonischen Idioten und seines Gefolges von bigotten Mönchen auszuliefern, da sagte sich Lord Palmerston von „allen Donquichottiaden zur Erkämpfung abstrakter Prinzipien" los, da verweigerte er jedes Eintreten für ein Volk, dessen heldenmütiger Widerstand England vor der Übermacht Napoleons gerettet hatte. Die Worte, die er bei diesem Anlaß an seine Gegner von der Whigseite richtete, geben ein treues und lebendiges Bild seiner eigenen auswärtigen Politik, wie er sie verfolgte, seit er zum ständigen Minister des Äußern geworden. Er sagte: „Manche hätten gerne gesehen, wenn wir schon bei den Verhandlungen mit Krieg gedroht hätten, ohne daß wir doch auf den Krieg vorbereitet gewesen wären, wenn die Verhandlungen gescheitert wären. Hätten wir Krieg gesagt und Neutralität gemeint; hätten wir mit einer Armee gedroht und uns dann hinter papierne Akten zurückgezogen; hätten wir in der Stunde ruhiger Überlegung herausfordernd das Schwert geschwungen, um dann am Schlachttag mit einer Handvoll schriftlicher Proteste uns zu begnügen,

so hätten wir uns wie feige Großsprecher benommen und hätten uns zum Gespött und zum Gelächter von ganz Europa gemacht." (Unterhaus, 30. April 1823.)

Endlich sind noch die griechisch-türkischen Verhandlungen zu erwähnen, die Lord Palmerston die erste Gelegenheit verschafften, vor der Öffentlichkeit seine unvergleichlichen Talente als unermüdlicher, unerschütterlicher Anwalt russischer Interessen sowohl im Ministerrat als auch im Unterhaus zu entfalten. Sämtliche Stichworte, über türkische Monstrositäten, griechische Zivilisation, Religionsfreiheit, Christentum usw., die Rußland ausgab, betete er eines nach dem anderen getreulich nach. Als Kriegsminister weist er energisch „jeden Tadel zurück, der den wohlverdienten Admiral Codrington treffen könnte", durch dessen Schuld die türkische Flotte bei Navarino zerstört wurde, obgleich er zugeben muß, „daß diese Schlacht sich gegen eine Macht richtete, mit der wir nicht auf Kriegsfuß stehen", und obgleich „es ein unliebsames Ereignis war". (Unterhaus, 31. Januar 1828.)

Nachdem er dann aus dem Amt geschieden war, eröffnete er jenen langen Angriffsfeldzug gegen Lord Aberdeen, in dem er ihm vorwirft, die Befehle Rußlands nicht schnell genug ausgeführt zu haben.

„Und wo blieb unsere Schnelligkeit und Energie, als es galt, unsere Verpflichtungen gegen Griechenland zu erfüllen? Juli 1829 rückt schon heran, und noch ist der Vertrag vom Juli 1827 nicht erfüllt. . . . Aus Morea allerdings sind die Türken verdrängt. . . . Warum aber wurden die französischen Waffentaten im Isthmus von Korinth gehemmt? . . . Englands engherzige Politik trat dazwischen und hielt sie in ihren Fortschritten auf. . . . Und warum gehen die Mächte mit dem Land nördlich vom Isthmus nicht ebenso um, wie sie es mit dem südlichen Teil taten, und warum besetzen sie nicht gleich alles, was für Griechenland bestimmt sein soll? Ich hätte gedacht, die Verbündeten hätten genug der Unterhandlungen mit der Türkei wegen Griechenland gepflogen." (Unterhaus, 1. Juni 1829.)

Wie allgemein bekannt, widersetzte sich Fürst Metternich zu dieser Zeit den Übergriffen Rußlands, und infolgedessen hatten Rußlands diplomatische Agenten den Auftrag — wie aus den Depeschen des Fürsten Lieven und Pozzo di Borgos erinnerlich sein dürfte —, Österreich als den großen Feind der Emanzipation der Griechen und der europäischen Zivilisation hinzustellen, deren Förderung der ausschließliche Zweck der

russischen Diplomatie war. Der edle Lord folgt natürlich auf dem ihm hier gewiesenen Weg.

„Durch seine engherzigen Ansichten und die unglückseligen Vorurteile seiner Politik hat sich Österreich fast auf das Niveau einer Macht zweiten Ranges begeben." Und infolge der schwankenden Politik Aberdeens ist England „zum Schlußstein jenes Bogens geworden, dessen Bestandteile Miguel und Spanien, Österreich und Mahmud bilden. . . . In der Verzögerung der Ausführung des Julivertrags sieht die Welt weniger die Furcht vor dem türkischen Widerstand als den unüberwindlichen Widerwillen gegen die Freiheit Griechenlands." (Unterhaus, 11. Juni 1829.)

Ein halbes Jahrhundert lang stand eine und dieselbe Phrase dem Vormarsch Rußlands nach Konstantinopel im Weg: die Phrase von der Unantastbarkeit der Türkei, die zur Erhaltung des europäischen Gleichsgewichts notwendig sei. Am 5. Februar 1830 erklärt Palmerston: „Ich widersetze mich einer Politik, die die Integrität des Türkischen Reichs in Europa als ein Objekt hinstellt, das unbedingt notwendig für die Interessen des christlichen und zivilisierten Europas ist."

Immer wieder greift er Aberdeen wegen seiner antirussischen Diplomatie an: „Ich für meine Person bin nicht mit einer Anzahl Depeschen der englischen Regierung einverstanden, die zwar ohne Zweifel angenehm und verbindlich lauten und in allgemeinen Ausdrücken Rußland zu versöhnen sich bemühen, die aber nebenbei starke Ausdrücke der Sympathie Englands für die Türkei enthalten, die, wenn eine daran interessierte Macht sie liest, leicht den Anschein erwecken könnten, als sei viel mehr damit gemeint, als tatsächlich beabsichtigt war. . . ." „Ich sähe es am liebsten, wenn England den festen Entschluß faßte — was auch eigentlich fast der einzig einzuschlagende Weg wäre —, unter keinen Umständen und auf keinen Fall in diesem Krieg die Partei der Türkei zu ergreifen, und diesen Entschluß der Türkei frank und frei mitteilte. . . . Drei Dinge gibt es, die kein Mitleid kennen: die Zeit, das Feuer und der Sultan." . . . (Unterhaus, 16. Februar 1830.)

An dieser Stelle muß ich den Lesern einige historische Tatsachen ins Gedächtnis zurückrufen, um keinen Zweifel darüber walten zu lassen, welcher Art die philhellenischen Gefühle des edlen Lords sind.

Rußland hatte sich Goktschas bemächtigt, eines Streifen Landes am Ufer des Sewangasees (unbestrittener persischer Besitz), und als Preis

für dessen Räumung die Abtretung der persischen Ansprüche auf ein anderes Stück persischen Gebiets, der Landschaft Kapan verlangt.

Als Persien sich nicht fügte, wurde es mit Krieg überzogen, besiegt und gezwungen, im Februar 1828 den Vertrag von Turkomantschai zu unterzeichnen. Dieser setzte fest, daß Persien eine Entschädigung von 2 Millionen Sterling an Rußland zu zahlen und die Provinzen Eriwan und Nakhitschewan, einschließlich der Festungen Eriwan und Abbassabad, abzutreten habe. Diese Vereinbarung sollte, wie Nikolaus ausdrücklich konstatierte, nur dazu dienen, die gemeinsame Grenze durch den Araxes zu bestimmen, was, wie er vorgab, angeblich das einzige Mittel sei, allen späteren Streitigkeiten zwischen den beiden Reichen vorzubeugen. Gleichzeitig aber weigerte er sich, Talysch und Mogan zurückzugeben, die auf dem persischen Ufer des Araxes liegen. Persien mußte sich auch schließlich dazu verpflichten, auf der Kaspischen See keine Flotte zu unterhalten. Das war also die Ursache und das Resultat des Russisch-Persischen Kriegs.

Um Religion und Freiheit der Griechen scherte sich Rußland zu jener Zeit etwa gerade soviel, als sich heute der Gott der Russen um die Schlüssel zum Heiligen Grabe oder zu der berühmten heiligen Kuppel bekümmert. Von jeher war es die traditionelle Politik der Russen gewesen, die Griechen zum Aufstand zu reizen und sie dann der Rache des Sultans zu überlassen. Rußlands Sympathie für die Wiedergeburt von Hellas war eine so tiefe, daß es die Griechen auf dem Kongreß zu Verona als Rebellen behandelte und dem Sultan das Recht zugestand, jede fremde Intervention zwischen ihm und seinen christlichen Untertanen auszuschließen. Noch mehr. Der Zar bot der Pforte an, „er wolle ihr bei der Unterdrückung der Rebellen Hilfe leisten", ein Anerbieten, das selbstverständlich zurückgewiesen wurde. Nach diesem mißlungenen Versuch trat er an die Großmächte mit dem entgegengesetzten Vorschlag heran: „Man möge eine Armee in die Türkei senden, damit sie unter den Wällen Konstantinopels Frieden gebiete." Um dem Zaren durch eine gemeinsame Aktion gewissermaßen die Hände zu binden, schlossen die anderen Großmächte am 6. Juli 1827 in London einen Vertrag mit ihm, durch den sie sich gegenseitig verpflichteten, die Streitigkeiten zwischen dem Sultan und Griechenland wenn nötig mit Waffengewalt beizulegen. Wenige Monate nach der Unterzeichnung dieses Vertrags schloß Rußland mit der Türkei abermals einen Vertrag, den Vertrag von Akkerman, durch den es sich verpflichtete, jede Einmischung in

griechische Angelegenheiten aufzugeben. Dieser Vertrag kam zustande, nachdem Rußland den Kronprinzen von Persien zum Einfall in das Ottomanische Reich bewogen hatte und nachdem es die Pforte mit Beleidigungen überhäuft hatte, um sie zu einem Bruch zu treiben. Nach allen diesen Vorkommnissen präsentierte der englische Gesandte der Pforte die Bedingungen des Londoner Vertrags vom 6. Juli 1827 im Namen Rußlands und der anderen Mächte. Und mit Hilfe der Komplikationen, die aus allen diesen Betrügereien und Lügen entstanden, fand Rußland endlich den Vorwand zu dem Krieg von 1828/29. Dieser Krieg endete mit dem Vertrag von Adrianopel, dessen Inhalt kurz in folgenden Zitaten aus O'Neils berühmter Schrift über den „Fortschritt Rußlands im Osten" wiedergegeben seien:

„Durch den Vertrag von Adrianopel gelangte der Zar in den Besitz von Anapa und Poti und eines bedeutenden Teils der Küste des Schwarzen Meeres, dann eines Teils des Paschaliks von Akhilska mit den Festungen Akhilska und Achalkalaki, ferner der durch die Mündung der Donau gebildeten Inseln. Die Zerstörung der türkischen Festung Georgilusk und seitens der Türkei das Aufgeben des rechten Donauufers auf einige Meilen Entfernung vom Fluß wurde festgesetzt. . . . Viele tausend armenische Familien wurden teils mit Gewalt, teils durch priesterlichen Einfluß aus den türkischen Provinzen in Asien auf zarisches Gebiet getrieben. . . . Seine eigenen Untertanen in der Türkei befreite der Zar von jeder Verantwortlichkeit gegen die Landesbehörden und legte der Pforte unter dem Titel einer Entschädigung für Kriegsausgaben und Handelsverluste eine ungeheure Schuldenlast auf; endlich behielt er die Moldau, Walachei und Silistrien als Pfand für die Bezahlung zurück. . . . Nachdem Rußland durch diesen Vertrag die Türkei zur Annahme des Protokolls vom 22. März gezwungen hatte, wonach sie die Suzeränität über Griechenland und einen jährlichen Tribut von diesem Lande erhalten sollte, gebrauchte es seinen Einfluß, um Griechenland die Unabhängigkeit zu verschaffen. Wirklich wurde Griechenland als unabhängiger Staat erklärt und der Graf Capo d'Istria, russischer Exminister, zum Präsidenten ernannt."

Dies sind die Tatsachen. Sehen wir zu, was Lord Palmerstons Meisterhand für ein Gemälde daraus fabriziert:

„Es ist vollkommen richtig, daß der Russisch-Türkische Krieg aus Vertragsbrüchen und Übergriffen entstand, die sich die Türkei gegen Ruß-

lands Handel und Rußlands Rechte zuschulden kommen ließ." (Unterhaus, 16. Februar 1830.)

Als er zur Inkarnation eines Whigministers für auswärtige Angelegenheiten wurde, kam es noch besser:

„Das edle und tapfere Mitglied des Hauses (Oberst Evans) hat Rußlands Vorgehen so hingestellt, als ob es seit dem Jahre 1815 bis zum heutigen Tage in unveränderlicher Angriffsstellung gegen die übrigen Staaten beharre. Er wies besonders auf die Kriege Rußlands mit Persien und der Türkei hin. Rußland war in keinem der beiden Fälle der Angreifer, und wenn auch eine Gebietsvergrößerung die Folge des Persischen Krieges war, so war das doch nicht von Rußland beabsichtigt gewesen. . . . Auch im türkischen Feldzug war Rußland nicht der Angreifer. Ich will das Haus nicht durch die Aufzählung aller Provokationen ermüden, die sich die Türkei gegen Rußland zuschulden kommen ließ; aber es läßt sich nicht leugnen, daß sie russische Untertanen von ihrem Gebiet verbannte, russische Schiffe festhielt, alle Verfügungen des Vertrags von Akkerman nicht einhielt und, nach gemachten Vorhaltungen, die Sühne dafür verweigerte. Wenn es also je gerechte Gründe für einen Krieg gab, so hatte sie Rußland für den Krieg mit der Türkei. Trotzdem eignete es sich, wenigstens in Europa, kein Gebiet an. Ich weiß wohl, daß gewisse Punkte andauernd besetzt waren (die Moldau und Walachei sind nur Punkte, und die Mündungen der Donau sind nur Lappalien), und daß einige Nebenerwerbungen am Schwarzen Meer in Asien gemacht wurden. Aber Rußland war mit den anderen europäischen Mächten dahin übereingekommen, daß ein Erfolg in diesem Krieg zu keinerlei Gebietserweiterung in Europa führen sollte." (Unterhaus, 7. August 1832.)

Meine Leser werden es jetzt begreifen, wenn Sir Robert Peel dem edlen Lord in öffentlicher Sitzung des Hauses erklärte, „er wisse nicht, wessen Vertreter er eigentlich sei".

III.

People's Paper, 5. November 1853.

Vor kurzem fand in London eine Protestversammlung gegen die Haltung der englischen Gesandtschaft in dem jetzigen Konflikt zwischen Rußland und der Türkei statt; ein Redner, der sich besonders scharf gegen Lord Palmerston wandte, wurde bei dieser Gelegenheit mit einem Ent-

rüstungssturm empfangen und niedergeschrien. Die Versammlung dachte offenbar, daß, wenn Rußland einen Freund im Ministerium habe, es gewiß nicht der edle Lord sei, und hätte zweifellos des Jubels kein Ende gefunden, wenn jemand imstande gewesen wäre, ihr die Ernennung seiner Lordschaft zum Premierminister zu melden.

Dieses erstaunliche Zutrauen zu einem so hohlen, falschen Menschen beweist aufs neue, wie leicht sich das Volk durch glänzende Eigenschaften täuschen läßt, und wie notwendig es ist, diesem arglistigen Feind der menschlichen Freiheit die Maske vom Gesicht zu reißen.

An der Hand der Geschichte der letzten fünfundzwanzig Jahre und gestützt auf die Parlamentsdebatten wollen wir daher fortfahren, die wahre Rolle aufzudecken, die dieser vollendete Schauspieler in dem Drama des modernen Europa spielte.

Der edle Lord ist männiglich als der ritterliche Beschützer Polens bekannt und wird nie verfehlen, seinen schmerzlichen Gefühlen für Polen vor der Deputation Ausdruck zu geben, die ihm alljährlich einmal der gute, biedere, langweilige Dudley Stuart vorführt, jener treffliche Mann, der Reden hält, Resolutionen fabriziert, über Adressen abstimmt, Deputationen anführt, zu jeder Zeit das notwendige Maß von Vertrauen in das notwendige Individuum hat, und der, wenn erforderlich, auch seine drei Hurras auf die Königin ausbringt.

Als Lord Palmerston im November 1830 sein Amt antrat, waren die Polen bereits seit etwa einem Monat unter Waffen. Am 8. August 1831 legte Mr. Hunt dem Hause eine Petition der Westminsterunion zugunsten der Polen vor, die zugleich „die Entlassung Lord Palmerstons aus dem Kabinett Ihrer Majestät“ forderte. Mr. Hume stellte an demselben Tage fest, er entnehme aus dem Schweigen des edlen Lords, daß die Regierung „für die Polen nichts zu tun gedenke und sie auf Gnade und Ungnade den Russen überlassen wolle“. Darauf erwiderte Lord Palmerston, „alle wie immer gearteten Verpflichtungen, die durch bestehende Verträge auferlegt wären, würden jederzeit der Aufmerksamkeit der Regierung sicher sein“. Worin bestanden seiner Meinung nach die Verpflichtungen, die England durch bestehende Verträge auferlegt wurden? Er sagt es uns selbst: „Die Ansprüche Rußlands auf den Besitz von Polen tragen das Datum des Wiener Vertrags“ (Unterhaus, 9. Juli 1833), und dieser Vertrag macht diesen Besitz abhängig von der Einhaltung der polnischen Konstitution durch den Zaren. Aus einer späteren

Rede erfahren wir jedoch, „die bloße Tatsache, daß dieses Land ein Teilhaber am Wiener Vertrag sei, ist noch nicht gleichbedeutend mit Englands Bürgschaft dafür, daß Rußland diesen Vertrag nicht brechen werde". (Unterhaus, 26. März 1834.)

Das heißt man kann für einen Vertrag bürgen, ohne für dessen Einhaltung zu bürgen. Das ist derselbe Grundsatz, den die Mailänder dem Kaiser Barbarossa gegenüber vertraten: „Unseren Eid habt Ihr, aber merkt, wir haben nicht geschworen, ihn zu halten."

In einer Hinsicht war der Wiener Vertrag immerhin zu etwas gut. Er gab der britischen Regierung als einer der vertragschließenden Mächte „das Recht, eine Ansicht über jede Handlung, die einen Bruch jenes Vertrags in sich schloß, zu haben und zu äußern. . . . Die vertragschließenden Mächte des Wiener Vertrags hatten ein Recht zu fordern, daß die Konstitution Polens nicht angetastet werde, und dies war eine Ansicht, die ich der russischen Regierung gegenüber durchaus nicht verhehlt habe. Ich teilte sie dieser Regierung schon anticipando noch vor der Einnahme Warschaus mit und noch ehe das Resultat der Feindseligkeiten bekannt wurde. Ich teilte sie ihr nochmals mit, als Warschau fiel. Die russische Regierung war darüber allerdings anderer Meinung." (Unterhaus, 9. Juli 1833.)

Er hatte also mit Ruhe den Fall Polens antizipiert und die günstige Gelegenheit dazu ausgenützt, eine Ansicht über gewisse Artikel des Wiener Vertrags zu hegen und zu äußern, überzeugt, wie er war, daß der großmütige Zar bloß warte, bis das polnische Volk durch seine bewaffnete Macht gänzlich zerschmettert sei, um dann einer Konstitution zu huldigen, die er mit Füßen getreten hatte, als das Volk noch volle Widerstandskraft besaß. Gleichzeitig klagte der edle Lord die Polen an, „den unerwünschten und seiner Meinung nach nicht zu rechtfertigenden Schritt der Entthronung des Kaisers getan zu haben". (Unterhaus, 9. Juli 1832.)

„Er könne auch versichern, daß die Polen die Angreifer gewesen seien, denn sie hätten den Streit begonnen." (Unterhaus, 7. August 1832.)

Als die Befürchtungen, Polen könne vernichtet werden, immer allgemeiner und beunruhigender wurden, erklärte er, „die Vernichtung Polens sei sowohl moralisch als politisch so vollkommen undurchführbar, daß er glaube, jede Befürchtung eines derartigen Versuchs sei überflüssig". (Unterhaus, 28. Juni 1832.)

Als man ihn später daran erinnerte, daß solche unbestimmte Erwartungen geäußert worden seien, versicherte er, man habe ihn mißverstanden. Er hätte sich nicht im politischen, sondern im Pickwickschen Sinne des Wortes so ausgedrückt und gemeint, daß der russische Kaiser nicht imstande sei, „nominell oder tatsächlich so viele Millionen Menschen auszutilgen, als das polnische Königreich in seinem geteilten Zustande enthielte“. (Unterhaus, 20. April 1836.)

Als das Haus drohte, sich in den Kampf der Polen einzumischen, berief er sich auf seine Ministerverantwortlichkeit. Als man vor vollzogenen Tatsachen stand, erklärte er kühl, „kein Votum dieses Hauses könnte auch nur im entferntesten die Wirkung haben, Rußlands Entschluß umzustoßen“. (Unterhaus, 9. Juli 1833.)

Als die Schandtaten der Russen nach dem Fall von Warschau öffentlich gerügt wurden, erbat er von dem Hause eine zartere Behandlung des Zaren und erklärte, „niemand könne mehr als er die in der Debatte gefallenen Ausdrücke bedauern“ (Unterhaus, 28. Juni 1832) — und „der jetzige Kaiser von Rußland sei ein Mann von erhabener, großmütiger Denkungsart“ — „und wenn Fälle vorgekommen sind, in denen sich die russische Regierung unziemliche Grausamkeit gegen die Polen habe zuschulden kommen lassen, müsse man sie als Beweis dafür ansehen, daß die Macht des russischen Kaisers eine begrenzte sei, und daß der Kaiser in diesen Fällen dem Einfluß anderer gehorchte und nicht den Regungen seiner eigenen natürlichen Gefühle“. (Unterhaus, 9. Juli 1833.)

Als einerseits Polens Geschick besiegelt war, andererseits die Auflösung des Türkischen Reiches infolge der Rebellion Mehemed Alis unmittelbar drohte, gab er dem Hause die Versicherung, „daß die Dinge im allgemeinen sich recht befriedigend entwickelten“. (Unterhaus, 26. Januar 1832.)

Als ein Antrag zur Unterstützung der polnischen Flüchtlinge durch Geldmittel einging, „war es ihm äußerst peinlich, sich dem Vorschlag der Gewährung von Geldmitteln an diese Individuen zu widersetzen, denn das natürliche, spontane Empfinden müsse doch jeden großmütigen Menschen zu deren Bewilligung drängen; aber es sei mit seiner Pflicht unvereinbar, eine Unterstützung dieser unglücklichen Leute durch Geldmittel zu beantragen“. (Unterhaus, 25. März 1834.)

Dieser selbe weichherzige Mann hatte, wie wir beiläufig noch sehen werden, insgeheim die Kosten für Polens Fall zu einem großen Teil aus der Tasche des britischen Volkes bestritten.

Der edle Lord gab sich alle erdenkliche Mühe, keine offizielle aktenmäßige Mitteilung über die polnische Katastrophe vor das Parlament kommen zu lassen. Dennoch gelangten Darstellungen des Sachverhalts ins Unterhaus, die er nicht einmal zu widerlegen für notwendig fand, und die über sein verhängnisvolles Spiel zu jener Zeit keinen Zweifel lassen.

Nachdem die polnische Revolution ausgebrochen war, verließ der österreichische Konsul Warschau nicht, und die österreichische Regierung ging so weit, einen polnischen Agenten, Herrn Walewski, nach Paris zu schicken, der die Mission hatte, mit den Regierungen von England und Frankreich über die Wiederherstellung eines polnischen Königtums zu verhandeln. Der Hof der Tuilerien erklärte, „er sei bereit, mit England gemeinsam vorzugehen, wenn es dem Plan zustimmte". Lord Palmerston wies das Anerbieten zurück. 1831 schlug Herr von Talleyrand, der französische Gesandte am Hofe von Saint James, einen Plan des gemeinsamen Vorgehens für Frankreich und England vor, erhielt aber von dem edeln Lord eine deutliche Absage und eine schriftliche Note des Inhalts, „daß eine gütliche Einmischung in die polnische Frage von Rußland abgelehnt werden würde; daß die Mächte soeben ein ähnliches Angebot Frankreichs abgelehnt hätten; daß die beiden Höfe von Frankreich und England im Falle einer Weigerung Rußlands nur mit Gewalt intervenieren könnten, und daß die herzlichen und zufriedenstellenden Beziehungen zwischen den Kabinetten von Saint James und St. Petersburg Seiner Majestät dem König eine derartige Einmischung nicht gestatteten. Die Zeit sei noch nicht gekommen, wo ein derartiger Schritt mit Erfolg gegen den Willen eines Herrschers unternommen werden dürfe, dessen Rechte unanfechtbare seien."

Damit nicht genug. Am 23. Februar 1848 gab Mr. Anstey im Unterhaus folgende Erklärung ab: „Schweden rüstet seine Flotte, um zugunsten Polens einen Angriff zu unternehmen und um seine Provinzen in der Ostsee wiederzugewinnen, die ihm im letzten Krieg so ungerechterweise entrissen worden sind. Unser Gesandter am schwedischen Hofe erhielt von dem edlen Lord Instruktionen im entgegengesetzten Sinn, und Schweden unterbrach seine Rüstungen. Der persische Hof hatte in der gleichen Absicht eine Armee unter dem Befehl des persischen Kronprinzen abgeschickt, die in drei Tagemärschen die russische Grenze erreichen sollte. Der Legationssekretär am Hof von Teheran Sir John M'Neil folgte dem Prinzen

in einer Distanz von drei Tagereisen vom Hauptquartier aus, holte ihn ein, und gemäß den Instruktionen des edlen Lords und im Namen Englands drohte er Persien den Krieg an, wenn der Prinz noch einen Schritt weiter gegen die russische Grenze vorrücke. Die gleichen Mittel wendete der edle Lord an, um die Türkei daran zu hindern, ihrerseits den Krieg zu erneuern."

Als Oberst Evans die Vorweisung von Akten verlangte, aus denen hervorginge, daß Preußen seine vorgebliche Neutralität im Russisch-Polnischen Krieg gebrochen habe, erwiderte Lord Palmerston, „die Minister dieses Landes hätten diesen Kampf nicht ohne das tiefste Bedauern mitansehen können, und es gereiche ihnen zur höchsten Befriedigung, ihn beendet zu sehen". (Unterhaus, 16. August 1831.)

Natürlich wünschte er ihn so schnell als möglich beendet zu sehen, und Preußen teilte seine Gefühle.

Bei einer späteren Gelegenheit resümierte Mr. H. Gally Knight das ganze Vorgehen des edlen Lords, soweit es sich um die polnische Revolution handelt, in folgenden Sätzen: „Sobald Rußland in Frage kommt, tritt in dem Vorgehen des edlen Lords eine eigentümliche Inkonsequenz zutage. . . . In der polnischen Frage hat uns der edle Lord immer und immer wieder enttäuscht; erinnern wir uns, wie der edle Lord, als man in ihn drang, sich für die Sache der Polen einzusetzen, wohl die Gerechtigkeit der Sache, die Berechtigung unserer Klagen zugab. ‚Aber', sagte er, ‚haltet Euch nur jetzt zurück, eben ist ein Gesandter von bekannter liberaler Gesinnung auf dem Weg zu unterhandeln; Ihr würdet seine Verhandlungen nur stören, wenn Ihr die Macht erzürntet, mit der er zu tun hat. Seid daher vernünftig, folgt meinem Rat und seid versichert, damit wird viel erreicht werden.' Wir ließen uns durch diese Zusicherungen abspeisen, der liberale Botschafter reiste ab; ob er aber je in der Sache etwas getan, haben wir nie erfahren. Alles, was wir erreichten, sind die schönen Worte des edlen Lords und keine Resultate." (Unterhaus, 13. Juli 1840.)

Als das sogenannte Königreich Polen von der europäischen Landkarte verschwunden war, blieb noch in der freien Stadt Krakau ein wunderliches Überbleibsel polnischer Nationalität zurück. Zar Alexander hatte während der allgemeinen Anarchie, die dem Sturze des französischen Kaiserreichs gefolgt war, das Herzogtum Warschau nicht erobert, sondern sich seiner einfach bemächtigt und wünschte es natürlich zu be-

halten, zusammen mit Krakau, das durch Bonaparte dem Herzogtum einverleibt worden war. Österreich, zu dessen Besitz einst Krakau gehörte, wollte es zurück haben. Als der Zar sah, er könne es nicht behalten, schlug er vor, es zur freien Stadt zu machen, da er natürlich nicht wollte, daß es an Österreich käme. Im Artikel VI des Wiener Vertrags wurde daher festgesetzt, „daß die Stadt Krakau mit ihrem Gebiet für immer eine freie, unabhängige und streng neutrale Stadt unter dem Protektorat Österreichs, Rußlands und Preußens sein solle"; und im Artikel IX „ersuchen die Regierungen Rußlands, Österreichs und Preußens, die Neutralität Krakaus und ihres Gebiets als freie Stadt zu respektieren und immer respektieren zu lassen. Keine bewaffnete Macht darf dort unter was immer für einem Vorwand einrücken."

Unmittelbar nach dem Abschluß des polnischen Aufstands von 1830 bis 1831 zogen plötzlich russische Truppen in Krakau ein, und diese Okkupation dauerte zwei Monate. Doch wurde dies als eine vorübergehende, durch den Krieg notwendig gemachte Maßnahme betrachtet, und es war im Sturm und Drang jener Zeiten bald vergessen.

1836 wurde Krakau wieder von österreichischen, russischen und preußischen Truppen okkupiert, um, wie es hieß, die Autoritäten Krakaus zu zwingen, diejenigen Personen auszuliefern, die an dem vor fünf Jahren stattgehabten Aufstand teilgenommen hatten. Bei dieser Gelegenheit enthielt sich der edle Lord jedes Einspruchs, weil, wie er 1836 und 1840 äußerte, „es schwierig sei, unsere Vorstellungen wirksam zu gestalten". Als jedoch Krakau endgültig durch Österreich konfisziert war, erschien ihm eine einfache Vorstellung „als das einzige wirksame Mittel". Als die drei nördlichen Mächte Krakau im Jahre 1836 okkupierten, wurde die Verfassung abgeschafft, und die drei residierenden Konsulate maßten sich die höchste Autorität an; die Polizei wurde österreichischen Spionen anvertraut, der Senat wurde gestürzt, die Gerichte suspendiert, die Universität durch das Verbot der Frequenz von Studenten aus den benachbarten Provinzen lahmgelegt und der Handel der freien Stadt mit den umgebenden Ländern zerstört.

Als Lord Palmerston im März 1836 wegen der Okkupation Krakaus interpelliert wurde, erklärte er sie für eine nur vorübergehende Erscheinung. Die Art, wie er das Vorgehen seiner drei nördlichen Alliierten darlegte, erschien ihm selbst so beschönigend und lobrednerisch, daß er plötzlich den glatten Fluß seiner Rede unterbrach, um feierlich zu erklären, „ich

stehe nicht hier, um Maßnahmen zu verteidigen, die ich im Gegenteil verurteilen und verdammen muß. Ich habe diese Tatsachen nur erwähnt, weil sie, wenn sie auch die gewaltsame Okkupation von Krakau nicht entschuldigen, doch vielleicht eine Rechtfertigung dafür geben usw. . . ." Er gab zu, daß der Wiener Vertrag die drei Mächte verpflichtete, ohne vorherige Einwilligung Englands keinen wie immer gearteten Schritt zu unternehmen; „man könne aber mit Recht von ihnen sagen, daß sie der Gerechtigkeitsliebe und dem geraden Sinn dieses Landes unwillkürlich ihren Tribut zollten, als sie voraussetzten, daß wir einem solchen Vorgehen niemals zustimmen würden".

Herr Patrick Stewart jedoch war darauf gekommen, daß es bessere Mittel zur Erhaltung Krakaus gäbe als die bloße „Enthaltung von Vorstellungen", und brachte am 20. April 1836 einen Antrag ein, „die Regierung solle angewiesen werden, einen Konsul als Vertreter in die freie Stadt Krakau zu senden, da von den drei anderen Mächten Rußland, Preußen, Österreich ebenfalls drei Konsuln sich dort befänden". Die gleichzeitige Ankunft eines französischen und eines englischen Konsuls in Krakau hätte die Bedeutung eines politischen Ereignisses gehabt und mußte auf jeden Fall den edlen Lord daran verhindern, später einmal zu erklären, er hätte von den Intrigen gar nichts bemerkt, die von Österreichern, Russen und Preußen in Krakau angezettelt wurden. Als der edle Viscount sah, daß die Majorität des Hauses dem Antrag günstig gestimmt war, veranlaßte er Herrn Stewart, ihn zurückzuziehen, indem er die feierliche Zusage gab, daß „die Regierung beabsichtige, einen Konsularagenten nach Krakau zu schicken".

Als Lord Dudley Stuart ihn am 22. März 1837 wegen dieses Versprechens interpellierte, antwortete der edle Lord, „er habe seine Absicht geändert und habe keinen Konsularagenten nach Krakau geschickt und beabsichtige auch im gegenwärtigen Augenblick nicht, es zu tun". Als Lord Dudley Stuart ankündigte, er werde interpellieren, um aktenmäßige Aufklärung über diese sonderbare Transaktion zu bekommen, vereitelte der edle Viscount diese Interpellation einfach dadurch, daß er kurzerhand wegblieb und eine Auszählung des Hauses notwendig wurde. Niemals hat er sich darüber ausgesprochen, warum oder weshalb er seine gegebene Zusage nicht einhielt, und allen Versuchen, ihm irgendwelche schriftliche Belege über diese Angelegenheit zu entreißen, hat er erfolgreich widerstanden.

Die „zeitweilige" Okkupation Krakaus dauerte auch noch 1840 fort, und die Bevölkerung richtete daher an die Regierungen Frankreichs und Englands ein Memorandum, das unter anderem folgenden Passus enthält:

„Das Unglück, das die freie Stadt Krakau und ihre Bewohner heimgesucht, hat einen derartigen Umfang angenommen, daß die Unterzeichneten für sich und ihre Mitbürger keine andere Zuflucht mehr sehen als bei den erlauchten Regierungen von Frankreich und England. Die Situation, in der sie sich gegenwärtig befinden, berechtigt sie, sich an alle jene Mächte zu wenden, die den Vertrag von Wien mitunterschrieben haben."

Als Palmerston am 13. Juli 1840 wegen dieser Krakauer Petition befragt wurde, erklärte er, „zwischen Österreich und der britischen Regierung sei die Räumung Krakaus nur mehr eine Frage der Zeit". Was den Bruch des Wiener Vertrags anlange, „so gäbe es keine Möglichkeit, Englands Ansichten gewaltsam durchzusetzen, selbst wenn dieses Land bereit wäre, zu den Waffen zu greifen, denn Krakau sei augenscheinlich ein Ort, wo eine englische Aktion unmöglich stattfinden könne".

Man beachte, daß zwei Tage nach dieser Erklärung, am 15. Juli 1840 der edle Lord mit Rußland, Österreich und Preußen einen Vertrag schloß, der der englischen Flotte das Schwarze Meer verschloß, vielleicht damit auch dort keine englische Aktion sich entfalten könne. Genau zu derselben Zeit erneuerte der edle Lord die Heilige Allianz mit diesen Mächten gegen Frankreich. Über die Handelsverluste, die England infolge der Okkupation von Krakau erlitt, ließ sich der edle Lord folgendermaßen aus: „der allgemeine Export nach Deutschland ist nicht gesunken", worauf Sir Robert Peel richtig bemerkte, das habe mit Krakau gar nichts zu tun, denn dorthin würden aus England beträchtliche Warenmassen durch das Schwarze Meer, die Moldau und Galizien gesandt. Und als der edle Lord hart bedrängt wurde, seine wirklichen Absichten in dieser Angelegenheit und auch betreffs der Absendung eines Konsularagenten nach Krakau zu äußern, erwiderte er: „Die Art, wie seine unglückselige Erklärung, einen britischen Konsul in Krakau anzustellen, von den Mitgliedern der Opposition benutzt worden sei (eine Erklärung, zu der sich der edle Lord 1836 gedrängt gesehen hatte, um einem Tadel durch ein ihm feindliches Parlament zu entgehen), berechtige ihn dazu, auf eine derartige Frage jede Antwort zu verweigern, die ihn wieder ähnlichen ungerechtfertigten Angriffen aussetzen könnte."

Am 16. August 1846 erklärte er, „es hänge nicht von der Anwesenheit eines Konsularagenten in Krakau ab, ob der Wiener Vertrag durch die Großmächte Europas eingehalten und durchgeführt werde oder nicht".

Am 28. Januar 1847 wurde Krakaus Schicksal besiegelt, und als man von dem edlen Lord neuerdings aktenmäßige Belege dafür verlangte, warum die Anstellung eines britischen Konsuls in Krakau nicht erfolgt sei, erklärte er, „die Angelegenheit habe keinen unbedingten Zusammenhang mit der Diskussion über die Einverleibung Krakaus, und er sähe keinen Nutzen in der Wiederaufnahme einer erregten Diskussion über einen Gegenstand, der nur vorübergehendes Interesse besäße". Er blieb also der Ansicht getreu, die er schon am 7. März 1837 über die Vorlegung von Staatsdokumenten geäußert hatte: „Wenn die Dokumente im Zusammenhang mit Fragen sind, die eben zur Diskussion stehen, so ist ihre Vorlegung gefährlich; beziehen sie sich auf Fragen, die schon erledigt sind, so sind sie entschieden nicht mehr von Nutzen."

Und doch war die britische Regierung durch ihren Konsul in Warschau, Oberst Du Plat, sehr genau über die Bedeutung Krakaus nicht nur in politischer, sondern auch in kommerzieller Hinsicht informiert. Dieser berichtete:

„Krakau ist seit seiner Erhebung zu einem unabhängigen Staat immer das Depot sehr bedeutender Quantitäten von englischen Waren gewesen, die vom Schwarzen Meer, von der Moldau und Galizien und sogar über Triest hingesandt wurden, und die später ihren Weg in die umliegenden Länder fanden. Im Laufe der Zeit fand es Anschluß an die großen Eisenbahnlinien Böhmens, Preußens, Österreichs. . . . Auch ist es das Zentrum der wichtigen Eisenbahnverbindung zwischen der Adria und der Ostsee. Es wird gleicherweise in direkte Verbindung mit Warschau kommen. . . . Da man beinahe mit Bestimmtheit voraussehen kann, daß jeder wichtige Punkt der Levante und sogar Indiens und Chinas mit der Adria in Verbindung gesetzt werden wird, so kann man nicht leugnen, daß es von höchster kommerzieller Bedeutung selbst für England wäre, im Mittelpunkt des großen Eisenbahnnetzes, das die westlichen mit den östlichen Kontinenten verbindet, eine solche Station wie Krakau zu besitzen."

Selbst Lord Palmerston mußte zugeben, daß die Insurrektion von Krakau im Jahre 1846 absichtlich von den drei Mächten provoziert war. „Ich glaube, daß der ursprüngliche Einmarsch der österreichischen

Truppen auf Krakauer Gebiet auf ein Gesuch der Regierung hin erfolgte.“ Dann aber zogen sich diese österreichischen Truppen zurück. Warum sie sich zurückzogen, ist noch niemals erklärt worden. Mit ihnen zogen sich die Regierung und die behördlichen Autoritäten von Krakau zurück, und die unmittelbare oder vielmehr die erste Konsequenz dieses Rückzugs war die Einsetzung einer provisorischen Regierung in Krakau. (Unterhaus, 17. August 1846.)

Am 22. Februar 1846 nahmen die österreichischen Truppen und hierauf die russischen und preußischen Besitz von Krakau. Am 26. desselben Monats erließ der Kreishauptmann von Tarnow eine Proklamation, in der er die Bauern aufforderte, ihre Gutsherren zu ermorden, und ihnen dafür „eine angemessene Belohnung in Geld“ versprach. Dieser Proklamation folgten die galizischen Greueltaten und das Massaker von etwa zweitausend Gutsbesitzern. Am 12. März erschien die österreichische Proklamation an die getreuen Galizier, „die sich zur Aufrechterhaltung von Gesetz und Ordnung erhoben und die Feinde der Ordnung vernichtet hatten“. In der offiziellen Zeitung vom 28. April erklärte Fürst Friedrich von Schwarzenberg offiziell, daß „die Handlungen, die geschehen waren, von der österreichischen Regierung autorisiert worden seien“, die natürlich nach einem gemeinsamen Plan mit Rußland und mit Preußen, dessen Lakaien, vorging.

Nach allen diesen Schändlichkeiten hielt es Lord Palmerston für geraten, im Parlament folgende Erklärung abzugeben: „Ich denke viel zu hoch von dem Gerechtigkeitssinn der Regierungen Österreichs, Rußlands und Preußens, um nicht anzunehmen, daß sie Krakau so behandeln werden, wie es behandelt zu werden vertragspflichtig berechtigt ist.“ (Unterhaus, 17. August 1846.)

Dem edlen Lord war es damals lediglich darum zu tun, das Parlament, dessen Session eben zu Ende ging, loszuwerden. Er versicherte das Unterhaus, „daß von seiten der britischen Regierung alles geschehen werde, um den Forderungen des Wiener Vertrags den gebührenden Respekt zu verschaffen“. Als aber Mr. Hume seine Zweifel darüber äußerte, „daß es Lord Palmerstons Absicht sei, die Zurückziehung der russisch-österreichischen Truppen zu veranlassen“, ersuchte der edle Lord das Haus, diesen Behauptungen Mr. Humes keinen Glauben zu schenken. Er sei viel besser informiert und sei überzeugt, daß die Okkupation von Krakau bloß eine zeitweilige sei. Als das Parlament von 1846 in der-

selben Manier abgefertigt war wie das von 1843, erfolgte prompt am 11. November 1846 die österreichische Proklamation, durch die Krakau in das österreichische Staatsgebiet einverleibt wurde. Als sich am 19. Januar 1847 das Parlament wieder versammelte, erfuhr es durch die Thronrede, daß Krakau dahin sei, daß jedoch an seiner Statt ein Protest des tapfern Palmerston zurückgeblieben sei. Um aber diesem Protest von vornherein jeden Schein einer Bedeutung zu nehmen, trachtete der edle Lord zu eben derselben Zeit wegen der spanischen Heiraten England in einen Streit mit Frankreich zu verwickeln, der nahe daran war, die beiden Länder gründlich gegeneinander zu verhetzen, ein Vorgehen, das Herr Smith O'Brien in der Sitzung des Unterhauses vom 18. April 1847 einer außerordentlich scharfen Kritik unterzog. Die französische Regierung hatte sich an Palmerston gewendet, um sich seiner Mitwirkung bei einem gemeinsamen Protest gegen die Einverleibung Krakaus zu versichern. Darauf erwiderte Lord Normanby als Beauftragter des edlen Viscount, die Gewalttat, die sich Österreich durch die Annektierung Krakaus habe zuschulden kommen lassen, sei nicht größer als die Frankreichs, das eine Heirat des Herzogs von Montpensier mit der spanischen Infantin arrangiert habe — das eine sei ein Bruch des Wiener Vertrags, das andere ein Bruch des Utrechter Vertrags. Nun war der Vertrag von Utrecht, obwohl 1782 erneuert, durch den antijakobinischen Krieg endgültig abgeschafft und war daher seit 1792 ganz außer Wirksamkeit getreten. Niemand im Hause wußte das besser als der edle Lord, der selbst anläßlich der Debatten über die Blockaden von Mexiko und Buenos Aires dem Hause mitgeteilt hatte, daß „die Bestimmungen des Utrechter Vertrags längst durch die Wechselfälle des Krieges erloschen seien, mit Ausnahme einer einzigen Klausel betreffs Brasilien und Französisch-Guayana, welche Klausel ausdrücklich dem Wiener Vertrag einverleibt worden sei".

Noch müssen wir uns mit den Bemühungen beschäftigen, die der edle Lord zur Abwehr der Übergriffe Rußlands gegenüber Polen machte.

Zwischen England, Holland und Rußland existierte einst ein sonderbares Übereinkommen, die sogenannte russisch-holländische Anleihe. Während des antijakobinischen Krieges kontrahierte der Zar Alexander bei den Herren Hope & Co. in Amsterdam eine Anleihe. Nach dem Fall Napoleons erbot sich der König der Niederlande, „der sich den verbündeten Mächten für die Befreiung seines Landes erkenntlich zeigen wollte" wie auch für die Annexion Belgiens, auf das er nicht den geringsten

Anspruch hatte, einen Vertrag mit Rußland zu schließen, durch den er sich verpflichtete, die 25 Millionen Gulden, die es den Herren Hope & Co. schuldete, ratenweise an Rußland zu bezahlen; die anderen Mächte hatten zugunsten Rußlands, das eben in größter Geldklemme stak, auf ihre Ansprüche verzichtet. Wohl um seinen Raub an den holländischen Kolonien am Kap der Guten Hoffnung, in Demerara, Essequibo und Berbice etwas zu bemänteln, schloß sich England diesem Vertrag an und verpflichtete sich, einen bestimmten Teil der Rußland zugestandenen Subsidien zu bezahlen. Diese Bestimmung wurde in den Wiener Vertrag aufgenommen, aber unter der ausdrücklichen Bedingung, „daß die Zahlung aufhöre, wenn die Union zwischen Holland und Belgien früher auseinanderginge, als die Schuld liquidiert sei". Als nun Belgien durch eine Revolution sich von Holland losriß, weigerte sich Holland selbstverständlich, seinen Teil an Rußland weiter zu bezahlen, mit der Begründung, daß die Anleihe abgeschlossen wurde, um Holland den ungeteilten Besitz der belgischen Provinzen zu erhalten, und daß es die Souveränität über diese Länder nun nicht mehr besitze. Und andererseits existierte, wie Herr Herries im Parlament konstatierte, „auch nicht das kleinste Jota eines Anspruchs von seiten Rußlands auf die Fortdauer einer Schuld von England". (Unterhaus, 26. Januar 1832.) Lord Palmerston jedoch fand es ganz natürlich, daß „Rußland einmal dafür bezahlt wird, weil es die Union zwischen Belgien und Holland aufrechterhält, und daß es das andere Mal bezahlt wird, weil es die Trennung dieser beiden Länder unterstützt". (Unterhaus, 16. Juli 1832.)

In tragischen Akzenten flehte er um die getreue Einhaltung der Verträge — vor allem des Wiener Vertrags; und er bemühte sich, einen neuen Vertrag mit Rußland durchzusetzen, datiert vom 16. November 1831, in dessen Einleitung ausdrücklich bemerkt war, daß er geschlossen sei „in Anbetracht der allgemeinen Bestimmungen des Wiener Vertrags, die in voller Wirkung bleiben sollen".

Als die Bestimmung über die holländisch-russische Anleihe in den Wiener Vertrag aufgenommen worden war, rief der Herzog von Wellington aus: „Das ist ein diplomatisches Meisterstück von Lord Castlereagh; denn nun ist Rußland zur Einhaltung des Wiener Vertrags durch eine pekuniäre Verbindlichkeit verpflichtet."

Als daher Rußland durch die Konfiskation Krakaus den Wiener Vertrag brach, beantragte Mr. Hume, jegliche weitere jährliche Zahlung des

britischen Schatzamts an Rußland zu inhibieren. Der edle Lord jedoch dachte, daß, wenn auch Rußland das Recht habe, den Wiener Vertrag den Polen gegenüber zu brechen, England doch durch denselben Vertrag Rußland gegenüber gebunden bleiben müsse.

Doch ist damit noch nicht das außerordentliche Vorgehen des edlen Lords erschöpft. Nachdem die belgische Revolution ausgebrochen war und ehe noch das Parlament die neue russische Anleihe genehmigt hatte, bestritt Palmerston schon die Kosten des Russischen Krieges gegen Polen unter dem falschen Vorwand, die alte Schuld abzuzahlen, die England 1815 kontrahiert hatte; und das, obgleich wir, gestützt auf die Autorität des größten englischen Juristen Sir E. Sugden, jetzt Lord St. Leonards, feststellen können, daß „es in dieser Frage keinen einzigen strittigen Punkt gäbe und daß die Regierung in keiner Weise Vollmacht hatte, nur einen Schilling zu bezahlen (Unterhaus, 26. Juni 1832); und gleicherweise gestützt auf die Autorität des Sir Robert Peel, „daß Lord Palmerston gesetzlich nicht das Recht besaß, das Geld vorzustrecken". (Unterhaus, 12. Juli 1832.)

Jetzt begreifen wir also, warum der edle Lord bei jeder Gelegenheit wiederholt, daß „für einen feinfühligen Menschen nichts peinlicher sein könne als diese Erörterungen über Polen". Und wir können auch ermessen, welchen Grad von Entschlossenheit er entwickeln wird, wenn es gilt, den Übergriffen jener Macht Widerstand zu leisten, der er so unentwegt gedient hat.

IV.

People's Paper, 12. November 1853.

Ein ewiges und unerschöpfliches Thema zur Selbstverherrlichung sind für den edlen Lord die Dienste, die er der Sache der konstitutionellen Freiheit auf dem ganzen Kontinent geleistet hat. In der Tat verdankt ihm die Welt die Erfindung der konstitutionellen Königreiche Portugal, Spanien und Griechenland — dreier politischer Phantome, die sich nur mit Wagners Homunkulus im Faust vergleichen lassen. Portugal, seufzend unter dem Joche eines ungeheuren Fleischklumpens, genannt Donna Maria da Gloria, hinter dem ein Koburger steht, „muß als eine der selbständigen Mächte Europas betrachtet werden". (Unterhaus, 10. März 1835.)

Und während der edle Lord also sprach, landeten in Lissabon sechs englische Kriegsschiffe, die die „selbständige" Tochter Dom Pedros vor

ihrem portugiesischen Volke schützen und ihr helfen sollten, dieselbe Konstitution zu vernichten, die zu beschirmen sie geschworen hatte. Spanien, das einer anderen Maria preisgegeben ist, die, obwohl sie als notorische Sünderin bekannt ist, doch nie zu einer Magdalena werden wird, „erscheint uns als eine reiche, blühende, ja sogar furchterregende Macht unter den europäischen Königreichen". (Lord Palmerston im Unterhaus, 10. März 1837.)

Allerdings, furchterregend für alle Besitzer von spanischen Wertpapieren. Aber sogar für die Auslieferung des Geburtslandes eines Perikles und Sophokles an die nominelle Herrschaft eines bayerischen Idiotenknaben hat der edle Lord gute Gründe zur Hand. „König Otto gehört einem Lande an, in dem eine freie Verfassung besteht." (Unterhaus, 8. August 1832.)

Eine freie Verfassung in Bayern, dem deutschen Böotien! Das übersteigt die poetische Lizenz einer rhetorischen Floskel, die „begründeten Hoffnungen" Spaniens und die „selbständige" Macht Portugals. Was nun Belgien betrifft, so tat der edle Lord nichts anderes, als daß er es mit einem Teil der holländischen Schuld belastete, ihm die Provinz Luxemburg abknöpfte und die Dynastie Koburg aufhalste. Was die Entente cordiale mit Frankreich anbelangt, so begann sie von dem Augenblick an zu kränkeln, wo Palmerston im Jahre 1834 vorgab, sie durch die Quadrupelallianz auszubauen; an dem Beispiel mit Polen sahen wir überdies, wie er damit verfuhr, und weiterhin werden wir noch erfahren, was in seinen Händen aus ihr wurde.

Eine jener Tatsachen, die von den Zeitgenossen kaum beachtet, dennoch einen weithin sichtbaren Markstein in der Geschichte bedeuten, ist die militärische Besetzung Konstantinopels durch die Russen 1833.

Endlich war der ewige Traum Rußlands in Erfüllung gegangen. Endlich hielt der Barbar von den eisigen Ufern der Newa das üppige Byzanz und die sonnenbeschienenen Küsten des Bosporus in seinem eisernen Griff. Der sich aus eigener Machtvollkommenheit zum Erben der griechischen Kaiser aufgeschwungen, besetzte nun, und wenn auch nur vorübergehend, das Rom des Orients.

„Die Okkupation Konstantinopels durch russische Truppen besiegelte das Schicksal der Türkei als einer selbständigen Macht. Die Tatsache, daß Rußland Konstantinopel besetzt hielt, wenn auch nur zum Zwecke (?), es zu schützen, war ein ebenso entscheidender Schlag gegen die türkische

Unabhängigkeit, als wenn die russische Flagge schon vom Serail herabwehte.“ (Sir Robert Peel im Unterhaus, 17. März 1834.)

Infolge des unglücklichen Kriegs von 1828 bis 1829 und des Vertrags von Adrianopel hatte die Pforte ihr Prestige in den Augen der eigenen Untertanen verloren. Und wie es in orientalischen Staaten stets zu gehen pflegt, wenn die oberste Macht geschwächt ist, so brachen auch hier erfolgreiche Pascharevolten aus. Schon im Oktober 1831 begann der Konflikt zwischen dem Sultan und Mehemed Ali, dem Pascha von Ägypten, der die Pforte während des griechischen Aufstands unterstützt hatte. Im Frühling 1832 marschierte dessen Sohn Ibrahim-Pascha mit seiner Armee in Syrien ein, eroberte diese Provinz durch die Schlacht von Homs, überstieg den Taurus, vernichtete die türkische Armee in der Schlacht von Konia und marschierte auf Stambul los.

Der Sultan mußte sich am 2. Februar 1833 nach St. Petersburg um Hilfe wenden. Am 17. Februar kam der französische Admiral Roussin in Konstantinopel an, machte zwei Tage später der Pforte Vorstellungen und bemühte sich um den Rückzug des Paschas zu gewissen Bedingungen, einschließlich der Abweisung der Hilfe Rußlands. Da er aber ganz allein stand, so vermochte er mit Rußland selbstverständlich nicht fertig zu werden. „Ihr habt mich gerufen, jetzt sollt ihr mich haben.“

Am 20. Februar brach plötzlich ein großes russisches Geschwader von Sebastopol auf, schiffte eine große Zahl russischer Truppen an der Küste des Bosporus aus und belagerte die Hauptstadt. So erpicht war Rußland auf die Beschützung der Türkei, daß es gleichzeitig an den Pascha von Trapezunt wie an den von Erzerum russische Offiziere sandte, die ihnen melden sollten, daß diese beiden Plätze sofort durch eine russische Armee geschützt werden würden, falls Ibrahims Truppen gegen Erzerum vorrücken sollten. Ende Mai 1833 kam Graf Orloff* aus Petersburg und gab dem Sultan zu verstehen, daß er ein kleines Blatt Papier mitgebracht hätte, welches der Sultan ohne Mitwirkung der Minister und ohne Vorwissen irgendeines bei der Pforte akkreditierten diplomatischen Agenten unterfertigen solle. So kam der famose Vertrag von Unkiar Skelessi zustande, der auf acht Jahre abgeschlossen ward. Darin ging die Pforte ein Defensiv- und Offensivbündnis mit Rußland ein, verzichtete auf das Recht, mit anderen Mächten Verträge zu schließen, außer

* Die Times bezeichnete vor kurzem denselben Graf Orloff als „das Haupt der russischen Friedenspartei“; er befindet sich jetzt in friedlicher Mission in Wien.

wenn Rußland daran beteiligt sei, und bestätigte die früheren russisch-türkischen Verträge, besonders den von Adrianopel. Durch einen dem Vertrag beigefügten Geheimartikel verpflichtete sich die Pforte, „zugunsten des kaiserlichen Hofes von Rußland die Meerenge der Dardanellen zu schließen, das heißt nicht zu gestatten, daß ein fremdes Kriegsschiff unter einem wie immer gearteten Vorwand dort einfahre".

Wem verdankte es der Zar, daß er Konstantinopel durch seine Truppen besetzen und kraft des Vertrags von Unkiar Skelessi den obersten Sitz des Ottomanischen Reichs von Konstantinopel nach St. Petersburg verlegen durfte? Wem anders als dem Right Honourable Henry John Viscount Palmerston, Baron Temple, Pair von Irland, Mitglied des höchst ehrenwerten Staatsrats Seiner Majestät, Ritter des Großkreuzes des höchst ehrenwerten Bathordens, Mitglied des Parlaments und Seiner Majestät oberstem Staatssekretär für auswärtige Angelegenheiten.

Der Vertrag von Unkiar Skelessi wurde am 8. Juli 1833 abgeschlossen. Am 11. Juli 1833 beantragte Mr. H. L. Bulwer die Vorweisung von Akten über die syrisch-türkischen Angelegenheiten. Der edle Lord widersetzte sich, denn die Transaktionen, auf die sich die geforderten Papiere bezögen, seien noch nicht abgeschlossen, und gerade von dem Abschluß hinge der Charakter der ganzen Transaktion ab. Da die Resultate noch nicht bekannt seien, so sei der Antrag verfrüht. (Unterhaus, 11. Juli 1833.)

Von Mr. Bulwer beschuldigt, nicht zur Verteidigung des Sultans gegen Mehemed Ali eingeschritten zu sein und dadurch den Vormarsch der russischen Armee nicht verhindert zu haben, wendete er zum erstenmal jenes eigenartige System an, das zugleich Abwehr und Eingeständnis war, das er bei späteren Anlässen noch weiter entwickelte, und dessen membra disjecta ich nun zusammensuchen will.

„Er möchte es nicht auf sich nehmen, zu leugnen, daß gegen Ende des vorigen Jahres der Sultan sich an dieses Land um Hilfe gewendet habe." (Unterhaus, 11. Juli 1833.)

„Die Pforte suchte im Laufe des Monats August offiziell um Hilfe an." (Unterhaus, 24. August 1833.) Nein, nicht im August. „Das Ansuchen der Pforte um Unterstützung durch die Flotte war im Oktober 1832 erfolgt." (Unterhaus, 28. August 1833.) Nein, nicht im Oktober. „Es war im November 1832, als die Pforte um Unterstützung bat." (Unterhaus, 17. März 1834.)

Der edle Lord ist über das Datum, an dem die Pforte seine Hilfe anflehte, genau so unsicher wie Falstaff über die Zahl der Steifleinenen, die ihn in Kendal Green überfielen. Doch ist er nicht geneigt, zu leugnen, daß die von Rußland angebotene bewaffnete Hilfe von der Pforte abgelehnt wurde und daß diese sich an ihn, Lord Palmerston, wandte. Er schlug die Bitten der Pforte ab. Die Pforte wandte sich von neuem an den edlen Lord, sandte zuerst Herrn Maurageni, dann Namik-Pascha nach London, der inständig um Unterstützung durch ein Geschwader bat unter der Bedingung, daß der Sultan die ganzen Kosten für dieses Geschwader tragen werde, und überdies den englischen Untertanen in der Türkei als Entgelt für diesen Sukkurs neue Handelsprivilegien und Vorteile zusagte. So sicher war Rußland, daß der edle Lord sich weigern würde, daß es sich sogar dem türkischen Abgesandten in seiner Bitte an Seine Lordschaft um Sukkurs anschloß. Er sagt uns selbst: „Die Gerechtigkeit gebiete ihm, festzustellen, daß Rußland, weit entfernt, in der Gewährung dieser Hilfe durch England einen Grund zur Eifersucht zu sehen, ihm, als die Sache noch schwebte, durch seinen Botschafter mitteilen ließ, daß es von diesem Ansuchen der Türkei erfahren habe und daß, bei dem Interesse, das Rußland an dem Bestehen und der Erhaltung der Türkei nähme, es sehr befriedigt davon wäre, wenn sich die Minister dazu verstehen könnten, diesem Ansuchen zu entsprechen." (Unterhaus, 28. August 1833.)

Der edle Lord blieb jedoch unerbittlich und taub allen Vorstellungen der Pforte gegenüber, trotzdem diese doch an dem uneigennützigen Rußland selbst einen Fürsprech fand. Da begann die Pforte zu begreifen, was man von ihr erwartete. Sie verstand, daß sie dazu verurteilt war, den Bock zum Gärtner zu machen. Noch immer schwankte sie, und erst drei Monate später entschloß sie sich, Rußlands Hilfe anzunehmen.

„Großbritannien", sagte der edle Lord, „hat sich nie darüber beschwert, daß Rußland diese Hilfe gewährte, sondern wir waren im Gegenteil froh, daß die Türkei von irgendwoher wirksame Unterstützung bekam." (Unterhaus, 17. März 1834.)

In welchem Zeitpunkt immer die Pforte Lord Palmerstons Hilfe erfleht haben mag, er muß zugeben, „daß, wenn England es für angezeigt gehalten hätte, einzugreifen, sicher der Vormarsch der eindringenden Armee dadurch aufgehalten und die russischen Truppen nicht ins Land gerufen worden wären". (Unterhaus, 11. Juli 1833.)

Warum also hatte er es denn nicht für „zweckmäßig“ gehalten, einzuschreiten und die Russen fernzuhalten?

Erstens beruft er sich auf Mangel an Zeit. Nach seinen eigenen Angaben jedoch entstand der Konflikt zwischen der Pforte und Mehemed Ali schon im Oktober 1831, während die entscheidende Schlacht bei Konia erst am 2. Dezember 1832 stattstand. Konnte er während dieser ganzen langen Periode nicht die nötige Zeit finden? Eine große Schlacht wurde im Juli 1832 von Ibrahim-Pascha gewonnen, und von Juli bis Dezember konnte er wieder nicht Zeit finden. Mußte er doch die ganze lange Zeit auf ein *formelles* Gesuch der Pforte warten, das, wie er uns jüngst erzählte, nicht vor dem 3. November erfolgte. „Wußte er denn“, fragt Sir Robert Peel, „so gar nichts von den Vorgängen in der Levante, daß er erst ein formelles Gesuch abwarten mußte?“ (Unterhaus, 17. März 1834.) Und von November, wo das formelle Gesuch erfolgte, vergingen bis Ende Februar wieder vier lange Monate, denn Rußland erschien erst am 20. Februar 1833. Warum also tat er nichts? Aber er hat noch bessere Gründe in Bereitschaft. Der Pascha von Ägypten war nichts als ein rebellierender Untertan, und der Sultan war der Suzerän. „Da es der Krieg eines Untertanen gegen den Souverän war, und da dieser Souverän ein Bundesgenosse Englands ist, so hätte es sich nicht mit Treu und Glauben vertragen, mit dem Pascha *irgendwelche Verbindungen* zu haben.“ (Unterhaus, 28. August 1833.)

Die *Etikette* also verbot dem edlen Lord, Ibrahims Armeen aufzuhalten. Die Etikette verbot ihm, seinem Konsul in Alexandrien Instruktionen zu erteilen, damit er seinen Einfluß bei Mehemed Ali geltend mache. Dem spanischen Granden gleich würde auch der edle Lord eher die Königin zu Asche verbrennen lassen, ehe er die *Etikette* verletzte und ihre Unterröcke berührte. Der Zufall aber will es, daß der edle Lord schon 1832 ohne Einwilligung des Sultans bei diesem „Untertanen“ des Sultans Konsuln und diplomatische Agenten akkreditiert hatte, mit Mehemed Verträge eingegangen war und bereits bestehende Handelsbestimmungen und Zollverordnungen geändert und andere an deren Stelle gesetzt hatte. Und alles das, ohne sich um die vorherige Einwilligung der Pforte oder deren nachträgliche Zustimmung zu bekümmern. (Unterhaus, 23. Februar 1848.)

Dementsprechend teilt uns Lord Grey, der damalige Chef des edlen Viscount mit, daß sie „im Augenblick ausgedehnte Handelsverbindungen

mit Mehemed Ali hätten, die zu stören nicht in ihrem Interesse gelegen hätte". (Oberhaus, 4. Februar 1834.)

Ei, Handelsverbindungen mit dem „rebellierenden Untertan"!

Aber die Schiffe des edlen Lords waren eben am Douro und am Tajo beschäftigt, mußten die Schelde blockieren und bei den Geburtswehen der konstitutionellen Königreiche Portugal, Spanien und Belgien Hebammendienste leisten; da konnte er freilich kein einziges Schiff entbehren. (Unterhaus, 11. Juli 1833 und 17. März 1834.)

Und gerade das, worauf der Sultan immer wieder bestand, war die Hilfe zur See. Doch nehmen wir an, daß der Lord wirklich außerstande war, auch nur über ein einziges Fahrzeug zu verfügen. Es gibt aber große Autoritäten, die uns versichern, es hätte weniger eines einzigen Fahrzeugs als eines einzigen Wortes von seiten des edlen Lords bedurft. Zu ihnen gehört Lord Mahon, der im Auswärtigen Amt unter Robert Peel eben zu der Zeit diente, als diese Behauptung aufgestellt wurde. Und zu ihnen gehört Admiral Codrington, der Zerstörer der türkischen Flotte bei Navarino.

Dieser äußerte im Unterhaus am 20. April 1836: „Mehemed Ali hatte seinerzeit gefühlt, welches Gewicht unsere Vorstellungen hatten, als es sich um die Räumung Moreas handelte. Er hatte damals von der Pforte die Weisung bekommen, bei Gefahr seines Kopfes allen Aufforderungen zur Räumung Moreas zu widerstehen, und er leistete dementsprechend Widerstand, gab aber zuletzt vernünftigerweise nach und räumte Morea."

Ferner äußerte der Herzog von Wellington: „Hätte man während der Sessionen von 1832 oder 1833 Mehemed Ali klar und deutlich gesagt, er solle seine Kämpfe in Kleinasien und Syrien einstellen, so wäre dadurch dem Krieg ein Ende gesetzt worden, ohne daß man riskiert hätte, daß der Kaiser von Rußland eine Flotte und eine Armee nach Konstantinopel schicken durfte." (Oberhaus, 4. Februar 1834.)

Es gibt aber noch gewichtigere Autoritäten dafür, vor allem der edle Lord selbst, der uns im Unterhaus am 17. März 1834 mitteilt: „Obgleich die Regierung Seiner Majestät der Bitte des Sultans um Hilfe zur See nicht willfahrte, so wurde ihm doch die moralische Hilfe Englands gewährt. Und die Mitteilungen, die die britische Regierung dem Pascha von Ägypten und dem in Kleinasien kommandierenden Ibrahim-Pascha machte, trugen wesentlich dazu bei, das Übereinkommen (von

Kutahia) zwischen dem Sultan und dem Pascha zustande zu bringen, durch das der Krieg beendet wurde."

Da ist ferner Lord Derby, damals noch Mr. Stanley und Mitglied des Kabinetts Palmerston, der „kühnlich behauptet, daß Mehemed Alis Vormarsch nur durch die entschiedene Erklärung Englands und Frankreichs gehindert worden sei, sie würden die Okkupation Konstantinopels durch seine Truppen nicht zulassen". (Unterhaus, 17. März 1834.)

Es waren also nach Lord Derbys und Lord Palmerstons eigenem Ausspruch nicht Rußlands Flotte und Armee in Konstantinopel, sondern die entschiedene Erklärung des britischen Konsularagenten in Alexandrien, die Ibrahims Siegesmarsch nach Konstantinopel zum Stillstand zwang und das Abkommen von Kutahia zuwege brachte, durch das Mehemed Ali neben Ägypten noch das Paschalik von Syrien, Adana und anderen Orten als Zugabe erhielt. Der edle Lord hielt es jedoch für angezeigt, daß sein Konsul in Alexandrien diese ausdrückliche Erklärung nicht früher abgeben durfte, als bis die türkische Armee zerstört, Konstantinopel von den Kosaken gestürmt, der Vertrag von Unkiar Skelessi vom Sultan unterzeichnet und vom Zaren eingesteckt war.

Wenn der Mangel an Zeit und der Mangel an Schiffen den edlen Lord schon verhindert hatten, dem Sultan zu helfen, und ein Übermaß von Etikette ihn hinderte, den Pascha zurückzuhalten, verhielt er doch dann wenigstens seinen Botschafter in Konstantinopel dazu, sich gegen eine allzu starke Einflußnahme Rußlands zu verwahren und seinen Einfluß in bestimmte Grenzen zu bannen? O nein, im Gegenteil. Um nicht etwa Rußland in seiner Bewegungsfreiheit zu hindern, hütete sich der edle Lord gar wohl davor, während der allerkritischsten Periode überhaupt einen Botschafter in Konstantinopel zu haben.

„Wenn je in einem Lande die Stellung und das Ansehen eines Gesandten von großem Nutzen gewesen wären und es je eine Zeit gegeben hat, in der diese Stellung und dieses Ansehen aufs vorteilhafteste hätten gebraucht werden können, dann war es die Türkei in den sechs Monaten vor dem 8. Juli." (Lord Mahon im Unterhaus, 20. April 1836.)

Lord Palmerston teilt uns mit, daß der britische Gesandte Sir Stratford Canning Konstantinopel im September 1832 verließ; daß Lord Ponsonby, damals in Neapel, an seiner Statt im November ernannt wurde, daß „sich seiner Hinbeförderung Schwierigkeiten in den Weg stellten", obgleich ein Kriegsschiff auf ihn wartete, und „daß sich seine

Ankunft in Konstantinopel der ungünstigen Witterung halber bis Ende Mai 1833 verzögerte". (Unterhaus, 17. März 1834.)

Rußland war noch nicht einmarschiert, folglich erhielt Lord Ponsonby Befehl, zur Überfahrt von Neapel nach Konstantinopel sieben Monate zu brauchen.

Warum auch sollte der edle Lord die Russen an der Okkupation Konstantinopels hindern? „Er seinerseits hegte große Zweifel, ob es je die politische Absicht der russischen Regierung gewesen, das Ottomanische Reich zu teilen." (Unterhaus, 14. Februar 1839.)

O sicherlich nicht! Rußland wollte durchaus keine Teilung, es wollte lieber das ganze Reich für sich behalten. Außer der Sicherheit, die ihm dieser Zweifel verlieh, gab ihm noch eine zweite Sicherheit der Zweifel, ob im gegebenen Augenblick Rußlands Politik darauf abziele, den Plan jetzt zu verwirklichen, und eine dritte „Sicherheit" der dritte „Zweifel", ob die russische Nation (man denke: eine russische Nation!) zu einer solchen Verlegung der Staatsgewalt, der Residenz und der Regierung nach den südlichen Provinzen gerüstet wäre, wie sie die notwendige Konsequenz einer Eroberung Konstantinopels durch Rußland sein müßte. (Unterhaus, 11. Juli 1833.)

Außer diesen negativen Argumenten besaß der edle Lord noch ein positives:

„Wenn England der zeitweiligen Okkupation der türkischen Hauptstadt durch die russischen Streitmächte ruhig zusah, so geschah das deshalb, weil es vollstes Vertrauen in die Ehrenhaftigkeit und den guten Glauben Rußlands setzte. Die russische Regierung hatte, als sie dem Sultan ihre Hilfe zusagte, zugleich ihre Ehre verpfändet, und auf dieses Unterpfand setze er sein vollstes Vertrauen." (Unterhaus, 11. Juli 1853.)

So unerreicht, so unzerstörbar, so vollständig, so unvergänglich, so unbezwinglich, so unberechenbar, so unwiderruflich, so unheilbar grenzenlos, unermeßlich, unerschrocken und unvergleichlich war das Vertrauen des edlen Lords, daß er noch am 17. März 1834, als der Vertrag von Unkiar Skelessi schon zur vollendeten Tatsache geworden war, noch immer versicherte, „die Minister seien in ihrem Vertrauen nicht getäuscht worden".

Sein Fehler ist es nicht, wenn die Natur sein Organ der Vertrauensseligkeit zu fast übernatürlichen Dimensionen ausgebildet hat.

V.

People's Paper, 19. November 1853.

Der Inhalt des Vertrags von Unkiar Skelessi wurde im Morning Herald vom 21. August 1833 veröffentlicht. Am 24. August interpellierte Sir Robert Inglis im Unterhaus Lord Palmerston, „ob wirklich zwischen Rußland und der Türkei ein Defensiv- und Offensivvertrag abgeschlossen worden sei? Er hoffe, daß der edle Lord imstande sein werde, ehe das Parlament sich vertage, dem Hause nicht nur die abgeschlossenen Verträge, sondern alle Mitteilungen vorzulegen, die sich auf das Zustandekommen dieser Verträge zwischen Türkei und Rußland bezögen." Lord Palmerston erwiderte, „daß erst, wenn man die Gewißheit hätte, daß ein solcher Vertrag wirklich existierte, und wenn man in seinen Besitz gelangt sei, die Zeit gekommen wäre, sich zu entscheiden, welchen politischen Schritt man unternehmen werde. . . . Sein Fehler sei es nicht, wenn hie und da die Presse der Regierung voraus sei." (Unterhaus, 24. August 1833.) Sieben Monate später versichert er das Haus, „es sei absolut unmöglich gewesen, den Vertrag von Unkiar Skelessi, der in Konstantinopel erst im September ratifiziert worden sei, schon im August offiziell zu kennen". (Unterhaus, 17. März 1834.)

Wohl kannte er den Vertrag schon im August, aber nicht offiziell.

„Die englische Regierung war erstaunt, als sie erfuhr, daß die russischen Truppen beim Verlassen des Bosporus diesen Vertrag mit sich fortnahmen." (Lord Palmerston im Unterhaus, 1. März 1848.)

Ja, der edle Lord war im Besitz des Vertrags, ehe er noch abgeschlossen war.

„Kaum hatte die Pforte den Entwurf des Vertrags von Unkiar Skelessi erhalten, als sie ihn auch schon der englischen Gesandtschaft in Konstantinopel übermittelte, zugleich mit der Bitte um Schutz gegen Ibrahim-Pascha und Nikolaus. Die Bitte wurde abgeschlagen, aber nicht genug damit. Mit geradezu teuflischer Perfidie teilte man dem russischen Minister die Tatsache mit. Und am nächsten Tage überreichte der russische Gesandte der Pforte dasselbe Exemplar des Vertrags, das sie der englischen Gesandtschaft übergeben hatte, und fügte den ironischen Rat hinzu, ‚die Pforte möge ein andermal ihre Vertrauten besser wählen'." (Mr. Anstey im Unterhaus, 8. Februar 1848.)

Der edle Lord aber hatte alles erreicht, woran ihm gelegen war. Am 24. August 1833 war er wegen des Vertrags von Unkiar Skelessi,

dessen Existenz ihm nicht mit Sicherheit bekannt war, interpelliert worden. Am 29. August vertagte sich das Parlament, dem die Regierung die trostreiche Versicherung mit auf den Weg gab, „daß die Feindseligkeiten, die den Frieden der Türkei gestört hatten, beendigt seien und das Haus versichert sein könne, daß der König nach wie vor mit größter Aufmerksamkeit die Ereignisse im Auge behalten würde, die den jetzigen Stand der Dinge in der Türkei oder die künftige Unabhängigkeit dieses Staates beeinträchtigen könnten".

Hier also haben wir den Schlüssel zu den famosen Juliverträgen Rußlands. Im Juli werden sie abgeschlossen, im August dringt durch die Presse etwas davon in die Öffentlichkeit. Lord Palmerston wird im Unterhaus darüber interpelliert. Er weiß natürlich von nichts. Das Parlament wird vertagt, und wenn es wieder zusammentritt, ist der Vertrag schon eine alte Sache oder ist, wie Anno 1841, bereits durchgeführt, der öffentlichen Meinung zum Trotz.

Am 29. August 1833 vertagte sich das Parlament, und am 5. Februar 1834 trat es wieder zusammen. In den Zeitraum zwischen Auflösung und Wiedervereinigung fallen zwei Ereignisse, die aufs engste miteinander verknüpft sind. Zum ersten rückten die vereinigten französischen und englischen Flotten gegen die Dardanellen vor, entfalteten dort die Trikolore und den Union Jack, segelten weiter nach Smyrna und kehrten von dort nach Malta zurück. Zum zweiten wurde am 29. Januar 1834 zwischen Rußland und Türkei ein neuer Vertrag geschlossen — der Vertrag von St. Petersburg. Dieser Vertrag war kaum unterzeichnet, als die vereinigte Flotte zurückgezogen wurde.

Diese kombinierten Manöver bezweckten nichts anderes, als dem englischen Volk und Europa den Glauben beizubringen, die feindliche Demonstration in den türkischen Gewässern sei gegen die Pforte gerichtet gewesen als Protest gegen den Abschluß des Vertrags von Unkiar Skelessi und habe Rußland den neuen Vertrag von St. Petersburg aufgezwungen. Dieser Vertrag, der die Räumung der Fürstentümer versprach und die türkischen Zahlungen auf ein Drittel der ursprünglich angesetzten Summe reduzierte, brachte der Pforte scheinbar einige Erleichterungen der Verbindlichkeiten, die ihr der Vertrag von Adrianopel auferlegt hatte. In allen anderen Punkten war er nur eine Ratifikation des Vertrags von Adrianopel; auf den Vertrag von Unkiar Skelessi wurde überhaupt nicht zurückgegriffen, noch wurde ein einziges Wort wegen der Durchfahrt der

Dardanellen erwähnt. Im Gegenteil, die kleinen Erleichterungen, die er der Türkei gewährte, waren der Kaufpreis dafür, daß durch den Vertrag von Unkiar Skelessi Europa von den Dardanellen ausgeschlossen wurde.

„Zu derselben Zeit, als die Demonstration (der britischen Flotte) stattfand, gab der edle Lord dem hiesigen russischen Botschafter die Versicherung, daß dieses gemeinsame Vorgehen der Flotten weder als feindselige Absicht noch als feindselige Demonstration gegen Rußland aufgefaßt werden dürfe, sondern daß sie tatsächlich gar nichts zu bedeuten habe. Ich stütze mich bei dieser Mitteilung auf die Autorität des Lords Ponsonby, des Kollegen des edlen Lords und Gesandten in Konstantinopel." (Mr. Anstey im Unterhaus, 23. Februar 1848.)

Nachdem der Vertrag von St. Petersburg ratifiziert war, sprach der edle Lord seine Befriedigung über die Mäßigung aus, die sich Rußland in seinen Forderungen auferlegt habe. Nach dem Wiederzusammentritt des Parlaments erschien im Globe, dem Organ des Auswärtigen Amts, eine Notiz, die besagte, „der Vertrag von St. Petersburg sei entweder ein Beweis für die Mäßigung und die vernünftige Denkungsart Rußlands oder für den Einfluß, den das Bündnis Englands und Frankreichs und das feste, energische Auftreten dieser beiden Mächte im hohen Rat von St. Petersburg ausübten". (Globe, 24. Februar 1835.)

Einerseits sollte also der Vertrag von Adrianopel, gegen den Lord Aberdeen und der Herzog von Wellington protestiert hatten, durch England hinterrücks anerkannt werden, indem Lord Palmerston sich mit dem Vertrag von St. Petersburg völlig einverstanden erklärte, der doch nur eine Ratifikation des ersteren war; und andererseits sollte dadurch die öffentliche Aufmerksamkeit von dem Vertrag von Unkiar Skelessi abgelenkt und die Animosität, die er in ganz Europa gegen Rußland erregt hatte, beschwichtigt werden.

Doch so genial der Plan war, er sollte doch mißlingen. Am 17. März 1834 brachte Mr. Sheil einen Antrag ein, der verlangte, „die Kopien aller Verträge zwischen Rußland und der Türkei und der ganzen Korrespondenz zwischen der englischen, türkischen und russischen Regierung, die sich auf diese Verträge bezögen, sollen dem Hause vorgelegt werden". Der edle Lord widersetzte sich diesem Antrag aufs äußerste, und es gelang ihm, ihn zu vereiteln, indem er das Haus versicherte, „der Friede könne nur gewahrt werden, wenn das Haus volles Zutrauen in die Re-

gierung setze" und diesen Antrag zurückweise. Die Gründe, mit denen er seine Weigerung, die Akten vorzulegen, stützte, waren so voll grober Widersprüche, daß Sir Robert Peel in seiner parlamentarischen Ausdrucksweise ihn „einen durchaus nicht überzeugenden Debatter" nannte, und sein eigener Anhänger Oberst Evans zugeben mußte, „die Rede des edlen Lords erscheine ihm als die unbefriedigendste, die er je von ihm gehört habe".

Lord Palmerston bemühte sich, das Haus davon zu überzeugen, daß nach den Versicherungen Rußlands der Vertrag von Unkiar Skelessi als ein auf Gegenseitigkeit beruhender anzusehen sei. Diese Gegenseitigkeit bestehe darin, daß die Dardanellen im Kriegsfall nicht nur für England, sondern auch für Rußland gesperrt sein sollten. Die Behauptung ist an sich schon falsch, aber gesetzt, sie wäre richtig, so wäre das nichts als irische Gegenseitigkeit, das heißt nur eine ganz einseitige. Denn wenn Rußland die Dardanellen passiert, so geschieht es nicht, um in das Schwarze Meer hineinzugelangen, sondern um es im Gegenteil zu verlassen.

Weit entfernt, Mr. Sheils Behauptung zu entkräften, daß „der Vertrag von Unkiar Skelessi auf dasselbe hinausliefe, als wenn die Pforte den Besitz der Dardanellen an Rußland abträte", gab Lord Palmerston zu, „daß der Vertrag die Dardanellen britischen Kriegsschiffen verschließe . . . und daß durch seine Ausführung . . . tatsächlich sogar Handelsschiffe vom Schwarzen Meer erfolgreich ausgeschlossen werden könnten", im Fall es zwischen England und Rußland zum Krieg käme. Wenn aber die Regierung sich „vernünftig" benähme, „kein unnötiges Mißtrauen zeigte", das heißt wenn sie allen weiteren Übergriffen Rußlands sich schweigend fügte, so „wäre er geneigt, anzunehmen, daß der Fall möglicherweise gar nicht einträte, daß dieser Vertrag in Kraft zu treten brauchte; und daß er daher tatsächlich toter Buchstabe bleiben würde". (Unterhaus, 17. März 1834.)

Außerdem hätte die britische Regierung von den vertragschließenden Parteien „solche Zusicherungen und Erklärungen" bekommen, daß man alle Einwendungen gegen den Vertrag füglich fallen lassen könne. Also nicht die Artikel des Vertrags von Unkiar Skelessi, sondern die Versicherungen, die Rußland darüber abgab, nicht Rußlands Taten, sondern seine Worte müsse man seiner Ansicht nach in Betracht ziehen. Als aber an demselben Tage seine Aufmerksamkeit auf den Protest des französischen Geschäftsträgers Monsieur Le Grenée gegen den Vertrag von

Unkiar Skelessi gelenkt wurde und die beleidigenden Schmähreden des Grafen Nesselrode bekannt wurden, mit denen dieser in der St. Petersburger Zeitung erklärte, „der Kaiser von Rußland werde so handeln, als ob die in der Note Le Grenées enthaltene Erklärung überhaupt nicht vorhanden wäre", da verleugnete der edle Lord seine eigenen Worte und verkündete im Gegensatz dazu, „daß es zu jeder Zeit die Pflicht der englischen Regierung sei, mehr auf die Taten einer fremden Macht zu sehen als auf die Sprache, die sie bei dem oder jenem Anlaß im Munde führen würde".

Einmal also berief er sich auf Rußlands Taten im Gegensatz zu seinen Worten, und ein andermal wieder auf seine Worte gegenüber seinen Taten.

Noch im Jahre 1837 versicherte er das Haus, daß „der Vertrag von Unkiar Skelessi ein Vertrag zwischen zwei unabhängigen Mächten sei". (Unterhaus, 14. Dezember 1837.)

Zehn Jahre später, nachdem der Vertrag längst abgelaufen war, und der edle Lord sich eben anschickte, die Rolle des echt englischen Ministers zu spielen und des „civis Romanus sum", erklärte er dem Hause rundheraus, „der Vertrag von Unkiar Skelessi war der Türkei zweifellos bis zu einem gewissen Grad durch den russischen Gesandten Grafen Orloff unter Verhältnissen aufgedrungen worden, die (durch den edlen Lord selbst geschaffen) es der Türkei schwer machten, seine Annahme zurückzuweisen.... Er verlieh der russischen Regierung faktisch eine solche Gewalt, in der Türkei einzugreifen und zu diktieren, wie sie sich mit der Unabhängigkeit dieses Staates eigentlich nicht vertrug." (Unterhaus, 1. März 1848.)

Während des ganzen Verlaufs der Debatten über den Vertrag von Unkiar Skelessi hatte der edle Lord, wie der Narr im Schauspiel, „eine Antwort von ungeheuerlichem Kaliber bereit, die auf alles eine Auskunft weiß", „auf alle Fragen paßt" und alle Frager abspeist: das englisch-französische Bündnis. Als man ihm höhnisch seine Nachsicht mit Rußland vorwarf, erwiderte er ganz ernsthaft: „Wenn mit diesem Hohn die jetzigen Beziehungen zwischen unserem Land und Frankreich gemeint sein sollten, so wolle er bloß bemerken, daß der Anteil, den er an der Schaffung dieses guten Einvernehmens genommen habe, ihn mit den Gefühlen von Stolz und Befriedigung erfüllten." (Unterhaus, 11. Juli 1833.)

Als aktenmäßige Belege für den Vertrag von Unkiar Skelessi gefordert wurden, antwortete er: „England und Frankreich hätten nun einen Freund-

schaftsbund geschlossen, der sich immer mehr und mehr befestige." (Unterhaus, 17. März 1834.)

„Ich kann nur bemerken," rief Sir Robert Peel, „daß, so oft der edle Lord sich wegen unserer europäischen Politik in die Enge getrieben sieht, er das beste Mittel zu entwischen darin findet, das Haus zu dem engen Bündnis zwischen unserem Lande und Frankreich zu beglückwünschen." Zugleich hütete sich der edle Lord wohl, den Argwohn seiner Torygegner zu ersticken, daß er „nur darum gezwungen gewesen sei, Mehemed Alis Angriff auf die Türkei zu dulden", weil Frankreich ihn direkt begünstigt hatte.

Die zur Schau getragene Entente mit Frankreich sollte also jetzt die geheime Hingebung an Rußland verdecken, so wie 1840 der lärmende Bruch mit Frankreich das offizielle Bündnis mit Rußland vertuschen sollte.

Während der edle Lord die Welt mit umfangreichen Belegen und gedruckten Folianten über die Angelegenheiten des konstitutionellen Königreichs Belgien und mit zahlreichen mündlichen und dokumentarischen Erklärungen über die „selbständige Großmacht" Portugal ermüdete, ist es bis jetzt absolut unmöglich gewesen, ein wie immer geartetes Dokument aus ihm herauszupressen, das über den ersten Türkisch-Syrischen Krieg und über den Vertrag von Unkiar Skelessi Aufschluß gab. Als am 11. Juli 1833 zum erstenmal die Vorlegung der Akten gefordert wurde, „war der Antrag verfrüht..., die Verhandlungen waren noch nicht abgeschlossen..., die Resultate noch nicht bekannt".

Am 24. August 1833 „war der Vertrag noch nicht offiziell unterzeichnet und er war noch nicht in seinen Besitz gelangt". Am 17. März 1834 „wurden noch Unterhandlungen gepflogen . . ., die Diskussionen, wenn er so sagen dürfe, waren noch nicht abgeschlossen". Noch 1848, als ihm Mr. Anstey sagte, daß wenn er auch die Akten fordere, er nicht den Beweis für das geheime Einverständnis zwischen dem edlen Lord und dem Zaren verlange, zog der ritterliche Minister vor, lieber in einer fünfstündigen Rede die Zeit totzuschlagen, als daß er durch Dokumente, die für sich selbst sprachen, den Verdacht totgeschlagen hätte. Und trotz alledem besaß er die zynische Frechheit, Mr. T. Attwood am 14. Dezember 1837 die Versicherung zu geben, daß „die mit dem Vertrag von Unkiar Skelessi zusammenhängenden Dokumente dem Hause schon vor drei Jahren vorgelegt worden seien", das heißt also 1834, wo „der Friede nur dadurch erhalten werden konnte", daß man sie dem

Hause vorenthielt. 1834 schärfte er dem Hause ein, ihn nicht zu drängen, „denn nur, wenn das Haus Vertrauen in die Regierung hätte, könne der Frieden erhalten bleiben“, und nur dann sei die Regierung imstande, die Interessen Englands gegen russische Übergriffe zu schützen. 1837 nun, in einem schwachbesetzten Hause, das fast nur aus seinen Anhängern bestand, erklärte er Mr. Attwood, „es sei nie die Absicht der Regierung gewesen, zu feindseligen Maßregeln zu greifen, um Rußland und die Türkei, zwei unabhängige Mächte, zur Aufhebung des zwischen ihnen geschlossenen Vertrags zu zwingen“.

An demselben Tage versicherte er Mr. Attwood, „dieser Vertrag sei eine erledigte Sache, er war nur auf eine beschränkte Zeit abgeschlossen ..., und da diese Zeit abgelaufen sei, so sei die Erwähnung durch das ehrenwerte Mitglied des Hauses völlig überflüssig und unerwünscht“.

Nach den ursprünglichen Bestimmungen sollte der Vertrag von Unkiar Skelessi am 8. Juli 1841 erlöschen. Lord Palmerston erklärt Mr. Attwood, er sei bereits am 14. Dezember 1837 erloschen.

„Welchen Kniff, welchen Vorwand, welchen Schlupfwinkel kannst du nun aussinnen, um dich vor dieser offenbaren Schande zu verbergen? Komm, laß uns hören, Falstaff, was hast du nun für einen Kniff?“

VI.

People's Paper, 10. Dezember 1853.

In dem russischen Vokabularium existiert das Wort „Ehre“ nicht. Der Begriff selbst wird als eine französische Illusion hingestellt. „Tschto takoje honneur? Eto Franzusskaja chimära?“ lautet ein russisches Sprichwort. Die Entdeckung der russischen Ehre verdankt die Welt ausschließlich Mylord Palmerston, der ein volles Vierteljahrhundert lang in jedem kritischen Augenblick sich höchst emphatisch für die „Ehre“ des Zaren zu verbürgen pflegte. Er tat es 1853 am Schluß der Session, wie er es schon 1833 am Schluß der Session getan hatte.

Der Zufall aber will es, daß der edle Lord eben, während er „sein vollstes Vertrauen in die Ehrenhaftigkeit und den guten Glauben“ des Zaren versicherte, in den Besitz von Dokumenten gelangt war, die vor der übrigen Welt geheimgehalten wurden und die keinen Zweifel darüber ließen, wenn ein solcher bestand, wie es um die Ehrenhaftigkeit und den guten Glauben Rußlands bestellt sei. Er brauchte den Moskowiter nicht einmal zu kratzen, um den Tataren zu finden. Er fand den Tataren gleich

in seiner ganzen nackten Scheußlichkeit. Er gelangte nämlich in den Besitz der Selbstbekenntnisse der leitenden russischen Minister und Diplomaten, die ihre Hüllen abwarfen, ihre geheimsten Gedanken entdeckten, ungescheut ihre Eroberungs- und Unterjochungspläne entwickelten und die törichte Leichtgläubigkeit der europäischen Höfe und Minister verhöhnten, indem sie sich über die Villèles, Metternichs, Aberdeens, Cannings und Wellingtons weidlich lustig machten und mit dem rohen, durch die grausame Ironie des Höflings kaum verhüllten Zynismus des Barbaren gemeinsam darüber berieten, wie sie in Paris gegen England, in London gegen Österreich, in Wien gegen London Mißtrauen säen, alle untereinander verhetzen und aus allen bloße Werkzeuge Rußlands machen könnten.

Zur Zeit der Warschauer Insurrektion fielen die Archive des Vizekönigs, die im Palast des Großfürsten Konstantin verwahrt wurden, und die die geheime Korrespondenz der russischen Minister und Gesandten vom Beginn dieses Jahrhunderts bis zum Jahre 1830 enthielten, in die Hände der siegreichen Polen. Polnische Flüchtlinge brachten dann diese Papiere zuerst nach Frankreich, und später übergab sie Graf Zamojski, der Neffe des Fürsten Czartoryski, dem Lord Palmerston, der den Mantel christlicher Liebe über sie deckte. Mit diesen Papieren in der Tasche war der edle Lord nun erst recht darauf erpicht, dem britischen Senat und der ganzen Welt zu verkünden, „wie festgegründet sein Vertrauen in die Ehrenhaftigkeit und den guten Glauben des Kaisers von Rußland sei“.

Die Schuld des edlen Lords war es nicht, wenn diese aufsehenerregenden Papiere Ende des Jahres 1835 durch das berühmte „Portfolio“ veröffentlicht wurden. Was auch König Wilhelm IV. in anderer Hinsicht gewesen sein mag, ein Russenfreund war er gewiß nicht. Sein Privatsekretär Sir Herbert Taylor war mit David Urquhart intim befreundet und führte diesen Herrn beim König ein. Von diesem Augenblick an konspirierte „das Königtum“ mit diesen beiden Freunden gegen die Politik des „wahrhaft englischen“ Ministers.

„Wilhelm IV. befahl dem edlen Lord, die obenerwähnten Papiere auszuliefern. Nach ihrer Ablieferung wurden sie in Windsor-Castle geprüft, und es wurde für wünschenswert befunden, sie zu drucken und zu veröffentlichen. Trotz der stärksten Opposition Palmerstons zwang der König den edlen Lord, dieser Veröffentlichung die Autorität des Auswärtigen Amts zu leihen, so daß der Herausgeber, der sie für die Presse

revidierte, nicht eine Zeile publizierte, die nicht den amtlichen Stempel oder Initialen trug. Ich sah selbst die Initialen des edlen Lords unter einem dieser Dokumente, trotzdem der edle Lord diese Tatsachen geleugnet hatte. Lord Palmerston sah sich genötigt, die Dokumente zur Veröffentlichung in die Hände des Herrn Urquhart zu legen. Dieser war der wirkliche Herausgeber des Portfolio." (Mr. Anstey im Unterhaus, 23. Februar 1848.)

Nach dem Tod des Königs weigerte sich Lord Palmerston, den Drucker des Portfolio zu bezahlen, verleugnete öffentlich und feierlich jede Verbindung des Auswärtigen Amts damit und bewog, wodurch ist unbekannt, seinen Untersekretär Mr. Backhouse, seinen Namen unter die Ableugnung zu setzen. In der Times vom 30. Januar 1839 lesen wir:

„Wir wissen nicht, was Lord Palmerston empfinden mag, doch besteht für uns darüber kein Zweifel, was jeder andere Mensch in der Stellung eines Ministers und als Gentleman empfinden würde, nachdem durch die gestrige Times die Korrespondenz zwischen Mr. Urquhart, den Lord Palmerston aus dem Amt entließ, und Mr. Backhouse, den der edle Viscount auf seinem Posten beließ, zu solcher Offenkundigkeit gelangte. Aus dieser Korrespondenz läßt sich vollkommen einwandfrei feststellen, daß die ganze Serie offizieller Dokumente, die in dem wohlbekannten sogenannten Portfolio veröffentlicht waren, auf die Autorität des Lord Palmerston hin gedruckt und verbreitet wurden, und daß Seine Lordschaft sowohl als Staatsmann der politischen Welt hier und im Ausland wie auch als Auftraggeber dem Drucker und Verleger für die entstandenen Kosten verantwortlich ist."

Die türkischen Finanzen waren durch den unglückseligen Krieg von 1828 bis 1829 und durch die im Vertrag von Adrianopel stipulierten Schuldenzahlungen an Rußland in derartige Verwirrung geraten und so erschöpft, daß die Türkei sich gezwungen sah, das widerwärtige Monopolsystem noch weiter auszudehnen, das den Verkauf fast aller Artikel nur denjenigen gestattete, die von der Regierung gewisse Lizenzen erworben hatten. Dadurch gelang es einigen wenigen Wucherern, den ganzen Handel des Landes an sich zu reißen. Herr Urquhart schlug König Wilhelm IV. vor, mit der Türkei einen Handelsvertrag abzuschließen, der gleichzeitig dem britischen Handel große Vorteile bringen und die Produktivkräfte der Türkei zur Entfaltung bringen, ihre Staatskasse sanieren und sie so vom russischen Joch befreien sollte. Wir können die merk-

würdige Geschichte dieses Vertrags nicht besser wiedergeben als mit Mr. Ansteys eigenen Worten:

„Der stete Kampf zwischen Lord Palmerston und Mr. Urquhart drehte sich um diesen Handelsvertrag. Am 3. Oktober 1835 erhielt Urquhart seine Ernennung zum Legationssekretär in Konstantinopel, die ihm zu dem einzigen Zwecke verliehen war, dort die Annahme des türkischen Handelsvertrags zu sichern. Er verzögerte aber seine Abreise bis Juni oder Juli 1836. Lord Palmerston drängte ihn, zu reisen. Den wiederholten Mahnungen zur Abreise setzte er jedoch unweigerlich die Antwort entgegen: ‚Ich reise erst dann, wenn ich diesen Handelsvertrag mit der Handelskammer und dem Auswärtigen Amt in Ordnung gebracht habe; dann will ich ihn selbst hinbringen und seine Annahme durch die Pforte erwirken. . . .‘ Schließlich gab Lord Palmerston dem Vertrag seine Zustimmung, und er wurde an Lord Ponsonby, den Gesandten in Konstantinopel, befördert. (In der Zwischenzeit war dieser durch Lord Palmerston dahin informiert worden, die Unterhandlungen ganz aus den Händen Urquharts und in seine eigene Hand zu nehmen, entgegen der Abmachung, die mit Herrn Urquhart getroffen war.) Sobald Urquhart durch die Intrigen des edlen Lords aus Konstantinopel entfernt war, wurde der Vertrag augenblicklich über Bord geworfen. Zwei Jahre später nahm ihn der edle Lord wieder auf, indem er Urquhart vor versammeltem Hause das Kompliment der Autorschaft machte und für seine Person jedes Verdienst daran in Abrede stellte. Der edle Lord aber hatte den Vertrag zersetzt, in allen seinen Teilen verfälscht und ihn zu einem Handelsverderb verwandelt. Der ursprüngliche Vertrag Urquharts stellte die englischen Untertanen in der Türkei der meistbegünstigten Nation, das heißt den Russen gleich. Die Fälschungen Lord Palmerstons stellten die englischen Untertanen den schwer besteuerten und überlasteten Untertanen der Pforte gleich. Urquharts Vertrag forderte die Aufhebung aller wie immer gearteten Durchfuhrgebühren, Monopole, Steuern und Lasten, außer solchen, die durch den Vertrag selbst festgesetzt waren. In der Verfälschung Lord Palmerstons enthielt er eine Klausel, die es als das Recht der erhabenen Pforte bezeichnete, dem Handel jede beliebige Verordnung und Beschränkung aufzuerlegen. Im Urquhartschen Vertrag sollte der Ausfuhrzoll wie bisher nur drei Schilling betragen; der edle Lord erhöhte diese Gebühr von drei auf fünf Schilling. Urquharts Vertrag setzte einen Wertzoll in folgender Weise fest: Für Handelsartikel, die ausschließlich in der Türkei

erzeugt wurden, so daß ihr Verkauf in fremden Häfen Monopolpreise erzielte, sollte eine Exportgebühr durch einen türkischen und einen englischen Kommissionär so hoch festgesetzt werden, daß eine rentable Einnahme zu erwarten war; wohingegen Waren, die auch in anderen als türkischen Ländern erzeugt wurden und in fremden Häfen nicht so viel Wert besaßen, um einen hohen Zoll zu rechtfertigen, niedriger angesetzt werden sollten. Lord Palmerstons Vertrag setzte einen fixen Wertzoll von zwölf Schilling für jeden Artikel fest, einerlei, ob er den Zoll vertrug oder nicht. Der Originalvertrag dehnte das Vorrecht des Freihandels auf türkische Schiffe und Produkte aus; der Ersatzvertrag enthielt überhaupt keine Bestimmung darüber. . . . Ich klage den edlen Lord dieser Fälschungen an, ich klage ihn an, sie verheimlicht zu haben, und ich klage ihn endlich an, dem Hause fälschlich berichtet zu haben, daß dieses der Vertrag sei, den Herr Urquhart entworfen hat." (Mr. Anstey im Unterhaus, 23. Februar 1848.)

Der durch den edlen Lord veränderte Vertrag erwies sich als so günstig für Rußland und so verderblich für England, daß einige englische Kaufleute in der Levante sich seitdem unter den Schutz russischer Firmen stellen wollten und andere sich, wie Herr Urquhart berichtet, nur durch eine Art nationalen Ehrgefühls davon abhalten ließen.

Über die geheimen Beziehungen zwischen dem edlen Lord und König Wilhelm IV. erzählt Mr. Anstey dem Hause folgendes:

„Der König zwang den edlen Lord, seine Aufmerksamkeit der Frage der immer zunehmenden russischen Übergriffe in der Türkei zuzuwenden. . . . Ich kann beweisen, daß der edle Lord sich in dieser Sache den Anweisungen fügen mußte, die ihm der Privatsekretär des verstorbenen Königs gab, und daß sein Verbleiben im Amte davon abhing, ob er sich den Wünschen des Monarchen fügen wolle oder nicht. . . . Der edle Lord leistete bei einer oder der anderen Gelegenheit, soweit er es wagte, Widerstand, aber jedem solchen Widersetzungsversuch folgten dann die verächtlichsten Ausbrüche von Zerknirschung und Unterwürfigkeit. Ich will nicht gerade behaupten, daß der edle Lord bei einem derartigen Anlaß buchstäblich seines Amtes für einen oder zwei Tage entsetzt war, aber das kann ich wohl versichern, daß der edle Lord eben bei dieser Gelegenheit in Gefahr war, höchst unzeremoniell aus dem Amte gejagt zu werden. Ich beziehe mich hier auf die Ereignisse, die sich abspielten, als der verstorbene König die Entdeckung machte, daß

der edle Lord die Gefühle der russischen Regierung bei der Wahl des englischen Gesandten für den Hof in St. Petersburg berücksichtigte, und daß Sir Stratford Canning, der ursprünglich für diesen Posten bestimmt war, beiseite geschoben wurde, um dem verstorbenen Earl of Durham Platz zu machen, der ein dem Zaren angenehmerer Gesandter war." (Unterhaus, 23. Februar 1848.)

Es ist eine der erstaunlichsten Tatsachen, daß, während der König vergeblich gegen die russische Politik des edlen Lords ankämpfte, dieser und seine whiggistischen Parteigänger es verstanden, den öffentlichen Argwohn erfolgreich wachzuhalten, als lähme der König, der als Tory bekannt war, die antirussischen Bestrebungen des „wahrhaft englischen" Ministers. Die angebliche torystische Vorliebe des Monarchen für die despotischen Grundsätze des russischen Hofes sollte natürlich die sonst unerklärliche Politik Palmerstons erklärlich machen. Die Whigoligarchen lächelten geheimnisvoll, als Mr. H. L. Bulwer dem Haus erzählte, daß „noch diese Weihnachten Graf Apponyi, der österreichische Gesandte in Paris, als er von den orientalischen Angelegenheiten sprach, gesagt hätte, unser Hof fürchte mehr die französischen Grundsätze als die Begierden der Russen". (Unterhaus, 11. Juli 1833.)

Und wieder lächelten sie, als Mr. T. Attwood den edlen Lord befragte, „welchen Empfang Graf Orloff am Hof Seiner Majestät gefunden, als er nach dem Abschluß des Vertrags von Unkiar Skelessi nach England geschickt worden sei". (Unterhaus, 28. August 1833.)

Die Akten, die der sterbende König und sein Sekretär, der verstorbene Sir Herbert Taylor, Herrn Urquhart anvertraut hatten, „damit er bei passender Gelegenheit das Andenken Williams IV. reinwasche", werden bei ihrer Veröffentlichung ein neues Licht auf die frühere Laufbahn des edlen Lords und der Whigoligarchie werfen, von der das Publikum nicht viel mehr kennt als die Geschichte ihrer Ansprüche, ihrer Phrasen und ihrer sogenannten Grundsätze — mit einem Wort die theatralische und trügerische Rolle — die Maske.

Es ist hier die beste Gelegenheit, Herrn David Urquhart Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, der zwanzig Jahre lang der schärfste Widersacher Lord Palmerstons war, dem er stets als offener Feind entgegentrat, den keine Furcht zum Schweigen brachte, keine Bestechung zur Nachgiebigkeit bewog und keine Schmeichelei zur Anhängerschaft verführte, während Alcine-Palmerston doch sonst es fertig brachte, alle seine anderen

Feinde, sei es mit Schmeichelreden, sei es durch Verführungskünste kirre zu machen. So hörten wir doch eben noch aus Mr. Ansteys Munde die stürmische Anklage gegen Seine Lordschaft:

„Ein höchst bedeutsamer Umstand ist es, daß der angeklagte Minister das Mitglied des Hauses, das ist Mr. Anstey, aufsuchte und sich mit dem Anerbieten seiner Mitarbeit und privaten Freundschaft zufrieden gab, ohne auf der Förmlichkeit eines Widerrufs oder einer Entschuldigung zu bestehen. Mr. Ansteys kürzlich in aller Form erfolgte Anstellung bei der jetzigen Regierung spricht für sich selbst." (D. Urquharts „Fortschritt Rußlands".)

Am 23. Februar 1848 hatte derselbe Mr. Anstey den edlen Lord mit „dem infamen Marquis von Carmarthen, dem Staatssekretär Williams III. verglichen, den Zar Peter I. während eines Besuchs am englischen Hof mit dem Gold britischer Kaufleute für seine Interessen zu erkaufen vermocht hatte". (Unterhaus, 23. Februar 1848.)

Wer verteidigte Lord Palmerston bei dieser Gelegenheit gegen Mr. Ansteys Anklagen? Mr. Sheil; derselbe Mr. Sheil, der 1833 beim Abschluß des Vertrags von Unkiar Skelessi dieselbe Rolle des Anklägers gegen Seine Lordschaft gespielt hatte wie Mr. Anstey 1848. Mr. Roebuck, einst sein schärfster Gegner, verschaffte ihm 1850 das Vertrauensvotum. Sir Stratford Canning, der durch ein volles Dezennium die Nachgiebigkeit des edlen Lords gegen den Zaren gegeißelt hatte, war herzlich froh, den Botschafterposten in Konstantinopel zu bekommen. Selbst der dem edlen Lord so teure Dudley Stuart wurde für einige Jahre aus dem Parlament hinausintrigiert, weil er gewagt hatte, dem edlen Lord zu opponieren. Als er wieder zurückkehrte, ging er mit dem „wahrhaft englischen" Minister durch dick und dünn. Kossuth, der aus den Blaubüchern hätte wissen können, daß Ungarn durch den edlen Lord betrogen worden war, nannte ihn bei seiner Landung in Southampton „seinen teuren Busenfreund".

VII.

People's Paper, 17. Dezember 1853.

Ein Blick auf die Karte Europas zeigt uns an der Westseite des Schwarzen Meeres die Mündungen der Donau, des einzigen Flusses, der, mitten im Herzen Europas entspringend, eine natürliche Straße nach Asien bildet. Gerade gegenüber auf der Ostseite des Schwarzen Meeres, südlich vom Flusse Kuban, beginnt die Bergkette des Kaukasus,

die sich in südöstlicher Richtung etwa 700 Meilen lang vom Schwarzen bis zum Kaspischen Meer erstreckt und Europa von Asien trennt.

Die Macht, die die Mündungen der Donau beherrscht, beherrscht auch natürlich die Donau selbst, die Straße nach Asien und mit ihr einen großen Teil des Handels der Schweiz, Deutschlands, Ungarns, der Türkei und vor allem der Moldau und der Walachei. Besitzt dieselbe Macht dann noch obendrein den Kaukasus, dann gehört ihr auch das Schwarze Meer ausschließlich als Mare clausum, und es fehlen nur noch die Dardanellen und Konstantinopel, um seinen Zugang zu verschließen. Der Besitz der kaukasischen Berge sichert ihr gleichzeitig die Herrschaft über Trapezunt und das nördliche Meeresufer von Persien durch dessen Lage an der Kaspischen See.

Rußland hat seine gierigen Augen sowohl auf die Donaumündungen wie auf die Gebirgskette des Kaukasus geworfen. Dort hieß es die Herrschaft erobern, hier sie befestigen. Die kaukasischen Gebirgszüge trennen Südrußland von den üppigen Provinzen Georgien, Mingrelien, Imerethien und Gurien, die der Moskowiter den Muselmanen entrissen hat. Dadurch ist der Fuß des ungeheuren Reiches von dem Hauptkörper abgeschnitten. Die einzige militärische Straße windet sich von Mosdok nach Tiflis durch den engen Paß von Dariel; sie ist durch eine fortlaufende Kette befestigter Plätze geschützt und zu beiden Seiten den unaufhörlichen Angriffen der feindlichen kaukasischen Stämme ausgesetzt. Würden sich die kaukasischen Stämme unter ein militärisches Haupt vereinigen, so könnten sie sogar dem angrenzenden Lande der Kosaken gefährlich werden. „Der Gedanke an die fürchterlichen Konsequenzen, die eine Vereinigung der feindlichen Kaukasier unter einem Führer im südlichen Rußland hervorrufen könnte, erfüllt einen mit Schrecken.“ So äußert sich Herr Kapffer, ein Deutscher, der der wissenschaftlichen Kommission vorstand, die 1829 die Expedition des Generals Etronnel nach dem Elbrus begleitete.

In diesem jetzigen Augenblick sehen wir mit gleicher Spannung nach den Ufern der Donau, wo Rußland sich der beiden Kornkammern Europas bemächtigt hat, wie nach dem Kaukasus, wo ihm die Vertreibung aus Georgien droht. Sein Vorgehen in diesen beiden Gebieten ist auf dieselben Ursachen zurückzuführen. Es war der Vertrag von Adrianopel, der die Usurpation der Moldau und Walachei durch Rußland vorbereitete, und der auch seine Ansprüche auf den Kaukasus anerkennt.

Artikel IV dieses Vertrags hat folgenden Wortlaut: „Alle Länder, die nördlich und östlich von der Grenzlinie zwischen den beiden Reichen (Rußland und Türkei) gegen Georgien, Imerethien und Gurien zu gelegen sind, ferner die ganze Küste des Schwarzen Meers, von der Mündung des Kuban bis zum Hafen von St. Nikolaus inklusive, sollen unter russischer Herrschaft bleiben."

Hinsichtlich der Donau bestimmt derselbe Vertrag: „Die Grenzlinie wird dem Lauf der Donau bis zur Mündung von St. Georg folgen und alle durch die verschiedenen Arme gebildeten Inseln im Besitz Rußlands belassen. Das rechte Ufer wird wie bisher im Besitz der Pforte bleiben. Man ist jedoch übereingekommen, daß dieses rechte Ufer von dem Punkte an, wo der Arm von St. Georg sich von dem von Sulina trennt, auf einer Distanz von zwei Stunden (sechs Meilen) unbewohnt bleiben und kein wie immer geartetes Gebäude dort errichtet werden soll. Das gleiche gilt von den Inseln, die noch in Rußlands Besitz verbleiben. Abgesehen von Quarantänestationen, die dort errichtet werden, wird es nicht gestattet sein, daselbst irgendwelche Gebäude oder Befestigungen zu erbauen."

Insofern diese beiden Paragraphen den Russen neue Besitztümer und ausschließliche Handelsvorteile zusichern, greifen sie in das am 4. April 1826 vom Herzog von Wellington in Petersburg entworfene Protokoll und in den Vertrag vom 6. Juli 1827 ein, der zwischen Rußland und den anderen Mächten in London geschlossen wurde. Die englische Regierung weigerte sich daher, den Vertrag von Adrianopel anzuerkennen. Der Herzog von Wellington protestierte dagegen. (Lord Dudley Stuart, Unterhaus, 17. März 1837.)

Lord Aberdeen protestierte ebenfalls dagegen, wie Lord Mahon berichtet: „In einer Depesche an Lord Heytesbury vom 31. Oktober 1829 äußerte er sich mit nicht geringer Unzufriedenheit über viele Teile des Vertrags von Adrianopel und hob besonders die Bestimmungen über die Donauinseln hervor. Er leugnet, daß dieser Vertrag die territorialen Hoheitsrechte der Pforte, sowie auch die Beziehungen und die Interessen aller Seemächte des Mittelmeers respektiert habe." (Unterhaus, 20. April 1836.)

Earl Grey erklärte: „Die Unabhängigkeit der Pforte werde geopfert und der Frieden Europas gefährdet, wenn man diesem Vertrag zustimme." (Oberhaus, 4. Februar 1834.)

In seiner Rede vom 17. März 1837 versichert uns Lord Palmerston selbst: „Was die Ausdehnung der russischen Grenze bis an die Donau-

mündung, im Süden des Kaukasus und an den Ufern des Schwarzen Meers betrifft, so ist sie sicherlich nicht vereinbar mit der feierlichen Erklärung, die Rußland vor ganz Europa abgab, ehe der Türkische Krieg begann."

Rußland konnte nur dann hoffen, seine Ansprüche auf den Kaukasus, den es der Türkei entrissen hatte, zu realisieren, wenn es die Ostküste des Schwarzen Meers blockierte und die Zufuhr an Munition nach den nordwestlichen zirkassischen Gebieten abschnitt. Die Küste des Schwarzen Meers gehört sicher ebenso wie die Donaumündungen nicht zu den Gebieten, in denen sich „unmöglich eine englische Aktion entwickeln könne", wie Lord Palmerston anläßlich des Krakauer Falles lamentierte. Durch welchen mysteriösen Kniff hat es denn der Moskowiter trotzdem fertig gebracht, die Donau und die Küste des Schwarzen Meers zu blockieren und England zu zwingen, sich nicht nur dem Vertrag von Adrianopel, sondern auch gleichzeitig den Vergewaltigungen zu unterwerfen, die Rußland sich gegen diesen Vertrag herausnahm?

Diese Fragen wurden am 20. April 1836 im Unterhaus an den edlen Grafen gestellt. Gleichzeitig wurden Petitionen der Kaufleute von London, Glasgow und anderen Handelsstädten eingereicht, die sich gegen die fiskalischen Bestimmungen Rußlands im Schwarzen Meer und seine Verfügungen und Beschränkungen richteten, die den englischen Handel auf der Donau zu gefährden drohten.

Am 7. Februar 1836 war ein Ukas erschienen, der, gestützt auf den Vertrag von Adrianopel, eine Quarantänestation auf einer der Inseln in der Donaumündung errichtete. Um die Bestimmungen der Quarantäne ausführen zu können, verlangte Rußland das Recht, an Bord der Schiffe zu gehen und sie zu durchsuchen, Abgaben zu erheben und widerspenstige Schiffe, die die Donau aufwärts fahren wollten, nach Odessa zu schleppen. Bevor die Quarantäne errichtet worden war, oder eigentlich bevor unter dem falschen Vorwand einer Quarantäne ein Fort und ein Zollamt erbaut worden waren, hatten die russischen Autoritäten ihre Fühler ausgestreckt, um sich zu vergewissern, wieviel sie bei der englischen Regierung riskieren dürften. Lord Durham, der nach den von England erhaltenen Instruktionen handelte, protestierte bei der russischen Regierung gegen diese Schädigung des englischen Handels. „Man wies ihn an den Grafen Nesselrode. Graf Nesselrode berichtete an den Gouverneur von Südrußland, und der Gouverneur von Südrußland berichtete wieder an den Konsul

von Galatz, der sich mit dem britischen Konsul von Braila in Verbindung setzte, welcher die Weisung bekam, die Kapitäne, denen man Zoll abgefordert hatte, an die Donaumündung, den Schauplatz ihrer Unbill zu senden, so daß man die Angelegenheit genau untersuchen könne; es war natürlich wohlbekannt, daß die betreffenden Kapitäne sich damals schon in England befanden." (Unterhaus, 20. April 1836.)

Der förmliche Ukas vom 7. Februar 1836 erregte jedoch die allgemeine Aufmerksamkeit der britischen Kaufmannschaft, da, wie Mr. Stewart im Unterhaus am 20. April 1836 konstatierte, „viele Schiffe schon ausgesegelt waren und andere im Begriff standen, abzureisen, deren Kapitäne die direkte Order hatten, das Recht des An-Bord-Gehens und der Durchsuchung, das Rußland verlangte, nicht anzuerkennen. Es sei wohl vorauszusehen, welches das Schicksal dieser Schiffe sein müsse, wenn sich das Haus nicht zu einer bestimmten Meinungsäußerung entschließe. Solange das nicht geschähe, würden die britischen Schiffe, die zusammen mindestens 5000 Tonnen umfaßten, genommen und nach Odessa geschleppt werden, wenn sie nicht den unverschämten Forderungen Rußlands nachgäben." (Unterhaus, 20. April 1836.)

Wir bemerkten schon, daß Rußland die sumpfigen Inseln an den Mündungen der Donau infolge des Vertrags von Adrianopel erworben hatte, der eine Verletzung des Vertrags war, den Rußland mit England und den anderen Mächten am 26. Juli 1827 geschlossen hatte. Die Besetzung der Mündungen der Donau mit Festungen und deren Bepflanzung mit Geschützen war aber auch eine Verletzung des Vertrags von Adrianopel, der ausdrücklich verbot, daß innerhalb sechs Meilen vom Flusse irgendwelche Befestigungen errichtet würden. Die Erhebung von Zoll und die Verhinderung der Schiffahrt war eine Verletzung des Wiener Vertrags, der erklärte, daß „die Beschiffung der Flüsse in ihrem ganzen Lauf, von dem Punkt, wo jeder von ihnen schiffbar würde bis zur Mündung ganz frei sein solle"; daß „die Höhe der Gebühren in keinem Fall die damals (1815) gezahlten übersteigen solle" und daß „keine Erhöhung stattfinde, wenn nicht die an diesem Flusse gelegenen Staaten gemeinsam zustimmten". Rußland konnte sich also auf nichts berufen, als auf den Vertrag von 1827, der verletzt worden war durch den Vertrag von Adrianopel; diesen wieder hatte es selbst durchbrochen, und das Ganze sollte geschützt werden durch einen Bruch des Wiener Vertrags.

Es zeigte sich als ganz unmöglich, Lord Palmerston eine Erklärung darüber abzupressen, ob er den Vertrag von Adrianopel anerkenne oder nicht. Was den Wiener Vertrag betrifft, so „war ihm keine ‚offizielle' Information zuteil geworden, daß sich etwas ereignet habe, was durch den Vertrag nicht gerechtfertigt sei. Sollten die daran beteiligten Parteien etwas Derartiges behaupten, so müßte so vorgegangen werden, wie es die Kronanwälte den Rechten der englischen Untertanen für angemessen hielten."

Durch den Artikel V des Vertrags von Adrianopel garantiert Rußland „den Donaufürstentümern Gedeihen und volle Handelsfreiheit". Mr. Patrick Stewart hat nun dargelegt, daß die Fürstentümer Moldau und Walachei Rußlands tödlichste Eifersucht hervorriefen, weil seit 1834 ihr Handel einen so plötzlichen Aufschwung nahm, weil sie in den hervorragendsten Produktionszweigen mit Rußland selbst konkurrierten, weil sich Galatz zum großen Lagerplatz des ganzen Getreidehandels an der Donau aufschwang und Odessa aus dem Felde geschlagen wurde. Darauf antwortete Lord Palmerston mit folgenden Worten: „Hätte mein ehrenwerter Freund darlegen können, daß unser Handel mit der Türkei, der doch noch vor einigen Jahren groß und bedeutend war, durch die Angriffe anderer Länder oder durch die Nachlässigkeit der Regierung zu einem unbedeutenden Geschäft herabgesunken wäre, dann wäre das ein Grund gewesen, ans Parlament zu appellieren. Statt dessen hat mein ehrenwerter Freund auseinandergesetzt, daß in den letzten Jahren unser Handel mit der Türkei sich aus einem Nichts zu ganz bedeutendem Umfang entwickelt hat."

„Rußland sperrt die Donauschiffahrt, weil der Handel der Fürstentümer immer bedeutender wird," sagt Mr. Stewart. „Aber", erwidert Lord Palmerston, „Rußland tat das nicht, als dieser Handel noch ganz unbedeutend war." „Es geschieht nichts, Rußlands letzte Übergriffe an der Donau zurückzuweisen," sagt Mr. Stewart. „Aber", fragt Lord Palmerston, „geschah denn etwas unsererseits, ehe Rußland sich solche Übergriffe erlaubte?"

Es gelang Seiner Lordschaft, das Haus zu verhindern, einen Beschluß zu fassen, indem er ihm die Versicherung gab, daß bei der britischen Regierung durchaus keine Neigung dazu vorhanden wäre, den Übergriffen irgendeiner anderen Macht nachzugeben, sei es wer immer und möge sie noch so stark und mächtig sein, und indem er das Haus er=

mahnte, „vorsichtshalber alles zu unterlassen, was von den anderen Mächten falsch ausgelegt und mit Recht als Provokation betrachtet werden könnte“.

Eine Woche nach dieser Debatte im Unterhaus richtete ein britischer Kaufmann an Lord Palmerston einen Brief, der sich auf den russischen Ukas bezog. Der Untersekretär des Auswärtigen Amts antwortete darauf folgendes: „Im Auftrag Lord Palmerstons teile ich Ihnen mit, daß Seine Lordschaft sich an den Kronanwalt um ein Gutachten über die in dem russischen Ukas vom 7. Februar 1836 veröffentlichten Bestimmungen gewendet hat; einstweilen beauftragt mich Lord Palmerston, Ihnen auf den letzten Teil Ihres Briefes zu erwidern, daß nach der Ansicht der Regierung die russischen Autoritäten nicht das Recht haben, an der Donaumündung Zoll zu erheben, und daß Sie recht daran taten, Ihre Agenten anzuweisen, jede Zahlung zu verweigern.“

Der Kaufmann handelte diesem Briefe gemäß. Er wurde von dem edlen Lord an Rußland preisgegeben. Wie Mr. Urquhart berichtet, wird jetzt ein russischer Zoll in London und Liverpool durch russische Konsuln von jedem englischen Schiff erhoben, das nach den türkischen Donauhäfen fährt, und „auf der Insel Leti befindet sich auch noch die Quarantäne“.

Rußland beschränkte jedoch seine Eingriffe an der Donau nicht auf die bereits errichtete Quarantäne, die bereits erbauten Befestigungen und die erhobenen Zölle. Durch den Vertrag von Adrianopel kam die einzige noch schiffbare Mündung der Donau, die Sulinamündung in den Besitz Rußlands. Solange sie die Türken besaßen, wurde das Wasser im Kanal stets in einer Tiefe von 14 bis 16 Fuß gehalten. Seit der Besitzergreifung durch Rußland ist das Wasser auf 8 Fuß reduziert worden, eine Tiefe, die zur Beförderung von Getreideschiffen völlig unzulänglich ist. Nun ist Rußland am Wiener Vertrag beteiligt, und dieser bestimmt im Artikel 113, „daß jeder Staat auf seine Kosten für die Instandhaltung des Treidelwegs, das ist des Schleppwegs am Ufer sorgen und die notwendigen Wasserbauten beaufsichtigen müsse, so daß keine Stockung der Schiffahrt eintritt“.

Rußland fand kein besseres Mittel, den Kanal schiffbar zu erhalten, als daß es seine Wassertiefe immer mehr verringerte, ihn mit Schiffstrümmern übersäte und seine Mündung mit Sand und Schlamm füllte. Dieser systematischen und wiederholten Verletzung des Wiener Vertrags hat Rußland noch einen neuen Bruch des Vertrags von Adrianopel hinzugefügt, der die

Errichtung jeglichen Gebäudes an der Sulinamündung, ausgenommen zu Quarantäne- und Leuchtfeuerzwecken, untersagt. Auf Rußlands Geheiß ist dort nämlich eine kleine Stadt entstanden, die ihre Einkünfte aus den Erpressungen zieht, deren Quelle die Verzögerungen und die Umladungen in Leichterschiffe bilden, die durch die Stockung im Kanal verursacht werden.

„Cum principia negante non est disputandum — was nützt das Beharren auf abstrakten Grundsätzen", sagte Lord Palmerston am 30. April 1823, „despotischen Regierungen gegenüber, die erwiesenermaßen das Recht nach der Macht bemessen, und deren Verhalten durch Eigennutz und nicht durch Gerechtigkeit bestimmt wird?" Seinen Grundsätzen gemäß war aber der edle Lord so vorsichtig und genügsam, der despotischen Regierung Rußlands gegenüber auf abstrakten Grundsätzen zu beharren. Er ging jedoch noch weiter. Während er am 6. Juli 1840 das Haus versicherte, daß die Freiheit der Donau „durch den Wiener Vertrag verbürgt sei", und während er am 13. Juli 1840 jammerte, daß, trotzdem die Okkupation von Krakau ein Bruch des Wiener Vertrags sei, „England doch kein Mittel hätte, seinen Willen durchzusetzen, weil Krakau offenbar ein Ort sei, wo jede englische Aktion schlechterdings unmöglich sei", schloß er zwei Tage später einen Vertrag mit Rußland, durch den die Dardanellen „in Zeiten des Friedens mit der Türkei" für englische Kriegsschiffe hermetisch verschlossen wurden, so daß England des einzigen Mittels beraubt war, den Wiener Vertrag durchzusetzen, und das Schwarze Meer wirklich zu einem „Schauplatz wurde, auf dem jede englische Aktion schlechterdings unmöglich war".

Als diese Position durchgesetzt war, machte er der öffentlichen Meinung eine Scheinkonzession, indem er eine ganze Batterie von papiernen Kundgebungen losfeuerte, in denen er „die despotische Regierung, die das Recht nach der Macht bemißt und sich durch Eigennutz und nicht durch Gerechtigkeit bestimmen läßt", in höchst sentimentaler und phrasenhafter Manier daran erinnert, daß „Rußland, als es die Türkei zur Überlassung der Mündung eines großen europäischen Flusses zwang, der den Haupthandelsweg für den wechselseitigen Verkehr so vieler Nationen bildet, Pflichten und Verantwortlichkeiten gegen andere Staaten übernahm, in deren volle Erfüllung es seinen Stolz setzen sollte". Dieser Lobgesang auf abstrakte Grundsätze entlockte dem Grafen Nesselrode nur die gleichmütige und phlegmatische Antwort, „die Sache werde gründlich untersucht werden", und von Zeit zu Zeit versäumte er nicht, vorsichtig

„das Gefühl des Bedauerns der Kaiserlichen Regierung auszudrücken, daß man ihren Absichten ein solches Mißtrauen entgegenbringe".

Der Regierung des edlen Lords ist es also zu danken, wenn es im Jahre 1853 so weit gekommen ist, daß die Schiffahrt in der Donau für unmöglich erklärt werden mußte und daß das Getreide an der Sulinamündung verfault, während Frankreich, England und der Süden Europas von Hungersnöten bedroht sind. Und Rußland hat nun, wie die Times sagt, „seinen sonstigen wichtigen Besitztümern noch den Besitz eines eisernen Gitters zwischen der Donau und dem Schwarzen Meer hinzugefügt". Es hat den Schlüssel zur Donau erobert und besitzt dadurch eine Hungerschraube, die es immer dann anziehen kann, wenn die Politik Westeuropas ihm strafbar erscheint.

VIII.

People's Paper, 24. Dezember 1853.

Die dem Unterhaus am 26. April 1836 eingereichten Anträge und die damit in Verbindung stehende Resolution Mr. Patrick Stewarts bezogen sich nicht nur auf die Donau, sondern auch auf Zirkassien; denn in der Handelswelt hatte sich das Gerücht verbreitet, daß die russische Regierung unter dem Vorgeben, die zirkassische Küste zu blockieren, englische Schiffe daran hindern wolle, Waren und Güter in bestimmten Häfen der östlichen Küste des Schwarzen Meeres auszuladen. Lord Palmerston erklärte bei dieser Gelegenheit feierlich: „Wenn das Parlament sein Vertrauen in uns setzen will, wenn es uns die Leitung der auswärtigen Beziehungen des Landes überlassen will, werden wir die Interessen des Landes zu schützen und die Ehre des Landes zu vertreten wissen, ohne genötigt zu sein, zum Krieg unsere Zuflucht zu nehmen." (Unterhaus, 26. April 1836.)

Einige Monate später, am 29. Oktober 1836, segelte die „Vixen", ein Handelsschiff, das Mr. George Bell gehörte und das mit Salz beladen war, von London direkt nach Zirkassien. Am 25. November wurde das Schiff in der zirkassischen Bucht von Sudschuk Kale von einem russischen Kriegsschiff ergriffen, weil „es an einer blockierten Küste sich aufgehalten habe". (Brief des russischen Admirals Lazareff an den englischen Konsul Childs vom 24. Dezember 1836.) Das Fahrzeug, seine Ladung und Mannschaft wurden nach dem Hafen von Sebastopol geschickt, wo die Entscheidung der Russen über die Beschlagnahme am 27. Januar entgegen-

genommen wurde. Jetzt war schon nicht mehr von „Blockierung" die Rede, sondern die „Vixen" wurde einfach als gesetzmäßige Prise erklärt, „sie habe sich des Schmuggels schuldig gemacht", da die Einfuhr von Salz verboten sei und die Bucht von Sudschuk Kale, einem russischen Hafen, kein Zollamt besitze. Der Urteilsspruch wurde in außergewöhnlich herabsetzender und beschimpfender Weise vollzogen. Die Russen, die das Schiff ergriffen hatten, wurden mit öffentlichen Auszeichnungen belohnt. Die britische Flagge wurde aufgezogen, dann heruntergerissen und dafür die russische gehißt. Kapitän und Mannschaft wurden als Gefangene an Bord des „Ajax", der sie gekapert hatte, verbracht, dann nach Sebastopol, von dort nach Odessa und von da nach Konstantinopel transportiert, von wo sie dann nach England zurückkehren durften. Über das Fahrzeug selbst schrieb ein deutscher Reisender, der einige Jahre nach diesem Ereignis Sebastopol besuchte, an die Augsburger Zeitung folgendes: „Von all den russischen Linienschiffen, die ich besuchte, erregte keines meine Neugier mehr als der ‚Sudschuk Kale', die frühere ‚Vixen', die jetzt unter russischer Flagge segelt. Das Aussehen des Schiffs ist jetzt ein ganz verändertes. Dieses kleine Fahrzeug ist jetzt der beste Segler der ganzen russischen Flotte und wird gewöhnlich zu Transporten zwischen Sebastopol und der zirkassischen Küste verwendet."

Die Wegnahme der „Vixen" hätte Lord Palmerston sicherlich die beste Gelegenheit zur Erfüllung seines Versprechens gegeben, „die Interessen des Landes zu wahren und seine Ehre hochzuhalten". Außer der Ehre der britischen Flagge und den Interessen des britischen Handels stand jedoch noch etwas auf dem Spiel — die Unabhängigkeit Zirkassiens. Zuerst rechtfertigte Rußland die Ergreifung der „Vixen" damit, daß sie sich eine Verletzung der von Rußland proklamierten Blockade habe zuschulden kommen lassen; das Schiff aber wurde auf eine ganz anders lautende Anklage hin wegen Übertretung der russischen Zollvorschriften abgeurteilt. Durch die Proklamierung der Blockade erklärte Rußland Zirkassien für ein feindliches fremdes Land, und es fragte sich, ob die britische Regierung diese Blockade je anerkannt habe. Durch die Errichtung von Zollvorschriften wurde Zirkassien im Gegenteil wieder als russischer Vasallenstaat behandelt, und es fragte sich, ob die britische Regierung je die russischen Ansprüche auf Zirkassien anerkannt hatte.

Ehe wir fortfahren, wollen wir daran erinnern, daß Rußland zu jener Zeit weit davon entfernt war, seine Befestigung Sebastopols durchgeführt zu haben.

Irgendein Anspruch Rußlands auf den Besitz von Zirkassien konnte bloß aus dem Vertrag von Adrianopel hergeleitet werden, wie wir schon in einem früheren Artikel auseinandersetzten. Der Vertrag vom 6. Juli 1827 verpflichtete Rußland jedoch, keine Territorialvergrößerungen vorzunehmen noch auch irgendwelche einseitige Handelsvorteile aus seinem Krieg mit der Türkei zu ziehen. Jede Ausdehnung der russischen Grenze auf Grund des Vertrags von Adrianopel war daher ein offener Bruch des Vertrags von 1827 und brauchte, wie die Proteste Wellingtons und Aberdeens darlegten, von seiten Großbritanniens nicht anerkannt zu werden. Rußland hatte also kein Recht, Zirkassien aus den Händen der Türkei anzunehmen. Andererseits konnte die Türkei an Rußland nicht etwas abtreten, was sie selber nicht besaß. Zirkassien war stets so unabhängig von der Pforte geblieben, daß zu der Zeit, wo in Anapa noch ein türkischer Pascha residierte, Rußland einige Vereinbarungen wegen des Küstenhandels mit zirkassischen Anführern abschloß, da der türkische Handel ausschließlich und gesetzmäßig auf den Hafen von Anapa beschränkt war. Da also Zirkassien ein unabhängiges Land war, so waren die Munizipalgesetze, die Sanitätsbestimmungen und Zollverordnungen, mit denen der Moskowiter es beglücken wollte, ebenso bindend für das Land wie für den Hafen von Tampiko.

Andererseits: War Zirkassien ein fremdes, den Russen feindliches Land, so hatten diese nur dann ein Recht, es zu blockieren, wenn diese Blockierung tatsächlich und nicht nur auf dem Papier vorgenommen wurde, das heißt wenn Rußland wirklich die Seemacht bereit hatte, um sie durchzuführen, und wirklich die Küste beherrschte. Nun aber besaß Rußland an dieser zweihundert Meilen langen Küste nur drei isolierte Forts, und alles übrige war in den Händen zirkassischer Stämme. In der Bucht von Sudschuk Kale gab es überhaupt kein russisches Fort. Eine Blockierung fand tatsächlich nicht statt, denn es war keine Macht zur See aufgeboten. Die Mannschaften zweier englischer Fahrzeuge, die der „Vixen" und eines anderen, das im September 1834 die Bucht besucht hatte, boten sich ausdrücklich als Zeugen dafür an, daß keine wie immer geartete russische Okkupation der Küste erfolgt war, ein Zeugnis, das zwei britische Reisende, die den Hafen 1837 und 1838 besuchten, öffentlich bestätigten. (Portfolio VIII, 1. März 1844.)

Als die Vixen in den Hafen von Sudschuk Kale einfuhr, „waren keine russischen Kriegsschiffe in Sicht noch auf offener See.... Sechs-

unddreißig Stunden, nachdem die Vixen Anker geworfen hatte und der Besitzer und einige Offiziere an Land gegangen waren und mit den zirkassischen Autoritäten wegen des Zolls und den für die Waren fälligen Gebühren verhandelten, kam gerade ein russisches Kriegsschiff in den Hafen. Und zwar kam es nicht längs der Küste, sondern aus der offenen See." (Mr. Anstey im Unterhaus, 23. Februar 1848.)

Bedarf es noch weiterer Beweise dafür, daß das St. Petersburger Kabinett selbst die Vixen unter dem Vorwand der Blockierung kapern und sie dann unter dem Vorwand von Zollvorschriften konfiszieren ließ?

Um so begünstigter erschienen die Zirkassier vom Zufall, als die Frage ihrer Unabhängigkeit zusammenfiel mit der des freien Schiffsverkehrs auf dem Schwarzen Meer, dem Schutz des britischen Handels und einem unverschämten Akt von Piratentum, den Rußland an einem britischen Schiff begangen hatte. Die Erwartung, daß Zirkassien bei der Beherrscherin der Meere Schutz finden würde, erschien um so weniger zweifelhaft, als „die zirkassische Unabhängigkeitserklärung kurz vorher nach reiflicher Überlegung und nach mehrwöchiger Korrespondenz mit verschiedenen Regierungsdepartements im Portfolio veröffentlicht worden war, einem periodischen Organ, das mit dem Auswärtigen Amt in Verbindung ist, und als Zirkassien auf einer von Lord Palmerston selbst redigierten Karte als unabhängiges Land bezeichnet war". (Mr. Robinson im Unterhaus, 21. Januar 1838.)

Wird daraufhin ein Mensch glauben, daß der edle und ritterliche Lord den Fall so meisterlich zu deichseln verstand, daß gerade dieser Akt von Seeräuberei, den Rußland gegen englisches Eigentum beging, ihm die längst gesuchte Gelegenheit bot, den Vertrag von Adrianopel formell anzuerkennen und die Unabhängigkeit Zirkassiens zu vernichten? Am 17. März 1837 beantragte Mr. Roebuck, indem er sich auf die Konfiskation der Vixen berief, es solle „eine Kopie der ganzen Korrespondenz zwischen der Regierung dieses Landes und den Regierungen Rußlands und der Türkei vorgelegt werden, die sich auf den Vertrag von Adrianopel bezöge; und ferner von allen jenen Verhandlungen und Transaktionen, die seit dem Vertrag von Adrianopel von Rußland wegen der Häfen und Territorien an den Ufern des Schwarzen Meers gepflogen worden seien".

Aus Furcht, in den Verdacht zu geraten, daß er menschlich fühle oder etwa gar Zirkassien aus abstrakten Gründen verteidige, erklärte

Mr. Roebuck rundheraus: „Rußland mag versuchen, die ganze Welt an sich zu reißen, und ich werde seinen Versuchen mit Gleichmut zusehen; in dem Augenblick jedoch, wo es versucht, unserem Handel in die Quere zu kommen, werde ich die Regierung dieses Landes anrufen (dieses Land liegt offenbar irgendwo außerhalb der Welt), damit sie den Übergriff bestraft." Er verlange daher zu wissen, „ob die britische Regierung den Vertrag von Adrianopel anerkannt habe".

Der edle Lord, obgleich so hart bedrängt, hatte doch Geistesgegenwart genug, eine lange Rede zu halten und „wieder Platz zu nehmen, ohne dem Haus gesagt zu haben, wer in diesem Augenblick tatsächlich im Besitz der zirkassischen Küste sei, ob sie wirklich Rußland gehöre und ob die Vixen kraft einer bestehenden Blockade oder infolge der Übertretung fiskalischer Bestimmungen ergriffen worden sei, und ob er den Vertrag von Adrianopel anerkenne oder nicht". (Mr. Hume im Unterhaus, 17. März 1837.)

Herr Roebuck konstatierte, daß Mr. Bell, ehe er die Vixen nach Zirkassien abfahren ließ, sich an den edlen Lord gewendet hatte, um sich zu vergewissern, ob irgendeine Unzuträglichkeit oder Gefahr zu befürchten wäre, wenn ein Fahrzeug nach einem Teil Zirkassiens Waren brächte, und daß das Auswärtige Amt mit Nein geantwortet hatte. Nun sah sich Lord Palmerston genötigt, dem Hause seine Korrespondenz mit Mr. Bell vorzulesen. Wenn man ihm dabei zuhörte, so hatte man die Empfindung, als läse er ein spanisches Mantel- und Degenstück, nicht aber eine offizielle Korrespondenz zwischen einem Minister und einem Kaufmann vor. Als Daniel O'Connell hörte, daß der edle Lord die Briefe über die Kaperung der Vixen vorgelesen, rief er aus: „Wie recht hat doch Talleyrand, wenn er sagt, die Sprache sei dazu erfunden, die Gedanken zu verbergen."

So fragte Mr. Bell zum Beispiel an, ob „irgendwelche Beschränkungen des Handels existierten, die von Seiner Majestät Regierung anerkannt sind? Wäre das nicht der Fall, so wolle er ein mit Salz beladenes Fahrzeug hinschicken." Lord Palmerston erwidert: „Sie fragen mich, ob es vorteilhaft für Sie wäre, sich in eine Spekulation mit Salz einzulassen?" und fügte hinzu: „Handelshäuser müssen selbst wissen, ob sie sich in eine Spekulation einlassen dürfen oder nicht." „Selbstverständlich," antwortet Bell, „ich will auch nichts anderes wissen, als ob Seiner Majestät Regierung die russische Blockade auf dem Schwarzen Meer bis südlich

gegen den Fluß Kuban anerkennt?" „Sie müssen in der Londoner Gazette nachsehen," repliziert der edle Lord, „dort sind alle derartigen Kundmachungen, wie Sie sie meinen, verzeichnet." Die Londoner Gazette war nun allerdings für einen britischen Kaufmann eine geeignetere Quelle, um sich solche Informationen zu holen, als die Ukase des Kaisers von Rußland. Und da Mr. Bell keine wie immer geartete Notiz über die Anerkennung der Blockade oder über sonstige Einschränkungen in ihr fand, so sandte er sein Fahrzeug ab. Das Ergebnis war, daß er sich nach kurzer Zeit selbst in der Londoner Gazette fand.

„Ich verwies Mr. Bell," sagte Lord Palmerston, „auf die Gazette, wo er fand, daß die russische Regierung unserem Lande eine Blockade weder mitgeteilt noch erklärt hatte, folglich gab es auch keine anzuerkennen." Wenn Lord Palmerston Herrn Bell an die Gazette verwies, so leugnete er damit nicht nur die Anerkennung einer russischen Blockade durch Großbritannien, sondern er bestätigte gleichzeitig auch, daß seiner Meinung nach die zirkassische Küste nicht einen Teil des russischen Gebiets bilde, denn die Gazette veröffentlicht nichts darüber, wenn ein fremder Staat ein Stück des eigenen Gebiets blockiert — zum Beispiel gegen aufständische Untertanen. Da Zirkassien nicht einen Teil Rußlands bildete, konnte es also auch nicht in die russischen Zollvorschriften mit eingeschlossen sein. Nach seinem eigenen Eingeständnis sprach also Lord Palmerston in seinen Briefen an Mr. Bell Rußland das Recht ab, die zirkassische Küste zu blockieren oder sie kommerziellen Einschränkungen zu unterwerfen. Wahr ist allerdings, daß er während seiner ganzen Rede das Bestreben zeigte, das Haus dahin zu bringen, Rußlands Besitzergreifung von Zirkassien zuzugestehen. Andererseits aber konstatierte er unumwunden, „die Ausdehnung der russischen Grenze im Süden des Kaukasus und an den Ufern des Schwarzen Meers ist absolut unvereinbar mit der feierlichen Erklärung, die Rußland vor Beginn des Türkischen Kriegs im Angesicht von ganz Europa abgab". Als er mit der feierlichen Versicherung, „stets die Interessen und die Ehre des Landes wahren zu wollen", seinen Sitz wieder einnahm, schien er schwer unter der Sorgenlast zu seufzen, die ihm seine vergangene Politik auferlegte, und durchaus nicht daran zu denken, verräterische Zukunftspläne auszuhecken. An diesem Tag mußte er folgende grausame Apostrophierung über sich ergehen lassen: „Es sei in höchstem Maße strafbar, wie sehr es der edle Lord an tatkräftigem Eifer habe fehlen lassen, die Ehre des Landes zu verteidigen;

kein früherer Minister hätte sich so wankelmütig, so unsicher, so zaudernd, so feige gezeigt, wenn britische Untertanen beschimpft worden seien. Wie lange noch sollte es Rußland erlaubt sein, Großbritannien zu beschimpfen und so den britischen Handel zu schädigen? Der edle Lord degradiere England zu einem rechten Prahlhans, der dem Schwachen hochmütig und tyrannisch, dem Starken demütig und winselnd entgegentrete."

Wer war es, der den echt englischen Minister so erbarmungslos brandmarkte? Niemand anderer als Lord Dudley Stuart.

Am 25. November 1836 war die Vixen beschlagnahmt worden. Die stürmischen Debatten im Unterhaus, die wir eben zitierten, spielten sich am 17. März 1837 ab. Aber erst am 19. April 1837 forderte der edle Lord die russische Regierung auf, „den Grund anzugeben, durch den sie sich für berechtigt hielt, in Friedenszeiten ein Handelsschiff zu kapern, das englischen Untertanen gehörte". Am 17. Mai 1837 erhielt der edle Lord folgende Depesche vom Earl of Durham, dem britischen Gesandten in St. Petersburg:

„Mylord!

Hinsichtlich der militärischen de facto Okkupation von Sudschuk Kale muß ich Eurer Lordschaft mitteilen, daß sich in der Bucht ein Fort befindet, das den Namen der Kaiserin trägt (Alexandrowsky) und das stets von einer russischen Garnison besetzt war.

Ich bin usw. usw. Durham."

Es braucht wohl kaum betont zu werden, daß das Fort Alexandrowsky nicht einmal so viel Realität besaß wie die Dörfer, die Potemkin der Kaiserin Katharina II. bei ihrem Besuch in der Krim zeigte. Fünf Tage nach dem Empfang dieser Depesche sendet Lord Palmerston folgende Antwort nach St. Petersburg:

„In Erwägung, daß Sudschuk Kale, das im Vertrag von 1783 von Rußland als türkisches Eigentum anerkannt wurde, jetzt durch den Vertrag von Adrianopel zu Rußland gehört, wie Graf Nesselrode bezeugt, hat die Regierung Sr. Majestät keinen ausreichenden Grund, in Frage zu ziehen, ob Rußland berechtigt war, die Vixen zu ergreifen und zu konfiszieren."

Einige sehr merkwürdige Begleitumstände knüpfen sich an diese Verhandlungen. Zu ihrer Eröffnung brauchte Lord Palmerston volle sechs Monate der Vorbereitung, zu ihrem Abschluß kaum einen Monat. Mit

seiner letzten Depesche vom 23. Mai 1837 brechen die Verhandlungen jäh und plötzlich ab. Das Datum des Vertrags von Kutschuk-Kainardschi wird darin nicht nach dem gregorianischen, sondern nach dem griechischen Kalender erwähnt. Auch „hat sich", wie Sir Robert Peel sagt, „vom 19. April bis zum 23. Mai eine auffallende Wandlung von offizieller Beschwerde zur Befriedigung vollzogen, man ließ sich offenbar durch die Versicherung des Grafen Nesselrode dahin beschwichtigen, daß die Türkei im Vertrag von Adrianopel den Küstenstrich, um den es sich handelt, an Rußland abgetreten habe. Warum protestierte er nicht gegen diesen Ukas?" (Unterhaus, 21. Juni 1838.)

Warum das alles? Der Grund ist sehr einfach. König Wilhelm IV. hatte Herrn Bell insgeheim angestiftet, die Vixen an die zirkassische Küste zu senden. Als der edle Lord die Unterhandlungen hinauszog, erfreute sich der König noch seiner vollen Gesundheit. Als Lord Palmerston dieselben so jählings abschloß, lag der König in den letzten Zügen, und der edle Lord verfügte so absolut über das Auswärtige Amt, als wäre er der absolute Monarch von Großbritannien. War es nicht ein Meisterstück des spaßhaften Lords, mit einem Federstrich den Vertrag von Adrianopel, Rußlands Besitzrecht an Zirkassien und die Konfiskation der Vixen formell anzuerkennen, und zwar im Namen des sterbenden Königs, der selbst die trotzige Vixen ausgesandt hatte, in der bestimmten Absicht, den Zaren zu ärgern, den Vertrag von Adrianopel zu mißachten und die Unabhängigkeit von Zirkassien zu bestätigen?

Herr Bell kam also, wie schon gesagt, in die Gazette, und Herr Urquhart, damaliger erster Gesandtschaftssekretär in Konstantinopel, wurde zurückberufen, weil er „Herrn Bell zur Ausführung der Expedition der Vixen überredet habe".

Solange König Wilhelm IV. am Leben war, wagte Lord Palmerston nicht, sich offen der Expedition der Vixen entgegenzustellen, wie dies klar bewiesen wird erstens durch die Unabhängigkeitserklärung Zirkassiens, die im Portfolio veröffentlicht wurde; ferner durch die zirkassische Landkarte, die Seine Lordschaft revidiert hatte; durch seine jeder Bestimmtheit ermangelnde Korrespondenz mit Herrn Bell; durch seine vagen Erklärungen vor dem Hause; durch den Superkargo der Vixen; endlich bekam Herrn Bells Bruder bei der Ausreise Depeschen vom Auswärtigen Amt an die Gesandtschaft in Konstantinopel mit, und von Lord Ponsonby, dem britischen Gesandten bei der Hohen Pforte, wurde ihm direkte Ermutigung zuteil.

Zu Beginn der Regierung der Königin Viktoria schien der Einfluß der Whigs gesicherter denn je zu sein, und demgemäß änderte sich auch plötzlich die Sprache des ritterlichen Lords. Aus Verteidigung und Schmeichelei wurden mit einem Male Hochmut und Verachtung. Als ihn Mr. T. H. Attwood am 14. Dezember 1837 über die Vixen und Zirkassien befragte, meinte er: „In betreff der Vixen habe Rußland derartige Erklärungen über sein Vorgehen abgegeben, daß sich die Regierung dieses Landes dabei beruhigen könne. Das Schiff sei nicht während einer Blockierung genommen worden. Man habe es nur deshalb ergriffen, weil die mit seiner Leitung betrauten Personen den Munizipal- und Zollverordnungen Rußlands zuwidergehandelt hätten."

Den Befürchtungen Attwoods wegen der russischen Übergriffe trat er entgegen, „denn Rußland biete seines Erachtens der Welt genau dieselben Garantien zur Erhaltung des Friedens wie England". (Lord Palmerston im Unterhaus, 14. Dezember 1837.)

Am Schluß der Session legte der edle Lord dem Hause die Korrespondenz mit der russischen Regierung vor, deren beiden wichtigsten Teile wir schon zitierten.

1838 hatte sich die Konstellation der Parteien wieder geändert, und die Tories waren wieder zu Einfluß gelangt. Sie richteten gegen Lord Palmerston am 21. Juni eine scharfe Anklage. Der nunmehrige Gesandte in Konstantinopel, Sir Stratford Canning, beantragte eine besonders gewählte Kommission, die die Beschuldigungen Mr. Bells gegen den edlen Lord und seine Entschädigungsansprüche prüfen sollte. Zuerst zeigte sich Seine Lordschaft höchlichst erstaunt, daß Sir Stratfords Antrag „solch kleinlichen Charakter trage". „Sie sind", rief ihm darauf Sir Robert Peel zu, „der erste englische Minister, der es wagt, den Schutz des britischen Eigentums und Handels eine kleinliche Angelegenheit zu nennen." „Kein einzelner Kaufmann", sagte darauf Lord Palmerston, „hat das Recht, von der Regierung zu verlangen, daß sie sich über so wichtige Dinge äußert, wie das Souveränitätsrecht Rußlands in Zirkassien oder die von Rußland mit Waffengewalt eingeführten Zollvorschriften und sanitären Maßregeln."

„Wozu brauchen wir dann überhaupt ein Auswärtiges Amt, wenn das nicht zu seinen Pflichten gehört?" fragte Mr. Hume. Der edle Lord schloß: „Es wird verbreitet, daß Herr Bell, der unschuldige Herr Bell, durch die Antworten, die ich ihm gab, in eine von mir gestellte Falle

gelockt worden sei. Könnte man wirklich von einer Falle reden, so hätte Mr. Bell sie mir gelegt und nicht ich sie ihm.“ Offenbar mit den Fragen, die er an den unschuldigen Lord Palmerston richtete.

Im Verlauf dieser Debatten (am 21. Juni 1838) kam endlich das große Geheimnis ans Licht. Wenn der edle Lord selbst willens gewesen wäre, im Jahre 1836 den Ansprüchen Rußlands zu widerstreben, so hätte er es nicht mehr gekonnt, aus dem einfachen Grunde, weil schon 1831, kaum daß er ins Amt gekommen, seine erste Tat darin bestand, die russische Usurpation des Kaukasus anzuerkennen und damit zugleich auch von hinten herum den Vertrag von Adrianopel. Am 8. August 1831, so berichtet Lord Stanley (jetzt Lord Derby), teilte das russische Kabinett seinem Vertreter in Konstantinopel seine Absicht mit, „den bisherigen starken Verkehr zwischen den Bewohnern des Kaukasus und den benachbarten türkischen Provinzen sanitären Verordnungen zu unterwerfen“, und „diese Verordnungen sollten den auswärtigen Missionen in Konstantinopel und der ottomanischen Regierung bekanntgegeben werden“. Indem man Rußland gestattete, an der zirkassischen Küste sogenannte sanitäre Maßnahmen und Zollvorschriften einzuführen, die sonst nirgends existierten als in dem oben erwähnten Schreiben, wurden die russischen Ansprüche auf den Kaukasus anerkannt und damit auch der Vertrag von Adrianopel, auf den sie begründet waren. „Diese Instruktionen“, sagt Lord Stanley, „waren dem Gesandtschaftssekretär Mr. Mandeville in Konstantinopel in formellster Weise mitgeteilt worden, ausdrücklich zum Zwecke der Information für die britischen Kaufleute, und wurden auch dem edlen Lord Palmerston übermittelt.“

„Die Tatsache, eine solche Benachrichtigung erhalten zu haben, teilte er, entgegen dem Brauch früherer Regierungen, Lloyds Committee nicht mit, wagte nicht, sie mitzuteilen.“ Der edle Lord hat sich „sechs Jahre lang der Verheimlichung“ schuldig gemacht, rief ihm Sir Robert Peel zu.

An diesem Tage entging der scherzhafte Lord nur mit 16 Stimmen einer Verurteilung: 184 stimmten gegen, 200 für ihn. Diese 16 Stimmen werden weder die Geschichte übertönen noch die Bergbewohner zum Schweigen bringen, deren Waffengeklirr der Welt beweist, daß der Kaukasus nicht „jetzt zu Rußland gehört, wie Graf Nesselrode behauptet“ und wie Lord Palmerston es nachbetet.

Der Russisch-Türkische Krieg.

Das türkische Manifest.

London, 18. Oktober 1853 (N. Y. T., 31. Oktober 1853).

Das türkische Manifest, das am 1. Oktober den vier Großmächten zur Rechtfertigung der Kriegserklärung des Sultans an den Zaren zugestellt wurde, ist in jeder Hinsicht dem ungeheuren Haufen von amtlichen Noten weit überlegen, mit denen Europa seit dem Mai 1853 überschwemmt wurde.

Es besagt, daß der Sultan keinen Anlaß zum Streit gegeben habe. Nicht einmal ein Vorwand dazu sei geblieben, nachdem die Frage der heiligen Stätten beigelegt worden sei. Rußland war es, das seinerseits alle Verträge verletzte, die Türkei ihrerseits hatte alle Mittel zur Versöhnung erschöpft. Die Mächte selbst waren darin einig, daß der Sultan die Note des Fürsten Menschikoff nicht unterschreiben sollte. Wie konnte man dann annehmen, daß er die Wiener Note akzeptiert, die sich im ganzen kaum von der Menschikoffs unterschied? Die erklärende Epistel der Wiener Konferenz konnte an dem Stand der Dinge nichts ändern. Wenn Rußland schon den klaren und entschiedenen Paragraphen des Vertrags von Kainardschi falsch ausgelegt hatte, um wie viel größer war diese Gefahr, „wenn man ihm vage und unklare Paragraphen in die Hand gab, die ihm einen geeigneten Vorwand für seine Ansprüche auf ein religiöses Protektorat boten"? Überdies wurden die vom Sultan vorgeschlagenen Abänderungen durch die später von Nesselrode veröffentlichten Erklärungen völlig gerechtfertigt. Die Besetzung der Fürstentümer bildete von vornherein einen Casus belli, und die Pforte hat sich nun entschlossen, sie als Casus belli zu proklamieren. Fürst Gortschakoff wurde daher aufgefordert, die Donauprovinzen zu räumen. Sollte er fünfzehn Tage nach dieser Mitteilung ablehnend antworten, so soll Omer-Pascha die Feindseligkeiten eröffnen, die russischen Geschäftsträger sollen die ottomanischen Staaten verlassen und die Handelsbeziehungen zwischen den beiden Ländern abgebrochen werden. Die russischen Handelsschiffe jedoch sollen nicht mit Beschlag belegt werden, werden aber Order bekommen, die türkischen Häfen zu verlassen. Die Meerengen werden für die Fahrzeuge der befreundeten Mächte offen bleiben. Das ist der wesentliche Inhalt des Manifestes des Sultans. Das türkische Ultimatum wurde dem Fürsten

Gortschakoff am 9. d. M. mitgeteilt. Der Termin zur Räumung der Fürstentümer erlischt also am 25. d. M. Die Drohung mit der Eröffnung der Feindseligkeiten ist jedoch nicht wörtlich zu nehmen, da Omer-Pascha sicherlich nicht seine starken Stellungen verlassen wird, um die Russen anzugreifen.

Im Morning Herald von gestern wird man meine Bemerkungen über die Bewegung der russischen Armee nach Westen und über das geheime Einverständnis mit Österreich bestätigt finden, auf das diese Bewegung hindeutet.

Getreu dem alten asiatischen System der Täuschung und kleinlichen Kniffe nutzt Rußland auch jetzt wieder die Leichtgläubigkeit der Westmächte aus und verbreitet das Gerücht, daß der Zar „eben in aller Eile einen Kurier mit der Erklärung nach Wien gesandt hätte, daß er gern und vollständig sämtliche von den intervenierenden Mächten vorgeschlagene Bedingungen akzeptiere", als er unglücklicherweise „von der Kriegserklärung seitens der Pforte erfuhr". Da natürlich zog der russische Herrgott sämtliche Konzessionen, die er je gemacht hatte, zurück und rief aus, „jetzt bleibe nichts übrig als Krieg, Krieg bis aufs Messer" (guerre à outrance). So ist der Zar, wie es scheint, durch den Sultan zum Krieg gezwungen worden. Der österreichische Internuntius Herr v. Bruck soll die Pforte gefragt haben, ob sie an die politischen Flüchtlinge zu appellieren gedenke, damit sie eine Fremdenlegion bilden. Reschid-Pascha erwiderte, daß er trotz aller Vorschläge, die der Pforte unaufhörlich gemacht würden, noch zu keiner Entscheidung gelangt sei; daß aber die Türkei, falls sie von ihren Bundesgenossen im Stiche gelassen würde, sich vollständig berechtigt dazu halten würde, alle Mittel zu ihrer eigenen Verteidigung anzuwenden und die Dienste der politischen Flüchtlinge in Anspruch zu nehmen, die in den verschiedenen Ländern Europas verstreut wären.

Im Constitutionnel lesen wir:

„Wir glauben Grund zu der Annahme zu haben, daß in diesem Augenblick von der Hohen Pforte in Paris und London das offizielle Ansuchen um Beistandleistung durch Frankreich und England gestellt wurde."

In den Zeitungen liest man, der österreichische Kaiser habe seine Armee um etwa 100 000 Mann reduziert. Die Wahrheit ist, daß so viel Leute auf Urlaub geschickt wurden, jedoch jeden Moment wieder einberufen werden können. Die Finanzklemme einerseits und andererseits die Hoffnung, die Geldgeber dadurch zu gewinnen, haben das Wiener Kabinett zu diesem Schritt veranlaßt.

Der heilige Krieg.

Leitartikel, New York Tribune, 15. November 1853.

Nun hat endlich der Krieg an der Donau begonnen — ein Krieg des religiösen Fanatismus auf beiden Seiten, ein Krieg traditioneller Ländergier bei den Russen, ein Krieg auf Leben und Tod bei den Türken. Wie zu erwarten stand, war es Omer-Pascha, der die positiven Feindseligkeiten eröffnete; pflichtgemäß mußte er sich wenigstens den Anschein geben, als ob er mit Waffengewalt die Eindringlinge von ottomanischem Gebiet vertriebe. Keineswegs aber ist es sicher, daß er 30000 bis 50000 Mann über die Donau warf, wie von Wien aus gerüchtweise verlautet; und wenn er es getan hat, so muß man mit Recht befürchten, daß er einen verhängnisvollen Irrtum beging. Das Ufer, das er verläßt, bietet ihm eine gute Position und reiche Verteidigungsmittel; das Ufer, dem er zustrebt, gewährt nur geringe Angriffsmöglichkeit und im Fall des Mißerfolgs keine Rückzugslinie. Man darf daher an den Berichten von seinem Übergang so lange zweifeln, bis positivere Nachrichten vorliegen.

Beginnt der Krieg in Europa unter ungünstigen Umständen für die Türkei, so liegt der Fall anders in Asien. Dort teilen sich die Grenzbezirke zwischen Rußland und Türkei, vom militärischen Standpunkt aus betrachtet, in zwei scharf umrissene Operationsgebiete. Es ist der Gebirgskamm oder eigentlich die Bergkette, die den Kaukasus mit dem Tafelland von Zentralarmenien verbindet und die Wasserscheide bildet zwischen den Zuflüssen des Schwarzen Meeres und den Gewässern, die der Araxes nach der Kaspischen See oder der Euphrat nach dem Persischen Golf führt. Dieser Rücken nun, der früher Armenien von Pontus trennte, bildet jetzt die Scheidungslinie zwischen den beiden Gebieten, in denen der Krieg sich abspielen soll. Über diese Kette von steil abfallenden und fast ganz kahlen Felsen führen nur ganz wenige Wege, von denen die beiden wichtigsten die von Trapezunt und Batum nach Erzerum sind. Für alle militärischen Zwecke können also diese Hügel als fast unpassierbar gelten, und beide Teile sind gezwungen, getrennte Truppenkörper auf jeder Seite zu haben, die mehr oder weniger unabhängig voneinander handeln.

Das Land am Ufer des Schwarzen Meeres ist von einer Anzahl von Flüssen und Bergströmen durchschnitten, die ebenso viele militärische Verteidigungspositionen bilden. Sowohl die Russen als die Türken haben

befestigte Posten an wichtigen Punkten. In diesem ziemlich zerrissenen Gebiete (nur das Flußtal des Rion bildet eine Art Ebene) könnte ein Defensivkrieg mit großem Erfolg gegen eine überlegene Armee geführt werden (da man der Berge wegen wenige Positionen von der Landseite umgehen kann), wenn die in Frage kommenden Flotten nicht in Aktion treten würden. Durch Heranführung und, wenn nötig, Landung von Truppen in der Flanke des Feindes, den die Landarmee in der Front beschäftigt, könnte eine Flotte bewirken, daß alle diese starken Positionen, eine nach der anderen, umgangen und die Befestigungen zur Ohnmacht verurteilt, wenn nicht gar zerstört werden, die auf keiner Seite der Grenze sehr bedeutend sind. So fällt der Besitz der Küste des Schwarzen Meeres demjenigen zu, der sich zum Herrn dieses Meeres macht; oder mit anderen Worten, wenn die verbündeten Flotten nicht aktiv zugunsten der Türkei eingreifen, so wird Rußland aller Wahrscheinlichkeit nach der Herr werden.

Das Land im Innern, auf der Binnenseite der Gebirge, umfaßt das Gebiet, in dem der Euphrat, der Araxes und der Kura (Cyrus) entspringen; die türkische Provinz Armenien ist auf der einen, die russische Provinz Georgien auf der anderen Seite der Grenze. Auch dieses Land ist außerordentlich bergig und für Armeen im allgemeinen unpassierbar. Erzerum auf türkischer Seite, Tiflis auf russischer, sind die beiden unmittelbaren Operationsbasen, mit deren Verlust der Besitz des ganzen benachbarten Gebiets unweigerlich steht und fällt. So hat seinerzeit die Erstürmung von Erzerum durch die Russen den asiatischen Feldzug von 1829 entschieden.

Was jedoch für eine Partei direkte Operationsbasis, ist für die andere direktes Operationsobjekt. Die Wege, die Tiflis und Erzerum verbinden, werden die Operationslinien für beide Parteien werden. Drei Wege gibt es: der eine führt längs des oberen Kura und Achalzych, der andere längs des oberen Araxes und Eriwan, der dritte führt zwischen den beiden hindurch über Kars, quer durch die Berge. Alle diese Wege sind auf beiden Seiten geschützt durch befestigte Städte und Posten, und es ließe sich schwer entscheiden, welcher für die Türken oder für die Russen der günstigste wäre. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß auf dem Weg von Achalzych eine türkische Armee ganz direkt in die aufrührerischen Gebiete des Kaukasus marschieren könnte, daß aber ein russisches Korps, das von Batum her durch das Tal des Tschorok von Olty nach Erzerum

käme, den vorrückenden Türken in die Flanke fallen könnte. Der Weg von Batum vereinigt sich mit dem von Tiflis nur etwa fünfzehn Meilen vor Erzerum, so daß ein russisches Korps, das in der angegebenen Richtung vorrücken würde, die Möglichkeit hätte, die Verbindungen der Türken abzuschneiden und, wenn es stark genug wäre, sich sogar Erzerums bemächtigen könnte, dessen Befestigungen bloß nach asiatischer Manier, also keines ernstlichen Widerstandes fähig sind.

Der Schlüssel zum Kriegsschauplatz in Asien und zu beiden Seiten der Hügel ist also Batum, und wenn man dies und seine Wichtigkeit für den Handel bedenkt, so braucht man sich nicht zu wundern, wie sehr sich der Zar stets bemühte, es zu erobern. Und Batum ist der Schlüssel zum Kriegsschauplatz, nein zur ganzen Asiatischen Türkei deshalb, weil es die einzige gangbare Straße von der Küste ins Innere beherrscht, eine Straße, auf der man alle türkischen Positionen vor Erzerum umgehen kann. Und diejenige der beiden Flotten im Schwarzen Meer, die die andere in ihre Häfen zurücktreibt, wird Batum beherrschen.

Die Russen sind sich der Wichtigkeit dieser Position wohl bewußt. Zu Wasser und zu Lande haben sie Verstärkungen nach der transkaukasischen Küste geschickt. Vor kurzem noch konnte man annehmen, daß die Türken, wenn sie schon in Europa die Schwächeren waren, so doch in Asien sich einer entschiedenen Überlegenheit erfreuten. Abdi-Pascha, der Befehlshaber der asiatischen Armee, habe 60000 oder 80000, wenn nicht 120000 Mann gesammelt, und täglich stießen noch Schwärme von Beduinen, Kurden und anderen kriegerischen, unregelmäßigen Truppen zu seiner Fahne. Für die kaukasischen Insurgenten gäbe es Waffen und Munition in Hülle und Fülle, und wäre nur erst der Krieg erklärt, so sollte ein Vorstoß in das Herz jenes Landes gemacht werden, das Rußland so kraftvollen Widerstand entgegensetzt. Dazu kann man nur bemerken, daß Abdi-Pascha kaum mehr als 30000 Mann reguläre Truppen haben kann, und daß er, bevor er mit ihnen allein den Kaukasus erreicht, dem hartnäckigsten Widerstand der russischen Bataillone begegnen wird. Seine berittenen Beduinen und Kurden können sich vorzüglich zum Kriegsdienst in den Bergen eignen, indem sie die Russen zwingen, große Detachements abzusondern und dadurch ihre Hauptmacht zu schwächen; sie können auch den Georgiern und den Kolonistendörfern auf russischem Gebiet viel Schaden zufügen und sogar eine Art geheimer Verbindung mit den kaukasischen Bergbewohnern herstellen. Der Erfolg der Irregu-

lären wird jedoch so lange ephemerer Natur bleiben müssen, solange Abdi-Paschas reguläre Truppen nicht imstande sind, die Straße von Batum nach Erzerum zu blockieren und den Kern einer aktiven Armee zu schlagen, den die Russen aufzubringen vermögen. Die Unterstützung durch eine reguläre Armee ist heutzutage unbedingt notwendig zur Führung jedes irregulären oder Insurrektionskriegs gegen eine mächtige reguläre Armee. Die türkische Position an dieser Grenze gleicht der Wellingtons in Spanien, und man wird nun sehen, ob Abdi-Pascha mit seinen Hilfskräften so hauszuhalten verstehen wird, wie es der britische General gegen einen Feind verstand, der ihm entschieden in der regulären Kriegführung und den dazu nötigen Mitteln überlegen war. 1829 betrug die Zahl der russischen Streitkräfte vor Erzerum nur 18000 Mann; zieht man nun die Verbesserungen in Betracht, die seither in der türkischen Armee Platz gegriffen haben (wenn auch der asiatische Teil davon am wenigsten profitierte), so müßten die Russen heute wenigstens 30000 Mann auf dieser Stelle vereinigen, um möglicherweise auf Erfolg rechnen zu dürfen.

Wer kann im Augenblick entscheiden, ob ihnen das gelingen wird? Weiß man doch über die russische Armee in Europa nichts Bestimmtes, und wie viel unbestimmter lauten die Gerüchte über ihre asiatischen Streitkräfte. Die kaukasische Armee wird, wenn sie vollzählig ist, offiziell auf 200000 Mann gerechnet. 21000 Kosaken vom Schwarzen Meer werden gegen die türkische Grenze dirigiert; mehrere Divisionen sollen von Odessa nach Redut Kale an der südkaukasischen Küste eingeschifft worden sein. Aber jedermann weiß, daß die kaukasische Armee nicht halb so stark ist, als offiziell angegeben wird, und daß die Verstärkungen, die jenseits des Kaukasus geschickt wurden, aus naheliegenden Gründen nicht die von den russischen Zeitungen angegebene Zahl haben können. Aus allen den widersprechenden Nachrichten, die uns zugehen, kann man absolut keine auch nur annähernd bestimmte Schätzung der russischen Streitmächte an der asiatischen Grenze machen. Wir können nur so viel sagen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die Kräfte beider Parteien (wenn man von einem allgemeinen Aufstand der Kaukasier absieht) einander ziemlich die Wage halten; daß vielleicht die Türken ein wenig stärker als die Russen sind und daher auf diesem Kriegsschauplatz die volle Berechtigung haben werden, die Offensive zu ergreifen.

Die Aussichten für die Türken sind tatsächlich in Asien viel ermutigender als in Europa. Sie haben in Asien nur eine wichtige Position zu wahren,

Batum. Und ein Vormarsch gegen den Kaukasus, sei es von Batum oder von Erzerum aus, eröffnet ihnen im Falle des Erfolgs eine direkte Verbindung mit ihren Alliierten, den Bergbewohnern, und kann mit einem Schlag die russische südkaukasische Armee zu Land wenigstens von Rußland abschneiden. Und das kann zur völligen Vernichtung dieser Armee führen. Werden andererseits die Türken geschlagen, so laufen sie Gefahr, Batum, Trapezunt und Erzerum zu verlieren; selbst wenn jedoch dieser Fall eintritt, so würden die Russen dann nicht stark genug sein, weiter vorzudringen. Daher wiegen die Vorteile bei weitem den Verlust auf, den eine Niederlage im Gefolge hätte; und in Erwägung dieser guten Gründe scheinen sich die Türken wohl entschlossen zu haben, in diesen Gegenden einen Offensivkrieg zu führen.

Die Streikbewegung und die Manchesterleute.

London, 1. November 1853 (**N. Y. T., 15. November 1853**).

Die Nachricht von der Kanonade von Isaktscha hatte London kaum erreicht, als auch schon aus Wien nach London und Paris telegraphiert wurde, die Pforte habe auf die Vorstellungen der Vertreter der vier Mächte hin Befehle zur Aussetzung der Feindseligkeiten bis zum 1. November gegeben, wenn solche nicht schon begonnen hätten. Sind nun die Kanonenschüsse von Isaktscha als Beginn der Feindseligkeiten anzusehen oder nicht? Das ist die Frage, die die Börse und die Presse bewegt. Nach meinem Dafürhalten ist es eine sehr gleichgültige Sache, denn der Waffenstillstand wäre auf alle Fälle heute zu Ende gewesen.

Es sind Gerüchte im Umlauf, daß die türkische Armee die Donau bei Widdin und Matschin, also an der Nordwest- und der Nordostgrenze Bulgariens überschritten hätte. Doch erscheinen diese Nachrichten zweifelhaft. Die Pariser Presse berichtet heute, in einem am 15. oder 16. Oktober im Seraskierat abgehaltenen Kriegsrat sei beschlossen worden, sobald Fürst Gortschakoff sich offiziell weigere, die Fürstentümer räumen zu lassen, würde man an zwei verschiedenen Punkten in Asien zum Angriff übergehen: gegen die Festung Poti am Schwarzen Meer und an der Grenze von Georgien. Dieselbe Zeitung berichtet, General Baraguay d'Hilliers, der neu ernannte französische Botschafter in Konstantinopel, habe sich mit einem Stab von Genie- und Artillerieoffizieren auf den Weg gemacht. Monsieur Baraguay gilt als schlechter General

und als guter Intrigant. Ich erinnere nur an seine Heldentaten in dem berüchtigten Klub in der Rue de Poitiers.

Während in dem Kriege Rußlands gegen Europa die ersten Kanonenschüsse gewechselt wurden, ist in dem Krieg, der jetzt zwischen Kapital und Arbeit in den Fabrikdistrikten wütet, das erste Blut geflossen.

Während die heuchlerische, phrasendreschende, augenverdrehende Bande der Manchesterschwindler dem Zaren in Edinburg Frieden predigte, führte sie gegen ihre eigenen Landsleute in Manchester Krieg. Während sie ein Schiedsgericht zwischen Rußland und Europa verlangte, wies sie hochmütig alle Anerbietungen eines Schiedsgerichts zwischen sich und ihren Mitbürgern zurück. Die Arbeiter von Preston hatten in einer Versammlung unter freiem Himmel den Beschluß durchgesetzt, „daß die Delegierten der Fabrikarbeiter dem Bürgermeister empfehlen sollten, eine öffentliche Versammlung von Fabrikanten und Arbeitern einzuberufen, die sich über eine friedliche Schlichtung des jetzt schwebenden Streitfalls einigen sollte“. Die Herren aber wollen keine Schiedsgerichte. Wonach sie streben, ist die Diktatur. In diesem Augenblick, wo ein europäischer Krieg entbrennt und diese russischen Propagandisten nach einer Verminderung der Armee schreien, wünschen sie gleichzeitig eine Verstärkung der Armee für den Bürgerkrieg, der Polizeigewalt in Lancashire und Yorkshire. Den Arbeitern aber können wir nur die Worte des People's Paper zurufen: „Schließt man die Fabriken in Lancashire, so sendet Abgesandte nach Yorkshire, um die Tapferen von West-Riding zu stützen. Werden die Fabriken in West-Riding geschlossen, so geht nach Nottingham und Derby, nach Birmingham und Leicester, nach Bristol und Norwich, nach Glasgow und Kidderminster, nach Edinburg und Ipswich. Weiter, weiter, immer weiter laßt euren Ruf ertönen und sammelt eure Klasse in jeder Stadt, in jedem Gewerbe. Wenn die Herren ihre ganze Macht gegen euch aufbieten, dann bietet ihr eure ganze Klasse gegen sie auf. Wenn sie den großen Klassenkampf haben wollen, so sollen sie ihn haben, und wir wollen den Ausgang dieses Riesenkampfes abwarten. . . .“

Infolge des Verbots oder der Drohung eines Verbots der kontinentalen Getreideausfuhr hielten die Getreidehändler den Zeitpunkt für geeignet, ihre Vorräte in England aufzuspeichern, und sie werden sie erst wieder dann herausgeben, wenn die Getreidepreise in England höher sind als auf dem Kontinent. Im Gegensatz zu 1847 beläuft sich, nebenbei ge-

sagt, die Zufuhr aus den Ländern, die durch einen türkisch-russischen Krieg betroffen werden würden, auf 2438139 Quarter Getreide und 43727 Zentner Mehl. Auch die Ausfuhr aus Ägypten dürfte nach dem nächsten 30. November verboten werden. Endlich hat England dieses Jahr nur auf den jährlichen Überschuß von anderen Nationen zu rechnen, während es vor der Abschaffung der Korngesetze in Zeiten der Not über die fremden Vorräte disponieren konnte, die in guten Jahren aufgespeichert worden waren.

Die Weekly Times urteilt von ihrem Standpunkt aus folgendermaßen über die Situation: „Das Vierpfundbrot kostet einen Schilling, das Wetter ist so schlecht, wie es seit einem halben Jahrhundert um diese Jahreszeit nicht gewesen — der Arbeiterklasse hat sich ein förmliches Streikdelirium bemächtigt — die asiatische Cholera wütet unter uns und die Kriegswut ist bis zur Raserei gestiegen. Wir brauchen nur noch Kriegssteuern und eine Hungersnot, dann hat die Zahl der Plagen für England ihre regelrechte Höhe erreicht."

Manteuffels Rede. – Die religiöse Bewegung in Preußen. – Mazzinis Adresse.

London, 29. November 1853 (N. Y. T., 12. Dezember 1853).

Gestern morgen eröffnete der Premier Herr von Manteuffel die Preußische Kammer mit einer Rede. Der Passus über die orientalischen Wirren, wie ihn uns der Telegraph übermittelt, ist absichtlich in Ausdrücken gehalten, die den allgemein herrschenden Argwohn zerstreuen sollen, als bestünde eine Verschwörung zwischen den Höfen von St. Petersburg, Berlin und Wien. Dies ist um so bemerkenswerter, als, wie allgemein bekannt, Friedrich Wilhelm IV. bei verschiedenen früheren Anlässen sich herabließ, durch den Mund desselben Manteuffel seinem getreuen Volk feierlich kundzutun, daß es nicht Sache der Kammern wäre, in Fragen der ausländischen Politik sich einzumischen, da die auswärtigen Staatsangelegenheiten ebenso in den ausschließlichen Machtbereich der Krone fielen wie des Königs eigene Domänenländereien. Der obenerwähnte Passus, der etwas wie einen Appell an das Volk in sich birgt, verrät, in welch äußerst schwieriger Lage die preußische Regierung sich befindet, die sich einerseits von Rußland und Frankreich, andererseits von ihren eigenen Untertanen bedroht sieht und gleichzeitig

vorwärts getrieben wird durch die hohen Nahrungsmittelpreise, den tief daniederliegenden Handel und durch die Erinnerung an einen abscheulichen Vertrauensbruch, der noch der Sühnung harrt. Die preußische Regierung hat das Hilfsmittel verworfen, auf die öffentliche Meinung durch die Kammern zu wirken, die vom König mit Bedacht als reines Blendwerk eingerichtet und vom Volk in nicht mißzuverstehender Weise als reines Blendwerk hingenommen werden. Man wird daher jetzt nicht so tun können, als wären diese Scheininstitutionen plötzlich als Bollwerke für das „Vaterland" anzusehen. „Die Preußen", sagt die heutige Times, „verdienen ihren einstigen Ruf der Weisheit und Vernunft kaum noch, wie hätten sie sonst den unter der jetzigen Konstitution gewählten Kammern solch unverdiente Verachtung entgegenbringen können." Im Gegenteil, die Preußen haben gerade Vernunft bewiesen, als sie den Männern, die die Revolution verrieten in der Erwartung, ihre Früchte zu ernten, verwehrten, auch nur den Schatten eines Einflusses zu genießen, und der Regierung bewiesen, sie ließen sich durch ihr Gaukelspiel nicht betrügen, und die Kammern, soweit man sie überhaupt beachte, seien für sie nichts anderes als eine neue bureaukratische Einrichtung, die den schon früher im Lande bestehenden hinzugefügt worden sei.

Jeder mit der früheren Geschichte Deutschlands nicht völlig Vertraute wird vor den religiösen Streitigkeiten wie vor einem Rätsel stehen, die immer und immer wieder die sonst stille Oberfläche des öffentlichen Lebens in Deutschland trüben. Einmal sind es die Überbleibsel der sogenannten deutschen Kirche, die von den bestehenden Regierungen ebenso hitzig verfolgt werden wie Anno 1847. Dann ist es wieder die Frage der Heiraten zwischen Katholiken und Protestanten, derentwegen sich der katholische Klerus noch genau so mit der preußischen Regierung herumzankt wie Anno 1847. Dann vor allem tobt ein heißer Kampf zwischen dem Erzbischof von Freiburg, der die badische Regierung exkommuniziert und seinen Bannbrief öffentlich von den Kanzeln verlesen läßt, und dem Großherzog, der die abtrünnigen Kirchen zu schließen und die Ortspfarrer festzunehmen befiehlt; und es erheben und bewaffnen sich die Bauern, um ihre Priester zu beschützen und die Gendarmen zu befreien — so geschehen in Bischofsheim, Königshofen, Grünfeld, Gerlachsheim, wo der Dorfgewaltige fliehen mußte, und in vielen anderen Dörfern. Es wäre ein Irrtum, den religiösen Konflikt in Baden als eine bloß lokale Sache anzusehen. Baden ist bloß der Kampfplatz, den

sich die katholische Kirche mit Vorbedacht wählte, um die protestantischen Fürsten anzugreifen. Der Erzbischof von Freiburg repräsentiert in diesem Streit den ganzen katholischen Klerus, so wie der Großherzog von Baden alle die großen und kleinen Fürsten protestantischen Glaubens vertritt. Was soll man nun von einem Lande denken, das einerseits durch seine gründliche, unerschrockene und beispiellose Kritik an allen religiösen Traditionen berühmt ist und andererseits Europa zu periodisch wiederkehrenden Zeiten durch die Wiederbelebung der Religionsstreitigkeiten des siebzehnten Jahrhunderts in Erstaunen versetzt? Das Geheimnis besteht einfach darin, daß alle unter der Oberfläche gärenden Volksbewegungen durch die Regierungen gezwungen werden, zuerst die mystische und kaum zu überwachende Form von religiösen Bewegungen anzunehmen. Die Geistlichen ihrerseits lassen sich durch den Schein täuschen, und während sie die Volksleidenschaften ausschließlich zum eigenen Besten gegen die Regierung zu lenken glauben, sind sie in Wahrheit die unbewußten und unwilligen Werkzeuge der Revolution selbst.

Die Londoner tägliche Presse trägt großes Entsetzen und moralische Entrüstung über einen Aufruf zur Schau, den Mazzini verfaßt hat und der im Besitz Felice Orsinis gefunden wurde. Dies ist der Führer des nationalen Korps Nr. 2 und soll die Erhebung in der Landschaft Lunigiana leiten, die aus Teilen von Modena, Parma und des Königreichs Piemont besteht. In diesem Aufruf wird das Volk ermuntert, „den Feind zu überrumpeln, wie das Volk von Mailand zu tun versuchte und wieder tun wird". Dann sagt der Aufruf weiter: „Der Dolch, der unerwartet zustößt, tut gute Dienste und ersetzt die Muskete." Das bezeichnet die Londoner Presse als offenen Aufruf „zu feigem, heimlichem Mord". Ich möchte jetzt nur gerne wissen, wie in einem Land gleich Italien, wo es öffentliche Mittel zum Widerstand nirgends, Polizeispione aber überall gibt, eine revolutionäre Bewegung auch nur auf den geringsten Erfolg rechnen könnte, wenn man nicht zur Überrumplung griffe. Ich möchte wissen, welcher Waffe die Italiener sich bedienen sollen, wenn sie die Österreicher bekämpfen wollen, wenn nicht der einzigen, die Österreich ihnen nicht wegnehmen konnte, des Dolchs? Mazzini ist weit entfernt davon, ihnen zu sagen: nehmt den Dolch zur feigen Ermordung des unbewaffneten Feindes — wohl fordert er sie auf, ihn damit zu „überrumpeln", aber doch bei hellem Tageslicht, wie in Mailand, wo einige Patrioten, nur mit ihren Messern bewaffnet, in

die Wachhäuser der bewaffneten österreichischen Garnison eindrangen. „Aber“, sagt die Times, „soll das konstitutionelle Piemont dasselbe Schicksal erleiden wie Rom, Neapel und die Lombardei?“ Warum nicht? War es nicht der König von Sardinien, der die italienische Revolution 1847 und 1848 verriet, und kann Italien mit einem König von Piemont sich leichter in eine Republik verwandeln als Deutschland mit einem König von Preußen? Soviel über die moralische Seite von Mazzinis Adresse. Über ihren politischen Wert denke ich anders. Ich meinerseits glaube, Mazzini ist im Irrtum sowohl mit seinen Ansichten über das Volk von Piemont als mit seinen Träumen von einer italienischen Revolution.

Er erwartet das Zustandekommen einer solchen nicht durch günstige Konstellationen in den europäischen Wirren, sondern von der privaten Aktion italienischer Verschwörer, die den Feind überrumpeln.

Der Krieg an der Donau.

Leitartikel, New York Tribune, 16. Dezember 1853.

Der Rückzug der Türken von Olteniţa scheint den Abschluß der ersten Periode des Türkisch-Russischen Krieges zu bedeuten. Die erste Reihe der Operationen, die mit dem Übergang bei Kalafat begannen, scheint wenigstens beendet zu sein, um entweder der Stille der Winterquartiere oder der Ausführung neuer, noch nicht entwickelter Pläne Platz zu machen. Dies ist ein günstiger Augenblick zu einer Rückschau auf den bisherigen Feldzug, um so mehr, als uns eben die offiziellen und nichtoffiziellen Berichte über die einzige Aktion von Wichtigkeit zukommen, die sich an der Donau abspielte, nämlich den russischen Angriff auf den türkischen Brückenkopf bei Olteniţa.

Am 28. Oktober marschierten die Türken von Widdin nach Kalafat. Außer durch rekognoszierende Plänkler wurden sie bei der Besetzung dieses Punktes kaum gestört; denn als die Russen sich eben anschickten, bei Krajowa ihre Kräfte zum Angriff auf Kalafat zusammenzuziehen, wurden sie dabei durch die Nachricht von einem zweiten und noch gefährlicheren Vormarsch der Türken gestört, die am 2. November die Donau bei Olteniţa übersetzt hatten, von wo aus sie die russischen Befestigungen ernstlich bedrohten. Gleichzeitig machten die Türken unbedeutende und Scheinangriffe die ganze Donau entlang von Widdin bis

Olteniţa; aber entweder fanden diese die Russen wohlvorbereitet, oder sie waren nicht kräftig genug, um den Feind zu täuschen und ihn zu irgendeiner ernstlichen Dummheit zu verleiten.

Das Korps von Kalafat blieb daher unbehelligt und bekam allmählich Verstärkungen, die es, wie berichtet wird, auf etwa 24000 Mann anschwellen ließen. Da dieses Korps jedoch weder vorrückte, noch zurückgeschlagen wurde, so können wir es vorläufig außer Betracht lassen.

Der Übergang bei Olteniţa spielte sich nach Omer-Paschas Bericht folgendermaßen ab: Olteniţa ist ein Dorf nahe beim Zusammenfluß des Ardschischflusses mit der Donau. Gegenüber der Mündung des Ardschisch liegt eine Insel in der Donau; Dorf und Festung Turtukai liegen am Südufer dieses Flusses, das sich steil etwa 600 bis 700 Fuß hoch erhebt; die Festung ist auf dem Gipfel dieser Erhebung errichtet. Die Geschütze von Turtukai können daher jedes Korps erfolgreich unterstützen, das an diesem Punkt den Fluß passiert. Die Türken verfügten sich am 1. November auf die Insel und errichteten daselbst während der Nacht tüchtige Verschanzungen. Am 2. November fuhren sie von dieser Insel nach dem walachischen Ufer im Osten des Ardschisch. Zwei Bataillone mit hundert Berittenen und zwei Geschützen fuhren in Booten nach der walachischen Seite; einige Kanonenschüsse von Turtukai vertrieben die russischen Vorposten aus einem Lazarettgebäude, das nahe am Flußufer gelegen war, und dieses Gebäude, dessen sich die Türken sofort bemächtigten, erwies sich als von großem Nutzen für sie. Solid gebaut, mit gewölbten Zimmern, bot es, ohne daß man weiter viel daran zu verbessern brauchte, alle die Vorteile einer Redoute, dieser sehr erwünschten Art der Feldbefestigung. Die Türken begannen nun sogleich Schanzen vom Ardschisch bis zur Donau aufzuwerfen; vierhundert Mann waren unausgesetzt dabei beschäftigt, Schanzkörbe und Faschinen waren schon dazu vorbereitet gewesen. Aus allen Berichten geht hervor, daß diese Verschanzungen fortlaufende Linien bildeten, die jede Verbindung der russischen Positionen mit den türkischen Landungsplätzen vollständig abschnitten. Die Befestigung vermittels fortlaufender verschanzter Linien hat man längst als unbrauchbar befunden und daher allgemein verworfen. Allein die besondere Bestimmung dieser Verschanzung als Brückenkopf, die Tatsache, daß sich eine tadellose Redoute fix und fertig vorgefunden hatte, der Mangel an Ingenieuren unter den Türken und andere Eigentümlichkeiten der türkischen Armee mögen es schließlich haben

ratsam erscheinen lassen, dieses veraltete System anzuwenden. Im Ardschisch fanden die Türken zahlreiche Boote, die sie sogleich mit den vorher gehabten zur Schlagung einer Brücke über die Donau verwendeten. Alle diese Arbeiten waren bis zum Morgen des 4. November nahezu vollendet.

In Oltenitza hatten die Türken damit nur einen Brückenkopf auf dem linken Donauufer. Die türkische Armee hatte den Fluß nicht überschritten und hat es auch bis jetzt nicht getan. Doch hatte sie ein sicheres „Debouché“ am linken Ufer, das sofort benutzt werden konnte, wenn genügende Kräfte in Turtukai gesammelt waren. Außerdem hatten sie die Möglichkeit, die rechte oder die linke Seite des Ardschisch zu nehmen; und alle ihre Operationen in der Nähe des Flusses waren endlich durch zehn schwere Geschütze in der Festung auf den Höhen von Turtukai geschützt, deren Schußweite infolge der erhöhten Position und der Enge des Flusses an dieser Stelle wenigstens eine halbe Meile über den Brückenkopf hinausreichte.

Der Brückenkopf war von drei Bataillonen Infanterie (2400 Mann), zwei Gardekompagnien (100 Mann), zwei Kompagnien Scharfschützen (200 Mann), 100 Kavalleristen und etwas Artillerie besetzt, die die im Lazarett postierten zwölf schweren Geschütze bedienten. Der rechte Flügel der Verschanzung wurde bestrichen und von der Seite gedeckt von den Geschützen von Turtukai, die übrigens die ganze Ebene vor dem Mittelpunkt des Brückenkopfes bestreichen konnten. Der linke Flügel, der sich an den Fluß Ardschisch anlehnte, wurde von der Batterie auf der Insel flankiert; doch ein Teil dieses Gebiets war dicht mit Strauchwerk bestanden, das den sich nähernden Russen hinlänglichen Schutz zu bieten vermochte.

Als die Russen am 4. November die Türken angriffen, hatten sie nach Omer-Paschas Angaben 20 Bataillone, 4 Kavallerieregimenter, 32 Geschütze, im ganzen etwa 24000 Mann. Sie waren augenscheinlich folgendermaßen formiert: 12 Bataillone und 14 Geschütze gegenüber dem Mittelpunkt des Brückenkopfes; 2 Bataillone und 2 Geschütze im Wald zur Linken (für die Russen Rechten) des Flusses Ardschisch; 6 Bataillone in Staffelstellung mit 4 Geschützen gegen die türkische Rechte; gegen die Donau war ihre Linie durch die Kavallerie verlängert und flankiert. Zuerst bildete das Zentrum eine Angriffskolonne, nachdem das Feuer der russischen Geschütze eine Zeitlang angehalten hatte; die beiden Flügel folgten; dann kam die Artillerie, die zuerst

auf eine Distanz von etwa 1200 Fuß von den Wällen gefeuert hatte, in die richtige Schußweite für die Kartätschen (600 bis 700 Fuß), und die Angriffskolonnen wurden vorwärts getrieben. Wie vorauszusehen war, wurde die linke russische Kolonne (die nächste zur Donau) durch das Feuer der Geschütze von Turtukai auseinandergesprengt; das Zentrum teilte bald dasselbe Schicksal; die rechte Kolonne (an dem Ardschisch) wurde durch das Feuer von der Insel vernichtet und scheint überhaupt viel zu schwach gewesen zu sein, energisch einzugreifen. Der Angriff wurde ein- oder zweimal wiederholt, doch ohne die Geschlossenheit der ersten Attacke, und dann hatten die Russen genug davon. Sie waren entschlossen dem Rande des Schanzengrabens entgegengegangen (was man nicht zu wörtlich nehmen darf), aber das türkische Feuer hatte sich als überwältigend erwiesen, noch bevor es zu einem Handgemenge kam.

Während des Kampfes sandte Omer-Pascha ein Bataillon regulärer Truppen als Reserven über den Fluß. Man kann also die dabei beteiligten Türken auf 3600 Infanteristen mit 44 schweren Geschützen veranschlagen.

Schwerer läßt sich die Zahl der Russen bestimmen. Während Omer-Pascha von 20 Bataillonen spricht, stimmen zwei britische Offiziere in seinem Lager darin überein, daß die tatsächlich in Frage kommenden Kräfte nur 8000 Mann betrugen. Diese beiden Behauptungen widersprechen sich jedoch nicht ganz. Die Russen können 20 Bataillone in Schlachtordnung gehabt haben, und doch kann die wirkliche Zahl der angreifenden Kolonnen nicht mehr als 8 Bataillone auf einmal betragen haben, sei es wegen der Bodenbeschaffenheit oder weil sie ihren Gegner unterschätzten. Und ein Umstand, den die britischen Offiziere nicht erwähnen, über den aber Omer-Pascha berichtet, beweist, daß die Russen große Reserven hatten. An der Spitze jedes neuen Angriffs war nämlich ein frisches Bataillon, das zu diesem Zweck aus der Reserve hervorgeholt wurde. Auch tragen die Berichte der beiden „Offiziere von der Garde Ihrer Majestät“ in jeder Zeile den Stempel jener unwissenden und unerfahrenen Selbstgefälligkeit, die den Subalternen dieses privilegierten Korps in allen Armeen eigen ist.

Wir halten daher Omer-Paschas Bericht im ganzen für glaubwürdig. 18 oder 20 russische Bataillone mögen während der Aktion anwesend gewesen sein, von denen zehn oder zwölf nacheinander aktiv eingegriffen haben; und 6000 bis 8000 mag die Zahl derjenigen betragen haben,

die im gegebenen Moment gleichzeitig und erfolglos auf die türkischen Verschanzungen vorrückten. Der Verlust der Russen, der sich wenigstens auf 1500 bis 2000 Mann belief, beweist auch, was für Massen sie ins Feld geführt haben müssen. Sie wurden endgültig zurückgeschlagen, ließen 500 Gewehre, eine Menge von Munition und Bagage und 800 Tote und Verwundete in den Händen der Türken und zogen sich in teilweiser Unordnung zurück.

Wenn wir die Taktik dieses Kampfes auf beiden Seiten betrachten, so finden wir zu unserem Erstaunen, daß die Russen einen groben Fehler begingen, und daß ihre offenbare Niederlage die verdiente Buße dafür ist. Sie unterschätzten ihren Gegner in einer Weise, die wohl kaum je vorher ihresgleichen hatte. Sie hatten sehr starke Linien anzugreifen mit einer vorzüglichen Redoute, die von 10 schweren Geschützen auf der Insel und von 22 Geschützen in Turtukai flankiert wurde, die auch das Feld vor der Linie beherrschten; alles in allem 44 oder wenigstens 38 Geschütze, die alle oder zum größten Teil von großem Kaliber waren. Nun weiß jeder Offizier, daß man beim Angriff auf eine Feldbefestigung vor allem ihre Geschütze und die sie unterstützenden Batterien durch seine Artillerie zum Schweigen bringen muß; daß man dann soviel als möglich die Wälle, Palisaden und andere Verteidigungsmittel zerstören muß; daß man dann, indem man mit seinen Batterien den angegriffenen Stellungen immer näherrückt, die Wälle mit einem unausgesetzten Hagel von Kartätschen beschießt, bis man es endlich wagen kann, sich mit seinen Angriffskolonnen auf die halbdemolierten Verschanzungen und ihre entmutigten Verteidiger zu stürzen. Natürlich muß man, um all dies tun zu können, eine Artillerie besitzen, die der feindlichen an Zahl und Kaliber weit überlegen ist. Was aber sehen wir bei den Russen? Sie stürmen einen Brückenkopf, der von einer Artillerie verteidigt wird, die der ihrigen an Zahl, an Kaliber und noch weit mehr an Übung überlegen ist, nachdem sie aus 12 Zwölfpfündern und 20 Sechspfündern eine ganz kurze Kanonade abgegeben haben. Diese russische Kanonade erscheint wie eine leere Formalität, als eine Art Höflichkeitsbezeigung gegen die Türken, denn einen ernsthaften Zweck konnte sie nicht haben; und wenn die russischen Batterien, wie allgemein berichtet wird, sich dem Brückenkopf wirklich bis auf 650 Meter näherten, so ist es wunderbar, daß nichts von demontierten Geschützen mitgeteilt wird. Zugleich aber müssen wir die Tapferkeit der russischen Truppen anerkennen, die, trotzdem sie höchst=

wahrscheinlich zum erstenmal und noch dazu unter so ungünstigen Verhältnissen im Feuer standen, dennoch der türkischen Linie sich bis auf 50 Meter näherten, ehe sie durch das überlegene Feuer, mit dem man sie überschüttete, vernichtet wurden.

Aber auch über die Taktik der Türken können wir nichts Günstiges berichten. Daß Omer-Pascha während der Angriffe nicht mehr Truppen auf dem Brückenkopf zusammendrängte, als zu seiner Verteidigung notwendig waren, war sehr gut. Aber warum konzentrierte er keine Reserve, besonders an Kavallerie, an das Ende der Brücke bei Turtukai und auf die Insel? So daß er, als die Niederlage der Russen offenkundig wurde, seine Kavallerie nicht auf den geschlagenen Feind loslassen konnte? Und warum war er nach alledem zufrieden mit dem moralischen Erfolg des Sieges und unterließ es, die ganzen Früchte einzuheimsen, wodurch er den Feldzug entschieden haben könnte? Wir können dafür nur zwei Entschuldigungen finden: Erstens, daß das System der ununterbrochenen Linien in der Feldbefestigung nicht leicht eine kräftige Offensivaktion nach der Zurückschlagung des Feindes gestattet, da die ununterbrochene Linie keine weiten Zwischenräume für plötzliche und energische Vorstöße größerer Truppenmassen darbietet, und zweitens, daß Omer-Pascha seinen Truppen nicht die Fähigkeit zutraute, im offenen Felde zu kämpfen, oder daß er nicht genug Truppen bei der Hand hatte, um seinen Sieg weiterzuverfolgen.

Und dies bringt uns auf die strategischen Fragen, die mit dieser Aktion verbunden sind. Hätte Omer-Pascha bei Olteniza die Truppen gehabt, die bei Kalafat ohne Beschäftigung herumlungerten, hätte er dann nicht entschiedener vorgehen können? Wieso kam es, daß ein Korps von 12000 Mann und eine Reserve von der gleichen Stärke nach Kalafat dirigiert wurde, um jenen Punkt der russischen Position zu bedrohen, an dem die Russen am ehesten wünschen mußten, angegriffen zu werden? Wie kam es, daß an dem Punkt, wo die Türken entschiedene Vorteile erringen konnten, diese 24000 Mann nicht anwesend waren?

Doch das ist nur ein Punkt. Wie jetzt zweifellos bestätigt wird, konnten die Russen Ende Oktober nicht mehr als 50000 bis 55000 Soldaten in der Walachei zusammenbringen. Wenn man nun den Mangel an Straßen und das durchschnittene Terrain in Betracht zieht, was Detachierungen unvermeidlich macht, wenn man ferner den regulären Abgang jeder aktiven Armee bedenkt, so ist es sicher, daß die Russen an keinem Punkt mehr als

30000 Mann auf einmal zusammenbringen konnten. 40000 Türken, die sich an einem gegebenen Punkt in der Walachei vereinigten, konnten sie bestimmt schlagen; und hätten die Türken dies gewollt und zur geeigneten Zeit die geeigneten Schritte unternommen, so hätten sie sicherlich vergleichsweise leicht eine solche Zahl oder sogar das Doppelte zusammenbringen können. Allein die Einmischung der europäischen Diplomatie, die Unentschlossenheit im Diwan, die schwankende türkische Politik gegenüber Serbien und andere ähnliche Erwägungen scheinen eine Reihe von halben Maßnahmen hervorgerufen zu haben, die Omer-Pascha beim Ausbruch des Krieges in eine sehr merkwürdige Lage brachten. Er kannte die Schwäche der Russen; er selbst hatte eine weit überlegenere Armee, die darauf brannte, loszuschlagen. Doch seine Armee war über ein Gebiet von 350 Meilen Länge und 50 bis 100 Meilen Breite verstreut. Die natürliche Folge davon war die Lahmheit seiner Operationen zu Beginn des November. Der Übergang von Kalafat, der unter anderen Verhältnissen ein Fehler gewesen wäre, wurde so zu einer Notwendigkeit; denn Widdin war der natürliche Konzentrationspunkt von etwa 20000 Mann, die ohne diesen Übergang ganz inaktiv geblieben wären, da sie zu weit von der Hauptarmee entfernt waren. Dieser Übergang setzte sie wenigstens in den Stand, einen Teil der russischen Kräfte lahmzulegen und einen für die Türken günstigen, moralischen Eindruck hervorzurufen.

Der Übergang bei Olteniza, der offenbar als der Hauptangriff geplant war, durch den Bukarest genommen werden sollte, und der die Russen, die durch die Operation bei Kalafat westwärts gelockt waren, vom Rückzug abschneiden sollte, hatte nicht die geringste Wirkung, denn die zu einem Marsch nach Bukarest notwendigen Kräfte scheinen nicht vorhanden gewesen zu sein. Der moralische Effekt der Schlacht bei Olteniza war sicherlich ein großer Gewinn; aber die Untätigkeit nach dem Sieg dauerte neun Tage lang und endete infolge des einsetzenden Regens mit dem freiwilligen Rückzug der Türken hinter die Donau. Diese Untätigkeit und dieser Rückzug brauchen zwar die Siegesfreude auf dem Antlitz der türkischen Soldaten nicht zu trüben, sie werden aber den Ruhm des türkischen Generals beeinträchtigen, höchstwahrscheinlich mehr, als er verdient. Indes, mag der ursprüngliche Fehler beim Diwan liegen, irgendwie muß auch Omer-Pascha hier gefehlt haben. Zwölf Tage am linken Donauufer zu verbringen, eine Brücke und einen Brückenkopf zu beherrschen, stark genug, um die vereinigten Kräfte

der Russen zurückzuschlagen, eine starke, angriffslustige Armee hinter sich zu haben und nicht die Mittel zu finden, 30000 bis 40000 Mann hinüberzubringen — wahrlich, das alles kann nicht ohne irgendeine Fahrlässigkeit des Generals vor sich gegangen sein. Die Russen können sich bedanken, daß man sie so entwischen ließ. Nie ist eine russische Armee aus einer nur halb so schlimmen Lage mit so geringen materiellen Verlusten herausgekommen. Sie konnten völlig aufgerieben werden, und statt dessen sind sie in vollkommener Sicherheit. Ob man den Russen gegenüber je wieder eine solche günstige Gelegenheit haben wird, kann man füglich bezweifeln.

Und wieder die Diplomatie.

London, 2. Dezember 1853 (N. Y. T., 16. Dezember 1853).

Seit ich das letzte Mal schrieb, hat kein Gefecht von Bedeutung in der Türkei stattgefunden; aber die russische Diplomatie, die gefährlicher ist als die russische Generalität, ist wieder an der Arbeit, und das Wiederaufleben der berüchtigten Londoner Konferenzen von 1840 und 1841, die mit der Sanktionierung des Vertrags von Unkiar Skelessi endeten, wird von den ministeriellen Blättern zu beiden Seiten des Kanals mehr oder weniger verschämt und in leicht veränderter Form angekündigt.

Die Times macht sogar Andeutungen von „energischen Schritten zur Pazifizierung", das heißt einer Art „bewaffneter Pazifizierung", die die sich selbst so nennenden Beschützer gegen den Willen der Türkei inszenieren wollen. An einer großen diplomatischen Tatsache ist nicht zu zweifeln: die letzte Note nämlich, die das englische Kabinett nach Konstantinopel sandte, die der englische Botschafter der Pforte vorlegte und die der Diwan am 14. November zurückwies, ist nichts anderes als eine zweite Auflage der Antwort Reschid-Paschas auf das Ultimatum des Fürsten Menschikoff vom letzten Mai. Das ist die Manier, in der die Palmerstons und Aberdeens dem Sultan zu verstehen geben, daß, wie auch sonst die Lage der Dinge sich geändert habe, die Beziehungen zwischen Türkei und Rußland ganz unverändert geblieben seien, und weder die Türkei in den Augen der westlichen Diplomatie etwas gewonnen noch Rußland etwas verloren hat.

Da Fürst Alexander von Serbien den türkischen Truppen verbietet, durch sein Gebiet zu marschieren, die Rückkehr des russischen General-

konsuls verlangt und in seiner Erklärung an den Sultan von der Türkei und von Rußland als von zwei gleichberechtigten Schutzmächten in bezug auf die Fürstentümer spricht, so darf man wohl auf ernstliche Konflikte mit Serbien gefaßt sein, die zu jeder anderen Zeit für die Türkei verhängnisvoll werden könnten, im jetzigen Moment aber vielleicht das einzige Mittel sind, sie aus den Klauen der westlichen Diplomatie zu retten. Jeder neue Zwischenfall, der die jetzige Lage noch mehr verwickelt, das bankrotte Österreich aus seiner gefährlichen Neutralität treibt, die Möglichkeit eines europäischen Krieges vermehrt und der Türkei das Bündnis mit der revolutionären Partei aufzwingt, kann für sie nur von Vorteil sein, wenigstens in ihrem Konflikt mit Rußland. Die in ihr selbst begründeten Ursachen ihres Verfalls werden selbstverständlich weiterwirken, wenn ihnen nicht durch eine gründliche Umwälzung des türkischen Regimes in Europa entgegengearbeitet wird.

Der russische Sieg. – Die Lage Frankreichs und Englands.

London, 13. Dezember 1853 (N. Y. T., 27. Dezember 1853).

„Zur Überraschung des Sultans wird trotz der Anwesenheit der französischen und englischen Flotte im Schwarzen Meer ein türkisches Schiff von einem russischen Fahrzeug ungestraft gekapert. Der Frühling wird ihm noch weitere Überraschungen bescheren.“ So berichtet uns die Preß vom letzten Sonnabend. Der nächste Montag brachte die „weiteren Überraschungen“, die man erst zum nächsten Frühling erwartete. Die russische Flotte hat ein türkisches Schiffsgeschwader im Schwarzen Meer bei Sinope vernichtet — so lautete eine vom 5. d. M. datierte russische Depesche aus Odessa, die der Moniteur nachher bestätigte. Wir kennen zwar die genauen Details dieses Zwischenfalls noch nicht, doch so viel ist klar, daß der russische Bericht die Sache sehr übertreibt. Die ganze Geschichte beschränkt sich auf einen unerwarteten Überfall auf einige türkische Fregatten und eine Anzahl Transportschiffe mit Truppen, Proviant, Munition und Waffen an Bord, die für Batum bestimmt waren; dabei zeigten sich die Russen den Türken an Zahl weit überlegen, und doch ergaben sich diese erst nach einer Stunde des verzweifeltsten Kampfes.

„Unsere Flotte“, schreibt The Englishman, „ist jedenfalls *nicht* dazu da, die Russen an einem Angriff auf die Türkei zu hindern. Die Flotte ist *nicht* dazu da, sich russischen Truppen- und Waffentransporten nach

dem Kaukasus zu widersetzen. Die Flotte ist nicht dazu da, darüber zu wachen, daß das Schwarze Meer nicht ein russischer Binnensee ist. Die Flotte ist nicht dazu da, unserem Verbündeten zu helfen oder ihn vor dem Untergang zu retten. Die Flotte ist nicht dazu da, ein zweites Navarino nach berühmtem Muster von ihm abzuwenden. . . . Russische Admirale dürfen auf Schußweite von Konstantinopel manövrieren, und die englischen Gemüter werden so gleichmütig dabei bleiben wie das fürstliche Gemüt des Lord Aberdeen selbst. Soll das Volk oder zum mindesten der Minister des Äußern solch kostspielige Scherze dulden?"

Das Koalitionsministerium ist trostlos, daß der Zar die Türken zur See und nicht auf dem festen Land geschlagen hat. Ein solcher Sieg wäre ihm erwünschter gewesen. Durch russische Erfolge zur See könnte seine Stellung erschüttert werden, und das gerade in dem Moment, wo Graf Buol dem Sultan versicherte, daß der Zar sich streng defensiv verhalten würde und Lord Redcliffe ihm einen Waffenstillstand von drei Monaten aufdrängen wollte. Es ist ein wahres Vergnügen, zu beobachten, wie sich die verschiedenen Organe des Koalitionsministeriums in die Aufgabe teilten, das aufgeregte Publikum zu beschwichtigen.

Die Times als Vertreterin des ganzen Kabinetts gibt ihrer allgemeinen Entrüstung über die Undankbarkeit des Zaren Ausdruck und versteigt sich sogar zu Drohungen.

Die Morning Post ist natürlich noch kriegerischer und gibt ihren Lesern zu verstehen, daß der „unliebsame" Vorfall bei Sinope sich niemals ereignet hätte, wenn Lord Palmerston Premier oder wenigstens Minister des Äußern gewesen wäre.

„Es ist zum mindesten klar," sagt The Post, „daß russische Seestreitkräfte, die zu Operationen an der türkischen Küste ausgesandt waren, der Pforte einen unerwarteten, empfindlichen Schlag versetzen konnten, ausgerechnet in dem Augenblick, in dem der Diwan allen Grund zu der Hoffnung hatte, die von den Verbündeten angekündigte Hilfe in Aktion treten zu sehen, wenn wirklich etwas Greifbares, über bloße Demonstrationen Hinausgehendes beabsichtigt war. Man kann billig daran zweifeln, glauben wir, daß das Schwarze Meer ein geeigneter Schauplatz für eine neue diplomatische Komödie ist, wie sie in den Fürstentümern unter dem Titel ‚Reelle Garantien' gespielt wurde.

Die Russen haben also, wie man annehmen kann, die Heuchelei ihrer Defensivpolitik aufgegeben. Es ist außerordentlich zu bedauern, daß

unsere (lies Aberdeens) haltlose Politik so weit gehen konnte, daß sie unseren Verbündeten schweren Schaden zufügte und uns den verdienten Vorwurf dafür eintrug. Es wäre ein ewiger Schimpf und Spott für uns, ließe man ein solches Unglück zum zweiten Male geschehen, nur weil unsere Schiffe nicht jene Hilfsaktion leisten, um derentwillen sie eigens ausgesandt wurden."

Der philosophische Morning Chronicle, das spezielle Organ der Anhänger Peels, „hält es nicht für unwahrscheinlich, daß die Macht, die den Weltfrieden störte, vielleicht jetzt in die Beendigung des Kriegs willigen würde".

Mit dem Vorgeben, „sich dem freiwilligen Akt" des Rücktritts der Gospodare Stirbey und Ghika von der Regierung der Moldau und Walachei „nicht widersetzen zu wollen", hat Kaiser Nikolaus durch Verfügung vom 8. November deren Funktionen dem General von Budberg übertragen, der jedoch der Kontrolle des Fürsten Gortschakoff untersteht.

Die Tatsache, daß England die Türkei zum Waffenstillstand in einem Augenblick drängt, der dem Zaren höchst willkommen sein muß, weil er dadurch Zeit gewinnt, seine Truppen zu konzentrieren und an der Auflösung der anscheinenden Allianz zwischen Frankreich und England zu arbeiten; die gleichzeitige Intrige Nikolaus', Bonaparte zu stürzen und ihn durch Heinrich V. zu ersetzen; die laut gepriesene „Verschmelzung" der beiden Zweige der Bourbonen, die König Leopold, Prinz Albert und die Prinzen von Orleans gemeinsam betreiben — alle diese Umstände lenken die Aufmerksamkeit des Publikums von neuem auf Windsor Castle und wecken den Verdacht einer geheimen Verschwörung mit den Höfen von Brüssel, Wien und St. Petersburg.

„Die jetzt lebenden Engländer", sagt der aristokratische Morning Herald, „sollten darauf sehen, daß die Politik ihres Landes nicht orleanistischen Restaurationsträumen, belgischen Annexionsängsten und kleinlichsten deutschen Interessen untergeordnet würde." Lloyds Weekly Newspaper läßt durchblicken: „Es gibt Verschwörer, die das Ministerium des Innern nicht überwacht, Verschwörer, deren Namen wie Sterne in einer Frostnacht im Hofbericht erglänzen. Sie wohnen nicht in St. James Wood, noch leben sie in Chelsea. Nein, sie erfreuen sich größerer Bequemlichkeiten in den Sälen von Claremont. Einer dieser Verschwörer, der häufige Gast unserer gnädigen Königin, mit dem Beinamen eines Herzog von Nemours, ging aus seinem englischen Heim geradeswegs

nach Frohsdorf, um die Brücke zu schlagen, das heißt den Abgrund für die Bourbonen nach Frankreich zu überbrücken. Zweifellos wird er zurückkehren und sein Wildbret wieder im Buckingham-Palast oder Windsor Castle verzehren." — „Ihre Minister", schreibt der Pariser Korrespondent des The Leader, „tun, was ihnen Viktoria zu tun gebietet. Königin Viktoria wünscht, was König Leopold wünscht. König Leopold verlangt, was Kaiser Nikolaus verlangt, so daß Nikolaus de facto jetzt König von England ist."

Bonapartes Position ist in diesem Augenblick kritischer als je zuvor, obzwar seine Glückschancen nie günstigere zu sein schienen. Es ist ihm gelungen, sich in den Kreis der europäischen Majestäten einzuschmuggeln. Was Nikolaus an gutem Ruf verlor, hat er gewonnen. Er ist zum erstenmal in seinem Leben „respektabel" geworden. Dieselbe Macht, die im Verein mit Rußland seinen Oheim von seinem gewaltigen Throne stürzte, England, hat sich zu einem anscheinenden Bündnis mit ihm gegen Rußland verstehen müssen. Die Umstände haben ihn fast zum Schiedsrichter Europas gemacht.

Die Aussicht auf einen europäischen Krieg, der aufrührerische Bewegungen in Italien, Ungarn und Polen nach sich zöge — Ländern, wo das Volk, das fast ausschließlich die Wiedererlangung seiner nationalen Unabhängigkeit im Auge hat, sich das Lager, aus dem ihm Hilfe kommt, nicht zu genau ansieht — diese Eventualitäten scheinen den Mann vom 2. Dezember zum Führer der Völker zu bestimmen, wenn es ihm mißlingen sollte, den Friedensstifter bei den Königen zu spielen. Die ungeheuerlichen Mißgriffe, die seine Vorgänger machten, haben seiner Politik sogar den Anschein nationaler Lebenskraft gegeben, denn er erweckt doch wenigstens Erwartungen bei den Mächten, während diese, von der provisorischen Regierung bis herab zu den „Burgraves" der Assemblée Legislative, nichts weiter fertig gebracht hatten, als vor allem und jedermann zu zittern.

Jetzt aber wollen wir die andere Seite der Medaille betrachten. Die Verschmelzung der beiden Zweige der bourbonischen Dynastie, was immer ihr innerer Wert sein mag, hat unter den Auspizien der Höfe von London und Wien und auf das Geheiß des Kaisers Nikolaus stattgefunden. Sie ist daher als der erste Akt einer heiligen Allianz, die sich gegen Bonaparte richtet, zu betrachten. Andererseits hat sie für den Augenblick die verschiedenen Parteien der französischen Bourgeoisie ver-

söhnt, deren Zwistigkeiten sie gerade von 1848 bis 1851 hinderten, sich dem Helden von Straßburg und Boulogne zu widersetzen. Die blauen Republikaner ihrerseits, die im Hause des M. Carnot zusammenkommen, haben fast einstimmig entschieden, daß sie den Legitimisten bei jedem Versuch, Bonaparte zu stürzen, helfen wollten. Diese Herren scheinen fest entschlossen zu sein, den traditionellen Zyklus von Restauration, Bourgeois-Monarchie und Republik wieder zu durchlaufen. Für sie bedeutete die Republik nie etwas anderes als „ôte-toi, que je m'y mette“, und wenn sie schon nicht selbst den Platz ihres Nebenbuhlers einnehmen können, so wollen sie ihm wenigstens das zufügen, was ihnen als die härteste Strafe erscheint: den Verlust dieses Platzes. Die zu spielenden Rollen sind bereits verteilt. Generale, Minister und höhere Beamte sind schon ernannt. Die Gefahr, die Bonaparte von dieser Seite droht, ist eine Militärrevolte, die, wenn sie nicht die Bourbonen wieder ans Ruder bringt, den Anlaß zu einer allgemeinen Empörung geben kann. Schließlich ist jedoch diese Malletsche Verschwörung, die von der Unterstützung der Kosaken abhängt, nicht gefährlicher als die Verschwörung Ledru-Rollins, die von der Unterstützung der Türken abhängt. En passant möchte ich bemerken, daß, wenn die ganze französische Emigration von London und Jersey sich versammeln würde, Ledru kaum wagen würde, sich vor ihr zu zeigen. Die große Mehrheit der französischen Refugiés gehört verschiedenen Fraktionen der sozialistischen Partei an und hat sich in der Société des Proscrits Démocrates et Socialistes zusammengetan, die den Ansprüchen Ledrus in offener Feindschaft gegenübersteht. Man sagt, er habe noch einigen Einfluß bei der französischen Bauernschaft, aber die Macht muß in Paris, nicht in den Departements erobert werden, und in Paris wird er einem Widerstand begegnen, den zu überwinden er nicht der Mann ist.

Die ernsten Gefahren, die Bonaparte zu gewärtigen hat, kommen von ganz anderer Seite, und zwar von den hohen Lebensmittelpreisen, von dem Stillstand des Handels und von der äußersten Erschöpfung und dem gänzlichen Verfall des kaiserlichen Schatzes. Die Bauernschaft war es, die in ihrer abergläubischen Zuversicht zu der Zauberkraft des Namens „Napoleon“ und zu den goldenen Verheißungen des Helden von Straßburg ihn zuerst Frankreich aufdrängte. Für sie war die Wiedereinsetzung der Bonapartes gleichbedeutend mit der Wiederherstellung ihrer eigenen Oberherrschaft, nachdem die Restauration sie mißbraucht, die Julimonarchie

sie ausgenützt hatte und die Republik sie die Kosten der Februarrevolution hatte zahlen lassen. Jetzt sind sie eines Besseren belehrt, nicht nur durch die Hungersnot, sondern auch, weil sie der Willkür der Soldaten preisgegeben sind. Brandstiftungen sind in diesem Augenblick in Frankreich so häufig wie noch nie zuvor. Die Mittelklassen waren töricht genug, die Nationalversammlung zu beschuldigen, sie habe durch die Streitigkeiten und Intrigen unter ihren verschiedenen Fraktionen und durch ihre gemeinsame Opposition gegen die Exekutivgewalt die vorübergehende kommerzielle Stockung in 1851 verursacht. Sie ließen nicht nur ihre eigenen Vertreter im Stich, sondern provozierten geflissentlich den Staatsstreich in der Absicht, eine, wie sie es nannten, „geordnete Regierung" und vor allem „gesunde Geschäftsverhältnisse" wiederherzustellen. Sie haben jetzt herausgefunden, daß industrielle Krisen durch einen militärischen Despotismus weder verhindert noch gemildert werden können, der den öffentlichen Kredit bis zu seinen äußersten Grenzen anspannt und das Land durch die verschwenderischsten Ausgaben aussaugt, wodurch die Finanzkrisis zur unvermeidlichen Begleiterscheinung der kommerziellen Krisis wird. Die Mittelklassen ersehnen daher wieder einmal eine Änderung der Regierungsgewalt, die ihnen endlich eine „geordnete Regierung" und „gesunde Geschäftsverhältnisse" gewährt. Die Proletarier ihrerseits akzeptierten Bonaparte von allem Anfang an nur als vorübergehende Notwendigkeit, als den Zerstörer der *kosakischen Republik* und als ihren Rächer an der *Ordnungspartei*. Geschwächt durch aufeinanderfolgende Niederlagen vor dem 2. Dezember und vollauf mit sich beschäftigt während der Jahre 1852 und 1853, hatten sie Zeit, abzuwarten, bis sich die Gelegenheit bot, wo Ursachen allgemeiner Art und eine weit um sich greifende Unzufriedenheit aller anderen Klassen es ihnen ermöglichten, ihr revolutionäres Werk wiederaufzunehmen.

Der Rücktritt Palmerstons.

Leitartikel, New York Tribune, 31. Dezember 1853.

Die interessanteste und wichtigste Neuigkeit, die der Dampfer „Afrika" mitbringt, ist Lord Palmerstons Demission als Mitglied des Koalitionsministeriums unter Lord Aberdeen. Das ist ein Meisterstück dieses skrupellosen und vollendeten Taktikers. Die Londoner Zeitungen, die dem Mini-

sterium günstig gesinnt sind, bemühen sich, das Publikum zu informieren, daß nicht die Orientfrage an dem Ereignis Schuld trage, sondern daß der gewissenhafte Lord, als getreuer Hüter der britischen Konstitution, sein Amt verläßt, weil er seine Zustimmung zu einer parlamentarischen Reform nicht geben kann, auch wenn sie nur so zwerghafte Dimensionen hat, wie sie einem Whig von der Natur Lord John Russells entsprechen. Mit dieser Begründung hat er auch seinen Rücktritt seinen Kollegen von der Koalition offiziell mitzuteilen geruht. Aber er bemühte sich doch sehr, beim Publikum einen anderen Eindruck zu erwecken, und es ist denn auch, trotz aller Erklärungen der offiziellen Blätter, die Meinung allgemein verbreitet, daß die Reformbill nur den Vorwand liefert und die russische Politik des Kabinetts die wahre Ursache ist. In diesem Sinne schrieben schon seit einiger Zeit und besonders seit dem Schluß der letzten Session alle Blätter, die für ihn interessiert sind. Sie spielten in verschiedener Tonart und auf verschiedene Weise immer dieselbe Melodie: wie Lord Palmerston vergeblich gegen den Einfluß des Premierministers kämpfe und sich heftig gegen die unwürdige Rolle wehre, die ihm in dem Orientdrama aufgezwungen werde. Unaufhörlich wurden Gerüchte über die Spaltung des Ministeriums in zwei große Parteien verbreitet, und nichts wurde versäumt, das britische Publikum darauf vorzubereiten, daß der ritterliche Graf eine Probe der ihn auszeichnenden Energie ablegen werde. Als das Schauspiel vorbereitet, die Inszenierung hergerichtet war, wählte der edle Lord, der schon hinter dem Vorhang stand, mit erstaunlichem Scharfsinn den geeigneten Moment, in dem sein Erscheinen auf der Bühne den überraschendsten und wirksamsten Effekt machen würde.

Lord Palmerston trennt sich von seinen Freunden in der Koalition gerade in dem Augenblick, wo Österreich gierig auf den Vorschlag eingeht, neue Konferenzen zu veranstalten; wo der Zar sein Netz von Intrigen und Krieg immer weiter ausbreitet, indem er einen bewaffneten Zusammenstoß zwischen Serben und Bosniaken herbeiführt und den regierenden Fürsten von Serbien mit Absetzung bedroht, wenn er bei dem Konflikt sich weiterhin neutral verhalten will; wo die Türken, die sich auf die Anwesenheit der französischen und englischen Flotte verließen, die Zerstörung einer Flottille und die Niedermachung von 5000 Mann durch eine dreimal so mächtige russische Flotte zu beklagen haben; wo russische Kapitäne ungestraft englische Gesetze in englischen Häfen und

an Bord englischer Fahrzeuge mit Füßen treten dürfen; wo die dynastischen Intrigen der „fleckenlosen Königin“ und ihres „deutschen Prinzgemahls“ längst offenkundig geworden sind; und wo endlich das stumpfsinnige englische Volk, dessen nationaler Stolz im Ausland verletzt wird und das im Inland durch Streiks, Hungersnöte und geschäftliche Stokkungen gepeinigt wird, eine drohende Haltung einzunehmen beginnt und niemand hat, an dem es sich rächen kann, als seine eigene armselige Regierung. Indem er sich in einem solchen Augenblick zurückzieht, wirft Lord Palmerston alle Verantwortlichkeit auf die Schultern seiner früheren Kollegen. Seine Tat wird zum großen nationalen Ereignis. Er verwandelt sich plötzlich in den Volksvertreter im Gegensatz zu der Regierung, von der er sich scheidet. Er rettet dadurch nicht nur seine eigene Popularität, sondern er macht seine Kollegen noch vollends unpopulär. Dadurch, daß der unvermeidliche Zusammenbruch des jetzigen Ministeriums als sein Werk erscheint, wird er zum notwendigen Element für jedes nachfolgende. Er verläßt nicht nur ein dem Tode geweihtes Kabinett, sondern er drängt sich auch schon dem nachfolgenden auf.

Lord Palmerston rettet jedoch nicht nur seine Popularität und sichert sich einen hervorragenden Platz in der neuen Regierung, er nützt auch noch direkt der Sache Rußlands, wenn er sich in diesem ungemein kritischen Augenblick zurückzieht. Die russische Diplomatie hat sich längst über den saumseligen Geist des Koalitionsministeriums lustig gemacht; Bonaparte erschien es stets wegen seiner Vorliebe für die Orleans und die Koburger verdächtig, sogar in Konstantinopel beginnt man seine verräterische und kleinmütige Schwachheit zu begreifen — nun wird dieses Ministerium auch noch den Rest an Einfluß verlieren, den es im Rat der Welt besessen haben mochte. Eine uneinige, unpopuläre Regierung, auf die sich die eigenen Freunde nicht verlassen und die die Feinde nicht respektieren, die nur als eine provisorische betrachtet wird, deren Auflösung jeden Moment erfolgen kann, an deren wirklichem Vorhandensein man sogar zweifelt — eine solche Regierung ist am wenigsten dazu geeignet, Großbritannien unter den übrigen Mächten Europas ein Übergewicht zu verleihen. Lord Palmerstons Rücktritt verurteilt das Koalitionsministerium und England mit ihm zur Nichtigkeit, soweit die ausländische Politik in Betracht kommt; und es gab niemals eine Epoche, wo Englands Verschwinden von der öffentlichen Bühne, und sei es nur für eine oder zwei Wochen, so viel für den russischen Despoten bedeutete.

Das friedliebende Element hat in den Ministerräten Englands über das kriegerische gesiegt. So wird an den Höfen von Berlin, Paris und Wien Lord Palmerstons Rücktritt gedeutet werden; und diese Deutung wird man dem Diwan aufzwingen, dessen Selbstvertrauen ohnehin schon durch den letzten russischen Erfolg erschüttert ist und der angesichts der Kanonen der vereinigten Flotten seine Sitzungen abhält.

Man darf nicht vergessen, daß, seit er Mitglied des Koalitionsministeriums geworden, Lord Palmerstons öffentliche Tätigkeit in der äußeren Politik sich auf die berüchtigte Pulververschwörung und die von ihm zugestandene Verwendung der englischen Polizei als Spitzel gegen die politischen Flüchtlinge beschränkte, sowie auf eine Rede, in der er die durch die Russen erfolgte Verhinderung der Donauschiffahrt scherzhaft als unbedeutend hinstellte, und endlich auf die Standrede, mit der er das Parlament verabschiedete, indem er das Unterhaus versicherte, die Regierung habe in den Orientwirren einwandfrei gehandelt, und man könne ruhig auseinandergehen, denn die Minister blieben auf ihren Posten; nebstbei verbürgte er sich noch „für die Ehre und die ehrlichen Absichten des Kaisers von Rußland“.

Außer den von uns aufgezählten allgemeinen Ursachen hatte Lord Palmerston noch einen besonderen Grund, die Welt durch seine letzte Tat der patriotischen Selbstaufopferung zu überraschen. Man ist ihm auf die Schliche gekommen. Sein Nimbus beginnt zu erbleichen, seine frühere Laufbahn wird dem Publikum bekannt. Die englische Nation, der durch seine zugestandene Teilnahme an der Verschwörung des 2. Dezember, die die französische Republik stürzte, und durch seine Pulververschwörungskomödie die Augen noch nicht geöffnet waren, ist durch die Eröffnungen des Herrn David Urquhart aufgerüttelt worden, der Seine Lordschaft tüchtig gezaust hat. Herr Urquhart hat in einem kürzlich erschienenen Werk „Rußlands Fortschritte“, in Artikeln in englischen Zeitungen, besonders aber durch Reden in antirussischen Versammlungen im ganzen Königreich gegen den politischen Ruf Palmerstons einen Schlag geführt, den die spätere Geschichte nur bestätigen wird. Unser eigenes Wirken für die Sache der historischen Gerechtigkeit trug weit mehr dazu bei, als wir erwarteten, diesen geschäftigen und arglistigen Staatsmann der öffentlichen Meinung Englands in einem neuen Lichte zu zeigen.

Sinope und Achalzych.

Leitartikel, New York Tribune, 9. Januar 1854.

Nach einer langen Verzögerung sind wir endlich in Besitz der offiziellen Dokumente über die beiden Siege gelangt, deren sich Rußland so laut rühmt und die es so reichlich belohnt. Wir meinen darunter selbstverständlich die Zerstörung des Geschwaders bei Sinope und das Treffen von Achalzych in Asien. Die Dokumente sind russische Bulletins; aber die Tatsache, daß das türkische offizielle Organ tiefstes Schweigen über die Sache bewahrte, wo doch seine Mitteilungen uns lange vor denen aus St. Petersburg erreicht haben würden, lassen es als gewiß erscheinen, daß die Pforte nichts Angenehmes zu veröffentlichen hat. Wir wollen also an der Hand der uns zu Gebote stehenden Informationen die Ereignisse besprechen, damit unsere Leser mit dem wahren Stand der Dinge sich vertraut machen.

Die Schlacht bei Sinope war das Ergebnis einer so einzig dastehenden Reihe von Mißgriffen der Türken, daß man sich die ganze Geschichte nur erklären kann, wenn man an eine unheilvolle Einmischung der westlichen Diplomatie oder an ein geheimes Einverständnis der Russen mit einigen Leuten in Konstantinopel glaubt, die mit der französischen und englischen Gesandtschaft in Verbindung stehen. Die ganze türkische und ägyptische Flotte begab sich im November nach dem Schwarzen Meer, um die Aufmerksamkeit der russischen Admirale von einer Expedition abzulenken, die mit Waffen und Munition für die aufständischen Bergbewohner an der kaukasischen Küste landen sollte. Die Flotte blieb achtzehn Tage zur See, ohne einem einzigen russischen Kriegsschiff zu begegnen. Nach einer Version soll das russische Geschwader Sebastopol während der ganzen Zeit nicht verlassen haben; nach einer anderen Version sollen die von den türkischen Plänen wohlunterrichteten Russen sich nach Osten zurückgezogen haben, von wo aus sie die Transportschiffe beobachteten, die infolgedessen die kaukasische Küste nie erreichten und nach Sinope zurückkehrten, während die Hauptflotte wieder in den Bosporus segelte. Der große Pulvervorrat an Bord des Sinopegeschwaders, der in einer verhältnismäßig frühen Periode des Zusammenstoßes zur Explosion einiger Fahrzeuge führte, scheint ein Beweis für die Richtigkeit der letzteren Version zu sein.

So blieben sieben türkische Fregatten, zwei Dampfer, drei Korvetten und ein oder zwei kleinere Fahrzeuge mit einigen Transportschiffen im

Hafen von Sinope sich selbst überlassen. Dieser Hafen ist nicht viel mehr als eine offene Reede, die aus einer nach dem Meere zu offenen Bucht gebildet und von einigen vernachlässigten, schlecht konstruierten Batterien geschützt wird; die beste darunter besteht in einem Schlosse, das zur Zeit der griechischen Kaiser erbaut wurde, also wahrscheinlich, ehe man in Europa etwas von Artillerie wußte. Wie es geschehen konnte, daß ein Geschwader von etwa dreihundert meist ganz minderwertigen Geschützen auf Gnade und Ungnade einer dreimal größeren und stärkeren Flotte ausgeliefert bleiben konnte, noch dazu an einem Punkt der türkischen Küste, der wegen der Nähe Sebastopols russischen Angriffen am meisten ausgesetzt ist, während die Hauptflotte sich beschaulich auf dem Bosporus wiegte, das sollen wir erst noch erfahren. Wir wissen, daß man die gefährliche Lage dieser Schwadron genau erkannte und im Hauptquartier ernstlich erörterte; wir wissen auch, daß türkische, britische und französische Admirale ihre voneinander abweichenden Meinungen im Kriegsrat laut geltend machten, und daß die immer geschäftigen Gesandten sich auch einmischten, um sich über die Sache zu äußern; aber getan wurde nichts.

Inzwischen hatte, wie von einer Seite berichtet wird, ein österreichischer Dampfer in Sebastopol über die Stellung des Geschwaders berichtet. Der russische offizielle Bericht behauptet im Gegenteil, Nachimoff habe, während er an der asiatischen Küste kreuzte, das Geschwader entdeckt und Anstalten gemacht, es anzugreifen. Wenn aber die Russen die Türken bei Sinope erblicken konnten, so mußten die Türken von ihren Türmen und Minaretten die Russen notwendigerweise viel früher erblicken. Wie konnte es geschehen, daß die türkischen Batterien in so schlechter Verfassung waren, wenn ein paar Tage Arbeit genügt hätten, sie instand zu setzen? Wie kam es, daß die türkischen Fahrzeuge dort verankert lagen, wo sie das Feuer der Batterien hinderten, und warum wurden sie nicht nach geeigneteren Ankerplätzen gebracht, wo sie der drohenden Gefahr besser gewachsen waren? Es wäre Zeit genug für all das gewesen, denn Admiral Nachimoff erzählt, daß er nach Sebastopol erst um drei Dreidecker gesandt hätte, ehe er den Angriff wagte. Die Türken hätten doch nicht sechs Tage, vom 24. bis zum 30. November, verstreichen lassen, ohne irgend etwas zu unternehmen. Der Bericht des türkischen Dampfers Taïf, der nach Konstantinopel entkam, beweist jedoch zur Genüge, daß die Türken überrascht worden waren. Der russische Bericht kann also nicht stimmen.

Unter Admiral Nachimoffs Befehl standen drei Linienschiffe, eines davon war ein Dreidecker, sechs Fregatten, einige Dampfer und sechs oder acht kleinere Fahrzeuge, also eine Macht von etwa doppelt so vielen Geschützen als das türkische Geschwader. Und doch schritt er erst zum Angriff, als er noch drei weitere Dreidecker beschafft hatte, die für sich allein genügt hätten, den Streich zu führen. Erst mit dieser unverhältnismäßig großen Übermacht wagte er die Attacke. Der Nebel, oder wie andere behaupten, die Entfaltung der britischen Flagge, gestattete ihm, sich auf 500 Yard zu nähern. Dann begann das Gefecht. Die Russen fürchteten, vom Wind an die Küste getrieben zu werden, und warfen daher Anker. Darauf begann ohne jedes Schiffsmanöver die gegenseitige Beschießung dieser beiden verankerten Flotten; sie hatte mehr den Charakter einer Kanonade auf dem Festland und dauerte vier Stunden. Die Möglichkeit, ganz auf seemännische Taktik und Hantierungen verzichten zu können, kam den Russen sehr zustatten, deren Flotte im Schwarzen Meer fast ausschließlich mit Landratten, besonders polnischen Juden bemannt ist, so daß sie im tiefen Gewässer den wohlbemannten türkischen Schiffen gegenüber kaum Erfolg gehabt hätten. Brauchten doch die Russen sogar ganze vier Stunden, um die schwachen Schiffe ihrer Gegner zum Schweigen zu bringen. Außerdem hatten sie den Vorteil, daß jeder ihrer fehlgegangenen Schüsse entweder der Verschanzung oder der Stadt Schaden bringen mußte. Und daß im Vergleich zu den Treffern sehr viele Schüsse ihr Ziel verfehlt haben mußten, geht aus der völligen Zerstörung des Ortes hervor, die längst stattgefunden hatte, ehe die feindliche Flotte zum Schweigen gebracht worden war. Der russische Bericht gibt an, daß nur das türkische Viertel zerstört sei, während das griechische Viertel wie durch ein Wunder der Zerstörung entgangen sei. Dem widersprechen aber glaubwürdige Zeugen, die berichten, die ganze Stadt liege in Trümmern.

Während des Kampfes wurden drei türkische Fregatten verbrannt, vier wurden auf den Strand gesetzt und später mit einem Dampfer und den kleinen Fahrzeugen zusammen verbrannt. Der Dampfer Taïf kappte jedoch seine Ankertaue, segelte kühn durch die russischen Linien und entkam nach Konstantinopel, trotzdem er von drei russischen Dampfern unter Admiral Korniloff verfolgt wurde. Angesichts der Schwerfälligkeit der Russen zur See, der ungünstigen Position der türkischen Flotte vor ihren eigenen Batterien und innerhalb ihres Feuerbereichs, und

vor allem angesichts der absoluten Gewißheit der Niederlage wäre es wohl besser gewesen, das ganze türkische Geschwader hätte die Anker gelichtet und wäre auf den Feind losgesegelt, soweit der Wind es gestattete. Wenigstens wäre dann vielleicht durch die Preisgebung einiger Fahrzeuge ein Teil des Geschwaders gerettet worden. Natürlich wäre für ein derartiges Manöver die herrschende Windrichtung maßgebend gewesen; aber es erscheint zweifelhaft, ob Osman-Pascha überhaupt an einen derartigen Schritt gedacht hat.

Der Sieg von Sinope ist kein Ruhmestitel für die Russen; die Türken aber kämpften mit unerhörter Tapferkeit. Auch nicht ein Schiff hat während des ganzen Kampfes die Flagge gestrichen. Diesen Verlust eines wichtigen Teils ihrer Seemacht, die augenblickliche Eroberung des Schwarzen Meeres und die niederdrückenden moralischen Konsequenzen eines solchen Ereignisses für das türkische Volk, die Armee und die Marine hat die Türkei ausschließlich den „guten Diensten" der westlichen Diplomatie zu verdanken, die die türkische Flotte an der Ausfahrt und somit auch daran hinderte, das Geschwader von Sinope zu schützen und es heimzuholen. Und ebenso hat sie es nur deren geheimen Informationen zu verdanken, daß Rußland in den Stand gesetzt war, den Streich mit solcher Gefahrlosigkeit und Gewißheit zu führen.

Der zweite Sieg, dessen sich die Russen rühmen, wurde bei Achalzych in Armenien erfochten. Die Türken sind schon seit einiger Zeit in ihren Offensivbewegungen an der Grenze von Georgien gehemmt worden. Seit sie Shefkatil oder St. Nikolaus genommen hatten, war kein Ort von irgendwelcher Bedeutung erobert, noch ein mehr als flüchtiger Sieg errungen worden. Und dies in einem Lande, wo die Russen unter allen möglichen Nachteilen zu kämpfen haben; wo ihre Landverbindungen mit Rußland auf zwei Straßen beschränkt sind, die von aufrührerischen Zirkassiern unsicher gemacht werden; wo ihre Verbindungen zur See leicht abgeschnitten oder gefährdet werden können und wo das transkaukasische Gebiet mit dem Mittelpunkt Tiflis, das sie okkupiert halten, mehr als ein unabhängiger Staat wie als Bestandteil eines mächtigen Reiches gelten kann. Wie kann man sich diese Unterbrechung des türkischen Vormarsches erklären? Die Türken klagen Abdi-Pascha des Verrats an und haben ihn zurückberufen; und es ist in der Tat sehr sonderbar, daß Abdi-Pascha der einzige türkische General in Asien ist, dem die Russen gestatteten, lokale und teilweise Siege zu gewinnen. Aber man kann den Türken zwei Irr-

tümer nachweisen, die den Mangel an Erfolg im Anfang und die spätere tatsächliche Niederlage erklären. Sie haben ihre Armee über die ganze lange Linie von Batum nach Bajazed verstreut und verteilt. Ihre Massen waren nirgends stark genug zu einem konzentrierten Angriff auf Tiflis, wenn auch ein Teil von ihnen im Augenblick des unbestrittenen und nutzlosen Besitzes der Stadt Eriwan sich erfreut. Das Land ist felsig und unfruchtbar, und es mag schwer sein, dort eine große Armee zu versorgen; aber die besten Mittel gegen Hunger im Heer sind rasche Bewegungen und schnelle Konzentration aller Hilfsquellen. Zwei Korps hätten genügt, eines um Batum zu decken und die Küstenlinie anzugreifen und das andere, um durch das Tal des Kura direkt nach Tiflis zu marschieren. Aber man hat die türkischen Kräfte ohne jede zwingende Notwendigkeit zersplittert und immer wieder zersplittert, bis jedes einzelne Korps fast kampfunfähig war.

Andererseits gestattete die Untätigkeit, in der die türkische Flotte durch die Diplomatie gehalten wurde, den Russen, zwei Divisionen Infanterie (vom fünften Korps) in Mingrelien zu landen und so die kaukasische Armee des Fürsten Woronzoff um fast 20000 Mann zu verstärken. Durch diese Verstärkung konnte er nicht nur die Türken an der Küste festhalten, sondern er hatte auch noch die Genugtuung, zu sehen, wie ein Korps unter General Andronikoff die belagerte Festung Achalzych befreite und den Feind im offenen Felde nahe dieser Stadt schlug. Die Russen geben an, daß sie mit etwa 10000 Mann 18000 Türken in die Flucht schlugen. Wir können uns natürlich auf solche Angaben nicht verlassen, aber wir müssen gestehen, daß die große Zahl der irregulären Truppen in der türkisch-anatolischen Armee und das fast gänzliche Fehlen europäischer Offiziere, besonders in den höheren Graden und im Generalstab, die Türken den Russen gegenüber sehr in Nachteil setzte, wenn diese ihnen gleich an Zahl gegenüberstanden. Die Russen geben an, daß sie zehn oder zwölf Geschütze genommen haben; das mag richtig sein, denn in diesem ungangbaren Lande muß die besiegte Partei notwendigerweise ihre Kanonen im Stiche lassen. Gleichzeitig aber gestehen sie, nur 120 Gefangene gemacht zu haben. Das kommt dem Geständnis gleich, daß sie die Verwundeten auf dem Schlachtfeld niedergemacht haben, die ihnen wohl oder übel überlassen werden mußten. Übrigens geht aus allem hervor, daß ihre Maßnahmen zur Verfolgung und Verhinderung des Rückzugs, wenigstens eines Teils des Feindes, sehr schlecht getroffen

sein mußten. Sie hatten eine Menge Kavallerie, ein kühner Angriff auf die Flüchtigen hätte ganze Bataillone abschneiden können. Ihre Aktion aber bietet, wenigstens nach den uns vorliegenden Berichten, nur geringes politisches oder militärisches Interesse.

Auf der Donau haben die Russen nichts anderes getan, als daß sie bei Matschin, einem Fort oder vorspringenden Felsen gegenüber Braila, die Affäre wiederholten, mit der sie den Feldzug eröffneten. Sie scheinen damit wenig erreicht zu haben. Wir können heute auch eine aus guter Quelle stammende detaillierte Aufzählung der türkischen Truppen bei Widdin machen. Sie bestehen aus 34000 Mann Infanterie, 4000 Mann Kavallerie und 2000 Mann Artillerie mit 66 Feldgeschützen außer der schweren Artillerie auf den Wällen von Widdin und den Redouten von Kalafat. So werden 40000 Türken daran verschwendet, die direkte Route von Bukarest nach Serbien zu besetzen. 40000 Mann, an ausgedehnte Befestigungen gekettet, die sie zu verteidigen haben, sind zu wenig, um einer großen Armee Widerstand zu leisten, und viel zu viel, um Raubzüge von kleineren Detachements abzuwehren. Mit der bei Schumla vereinigten Macht würden diese 40000 Mann überall sonst den doppelten Wert haben. Ihr Fehlen hat neben der diplomatischen Einmischung die Operation von Oltenitza gelähmt. Es ist unmöglich, daß Omer-Pascha nicht wissen sollte, daß, wenn er mit 100000 Mann zwischen Silistria und Rustschuk steht, die Russen niemals versuchen werden, in einer Zahl, genügend groß, um Schaden zu tun, sich an ihm vorüber in die Gebirge von Serbien zu werfen. Eine solche Verfügung über seine Truppen kann unmöglich mit seiner Meinung übereinstimmen, und sicher wird er über die böswilligen Einflüsse verzweifelt wüten, die sie ihm aufzwingen.

Der europäische Krieg.

Leitartikel, New York Tribune, 2. Februar 1854.

Endlich scheint die so lange schon schwebende türkische Frage ein Stadium erreicht zu haben, wo die Diplomatie nicht länger mehr imstande sein wird, mit ihren ewig geschäftigen, ewig furchtsamen und ewig resultatlosen Aktionen das Feld zu beherrschen. Die französische und die englische Flotte sind in das Schwarze Meer eingefahren, um die Angriffe der russischen Flotte auf die türkische Flotte oder die türkische

Küste zu verhindern. Zar Nikolaus hat längst erklärt, daß ein solcher Schritt für ihn das Signal zu einer Kriegserklärung wäre. Wird er ihn nun ruhig über sich ergehen lassen?

Es ist nicht zu erwarten, daß die vereinigten Flotten sogleich das russische Geschwader oder die Schiffswerften von Sebastopol angreifen und zerstören werden. Wir können im Gegenteil darüber beruhigt sein, daß die Instruktionen der Diplomatie für die beiden Admirale so ausgeklügelt sind, daß tunlichst jede Möglichkeit einer Kollision vermieden wird. Militärische Bewegungen zu Wasser und zu Lande unterstehen jedoch, einmal im Gange, nicht mehr den Wünschen und Plänen der Diplomatie, sondern ihren eigenen Gesetzen, die ohne Gefahr für die ganze Expedition nicht verletzt werden können. Nie war es die Absicht der Diplomatie gewesen, daß die Russen bei Oltenitza geschlagen werden sollten; aber nachdem man Omer-Pascha etwas Bewegungsfreiheit gegeben und die militärischen Operationen einmal begonnen hatten, wurde die Aktion der beiden feindlichen Anführer in eine Sphäre gedrängt, die zum größten Teil nicht mehr dem Einfluß der Gesandten in Konstantinopel unterstand.

Entfernen sich also die Schiffe einmal von ihren Ankerplätzen in der Reede von Beikos, dann kann niemand sagen, wie bald sie in eine Lage geraten können, aus der sie weder Lord Aberdeens Friedensgebete noch Lord Palmerstons heimliches Einverständnis mit Rußland befreien können, und in der sie nur zwischen einem schimpflichen Rückzug oder einem energischen Kampf zu wählen haben werden. Ein enges, vom Lande eingeschlossenes Meer wie der Pontus Euxinus, wo sich die feindlichen Schiffe kaum je aus den Augen verlieren können, ist gerade der Ort, wo unter solchen Verhältnissen fast tägliche Konflikte unausbleiblich sind. Und es steht kaum zu erwarten, daß der Zar seine Flotte widerstandslos in Sebastopol wird blockieren lassen.

Wenn also diesem Schritt ein europäischer Krieg folgen sollte, so wird es sehr wahrscheinlich ein Krieg zwischen Rußland einerseits und England, Frankreich und der Türkei andererseits werden. Die Wahrscheinlichkeit des Ereignisses ist groß genug, um uns einen Vergleich der Chancen des Erfolgs und eine Abwägung der aktiven Streitkräfte auf beiden Seiten zu gestatten. Wird aber Rußland allein stehen?

Wessen Partei werden Österreich, Preußen und die von ihnen abhängigen deutschen und italienischen Staaten in einem allgemeinen Krieg

nehmen? Gerüchtweise verlautet, Louis Bonaparte habe der österreichischen Regierung zu verstehen gegeben, daß Frankreich, falls sich ein Konflikt mit Rußland ergäbe und Österreich die Partei Rußlands nähme, die aufständischen Elemente in Ungarn und Italien für sich ausnutzen werde, die nur eines Funkens bedürften, um zur verheerenden Flamme angefacht zu werden, und daß es alsdann die Wiederherstellung der italienischen und ungarischen Nation anstreben würde. Eine derartige Drohung dürfte ihre Wirkung auf Österreich kaum verfehlen; sie kann dazu beitragen, es so lange als möglich neutral zu erhalten, doch es ist nicht anzunehmen, daß Österreich lange den Streitigkeiten fernbleiben könnte, wenn es wirklich zu solchen kommen sollte. Schon die bloße Tatsache einer derartigen Drohung kann in Italien zu partiellen Aufständen führen, die Österreich nur zu einem noch abhängigeren und noch untergeordneteren Vasallen Rußlands machen würden. Ist dieses napoleonische Spiel nicht übrigens schon einmal gespielt worden? Kann man erwarten, daß der Mann, der den Papst wieder auf seinen weltlichen Thron setzte und der für die neapolitanische Monarchie schon einen Kandidaten parat hat, den Italienern das geben wird, was sie ebenso heiß ersehnen wie die Unabhängigkeit von Österreich — die Einheit? Ist es zu erwarten, daß das italienische Volk sich kopfüber in eine solche Falle stürzen wird? Zweifellos fühlt es sich durch die österreichische Herrschaft hart bedrückt, dennoch aber wird es nicht allzu erpicht darauf sein, das Ansehen eines Reiches erhöhen zu helfen, dessen eigener Boden in Frankreich bereits wankt, und den Ruhm eines Mannes, der der erste war, die italienische Revolution zu bekämpfen. Alles das ist der österreichischen Regierung bekannt, und wir dürfen daher annehmen, daß sie sich durch ihre eigenen finanziellen Nöte mehr beeinflussen lassen wird als durch diese bonapartistischen Drohungen; auch können wir sicher sein, daß im entscheidenden Moment der Einfluß des Zaren für Wien ausschlaggebend sein und Österreich sich von Rußland einwickeln lassen wird.

Preußen versucht dasselbe Spiel zu wiederholen, das es 1780, 1800 und 1805 spielte. Sein Plan ist die Bildung einer Liga neutraler baltischer oder norddeutscher Staaten, an deren Spitze es eine nicht unbedeutende Rolle spielen und sich auf die Seite schlagen kann, die ihm die größten Vorteile bietet. Die beinahe komische Übereinstimmung, mit der alle diese Versuche unweigerlich damit endeten, die geizige, wankelmütige und feige preußische Regierung in die Arme Rußlands

zu treiben, ist eine geschichtliche Tatsache. Preußen dürfte auch dieses Mal schwerlich dem gewohnten Schicksal entgehen. Es wird Fühler nach allen Seiten ausstrecken, wird sich öffentlich dem Meistbietenden versteigern, wird in beiden Lagern intrigieren, wird Kamele verschlucken und Mücken seigen, wird das bißchen Charakter, das ihm noch vielleicht geblieben ist, verlieren, wird Schläge bekommen und zuletzt dem Wenigstbietenden zugeschlagen werden, der in diesem wie in jedem anderen Falle Rußland ist. Es wird für Rußland kein Bundesgenosse, sondern eine Last sein, denn es wird es sich angelegen sein lassen, seine Armee schon vorher zu eigenem Nutz und Frommen schlagen zu lassen.

Bevor nicht wenigstens eine der deutschen Mächte in einen europäischen Krieg verwickelt ist, kann der Kampf nur in der Türkei, auf dem Schwarzen Meer und in der Ostsee toben. Während dieser Periode muß der Seekrieg das Wichtigste sein. Daß die verbündeten Flotten Sebastopol und die russische Schwarze-Meer-Flotte zerstören, daß sie die Krim nehmen und halten können, Odessa besetzen, das Asowsche Meer schließen und die Bergbewohner des Kaukasus entfesseln können, daran ist nicht zu zweifeln. Nichts leichter als das, wenn rasch und energisch gehandelt wird. Angenommen, darüber verginge der erste Monat der aktiven Operationen, so kann schon der nächste Monat die Dampfschiffe der vereinigten Flotten nach dem britischen Kanal bringen, während die Segelfahrzeuge langsam nachfolgen; denn was im Schwarzen Meer dann noch zu tun ist, das könnte leicht durch die türkische Flotte besorgt werden. Rechnet man weitere vierzehn Tage, um im Kanal Kohlen zu fassen und andere Vorbereitungen zu treffen, so könnten sie vereinigt mit der atlantischen Flotte und der Kanalflotte Frankreichs und Großbritanniens vor Ende Mai in solcher Stärke auf der Reede von Kronstadt erscheinen, daß der Erfolg eines Angriffs gesichert wäre. Für die Ostsee gilt selbstverständlich dasselbe wie für das Schwarze Meer. Eine Allianz um jeden Preis muß mit Schweden geschlossen, Dänemark muß, wenn nötig, eingeschüchtert werden, in Finnland würde ein Aufruhr ausbrechen, sobald man eine genügende Anzahl von Truppen dort landen ließe, und kein Friede dürfte geschlossen werden, ehe nicht diese Provinz mit Schweden wiedervereinigt wäre. Die in Finnland gelandeten Truppen würden Petersburg bedrohen, während die vereinigten Flotten Kronstadt bombardieren. Diese Stadt besitzt allerdings durch ihre Lage eine sehr starke Position. Der Tiefwasserkanal, der zu der Reede führt, gibt kaum zwei

Kriegsschiffen nebeneinander Raum, die ihre Breitseiten den Batterien preisgeben müssen, die nicht nur auf der Hauptinsel, sondern auch auf den kleineren Felsen, auf den Ufern und Inseln im Umkreis placiert sind. Opfer an Menschen nicht nur, sondern auch an Schiffen wären unvermeidlich. Wird dies aber von vornherein im Angriffsplan berücksichtigt, wird fest beschlossen, daß dieses und jenes Schiff geopfert werden muß, und wird der Plan kraftvoll und unbeugsam durchgeführt, so muß Kronstadt fallen. Das Mauerwerk seiner Wälle kann auf die Länge der Zeit nicht dem konzentrierten Feuer der schweren Bombenkanonen (Paixhan guns) widerstehen, jenem zerstörendsten aller Geschütze, wenn es gegen Steinmauern gebraucht wird. Große Schraubendampfer, die mittschiffs mit solchen Geschützen voll ausgerüstet wären, würden bald eine unwiderstehliche Wirkung ausüben, obgleich sie selbstverständlich dabei ihre eigene Existenz aufs Spiel setzten. Aber was bedeuten zwei oder drei Schraubendampfer im Vergleich zu Kronstadt, dem Schlüssel des russischen Reichs, durch dessen Besitzergreifung St. Petersburg wehrlos würde?

Odessa, Kronstadt, Riga, Sebastopol genommen, Finnland befreit, eine feindliche Armee vor den Toren der Hauptstadt, alle seine Flüsse und Häfen gesperrt — was bleibt von Rußland übrig? Ein Riese ohne Arme, ohne Augen, dem nichts übrigbliebe, als seine Gegner unter der Last seines ungeschlachten Rumpfes erdrücken zu wollen, den es blindlings bald hierhin, bald dorthin würfe, wo immer ein feindlicher Schlachtruf ertönte. Würden die Seemächte Europas so energisch und kraftvoll vorgehen, dann könnten Preußen und Österreich so weit vom russischen Joch befreit werden, um sich sogar den Verbündeten anschließen zu können. Denn beide deutsche Mächte würden, wären sie nur im eigenen Hause sicher, gern von Rußlands Verlegenheiten profitieren. Aber es ist nicht anzunehmen, daß Lord Aberdeen und Mr. Drouyn de Lhuys so energische Maßnahmen treffen werden. Die fraglichen Mächte sind nicht für energisches Losschlagen; und wenn ein allgemeiner Krieg ausbricht, wird man den Führern solche Fesseln anlegen, daß sie vollständig gelähmt sind. Sollten trotzdem entscheidende Siege errungen werden, so wird man sich bemühen, sie dem reinen Zufall zuzuschreiben, und trachten, ihre Folgen so harmlos als möglich für den Feind zu gestalten. Dem Krieg an der asiatischen Küste des Schwarzen Meers könnte durch die Flotten ein sofortiges Ende gemacht werden; an der europäischen Küste würde er wohl ohne Unterbrechung andauern. Wären die Russen aus dem Schwarzen

Meer verjagt und ihnen Odessa und Sebastopol genommen, so könnten sie die Donau nicht ohne großes Risiko überschreiten (ausgenommen in der Richtung nach Serbien, um dort Aufruhr zu stiften), aber sie könnten die Fürstentümer sehr gut halten, bis überlegenere Kräfte und die Furcht vor großen Truppenkörpern, die an ihrer Flanke und in ihrem Rücken landen könnten, sie aus der Walachei vertreiben würden. Die Moldau brauchten sie nicht zu räumen, wenn keine allgemeine Aktion erfolgte, denn dort wären Flanken- und Rückenoperationen nur von geringer Bedeutung, solange Chotin und Kischineff ihnen eine sichere Verbindung mit Rußland böte.

Solange sich jedoch der Krieg auf die westlichen Mächte und die Türkei auf der einen Seite und Rußland auf der anderen beschränkt, wird kein europäischer Krieg daraus, wie wir ihn 1792 sahen. Dennoch wird, ist er erst einmal ausgebrochen, die Untätigkeit der Westmächte und der Tatendrang Rußlands Österreich und Preußen bald dazu zwingen, sich für den Selbstherrscher zu entscheiden. Preußen wird vielleicht nicht viel mitzählen, da seine Armee wahrscheinlich, wie sie auch beschaffen sein mag, durch ihre Überhebung ein zweites Jena erleiden wird. Hingegen wird Österreich trotz seiner bankrotten Lage und trotz der etwaigen Aufstände in Italien und Ungarn kein zu verachtender Gegner sein. Rußland selbst, das gezwungen ist, seine Truppen in den Fürstentümern und an der kaukasischen Grenze aufrechtzuerhalten, Polen zu okkupieren, eine Armee zur Verteidigung der Ostseeküste und besonders St. Petersburgs und Finnlands zu stellen, wird für Offensivoperationen nur sehr wenig Truppen übrig haben. Wenn Österreich, Rußland und Preußen (immer vorausgesetzt, daß das letztere noch nicht gänzlich aufs Haupt geschlagen ist) fünf- bis sechshunderttausend Mann am Rhein und in den Alpen aufbringen, so ist das mehr, als billig erwartet werden darf. Und diesen fünfhunderttausend Mann sind die Franzosen allein gewachsen, vorausgesetzt, daß sie Generale haben, die denen ihrer Gegner ebenbürtig sind; unter diesen sind es allein die Österreicher, die Befehlshaber besitzen, die tatsächlich diesen Namen verdienen. Die russischen Generale sind nicht zu fürchten; und die Preußen haben überhaupt keine Generale; ihre Offiziere sind erbliche Subalterne.

Doch wir dürfen nicht vergessen, daß in Europa noch eine sechste Macht existiert, die in bestimmten Augenblicken ihre Herrschaft über die gesamten fünf sogenannten „Großmächte" behauptet und jede von ihnen

erzittern läßt. Diese Macht ist die Revolution. Nachdem sie sich lange still und zurückgezogen verhielt, wird sie jetzt durch die Krisis und die Hungersnot wieder auf den Kampfplatz gerufen. Von Manchester bis Rom, von Paris bis Warschau und Budapest ist sie allgegenwärtig, erhebt ihr Haupt und erwacht vom Schlummer. Mannigfach sind die Symptome des wiederkehrenden Lebens; überall sind sie erkennbar in der Unruhe und Aufregung, die die proletarische Klasse ergriffen hat.

Eines Signals bedarf es nur, und die sechste und größte europäische Macht tritt hervor in glänzender Rüstung, das Schwert in der Hand, wie Minerva aus dem Haupte des Olympiers. Dieses Signal wird der drohende europäische Krieg geben, und dann werden alle Berechnungen über das Gleichgewicht der Mächte durch das Hinzutreten eines neuen Elements über den Haufen geworfen werden, das in seiner Schwungkraft und Jugendlichkeit alle Pläne der alten europäischen Mächte und ihrer Generale ebenso vereiteln wird wie in den Jahren 1792 bis 1800.

Die Ansichten des Zaren. – Prinz Albert.

London, 24. Januar 1854 (N. Y. T., 11. Februar 1854).

Die Versuche der Russen, die Donau gleichzeitig auf der ganzen Operationslinie — bei Matschin, Giurgewo und Kalafat — zu überschreiten, kann man eher als Rekognoszierungsversuche wie als ernsthafte Angriffe betrachten, denn auf solche kann sich General Gortschakoff bei seiner jetzigen Truppenstärke kaum einlassen.

Das Disraeliorgan Preß vom letzten Sonnabend veröffentlichte eine Notiz über eine Konversation, die der Zar vor kurzem in Gatschina mit einem „vornehmen“ Engländer hatte. Fast die ganze Londoner Tagespresse druckt diese Notiz ab, die außer den bekannten und abgeleierten Gemeinplätzen der russischen Diplomatie auch einige interessante Tatsachen enthält.

„Der Zar konstatierte ausdrücklich, daß Menschikoffs Ultimatum in London nicht mißbilligt worden sei, sondern daß das englische Ministerium, nachdem ihm berichtet worden, daß die Pforte das Ultimatum wahrscheinlich annehmen würde, dies als eine befriedigende Erledigung der Angelegenheit betrachtet.“ Das würde nur beweisen, daß der arme John Russell durch Baron Brunnow über die „wahrscheinlichen“ Absichten der Hohen Pforte *falsch unterrichtet* war, und daß es durchaus nicht am Koalitionskabinett lag, wenn die Pforte sich weigerte, Menschikoffs

Ultimatum sofort anzunehmen. Der Zar fährt fort und teilt dem „vornehmen" Gentleman mit, daß nach dem Sieg bei Sinope General Castelbajac (der französische Gesandte) an ihn einen Brief gerichtet habe, der etwa folgendermaßen begann: „Als Christ und Soldat erlaube ich mir, Ihre Kaiserliche Majestät zu dem Sieg, den die Flotte Ihrer Kaiserlichen Majestät über die Türken davontrug, zu beglückwünschen." Ich will hier bemerken, daß Castelbajac, ein alter Legitimist und ein Verwandter von Larochejacquelein, seinen Generalshut nicht im Feldbienst, sondern durch den weit ungefährlicheren Dienst in den Vorzimmern des Hofs und durch das glühende Bekenntnis erhabener royalistischer Grundsätze erworben hat. Bonaparte stellte ihn als Botschafter in St. Petersburg an, um dadurch dem Zaren den Beweis seiner Unterordnung unter dessen persönliche Wünsche zu geben, obgleich es ihm nicht entging, daß Castelbajac mit dem Zaren weit eher wegen der Wiedereinsetzung des Bourbonen konspirieren, als die Interessen seines nominellen Gebieters fördern werde. Dieser Castelbajac ist also gerade der geeignete Mann dazu, den Zaren „als Soldat und Christ" zu der ergebnislosen Metzelei von Sinope zu beglückwünschen. „Er glaube nicht," soll der Zar gesagt haben, „daß England unter einem Bourgeoisparlament einen ehrenvollen Krieg werde führen können." Zweifellos kennt der Zar seine Cobdens und seine Brights und schätzt die niedrigen, gemeinen Seelen der europäischen Bourgeoisie nach ihrem wahren Wert ein. Endlich hat der Zar ganz recht, wenn er einerseits behauptet, er sei nicht auf den Krieg vorbereitet gewesen — war er doch völlig überzeugt, daß er alles, was er erreichen wollte, durch simple Drohungen erlangen würde —, und daß andererseits, wenn es Krieg gäbe, es ein „Krieg der Unfähigen" würde, die in dem ängstlichen Bestreben, ihn zu verhüten, ihn unvermeidlich machen würden, so daß sie sich zum Schlusse hineinstürzen müßten, um ihre Fehler zu verdecken und ihre Positionen zu retten.

„Die öffentliche Meinung neigt halb und halb dazu, den Prinzen Albert auf gewisse Gerüchte hin vor den Opferaltar zu schleppen. Das zuerst leise Geflüster, zu Parteizwecken ausgesprengt, wurde zum Gebrüll, und eine absichtlich konstruierte Andeutung ließ es zu einer positiven und ungeheuerlichen Lüge anschwellen. Daß alle, die Audienz bei der Königin suchten, den Prinzen Albert bei Ihrer Majestät fanden, ist eine Tatsache, die ihm eher die Sympathie und Achtung des englischen Publikums gewann; dann aber hieß es, er wohne den Zusammenkünften der

Königin mit ihren Ministern bei; dann, daß die Minister auf seine Anwesenheit aufmerksam gemacht würden, daß sie trotz ihres Widerstrebens, vor einer dritten Person zu verhandeln, sich doch dem nicht entziehen könnten; daß sie sich sogar gezwungen sähen, ihre Meinungen vor dem Prinzen zu verteidigen; daß der Prinz sich tatsächlich in ihre Beratungen mit ihrem Souverän mische; daß er nicht nur die königliche Gesinnung beeinflusse, sondern daß er auch, da er die Macht zu freiem Verkehr mit auswärtigen Höfen besitze, einen unkontrollierbaren Informationsweg zwischen dem vertraulichen Rat der Königin und den Kabinetten fremder Potentaten, vielleicht Englands Feinden, herstelle — kurz, daß Prinz Albert ein Verräter seiner Königin sei, daß er des Hochverrats angeklagt und daß er schließlich auf die Anklage des Hochverrats hin festgenommen und in den Tower verbracht worden sei. Diese Geschichte wurde in allen Teilen Englands vor ein oder zwei Tagen nicht nur allgemein erzählt, sondern auch von manchen geglaubt." Ich zitiere diese Stelle aus dem Spectator, um Ihren Lesern zu zeigen, wie die öffentliche Meinung durch Palmerstons Presse dazu verleitet wurde, einen armen dummen Jungen zum Sündenbock für die verantwortlichen Minister zu machen. Prinz Albert ist ein deutscher Prinz, der mit den meisten absoluten und despotischen Regierungen des Kontinents verschwägert ist. Seit er zum Rang eines Prinzgemahls von England erhoben wurde, verbrachte er seine Zeit mit der Züchtung von fetten Schweinen, mit der Erfindung lächerlicher Kopfbedeckungen für die Armee, mit Bauplänen von Musterhäusern, die merkwürdig ungemütlich und durchsichtig sind, mit der Ausstellung im Hydepark und mit Soldatenspielerei. Man sah in ihm einen liebenswürdigen und harmlosen Menschen, der in puncto Intelligenz unter dem allgemeinen Durchschnitt menschlicher Wesen stand, einen kinderreichen Vater und einen gefügigen Gatten. In letzter Zeit hat man ihn aber zum einflußreichsten aller Männer hinaufgeschraubt, zu einem der gefährlichsten Charaktere im ganzen Königreich, der die ganze Staatsmaschinerie nach geheimen Vorschriften Rußlands lenken soll. Nun kann wohl kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß der Prinz direkten Einfluß in höfischen Angelegenheiten und natürlich im Sinne des Despotismus ausübt. Der Prinz kann nicht gut anders denn als Prinz handeln, und wer wäre so töricht, anzunehmen, er täte es nicht? Darauf brauche ich natürlich Ihre Leser nicht erst aufmerksam zu machen, zu welch äußerster Impotenz das britische Königtum durch die britische Oligarchie herabgedrückt wurde, so daß

zum Beispiel König Wilhelm IV., ein entschiedener Feind Rußlands, durch seinen auswärtigen Minister, ein Mitglied der Whig-Oligarchie, gezwungen wurde, als Feind der Türkei zu handeln. Wie widersinnig wäre es also, anzunehmen, Prinz Albert könnte im Gegensatz zum Ministerium auch nur das geringste durchsetzen, es sei denn kleinen höfischen Quark, ein armseliges Ordensband oder einen nichtigen Stern! Seine absolutistischen Neigungen werden dazu mißbraucht, das Volk über die Pläne und Verrätereien der verantwortlichen Minister absichtlich zu täuschen. Soll das Geschrei und der Angriff überhaupt eine Bedeutung haben, dann nur die eines Angriffs auf monarchische Einrichtungen. Gäbe es keine Königin, dann gäbe es keinen Prinzen, gäbe es keinen Thron, dann gäbe es keine höfischen Einflüsse. Die Prinzen würden ihre Macht verlieren, wenn es keine Throne gäbe, die sie stützen und an die sie sich anlehnen könnten. Aber man achte darauf — jene Zeitungen, die ihre „fürchterliche Kühnheit" am weitesten treiben, die am lautesten schreien und aus dem Prinzen Albert sozusagen politisches Kapital schlagen möchten, sind am eifrigsten in der Versicherung ihrer Loyalität gegen den Thron und in ihrer widerlichen Anbetung der Königin. Für die Tory-Zeitungen versteht sich das von selbst. Der radikale Morning Advertiser ist dasselbe Blatt, das Bonapartes Staatsstreich begrüßte und vor kurzem ein irisches Blatt angriff, weil es gewagt hatte, die Königin anläßlich ihres Besuches in Dublin zu tadeln, das den französischen Revolutionären wegen ihres Republikanismus Vorwürfe macht und das fortgesetzt Lord Palmerston als den Retter Englands bezeichnet. Das Ganze ist ein Trick Palmerstons. Palmerston ist durch die Enthüllungen über seine Russenfreundlichkeit und durch seinen Widerstand gegen die neue Reformbill unpopulär geworden. Bei dieser letzten Aktion ging die liberale Vergoldung von seinem verschimmelten Pfefferkuchen flöten. Er aber braucht jetzt Popularität, um Premier oder Minister des Auswärtigen Amtes zu werden. Welch wunderbare Gelegenheit, sich wieder als Liberaler aufzuspielen und die Rolle des Brutus zu mimen, der durch geheime Hofintrigen verfolgt wird. Einen Prinzgemahl angreifen — das zieht beim Volke! Er wird der populärste Staatsmann des Jahrhunderts werden! Welch wundervolle Gelegenheit, seinen jetzigen Kollegen eins auszuwischen, sie zu verleumden, sie als Werkzeuge des Prinzen Albert zu brandmarken und den Hof zu versichern, daß man Palmerston zu den von ihm selbst gestellten Bedingungen akzeptieren muß! Die Tories stimmen natürlich in das Geschrei mit ein,

denn was gilt ihnen Kirche und Krone im Vergleich zu Geldstücken und Grundstücken, und diese nehmen ihnen die Baumwollbarone jetzt rasch ab. Und wenn die Tories im Namen von „Konstitution“ und „Freiheit“ Dolche gegen einen Prinzen reden, welcher aufgeklärte Liberale sollte sich da nicht anbetend ihnen zu Füßen stürzen!

Cobden und Rußland.

London, 27. Januar 1854 (N. Y. T., 16. Februar 1854).

Die Befestigung Konstantinopels wäre, wie ich schon hervorhob, der wichtigste Schritt, den die Türken tun könnten. Ist Konstantinopel befestigt und sind die Forts am Bosporus und den Dardanellen angemessen verstärkt, dann bedürfte die Türkei oder jede andere Macht im Besitze dieser Hauptstadt keiner fremden Garantien zu ihrer Selbständigkeit. Es gibt keine Stadt, die leichter zu befestigen wäre als Konstantinopel. Nur eine Seite des Dreiecks, und zwar die gegen das Land gelegene, benötigte eine fortlaufende Umwallung; die beiden anderen gegen das Marmarameer und gegen das Goldene Horn bedürften keiner Befestigungen. Eine Linie von detachierten Forts in angemessener Entfernung von der Umwallung und ostwärts so weitergeführt, daß Pera und Galata und das Nordostufer des Goldenen Horns geschützt sind, würde sowohl die Umwallung verstärken als auch den Feind verhindern, sie zu umgehen und Belagerungswerke auf den Hügeln aufzuführen, die die Stadt hinter Pera und Galata beherrschen.

Eine solche Festung wäre fast uneinnehmbar. Ihre Verbindungen können nur dann abgeschnitten werden, wenn die Dardanellen oder der Bosporus genommen werden; wäre das der Fall, so wäre die Stadt sofort verloren. Aber zwei so enge Durchfahrten können leicht so stark befestigt werden, daß keine feindliche Flotte durch kann. Eine russische Armee, die von der Landseite käme, müßte sich auf die gefahrvolle Verbindung zur See mit Sebastopol und Odessa verlassen und könnte schwerlich so lange aushalten, als nötig wäre, die Stadt zu nehmen; und durch ihre fortwährende Abnahme an Zahl hätte sie Niederlagen sowohl durch die Garnison der Stadt als auch durch die Reserven aus Asien zu gewärtigen.

Die Antwort Rußlands auf die Neutralitätserklärung Dänemarks traf am 20. dieses Monats in Kopenhagen ein. Man sagt, Rußland weigere sich, der Neutralität zuzustimmen, und verlange von Dänemark, es solle

sich für die eine oder die andere Seite entscheiden. Unmittelbar nach dieser Kundgebung sollen der französische, der englische und der russische Gesandte mit den dänischen Ministern konferiert haben. Nun erfahre ich aus sehr zuverlässiger Quelle, obgleich ich natürlich trotzdem nicht für die Richtigkeit der Nachricht bürgen kann, daß der Protest des Petersburger Kabinetts nur ein fingierter und nur darauf berechnet sei, die anderen Mächte um so schneller zur formellen Anerkennung der Bedingungen zu treiben, auf die sich die dänische Neutralität stützt. Man versichert mich, daß kürzlich Verhandlungen zwischen Dänemark einerseits und Frankreich und England andererseits stattfanden, denen zufolge im Kriegsfall England den Sund mit seinen Kriegsschiffen und Frankreich Schleswig-Holstein mit einem Armeekorps okkupieren sollten. Um diese Kombination, die Minister Örsted dem Grafen Nesselrode mitteilte, zu durchkreuzen, soll Rußland dem Kopenhagener Kabinett zu verstehen gegeben haben, daß es eine Neutralitätserklärung vorschlagen solle. Es stellt sich jetzt, als ob es opponierte, und das wird, wenn Frankreich und England sich anschließen, nicht nur deren ursprüngliche Pläne zunichte machen, sondern auch zur Folge haben, daß, da Waren auf neutralen Fahrzeugen nicht den Kriegsgesetzen unterliegen, Rußlands Export auf der Ostsee gesichert wird.

Der Zarenprotest gegen Preußens Erwerbung eines oldenburgischen Hafens an der Nordsee ist ernst gemeint, wie sehr auch das Berliner Publikum über dies neue Symptom der allgegenwärtigen Einmischung des Nachfolgers von Timur-Tamerlan erstaunt gewesen sein soll.

Das große „Reform-Meeting“ in Manchester „ist vom Stapel gelaufen und war ein rechter Humbug“, wie der Englishman richtig bemerkt. Die wenigen Gemeinplätze, die in der äußeren Politik das regelmäßige Inventarium der Manchesterschule bilden: die Verherrlichung der Aberdeenschen Politik, die Beschimpfung der Türkei und die Ablehnung aller Einmischung bei fremden Staaten, wurden auch dieses Mal wieder von den Herren Cobden, Bright und den anderen „einfachen und schlichten“ Herren breitgetreten, die einen „Mann des Friedens“ im Kriegsministerium und einen „Bremser“ im Oberhaus haben wollen, der die Engländer verkauft und die anderen Nationen noch unterbietet. Herrn Cobdens Rede war eine bloße und noch dazu eine geistlose Wiederholung der Rede, die er beim Parlamentsschluß gehalten hatte. Der einzige Luxus an Originalität, den er sich gestattete, waren zwei Ausfälle

— einer gegen Frankreich, der andere gegen Amerika gerichtet. Es sieht sehr verdächtig aus, daß derselbe Mann, der eine so hervorragende Rolle bei der Schaffung der Allianz mit Frankreich zu einer Zeit spielte, wo die Heldentaten der Dezembristen einen Schrei der Empörung in England hervorgerufen hatten, nun sein eigenes Werk zunichte macht, indem er diese Allianz verhöhnt und sie als „unbedacht" und „unzeitgemäß" verspottet.

Die Entwicklung von Amerikas Handel und Industrie kann nach Cobdens Meinung für Englands Größe und sein kommerzielles und nationales Gedeihen weit bedrohlicher werden als die kriegerische Politik Rußlands. Wie reimt sich das mit seinen alten abgeleierten Redensarten vom Freihandel zusammen, denen zufolge das kommerzielle Gedeihen eines Volkes von der industriellen Entwicklung aller anderen Völker abhängt und die Idee einer gefährlichen Rivalität zwischen zwei Industrievölkern als ein Fehlschluß der schutzzöllnerischen „Marktschreier" hingestellt wird? Wie stimmt dies mit dem Satz überein, daß „Englands Maschinerie Europa und Amerika vollständig voneinander abhängig gemacht habe"?

Es ist nicht das erste Mal, daß Cobden, um von Rußland den Argwohn und den Haß des englischen Volkes abzulenken, dieses auf die Vereinigten Staaten von Amerika hetzt. Als im Jahre 1836 die Ergreifung eines englischen Fahrzeugs durch ein russisches Kriegsschiff an der zirkassischen Küste, die fiskalischen Bestimmungen des Petersburger Kabinetts über die Donauschiffahrt und die Enthüllungen in The Portfolio den Zorn des englischen Volkes erregten, da veröffentlichte Herr Cobden, damals noch „ein Kindlein im literarischen Leben und des öffentlichen Sprechens ungewohnt", eine kleine anonyme Flugschrift, betitelt „Rußland, ein Heilmittel gegen Russophobie. Von einem Fabrikanten aus Manchester". In dieser Flugschrift wird ausgeführt, daß „in weniger als zwanzig Jahren England sich vor Amerika und nicht vor Rußland fürchten werde, und daß die Regierung dem notgedrungen werde Rechnung tragen müssen".

In derselben Flugschrift bekennt er, daß „die englische Feindseligkeit gegen Rußland ihre Ursache in der aristokratischen Regierung Englands habe. Gehörte Konstantinopel zu Rußland, so würden seine Hütten sich in eine Stadt verwandeln, die Wissenschaft, die Künste und Geschäfte würden blühen, das Kapital akkumulieren, die Städte wachsen, Zivilisation und Freiheit zunehmen und Sklaverei durch Handel ersetzt werden."

Als einen Beweis für die russische Zivilisation und folglich für ihr Recht zur Aneignung der Türkei, erzählte Herr Cobden seinen erstaunten Lesern, daß der russische Kaufmann, der 10000 bis 15000 Rubel besäße, sich nicht nur am ausländischen Handel beteilige, sondern „befreit von körperlicher Züchtigung und berechtigt sei, in einem Wagen mit zwei Pferden herumzufahren“. Wie soll es uns daher wundernehmen, wenn der russische Kaiser unlängst die Überzeugung aussprach, daß „England unter einem Bourgeoisparlament keinen ehrenvollen Krieg führen könne“? So tief war im Jahre 1836 Herr Cobden von der „Schlechtigkeit der öffentlichen Redner und Autoren“ durchdrungen, die es wagten, den russischen Selbstherrscher zu tadeln, daß er seine Flugschrift mit der Frage schloß: „Und wer und was sind diese Schriftsteller und Redner? Wie lange noch sollen politische Marktschreier ungestraft die Gemüter einer ganzen Nation erhitzen und ihre Begriffe verwirren dürfen?“

Wir vermuten, diese „öffentlichen Redner und Schriftsteller“, die 10000 bis 15000 Rubel besitzen, dürfen in einem Wagen mit zwei Pferden herumfahren und sind wenigstens von „körperlicher Züchtigung“ befreit. Bis jetzt haben die einen die russophile Manie des Herrn Cobden als einen der zahlreichen sonderbaren Einfälle betrachtet, mit denen er zu hausieren pflegte, andere wieder als den unvermeidlichen Ausfluß seiner Friedensdoktrin. Kürzlich wurde jedoch dem Publikum von einem, der sich mit Recht „das literarische Pferd oder, wenn ihr wollt, den literarischen Esel“ der verblichenen Anti-Kornzoll-Liga nennt, folgendes erzählt: Als Herr Cobden seine erste Broschüre schrieb, „war er 1834 bis 1835 in eigenen Geschäften nach Rußland gereist und hatte gute Erfolge gehabt, und sein Herz wie sein Kattun waren daher 1836 in Rußland“; sein Ärger „über die englischen Schriftsteller, Redner, Autoren und Journalisten“ entspringe daher dem Umstand, daß sie seinen neuen Kunden, Nikolaus von Rußland, bekrittelten.

Kriegsfinanzen.

London, 3. Februar 1854 (N. Y. T., 20. Februar 1854).

Ich hatte Gelegenheit, beim Kriegsministerium die feierliche Prozession der Königin zu sehen, als sie kam, um das Parlament zu eröffnen. Der türkische Botschafter wurde mit lauten Zurufen und Hurras begrüßt. Prinz Albert, dessen Antlitz totenbleich war, wurde von der

Menge zu beiden Seiten der Straße wütend ausgezischt, während die Königin mit ihren gewöhnlichen Begrüßungen sehr sparsam war und zu den ungewohnten Äußerungen der öffentlichen Unzufriedenheit krampfhaft lächelte. In einem früheren Brief habe ich gezeigt, was eigentlich an der Anti-Albertbewegung ist, und dargelegt, daß sie ein bloßer Parteikniff sei. Trotzdem ist die öffentliche Demonstration sehr ernst zu nehmen, da sie beweist, daß die zur Schau getragene Loyalität des britischen Volkes eine bloße konventionelle Förmlichkeit, eine zeremoniöse Affektation ist, die nicht den leisesten Stoß vertragen kann. Möglicherweise kann sie die Krone veranlassen, ein Ministerium zu entlassen, dessen antinationale Politik ihre eigene Sicherheit zu gefährden droht.

Als die jüngste Mission des Grafen Orloff beim Wiener Kabinett bekannt wurde, teilte die Times ihren leichtgläubigen Lesern mit, gerade Orloff sei der Mann, den der Zar zu friedlichen Botschaften zu verwenden pflege. Nun brauche ich Ihnen nicht erst zu sagen, daß dieser selbe Orloff im Frühling 1833 in Konstantinopel erschien, um von der Pforte den Vertrag von Unkiar Skelessi zu erpressen. Was er jetzt vom Wiener Kabinett verlangt, ist die Erlaubnis, ein russisches Korps von Warschau über Ungarn auf den Kriegsschauplatz an der Donau zu senden. Als erstes Ergebnis seiner Anwesenheit in Wien darf man betrachten, daß Österreich jetzt darauf besteht, daß die Pforte ihre gegenwärtigen Befehlshaber an der Donau — Selim-Pascha, Ismail-Pascha und Omer-Pascha — entläßt mit der Begründung, sie seien Renegaten und Revolutionäre. Wer die frühere Geschichte der Türkei kennt, weiß, daß von allem Anfang an alle großen Generale, Admirale, Diplomaten und Minister der osmanischen Macht christliche Renegaten, Serben, Griechen, Albanesen usw. waren. Warum verlangt man von Rußland nicht, daß es die vierzig oder fünfzig Mann entläßt, die es in allen Gegenden Europas zusammengekauft hat und die seinen ganzen Schatz an politischem Genie, diplomatischem Scharfsinn und militärischer Fähigkeit bilden? In der Zwischenzeit hat Österreich 80 000 Mann an der türkischen Grenze in Transsylvanien und Ungarn zusammengezogen und ein böhmisches Korps im Umfang von etwa 30 000 Mann hinbeordert, damit es sich mit ihnen vereinige. Die preußische Regierung hingegen soll sich geweigert haben, dem Kommando des Zaren nachzukommen, der Friedrich Wilhelm IV. befahl, ein Korps von 100 000 Mann zu schicken, um Polen im Namen und im Interesse Rußlands zu okkupieren und dadurch die Garnisonen

daselbst für den Marsch nach dem Süden frei zu machen, wo sie den Feldzug in den Fürstentümern fortsetzen sollten.

Bei einer früheren Gelegenheit, zu Beginn der sogenannten orientalischen Wirren, habe ich in betreff des russischen Staatsschatzes Ihre Leser vor der absichtlich verbreiteten Behauptung warnen müssen, als schlummerten in den Gewölben der Petersburger Bank „geheime“ Schätze, und auf die lächerliche Übertreibung der gewaltigen Geldmacht hingewiesen, über die Rußland in einem gegebenen Augenblick verfügen könne. Meine Ansichten sind durch die Ereignisse vollauf bestätigt worden. Der Zar war nicht nur gezwungen, seine Metalldepots aus den Banken Englands und Frankreichs zurückzuziehen, sondern er mußte auch noch eine betrügerische Konfiskation vornehmen. Fürst Paskewitsch hat der Warschauer Hypotheken- und Diskontobank mitgeteilt, daß ihr Kapital als Zwangsanleihe genommen würde, obgleich die Statuten dieser Bank ihr verbieten, Geld auf andere Sicherheiten vorzuschießen als auf Grundbesitz. Auch hören wir, daß die russische Regierung sechzig Millionen Rubel uneinlösliches Papiergeld herausgeben will, um die Kriegskosten zu decken. Das Petersburger Kabinett praktiziert diesen Kunstgriff nicht zum erstenmal. Ende 1768 gründete Katharina II., um die Kosten des Kriegs mit der Türkei zu decken, eine Assignatenbank, die vorgeblich auf dem Prinzip gegründet war, einlösbare Noten zahlbar an den Überbringer auszugeben. Durch ein geschicktes Versehen vergaß sie jedoch, dem Publikum zu sagen, in welchem Gelde diese Noten zahlbar wären, und einige Monate später wurden die Zahlungen nur in Kupfergeld gemacht. Durch einen anderen unvorhergesehenen „Zufall“ passierte es, daß diese Kupfermünzen im Vergleich zum ungeprägten Metall um fünfzig Prozent überschätzt wurden und nur infolge ihrer großen Seltenheit und dem Mangel an Kleingeld für den Kleinhandel zu ihrem Nominalwert zirkulierten. Die Konvertierbarkeit der Noten war also nur ein bloßer Kniff.

Zuerst beschränkte Katharina die ganze Ausgabe auf 40000000 Rubel in 25-Rubelscheinen; der Rubel repräsentierte eine Silbermünze von etwa 38 bis 40 Pence in englischem Geld, nach dem Wechselkurs stand er etwas über 100 Kupferkopeken. Bei Katharinas Tod war die Menge dieses Papiergelds auf 157000000 Rubel angewachsen, also fast auf das Vierfache des ursprünglichen Betrags.

Der Wechselkurs auf London war von 41 Pence in 1787 auf 31 Pence in 1796 gefallen. Während der zwei folgenden Regierungen war eine

rasche Steigerung der Ausgaben erfolgt; 1810 erreichte die Papierzirkulation 577 000 000, und der Papierrubel war nur mehr 25 Kopeken wert, ein Viertel seines Werts von 1788, und der Wechselkurs auf London sank im Herbst 1810 auf $11^{1}/_{2}$ Pence für den Rubel statt der früheren 38 bis 40 Pence. 1817 betrug nach dem Bericht des Grafen Gurieff die Höhe der zirkulierenden Noten 836 800 000 Rubel. Da Zollgebühren und andere Steuern in Silberrubeln berechnet wurden, so verordnete die Regierung, die Assignaten würden im Verhältnis von 4 zu 1 genommen, was also einer Entwertung von 75 Prozent gleichkommt. Während diese Entwertung immer weiter ging, stiegen im gleichen Verhältnis die Preise der Waren und waren so großen Schwankungen unterworfen, daß das Kabinett selbst sich darüber zu beunruhigen begann und sich gezwungen sah, fremde Anleihen aufzunehmen, um einen Teil der Noten aus dem Verkehr zu ziehen. Am 1. Januar 1821 hieß es, ihr Betrag sei auf 640 000 000 reduziert. In den nun folgenden Kriegen mit der Türkei, Persien, Polen, China usw. schwoll die Zahl der Assignatenbons wieder an, die Wechselkurse gingen aufs neue herunter, und alle Waren waren wieder ausgedehnten und unregelmäßigen Preisschwankungen unterworfen. Erst am 1. Juli 1839 erholte sich der Wechselkurs infolge eines enormen Getreideexports nach England, und der Zar gab ein Manifest heraus, demzufolge vom 1. Juli 1840 an die ungeheure Menge von Bankassignaten in Banknoten konvertiert werden sollte, die auf Verlangen auch in Silberrubeln zum vollen Preis von 38 Pence zahlbar waren. Zar Alexander hatte erklärt, die Assignaten würden von den Steuereinnehmern im Verhältnis von 4 zu 1 genommen; vom Zar Nikolaus sagt man, er habe sie durch seine Konversion zu ihrem vollen Wert wiederhergestellt. Immerhin war eine merkwürdige kleine Klausel daran geknüpft, die befahl, daß für je eine dieser neuen Noten dreiundeinhalb alte abgeliefert werden müßten. Also wurde nicht erklärt, die alte Note sei nur 28 Prozent ihres ursprünglichen Betrags wert, sondern dreiundeinhalb alte Noten seien gleichwertig mit einer ganzen neuen Note. Wir können daraus entnehmen, daß einerseits das russische Kabinett in finanziellen Unterscheidungen ebenso gewissenhaft und peinlich genau ist wie in diplomatischen, und daß andererseits die bloße Gefahr eines nahen Kriegs genügt, alle finanziellen Schwierigkeiten wieder heraufzubeschwören, aus denen Nikolaus seit etwa zwanzig Jahren herauszukommen trachtet.

Eine der europäischen Regierungen nach der andern kommt und appelliert an die Taschen ihrer geliebten Untertanen. Sogar der König der nüchternen Holländer verlangt von den Generalstaaten 600000 Reichstaler zu Befestigungs- und Verteidigungszwecken und fügt hinzu, „Verhältnisse könnten ihn vielleicht bestimmen, einen Teil der Armee zu mobilisieren und seine Flotte auszusenden".

Gäbe es eine Möglichkeit, durch eine geniale Art der Buchführung wirklichem Geldmangel abzuhelfen und leere Geldschränke zu füllen, der Zauber wäre dem Urheber des kürzlich im Moniteur veröffentlichten französischen Budgets gelungen. Aber selbst der kleinste Krämer in Paris täuscht sich nicht über die Tatsache, daß man auch durch die geschickteste Gruppierung der Zahlen nicht aus dem Schuldbuch der Gläubiger verschwindet, und daß der Held vom 2. Dezember, der die Taschen des Volkes für unerschöpflich hielt, die Nation leichtsinnig in Schulden gestürzt hat.

Russische Diplomatie. – Montenegro.

London, 10. Februar 1854 (N. Y. T., 27. Februar 1854).

Zur Zeit, als der Neutralitätsvertrag zwischen Dänemark und Schweden geschlossen wurde, gab ich meiner Überzeugung Ausdruck, daß dies entgegen der in Frankreich und England herrschenden Meinung durchaus nicht als ein Triumph der Westmächte anzusehen sei, und daß der angebliche Protest Rußlands gegen diesen Vertrag nur eine Finte sei. Die skandinavischen Zeitungen und mit ihnen übereinstimmend die Times, die aus ihnen zitiert, sind jetzt einmütig derselben Meinung und erklären den ganzen Vertrag für das Werk Rußlands.

Die Vorschläge, die Graf Orloff der Wiener Konferenz machte und die diese verwarf, waren folgende: 1. Erneuerung der alten Verträge; 2. Protektorat Rußlands über die griechischen Christen in der Türkei; 3. Ausweisung aller politischen Flüchtlinge aus dem Ottomanischen Reich; 4. Weigerung Rußlands, die Vermittlung irgendeiner anderen Macht anzunehmen und anders als durch einen direkten russischen Geschäftsträger zu verhandeln, der nach St. Petersburg geschickt werden muß. In letzterem Punkte erklärte Graf Orloff seine Bereitwilligkeit zu einem Kompromiß, aber die Konferenz lehnte ihn ab. Warum lehnte die Konferenz ab? Oder warum lehnte der russische Kaiser die letzten Bedingungen der Konferenz ab? Die Vorschläge sind auf beiden Seiten dieselben.

Die Erneuerung der alten Verträge war stipuliert worden, das russische Protektorat nur mit einer formellen Modifikation zugelassen, und da Rußland den letzten Punkt selbst preisgab, so kann Österreichs Forderung der Ausweisung der politischen Flüchtlinge nicht die alleinige Ursache eines Bruchs zwischen Rußland und dem Westen sein. Der russische Kaiser ist daher offenbar jetzt in einer solchen Situation, daß er überhaupt keine Bedingungen von Frankreich und England annehmen kann, und daß er die Türkei unterkriegen muß, ob er nun dabei einen europäischen Krieg riskiert oder nicht.

In militärischen Kreisen wird er jetzt schon als unvermeidlich betrachtet, und die Vorbereitungen dazu sind bereits überall im Gange. Admiral Bruat ist bereits von Brest nach Algier abgereist, von wo er sich mit 10000 Mann einschiffen soll, und 16 englische in Irland stationierte Regimenter haben Order, sich zum Abmarsch in die Türkei bereitzuhalten. Die Expedition kann nur einen zweifachen Zweck haben: entweder die Türken zur Unterwerfung unter Rußland zwingen zu wollen, wie dies Mr. Urquhart ankündigt, oder ernstlich Krieg gegen Rußland zu führen. In beiden Fällen trifft die Türken unfehlbar das gleiche Schicksal. Wieder an Rußland wenn auch nicht direkt ausgeliefert, so doch dessen auflösenden Tendenzen preisgegeben, würde die Macht des Ottomanischen Kaiserreichs ebenso wie die des oströmischen Reichs nur auf die Umgebung der Hauptstadt beschränkt sein. Und ebenso würde unter der absoluten Vormundschaft Frankreichs und Englands die Vorherrschaft der Ottomanen über ihre europäischen Staaten ein für allemal zu Ende sein. Wenn wir den Krieg in die Hand nehmen sollen, sagt die Times, müssen wir auch sämtliche Operationen dirigieren dürfen. In diesem Falle würde das türkische Ministerium unter die direkte Verwaltung der westlichen Gesandten, das türkische Kriegsministerium unter die Kriegsministerien Englands und Frankreichs und die türkischen Armeen unter französische und englische Befehlshaber gestellt werden. Das Türkische Reich in seiner alten Form hätte dann zu existieren aufgehört.

Nachdem seine Mission in Wien vollständig fehlgeschlagen, ist Graf Orloff nach St. Petersburg zurückgekehrt und hat „die Versicherung mit sich genommen, daß Österreich und Preußen unter allen Umständen neutral bleiben wollten".

Andererseits wird aus Wien telegraphisch gemeldet, daß im türkischen Ministerium ein Wechsel stattgefunden hat, da der Kriegsminister und

der Marineminister zurückgetreten sind. Die Times kann nicht verstehen, wie die Kriegspartei gerade in dem Augenblick eine Niederlage erleiden konnte, wo England und Frankreich zum Kriege rüsteten. Ich für meinen Teil kann, falls die Nachricht wahr ist, in diesem „von Gott gesandten" Zwischenfall nur zu gut das Werk des Vertreters der englischen Koalition in Konstantinopel erblicken, der in seinen Blaubuchberichten so häufig bedauert, „mit seinem Einfluß auf das türkische Kabinett nicht so weit zu reichen, als wünschenswert wäre".

Die Blaubücher beginnen mit der Veröffentlichung von Depeschen, die sich auf jene Forderungen beziehen, die Frankreich in betreff des Heiligen Grabes stellte; Forderungen, die durch die alten Kapitulationen nicht genügend gestützt und offensichtlich mit der Absicht aufgestellt sind, der lateinischen Kirche ein Übergewicht über die griechische zu verschaffen. Ich teile durchaus nicht die Ansicht Urquharts, der annimmt, der Zar habe durch geheime Einflüsse in Paris Bonaparte veranlaßt, diesen Streit heraufzubeschwören, damit Rußland einen Vorwand habe, sich zugunsten der Privilegien der griechischen Katholiken einzumischen.

Es ist wohlbekannt, daß Bonaparte, coute que coute, die Unterstützung der katholischen Partei zu erkaufen suchte, die er von allem Anfang an als die Hauptbedingung des Erfolgs seiner Usurpation betrachtete. Bonaparte kannte den Einfluß der katholischen Kirche auf die Bauernbevölkerung Frankreichs sehr genau; die Bauern aber waren es, die ihn trotz Bourgeoisie und Proletariat zum Kaiser machen sollten. Herr von Falloux, der Jesuit, war das einflußreichste Mitglied des ersten Ministeriums, das Bonaparte bildete und dessen Haupt Odilon Barrot, der angebliche Voltairianer, nur dem Namen nach war. Der erste Beschluß, den dieses Ministerium am ersten Tage nach Bonapartes Einsetzung zum Präsidenten faßte, war die berühmte Expedition gegen die römische Republik. Herr von Montalembert, das Haupt der Jesuitenpartei, war sein tätigstes Werkzeug bei der Vorbereitung zum Sturz des parlamentarischen Regimes und des Staatsstreichs vom 2. Dezember. 1850 forderte der Univers, das offizielle Organ der Jesuitenpartei, Tag für Tag die französische Regierung auf, wirksame Schritte zum Schutz der lateinischen Kirche im Orient zu tun. Bonaparte, begierig, dem Papst zu schmeicheln, ihn zu gewinnen und von ihm gekrönt zu werden, hatte alle Ursache, der Aufforderung nachzukommen und sich als „den allerchristlichsten" Kaiser von Frankreich aufzuspielen. Die bonapartistische

Usurpation ist daher die wahre Quelle der jetzigen Orient-krisis. Allerdings zog Bonaparte klugerweise seine Ansprüche zurück, sobald er merkte, daß Kaiser Nikolaus sie zum Vorwand nehmen wollte, ihn aus dem europäischen Konklave auszuschließen, und Rußland brannte wie gewöhnlich darauf, aus Ereignissen Nutzen zu ziehen, die selbst zu schaffen es nicht die Macht hatte — das ist Mr. Urquharts Ansicht. Immerhin bleibt es eine merkwürdige Erscheinung in der Weltgeschichte, daß die jetzige Krisis des Ottomanischen Reiches durch denselben Konflikt zwischen der lateinischen und griechischen Kirche hervorgerufen wurde, der einst den Anstoß zu der Gründung dieses Reiches in Europa gab.

Ich beabsichtige nicht, den ganzen Inhalt der „Rechte und Privilegien der lateinischen und griechischen Kirchen" gründlich zu untersuchen, ehe ich nicht einen höchst wichtigen Zwischenfall erwähnt habe, der in den Blaubüchern vollständig unterdrückt ist, das ist der österreichisch-türkische Streit wegen Montenegro. Es ist um so mehr geboten, diese Angelegenheit zuerst zu behandeln, weil dadurch zugleich festgestellt wird, daß zwischen Österreich und Rußland ein insgeheim verabredeter Plan existierte, der nichts weniger als den Sturz und die Teilung des Türkischen Reiches bezweckte, und weil gerade die Tatsache, daß England die nachträglichen Verhandlungen zwischen Rußland und der Pforte in die Hände Österreichs legte, ein merkwürdiges Licht auf die Haltung des englischen Kabinetts während der ganzen Orientfrage wirft. Da alle offiziellen Dokumente über die montenegrinische Affäre fehlen, so verweise ich auf ein Buch über diesen Gegenstand, das soeben erschien und den Titel trägt: Handbuch der Orientfrage von L. F. Simpson.

Die türkische Festung Zabliak (an der montenegrinisch-albanischen Grenze) wurde durch eine Bande von Montenegrinern im Dezember 1852 gestürmt. Man erinnert sich vielleicht, daß Omer-Pascha abgeschickt wurde, um die Angreifer zurückzuschlagen.

Die Hohe Pforte erklärte die ganze albanische Küste für blockiert, eine Maßregel, die offenbar nur gegen Österreich und seine Marine gerichtet sein konnte und die bewies, daß das türkische Ministerium überzeugt sei, Österreich habe die montenegrinische Revolte provoziert.

Folgender Artikel, datiert aus Wien, 29. Dezember 1852, erschien darauf in der Augsburger Allgemeinen Zeitung: „Wollte Österreich Montenegro unterstützen, so fruchtete die Blockade wenig. Wenn die Montenegriner von ihren Felsen herabstiegen, könnte ihnen Österreich in Cattaro

Waffen und Kriegsbedarf verkaufen oder schenken, während die ganze türkische Flotte im Adriatischen Meere kreuzte. Österreich hat im Grund weder Freude an dem jetzigen Einfall der Montenegriner, noch an der Revolution, die in der Herzegowina unter den griechischen Christen ausbrechen soll. Es hat stets gegen die Bedrückung der Christen Einsprüche erhoben aus Rücksichten der Humanität. . . . Wer Österreich in die montenegrinischen Händel zu verwickeln glaubt, vergißt ganz die Stellung des österreichischen Staates zu der orientalischen Kirche. Diese Stellung zwingt es von selbst zur Neutralität. Die Vorgänge in Jerusalem werden jedermann aufgeklärt haben, wie lebhaft im Orient der konfessionelle Haß die Bevölkerungen trennt. Die österreichischen Staatsmänner müssen daher alle Kunst aufbieten, um im eigenen Lande, wo griechische Christen mit römischen untermischt wohnen, den Frieden aufrechtzuerhalten."

Aus dem Artikel entnehmen wir erstens, daß Revolutionen der türkischen Christen bestimmt erwartet wurden, zweitens, daß Österreich es war, das den russischen Beschwerden über die Unterdrückung der griechischen Kirche den Weg ebnete, drittens, daß man erwartete, in den religiösen Wirren wegen des Heiligen Grabes werde Österreich „Neutralität" üben.

In demselben Monat richtete Rußland eine Note an die Pforte, worin es seine Vermittlung in Montenegro anbot, die aber mit der Begründung abgewiesen wurde, daß der Sultan schon sein Recht zu wahren wissen werde. Hier sehen wir Rußland genau so operieren wie zur Zeit der griechischen Revolution — zuerst bietet es dem Sultan Schutz gegen seine Untertanen an, mit der Absicht, später des Sultans Untertanen gegen diesen selbst zu schützen, im Falle seine Hilfe nicht angenommen würde.

Die Tatsache, daß selbst zu einem ganz frühen Zeitpunkt schon zwischen Rußland und Österreich wegen der Okkupation der Fürstentümer ein geheimes Einvernehmen bestand, geht aus einem anderen Zitat aus der Augsburger Allgemeinen Zeitung vom 30. Dezember 1852 hervor. Es lautet: „Rußland, das erst vor kurzem die Unabhängigkeit Montenegros anerkannt, kann nicht untätig bleiben. Noch mehr. Briefe von Kaufleuten und Kaufleute aus der Moldau und Walachei melden, daß es von Wolhynien bis zur Mündung des Pruth von russischen Truppen wimmelt."

Gleichzeitig kündigten die Wiener Journale an, daß eine österreichische Observationsarmee an den österreichisch-türkischen Grenzen zusammengezogen würde.

Am 6. Dezember 1852 interpellierte Lord Stanley den Lord Malmesbury wegen der montenegrinischen Angelegenheiten, und Bonapartes edler Freund gab folgende Erklärung ab: „In den politischen Beziehungen Montenegros hat sich nichts geändert, in kirchlichen Dingen ist es Rußland untergeordnet. Montenegro war durch 150 Jahre unabhängig, trotz aller Versuche der Türkei, es zu unterjochen."

In dieser Rede viviseziert Lord Malmesbury, der damalige Sekretär für auswärtige Angelegenheiten, mit größter Gemütsruhe das Ottomanische Reich und trennt ein Land davon ab, das immer dazu gehört hat, indem er gleichzeitig die kirchlichen Ansprüche des Kaisers von Rußland an Untertanen der Pforte anerkennt. Was soll man von diesen beiden Oligarchenbanden anderes sagen, als daß sie an Dummheit miteinander wetteifern?

Die Pforte war natürlich durch diese Rede eines britischen Ministers ernstlich beunruhigt, und kurz darauf erschien in einem englischen Blatt folgender Brief aus Konstantinopel, datiert vom 5. Januar 1853: „Die Pforte ist außerordentlich irritiert durch die Rede des Lords Malmesbury im Oberhaus, in der er Montenegro für unabhängig erklärt. Er spielte damit nur Österreich und Rußland in die Hände, und England wird durch dieses Spiel jenen Einfluß und jenes Vertrauen verlieren, das es bis jetzt genoß. Im ersten Artikel des Vertrags von Sistowa, der zwischen der Pforte und Österreich unter der Mitwirkung von England, Rußland und Holland geschlossen wurde, ist ausdrücklich festgesetzt, daß den Untertanen beider Mächte, die sich gegen ihre rechtmäßigen Herrscher erhoben hatten, eine Amnestie gewährt werden möge; und als rebellische Untertanen der Pforte wurden Serben, Montenegriner, Moldauer und Walachen bezeichnet. Die in Konstantinopel lebenden Montenegriner, etwa 2000 bis 3000 an der Zahl, bezahlen den Haradsch oder die Kopfsteuer, und bei Gerichtsverfahren gegen Untertanen anderer Mächte in Konstantinopel werden die Montenegriner immer bedingungslos als türkische Untertanen betrachtet und behandelt."

Zu Beginn des Jahres 1853 sandte die österreichische Regierung den Baron Kollen von Kollenstein, einen Adjutanten des Kaisers, nach Cattaro, um den Gang der Ereignisse zu verfolgen, während Herr Ozeroff, der russische Botschafter in Konstantinopel, einen Protest beim Diwan gegen die Konzessionen einlegte, die der lateinischen Kirche in der Frage des Heiligen Grabes gemacht worden waren. Ende Januar kam Graf

Leiningen in Konstantinopel an und wurde am 3. Februar zu einer Privataudienz beim Sultan zugelassen, dem er einen Brief des Kaisers von Österreich überbrachte. Die Pforte weigerte sich, seine Forderungen zu erfüllen, und Graf Leiningen gab darauf ein Ultimatum ab, das der Pforte vier Tage Bedenkzeit einräumte. Die Pforte stellte sich sofort unter den Schutz Englands und Frankreichs, die ihr aber keinen Schutz gewährten, während Graf Leiningen gleichzeitig deren Einmischung ablehnte. Am 15. Februar hatte er alles erreicht, was er verlangt hatte (ausgenommen den Artikel III), und sein Ultimatum war angenommen. Es enthielt die folgenden Artikel:

I. Augenblickliche Räumung Montenegros und Herstellung des Status quo ante bellum.

II. Eine Erklärung, durch welche die Pforte sich verpflichtet, den Statusquo der Territorien Klek und Suttorina aufrechtzuerhalten und das Mare clausum zugunsten Österreichs anzuerkennen.

III. Eine strenge Untersuchung aller aus muselmännischem Fanatismus gegen die Christen in Bosnien und der Herzegowina begangenen Taten einzuleiten.

IV. Die Entfernung aller politischen Flüchtlinge und Renegaten, die sich jetzt in den Provinzen nächst den österreichischen Grenzen aufhalten.

V. Eine Entschädigung von 200 000 Gulden an jene österreichischen Kaufleute, deren Verträge willkürlich aufgehoben worden waren, und die Einhaltung dieser Verträge für die ganze Zeit, auf die sie vereinbart wurden.

VI. Zahlung einer Entschädigung von 56 000 Gulden an einen Kaufmann, dessen Schiff und Ladung ungerechterweise konfisziert wurde.

VII. Errichtung zahlreicher Konsulate in Bosnien, Serbien, der Herzegowina und über ganz Rumelien.

VIII. Mißbilligung der Haltung in der Flüchtlingsaffäre im Jahre 1850.

Bevor sie sich diesem Ultimatum fügte, richtete die Ottomanische Pforte, wie Mr. Simpson berichtet, eine Note an die Gesandten von England und Frankreich, in der sie von ihnen das Versprechen verlangte, ihr im Falle eines Krieges mit Österreich positive Hilfe zu leisten. „Da die beiden Gesandten nicht in der Lage waren, sich bestimmt zu binden", gab die türkische Regierung dem energischen Vorgehen des Grafen Leiningen nach.

Am 28. Februar kam Graf Leiningen in Wien und Fürst Menschikoff in Konstantinopel an. Am 3. März hatte Graf Russell die Unverschämtheit,

als Antwort auf eine Interpellation des Lords Dudley Stuart zu erklären, „die englische und die österreichische Regierung hätten die gleichen Ansichten über diesen Gegenstand. Die Intervention Frankreichs und Englands sei erfolgreich gewesen. Die Erhaltung der Integrität und der Unabhängigkeit der Türkei beherrsche in erster Linie die äußere Politik Englands."

Kossuth. – Disraeli und Hume. – Die Vereinigten Staaten. – Frankreich und England. – Griechenland.

London, 24. Februar 1854 (N. Y. T., 13. März 1854).

Die Presse wurde durch viel eitles Gewäsch über Kossuths „kriegerische Vorbereitungen" und „voraussichtliche Unternehmungen" beunruhigt. Ich erfahre nun zufällig von einem polnischen Offizier, der sich nach Konstantinopel begibt und den Ex-Gouverneur über die von ihm zu machenden Schritte um Rat fragte, daß Kossuth ihm davon abriet, London zu verlassen. Er sprach sich keineswegs günstig über die Teilnahme ungarischer und polnischer Offiziere an dem jetzigen türkischen Kriege aus, denn entweder müßten sie sich unter das Banner Czartoryskis scharen oder ihren christlichen Glauben abschwören — der eine Schritt widerspreche seiner Politik, der andere seinen Grundsätzen.

Der Eindruck, den Disraelis meisterhafte Bloßstellung der ministeriellen Politik machte, war so tief, daß das Kabinett aller Talente es für passend hielt, den nachträglichen Versuch einer kleinen Vertuschungskomödie zu machen, die zwischen den Ministern und Mr. Hume arrangiert und in der Mittwoch-Sitzung des Unterhauses aufgeführt wurde. Lord Palmerston hatte seine lahme Erwiderung auf Disraelis epigrammatische Alternative: krankhafte „Leichtgläubigkeit" oder verräterische „Begünstigung" damit geschlossen, daß er von den Parteien an das unparteiische Urteil des Landes appellierte, und Mr. Hume war dazu ausersehen, im Namen des Landes zu antworten, gerade wie Snug, der Schreiner, auserwählt war, die Rolle des Löwen in dem „höchst grausamen Tod von Pyramus und Thisbe" zu mimen. Mr. Hume hat sein ganzes parlamentarisches Leben damit verbracht, zum Spaß Opposition zu machen, Amendements einzubringen, um sie dann wieder zurückzuziehen, mit einem Wort, die sogenannte unabhängige Opposition zu bilden, die Nachhut jedes Whig-Ministeriums, auf die es sich bestimmt verlassen kann, wenn im Falle

einer Gefahr die eigenen eingeschriebenen Anhänger etwa Zeichen des Wankelmuts geben sollten. Er ist der große parlamentarische „Verdunkler“ par excellence. Er ist nicht nur das älteste Parlamentsmitglied, sondern auch ein unabhängiges Mitglied, und nicht nur ein Unabhängiger, sondern auch ein Radikaler, und nicht nur ein Radikaler, sondern auch der pedantische und notorische Zerberus des öffentlichen Geldbeutels, der die Mission hat, Pfunde unbeachtet verschwinden zu lassen, während er um den kleinsten Teil eines Hellers Streit anfängt. Zum ersten Male in seinem Leben, wie Mr. Hume selbst nachdrücklich feststellte, erhebe er sich, nicht um den Staatsvoranschlag zu verurteilen, sondern um ihm seine Zustimmung zu geben. Dieses außerordentliche Ereignis sei, wie er nicht verfehlte zu bemerken, der unbestreitbarste Beweis dafür, daß das Ministerium nach den unverdienten Verleumdungen durch die Fraktionen nicht umsonst an den gesunden Sinn des Landes appelliert hätte und feierlich von der Anklage der Leichtgläubigkeit und der Begünstigung freigesprochen sei. Seine Beweisgründe waren charakteristisch. Um die Minister von der Alternative der Leichtgläubigkeit oder der Begünstigung zu retten, bewies er die Leichtgläubigkeit der Minister in ihren Verhandlungen mit Rußland. Er hatte also den wahren Sinn von Lord Palmerstons Appell verstanden. Alles, was das Ministerium verlange, sei die Lossprechung von der Anklage des vorsätzlichen Verrats. Und der Vorwurf der Leichtgläubigkeit! Je nun — hätte nicht der vortreffliche Sir James Graham schon erklärt, „ein großmütiger Geist entschließe sich nur schwer zum Argwohn“? Weil der drohende Krieg durch die diplomatischen Mißgriffe der Minister selbst verschuldet sei, so sei es doch natürlich ihr eigener Krieg, und sie seien daher, so dächte Mr. Hume, vor allen anderen Männern geeignet, ihn geschickt zu führen. Nach Mr. Humes Meinung sei die relative Kleinheit des vorgeschlagenen Kriegsbudgets der überzeugendste Beweis für die Ausdehnung des beabsichtigten Krieges. Lord Palmerston dankte Mr. Hume natürlich für seinen im Namen des Volks abgegebenen Urteilsspruch, und zur Belohnung beglückte er seine Zuhörer mit der Ausführung seiner Ideen über Staatsdokumente, die seiner Ansicht nach dem Haus und dem Land nicht früher vorgelegt werden sollen, als bis die Dinge so weit verwirrt sind, daß ihre Veröffentlichung überhaupt völlig nutzlos ist. Das war die ganze nachträgliche Weisheit, die die Koalition nach reiflicher Überlegung zum besten geben konnte. Ihrem Manager, Lord

Palmerston, fiel es zu, nicht nur den Eindruck der gegnerischen Rede abzuschwächen, sondern auch seinem eigenen theatralischen Appell vom Haus ans Volk jede Wirkung zu nehmen.

Dienstag nacht stellte Mr. Horsfall, der Vertreter für Liverpool, die Frage: „Hat die Regierung Ihrer Majestät in den Verträgen mit fremden Nationen Schritte vorgesehen für den Fall, daß Kaperschiffe in neutralen Häfen zum Angriff gegen britische Schiffe ausgerüstet werden?" Die Antwort Lord Palmerstons lautete: „Das ehrenwerte Mitglied und das Hohe Haus müssen die Empfindung haben, daß dies eine Frage sei, auf die bei dem jetzigen Stand der Dinge keine aufklärende Antwort erfolgen könne." Die Morning Post, das Mundstück Palmerstons, bemerkt zu dieser Antwort ihres Herrn: „Der edle Lord hätte keine andere Antwort geben können (soviel auch der Regierung über den Gegenstand bekannt sein mag), ohne auf eine Erörterung der heikelsten und schwierigsten Fragen einzugehen, die vielleicht im jetzigen Augenblick den Gegenstand von Verhandlungen bilden. Will man aber diese zu einem befriedigenden Resultat führen, so muß man dem natürlichen Gerechtigkeitssinn der Mächte vertrauen, die nicht wünschen werden, in unserem Zeitalter der Zivilisation ein System der gesetzlichen Piraterie wiederzubeleben."

Einerseits erklärt Lord Palmerstons Organ, die „schwierigen Fragen" bildeten den Gegenstand schwebender Verhandlungen, andererseits, man müsse sie dem „natürlichen Gerechtigkeitssinn" der beteiligten Mächte überlassen. Wenn der vielberühmte Neutralitätsvertrag mit Dänemark und Schweden nicht vom St. Petersburger Kabinett diktiert wurde, so muß er selbstverständlich das Verbot enthalten, Kaperschiffe in ihren Häfen auszurüsten. In Wirklichkeit aber kann sich die ganze Frage nur auf die Vereinigten Staaten von Amerika beziehen, denn die Ostsee soll von englischen Kriegsschiffen besetzt werden, und Holland, Belgien, Spanien, Portugal und die italienischen Mittelmeerhäfen sind vollständig in englischen und französischen Händen. Wie denkt sich nun das St. Petersburger Kabinett die Rolle, die die Vereinigten Staaten spielen sollen, falls der türkische Krieg zu einem Krieg zwischen England und Rußland führen sollte? Wir können diese Frage authentisch aus einer Depesche beantworten, die Pozzo di Borgo im Herbst 1825 an den Grafen Nesselrode richtete. Rußland hatte damals beschlossen, in der Türkei einzufallen. Wie jetzt, wollte es auch damals mit einer friedlichen Besetzung der Fürstentümer beginnen.

„Vorausgesetzt, dieser Plan würde angenommen," sagt Pozzo di Borgo, „so wäre erforderlich, sich mit der Pforte auf Erklärungen in den maßvollsten Ausdrücken einzulassen und sie zu versichern, daß, wenn sie sich nicht in einen Krieg stürzen wolle, der Kaiser gewillt sei, diese Differenzen versöhnlich auszugleichen."

Nachdem er alle Schritte aufgezählt, die notwendigerweise gemacht werden müssen, setzt Pozzo di Borgo fort:

„Es würde ratsam sein, alle diese Handlungen den Vereinigten Staaten von Amerika mitzuteilen als Beweis der Achtung des Kaiserlichen Kabinetts und des Wertes, den es darauf legt, Amerika aufzuklären und vielleicht sogar seine Zustimmung zu bekommen."

Im Falle England sich mit der Türkei verbinde und Krieg gegen Rußland führe, bemerkt Pozzo di Borgo, „wenn England unsere Häfen blockierte, so würde es sein vorgebliches Seerecht gegen die Neutralen ausüben. Das würden die Vereinigten Staaten nicht dulden! Und es würden bittere Zwistigkeiten und gefährliche Situationen daraus entstehen."

Da nun, wie der russische Schriftsteller Karamsin richtig bemerkt, „sich in unserer (Rußlands) äußerer Politik nichts ändert", so sind wir wohl berechtigt, anzunehmen, Rußland habe im jetzigen Augenblick oder vielleicht schon seit Februar 1853 „alle seine Handlungen den Vereinigten Staaten mitgeteilt" und sein Bestes getan, das Kabinett von Washington zu einer wenigstens neutralen Haltung zu beschwatzen. Gleichzeitig gründet es seine Hoffnungen im Falle eines Krieges mit England auf eventuelle Streitigkeiten über das „Seerecht der Neutralen", die zu „bitteren Zwistigkeiten und gefährlichen Situationen" führen und die Vereinigten Staaten in ein mehr oder weniger eingestandenes Bündnis mit Rußland verwickeln würden. Da ich schon die berühmteste der Depeschen Pozzo di Borgos zitiere, so kann ich auch den Passus über Österreich anführen, der durch die Ereignisse, die sich seit 1825 in Galizien, Italien und Ungarn abspielten, sicher noch nichts an Aktualität verloren hat. „Unsere Politik", sagt Pozzo, „gebietet, daß wir diesem Staate gegenüber eine furchterregende Miene aufsetzen und ihn durch unsere Vorbereitungen glauben machen, daß wenn er gegen uns etwas unternimmt, über sein Haupt sich ein Sturm entladen wird, wie er ihn noch nie erlebt hat. Entweder Fürst Metternich erklärt den Türken, unser Einzug in die Fürstentümer sei ein von ihnen selbst provozierter Schritt, oder er wirft sich selbst auf andere ihm passendere Provinzen des Ottomanischen Reichs.

Im ersteren Falle werden wir einig sein, im zweiten werden wir einig werden. Das einzige, was wir zu befürchten haben, wäre eine offene Erklärung gegen uns. Ist Fürst Metternich weise, dann vermeidet er den Krieg; ist er gewalttätig, so wird er bestraft werden. Einem Ministerium gegenüber, das in eine derartige Lage versetzt ist, wird gegebenenfalls ein Kabinett wie das unsrige tausend Wege zur Beendidung der Schwierigkeiten finden."

Lord Johns Agitationsrede, das große Trommelgerassel über englische Ehre, das große Aufgebot an Entrüstung über russische Treulosigkeit, die Vision von Englands schwimmenden Batterien, die unter den Wällen von Sebastopol und Kronstadt defilieren, der Waffentumult und die ostentative Einschiffung von Truppen — alle diese dramatischen Ereignisse führen die öffentliche Meinung ganz irre und benebeln ihr Auge so, daß sie nichts mehr zu sehen vermag als ihre eigenen Wahnbilder. Kann es eine größere Täuschung geben als die, nach all den Enthüllungen der Blaubücher über dieses Ministerium zu glauben, es habe sich plötzlich gewandelt, und zwar nicht nur in ein kriegerisches, sondern sogar in ein Ministerium, das gegen Rußland irgendeinen anderen Krieg führen könnte als einen bloßen Scheinkrieg, oder einen, der just im Interesse des Feindes läge, gegen den er vorgeblich geführt wird? Sehen wir uns einmal die Verhältnisse an, unter welchen dieser Krieg vorbereitet wird.

Es erfolgte keine formelle Kriegserklärung gegen Rußland. Den wahren Zweck des Kriegs kann das Ministerium nicht eingestehen. Truppen werden eingeschifft, ohne daß ihr Bestimmungsort genau bekanntgegeben wird. Der geforderte Kostenvoranschlag ist zu klein für einen großen, zu groß für einen kleinen Krieg. Die Koalition, berüchtigt geworden durch ihre Genialität im Ersinnen von Ausflüchten für ihre nicht gehaltenen feierlichsten Versprechungen und von Gründen für die Verschiebung der dringendsten Reformen, fühlt sich plötzlich in peinlichster Gewissenhaftigkeit zur Erfüllung von übereilt gegebenen Zusagen verpflichtet und kompliziert diese wichtige Krisis des Landes, indem sie es mit einer neuen Reformbill überrascht, die den eifrigsten Reformern als unzeitgemäß erscheint, die durch keine Pression von außen auferlegt und von allen Seiten mit größter Gleichgültigkeit und mit Argwohn aufgenommen wird. Was kann also ihr Plan anderes sein, als die öffentliche Aufmerksamkeit von ihrer äußeren Politik dadurch abzulenken, daß sie eine Frage von überwältigendem inneren Interesse aufwerfen?

Die Bemühungen, das Publikum über die Stellung Englands zu den auswärtigen Staaten irrezuführen, sind recht durchsichtig. Mit Frankreich ist bis jetzt noch kein bindender Vertrag abgeschlossen, aber durch einen „Notenwechsel" dafür Ersatz geschaffen. Solche Noten wurden auch 1839 mit dem Kabinett Louis Philipps gewechselt, denen zufolge die verbündeten Flotten in die Dardanellen einfahren und die Einmischung Rußlands in die Orientangelegenheiten hindern sollten, sei es allein oder in Verbindung mit anderen Mächten, und wir alle wissen, was bei diesem Notenwechsel herauskam — eine heilige Allianz gegen Frankreich und der Dardanellenvertrag. Wie aufrichtig und ernst die französisch-englische Allianz gemeint ist, geht aus einem Zwischenfall hervor, der sich in der gestrigen Unterhaussitzung zutrug. Bonaparte bedroht, wie Sie im Moniteur gesehen haben, die griechischen Aufständischen und hat der Regierung König Ottos eine ähnliche Vorstellung zukommen lassen. Als Sir T. Walsh das Ministerium über diesen Punkt interpellierte, erklärte Lord John Russell, „er wisse nichts von einem Einverständnis der französischen mit der englischen Regierung in dieser Angelegenheit".

Wenn die britische Regierung einen ernsthaften Krieg mit Rußland beabsichtigt, warum vermeidet sie dann so ängstlich die internationale Form der Kriegserklärung? Beabsichtigt sie eine ernsthafte Allianz mit Frankreich, warum vermeidet sie dann so sorgfältig die anerkannten Formen der internationalen Bündnisschließungen? Was die deutschen Mächte betrifft, so erklärt Sir James Graham, sie seien ein Bündnis mit England eingegangen, und Lord John Russell widerspricht ihm noch an demselben Abend und behauptet, die Beziehungen mit diesen Mächten seien augenblicklich dieselben wie zu Beginn der orientalischen Wirren. Die Minister behaupten steif und fest, sie seien eben jetzt im Begriff, mit der Türkei ins reine zu kommen und einen Vertrag mit ihr vorzuschlagen. Sie schiffen Truppen aus mit der Absicht, Konstantinopel zu besetzen, ohne vorher einen Vertrag mit der Türkei geschlossen zu haben. Wir sind daher gar nicht überrascht, durch einen Brief aus Konstantinopel zu erfahren, daß ein Geheimagent der Pforte von Wien nach St. Petersburg geschickt wurde, um dem Zaren ein privates Abkommen anzubieten. Der Korrespondent schreibt: „Nachdem die Türkei die Verräterei und die Torheit ihrer Freunde eingesehen, ist es nur vernünftig, wenn sie sich an ihnen rächt, indem sie einen Vertrag mit einem weisen Feind abschließt. Die Vertragsbedingungen, die die ersteren

der Türkei auferlegen wollen, sind zehnmal verderblicher als die Ansprüche Menschikoffs."

Von den Leistungen, zu denen nach der Meinung des englischen Ministeriums die eingeschifften Truppen ausersehen sind, kann man sich einen richtigen Begriff machen, wenn man bedenkt, was die verbündeten Geschwader getan haben und im jetzigen Augenblick noch tun. Zwanzig Tage nach ihrer Einfahrt ins Schwarze Meer kehrten sie in den Bosporus zurück. Einige Tage vorher „mußten die Minister der Pforte aus Unterwürfigkeit gegen die Vorstellungen des britischen Gesandten den Herausgeber des griechischen Blattes Der Telegraph vom Bosporus ins Gefängnis stecken, weil er in seiner Zeitung gesagt hatte, sowohl die englische als die französische Flotte würden binnen kurzem vom Schwarzen Meer nach dem Bosporus zurückkehren. Der Redakteur des Konstantinopeler Journals wurde autorisiert, zu erklären, die beiden Flotten würden ihren Aufenthalt im Schwarzen Meer fortsetzen." Um seine Erkenntlichkeit für den ihm von den englischen und französischen Admiralen gegebenen Wink zu zeigen, schickte der russische Admiral am 19. d. M. zwei Dampfer zum Bombardement der Türken bei Shefkatil aus; russische Schiffe kreuzen auch in Sicht von Trapezunt, während die vereinigten Flotten keine Fahrzeuge im Schwarzen Meer haben außer je einem englischen und französischen Dampfer vor Sebastopol. Sinope und das Bombardement von Shefkatil durch russische Schiffe sind daher die einzigen Taten, deren sich die vereinigten Flotten rühmen können. Der Streit zwischen den Gesandten und den Admiralen, die alle Beziehungen untereinander völlig abgebrochen haben — Lord Stratford de Redcliffe weigert sich, Admiral Dundas zu empfangen, und Baraguay d'Hilliers hat den französischen Admiral und seine Offiziere von einem offiziellen Ball ausgeschlossen —, dieser Streit ist von untergeordneter Bedeutung, da die diplomatischen Kleinigkeitskrämer, die sich durch die Veröffentlichung ihrer Depeschen in London und Paris kompromittiert fühlen, vielleicht das Bestreben haben, ihr verlorenes Renommee um jeden Preis wiederherzustellen, koste es noch so viele Schiffe und Mannschaften.

Die ernsthafte Seite dieser Frage ist aber, daß man die offenen Instruktionen an die Gesandten durch eine Anzahl geheimer Instruktionen an die Admirale ungültig machte und daß die letzteren wirklich nicht imstande sind, einander widersprechende Instruktionen auszuführen. Und wie könnten diese anders sein, da ihnen doch keine Kriegserklärung vor-

ausging? Einerseits wird ihnen befohlen, russische Schiffe anzugreifen, um deren Rückzug aus dem Schwarzen Meer nach Sebastopol zu erzwingen, andererseits sollen sie aus der bloßen Defensive nicht herausgehen. Endlich, wenn man einen ernsthaften Krieg beabsichtigte, wie konnte der britische Gesandte in Konstantinopel es als einen großen Triumph hinstellen, daß es ihm gelungen war, den Führer der Kriegspartei im türkischen Ministerium Mehemed Ali-Pascha von seinem Posten zu drängen und ihn durch den Friedensschacherer Riza-Pascha zu ersetzen, während er Mehemed-Pascha, eine Kreatur Reschid-Paschas, mit dem Amt eines Großadmirals betraute!

Und nun zu einem anderen hochwichtigen Punkte. Die Ausschiffung der britischen und französischen Truppen wird erst fortgesetzt, nachdem die Nachricht London und Paris erreicht hat, daß in Albanien eine griechische Empörung ausgebrochen sei und sich über Thessalien und Mazedonien verbreitet habe. Wie die Depeschen von Russell, Clarendon und Stratford de Redcliffe beweisen, wurde diese Empörung von Anfang an vom englischen Kabinett mit Ungeduld erwartet, da sie ihm den besten Anlaß bietet, sich in die Händel des Sultans und seiner eigenen christlichen Untertanen einzumischen unter dem Vorwand, zwischen Türken und Russen zu vermitteln. Von dem Augenblick an, wo die Lateiner sich in die Angelegenheiten der Griechen mischen (ich gebrauche das Wort hier nur im religiösen Sinne), kann man mit Sicherheit auf ein Einverständnis der elf Millionen Einwohner der Europäischen Türkei mit dem Zaren rechnen, der dann wirklich als ihr religiöser Protektor dastehen wird. Zwischen den Muselmännern und ihren griechischen Untertanen herrscht kein Streit, die religiöse Erbitterung gegen die Lateiner bildet, kann man sagen, das einzige gemeinsame Band zwischen den verschiedenen Rassen, die in der Türkei wohnen und griechischen Glaubens sind. In dieser Hinsicht hat sich nichts geändert, seit Mohammed II. Konstantinopel belagerte, seit Lukas Notaras, der griechische Admiral, der einflußreichste Mann im byzantinischen Reich, öffentlich erklärte, er sähe lieber den türkischen Turban in der Hauptstadt triumphieren als den lateinischen Hut, während wieder andererseits eine ungarische Prophezeiung existierte, die Christen würden erst dann wirklich glücklich sein, wenn die verdammten griechischen Ketzer ausgerottet wären und die Türken Konstantinopel zerstört hätten. Jede Einmischung der westlichen Mächte zwischen dem Sultan und seinen griechischen Untertanen mußte

daher die Pläne des Zaren begünstigen. Und ein ähnliches Resultat käme heraus, wenn Österreich versuchen würde, wie es 1791 tat, Serbien unter dem Vorwand zu besetzen, die verräterischen Ränke der russischen Partei in diesem Fürstentum zu vereiteln. Ich will noch hinzufügen, daß in London das Gerücht geht, Griechen von den Jonischen Inseln unterstützten und vereinigten sich mit den aufständischen Epiroten, denen die englischen Autoritäten nicht entgegengetreten wären, und daß die Nachricht von dem griechischen Aufstand in der Samstagnummer der Times, dem Koalitionsorgan, als sehr willkommenes Ereignis gefeiert wurde.

Ich meinerseits bezweifle nicht, daß hinter diesen lärmenden Kriegsvorbereitungen der Koalition Verrat lauert. Bonaparte selbstverständlich läßt sich mit vollem Ernst auf diesen Krieg ein. Ihm bleibt keine andere Wahl, als die Revolution drinnen oder der Krieg draußen. Er darf nicht länger fortfahren, den grausamen Despotismus Napoleons I. mit der korrupten Friedenspolitik Louis Philipps zu vereinen. Er muß aufhören, immer wieder neue Schübe von Gefangenen nach Cayenne zu senden, wenn er nicht gleichzeitig französische Armeen über die Grenze zu schicken wagt. Der Konflikt aber zwischen den eingestandenen Absichten Bonapartes und den geheimen Plänen der Koalition kann nur dazu beitragen, die Dinge noch weiter zu verwickeln. Ich schließe aus alledem nicht etwa, daß kein Krieg stattfinden, sondern daß er im Gegenteil so entsetzliche und revolutionäre Dimensionen annehmen wird, wie sie die kleinen Männer der Koalition auch nicht im entferntesten ahnen. Gerade ihre Perfidie ist das Mittel, einen lokalen Konflikt in eine allgemeine europäische Feuersbrunst zu verwandeln.

Wäre das britische Ministerium aber auch ebenso aufrichtig, als es falsch ist, seine Einmischung würde doch nur den Zusammenbruch des Ottomanischen Reiches beschleunigen. Die Minister können nicht dazwischentreten, ohne Garantien für die christlichen Untertanen der Pforte zu verlangen, und diese Garantien können sie ihr nur entreißen, wenn sie sie dem Untergang weihen. Selbst der Konstantinopeler Korrespondent, den ich vorhin zitierte, und der eingestandener Turkophile ist, muß zugeben, daß „der Vorschlag der Westmächte, alle Untertanen der Pforte ganz auf den Fuß bürgerlicher und religiöser Gleichheit zu stellen, unbedingt zur Anarchie, zu Bürgerkriegen und zum endgültigen und raschen Untergang des Reiches führen würde“.

Frankreich und England. – Der griechische Aufstand. – Asien.

London, 3. März 1854 (N. Y. T., 18. März 1854).

Ich erwähnte in meinem letzten Brief, Sir Charles Napier verdanke seine Ernennung zum Oberbefehlshaber der baltischen Flotte dem öffentlichen Ausdruck seines Mißtrauens gegen die französische Allianz, seiner Anklage, Frankreich habe England 1840 verraten, während in Wirklichkeit die englische Regierung damals mit Nikolaus gegen Louis Philipp konspiriert hat. Ich hätte noch hinzufügen müssen, daß der zweite Admiral im Schwarzen Meer Sir Edmund Lyons während seines Aufenthalts als englischer Geschäftsträger in Griechenland sich als erklärter Feind Frankreichs zeigte und von seinem Amt auf die Vorstellungen Lord Stratford de Redcliffes entfernt wurde. Die Minister waren also aufs äußerste bemüht, durch ihre Ernennungen eine Saat von Gegensätzen zu züchten, und zwar nicht nur zwischen den französischen und englischen Befehlshabern, sondern auch zwischen den Admiralen und dem englischen Gesandten in Konstantinopel.

Diese Tatsachen werden nicht geleugnet und auch bestimmt dadurch nicht widerlegt, daß Bonaparte in der Eröffnungsrede an seine Abgeordneten sich zu seinem engen Bündnis mit England gratuliert. Die Entente cordiale ist bestimmt schon etwas älter als die Wiederherstellung des Kaisertums. Das bemerkenswerteste an der Rede Bonapartes ist weder diese Reminiszenz aus Louis Philipps Ansprachen, noch daß er die machtgierigen Pläne des Zaren aufdeckt und bloßstellt, sondern vielmehr, daß er sich öffentlich als Beschützer Deutschlands und besonders Österreichs gegen die Gegner von außen und die Feinde von innen erklärt.

Die Ratifikation des Vertrags der Pforte mit den Westmächten, der die Klausel enthält, die Türkei dürfe ohne ihre Mitwirkung keinen Frieden mit Rußland schließen, war am 5. d. M. in Konstantinopel kaum vollzogen, als die Repräsentanten der vier Mächte mit der Pforte schon in Verhandlungen wegen der künftigen Stellung der Christen in der Türkei eintraten. Die Times vom Mittwoch verrät den eigentlichen Zweck dieser Unterhandlungen: „Die Zustände in verschiedenen Teilen des Türkischen Reichs, denen schon durch Fermans und Verträge die vollständige innere Leitung ihrer Angelegenheiten zugestanden ist, während sie die Oberhoheit der Pforte weiter anerkennen, bilden Präzedenzfälle, die ohne Schaden für einen der beiden Teile weiter ausgedehnt werden können und die

vielleicht den besten Ausweg bieten, wie man für die Provinzen in ihrer jetzigen Lage Vorsorge treffen kann. . . ."

Mit anderen Worten, das Koalitionskabinett beabsichtigt, die Integrität der Europäischen Türkei in der Weise zu bewahren, daß sie Bosnien, die Herzegowina, Bulgarien, Albanien, Rumelien und Thessalien in ebenso viele Donaufürstentümer verwandelt. Nimmt die Pforte diese Bedingungen an, so muß das, wenn die türkischen Waffen sich siegreich erweisen, unfehlbar zum Bürgerkrieg unter den Türken selbst führen.

Man weiß jetzt bestimmt, daß die Entdeckung der Verschwörung in Widdin die griechische Explosion nur beschleunigte, die schon vor ihrem Ausbruch in Bukarest als vollendete Tatsache betrachtet wurde. Der Pascha von Skutari konzentriert alle seine Truppen in der Absicht, die Montenegriner zu verhindern, sich mit den aufständischen Griechen zu vereinigen.

Die englisch-französische Expedition darf man als neuen Schwindel ansehen, soweit es sich wenigstens um die jetzigen Absichten der Regierung handelt. Als Landungsplatz für die Franzosen ist Rodosto, für die Engländer Enos bestimmt. Letzteres liegt auf einer kleinen Halbinsel am Eingang einer sumpfigen Bucht, deren Hintergrund die ausgedehnten Sümpfe des Maritzatales bilden, die ohne Zweifel außerordentlich zur Gesundheit des Lagers beitragen werden. Es liegt nicht nur außerhalb des Bosporus, sondern auch der Dardanellen, und die Truppen müssen, um zum Schwarzen Meer zu gelangen, entweder sich nochmals einschiffen und eine Rundfahrt zur See von etwa 250 Meilen gegen die Strömungen der Meerenge genießen, oder 160 Meilen weit durch ein wegloses Land marschieren — eine Leistung, die sie zweifellos in 14 Tagen vollbringen könnten. Die Franzosen sind in Rodosto wenigstens am Marmarameer und nur sieben Tagemärsche weit von Konstantinopel entfernt.

Was sollen nun die Truppen in dieser unerklärbaren Position tun? Nun, entweder sollen sie nach Adrianopel marschieren, um dort die Hauptstadt zu decken, oder sie sollen sich schlimmstenfalls auf der Landenge des thrazischen Chersonesus vereinigen, um die Dardanellen zu verteidigen. So sagt die Times „mit höherer Erlaubnis" und zitiert sogar Marschall Marmonts strategische Bemerkungen, um die Weisheit dieses Planes zu stützen.

Hunderttausend Mann französischer und englischer Truppen, um eine Hauptstadt zu verteidigen, die nicht bedroht ist und in den nächsten zwölf Monaten möglicherweise nicht bedroht sein kann! Da hätten sie wirklich ebensogut zu Hause bleiben können!

Sollte dieser Plan zur Ausführung kommen, so ist er sicher der schlechteste, der ersonnen werden konnte. Er gründet sich auf die schlimmste Art der defensiven Kriegführung, das heißt auf eine, die ihre Stärke in absoluter Untätigkeit sucht. Angenommen, die Expedition hätte einen vorwiegend defensiven Charakter zu tragen, so ist es klar, daß dieser Zweck am besten dadurch erreicht würde, daß man es den durch eine solche Reserve gesicherten Türken ermöglicht, in die Offensive überzugehen oder doch eine Stellung einzunehmen, in der eine gelegentliche und teilweise Offensive, wo die Verhältnisse sie gestatten, ergriffen werden könnte. In Enos und Rodosto aber sind die französischen und englischen Truppen vollständig nutzlos. Das schlimmste ist, daß eine Armee von 100000 Mann mit einer großen Zahl Transportdampfer und unterstützt von einer Flotte von zwanzig Linienseglern in sich selbst eine Macht bildet, die fähig ist, in der entschiedensten Offensive in irgendeinem Teil des Schwarzen Meeres vorzugehen. Eine solche Macht muß entweder die Krim und Sebastopol, Odessa und Cherson nehmen, das Asowsche Meer sperren, die russischen Befestigungen an der kaukasischen Küste zerstören und die russische Flotte überwältigt in den Bosporus bringen, oder sie hat keine Ahnung von ihrer Stärke und ihrer Pflicht als aktive Armee. Die Anhänger des Ministeriums versichern, daß solche Operationen unternommen werden würden, wenn erst die 100000 Mann in der Türkei konzentriert sind, und daß die Landungen der ersten Divisionen in Rodosto und Enos nur als Manöver zur Irreführung des Feindes gedacht sind. Aber selbst in diesem Fall ist es unnötige Zeit- und Kraftverschwendung, die Truppen nicht gleich an irgendeinem Punkt des Schwarzen Meeres landen zu lassen.

Der Feind kann nicht irregeführt werden. Sobald Kaiser Nikolaus von dieser großspurig angekündigten Expedition von 100000 Mann hört, muß er jeden Soldaten, den er entbehren kann, nach Sebastopol, Kaffa, Perekop und Jeni Kale schicken. Man kann seinen Gegner nicht erst durch ungeheure Rüstungen schrecken und ihn nachher glauben machen wollen, daß man ihm damit keinen Schaden zufügen will. Der Kniff wäre zu durchsichtig, und hat man darauf gerechnet, die Russen durch solche klein-

liche Mittel irrezuführen, so hat die britische Diplomatie damit nur einen neuen gewaltigen Schnitzer gemacht.

Ich glaube daher, daß die, die diese Expedition ersonnen haben, den Sultan direkt betrügen wollen und unter dem Vorwand, Rußland so-viel als möglich zu schrecken, sich sehr bemühen werden, ihm auf alle Fälle so wenig Schaden als möglich zuzufügen. Besetzen Frankreich und England Konstantinopel und einen Teil Rumeliens, besetzt Öster-reich Serbien und vielleicht Bosnien und die Herzegowina und darf Ruß-land seine Position in der Moldau und Walachei verstärken, so sieht das einer etwaigen Teilung der Türkei in Europa auf ein Haar ähn-lich. Die Türkei ist dann in eine schlimmere Lage versetzt als im Jahre 1772. Damals schlug der König von Preußen, um die Kaiserin Katharina zum Rückzug aus den Donaufürstentümern zu veranlassen, deren Besetzung zu einem europäischen Konflikt zu führen drohte, die erste Teilung Polens vor, die die Kosten des Russisch-Türkischen Krieges decken sollte. Man erinnere sich, daß zu jener Zeit die Pforte ursprüng-lich sich in den Krieg mit Katharina stürzte, um Polen gegen den preußischen Angriff zu verteidigen, und daß am Ende Polen auf dem Altar der „Unabhängigkeit und Unantastbarkeit" des Ottomanischen Reichs geopfert wurde.

Die verräterische Zauderpolitik des Koalitionskabinetts hat den mos-kowitischen Emissären die Möglichkeit gegeben, den griechischen Aufstand auszuhecken und zu nähren, den Lord Clarendon so sehnsüchtig erwartete. Der Aufstand begann am 28. Januar und nahm nach den letzten Wiener Depeschen am 13. Februar bedrohlichere Dimensionen an. Die Gebiete von Akarnanien und Ätolien und Teile von Ilussa und Delonia sollen im Zustand der Empörung sein. Auf Euböa soll ein Aufstand aus-gebrochen sein, der an Ernst dem in Albanien nicht nachsteht. Daß die Städte Arta und Janina von den Türken verlassen und von den Griechen besetzt wurden, ist weniger von Bedeutung, da die beherrschen-den Zitadellen in den Händen türkischer Truppen bleiben und, wie wir aus den zahlreichen Kriegen zwischen Christen und Türken in Albanien wissen, der endgültige Besitz dieser Städte immer von dem Besitz der Zitadellen abhing. Über die Golfe von Centessa und Saloniki und die Küsten von Albanien wird der Belagerungszustand erklärt werden. Ich bemerkte in meinem letzten Brief, eines der Ergebnisse des griechischen Aufstandes, das die Pforte am meisten zu fürchten hätte, sei, daß er

den Westmächten die Gelegenheit böte, zwischen dem Sultan und seinen Untertanen zu vermitteln, statt die Russen zu bekämpfen und so die griechischen Christen in ein Bündnis mit dem Zaren hineinzutreiben. Wie gierig die Mächte nach dieser Gelegenheit greifen, kann man daraus ersehen, daß die gleiche Post die Nachricht bringt, die Pforte habe den von Frankreich und England vorgeschlagenen Vertrag angenommen, und die französischen und englischen Gesandten hätten den Türken zwei Dampfer zu Hilfe geschickt, während der britische Geschäftsträger in Athen dem Kabinett König Ottos mitgeteilt hat, England wolle in den aufständischen Gebieten eingreifen. Das unmittelbare Ergebnis des Aufstandes vom militärischen Standpunkt aus schildert der Wiener Korrespondent in der heutigen Nummer der Times wie folgt: „In den letzten Tagen hat sich eine gewisse Entmutigung im Hauptquartier von Widdin bemerkbar gemacht, da die angekündigten Verstärkungen Konterorder bekommen hatten und nun auf dem Wege nach den südwestlichen Gebieten der Türkei sind. Die Nachricht von dem Aufstand der Christen in Epirus hat auf die Arnauten und auf die Albanesen an der Donau einen beunruhigenden Eindruck gemacht, und sie haben laut die Erlaubnis zur Heimkehr gefordert. Die Brigadegenerale Hassan-Bei und Soliman-Pascha hatten ihren ganzen Einfluß über ihre wilden Truppen verloren. Versuchte man sie mit Gewalt zurückzuhalten, so befürchtete man offenen Aufruhr; erlaubte man ihnen die Rückkehr, so würden sie auf ihrem Heimweg christliches Gebiet verwüsten. Falls die feindselige Bewegung der Christen im Westen noch bedrohlichere Dimensionen annähme, so wäre der westliche Flügel der türkischen Armee gezwungen, eine rückgängige Bewegung zu machen, die den Schlag, den die Russen durch die Einfahrt der verbündeten Flotten ins Schwarze Meer erlitten haben, mehr als aufwiegen würde."

Dies sind einige der ersten Ergebnisse der Zauderpolitik, die die Graham, Russell, Clarendon und Palmerston zur Rechtfertigung der ministeriellen Behandlung der Orientfrage nicht hoch genug preisen können. Als sie Freitag spät am Abend benachrichtigt wurden, der Zar habe, ohne die Rückberufung Sir Hamilton Seymours von England abzuwarten, ihn in schroffster und unhöflichster Weise verabschiedet, hielten sie zwei Kabinettssitzungen, eine am Sonnabend und eine am Sonntag nachmittag. Das Resultat ihrer Beratungen besteht darin, daß dem Zaren noch ein weiterer Aufschub von drei bis vier Wochen gewährt wird; dieser Aufschub soll ihm in der Form einer Aufforderung bewilligt werden, in

der „der Zar dringend gebeten wird, binnen fünf Tagen nach Erhalt dieser Mitteilung ein feierliches Gelöbnis und Versprechen zu geben, daß er seine Truppen veranlassen wolle, am oder vor dem 30. April die Donaufürstentümer zu räumen".

Man beachte jedoch, daß dieser Aufforderung nicht die Drohung mit einer Kriegserklärung folgt, auch nicht für den Fall, daß der Zar sich weigern sollte, ihr nachzukommen. Man kann ja sagen, und die Times sagt es auch, daß trotz dieses wiederbewilligten Aufschubs die Kriegsvorbereitungen eifrig fortgesetzt werden. Aber es ist zu bemerken, daß einerseits durch den von den Westmächten in Aussicht gestellten Entschluß, sich direkt am Krieg zu beteiligen, jede aktive Aktion der Pforte an der Donau gehindert wird — und jeder Tag des Aufschubs in diesem Gebiet verschlimmert die Lage der Türken, da er den Russen ermöglicht, sich an der Front zu verstärken und die griechischen Rebellen im Rücken der Donauarmee immer gefährlicher werden läßt; während andererseits die Einschiffung der Truppen nach Enos und Rodosto wohl den Sultan in Verlegenheit setzen, die Russen aber bestimmt nicht aufhalten kann.

Es wurde abgemacht, daß die britische Expeditionsarmee aus etwa 30000, die französische aus etwa 80000 Mann bestehen solle. Sollte sich etwa im Verlauf der Ereignisse herausstellen, daß Österreich, während es scheinbar mit den Westmächten geht, nur sein Einverständnis mit Rußland zu bemänteln versuchte, so hätte Bonaparte diese höchst unverständige Zersplitterung seiner Truppen sehr zu bedauern.

Es gibt noch einen Aufstand, den man als eine Ablenkung zugunsten Rußlands betrachten kann, das ist der spanische Aufstand. Jede Bewegung in Spanien ruft mit Bestimmtheit Unstimmigkeiten zwischen Frankreich und England hervor. Die französische Intervention in Spanien 1823 war, wie wir aus Chateaubriands „Kongreß von Verona" wissen, von Rußland angestiftet. Daß die englisch-französische Intervention 1834, die schließlich den Bruch der Entente cordiale zwischen den beiden Staaten zur Folge hatte, sich aus derselben Quelle herleitete, können wir daraus schließen, daß Palmerston ihr Urheber war. Die „spanischen Heiraten" bereiteten den Weg zum Sturz der Dynastie der Orleans vor. Im Augenblick würde eine Entthronung der „unschuldigen" Isabella einem Sohn Ludwig Philipps, dem Herzog von Montpensier zur Geltendmachung seiner Ansprüche auf den spanischen Thron verhelfen, während

andererseits Bonaparte sich erinnern würde, daß einst einer seiner Onkel in Madrid residiert hat. Die Orleans würden durch die Koburger unterstützt und von Bonaparte bekämpft werden. Ein spanischer Aufstand, der nichts weniger als eine Volkserhebung bedeutet, müßte sich daher als mächtige Triebkraft erweisen, ein so oberflächliches Gebilde wie die englisch-französische Allianz aufzulösen.

Es wird berichtet, daß ein Allianzvertrag zwischen Rußland, Khiwa, Buchara und Kabul geschlossen worden ist.

Was Dost-Mohammed, den Emir von Kabul betrifft, so wäre es nur ganz natürlich, daß er sich jetzt an England, seinem ungetreuen Bundesgenossen, zu rächen versuchte. Hat er doch England im Jahre 1838 angeboten, Rußland ewige Blutfehde anzusagen, wenn es der englischen Regierung passe, indem er den Agenten, den der Zar ihm schickte, töten lassen wollte; und sein Zorn gegen England ist aufs neue entbrannt über die Rolle, die es 1839 bei der afghanischen Expedition spielte, als er vom Throne gestoßen und sein Land in der grausamsten, skrupellosesten Weise verwüstet wurde. Da aber die Bewohner von Khiwa, Buchara und Kabul zum orthodoxen mosleminischen Glauben der Sunniten gehören, während die Perser sich zu den schismatischen Lehrsätzen der Schiiten bekennen, so ist immerhin nicht anzunehmen, daß sie sich mit Rußland, dessen Bundesgenosse das von ihnen gehaßte und verachtete Persien ist, gegen England verbünden, dem scheinbaren Alliierten des Padischah, den sie als den obersten Beherrscher aller Gläubigen betrachten.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit könnte Rußland an Tibet und an dem Tatarenkaiser von China Bundesgenossen haben, wenn dieser gezwungen wäre, sich in die Mandschurei zurückzuziehen und auf das Zepter des eigentlichen China zu verzichten. Die chinesischen Rebellen haben, wie Sie wissen, einen regelrechten Kreuzzug gegen den Buddhismus unternommen, dessen Tempel zerstört und dessen Bonzen getötet. Die Religion der Tataren ist jedoch der Buddhismus, und Tibet, das die Suzeränität Chinas anerkennt, der Sitz des großen Lama, ist das Allerheiligste für den buddhistischen Glauben. Wenn es also Tai-ping-wang gelingt, die Mandschudynastie aus China zu vertreiben, so wird er nachher in einen Religionskrieg mit den buddhistischen Tataren verwickelt werden. Da nun auf beiden Seiten des Himalaja das Bekenntnis des Buddhismus herrscht, und da England nicht umhin kann, die

neue chinesische Dynastie zu unterstützen, so wird der Zar bestimmt auf die Seite der Tatarenstämme treten, sie gegen England drängen und religiöse Aufstände in Nepal selbst anfachen. Aus der letzten Orientpost erfahren wir, „der Kaiser von China habe in Erwartung des Verlustes von Peking die Gouverneure der verschiedenen Provinzen angewiesen, die kaiserlichen Einkünfte nach Getol zu schicken, dem alten Familiensitz und jetziger Sommerresidenz in der Mandschurei, etwa achtzig Meilen nordöstlich von der großen Mauer". Der große Religionskrieg zwischen Chinesen und Tataren, der sich über die Grenzen Indiens ausdehnen wird, kann folglich als nahe bevorstehend angesehen werden.

Österreichs Bankrott.

Leitartikel, New York Tribune, 22. März 1854.

Trotz drohender Kriegsgefahr und drückendem Mangel ist es bisher weder der französischen noch der österreichischen Regierung gelungen, den Nervus belli zu stärken, nämlich sich genügend Geld zu verschaffen. Zwar waren die Diners, die der französische Finanzminister den Obereinnehmern, dem Crédit mobilier und den ersten Bankiers von Paris gab, von lukullischer Üppigkeit, aber diese Kapitalisten zeigen sich widerspenstig und neigen zu jener besonderen Sorte von Patriotismus, die auf der einen Seite möglichst große Interessen vom Staat verlangt, auf der anderen Seite jedoch gern die öffentlichen Interessen mit ihren privaten zu identifizieren gewohnt ist. So bleiben die Bedingungen, unter denen die beabsichtigte französische Anleihe von 200 Millionen Franken erfolgen soll, vorläufig ungewiß.

Was Österreich betrifft, so gibt es keinen Zweifel, daß eines der Hauptmotive, die es veranlassen, sich gegenüber den Westmächten freundlich zu gebärden, die Hoffnung ist, auf diese Weise das Zutrauen der Finanzwelt wieder zu beleben und aus den finanziellen Schwierigkeiten herauszukommen. In der Tat hatte die offizielle Wiener Zeitung kaum ein paar Worte über die Neutralität Österreichs und das gute Einvernehmen mit Frankreich gesagt, als sie die Öffentlichkeit mit der Ankündigung überraschte, daß ein beträchtlicher Teil der sechs Millionen Acres umfassenden Kronländereien verkauft werden sollte, und ein Patent, vom 23. Februar 1854 datiert, publizierte, nach dem das gesamte mit Zwangskurs im Umlauf befindliche Staatspapiergeld im Betrage von

150 Millionen Gulden an die Nationalbank übertragen und nach Maßgabe des Begehrs von derselben in Banknoten umgewechselt wird, so daß nach Ablauf dieser Umwechslung alles mit Zwangskurs zirkulierende Staatspapiergeld eingezogen sein muß und kein neues Staatspapiergeld mit Zwangskurs von nun an mehr ausgegeben wird. Bei dieser Umwechslung haftet die Staatsverwaltung der Bank für das an sie übertragene und von ihr übernommene Staatspapiergeld, verpflichtet sich, alle aus dem Umwechslungsgeschäft erwachsenden Auslagen der Bank zu vergüten und zur Entrichtung einer jährlichen Summe von wenigstens 10 Millionen Gulden bis zur vollständigen Ausgleichung der so geschaffenen Haftungsschuld der Bank als Sicherheit eine Anweisung auf die Zolleinkünfte des Staates zu gewähren und in demselben Verhältnis, in welchem die Zölle in Metallgeld einfließen, die Ratenzahlung in Metallmünze zu zahlen. Gleichzeitig muß die Staatsverwaltung kräftig mitwirken, um die Bank in den Stand zu setzen, ihre Verbindlichkeit zu erfüllen und die Barzahlung wieder aufzunehmen. Inzwischen übernimmt die Bank, um den Banknotenbesitzern einen Weg zu eröffnen, ihre Banknoten nach Begehren in eine verzinsliche Schuld mit dem Bezug der Zinsen in Metallmünze umzugestalten, die Hinausgabe verzinslicher Schuldverschreibungen, die in allen Beziehungen wie Staatsschuldverschreibungen behandelt werden. Auch will die Staatsverwaltung die noch im Umlauf befindlichen Einlösungs- und Antizipationsscheine einberufen und ganz außer Umlauf setzen.

Die Umwandlung von Staatspapiergeld mit Zwangskurs in uneinlösbare Banknoten wird weder ihren Betrag vermindern noch ihre Qualität verbessern, sondern bloß die Bezeichnungen des ausgegebenen Papiergeldes vereinfachen. Da der Staat zur Einlösung des Papiergeldes im Besitz der gleichen Mittel ist, die er der Bank gewährt, würde er selbst von ihnen Gebrauch machen, wenn er nicht wüßte, daß das Mißtrauen zu ihm so groß ist, daß sein Kredit nur durch die Hilfe einer Bank aufgerichtet werden kann, die nicht Eigentum des Staates ist. So wächst die Abhängigkeit des Kaisers von den Juden der Wiener Bank in demselben Maß wie der militärische Charakter seiner Herrschaft. Im Januar 1852 verpfändete er ihnen die Salzbergwerke von Gmunden, Aussee und Hallein. Im Februar 1854 erhalten sie ein Pfandrecht auf die Zolleinnahmen der ganzen Monarchie. Schritt für Schritt wird die Bank der wirkliche und die Regierung nur mehr der nominelle Beherrscher

des Reiches. Je mehr Österreich sich geweigert, die Forderungen der Bourgeoisie nach Teilnahme an der politischen Macht zu erfüllen, um so tiefer muß es sich dem mitleidslosen Despotismus eines Teiles dieser Klasse beugen — der Finanziers.

Das Dekret, dessen Inhalt wir oben wiedergegeben haben, verkleidet einen neuen Anleiheversuch unter der Form einer Hilfeleistung für die Banknotenbesitzer, indem die Banknoten in verzinsliche Schuldverschreibungen umgewandelt werden, wobei die Zinsen in Metallmünze zahlbar sind. 1852 verbürgte sich die Regierung gleichfalls, verschiedene kleinere Zahlungen und Verbindlichkeiten in Metall zu begleichen, aber da sie die Steuern nur in Staatspapiergeld oder Banknoten erhielt, war sie gezwungen, in London und Frankfurt eine Anleihe von 35 Millionen aufzunehmen. Die neuen Anleihen vermehren natürlich das alte Defizit, und das erhöhte Defizit führt zu neuerlicher Ausgabe von Papiergeld, dessen Überfülle und damit verbundene Entwertung durch sie verhindert werden sollte. Der große Unterschied, den die Regierung zwischen Zahlung in Metallgeld und in Banknoten macht, ist ebensowenig geeignet, die Noten von ihrem üblen Ruf zu befreien, als die Vermehrung des Zirkulationsmittels der Bank um 150 Millionen sie in den Stand setzen kann, ihren Verpflichtungen nachzukommen und die Barzahlung wieder aufzunehmen. Der Staat soll die Bank in derselben Proportion in Metall zahlen, als die Zölle auf diese Weise entrichtet werden; aber es ist bekannt, daß nicht nur die österreichischen Bauern, sondern auch die Bürger in den kleineren Städten das Aufschatzen ebenso lieben wie die Chinesen und Indier; daß 1850 sogar Kupfergeld aufbewahrt wurde und daß 1852 alle Steuern in Papier gezahlt wurden, obwohl es ein Disagio von vollen 17 Prozent zu tragen hatte.

Wer in der Geschichte der österreichischen Finanzen bewandert ist, wird wohl weder in den Versprechungen des neuen Dekrets noch in den Ratschlägen, zu denen man seine Zuflucht nahm, etwas Neues finden können. Papiergeld wurde zum erstenmal in Österreich unter der Kaiserin Maria Theresia gegen das Ende des Siebenjährigen Krieges ausgegeben. Es bestand ursprünglich aus Bankozetteln, die von den Staatsbehörden gegen Silber eingewechselt wurden. 1797 führten die finanziellen Schwierigkeiten der Regierung in den Kriegen gegen Frankreich dazu, daß die Einlösbarkeit in Silber aufgehoben wurde. Während die erste Ausgabe unter Maria Theresia sich auf 12 Millionen Gulden belief, erreichte die Ge-

samtsumme der Bankozettel 1809 die Höhe von 1060793653 Gulden, ihre Entwertung in derselben Zeit das Maximum. Am 20. Februar 1811 veröffentlichte die Regierung ein Patent, wodurch die Bankozettel gänzlich aus dem Umlauf zurückgezogen und zum Kurse von 20 Prozent gegen ein neues Papiergeld, „Wiener Währung" genannt, eingelöst wurden (daher der Name: Einlösungsscheine). Die Regierung erklärte es zum eigentlichen Geld der Monarchie und versprach, daß es nie über den Betrag vermehrt werden sollte, der zum Umtausch der Bankozettel notwendig sei. Im Mai 1811 hatte die Wiener Währung bereits ein Disagio von 8 Prozent, und es wurden Antizipationsscheine ausgegeben: so genannt, weil ein Teil der Steuereinnahmen für 12 Jahre durch sie vorweggenommen wurde. Die erste Ausgabe betrug tatsächlich bloß 45 Millionen Gulden; zu ihrer Einlösung in 12 Jahren wurde eine jährliche Summe von 3,75 Millionen bestimmt, die von der Grundsteuer genommen werden sollte.

Aber als Folge des Krieges folgte rasch eine neue Ausgabe von Antizipationsscheinen der anderen, jede von einer Wertverminderung begleitet. 1815 erreichte das Silberagio eine Höhe von 400 Prozent gegenüber der Wiener Währung. Am 2. Juni 1816 erschien ein kaiserliches Patent, das erklärte, der Staat werde in Zukunft nicht mehr zu uneinlösbarer Papierwährung seine Zuflucht nehmen; das in Umlauf befindliche Papiergeld sollte aus der Zirkulation zurückgezogen und Metallgeld als die Grundlage der Währung ausgegeben werden. Diese Versprechungen zu erfüllen, wurde die privilegierte Nationalbank am 18. Januar 1818 definitiv errichtet, nachdem der Staat mit ihr eine Vereinbarung getroffen hatte, durch die er sich verpflichtete, das uneinlösbare Papiergeld umzutauschen. Und trotzdem hören wir im Juni 1852 den Finanzminister in dem Regierungsorgan verkünden, daß Zwangsanleihen, außerordentliche Steuern, Verminderung des Geldwertes in Zukunft vollkommen ausgeschlossen sein sollten; österreichisches Papier werde, wenn nicht gerade in der Gegenwart, so gewiß zukünftig ohne Verlust gegen Metallgeld eingetauscht werden, und die neu beabsichtigten Anleihen sollten dazu dienen, daß das Staatspapiergeld beseitigt und die Staatsschulden an die Bank bezahlt würden. Es kann kein besseres Zeugnis für die Hohlheit solcher Versprechen geben als ihre periodische Wiederkehr.

Zur Zeit Maria Theresias war der österreichische Staat stark genug, seine eigenen Papierzettel auszugeben, die in Münze einlösbar waren

und sogar ein Agio gegen Silber hatten. 1810 mußte der Staat, um sein Papiergeld einzulösen, eine privilegierte Bank errichten, Eigentum privater Kapitalisten; sie empfing Vorteile, die dem Staat sehr lästig fielen, war aber zur Ausgabe von einlösbaren Noten verpflichtet. 1854 ruft die Regierung eine Bank zu Hilfe, deren Noten ebenso entwertet und uneinlösbar geworden sind wie die des Staates selbst.

Obwohl Österreich sich von 1815 bis 1846 fast ununterbrochenen Friedens und innerer Ruhe erfreute, fand doch der erste Stoß nach dieser langen Periode es gänzlich unvorbereitet. Der Krakauer Aufstand und die Unruhen in Galizien Ende Februar 1846 steigerten die öffentlichen Ausgaben um mehr als 10 Millionen gegenüber 1845. Die Kosten des Heeres waren der wichtigste Grund für diese Vermehrung; sie betrugen 1845 50624120 Gulden, stiegen aber im nächsten Jahre um 7 Millionen, während die Ausgaben für die Zivilverwaltung in der Provinz um 2 Millionen wuchsen. 1847 führten die Handelskrise und die schlechte Ernte zu einer beträchtlichen Verminderung der Steuereinnahmen, während das Heeresbudget hauptsächlich infolge der italienischen Unruhen auf 64 Millionen stieg. 1848 und 1849 waren die Einnahmen aus allen Provinzen verloren, dazu kamen die Kriegskosten in Italien und Ungarn. Das Defizit betrug 1848 45 Millionen, im folgenden Jahre 121 Millionen. Dreiprozentige Kassenanweisungen mit Zwangskurs im Betrage von 76 Millionen wurden 1849 ausgegeben. Lange vorher hatte die Bank die Barzahlungen eingestellt, und ihre Emissionen wurden vom Staat als uneinlösbar erklärt. 1850 gab ein Defizit von 54 Millionen, und die Gefahr eines Krieges mit Preußen brachte dem Papiergeld ein Disagio von 60 Prozent. Die Gesamtsumme der in den Jahren 1849 bis 1851 ausgegebenen Staatsnoten betrug 219 Millionen. 1852 war das Defizit um 8 Millionen größer als 1848 und um 46 Millionen größer als 1847. 1851 betrug das Heeresbudget 106 Millionen, war also annähernd doppelt so hoch als 1847. 1852 betrugen die Ausgaben für die Polizei mehr als 9 Millionen, das Vierfache von 1846. Auch 1853 stiegen die Kosten von Polizei und Heer.

Das wirkliche Problem ist nicht, wie Österreich in diese finanzielle Sackgasse hineinkam, sondern wie es, so in Papierwährung und Schulden verstrickt, dennoch den offenen Bankrott vermeiden konnte. Im Jahre 1850 betrug die Staatseinnahme 196 Millionen Gulden, um 74 mehr als 1848 und um 42 mehr als 1849. Im Jahre 1851 betrug die Staats-

einnahme 219 Millionen, um 23 mehr als 1850. Im Jahre 1852 erreichte die Staatseinnahme die Summe von 226 Millionen, ein Zuwachs im Vergleich mit 1851 von mehr als 6 Millionen. Wir sehen also, daß die Staatseinnahmen, obwohl nicht immer in der gleichen Proportion wie 1850, fortwährend wachsen.

Woher dieses Steigen der Einnahmen? Wenn man von den außerordentlichen Einnahmen aus der sardinischen Kriegsentschädigung und den lombardisch-venezianischen Konfiskationen absieht, so hat die Umwandlung des österreichischen Bauern in einen freien Grundbesitzer die Steuerkraft des flachen Landes und die Einnahmen aus der Grundsteuer erhöht. Gleichzeitig hat die Abschaffung der Patrimonialgerichte dem Staat das Einkommen zugewendet, dessen sich früher die Aristokratie aus der ihr zustehenden Justizgewalt erfreute, und diese Einkommensquelle floß seit 1849 beständig stärker. Ferner stammt eine beträchtliche Vermehrung aus der Einkommensteuer, die durch das Patent vom 29. Oktober 1849 eingeführt wurde. In den italienischen Provinzen Österreichs hat sich diese Steuer als besonders ergiebig erwiesen. 1852 zum Beispiel betrug die Steigerung der Einkommensteuer in den deutschen und slawischen Provinzen 601 366 Gulden, in den italienischen allein 639 924 Gulden. Die wichtigste Ursache aber, die Österreich vor dem formellen Bankrott bewahrt hat, ist jedenfalls die Unterwerfung Ungarns und seine Gleichstellung mit den übrigen Provinzen hinsichtlich der Besteuerung.

Die Grundlage des ganzen österreichischen Steuersystems bildet wohl die Grundsteuer. Am 23. Dezember 1817 erschien ein kaiserliches Patent, in dem Kaiser Franz seinen Entschluß verkündete, die Grundsteuer für alle seine deutschen, slawischen und italienischen Provinzen gleichförmig zu gestalten. In einem Paragraphen dieses Patents ist angeordnet, daß in Zukunft keine Befreiungen von der Grundsteuer „mit Rücksicht auf die persönliche Eigenschaft der Grund- oder Hausbesitzer" gewährt werden sollten, und im ganzen handelte man nach diesem Grundsatz. Im Erzherzogtum Österreich wurde der neue Kataster 1834 eingeführt, und dies war das erste Erbland, wo das neue System in Kraft trat. Die österreichische Lombardei besaß einen ausgezeichneten Kataster aus der Zeit Karls VI., den Censimento Milanese. Ungarn aber und Siebenbürgen trugen keineswegs in gleicher Weise wie die übrigen Provinzen des Reiches zur Grundsteuer und zu anderen Steuern bei. Nach der ungarischen Verfassung hatten die, welche den weitaus größten Teil des Landes be-

saßen, keinerlei direkte Steuer zu zahlen, und mehrere der indirekten Steuern, welche den übrigen Ländern auferlegt waren, drückten Ungarn und Siebenbürgen nicht schwer. Die Bevölkerung Ungarns, Siebenbürgens und der Militärgrenze betrug 1846 14549958, die der anderen Länder 22901675 Menschen, so daß jene sieben Achtzehntel der ganzen Einnahmen hätten beisteuern sollen. Aber sie brachten 1846 bloß 23 Millionen auf, was von den Gesamteinnahmen im Betrage von 164 Millionen nur ein Siebentel ausmachte. Die ungarischen Provinzen umfassen 5855 von den 12133 deutschen Quadratmeilen, die die Fläche der österreichischen Monarchie ausmachen, also die Hälfte ihrer Ausdehnung.

Kaiser Joseph II., dessen großes Ziel die Zentralisation und völlige Germanisierung des Reiches war, hatte aus eigener Machtvollkommenheit Neuerungen in Ungarn eingeführt, die das Land in gleiche Stellung mit den übrigen Provinzen bringen sollten. Aber seine Maßregeln wirkten auf die ungarische Öffentlichkeit derart, daß er am Ende seines Lebens sogar fürchtete, die Ungarn würden rebellieren gleich den Niederländern.

Die Kaiser Leopold II., Franz I. und Ferdinand I. wagten es nicht, das gefährliche Experiment zu wiederholen. Diese Tatsache, die Hindernisse, welche die ungarische Verfassung einer steuerlichen Gleichstellung bereitete, hörten zu wirken auf, nachdem die ungarische Revolution mit russischer Hilfe erstickt worden war. Kaiser Franz Joseph hatte niemals auf die ungarische Verfassung geschworen; nun zum Kaiser an Ferdinands Stelle gemacht, weil er dies nie getan hatte, führte er auf einmal die Grundsteuer ein, so wie sie in den anderen Kronländern bestand. Außerdem wurde durch die Beseitigung der ungarischen Zwischenzollinie am 1. Oktober 1850 die Monarchie in bezug auf Zölle und Abgaben ein einziges Territorium. Die Verzehrungssteuer und das Tabakmonopol wurden gleichfalls hier am 1. März 1851 eingeführt. Die Zunahme der indirekten Steuern allein in den ungarischen Provinzen betrug 1851 11,5, 1852 ungefähr 8 Millionen.

Das unerschütterliche Ergebnis ist also, daß am Besitze Ungarns und der Lombardei nicht bloß die politische, sondern auch die ökonomische Existenz der österreichischen Monarchie hängt; mit ihrem Verlust wird der lang verzögerte Staatsbankrott unvermeidlich.

Der russische Rückzug.

Leitartikel, New York Tribune, 30. März 1854.

Die Russen haben sich von Kalafat zurückgezogen und haben, wie es heißt, ihren ganzen Operationsplan geändert. Das ist das glorreiche Ende der Anstrengungen und Gefahren eines dreimonatigen Feldzugs, der die letzten Ressourcen der Walachei vollständig erschöpfte. Das ist die Frucht jenes unbegreiflichen Marsches in die kleine Walachei, den man, wie es scheint, mit gänzlicher Außerachtlassung der elementarsten Regeln der Strategie unternahm. Um Kalafat, einen einfachen Brückenkopf zu nehmen, den die Türken am linken Donauufer besetzt hielten, wurde die Hauptmasse der russischen Armee an ihrer äußersten Rechten konzentriert, und zwar in der Weise, daß das geschwächte Zentrum und die Linke jedem zufälligen Angriff des Feindes preisgegeben waren; zudem wurde dort ein Grad von Gleichgültigkeit gegen alle Verbindungs- und Rückzugslinien an den Tag gelegt, der seinesgleichen in der Geschichte der Kriegführung nicht hat. Wie es kam, daß Omer-Pascha aus diesem Mißgriff keinen Vorteil zog, haben wir schon gezeigt. Wie es kam, daß die Russen trotz alledem sich schimpflich zurückziehen mußten, ohne ihren Zweck erreicht zu haben, will ich jetzt darlegen. Wir nennen es einen schimpflichen Rückzug, weil ein prahlerisch angekündigter Vormarsch, der nur durch eine drohende Aufstellung gekrönt wurde, und der mit einem ruhigen und bescheidenen Rückzug endete, ohne daß es auch nur zu dem Versuch eines ernsthaften Gefechts gekommen wäre — weil eine Aktion, die aus nichts als einer ununterbrochenen Reihe von Irrtümern und Fehlern bestand, bei der nichts anderes herauskommt, als daß der General sich davon überzeugt, er sei ein kompletter Narr gewesen, im höchsten Grade schimpflich ist. Und jetzt zur Sache selbst.

Die Russen hatten Ende 1853 folgende Truppen in der Walachei, Moldau und Beßarabien: 1. Das vierte Armeekorps (Dannenberg), drei Divisionen Infanterie, eine Division Kavallerie, vier Artilleriebrigaden; Summe nach Abzug der Verluste 45000 Mann. 2. Vom fünften Armeekorps (Lüders) eine Division Infanterie, eine Division Kavallerie, zwei Artilleriebrigaden; sagen wir 15000 Mann. 3. Drittes Korps (Osten-Sacken) drei Divisionen Infanterie, eine Division Kavallerie, vier Artilleriebrigaden; sagen wir 55000 Mann. Totalsumme etwa 115000 Mann, ungerechnet die Nichtkombattanten und eine Division vom Korps

Lüders in der Umgebung von Odessa, die zum Garnisonsdienst notwendig und daher nicht mitzuzählen ist.

In den Fürstentümern waren bis Anfang Dezember die Truppen unter Dannenberg und Lüders die einzigen Streitkräfte. Das Nahen des Korps Osten-Sacken sollte das Signal zu der großen Konzentration und zum Angriff auf Kalafat sein. Seine Stelle am Bug und am Pruth sollte durch das sechste Korps (Tschaadajeff) ausgefüllt werden, das von Moskau her unterwegs war. Nach der Vereinigung mit diesem letzteren Korps hätte die Donauarmee etwa aus 170000 Mann bestanden, hätte aber noch verstärkt werden können, wenn die neu ausgehobenen Rekruten aus den südwestlichen Provinzen gleich an den Kriegsschauplatz beordert worden wären. Dem russischen Befehlshaber schienen jedoch 115000 bis 120000 Mann ausreichend, um die ganze Linie von Braila bis Nikopolis zu verteidigen und noch eine genügende Zahl von der äußersten Rechten zu erübrigen, die für einen Angriff auf Kalafat konzentriert werden sollten. Als diese Aktion gegen Ende Dezember begann, konnte Kalafat kaum mehr als 10000 bis 12000 Verteidiger beherbergen, nebst 8000 weiteren in Widdin, an deren Unterstützung man zweifeln konnte, da sie in der schlechten Jahreszeit einen reißenden Fluß zu überschreiten hatten. Die Langsamkeit der russischen Bewegungen, die Unentschiedenheit des Fürsten Gortschakoff, vor allem aber die Kühnheit und Tatkraft Ismail-Paschas, des Kommandeurs von Kalafat, erlaubten den Türken, etwa 40000 Mann an dem bedrohten Punkte zusammenzuziehen und Kalafat aus einem einfachen Brückenkopf, der dem Ansturm der zweifachen Zahl seiner Verteidiger hätte erliegen müssen, in eine Befestigung zu verwandeln, die mindestens 30000 Mann beherbergen konnte und jedem Angriff außer einer regelrechten Belagerung widerstand. Man hat mit Recht behauptet, es sei der höchste Triumph in der Konstruktion einer Feldbefestigung, wenn der Feind seine Laufgräben gegen sie eröffnen müsse. Wenn die Russen dennoch ihre Laufgräben nicht öffneten, so war es nur, weil sie selbst in der Anwendung dieses äußersten Mittels keine Möglichkeit sahen, Kalafat in der von ihnen für diese Operation angesetzten Zeit zu nehmen. Kalafat wird von nun an in einer Reihe stehen mit Friedrichs II. Lager von Bunzelwitz, mit den Linien von Torres Vedras und mit den Verschanzungen des Erzherzogs Karl hinter Verona, und es wird für alle Zeiten als klassisches Beispiel der Feldbefestigungskunst in der Kriegsgeschichte zitiert werden.

Betrachten wir nun die Mittel der Russen für den Angriff. Daß sie allen Ernstes Kalafat nehmen wollten, zeigt der Park von Festungsartillerie, den sie bis Krajowa transportierten. Vorübergehend sei bemerkt, daß es eine der vielen militärischen Unbegreiflichkeiten ist, die nur durch diplomatische Einflüsse zu erklären sind, daß Omer-Pascha diese Kanonen unbehelligt kommen und gehen ließ. Das einzige, was die Russen jetzt brauchten, war eine Truppenmasse, die genügte, die Türken in die Enge zu treiben, die Laufgräben und Batterien zu beschützen und, sobald eine Bresche geschaffen war, sie zu erstürmen. Auch hier handelte Ismail-Pascha als energischer und geschickter Feldherr. Sein Ausfall auf Tschetate am 6. Januar, sein kraftvoller Angriff, der mit der Niederlage einer überlegenen russischen Macht endete, die wiederholten Angriffe ähnlicher Art, die er, während die russische Konzentration vor sich ging, so lange fortsetzte, bis er von einer überlegenen Macht auf seiner kleinen Donauhalbinsel gänzlich blockiert war — kurz, sein System, sich durch konzentrierte Offensivstöße gegen einzelne Punkte der russischen Linie zu verteidigen und dabei den Feind im kleinen, soweit er konnte, aufzureiben, war gerade das, was ein Heerführer in seiner Lage tun mußte, und bildet einen erfreulichen Gegensatz zu Omer-Paschas vorhergehender Verteidigung bei Oltenitza oder zu dessen träger Untätigkeit während der ganzen Zeit an der unteren Donau. Denn wenn dieser auch hier und dort kleine Angriffe machte, die, wie es scheint, nie im richtigen Moment abgebrochen, sondern mehrere Tage lang an demselben Punkt mit blinder Hartnäckigkeit fortgesetzt wurden, selbst wenn sie kein Resultat versprachen, so zählten diese kleinen Angriffe doch nicht, denn worauf es angekommen wäre, war eine Operation von 40000 bis 60000 Mann jenseits der Donau.

In der zweiten Hälfte Januar vollendeten trotz alledem die Russen ihre Konzentration um Kalafat. Augenscheinlich waren sie im offenen Felde die Überlegeneren und müssen daher dort etwa 30000 oder 40000 Mann gehabt haben. Zieht man nun diese von 115000 ab und dann noch sagen wir weitere 20000 oder 30000 für die Verteidigung der Linie von Braila bis an die See, so bleiben für die ganze große Walachei inklusive die Garnisonen etwa 50000 bis 65000 Mann, eine Armee, die bei weitem nicht zur Verteidigung einer so langen Angriffslinie und zu einer Verbindungslinie ausreicht, die in einer kurzen Entfernung hinter ihr mit der Angriffslinie parallel läuft. Ein kräftiger

Angriff an irgendeinem Punkt, selbst mit einer kleineren Armee als diese 65000 Mann, hätte nur mit einer gänzlichen Vernichtung aller dieser verstreuten russischen Korps und mit der Wegnahme der gesamten russischen Magazine enden können. Omer-Pascha wird sich früher oder später rechtfertigen müssen, aus welchen Gründen er eine solche Gelegenheit verpaßte.

Trotz aller ihrer Bemühungen konnten also die Russen vor Kalafat nur so viel Truppen konzentrieren, um die türkischen Außenposten zurückzutreiben, nicht aber das Bollwerk selbst anzugreifen. Sie brauchten beinahe fünf Wochen, um diesen momentanen und trügerischen Erfolg zu erringen. General Schilders von der Genietruppe war mit bestimmten Befehlen nach Kalafat beordert. Er kam, sah und beschloß, nichts zu tun, ehe nicht die Ankunft Tschaadajeffs einen Zuzug von frischen Truppen aus dem Zentrum und dem linken Flügel gestattete. Fünf Wochen standen die Russen in dieser gefährlichen Position, Flanken und Rücken ungedeckt, als provozierten sie förmlich den Angriff, dem sie keinen Augenblick hätten standhalten können. Und fünf Wochen stand Omer-Pascha, ihre Flanken und ihren Rücken bedrohend, in einer Position, in der er ohne Brillen oder Ferngläser ihre Schwäche sehen konnte, und tat nichts. Dieses System der modernen Kriegführung unter der Gönnerschaft der verbündeten Mächte, wahrhaftig, das begreife wer kann!

Plötzlich erreicht uns die Nachricht, die Russen seien in vollem Rückzug von Kalafat begriffen. Darauf großes Geschrei der englischen Zeitungen, das sei ein Erfolg unserer Alliierten, der Österreicher, die im Rücken der Russen in Transsylvanien eine Armee konzentriert hätten! Es sei also ein Erfolg des glorreichen österreichischen Bündnisses, das seinerseits wieder ein Erfolg der glorreichen Politik Lord Aberdeens sei. Aber alsbald zeigt ein authentisches österreichisches Manifest, daß gar kein österreichisches Bündnis existiert, und daß die Österreicher nichts darüber gesagt haben und bis jetzt selbst noch nicht zu wissen scheinen, zu welchem Zweck sie diese Armee dorthin schickten, wo sie ist. Und folglich sind unsere britischen Zeitgenossen in höchster Ungewißheit über die Ursache des russischen Rückzugs. Was aber ist seine Ursache? Nun, einfach folgendes: Französische und britische Truppen sollen nach Konstantinopel gehen. Nichts leichter oder einfacher, als sie von dort nach Odessa oder Beßarabien zu schicken und die Verbindungen der Russen abzuschneiden.

Wie harmlos auch die wirklichen Absichten der Koalition sein mögen, der Druck von außen kann sie zu ernstlichem Handeln zwingen. Gortschakoff traut offenbar der rein diplomatischen Mission der westlichen Armeen nicht. Wäre er auch Englands ganz sicher, Frankreichs könnte er es nicht sein. Wäre er auch aller Kabinette sicher, der Generale könnte er es nicht sein. Er könnte Flankenmärsche riskieren, solange nur die Türken da sind; kämen aber erst französische und britische Truppen und bedrohten seine Flanken, dann erschiene ihm die Geschichte schon ernsthafter. Folglich wurde Tschaadajeffs Marsch unterbrochen, damit er oberhalb Odessas ein Lager von 30000 oder 40000 Mann errichte. Folglich kann er für den Pruth oder Sereth keine Truppen liefern. Folglich können keine Truppen kommen, um Gortschakoff vor Kalafat zu verstärken. Folglich wird der Angriff auf diesen Ort zur Unmöglichkeit. Folglich muß sich Fürst Gortschakoff in ebenso guter Ordnung zurückziehen, als er erschien. Und so endet die große Tragikomödie des russischen Marsches gegen Kalafat.

Die Dokumente über die Teilung der Türkei.

London, 21. März 1854 (N. Y. T., 5. April 1854).

Ein sehr wichtiges Ereignis ist die erzwungene Veröffentlichung der Geheimkorrespondenz der Minister, die sie während der ersten drei Monate ihrer Tätigkeit mit dem russischen Kaiser führten, wie auch des Memorandums über das Interview zwischen dem Zaren und Lord Aberdeen im Jahre 1844, das dieser infolge einer Herausforderung des Journal de St. Petersbourg veröffentlichte.

Ich beginne mit einer Analyse der Denkschrift des Grafen Nesselrode an die englische Regierung, gegründet auf Mitteilungen des Kaisers von Rußland nach dessen Besuch in England im Juni 1844. Der gegenwärtige Statusquo des Ottomanischen Reiches „verträgt sich am besten mit dem allgemeinen Interesse und der Erhaltung des Friedens". England und Rußland sind darin der gleichen Meinung und vereinigen daher ihre Anstrengungen, diesen Statusquo zu erhalten. „Zur Erreichung dieses Zweckes ist das wesentlichste, die Pforte in Ruhe zu lassen, ohne sie durch diplomatische Plackereien nutzlos aufzuregen, und sich, wenn nicht eine absolute Notwendigkeit vorliegt, nicht in ihre inneren Angelegenheiten zu mischen." Wie soll nun dieses „System der Schonung" erfolg-

reich durchgeführt werden? Erstens soll Großbritannien sich der Auslegung nicht widersetzen, die Rußland für gut findet, seinen Verträgen mit der Pforte zu geben, sondern soll die letztere im Gegenteil zwingen, in Gemäßheit jener Verträge so zu handeln, wie Rußland es verlangt; zweitens soll es Rußland gestattet sein, „unaufhörlich“ zwischen dem Sultan und seinen christlichen Untertanen sich einzumischen. Mit einem Wort, das System der Schonung gegen die Pforte bedeutet ein System der Duldung gegen Rußland. Diese seltsame Zumutung wird selbstverständlich nicht in nackten Worten ausgedrückt.

Die Denkschrift tut so, als ob sie von „allen Großmächten“ spräche, gibt aber dabei deutlich zu verstehen, daß außer Rußland und England keine Großmächte existieren. Von Frankreich heißt es: „Es wird sich in die Notwendigkeit finden müssen, sich dem zwischen St. Petersburg, London und Wien verabredeten Verfahren anzubequemen.“ Österreich wird als bloßes Anhängsel Rußlands dargestellt, das kein eigenes Leben, keine eigene Politik hat, sondern „durch das Prinzip der vollkommenen Solidarität (perfect identity) mit der Rußlands eng verbunden ist“. Preußen wird als Null betrachtet und als solche gar nicht erst erwähnt. „Alle Großmächte“ ist also nichts als eine rhetorische Floskel für die Kabinette von St. Petersburg und London, und die Verhaltungsmaßregeln, auf die sich alle Großmächte einigen sollen, sind nichts anderes als die Verhaltungsmaßregeln, die St. Petersburg vorschreibt und die London befolgen soll. Die Denkschrift sagt: „Die Pforte hat ein beständiges Streben, sich von den Verbindlichkeiten loszumachen, welche ihr die mit den anderen Mächten geschlossenen Verträge auferlegen. Sie hofft es ungestraft zu tun, weil sie auf die gegenseitige Eifersucht der Kabinette zählt. Sie glaubt, daß, wenn sie ihren Verbindlichkeiten gegen eins derselben nicht nachkommt, die anderen sich mit ihrem Streitfall identifizieren und sie gegen jede Verantwortlichkeit decken werden. Es ist wesentlich, die Pforte nicht in dieser Täuschung zu bestärken. So oft sie ihren Verpflichtungen gegen eine der Großmächte nicht nachkommt, ist es im Interesse aller, sie ihren Irrtum fühlen zu lassen und sie ernstlich zu ermahnen, dem Kabinett, das eine gerechte Genugtuung verlangt, sein Recht angedeihen zu lassen. Sowie die Pforte sich nicht durch die anderen Kabinette unterstützt sieht, wird sie nachgeben, und die entstandenen Zwistigkeiten werden sich auf dem Wege der Versöhnung ausgleichen, ohne daß ein Zusammenstoß daraus entspringt.“

Das ist die Formel, mit der man sich an England wendet, damit es Rußland in seiner Politik beistehe, der Türkei auf Grund seiner alten Verträge neue Konzessionen zu entreißen.

„Bei der gegenwärtigen Lage der Geister in Europa konnten die Kabinette nicht mit Gleichgültigkeit zusehen, daß die christlichen Völkerschaften in der Türkei auffallenden Handlungen der Plackerei und religiöser Unduldsamkeit ausgesetzt werden. Diese Wahrheit muß man die osmanischen Minister unablässig fühlen lassen und sie überzeugen, daß sie auf die Freundschaft und den Beistand der Großmächte zählen können nur unter der Bedingung, daß sie die christlichen Untertanen der Pforte mit Duldsamkeit und Milde behandeln.

Geleitet durch diese Prinzipien müssen die fremden Vertreter in einem vollkommenen Geist der Eintracht untereinander handeln. Wenn sie bei der Pforte Vorstellungen erheben, so muß ihnen das Gepräge eines echten Charakters von Einmütigkeit aufgedrückt sein, ohne das einer exklusiven Übermacht an sich zu tragen."

In dieser milden Form wird England gelehrt, Rußlands Ansprüche auf ein kirchliches Protektorat über die Christen in der Türkei zu unterstützen.

Nachdem es so die Prämissen für seine „Politik der Schonung" entwickelt hat, kann Rußland seinem Vertrauten nicht verhehlen, daß gerade diese Schonung sich als verhängnisvoller erweisen könnte als jede Angriffspolitik und schrecklich dazu beitragen könnte, alle „Elemente der Zersetzung" zu entwickeln, die das Ottomanische Reich bereits enthält: so daß eines schönen Morgens „unvorhergesehene Umstände seinen Fall beschleunigen können, ohne daß es in der Macht der befreundeten Kabinette steht, ihn zu verhindern".

Dann wird die Frage aufgeworfen, was getan werden müßte, falls solche unvorhergesehene Umstände eine endgültige Katastrophe in der Türkei herbeiführten?

Da wird nun gesagt, falls der Zusammenbruch der Türkei unmittelbar bevorstände, sei das einzig Notwendige, daß „England und Rußland sich vorher verständigen, ehe sie zu Taten schreiten".

Auf diese Auffassung, so versichert uns die Denkschrift, „habe man sich während des letzten Aufenthalts des Kaisers in London im Prinzip geeinigt" [in den langen Konferenzen, die der Autokrat mit dem Herzog von Wellington, Sir Robert Peel und dem Earl von Aberdeen abhielt]. „Das Resultat war die eventuelle Verpflichtung, daß, wenn sich

etwas Unerwartetes in der Türkei ereignen sollte, Rußland und England sich vorher gemeinsam über den Weg einigen sollten, den man gemeinsam einschlagen wolle."

Was bedeutet nun diese eventuelle Verpflichtung? Erstens, Rußland und England sollen schon im vorhinein über die Teilung der Türkei zu einem gemeinsamen Einverständnis gelangen; zweitens soll in einem solchen Fall England sich verpflichten, eine heilige Allianz mit Rußland und Österreich, dem Alter ego Rußlands, gegen Frankreich einzugehen, das „genötigt", das heißt gezwungen wäre, in Übereinstimmung mit ihnen zu handeln. Das natürliche Ergebnis einer solchen gemeinsamen Verständigung wäre die Verwicklung Englands in einen mörderischen Krieg mit Frankreich, so daß natürlich Rußland vollkommen freie Hand hätte, seine eigene Politik in der Türkei zu verfolgen.

Immer und immer wieder wird großer Nachdruck auf die „unvorhergesehenen Umstände" gelegt, die den Zusammenbruch der Türkei beschleunigen können. Am Ende der Denkschrift verschwindet jedoch diese mysteriöse Phrase und macht der deutlicheren Wendung Platz: „Da wir voraussehen, daß das Ottomanische Reich zusammenbrechen muß, so müssen England und Rußland sich vorher ins Einvernehmen miteinander setzen usw. usw. . . ." Der einzige unvorhergesehene Umstand war also die unvorhergesehene Erklärung Rußlands, daß das Ottomanische Reich zusammenbrechen müsse. Die Hauptsache, die durch diese eventuelle Verpflichtung erreicht wird, ist die an Rußland gewährte Freiheit, im gegebenen Moment den plötzlichen Zusammenbruch der Türkei vorauszusehen und England zum Eintritt in Verhandlungen über das gemeinsame Einverständnis darüber zu zwingen, daß eine solche Katastrophe unmittelbar bevorsteht.

Demgemäß wird jetzt, etwa zehn Jahre nach der Abfassung der Denkschrift, England gebührend davon in Kenntnis gesetzt, daß die Lebensfähigkeit des Ottomanischen Reichs auf immer dahin ist, und daß jetzt der Augenblick gegeben sei, sich des früher vereinbarten Zusammenwirkens zu erinnern, Frankreich auszuschließen, das heißt hinter dem Rücken Frankreichs und der Türkei zu konspirieren. Mit dieser Eröffnung beginnt die Reihe der zwischen St. Petersburg und dem Koalitionskabinett ausgetauschten geheimen und vertraulichen Dokumente.

Sir G. H. Seymour, der britische Gesandte in St. Petersburg, sendet am 11. Januar 1853 seine erste geheime und vertrauliche Depesche an

Lord J. Russell, den damaligen Minister des Auswärtigen. Am Abend des 9. Januar hatte er die „Ehre", den Kaiser im Palast der Großfürstin Helene zu sehen, die sich herabgelassen hatte, Lady Seymour und ihn einzuladen, damit er mit der kaiserlichen Familie zusammenträfe. Der Kaiser trat huldvollst auf ihn zu und drückte seine größte Freude über die Nachricht von der Bildung des Koalitionskabinetts aus, dem er ein langes Leben wünsche; er bat den Gesandten, dem alten Aberdeen seine Gratulation zu vermelden und dem Lord John Russell einzuschärfen, „es sei von außerordentlicher Wichtigkeit, daß die zwei Regierungen — die englische Regierung und ich — ich und die englische Regierung — im besten Einvernehmen seien, und daß die Notwendigkeit nie größer gewesen sei als in diesem Augenblick".

Man bedenke, diese Worte wurden im Januar 1853 gesprochen, gerade zu der Zeit, wo Österreich, das gemäß der Denkschrift „mit Rußland durch das Prinzip der vollkommenen Solidarität eng verbunden ist, soweit es sich um die Türkei handelt", ganz offenkundig mit der Türkei wegen Montenegro Händel suchte.

„Wenn nur wir einig sind," sagte der Zar, „so ist es im Grund nebensächlich, was die anderen denken oder tun." „Die Türkei", fuhr er in heuchlerisch-teilnahmsvoller Weise fort, „ist in einem sehr kritischen Zustand und kann uns allen noch sehr viel zu schaffen geben." Nachdem er das gesagt hatte, schüttelte der Zar dem Sir H. Seymour sehr gnädig die Hand, als ob er Abschied nehmen wollte. Aber Sir Hamilton, „dem sogleich der Gedanke kam, daß die Unterredung unvollständig sei", nahm sich „die große Freiheit", den Herrscher aller Reußen untertänigst zu bitten, „sich über die türkische Frage etwas näher auszulassen". „Worte und Gebärden des Kaisers, obgleich noch immer sehr gnädig," bemerkt der Beobachter, „bezeugten, daß Majestät nicht die Absicht habe, mit mir von der Demonstration zu sprechen, die er im Begriff steht, im Süden des Reichs zu machen."

Man beachte, daß Sir Hamilton schon in seiner Depesche vom 7. Januar 1853 die englische Regierung verständigte, „daß das fünfte Armeekorps Order bekommen habe, an die Grenze der Donauprovinzen vorzurücken, und daß das vierte Korps Befehl erhalten würde, für den Bedarfsfall sich marschbereit zu halten". Und am 8. Januar 1853 depeschierte er, daß Nesselrode sich ihm gegenüber über „die Notwendigkeit" ausgesprochen habe, „daß die Diplomatie Rußlands durch eine machtvolle

Demonstration unterstützt würde". Sir Hamilton fährt dann in seiner Depesche fort: „Der Kaiser sprach sich anfangs zögernd, dann aber ganz offen und ungescheut zu mir folgendermaßen aus: Die Angelegenheiten der Türkei sind in einem Zustand großer Zerrüttung. Das Land droht zusammenzubrechen. Sein Untergang wird ein großes Unglück sein, und es ist wichtig, daß England und Rußland zu einem vollkommenen Einverständnis kommen, und daß keine der zwei Mächte ohne Vorwissen der anderen einen entscheidenden Schritt tue. Glauben Sie. — ... Sehen Sie, rief der Kaiser aus, wir haben einen kranken Mann unter unseren Händen — einen sehr kranken Mann. Es wäre, ich sage es Ihnen frei heraus, ein großes Unglück, wenn er uns eines Tages entgleiten sollte, zumal ehe alle notwendigen Vorkehrungen getroffen wären. Doch ist es jetzt nicht an der Zeit, diese Sache mit Ihnen zu besprechen."

Dieser Bär hält den Patienten für so schwach, daß er ihn auffressen muß. Sir Hamilton, etwas erschrocken über diese „unerwartete" Diagnose des moskowitischen Arztes, antwortet als echter Höfling: „Euer Majestät sind so gnädig, daß Sie mir erlauben werden, noch eine Bemerkung zu machen. Euer Majestät sagen, der Mann sei krank; das ist sehr wahr. Aber Euer Majestät werden geruhen, mir zu verzeihen, wenn ich die Bemerkung wage, daß es Sache des großmütigen und starken Menschen ist, den kranken und schwachen zu schonen."

Der britische Gesandte tröstet sich dann mit dem Gedanken, daß seine Übereinstimmung mit dem Zaren in der Beurteilung der Türkei und deren Krankheit und sein Appell um Schonung für den kranken Mann „den Kaiser wenigstens nicht verletzt habe". So endet Sir H. Seymours Bericht über seine erste vertrauliche Unterredung mit dem Zaren; wenn er aber auch darin sich nur als vollendeter Höfling zeigt, ist er doch verständig genug, sein Kabinett zu warnen und ihm folgendes zu sagen: „Jede derartige Eröffnung zielt nur darauf ab, ein Dilemma hervorzurufen. Das Dilemma scheint mir darin zu liegen: Wenn unsere Regierung sich mit Rußland nicht darüber verständigt, was im Falle eines plötzlichen Zusammenbruchs der Türkei geschehen soll, so wird sie keine Ursache haben, sich zu beklagen, wenn sich daraus für England unangenehme Folgen ergeben sollten. Läßt sich unsere Regierung im Gegenteil auf die Erörterung solcher Eventualitäten ein, so macht sie sich gewissermaßen zum mitwirkenden Faktor bei einer Katastrophe, die so lange als möglich hinauszuschieben von größter Wichtigkeit ist."

Sir Hamilton schließt seine Depesche mit folgendem epigrammatischen Ausspruch: „Das Resümee aus dem Gesagten ist vermutlich das: Für England ist ein inniges Einverständnis mit Rußland wünschenswert, jedoch mit dem Endziel, den Sturz des Osmanischen Reichs zu verhindern; während es Rußland lieber wäre, wenn durch dieses Einverständnis Ereignisse geschaffen würden, die den Sturz der Türkei nach sich zögen."

In einer vom 22. Januar 1853 datierten Depesche an Lord J. Russell teilt Sir G. H. Seymour mit, daß er am 14. Januar eine neuerliche vertrauliche Unterredung mit dem Zaren gehabt habe, den „er allein fand". Der Herrscher aller Reußen ließ sich herab, dem englischen Gesandten eine Lektion über die Orientfrage zu erteilen. Die Träume und Pläne der Kaiserin Katharina II. wären ihm wohlbekannt, aber er teile sie nicht. Seiner Ansicht nach gäbe es für Rußland im Gegenteil vielleicht nur eine Gefahr, daß es seinem ohnehin schon zu großen Reich eine noch weitere Ausdehnung gäbe. (Ihre Leser werden sich erinnern, daß ich darauf schon anspielte, als ich einen Auszug aus den Depeschen des Grafen Pozzo di Borgo gab.) Der Statusquo in der Türkei sei den russischen Interessen am besten angepaßt. Einerseits habe die Türkei ihren militärischen Unternehmungsgeist verloren; andererseits „sei dies Land noch stark genug oder war bis jetzt stark genug, seine Unabhängigkeit zu bewahren und einer achtungsvollen Behandlung von seiten anderer Länder gewiß zu sein". In diesem Reich aber befänden sich zufällig mehrere Millionen Christen, deren er sich annehmen müsse, so hart und „unbequem" diese Aufgabe auch manchmal sei. Dazu verpflichte ihn gleichzeitig sein Recht, seine Pflicht und seine Religion. Dann kam der Zar plötzlich auf seine Parabel von dem kranken Mann, dem sehr kranken Mann zurück, dem man keinesfalls gestatten dürfe, daß „er uns plötzlich in den Armen stürbe" (de leur échapper). „Chaos, Verwirrung und die Gewißheit eines europäischen Kriegs müssen die Katastrophe begleiten, wenn sie unerwartet eintritt und nicht vorher ein anderweitiger Plan entworfen ist." Nachdem er dann nochmals das drohende Ableben des Ottomanischen Reichs angekündigt, erfolgte wieder der Appell an England, gemäß der „eventuellen Vereinbarung" die Erbschaft gemeinsam mit Rußland zu diskontieren. Er vermied jedoch, seine eigenen „weitergehenden Pläne" zu entwerfen, und begnügte sich, in parlamentarischer Weise den Hauptpunkt hervorzuheben, der im Falle einer Teilung im Auge behalten werden müßte: „Jetzt

wünsche ich mit Ihnen als Freund und Gentleman zu sprechen. Wenn es gelingt, daß wir, England und ich, uns über diese Sache verständigen, so ist mir an den übrigen wenig gelegen. Es ist mir gleichgültig, was die anderen tun oder davon denken. Freimütig will ich Ihnen also geradeheraus sagen: wenn England die Absicht hat, sich eines Tages in Konstantinopel festzusetzen, werde ich es nicht zulassen. Ich unterstelle euch diese Absichten nicht, aber es ist besser, bei solchen Anlässen geradeheraus zu sprechen. Meinerseits bin ich gleichfalls geneigt, mich zu verpflichten, mich nicht dort festzusetzen, als Eigentümer wohlverstanden; denn als Depositär würde ich es nicht ablehnen. Wenn vorher keine Dispositionen getroffen würden und alles dem Zufall überlassen wäre, so könnte es geschehen, daß die Verhältnisse mich in die Lage brächten, Konstantinopel zu okkupieren."

England also ist es verboten, sich in Konstantinopel festzusetzen. Der Zar wird es tun, wenn nicht als Eigentümer, so doch in der Eigenschaft eines zeitweiligen Depositärs. Der britische Gesandte dankte Seiner Majestät für seine freimütigen Erklärungen. Nikolaus spielte dann auf seine frühere Konversation mit dem Herzog von Wellington an, die in dem Memorandum von 1844 wiedergegeben oder eigentlich resümiert ist.

Zu den Tagesfragen, das sind seine Ansprüche auf die heiligen Stätten, übergehend, äußerte der britische Gesandte die folgenden Befürchtungen: „Auf zweierlei Konsequenzen müsse man sich nach dem Erscheinen eines russischen Heeres im vorhinein gefaßt machen: entweder eine Gegendemonstration, zu der Frankreich provoziert werden könnte, oder eine noch ernster zu nehmende Erhebung der christlichen Bevölkerung gegen die ohnehin bereits durch Empörungen und schwere Finanzkrisen so sehr geschwächte Autorität des Sultans. Der Kaiser versicherte mich, es habe noch keine Bewegung seiner Truppen stattgefunden; sie hätten sich nicht von der Stelle gerührt, und er drückte die Hoffnung aus, daß ihr Vormarsch sich erübrigen würde. Über eine französische Expedition nach dem Reiche des Sultans äußerte sich Seine Majestät, ein solcher Schritt würde die Dinge zu einer akuten Krisis treiben; sein Ehrgefühl würde ihn zwingen, unverweilt und ohne Zaudern seine Truppen in die Türkei zu schicken: und wenn das Resultat eines solchen Vorgehens selbst den Sturz des Großtürken bedeutete, so würde er dieses Ergebnis wohl bedauern, aber dennoch die Empfindung haben, daß er nur gehandelt hätte, wie zu handeln er gezwungen war."

Der Zar hat also jetzt England die Aufgabe gestellt, es soll nun zusehen, sie zu lösen, das heißt es soll einen „weitergehenden Plan" ausarbeiten zur Abschaffung des Ottomanischen Reichs „und schon vorher ein gegenseitiges Einverständnis über die neue Ordnung der Dinge schaffen, die die jetzt bestehende ersetzen soll". Er ermutigt seinen Zögling, indem er ihm den Preis vor Augen hält, der durch eine erfolgreiche Lösung dieses Problems zu gewinnen wäre, und entläßt ihn mit dem väterlichen Rat: „Es wäre ein erhabener Triumph für die Zivilisation des neunzehnten Jahrhunderts, wenn die Lücke, die durch das Erlöschen der mohammedanischen Herrschaft in Europa entsteht, ausgefüllt werden könnte, ohne daß der allgemeine Frieden gestört würde, und zwar infolge der Vorsichtsmaßregeln, die die beiden Regierungen getroffen, die an dem Geschick der Türkei am meisten beteiligt sind."

Nachdem also England in dieser Weise aufgerufen ist, erscheint Lord Russell auf dem Plan und sendet seine Antwort in einer geheimen und vertraulichen Depesche vom 9. Februar 1853. Hätte Lord John den perfiden Plan des Zaren vollständig begriffen, England schon allein dadurch in eine falsche Position zu drängen, daß er es zu einer geheimen Verbindung zum Zwecke der künftigen Aufteilung eines verbündeten Staates verleiten wollte, so hätte er ebenso gehandelt wie der Zar und sich auf eine mündliche Antwort an Baron Brunnow beschränkt, statt eine offizielle Staatsdepesche nach St. Petersburg zu senden. Ehe die geheimen Dokumente dem Hause vorgelegt wurden, hatte die Times Lord Johns Depesche eine sehr kraftvolle und „empörte Zurückweisung" der Vorschläge des Zaren genannt. In ihrer gestrigen Nummer zieht sie ihre Lobsprüche auf Lord John zurück und erklärt, daß „das Dokument nicht das Lob verdiene, das sie ihm infolge ungenauer Information gespendet habe". Lord John hat sich den Zorn der Times durch seine in der Freitagsitzung des Unterhauses abgegebene Erklärung zugezogen, daß er nicht die Gewohnheit habe, diesem Blatte Mitteilungen zu machen, und daß er den Artikel, der sich mit seiner Antwort an Sir G. H. Seymour beschäftigte, erst drei Tage nach dessen Erscheinen gelesen habe.

Wer den demütigen und unterwürfigen Ton kennt, den jeder englische Minister, nicht einmal Canning ausgenommen, seit 1814 Rußland gegenüber anschlug, der wird zugeben müssen, daß die Depesche Lord Johns als eine heroische Tat dieses kleinen Erdenwurms anzusehen ist.

Da dieses Dokument den Charakter eines wichtigen Beitrags zur Weltgeschichte hat und geeignet ist, den Verlauf der Verhandlungen zu illustrieren, so werden Ihre Leser nichts gegen dessen vollständigen Abdruck einzuwenden haben.

Depesche Lord John Russells an Sir G. H. Seymour.
(Geheim und vertraulich.)

Auswärtiges Amt, 9. Februar 1853.

Mein Herr! Ich habe Ihre geheime und vertrauliche Depesche vom 22. Januar der Königin vorgelegt. Ihre Majestät erkennt mit Vergnügen, bei dieser wie bei früheren Gelegenheiten, die Mäßigung, den Freimut und die freundliche Gesinnung Seiner Kaiserlichen Majestät an. Ihre Majestät hat mich angewiesen, in demselben Geist gemäßigter, aufrichtiger und freundschaftlicher Erörterung zu antworten. Die von Seiner Kaiserlichen Majestät angeregte Frage ist eine sehr ernste. Die Auflösung des Türkischen Reiches als wahrscheinlich oder sogar nahe bevorstehend annehmend, geht sie dahin: ob es nicht besser sei, im voraus für einen solchen Fall Vorkehrung zu treffen, als das Chaos, die Wirrnis und die Gewißheit eines europäischen Krieges herankommen zu lassen, welches alles die Katastrophe begleiten müßte, wenn sie unerwartet und ehe ein künftiges System vorgezeichnet wäre, eintreten sollte. „Dies ist der Punkt," sagt Seine Kaiserliche Majestät, „auf welchen, wie ich wünsche, Sie das Augenmerk Ihrer Regierung lenken." Bei Betrachtung dieser gewichtigen Frage ist die erste Reflexion, die Ihrer Majestät Regierung beifällt, diese: daß keine wirkliche Krisis sich ereignet hat, die eine Lösung dieses ungeheuren europäischen Problems notwendig macht. Streitigkeiten haben sich erhoben über die heiligen Orte; aber diese liegen außerhalb der Sphäre der inneren Verwaltung der Türkei und berühren mehr Rußland und Frankreich als die Hohe Pforte. Einige Störung der Verhältnisse zwischen Österreich und der Pforte ist verursacht worden durch den türkischen Angriff auf Montenegro; aber auch das betrifft mehr Gefahren, welche die Grenze Österreichs berühren, als die Autorität und Sicherheit des Sultans, so daß kein zureichender Grund vorliegt, dem Sultan zu bedeuten, daß er unvermögend sei, die Ruhe im Innern zu wahren oder freundliche Beziehungen zu seinen Nachbarn aufrechtzuerhalten. Es fällt Ihrer Majestät Regierung ferner die Bemerkung bei, daß die jenseits ins Auge gefaßte Eventualität in bezug auf den Zeitpunkt nicht bestimmt festgestellt ist. Als Wilhelm III. und Ludwig XIV. durch Vertrag über die Erbfolge Karls II. von Spanien verfügten, trafen sie Vorsorge für ein Ereignis, das nicht mehr weit entfernt sein konnte. Die Gebrechlichkeiten des Souveräns von Spanien und das gewisse Ende jedes menschlichen Lebens ließen den voraussichtlichen Fall als sicher und nahe erscheinen. Der Tod des spanischen Königs wurde durch den Teilungsvertrag keineswegs beschleunigt. Das gleiche läßt sich sagen von der im vorigen Jahrhundert vorausgetroffenen Verfügung über Toskana bei dem

Tod des letzten Fürsten aus dem Hause Medici. Aber die Eventualität der Auflösung des Osmanischen Reiches ist anderer Art. Sie mag sich in zwanzig, fünfzig oder hundert Jahren von jetzt ab ereignen. Unter diesen Umständen würde es mit der freundlichen Gesinnung für den Sultan, die den Kaiser von Rußland nicht weniger als die Königin von Großbritannien beseelt, kaum verträglich sein, im voraus über die Provinzen seines Reiches zu verfügen. Außer dieser Erwägung jedoch muß bemerkt werden, daß eine in einem solchen Fall getroffene Übereinkunft ganz sicherlich den Zweck hat, die Eventualität, gegen die sie vorsehen soll, zu beschleunigen. Österreich und Frankreich könnten billigerweise nicht in Ungewißheit über die Transaktion erhalten werden, noch wäre eine solche Verheimlichung vereinbar mit dem Zweck, einen europäischen Krieg zu verhüten. In der Tat, eine solche Verheimlichung kann von Seiner Majestät nicht beabsichtigt sein. Man darf schließen, daß, sobald Großbritannien und Rußland sich über das einzuschlagende Verfahren geeinigt und ihm Kraft zu geben beschlossen hätten, sie ihre Absichten den übrigen Großmächten Europas mitteilen würden. Eine so getroffene und so mitgeteilte Übereinkunft würde nicht sehr lange ein Geheimnis bleiben; und während sie den Sultan beunruhigen und entfremden müßte, würde die Kenntnis von ihrer Existenz alle seine Feinde zu vermehrter Gewaltsamkeit und hartnäckigerem Kampfe anstacheln. Sie würden mit der Überzeugung fechten, daß sie am Ende triumphieren müssen, während des Sultans Generale und Truppen fühlen würden, daß kein augenblicklicher Erfolg ihre Sache vor dem schließlichen Untergang retten könnte. So würde eben jene Anarchie, die man jetzt fürchtet, hervorgebracht und verstärkt, und die Vorsicht der Freunde des Patienten würde sich als die Ursache seines Todes erweisen. Ihrer Majestät Regierung braucht sich kaum über die Gefahren zu verbreiten, welche die Ausführung jeder ähnlichen Übereinkunft begleiten würden. Das Beispiel des Erbfolgekriegs zeigt genügend, wie wenig solche Übereinkünfte geachtet werden, wenn eine dringende Lockung zu ihrer Verletzung antreibt. Die Stellung des Kaisers von Rußland als Depositar, aber nicht als Eigentümer von Konstantinopel, wäre zahllosen Gefahren ausgesetzt sowohl durch den langgehegten Ehrgeiz seiner eigenen Nation als durch die Eifersucht Europas. Der endliche Eigentümer, wer er auch sein möchte, würde sich mit der untätigen, trägen Haltung der Erben Mohammeds II. kaum begnügen. Ein großer Einfluß des Beherrschers von Konstantinopel, der die Tore des Mittelmeers und des Schwarzen Meers in seiner Gewalt hat, auf die Angelegenheiten Europas, scheint es, liegt in der Natur der Sache. Dieser Einfluß würde vielleicht zugunsten Rußlands gebraucht werden, vielleicht auch zur Kontrollierung und Hemmung seiner Macht. Seine Kaiserliche Majestät hat richtig und weise gesagt: „Mein Reich ist so groß, in jeder Hinsicht in einer so glücklichen Lage, daß es unvernünftig von mir wäre, mehr Gebiet oder Macht zu wünschen, als ich schon besitze. Im Gegenteil," bemerkte er weiter, „unsere große, vielleicht unsere einzige

Gefahr läge in einer noch weiteren Ausdehnung eines Reiches, das bereits zu groß ist. Ein kräftiger und ehrgeiziger Staat, der an die Stelle der Hohen Pforte träte, könnte jedoch den Krieg auf Seite Rußlands zu einer Notwendigkeit für den Kaiser oder seine Nachfolger machen." Also würde der europäische Krieg gerade aus dem Mittel entspringen, womit man ihn zu verhüten gesucht hätte; denn weder England noch Frankreich und wahrscheinlich auch nicht Österreich würden damit zufrieden sein, Konstantinopel auf die Dauer in den Händen Rußlands zu sehen. Was Großbritannien betrifft, so erklärt Ihrer Majestät Regierung ein für allemal, daß sie auf jede Absicht oder jeden Wunsch, Konstantinopel zu besitzen, verzichte. Seine Kaiserliche Majestät darf über diesen Punkt ganz sicher sein. Wir sind gleicherweise bereit, die Versicherung zu geben, daß wir auf keine Übereinkunft eingehen wollen, für die Eventualität des Falles der Türkei vorzusehen ohne vorherige Kommunikation darüber mit dem Kaiser von Rußland. Im ganzen also ist Ihrer Majestät Regierung überzeugt, daß keine weisere, uneigennützigere, für Europa wohltätigere Politik adoptiert werden kann als die, welche Seine Kaiserliche Majestät so lange befolgt hat und welche seinen Namen glänzender machen wird als den der berühmtesten Fürsten, die durch unveranlaßten Eroberungskrieg und ephemere Glorie die Unsterblichkeit gesucht haben. Zum Erfolg dieser Politik ist es wünschenswert, daß die äußerste Nachsicht gegen die Türkei geübt werde; daß irgendwelche Forderungen, welche die Großmächte Europas an sie zu stellen haben, mehr zum Gegenstand freundlicher Unterhandlung als peremtorischen Auftretens gemacht werden; daß militärische und Marine-Zwangsdemonstrationen gegen den Sultan soviel wie möglich vermieden werden; daß Differenzen in die Türkei berührenden und innerhalb der Kompetenz der Hohen Pforte liegenden Dingen nach gemeinsamer Vereinbarung unter den großen Mächten entschieden werden und nicht der Schwäche der türkischen Regierung dabei Gewalt geschehe. Diesen Vorsichtsmaßregeln wünscht Ihrer Majestät Regierung hinzuzufügen, daß es nach ihrer Ansicht wesentlich ist, dem Sultan anzuraten, daß er seine christlichen Untertanen im Einklang mit den Grundsätzen der Rechtsgleichheit und Glaubensfreiheit behandle, die im allgemeinen unter den aufgeklärten Nationen Europas gelten. Je mehr die türkische Regierung die Regeln unparteiischer Gesetze und gleichheitlicher Verwaltung annimmt, desto weniger wird es der Kaiser von Rußland nötig finden, jenen exzeptionellen Schutz anzuwenden, den Seine Kaiserliche Majestät so lästig und unbequem gefunden hat, wiewohl er durch die Pflicht vorgeschrieben und durch Vertrag sanktioniert ist.

Sie mögen diese Depesche dem Grafen Nesselrode vorlesen und, wenn es gewünscht wird, selbst eine Abschrift davon in die Hände des Kaisers übergeben. In diesem Falle werden Sie deren Überreichung mit Versicherungen der Freundschaft und des Vertrauens von seiten Ihrer Majestät unserer Königin begleiten, welche das Verfahren Seiner Kaiserlichen Majestät so gewiß einflößen mußte.

Ich bin usw. usw. J. Russell.

Ich muß den Abschluß dieser Analyse auf meinen nächsten Brief versparen. Bevor ich jedoch schließe, will ich meinen früheren Mitteilungen noch die neuesten Nachrichten hinzufügen, die ich aus einer sonst dem Publikum nicht zugänglichen Quelle über die Haltung und die Pläne Preußens erhielt.

Als der Konflikt zwischen Rußland auf der einen und der französisch-englischen Allianz auf der anderen Seite schon einen gewissen Höhepunkt erreicht hatte, sandte Kaiser Nikolaus einen eigenhändigen Brief an seinen Schwager in Berlin, in dem er darlegte, daß er Frankreich und England zu Lande nicht fürchte, wenn sie ihn auch zu Wasser etwas schädigen könnten, da er Ende April 600000 Soldaten marschbereit hätte. Von diesen wolle er 200000 zur Disposition Friedrich Wilhelms stellen, wenn dieser ihm verspräche, nach Paris zu marschieren und Louis Napoleon zu entthronen. Der blödsinnige König war so von diesem Vorschlag geblendet, daß Manteuffel drei Tage brauchte, um ihm von der Annahme dieses Anerbietens abzuraten. So viel über den König.

Was Herrn von Manteuffel selbst, diesen „großen Charakter“ betrifft, auf den die preußische Bourgeoisie so stolz ist, so sehen wir den ganzen Mann vor uns wie auf dem Präsentierbrett, wenn wir die Geheiminstruktionen betrachten, die er an Bunsen, seinen Gesandten in London zu derselben Zeit schickte, wo der oben erwähnte russische Brief geschrieben wurde, und die in meinen Besitz gelangten, wenn auch auf ganz andere Art, als Bunsen sich in Besitz meiner Privatbriefe setzte. Der Inhalt dieser Instruktionen, die in der schmählichen Zweideutigkeit ihres Stils gleichzeitig den Schulmeister und den Unteroffizier verraten, ist ungefähr folgender: „Passen Sie genau auf, woher der Wind weht. Wenn Sie bemerken, daß England ernstlich mit Frankreich verbündet ist und entschieden zum Krieg drängt, dann bestehen Sie auf der ‚Unteilbarkeit und Unabhängigkeit‘ der Türkei. Bemerken Sie jedoch, daß England in seiner Politik schwankend ist und dem Krieg abgeneigt, dann heraus mit Ihrer Lanze, und brechen Sie sie wohlgemut für die Ehre und den Charakter Ihres Königs, meines und Ihres Herrn!“

Hat also der russische Despot unrecht, wenn er Preußen als eine Null behandelt?

Die geheime diplomatische Korrespondenz.

London, 24. März 1854 (N. Y. T., 11. April 1854).

Kann man auch die Depesche Lord John Russells im ganzen als eine höfliche Ablehnung der Anträge des Zaren bezeichnen, schon im vorhinein ein gemeinsames Abkommen über die eventuelle Teilung der Türkei zu treffen, so enthält sie dennoch einige sehr merkwürdige Stellen, auf die ich die Aufmerksamkeit Ihrer Leser lenken möchte. Lord John sagt: „Es liegt kein zureichender Grund vor, dem Sultan zu bedeuten, daß er unvermögend sei, die Ruhe im Innern zu wahren oder freundliche Beziehungen zu seinen Nachbarn aufrechtzuerhalten."

Nun finden wir nirgends in den vertraulichen Mitteilungen des Sir Seymour eine Andeutung davon, daß der Zar ihm vorgeschlagen hätte, dem Sultan etwas Derartiges mitzuteilen. Wir müssen daher entweder annehmen, daß Lord Russell, während er zur Opposition gegen einen solchen Schritt reizte, ihn selbst insinuieren wollte, oder daß einige der vertraulichen Mitteilungen Sir Hamiltons in den Akten unterdrückt waren, die dem Hause vorgelegt wurden. Das letztere ist um so verdächtiger, als nur sechzehn Tage später, am 25. Februar 1853, Lord Clarendon bei seinem Eintritt ins Auswärtige Amt dem Lord Stratford de Redcliffe folgende Instruktionen gab:

„Ihre Exzellenz wird mit der ganzen Freimütigkeit und Offenherzigkeit, die mit der Klugheit und der Würde des Sultans verträglich sind, die Gründe erklären, die die englische Regierung befürchten lassen, daß dem Ottomanischen Reich eine große Gefahr drohe. Die sich häufenden Beschwerden der fremden Nationen, die die Pforte unfähig oder nicht geneigt sei, gutzumachen, die schlechte Führung ihrer eigenen Geschäfte und die zunehmende Schwachheit der Exekutivgewalt in der Türkei haben deren Alliierte in letzterer Zeit veranlaßt, einen neuen und beunruhigenden Ton anzunehmen. Wird diese Lage noch weiterdauern, so kann sie zu einer allgemeinen Empörung der christlichen Untertanen der Pforte führen und sich als verhängnisvoll für ihre Unabhängigkeit und Integrität erweisen — eine Katastrophe, die die Regierung Ihrer Majestät tief bedauern wird, die aber von einigen europäischen Großmächten als wahrscheinlich und nahe bevorstehend betrachtet wird." (Vgl. das Blaubuch über die Rechte und Privilegien der lateinischen und griechischen Kirchen. Band 1, S. 81, 82.)

Hieß das nicht dem Sultan von seiten Englands in dürren Worten „bedeuten", „daß er unvermögend sei, die Ruhe im Innern zu wahren oder freundliche Beziehungen zu seinen Nachbarn aufrechtzuhalten"? Der Zar hatte Sir Hamilton in sehr ungenierter Weise gesagt, daß er es England nicht erlauben würde, sich in Konstantinopel festzusetzen, daß aber er seinerseits beabsichtige, sich daselbst festzusetzen, wenn auch nicht als Eigentümer, so doch als Depositär. Was erwidert nun Lord John auf diese freche Ankündigung? Im Namen Großbritanniens verzichtet er „auf jegliche Absicht, zu verlangen, Konstantinopel zu besetzen". Vom Zaren verlangt er keine solche Zusage.

„Die Stellung des Kaisers von Rußland als Depositär, aber nicht als Eigentümer von Konstantinopel wäre zahllosen Gefahren ausgesetzt, sowohl durch den langgehegten Ehrgeiz seiner eigenen Nation als durch die Eifersucht Europas."

Die Eifersucht Europas, nicht die Opposition Englands! Was England betrifft, so würde es nicht erlauben — doch ein Lord John Russell wagt Rußland gegenüber nicht denselben Ton anzuschlagen, den Rußland gegen England anschlägt — also England „wäre nicht zufrieden, Konstantinopel ständig in den Händen Rußlands zu sehen". Also es wäre zufrieden, Rußland vorübergehend dort zu sehen. Mit anderen Worten, es stimmt dem Vorschlag vollständig zu, den der Zar selbst macht. Es wird das nicht erlauben, worauf er selbst verzichtet, aber es ist bereit, zu dulden, was er zu tun beabsichtigt.

Nicht „zufrieden" damit, den Zaren als eventuellen Depositär in Konstantinopel einzusetzen, erklärt Lord John im Namen der englischen Regierung, daß „sie im voraus keine Vereinbarung treffen werde, falls sich der Zusammenbruch der Türkei ergäbe, ohne vorher mit Rußland Rücksprache genommen zu haben". Das heißt, England verpflichtet sich seinerseits, mit Rußland Rücksprache zu nehmen, ehe es eine Vereinbarung mit Frankreich trifft, trotzdem der Zar Sir H. Seymour mitteilte, daß er mit Österreich eine Vereinbarung getroffen habe, ohne England vorher davon zu verständigen. Lord John sagt: „Im ganzen gibt es keine weisere, uneigennützigere, für Europa wohltätigere Politik als die, welche Seine Kaiserliche Majestät so lange befolgt hat."

Die kosakische Majestät hat zufällig, ohne je davon abzugehen, die bei ihrer Thronbesteigung inaugurierte Politik verfolgt, die der liberale Lord John als eine so uneigennützige und für Europa segensreiche erklärt.

Der wichtigste ostensible Streitpunkt in der jetzigen orientalischen Verwicklung ist Rußlands Anspruch auf ein religiöses Protektorat über die griechischen Christen im Ottomanischen Reich. Der Zar, weit entfernt davon, seine Ansprüche zu verbergen, sagte Lord Hamilton geradeheraus, daß „ihm das Recht, diese mehrere Millionen Christen zu beschützen, durch Vertrag gesichert sei", daß „er von seinem Recht einen mäßigen und schonenden Gebrauch mache", und „daß es zuweilen sehr unbequeme Verpflichtungen im Gefolge habe". Gibt ihm nun Lord John Russell zu verstehen, daß ein solcher Vertrag nicht existiert und daß der Zar ein solches Recht nicht hat? Daß er nicht mehr Recht besitzt, sich in die Angelegenheiten der griechischen Untertanen der Türkei zu mischen als England in diejenigen der Protestanten in Rußland, oder Frankreich in die der Irländer in Großbritannien? Lassen wir ihn selbst antworten: „Je mehr die türkische Regierung die Regeln unparteiischer Gesetze und gleichheitlicher Verwaltung annimmt, desto weniger wird es der Kaiser von Rußland nötig finden, jenen exzeptionellen Schutz anzuwenden, den Seine Kaiserliche Majestät so lästig und unbequem gefunden hat, wiewohl er durch die Pflicht vorgeschrieben und durch Vertrag sanktioniert ist."

Rußlands „exzeptioneller Schutz" über die Untertanen der Türkei durch Vertrag sanktioniert! Da ist nicht daran zu zweifeln, sagt Lord John; und Lord John ist ein ehrenwerter Mann; und Lord John spricht im Namen der Königlichen Regierung und Lord John wendet sich an den Herrscher aller Reußen selbst. Worüber streitet also England mit Rußland? Und warum verdoppelt es seine Einkommensteuer und bringt alle Welt durch seine kriegerischen Vorbereitungen in Aufruhr? Wie kam Lord John dazu, vor einigen Wochen im Parlament mit der Miene und dem Tone einer Kassandra aufzutreten, zu kreischen, zu prahlen und sich in bombastischen Verwünschungen gegen den treulosen und perfiden Zaren zu ergehen? Hat nicht er selbst dem Cäsar erklärt, des Cäsars Ansprüche auf das ausschließliche Protektorat seien durch „die Pflicht vorgeschrieben und durch Verträge sanktioniert"?

Nicht über Verstellung oder allzu große Zurückhaltung des Zaren hatte das Kabinett sich zu beklagen, sondern im Gegenteil weit eher über die unverschämte Vertraulichkeit, mit der er es wagte, sein Herz vor den Ministern auszuschütten und sie zu den Vertrauten seiner geheimen Pläne zu machen, so daß das Kabinett von Downing Street in ein Privatkabinett am Alexander-Newski-Prospekt verwandelt wurde. Jemand ver-

traut Euch seine Absicht an, Euren Freund zu ermorden. Er bittet Euch, sich schon vorher mit ihm über den Raub zu einigen. Ist dieser Jemand nun Kaiser von Rußland und Ihr seid ein englischer Minister, so werdet Ihr ihn nicht vor Gericht ziehen, sondern ihm höchst unterwürfig für das große Vertrauen danken, das er in Euch gesetzt, und Euch glücklich schätzen, „seine Mäßigung, seinen Freimut, seine freundliche Gesinnung anzuerkennen", und so tat Lord John.

Doch kehren wir nach St. Petersburg zurück. Am Abend des 20. Februar — also nur eine Woche vor der Ankunft des Fürsten Menschikoff in Konstantinopel — näherte sich der Selbstherrscher aller Reußen dem Sir Hamilton Seymour auf der Soiree der Großfürstin Thronfolgerin, und es entspann sich folgende Konversation zwischen den beiden „Gentlemen":

„Wohlan," sagte der Kaiser, „so haben Sie denn Ihre Antwort erhalten und werden sie mir morgen bringen?"

„Ich werde die Ehre haben, Sire," erwiderte Sir Hamilton, „aber Eure Majestät wissen bereits, daß der Inhalt der Antwort sehr genau das ist, was ich Euer Majestät erwarten ließ."

Der Zar: „Das habe ich mit Bedauern vernommen, aber Ihre Regierung, scheint mir, hat meinen Gedanken nicht richtig aufgefaßt. Es ist mir nicht sowohl darum zu tun, was geschehen soll, wenn der kranke Mann stirbt, als ich wünsche mit England zu bestimmen, was in jenem Falle nicht geschehen soll."

Sir Hamilton: „Aber, Sire, erlauben Sie mir zu bemerken, wir haben keinen Grund anzunehmen, daß der kranke Mann im Sterben liegt. . . . Länder sterben nicht so schnell dahin. Die Türkei wird noch viele Jahre existieren, es müßte sich denn eine unvorhergesehene Krisis ereignen. Gerade, Sire, zur Vermeidung aller Umstände, die eine solche Krisis hervorbringen dürften, rechnet die Regierung der Königin von England auf Ihren edelmütigen Beistand."

Der Zar: „Der kranke Mann ist im Sterben. Und wir dürfen nimmermehr gestatten, daß uns ein solches Ereignis überrasche. Wir müssen zu irgendeiner Verständigung kommen. . . . Und bemerken Sie wohl, ich verlange nicht einen Vertrag, ein Protokoll. Ein allgemeines Einverständnis ist alles, was ich verlange, das ist unter Ehrenmännern genug."

Sir Hamilton „dankte Seiner Majestät herzlich", aber kaum hatte er den kaiserlichen Salon verlassen und war nach Hause zurückgekehrt, als

ihn ein Verdacht beschleicht. Er setzt sich an sein Pult, berichtet über die Unterredung an Lord John und resümiert seinen Brief mit folgenden bemerkenswerten Randbemerkungen: „Es kann kaum anders sein, als daß der Souverän, der mit solcher Hartnäckigkeit den bevorstehenden Fall eines Nachbarstaats behauptet, in seiner Seele festgesetzt haben muß, daß die Auflösung nahe sei.... Diese Annahme würde kaum gewagt werden, wenn nicht ein vielleicht allgemeines, aber jedenfalls inniges Einvernehmen darüber zwischen Rußland und Österreich bestände. Vorausgesetzt, daß mein Verdacht begründet ist, so hat der Kaiser die Absicht, Ihrer Majestät Regierung in Verbindung mit seinem und dem Wiener Kabinett für einen Plan zur endlichen Teilung der Türkei, und zwar mit Ausschließung Frankreichs von dem Arrangement, zu gewinnen."

Diese Depesche kam in London am 6. März an, als Lord John im Auswärtigen Amt schon durch Lord Clarendon ersetzt war. Der Eindruck, den diese ängstlichen Warnungen des Gesandten auf das Gemüt dieses kläglichen Verehrers der Türkei machten, ist ganz erstaunlich. In voller Kenntnis des verräterischen Plans des Zaren, die Türkei mit Ausschluß Frankreichs aufzuteilen, sagt er dem Grafen Walewski, dem französischen Gesandten in London, daß „man im Gegensatz zu Frankreich geneigt wäre, dem Kaiser von Rußland zu vertrauen", daß „eine Politik des Mißtrauens weder weise noch ratsam wäre", daß, „obwohl zu hoffen sei, England und Frankreich würden immer zusammen vorgehen, das jüngste Verhalten Frankreichs nicht darauf berechnet sei, dies zu sichern". (Vgl. das Blaubuch Band I S. 93, 98.)

Beiläufig will ich bemerken, daß zu derselben Zeit, wo der Zar dem britischen Gesandten in St. Petersburg Vorlesungen hielt, die Times in London tagtäglich wiederholte, der Zustand der Türkei sei ein verzweifelter, das Ottomanische Reich zerfiele in Stücke, und nichts bleibe davon übrig, als das Gespenst „eines Türkenkopfs mit einem Turban".

Am Morgen nach dem Interview auf der kaiserlichen Soiree leistet Sir G. H. Seymour der Einladung Folge und macht seine Aufwartung beim Zaren; „eine Zwiesprache, die eine Stunde und zwölf Minuten währte", findet zwischen ihnen statt, über die er in seiner Depesche an Lord John Russell unterm 22. Februar 1853 berichtet. „Der Kaiser begann damit, daß er mich ersuchte, ihm Eurer Lordschaft geheime und vertrauliche Depesche vom 9. Februar laut vorzulesen." Die in dieser

Depesche enthaltenen Erklärungen gefielen ihm natürlich sehr; sie seien sehr befriedigend gewesen, und „er könne nur wünschen, daß sie etwas erweitert würden". Er wiederholte, „daß eine türkische Katastrophe fortwährend bevorstehe und jeden Augenblick herbeigeführt werden könne entweder durch einen auswärtigen Krieg, oder durch eine Fehde zwischen der alttürkischen Partei und jener der ‚neuen oberflächlichen französischen Reformer', oder aber durch einen Aufstand der Christen". . . .

Er läßt die Gelegenheit nicht vorübergehen, ohne seine abgedroschene Prahlerei vom Stapel zu lassen, daß „wenn er dem siegreichen Vormarsch des Generals Diebitsch im Jahre 1829 nicht ein Halt zugerufen hätte, die Autorität des Sultans schon zu Ende sein würde". Dabei ist es erwiesene Tatsache, daß von den 200000 Mann, die er damals in die Türkei geschickt, nur 50000 in ihre Heimat zurückkehrten und der Rest von Diebitschs Armee in der Ebene von Adrianopel aufgerieben worden wäre, wenn nicht türkische Paschas im Verein mit fremden Gesandten Verrat geübt hätten.

Es lag nicht entfernt in seinen Gedanken, einen Plan vorzuschlagen, nach welchem Rußland und England im voraus über die vom Sultan regierten Provinzen disponieren würden, ein völlig fertiges System und noch weniger einen förmlichen Transaktionsentwurf für die beiden Kabinette vorzulegen. Im Sinne des Kaisers hat es sich ganz schlicht und einfach darum gehandelt, sich von beiden Seiten im Vertrauen zu sagen, weniger was man will, als was man nicht will, „was den englischen, was den russischen Interessen widerstreben würde, damit, wenn einst der Fall einträte, es jeder Teil vermeide, sich durch seine Handlungsweise in Widerspruch mit dem anderen zu setzen".

Durch solch ein negatives Übereinkommen würde der Zar alles erreichen, wonach er strebt: Erstens den Zusammenbruch des Ottomanischen Reichs, der zwischen Rußland und England als Fait accompli, wenn auch in negativer und bedingungsweiser Form, verabredet war; er würde es dann schon fertig bringen, die Dinge so zu verwirren, daß er mit einem gewissen Schein von Recht England erklären könnte, das erwartete zufällige Ereignis sei eingetreten. Zweitens einen geheimen Aktionsplan zwischen England und Rußland, der, wenn er auch noch so unbestimmt und negativ wäre, dennoch notwendigerweise England und Frankreich gegeneinander hetzen würde, da er hinter Frankreichs Rücken und mit seinem Ausschluß zustande gekommen wäre. Drittens, da Eng-

land durch seine negativen Zusagen daran gebunden wäre, nichts zu tun, so hätte er volle Freiheit, seinen eigenen positiven Aktionsplan in aller Ruhe auszuarbeiten. Außerdem ist evident, daß zwei Parteien, die sich miteinander einigen, was sie in einem gegebenen Falle sich gegenseitig nicht zu tun erlauben wollen, sich in versteckter Form nur darüber einigen, was sie tun wollen. Diese negative Art des Einverständnisses bietet nur dem Abgefeimteren der beiden die besseren Möglichkeiten.

„Vielleicht hätten Eure Majestät", stammelte der erschrockene Sir Hamilton, „die Güte, mir Ihre eigenen Ideen über diese negative Politik zu eröffnen." Der Zar schien erst bescheiden zu widerstreben, ließ sich dann aber durch den sanften Druck zu folgender höchst bemerkenswerter Erklärung bewegen: „Ich will nicht dulden: erstens die bleibende Besetzung Konstantinopels durch die Russen; zweitens, es darf niemals im Besitz einer anderen großen Nation sein; drittens, ich will nimmermehr erlauben den Versuch eines Wiederaufbaus des byzantinischen Reichs oder viertens einer solchen Ausdehnung Griechenlands, die es zu einem mächtigen Staate machen würde; noch weniger würde ich fünftens erlauben die Zerstücklung der Türkei in kleine Republiken, Asyle für die Kossuth und Mazzini und andere Revolutionäre Europas. Lieber, als daß ich mich einem dieser Arrangements bequemte, würde ich Krieg anfangen."

Kein byzantinisches Reich, keine mächtige Ausdehnung Griechenlands, keine Konföderation von kleinen Republiken, nichts von alledem. Was will er also sonst? Der Gesandte brauchte nicht lange zu raten. Im Laufe des Gesprächs platzte der Kaiser ihm gegenüber plötzlich mit folgendem Vorschlag heraus: „Die Fürstentümer sind in der Tat ein unabhängiger Staat unter meinem Schutz. Dies könnte so bleiben. Serbien könnte dieselbe Regierungsform erhalten. Auch Bulgarien; es scheint kein Grund vorhanden, weshalb nicht diese Provinz einen unabhängigen Staat bilden sollte. Was Ägypten betrifft, so begreife ich die Wichtigkeit dieses Gebiets vollkommen. Ich kann daher nur sagen, daß, wenn Sie bei einer Teilung des Osmanischen Reiches, die mit dem Fall desselben einträte, von Ägypten Besitz nähmen, ich nichts dagegen haben werde. Das gleiche gilt von Kandia (Kreta)." ... So beweist er, daß „im Falle der Auflösung des Türkischen Reichs eine befriedigende Territorialanordnung seines Erachtens weniger schwierig sein würde, als man gewöhnlich glaubt". Er erklärt offen, was er will — die Teilung der Türkei —,

und zeichnet klar die Umrisse dieser Verteilung, klar sowohl durch das, was er eröffnet, als durch das, was er verschweigt. Ägypten und Kreta an England; die Fürstentümer, Serbien, Bulgarien Vasallenstaaten Rußlands; Türkisch-Kroatien, Bosnien, die Herzegowina werden Österreich einverleibt, was er absichtlich verschweigt; Griechenland „nicht allzu gewaltig“ erweitert etwa durch Unter-Thessalien und einen Teil Albaniens. Konstantinopel soll vorübergehend vom Zaren besetzt werden und dann die Hauptstadt eines Staates sein, der Mazedonien, Thrazien und den Rest der Europäischen Türkei umfaßt. Wer aber soll der endgültige Besitzer dieses kleinen Reiches sein, das vielleicht noch durch einige Teile Anatoliens vergrößert werden mag? Er schweigt über diesen Punkt; aber es ist kein Geheimnis, daß er für diesen Posten jemanden in Reserve hat, und zwar seinen jüngeren Sohn, der nach einem eigenen Fürstentum schmachtet. Und Frankreich? Soll es ganz leer ausgehen? Vielleicht. Doch nein, es soll abgefunden werden mit — wer würde es glauben? — mit Tunis. „Eines seiner Ziele ist ohne Zweifel der Besitz von Tunis,“ sagte der Kaiser zu Sir Hamilton, und im Falle einer Teilung der Türkei würde er vielleicht wirklich so großmütig sein, Frankreichs Appetit auf Tunis zu stillen.

Von Frankreich spricht der Zar immerzu in einem affektierten Ton der hochnäsigsten Verachtung. „Es sieht gerade so aus,“ sagte er, „als trachtete die französische Regierung dahin, uns alle im Orient in Streit zu verwickeln.“ „Ich für meine Person kümmere mich sehr wenig darum, welche Bahn die Franzosen in orientalischen Angelegenheiten einzuschlagen für geeignet erachten möchten. Vor wenig mehr als einem Monat habe ich dem Sultan meinen Beistand zum Widerstand gegen die Franzosen angeboten. Alles, was ich wünsche, ist ein Einverständnis mit England, und dies nicht darüber, was geschehen, sondern was nicht geschehen soll.“ „Aber“, ruft Sir Hamilton aus, „Eure Majestät haben Österreich vergessen!“ „O,“ erwiderte der Kaiser, „wenn ich von Rußland rede, rede ich ebensogut von Österreich; unsere Interessen in Hinsicht auf die Türkei sind vollkommen identisch.“ Wenn er also Rußland sagt, so sagt er auch Österreich. Von Montenegro bemerkte er, „er billige die vom österreichischen Kabinett angenommene Haltung“.

Nachdem er bei früheren Unterredungen den Sultan als den Großtürken aus der Operette behandelt hatte, bezeichnet er ihn nun nach der Manier Paul de Kocks als „diesen Herrn“. Und wie nachsichtig benimmt

er sich nicht gegen diesen Herrn! Er hat bloß seinen Menschikoff nach Konstantinopel geschickt, „und ich hätte doch eine Armee dahin schicken können, wenn es mir beliebt hätte — nichts hätte sie aufgehalten“, wie er es nachher bei Oltenitza und Tschetalea bewiesen hat und ebenso durch den glorreichen Rückzug seiner Armee von Kalafat.

Die kosakische Majestät entließ Sir Hamilton mit den Worten: „Wohlan, bewegen Sie Ihre Regierung, wieder über diese Gegenstände zu schreiben — ausführlicher zu schreiben, und zwar ohne Verzug.“

Am 7. März, kurz nach diesem merkwürdigen Dialog oder eigentlich Monolog, wird der britische Gesandte zum Grafen Nesselrode gebeten, der ihm „den Befehlen des Kaisers gemäß ein sehr vertrauliches Memorandum zu übergeben hatte, welches Seine Kaiserliche Majestät hätte redigieren lassen und das die Bestimmung habe, als Antwort oder Kommentar auf die Mitteilungen des Lords J. Russell zu dienen“. Graf Nesselrode bittet ihn, diese Schrift zu lesen, „die für seinen Gebrauch bestimmt sei“. Sir Hamilton studiert also dieses Dokument, und er, der kein einziges Wort des Protestes gegen des Moskowiten wohlüberlegte Beleidigungen gegen Frankreich fand, zittert nun plötzlich, als er entdeckt, daß „der Eindruck, unter welchem es redigiert wurde, ein vollkommen falscher gewesen sei; der Eindruck nämlich, daß bei den zwischen Rußland und Frankreich vorgekommenen Differenzen die Regierung der Königin sich auf Seite dieser letzteren Macht geneigt hätte“. Am nächsten Morgen schon sendet er dem Grafen Nesselrode ein eiliges Billetdoux, in dem er ihm versichert: „Weit entfernt, sich im Verlauf der neulichen kritischen Verhandlungen zu Frankreich hingeneigt zu haben, wie behauptet wird, war es der Wunsch der Räte der Königin — in dem vollen Maße (!), als es nur einer Regierung gestattet war, die eine neutrale Haltung einzunehmen hatte (!!) —, daß den Forderungen, die Seiner Kaiserlichen Majestät Regierung zu stellen das Recht hatte, volle Genugtuung werde.“

Als Folge dieses Bettelbriefs hatte Sir Hamilton „eine sehr freundschaftliche und befriedigende Unterredung mit dem Kanzler“, der den britischen Gesandten mit der Versicherung tröstet, daß er eine Stelle im Memorandum des Kaisers mißverstanden habe, in der England durchaus nicht der Vorwurf einer Parteinahme für Frankreich gemacht werden solle. „Alles, was gewünscht werde,“ sagte Graf Nesselrode, „sei, daß mit Berufung auf des Kaisers Großmut und Gerechtigkeitsgefühl

Ihrer Majestät Regierung einige Anstrengungen mache, den französischen Ministern die Augen zu öffnen."

Man wünscht dort also nichts anderes, als daß England vor dem Kalmücken krieche und sich beuge und gegen Frankreich einen diktatorisch strengen Ton anschlage. Um den Kanzler zu überzeugen, wie gewissenhaft die englische Regierung diesen letzteren Teil ihrer Aufgabe erfüllt, liest Sir Hamilton ihm einen Auszug aus einer Depesche des Lords John Russell vor, „als eine Probe von der Sprache, die Euer Lordschaft Amtsvorfahr gegen die französische Regierung geführt". Graf Nesselrode sieht seine kühnsten Erwartungen übertroffen. Er beklagte nur, „daß er nicht schon lange in Besitz eines so bündigen Beweises gesetzt worden sei".

Das russische Memorandum zur Beantwortung von Lord Johns Depesche wird von Sir Hamilton „als eines der merkwürdigsten Dokumente" beschrieben, „welches hervorgegangen sei nicht aus der russischen Staatskanzlei, sondern aus dem Geheimkabinett des Kaisers". So verhält es sich in der Tat. Doch brauchen wir uns dabei nicht weiter aufzuhalten, denn es ist nur ein Resümee der Ansichten, die der Zar bereits in seinem „Dialog" entwickelt hat. Er bemüht sich, der englischen Regierung beizubringen, „daß das wie immer geartete Resultat dieser Unterredungen bleiben solle, was es auch wirklich ist, ein Geheimnis zwischen den beiden Souveränen". Der Zar hat gegen die Pforte „stets die höchste Langmut walten lassen, das englische Kabinett selbst gesteht ihm dies zu". Frankreich befolgte ein anderes System und hat dadurch Rußland und Österreich gezwungen, auch ihrerseits „durch Einschüchterung zu wirken". In dem ganzen Memorandum sind Rußland und Österreich identifiziert. Als eine der Ursachen für den unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruch der Türkei wird ausdrücklich die Frage der heiligen Stätten genannt „und die religiösen Gefühle der orthodoxen Griechen, die durch die den Lateinern gemachten Konzessionen verletzt seien".

Zum Schlusse des Memorandums wird erklärt, „nicht weniger wertvoll als die in der Depesche des Lords John Russell enthaltenen Versicherungen seien ihm die Beweise von Freundschaft und Vertrauen von seiten Ihrer Majestät, zu deren Organ sich zu machen Sir H. Seymour bei dieser Gelegenheit beauftragt war". Diese „Beweise" der Lehenspflicht der Königin Viktoria gegen den Zaren wurden dem englischen Publikum sorgsam vorenthalten, werden aber vielleicht nächstens im Journal de St. Petersbourg erscheinen.

Bei der Kommentierung seines Dialogs mit dem Kaiser und des moskowitischen Memorandums lenkt Sir Hamilton noch einmal die Aufmerksamkeit seines Kabinetts auf die Stellung Österreichs. „Nimmt man es als ein feststehendes und anerkanntes Faktum an, daß zwischen den beiden Kaisern ein Übereinkommen oder ein Pakt rücksichtlich der türkischen Angelegenheiten besteht, so wäre es von der höchsten Wichtigkeit, zu erfahren, wie weit die von ihnen wechselseitig übernommenen Verpflichtungen sich erstrecken. Was die Art jenes Arrangements betrifft, so scheint sie mir kaum den Gegenstand eines Zweifels bilden zu können. Ihre Basis dürfte in einer jener Zusammenkünfte gelegt worden sein, die zwischen den beiden Kaisern im verflossenen Herbst stattfanden, und später dürfte Baron Meyendorf, der Minister Rußlands in Wien, der den Winter in St. Petersburg verbracht hat und sich in diesem Augenblick noch dort befindet, den Plan weiter ausgearbeitet haben."

Zieht die englische Regierung nun, wo ihr diese Eröffnungen bekannt werden, etwa Österreich zur Verantwortung? Nein, sie tadelt nur Frankreich. Nach der Invasion Rußlands in die Fürstentümer bestimmt sie Österreich zum Vermittler, wählt gerade Wien zum Sitz der Konferenz, betraut den Grafen Buol mit der Leitung der Verhandlungen und will noch bis zu diesem Augenblick Frankreich in dem törichten Glauben erhalten, daß Österreich ein ehrlicher Bundesgenosse in einem Krieg gegen den Moskowiter für die Erhaltung und Unabhängigkeit der Pforte sei, obgleich man seit mehr als einem Jahre weiß, daß Österreich in die Zerstücklung dieses Reiches gewilligt habe.

Am 19. März kam Sir Hamiltons Bericht über seinen Dialog mit dem Zaren in London an. Lord Clarendon nimmt nun die Stelle Lord Johns ein und bemüht sich, seinen Vorgänger noch zu übertreffen. Vier Tage nach dem Eintreffen der staunenerregenden Mitteilung, in der der Zar seine verschwörerischen Absichten gegen Frankreich und die Pforte nicht einmal mehr zu verbergen für nötig hält, sondern sie offen eingesteht, sendet der edle Graf folgende Depesche an Sir Hamilton: „Die Regierung bedauert, daß die französische Flotte nach Griechenland gegangen ist. Die Stellung der französischen und der englischen Regierung sind jedoch verschieden. Die erstere hat keine Zusicherungen vom Zaren wegen seiner türkischen Politik bekommen." (Vgl. das Blaubuch Band I, S. 90.)

Hätte der Zar auch Frankreich mitgeteilt, daß „der kranke Mann im Sterben liegt", und seinen vollständigen Plan der Verteilung der Erb-

schaft entworfen, so wäre Frankreich selbstverständlich über das Schicksal der Türkei, die wahren Zwecke der Mission des Fürsten Menschikoff und den unabänderlichen Entschluß des Kaisers von Rußland, die Integrität und die Unabhängigkeit des Reichs zu erhalten, das nach seinem Ausspruch „keine Lebensfähigkeit“ mehr besaß, weder in Unruhe noch im Zweifel gewesen.

An demselben 23. März sendet der Earl von Clarendon eine zweite Depesche an Sir Hamilton Seymour, die nicht für die Blaubücher bestimmt ist, aber die geheime Antwort auf die geheime Mitteilung von St. Petersburg enthält. Sir Hamilton hatte seinen Bericht über das Zwiegespräch mit folgendem schlauen Vorschlag geschlossen: „Ich wage zu empfehlen, daß in die nächste an mich zu richtende Depesche einige Ausdrücke einfließen möchten, welche die Wirkung hätten, der weiteren Betrachtung oder wenigstens Diskussion solcher verfänglicher Dinge ein Ende zu machen.“

Der Earl von Clarendon, der sich dieser heiklen Situation gewachsen fühlt, handelt genau nach den Anordnungen des Zaren und im direkten Gegensatz zu den Warnungen seines eigenen Gesandten. Er beginnt seine Depesche mit der Erklärung, daß „die Regierung Ihrer Majestät gerne dem Wunsche des Kaisers willfahre, daß der Gegenstand noch weiter und freimütig diskutiert werde“. „Das vom Kaiser bewiesene edelmütige Vertrauen gibt Seiner Kaiserlichen Majestät ein Anrecht auf die herzlichste Meinungserklärung von seiten der britischen Regierung“, die ihm helfen soll, die Türkei zu zerstückeln, Frankreich zu verraten und im Falle des Zusammenbruchs des Ottomanischen Reichs alle nur möglichen Versuche der christlichen Bevölkerungen, freie und unabhängige Staaten zu bilden, zu unterdrücken. Der freigeborene Brite fährt fort: Das Wort des Zaren ist jedem Vertrag vorzuziehen.

Auf alle Fälle muß sein Wort jeden Vertrag aufwiegen, den man mit ihm schließen könnte; denn die englischen Kronanwälte haben schon längst erklärt, daß wegen seiner steten Rechtsbrüche alles Verträgemachen mit Rußland ein Ende habe.

„Ihrer Majestät Regierung beharrt bei dem Glauben, daß die Türkei noch immer die Elemente des Daseins besitzt.“ Um die Aufrichtigkeit dieses Glaubens zu beweisen, fügt der Earl milde hinzu: „Wenn die Ansicht des Kaisers, die Tage des Türkischen Reichs seien gezählt, offenkundig würde, so würde sein Sturz noch beschleunigt werden.“

Der Kalmücke braucht also nur seine Ansicht auszusprechen, daß der kranke Mann im Sterben liegt, und der Mann ist auch schon tot. Ein beneidenswertes Leben ist das! Da braucht es also keiner Trompeten von Jericho mehr. Ein Hauch aus des Kaisers erhabenem Munde, und das Ottomanische Reich stürzt in Trümmer.

„Die englische Regierung teilt ganz die Meinung des Kaisers, daß die Besetzung Konstantinopels durch eine der Großmächte ein für allemal als unmöglich betrachtet werden muß; daß keine Elemente zum Wiederaufbau eines byzantinischen Reichs vorhanden sind; daß die systematische Mißregierung Griechenlands keine Aufmunterung zur Ausdehnung seines Territoriums darbietet — und daß, da die Materialien zur Provinzial- und Kommunalregierung fehlen, Anarchie die Folge sein würde, wenn man die Provinzen der Türkei sich selbst überließe oder sie besondere Republiken bilden ließe."

Man beachte, daß der britische Minister, der seinem tatarischen Herrn anbetend zu Füßen liegt und demutsvoll seine Worte nachspricht, sich nicht schämt, sogar die abscheuliche Lüge zu wiederholen, daß die Türkei „keine Elemente zur Provinzial- und Kommunalregierung besitzt", während doch gerade die große Entwicklung des kommunalen und provinzialen Lebens die Türkei in den Stand gesetzt hat, bis jetzt den härtesten Stößen von innen und außen zu widerstehen. Indem das britische Ministerium sich alle Prämissen des Zaren zu eigen macht, rechtfertigt es alle Schlüsse, die er aus ihnen zu ziehen wünscht.

„Im Falle der Auflösung des Türkischen Reichs", sagte der tapfere Lord, „wäre der einzige Modus zur Anbahnung einer friedlichen Lösung ein europäischer Kongreß." Aber er fürchtet die Folgen eines solchen Kongresses, nicht wegen der Gaunereien Rußlands, das England auf dem Wiener Kongreß dermaßen betrog, daß Napoleon auf St. Helena ausrief: „Wäre ich bei Waterloo Sieger geblieben, so hätte ich England keine demütigenderen Bedingungen diktieren können" — sondern aus Furcht vor Frankreich. „Die Verträge von 1815 müßten dann der Revision geöffnet werden, und Frankreich dürfte sofort bereit sein, die Chancen eines europäischen Krieges zu wagen, um seine Verbindlichkeiten loszuwerden." ...

Die Regierung Ihrer Majestät wünscht das Türkische Reich zu erhalten nicht als ein Bollwerk gegen Rußland und nicht, weil sein Zusammenbruch England zwingen würde, mit Rußland seine diametral entgegengesetzten Interessen im Orient auszufechten. O nein, sagt der Earl.

„Die Interessen Rußlands und Englands im Orient sind vollständig identisch." England will das Türkische Reich erhalten nicht aus irgendwelchen Erwägungen, die mit der Orientfrage verknüpft sind, sondern „aus der Überzeugung, daß keine große Frage im Osten angeregt werden kann, ohne eine Quelle der Zwietracht im Westen zu werden". Eine Orientfrage wird daher nicht einen Krieg der Westmächte gegen Rußland, sondern einen Krieg der Westmächte untereinander im Gefolge haben, einen Krieg Englands gegen Frankreich. Und derselbe Minister, der dies schrieb, und seine Kollegen, die es sanktionierten, möchten uns den Glauben beibringen, daß sie im Verein mit Frankreich gegen Rußland ernsthaft Krieg führen wollen, und zwar „wegen einer im Orient entstandenen Frage" und obgleich „die Interessen Rußlands und Englands im Orient identisch sind".

Der wackere Earl geht noch weiter.

Warum fürchtet er einen Krieg mit Frankreich, der nach seiner Angabe die „notwendige Folge" der Auflösung und Zerstücklung der Türkei sein muß? Ein Krieg mit Frankreich wäre an sich betrachtet eine ganz lustige Geschichte. Aber es gibt dabei doch einige zarte Bedenken. „Jede große Frage im Westen wird einen revolutionären Charakter annehmen und eine Revision des ganzen gesellschaftlichen Systems in sich fassen." „Und daher", ruft der aufrichtige Friedensliebhaber aus, „das ängstliche Bestreben der Regierung Ihrer Majestät, die Katastrophe abzuwenden." Wenn hinter der Teilung der Türkei nicht der Krieg mit Frankreich und hinter diesem nicht das Gespenst der Revolution lauerte, so wäre die Regierung Ihrer Majestät ebenso bereit, den Großtürken zu verschlucken, als es die kosakische Majestät ist.

Getreu den Instruktionen, die der tapfere Clarendon durch Sir H. Seymours Vermittlung vom russischen Kanzler empfing, schließt er sein Schreiben mit einem Appell an „die Rechtlichkeit der Absichten Seiner Majestät".

In seiner zweiten Depesche vom 5. April 1853 wird Sir Hamilton angewiesen, den russischen Kanzler dahin zu informieren, daß „Lord Redcliffe beauftragt worden ist, auf seinen Posten zurückzukehren; daß seiner Mission durch einen eigenhändigen Brief Ihrer Majestät ein besonderer Charakter beigelegt wurde; daß die Pforte seinem gemäßigten Rate eher Gehör geben werde. Es wurde ihm besonders empfohlen, der Pforte zu raten, ihre christlichen Untertanen mit der äußersten Milde zu behandeln."

Derselbe Clarendon, der diese besonderen Instruktionen gab, hatte in seiner Geheimdepesche vom 23. März 1853 geschrieben: „Die Behandlung der Christen ist nicht hart. Die Türkei bezeigt gegen diesen Teil ihrer Untertanen eine Toleranz, die wohl gewissen Regierungen ... als Muster dienen könnte."

In dieser geheimen Depesche wird zugegeben, daß Lord Stratford nach Konstantinopel geschickt wurde, weil er das geschickteste und willigste Werkzeug zur Einschüchterung des Sultans sei. In den ministeriellen Akten aus jener Zeit wurde seine Entsendung als starke Demonstration gegen den Zaren dargestellt, da dieser Edle vor langer Zeit die Rolle eines persönlichen Gegners Rußlands gespielt hatte.

Die Reihe der geheimen Dokumente, die dem Hause vorgelegt wurden, schließt mit dem russischen Memorandum, in welchem Nikolaus sich dazu beglückwünscht, daß seine Ansichten ganz mit denen des englischen Kabinetts übereinstimmen im Hinblick auf die politischen Kombinationen, die hauptsächlich vermieden werden müßten, wenn im äußersten Falle das zufällige Ereignis im Orient einträte.

Das Memorandum ist datiert vom 15. April 1853. Es versichert, „daß das beste Mittel, der ottomanischen Regierung Dauer zu verleihen, darin bestände, sie durch keine das gerechte Maß überschreitenden, in einer ihrer Würde und ihrer Unabhängigkeit gleich schädlichen Weise gestellten Forderungen ferner zu belästigen".

Genau in dieser Manier spielte Menschikoff seine Komödie, als er am 19. April seine unverschämte „Note" einsandte, in der er eine Sprache führte, die „glücklicherweise in der Diplomatie sehr selten vorkommt", wie der Earl von Clarendon im Oberhaus sich ausdrückte. Dafür war Seine Lordschaft um so fester davon überzeugt, daß der Zar gewillt sei, den kranken Mann schonend zu behandeln. Seine Überzeugung wird jetzt noch immer fester, wo der Kosake in die Fürstentümer eindringt.

Das Koalitionskabinett hat nur ein Loch entdecken können, um sich vor diesen Dokumenten der Schmach zu verkriechen. Es behauptet, der offenkundige Zweck der Mission des Fürsten Menschikoff sei die Frage der heiligen Stätten; die Mitteilungen über die Zerstücklung der Türkei bezögen sich nur auf ungewisse entfernte Zeiträume. Der Zar aber hatte ihnen in seinem ersten Memorandum klar und deutlich gesagt, daß die Frage des Zusammenbruchs der Türkei „für ihn durchaus keine fernstehende und ungewisse Eventualität sei"; daß das englische Ministerium

irre, „wenn es in den beiden Fragen Montenegros und der heiligen Stätten bloß solche Streitfragen sähe, wie sie die Diplomatie gewöhnlich beschäftigten", und daß die Frage der heiligen Stätten „eine sehr ernste Wendung nehmen" und „zur Katastrophe führen könne". Sie selbst hätten zugegeben nicht nur, daß ihm in dieser Frage unrecht geschehen wäre, sondern daß er durch Vertrag berechtigt sei, elf Millionen Untertanen des Sultans ausnahmsweise zu beschützen. Wenn sie also versäumten, die Pforte dazu zu drängen, die Forderungen Menschikoffs anzunehmen, so handle der Zar nur im Geiste des Memorandums von 1844 nach der ihm von ihnen selbst gemachten Zusage und getreu seiner wörtlichen Erklärung gegen Sir H. Seymour, „daß er nicht mit sich spaßen lassen werde", wenn er sich bereit mache, „diesen Herrn" hinzurichten. Es dreht sich nicht darum, ob er ihnen gegenüber im Recht ist; die einzige Frage ist, ob sie selbst in diesem Augenblick ihm gegenüber handeln, wie es sich gehört. Jedem, der diese Dokumente aufmerksam liest, muß klar werden, daß, wenn dieses skandalöse Ministerium im Amte bleibt, das englische Volk schon allein durch den Einfluß äußerer Komplikationen in eine schreckliche Revolution hineingetrieben werden kann, die Thron, Parlament und herrschende Klassen hinwegfegt, denen Willen und Fähigkeit verloren gingen, Englands Stellung in der Welt zu erhalten. Nikolaus, der in der Gazette de St. Petersbourg das Koalitionsministerium herausforderte, die geheimen Beweise seiner eigenen Infamie zu veröffentlichen, hat damit getreu seinem Wahlspruch gehandelt: „Ich hasse den, der mir Widerstand leistet, und ich verachte den, der mir dient."

Kriegserklärung. – Muselmanen und Christen.

London, 24. März 1854 (N. Y. T., 15. April 1854).

Endlich ist der Krieg erklärt worden. Die königliche Botschaft wurde gestern beiden Häusern des Parlaments verlesen — im Oberhaus durch Lord Aberdeen, im Unterhaus durch Lord John Russell. Sie spricht sich über die Maßnahmen aus, die getroffen werden sollen, „um den Übergriffen Rußlands gegen die Türkei aktiv entgegenzutreten".

Gleichzeitig mit dieser englischen Erklärung erfolgte eine ähnliche Botschaft Louis Napoleons an seinen Senat und an das „Corps Législatif".

Die Kriegserklärung gegen Rußland konnte nicht länger hinausgeschoben werden, nachdem Kapitän Blackwood, der Überbringer des englisch-französischen Ultimatums an den Zaren, am letzten Sonnabend mit der Antwort zurückgekehrt war, Rußland wolle diese Kundgebung überhaupt nicht beantworten. Ganz vergebens war indessen die Mission Blackwoods nicht. Rußland hat durch sie den Monat März gewonnen, diese für die russischen Waffen gefährlichste Jahreszeit.

Die Veröffentlichung der Geheimkorrespondenz zwischen dem Zaren und der englischen Regierung hat incredibile dictu, anstatt einen Ausbruch öffentlicher Entrüstung hervorzurufen, die ganze Tages- und Wochenpresse veranlaßt, England zu seinem wahrhaft nationalen Ministerium zu beglückwünschen.

Der Hamburger Korrespondent bringt folgende Nachricht: „Die russische Regierung will noch mehr Dokumente über die Orientfrage veröffentlichen. Darunter sind einige Briefe des Prinzen Albert."

Es wird uns mitgeteilt, daß am 12. dieses Monats der Vertrag einer Tripelallianz zwischen Frankreich, England und der Türkei unterzeichnet wurde, daß aber der Großmufti, trotzdem sich der Sultan persönlich an ihn wandte, gestützt auf das Korps der Ulemas sich weigerte, sein Fetwa abzugeben, das die Bestimmungen der veränderten Lage der türkischen Christen sanktionierte, denn dies stehe im Gegensatz zu den Vorschriften des Koran. Dieser Nachricht scheint große Wichtigkeit beigelegt zu werden, denn sie veranlaßte Lord Derby zu folgender Bemerkung: „Unerläßlich, daß die Regierung feststelle, ob in diesem Übereinkommen sich Artikel fänden, die England das Protektorat zusichern, dem wir uns bei Rußland widersetzen."

Die heutige Times konstatiert, daß die Regierungspolitik derjenigen Lord Derbys gerade entgegengesetzt sei, fügt aber hinzu: „Wir würden sehr bedauern, wenn die Bigotterie des Mufti oder der Ulemas den Erfolg hätte, einen ernsthaften Widerstand gegen diese Politik hervorzurufen."

Um sowohl die Natur der Beziehungen zwischen der türkischen Regierung und den geistlichen Autoritäten der Türkei zu begreifen, wie auch die Schwierigkeiten, in die die erstere in diesem Augenblick verwickelt ist, wo es sich um das Protektorat über ihre christlichen Untertanen handelt, also um die Frage, die den gegenwärtigen orientalischen Verwicklungen anscheinend zugrunde liegt, muß man einen rückschauenden Blick auf die frühere Geschichte und Entwicklung der Pforte werfen.

Der Koran und die auf ihm fußende muselmanische Gesetzgebung reduzieren Geographie und Ethnographie aller verschiedenen Völker auf die einfache und bequeme Formel der Zweiteilung: in Gläubige und Ungläubige. Der Ungläubige ist „Harby", das ist der Feind. Der Islam verdammt die Nation der Ungläubigen und schafft einen Zustand permanenter Feindschaft zwischen Muselmanen und Ungläubigen. In diesem Sinne waren die Seeräuberschiffe der Berberstaaten die heilige Flotte des Islam. Wie läßt sich nun das Vorhandensein christlicher Untertanen im Reiche der Pforte mit dem Koran vereinbaren? „Wenn eine Stadt kapituliert," sagt die muselmanische Gesetzgebung, „so können ihre Bewohner Rajahs werden, das heißt muselmanische Untertanen, die aber nicht Mohammedaner sind. Zahlen sie Haradsch, das heißt die Kopfsteuer, so darf niemand ihre Häuser oder Güter antasten. Sie dürfen in ihren alten Kirchen Andachten verrichten und sie wiederherstellen, aber sie dürfen keine neuen erbauen. Wird eine Stadt erobert, so können die Kirchen als Aufenthaltsorte oder Asyle benützt werden, aber nicht als Andachtsorte."

Da nun Konstantinopel sich durch Kapitulation ergab, wie überhaupt der größte Teil der Europäischen Türkei, so erfreuen sich die Christen daselbst ihrer Privilegien ausschließlich deshalb, weil sie einwilligten, sich unter muselmanischen Schutz zu stellen. Nur aus dieser Ursache sind die Christen in der Lage, von den Muselmanen nach muselmanischem Gesetz regiert zu werden und in dem Patriarchen von Konstantinopel gleichzeitig ihr kirchliches Oberhaupt, ihren politischen Vertreter und ihren höchsten Gerichtsherrn zu sehen. Wo wir daher im Ottomanischen Reiche eine Ansammlung griechischer Rajahs finden, sind die Erzbischöfe und Bischöfe gesetzlich auch Mitglieder der Munizipalräte und regeln unter der Leitung des Patriarchen die Verteilung der Steuern, die den Griechen auferlegt werden. Der Patriarch ist der Pforte für das Betragen seiner Glaubensgenossen verantwortlich. Er ist berechtigt, über die Rajahs seiner Kirche abzuurteilen, mit diesem Rechte stattet er die Metropoliten und Bischöfe innerhalb ihrer Diözesen aus, und deren Urteilssprüche müssen dann von den Exekutivbeamten, den Kadis usw. der Pforte ausgeführt werden. Sie haben das Recht, Strafen zu verhängen, und zwar Geldstrafen, Gefängnisstrafen, Bastonaden und Verbannung. Außerdem verleiht ihnen ihre eigene Kirche die Macht der Exkommunikation. Unabhängig von dem Betrag der Geldstrafen gehören ihnen auch noch verschiedene Abgaben für Zivil- und Handelsprozesse. Jede hierarchische Stufe der Geistlich-

keit hat ihren besonderen Kaufpreis. Der Patriarch zahlt an den Diwan einen gewaltigen Tribut, um seine Investitur zu erlangen, seinerseits aber verkauft er wieder die Erzbistümer und Bistümer an seinen Klerus. Dieser letztere hält sich wieder durch den Verkauf von subalternen Stellen und den von den Popen eingeforderten Tribut schadlos. Diese verschleißen wieder im Detail die Macht, die sie von ihren Vorgesetzten erkauft haben, und treiben Handel mit jedem heiligen Akt: mit Taufen, Heiraten, Ehescheidungen und Testamenten.

Aus dieser Darlegung geht klar hervor, daß dieses ganze Gebäude der Priesterherrschaft über die griechischen Christen in der Türkei und deren ganze soziale Gliederung durch die Unterwerfung der Rajahs unter den Koran gekrönt wird, der seinerseits, indem er sie als Ungläubige behandelt, das heißt als eine Nation nur im religiösen Sinne, die vereinigte geistliche und weltliche Macht ihrer Priester sanktioniert. Schafft man also ihre Unterwerfung unter den Koran ab, so hebt man gleichzeitig ihre Unterwerfung unter die Geistlichkeit auf und ruft eine Revolution in ihren sozialen, politischen und religiösen Beziehungen hervor, die sie zunächst unvermeidlich an Rußland ausliefern muß. Wer den Koran durch einen Code civil ersetzen will, der muß das ganze Gebäude der byzantinischen Gesellschaft nach abendländischem Muster verändern.

Nach der Klarlegung der Beziehungen zwischen den Muselmanen und ihren christlichen Untertanen fragen wir weiter: Welches sind die Beziehungen zwischen Muselmanen und ungläubigen Ausländern?

Da der Koran jeden Fremdling als Feind erklärt, so wird niemand wagen, in einem muselmanischen Lande ohne Vorsichtsmaßregeln aufzutreten. Die ersten europäischen Kaufleute, die das Risiko des Handels mit solch einem Volk auf sich nahmen, versuchten daher, sich anfänglich nur für ihre Person Ausnahmebedingungen und Privilegien zu sichern, die sich aber später auf ihre ganze Nation ausdehnten. Dies ist der Ursprung der Kapitulationen. Kapitulationen sind kaiserliche Diplome, Privilegiumsurkunden, von der Pforte an verschiedene europäische Nationen verliehen, wodurch deren Untertanen autorisiert werden, ungehindert mohammedanische Länder zu betreten, ruhig dort ihre Geschäfte zu betreiben und ihren Gottesdienst abzuhalten. Von Verträgen unterscheiden sie sich durch den wichtigen Umstand, daß sie nicht auf Gegenseitigkeit beruhen, von den abschließenden Parteien nicht gemeinsam debattiert werden und nicht auf Grund gegenseitiger Vorteile und Konzessionen von ihnen angenommen

sind. Sie sind im Gegenteil einseitig zugestandene Begünstigungen, die die betreffende Regierung folglich nach ihrem Belieben wieder zurücknehmen kann. Die Pforte hat tatsächlich zu verschiedenen Zeiten die Privilegien, die sie einer Nation zugestand, dadurch zunichte gemacht, daß sie sie auch anderen verlieh oder sie gänzlich zurückzog, indem sie deren ferneren Genuß untersagte. Dieser unsichere Charakter der Kapitulationen machte sie zu einer nie versiegenden Quelle von Streitigkeiten, von Klagen seitens der Gesandten und zog einen ungeheuerlichen Austausch widerspruchsvoller Noten und Fermane nach sich, der sich bei jedem Regierungswechsel erneute.

Diese Kapitulationen sind es, aus denen sich das Recht des Protektorats der fremden Mächte herleitet, nicht über die christlichen Untertanen der Pforte — die Rajahs —, sondern über deren Glaubensgenossen, die die Türkei besuchten oder daselbst als Fremde wohnten. Die erste Macht, die ein solches Protektorat erlangte, war Frankreich. Die Kapitulationen, die zwischen Frankreich und der Ottomanischen Pforte 1535 unter Soliman I. und Franz I., 1604 unter Achmet I. und Heinrich IV. und 1673 unter Mustafa II. und Ludwig XIV. abgeschlossen wurden, wurden 1740 in einer Sammlung erneuert, bestätigt, rekapituliert und vermehrt, die den Titel trug „Alte und neue Kapitulationen und Verträge zwischen dem Hofe von Frankreich und der Ottomanischen Pforte".* Artikel 32 dieses Übereinkommens setzt das Recht Frankreichs fest, sein Protektorat auf alle Klöster, in denen die französische Religion bekannt wird, auszudehnen, welcher Nation sie auch angehören mögen, und ebenso auf alle fränkischen Besucher des Heiligen Grabes.

Rußland war die erste Macht, die 1774 eine nach dem Beispiel Frankreichs abgefaßte Kapitulation in einen Vertrag einschaltete, und zwar in den Vertrag von Kainardschi. Auch Napoleon hielt es 1802 für zweckmäßig, Bestand und Fortdauer der Kapitulation zum Gegenstand eines Vertragsartikels zu machen und ihr den Charakter eines gegenseitig bindenden Kontrakts zu verleihen.

In welcher Beziehung steht nun die Frage der heiligen Stätten zu dem Protektorat?

---

* Capitulations ou traités anciens et nouveaux entre la cour de France et la Porte ottomane, renouvellés et augmentés l'an de Jesus Christ 1740 et de Ligire 1155; traduits à Constantinople par le sieur Deval, secrétaire interprète du Roi et son premier Drogman à la cour ottomane 1761.

Die Frage des Heiligen Grabes ist nichts anderes als die Frage eines Protektorats über die in Jerusalem angesiedelten Religionsgemeinden der griechischen Christen und über die Gebäude, die sie auf dem heiligen Boden besitzen, besonders aber über die Kirche des Heiligen Grabes. Es ist hier zu betonen, daß Besitz in diesem Falle nicht Eigentum heißt, das den Christen durch den Koran untersagt ist, sondern daß hier bloß das Recht des Nutzgenusses gemeint ist. Dieses Recht des Nutzgenusses schließt die anderen Gemeinden absolut nicht davon aus, ihre Andacht an denselben Stätten zu verrichten; die Besitzer haben keine weiteren Privilegien, als daß sie die Schlüssel behalten, die Gebäude betreten und reinigen, die heilige Lampe entzünden, die Räume mit dem Besen fegen und die Teppiche ausbreiten dürfen, was bei den Orientalen ein Symbol des Besitzes ist. In dem Maße, als nun die Christenheit an den heiligen Stätten kulminiert, hat auch die Frage des Protektorats daselbst ihren höchsten Ausdruck gefunden.

Anteile an den heiligen Stätten und an der Kirche des Heiligen Grabes sind im Besitze von Lateinern, Griechen, Armeniern, Abessiniern, Syrern und Kopten. Zwischen all diesen verschiedenen Prätendenten kam es nun zu Konflikten. Die europäischen Monarchen, die in diesen religiösen Streitigkeiten eine Frage ihres Einflusses im Orient sahen, wendeten sich zuallererst an die Herren des Grund und Bodens, fanatische und gierige Paschas, die ihre Stellung mißbrauchten. Die Pforte mit ihren Agenten befolgte eine höchst ermüdende Schaukelpolitik, gab abwechselnd den Lateinern, Griechen und Armeniern recht, nahm Geld von allen Seiten und machte sich über alle Parteien lustig. Kaum hatten die Türken in einem Ferman den Lateinern den Besitz eines strittigen Ortes zugestanden, als sich die Armenier mit einer noch besser gefüllten Börse einstellten und augenblicklich einen entgegengesetzten Ferman durchsetzten. Dieselbe Taktik wurde den Griechen gegenüber befolgt, die es überdies verstanden, wie offiziell in verschiedenen Fermanen der Pforte und in Gutachten ihrer Agenten erwähnt wird, sich falsche und unterschobene Anrechte zu verschaffen. Bei anderen Gelegenheiten wurden die Entscheidungen des Sultans durch die Habgier und den üblen Willen der Paschas und Subalternagenten in Syrien vereitelt. Dann mußten neue Verhandlungen gepflogen, neue Kommissäre ernannt und neue Geldopfer gebracht werden. Was die Pforte in früheren Zeiten aus pekuniären Rücksichten tat, tut sie heutigestags aus Furcht in dem Bestreben, Protektion und Begünstigung zu erhalten. Nachdem sie den

Forderungen Frankreichs und den Reklamationen der Lateiner nachgegeben, muß sie sich beeilen, nun auch Rußland und den Griechen dieselben Konzessionen zu machen, um auf diese Weise einem Sturm zu entgehen, dem standzuhalten sie sich zu schwach fühlt. Da ist kein Heiligtum, keine Kapelle, kein Stein von der Kirche des Heiligen Grabes, bei denen man nicht den Versuch gemacht hätte, sie zum Gegenstand eines Zankes zwischen den verschiedenen christlichen Gemeinden zu machen.

Alle die verschiedenen christlichen Sekten, die sich um das Heilige Grab gruppieren, verbergen hinter ihren religiösen Forderungen ebenso viele politische und nationale Nebenbuhlerschaften.

Die Lateiner, die Griechen, die Armenier, die Kopten, die Abessinier und die Syrer, die Jerusalem und die heiligen Stätten bewohnen, bekennen sich zu verschiedenen Religionen. Es sind dort 2000 Griechen, 1000 Lateiner, 350 Armenier, 100 Kopten, 20 Syrer und 20 Abessinier — im ganzen 3490. Im Ottomanischen Reich zählt man 13 730 000 Griechen, 2 400 000 Armenier und 900 000 Lateiner. Unter sich sind alle diese wieder geteilt. Die griechische Kirche, von der ich oben sprach, und die den Patriarchen von Konstantinopel anerkennt, unterscheidet sich wesentlich von der griechisch-russischen, deren höchste geistliche Autorität der Zar ist, und von den Hellenen, deren Oberhäupter der König und der Synod von Athen sind. Ähnlich sind die Lateiner in römisch-katholische, unierte Griechen und Maroniten geteilt; die Armenier in gregorianische und lateinische Armenier; derselben Teilung unterliegen Kopten und Abessinier. Die drei an den heiligen Stätten vorherrschenden Religionen sind Griechen, Lateiner und Armenier. Die lateinische Kirche repräsentiert vorwiegend lateinische Rassen; die griechische Kirche slawische, turkoslawische und hellenische Rassen und die anderen asiatische und afrikanische Rassen.

Man stelle sich nun vor, wie alle diese streitenden Völkerschaften das Heilige Grab belagern, wie die Mönche Krieg führen, dessen scheinbare Ursache oft nur ein Stern von der bethlehemitischen Grotte, ein Stückchen Teppich, ein Altar, der Schlüssel zu einem Heiligtum, ein Schrein, ein Stuhl, ein Kissen — kurz irgendein lächerlicher Vorwand ist!

Um einen solchen Krieg der Mönche zu verstehen, muß man notwendig erst ihre Lebensweise und dann die Art ihrer Behausungen ins Auge fassen. Ein Reisender erzählte davon vor kurzem: „Alle diese religiösen Abfälle verschiedener Nationen leben in Jerusalem voneinander abgesondert, feindlich und mißtrauisch, eine nomadische Bevölkerung, die

sich aus Pilgern rekrutiert und durch Pest und Elend dezimiert wird. Der Europäer stirbt oder kehrt nach einigen Jahren nach Europa zurück; die Paschas und ihre Garde gehen nach Damaskus oder Konstantinopel, und die Araber fliehen in die Wüste. Jerusalem ist ein Punkt, den man nur besucht und wo niemand sich dauernd aufhält. Jeder erwirbt in der heiligen Stadt seine Existenz durch seine Religion — die Griechen oder die Armenier von den 12000 oder 13000 Pilgern, die jährlich nach Jerusalem kommen, die Lateiner von den Subsidien und Almosen, die sie von ihren Glaubensgenossen in Frankreich, Italien usw. bekommen."

Außer ihren Klöstern und Heiligtümern besitzen die christlichen Nationen in Jerusalem kleine Wohnräume oder Zellen, die an die Kirche vom Heiligen Grab angebaut sind und von den Mönchen bewohnt werden, die Tag und Nacht diesen heiligen Ort bewachen müssen. Zu bestimmten Zeiten werden die Mönche in ihren Pflichten durch ihre Brüder abgelöst. Diese Zellen haben nur eine Tür, die nach dem Innern des Tempels sich öffnet; ihre Nahrung erhalten diese geistlichen Wächter durch ein Schiebfensterchen von außen. Die Kirchentüren sind geschlossen und von Türken bewacht, die sie nur öffnen, wenn sie dafür bezahlt werden, und sie nach Belieben schließen, wie es ihnen Laune oder Habgier diktiert.

Die Streitigkeiten zwischen Geistlichen sind stets die giftigsten, sagt Mazarin. Nun denke man sich diese Geistlichen, die nicht nur von, sondern in diesen Heiligtümern miteinander wohnen müssen!

Das Bild wird noch schöner, wenn man bedenkt, daß die Väter der lateinischen Kirche, die hauptsächlich aus Römern, Sardiniern, Neapolitanern, Spaniern und Österreichern sich zusammensetzen, alle miteinander auf das französische Protektorat eifersüchtig sind und es gerne durch ein österreichisches, sardinisches oder neapolitanisches ersetzen möchten; die Könige von Sardinien und Neapel führen beide schon den Titel König von Jerusalem. Dazu kommt noch, daß die ansässige Bevölkerung Jerusalems 15500 Seelen stark ist, unter denen etwa 4000 Muselmanen und 8000 Juden sind. Die Muselmanen, die etwa den vierten Teil der ganzen Bevölkerung ausmachen und aus Türken, Arabern und Mauren bestehen, sind selbstverständlich in jeder Hinsicht die Herren, denn durch die Schwäche ihrer Regierung in Konstantinopel fühlen sie sich in keiner Weise beengt. Was aber jeder Beschreibung spottet, ist das Elend und sind die Leiden, die die Juden in Jerusalem zu erdulden haben; sie bewohnen das schmutzigste Viertel zwischen Zion und Moria, genannt

hareth-el-yahoud, wo auch ihre Synagogen liegen, und sind unausgesetzt der Gegenstand muselmanischer Unterdrückung und Intoleranz; von den Griechen beschimpft, von den Lateinern verfolgt, leben sie nur von den spärlichen Almosen, die ihnen von ihren europäischen Brüdern zufließen. Die Juden sind jedoch keine Eingeborenen, sondern kommen aus verschiedenen entfernten Ländern und werden nur nach Jerusalem durch den Wunsch gelockt, das Tal Josaphat zu bewohnen und an derselben Stelle zu sterben, von der aus die Erlösung der Welt erfolgen soll. „In Erwartung des Todes", sagt ein französischer Schriftsteller, „leiden sie und beten. Ihre Augen auf den Berg gerichtet, wo einst der Tempel Salomons stand und dem sie sich nicht nähern dürfen, vergießen sie Tränen über das Unglück Zions und ihre Zerstreuung in der ganzen Welt."

Um das Maß der Leiden dieser Juden voll zu machen, haben England und Preußen im Jahre 1840 einen anglikanischen Bischof in Jerusalem angestellt, dessen offen zugegebene Aufgabe ihre Bekehrung ist. Im Jahre 1845 wurde er furchtbar durchgeprügelt und von Juden, Christen und Türken gleicherweise verhöhnt. Von ihm kann man wirklich mit Recht sagen, er habe den ersten und einzigen Anlaß zur Einigung sämtlicher Religionen in Jerusalem gegeben.

Man wird nun begreifen, daß die gemeinschaftliche Anbetung der Christen an den heiligen Stätten nichts weiter ist, als eine fortgesetzte Reihe wüster Schlägereien zwischen den verschiedenen gläubigen Sekten; daß sich andererseits hinter diesen anscheinend religiösen Streitigkeiten nur ein höchst weltlicher Krieg nicht nur von Nationen, sondern von Rassen verbirgt, und daß das Protektorat über die heiligen Stätten, das den Abendländern so lächerlich, den Orientalen aber so überaus wichtig erscheint, nur eine der Phasen der Orientfrage ist, die sich unaufhörlich erneuert, die stets vertuscht, aber nie gelöst wird.

Die Kriegsdebatte im Parlament.

London, 4. April 1854 (N. Y. T., 17. April 1854).

Eine der Eigentümlichkeiten der englischen Tragödie, die das französische Gemüt so abstößt, daß Voltaire Shakespeare als betrunkenen Wilden zu bezeichnen pflegte, besteht darin, daß das Erhabene und das Niedrige, das Schreckliche und das Lächerliche, das Heroische und das Burleske sich in sonderbarer Weise mischen. Nirgends aber überträgt

Shakespeare dem Narren die Aufgabe, den Prolog zu einem Heldendrama zu sprechen. Diese Erfindung blieb dem Koalitionsministerium vorbehalten. Mylord Aberdeen hat, wenn auch nicht gerade die Rolle des englischen Narren, so doch die des italienischen Hanswursts gemimt. Dem oberflächlichen Beschauer scheint es, als ob alle großen historischen Bewegungen in einer Farce oder doch mindestens in der Alltäglichkeit endigten. Damit aber gleich anzufangen, war der Tragödie vorbehalten, die den Titel „Krieg mit Rußland" trägt, und deren Prolog Freitagabend in beiden Häusern des Parlaments gesprochen wurde, wo die Antwort des Ministeriums auf die Botschaft des Ministeriums gleichzeitig diskutiert und einstimmig angenommen wurde, so daß sie gestern nachmittag der auf ihrem Throne im Buckingham-Palast sitzenden Königin übergeben werden konnte. Der Vorgang im Oberhaus ist rasch geschildert. Lord Clarendon erstattete den Bericht der Minister, Lord Derby vertrat die Opposition. Der eine sprach als der Mann, der im Amte, der andere als derjenige, der draußen ist.

Lord Aberdeen, der edle Graf an der Spitze der Regierung, der „gestrenge" Vertraute des Zaren, der „liebe, gute, vorzügliche" Aberdeen Louis Philipps, der „schätzenswerte Gentleman" Pius IX., schloß zwar seinen Sermon mit dem üblichen Gewinsel um Frieden, rief aber trotzdem während des größten Teils seiner Rede Lachstürme bei den Lords hervor, weil er nicht Rußland, sondern der London Weekly Preß den Krieg erklärte. Lord Malmesbury erwiderte dem edlen Grafen. Lord Brougham, „das närrische alte Weib", wie ihn Cobbett nannte, fand heraus, daß der Kampf, den man ausfechten wolle, kein „leichter" sei. Earl Grey, der in seinem christlichen Gemüt es fertig gebracht hat, die britischen Kolonien zum erbärmlichsten Aufenthalt der Welt zu machen, erinnerte das britische Volk daran, daß der Ton und die Stimmung, in denen man von dem Kriege spräche, und das Gefühl der Animosität gegen den Zaren und seine Kosaken nicht jenem Geiste entsprächen, mit dem eine christliche Nation einen Krieg beginnen solle. Der Earl von Hardwicke war der Meinung, England sei nicht genügend vorbereitet für den Kampf mit der russischen Flotte. Englands Kriegsmacht in der Ostsee dürfe nicht weniger als zwanzig wohlbemannte und wohlbewaffnete Linienschiffe betragen; die Mannschaft müsse wohldiszipliniert sein, und man dürfe nicht, wie es schon geschehen sei, mit einem Haufen neueingestellter Leute beginnen; denn solcher Mob auf einem Linien-Kriegsschiff

während einer Aktion sei der schlimmste von allen Mobs. Der Marquis von Lansdowne verteidigte die Regierung und sprach die Hoffnung aus, daß der Krieg kurz und glücklich verlaufen werde, denn (und dies ist bezeichnend für das Begriffsvermögen des edlen Lords) „es sei kein dynastischer Krieg, und nur ein solcher ziehe die schwersten Folgen nach sich und sei am schwierigsten zu beenden".

Nach dieser angenehmen Konversation, bei der jedermann sein Sprüchlein hergesagt hatte, wurde der Adresse widerspruchslos zugestimmt. Und all das Neue, das man aus dieser Konversation erfuhr, beschränkt sich auf einige offizielle Erklärungen Lord Clarendons und auf die Geschichte der geheimen Denkschrift vom Jahre 1844. Lord Clarendon konstatierte, daß „im Augenblick das Übereinkommen mit Frankreich in sonst nichts bestehe, als in einem Austausch von Noten, die nichts enthielten als Anordnungen über militärische Operationen". Folglich existiert in diesem Augenblick kein Vertrag zwischen England und Frankreich. Von Österreich und Preußen berichtete er, daß ersteres eine bewaffnete, letzteres eine neutrale Neutralität bewahren werde; daß es aber „bei einem derartigen Krieg, wie er sich jetzt an den Grenzen der beiden Länder abspielen werde, beiden Ländern unmöglich sein werde, Neutralität zu bewahren". Endlich erklärte er, daß der Friede, der den drohenden Krieg beenden sollte, nur dann ein glorreicher sein werde, „wenn es gelänge, den christlichen Untertanen der Türkei gleiche Rechte und Freiheiten zu sichern".

Nun wissen wir jedoch bereits, daß der Scheich ul Islam schon abgesetzt wurde, weil er sich weigerte, durch einen Fetwa den Vertrag zu sanktionieren, der diese Gleichheit der Rechte verbürgt; daß die alttürkische Bevölkerung Konstantinopels aufs höchste erregt ist; und erfahren heute durch eine telegraphische Depesche, daß der Zar Preußen gegenüber seine Bereitwilligkeit erklärt hat, seine Truppen aus den Fürstentümern zurückzuziehen, wenn es den Westmächten gelänge, der Pforte einen solchen Vertrag aufzuzwingen. Er kennt kein anderes Ziel, als das osmanische Regime zu brechen. Wenn die Westmächte dies an seiner Statt tun wollen, so ist er natürlich nicht der Narr, Krieg mit ihnen anzufangen.

Nun zur Geschichte des geheimen Memorandums, wie ich sie mir aus den Reden Derbys, Aberdeens, Malmesburys und Granvilles zusammentrage. Das Memorandum sollte „ein provisorisches, bedingungsweises und geheimes Übereinkommen zwischen Rußland, Österreich und England sein, um bezüglich der Türkei verschiedene Arrangements zu treffen, an denen

Frankreich auch ohne seine ausgesprochene Einwilligung sich beteiligen müsse". Dieses Memorandum, das Lord Malmesbury in den obigen Ausdrücken schildert, war das Resultat geheimer Verhandlungen zwischen dem Zaren, dem Earl von Aberdeen, dem Herzog von Wellington und Sir Robert Peel. Auf den Rat Aberdeens hatte der Zar sich an den Herzog und an Sir Robert Peel gewendet. Es ist eine strittige Frage zwischen Lord Aberdeen und seinen Gegnern, ob die Denkschrift bei der Rückkehr des Zaren aus England nach St. Petersburg im Jahre 1844 vom Grafen Nesselrode aufgesetzt wurde, oder ob sie die englischen Minister selbst als Protokoll über die Mitteilungen des Zaren abfaßten.

Der Zusammenhang des Earls von Aberdeen mit diesem Dokument unterschied sich von dem eines bloßen Ministers mit einem offiziellen Dokument. Dies wird nach der Behauptung des Lord Malmesbury bewiesen durch ein anderes Schriftstück, das dem Hause nicht vorgelegt wurde. Das Dokument wurde als ein äußerst wichtiges und als ein solches betrachtet, das den anderen Mächten nicht mitgeteilt werden durfte, obgleich Aberdeen versicherte, er hätte Frankreich den „wesentlichen Inhalt" mitgeteilt. Auf alle Fälle wußte der Zar nichts davon, daß eine solche Mitteilung erfolgt sei. Das Dokument wurde gebilligt und sanktioniert vom Herzog von Wellington und von Sir Robert Peel. Dem Kabinett Peel, dessen Mitglied damals Lord Derby war, wurde es jedoch weder bekanntgegeben noch zur Begutachtung vorgelegt. Es wurde nicht mit den gewöhnlichen Papieren des Auswärtigen Amts aufbewahrt, sondern jedem Staatssekretär der Reihe nach zur geheimen Aufbewahrung übergeben, und im Auswärtigen Amt befand sich keine wie immer geartete Kopie davon. Obgleich nun Lord Derby 1844 selbst ein Mitglied des Kabinetts Peel war, erfuhr er bei seinem Amtsantritt nichts davon. Als Aberdeen aus dem Amte schied, übergab er es in einer Kassette dem Lord Palmerston, der die Pandorabüchse seinem Nachfolger Lord Granville übergab, der sie wieder, wie er selbst berichtet, auf Verlangen des Barons Brunnow, des russischen Gesandten, dem Earl von Malmesbury bei seinem Eintritt ins Auswärtige Amt aushändigte. Doch scheint in der Zwischenzeit eine Änderung oder, richtiger gesagt, eine Fälschung in der Originalüberschrift des Dokuments vorgenommen worden zu sein, denn der Earl von Granville sandte es an Lord Malmesbury mit der Bemerkung, es sei eine Denkschrift, die Baron Brunnow als das Ergebnis der Konferenzen zwischen dem Kaiser von Rußland, Sir Robert Peel und Lord Aberdeen abgefaßt

habe, wobei der Name des Herzogs von Wellington gar nicht erwähnt wurde. Es kann kein anderes Motiv für diese falsche Bezeichnung angenommen werden als das ängstliche Bestreben, die Wichtigkeit der Denkschrift zu verschleiern, indem man sie als bloße Aufzeichnung des Gesandten darstellte und nicht als offizielles Dokument der Hofkanzlei in St. Petersburg.

Solche Wichtigkeit maß Rußland diesem Dokument bei, daß Baron Brunnow achtundvierzig Stunden nach Lord Malmesburys Amtsantritt erschien und fragte, ob er es schon gelesen habe; aber Malmesbury hatte es damals noch nicht gelesen, denn es wurde ihm erst einige Tage später eingehändigt. Baron Brunnow betonte nachdrücklich die Notwendigkeit, dieses Dokument zu lesen, da es den Schlüssel zu allen Verhandlungen mit Rußland bilde. Er erwähnte übrigens von diesem Augenblick an den Derbyleuten gegenüber nichts mehr von dem Dokument, da er offenbar die Toryregierung als zu machtlos oder zu vorübergehend betrachtete, um die russische Politik auszuführen. Im Dezember 1852 dankte das Ministerium Derby ab, und kurz nachdem die Nachricht von der Bildung des Koalitionsministeriums Petersburg erreicht hatte, am 11. Januar, schnitt der Zar die Frage von neuem an — ein genügender Beweis dafür, daß er diesem so vielseitig talentierten Kabinett die Fähigkeit zutraute, auf der Basis dieses Memorandums weiterzuwirken.

Hier also haben wir die kompromittierendsten Enthüllungen, gemacht im Hause der Lords von den unwiderlegbarsten Zeugen, deren jeder einzelne schon Premier oder Minister des Äußern von Großbritannien war. Ein „eventuelles Abkommen", wie es im Memorandum heißt, wird von einem englischen Minister des Äußern insgeheim mit Rußland getroffen, und zwar nicht nur ohne die Einwilligung des Parlaments, sondern hinter dem Rücken seiner eigenen Kollegen, von denen nur zwei in das Geheimnis eingeweiht werden. Das Dokument wird dem Auswärtigen Amt zehn Jahre lang vorenthalten und von den Ministern des Äußern der Reihe nach in geheimer Obhut bewahrt. So oft ein Ministerium vom Schauplatz abtritt, tritt der russische Gesandte in Downing Street auf und teilt dem neuen Ankömmling mit, daß er sich den Vertrag, den Geheimvertrag genau zu besehen habe, den nicht etwa die legale Vertretung der Nation, sondern irgendein Kabinettsminister mit dem Zaren abgeschlossen hat, und daß er sich genau zu verhalten habe, wie ihm ein russisches Memorandum vorschreibt, das in der Hofkanzlei von St. Petersburg abgefaßt wurde.

Wenn das nicht offener Verfassungsbruch, Verschwörung und Hochverrat ist und ein geheimes Einverständnis mit Rußland bedeutet, dann wissen wir nicht, was man unter solchen Ausdrücken versteht.

Gleichzeitig erfahren wir aus diesen Enthüllungen, warum die Schuldigen, die sich vollkommen sicher fühlen, ruhig am Staatsruder bleiben dürfen, und zwar zur Zeit eines scheinbaren Krieges mit Rußland, mit dem sie doch fortwährend konspiriert haben, wie ihnen nachgewiesen wurde; und warum die parlamentarische Opposition ein bloßer Schwindel ist, nur in Szene gesetzt, um die Schuldigen zu beunruhigen, aber nicht, um sie anzuklagen. Alle Minister des Äußern und folglich auch alle aufeinanderfolgenden Ministerien seit 1844 sind Mitschuldige; jeder wurde es von dem Augenblick an, wo er verabsäumte, seinen Vorgänger anzuklagen, und schweigend die geheimnisvolle Kassette übernahm. Schon das Streben nach Verheimlichung machte jeden von ihnen zum Schuldigen. Jeder von ihnen wurde zum Mitglied der Verschwörung, indem er sie vor dem Parlament verheimlichte. Das Gesetz sieht in dem Hehler des gestohlenen Gutes ebenso einen Verbrecher wie in dem Dieb selbst. Jedes gerichtliche Verfahren würde also nicht nur die Koalition, sondern auch ihre Nebenbuhler, nicht nur diese Minister, sondern auch die parlamentarischen Parteien, die sie vertreten, und nicht nur diese Parteien, sondern auch die herrschenden Klassen Englands zu Falle bringen.

En passant will ich bemerken, daß die einzige bemerkenswerte Rede im Oberhaus von Lord Derby gehalten wurde. Jedoch enthält seine Kritik der Denkschrift und der Geheimkorrespondenz — und von den Debatten im Unterhaus kann ich dasselbe sagen — nichts, was ich nicht schon in der ausführlichen Darlegung gesagt hätte, die ich Ihnen von diesem verhängnisvollen Memorandum und dieser außergewöhnlichen Korrespondenz gab.

„Es ist das Vorrecht, das wahre Vorrecht der Krone, einen Krieg zu erklären; und wenn Ihre Majestät ihr Parlament zusammenberuft und ihm mitteilt, daß sie es für notwendig befunden hat, sich in einen Krieg einzulassen, so ist dies kein Anlaß für das Unterhaus, sich darüber zu äußern, ob der Krieg politisch oder unpolitisch sei. Unter solchen Umständen ist es seine Pflicht, sich um den Thron zu scharen und bei einer passenden späteren, verfassungsmäßigen Gelegenheit die Politik zu diskutieren, die zum Kriege geführt haben mag."

So sprach Herr Disraeli im Unterhaus, und so sprachen alle Mitglieder des Unterhauses, und dennoch füllte die Times siebzehn Spalten

mit Glossen über diese Politik. Warum dies? Gerade deshalb, weil jetzt nicht die „Gelegenheit“ war und ihr Geschwätz resultatlos bleiben mußte. Ich muß übrigens Herrn Layard ausnehmen, der rundheraus erklärte: „Wenn das Haus nach seinen Ausführungen der Meinung sein sollte, daß das Benehmen der Minister Anlaß zu einer parlamentarischen Interpellation gäbe, so würde er vor der ihm dadurch auferlegten Pflicht nicht zurückschrecken und würde die Minister ersuchen, bald einen Tag zu bestimmen, an dem er die Sache vorbringen könnte.“

Es wird nun klar werden, warum die Times an der Echtheit der assyrischen Entdeckungen Layards zu zweifeln beginnt.

Lord John Russell, der die Adresse im Haus der Gemeinen einbrachte, unterschied sich von Lord Clarendon nur durch die donnernde Betonung der Worte Integrität, Freiheit, Unabhängigkeit, Zivilisation, was ihm den lebhaften Beifall seines mehr „gemeinen“ Publikums eintrug.

Herr Layard, der sich erhob, um ihm zu entgegnen, beging zwei grobe Fehler, die seine sonst bemerkenswerte Rede entstellten. Zuerst suchte er die Existenz von zwei gegensätzlichen Elementen in der Koalition nachzuweisen — das russische und das englische Element, die Fraktion Aberdeen und die Fraktion Palmerston, während doch diese beiden Fraktionen sich durch nichts als durch ihre Sprache und die Art ihrer Unterwürfigkeit gegen Rußland unterscheiden. Der eine ist Rußlands Anhänger, weil es von ihm nicht verstanden wird, der andere, trotzdem es von ihm verstanden wird. Der erstere ist daher ein offener Parteigänger und der letztere ein geheimer Agent Rußlands. Der erstere dient ihm umsonst, der letztere wird dafür bezahlt. Der erstere ist weniger gefährlich, da er im offenen Gegensatz zu den Gefühlen des englischen Volkes steht; dieser ist unheilvoll, weil er sich als die Verkörperung der nationalen Animosität gegen Rußland ausgibt. Wir dürfen bei Herrn Layard voraussetzen, daß er den Mann nicht kennt, den er in Gegensatz zu Aberdeen bringt. Für Herrn Disraeli, der denselben Gegensatz konstruierte, gibt es keine Entschuldigung. Denn kein Mensch kennt Lord Palmerston besser als dieser Führer der Opposition, der schon 1844 erklärte, daß noch keine Politik eines Ministers des Auswärtigen je so verhängnisvoll für die britischen Interessen gewesen sei, als die des edlen Lords. Der zweite Irrtum, den Layard beging, war die Behauptung, daß die Times das direkte Organ der Partei Aberdeens sei, denn sie schöpfe das Material zu ihren Leitartikeln aus der geheimen und vertraulichen Korrespondenz

schon zwei bis drei Tage nach deren Eintreffen. Diese Artikel aber wirkten dahin, das Land dazu zu bewegen, dem gefährlichen Treiben in St. Petersburg zuzustimmen, wie dies besonders im Februar und März letzten Jahres der Fall gewesen sei: Layard hätte besser daran getan, gleich Lord Palmerston anzunehmen, daß dieses Material durch die russische Botschaft in London geliefert werde; das hätte ihm die Möglichkeit verschafft, sowohl die Times als auch das Auswärtige Amt zu bezichtigen, Organe des Petersburger Kabinetts zu sein.

Da auch ich der Meinung bin, daß die Times tatsächlich eine größere Macht ist als die Koalition, nicht auf Grund ihrer Anschauungen, sondern auf Grund der von ihr angegebenen Daten, aus denen der verräterische Charakter dieser geheimen Korrespondenz hervorgeht, so füge ich das ganze Beweismaterial Layards gegen diese Zeitung hinzu.

Er zeigte: 1. Die erste geheime Depesche traf am 23. Januar ein — der erste Artikel der Times, der diesen Gegenstand behandelte, erschien am 26. Januar; 2. die zweite Depesche kam am 6. Februar an, der Times-Artikel erschien am 11. Februar; 3. die erste Mitteilung von Menschikoffs Mission in Konstantinopel war in Seymours Depeschen vom 14. und 21. Februar enthalten, der Times-Artikel, der diese Mission vorhersagte, erschien am 23. Februar; 4. die Pläne des Zaren wegen der Teilung der Türkei kamen am 6. März an, die Times hatte einen Artikel darüber am 7. März, obgleich erst am 13. März ein Kabinettsrat darüber stattfand; 5. die Times vom 10. März bringt die Auslegung eines Satzes aus Seymours Depesche vom 21. Februar; 6. die Times vom 23. März bringt Sätze aus der Depesche, die Clarendon am 23. März abschickte.

Bright unterstützte Cobden, um Lord Palmerston neuerlich Gelegenheit zu geben, sich durch Schmähungen gegen Rußland und heuchlerisch-energische Verteidigung der Kriegspolitik populär zu machen. Unter anderem konstatierte Palmerston, Rußland verfolge beharrlich und unablässig die Politik, sich der Türkei zu bemächtigen. Vergleicht man diese Erklärung Lord Palmerstons mit seinen in den Jahren 1829, 1830, 1831, 1833, 1836, 1840, 1841, 1842, 1843, 1846, 1848, 1849 abgegebenen, so zeigt es sich, daß sie weniger die Antwort auf Bright, als auf seine eigene frühere Politik bildet. Aber während dieser geriebene Feind durch solche heftige Angriffe auf Rußland die Sympathien des Publikums zu gewinnen sucht, sichert er sich auf der anderen Seite die Sympathien des Zaren durch die folgende Bemerkung: „Tadle ich etwa die russische Regierung dafür,

daß sie eine solche Politik treibt? Eine Politik der Vergrößerung, die auf rechtmäßige Weise verfolgt wird, bedeutet für die betreffende Regierung durchaus keinen Vorwurf, wenn sie sich dabei offener Mittel bedient. Der Weg jedoch, den Rußland einschlug, war kein offener und gerader."

Im Gegensatz dazu drückt sich Disraeli aus: es sei der russischen Regierung kein anderer Vorwurf zu machen als der der „verhängnisvollen Offenheit". Wenn also Palmerston das tadelt, was Rußland nicht tat, rechtfertigt er vollkommen das, was es wirklich getan hat.

Disraelis Kritik der geheimen Akten war wie immer geschickt, verfehlte jedoch ihren Zweck durch seine Erklärung, sie sei jetzt nicht am Platze und seine einzige Absicht, wenn er sich an das Haus wende, sei, die Adresse zu unterstützen. Es ist ein schmerzlicher Anblick, wenn ein so talentvoller Mann wie Disraeli einem Palmerston nicht nur im Parlament, sondern auch in seinem angesehenen Organ The Preß aus niedriger Stellenjägerei und Parteipolitik schmeichelt.

In der gestrigen Sitzung des Hauses meldete Sir J. Graham, er habe die Nachricht bekommen, daß die Flotte ins Schwarze Meer eingefahren sei und sich in der Nachbarschaft von Varna aufhalte.

Rußland und die deutschen Mächte.

London, 7. April 1854 (N. Y. T., 21. April 1854).

Im Oberhaus erklärte gestern Lord Clarendon, „er habe Ursache anzunehmen", daß die Nachricht von der Landung von 4000 Russen in der Dobrudscha durch Transportschiffe aus Odessa unwahr sei. Es sei ihm unbekannt, daß die russische Flotte Sebastopol verlassen habe, welcher Punkt zeitweise von englischen oder französischen Dampfern beobachtet worden sei. Über die angebliche Untätigkeit der Flotten könne er nur sagen, daß es zur Belagerung von Sebastopol und Odessa der ganzen vereinigten Flotte bedurft hätte, und daß das während der schlechten Jahreszeit ein gefährliches Unternehmen gewesen wäre. Er glaube daher, es sei klug gewesen, sie in Beikos zurückzuhalten. Der Wiener Korrespondent der Times schließt sich dieser Ansicht des Lords Clarendon an und legt außerdem die wahren Gründe seiner Politik dar. Die Furcht vor Aufständen in Konstantinopel sei nie gerechtfertigter gewesen, als seit die Unterhandlungen wegen „der Emanzipation der Christen" bekannt geworden seien, und es wäre höchst „unpolitisch" gewesen, die Flotten vom

Bosporus zu entfernen, ehe eine genügende Landmacht erschienen war, das heißt genügend stark, um die Türkei niederzuhalten.

Lord John Russell erklärte im Unterhaus, daß der Hof von Athen die Verantwortlichkeit für die griechischen Aufstände trage, denn er habe sie zuerst insgeheim und dann offen begünstigt.

Die heutige Daily News veröffentlicht den Vertrag zwischen Frankreich, England und der Türkei, der jedoch nichts enthält als die Anordnungen über die militärische Aktion. Die Westmächte hüten sich wohl, die wahren Bedingungen ihrer „Hilfsaktion für den Sultan" in einem Vertrag zu formulieren. Diese Bedingungen werden von Lord Stratford de Redcliffe und seinem Apparat an Drohworten an Ort und Stelle in einer Weise auferlegt, daß der Anschein eines freiwilligen Aktes der Türkei erweckt wird.

Die Friedensmission des Fürsten von Mecklenburg in Berlin hatte keinen anderen Zweck als den, dem König von Preußen einen neuen Vorwand zu liefern, sich von der westlichen Allianz fernzuhalten. Man schreibt mir aus Berlin, Rußland wolle nur dann die schwedische Neutralitätserklärung akzeptieren, wenn der König sich verpflichte, an die Kommandanten der schwedischen Häfen die alten Bestimmungen wieder zu erlassen, wonach nicht mehr als vier fremde Kriegsschiffe innerhalb der Schußweite der Geschütze eines Hafens Anker werfen dürften. Da dieser Erlaß sich wesentlich von den Neutralitätsbestimmungen entfernt, die zwischen Schweden und Dänemark vereinbart sind, so sind neue Verhandlungen zwischen den skandinavischen und den westlichen Mächten zu gewärtigen. In Stockholm nimmt man allgemein an, daß die Russen ihre militärische Besatzung von Öland abziehen und ihre Befestigungen daselbst schleifen werden; Geschütze und andere Kriegsmaterialien würden sie mit sich fortnehmen. Ein heute eingetroffenes Telegramm meldet, daß dieser Schritt bereits geschehen sei.

Das österreichische Observationskorps in den südöstlichen Teilen Ungarns ist jetzt völlig kriegsbereit und hat die verschiedenen Positionen eingenommen, die ihm zugewiesen wurden. Die Konzentration dauerte zehn bis zwölf Tage. Die deutschen Zeitungen nehmen allgemein an, diese Armee sei dazu bestimmt, das türkische Heer in der Flanke zu packen, falls Österreich sich aktiv Rußland anschließt, und daß sich dabei keinerlei Schwierigkeiten ergeben würden. Aber die Österreicher können nur über Mehadia, wo sie die Front der türkischen Armee vor sich hätten, oder über Belgrad in die Türkei gelangen, wo sie sich in einer Linie mit der verlängerten linken

Flanke der Türken befänden. Es ist daher viel wahrscheinlicher, daß, wenn die Österreicher die Türkei in feindlicher Absicht betreten, sie von Belgrad nach Sofia über Kruschewatz und Nisch marschieren werden; aber auch dann hätten die Türken einen kürzern Weg nach Sofia, wenn sie von Widdin direkt südlich marschieren.

Der Bericht des preußischen Anleihekomitees in der Zweiten Kammer enthält eine Wiedergabe der Politik, die Preußen in der Orientfrage verfolgte, und veröffentlicht mehrere Dokumente, die ihren Weg noch nicht in die englische Presse gefunden haben. Ich will daher einige wichtige Auszüge aus diesem Bericht geben.

Ende Januar übergab der russische Gesandte in Berlin der preußischen Regierung und gleichzeitig Graf Orloff der österreichischen Regierung einen Vorschlag, laut welchem die drei Höfe von Preußen, Österreich und Rußland ein gemeinsames Protokoll zu unterzeichnen hätten. Die Einleitung des Entwurfs zu diesem Protokoll bezeichnete als Beweggrund des beabsichtigten Übereinkommens den gemeinsamen Wunsch, die Allianz der drei Mächte im Hinblick auf die Gefahren, die Europa bedrohten, noch enger zu schließen und die Beziehungen sowohl zwischen ihnen als mit den Westmächten für die bevorstehenden Zeitläufe zu regeln.

Der Vorschlag enthielt folgende drei Punkte:

1. Die beiden deutschen Mächte verpflichten sich förmlich, für den Fall einer aktiven Beteiligung Englands und Frankreichs in dem Kriege gegen Rußland die strengste Neutralität zu beobachten, und erklären, daß sie im Falle erneuerten Drängens oder Drohens der Westmächte entschlossen seien, diese Neutralität nötigenfalls mit den Waffen in der Hand gegen jeden, der sie verletzen sollte, zu verteidigen.

2. Die drei Mächte werden jeden Angriff Frankreichs oder Englands gegen das Gebiet Österreichs, Preußens oder eines andern deutschen Staates wie einen Angriff auf ihr eigenes Gebiet betrachten und sich zur Abwehr gegenseitig nach Erfordernis der Umstände und nach weiterer Verabredung militärischer Kommissäre Beistand leisten (jetzt abgemacht zwischen General Heß und dem preußischen Kriegsminister in Berlin).

3. Der Kaiser von Rußland wiederholt die Versicherung, den Krieg beendigen zu wollen, sobald es seine Würde und das wohlverstandene Interesse seines Reiches gestatten würden. In Erwägung jedoch, daß die weitere Entwicklung der Ereignisse den Zustand der Dinge in der Türkei verändern könnte, verpflichtet sich Seine Majestät, bei den Vereinbarungen

mit den Seemächten in dieser Beziehung keinen Entschluß ohne vorherige Verständigung mit seinen deutschen Verbündeten zu fassen.

Dieser Entwurf ist von einer Note des Grafen Nesselrode begleitet, in der der Kanzler zuerst Preußen und Österreich an die Wichtigkeit der Tripelallianz, die so lange die Hüterin Europas gewesen sei, erinnert. Angesichts des gegenwärtigen Krieges halte sich sein Souverän für verpflichtet, einen ernsthaften Appell an seine Verbündeten ergehen zu lassen. Ihr gegenseitiges Interesse verlange, daß die Haltung, welche sie den Ereignissen gegenüber einnehmen wollten, genau bezeichnet werde. Indem er das einseitige Vorgehen der Westmächte unterstreicht, weist er darauf hin, daß sie sich um die deutschen Interessen nicht gekümmert haben. Rußland handelte anders. Es war bereit, allein die Wucht des Krieges zu tragen, und es werde von seinen Verbündeten weder Unterstützung noch Opfer verlangen. Das Heil der beiden Mächte und des Deutschen Bundes hänge von ihrer Einigung ab. In dieser Weise werden sie die Entwicklung der Krise aufhalten und vielleicht deren Lösung beschleunigen können. Die russische Note betrachtet dann nacheinander die drei Möglichkeiten, die den deutschen Mächten offen bleiben: Allianz mit Rußland gegen die Westmächte, Allianz mit den letzteren gegen Rußland, endlich strikte Neutralität. Was eine Allianz mit Rußland betrifft, so verlangt der Zar keine. Die zweite wird als unmöglich hingestellt, die deutschen Mächte müßten denn den Drohungen der Westmächte nachgeben. Sie würden sich dann einer beleidigenden Notwendigkeit fügen und einer beklagenswerten Zukunft entgegengehen. Rußland, unangreifbar in seinem Lande, fürchte weder militärische Invasionen, noch die schrecklichere Invasion des revolutionären Geistes. Wenn seine Verbündeten es verließen, so würde es seinen eigenen Kräften vertrauen und sich dahin einrichten, ihre Hilfe für die Zukunft entbehren zu können. (Herr Nesselrode schreibt seine Noten deutsch, da ihm daran liegt, daß ihre Übersetzung in eine andere Sprache zu einer verzweifelt schwierigen Sache wird. Als Probe seiner deutschen Exerzitien gebe ich Ihnen die letzte Sentenz im Wortlaut: Wenn seine Alliierten es verließen, so würde es sich gesagt sein lassen, sich auf sich selbst zurückzuziehen und sich so einrichten, ihrer in Zukunft entbehren zu können.) Der Zar vertraue aber auf die bekannten Gefühle und Gesinnungen seiner Freunde und Alliierten und auf die Tapferkeit ihrer Armeen, die seit so langer Zeit mit den seinigen durch die Bluttaufe und die Übereinstimmung ihrer

Prinzipien vereinigt seien. Das Petersburger Kabinett betrachtet daher die dritte Alternative als allein der deutschen Höfe würdig, als allein übereinstimmend mit ihren wahren Interessen und zu gleicher Zeit geeignet, die Wünsche Rußlands zu realisieren, indem sie ihnen erlaube, eine Vermittlerrolle zu übernehmen. Aber diese Neutralität dürfe weder unbestimmt, noch schwankend, noch abwartend sein, sonst würde sie von den kriegführenden Parteien und besonders von Rußland als feindselig betrachtet werden. Die Haltung der deutschen Mächte müsse sich im Gegenteil auf die Grundsätze (der Heiligen Allianz) stützen, die in vielen Prüfungen die allgemeine Ordnung und den Weltfrieden aufrechterhalten haben. Sie müßten bereit sein, diese Politik mit den Waffen in der Hand zu unterstützen. Wenn eine der beiden Seemächte (Frankreich) einen Angriff auf Deutschland planen oder wagen würde, so dürfte die andere (England) sogleich ihre Haltung ändern. In jedem Fall, wenn ein solches Ereignis eintrete, wäre Rußland bereit, Deutschland mit allen seinen Kräften zu Hilfe zu kommen.

Dieser Vorschlag wurde in Berlin und einige Tage später auch in Wien abgewiesen. Manteuffel spielte damals noch den unabhängigen Staatsmann und erklärte in einer Depesche nach St. Petersburg, daß Rußland, das vorgebe, Preußens Hilfe nicht zu brauchen, durch das Verlangen nach einer Tripelallianz dennoch in indirekter Form sich darum bewerbe. „Den revolutionären Geist, den Rußland nicht zu fürchten habe, hätten wir auch bei uns in Preußen ohne fremde Hilfe überwunden." Der unabhängige Minister, der Preußen rettete, indem er sich an die Spitze der Konterrevolution stellte, kann seine Erbitterung darüber nicht verbergen, daß Preußen, das kein Ungarn besaß, auf eine Stufe mit Österreich gestellt wird.

Indes Preußen sich so seiner Sicherheit rühmt, beweisen die anderen Dokumente, auf die in der Denkschrift angespielt wird, daß in den letzten Tagen des Februar Österreich an Preußen den Entwurf einer Konvention übergab, die zwischen den vier Mächten abgeschlossen werden sollte. Preußen lehnte sie in einer Depesche vom 5. März ab. Doch ist es für diese Macht charakteristisch, daß die Regierung Friedrich Wilhelms IV. gleichzeitig erklärte, sie betrachte die Übereinstimmung der vier Mächte als das beste Mittel, um zu einer befriedigenden Lösung der Komplikation zu gelangen. Infolgedessen war auch Österreich genötigt, die Konvention fallen zu lassen, die der zweideutigen Position der beiden deutschen Mächte ein Ende gesetzt haben würde.

Eine preußische Depesche vom 16. März enthält folgenden Passus: „Das preußische Kabinett habe mit Interesse von den Maßregeln Kenntnis genommen, welche Österreich zur Wahrung seiner Interessen an seiner südöstlichen Grenze getroffen habe. Zwar werde Preußen gleich den übrigen deutschen Staaten den besonderen Standpunkt zu wahren haben, den es einnehme. Darin solle aber kein Hindernis der Verständigung mit Österreich liegen. Vielmehr sei man zu einer solchen Verständigung bereit, soweit es sich um die Wahrung deutscher Interessen handle. Es werde daher eine nähere Mitteilung darüber erwartet: a) ob Österreich im Interesse seiner eigenen Grenzprovinzen erforderlichenfalls die anstoßenden türkischen Lande betreten, oder b) ob es letztere als Pfand bis zur Herstellung des Friedens in Besitz nehmen, oder endlich c) ob es sich aktiv an dem Kampf beteiligen wolle?"

Es würde ganz von der Antwort auf diese verschiedenen Fragen abhängen, ob Preußen sich darüber schlüssig werden könne, was die Erhaltung der deutschen Interessen erfordere, und ob es etwas tun könnte, um den Druck zu mildern, den die Westmächte (nicht Rußland!) auf Österreich ausübten.

Am 14. März sandte die preußische Regierung an die deutschen Höfe ein Zirkular in dem einen und die österreichische Regierung ein solches im entgegengesetzten Sinne. Das preußische Zirkular behauptet, der Krieg werde rein lokalen Charakter haben. Österreich dagegen vertritt den Standpunkt, daß der Kampf möglicherweise eine Wendung nehmen werde, die seine eigenen Beziehungen sehr stark beeinflussen könnte. Solange es die Umstände erlaubten, werde es sich nicht an dem Kriege beteiligen, immerhin aber sei die Eventualität einer Beteiligung in Betracht zu ziehen. Die Interessen, um die es sich bei dieser Frage handle, kämen auch für die deutschen Staaten in Betracht. Das Kaiserliche Kabinett rechne daher darauf, daß in einem solchen Falle Preußen und die anderen deutschen Höfe ihre Streitkräfte mit denen Österreichs vereinigen würden. Der Deutsche Bund müßte dann den Beweis liefern, daß er über seine jetzige Defensivstellung hinaus auch eine aktive Rolle in dieser Frage zu spielen gesonnen sei. Österreich würde eine weitere Erklärung abgeben, sobald der Krieg zwischen den Westmächten und Rußland tatsächlich erklärt wäre. Wenn es noch irgendein Mittel zur Verhütung der Zunahme jener Gefahren gäbe, die jetzt Europa bedrohten, so wäre es nur zu finden in der gemeinsamen Aktion Österreichs und Preußens, denen sich ihre deutschen Bundesgenossen anschließen müßten. Einen immerhin

bemerkenswerten Anhaltspunkt gibt der Bericht in der melancholischen Antwort Manteuffels auf eine Frage der Mitglieder des Komitees: Rußland habe der preußischen Regierung keine wie immer geartete Mitteilung von seinen Teilungsprojekten gemacht.

Schließlich erfahren wir aus diesem Dokument, daß die Taschenspielerkunststücke der Wiener Konferenzen noch immer kein Ende nehmen. Im Gegenteil, es konstatiert, gestützt auf die Autorität des preußischen Premiers, daß man im Begriff sei, ein neues Protokoll aufzusetzen, in dem „das fortdauernde Einverständnis der vier Mächte festgelegt werden soll".

Preußische Politik.

Leitartikel, New York Tribune, 19. Mai 1854.

Die Politik, die Preußen in den noch schwebenden Wirren Europas verfolgte, hat in den englischen und französischen Zeitungen viele unfreundliche und heftige Kommentare hervorgerufen. Die Zeitungen sind in diesem Falle einig mit der westlichen Diplomatie, deren Hauptzweck jetzt ist, Preußen aktiv in den Kreuzzug gegen Rußland zu verwickeln, wobei sie kein Mittel unversucht läßt: Überredung, Drohungen mit Krieg, Revolution und was sonst noch eine ängstliche Regierung einzuschüchtern oder zu schrecken vermag. Wie immer Preußen sich unter dem Druck der Ereignisse oder der zwingenden Notwendigkeit entscheiden mag, so läßt der jetzige Stand der Tatsachen eine genaue Untersuchung geboten erscheinen, die wir im folgenden vornehmen wollen.

Allgemein wird auf das nahe verwandtschaftliche Verhältnis zwischen dem königlichen Haus in Berlin und dem Zaren großes Gewicht gelegt; wir aber können diesem engen Bande durchaus nicht solche übermäßige Wichtigkeit beimessen. Zwischen dem jetzigen König und dem Zaren Nikolaus, der ein großer Liebling des verstorbenen Vaters des Königs war, hat seit länger als dreißig Jahren kein freundliches Gefühl existiert. Als er noch Kronprinz war, verließ Friedrich Wilhelm sogar Berlin, wenn sein königlicher Schwager daselbst erschien. Seit seiner Thronbesteigung haben verschiedene Ereignisse, die hier aufzuzählen viel zu langwierig wäre, dazu beigetragen, die Entfremdung auf beiden Seiten eher zu verstärken als zu vermindern. Außerdem ist es eine altbekannte Wahrheit, daß fürstliche Familienbeziehungen niemals den Gang der Ereignisse und die Forderungen der Politik störten oder stören durften

Wir brauchen gar nicht weit zurückzugreifen, um dies durch ein Beispiel zu illustrieren; die Trennung Belgiens von Holland zum Beispiel fand statt, trotzdem das Haus Oranien durch verschiedene Zwischenheiraten und andere Familienbande mit Preußen und Rußland verbunden war. Alle diese Bande waren zu schwach, um den Besitz der belgischen Krone zu erhalten.

Selten oder nie führen Monarchien Krieg wegen der Prinzipien oder auch nur, um entfernte oder nahe Gefahren abzuwenden; sie tun es meist nur aus unmittelbarem Interesse und um unmittelbarer Vorteile willen. Auch werden die Monarchien durch gewisse Traditionen beeinflußt, besonders durch solche, die tief in den Gemütern der herrschenden Klasse der Nation wurzeln. In Preußen ist die herrschende Klasse das Militär, und das Land ist stolz darauf, sich einen Militärstaat zu nennen. Trotz aller gegenteiligen Behauptungen haben drei Viertel dieser Klasse, soweit sie durch Generale, Oberste, Majore und andere Offiziere vertreten wird, die nationalen Kämpfe von 1813 bis 1815 noch in lebhafter Erinnerung; alle die höheren Offiziere kämpften damals Seite an Seite mit den Russen gegen die Franzosen, für die sie auch heute noch keine Sympathien haben. Und es dürfte schwierig, wenn nicht unmöglich sein, sie dazu zu bewegen, diese Voreingenommenheit aufzugeben. Tatsächlich herrscht in der preußischen Armee ein Geist des Mißtrauens, wenn nicht des Hasses gegen die Franzosen. Erst kürzlich gab Graf Dohna, der militärische Patriarch Preußens, diesen Gefühlen öffentlichen Ausdruck und fand dabei den lebhaftesten Beifall eines zahlreichen Offizierkorps, dessen Mehrzahl weit entfernt von Russenfeindlichkeit ist. General von Heß, der unlängst von Österreich nach Berlin gesandt wurde, um die Militärkonvention abzuschließen, sagte denn auch, wenn man dem Gerücht glauben darf, „er habe Rußland in Berlin gefunden".

Im Volke selbst werden auch noch die Großtaten aus den französischen Feldzügen erzählt und Lieder aus jener Zeit gesungen. Auch die Theater ergötzen das Publikum zeitweilig noch durch Stücke, in denen von der Unterdrückung durch Frankreich die Rede ist und die nationale Feindschaft aufs neue entflammt wird. Die Generation von reifen Männern und Frauen, die heute etwa fünfzig Jahre zählt und die während und in den Jahren nach den napoleonischen Kämpfen erzogen wurde, kann allgemein nicht Französisch, denn zu ihrer Zeit war das Studium dieser Sprache fast gänzlich von den öffentlichen Schulen und sogar aus dem Privatunterricht verbannt. Außerdem lebt Preußen — das ist das Preußen

vom rechten Rheinufer bis zu den Grenzen Rußlands — in beständiger Furcht, die rheinischen Provinzen zu verlieren, deren Besitz, zur Herstellung einer nationalen Grenze, der ständige Sehnsuchtstraum jedes Franzosen ist vom Bauern bis hinauf zum Kaiser. Sollte diese Gefahr einmal brennend werden, so wäre es nur die Hilfe Rußlands, in der Preußen eine nennenswerte Bürgschaft gegen den ungesättigten Appetit Frankreichs fände.

In dem bevorstehenden Kriege hat Preußen nichts zu gewinnen, aber alles zu verlieren, besonders wenn es sich auf den Krieg einläßt, solange sein Ausgang noch so vag und unbestimmt ist wie jetzt. Die Westmächte können ihm keine positiven Vorteile bieten, wenn es gemeinsame Sache mit ihnen macht. Und wenn Frankreich oder sein Herrscher möglicherweise eine Niederlage erlitten, so würde dieses Ereignis in Berlin freudig begrüßt werden, wo die Bonapartes von Herzen verhaßt sind.

Den polnischen Köder, den Napoleon jüngst auswarf, schnappte Preußen nicht auf. Es kann kaum mit dem fertig werden, was es heute schon an polnischem Gebiet und an polnischer Bevölkerung sein eigen nennt. Die Preußen hassen und verachten die Polen, und es herrscht allgemeine Abneigung dagegen, nach dieser Seite neue Erwerbungen den alten hinzuzufügen. Andererseits bringt die Zerstücklung der Türkei keine Gefahr für Preußen mit sich, wenn es auch freilich keinen Nutzen aus ihr ziehen kann. Österreich hätte natürlich nichts gegen die Erwerbung Bosniens, der Herzegowina und Serbiens einzuwenden; wo aber findet Preußen auf der europäischen Landkarte seine Entschädigung?

Preußen, das wie eine lange, in der Mitte abgebundene Wurst sich über Deutschland erstreckt, hätte wohl das stärkste Gelüste, Hannover oder Sachsen zu verspeisen, falls bei einem allgemeinen Weltbrand diese beiden Länder sich auf die andere Seite schlügen. Hannover hat es schon einmal fast mit Dankbarkeit von Napoleon als Geschenk akzeptiert, und seine Sehnsucht nach Sachsen wurde 1815 in Wien enttäuscht, wo Frankreich und England Einspruch erhoben und Österreich heimlich dagegen arbeitete. Diese Macht wird sich stets um jeden Preis irgendeiner Vergrößerung Preußens in Deutschland widersetzen. Das weiß man in Berlin sehr genau und ist daher nicht allzusehr darauf erpicht, die Geschicke der beiden Staaten miteinander zu verketten.

Aus allen diesen Gründen hat daher das Berliner Kabinett durchaus keine Eile, sich in einen Krieg zu stürzen, der keine Kompensationen verspricht. Das Königreich ist von Natur aus nicht reich, ist es aber durch

Fleiß, Tätigkeit und Sparsamkeit geworden. Diese wohltätigen Resultate, die nur der Frieden hervorbringen kann, können und müssen durch einen ungelegenen Krieg zerstört werden. Schon geht der Exporthandel Rußlands und auch fast der ganze Importhandel notgedrungen durch preußische Kanäle; zieht der Krieg sich in die Länge, so wird Preußens ärmster Teil, der an Litauen grenzt, alsogleich die Früchte der Neutralität einheimsen und durch diese neuen Handelsbeziehungen zu einer ungeahnten Prosperität gelangen.

Wie sich die nationale Stimmung in Preußen zu dem jetzigen Zwischenfall verhält, läßt sich aus den verschiedenen widersprechenden Berichten nur schwer erkennen. Aus den Debatten der Preußischen Kammer lassen sich keine bestimmten Folgerungen ziehen. Die sogenannte Bethmann-Hollweg-Partei (so benannt nach ihrem Führer), die sich in der englischen Presse solcher Beliebtheit erfreut, setzt sich hauptsächlich aus vermögenden Bourgeois und Parvenüs zusammen. Sie sind ein kraftloses juste-milieu und in gewissem Sinne ein schwacher Abklatsch der gepriesenen französischen Doktrinäre. Viele von ihnen hassen den alten Adel, der jetzt die Regierung beherrscht; sie dürsten nach Macht, aber wenn sie ihnen zufällt, so werden sie sich wie in den Jahren 1848 und 1849 unter den Einfluß des Hofes und der militärischen Aristokratie beugen. Als sie sich kürzlich der Anleihe widersetzten, die die Regierung vorschlug, hatte dieses juste-milieu nicht den Mut, die klare antirussische Resolution von Vincke, dem Führer von etwa zwanzig Mitgliedern der Linken, zu unterstützen, sondern verschanzte sich vorsichtig hinter einem Schwall von gemeinplätzlichen Phrasen.

Bethmann-Hollweg und seine Anhänger sind am stärksten in den Rheinprovinzen, die er auch vertritt. Zweifellos gravitieren die Interessen des linken Rheinufers zu einer Verbindung mit Frankreich. Dieses Ufer ist reich an Kohle und Eisen; schon jetzt werden diese Lager in bedeutendem Umfang durch französisches Kapital ausgebeutet; und sie würden noch wertvoller werden, wenn sie dem französischen Kaiserreich einverleibt würden. Doch Preußen hat Millionen und aber Millionen ausgegeben, um Düsseldorf und Koblenz zu Festungen ersten Ranges zu machen, und es wird sich von diesen Provinzen nicht so leicht trennen. Die großen Baumwoll-, Woll-, Seiden- und Leinenfabriken sind hauptsächlich am rechten Rheinufer gelegen; sie konkurrieren bereits mit Erfolg mit den französischen und englischen und verdrängen sie gelegent-

lich von den fremden Märkten. Sie haben bei einer engeren Verbindung mit ihren Handelskonkurrenten nichts zu gewinnen, doch alles zu verlieren.

Durch diese widerstreitenden Interessen, diese verschiedenen Impulse und Gefühle also wird das Berliner Kabinett in seiner Entscheidung beeinflußt. Die Zeit wird lehren, auf welche Art es sich aus diesem Zwiespalt heraushelfen, oder ob es den Umarmungen erliegen wird, die gleich gefährlich sind im Westen, im Süden und im Nordosten Europas.

Die Kriegstaten im Baltischen und im Schwarzen Meer. – Englisch-französisches Operationssystem.

London, 23. Mai 1854 (N. Y. T., 9. Juni 1854).

Endlich haben wir über eine Heldentat der britischen Teerjacken zu berichten.

Die Flotte des Admirals Napier hat nach achtstündigem Bombardement die Festung Gustavsvärn (aus dem Schwedischen übersetzt „Gustavswehr") zerstört und die Garnison, 1500 Mann stark, zu Kriegsgefangenen gemacht.

Dies ist der erste ernstliche Angriff auf kaiserlich russischen Besitz und beweist wenigstens, im Vergleich zu der schläfrigen, zahmen Odessaer Affäre, daß Charles Napier nicht gewillt ist, seinen eigenen Ruf und den berühmten Namen seiner Familie zu opfern, wenn er es verhindern kann. Das Fort Gustavsvärn liegt an der äußersten Spitze der Halbinsel, die die südwestliche Ecke Finnlands bildet, nächst dem Leuchtturm von Hangöudd, der allen Schiffern, die den Golf von Finnland aufwärts fahren, wohlbekannt ist. Seine militärische Wichtigkeit ist nicht bedeutend, es dient einer ganz kleinen Land- oder Wasserfläche zur Verteidigung, und die angreifende Flotte hätte es ohne jedes Risiko in ihrem Rücken lassen können. Das Fort selbst kann nicht groß gewesen sein, wie aus der Zahl der Garnison hervorgeht. Man möge uns jedoch verzeihen, wenn wir die taktische Würdigung der Affäre so lange verschieben, bis uns nähere Nachrichten vorliegen; herrscht doch selbst in der britischen Admiralität und in der Kriegskanzlei eine göttliche Unwissenheit über die wahre Stärke und Bedeutung der baltischen Küstenverteidigungen Rußlands.

Vorläufig können wir nur so viel sagen, daß die achtstündige Dauer der Beschießung eine tapfere, wenn auch nicht allzu geschickte Verteidigung durch die Russen beweist und für die Verteidigung der erstklassigen Festung

in demselben Meerbusen eine noch weit größere Hartnäckigkeit erwarten läßt. Andererseits bedeuten die 1500 Kriegsgefangenen für Rußland keinen nennenswerten Verlust (sie kommen etwa einem zweitägigen Durchschnittsverlust durch Krankheit an der Donau gleich), während sie Napier ernsthafte Verlegenheiten bereiten müssen. Was in aller Welt soll er mit ihnen anfangen? Er kann sie weder auf Ehrenwort noch ohne Ehrenwort freilassen, und er kann sie nirgends hintransportieren als nach England. Um diese 1500 Mann sicher zu transportieren, würde er mindestens drei Linienschiffe oder zweimal so viele Dampffregatten brauchen. Die Wirkungen seines Sieges würden ihn also für zwei oder drei Wochen lahmlegen. Wie kann er endlich, da er keine Landungstruppen hat, das eroberte Gebiet besetzen? Auch das könnte er nur, indem er seine schwachbemannte Flotte noch mehr schwächt und das Kontingent jedes seiner Schiffe um soundso viel Matrosen und Seeleute verringert. Dieser Umstand führte zu einer Diskussion, die augenblicklich mit großer Heftigkeit in der britischen Presse geführt wird — natürlich, wie gewöhnlich, viel zu spät.

Plötzlich hat nämlich die britische Presse herausgefunden, daß eine Flotte, und wäre sie noch so mächtig, ziemlich wertlos ist, wenn sie nicht Truppen an Bord hat, die ans Land gehen und dort den Sieg vollenden können, den die Schiffsgeschütze selbst im günstigsten Falle nur unvollständig über die Landbefestigungen davontragen können. Es scheint, als sei bis Ende des letzten Monats keinem Menschen, der offiziell an der Kriegführung beteiligt ist, noch auch irgend jemand, der offiziell in England die öffentliche Meinung beeinflußt, jemals diese Idee gekommen. Nun sind alle verfügbaren Truppen und Transportmittel nach dem Schwarzen Meer dirigiert; und die ganze Landmacht, die nach der Ostsee beordert ist, besteht aus einer Brigade von 2500 Mann, von denen noch nicht ein einziger abgesendet wurde, da der Stab noch nicht einmal organisiert ist.

Die Franzosen ihrerseits hinken jämmerlich hinterdrein. Ihre Ostseeflotte — man erinnere sich des großsprecherischen Wortes des Sekretärs Ducas: „Eure Majestät haben die Ausrüstung einer dritten Flotte angeordnet; Eurer Majestät Befehle sind ausgeführt worden“ — diese großartige Armada, die bis Mitte März segelfertig sein und zehn Linienschiffe zählen sollte, hat niemals mehr als fünf Linienschiffe umfaßt, die nun mit einer Anzahl kleinerer Schiffe und einer Fregatte den Großen Belt entlang kriecht; sie brauchte von Brest aus volle drei Wochen, um ihn

zu erreichen, obwohl fortwährend westliche Winde wehten. Das große Feldlager von Saint-Omer, das 150000, im Bedarfsfalle sogar 200000 Mann für eine baltische Expedition beherbergen sollte, wurde auf dem Papier schon seit drei oder vier Wochen gebildet, hat jedoch bis heute noch keine einzige Brigade zusammengezogen. Und dabei könnten die Franzosen mit Leichtigkeit 10000 bis 15000 Mann Infanterie und Feldartillerie aus ihren Küstengarnisonen entbehren, ohne erst durch übertriebene theatralische Feldlagerdemonstrationen großes Aufhebens zu machen; wo aber sind ihre Transportmittel? Man müßte britische Kauffahrer mieten, und diese würden nach der Geschwindigkeitsrate der französischen Flotte vier bis sechs Wochen brauchen, ehe einer nach dem andern sein Ziel, den Kriegsschauplatz, erreicht; und wo könnten die Truppen landen, wo die Brigaden und Divisionen zusammengezogen, wo der Generalstab und die Proviantämter organisiert werden? In diesem circulus vitiosus bewegen sich die Alliierten. Um in der Ostsee landen zu können, müssen sie erst eine Insel oder Halbinsel erobern, wo sie sich zum Angriff konzentrieren und organisieren können; und um diese unerläßliche Vorbedingung erfüllen zu können, müssen sie zuerst eine Landmacht an Ort und Stelle haben. Sobald sie einen guten Admiral haben, der so viel vom Landkrieg versteht, um eine Landmacht zu befehligen, können sie sich leicht aus dieser Klemme ziehen; in Charles Napier besitzen sie einen solchen, denn er hat auch schon viel zu Lande gekämpft. Aber es ist kaum zu erwarten, daß eine Einigkeit der Aktion erzielt wird, wo ein Aberdeen und ein Palmerston die Herrschaft in Händen haben, wo vier verschiedene Ministerien sich in die Angelegenheiten der Armee mischen, wo Heer und Flotte ewig in Feindschaft miteinander leben und wo die französischen und die englischen Streitkräfte zusammengehen sollen, die sich gegenseitig Ruhm und Ehren neiden. Auch kann vor Ende Juni für die Ostsee keine ansehnliche Landmacht aufgebracht werden; und wenn binnen vier Monaten der Krieg nicht entschieden und der Friede nicht geschlossen ist, so werden die ganzen Eroberungen preisgegeben werden müssen — Truppen, Geschütze, Schiffe, Provisionen werden zurückgezogen oder verlassen werden müssen, und die Russen werden neuerdings durch sieben Wintermonate im Besitz ihres ganzen Ostseegebietes bleiben. Daraus geht klar hervor, daß für das laufende Jahr alle ernstlichen und entscheidenden Angriffe auf das baltische Rußland außer Frage sind. Es ist zu spät. Nur wenn Schweden sich mit den

Westmächten vereinigt, haben sie eine Operationsbasis in der Ostsee, die ihnen gestattet, einen Winterfeldzug in Finnland zu führen. Hier haben wir also wieder einen circulus vitiosus, allerdings vitiosus, ebenso wie der frühere, nur für den Kleinmütigen. Wie kann man von Schweden erwarten, daß es sich mit den Mächten vereinigt, wenn es nicht von deren ernsten Absichten dadurch überzeugt wird, daß sie eine Landmacht beistellen und einen Teil Finnlands besetzen? Wie aber kann man andererseits diese Streitkräfte dorthin senden, wenn man sich nicht Schwedens als Operationsbasis versichert hat?

Wahrlich, Napoleon der Große, der „Schlächter" so vieler Millionen Menschen, war mit seiner kühnen, entschiedenen und niederschmetternden Kriegführung ein Muster an Menschlichkeit im Vergleich zu den zögernden, saumseligen „staatsmännischen" Leitern dieses russischen Kriegs, denen schließlich nichts übrigbleiben wird, als in noch weit größerem Umfang Menschenleben und bares Geld zu opfern, wenn sie weiter so verfahren wie bisher.

Wenden wir uns nach dem Schwarzen Meere, so sehen wir, daß sich die vereinigten Flotten vor Sebastopol mit harmlosem Scheibenschießen auf weite Entfernung gegen ein paar armselige Außenwerke vergnügen. Dieses unschuldige Spiel wurde, wie man uns berichtet, vier Tage lang von der Mehrzahl der Schiffe betrieben, und da die Russen nur zwölf Linienschiffe seefertig hatten, ließen sie sich während dieser ganzen Zeit nicht außerhalb des Hafens blicken, zum großen Erstaunen des Admirals Hamelin (siehe seinen Bericht vom 1. bis 5. Mai). Dieser heldenmütige Seemann ist freilich alt genug, sich der Zeit zu erinnern, wo französische Geschwader durch weit schwächere englische nicht nur blockiert, sondern sogar in den Häfen angegriffen wurden. In der Tat wäre es unbillig, zu erwarten, daß die schwächere russische Flotte Sebastopol verlassen sollte, um von einer zweimal so großen Anzahl von Schiffen zersprengt und zum Sinken gebracht zu werden, und so das „abscheuliche Verbrechen von Sinope" zu sühnen.

Mittlerweile sind zwei Linienschiffe (Schraubendampfer) und sieben Dampffregatten auf dem Wege nach Zirkassien. Sie waren bestimmt, die Küsten der Krim genau zu durchforschen und nachher die Forts an der zirkassischen Küste zu zerstören. Doch sollten an diesem Angriff nur drei Dampffregatten teilnehmen, während die übrigen vier die Weisung hatten, zur Flotte zurückzukehren, sobald die Krim gründlich rekognosziert

war. Nun sind, soweit wir wissen, die drei Forts, die die Russen an der zirkassischen Küste noch besetzt halten — Anapa, Suchum Kale und Redut Kale —, von ziemlich bedeutender Stärke und auf Höhen erbaut, die die offene See beherrschen (ausgenommen Redut Kale), und es ist zweifelhaft, ob die ausgeschickte Macht genügend stark sein wird, ihre Absichten auszuführen, um so mehr, da sie nicht von Landungstruppen begleitet wird. Das Geschwader, das von Konteradmiral Lyons befehligt wird, soll gleichzeitig mit den Zirkassiern, besonders mit ihrem Anführer Schamyl in Verbindung treten. Was Lyons mit Schamyl verhandeln soll, darüber verlautet nichts; aber das eine ist gewiß, daß er ihm das nicht bringen kann, was er am notwendigsten braucht, das heißt Waffen und Munition; denn auf Kriegsschiffen im aktiven Dienst ist kein überflüssiger Raum für derartige Dinge. Zwei lumpige Kauffahrteibriggs oder Schoner, die mit solchen wertvollen Gütern beladen wären, würden weit bessere Dienste tun als die moralische, nur leider ganz wertlose Unterstützung der fünf Kriegsschiffe. Wir erfahren gleichzeitig, daß die türkische Flotte demselben Ziele entgegensegelt und die zur Bewaffnung der Zirkassier notwendigen Artikel mit sich führt. So befassen sich zwei miteinander verbündete Flotten mit derselben Aufgabe, ohne daß eine von der anderen etwas weiß. Verteufelt noch einmal, das heißt man Einheit des Plans und der Aktion! Schließlich wird eine die andere noch für Russen halten, und es wird ein feines Schauspiel für die Zirkassier werden, wenn sich die beiden Geschwader gegenseitig beschießen!

Die verbündeten Landtruppen verbrüdern sich mittlerweile in Gallipoli und Skutari auf ihre Art, indem sie ungeheure Mengen des dortigen schweren und süßen Weines vertilgen. Die zufällig nüchtern Gebliebenen beschäftigen sich mit der Erbauung von Feldbefestigungen, die so gelegen und so ausgeführt sind, daß man sie entweder niemals angreifen noch jemals verteidigen wird. Bedürfte es noch eines Beweises dafür, daß weder die britische noch die französische Regierung jemals die Absicht hatten, Freund Nikolaus auch nur das geringste zuleide zu tun, so wird er auch dem Blindesten geliefert durch die Art, wie die Truppen ihre Zeit verbringen. Um einen Vorwand für die Fernhaltung ihrer Truppen vom Aktionsschauplatz zu haben, lassen die verbündeten Befehlshaber sie eine fortlaufende Linie von Schanzen über die Landenge des thrazischen Chersonesus errichten. Jedermann, und besonders jeder französische Ingenieur weiß, daß fortlaufende Verteidigungslinien bei Feldbefestigungen

fast unter allen Umständen zu verwerfen sind. Der englisch-französischen Armee von Gallipoli jedoch war es vorbehalten, auf einem Gebiet fortlaufende Verschanzungen anzulegen, das zu zwei Dritteln von Höhen beherrscht wird, die nach jener Seite zu liegen, von der der Feind erwartet wird. Da aber trotz aller Bemühungen, möglichst langsam vorwärts zu kommen, dennoch selbst bei diesem Schneckentempo eine Art Fortschritt gemacht werden muß, so sollen dem Vernehmen nach 15000 Franzosen nach Varna gehen — um was dort zu tun? Um an Wechselfieber und Seuchen zu sterben.

Soll nun diese Kriegführung aber auch nur irgendeinen Sinn haben, so müßten die Befehlshaber doch wissen, daß die Türken gerade die Kunst des Manövrierens im offenen Felde nicht verstehen, in der die englisch-französischen Truppen Meister sind; daß aber andererseits die Türken die Verteidigung von Wällen, Schanzen und sogar Breschen gegen anstürmende Truppen so meisterhaft verstehen, daß weder Engländer noch Franzosen sich darin mit ihnen messen können. Darum und weil Varna mit einer türkischen Garnison das zustande brachte, was noch keiner Festung je vorher gelang, das heißt, daß es sich 29 Tage lang hielt, nachdem drei sturmreife Breschen in die Wälle gelegt worden waren, darum nimmt man die halbdisziplinierten Türken aus Varna fort und schickt sie den Russen im offenen Felde entgegen, während man die gutgedrillten Franzosen, die zum Angriff brillant geeignet, zur längeren Verteidigung gänzlich ungeeignet sind, nach Varna zur Bewachung der Wälle schickt.

Aus anderen Berichten geht hervor, daß alle diese Berichte nur blauer Dunst sind. Es heißt, daß sich große Dinge vorbereiten. Man beabsichtige gar nicht, die verbündeten Truppen in der Ostsee operieren zu lassen, sondern sie sollen mit Hilfe der Flotten im Rücken der Russen großartige Heldentaten ausführen. Sie sollen in Odessa landen, den Rückzug des Feindes abschneiden und sich hinter seinem Rücken mit den Österreichern in Transsylvanien vereinigen und außerdem Abteilungen nach Zirkassien senden. Endlich sollen sie 15000 bis 20000 Mann für den Angriff auf Sebastopol von der Landseite stellen, während die Flotten den Hafen erobern sollen. Werfen wir nur einen Blick auf die frühere Geschichte des Kriegs und die ihm vorhergegangenen diplomatischen Verhandlungen, so wird uns sofort klar, woher diese Gerüchte stammen. Sie kamen aus Konstantinopel gleich nach der Ankunft des Marschalls Leroy, gewöhnlich Saint-Arnaud genannt. Wer die ehemalige Geschichte dieses

würdigen Herrn kennt, der erkennt auch in diesen Renommistereien den Mann wieder, der sich zu seinem hohen Rang hinaufgeprahlt hat, trotzdem er als Armeeoffizier dreimal kassiert wurde.

Fassen wir die Kriegslage kurz zusammen: England und besonders Frankreich werden „unvermeidlich, wenn auch widerstrebend“, dahin gedrängt, den größten Teil ihrer Kräfte im Osten und an der Ostsee zu engagieren, das ist an zwei vorgeschobenen Flügeln einer militärischen Position, die kein näheres Zentrum hat, als Frankreich. Rußland gibt seine Küsten, seine Flotte und einen Teil seiner Truppen preis, um die Westmächte zu verleiten, sich vollständig in dieser antistrategischen Bewegung zu engagieren. Sobald dies geschehen ist, sobald die nötige Zahl der französischen Truppen nach weitentlegenen Ländern verschickt ist, werden sich Österreich und Preußen für Rußland erklären und mit überlegener Macht nach Paris marschieren. Gelingt dieser Plan, so verfügt Louis Napoleon über keine Macht mehr, um dem Stoß zu widerstehen. Aber eine Macht gibt es, die sich bei jedem plötzlichen Ereignis in Bewegung setzen kann, und die auch Louis Bonaparte und seine feilen Knechte in Bewegung setzen kann, wie sie vordem schon manch einen Herrscher in Bewegung gesetzt hat. Diese Macht vermag allen diesen Invasionen Trotz zu bieten, sie hat dies dem vereinigten Europa schon einmal bewiesen. Und diese Macht, die Revolution, seid versichert, wird an dem Tage nicht fehlen, wo man ihrer Aktion bedarf.

Der gegenwärtige Stand der englischen Armee. – Taktik. – Uniformen. – Verpflegungswesen usw.

London, 26. Mai 1854 (N. Y. T., 10. Juni 1854).

Wenn der Orientkrieg zu nichts sonst dient, so wird er doch ein gut Teil des militärischen Ruhms des verstorbenen Herzogs von Wellington zerstören. Wer England noch zu Lebzeiten dieses weit überschätzten Feldherrn kannte, der wird sich erinnern, daß es als Beleidigung der britischen Nation galt, selbst von einem Napoleon als von einem dem eisernen Herzog nur halbwegs ebenbürtigen Soldaten zu sprechen. Der glorreiche Herzog ist nun tot und begraben, nachdem er oder wenigstens sein Geist während der letzten vierzig Jahre in der britischen Armee geherrscht hatte. Nie gab es einen Mann, der sein Amt als Befehlshaber mit größerer Unabhängigkeit und Unverantwortlichkeit ausübte, als er.

Der „Herzog“ war die Autorität der Autoritäten, weder König noch Königin wagten, ihm in seinem Fach zu widersprechen. Nachdem er so manches Jahr alle Ehren und Annehmlichkeiten genossen hatte, wie sie meist der glücklichen Mittelmäßigkeit beschieden sind und die einen so grellen Kontrast bilden zu den tragischen Erschütterungen, die gewöhnlich von der Laufbahn des Genies unzertrennlich sind, siehe zum Beispiel Napoleon, starb der eiserne Herzog, und das Kommando über die britische Armee fiel in andere Hände. Etwa achtzehn Monate nach seinem Tod tritt an die britische Armee die Aufgabe heran, einen Feldzug gegen die Russen zu führen, und noch ehe das erste Regiment zur Einschiffung bereit ist, hat sich schon herausgestellt, daß der eiserne Herzog die Armee in einem zu jedem aktiven Dienst untauglichen Zustand zurückgelassen hat. Der Herzog hatte trotz seines im ganzen gesunden englischen Sinnes in vieler Beziehung einen engen und beschränkten Verstand. Wohlbekannt ist die Ungerechtigkeit, mit der er gewöhnlich von dem Anteil sprach, den seine deutschen Verbündeten an der Entscheidung der Schlacht von Waterloo hatten, wobei er den ganzen Ruhm eines Sieges für sich in Anspruch nahm, der ohne die rechtzeitige Ankunft Blüchers eine Niederlage geworden wäre. Eigensinnig klammerte er sich an alle Mißbräuche und Widersinnigkeiten in der englischen Armee und begegnete allen Kritiken mit der Behauptung, „diese Mißbräuche und Widersinnigkeiten haben uns in Spanien und Portugal zu Siegern gemacht“. Damit stimmte völlig seine konservative Auffassung überein, daß ein gewisser Grad von herkömmlichem Widersinn und von Korruption nötig sei, wenn die „erwiesenermaßen beste“ aller Konstitutionen richtig funktionieren solle. Aber während er bei politischen Fragen, wenn es sich um wichtige Punkte handelte, in kritischen Augenblicken nachzugeben verstand, so verbiß er sich in militärischen Dingen um so hartnäckiger in veraltete Ideen und hergebrachte Abgeschmacktheiten. Nicht eine einzige wichtige Verbesserung ist in der britischen Armee zeit seines Lebens eingeführt worden, es sei denn im rein technischen Betrieb der Artillerie. Denn da war es eine einfache Unmöglichkeit, den rapiden Fortschritt der Maschinenindustrie und der technischen Wissenschaften gänzlich unbeachtet zu lassen. Die Folge davon ist, daß, trotzdem die britische Armee das beste Artilleriematerial hat, das es gibt, dennoch die Organisation ihrer Artillerie ebenso schwerfällig ist wie die ihrer anderen Waffengattungen, und daß die britische Armee in Uniformen, allgemeiner Ausrüstung und

Organisation nicht einen einzigen Punkt aufweist, in dem sie nicht hinter allen übrigen zivilisierten Armeen Europas zurückstände.

Ich muß die Aufmerksamkeit Ihrer Leser von neuem auf den Umstand lenken, daß die Leitung der militärischen Angelegenheiten bei uns hier nicht, wie in anderen Ländern, einer einzigen Verwaltungsstelle anvertraut ist. Es gibt vier solcher Stellen, die, unabhängig voneinander, alle einander entgegenarbeiten. Da ist der Kriegsminister, ein reiner Zahlmeister und Rechnungsführer. Da ist das Generalkommando, dem Infanterie und Kavallerie unterstehen. Da ist der Generalfeldzeugmeister, der die Artillerie befehligt und von dem vorausgesetzt wird, daß er das gesamte Kriegsmaterial unter sich hat. Dann ist noch der Kolonialminister, der die Truppen nach den verschiedenen auswärtigen Besitzungen disponiert und die Zuteilung des Kriegsmaterials für jede einzelne bemißt. Neben diesen ist noch die Intendantur oder das Departement für das Proviantwesen und schließlich für die Truppen in Indien der Höchstkommandierende der indischen Armee. Erst nach Wellingtons Tod ist die Sinnlosigkeit dieser Einrichtung Gegenstand öffentlicher Erörterungen geworden, denn 1837 war der Bericht des parlamentarischen Komitees darüber durch des Herzogs Autorität beiseite geschoben worden. Jetzt, seit Beginn des Kriegs, wird ihre Unzulänglichkeit überall empfunden; aber man wehrt jede Änderung ab, weil dadurch erst recht jede Möglichkeit von Ordnung und Regelmäßigkeit in der Abwicklung der Geschäfte vereitelt würde.

Als Beispiel für die Verwirrung, die dieses System schafft, erwähnte ich schon bei einer früheren Gelegenheit, es gäbe kaum zwei Artikel, um derentwillen ein Regiment sich nicht an verschiedene voneinander unabhängige Ämter wenden müßte. Die Uniformen liefert der Oberst, die Mäntel jedoch der Feldzeugmeister, die Koppeln und Tornister werden vom Generalkommando, die Feuerwaffen wieder vom Feldzeugmeister geliefert. Die Militärämter, Feldzeugmeistereien, Magazineure und Intendanturbeamten jeder auswärtigen Station sind alle mehr oder weniger voneinander unabhängig und verschiedenen wieder voneinander unabhängigen Ämtern im Mutterland verantwortlich. Außerdem existiert noch der Unfug der „Bekleidungs-Obersten“. Jedes Regiment hat einen Titularobersten, einen Offizier, dessen Pflicht darin besteht, eine bestimmte Summe von der Regierung einzustecken, um davon sein Regiment zu kleiden, wofür er jedoch nur einen Teil des Geldes auszugeben braucht. Der Rest gilt als Entlohnung für seine Mühe.

Dann der Verkauf der Offiziersstellen, durch den alle höheren Posten in der Armee fast ausschließlich der Aristokratie vorbehalten bleiben. Nach wenigen Dienstjahren im Range eines Leutnants, Hauptmanns und Majors ist ein Offizier berechtigt, bei der ersten vorkommenden Vakanz die nächsthöhere, frei werdende Stelle zu kaufen, es sei denn, ein anderer Offizier von gleichem Rang, doch älter im Dienst hätte Lust, ihm zuvorzukommen. Daraus folgt, daß ein Mann, der flüssiges Vermögen hat, sehr schnell avancieren kann, da viele mit mehr Dienstjahren als er nicht die Mittel haben, sich eine offene Stelle zu kaufen. Es ist klar, daß solch ein System den Kreis fähiger Männer, aus dem sich das Offizierkorps rekrutiert, sehr beschränkt; und da das Avancement der höheren Offiziere im aktiven Dienst fast ausschließlich vom Dienstalter oder von aristokratischen Verbindungen abhängt, so werden durch die Beschränkung notwendigerweise viel talentierte und kenntnisreiche Leute von den höheren Kommandostellen ausgeschlossen. Diesem System ist es zweifellos hauptsächlich zuzuschreiben, daß die große Masse der britischen Offiziere so jammervoll unwissend in den allgemeinen und mehr theoretischen Fächern der Militärwissenschaft ist.

Die Zahl der Offiziere ist unverhältnismäßig größer als die der Mannschaften. Nirgends herrscht ein solcher Überfluß an goldenen Schnüren und Epauletten wie in einem britischen Regiment. Infolgedessen haben die Offiziere nichts zu tun, und da es gegen ihren „Korpsgeist" verstößt, etwa irgendwelche ernsthafte Studien zu betreiben, so verbringen sie ihre Zeit mit allen möglichen tollen Streichen, überzeugt, daß wenn es wirklich zum Krieg kommt, ihre persönliche Tapferkeit und „Ihrer Majestät Reglements" genügen, sie alle Schwierigkeiten überwinden zu lassen. Als man das Lager in Cobham formierte, da drängte sich die Überzeugung von der Unfähigkeit sehr vieler Offiziere allen denen auf, die ein Manöver etwas besser beurteilen konnten als die armen Reporter, die als echte Londoner Kinder voll der Bewunderung über jede Einzelheit des fremdartigen Schauspiels waren, das sie zum ersten Male in ihrem Leben sahen.

Das System der Abrichtung und das Exerzierreglement sind höchst veraltet. Das Manöviersystem ist äußerst schwerfällig, da alle Bewegungen verwickelt, langsam und pedantisch sind. Das alte System der Linienbewegung, das sich in der britischen Armee als die Hauptform aller taktischen Manöver länger behauptete als in der österreichischen, bietet bei günstiger Bodenbeschaffenheit einige wohlbekannte

Vorteile; doch werden diese durch manche Umstände aufgewogen, und vor allem ist es nur unter ganz ausnahmsweisen Verhältnissen anwendbar. Das System der Entwicklung in Kolonnen, besonders in Kompagniekolonnen, wie es in den besteingerichteten Armeen des Kontinents eingeführt ist, garantiert eine weit größere Beweglichkeit und wenn nötig eine ebenso schnelle Formierung der Linien.

Die Ausrüstung der englischen Soldaten ist aus gutem Material von ganz hervorragender Verarbeitung, jedoch in vielen Fällen entstellt durch altmodische Bestimmungen. Die alten Gewehre von glatter Bohrung sind gut gemacht, großkalibrig, aber viel schwerer als notwendig. Die alte Braunschweiger Büchse war in ihrer Art gut, ist aber von besseren Waffen überholt worden. Das jüngst eingeführte Pritchardgewehr, das als eine Verbesserung der französischen Miniégewehre gilt, scheint eine famose Waffe zu sein, konnte aber den maßgebenden Persönlichkeiten nur nach hartem Kampfe aufgedrängt werden. Und im Augenblick herrschen solche Systemlosigkeit und Unregelmäßigkeit in der Einführung, daß manchmal die Hälfte des Regiments altmodische, die andere Hälfte neue Gewehre trägt und die ganze Einheitlichkeit der Bewaffnung gestört ist. Die Kavalleriesäbel sind gut und für Stöße und Schläge mit der scharfen Klinge besser geformt als die des Militärs auf dem Kontinent. Auch die Pferde sind erstklassig, doch Reiter und Ausrüstung sind zu schwer. Das Material der Feldartillerie ist das beste der Welt, in vieler Hinsicht wunderbar vereinfacht, aber von solcher Verschiedenheit der Kaliber und der Schwere der Kanonen, daß dadurch auch eine zu große Verschiedenheit der Munitionsladungen bedingt wird.

Der größte Mißstand aber ist die Uniform und die allgemeine Ausstaffierung des britischen Soldaten. Ein hoher, enger, steifer Kragen um den Hals, eine dürftige, enganliegende Jacke mit Schwalbenschwänzen, schlechtgeschnittene, unbequeme, enge Hosen, schmählich aussehende Mäntel, eine häßliche Mütze oder Tschako, ein Gewirr von Riemen und Gürteln zum Tragen der Munition und des Tornisters, wie es selbst in der preußischen Armee nicht seinesgleichen hat; all das ist in den Tagesblättern in letzter Zeit so viel besprochen worden, daß eine bloße Andeutung darüber genügt. Dabei darf man nicht vergessen, daß neben dieser fast absichtlichen Unbequemlichkeit der Uniform der britische Soldat ein weit größeres Gewicht zu tragen hat als irgendein anderer. Und als wollte man die Schwerfälligkeit zum obersten Prinzip der Armee

machen, belastet man sie noch mit einem so ausgedehnten Troß, wie keine andere Armee ihn hat. Die Unzweckmäßigkeit der Einrichtungen der Intendantur trägt viel dazu bei, aber auch die Regimentstrains und besonders die große Menge von Offiziersgepäck haben ihresgleichen höchstens in Indien und in der Türkei.

Sehen wir zu, wie diese Armee funktionierte, als die Truppen die Türkei erreichten. Die französischen Soldaten, in deren Militärsystem dauernd alle Errungenschaften einverleibt wurden, die man in den algerischen Feldzügen als praktisch wertvoll erkannt hatte, waren kaum gelandet, als sie sich's auch schon gemütlich machten. Sie brachten alles mit, was sie brauchten, wenn es auch nicht viel war, und was ihnen fehlte, ergänzten sie rasch mit der dem französischen Soldaten angeborenen Anstelligkeit. Sogar unter der schwindelhaften Verwaltung von Louis Bonaparte und Saint-Arnaud arbeitete das System ziemlich einwandfrei. Aber die Engländer! Sie kamen nach Gallipoli, ehe ihre Proviantvorräte da waren; sie kamen in einer viermal größeren Zahl, als man im Lager unterbringen konnte; es waren keine Vorbereitungen zur Ausschiffung getroffen, es gab keine fahrbaren Backöfen, keine eigentlich verantwortliche Administration. Befehle und Gegenbefehle folgten und widersprachen sich in der schrecklichsten oder vielmehr lächerlichsten Weise. Da gab es manchen alten Feldwebel oder Korporal, der sich's im Kaffernbusch oder in den glühenden Niederungen des Indus behaglich zu machen gewußt hatte, aber hier ganz hilflos war. Die verbesserten Einrichtungen, die jedes auswärtige Kommando in einem Feldzug eingeführt haben mochte, hatten immer nur für die Dauer des betreffenden Feldzugs Geltung; waren die verschiedenen Regimenter dann wieder voneinander getrennt, so traten Ihrer Majestät altmodische Reglements wieder aufs neue in Kraft, und die administrative Erfahrung des Feldzugs war umsonst gemacht.

Dies ist das glorreiche System, an dem der eiserne Herzog mit eiserner Zähigkeit hing, weil er mit ihm Napoleons Generale auf der Pyrenäenhalbinsel geschlagen hatte. Der in seinen Lederküraß geschnürte britische Soldat, der seine 60 oder 70 Pfund Gewicht über die Steppen Bulgariens schleppt, der mühselig unter gelegentlichen Fieberanfällen dahinkriecht, schlecht versorgt durch nachlässige und ungeschulte Intendanturoffiziere, kann wahrlich auf seinen glorreichen eisernen Herzog stolz sein, der ihm alle diese Wohltaten bereitet hat.

Die unheilvollen Resultate, die sich aus des Herzogs verknöcherter Amtsführung mit Naturnotwendigkeit ergeben, werden noch durch den oligarchischen Charakter der englischen Administration verschärft; die wichtigsten Ämter sind Männern anvertraut, auf deren parlamentarische Unterstützung vielleicht der Klüngel der gerade an der Macht befindlichen Stellenjäger angewiesen ist, die aber jeder, auch der elementarsten Kenntnisse und Tüchtigkeit bar sind. Nehmen wir zum Beispiel Mr. Bernal Osborne, den Koalitionssekretär der Feldzeugmeisterei. Mr. Bernal Osbornes Ernennung war eine Konzession an die Mayfairradikalen, die im Ministerium durch Sir W. Molesworth, den „ganz ergebenen" Redakteur des Hobbes, vertreten sind. Mr. Bernal Osborne „liest Witze auf wie Tauben Erbsen und gibt sie wieder von sich, wenn es Jupiter gefällt. Er hausiert dann mit Witzen und verschleißt seine Ware auf Kirchweihen, Saufgelagen, Versammlungen, Märkten und Messen." Trotzdem er aber einen Kleinhandel mit faulen Witzen betreibt, ist er doch kaum imstande, eine alte Muskete von einem Miniégewehr zu unterscheiden, und ist nichtsdestoweniger Ihrer Majestät Sekretär der Feldzeugmeisterei.

Ihre Leser erinnern sich vielleicht, daß er sich vor einiger Zeit an das Parlament wandte, es solle Geld bewilligen, um das Feldzeugmeisteramt instand zu setzen, die für Armee und Marine erforderlichen kleinen Feuerwaffen zu fabrizieren. Er behauptete, in den Vereinigten Staaten von Amerika lieferten die Regierungswerkstätten Waffen zu einem billigeren Preis, als es der Privatindustrie möglich sei, und in einigen Fällen seien ernstliche Schwierigkeiten daraus entstanden, daß die Kontrakte zur rechtzeitigen Ablieferung der Waffen nicht eingehalten worden seien.

Das Votum des Hauses wurde indessen auf den Antrag von Mr. Muntz hin verschoben, erst eine gewählte Kommission mit der Aufgabe zu betrauen, „den billigsten, raschesten und befriedigendsten Weg zur Versorgung der Armee Ihrer Majestät mit Feuerwaffen herauszufinden". Der Bericht dieser Kommission liegt jetzt dem Publikum vor, und welches sind die Schlüsse, zu denen sie gekommen ist? Daß die Privatbetriebe die Waffen nicht in der kontraktlich festgesetzten Zeit hätten liefern können, „weil die Art der Nachprüfung ihrer Arbeit, wie sie das Feldzeugmeisteramt vorschriebe, die reine Schikane wäre, und weil es die Gewohnheit hätte, jeden einzelnen Teil der zahlreichen Stücke, aus denen ein Gewehr bestehe, an einen anderen Kontrahenten zu vergeben". Der Bericht meldet weiter, „das Feldzeugmeisteramt habe kaum einen Begriff

weder von dem Preis, zu dem Gewehre in Amerika angefertigt, noch in welchem Ausmaß Maschinen bei der Herstellung angewendet würden; auch habe es nie Feuerwaffen gesehen, die in einer der Regierungswerkstätten dieses Landes angefertigt wurden". Endlich erfahren wir aus dem Bericht, daß „die Werkstätte, die die Regierung zu errichten beabsichtige, vor achtzehn Monaten kein einziges Gewehr werde liefern können".

Diese Auszüge aus dem Parlamentsbericht zeigen zur Genüge die geschäftliche Tüchtigkeit des Mr. Osborne, der Koalition höchsteigenem Sekretär für Heeresversorgung. Ex ungue leonem.

Times. – Bundesvertrag zwischen Österreich und Preußen.

London, 30. Mai 1854 (N. Y. T., 12. Juni 1854).

Die Times ist sehr empört, daß der britische General einen Befehl erließ, der ihrem „eigenen Korrespondenten" verbietet, die britische Armee zu begleiten. Wäre der Krieg ein ernsthaft geführter Krieg, so wäre es töricht, gegen diese Maßregel etwas einzuwenden, denn schon der Herzog von Wellington beklagte sich wiederholt in seinen Depeschen, daß Napoleon aus den Spalten der englischen Zeitungen Informationen über seine, Wellingtons, beabsichtigten Bewegungen und Verfügungen schöpfte, die er dann an seine Generale in Spanien weitergab. Wie die Dinge aber liegen, kann der Zweck des Befehls nur der sein, das englische Publikum im dunkeln über die verräterischen Absichten der Expeditionstruppen zu lassen. Ein würdiges Seitenstück dazu ist der dem Sultan eben von den Helden des 2. Dezember aufgezwungene Befehl, in allen Moscheen einen Erlaß zu verlesen, der den Türken jedes politische Gespräch verbietet. Aber warum sollen es die Türken in dieser Hinsicht besser haben als das englische Publikum selbst?

In der gestrigen Sitzung des Unterhauses fragte Mr. Blackett den Lord John Russell, ob England im letzten Wiener Protokoll dem ersten Artikel des Vertrags vom 20. April 1854 zwischen Österreich und Preußen irgendwelche Anerkennung oder Sanktion gewährt habe. Der Passus lautet: „Die vertragschließenden Mächte garantieren sich gegenseitig den Besitz ihrer deutschen und nichtdeutschen Gebiete, so daß irgendein Angriff auf das Gebiet der einen Macht, erfolge er von wem immer, als feindseliger Angriff gegen das Gebiet der anderen Macht angesehen werden soll." Lord John Russell antwortete, „das Protokoll enthalte keine

ausdrückliche Anerkennung oder Sanktion dieses ersten Artikels des Vertrags zwischen Österreich und Preußen". Ausdrücklich oder nicht ausdrücklich, im französischen Moniteur von gestern lesen wir: „Das letzte Wiener Protokoll verbindet das englisch-französische Abkommen für den gegenwärtigen Krieg mit dem österreichisch-preußischen Vertrag für den etwa kommenden Krieg", das heißt verbindet den gegenwärtigen englisch-französischen Krieg gegen Rußland mit dem etwa kommenden österreichisch-preußischen Krieg für Rußland und ist in jedem Falle eine Garantie, die die Westmächte Preußen und Österreich für den ungestörten Besitz Posens, Galiziens, Ungarns und Italiens geben. Lord John Russell bekennt ferner, daß dieses Protokoll „eine Tendenz hat, die Grundsätze, die von den Wiener Protokollen aufgestellt sind, zu befestigen und aufrechtzuerhalten — nämlich die Unantastbarkeit der Türkei und die Räumung der Fürstentümer von russischen Truppen". Das ist tatsächlich nichts anderes als eine neue Verpflichtung, den Status quo ante bellum zu erhalten. Die Westmächte können sich nicht rühmen, durch dieses Protokoll irgendeinen Vorteil über Rußland gewonnen zu haben; denn der österreichisch-preußische Vertrag setzt ausdrücklich fest: „Eine Offensiv- oder Defensivaktion seitens der beiden vertragschließenden Mächte würde verursacht erstens durch die Einverleibung der Fürstentümer, und zweitens durch einen Angriff der Russen auf dem Balkan oder einen Durchmarsch der Russen durch den Balkan." Diese beiden Bedingungen sind offenbar von Rußland selbst diktiert. Von allem Anfang an hat es erklärt, es sei nicht seine Absicht, sich die Fürstentümer einzuverleiben, es wolle sie nur als „materielle Garantie" für die Befriedigung seiner Forderungen behalten. Den Balkan angesichts von 80000 Mann französischer Truppen zu durchqueren, lag nie in Rußlands Feldzugsplan, dessen einziger Zweck ist, sich einige Festungen am rechten Donauufer als Brückenköpfe für seine Armee zu sichern und so die ständige, leichte Möglichkeit zu haben, in Bulgarien einzufallen. En passant wollen wir bemerken, daß die Times bei der Erwähnung dieses neuen Protokolls schon befriedigt ist, wenigstens hoffen zu dürfen, die Westmächte hätten Österreich für sich zu gewinnen vermocht, Preußen werde ja jetzt doch „notorisch" von „russischen Agenten" beherrscht; während der Morning Chronicle sogar an einer aufrichtigen Anhängerschaft Österreichs verzweifelt.

Der große Napoleon würde Österreich und Preußen zu einer offenen Allianz mit Rußland gezwungen haben; der kleine Napoleon läßt sich von

Rußland eine Allianz mit den deutschen Mächten aufzwingen, die seiner Armee die denkbar weiteste Entfernung von ihrer Operationsbasis zuweist.

Lord John Russell erklärte in Beantwortung einer Interpellation Mr. Mullens, „eine aus etwa 6000 Mann bestehende Armee sei von Frankreich mit der Instruktion ausgeschickt worden, den Piräus zu besetzen. Ein englisches Infanterieregiment, das unser Land vor etwa einer Woche verließ, soll ebenfalls zur Besetzung des Piräus bestellt sein." Diese Maßnahme hat ihren Grund in der Verschwörung der griechischen Regierung mit Rußland. Die Truppen sollen Athen nur dann besetzen, wenn bestimmte Ereignisse eintreten. In den heutigen französischen Blättern lesen wir, „König Otto habe das Ultimatum angenommen und die Wiederkehr des Ministeriums Maurokordatos versprochen, wenn die Okkupation aufgeschoben würde. Wenn nicht, so sei er entschlossen, den Sitz seiner Regierung ins Innere des Landes zu verlegen und dort seine Truppen zusammenzuziehen." Daß diese Alternative nicht ein völlig freiwilliges Anerbieten ist, geht aus einer weiteren Erklärung Lord John Russells hervor: „Wenn der König von Griechenland die Versuche seines Volkes mißbilligt, die Pflichten gegen eine neutrale Macht zu verletzen, so wird er bei den ihm gesandten Truppen Schutz und in ihnen das geeignete Mittel finden, sein Volk zur Beobachtung dieser Pflichten zu zwingen. Sollten sich aber etwa die Versicherungen, die uns die griechische Regierung gab, als nicht aufrichtig erweisen, so werden diese Truppen vielleicht in anderer Weise gute Dienste tun."

Daraus folgt, die griechische Regierung kann tun, was ihr beliebt, Griechenland wird besetzt werden.

Die Times meldet mit einer gewissen Gereiztheit, daß „französische Truppen in diesem Augenblick den größeren Teil der Garnisonen von Rom, Athen und Konstantinopel bilden, der drei großen Hauptstädte der antiken Welt". Der große Napoleon pflegte die Hauptstädte der modernen Welt zu besetzen. Napoleon der Kleine begnügt sich mit dem theatralischen Schein der Größe, verstreut seine Armeen über unbedeutende Länder und schließt den besten Teil seiner Truppen in lauter Sackgassen ein.

Erläuterungen und Anmerkungen.

Vorbemerkung.

Neben den Artikeln aus der New York Tribune enthält der vorliegende Band noch einige Artikel aus People's Paper, dem Chartistenorgan, das von Ernest Jones in den fünfziger Jahren herausgegeben wurde. Trotz verschiedener Reibungen und Konflikte, die vorübergehend seine Mitarbeit an dieser Zeitschrift unterbrachen, war Marx mit keinem anderen Chartistenblatt so eng verbunden wie mit People's Paper, für das er nicht nur zahlreiche Beiträge lieferte, sondern an dem er auch redaktionell sehr eifrig mitwirkte. Die meisten Artikel sind freilich gleichzeitig oder später in der New York Tribune erschienen, in People's Paper aber sind sie ohne „Verbesserungen" und redaktionelle Zutaten gedruckt oder überhaupt in einer Form, in der sie mehr dem Leserkreis dieses Organs angepaßt sind.

Die ersten 23 Kapitel, die wir als „Briefe über England" zusammenfaßten, werden hier zum ersten Male in deutscher Sprache veröffentlicht. Hingegen sind die Aufsätze, die in den Gruppen „Die orientalische Frage", „Palmerston" und „Der Russisch-Türkische Krieg" vereinigt sind, mit wenigen Ausnahmen schon einmal von dem Ehepaar Aveling englisch herausgegeben worden. (The Eastern Question. A reprint of Letters written 1853-56 dealing with the events of the Crimean War. London 1897 und The Story of the Life of Lord Palmerston. London 1899.)

Wie die Herausgeber uns in dem Vorwort zu der ersten Sammlung mitteilen, stützten sie sich bei der Feststellung der Verfasserschaft der anonymen Artikel in der Tribune auf Hinweise in den Briefen von Dana und der deutschamerikanischer Freunde von Marx und Engels sowie auf ihre eigene persönliche Kenntnis der Tatsachen. Außerdem stand ihnen eine von Hermann Meyer veranstaltete Sammlung von Artikeln aus der Tribune zur Verfügung, die sie im Nachlaß von Fr. Engels entdeckten. „Die Auszüge aus der Tribune" — sagen sie —, „die von Meyer gemacht worden sind, bildeten den Grundstock unserer Arbeit. Soweit wir es beurteilen können, irrte sich Meyer in der Auswahl der Artikel bloß ein- oder zweimal, er hat aber sehr viele Artikel übersehen, darunter auch von Marx gezeichnete."

Aus dem Briefwechsel zwischen Sorge und Marx, der einige Jahre nach dem Tode beider Avelings erschienen ist,* erfahren wir aber, daß

---

* Briefe und Auszüge aus Briefen von J. P. Becker, J. Dietzgen, F. Engels, K. Marx an F. A. Sorge und andere. Stuttgart 1906, Verlag von J. H. W. Dietz.

diese Kollektion eigentlich aus dem Nachlaß von J. Weydemeyer stammt und erst nach seinem Tode in die Hände H. Meyers, seines langjährigen Freundes und Testamentsvollstreckers, übergegangen ist. Im Jahre 1875 ist H. Meyer auf einer Erholungsreise nach Texas bei dem Brand und der Explosion des Dampfers im Hafen von Waco umgekommen. Auf eine Anfrage von Marx* wendete sich Sorge wegen der Artikel an Livingstone, den Schwiegersohn Weydemeyers, und nach geraumer Zeit erhielt dann er die Sammlung, die er im April 1877 Marx übersenden konnte.

Die Reste dieser Kollektion fanden wir in den Papieren von Lafargue. Wir sagen die Reste, weil die für die englische Ausgabe benutzten Auszüge für immer verloren gegangen sind. Von anderen blieben bloß kleine Teile, die die Herausgeber — oft aus ganz triftigen Gründen — als wenig passend für den Hauptzweck ihrer Sammlung nicht abdruckten.

Eine eingehende Prüfung der übriggebliebenen Aufsätze zeigte, daß Weydemeyer nicht nur Marxens Artikel aus der Tribune, sondern auch andere kollektionierte, die ihn aus irgendeinem Grunde interessierten. Sonst wäre es schwer zu erklären, wie in diese Sammlung so viel Artikel hineingekommen sind, die bestimmt nicht von Marx oder Engels herrühren. Das Ehepaar Aveling glaubte aber, wie wir oben sahen, daß alle diese Aufsätze, mit ein paar Ausnahmen, wenn nicht Marx, so Engels zum Verfasser hätten, und betrachteten überdies die Sammlung als gewissermaßen von Engels approbiert. Das macht zum Teil begreiflich, warum ihnen bei der Auswahl so viel Fehler unterlaufen sind. Sondern wir von den 113 Kapiteln, die die Eastern Question ausmachen, die 73, die Auszüge aus den von Marx gezeichneten Korrespondenzen darstellen, so bleiben noch 40 Kapitel, bei denen die Verfasserschaft nur nach verschiedenen Indizien festzustellen war. So kamen wir zu dem Schluß, daß mindestens zehn (die Kapitel 37, 38, 70, 86, 91, 92, 99, 100, 101, 108) von Dana, Gurowski (die meisten) und von einem anderen unbekannten Mitarbeiter der Tribune (wie das Kapitel 108) geschrieben sind. Außerdem sind einige, die von Marx herrühren (wie die Kapitel 90, 93, 94, 96, 97, 98, 103, 106, 107) in der Redaktion so stark umgearbeitet worden, daß wir sie in unsere Sammlung nicht aufgenommen haben.

Der englische Wiederabdruck weist noch andere Mängel auf. So haben die Herausgeber die Palmerstonartikel — entgegen ihrem ursprünglichen Plan — ausgesondert, um sie separat zu veröffentlichen, bemerkten aber nicht, daß der Artikel, den sie als Kapitel 41 druckten, einen Teil der Palmerstonschen Biographie bildet. Einige wichtige Artikel, die die Ansichten Marxens in der orientalischen Frage und in bezug auf die Er-

---

* „Könnte ich meine von dem zu früh verstorbenen Freund Meyer (ich glaube aus Weydemeyers Nachlaß) aufbewahrten Tribune-Artikel erhalten? Ich habe nichts davon." Brief an Sorge vom 4. April 1876.

eignisse des Krimkriegs in ein klares Licht stellen, sind von ihnen übersehen worden. Neben Kürzungen, die gut motiviert sind, kommen auch ganz unbegreifliche Verstümmelungen vor.*

Da die englische Sammlung den speziellen Zweck verfolgte, womöglich alles, was sich auf die orientalische Frage und den Krimkrieg bezieht, zusammenzubringen, so haben die Herausgeber, wenn es sich nicht um Leitartikel handelte, alles fortgelassen, was nicht im direkten Zusammenhang mit diesem Thema stand. Ganz zweckmäßig in allen Fällen, wo der Hauptgegenstand der betreffenden Korrespondenz ihrem Ziele entsprach, zeitigte dieses Verfahren sehr unliebsame Folgen dort, wo die Briefe ausführlich andere Fragen behandeln und wo Marx, um nicht bis zur nächsten Absendungsgelegenheit zu warten, rasch die neuesten Nachrichten oder Gerüchte als Anhängsel bringt. Gerade dieses Verfahren der Herausgeber, systematisch durchgeführt, erklärt uns eine Eigentümlichkeit der englischen Ausgabe, auf die schon hingewiesen worden ist. Neben Kapiteln, die ein sorgfältig durchgearbeitetes Material oder interessante historische Exkurse bringen, finden wir als selbständige Kapitel einige Miszellen, die Marx selbst als „ganz unbedeutende Sachen" bezeichnete und die in dieser Form ein falsches Bild von den Originalkorrespondenzen geben. Im einzelnen alle Artikel aufzuzählen, die wir übergangen haben, obgleich sie zweifellos von Marx oder Engels verfaßt sind, glauben wir unterlassen zu sollen. Die „Briefe über England" und alle Aufsätze, die als Leitartikel in der Tribune erschienen, sind wörtlich wiedergegeben. Die Gründe, warum einige Korrespondenzen nicht vollinhaltlich abgedruckt sind, werden in den Anmerkungen angeführt.

Briefe über England.

Bis zum Herbst 1849 war Marx zweimal in England gewesen, aber jedesmal zu flüchtig, als daß er sich hätte so gründlich wie sein Freund mit dem englischen Milieu vertraut machen können. Von seinen rein theoretischen Studien abgesehen, konzentriert er sich von 1844 an auf das Studium der französischen Verhältnisse und überläßt England seinem Freunde, der schon in den Artikeln, die er für die Deutsch-Französischen Jahrbücher schrieb, und in der „Lage der arbeitenden Klasse in England" glänzende Beweise seiner tiefen Kenntnis des englischen Lebens geliefert hatte. Nur durch seine intensivere Beschäftigung mit der englischen nationalökonomischen Literatur wird Marx veranlaßt, auch auf die europäische

* Die von Professor Ettore Ciccotti besorgte italienische Ausgabe (La questione orientale. Lettere di Carlo Marx, Roma 1903 im zweiten Band der Gesammelten Werke von Marx, Engels und Lassalle) stellt eine vollständige Übersetzung der englischen Ausgabe dar, ohne Kritik oder Kommentar.

politische und soziale Geschichte gründlicher einzugehen. Einige Exkurse in den Artikeln der Neuen Rheinischen Zeitung legen davon das beste Zeugnis ab.

Die Erfahrungen der Jahre 1848/49 führten Marx zu dem Schluß, daß England, das mit seinem Golde schon einmal die Kosten der europäischen Restauration bestritten hatte, auch jetzt eine konterrevolutionäre Rolle spielte. Die Revolution von 1848 scheiterte in nicht geringerem Maße am Widerstand Rußlands, des politischen Diktators des kontinentalen Europas, als am Widerstand Englands, des Despoten des Weltmarktes. Mit dem Siege der Konterrevolution, mit der Niederlage der revolutionären Arbeiterklasse fällt Europa in seine alte Doppelsklaverei zurück, in die englisch-russische Sklaverei. Die Hoffnung auf den Sieg der französischen Arbeiterklasse, der in seiner Folge notwendig zur Wiederholung, und zwar in vergrößertem Maßstab, des alten Antijakobinerkrieges führen werde, in dem England, wie früher, die Hauptrolle spielen sollte, der aber diesmal die Chartistenpartei an die Spitze der englischen Regierung bringen werde — diese Hoffnung gab Marx bald auf. Schon im Herbst 1850 war er zu dem Ergebnis gekommen, daß bei der inzwischen eingetretenen Änderung der wirtschaftlichen Konjunktur von einer wirklichen Revolution vorläufig keine Rede sein könne.

Marx benützt jetzt seinen, wie er noch immer glaubt, nur zeitweiligen Aufenthalt in London, um seine ökonomischen Studien fortzuführen. Zuerst trägt er sich noch mit der Absicht, die Resultate seiner Studien in einer kritischen Geschichte der nationalökonomischen Theorien niederzulegen. Schon sein Briefwechsel mit Engels zeigt, wie wenig dieses von ihm damals geplante ökonomische Hauptwerk mit dem späteren „Kapital" identisch war. Wenn der allgemeine Standpunkt, von dem aus er die bürgerliche Nationalökonomie einer Kritik unterziehen wollte, schon vor 1848 gewonnen war und ihm seither als Leitfaden bei seinen Studien diente, so sind doch wichtige Bestandteile seines eigenen ökonomischen Systems erst im Laufe der fünfziger Jahre ausgearbeitet worden. Die „Briefe über England", die in diesem Buche abgedruckt sind, wie auch die Aufsätze, die in weiteren Bänden dieser Sammlung veröffentlicht werden, bringen den Beweis, wie bei Marx Hand in Hand mit den rein theoretischen Studien die Erforschung der konkreten Verhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft geht, wie die aufmerksame Beobachtung der bürgerlichen Gesellschaft in ihrer klassischen Stätte ihm immer neue Anregungen bringt, die ihn veranlassen, diese oder jene Erscheinung noch tiefer theoretisch zu erfassen. So sammeln sich nach und nach die Bausteine, aus denen Marx später den gewaltigen Bau des „Kapital" konstruiert, das im Unterschied von dem noch im Jahre 1851 projektierten Werk nicht nur die Kritik der nationalökonomischen Theorien, sondern an erster Stelle die Kritik der bürgerlichen Ökonomie selbst, der kapitalistischen Produktionsweise bietet. So finden wir in seinen Briefen über England

zahlreiche Exkurse in das Gebiet der praktischen Nationalökonomie, die — umgearbeitet oder erweitert — im „Kapital" wiedererscheinen.

Es ist selbstverständlich, daß Marx und Engels, die in ihren großen Werken sorgfältig alle Quellen zitieren, aus denen sie ihr Tatsachenmaterial schöpfen, diese in den Zeitungsartikeln nur selten anführen. So lächerlich es aber ist, aus den Fällen, wo sie sich auf den einen oder anderen Verfasser stützen, ohne ihn zu nennen, ein „Plagiat" zu konstruieren, so ist es dennoch wichtig, womöglich alle ihre Quellen kennen zu lernen. So sehr sie wirklich originelle Denker waren, unterliegen auch sie dem Einfluß ihrer Umgebung, haben auch sie Lehrer und Vorgänger. So ungeheuer der Umfang ihrer gesammelten Kenntnisse war, so mannigfaltig das konkrete Material, das sie beide ganz selbständig zusammengebracht und „theoretisch konsumiert" haben, bleiben auch sie in verschiedenen Fächern auf die Arbeiten anderer Forscher angewiesen, werden auch sie in ihrer Gedankenarbeit nicht nur durch die unmittelbare Wirklichkeit, durch die Praxis allein angeregt, sondern auch durch den Reflex dieser Wirklichkeit in den Köpfen anderer Zeitgenossen und Schriftsteller. In den Anmerkungen zu den einzelnen Briefen wird der Leser neben tatsächlichen Erläuterungen auch Hinweise auf die von Marx und Engels „verheimlichten" Quellen finden, soweit es uns gelungen ist, diese festzustellen.

Tories und Whigs. So richtig im allgemeinen und reich an prägnanten Einzelheiten die Marxsche Charakteristik beider historischen Parteien ist, hat er sich doch in seiner Prognose ihrer Entwicklungsmöglichkeiten geirrt. Die Tories betrachtet er als eine historisch abgetane Partei. Wie alle seine Zeitgenossen überschätzte Marx zu sehr die Wirkung, die die Abschaffung der Korngesetze auf die Grundrente ausüben würde, auf die materielle Grundlage der Macht der Tories. Daher seine Erwartung, daß ihnen nichts mehr übrigbleibe, als zu dem Mittel einer Konterrevolution zu greifen, um die alten Einrichtungen wiederherzustellen, daß diese gewaltsame Politik eine Verschärfung der ganzen politischen Lage, eine revolutionäre Krisis herbeiführen werde. Statt aber zu diesem Mittel zu greifen, paßten sich die Tories, nach dem ersten Derbyministerium, unter der „erzieherischen" Leitung Disraelis, an die neuen Verhältnisse an und bildeten, viel schneller als die Whigs, eine starke homogene Partei, die auf ihren historischen Namen verzichtete und sich seither mit Vorliebe als k o n s e r v a t i v bezeichnete.

Die sanguinischen Hoffnungen der Freihändler, die den unvermeidlichen politischen Bankrott der Tories prophezeiten, und die pessimistischen Befürchtungen der torystischen Grundbesitzer selbst, die ihren vollständigen ökonomischen Ruin als unabwendbar betrachteten, erwiesen sich in gleicher Weise als unbegründet. Gerade nach der Abschaffung der Korngesetze erlebte die Landwirtschaft eine neue Sturm- und Drangperiode, und die Großgrundbesitzer wurden noch reicher als früher. Wo-

her diese wunderbare Lebenszähigkeit der Klasse der Großgrundbesitzer, woher dieser neue Aufschwung, den Marx später im „Kapital" selbst konstatieren mußte? Es war diese Tatsache, die ihn veranlaßte, die Ricardosche Theorie der Grundrente einer neuen Prüfung zu unterziehen und die verschiedenen Fälle der Differentialrente viel genauer zu untersuchen. In der absoluten Rente glaubt er die Quelle zu entdecken, die unabhängig von den Verschiedenheiten der Bodenarten, vermöge eines künstlichen gesellschaftlichen Monopols, aber viel dauerhafter als das Monopol der Korngesetze — weil es in der kapitalistischen Produktionsweise selbst begründet ist und nur mit dem Kapitalismus, mit dem Privateigentum selbst abgeschafft werden kann — den Landlord befähigt, einen stets wachsenden Teil des Mehrwerts — in der Landwirtschaft, in der Industrie, im Bergbau, in der Form der Hausrente — in seine Tasche zu stecken.

Die Abschaffung der Korngesetze sprengte aber nicht nur die Tories als politische Partei. Auch die Whigs machten einen Umwandlungsprozeß durch, um sich endlich, nachdem sie einen Teil ihres Anhangs an die Grundaristokratie verloren hatten, in der liberalen Partei aufzulösen, in der die industrielle Bourgeoisie den Ausschlag gab. Wie zähe und hartnäckig die aristokratischen Familien, die das Hauptkontingent der regierenden Whigs lieferten, ihr Regierungsmonopol verteidigen, zeigt ihre Geschichte von 1846 an. Trotzdem sie es der industriellen Bourgeoisie verdanken, daß sie die Regierung wieder in ihre Hände bekamen, bietet Russell dem Bannerträger dieser Bourgeoisie, Cobden, einen untergeordneten Posten an, den dieser mit Verachtung ablehnt. Dieselbe Erscheinung im Koalitionsministerium und in beiden Palmerstonministerien, die womöglich noch aristokratischer sind als die torhstischen. Erst Gladstone bricht mit der alten Whigtradition. Aber auch dieser frühere Adjutant des Fabrikantensohns Peel, dessen torhstischer Vater ein Spinner und selbst wieder der Sohn eines reichen Kornhändlers war, sorgt noch ängstlich dafür, daß die übergroße Mehrheit seiner Kollegen ganz „respektabel" bleibt. Daß noch im zwanzigsten Jahrhundert, trotz aller Fortschritte der Demokratie, in der liberalen Partei die „Oligarchie der aristokratischen Familien", obwohl sie sich noch stärker mit ehemaligen einfluß- und geldreichen Spinnern, Brauern, Kaufleuten vermischt hat, das Regierungsmonopol und die Verfügung über alle wichtigen Staatsämter in ihren Händen behält, ist eine bekannte Tatsache.

Es wäre interessant, die Marxsche Schilderung noch mit den Ansichten von Engels aus den Jahren 1844 und 1845 zu vergleichen. Bei Marx kommen die Whigs noch schlechter weg als bei Engels. Räumt er auch den Tories keinen „Vorzug" ein, so merkt man doch klar seine Abneigung gegen die Whigs, die er später auch auf die Liberalen überträgt, die in ihren Regierungsmethoden noch treuer dem alten Muster folgen als in der Hochhaltung der aristokratischen Traditionen der Whigs. Große

Worte, kleine Taten, Reformer, die im Prinzip fast alles zugeben, in der Tat aber den Fortschritt immer in homöopathischen Dosen verzapfen, Meister der Politik, die Konzessionen nur dann macht, wenn sie ganz „reif“ geworden sind, wenn sie sich im Laufe der sozialen und politischen Entwicklung als unvermeidlich und unaufschiebbar erwiesen haben, wobei, wie die Geschichte zeigt, diese Konzessionen sehr oft, wenn sie von den Whigs selbst formuliert und durchgeführt werden, viel kleiner sind als jene, die der „Druck von außen“ den Tories aufgezwungen hatte. In seiner Biographie des klassischen Vertreters der alten Whigs, des Lord John Russell, die wir im zweiten Bande bringen, gibt Marx eine glänzende Illustration dieser Reformtätigkeit und ihrer Methoden.

Was die Peeliten anbelangt, so spielte diese kleine Partei später eine viel wichtigere Rolle, als Marx im Jahre 1852 erwartet hatte. Unter den englischen Parteien, aus denen die parlamentarische Opposition bestand, bildeten sie das Zünglein an der Wage. Die Geschichte des Koalitionsministeriums hat gleich darauf gezeigt, wie geschickt sie die Unfähigkeit der alten Whigs, ein homogenes Kabinett zu bilden, auszunützen verstanden. Gerade ihr konservativ-liberales Programm, eine Kombination des politischen Konservativismus und des ökonomischen Liberalismus, erleichterte ihnen die Annäherung an die industrielle Bourgeoisie viel mehr als den Whigs, die noch bis zum Jahre 1846 die Frage des Freihandels als eine „offene“, das heißt zu nichts verpflichtende Frage proklamierten. Hat sich doch schon Cobden an Peel mit dem Vorschlag gewendet, die Führung einer neuen Partei, der politisch organisierten industriellen Bourgeoisie, zu übernehmen. Diese Rolle fiel Gladstone zu, den man in den industriellen Kreisen als den talentvollsten politischen Erben und Mitarbeiter Peels betrachtete. Einige ergänzende Tatsachen über die Peeliten finden wir im letzten Heft der Revue Neue Rheinische Zeitung. Die Stelle lautet (sie ist in der Mehringschen Ausgabe weggelassen):

„Der Tod Sir Robert Peels trug wesentlich dazu bei, die Auflösung der alten Parteien zu beschleunigen. Die Partei, die seit 1845 seine Hauptstütze bildete, die sogenannten Peeliten, ist seitdem vollständig zerfallen. Peel selbst ist seit seinem Tode fast von allen Parteien in der überschwenglichsten Weise als der größte Staatsmann Englands apotheosiert worden. Er hat allerdings das vor den kontinentalen ‚Staatsmännern‘ voraus, daß er kein bloßer Stellenjäger war. Im übrigen bestand die Staatsmannschaft dieses zum Führer der Grundaristokratie emporgekommenen Bourgeoissohns in der Einsicht, daß es heutzutage nur noch eine wirkliche Aristokratie gebe, nämlich die Bourgeoisie. In diesem Sinne benützte er seine Führerschaft der Grundaristokratie fortwährend, um ihr Konzessionen an die Bourgeoisie abzunötigen. So in der katholischen Emanzipation und der Reform der Polizei, wodurch er die politische Macht der Bourgeoisie vermehrte; in den Bankgesetzen von

1818 und 1844, die die Finanzaristokratie stärkten; in der Tarifreform von 1842 und den Freihandelsgesetzen von 1846, wodurch die Grundaristokratie geradezu der industriellen Bourgeoisie geopfert wurde. Die zweite Grundsäule der Aristokratie, der ‚eiserne Herzog', der Held von Waterloo, stand dem Baumwollritter als enttäuschter Don Quichotte getreulich zur Seite. Seit 1845 wurde Peel von der Toryparter als Verräter behandelt. Die Macht Peels über das Unterhaus beruhte auf der ungemeinen Plausibilität seiner Beredsamkeit.* Man lese seine berühmtesten Reden, und man wird finden, daß sie aus einer massenhaften Anhäufung von Gemeinplätzen bestehen, zwischen denen eine Anzahl statistischer Daten geschickt gruppiert sind. Fast alle Städte von England wollen dem Abschaffer der Kornzölle Denkmäler setzen. Ein chartistisches Blatt bemerkte, mit Anspielung auf die durch Peel 1829 ausgebildete Polizei: Was sollen uns alle diese Peel-Monumente? Jeder Polizeidiener in England und Irland ist ein lebendiges Peel-Monument." (5. und 6. Heft der Neuen Rheinischen Zeitung, 1850, S. 155, 156.)

Die Macht der Tradition, der Einfluß, den die Autorität eines populären Parteimanns verleiht, wirkt immer stark auch nach seinem Tode. Und gerade als „wandelnde Denkmäler Peels" haben die Peeliten die Aufmerksamkeit der „Massen" lange gefesselt, bis sie sich als die berufensten Vertreter der industriellen Bourgeoisie entpuppten.

Die Chartisten. Dieser Brief ist mit einigen Kürzungen im Chartistenorgan People's Paper vom 9. Oktober 1852 aus der New York Tribune abgedruckt worden. Die ökonomische Weltanschauung der Manchesterleute mit Cobden und Bright an der Spitze schilderte Marx drei Jahre vorher in seiner „Rede über die Frage des Freihandels". Hier zeigt er, wie die gesamte politische, juristische und philosophische Ideologie der radikalsten Manchesterleute sich logisch aus ihren ökonomischen Prinzipien entwickelt. Bucher bezeichnet sie als „eine Sekte von sich Freihändler nennenden Fanatikern, welche keinerlei staatliches Interesse anerkennen und jede Einrichtung verwerfen, welche den Menschen nötigt, Geld anders auszugeben als in seinem Geschäft und zu seinem Vergnügen. Nackt begegnen einem diese Freihändler hin und wieder im Gespräch, in der Literatur sehr selten."

Zwei Jahre vor dem Artikel (November 1850) schilderte die Neue Rheinische Zeitung die Chartistenpartei als in der Auflösung begriffen und in zwei Fraktionen geteilt, eine kleinbürgerliche unter der Führung von O'Connor und eine revolutionäre unter Führung von Julian Harney, eines alten Freundes von Engels und Marx, und Ernest Jones, der erst im Sommer 1850 aus der Haft entlassen worden war. Schnell darauf kam es zu einem Bruch zwischen Harney und Jones, der seit Mai

---

* Im „Kapital" wird Peel als „Minister der Plausibilität" bezeichnet.

1852 der Hauptrepräsentant des Chartismus wird und seine ganze Energie daransetzt, um die Partei zu reorganisieren. Engels und Marx standen auf seiner Seite und unterstützten ihn auch literarisch. Die Wahlen von 1852 boten Jones die Gelegenheit, eine intensive Agitation zu entwickeln, die auch seinem im Mai gegründeten Blatte — People's Paper — zugute kam. Der Wahlkampf in Halifax, wo er schon im Jahre 1847 kandidiert hatte, war besonders dramatisch. Marx schildert ihn nach dem Bericht in People's Paper vom 10. Juli 1852. Gammage, der alte Geschichtschreiber des Chartismus und ein persönlicher Feind von E. Jones, erzählt uns darüber folgendes: „Am Tage der Aufstellung waren 20 000 Personen anwesend. Jones hielt eine Rede, die von allen guten Kennern erklärt wurde als eine der kraftvollsten und glänzendsten, die man je gehört habe. Die ungeheure Menschenmenge folgte atemlos seinen Ausführungen. Die Grabesstille wurde nur von Zeit zu Zeit durch frenetischen Beifall und schreckenerregendes Murren der Empörung gegen den Whigkandidaten unterbrochen. Von der ganzen Masse erhoben kaum fünfhundert ihre Hände für Wood und Tausende für Jones. Bei der Abstimmung aber erhielt Jones nicht mehr als 38 Stimmen. Die klägliche Farce einer Volksvertretung!" (History of the chartist movement, London 1854, S. 416 bis 417.) Und in der Tat war Jones' Rede die wuchtigste Anklagerede gegen das Whigministerium, das von 1846 bis 1852 bewiesen hatte, daß in der Anwendung des Terrorismus und in dem Kampfe gegen die Arbeiterklasse kein Toryministerium es überbieten konnte.

Wahlkorruption. Wie wenig die Reformbill von 1832, die einem Teil der Bourgeoisie den politischen Einfluß im Unterhaus sicherte, den allgemeinen Charakter des Wahlsystems änderte, zeigten alle Wahlen, die seit 1832 stattfanden. Der Kreis der Wähler blieb zu eng. Ein Teil der rotten Boroughs (der faulen Flecken), die meistens den Whigs gehörten, blieb erhalten. 19 solche Boroughs, die weniger als 300 Wähler hatten, schickten noch im Jahre 1852 29 Vertreter ins Unterhaus, und 19 größere Städte mit 658 158 Einwohnern waren unvertreten. Liverpool mit 14 072 Wählern schickte ebensoviel Abgeordnete wie Andover mit 242 Wählern oder wie Tiverton (Palmerstons Wahlkreis). Alle Gesetze gegen Bestechung und Korruption blieben unter diesen Umständen ein toter Buchstabe.

Die Wahlen von 1852 bildeten den Höhepunkt in der Wahlkorruption. Die torystische Regierung, allen voran der Kriegsminister Beresford, der eigentliche Leiter des Wahlkampfes, scheute vor nichts zurück, um eine Mehrheit im Unterhaus zu bekommen. Die Enthüllungen darüber, die Beresford unrettbar kompromittierten, waren es, die dem Toryministerium tatsächlich den Todesstoß versetzten. So stark auch unter den Whigs die Opposition gegen eine neue Reformbill war, sie konnten, an-

gesichts der allgemeinen Entrüstung, die die Wahlen von 1852 hervorriefen, doch nicht umhin, eine andere Verteilung der Parlamentssitze vorzuschlagen. Die bald darauf eintretenden Verwicklungen in der auswärtigen Politik boten dem rechten Flügel der Whigs mit Lansdowne und Palmerston an der Spitze den gewünschten Anlaß, selbst diese wichtige Flickreform auf die lange Bank zu schieben. Man begnügte sich mit einem neuen Gesetz (1854) gegen die Bestechung, das aber die alten Wahlpraktiken nicht verhindern konnte. Erst die Reform von 1867 und die Einführung des Ballot (der geheimen Abstimmung) im Jahre 1872 machten den skandalösesten Formen der Wahlbeeinflussung ein Ende.

Pauperismus und Freihandel. Vergl. das „Kapital“ (Volksausgabe, S. 590, 591). „Bei Analyse der Pauperstatistik sind zwei Punkte hervorzuheben. Einerseits spiegelt die Bewegung im Ab und Zu des Pauperismus die Periodenwechsel des industriellen Zyklus wider. Andererseits wird die offizielle Pauperstatistik ein mehr und mehr trüglicher Index des wirklichen Pauperismus im Grad, worin mit der Akkumulation des Kapitals der Klassenkampf und daher das Selbstgefühl der Arbeiter sich entwickeln.“ Einige Zahlen sind wahrscheinlich in der Tribune verdruckt worden. Nach Kolb betrug die Zahl der unterstützten Armen im Jahre 1849 1 637 523, 1850 1 307 544, 1851 1 146 986, 1852 1 080 953. Die Abnahme erklärt sich unter anderem dadurch, daß die Zahl der Armen für Irland von 620 747 im Jahre 1849 (Folge der Hungersnot) auf 171 418 im Jahre 1852 sank.

Gegen die Methode der Freihändler, die Zahlen der Statistik ohne Rücksicht auf die Konjunktur zu gebrauchen, polemisierte Marx schon in seiner Rede über den Freihandel: „Grundsätzlich darf man in der politischen Ökonomie niemals Ziffern eines einzelnen Jahres zusammenstellen, um aus ihnen allgemeine Gesetze abzuleiten. Man muß stets den Durchschnitt von sechs bis sieben Jahren nehmen — den Zeitabschnitt, währenddessen die moderne Industrie die verschiedenen Phasen der Prosperität, Stagnation, Krise durchmacht und ihren unvermeidlichen Kreislauf vollendet.“

Es war diese vorgefaßte Meinung, daß die Industriekrisen regelmäßig alle fünf bis sieben Jahre wiederkehren — schon früher von Engels in seinen „Umrissen zu einer Kritik der Nationalökonomie“ und in der „Lage der arbeitenden Klasse in England“ entwickelt —, die Marx und Engels veranlaßte, die fällige Krise im Jahre 1853 zu erwarten. Im November 1850 kam er nach einer gründlichen Analyse der weltwirtschaftlichen Lage zu dem Schluß, die Revolution werde einstweilen ausbleiben, weil die bürgerliche Gesellschaft sich wieder in der Phase der allgemeinen Prosperität befinde. „An ihr werden alle die bürgerliche Entwicklung aufhaltenden Reaktionsversuche ebensosehr abprallen, wie alle sittliche Entrüstung und alle begeisterten Proklamationen der Demokraten. Eine neue

Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis. Sie ist aber ebenso sicher wie diese."

Die ersten Symptome dieser herannahenden Krise glaubte er schon im August 1852 bemerken zu können. In einem Briefe an Engels weist er auf verschiedene Erscheinungen im wirtschaftlichen Leben hin und fügt hinzu: „Ist das nicht approaching (Herannahen) der Krise? Die Revolution könnte früher kommen, als uns erwünscht. Nichts schlimmer, als wenn die Revolutionäre für Brot sorgen sollen." (19. August 1852.) Engels, der schon im September 1851 nicht mehr zu verkennende Anzeichen der herannahenden Krise konstatierte und sie im Frühjahr 1852 erwartete, war jetzt skeptischer geworden. An eine Prosperität, die länger dauert als bis zum Oktober oder November, glaubte er nicht, aber mit der Revolution könne es „immer noch bis 1854 dauern. Ich gestehe, ich wollte, mir bliebe noch ein Jahr Zeit zum Ochsen, ich habe noch manches durchzumachen." Marx dagegen glaubte, wie man aus seinen Briefen in der Tribune sieht, wieder neue Beweise zu finden, daß die Krise noch im Jahre 1853 ausbrechen werde. Er war aber gezwungen, zweimal diesen Ausbruchspunkt zu verschieben. Auf diese Zeit beziehen sich Liebknechts Erinnerungen über die mißlungenen Prophezeiungen von Marx. „Nur bei den ‚Handelskrisen' fiel er ein paarmal dem Prophezeiungsteufel zum Opfer und wurde dafür weidlich von uns ausgelacht, was ihn ingrimmig ärgerte." (Karl Marx zum Gedächtnis, 1896, S. 31.)

Wenn Marx in diesem Briefe die Überfülle von Gold in der Bank von England durch das Überwiegen des Exports über den Import und nicht durch die Mehrproduktion an Gold in Australien und Kalifornien zu erklären sucht, so hat er später seinen Fehler eingesehen. Im dritten Band des „Kapital" (zweiter Teil, S. 40) lesen wir: „Akkumulation von Geldkapital (kann) entstehen durch außergewöhnlichen Goldzufluß, wie 1852 und 1853 infolge der australischen und kalifornischen neuen Goldminen. Solches Gold wurde in der Bank von England deponiert. Die Depositoren nahmen Noten dagegen, die sie nicht wieder direkt bei Bankiers deponierten. Dadurch wurde das zirkulierende Mittel außergewöhnlich vermehrt. Die Bank suchte diese Depositen zu verwerten durch Erniedrigung des Diskontos auf 2 Prozent. Die in der Bank aufgehäufte Goldmasse stieg während der sechs Monate von 1853 auf 22 bis 23 Millionen."

Politische Konsequenzen des kommerziellen Paroxysmus. Das wichtigste Gesetz, das von dem Toryministerium durchgeführt wurde, war das Milizgesetz vom 21. Juni 1852. Der eigentliche Urheber dieser Reform, die zugleich politische und militärische Zwecke verfolgte, war Palmerston, der seinen früheren Kollegen im Februar 1852 eine Niederlage in der Frage der Milizreorganisation beibrachte. Im Sinne seines Antrags wurde eine reguläre Miliz geschaffen, die man auch außerhalb Großbritanniens verwenden durfte. Der Vorschlag des torystischen Ministers des Innern,

Walpole, jedem Milizmann nach zweijährigem Dienst das Wahlrecht zu verleihen, wurde unter allgemeinem Gelächter abgelehnt.

Wellington starb am 14. September 1852, sein Begräbnis wurde aber bis nach der Eröffnung der neuen Session (am 4. November) verschoben und fand erst nach zwei Monaten, am 18. November statt. Marxens Charakteristik des „eisernen Herzogs" stellt bloß einen schwachen Widerhall der glänzenden Charakteristik dar, die Engels von Wellington als Soldaten und Politiker in dem Briefe vom 11. April 1851 an Marx gibt. „Er ist groß in seiner Art, nämlich so groß, wie man es sein kann, ohne aufzuhören, mittelmäßig zu sein. Er hat alle Eigenschaften des Soldaten, sie sind gleichmäßig und merkwürdig harmonisch ausgebildet; aber eben diese Harmonie verhindert jede einzelne dieser Eigenschaften an wirklich genialer Entfaltung. Tel soldat, tel politique. Sein politischer Busenfreund Peel ist gewissermaßen sein Abklatsch. Beide repräsentieren den Torhism, der bon sens genug hat, mit Anstand eine Position nach der anderen aufzugeben und sich in die Bourgeoisie aufzulösen. Es ist der Rückzug nach Torres Vedras. Voilà Wellington."

Die Abstimmung vom 26. November 1852 bildet den Abschluß des Kampfes zwischen Schutzzoll und Freihandel. Nur die unentwegten Protektionisten, wie der Oberst Sibthorp, blieben unversöhnlich: das Gros der Partei fügte sich in das Unvermeidliche. Es ist aber ein Irrtum von Marx, wenn er glaubt, daß Villiers' Resolution für Cobden und Bright eine Überraschung war. In seiner Darstellung war er von Engels beeinflußt. So schrieb ihm sein Freund am 29. November 1852: „Cobden scheint in seinen Ministerhoffnungen von Graham und Russell etwas enttäuscht worden zu sein, diese scheinen ihn kühl abfahren zu lassen, sonst kann ich mir seine Wut am Freitag nicht erklären. Seit 1844 hat der Kerl nicht so ingrimmig gesprochen."

In der Tat wollten die Russelliten ebensowenig wie die Peeliten sich zu stark mit Cobden und insbesondere Bright engagieren. Das hat gleich darauf die Bildung des Koalitionsministeriums bewiesen. Es war die Absicht Russells und Grahams, den Kampf gegen die Tories in der Frage des Schutzzolls ohne Cobden durchzuführen. So wurde die Resolution Villiers' zuerst in diesem Sinne von Graham entworfen. Als es sich aber herausstellte, daß Cobden und Bright nur dann bereit wären, auf eine eigene Resolution zu verzichten, wenn die Resolution von Villiers eine schärfere Fassung erhielte, ging Villiers darauf ein. Sowohl Russell wie Graham waren dagegen, sie mußten sich aber fügen, um nicht die Unterstützung der zahlreichen Freihändler zu verlieren. Nachdem die Resolution Villiers' mit 256 gegen 236 Stimmen abgelehnt worden, ging Palmerstons Vorschlag, der eigentlich mit der ursprünglichen Fassung der Resolution identisch war, mit 468 gegen 53 Stimmen durch. Politisch bedeutete diese Abstimmung eine weitere Annäherung

zwischen Palmerston und den Peeliten, die sich jetzt von den Tories wieder in keiner „prinzipiellen" Frage unterschieden. Daher die hartnäckigen Gerüchte noch am Vorabend des Sturzes des Toryministeriums, daß Palmerston und die Peeliten im Begriff stünden, Frieden mit den Tories zu schließen.

Es war Disraelis Budget, das durch seine Bevorzugung der Grundbesitzer und der Pächter auf Kosten der städtischen Bevölkerung die Koalition zwischen den Tories einerseits, den Peeliten und den Palmerston-Whigs andererseits unmöglich machte. Der Kontrast zwischen der Resolution, zu der sich auch die Regierung bekannte, und dem Budget, das noch vor dem 26. November ausgearbeitet wurde, war zu groß. So geschickt auch Disraeli seine Absicht durch „Opfer", die er seinen eigenen Parteigängern, wie den Zuckerproduzenten, auferlegte, und durch die Vermehrung der direkten Steuern zu verdecken suchte, es war doch klar, daß sein Budget auf eine Entschädigung der Grundbesitzer und Pächter hinauslief, die durch denselben Freihandel, dessen Vorteile für das Land noch einige Tage vorher von Disraeli selbst gepriesen worden, angeblich so stark gelitten hatten.

Die Marxsche Darstellung, insbesondere wenn man sie mit seinen Ausführungen über die Steuerfragen in dem „Elend der Philosophie" und in seiner Kritik der Girardinschen Vorschläge (Mehrings Nachlaßausgabe, III, S. 434 bis 442) vergleicht, gibt uns höchst interessante Aufschlüsse über seine Stellungnahme zu der direkten Besteuerung.

Die Niederlage des Ministeriums. Die Darstellung ist — wahrscheinlich infolge der Eile — nicht vollständig. Auf die Rede, in der Disraeli mit dem ihm eigenen Sarkasmus alle Widersprüche in der Haltung seiner Gegner aufdeckte und besonders schonungslos mit Graham umging, antwortete Gladstone, der seinen Freund leidenschaftlich gegen Disraelis Angriffe in Schutz nahm und insbesondere grell die schweren Lasten schilderte, die die von Disraeli vorgeschlagene Erweiterung der direkten Besteuerung haben würde. Obgleich seine Kritik sich ursprünglich mehr gegen die Beibehaltung der Einkommensteuer richtete, konzentrierte er seine schärfsten Ausfälle gegen die größte Ungereimtheit des Disraelischen Budgets, das gleichzeitig mit der Erweiterung der Einkommensteuer auf die kleinen Einkommen auch die Ausdehnung der Haussteuer auf alle Mieter, die mindestens 10 Pfund Sterling pro Jahr zahlen, vorschlug und so gerade den „kleinen Leuten" eine doppelte Last aufbürdete. Es war diese Rede Gladstones, die die Niederlage des Ministeriums besiegelte, den Peeliten bei der Bildung des neuen Koalitionsministeriums die Teilnahme sicherte und aus Gladstone den aussichtsreichen Kandidaten für den Posten des Schatzkanzlers machte.

Eine altersschwache Regierung. Von „dekrepiten Achtzigjährigen" kann keine Rede sein. Der Älteste war Lansdowne — 72, Aberdeen und

Palmerston — 68, Cranworth — 62, Graham und Russell — 60, Clarendon und Wood — 52, Gladstone — 43, S. Herbert und Molesworth — 42 Jahre, Herzog Argyll sogar kaum 30 Jahre alt. Zwar schrieb auch People's Paper (15. Januar 1853) von einem Methusalemministerium, und Bucher sagt, daß den Ausschlag im Kabinett die „Sechziger und Siebziger geben". Grelles Licht auf die Art und Weise, wie die „aristokratischen Koterien" das neue Ministerium zusammensetzten, werfen Grevilles „Memoirs" (VII, 16 bis 29), worin der ganze Schacher wegen der Besetzung neuer Posten ausführlich geschildert wird. Vergl. auch Bucher. „Man wußte auch dafür Rat; man suchte für jeden denjenigen Geschäftszweig aus, in welchem er sich durch keine Erklärungen kompromittiert, mit dem er sich gar nicht befaßt hatte. Molesworth wurde Minister der öffentlichen Arbeiten, weil er über die Kolonialverwaltung höchst radikal geschriftstellert hatte. Der mit Mühe zum Schatzkanzler abgerichtete Wood mußte die Verwaltung Indiens übernehmen, weil der puseyitische Theologe Gladstone in das Amt gesteckt werden mußte, das unter keinen Umständen mit der Theologie zu tun hat, in das Schatzamt. Palmerston konnte, abgesehen von dem Widerspruch der Königin, unmöglich die auswärtigen Geschäfte leiten unter Aberdeen, der seine Politik so bitter verurteilt hatte." Was Gladstone anbelangt, so übersehen beide — Bucher und Marx —, daß ihn seine Rolle während der Budgetdebatten für den Posten gewissermaßen prädestinierte. Schwierigkeiten bot nur seine Stellungnahme zu der Einkommensteuer, er zeigte aber bald, wie elastisch sein staatsmännisches Gewissen sei oder wie schnell er umlernen könne. Man verteilte alle Posten zwischen den Whigs und den Peeliten, überließ aber auch ein paar den Iren. „Das beste Teil zogen die Peeliten, dank ihren persönlichen Beziehungen zu Aberdeen, ihrem grenzenlosen Selbstvertrauen und den baren Opfern, die sie gemeinschaftlich mit Rothschild den 1800 Abonnenten der Morning Chronicle gebracht hatten."

Seine Kritik des englischen Parlamentarismus leitet Bucher mit der Kritik der Aberdeenschen Programmrede ein, die er als einen direkten Hohn auf jede parlamentarische Regierung bezeichnet. Viel ausführlicher als Marx gibt er den Teil der Rede wieder, der sich auf die auswärtigen Angelegenheiten bezieht. Da gerade dieser Teil eine wichtige Rolle als Barometer für die kontinentalen Mächte spielt, bringen wir ihn in der Übersetzung Buchers.

„Die Grundsätze unserer auswärtigen Politik sind seit dreißig Jahren unwandelbar gewesen. In der Ausführung mögen Verschiedenheiten vorgekommen sein, je nach der verschiedenen Hand, welche die Leitung hatte. Aber die Grundlage ist immer dieselbe gewesen: die Achtung, die allen selbständigen Staaten gebührt, das Bestreben, sich so sehr wie möglich von den inneren Angelegenheiten anderer Länder fernzuhalten, die Wahrung unserer eigenen Ehre und unseres eigenen Interesses

und vor allem der ernste Wunsch, den allgemeinen Frieden Europas mit allen in unserer Gewalt stehenden Mitteln zu erhalten. Ich hoffe, daß es auch ferner so sein wird, daß wir auch ferner die Freundschaft und das Wohlwollen der Staaten jeder Art bewahren werden, wie auch ihre Regierung und Verfassung sein möge. Und sollte es je das Geschick Englands sein, angerufen zu werden um seine Beteiligung in Angelegenheiten fremder Staaten, so ist es mein ernster Wunsch und meine große Hoffnung, daß wir nie zu einem anderen Amt werden berufen werden, als dem gesegneten des Friedensstifters."

So sprach der Premier, der als der ständige Gegner der Palmerstonschen auswärtigen Politik bekannt war, der während dieser dreißig Jahre das Amt des Äußern in den Toryministerien verwaltete. Trotz des großen Erfolges dieser Rede in Berlin, Wien und Petersburg forderte dieses lügenhafte, wenn auch durch die Traditionen der Staatskunst sanktionierte Geschwätz die schärfste Kritik heraus. Wir lassen hier die kritischen Bemerkungen Buchers folgen, um den Lesern Gelegenheit zu geben, sie mit der Marxschen Kritik zu vergleichen. Der Unterschied zwischen dem proletarischen und europäischen Standpunkt von Marx, dem bürgerlichen und deutschen Standpunkt von Bucher springt in die Augen.

„Am außerordentlichsten aber war das Programm der auswärtigen Politik. England, eine Großmacht, soll sich an den Angelegenheiten anderer Staaten nicht anders beteiligen denn als Friedensstifter. England, das seit dreißig Jahren das eigentliche Hänschen in allen Gassen gewesen, das vom Jahre 1830 bis zum 1. März 1848 — wie Palmerston an dem Tage erklärte — über Angelegenheiten anderer Länder 2775 Aktenstöße zusammengeschrieben, 139 Parlamentsdebatten geführt, das wenige Monate früher den dänischen Vertrag gezeichnet, damit zwei Verfassungen zerstört, 22 deutsche Fürsten ihrer Rechte beraubt und Dänemark-Schleswig-Holstein zu einer russischen Sekundogenitur gemacht hatte — alles, wie Lord Palmerston erklärte, weil ‚es das Geschäft Englands sei, zu verhüten, daß die Herzogtümer von dem Königreich getrennt würden' —, dasselbe England behauptet durch den Mund seines alle Parteien vertretenden Premierministers, daß es sich so sehr wie möglich von den Angelegenheiten anderer Länder ferngehalten habe."

Man sieht, wie haltlos die so verbreitete Behauptung ist, Marx und Bucher seien beide in gleicher Weise kritiklose Nachbeter Urquharts gewesen: „Die Marxschen Beweise gegen die traditionelle englische Verräterpolitik, gegen Palmerston und Aberdeen sind — Urquhart. Die Londoner Korrespondenzen Lothar Buchers über Rußlands schmachvollen Einfluß auf die britische Diplomatie und Regierung sind — Urquhart." (Max Schippel, Balkanwirren und Demokratie einst und heute. Sozialistische Monatshefte, 1908.) Auch in bezug auf Bucher, der wirklich in

seiner Kritik des englischen Parlamentarismus und der englischen auswärtigen Politik von Urquhart stark beeinflußt war, kann eine solche Behauptung nur mit gewissen Vorbehalten aufgestellt werden. Auch er hat nicht alles, was Urquhart „gegen Aberdeen und Palmerston" einzuwenden hatte, kritiklos übernommen. Was ihn mit Urquhart so verwandt macht und was beide von Marx so stark unterscheidet, war gerade der Umstand, daß diese beiden „reaktionären Utopisten" in ihrer Kritik des Parlamentarismus systematisch die Grenze überschreiten, über die hinaus sie sich in eine Freundschaft für den Absolutismus verwandelt.

Übrigens zeigt dieser Brief von Marx, daß er Anfang 1853 sich noch nicht näher mit der Geschichte der englischen auswärtigen Politik befaßt hatte. Sonst hätte er nicht aus Palmerston einen prinzipiellen Freund Frankreichs gemacht. Ein solcher ist der „liberale" Lord erst nach 1850 geworden, in dieser Beziehung aber konnten Malmesbury und Disraeli — die beiden Hochtories — mit ihm erfolgreich wetteifern. Wir werden noch weiter sehen, wie schwer es ist, aus Palmerston einen „prinzipiellen" Feind oder Freund eines Landes zu machen. Sonst wäre er nicht der „echt englische Minister", als den ihn seine Bewunderer priesen.

Herzogin von Sutherland und die Sklaverei. Erschienen auch in People's Paper in der Nummer vom 12. März 1853 mit dem Motto: Wie darfst du deiner Schwester sagen: Schwester, laß mich den Splitter aus deinem Auge ziehen, und siehst nicht einen Balken in deinem eigenen Auge! Zum Teil buchstäblich im ersten Band des „Kapital" wiederholt, wo als Beispiel der im neunzehnten Jahrhundert herrschenden Methode der Expropriation des Ackerbaues eben die „Lichtungen" der Herzogin von Sutherland angeführt werden. Der ganze Brief kann überhaupt als die erste Redaktion des § 2, Kapitel XXIV des „Kapital" betrachtet werden, wo die Expropriation des Landvolkes von Grund und Boden als die Hauptmethode der ursprünglichen Akkumulation geschildert wird. Es ist auch der einzige Artikel in der New York Tribune, auf den sich Marx im „Kapital" beruft. „Als die jetzige Herzogin von Sutherland die Frau Beecher-Stowe, Verfasserin von ‚Onkel Toms Hütte', mit großem Prunk in London empfing, um ihre Sympathie für die Negersklaven der amerikanischen Republik auszustellen — was sie, nebst ihren Aristokratinnen, wohlweise während des Bürgerkriegs unterließ, wo jedes ‚noble' englische Herz für die Sklavenhalter schlug —, stellte ich in der New York Tribune die Verhältnisse der Sutherlandschen Sklaven dar. (Stellenweise ausgezogen von Carey in ‚The Slave Trade', London 1853, S. 202, 203.) Mein Artikel ward in einem schottischen Blatt abgedruckt und rief eine artige Polemik zwischen letzterem und den Lobhudlern der Sutherlands hervor."

Man vergleiche noch den Schlußpassus über das Eigentum der britischen Aristokratie mit dem Schluß des zitierten Paragraphen im „Kapital":

„Der Raub der Kirchengüter, die betrügerische Veräußerung der Staatsgüter, der Diebstahl des Gemeindeeigentums, die usurpatorische und mit rücksichtslosem Terrorismus vollzogene Verwandlung von feudalem und Claneigentum in modernes Privateigentum, es waren ebensoviel idyllische Methoden der ursprünglichen Akkumulation."

Die Todesstrafe. Der Vergleich mit der kleinen Abhandlung Heines: „Gefängnisreform und Strafgesetzgebung", Paris, Juli 1843 drängt sich unwillkürlich auf. „Wir sehen hier zunächst die sogenannte Vergeltungstheorie, das alte harte Gesetz der Urzeit, jenes jus talionis, das wir noch bei dem alttestamentarischen Moses in schauerlichster Naivität vorfinden. Leben um Leben, Auge um Auge, Zahn um Zahn.... Sonderbar! Während hier die Religion im Fortschritt erscheint, ist es die Philosophie, welche stationär geblieben, und die Strafrechtstheorie unserer Philosophen von Kant bis auf Hegel ist, trotz aller Verschiedenheit des Ausdrucks, noch immer das alte jus talionis." Von weiteren Zitaten, mit denen man leicht beweisen könnte, daß Marx auch Heine „plagiiert" habe, sehen wir ab. Andererseits zeigen Marxens Ausführungen in dem Artikel „Debatten über das Holzdiebstahlsgesetz", geschrieben im Jahre 1842 (Mehrings Nachlaßausgabe, 1. Band), wie stark er damals noch im „deutschen Idealismus" befangen war und wie groß der Unterschied zwischen seinen alten Ansichten und der „soziologischen" Definition der Strafe als „ein Verteidigungsmittel der Gesellschaft gegen irgendeine Verletzung ihrer Lebensbedingungen", die er in diesem Artikel gibt.

Über Cobdens Pamphlet schrieb Marx an Engels am 29. Januar 1853: „Cobdens Broschüre wie auch die Peace-(Friedens-)Konferenz in Manchester halte ich für einen Blödsinn im gegenwärtigen Augenblick. Da seht ihr's, sagt Palmerstons Journal, die Morning Post, diese bürgerlichen Parvenüs sind total inkapabel, ein Land zu regieren, das kann nur die Aristokratie. Der Morning Herald veröffentlicht einen Brief, an ihn selbst gerichtet und, wie er behauptet, unter dem Diktat Bonapartes selbst geschrieben, worin dieser sagt, er würde bloß nach England kommen, wenn die Königin 200 000 seiner Ordnungshelden gegen die gefährlich wachsende Demokratie brauche. Diese Demokratie, sagt der Herald, sind Sie, Herr Cobden, Sie und Kompanie."

Cobdens Pamphlet wurde durch die Invasionspanik veranlaßt, die seit der Februarrevolution England im Jahre 1852 das zweite Mal ergriff. Diesmal war es die Furcht vor einer aggressiven Politik Louis Napoleons. Besonders glaubte man Belgien gefährdet. Daher die Reorganisation der Miliz, die das politische Leben im Jahre 1852 beherrschte. Cobden knüpft an diese Panik an. Es war seine Verherrlichung Louis Napoleons, wie früher des Zaren Nikolaus, die die Chartisten (siehe People's Paper, 5. und 12. Februar 1853, und E. Jones, Der Deckmantel des „Friedens" und die Friedenskonferenz) und Marx abstieß, seine Po-

litik der Nichteinmischung in die kontinentale Politik, in den Kampf zwischen Reaktion und Revolution, die Hand in Hand ging mit der Forderung der Nichteinmischung in den Kampf zwischen Kapital und Arbeit im Innern, wobei die Fabrikanten nie auf die Hilfe des Staates während der Streiks verzichteten. Seine Argumentation ist noch heute in ihren Hauptzügen die Argumentation des englischen bürgerlichen Pazifismus. Auch in den fünfziger Jahren gab es keinen vernünftigen Grund, einen Krieg anzuzetteln, und doch kam er. Entgegen allen Behauptungen der englischen Utilitaristen, war es eben die Entwicklung des industriellen Kapitalismus, die „die feudale Methode der Kriegführung" nicht nur nicht abschaffte, sondern umgekehrt erst recht aufs höchste vervollständigte.

Was den Schluß dieser Korrespondenz anbelangt, so vergleiche man ihn mit der folgenden Stelle aus Marxens Brief an Engels (29. Januar 1853): „Bei dem Stande der Winterernte bin ich überzeugt, daß die Krisis nun fällig werden wird. Solange der Stapelartikel, Nahrungsmittel, erträglich, reichlich und wohlfeil blieb, zusammen mit Australien usw., konnte die Sache sich immer noch in die Länge ziehen. Jetzt wird dem ein Stop gesetzt werden. Übrigens, klingt es nicht sonderbar, wenn zum Beispiel der Economist apologetisch von der jüngsten Diskontoregulation der Bank of England schreibt, ihr Zweck sei, ‚die Ausfuhr von Kapital zu verhindern'. Wir wissen recht gut, was dies soll. Aber könnte man sein Freetradegewissen nicht beunruhigen durch die Frage: Willst du die ‚exportation of Capital' in der Form von Baumwollen, Garnen usw. ebenfalls verhindern? Warum dann in der Form von Gold? Ist das Ende der Freetrade-Ökonomie, daß sie zum reinen Merkantilismus zurückkehrt und den Abstrom und Zustrom von Gold als den Nervus rerum betrachtet?"

Diese Frage bildete für Marx den Ausgangspunkt seiner Untersuchungen über Geld als Zahlungsmittel und über das plötzliche Umschlagen des Kreditsystems in das Monetarsystem (Zur Kritik der politischen Ökonomie, Stuttgart 1907, Dietz, S. 147 bis 149, und Das Kapital, 1. Band, S. 92 bis 103, und 3. Band, 1. Teil, Kapitel 25 bis 28. „Die Angst, die das moderne Banksystem vor dem Goldabfluß hat, übertrifft alles, was das Monetarsystem, dem Edelmetall der einzig wahre Reichtum ist, je erträumt hat.") Der Weltkrieg brachte trotz aller „staatlichen Theorien des Geldes" neue Beweise dieser panikartigen Angst.

Abnahme der Aristokratie. Die Betrachtungen über den englischen Adel erinnern an die Unterhaltung zwischen Millbank und Coningsby in dem Roman Disraelis: Coningsby or the new generation, 1844, wo (Buch IV, Kapitel IV) derselbe Beweis geführt wird. Das häufige Aussterben der englischen Pairsfamilien diente Sadler (The Law of Population, London 1830, zitiert im „Kapital", Volksausgabe, S. 277) in seiner Polemik gegen Malthus als Beweis, daß Wohlleben und reichliche Nah-

rung die Fruchtbarkeit schwächen, schmale Kost und schwere Arbeit sie hingegen steigern. Doubleday (The true Law of Population, London 1846), den Marx zusammen mit Cobbett als einen Befürworter der arbeitenden Klassen nennt, stellte die Behauptung auf — für die gesamte Pflanzen- und Tierwelt —, daß die gesteigerte Fruchtbarkeit als das einzige Mittel, eine Art zu erhalten, namentlich dann eintrete, wenn es an genügender Nahrung fehle. Auch er führte als Beweis an, daß die bestgenährten Volksklassen abnehmen und aussterben. Sein Buch gab unter anderem Herbert Spencer den Anlaß, eine neue „Theorie der Bevölkerung, abgeleitet von dem allgemeinen Gesetz der tierischen Fruchtbarkeit" zu entwickeln, die zuerst anonym in der Westminster Review (April 1852, S. 468 bis 501) und gleich darauf separat mit Nennung des Verfassers veröffentlicht wurde. Diese Abhandlung war Marx zweifellos bekannt, wie schon seine Formulierung des Gesetzes der Fruchtbarkeit zeigt. Spencer, den er in seinen späteren Werken nie erwähnt, war für Marx damals ein klassischer Vertreter der Manchesterschule. In einem Artikel der New York Tribune, den wir in dieser Sammlung nicht abdrucken und in dem er sein Versprechen einlöst, bei einem späteren Anlaß zu zeigen, daß die Theorie aller modernen Bourgeoisökonomisten sich in vollständiger Übereinstimmung mit dem Prinzip des Pachtrechts befinden, führt er als einen dieser Ökonomisten, neben Newman, auch Spencer als Verfasser eines Buches (Social Statics) an, das „eine vollständige Widerlegung des Kommunismus zu liefern bezweckt" und „als die am sorgsamsten ausgearbeitete Darstellung der Freihandelsdoktrinen des modernen Englands anerkannt wird" (New York Tribune, The Indian Question — Irish Tenant Right, 11. Juli 1853, London, 28. Juni 1853, von Marx unterzeichnet). Als Illustration zitiert er die Spencersche Begründung der Nationalisation des Landes.

Auf die physiologische Bevölkerungslehre, die Spencer auch in seinen „Prinzipien der Biologie" wiederholte, kommt Marx nie mehr zurück. Im „Kapital", wo er konstatiert, daß ein Teil der „relativen Übervölkerung" aus den Reihen der Arbeiterarmee einen verhältnismäßig größeren Anteil am Gesamtwachstum der Arbeiterklasse nimmt, als ihre übrigen Elemente, finden wir eine Formulierung, die vielmehr an Sadler und Doubleday erinnert. „In der Tat steht nicht nur die Masse der Geburten und Todesfälle, sondern die absolute Größe der Familien in umgekehrtem Verhältnis zur Höhe des Arbeitslohnes, also zur Masse der Lebensmittel, worüber die verschiedenen Arbeiterkategorien verfügen. Dies Gesetz der kapitalistischen Gesellschaft klänge unsinnig unter Wilden oder selbst zivilisierten Kolonisten. Es erinnert an die massenhafte Reproduktion individuell schwacher und vielgehetzter Tierarten." (Vergl. Kautsky, „Der Einfluß der Volksvermehrung auf den Fortschritt der Gesellschaft", Wien 1880, S. 108, 109.) Marx hebt aber hauptsächlich die sozialen Faktoren hervor und beweist, daß es auch für Pflanze und Tier nur so weit ein abstraktes Bevölkerungsgesetz gibt, als der Mensch nicht geschichtlich eingreift.

Vergleicht man die Marxsche Darstellung noch mit Careys Ausführungen in den „Principles of Social science" (deutsch von Karl Adler, München 1864, 3. Band, S. 399 bis 401), so fällt in die Augen, daß alle Tatsachen, die Marx in seinem Artikel bringt, von Carey wiederholt werden. Und da der amerikanische Ökonomist dort noch das Gesetz des Gleichgewichts zwischen der nervösen und der sexuellen Funktion aufstellt, kann man leicht zu dem Schluß kommen, daß Marx auch in diesem Falle ein „Plagiat" begangen habe. Der Umstand aber, daß Carey seine naturwissenschaftliche Bevölkerungslehre nirgends vor 1853 entwickelte und daß die „Principles of Social science" erst Ende der fünfziger Jahre veröffentlicht wurden, spricht gegen diese Hypothese.

Der Mailänder Aufstand. — Das Attentat auf Franz Joseph. Beide Artikel (vom 11. und 22. Februar) finden ihre Ergänzung in dem Briefwechsel zwischen Marx und Engels. In dem Briefe des letzteren vom 11. Februar ist sehr interessant der Hinweis auf den Zusammenhang zwischen dem Aufstand und den beginnenden Verwicklungen in der orientalischen Frage. „Ich halte die ganze Geschichte" — schreibt er am 11. Februar 1853 — „für sehr ungelegen, da ihr einziger Anlehnungspunkt, außer der Tyrannei der Österreicher im allgemeinen, doch nur der Montenegrodreck ist, wo schließlich auch die türkische ‚Ordnung' über die zernogorzische homerische Barbarei siegen muß. Diese großen Diktatoren lassen sich also ganz à la Seiler durch ordinäre diplomatische Staatsaktionen hereinreiten und schwören auf die welthistorische Wichtigkeit der ‚orientalischen Frage'! ... Wichtig scheint mir die ganze Geschichte nur als Symptom; die Reaktion gegen den gepreßten Zustand seit 1849 beginnt, und natürlich am wundesten Fleck. Die Sache macht hier viel Effekt, und die Philister fangen an, darin übereinzustimmen, daß dies Jahr nicht ruhig vorübergeht. Jetzt eine Mißernte in Getreide und Baumwolle, Geldklemme und Zubehör, und nous verrons!"

In demselben Sinne als „Symptom der nahenden revolutionären Krisis" faßt auch Marx den Aufstand in seiner Antwort an Engels (vom 23. Februar 1853) und in dem zweiten Artikel auf. Wie groß der Schrecken war, den diese Geschichte den kontinentalen Herrschern einjagte, zeigen auch andere Berichte. Das gleich darauf erfolgte Attentat wurde als ein neues Symptom der steigenden „Anarchie" dargestellt. Beide Ereignisse haben sofort die guten Beziehungen stark getrübt, die sich seit der Bildung des Koalitionsministeriums zwischen Österreich und England eingestellt hatten und die damals von der österreichischen Regierung in der Montenegroaffäre ausgenutzt wurden. In Wien klagte man England an, daß sowohl der Aufstand wie das Attentat in London vorbereitet worden seien. Obgleich außerstande, Kossuth und Mazzini auszuweisen, machte das Koalitionsministerium trotzdem alle Anstrengungen, um die österreichische Regierung zu beruhigen. Palmerston, als Minister des Innern,

zeigte bei dieser Gelegenheit, daß die Whigs im Kampfe gegen die revolutionäre Emigration ebensowenig den Tories nachstanden wie in dem Kampfe gegen die einheimischen Revolutionäre. Über einige seiner Maßnahmen berichtet Marx in weiteren Briefen.

Der Klerus gegen den Sozialismus. Vergl. Engels, Die englische Zehnstundenbill (Mehringsche Nachlaßausgabe, 3. Band, S. 384 bis 395) und das „Kapital" (1. Band, S. 226 bis 245). Diese „lebhafte Teilnahme der Pfaffen der Staatskirche an der unglücklichen Zehnstundenbewegung" wird von Marx auch in einem Brief an Engels erwähnt. Im Jahre 1853 wurde der Akt von 1850 endlich durch das Verbot ergänzt, „Kinder des Morgens vor und abends nach den jungen Personen und Frauenzimmern zu verwenden". „Von nun an regelte" — sagt Marx — „mit wenigen Ausnahmen der Fabrikakt von 1850 in den ihm unterworfenen Industriezweigen den Arbeitstag aller Arbeiter. Seit dem Erlassen des ersten Fabrikakts war jetzt ein halbes Jahrhundert verflossen."

Hungertod. Die furchtbare Zunahme des Hungertodes (deaths by starvation) in London während des letzten Jahrzehnts, also während der fünfziger Jahre, wird im „Kapital" als Beweis des zunehmenden Abscheus der Arbeiter vor der Sklaverei des Workhouses angeführt.

Erzwungene Auswanderung. Auf diese beispiellose Auswanderung aus den englischen und schottischen Agrikulturdistrikten wie aus Irland kommt Marx im „Kapital" öfters zurück. Das Jahr 1852, für das er die Zahl bloß bis Juni zu geben imstande war, lieferte mit 368 769 den Rekord, 1853 329 937, 1854 323 429. Dabei spielte die Anziehungskraft der in Kalifornien und Australien entdeckten Goldgruben eine große Rolle. Über den Gegensatz zwischen Ricardo und Sismondi in der Frage des Reineinkommens, auf den Marx hier zuerst ausführlich eingeht, vergl. das „Kapital", S. 179, 180 und „Theorien über den Mehrwert", 2. Band, 1. Teil, S. 309 bis 311.

Gladstones Finanzplan zur Reduzierung der Staatsschuld und sein Budget. Dasselbe Thema wurde von Marx auch in drei Korrespondenzen für die Tribune — die Nummern vom 27. April, 3. und 6. Mai 1853 — bearbeitet. Zu seinem dritten Briefe setzte die Redaktion an die Spitze ihres Blattes folgende Notiz: „Unsere Leser finden in dem heute gedruckten Briefe unseres Korrespondenten, Dr. Marx, eine meisterhafte Analyse des Gladstoneschen Budgets und seiner Bedeutung in dem gegenwärtigen Parteikampf in England. Wir haben nirgends eine geschicktere Kritik des Budgets oder seines Urhebers gesehen und erwarten auch nicht, eine solche zu sehen."

Die Unterschiede, die zwischen der Fassung in der Tribune und der in People's Paper bestehen, sind schon aus dem verschiedenen Charakter beider Zeitungen leicht zu erklären. Die Kritik ist dem Inhalt nach gleich

scharf, aber während in der Tribune mehr die inneren Widersprüche und die Haltlosigkeit verschiedener Vorschläge vom Standpunkt eines Ökonomisten aus hervorgehoben werden, kommt in People's Paper noch die Kritik vom Standpunkt der Arbeiterklasse aus hinzu. Daher ist auch die Darstellung in People's Paper, die für Leser aus Arbeiterkreisen bestimmt war, viel lebendiger und populärer. Selbstverständlich fehlt in People's Paper alles, was nicht in engem Zusammenhang mit dem Hauptthema stand. Vergleichen wir den ersten Artikel in der Tribune mit dem im chartistischen Blatt, so sehen wir, daß Marx für die englischen Leser eine Einleitung macht, die den Ursprung und die Bedeutung der Staatsschuld erklärt, und die in der Tribune fehlt. Von den Worten „Am 6. April" usw. an (S. 122) ist die Darstellung fast identisch. Dabei ist die Zergliederung des Budgets in der zweiten Korrespondenz viel kürzer als in People's Paper. Viel größere Unterschiede weist die dritte Korrespondenz auf, die sich mit dem politischen Untergrund des Budgets und den möglichen Einwänden der Opposition befaßt. Sie enthält einige Sachen, die in People's Paper fehlen. Indes sind alle diese Unterschiede nicht groß genug, um in dieser Ausgabe den gleichzeitigen Abdruck beider Versionen zu rechtfertigen.

Was die Marxsche Kritik selbst anbelangt, so zeigte die Erfahrung schon nach einigen Monaten, wie leichtfertig der Gladstonesche Versuch war, die Last der Staatsschuld durch rein finanzielle Manöver zu vermindern. Sogar die größten Bewunderer Gladstones geben zu, daß der ganze Finanzplan, mit einer marktschreierischen Reklame verkündet, ein totaler Fehlschlag war. „Die Operation mit den Südseefonds" — schreibt Morley (Life of Gladstone, I, S. 513, 514) — „war noch mehr als ein Fehler." Sie legte dem Schatzamt nur neue Lasten auf. Man konnte kaum einen ungünstigeren Zeitpunkt für diese Konversion wählen und kaum ungeschickter ihre Bedingungen formulieren.

Nicht glücklicher war Gladstone mit seiner Erbschaftssteuer. Bildete der Finanzplan gewissermaßen seine eigene Erfindung, so hatte man ihm diese Steuer, die Walpole, Low und andere Historiker als das Hauptcharakteristikum seines Budgets bezeichnen, direkt aufgezwungen. Noch am 1. März 1853 wollte er von dieser Reform nichts wissen und trat gegen den entsprechenden Antrag eines Finanzreformers, Williams, entschieden auf. Nur auf die Drohung, daß ihn das Schicksal Disraelis erwarte, nahmen er und seine Kollegen diese Reform in das Budget auf. Gladstone blieb aber auf halbem Wege stehen. Es war, wie Marx sagt, die „Anerkennung eines Prinzips" und eine „bedeutende Konzession", aber in der Form, die Gladstone wählte, bot die neue Steuer, wie Marx vorhersagte, eine Möglichkeit, sie leicht zu umgehen. Statt 2 000 000 Pfund brachte sie kaum ein Viertel dieser Summe. Die Schuld wälzte er auf die Beamten im Finanzministerium ab, die sich „beim ersten Male" so stark verrechneten.

Auch in der Einkommensteuerfrage verwickelte sich Gladstone in Widersprüche. Der große Reformator hatte damals — im Unterschied von Disraeli — noch nicht eingesehen, daß die Änderung der Handelspolitik und die Abschaffung des Schutzsystems ohne eine weitere Ausbildung der direkten Besteuerung unmöglich seien. Disraelis Versuch, das Problem in seiner Weise zu lösen und die Einkommensteuer zu reformieren, bekämpften Gladstone im Namen der Peeliten und Wood im Namen der Whigs als eine „leichtfertige Erhöhung der direkten Steuern". So berechtigt die Gladstonesche Kritik der Ausdehnung der Haussteuer war, durch die sein Vorgänger den Ausfall in den Einnahmen decken wollte, so naiv war seine Überzeugung, daß er imstande sein werde, der weiteren Entwicklung der direkten Besteuerung einen Damm zu setzen und die Einkommensteuer, vermittelst ein paar Flickreformen, in wenigen Jahren abzuschaffen. Es war sein feierliches Versprechen, daß die Einkommensteuer schon vom April 1860 an aus dem Budget verschwinden werde, was ihm den großen Beifall für sein „geniales" Budget einbrachte. Aber auch in diesem Punkt erlitt seine Finanzkunst ein vollständiges Fiasko. Nur rein empirisch, als die Verhältnisse schon ganz „reif" waren, kam er zu demselben Schluß, zu dem die Finanzreformer, und mit ihnen Disraeli, schon früher gelangt waren.

Keine Spur einer kühnen Initiative finden wir auch in dem Teile des Budgets, worin er mit den Zöllen zu tun hatte. Die Reduzierung des Teezolls übernahm er von Disraeli. Noch am 5. März 1853 bekämpfte er im Namen der Regierung den Antrag Humes, die Zölle auf 285 geringfügige Artikel, die einen rein protektionistischen Charakter hatten, womöglich gleich aufzuheben. Als Mitglied eines Ministeriums, das die Zölle nur schrittweise und in vernünftigem Maßstab abzuändern versprach, flickte Gladstone nach bewährtem Muster einen kläglichen Kompromiß zusammen.

Nichts charakteristischer als seine hartnäckige Opposition gegen die Abschaffung der Annoncensteuer, die an seine leidenschaftliche Opposition gegen die Einführung der dritten Klasse in den Sonntagszügen erinnert. Am 14. April 1853, also vier Tage vor der Einbringung des Budgets, machte Milner-Gibson den Vorschlag, jede sogenannte Steuer auf Bildungsmittel — die Annoncensteuer, den Zeitungsstempel und die Papiersteuer — abzuschaffen. Dank einer Koalition zwischen den Manchesterleuten und dem linken Flügel der Tories, die sich um Disraeli scharten, gelang es, trotz aller Einwendungen Gladstones, somit also gegen die Regierung, den ersten Teil durchzusetzen. Dadurch war klar bewiesen, daß die Zeit für die Abschaffung der Annoncensteuer ganz „reif" war. Trotzdem wollte Gladstone diesen „gewagten" Sprung nicht mitmachen. Gebunden durch das Votum, schlug er die Ermäßigung vor, aber in einer Form, die nur für die Times vorteilhaft war. Man ließ ihn aber nicht los, und ungeachtet aller seiner Beweise, daß die Steuer „im Prinzip

gerecht sei", aber in der Praxis noch undurchführbar, zwang man ihm ein Amendement auf, daß in den betreffenden Teil des Budgets statt 6 Pence die Ziffer 0 (Null) gesetzt werden solle. So wurde endlich gegen Gladstone die Annoncensteuer aufgehoben.

Handelsvertrag zwischen Österreich und Preußen. Auf den ersten Blick erscheint der Absatz über den Handelsvertrag als fast wörtliche Wiederholung einer Stelle aus dem Briefe von Engels an Marx im März 1853. „Die österreichisch-preußische Zollgeschichte ist der einzige Fortschritt, zu dem man es in Deutschland gebracht hat — et encore! Das Ding ist so mit Haken verklausuliert und so viel Hauptsachen sind späteren Kommissionen überlassen, während die wirklichen Zollnachlässe so klein sind, daß wenig dabei herauskommt. Geht die große industrielle Krise los, so wird der ganze Handelsvertrag verschwinden vor dem allgemeinen Zusammenbruch."

Marx übernimmt die ganze Stelle, schwächt sie aber nicht nur dadurch ab, daß er das Wort „Fortschritt" mit ironischen Gänsefüßchen versieht, sondern auch dadurch, daß er einen „Sieg" Österreichs konstruiert. Umgekehrt war es richtig.

Vom rein „preußischen" Standpunkt war der Vertrag eine Revanche für die Olmützer Niederlage. Alle Bemühungen Österreichs, in den Zollverein einzutreten, scheiterten an dem preußischen Widerstand. Die Sachlage ward nur wenig dadurch geändert, daß Österreich den ökonomischen „Fortschritt" mit einer noch brutaleren Reaktion paaren wollte als Preußen. Jedenfalls ist es klar, daß in diesem Streit zwischen dem „großdeutschen" Österreich und dem „kleindeutschen" Preußen der verlierende Teil das „deutsche Volk" war. Der Vertrag von 1853 sanktionierte trotz der Bestimmung, daß später neue Verhandlungen über eine wirtschaftliche Vereinigung einzuleiten seien, die ökonomische Zerreißung Deutschlands, und die weitere Entwicklung, die ihren Abschluß in dem Krieg von 1866 fand, war nur sein politisches Gegenstück. Die Ironie der Weltgeschichte stellt nach sechzig Jahren dieselbe Frage wieder auf die Tagesordnung, um noch einmal zu zeigen, wie veränderlich in der Geschichte „Wohltat" und „Plage", staatsmännische „Vernunft" und politischer „Unsinn" sind.

Die Times und die Emigration. Die Times war nur das Sprachrohr des Koalitionsministeriums, das viele Mitglieder zählte, die sich sowohl im Kampf mit dem „inneren Feind" wie in dem Kampf gegen die „verwegenen Gesellen aus allen Ländern" erprobt hatten. Fanden Rußland und Österreich warme Freunde in Aberdeen und Graham, so das Frankreich des Staatsstreichs in Palmerston. Im Jahre 1844 erließ Graham, damals Minister des Innern, im Interesse Rußlands und Österreichs einige Verordnungen, alle Briefe an die Polen Worzell und Stolzmann, sowie alle

Briefe von und an Mazzini zu öffnen. Monatelang war Aberdeen, damals Minister des Äußern, imstande, alle wichtigen Nachrichten daraus, selbstverständlich „im Interesse der Ruhe Europas, fremden Mächten", das heißt Rußland und Österreich, mitzuteilen. Palmerston, früher der Minister des Äußern, der Schrecken der absolutistischen Höfe, wollte jetzt, als Minister des Innern beweisen, daß man keine Ausnahmegesetze brauche, um, wie sein Leiborgan sagte, „jeden Mißbrauch unserer lästigen Gäste" zu bekämpfen. Die Polizei nützte alte Bestimmungen gegen die Fremden aus, man inszenierte einen Prozeß — die sogenannte Raketenaffäre, in die auch Kossuth verwickelt wurde —, um die Emigration zu kompromittieren. Dieser Feldzug, der Palmerston in der Rolle des Polizeidirektors im Auftrag der kontinentalen Mächte zeigte, währte einige Monate lang, um dann wieder für eine Zeit aufzuhören. Es bestand eben die Absicht, Freiheit und Zivilisation gegen Knechtschaft und Barbarei in allerhöchsten Schutz zu nehmen.

Die orientalische Frage.

In seinen Erinnerungen über Marx führt uns Liebknecht auch die Persönlichkeiten vor, mit denen er während seines Londoner Exils im Marxschen Hause und in der Gesellschaft von Marx zusammengekommen war. „Eine höchst interessante Bekanntschaft war die mit David Urquhart, dem besten Kenner der russischen Diplomatie und der türkischen Verhältnisse. Durch Urquhart, zu dessen eifrigsten Anhängern und Schülern der damals noch großdeutsche Lothar Bucher gehörte, wurden wir von den romantischen Ideen kuriert, die Byron und die ‚Griechenlieder' von Wilhelm Müller über das ‚Volk Homers' und die sonstigen Christenvölker der Türkei in den Kulturländern und namentlich in Deutschland verbreitet haben und nach denen jeder Grieche ein Held, jeder Türke ein wortbrüchiger, grausamer Unhold sei. Wir kamen dahinter, daß das teils Legende, teils Lüge war. David Urquhart, der lange Jahre in der Türkei gelebt, sie nach allen Richtungen hin bereist und als langjähriges Mitglied der britischen Gesandtschaft in Konstantinopel mit vielen einflußreichen und ‚an der Quelle' sitzenden ‚Staatsmännern' und Diplomaten enge Beziehungen gehabt hatte und teilweise noch unterhielt, war mit allem, was die ‚orientalische Frage' betrifft und zu ihr gehört, vollständig vertraut, eine Autorität ersten Ranges, ja die höchste Autorität. Eine staunenswerte Personen- und Sachkenntnis, verbunden mit echt schottischem Scharfsinn, gab jedem Worte Urquharts Gewicht. Genial, verbissen, ein diplomatischer Detektive, folgte er der russischen Politik auf all ihren Schleichwegen, in all ihre Maulwurfsgänge und überwachte auf Schritt und Tritt seinen Todfeind Lord Palmerston, in dem er — und wahrlich nicht ohne Grund — das bewußte Werkzeug Rußlands erblickte.... Marx überzeugte sich von der Richtigkeit des Urteils und der

Anschauungen Urquharts, und er hat dieselben — hauptsächlich während des Krimkriegs — mit Feuereifer und der ihm eigenen Kraft in der Presse und in Schriften vertreten."

Der Wunsch ist nicht nur der Vater des Gedankens, er gibt auch der Arbeit unseres Gedächtnisses eine bestimmte Richtung. Als Liebknecht, vierzig Jahre nach den Ereignissen, seine Erinnerungen niederschrieb, war er in eine Polemik verwickelt, in der die Hauptrolle eben die orientalische Frage spielte. Es war daher sehr begreiflich, wenn er sich fortwährend auf Marx berief, der angeblich derselben Ansicht war. Auch seine Opponenten, die in ihren Ausführungen mit Recht darauf hinwiesen, daß die Marxsche Auffassung ins historische Hintertreffen geraten sei, bezweifelten nicht, daß sie mit der Liebknechtschen identisch, daß Marx etwa in demselben Maße wie Urquhart ein Turkophile und zugleich mit ihm und Liebknecht ein Anhänger des Statusquo auf der Balkanhalbinsel gewesen sei. Er habe den unter dem Türkenjoch schmachtenden slawischen Völkern jegliches „Recht auf Selbstbestimmung" abgesprochen und über jene „alberne Sentimentalität" gespottet, die „in jedem Hammeldieb, der mit der Türkei in Konflikt gerät, eine unterdrückte Nationalität erblickt".

In den damals bereits bekannten Schriften von Marx und Engels fanden sich immerhin schon genug Anhaltspunkte, um diese Ansicht einer Kritik zu unterwerfen, und im Jahre 1897 erschien die Avelingsche Sammlung, die den unwiderleglichen Beweis erbrachte, daß Marxens Balkanpolitik während des Krimkriegs keineswegs mit der Urquharts übereinstimmte. In der Vorbemerkung zu dem Artikel „Was soll aus der Türkei in Europa werden?" (Neue Zeit, XXVIII, 2, S. 4 bis 12), der in der englischen Ausgabe versehentlich ausgelassen war, machte ich den ersten Versuch, die Ansichten Marxens über die orientalische Frage darzulegen, wie er sie wirklich während des Krimkriegs verfochten hat.

Meine Ausführungen fanden ihre Bestätigung in dem später veröffentlichten Briefwechsel, sie bedürfen aber einer Korrektur. Ich glaubte nämlich, die betreffenden Artikel rührten alle von Marx her. Es stellte sich aber heraus, daß die meisten nicht von ihm, sondern von Engels verfaßt wurden.

Um sein Versprechen zu halten, im nächsten Brief für die Tribune „auf diese ewig wiederkehrende Orientfrage zurückzukommen", wendete sich Marx an Engels:

„Ich muß nun notwendig, um den Dana warm zu halten, einen längeren Artikel über haute politique schreiben. Also die scheußliche orientalische Frage, womit mir ein miserabler Yankee von hier in der Tribune Konkurrenz zu machen sucht. Aber diese Question ist vor allem militärisch und geographisch, also nicht von meinem Departement. Du mußt Dich also noch einmal exécuter (zu einem Opfer bequemen). Was aus dem Türkischen Reiche

werden soll, ist mir ‚spanisch'. Ich kann also keinen allgemeinen Gesichtspunkt geben."

Es scheinen ihm aber für diesen Artikel folgende Anhaltspunkte nötig — direkt von Montenegro ausgehend:

„1. Trotz aller Schikanen und Zeitungskannegießerei wird die question orientale nie der Anlaß zu einem europäischen Kriege werden. Sie wird immer wieder diplomatisch zugetuscht werden, bis das allgemeine Hallo auch hier dem Zutuschen ein Ende macht. 2. Encroachments of Russia (Eingriffe Rußlands) in der Türkei. Gelüste von Österreich, Ambition von Frankreich. Interessen von England. Kommerzielle und militärische Wichtigkeit dieses Streitapfels. 3. Im Falle des allgemeinen Hallos wird die Türkei England zwingen, auf die revolutionäre Seite zu treten, denn hier notwendig seine Kollision mit Rußland. 4. Notwendige Auflösung des Muselmanischen Reiches. D'une manière ou de l'autre wird es in die Hände der europäischen Zivilisation geraten. — Es wäre für den Moment noch speziell bei der Montenegrogeschichte zu verweilen, bei der miserablen Rolle, die England jetzt offiziell spielt. Sultan nur nachgegeben, weil Frankreich und England ihre Hilfe nicht zugesichert. Beide Mächte haben in dieser Frage, unter der Maske der Entente cordiale, gegeneinander kokettiert mit der Heiligen Allianz. Darauf hinzuweisen, daß die herrschende Oligarchie in England auch schon deswegen stürzen muß, weil sie unfähig geworden, ihre alte Rolle nach außen zu spielen, die englische Nation dem Kontinent gegenüber an der Spitze zu behaupten."

Von Urquhart und seiner Auffassung keine Spur. Marxens Brief kreuzte sich mit einem Briefe von Engels. Man lese nur die folgende Stelle, in der gerade Urquhart charakterisiert wird, und vergleiche sie mit der Liebknechtschen Schilderung:

„Ich habe jetzt den Urquhart zu Hause, der den Palmerston für von Rußland bezahlt angibt. Die Sache erklärt sich einfach: der Kerl ist ein keltischer Schotte mit sächsisch-schottischer Bildung, der Tendenz nach Romantiker, der Bildung nach Freetrader. Dieser Kerl ging als Philhellene nach Griechenland, und nachdem er sich drei Jahre mit den Türken herumgeschlagen, ging er in die Türkei und begeisterte sich für eben dieselben Türken. Er schwärmt für den Islam, und sein Prinzip ist: wenn ich nicht Kalvinist wäre, so könnte ich nur Mohammedaner sein. Die Türken, die der Blütezeit des Osmanischen Reiches ganz besonders, sind die vollkommenste Nation der Erde, in allem ohne Ausnahme. Die türkische Sprache ist die vollkommenste und wohlklingendste der Welt. All das alberne Gerede von Barbarei, Grausamkeit, lächerlichem Barbarenhochmut rührt bloß von der Unwissenheit der Europäer in bezug auf die Türkei und von den interessierten Verleumdungen der griechischen Dragomans her."

Noch schärfer spricht Engels über die „alte Philisterdummheit" von der Integrität der Türkei. „Zieht sich der Tanz noch etwas hin, so wer-

den die Herren doch bald zu anderen Argumenten greifen müssen und zu der Einsicht kommen, daß nur eine kontinentale Revolution dem Dreck ein Ende machen kann. Das müssen doch mit der Zeit auch die ärgsten Philister einsehen, daß ohne diese gar nichts gelöst werden kann."

Diese Hauptgedanken sind auch — mitunter wörtlich — in den Tribuneartikeln entwickelt worden. In der Bekämpfung der „alten Philisterdummheit" waren beide Freunde, trotz Urquhart, ganz einig. Auf die Frage, „was aus dem Türkischen Reiche werden soll", die Marx „spanisch" vorkam, antwortete Engels in dem Artikel „Was soll aus der Europäischen Türkei werden?" Die Balkanhalbinsel, führte er aus, ist das natürliche Erbteil der südslawischen Rasse. Die Südslawen sind dort die ausschließlichen Träger der Zivilisation. Sie haben zwar noch keine Nation gebildet, sind aber in Serbien schon der kraftvolle und verhältnismäßig gebildete Kern einer Nation. Die Serben haben eine eigene Geschichte, eine eigene Literatur, sie bilden den Mittelpunkt, um den sich alle Südslawen in ihren zukünftigen Unabhängigkeitskämpfen scharen werden. Die ökonomische und politische Entwicklung wird schon dafür sorgen, daß trotz der Blutsverwandtschaft und gemeinsamer Religion, die so viele Bande zwischen Russen und Südslawen knüpfen, die Interessen Rußlands und des Südslawenreichs nicht auseinandergehen werden. Umgekehrt. Solange die Aufrechterhaltung des geheiligten Statusquo das Leitmotiv der Diplomatie sein wird, so lange werden die türkischen Südslawen ihren Befreier, ihren Messias in Rußland sehen.

Das, was Engels hier über die Südslawen der Türkei sagt, ist nichts als eine weitere Entwicklung des Gedankens, auf eine neue historische Situation übertragen, den er schon in seinem Artikel über den „Demokratischen Panslawismus" in der Neuen Rheinischen Zeitung ausgesprochen hat:

„Wir wiederholen es: Außer den Polen, den Russen und höchstens den Slawen der Türkei hat kein slawisches Volk eine Zukunft, aus dem einfachen Grunde, weil allen übrigen Slawen die ersten historischen, geographischen, politischen und industriellen Bedingungen der Selbständigkeit und Lebensfähigkeit fehlen."

Wie wenig Engels und Marx in ihrer Balkanpolitik von Urquhart beeinflußt wurden, wie ausschlaggebend ihr allgemeiner Standpunkt war, zeigt auch der Vergleich mit der chartistischen Literatur. Das gemeinsame Kriterium führte zu analogen Schlußfolgerungen. So kritisierte auch Ernest Jones auf die schärfste Weise die Theorie der Erhaltung des Statusquo auf der Balkanhalbinsel, er sah aber dort den wichtigsten Faktor nicht in den Slawen, sondern als begeisterter Philhellene in den Griechen, die er als Erben der alten Hellenen betrachtete. Engels dagegen — und auch Marx — waren in dieser Beziehung nicht so enthusiastisch. Hier behält Liebknecht recht, nur verwechselte er die Personen. Von den romantischen Ideen, die in jedem Griechen einen Helden sahen,

wurden Marx und Engels nicht durch Urquhart, sondern durch Fallmerayer „kuriert", den sie beide hochschätzten. „Liebknecht", sagt Marx einmal, indem er ihn gegen die gemeinen Angriffe Vogts in Schutz nimmt, „konnte getrost Londoner Briefe in dasselbe Blatt schreiben, worin Heine seine ‚Pariser', Fallmerayer seine ‚Orientalischen Briefe' schrieb."

Es waren Fallmerayers Werke, die dem Glauben den Garaus machten, als seien in den insurgierten Griechen „wenigstens noch die Hellenen aus den Zeiten des Pausanias und Plinius wiederzuerkennen". Sie erbrachten den Beweis, daß „die alten Bewohner Griechenlands unter Elend verschiedener Art nach und nach verkümmert und bis auf wenige Überbleibsel verschwunden seien", es war Fallmerayer, der die berühmte Hypothese aufstellte, daß die modernen Griechen überwiegend slawischer Abkunft seien. Bei ihm finden wir auch die Hervorhebung der Serben, die in ihrem Unabhängigkeitskampf nicht, wie die Griechen, von allen Seiten unterstützt wurden und, „auf sich selbst angewiesen, niemals vergaßen, daß einem Volke, wenn es sich zu einem besseren Zustand erheben will, in letzter Instanz nichts übrigbleibt als sein Arm und seine Tüchtigkeit".*

Marx übernahm die von Engels vorgeschlagene Lösung, er zitiert aber in einem späteren Artikel, von ihm geschrieben und unterzeichnet, worin er noch einmal die orientalische Frage zusammenfaßt, auch die Ansicht von Jones. „Zu schwach und zu feig, den Wiederaufbau der Europäischen Türkei durch die Errichtung eines griechischen Reiches oder durch eine föderale Republik der slawischen Staaten zu unternehmen, ist ihr (der Westmächte) ganzes Bestreben nur auf die Aufrechterhaltung des Statusquo gerichtet, das heißt jenes Stadiums der Verwesung, das dem Sultan verbietet, sich vom Zaren, und den Slawen verbietet, sich vom Sultan zu emanzipieren."

Zweifellos benützte Engels für seine Artikel Urquharts Werke über die Türkei, die, wie er selbst bemerkt, trotz aller Schrullen „übrigens voll wertvoller Informationen sind". Von einer Vertretung der Urquhartschen Anschauungen in der orientalischen Frage kann aber ebensowenig bei Engels wie bei Marx die Rede sein.

Außer auf Urquhart beruft sich Engels auf die „deutschen Philologen und Kritiker", die „uns mit ihrer (der Europäischen Türkei) Geschichte und Literatur bekannt gemacht". Neben Fallmerayer, den er nicht nennt, ist es der Historiker Hammer,** den er als eine „rühmliche Ausnahme" unter den unwissenden Diplomaten zitiert. Es gibt aber außer Urquhart

* J. Ph. Fallmerayer, Geschichte der Halbinsel Morea während des Mittelalters, 1836, 2. Band, S. XIX, und „Welchen Einfluß hatte die Besetzung Griechenlands durch die Slawen auf das Schicksal der Stadt Athen und der Landschaft Attika?" Stuttgart 1835.

** Joseph v. Hammer, Geschichte des Osmanischen Reiches. Zehn Bände. Pest 1828 bis 1832.

noch einen englischen Schriftsteller — einen der „englischen Bevollmächtigten, die große Erfahrungen über die soziale Lage des Türkischen Reiches gesammelt", von denen Engels lobend spricht —, den er nicht nennt, der aber den bedeutendsten Teil seiner Ausführungen über die kommerzielle Rivalität zwischen Rußland und England in der Europäischen und der Asiatischen Türkei stark beeinflußte. Es ist John Mac Neil, der Verfasser des berühmten, anonym erschienenen Pamphlets „Progress and present position of Russia in the East", London 1836, das auch von Urquhart stark gelobt wurde, als die beste Schilderung des erobernden Rußlands. Ein genauer Vergleich dieses Pamphlets mit den Artikeln über die orientalische Frage zeigt diesen Einfluß in schlagendster Weise.

Es ist überhaupt ganz unangebracht, den Ursprung der antirussischen Politik Marxens bei Urquhart zu suchen. Gerade die deutsche Geschichte lieferte beiden Freunden ein eklatantes Beispiel dafür, wie weit der Einfluß der russischen Diplomatie sich erstreckte. Die Neue Rheinische Zeitung bringt genug Beweise, um zu zeigen, wie wenig Engels und Marx einen Urquhart brauchten, um die russische auswärtige Politik in ihren Haupttendenzen zu begreifen oder die konterrevolutionäre Rolle, die ein Palmerston gerade während der Jahre 1848 und 1849 im Bunde mit Rußland spielte. Wahr ist nur, daß sie damals sehr wenig Interesse für die Verkettung der deutschen Revolution mit der orientalischen Frage bekundeten. Den „Krieg gegen Rußland" begründeten sie immer vom Standpunkt der europäischen Revolution und brachten ihn in engen Zusammenhang mit einem Bürgerkrieg in Deutschland selbst. Nie berufen sie sich, um den Antagonismus gegen Rußland zu begründen, auf die speziellen Interessen Deutschlands auf der Balkanhalbinsel, auf die „germanische Mission", auf die Notwendigkeit, den „deutschen Handel" an den Donaumündungen zu schützen, die „deutsche Donau" zu befreien. Sie vertreten in leidenschaftlichster Weise die Herstellung Polens in den Grenzen von 1772, die Unabhängigkeit Ungarns und der Donaufürstentümer, die Einigung und die Unabhängigkeit Italiens, aber von den verschiedenen Bestrebungen, die Interessen der deutschen Revolution in Zusammenhang mit der orientalischen Frage zu bringen, finden wir in ihren Artikeln keine Spur. Man kann diese Tatsache bewerten wie man will. Aber sie steht fest. Unerbittliche Feinde aller feudalen Schranken der wirtschaftlichen Entwicklung, stellen sie sich doch nie in den Dienst des Kapitalismus. Großdeutsche und Republikaner, waren sie überzeugt, daß die deutsche Republik, die ihnen als Ziel vorschwebte, im Bunde mit dem revolutionären Europa so viel innere Kräfte besitzen und entwickeln werde, daß sie keinen Zoll des polnischen, ungarischen oder italienischen Bodens brauche, geschweige ihre Lebensfähigkeit durch die Kolonisation der bisher von den Türken beherrschten Gebiete zu beweisen habe. Es ist daher kein Zufall, daß mit dem Wiederauftauchen der orientalischen Frage sich sogleich der Gegensatz zwischen Lassalle und Marx geltend zu

machen beginnt. Der Standpunkt, von dem sie die Ereignisse des Krimkriegs betrachten, war grundverschieden. Wer die reiche Pamphletliteratur, die den deutschen Büchermarkt während der Jahre 1853 bis 1855 überflutet und die zuerst zu einer deutlichen Differenzierung der Ansichten in der orientalischen Frage führte, auch nur flüchtig durchblättert, wird gleich erkennen, wie fern Marx und Engels allen diesen „klein"- und „groß"deutschen Lösungen standen und wie viel zugänglicher Lassalle allen diesen „praktischen" und „nationalen" Argumenten war, der, wie er einmal Rodbertus schrieb, oft seinen besten Freunden gegenüber vergeblich die Ansicht vertrat, daß die türkische Erbschaft an Deutschland fallen müsse. Von seinen bürgerlichen Gesinnungsgenossen unterscheidet ihn nur sein revolutionärer Standpunkt, der auch in dieser Frage die revolutionäre Lösung, die Lösung durch die deutsche Revolution vorzieht. Umgekehrt verlieren Marx und Engels nie den Zusammenhang der orientalischen Frage mit der ganzen europäischen Entwicklung aus den Augen, überlassen sie die türkische Erbschaft den Moldau-Walachen, Südslawen und den Griechen und suchen zu beweisen, daß die Lösung, die vom Standpunkt der europäischen Revolution die einzig richtige sei, auch im Interesse der deutschen Revolution liege.

Rühren noch die ersten Artikel über die orientalische Frage (bis Mai 1853), die wir jetzt zuerst in ihrem ganzen Umfang veröffentlichen, in ihrem Hauptteil von Engels her, so sind alle weiteren, die die Politik der Westmächte und Rußlands behandeln, von Marx selbst geschrieben. Man merkt gleich, daß er sich mehr und mehr in die Geschichte der orientalischen Frage vertieft und infolgedessen auch mehr und mehr auf die Geschichte der auswärtigen Politik Rußlands und Englands und ihrer wechselseitigen Beziehungen eingeht. Hier waren nicht Originalquellen ihm von großem Nutzen, sondern verschiedene Publikationen Urquharts, insbesondere sein Portfolio, auf das wir noch weiter zurückkommen. Dabei haben ihn, wie er später selbst bekannte, Urquharts Schriften gegen Rußland und Palmerston wenn nicht überzeugt, so doch angeregt. Will man daher den Einfluß, den Urquhart auf Marx wirklich hatte, genauer bestimmen, so muß man ihn nicht in den Artikeln über die orientalische Frage, die die schärfste Kritik gerade aller Urquhartschen „Marotten" enthalten, sondern in den Arbeiten Marxens über Palmerston und die russische auswärtige Politik suchen.

Nunmehr zu den einzelnen Artikeln, soweit noch Einzelheiten aus ihnen zu erläutern sind. In den Anmerkungen, die unten folgen, wird der Leser auch weitere Quellennachweise finden, die einiges Licht auf den Ursprung der Ansichten von Marx und Engels in bezug auf die orientalische Frage werfen.

Die Nationalitäten in der Türkei. In der „Eastern Question" als erstes Kapitel abgedruckt. In der New York Tribune trägt die Korrespondenz

den folgenden Titel: „Britische Politik. Disraeli. Die Flüchtlinge. Mazzini in London. Die Türkei." Deutsch zuerst in der Neuen Zeit, XV, 2 erschienen. Anfangs teilt Marx mit, daß Disraeli auf die Führerschaft der konservativen Partei verzichtete, und sieht in diesem Verzicht das wichtigste Ereignis der damaligen Parteigeschichte: „Man kann" — sagt er — „Disraeli zu dieser Befreiung von den grundbesitzenden Schwindlern nur beglückwünschen. Wie auch immer unsere Meinung über diesen Mann sein mag, von dem behauptet wird, daß er die Aristokratie verachtet, die Bourgeoisie haßt und das Volk nicht liebt, er ist zweifellos das talentvollste Mitglied des jetzigen Parlaments, und die Elastizität seines Charakters gibt ihm um so mehr die Fähigkeit, sich den wechselnden Bedürfnissen der Gesellschaft anzupassen." Über dasselbe Thema schreibt Marx auch an Engels am 22. März 1853. Das Gerücht, das in dieser Form auch in Grevilles Memoiren erwähnt wird und von dem neuesten Biographen Disraelis (Monypenny) auf die Unzufriedenheit einer Sektion zurückgeführt wird, bewahrheitete sich nicht. Die Hoffnungen, die einige Chartisten noch auf den alten Freund Duncombes und den glänzendsten Vertreter Jung-Englands, den Verfasser der „Sybil" setzten — den Nachhall dieser Sympathien finden wir bei Marx und Liebknecht —, wurden sehr schnell völlig enttäuscht.

Heute ist es schwer, genau alle Quellen festzustellen, aus welchen Engels seine Angaben schöpfte. Auf einige haben wir oben hingewiesen. Was die „Fallmerayersche Hypothese" anbelangt, die Engels vorbehaltlos übernimmt, so wird sie in ihrer ursprünglichen Form jetzt allgemein abgelehnt. Man spricht bloß von einer „Spur", die die Slawen in der neugriechischen Nationalität zurückgelassen, oder von einer stärkeren Beimischung des slawischen Blutes, wie Krek. („Daß bei dieser Kreuzung manches Slawische den Griechen eingeimpft worden, werden die Philhellenen zwar nicht zugeben wollen, ist aber darum doch nicht minder richtig." Einleitung in die slawische Literaturgeschichte, Graz 1887, S. 506.)

Die English Historical Review hat seinerzeit darauf hingewiesen, daß einige ethnographische Angaben in diesem Kapitel unrichtig seien. So vergaß Engels die katholischen Albanesen. Es hat aber keinen Zweck, alle diese kleinen Fehler, die aus der Unvollständigkeit der Quellen zu erklären sind, hier einzeln zu berichtigen. Die übertriebene Abneigung gegen die Montenegriner, die Liebknecht von Engels übernahm, findet ihre Erklärung in der geschichtlichen Rolle, die diese freiheitsliebenden „Basken" der Balkanhalbinsel immer spielten. Daß sie in ihren wiederholten Raubzügen die christlichen Einwohner, ihre „slawischen Brüder" ebensowenig schonten wie die Mohammedaner, kurz gesagt, „Hammeldiebe" waren, entsprach nur der Stufe der Zivilisation, auf der sie sich befanden.

Die Londoner Presse. In der „Eastern Question" als zweites Kapitel abgedruckt. Ein langes Zitat aus dem Courrier de Marseilles, das dort

stark gekürzt ist, ließen wir ganz weg. Es ist interessant, die Marxsche Kritik der Times mit der Rede zu vergleichen, die Layard ein Jahr später im Unterhaus hielt und in der er bewies, daß die Times in ihren damaligen Leitartikeln das Material verwertete, das sie aus dem Ministerium bekam. Vergl. das Kapitel: „Die Kriegsdebatte im Parlament." Die Unterhandlungen zwischen Napoleon und dem englischen Gesandten, Lord Stratford de Redcliffe, fanden während der Durchreise des letzteren nach Konstantinopel, am 10. März 1853 statt. Napoleon erklärte ihm ganz offen, daß er die Frage der heiligen Stätten nur den Pfaffen zuliebe aufgeworfen habe und daß er bereit sei, die weitestgehenden Konzessionen zu machen. (Vollständiger Bericht von Stratford selbst jetzt in seiner Biographie veröffentlicht, Stanley-Pool, II, S. 236 bis 240.) La Cour, früher französischer Gesandter in Wien, kam beinahe gleichzeitig mit seinem englischen Kollegen nach Konstantinopel. Zuerst stärkte er den Widerstand der Türken, oft mehr, als es Stratford erwünscht war, später aber hielt er sich, zusammen mit dem österreichischen Gesandten v. Bruck, friedliebender und verlor Anfang November seinen Posten. In Wirklichkeit ist er ein Opfer der überschlauen Politik seiner Regierung geworden. (E. Bapst, Les origines de la guerre de Crimée, Paris 1912, S. 464, 465.)

Der wirkliche Streitpunkt in der Türkei. — Die türkische Frage. In der „Eastern Question" als drittes und viertes Kapitel veröffentlicht. Deutsch zuerst in den von E. Pernerstorfer herausgegebenen „Deutschen Worten", 1848, Jänner, in der Übersetzung von Friedrich Adler unter dem Titel „Zur Orientfrage" erschienen. Beide Artikel sind von Engels geschrieben. Die Angaben über den englischen Handel in der Türkei sind, wie es aus seinem Briefe vom 22. März 1853 zu ersehen ist, von Marx übermittelt. Daß einige Stellen — im zweiten Artikel — buchstäblich in dem Briefe von Engels an Marx zu finden seien, erwähnten wir schon oben. In seinem Artikel „Die auswärtige Politik des russischen Zarentums" (Neue Zeit, 1890), geschrieben fast vierzig Jahre später, wiederholt er die Hauptpunkte seiner Kritik der Urquhartschen Ansichten. „In der Tat ist die türkische wie alle orientalische Herrschaft unverträglich mit kapitalistischer Gesellschaft; der ergatterte Mehrwert ist nicht sicher vor den Händen raubgieriger Satrapen und Paschas; es fehlt die erste Grundbedingung bürgerlichen Erwerbs: Sicherheit der kaufmännischen Person und ihres Eigentums." Sein allgemeines Urteil über Urquhart fehlt aber in der deutschen Fassung und ist nur in der englischen sozialdemokratischen Zeitschrift Time zu finden, wo Engels dasselbe Thema für englische Leser bearbeitete. Es heißt dort:

„Es ist unmöglich, in England über russische auswärtige Politik zu schreiben, ohne zugleich den Namen David Urquharts zu erwähnen. Durch fünfzig Jahre war er unermüdlich bestrebt, unter seinen Lands-

leuten die Kenntnis der Ziele und Wege der russischen Diplomatie zu verbreiten. Obgleich er diesen Gegenstand vollständig beherrschte, war doch alles, was er für seine Mühe erntete, Spott und der Ruf eines unleidlichen, langweiligen Gesellen. Als solchen bezeichnet allerdings der Philister jeden, der hartnäckig an unschmackhaften, wenn auch noch so wichtigen Dingen festhält. Allerdings mußte Urquhart, der den Philister haßte, ohne seine historische Unvermeidlichkeit zu begreifen, fehlschießen. Er war ein Tory der alten Schule und stand der öffentlichen Tatsache gegenüber, daß in England bis dahin einzig und allein die Tories Rußland wirksamen Widerstand entgegengesetzt hatten, während das Vorgehen der Liberalen in England wie im Ausland — einschließlich der ganzen revolutionären Bewegung auf dem Kontinent — in der Regel nur zur weiteren Verstärkung jener Macht geführt hatte. Er glaubte daher, daß man, um den Übergriffen Rußlands wirksam Widerstand zu leisten, vor allem ein Tory (oder allenfalls ein Türke) sein müsse, und daß jeder Liberale und Revolutionär, wissentlich oder nicht, ein Werkzeug der russischen Politik sei."

„Die ständige Beschäftigung mit der russischen Diplomatie ließ ihn in dieser etwas Allmächtiges sehen, die einzig tätige Kraft in der modernen Geschichte, in deren Händen alle anderen Regierungen lediglich passive Werkzeuge waren. Es wäre daher nicht zu begreifen, wieso, abgesehen vom Widerstand der Türkei, von deren Kräften er gleich übertriebene Vorstellungen hatte, die allmächtige russische Diplomatie nicht schon längst von Konstantinopel Besitz ergriffen hat. Um so die moderne Geschichte seit der französischen Revolution auf ein diplomatisches Schachspiel zwischen Rußland und der Türkei zurückzuführen, wobei die übrigen Staaten die Rolle von Schachfiguren in der Hand Rußlands spielen, mußte sich Urquhart als eine Art Prophet des Ostens aufspielen, der nicht einfach historische Tatsachen mitteilte, sondern in einer geheimnisvollen, überdiplomatischen Sprache, voll von Anspielungen auf Tatsachen, die nicht allgemein bekannt, ja kaum überhaupt jemals festzustellen waren, esoterische Lehren verkündete und der als untrügliches Geheimmittel gegen die Überwindung der englischen Diplomatie durch die russische eine neuerliche Ministeranklage und die Ersetzung des Kabinetts durch das Privy Council in Vorschlag brachte. Urquhart war ein Mann von großen Verdiensten und das Muster eines Engländers der alten Schule obendrein; aber die russischen Diplomaten könnten doch wohl sagen: ‚Si Mr. Urquhart n'existait pas, il faudrait l'inventer.' (Wenn Herr Urquhart nicht existierte, müßte man ihn erfinden.)"

Spricht Engels im Jahre 1853 von dem sogenannten Testament Peters des Großen als von einem historischen Dokument — eine Ansicht, die in der deutschen sozialdemokratischen Literatur bis zum Ende der achtziger Jahre immer wiederholt wurde —, so bezeichnet er es im Jahre 1890 als „das Werk eines Epigonen". In Wirklichkeit ist es ein

Apokryph, das Werk eines französischen Diplomaten, in dem die allgemeinen Tendenzen der russischen auswärtigen Politik, wie sie sich im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts kristallisierten, geschickt zusammengefaßt sind.

Die Türkei und Rußland. In der „Eastern Question" das fünfte Kapitel. Bildet nur einen Teil der Korrespondenz, die außerdem noch Bemerkungen über Dänemark, die Konversion der britischen Staatsschuld, die Reform der Verwaltung in Indien enthält.

Die englische und die französische Flotte. In der „Eastern Question" als siebentes Kapitel veröffentlicht. Wir haben schon in der einleitenden Anmerkung darauf hingewiesen, daß Engels das Pamphlet von J. Mac Neil benützt hat. In diesem Kapitel ist einiges fast wörtlich daraus entnommen. So die Stelle über Rußlands Protektorrolle. Da uns das englische Original nicht zur Verfügung steht, bringen wir das Zitat nach der französischen Übersetzung. (Progrès et position actuelle de la Russie en Orient, Paris 1836.)

„Pierre s'était proposé de s'élever sur les ruines de la Turquie. Catherine persuada l'Autriche et convia la France à participer au démembrement de la Turquie et à l'établissement d'un empire grec à Constantinople, sous son petit fils, qui fut élevé et reçut même un nom en vue de ce résultat. Nicolas, plus réservé, demande seulement le protectorat exclusif sur la Turquie. L'Europe, qui n'a pas oublié que la Russie a été protectrice de la Pologne, — protectrice de la Courlande — protectrice de la Georgie, de l'Imérelie, de la Mingrelie, des tribus circassiennes et caucasiennes — aura droit de se demander, quel nouveau motif d'offense la Turquie a pu donner à l'émpereur, pour qu'il la menace de la condamnation fatale du protectorat russe." (A. a. O. S. 73, 74.) Ebenso sind alle Angaben über Rußlands Vergrößerung wiederholt. „Les acquisitions qu'elle a faites sur la Suède sont plus grandes que tout ce qui reste de cet ancien royaume ... enfin, tout ce qu'elle a acquis dans le courant de 64 années, depuis 1772, surpasse, en étendue et en importance, son empire entier en Europe avant cette époque." (A. a. O. S. 209, 210.) Marx folgt Mac Neil und sagt „in den letzten sechzig Jahren", vergißt aber, daß seit 1836 noch achtzehn Jahre verflossen waren und daß während dieser Jahre die „Expansion" weitere Fortschritte machte. Gerade im Jahre 1836 beginnt der energische Vorstoß Rußlands in Asien, der fortwährend Konflikte mit England sowohl in Persien wie in Afghanistan hervorruft und zu einer Verschärfung der Beziehungen zwischen beiden Staaten führt, bis das gemeinsame Auftreten Englands und Rußlands gegen Frankreich im Jahre 1840 zu einer vorläufigen Entladung dieses Gegensatzes und sogar einer Annäherung in den vierziger Jahren führt. Noch energischer wird in der Periode 1836 bis 1853 die Expansion im Kaukasus fortgeführt.

Russischer Schwindel. In der „Eastern Question" als achtes Kapitel veröffentlicht. In dem auch von uns nicht abgedruckten Teil gibt Marx weitere Beweise, daß seine Kritik des Gladstoneschen Finanzplans sich bestätigt. Seine Ausführungen über die indischen Reformen gehören in den dritten Band. Über die „gut informierten Russen, die selbst aus der Aristokratie stammen und mit denen Marx viel in Paris verkehrte", vergl. meinen Aufsatz „Marx und seine russischen Bekannten in den vierziger Jahren" (Neue Zeit, XXXI, 1, S. 715 bis 721, 757 bis 766). In dem Briefe wiederholt Marx den Lapsus, der schon Engels in seinen früheren Artikeln unterlaufen war. Urquhart war im Jahre 1853 nicht mehr Parlamentsmitglied. Er unterlag bei den Wahlen von 1852. Denselben Gedankengang, den Marx, anknüpfend an das Zitat aus dem Journal des Débats, entwickelt, finden wir in seinem Briefe an Engels vom 1. Juni. „Das Journal des Débats hat vorgestern das wahre Geheimnis ausgesprochen, warum Rußland so frech ist. Entweder, sagt es, muß der Kontinent seine Unabhängigkeit russischer Gefahr aussetzen, oder er muß dem Kriege sich aussetzen, und das ist die ‚Révolution sociale'. Nur vergißt das elende Débats, daß Rußland sich ebensosehr vor der Revolution fürchtet wie Mr. Bertin und daß der ganze Witz jetzt darin liegt, wer sich den meisten Schein der ‚Nichtfurcht' zu geben weiß. Aber England und Frankreich — die offiziellen — sind so miserabel, daß, wenn Nikolaus steifhält, er alles ausrichten kann."

Die Türkei und Rußland. — Die russische Politik gegenüber der Türkei. In der „Eastern Question" als zehntes und elftes Kapitel veröffentlicht. In der New York Tribune enthält die erste Korrespondenz noch einige Details über die Steuer auf Zeitungsbeilagen und die parlamentarische Korruption, die zweite eine ausführliche Darstellung der Streikbewegung. — Für die historischen Rückblicke und Parallelen, die uns in beiden Kapiteln von Marx geboten sind, bildet die Hauptquelle das berühmte Portfolio, die historische Zeitschrift, die von D. Urquhart herausgegeben worden ist. Über die Entstehung dieses Unternehmens berichtet uns Engels folgendes:

„Ein schwerer Unfall indes traf die zarische Diplomatie: Als der Großfürst Konstantin am 29. November 1830 aus Warschau vor den polnischen Insurgenten flüchten mußte, fiel diesen sein ganzes diplomatisches Archiv in die Hände, Originaldepeschen des auswärtigen Ministers und amtliche Abschriften aller wichtigen Depeschen des Gesandten. Das ganze Getriebe der russischen Diplomatie von 1825 bis 1830 war bloßgelegt. Die polnische Regierung sandte diese Depeschen durch den Grafen Zamojski nach England und Frankreich, und auf Antrieb Wilhelms IV. von England wurden sie 1834 (?) im Portfolio durch David Urquhart veröffentlicht. Dies Portfolio ist noch immer eine der Hauptquellen, und jedenfalls die unbestreitbarste, für die Geschichte der Intrigen, wodurch das

Zarentum die Nationen des Westens gegeneinander zu verhetzen sucht, um sie infolge dieser Spaltungen alle zu beherrschen." (Die auswärtige Politik des russischen Zarentums.)

Jetzt besitzt die ganze Sammlung bloß ein historisches Interesse. Im Jahre 1836 erregte sie aber in ganz Europa außerordentliches Aufsehen. Man hatte Grund genug, zu glauben, daß hinter dieser Publikation das englische Ministerium des Äußern stehe. Wie wir noch sehen werden, fiel es später Palmerston, der damals an der Spitze dieses Ministeriums stand, sehr schwer, die Verantwortung dafür von sich abzuschütteln. Die Veröffentlichung erfolgte nach dem größten Triumph der russischen orientalischen Politik, nach dem Vertrag von Unkiar Skelessi, nach den Vereinbarungen von Münchengrätz und Berlin, die aus Rußland wiederum das Zentrum der Heiligen Allianz machten, nach einer Annäherung an Österreich, das sich wenige Jahre vorher durch seine Unterstützung der Türkei mit Rußland stark verfeindet hatte. Es war daher sehr wichtig, dieses neue Einvernehmen durch Enthüllungen aus den russischen Archiven womöglich zu trüben und die öffentliche Meinung Deutschlands auf die Rolle, die Rußland in der inneren Politik der deutschen Staaten spielte, aufmerksam zu machen. Und eben dieses Ziel verfolgte das Portfolio. Außer den Aktenstücken aus der russischen diplomatischen Kanzlei brachte es noch andere Dokumente — insbesondere über Deutschland — und Korrespondenzen. Unter den Pseudonymen Germanicus Vindex und Banks of the Elbe schrieb aus Hamburg für das Portfolio der bekannte deutsche Publizist Chr. Fr. Wurm, der später eine Geschichte der orientalischen Frage verfaßte und die Interessen des deutschen Handels im Orient eifrig vertrat. Einer der ersten, die in Deutschland die Aufmerksamkeit auf diese — „die erste, ein europäisches Aufsehen erregende Schrift" — richtete, war Ranke, dem die im Portfolio veröffentlichten Dokumente den Beweis lieferten, daß die Allianz der großen Kontinentalmächte und insbesondere Österreichs und Rußlands nicht mehr Kraft besitze als die Interessen, die diese Allianz herbeiführten. Gerade im Jahre 1836 tauchte der Handelsgegensatz zwischen Preußen und Rußland wieder auf, den die Diplomatie beider Länder mit größter Mühe zu vertuschen versuchte, der aber immer wieder von neuem bewies, wie schwer es sei, die Interessen des aufstrebenden Kapitalismus mit den Interessen der Ordnung in Einklang zu bringen.

Das Portfolio verschaffte allen Gegnern Rußlands eine vortreffliche Waffe, die geheimen Pläne der russischen Diplomatie an den Pranger zu stellen. Man las mit größtem Vergnügen, wie die russischen Diplomaten unter sich die Stützen der europäischen Ordnung behandelten, die sie öffentlich immer mit Komplimenten überschütteten. „Höchst unliebsam fühlte sich Metternich durch die Enthüllung des schroffen Gegensatzes berührt, in den er selbst sich während des letzten Russisch-Türkischen Krieges zum Zaren gestellt hatte. Zur Widerlegung der im Portfolio ab-

gedruckten damaligen ‚skandalösen' Berichte Pozzo di Borgos übersandte er eine große Rechtfertigungsschrift mit aktenmäßigen Beilagen nach Petersburg. Der Zar ließ ihm zur Antwort sagen, ‚das alles rühre aus einer bösen Zeit, von der man nicht mehr reden müsse'. Aber unverkennbar war es: aus diesen wie aus anderen Stücken des Portfolio drohte ‚ein wesentlicher Schaden für die konservative Allianz zu erwachsen'." (A. Stern, Geschichte Europas 1815 bis 1871, 5. Band, S. 371, 372.)

Marx nennt seine Quelle nicht, aber gerade diese „skandalösen Berichte" sind es — die Depeschen Pozzo di Borgos (28. November und 14. Dezember 1828) und die Depesche Lievens (13. Juni 1829) —, die er in seinen Artikeln zitiert. Auch andere Angaben, die er im Zusammenhang mit diesen Enthüllungen bringt, sind dem Portfolio entnommen. Ein detaillierter Vergleich seiner Zitate mit den Originalen wie eine Kritik der Schlußfolgerungen, die er aus diesem Material zieht, gehört aber nicht in diese Ausgabe.*

Russisch-türkische Schwierigkeiten. Den Schluß, der über die ostindische Frage berichtet, bringen wir nicht. — Die Überzeugung, daß Österreich damals in vollständiger Übereinstimmung mit Rußland handelte, teilte Marx mit allen seinen Zeitgenossen. Daß Buol als Schwager des russischen Gesandten gewiß im Interesse Rußlands wirkte, war, wie uns Greville erzählt, eine weitverbreitete Meinung. Aber auch in dem absolutistischen Österreich ging es nicht ohne einen Kampf der verschiedenen Richtungen. Außerdem genügte es, wie Buol selbst einmal sagte, einen Blick auf die geographische Karte zu werfen, um sich zu überzeugen, daß die österreichischen Konzessionen an Rußland eine bestimmte Grenze hatten. Als Nikolaus, trotz aller Einwendungen der Wiener Regierung, doch die Donaufürstentümer besetzte, wurde diese Schranke erreicht. Wie Buols Schwager sich über ihn äußerte, kann man aus folgendem ersehen: „Mein Schwager Buol ist ein politischer Hundsfott; er fürchtet jeden Krieg, aber allerdings mehr einen Krieg mit Frankreich als mit Rußland." (Aus dem Brief von Gerlach — vom 15. November 1854 — in „Gedanken und Erinnerungen von Bismarck", 1. Band, S. 106.)

---

* Vergleiche „The Portfolio or a collection of State Papers, illustrative of the history of our Times". London 1836. 1. Teil, S. 171 bis 186, S. 341 bis 366, S. 407 bis 477. 2. Teil, S. 123 bis 153, S. 207 bis 230. Die französische Ausgabe hat den Vorzug, daß sie alle Depeschen ausnahmslos im französischen Original wiedergibt. Alle drei Depeschen sind in der späteren Folge des Portfolio wiederholt, wo Lievens Depesche viel vollständiger ist als in der ersten. Deutsch sind sie im „Neuesten Portfolio", Leipzig 1848, Erstes Heft, S. 61 bis 89, Drittes Heft, S. 33 bis 105 abgedruckt worden.

Diese „antirussische" Politik schloß nicht aus, daß in allen anderen Angelegenheiten, in denen die Interessen der Ordnung nicht mit anderen, viel wichtigeren — ökonomischen und machtpolitischen — Interessen kollidierten, Buol und sein Gesandter in Konstantinopel, Bruck, ebenso brutal handelten wie die russische Regierung und wegen einer Lappalie, wie das Vergnügen, einen ungarischen Flüchling zu verhaften, bereit waren, Himmel und Erde in Bewegung zu setzen. So anläßlich des sogenannten Koszta-Handels; so hieß der Ungar, den Marx erwähnt. Die Angelegenheit machte damals sehr viel Lärm in Europa und Amerika. Formell zwar kein Bürger der Vereinigten Staaten, stellte sich Martin Koszta unter den Schutz des amerikanischen Konsuls in Smyrna, Offley, der seine Befreiung sofort energisch verlangte. Da Bruck sie zweimal verweigerte, erzwang am 2. Juli 1853 der Kapitän Ingraham die Auslieferung unter der Drohung, daß er das österreichische Schiff, auf dem sich Koszta in Haft befand, versenken werde. Wenn auch die gesamte konservative Presse gegen diese dreiste Einmischung eiferte, so wurde der Yankee doch mit einem Male der populärste Mann in den Vereinigten Staaten. Die New York Tribune schrieb, daß Ingraham, wenn er das österreichische Schiff auch wirklich versenkt hätte, nichts riskiert hätte, als bei den nächsten Wahlen Präsident der Republik zu werden. Die ganze Geschichte endete für die österreichische Regierung mit einer vollständigen Blamage.

Der Bericht über die Friedensversammlung in Halifax, in der Jones das Volk zum Kriege aufforderte, ist möglicherweise in der Redaktion stark gekürzt worden. Jedenfalls ist er insofern irreführend, als er aus dem Chartistenführer einen fanatischen Anhänger des Krieges um jeden Preis macht. Wahr ist nur, daß für die Begründung, die die Manchesterleute, wie Cobden, ihren Friedensbestrebungen gaben, Jones ebenso wie Marx nur Worte der Verachtung hatten. Denn es war ein schreiender Widerspruch in der Haltung der von Cobden und Bright geführten industriellen Bourgeoisie, die in rücksichtslosester Weise gegen die streikenden Baumwollarbeiter vorging und in ihrer Agitation für den Frieden als Hauptargument, wie noch vor einigen Monaten die guten Absichten Napoleons, so jetzt die Friedensliebe eines Nikolaus hervorhob. Hören wir Bucher: „Die Freihändler haben eine gewisse Zärtlichkeit für den Despotismus, wahrscheinlich mit dem Hintergedanken, daß irgendeine List der Idee ihn betrügen und am Ende abtun werde. Oder glauben sie wirklich an Louis Napoleons Stammbuchvers: ‚Die Freiheit krönt das Werk'? Glauben sie, daß er oder irgendein Machthaber, nachdem er seine Herde gehörig aufgefüttert hat, ihr eines schönen Tages die Freiheit zum Geschenk machen, auf den Altenteil gehen oder sich in den Ätna stürzen wird? Es ist ihre Sache, sich darüber zu erklären; Faktum ist, daß sie für den Kaiser der Franzosen und den Kaiser aller Reußen eine tiefe Verehrung empfinden und zerrissenen Herzens dastehen, seit die beiden

Verehrten in Streit geraten. Näheres in Mr. Cobdens Reden über die gute Verpflegung der englischen Kindermädchen in Petersburg, die schlechte Unterhaltung des Straßenpflasters in Pera und die logische Folge dieser beiden Prämissen: die Russen nach Konstantinopel!"

Diese Heuchelei des bürgerlichen Pazifismus, der für Schiedsgerichte plädierte in einer Zeit, wo die Entscheidung über alle Fragen des Friedens in den Händen oligarchischer Cliquen oder asiatischer Despoten lag, geißelte Jones in People's Paper unaufhörlich. Auf die neue Agitation Cobdens antwortete er in dem Artikel „Neue Friedensagitation" (Leitartikel, 9. Juli 1853) und in seiner Rede in Halifax, die in der folgenden Nummer ausführlich wiedergegeben ist (Ein grandioses Meeting in Halifax — Niederlage der Manchester Friedenskrämer, 16. Juli 1853). „‚Friede' ist der Schrei der Wucherer — ‚Friede' ist der Schrei des Mörders, nachdem er sein Opfer geschlachtet hat (Anspielung auf Napoleon, der nach seinem blutigen Staatsstreich erklärte: L'empire — c'est la paix).... Waren es ‚Friede und Nichteinmischung', als das diabolische Triumvirat (Österreich, Rußland und Preußen) dreimal Polen zerstückelten, ermordeten, plünderten? Waren es ‚Friede und Nichteinmischung', als Rußland mit 160 000 Räubern Ungarn überzog?"

Die Resolution, die Jones vorschlug, lautete folgendermaßen:

„In Erwägung, daß der Krieg ein Unglück ist, das alle Freunde der Menschheit und insonderheit die Christen mit allen Mitteln abzuwehren verpflichtet sind, daß gegenwärtig, wo die Völker keine Stimme in der Führung der Staatsangelegenheiten haben, das vorgeschlagene Schiedsverfahren bloß ein Schiedsgericht der Tyrannen bleiben wird, daß die despotischen Übergriffe auf dem Kontinent eine bewaffnete britische Intervention notwendig machen, ist das Meeting der Ansicht: jede Bewegung, die die energische Aktion der britischen Macht verhindern will, die in Rußland den Glauben nährt, daß es straflos vorgehen darf, und es dadurch in seiner aggressiven Politik unterstützt, widerspricht den höchsten Interessen der gesamten Menschheit; und da die Tyrannen ihre Angriffe gegen die Freiheit nie ruhen lassen, würde es unserem Lande viel mehr Blut und Gut kosten, den Angriff Rußlands abzuwehren, nachdem man ihm erlaubt hat, sich gründlich vorzubereiten, als jetzt, wo es relativ schwach ist. Des weiteren erachtet das Meeting, daß das beste Mittel, den Frieden zu sichern, die Abrüstung der Tyrannen ist, und daß die einzige Basis, auf der ein gerechtes Schiedsgericht errichtet werden kann, die Eroberung der Freiheit ist, die allein imstande ist, das Volk zu befähigen, als Schiedsrichter aufzutreten und jede weitere Versklavung der Völker durch die wachsende Macht Rußlands zu verhindern."

So fremdartig diese Resolution noch vor kurzem als eine sozialistische Kundgebung erscheinen konnte, so scharf sie gegen die Cobdensche Forderung des Friedens „um jeden Preis" auftritt, wird man sie, wenn man sich die damalige Situation vergegenwärtigt, nicht mißverstehen. Die

Chartisten waren eben keine Sozialdemokraten, und Rußland war noch ein Land, wo keine wirkliche Opposition gegen den asiatischen Despotismus, die gegen seine erobernden Gelüste auftreten konnte, vorhanden war.

Tatsache bleibt folgendes — und es wird immer von neuem bestätigt durch alle seit jener Zeit bekannt gewordenen Dokumente und Quellen, russische noch mehr als westeuropäische: Gerade die schwankende Haltung des Koalitionsministeriums, die feste Überzeugung, die in Nikolaus auch durch die Berichte des russischen Gesandten in London genährt wurde, das offizielle England werde nie „einer konservativen Macht wie Rußland" wegen des türkischen Gesindels (Aberdeen sprach sich noch schärfer aus) den Krieg erklären; die Überzeugung, die englischen „Krämer" — Cobden und Komp. — seien ihm alle gewogen und würden für den Frieden um jeden Preis eintreten, um nur nicht den kolossalen russischen Markt zu verlieren; alle diese Motive waren es, die, von anderen Faktoren abgesehen, den Konflikt vorbereiteten, den russischen Zaren auf der abschüssigen Bahn immer weiter trieben, bis die sogenannte „nationale Ehre" keinen Rückzug mehr gestattete und der „von niemand gewollte" Krieg unvermeidlich geworden war.

Rußland und die Westmächte. Den Teil der Korrespondenz, der einige Tatsachen über das Parlament und die indischen Angelegenheiten enthält, lassen wir weg. — In der kurzen Zusammenfassung der Orientfrage, die Marx in diesem Kapitel gibt — die Korrespondenz in der Tribune ist unterzeichnet —, tritt der Gegensatz, der zwischen seinen und Engels' Ansichten und denen Urquharts besteht, in grellster Weise hervor. Seine Hoffnung, die Politik der reaktionären westlichen Regierungen werde unbedingt Unwillen bei den Völkern erzeugen, bewahrheitete sich sogleich. Um das „Prestige" gegenüber der „großen Masse" im Innern zu bewahren, waren Frankreich und England gezwungen, dasselbe „Prestige" gegenüber Rußland aufrechtzuerhalten. Die Zitate aus der Presse, die Marx bringt, spiegeln uns die Stimmung in den offiziellen Regierungskreisen getreu wider, wo mit jedem Tage auch die Empörung über Nikolaus wuchs, der „ganz außer acht läßt, wie erregt die Gemüter in Europa seien", und sich wenig um die inneren Schwierigkeiten kümmerte, mit denen die herrschenden Klassen in England und Frankreich gezwungen waren, zu rechnen. Es war wirklich schwer für sie, ihm ein größeres Entgegenkommen zu beweisen, als sie es in der „Wiener Note" an den Tag legten.

Die herkömmliche Politik Rußlands. Einige Notizen über das finanzielle Fiasko des Koalitionsministeriums und eine Schilderung des Streiks der Droschkenkutscher sind fortgelassen. Die Äußerungen des Barons Thugut, die hier aus dem englischen Original übersetzt wurden und die im deutschen Original viel weitschweifiger sind, fallen in die Zeit

nach dem Abschluß des Vertrags von Kutschuk-Kainardschi und sind in ihrem vollen Wortlaut im achten Bande der Hammerschen Geschichte abgedruckt (Auszug aus dem abgesonderten Bericht des Freiherrn v. Thugut, 3. September 1774, S. 577 bis 582). Der österreichische Gesandte tröstete seine Regierung damit, daß Rußland auch die Moldau und Walachei dem „allerhöchsten Hofe" überlassen werde und daß „der gegenwärtige russische Krieg, sonder Zweifel, der letzte an der Donau gewesen ist"! Der Geschichtschreiber der „Orientalischen Politik Österreichs seit 1774", A. Beer, bringt denselben Bericht in einer verstümmelten Form, um diese „staatsmännische Begabung" nicht zu kompromittieren, die durch die Geschichte so schlagend widerlegt worden war.

Der Exkurs in die alte russische Geschichte findet seine Ergänzung und Berichtigung in einer späteren Arbeit Marxens, die wir im dritten Bande vollinhaltlich bringen werden. Dort wird gerade das Gegenteil behauptet, nämlich daß trotz scheinbarer Ähnlichkeit die Politik der ersten Ruriks sich vollständig von der des heutigen Rußland unterscheidet. „Das rapide Streben nach Vergrößerung war nicht das Ergebnis schlau angelegter Pläne, sondern das natürliche Resultat der primitiven Organisation der normannischen Eroberungen." Die Übereinstimmung in den Zielen der russischen Politik, die nach Marx ihre Stärke bildet, war ein Produkt späterer geschichtlicher Entwicklung. Das aber, was Marx über die russische Diplomatie sagt, die regelmäßig Schiffbruch litt, wenn es galt, die historische Bewegung der westeuropäischen Völker zu begreifen, fand seine Bestätigung auch während des Krimkriegs. Übrigens ist es eine Eigenschaft, die wie andere Eigenschaften der russischen Diplomatie keine nationale Eigentümlichkeit, sondern, wie der „parlamentarische Kretinismus", ein Produkt einer professionellen Beschränktheit, also eine Eigenschaft der Diplomatie überhaupt ist, die unter den gegebenen Faktoren, mit denen sie rechnet, nur jene versteht, die ihren Ausdruck am grünen Tisch finden.

Die türkische Frage im Oberhaus und Unterhaus. Die Briefe vom 2., 5. und 12. August 1853, von denen kleine Teile in der „Eastern Question" veröffentlicht sind, nahmen wir in unsere Sammlung nicht auf. Erst die Briefe vom 16. und 18. August liefern ein zusammenfassendes Bild der englischen Stimmungen, soweit sie ihren Ausdruck in den Debatten des Ober- und Unterhauses fanden. In dieser Beziehung geben Marxens Berichte, so subjektiv sie gefärbt sind, eine Menge von Tatsachen, nach denen wir vergeblich nicht nur in den allgemeingeschichtlichen Werken suchen werden, sondern auch in der Fachliteratur, die immer noch bloß die rein diplomatischen Begebenheiten und die fertigen Entscheidungen der Staatsmänner berücksichtigt. Ignoriert man aber den inneren Kampf verschiedener Interessengegensätze, wie er sich in und außer dem Parlament abspielt, so bleibt keine andere Erklärung übrig als die Schlau-

heit und das Intrigenspiel der Staatsmänner einer Nation oder die Dummheit und Blindheit der Staatsmänner anderer Nationen. Und doch war England damals das einzige europäische Land, wo die Fragen der auswärtigen Politik im Parlament vielseitig und ausführlich erörtert wurden — in gewisser Hinsicht sogar viel ausführlicher und freier als gegenwärtig. Das sarkastische Bild, das Marx uns zeichnet, führt uns alle Richtungen der Regierung und der Opposition vor.

Die Sendung Menschikoffs und die Gerüchte, die über seine Forderungen an die Pforte zirkulierten, zwangen das Koalitionsministerium am 25. April 1883, einige Erklärungen abzugeben. Clarendon versicherte, es sei ihm gut bekannt, daß Menschikoffs Vollmachten sich allein auf die Frage der heiligen Stätten bezögen, daß die Regierung in vollem Einverständnis mit der französischen handle, daß der Integrität der Pforte keine Gefahr drohe. Seine Bürgschaft war das Wort des Kaisers. Es kamen aber gleich darauf Nachrichten, die mit diesem Optimismus in großem Widerspruch standen. Die Opposition — Malmesbury im Oberhaus, Disraeli im Unterhaus — stellte am 27. Mai neue Fragen. Clarendon antwortete wieder, die Gerüchte seien übertrieben, und trotzdem die Regierung jetzt dank dem Telegraphen schneller als früher die Nachrichten bekomme, sei er noch nicht imstande, darüber eine definitive Erklärung abzugeben. Ebenso ausweichend war die Antwort, die Russell im Namen der Regierung im Unterhaus gab. Drei Tage darauf, als es schon außer jedem Zweifel stand, daß Menschikoff nach der Ablehnung seines Ultimatums Konstantinopel verlassen habe und die Opposition die Frage wieder auf die Tagesordnung stellte, erklärten Clarendon und Russell, sie hielten es für inopportun, eine Antwort zu geben. Dann kam die Note Nesselrodes und die Okkupation der Donaufürstentümer. Die Aufregung wuchs immer mehr. Es war schon kein Geheimnis, daß auch innerhalb des Kabinetts keine Einigkeit in bezug auf die einzuschlagende Politik herrsche. Die Opposition forderte beharrlich neue Aufklärungen, die Regierung aber wich beständig aus oder erklärte, der Gang der Unterhandlungen lasse es nicht ratsam erscheinen, diese Fragen zu beantworten. Das Kabinett hoffte, es werde ihm gelingen, die Sache bis zum Schlusse der Session zu verschleppen und dann, bei der Wiedereröffnung des Parlaments, das günstige Resultat seiner diplomatischen Aktion mitzuteilen. Gerade während dieser Zeit arbeitete die Wiener Konferenz, und beide Regierungen — die französische und die englische — glaubten, die „Wiener Note" werde sowohl Rußland wie die Pforte befriedigen.

Der „Druck von außen" erwies sich aber stärker als das Sträuben der Regierung, eine klare Antwort zu geben. Alarmierende Nachrichten aus Konstantinopel, der anmaßende Ton der russischen diplomatischen Kundgebungen, die „Unruhe", die sich der europäischen Börsen bemächtigte, die unbegreifliche „Nachsicht", die die englische Regierung an den Tag legte — alles das steigerte die Aufregung in England immer mehr. Die

Opposition trat so energisch auf, daß sie in beiden Häusern des Parlaments direkt gegen den Willen der Regierung eine allgemeine Debatte erzwang.

Die torystische Opposition — Malmesbury im Oberhaus, Disraeli im Unterhaus — forderte in Wirklichkeit nichts anderes, als was im Ministerium selbst von Palmerston und Russell, auch von Clarendon gegen Aberdeen verteidigt worden war — ein energischeres Auftreten gegen Rußland und Betonung der Entente mit Frankreich. Die Tories betrachteten es als ihr Verdienst, daß sie im Gegensatz zu Aberdeen von Anfang an dem russischen Kaiser zu verstehen gegeben hatten, er dürfe keineswegs auf einen Gegensatz zwischen England und Frankreich in seinen politischen Kombinationen rechnen. Das hinderte Malmesbury, als Minister des Auswärtigen, nicht, Rußland in der dänischen Frage zu unterstützen. In dieser Beziehung war er ein ebenso williger „Diener" des russischen Kaisers wie Aberdeen und Palmerston. Wenn sich aber Marx über den Versuch Malmesburys, die Haltung des russischen Kaisers zu erklären, auch lustig macht, so konnte er sich ein Jahr später doch davon überzeugen, daß gerade Malmesbury, der das Memorandum von 1844 sehr gut kannte, besser als jeder andere imstande war, den Eindruck „psychologisch" zu analysieren, den die Bildung des Koalitionsministeriums mit Aberdeen als Premier auf das „Gemüt" des Kaisers machen konnte. In seinem Tagebuch, das er dreißig Jahre später veröffentlichte (Memoirs of an Ex-Minister. An Autobiography. 1884. 2. Band, S. 121, 122), finden wir schon unter dem Datum vom 3. Juni 1853 folgende Stelle, in der er die Haltung Aberdeens bespricht: „Es gibt einen Umstand, der, wie ich glaube, Lord Aberdeen in diesem Moment sehr stark beeinflußt: als nämlich Kaiser Nikolaus im Jahre 1844 nach England kam, so haben er, Sir Robert Peel (damals Premierminister), der Herzog von Wellington und Lord Aberdeen (damals Auslandsminister) ein Memorandum aufgesetzt und unterzeichnet, dessen Inhalt und Zweck die Unterstützung Rußlands in seinem wohlberechtigten Protektorat über den griechischen Kultus und die heiligen Stätten war, und zwar ohne daß Frankreich dabei konsultiert wurde. Als das Ministerium Lord Derbys zustande kam, war ich anfangs nicht in der Lage, die geheimnisvollen Anspielungen zu verstehen, die Brunnow von Zeit zu Zeit machte und die er weiter unterließ, als er bemerkte, daß ich von diesem Memorandum entweder nichts wisse oder wünsche, es zu ignorieren. Seitdem es verfaßt und geschrieben wurde, hat sich die Sachlage in Europa total geändert und ist sogar auf den Kopf gestellt. Im Jahre 1840 hatten die Ereignisse im Osten England und Frankreich einander völlig entfremdet, und Napoleon existierte noch nicht als Faktor der europäischen Politik. Nun ist er französischer Kaiser geworden, Wellington und Peel sind tot, es ist aber nicht unnatürlich, daß Nikolaus jetzt, wo der einzige von jenen drei englischen Staatsmännern, der noch lebt, Premier geworden ist, den geeigneten

Moment nahen sieht, den Rußland so lange erwartet, um die Türkei zu überfallen. Seine bedrohenden Unterhaltungen mit Sir Hamilton Seymour begannen erst, nachdem Lord Derby seine Demission eingereicht hatte, und zugleich stellte Menschikoff seine anmaßenden Forderungen. Der Zar glaubt, daß Lord Aberdeen sich nie mit Frankreich gegen ihn alliieren wird, und meint wahrscheinlich, daß Palmerston durch die geisttötende Alltagsarbeit des Ministeriums des Innern ganz verdummt sei." Die letzte Bemerkung im Tagebuch — man vergesse nicht, daß die obigen Zeilen schon am 3. Juni 1853 geschrieben wurden — läßt zwar vermuten, daß der noble Lord im Jahre 1884 seine alten Notizen wahrscheinlich für den Druck sorgfältig redigierte, um seine psycho-analytischen Talente in noch besseres Licht zu stellen, immerhin aber saß er an der Quelle. Auch Palmerston kannte, als Auslandsminister, ganz genau den Inhalt des Memorandums und die Bedenken, die seinen Vorgesetzten in seinem Auftreten gegen Nikolaus so unschlüssig machten. Wie Malmesbury stand auch er auf dem Standpunkt, daß die Sachlage jetzt eine ganz andere sei, wie Malmesbury legte er jetzt den größten Wert auf ein Bündnis mit Frankreich, als das beste Gegengewicht gegen ein Bündnis zwischen Rußland und Österreich. Ebensowenig wie alle seine Kollegen war er moralisch entrüstet über die Vorschläge, die Nikolaus der englischen Regierung in seinen Unterhaltungen mit Sir Hamilton Seymour machte, und glaubte nur, daß England im Jahre 1844 keine andere Verpflichtung übernommen habe, als sich nötigenfalls mit Rußland vorher zu verständigen. Kam das Einverständnis nicht zustande, waren beide Seiten frei. Der einzige Unterschied zwischen ihm und Aberdeen bestand eben darin, daß er forderte, man solle in dem diplomatischen Verkehr mit Rußland eine entschlossenere Sprache führen, aber das besorgten schon ohnedies Clarendon und Stratford, der letztere oft noch entschlossener, als es Palmerston selbst wünschte. Nach außenhin jedoch, im Parlament, verteidigte er die Politik des Kabinetts, eben weil er überzeugt war, daß die von ihm empfohlene Bluffpolitik den besten Erfolg versprach. Durch sein Leiborgan, die Morning Post, sorgte er dafür, daß das Publikum über den Unterschied zwischen ihm und Aberdeen gut informiert blieb.

Sein Ziel erreichte er vortrefflich. Die Rede gegen Cobden sagte dem Publikum, daß nicht Palmerston die Schuld trage, wenn das Ministerium so schwankend und unentschieden in seinem ganzen Auftreten gegen die russischen Übergriffe sei, daß nur sein hochentwickeltes Gefühl der kollegialen Disziplin' den verdienten Staatsmann zwinge, die Verantwortung für eine Politik zu übernehmen, mit der er gar nicht einverstanden sei. War es nicht wirklich empörend, daß es dem Hofe, der Königin und ihrem Berater, einem deutschen Prinzen, gelungen war, diesen berufenen Minister des Äußern von seinem Lieblingsposten zu vertreiben, auf dem er dem Vaterland so viele Dienste geleistet hatte, auf dem der alte Lord

Feuerbrand das Schreckgespenst aller Despoten auf dem Kontinent gewesen war? So wuchs in der City die Popularität des vom Hofe „verfolgten" Palmerston mit jedem Tage zusehends.

Und eben dieses allgemeine Gerede, Palmerston sei the right man on the right place (der rechte Mann auf dem rechten Platze), war es, das Marx veranlaßte, sich eingehender mit seiner Biographie und seiner früheren Leitung der auswärtigen Politik Englands zu befassen.

Palmerston.

I.

Die Artikel über Palmerston, die Marx für die Tribune schrieb, gab er gleichzeitig auch an Ernest Jones für den People's Paper, wo sie mit seiner Unterschrift veröffentlicht wurden. In der Tribune erschienen sie als Leitartikel, also anonym, und wurden demgemäß von Dana an einigen Stellen gekürzt oder geändert. Der Text ist daher nicht in beiden Zeitungen gleichlautend, die Abweichungen sind aber nicht so groß, um in dieser Ausgabe einzeln berücksichtigt werden zu müssen. Die Übersetzung erfolgte nach der Separatausgabe, die Eleanor Marx-Aveling nach dem Text in People's Paper veranstaltet hatte, der den Vorzug der größeren Authentizität hat.

Der Abdruck in dem chartistischen Blatt hat noch einen anderen Vorzug. Die Tribune ließ ein paar Artikel weg. Von acht Artikeln, die People's Paper unter dem gemeinsamen Titel „Lord Palmerston" (22. und 29. Oktober, 5., 12. und 19. November, 10., 17. und 24. Dezember 1853) brachte, erschienen in der Tribune bloß sechs: der erste und zweite als „Palmerston" — am 19. Oktober 1853, der dritte — „Palmerston and Russia" — am 4. November, der vierte und fünfte als „The Eastern Question. A Chapter of modern History" am 21. November, der siebente als „Eastern Question. England and Russia" erst am 11. Januar 1854. Also alle drei erschienen früher in People's Paper als in der Tribune. Der sechste und achte wurden von Dana nicht abgedruckt.

Es ist demnach ein Gedächtnisfehler, wenn Marx in „Herr Vogt" erzählt, die Palmerston-Artikel seien zuerst in der Tribune veröffentlicht worden, und meint: „Kurz nachher ließ ich diese Arbeiten in dem von Ernest Jones redigierten Chartistenorgan The People's Paper abdrucken und fügte neue Abschnitte über Palmerstons Tätigkeit hinzu."

Die Artikel lenkten die Aufmerksamkeit nicht nur in den Vereinigten Staaten, sondern auch in England auf sich. Man hätte Marxens Arbeit gewiß weniger bemerkt, wenn The People's Paper allein sie veröffentlicht hätte. Aber nachdem John Bright im Unterhaus anläßlich der Debatte über die Annoncensteuer so ausführlich alle Vorzüge der Tribune im Vergleich mit den englischen Blättern hervorgehoben, wurde das amerikanische Blatt in der englischen Presse noch viel mehr beachtet als bisher.

E. Tucker gab das dritte Kapitel, als Abdruck aus der Tribune, in seiner Serie der politischen Flugblätter separat heraus (Political Flysheets Nr. 1, „Palmerston and Russia“ mit dem Motto: „Out of thine own mouth will I judge thee“). Es fand reißenden Absatz: in ein paar Wochen wurden ca. 50 000 Exemplare verkauft. Ebenso groß war der Erfolg des zweiten Flugblatts „Palmerston, what has he done? oder Palmerston and the treaty of Unkiar Skelessi“ mit dem Motto: „Thou, wicked servant“ — ein gekürzter Abdruck des vierten und fünften Kapitels.

Es ist also wieder ein Gedächtnisfehler, wenn Marx behauptet, daß diese Separatausgaben von D. Urquhart veranlaßt worden sind. Der Abdruck des Artikels im Glasgow Sentinel, auf den er sich beruft,* erfolgte am 26. November 1853, und aus den Briefen von Marx an Engels erfahren wir, daß er im Januar 1854 mit Tucker schon wegen des zweiten Pamphlets in Unterhandlungen trat, seine erste Zusammenkunft mit Urquhart fand aber erst Anfang Februar statt, wie aus seinem Briefe an Engels zu ersehen ist (9. Februar 1854).

Richtig ist nur, daß Marxens Artikel die Aufmerksamkeit Urquharts auf ihn lenkten. Wahrscheinlich diente als Vermittler Tucker, der in Verbindung mit Urquhart stand und auch dessen Arbeiten in die Flugblattserien aufnahm. In dieselbe Zeit fällt auch Urquharts Versuch — es war nicht der erste —, mit den Chartisten Beziehungen anzuknüpfen. So finden wir in People's Paper (in der Nummer vom 21. Januar 1854, also ein paar Wochen vor der Zusammenkunft) einen Brief Urquharts über die Türkei. Dieser Versuch scheiterte aber an dem, was Marx als Urquharts Monomanie bezeichnet.

„Ich hatte Rendezvous mit Urquhart. Das Kompliment, womit er mich überraschte, war, daß die Artikel gewesen, als wenn ein ‚Türke‘ sie geschrieben, worin er keineswegs sich bestätigt (?) fände durch meine Erklärung, daß ich ein ‚Revolutionist‘ sei. Er ist ein kompletter Monoman. Glaubt sicher daran, daß er eines Tages der Premier von England sein wird. Wenn die anderen alles down (zu Boden) getreten, wird England kommen und sagen: Urquhart, rette uns! Und dann wird er es retten. ... Hauptwitz bei dem Kerl: Rußland beherrscht die Welt durch seinen spezifischen Überfluß an brain (Verstand). Um es mit ihm aufzunehmen, muß man ein Mann von brain von Urquhart sein, und wenn man das Unglück hat, nicht Urquhart selbst zu sein, muß man wenigstens Urquhartite sein, das heißt glauben, was Urquhart glaubt, an seine ‚Meta-

* „Unterdes hatte auch der Glasgow Sentinel einen dieser Artikel (Palmerston and Poland) abgedruckt, der die Aufmerksamkeit des Herrn D. Urquhart auf sich zog. Infolge einer Zusammenkunft, die ich mit ihm hatte, veranlaßte er Herrn Tucker in London zur Herausgabe eines Teiles jener Artikel in Pamphletform.“ Marx, Herr Vogt, London 1860, S. 59.

physik', seine ‚political economy' usw. Man muß im ‚East' gewesen sein oder wenigstens türkischen ‚Geist' sich angeeignet haben usw."

Wie andauernd der Erfolg der Marxschen Arbeit und wie groß das Interesse gerade für seine Darstellung der Palmerstonschen Karriere war, zeigen noch andere Tatsachen. Am 27. Juli 1854 teilt er Engels mit, daß „Vater Tucker" ihm folgendes schreibt: „Werter Herr! Es besteht gerade jetzt eine ziemlich lebhafte Nachfrage nach den Flysheets. Könnten Sie mir einige Artikel aus der Tribune senden, die dem Geschmack des Publikums entsprechen würden? Der dritte über Palmerston würde den Absatz der anderen zwei fördern." Marx macht daher Engels den Vorschlag, mit Tucker in Unterhandlungen zu treten, erstens wegen eines allgemeinen Pamphlets über Palmerston, zweitens wegen eines anderen über die Diplomatie und die Kriegführung der Engländer. Es ist uns eine Annonce bekannt, die besagt, daß, wenn sich 500 Abonnenten finden, E. Tucker ein großes Werk von Dr. Charles Marx über Palmerston veröffentlichen werde unter dem Titel: „The political Biography of Lord Palmerston" mit dem Motto: „The truth, the whole truth, and nothing but the truth, so help me god." Preis 5 Schilling. Aus der Sache ist aber nichts geworden, vielleicht weil Tucker nicht gewillt war, das Risiko zu übernehmen.

Erst zwei Jahre nach dem Erscheinen der Artikel in der Tribune und in People's Paper brachte die Sheffield Free Preß, das Hauptorgan der Urquhartiten, den Artikel „Palmerston and Russia" (am 17. November 1855), der auch in der Londoner Ausgabe der Free Preß veröffentlicht wurde. Unter dem gemeinsamen Titel „Story of the life of Lord Palmerston" sind nachher alle Artikel aus dem People's Paper abgedruckt worden (17. November und 29. Dezember 1855, 5. und 12. Januar, 9. und 16. Februar 1856).

Die Veröffentlichung des ersten Artikels erfolgte ohne Marxens Erlaubnis. Wie aus einem Briefe von Tucker an ihn (vom 21. November 1855) zu ersehen ist, hat er gleich dagegen Protest erhoben, später aber eingewilligt. Aus der Free Preß erfahren wir, daß die Artikel auch separat erschienen. Das Büchlein ist noch vier Jahre nachher auf der Umschlagseite des „Herr Vogt" unter anderen Werken von Marx angeführt. Auch in einem kurzen Verzeichnis seiner Schriften, das Marx für den russischen Übersetzer des „Kapital" im Jahre 1868 angefertigt hat, erwähnt er seine Flugblätter gegen Palmerston aus den Jahren 1853/54, wobei er als Verlagsorte London, Birmingham und Glasgow angibt.*

Schon diese Tatsachen zeigen, daß auch für die Urquhartiten die Marxschen Arbeiten viel Neues boten, daß sie keinesfalls eine Kompi-

* Weder im Britischen Museum noch in anderen größeren Londoner Bibliotheken, auch nicht im Marx-Engelsschen Nachlaß fand sich ein Exemplar dieser Ausgaben, außer den Flysheets von Tucker.

lation oder Paraphrase der Urquhartschen Schriften waren. Sonst wäre das große Interesse, das sie erweckten, völlig unbegreiflich. Zwar stehen die in ihnen entwickelten Ansichten nicht in einem solchen Gegensatz zu den Urquhartschen wie in den Artikeln über die orientalische Frage, sie bilden aber die Frucht einer ganz selbständigen, von einem ganz anderen Standpunkt aus durchgeführten Untersuchung und haben mit den Urquhartschen nur das gemein, daß sie beide Palmerston heftig angreifen und in einigen Punkten zu denselben Schlüssen kommen. Den besten Beweis liefert gerade die Geschichte der Marxschen Arbeit.

II.

Neues Licht auf die Entstehung der Marxschen Artikel über Palmerston werfen jetzt seine Briefe an Engels. Zum ersten Male schreibt er darüber am 8. Oktober 1853. „Seit Piepers Einkerkerung habe ich sechs Artikel eingeschickt, darunter einen fulminanten Anklageakt gegen Palmerston, worin ich seine Karriere von 1808 bis 1833 verfolge. Die Fortsetzung werde ich schwerlich bis Dienstag liefern können, da viele Blue Books und Hansard nachzuschlagen." Und in dem Briefe vom 12. Oktober 1853: „Was die Tribune angeht, so werde ich bis Freitag Artikel 2 über Palmerston fertig haben. Artikel 3 und ultimus, der die Periode von 1848 bis 1853 umfaßt, erheischt so viele Blue Books und Parlamentsdebatten, daß ich, da Sonntag ausfällt, soweit das Britische Museum in Betracht kommt, ihn unmöglich bis Dienstag liefern kann."

Erst im Fortgang der Arbeit, nachdem er eingehender die Karriere Palmerstons seit 1833 erforscht hatte, kam Marx zu dem Schlusse, Palmerston sei ein russischer Agent. „Kurios" — schreibt er Engels am 2. November 1853 —, „wie es Dir erscheinen mag; ich bin durch das genaue Nachgehen in die Fußtapfen des noblen Viscount seit zwanzig Jahren auf denselben Schluß gekommen wie Monomane Urquhart, daß Palmerston seit mehreren Dezennien an Rußland verkauft ist. Sobald Du die Fortsetzungen meines Artikels (speziell die Sache über den syro-türkischen Konflikt) gelesen hast, erwarte ich Deine Ansicht über die Sache. Es ist mir lieb, daß ich durch den Zufall dazu gekommen bin, die auswärtige Politik — die diplomatische — seit zwanzig Jahren mir in der Nähe anzusehen. Wir hatten diesen Punkt zu sehr vernachlässigt, und man muß wissen, mit wem man es zu tun hat. Die ganze Diplomatie reproduziert im großen Stieber und Komp."

Leider ist die Antwort von Engels in dem Briefwechsel nicht vorhanden. Daß Marx noch im folgenden Jahre derselben Ansicht war, darf man auch aus seinem Briefwechsel mit Lassalle schließen. Man kann aber aus den Briefen, in denen Lassalle auf seine Ausführungen eingeht (sie sind datiert vom 7. März und 20. Mai 1854), ersehen, daß Marx scharf gegen die Illusionen auftrat, die damals von den preußischen Liberalen und Demokraten gehegt wurden. Die Anhänger einer Allianz mit den

Westmächten gingen von der Voraussetzung aus, daß England fest entschlossen sei, den Krieg gegen Rußland mit dem Einsatz aller Kräfte zu führen, und die Bürgschaft dafür sahen sie darin, daß die treibende Seele des Ministeriums der „liberale“ Palmerston sei. Marx hingegen hatte kein Vertrauen in das Koalitionsministerium, das gerade durch seine schwächliche Politik Rußland anspornte, und noch weniger in Palmerston als einen „überzeugten“ Feind des absolutistischen Rußlands. Daher seine Ansicht, England werde einen bloßen Scheinkrieg führen und Palmerston — seine ganze Vergangenheit liefere den Beweis dafür — sei ein „geheimer Agent Rußlands“ und ein um so unheilvollerer, weil „er sich als die Verkörperung der nationalen Animosität gegen Rußland ausgibt“.

Während aber Marx in der ganzen Kriegführung immer wieder neue Beweise dafür fand, daß der „Befreiungskrieg“ Englands und Frankreichs, sofern man die von beiden Regierungen zuerst proklamierten Kriegsziele ernst nehmen wollte — wie es die Vertreter der revolutionären Emigration und die meisten kontinentalen Demokraten taten —, ein bloßer Scheinkrieg war, kam er auf seine Behauptung, Palmerston sei ein Agent Rußlands, nach dem April 1854 nie mehr zurück. Im zweiten Bande drucken wir seine Artikel über Palmerston ab, wie er sie für die Neue Oder-Zeitung bearbeitete. Sie sind womöglich noch schärfer geschrieben, wir finden aber ebensowenig wie in anderen Artikeln, in denen er sich fortwährend mit Palmerston beschäftigt, die Wiederholung der alten Anklage. Und doch war gerade in der zweiten Hälfte des Jahres 1854 und während des ganzen Jahres 1855 Urquhart unermüdlich in seinen Invektiven gegen Palmerston, den er des bewußten Landesverrats bezichtigte. Aber selbst Urquhart, der alle Gründe hatte, Palmerston als gewissenlosesten Lügner zu verachten, und der dabei oft von seinem persönlichen Haß geblendet war, schilderte den Sachverhalt nicht so, als sei Palmerston ein gewöhnlicher „erkaufter russischer Agent“ gewesen. So stellen ihn nur jene unwissenden Publizisten dar, die noch jetzt aus Palmerston einen liberalen englischen Staatsmann machen, der seine Lebensaufgabe in der Bekämpfung des russischen Despotismus erblickte und dem nichts so sehr am Herzen lag als das Wohl des englischen Volkes.

Was Marx bezweckte — und was ihm in glänzendster Weise gelungen ist —, war die Zerstörung dieser Legende. Daher auch seine Methode, den Zyniker Palmerston allein sprechen zu lassen. Liest man alle Artikel, wie sie uns in der ersten Redaktion vorliegen, so sieht man gleich, daß die ganze Darstellung nirgends von der Hypothese beeinflußt wird, Palmerston sei ein „erkaufter russischer Agent“. Umgekehrt. Die ganze politische Karriere des ehrenwerten „Lord Feuerbrand“ steht in einem so schreienden Widerspruch zu seinem Rufe, daß es begreiflich wird, wie am Ende auch Marx, dem Palmerston nie besonderen Respekt einflößte, sich doch die Frage stellte: Konnte wirklich ein „erkaufter russischer Agent“ — die inneren politischen Verhältnisse

Englands und die Notwendigkeit, mit der „öffentlichen Meinung" zu rechnen, immer vorausgesetzt — besser die Interessen Rußlands wahren, als es dieser angebliche „Russenfeind" und „rote" Staatsmann getan hat? Für die Tatsache, daß ein Land sich mit einem anderen in einem heftigen diplomatischen Konflikt oder sogar offenem Kriege befinden kann und daß trotzdem seine Minister mit den Ministern oder anderen Vertretern der regierenden Clique im Feindesland in ständigem Zusammenhang bleiben, liefert nicht nur die englische Geschichte im achtzehnten Jahrhundert allein die Belege. Auch die Geschichte der späteren Zeit bietet eklatante Beispiele dieser Sitten, die nur dem simplen Volke oder naiven Seelen, die kein Verständnis für die Prinzipien der Staatskunst oder der Diplomatie haben, als etwas erscheinen mag, was in höchstem Maße shocking ist. Auch im Laufe des Krimkriegs ereignete sich vieles, was nicht nur bei Marx, sondern auch bei anderen Beobachtern den Verdacht nährte, die ganze Kriegführung werde durch rein „diplomatische" Erwägungen bestimmt, die auf einen „Zusammenhang" zwischen den feindlichen Kabinetten hindeutete.

Auch Lassalle, der Palmerston noch „für wirklich antirussisch" hielt, ist schon in seinem zweiten Briefe gezwungen, zuzugeben, daß „es Tatsachen gibt, die, wenn man sie mit jenem Verdacht durchsucht, in hohem Grade stutzig und zweifelhaft machen können". Und einige Jahre später, als er sich überzeugt hatte, daß Palmerston nie ein prinzipieller „Russenfeind" gewesen, war er ein ebenso eifriger „Anti-Palmerstonianer" geworden wie Marx oder Engels.

Man darf auch nicht vergessen, daß die Marxsche Kritik Palmerstons von einem ganz anderen Standpunkt ausging als die Urquhartsche. Am besten wird dieser Unterschied in einem kleinen Artikel beleuchtet — anonym, aber wahrscheinlich von Weydemeyer oder Cluß geschrieben —, der in der amerikanischen „Reform" zu einer Zeit erschien, als Marxens Freunde seine Artikel gegen Palmerston schon gut kannten. Es ist nicht ausgeschlossen, daß er wie andere Artikel von Weydemeyer oder Cluß auf Angaben beruht, die von Marx oder vielmehr Engels geliefert waren.

„Urquhart reitet systematisch auf einer fixen Idee. Während zwanzig Jahren hat er erfolglos den Palmerston und die russischen Pfiffe und Kniffe denunziert und mußte deshalb natürlich halb verrückt werden, wie jeder Mensch, der eine bestimmte richtige Idee hat, mit welcher er aber in der Welt nicht durchdringt. Die Möglichkeit, daß Palmerston mit seiner Diplomatie sich bis heute halten konnte, erklärt er sich aus dem Krakeel der Whigs und Tories, was zum Teil, aber wohlverstanden nur zum Teil richtig ist. Gegen das heutige englische Parlament, welches jede Sache nicht nach ihrem eigenen Verdienst, sondern einzig nach dem Maßstab von ‚im Amt' oder ‚außer Amt' schätzt, sieht er — da er von Haus aus konservativ ist — keine andere Rettung, als Verstärkung der königlichen Prärogativen auf der einen Seite und lokale, muni-

zipale Selbstregierung auf der anderen. Um gegen Rußland Front zu machen, wünscht er, der Westen möge eine ebenso kompakte, einförmige Masse bilden wie die russische. Er will daher nichts von Parteien wissen und ist ein Hauptfeind von Zentralisationsbestrebungen. Da die bisherigen Revolutionen, seit 1848, momentan alle dem Fortschritt Rußlands günstig waren, schiebt er dies Resultat verrückterweise der russischen Diplomatie als ursprüngliches Motiv in den Kopf. Rußlands Agenten sind daher in Urquharts Idee die geheimen Hauptleiter der Revolutionen. Da innerhalb des konservativen, alten Systems Österreich das direkte Gegengewicht gegen Rußland bildet, so zeigt er Vorliebe für Österreich und Abneigung gegen alles, was Österreichs internationale Macht gefährden könnte. Im Gegensatz einerseits zum russischen, andererseits zum revolutionären Nivellement hält er fest an der Individualität und besonderen Eigentümlichkeit der Völker. In seinen Augen sind daher die Juden, Zigeuner, Spanier und Mohammedaner mit Einschluß der Tscherkessen die vier famosesten Völker, weil sie von der Plattheit (vulgarism) von Paris und London nicht angefressen seien. Man sieht aus alledem, daß seine Geschichtsauffassung eine sehr subjektive Natur annehmen mußte; die Geschichte erscheint ihm mehr oder minder als das ausschließliche Werk der Diplomatie. Was die objektive, die materielle Geschichtsauffassung angeht, so meint er, das sei dasselbe, als wolle man die Verbrechen nicht vor Gericht bringen, sondern sie zu Gesetzen generalisieren. ‚Er ist ein ehrbarer, obstinater, wahrheitsliebender, begeisterter, in starken Vorurteilen sich abarbeitender, total vernunftwidriger alter Herr', wie ein Kritiker von ihm sagt. Da er aber nur eine Lebensaufgabe hat, den Kampf gegen Rußland, welchen er mit monomanischem Scharfsinn und vieler Sachkenntnis führt, so schadet das alles nichts. Der Ritter einer Lebensaufgabe muß notwendig wieder ‚der edle Ritter von der traurigen Gestalt' sein, und auch an Sancho Pansas fehlt es ihm nicht, hier wie in Europa. Ein modifiziertes Exemplar dieser Spezies produziert sich in ‚A. P. C.', dem Londoner Abc-Schützen von der Tribune."*

Statt den Marxschen Standpunkt in der Kritik Palmerstons auf Urquhart zurückzuführen, könnte mancher behaupten, er sei darin von den Chartisten beeinflußt worden. Aber auch diese an und für sich sehr plausible Behauptung muß historisch genauer begrenzt werden. Selbstverständlich erhoben die Chartisten von Anfang an einen Protest gegen die polnische Politik Palmerstons, die nichts weniger als russenfeindlich

* Die Reform, New York, Montag, den 19. Dezember 1853. Der Schluß weist auch auf die Absicht hin, die Marxens Freunde in Amerika mit diesem Artikel verfolgten. Sie wollten damit den Unterschied zwischen den Marxschen Artikeln über Palmerston und den Korrespondenzen von A. P. C. aufzeigen, in denen dieser anfangs Urquhart abschrieb.

war. Für andere Fragen der auswärtigen Politik interessierten sich die älteren Chartisten, wie O'Connor, viel weniger. Als in den Jahren 1840/41 gerade die orientalische Frage in den Vordergrund des politischen Lebens gestellt wurde und Urquhart zum ersten Male die breiten Massen gegen Palmerston zu mobilisieren versuchte, fand zwischen ihm und den Chartisten in einigen Städten eine Annäherung statt. In Birmingham, Carlisle, Northampton und insbesondere in Newcastle, wo auch das chartistische Blatt, der Northern Liberator, heftig gegen Palmerston polemisierte, veranstalteten die Urquhartiten zusammen mit den Chartisten zahlreiche Meetings, in denen neben Urquhart auch Attwood, Mason, Lowery, Richards die russenfreundliche Politik Palmerstons, der im Bunde mit Rußland gegen Frankreich auftrat, sehr scharf verurteilten. O'Connor hielt sich von dieser ganzen Agitation fern; er fürchtete, daß sie die Arbeitermassen noch mehr von der Hauptaufgabe ablenken würde. Urquhart gelang es trotzdem, einige Chartisten ganz für sich zu gewinnen. Insoweit der Urquhartismus später in der Form einer torystisch-demokratischen Strömung — nicht alle Anhänger Urquharts teilten seine reaktionären Schrullen — in den Arbeitermassen einen Rückhalt hatte, waren es gerade die alten Chartisten, die als seine Organisatoren wirkten. Auch in den Foreign Affairs Committees — Gesellschaften, die von den Urquhartiten im Jahre 1855 gegründet wurden, um die auswärtige Politik der Regierung zu verfolgen und zu bewachen — spielten sie eine große Rolle.

Ein viel intensiveres Interesse für die Fragen der auswärtigen Politik bekundete die jüngere chartistische Generation, die in den vierziger Jahren in engere Beziehungen zu verschiedenen ausländischen Revolutionären in London trat. Und gerade diese Erstarkung des internationalen Solidaritätsgefühls geht unter der Mitwirkung von Engels und Marx vor sich. Hand in Hand mit dem Kampfe gegen die innere Politik des Whigministeriums, das jetzt von neuem bewies, daß es vor keinem Gewaltakt zurückschrecke, geht der Kampf gegen die auswärtige Politik, also gegen Palmerston. An erster Stelle muß Julian Harney genannt werden, dem auch die wichtige Aufgabe zufiel, mit Palmerston persönlich abzurechnen. Während der Wahlen von 1847 trat Harney im Wahlkreis Palmerstons, Tiverton, als sein Gegenkandidat auf. Diese Gelegenheit benutzte er, um die ganze Karriere und auswärtige Politik Palmerstons einer scharfen Kritik zu unterziehen. Er wurde selbstverständlich geschlagen, die Rede machte aber einen solchen Eindruck, daß Palmerston es für notwendig erachtete, seine ausführliche Antwort, in der er den Gegner sehr ernst nahm, als Broschüre herauszugeben.*

---

* Speech of Lord Viscount Palmerston, Secretary of State foreign Affairs to the Electors of Tiverton on the 31. July 1847. London 1847. In dem Teile, in dem Palmerston es unternimmt, Harney auf sein

Schwerlich aber kann man von einem Einfluß dieser Rede auf Marx in dem Sinne sprechen, als habe er seine Argumente gegen Palmerston den Ausführungen Harneys entlehnt. Wenn sie in der Verurteilung des Palmerstonschen Scheinliberalismus übereinstimmten, ergab sich das notwendig aus der Gemeinsamkeit ihres Standpunktes. In diesem Geiste führten Marx und Engels zusammen mit Harney und Jones den alten Kampf in allen chartistischen Zeitschriften, die von diesen beiden in den Jahren 1850 bis 1852 herausgegeben wurden, wobei die deutschen Kommunisten immer als Lehrer fungieren. Eben deshalb kann man auch sagen, daß, nachdem Harney sich für eine Zeit von dem aktiven politischen Leben zurückgezogen hatte und Jones der einzige literarische Verfechter des revolutionären Chartismus blieb, gerade Marx es war, der am meisten dazu beitrug, daß People's Paper der Erörterung der Fragen der auswärtigen Politik so viel Raum widmete.* Ihm und Engels ist es zu verdanken, wenn das Blatt sich nicht damit begnügte, die einzelnen Taten des Koalitionsministeriums scharf zu verurteilen, sondern auch, wie es in den Artikeln von Marx geschah, den Versuch machte, die auswärtige Politik und die diplomatischen Begebenheiten auf Grund eines reichen geschichtlichen Materials wissenschaftlich zu erklären. Gerade darin liegt auch der Unterschied zwischen dem Anklageakt Harneys gegen Palmerston und der Marxschen Arbeit.

Wie neu die von Marx gegebene historische Rekapitulation aller Widersprüche der angeblich russenfeindlichen und fortschrittsfreundlichen Politik Palmerstons war, beweist der Eindruck, den sie nicht nur auf die Urquhartiten machte, die, wie wir oben sahen, so viel für ihre Verbreitung taten, sondern auch auf die englischen Radikalen. Das seinerzeit sehr viel gelesene Pamphlet, das von Washington Wilks herrührt, ist in

---

sozialistisches Kredo zu antworten, sucht er seine Hörer mit den üblichen Plattheiten abzuspeisen, in dem viel größeren Teile dagegen, der der Verteidigung seiner Politik gewidmet ist, will er den Beweis führen, daß er wirklich alles getan habe, um „die Entwicklung der konstitutionellen Freiheit unter den fremden Völkern" zu fördern.

* Es ist ein unbegreifliches Versehen, wenn T. Rothstein in seiner an Tatsachen äußerst reichen Studie „Aus der Vorgeschichte der Internationale" (Ergänzungshefte zur Neuen Zeit, Nr. 17, S. 32) behauptet, daß „das People's Paper, das einzige übriggebliebene Arbeiterblatt, den auswärtigen Angelegenheiten fast keine Aufmerksamkeit widmete", und als Beweis gerade das Jahr 1853 anführt, in dem Marx dort seine Palmerston-Artikel veröffentlichte und Jones selbst zahlreiche Artikel über die auswärtige Politik schrieb. Ebenso unvollständig und teilweise irreführend sind die Angaben, die über The People's Paper in Beers „Geschichte des Sozialismus in England" (Stuttgart, Dietz, S. 415) mitgeteilt werden.

seinem ganzen Bau nicht von Urquhart, sondern von Marx beeinflußt. Stellenweise wiederholt Wilks die Gedanken des letzteren wortgetreu, und insoweit sein Pamphlet eine Ergänzung der Marxschen Arbeit darstellt, weil es Palmerstons Karriere weiterverfolgt, zeigt Wilks, wie Palmerstons Taten seinen „Meinungen" widersprechen, nach derselben Methode, die Marx zum ersten Male bei der Analyse der Blaubücher und der Parlamentsverhandlungen gründlich angewendet hat.*

Wie stark noch heute in der englischen Historiographie der „Cant", die konventionelle Lüge herrscht, beweisen alle Biographien Palmerstons, die immer noch den größten Patrioten Englands, den „echt englischen Minister" und den prinzipiellen Feind Rußlands aus ihm machen. Immer noch hält man sich an seine „Meinungen", immer noch gibt man sich nicht die Mühe, andere Quellen als seine eigenen Aussagen zu studieren, immer noch glaubt man den von ihm und seinen Kollegen verstümmelten und gefälschten Blaubüchern aufs Wort.

III.

Es ist unmöglich, in dem Rahmen dieser Anmerkungen auf eine kritische Würdigung der Marxschen Arbeit ausführlich einzugehen. Der Leser wird selbst sehen, daß die Urquhartsche Anklage gegen Palmerston in den Artikeln bloß erwähnt wird und daß sie auf die Darstellung selbst keinen Einfluß ausgeübt hat. Marx sagt nur im Jahre 1853 und wiederholt es in der deutschen Bearbeitung vom Jahre 1855: „Eine Partei klagt ihn an, im Solde Rußlands zu stehen; die andere verdächtigt ihn des Karbonarismus." Die erste Partei ist die Urquhartsche, die zweite — die der kontinentalen Reaktionäre, deren Ansichten ihren literarischen Ausdruck in den Schriften Ficquelmonts fanden.**

Die Hauptquelle bilden für Marx, wie er selbst sagt, die Blaubücher und die Parlamentsberichte (Hansard). Gute Dienste konnte ihm die Debatte im Unterhaus leisten, die Urquhart und Anstey dort hervorgerufen hatten, denn im Verlauf dieser Diskussion war die ganze poli-

---

* Washington Wilks, Palmerston in three epochs, a comparison of facts with opinions. London 1854. Er verfaßte auch eine Geschichte Englands in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, die viele Tatsachen enthält, die in anderen bürgerlichen Geschichtswerken verschwiegen werden. In Arbeiterkreisen war Wilks auch als Vortragender und Agitator sehr populär.

** Graf Ficquelmont, Lord Palmerston, England und der Kontinent, Wien 1852. Nirgends kommt der Antagonismus zwischen der rein aristokratischen auswärtigen Politik der Ritter der Heiligen Allianz und der der englischen Minister, die, wie Ficquelmont sagt, „zugleich politische Aristokraten und liberale Industrielle" sein wollen, so klar zum Vorschein wie in dieser Schrift.

tische Karriere Palmerstons von beiden Seiten beleuchtet worden. Man kann außerdem vermuten, daß Marx auch die von G. H. Francis zu apologetischen Zwecken veranstaltete Sammlung verschiedener Auszüge aus Palmerstons Reden benutzt hat.*

Es ist schwer, die glänzende Charakteristik Palmerstons, die Marx im ersten Kapitel gibt, auch nur um einen neuen Strich zu bereichern. Trotz aller Widersprüche, die seine Politik von Jahr zu Jahr aufweist, bleibt sich Palmerston in einem Punkte immer treu: in seiner „zynischen Frechheit", die ihm gestattet, die Interessen der herrschenden Klassen Englands als die Interessen des „Vaterlandes" zu verkleiden und die altenglische Politik in nichtssagenden liberalen Phrasen zu verklausulieren. In dieser Beziehung ist er bis auf den heutigen Tag ein unerreichtes Muster in der diplomatischen Staatskunst geblieben. Hat er als Tory schon im Jahre 1808, als er die Verletzung der dänischen Neutralität und das Bombardement Kopenhagens aus dem Grunde verteidigte, weil diese Neutralität sich vielleicht unter dem französischen Zwang in offene Feindseligkeit verwandeln konnte, die Notwendigkeit der Geheimhaltung aller diplomatischen Verhandlungen proklamiert, so hat er auch später, als Whig, dieselben Prinzipien mit denselben Stieberschen Argumenten begründet und dem Parlament immer wieder jede Auskunft verweigert, solange die „Verhandlungen schweben". Kein Staatsmann hat mit so weltmännischer Nonchalance, über die sich seine aristokratischen Bewunderer so sehr ergötzten, die unverschämtesten Lügen in dem „Aeropag der Nation" vorgetragen. Vor keiner Fälschung der Berichte, vor keiner Verstümmelung der Blaubücher schrak er zurück, selbstverständlich wenn es durch das Interesse der „Nation" geboten war. Wiederholt erklärte er, daß die allgemeinen Normen, die den Verkehr der Privatpersonen regeln, auf den Verkehr der Nationen nicht anwendbar sind: „Was den romantischen Gedanken betrifft, daß auf Nationen oder Regierungen Freundschaften und Gott weiß was einen großen oder immerwährenden Einfluß haben, so sage ich, daß diejenigen, welche solche romantische Gedanken nähren und den Verkehr der einzelnen auf den Verkehr der Nationen anwenden, sich einem leeren Traume überlassen. Das einzige, weshalb eine Regierung dem Rate einer anderen folgt und deren Vorstellungen nachgibt, ist die Hoffnung eines Vorteils, der aus der Annahme erwächst, oder die Furcht vor den Folgen, welche die Verwerfung herbeiführt."

---

* Existiert auch in einer deutschen Übersetzung. „Ansichten und Politik des Viscount Palmerston als Minister, Diplomat und Staatsmann." Mit einer Einleitung von George Henry Francis. Aus dem Englischen von Esmarch. Kassel 1852.

Diese Ansichten hatte Marx im Auge, als er zehn Jahre später in der Inauguraladresse der alten Internationale die Methoden der geheimen Diplomatie geißelte und die Forderung aufstellte, die „einfachen Gesetze der Moral und des Rechtes, welche die Beziehungen der Privatpersonen regeln sollen, auch als die obersten Gesetze des Verkehrs der Nationen geltend zu machen".

Daher ist es auch ein Fehler — der Hauptfehler der Marxschen Darstellung —, aus Palmerston einen prinzipiellen Russenfreund zu machen. Er war es ebensowenig, wie er ein prinzipieller Russenfeind oder ein prinzipieller Franzosenfeind war, in den ihn sein französischer Biograph, Laugel, verwandelt. Überhaupt sind Prinzipientreue und Palmerstonsche Staatsweisheit schwer vereinbar. Sein oberstes „Prinzip" waren die Interessen der englischen Oligarchie. Brauchte er heute einen Bundesgenossen gegen Frankreich und fand er ihn in Rußland, so überschüttete er seinen heutigen Teilhaber im Geschäft mit den ausschweifendsten Komplimenten, ohne den eigenen Vorteil aus dem Auge zu verlieren. Für Zukunftsfragen hatte er kein Verständnis: „Deshalb sage ich, daß es eine engherzige Politik ist, anzunehmen, daß dieses oder jenes Land dazu ausersehen sei, der ewige Verbündete oder der beständige Feind Englands zu sein. Wir haben keine ewigen Verbündeten und keine beständigen Feinde. Unsere Interessen sind ewig und beständig, und diesen Interessen zu folgen, ist unsere Pflicht. Wenn wir andere Länder in derselben Richtung fortschreiten und denselben Zweck wie wir selber verfolgen sehen, betrachten wir sie als unsere Freunde und glauben für den Augenblick, daß wir auf dem besten Fuße mit ihnen stehen; wenn wir sehen, daß andere Länder einen anderen Gesichtspunkt einnehmen und uns in den Zwecken, die wir verfolgen, durchkreuzen, so ist es unsere Pflicht, der verschiedenen Art, in welcher sie denselben Zweck verfolgen, Rechnung zu tragen."

Das erklärt, warum derselbe Palmerston, der, um mit den Worten seines „prinzipienfesten" Widersachers, Grafen Ficquelmont, zu sprechen, „so viel Lärmens gemacht hat wegen einiger Kantaren Schwefel in Sizilien, wegen ein paar tausend Drachmen in Athen, wegen einiger Handels- und Zollfreiheiten in Spanien und Portugal", für so „romantische Flausen" wie die Unabhängigkeit Polens nur einige leere Phrasen hatte oder, wie er gewöhnlich sagte, eine „Meinung", die er, wenn ihn die Opposition oder die Notwendigkeit dazu drängten, auch der „öffentlichen Meinung" Rechnung zu tragen, der russischen oder der österreichischen Regierung vorlegte — immer in einer solchen Form, daß die Länder der Heiligen Allianz genau wußten, diese „Meinung" des ehrenwerten Lords verpflichte sie zu nichts als zu raschem und energischem Handeln in entgegengesetzter Richtung. Dieser Politik gegenüber den Polen ist er auch später treu geblieben, und es ist schwer zu sagen, wer dem polnischen Aufstand im Jahre 1863 mehr schadete, er oder Bismarck. Es ist nur ein

Wunder, daß Palmerston immer noch genug naive Leute unter den englischen „Radikalen", den polnischen Emigranten und den kontinentalen Liberalen fand, die seinen „Meinungen" Glauben schenkten.* Die „unterdrückten Nationalitäten" und Bestrebungen, die den Despoten der Heiligen Allianz und den spanischen und neapolitanischen Bourbonen als Ausgeburten des „revolutionären Geistes" erschienen, in Wirklichkeit aber harmlose konstitutionelle Spielereien waren, dienten dem „liberalen" Palmerston als Schachfiguren oder Pressionsmittel in seinem diplomatischen Spiel mit den kontinentalen Regierungen, wobei er in zynischster und rücksichtslosester Weise die von ihm angeblich in Schutz genommenen Völker diesem oder jenem Augenblicksvorteil seines „Vaterlandes" opferte.

Was ihn von seinen kontinentalen Kollegen unterscheidet — erst in Napoleon und Morny findet er würdige Partner, die aus derselben Schule hervorgingen —, ist eben der Umstand, daß er in die auswärtige Politik die Methoden der Börsenspieler hineintrug, wie er auch immer ein außerordentlich feines Verständnis für die Interessen der Londoner Börse an den Tag legte. So kriegerisch er in seinen Äußerungen ist, flieht er immer den Krieg, wenn es nicht ein Krieg gegen schwache Gegner oder einer in sicherer Gesellschaft ist. Was er aber immer schätzt, ist Streit, der Leben in die Bude bringt, der die Börsenfonds schwanken läßt, der guten Gewinn verspricht. Daher seine kolossale Popularität in der Londoner City, die ihn immer als den vollendetsten Börsenjobber feierte, um so mehr, als ihre eigenen Rothschilds keinen Grund hatten, sich wie die Pariser zu beklagen, Palmerston habe nur den einen Fehler, daß er es unterlasse, sie von seinen brüsken Aktionen vorher zu unterrichten. Daher auch seine andere Lieblingsregel, die sein Sekretär und Biograph hervorhebt: jedes diplomatische Geschäft nur im Hinblick auf die unmittelbare Gegenwart, auf die Vorteile, die es heute, sofort bringt, sorgfältig zu prüfen, ohne sich den Kopf darüber zu zerbrechen, was für Folgen es in der Zukunft haben kann. Es ist genug, daß ein jeglicher Tag seine eigene Plage habe, und gegebenenfalls wird sich schon ein Ausweg finden! Der „Doktrinarismus" war ihm ebenso verhaßt wie die „Romantik".

So richtig daher Marx alle Widersprüche der Palmerstonschen Politik darstellt, so verfällt er doch immer wieder in denselben Fehler, wenn er das, was er als Palmerstons „Russenknechtschaft" bezeichnet, als eine konsequent in russenfreundlichem Sinne durchgeführte Politik erklären will. In allen Fällen, wo er den wirklichen Tatsachen entsprechend und

* So erzählt uns Hillebrand (Zeiten, Völker und Menschen, 3. Band, Aus und über England, S. 72 bis 86), Palmerston habe es stets mit der Sache der Unterdrückten gehalten, habe nie einen Schritt zweifelhafter Art getan, und niemand sei sicherer als er dem obersten Prinzip der Ehrlichkeit und Wahrheit gefolgt!

im Widerspruch mit der herrschenden Legende wieder und wieder Palmerston als einen Russenfreund entlarvt, läßt er außer acht, ob nicht gerade zu jener Zeit nach Palmerstons Auffassung ein augenblickliches Interesse Englands auf dem Spiele stand und den noblen Lord zwang, seine Russenmaske anzunehmen. So erklärt sich der größte Triumph der orientalischen Politik Rußlands im Jahre 1833, der Vertrag von Unkiar Skelessi, der den russischen Kaiser zum Protektor der Türkei machte, aus dem Umstand, daß für Palmerston damals der Gegensatz zu Frankreich im Vordergrund stand, das höchst aggressiv sowohl in Belgien wie in Afrika vorging. Nachdem er, wie seine Verehrer sagen, das „unabhängige Belgien" als eine Schutzwehr gegen Frankreich „geschaffen" hatte, wendete er sich gegen Rußland. Er unterstützt die russenfeindliche Politik Urquharts, damals Gesandtschaftssekretär in Konstantinopel, eifert jetzt für die Integrität der Türkei, gegen die er noch vor einigen Jahren auftrat, fördert und überwacht die Veröffentlichung des Portfolio, mogelt mit der polnischen Emigration, um Rußland, das damals demonstrativ seine Flotte im Baltischen und Schwarzen Meere durch neue Schiffe verstärkte, im Kaukasus und Polen Schwierigkeiten zu bereiten. Da kommen aber wieder Verwicklungen mit Frankreich in Spanien, und Palmerston macht kehrt. In zynischster Weise opfert er Urquhart, leugnet seine Teilnahme am Portfolio und anderen Unternehmungen, die wie die Sendung des Handelsschiffs „Vixen" mit seinem Vorwissen von Urquhart und Polen ins Werk gesetzt worden waren, und schiebt seinen Gehilfen Backhouse vor, um jede Verantwortung von sich abzuwälzen. Er findet aber in Urquhart keinen gewöhnlichen Subalternbeamten, den man ohne weiteres wie eine ausgepreßte Zitrone beseitigt, sondern einen außerordentlich energischen und talentvollen Mann, der gar nicht geneigt ist, sich ohne Widerstand in sein Schicksal zu fügen. Urquhart verteidigt sich so geschickt, bringt so viel Beweise vor, daß auch die „öffentliche Meinung" gezwungen ist, zuzugeben, Palmerston habe in der ganzen Geschichte eine höchst schäbige Rolle gespielt (vergl. Grevilles Memoiren, IV, S. 121 bis 125, 164, 165) und habe dem „nationalen Stolz", dem „Ansehen der englischen Staatsmänner" einen schweren Schlag versetzt.

Gleich darauf kommt ein neuer Konflikt mit Frankreich wegen Ägyptens, die orientalische Frage wird von neuem in ihrem ganzen politischen Umfang aufgerollt, und Palmerston verwandelt sich in einen „überzeugten" Russenfreund. Im Bunde mit Rußland vereinigt er „ganz Europa", isoliert, Frankreich völlig und zwingt es zu „schmählichem" Rückzug. Auf die Anklagen im Unterhaus, daß „wenn Rußland eine seinen Interessen ausschließlich ergebene Person im britischen Kabinett hätte, diese ihm nicht aufrichtiger hätte dienen können", antwortete Palmerston mit folgender Apologie Rußlands: „Nun machen Gerechtigkeit und Aufrichtigkeit mir zur Pflicht, es auszusprechen, wie es unmöglich ist, daß irgendeine Macht in irgendeiner Sache mit mehr Ehrenhaftig-

keit und gutem Glauben zu Werke gehen kann, als die russische Regierung mit Beziehung auf die Türkei gegen die übrigen Mächte gehandelt hat. Ich halte mich verpflichtet, dies zu sagen, weil ich alle Tatsachen des Falles genau kenne. Wir können über die Absichten Rußlands nur nach seinem Verhalten urteilen, und ich muß sagen, daß es nicht gerecht ist, dieser Macht vorzuwerfen, daß ihr Verhalten eine irgendwie feindliche Richtung gegen die Integrität des Türkischen Reiches habe."

Dieser Abschnitt in der Tätigkeit Palmerstons wird in der Marxschen Arbeit bloß gestreift. Hätte er seine Darstellung noch weiter geführt, hätte er auch die Jahre 1846 bis 1851, wo Palmerston zum dritten Male das Amt des Äußern verwaltete, berücksichtigt, so hätte Marx noch viel mehr Beweise finden können, um zu zeigen, daß Lord Feuerbrand — bis 1853 — nichts weniger als ein Russenfeind war. Vor der 1848er Revolution führt er einen wütenden Kampf — wieder wegen Spaniens — mit Frankreich und wegen Siziliens mit Österreich. Während der Revolution rührt er keinen Finger, um den Übergriffen Rußlands entgegenzutreten, billigt das Einrücken der russischen Truppen in die Donaufürstentümer und sieht trotz seiner heißen Liebe für alle „unterdrückten Nationalitäten" ruhig zu, wie Rußland die Ungarn niederzwingt. Er spielt wieder den „Liberalen" in der Affäre der ungarischen Flüchtlinge, aber erst nachdem er sich vergewissert hat, daß Rußland die Wiener Regierung in der Hauptforderung nicht mehr unterstützt. Auch in der Pacifico-Affäre, wo der alte „Philhellene" wegen einer schlecht begründeten Geldforderung gegen das kleine Griechenland die englische Flotte losläßt, um das Land zu blockieren, hat er nicht Rußland, sondern Frankreich zum Gegner, mit dem er es bis zum Bruch der diplomatischen Beziehungen bringt, um später in der Hauptfrage nachzugeben und ein Jahr darauf Napoleon, jetzt als Urheber des Staatsstreichs, enthusiastisch zu seiner Tat zu gratulieren.

Marx, der, wie wir sahen, auf die konterrevolutionäre Rolle, die Palmerston während der Jahre 1848/49 spielte, schon früher hinwies, hatte daher vollständig recht, wenn er im Jahre 1853 aus der ganzen früheren Karriere Palmerstons den Schluß zog, nichts sei so albern als die Ansicht, daß der ehrenwerte Lord einen unversöhnlichen Russenfeind darstelle. Zwar fällt er in das andere Extrem, aber gerade sein Fehler schützte ihn vor den Illusionen, die von anderen Vertretern der revolutionären Emigration gehegt wurden. Irrte er in einem Nebenpunkt, so behielt er im Gegensatz zu Barbes, zu Quinet, zu Hugo, zu Lassalle in der Hauptsache recht. Ein Palmerston, ein Napoleon, diese strupellosesten Gegner der Arbeiterklasse, der Demokratie, konnten nie freiwillig der Sache der Revolution einen Dienst leisten, geschweige denn ernsthaft einen Krieg gegen den russischen Despotismus führen. Ein Befreiungskrieg, von solchen Patronen geführt, mußte ein bloßer „Scheinkrieg" bleiben.

Der Russisch-Türkische Krieg.

Das türkische Manifest. Einige Notizen, darunter Angaben über die Statistik der Schiffbrüche in den Jahren 1850 bis 1852, sind fortgelassen.

Was das geheime Einverständnis zwischen Österreich und Rußland anbelangt, so steht fest, daß die Wiener Regierung sogar damals noch nicht wagte, offen gegen die Besetzung der Donaufürstentümer Einspruch zu erheben. „Welche Scheu der Zar den Höfen von Wien und Berlin einflößte" — sagt der österreichische Historiker H. Friedjung —, „zeigte sich zu Warschau bei einem Gespräch des Kaisers von Österreich mit dem König von Preußen. Der erstere stellte an den König das Ansinnen, er solle dem Zaren Vorstellungen wegen der Fürstentümer machen; Friedrich Wilhelm IV. nun antwortete dem Kaiser Franz Joseph, er werde ihm sekundieren, wenn er bei Kaiser Nikolaus damit anfange. ‚Kaiser Franz Joseph hat aber nie davon angefangen,' berichtete der König von Preußen seiner Umgebung. Übrigens wahrte der Zar auch weiterhin den Schein der Mäßigung und versicherte zu Warschau sowohl die Herrscher wie ihre Minister, er gedenke den ihm aufgedrungenen Krieg nur in Kleinasien mit Nachdruck zu führen; die Donau werde er nur überschreiten, wenn die Türken mit dem Angriff vorangingen. Zu Manteuffel sagte er sogar, er hoffe dann die Türken mit Gottes Hilfe kräftig zurückzuschlagen, nichts aber, selbst nicht ihre Angriffe würden ihn zwingen, selbst über die Donau zu gehen. Angesichts solcher bündigen Zusagen gab Kaiser Franz Joseph dem russischen Gesandten Grafen Nesselrode den Handschlag darauf, daß Österreich fest und treu zu dem alten Bündnis stehen werde. So verbarg der Zar dem Bundesgenossen seine weitausgreifenden Pläne zur Unterwerfung der Türkei, und das Wiener Kabinett unterließ, was seine Pflicht gewesen wäre, die bestimmte und nachdrückliche Erklärung, es werde gegen Eroberungsabsichten Rußlands mit dem Schwert vorgehen. In Wien mißverstand man die Lage so vollständig, daß nach der Kriegserklärung der Pforte die Absicht des Wiener Kabinetts auf Neutralität nach allen Seiten hin in aller Form ausgesprochen wurde. Die österreichische Regierung ging noch einen Schritt weiter und verfügte im Oktober aus finanziellen Gründen eine namhafte Herabsetzung der Armeestärke; der Stand der Kompagnien und Eskadronen war danach so schwach wie niemals seit dem März 1848." (Der Krimkrieg und die österreichische Politik. Stuttgart 1911. S. 8, 9.) Man kann die Haltung der Wiener Regierung auch anders und viel richtiger erklären. So naiv und leichtgläubig, wie Friedjung behauptet, war sie gewiß nicht. Wir sehen aber, daß auch er alle Tatsachen bestätigt, die bei Marx und Lassalle den Verdacht erweckten, daß Österreich damit umgehe, es nicht mit den Westmächten, sondern mit Rußland zu halten.

Der heilige Krieg. — Die Streikbewegung und die Manchesterleute. Beide Artikel bilden Teile einer größeren Korrespondenz. Die Redaktion

der Tribune sonderte die militärische Partie aus, die zweifellos von Engels geschrieben war, und druckte sie als Leitartikel, den Rest veröffentlichte sie unter dem Namen von Marx. Wir bringen ihn mit einigen Kürzungen (er enthält noch Angaben über einzelne Streiks und die Teuerung), weil er am klarsten zeigt, warum Marx und Jones alle Friedensmahnungen der Cobden und Bright als heuchlerische Phrasen behandelten. Besonders erbittert ging der Kampf in Preston vor sich, wo die Fabrikanten eine Lohnbewegung (man forderte eine Erhöhung von 10 Prozent) am 15. Oktober 1853 mit der Aussperrung aller Arbeiter — bis 20 000 — beantworteten, um ein Exempel zu statuieren. Dank der intensiven Agitation, die die Chartisten entwickelten, wurden die Prestoner Arbeiter von allen Seiten unterstützt. Mehr als 100 000 Pfund Sterling wurden gesammelt und verteilt. Trotzdem endete die Aussperrung im April 1854 mit der Niederlage der Arbeiter. Es war eigentlich die Kriegserklärung an Rußland, die diesem Bürgerkrieg ein Ende machte. Auch in Preston wütete die Polizei, und alle „Rädelsführer", wie Cowell, wurden verhaftet. In Wigan kam es am 28. und 29. Oktober 1853 zu einer regelrechten Schlacht zwischen den Arbeitern und der Polizei. Nur mit Hilfe eines Bataillons, das mit einem Expreßzug herbeigeschafft wurde, gelang es, den Widerstand der Arbeiter zu brechen. Nichts ist so charakteristisch für die englische Geschichtschreibung als der Umstand, daß die damalige Streikbewegung, die bis zum Ausbruch des Krieges dauerte, von ihr vollständig ignoriert wird. Auch die Webbs erwähnen sie kaum.

Der Verlauf des Krieges zeigte, daß es, entgegen den Erwartungen von Engels, der türkischen Armee auf dem asiatischen Kriegsschauplatz am schlechtesten ging. Es waren politische Erwägungen, die die Pforte hinderten, ihre günstige strategische Stellung in der Asiatischen Türkei auszunützen. Sie durfte unter keinen Umständen den „heiligen Krieg" proklamieren, um ihre *christlichen* Bundesgenossen nicht in noch größere Verlegenheit zu bringen. Dieselbe Taktik, die auf dem europäischen Kriegsschauplatz der türkischen Armee — mit Ausnahme der Griechen — die „wohlwollendste Neutralität" aller slawischen Rajahs sicherte und ihre Operationen gegen die Russen erleichterte, führte in der Asiatischen Türkei zu entgegengesetzten Resultaten. Dort durfte sie nicht nur unter keinen Umständen den religiösen Fanatismus entfachen, sondern war auch gezwungen, Sorge dafür zu tragen, daß die Armee, die in ihrer Mehrheit aus irregulären Einheiten bestand, nicht völlig auseinanderlaufe. Und auf eine Hilfe der kaukasischen Stämme konnte man nur dann rechnen, wenn man ihnen bestimmte und feste Vorteile in Aussicht stellen wollte. Der Verlauf des Krieges zeigte auch in dieser Beziehung, wie wenig die Westmächte ihre eigenen Losungen ernst nahmen.

Manteuffels Rede. Diese von Marx unterzeichnete, von den Avelings aber übersehene Korrespondenz bringt noch einige Angaben über die

Russellsche Reformbill und Jones. Der Passus über die orientalischen Wirren in der Rede, mit der Manteuffel am 28. November 1853 die Preußische Kammer eröffnete, hatte folgenden Wortlaut:

„Meine Herren! Ihre Beratungen beginnen in einem Zeitpunkt, in welchem Besorgnisse sich geltend machen, daß der so glücklich und so lange seither erhaltene Friede in Europa aus Anlaß der im Orient eingetretenen Verwicklung gestört werden könnte. Die Regierung Sr. Majestät des Königs will und kann Ihnen nicht verhehlen, daß diese Besorgnisse sich auf Tatsachen gründen. Dennoch blickt die Regierung mit Zuversicht in die Zukunft. Preußen wird, gestützt auf seine eigene Kraft und sich vollkommen derselben bewußt, wie bisher, so auch fernerweit nach allen Seiten seine aufrichtigen und tätigen Bestrebungen fortsetzen, um der Sache des Friedens und der Mäßigung in dieser folgenschweren Frage seine ebenso unabhängige als unparteiische Sprache zu leihen. Welche Wendung die Ereignisse aber auch nehmen mögen, die Vorsehung hat den König, unseren allergnädigsten Herrn, an die Spitze eines wehrhaften, durch Vaterlandsliebe gehobenen und einigen Volkes gestellt, und die Regierung Sr. Majestät — dessen seien Sie fest überzeugt, meine Herren! — wird bei allem, was sie hierunter vorzunehmen berufen sein möchte, das wahre Interesse des Landes, welches von demjenigen der Krone ganz unzertrennlich ist, zur ausschließlichen Richtschnur ihrer Bestrebungen und Handlungen nehmen."

Der badische Kirchenstreit bildete die markanteste Episode in dem Kampfe des katholischen Klerus gegen den Staat, der gleich nach der Niederlage der Revolution in den fünfziger Jahren mit neuer Kraft entbrannte. So wollte der Bischof von Trier, Arnoldi, im Jahre 1853 die Schließung der gemischten Ehen nur dann gestatten, wenn der protestantische Teil vorher eidlich die katholische Erziehung aller Kinder gelobte. Der Erzbischof von Freiburg, v. Vicari, hatte im Mai 1852 das Traueramt für den verstorbenen Großherzog verweigert und über hundert der Regierung gehorsame Priester bestraft. Als ihm im November 1853 ein Kommissar beigegeben wurde, dessen Unterschrift zu allen bischöflichen Erlassen nötig sein sollte, exkommunizierte er nicht nur diesen, sondern auch den badischen Oberkirchenrat. Er wurde dann verhaftet, und auch alle Priester, die seinen Befehlen gehorchten, erlitten Geld- und Gefängnisstrafen.

Der Krieg an der Donau. — Und wieder die Diplomatie. Beide Kapitel, die in der Tribune separat, als ein Leitartikel und ein Brief von Marx, veröffentlicht wurden, bilden eigentlich Teile einer und derselben Korrespondenz. Auf den Leitartikel, der von Engels herrührt, bezieht sich folgende Stelle aus Marxens Brief (2. Dezember 1853): „Meinen Dank für den herrlichen Artikel. Herr Dana wird seinen Ruf als Feldmarschall in Amerika begründen."

Die Schlacht bei Oltenitza wurde damals in der europäischen Presse über alle Maßen aufgebauscht. Man feierte Omer-Pascha als einen großen Feldherrn. Man konnte ihm „höchstens noch vorwerfen, daß er nicht weiter unten über die Donau gegangen sei, um die ganze Armee seines Feindes zu vernichten, keinen Mann von ihm entkommen zu lassen. Aber was wollte ein solcher pedantischer Vorwurf sagen? Die ‚Schlacht' von Oltenitza schlug mit ihren notwendigen großartigen Folgen alle Splitterrichterei siegreich zu Boden." Rüstow, dem schon die Wahrheit „über die sogenannte Schlacht von Oltenitza" bekannt war, erklärt diese Leichtgläubigkeit folgendermaßen:

„Ganz Europa beeilte sich, ohne die Erfolge der türkischen Waffen auch nur mit einiger Bestimmtheit zu kennen, sie im voraus als die höchstmöglichen anzusehen. Ganz Europa fühlte die Last Rußlands auf seinen müden Schultern; es wiederholte sich längst und beständig den Ausspruch Napoleons: daß es kosakisch oder republikanisch werden müsse; es schauderte vor dem drohenden Kosakentum und sehnte sich nach dessen Vernichtung. Was gegen Rußland auftrat, erschien schon von vornherein in einem Glorienschein.... Der Haß gegen Rußland kleidete sich in die sonderbarste Begeisterung für die Türken. Weil man den Russen Niederlagen wünschte, mußte man den Türken den Sieg wünschen. Weil man wünschte, hoffte man und erklärte die Türken für fähig entscheidender Siege." (Der Krieg gegen Rußland, politisch-militärisch bearbeitet von W. Rüstow. Zürich 1855. 1. Band, S. 24/25.)

So skeptisch Engels in seinem Urteil über die Schlacht bei Oltenitza den türkischen Berichten gegenüberstand, so „pedantisch" er in seiner Kritik des türkischen „Napoleon" war, so wenig man ihm also den Vorwurf machen kann, den Rüstow der europäischen Presse macht, so war er schließlich doch vorläufig auf die Angaben Omer-Paschas angewiesen. Wie es immer der Fall ist, lagen auch von der anderen Seite übertriebene Berichte vor. Gortschakoff selbst meldete nach Petersburg, daß diese „sehr brillante Affäre" eigentlich ein „Halb-Erfolg" war, der ihm einige Tage Ruhe geben werde. Und aus seinem offiziellen Bericht ergab sich, daß 6500 Russen gegen 8000 Türken kämpften und daß seine Verluste sich auf 980 Mann beliefen. (Zajontschkowski, Der Orientalische Krieg 1853 bis 1856. Petersburg 1913. 2. Band, S. 353 bis 368.) Der „moralische" Erfolg war zweifellos auf Seite der Türken, obwohl sie ihn durch ihren freiwilligen Rückzug hinter die Donau sofort stark abschwächten.

Der russische Sieg. — Die Lage Frankreichs und Englands. In der Avelingschen Sammlung mit großen Kürzungen veröffentlicht, die schwer zu verstehen sind. So fehlt auch der Schluß — die Seiten 310 bis 312 —, der die französischen Verhältnisse behandelt. Schon am 12. Oktober 1853 schrieb Marx an Engels, er sei so stark mit den Palmerston-Artikeln beschäftigt, daß es ihm von höchstem Nutzen wäre, wenn Engels für

ihn einspringen und einen Artikel schreiben würde. „Aber was? Ich weiß es wahrhaftig nicht. Vielleicht Tagespolitik, wo ich bloß das Allerneueste hinzusetze. Vielleicht, wenn Du den Gegenstand so weit verfolgt hast, Einfluß der bestehenden Krise auf die Beseitigung des Regimes Bonaparte. Ich glaube, daß es hohe Zeit ist, die Aufmerksamkeit auf Frankreich zu lenken, wo die Katastrophe doch eklatieren wird."

Derselbe Brief zeigt, wie schwer es ist, auch in den Fällen, wo ein Artikel von Engels geschrieben ist — mitunter auch in den rein militärischen —, festzustellen, wer der eigentliche Urheber sei. Wir wissen schon, daß Marx sehr oft für Engels kurze Memoranda verfaßte, worin er die Hauptpunkte zusammenstellte. Auch in diesem Briefe schickt er ein Memorandum, das uns von neuem zeigt, wie aufmerksam Marx noch in den fünfziger Jahren die laufende französische Geschichte in allen ihren Einzelheiten verfolgte. Vergleicht man seine Darstellungen mit denen der entsprechenden Periode in den Werken von De la Gorce und Thomas über das zweite Kaiserreich, so wird man sofort gewahr, daß die Marxsche Unterlage viel mehr Anhaltspunkte und Anregungen für ein Bild des Napoleonschen Frankreichs im Jahre 1853 bietet als diese Werke, die einige Jahrzehnte später und auf Grundlage eines umfangreichen Materials geschrieben wurden.

„Der Getreideausfall und der Weinausfall. Durch den wohlfeilen Brotpreis Paris anlockend die Arbeiter aus ganz Frankreich und so das Revolutionsheer rekrutierend, während diese neu Einwandernden die ohnehin sinkenden wages (Löhne) der Pariser drücken. Brotaufstände in Elsaß-Lothringen, Champagne. Knurren der Bauern über die Bevorzugung von Paris, der Arbeiter über die kostspieligen Huldigungen an die Armee, der Bourgeois über die gewaltsame Einmischung in die ökonomischen Gesetze zugunsten der Arbeiter. Fallende Nachfrage vor allem nach Luxusartikeln. Beginnendes closing von workshops (Schließen von Werkstätten). Im Gegensatz zu der ganzen Misere die lavish expenditure (verschwenderische Ausgaben) und Börsenschwindeleien der Familie Bonaparte. Hollowness (Hohlheit) des ganzen Kreditsystems, in reines kolossales Schwindelinstitut verwandelt unter Leitung des Lumpenproletarierkaisers und des Juden Fould. Börse, Bank, Eisenbahnen, Hypothekenbanken und was der Schwindelinstitute mehr sind. Das Regime Louis Philipp in den letzten Tagen reproduziert, aber kombiniert mit allen Schweinereien und nichts von den redeeming features (Ausgleich bietenden Seiten) des Kaiserreichs und der Restauration. Pressure (Druck) der Regierung auf die Bank. Steuerexekutor rigoröse eintreibend auf dem Lande. Budget. Alle städtischen Administrationen, weil der Prosperität unter die Arme gegriffen werden sollte, scheußlich verschuldet. Dann der Einfluß der orientalischen Frage auf die funds (Staatspapiere) und gefährliche Exploitation der Schwankungen der Papiere durch den Hof selbst. Demoralisation der Armee. Es wäre noch besonders

hervorzuheben, wie die Manifeste, Aufrufe usw. der Gesinnungsmänner Ledru, L. Blanc und vor allem Foulon (?) nicht die Laus gemoved (in Bewegung gesetzt) haben, wie aber die soziale und ökonomische Krise die ganze Schmiere in Bewegung bringt usw."

Alle Gerüchte über die Intrigen gegen die Allianz zwischen Frankreich und England zugunsten Rußlands und über die Verschmelzung der beiden Zweige der Bourbonen, die Marx wiedergibt, wurden von zwei Seiten verbreitet: von der torystischen Presse einerseits und von der Palmerston-Presse andererseits. Man hatte den Prince Consort in Verdacht, alle diese Schritte im Interesse seiner Dynastie zu begünstigen.

Der Rücktritt Palmerstons. Es ist schwer, genau das Datum festzustellen, an dem der Artikel geschrieben wurde. Jedenfalls ist er nicht später als am 20. Dezember 1853 abgeschickt worden. Fünf Tage darauf trat Palmerston wieder in das Ministerium ein. Den Eindruck, den seine Demission hervorgerufen hatte, schildert Marx ganz richtig. Das Publikum wollte nicht glauben, daß der „liberale" Palmerston in der Zeit einer ernsten nationalen Krisis sein Amt deshalb verlasse, weil er gegen jede Wahlreform sei. Man war überzeugt, daß die Orientfrage den wahren Grund seiner Demission bilde. Die Morning Post, sein Leiborgan, blies in dasselbe Horn. Diese Legende ist von dem englischen Historiker des Krimkriegs, Kinglake, aufgenommen worden, obwohl sie durch eine einfache Zusammenstellung der betreffenden Daten widerlegt wird. Alle Tatsachen, die seither aus verschiedenen Quellen — gleichwohl ob Palmerston freundlich oder feindlich gesinnt — bekannt geworden sind, zeigen übereinstimmend, daß er bloß einen Vorwand suchte, um das Kabinett zu sprengen. Gerade Anfang Dezember hatte er keinen Grund, mit der auswärtigen Politik seiner Kollegen, unter denen auch ein Gladstone jetzt sehr kriegerisch hervortrat, unzufrieden zu sein. Als er, etwas unerwartet für die anderen Mitglieder des Kabinetts, seine Opposition gegen die zwerghafte Reformbill so weit trieb, zu erklären, er wolle nicht mitmachen, waren seine Gegner im Kabinett freudig überrascht. Da er sich in seinem Rücktrittsschreiben nicht auf die Orientfrage, sondern auf die Gefahr einer neuen Vermehrung der Wählerzahl berief, konnten sie ihn sehr leicht bloßstellen. Daher die auch für ihn unerwartete Raschheit, mit der, wie es sich gleich herausstellte, die Aberdeenschen und Russellschen Blätter sich beeilten, seine noch nicht angenommene Demission und ihre Motive bekanntzugeben. Die inzwischen eingetretenen Ereignisse änderten die Situation. Erstens hatte Palmerston seine Rechnung ohne Lansdowne, den Senior und den einflußreichsten Führer der Whigs, gemacht: obwohl auch ein rabiater Gegner jeder Wahlreform, hielt der letztere den Zeitpunkt nicht für geeignet, aus dem Ministerium auszutreten. Zweitens hatten die mittlerweile eingetroffenen Nachrichten über das „Massaker von Sinope" einen solchen Sturm hervorgerufen,

daß sogar Aberdeen und Gladstone dem Vorschlag Napoleons zustimmten, der zwar keine Kriegserklärung war, aber den Krieg unvermeidlich machte. Es waren dann die Peeliten, die bei der sehr wahrscheinlichen Auflösung des Kabinetts am meisten verlieren konnten, die Palmerston eine goldene Brücke bauten und ihm den Wiedereintritt erleichterten — gegen den Willen Russells, der keinen Grund zu haben glaubte, in der Orientfrage Palmerston zu fürchten, und froh war, daß er jetzt die Möglichkeit hatte, Palmerston, als einen Gegner der Reformbill, zu entlarven. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Peeliten in ihren Unterhandlungen mit Palmerston auch auf den Umstand hinwiesen, die Reformbill müsse angesichts der politischen Lage ja doch unter allen Umständen vertagt werden. Wie dem auch sei, Palmerston trat in das Ministerium wieder ein, ohne in dieser Frage bestimmte Konzessionen zu bekommen. (Malmesbury, II, S. 134 bis 139; Greville, der auch die Rolle eines Vermittlers zwischen den Peeliten und Palmerston spielte, VII, S. 107 bis 123; Martin, Life of the Prince Consort, II, S. 533 bis 536; Stockmars Denkwürdigkeiten, S. 655, 656.)

Marx war auf falscher Fährte, wenn er Palmerston noch „russenfreundliche" Motive unterschob. Gerade damals war er, wie aus dem von uns schon zitierten Brief an Engels zu ersehen ist, zu dem Schlusse gekommen, daß der gefeierte „Russenfeind" in Wirklichkeit an Rußland verkauft sei. Er war daher sehr wenig geneigt, die Meinung zu teilen, daß Palmerstons Rücktritt durch seine patriotische Entrüstung über die Politik des Ministeriums veranlaßt sei, die er im Unterhaus und dem Kabinett unterstützte. Später, als Marx sich überzeugte, daß seine Hypothese unhaltbar sei, daß es gar nicht nötig sei, aus Palmerston einen konsequenten „Russenfreund" zu machen, daß der berühmte Staatsmann ein bloßer Stellenjäger war, der vor allem an sich selbst „verkauft" war, erklärte er den Rücktritt noch aus anderen Motiven. In einem Memorandum, in dem er für Engels die Taten des Koalitionsministeriums zusammenstellte, gibt er die folgenden Daten: „20. August 1853. Palmerston entläßt das Unterhaus mit der Versicherung, sie könnten wegen der orientalischen Affäre ruhig sein, soweit die Räumung der Donaufürstentümer in Betracht käme. Ihr Unterpfand sei ‚sein Vertrauen in die Ehrenhaftigkeit und den Charakter des russischen Kaisers', die diesen bewegen würden, seine Truppen freiwillig aus den Fürstentümern zurückzuziehen. 3. Dezember. Sinope. 12. Dezember. Note der vier Mächte an die Pforte, worin im Grunde noch mehr von ihr verlangt wird als in der Wiener Note. 14. Dezember. Palmerston gibt erst seine Zustimmung im Ministerrat, nach Wien zu telegraphieren, daß die Affäre von Sinope die Negoziationen nicht stören soll, und dann, um die Philister zu täuschen, gibt er 15. Dezember seine Resignation, angeblich weil gegen Russells Reformbill. Tritt natürlich wieder ein, sobald sein Zweck erreicht." (Marx an Engels, 30. Januar 1855.) Auch hier wird

übersehen, daß der ganze Rummel wegen des „Sinoper Massakers" erst nach dem vollzogenen Rücktritt Palmerstons begonnen hatte. Richtig ist nur, daß das ganze Kabinett noch keine Ahnung hatte, was für Folgen dieses Ereignis haben würde, und daß der „kriegslustigste" von allen, Stratford in Konstantinopel, den auch die Peeliten anklagten, daß er den Krieg absichtlich schüre, gerade nach dem Sinoper Ereignis seine Friedensbemühungen verdoppelte. Palmerston nutzte aber die nach seinem Rücktritt eingetretene Situation aus, um den wirklichen Grund — die Reformbill — durch den angeblichen — die auswärtige Politik des Ministeriums — zu verschleiern und seine wirkliche Niederlage im Kabinett in einen angeblichen Sieg über seine Kollegen und über den Hof, gegen den er, wie wir gleich sehen werden, schon eine Preßkampagne eingeleitet hatte, zu verwandeln.

Sinope und Achalzych. In der Tribune als Leitartikel unter dem Titel „Der Fortschritt des türkischen Krieges" erschienen. Auch hier läßt sich Engels nicht durch die herrschende Stimmung fortreißen, die aus den Türken unschuldige Opfer eines russischen Überfalls machte. „Die öffentliche Meinung" — sagt Rüstow — „sah darin eine Verletzung jenes Versprechens des Kaisers Nikolaus, sich defensiv zu verhalten, und so sehr sie — man muß es doch gestehen — erfreut gewesen wäre, wenn die Türken einen ähnlichen Handstreich gegen eine russische Flotte ausgeführt hätten, so sehr war sie nun entrüstet, da die Russen die Sieger waren. Man kam gänzlich außer Fassung, schrie über Hinterlist, Barbarei, Gemetzel und wollte der Tat des Admirals Nachimoff den Charakter einer kriegerischen Handlung nicht zugestehen, obgleich die unparteiische Geschichte sie späterhin gewiß zu den bestangelegten zählen wird. Die Regierungen von England und Frankreich, obgleich sie in ein so unverständiges Geschrei unmöglich im Ernst einstimmen konnten und jedenfalls wissen mußten, daß die strategische Defensive einzelne Ausfälle nicht ausschließt, vermochten sich doch nicht ganz dem Eindruck zu entziehen, den der Vorfall auf die Masse ihrer Völker machte. Außerdem war ihnen die Vernichtung eines bedeutenden Teiles der gesamten türkischen Flotte äußerst unangenehm; es war hier schon einer jener unwillkommenen Inzidenzfälle eingetreten, die man unmöglich beherrscht, wenn der Krieg einmal entfesselt ist. Hierzu kam noch, daß die türkische Eskader bei Sinope von den Russen gewissermaßen unter den Augen der Flotten Englands und Frankreichs angegriffen war, und es konnte den Anschein haben, als hätte Rußland den Westmächten zeigen wollen, daß ihre Demonstrationen ihm nicht den geringsten Kummer machten, den Anschein einer beleidigenden Herausforderung."

Die russische Übermacht war nicht so groß, wie es Engels schildert. Nachimoff hatte sechs Linienschiffe und zwei Fregatten, er hatte aber

keinen Dampfer. Hingegen war seine Artillerie viel stärker (788 gegen 474 türkische Geschütze). Es ist auch bekannt — und die Belagerung Sebastopols hat es später gezeigt —, daß die Mannschaft keineswegs aus Landratten bestand. Umgekehrt, die russische Flotte im Schwarzen Meer befand sich in einem viel besseren Zustand als die baltische. Richtig ist nur, daß ein großer Teil der Schuld für die türkische Niederlage die westliche Diplomatie trifft. Das behauptet auch Klapka in seinem Buche über den Krieg im Orient. Dieselbe Meinung teilt der deutsche Geschichtschreiber des Krimkriegs, Geffcken. „Während des ganzen November wußte man in Konstantinopel, daß ein türkisches Geschwader ausgelaufen sei, um Waffen und Munition nach der tscherkessischen Küste zu führen, am 26. November erfuhr man, daß dasselbe von russischen Linienschiffen in dem unsicheren Hafen von Sinope beobachtet werde. Lord Stratford war instruiert, daß, ‚wenn die russische Flotte aus Sebastopol auslaufe, die verbündeten Flotten selbstverständlich durch den Bosporus gehen würden'. Darin lag also die Aufgabe, sich zu versichern, ob die russische Flotte im Schwarzen Meere kreuze; aber beide Gesandten taten nicht nur nichts zu diesem Zwecke, sondern verweigerten die Bitte der Pforte, ihre Flotten vorwärts zu lassen."

Dem Siege bei Achalzych (26. November) folgte am 1. Dezember ein noch größerer bei Basch Kadyklar, wo die Türken aufs Haupt geschlagen wurden, so daß sie, ganz demoralisiert, jede weitere Aktion bis zum Frühjahr 1854 aufgaben.

Der europäische Krieg. Deutsch schon im Jahre 1854 (3. und 4. Februar) in der deutschamerikanischen Zeitung „Die Reform" erschienen. Der Artikel wurde wahrscheinlich von Engels — vielleicht mit Zusätzen von Marx — zwei Monate vor der Kriegserklärung geschrieben. Er zeigt am besten, worin sich beide Freunde von den anderen Vertretern der europäischen Emigration unterscheiden. Auf die bestehenden Regierungen setzen sie keine Hoffnungen. Sie kritisieren alle gleichmäßig in schonungsloser Weise. Sie erwarteten bloß, daß der jetzt unvermeidlich gewordene Krieg — wenn er sich nicht nur auf die westlichen Mächte und die Türkei auf der einen Seite und Rußland auf der anderen beschränkte — eine neue revolutionäre Situation wie im Jahre 1792 schaffen werde. Dazu aber war es notwendig, daß Österreich und Preußen sich beide auf die Seite der Westmächte stellten, denn nur in diesem Falle konnte man Rußland einen entscheidenden Schlag versetzen. Gerade aber in dieser Beziehung waren beide Freunde sehr skeptisch. Das, was sie über die wahrscheinliche Politik Preußens schrieben, hat sich fast wörtlich bewahrheitet. Nicht besser ging es mit Österreich. Was die Westmächte anbelangt, so hatten diese eine ebenso heilige Scheu vor den Folgen eines „Tendenzkrieges" wie die Mittelmächte. Nichts lag ihnen ferner, als den Krieg in vollem Ernst als einen Krieg

gegen den russischen Absolutismus zu führen. So taten England und Frankreich, statt einen Aufstand in Finnland zu entfachen, alles, um durch ihre sinnlose Taktik in der Ostsee die Finnen an Rußland zu ketten, und sie schlossen mit Schweden eine Allianz erst dann, als es schon zu spät war. Ebensowenig waren sie bereit, auch im Süden entschlossen vorzugehen. Das Schicksal der Bergbewohner des Kaukasus interessierte sie ebensowenig wie das Schicksal der Finnen. Man wollte unter keiner Bedingung so weit gehen, um nicht am Ende doch das hervorzuzaubern, was Marx und Engels erwarteten. England und Frankreich bemühten sich, die Mittelmächte zu gewinnen, weil sie hofften, durch eine feste Allianz der vier Großmächte Nikolaus zu zwingen, auf die Friedensbedingungen einzugehen, die schon im Dezember 1853 formuliert worden und für Rußland noch sehr günstig waren.

Schon die ersten Schritte der Westmächte zeigten, wie wenig sie geneigt waren, den Krieg ernst zu führen. Die absurde Politik, die sie nach der Sinoper Schlacht einschlugen, bewies, daß sie immer noch hofften, es werde nicht zum Kriege kommen. War es nicht lächerlich, Nikolaus die von Österreich mit ihm verabredeten, jetzt auch von der Pforte gebilligten Friedensbedingungen vorzuschlagen und gleichzeitig das Einlaufen der vereinigten Flotten ins Schwarze Meer anzukündigen? Hatte der „tolle Mann“ an der Newa früher zu wenig Rücksicht auf das „Prestige“ der Westmächte genommen, so hatten England und Frankreich jetzt ihrerseits vergessen, daß auch der absolute Herrscher in Petersburg, wie einmal Pozzo di Borgo sagte, wenn nicht durch eine Konstitution, so durch andere gewaltsame Mittel gezwungen war, sein eigenes „Prestige“ zu wahren.

Die Ansichten des Zaren. — Prinz Albert. Alle russischen Quellen bestätigen, daß der Zar den Krieg mit den Westmächten ebensowenig „wollte“ wie sie selbst, daß er bis zu dem Tage, an dem Frankreich und England ihm den nach der Sinoper Schlacht gefaßten Beschluß mitteilten, von dieser Seite eine Kriegserklärung nicht erwartete. Daß gerade diese Schlacht eine solche Wirkung auf die Haltung der Westmächte ausüben werde, konnte er noch weniger erwarten. Zwar hatte in Rußland der Sieg die Kriegsstimmung in der „Gesellschaft“ sehr stark erhöht, der russischen Diplomatie aber gab diese Genugtuung für die Niederlagen an der Donau die Möglichkeit, sich „ohne Schimpf und Schande“ aus den Donaufürstentümern zurückzuziehen. So faßte man auch den Sieg in Preußen und Österreich auf, wo man ihn als den „eigenen“ feierte, so faßten ihn auch die Diplomaten in Konstantinopel auf. Der französische Gesandte in Petersburg, Castelbajac, gratulierte in überschwenglichster Weise dem Zaren zu seinem Siege, die preußische Gesandtschaft wohnte dem Dankgottesdienst in der Hofkirche vollzählig bei. Das, was die „öffentliche Meinung“ in Frankreich und England als ein

unerhörtes Verbrechen bezeichnete, das die „nationale Ehre" nicht unbestraft lassen dürfe, wurde in Berlin, Wien und Petersburg als der Sieg des Christentums über den Halbmond gepriesen. Besonders herzlich war die Gratulation, die Nikolaus von Franz Joseph bekam und auf die er mit folgenden Zeilen antwortete: „Ich bin Dir aufrichtig für die Aufmerksamkeit dankbar, mein teurer Freund, die Du mir in Deinem liebenswürdigen Briefe vom 11. Dezember zeigtest. Ich war im vorhinein überzeugt, daß Du den Erfolgen unserer Waffen nicht gleichgültig gegenüberstehen wirst, um so mehr, als es mit jedem Tage offenbarer wird, daß wir jetzt von neuem gegen die Revolution kämpfen, die die sogenannte orientalische Frage ergreift, um sie für sich auszunützen; das wollen nicht einsehen Frankreich und England, wenn sie auch nicht im Einverständnis mit ihr wirken. Die Sache ist übrigens ganz klar, und wir werden in den Reihen der türkischen Armeen unsere alten Bekannten finden — die Ungarn und die Polen. Somit ist es unsere gemeinsame Sache; ebenso Deine wie meine, und Du mußt es zugeben. Unsere Erfolge sichern Dir die Ruhe in Ungarn und Transsylvanien." (Zajontschkowski, a. a. O., S. 559, 560.) Um so stärker war später seine Enttäuschung und seine Entrüstung gegen Österreich.

Die Marxsche Charakteristik des Prinzen Albert hatte die englische Historical Review schon einmal chokiert. Mag sein, daß sie nicht ganz ehrerbietig ist, sie entspricht aber viel mehr der Wirklichkeit als die Legende, die von der Palmerstonschen und der vulgärdemokratischen Presse verbreitet und genährt wurde, um die „diabolischen Absichten" dieses Koburgers in England bloßzustellen. Die ganze Episode ist überhaupt sehr charakteristisch für die Sitten der oberen Zehntausend, die so außerordentlich tolerant gegen die niedrigsten Intrigen und gewissenlosesten Treibereien ihrer Staatsmänner sind.

Als Palmerston seine Demission einreichte, gab er das Signal zu einer neuen Kampagne gegen den Prinzen Albert. Ebenso wie er im Dezember 1851 durch die Enthüllungen über die Hofintrigen, die ihn angeblich zwangen, zu demissionieren, seine Billigung des Staatsstreichs zu verdecken versuchte, wiederholte er auch jetzt dasselbe Manöver, ein neuer Beweis, daß er seinen Rücktritt im Dezember 1853 anfangs als einen dauernden betrachtete.

Die schmutzige Geschichte, die grelles Licht auf den „Mann der Ehrlichkeit und Wahrheit" wirft und ihr Gegenstück auf dem Kontinent später in dem Techen-Prozeß hatte, ist ausführlich in den Memoiren von Stockmar und Greville sowie in der Martinschen Biographie des Prinzen Albert erzählt. Nach seinem Wiedereintritt in das Ministerium gab Palmerston seiner Presse das Signal zum Rückzug. Es war aber zu spät. „Am 11. Januar 1854 verkündete die Daily News, Mr. Roebuck werde beim demnächstigen Zusammentreten des Parlaments von den Ministern kategorisch Erklärungen fordern über die so weitverbreiteten und so all-

gemein geglaubten Gerüchte in betreff der ungebührlichen Einmischung des Prinzgemahls in die Regierungsgeschäfte. Das Angriffsfeld war somit erweitert. Von einem zugunsten Rußlands und des kontinentalen Absolutismus geübten Einfluß war früher nur die Rede gewesen, und jetzt lautete die Anklage auf unbefugte, verfassungswidrige Einmischung in die Regierungsangelegenheiten überhaupt."

Als Palmerston im Jahre 1851 entlassen worden war, hatte er ein Pamphlet gegen den Prinzen bestellt, in dem seine Billigung des Staatsstreichs geleugnet und über geheime Korrespondenzen des Prinzen mit den absoluten Höfen Andeutungen gemacht wurden. Er hatte es aber selbst zurückgezogen. Jetzt wurde behauptet, der Prinz habe die Broschüre aufgekauft und mit Palmerston Frieden geschlossen, um den Folgen der Veröffentlichung zu entgehen. An demselben Tage, an dem Marx seinen Brief schrieb, erklärte Palmerston in der Morning Post, er habe das Pamphlet nicht schreiben lassen, nie Dokumente der Schuld des Prinzen jemanden übergeben, weil keine solche vorhanden gewesen, fügte aber hinzu, er sei es gewesen, der die Veröffentlichung der Schrift verhindert habe. Die Times druckte das Pamphlet in extenso, und Palmerston erklärte darauf in der Morning Post, daß der Prinz in keiner ursächlichen Beziehung zu seiner Demission und zu seinem Wiedereintritt im Dezember gestanden habe.

Es blieb dem Prinzen nichts übrig als „die Flucht in die Öffentlichkeit". In der ersten Sitzung der neuen Session, am 31. Januar 1854, wurden von den Ministern und den Führern der Opposition Ihrer Majestät feierliche Erklärungen abgegeben, nachdem alle Anklagen gegen die unkonstitutionelle Einmischung des Prinzen in die Staatsgeschäfte widerlegt worden waren. Er konnte jetzt ruhig als Berater und Privatsekretär seiner Frau, als Mitglied des Geheimen Rats dem Kabinett seine Memoranda und Gutachten vorlegen. Niemandem war es besser bekannt als gerade den Ministern, wie eng begrenzt sein wirklicher Einfluß war.

In dem Artikel „Die Briefe von K. Marx über den Krimkrieg und die Orientfrage" (Neue Zeit, XVI, 1) sagt Bernstein, daß Marx den Einfluß der Krone im englischen Kabinett unterschätzt zu haben scheint. Seines Erachtens war es in der Tat Prinz Albert, der sich im Kabinett der Kriegspolitik Palmerstons entgegensetzte und Aberdeen stark beeinflußte. Ohne auf die Frage einzugehen, inwieweit Marx die Rolle der Krone überhaupt richtig einschätzte, muß man doch sagen, der Prinz war nicht mehr mit der Aberdeenschen Politik einverstanden und nicht mehr ein „Russenknecht" wie sein Gegner. Wie wenig Palmerstons Rücktritt die Bedeutung hatte, die ihm Bernstein beimißt, zeigt am besten die Antwort, die Nikolaus erhielt, als er am 30. Oktober, also sechs Wochen vorher, sich mit einem eigenhändigen Briefe an Viktoria wendete, um an den „Einfluß der Krone" gegen die Minister zu appellieren. Die Antwort der Königin — oder wenn man will der Krone —

vom 14. November war höflich, aber schroff ablehnend und von Clarendon begutachtet. Der Gegensatz zwischen der „Krone" und Palmerston war nicht größer als der zwischen Aberdeen und Palmerston. Der Prinz brachte noch einige religiöse Argumente vor und wollte nur, wie andere Mitglieder des Kabinetts, daß man sich nicht zu weit mit Napoleon einlasse. Als aber Preußen, trotz Bunsen, sich gegen eine engere Allianz mit den Westmächten aussprach, wurde Prinz Albert ebenso „franzosenfreundlich" wie Palmerston. Es ist wahrhaftig rührend, zu lesen, wie beide — die Königin und der Prinzgemahl — später darauf bestanden, daß dieser „treue Diener" der Krone den Hosenbandorden unbedingt annehmen müsse. „Warum soll ich mich denn selbst bestechen?" sagte anfangs der alte Zyniker, willigte aber ein und zierte sich mit der Devise des alten Ordens: Honny soit qui mal y pense! (Ein Schelm, der Arges dabei denkt!)

Cobden und Rußland. Der Schluß, der einige Angaben über die Zusammensetzung des Unterhauses mitteilt, ist fortgelassen. — Der Eingangspassus über die Befestigung Konstantinopels ist wahrscheinlich von Engels geschrieben. So lesen wir in Marxens Brief vom 25. Januar 1854: „Apropos! Noch über eins Deine englisch geschriebene Ansicht. Die Türken, heißt es in den französischen Blättern, wollen Konstantinopel nach der Landseite befestigen. Wäre dies nicht ein Hauptschlag für Rußland? Um so mehr, da Konstantinopel zur See immer mit den asiatischen und europäischen Küsten seines Empire in Verbindung bleiben wird, also gar nicht ihm die Zufuhren von Menschen und Mitteln abgeschnitten werden können. Große Festungen scheinen jetzt die Antidote zum Napoleonischen großen Kriege. Kommen wir dadurch nicht wieder zum kleinen zurück?"

Bernstein hat schon darauf hingewiesen, daß Marx in diesem Briefe Cobden in bezug auf Amerika unrecht tat. In seinem Pamphlet — „England, Ireland and America", erschienen im Jahre 1835, vor seiner Reise nach den Vereinigten Staaten — nützt Cobden das amerikanische Beispiel aus, um zu beweisen, daß eine Friedenspolitik, eine Politik der Nichteinmischung in die kontinentalen Händel, zusammen mit dem Freihandel, das beste Mittel wäre, um England konkurrenzfähig gegen Amerika zu machen. Sein zweites Pamphlet, geschrieben im nächsten Jahre — „Russia, by a Manchester Manufacturer", 1836 —, ist eine Apologie Rußlands und eine Anklageschrift gegen die Türkei und insbesondere gegen die Polen, die, angestachelt von einer Aristokratie, ohne jeden Grund gegen den guten Nikolaus und gegen die russische Herrschaft rebellierten, die ihnen großen materiellen Wohlstand brachte. Daher die großen „Sympathien", die man in Petersburg stets für Cobden und Bright hegte, obwohl die russischen Machthaber für diese „Kaufleute" in ihrem privaten Briefverkehr immer Worte der Verachtung und

des Hohnes gebrauchten. Es war aber die Verachtung eines Grundbesitzers, der stolz ist, daß er bloß „verkauft“ und nicht wie der „Kaufmann“ gezwungen ist, „zu kaufen, um zu verkaufen“. Cobden besuchte Rußland erst elf Jahre später und wurde dort, als der Politiker, der die Abschaffung der Korngesetze veranlaßt hatte, über alle Maßen gefeiert. Sein Auftreten gegen die russische und die österreichische Anleihe in London im Jahre 1850 — die die Kosten des ungarischen Feldzugs decken sollten — hat man ihm in Petersburg nicht sehr übel genommen, weil man es als eine harmlose Schrulle des guten Friedensapostels betrachtete. In seinen Depeschen zitiert Brunnow die Reden Cobdens als Beweis, daß die Manchesterleute Aberdeen in seiner russenfreundlichen Politik unterstützten.

Kriegsfinanzen. In der Avelingschen Sammlung mit nicht angegebenen Kürzungen gedruckt. — Die feierliche Prozession, über die Marx als Augenzeuge berichtet, war für die Königin und ihren Gemahl eine harte Geduldprobe. Die Aufregung, die durch die Palmerstonsche Kampagne gegen den Prinzen hervorgerufen wurde, war so stark, daß man für ihn unangenehme Folgen fürchtete. „Man ging so weit,“ schreibt der sächsische Gesandte in London, Graf Vitzthum von Eckstädt (Petersburg und London in den Jahren 1852 bis 1864, 1. Band, S. 75), „der Königin unter den Fuß zu geben, sie möge das Parlament allein eröffnen, da die Gegenwart des Prinzen sie den Insulten des Pöbels aussetzen könne.“

Was die russischen Finanzen anbelangt, so waren sie in Wirklichkeit in einer noch schlimmeren Lage, als Marx es vermutete. Auch nach dem Ende der Assignatenwirtschaft, nach der „großen“ Reform des Grafen Kanizin, erreichte die Metalldeckung der neuen Kreditbillette nie die vorgeschriebene Höhe. Man verheimlichte die wachsenden Defizite, um nicht den Kurs des Papiergeldes noch mehr zu erschüttern. Das Budget blieb ein Staatsgeheimnis. Es bedurfte nur des Krieges, um die ganze russische Geld- und Staatswirtschaft in ihrer erschreckenden Rückständigkeit bloßzustellen.

Freilich haperte es auch in Frankreich mit den Finanzen. Die Budgetaufstellung war zu einer vollständigen Illusion geworden. Die Staatsschulden hatten sich noch vor dem Kriege vermehrt. Und wie es in Österreich mit einer ordentlichen Finanzwirtschaft aussah, wie sehr die Wiener Regierung in ihrer Haltung durch die Rücksicht auf den schlimmen Stand der Finanzen gebunden war, zeigte Marx gleich darauf in einer besonderen Korrespondenz.

Russische Diplomatie. — Montenegro. In einer Korrespondenz, die wir nicht bringen, teilt Marx noch andere Einzelheiten über die Aufnahme mit, die die Orloffschen Vorschläge in Berlin fanden. Sie bildet aber

eine fast wörtliche Übersetzung der Nachrichten, die ihm von Lassalle in dem Briefe vom 10. Februar 1854 übermittelt wurden. (Mehringsche Nachlaßausgabe, IV, S. 75, 76.)

Mit der Bemerkung, „der russische Kaiser ist offenbar in einer solchen Situation, daß er überhaupt keine Bedingungen von Frankreich und England annehmen kann", traf Marx den Nagel auf den Kopf. Nicht daß Nikolaus, wie Vitzthum von Eckstädt in seinen Erinnerungen erzählt, überzeugt gewesen wäre, auch unter seinen Füßen sei der Boden unterwühlt (Le sol sous mes pieds est miné comme sous les vôtres. . . . Nous avons tous un ennemi commun: la révolution.) Wohl blieb ihm die wachsende Opposition der gebildeten Schichten und die Unzufriedenheit unter den Leibeigenen nicht unbekannt, aber noch mehr fürchtete er die Aufregung, die sich nach der Bekanntmachung des englisch-französischen Beschlusses seiner näheren Umgebung bemächtigen würde. Schon das Gerücht, daß die vereinigten Flotten ins Schwarze Meer eingelaufen seien, das sich Anfang Januar verbreitete, rief einen Sturm der Entrüstung hervor. Die Wahrung des „Prestige" ließ auch hier keinen Ausweg mehr. Trotzdem beantwortete der allmächtige Zar die „freche Herausforderung" nicht mit einer sofortigen Kriegerklärung.

Die Blaubücher, die Marx zitiert, waren kurz vorher von der englischen Regierung veröffentlicht worden unter dem Titel: „Correspondence respecting the Rights and Privileges of the Latin and Greek Churches in Turkey", gewöhnlich als „Eastern Papers" bezeichnet. Da die Blaubücher als Vorbild für alle kontinentalen Weiß-, Gelb-, Grau-, Orange- und Rotbücher dienten, ist es interessant, die Methoden kennen zu lernen, nach denen solche Bücher in dem klassischen Lande des Parlamentarismus zusammengestoppelt werden. Wir überlassen das Wort dem deutschen Urquhartiten, Bucher, dem jene Methoden gut bekannt waren und der seine Kenntnisse später mit großem Talent verwertete. „Über die Art und Weise, wie die Blaubücher zurechtgemacht werden, hat Lord Palmerston sich so ausgesprochen (1. März 1848): ‚Wenn diplomatische Verhandlungen vorkommen, von denen dem Parlament und dem Lande Kenntnis zu geben wünschenswert ist, so ist die gewöhnliche und von mir stets befolgte Praxis die, daß dem Parlament solche Teile der Verhandlungen vorgelegt werden, die ihm eine wahre und treue Kenntnis von den hauptsächlichsten und wichtigsten Umständen geben. Es ist aber nicht die Pflicht der Regierung, im Gegenteil, es würde eine Pflichtwidrigkeit sein, dem Parlament Stücke der Korrespondenz vorzulegen, die bloße Meinungen oder vertrauliche Mitteilungen des auswärtigen Ministers an unsere Geschäftsträger im Ausland enthalten und deren Veröffentlichung dem Dienste nachteilig sein und die Zwecke vereiteln würde, die Parlament und Regierung im Auge haben müssen.' Mit den Mitteilungen und Meinungen auswärtiger Regierungen geht man gerade in England weniger diskret um. Indessen ist damit der

Prozeß des ‚Brauens‘ von Blaubüchern sehr unvollständig beschrieben. Auch die englische Regierung befolgt das System, doppelte Depeschen mit ihren Agenten zu wechseln, ostensible und reservierte, wie die russische, nur daß diese es gegen die fremden Staaten, jene gegen das eigene Parlament benutzt.“

Auch die ersten Teile der Eastern Papers wurden nach diesem Rezept zurechtgemacht. Als die russische Regierung durch ihre Antwort auf die im Unterhaus von Russell vorgebrachten Anklagen das Ministerium zwang, mit neuen Dokumenten hervorzutreten, stellte sich sofort heraus, wie unvollständig die erste Publikation war, die dem „Volke“ angeblich die „ganze Wahrheit“ mitgeteilt habe. So hatte die Regierung in ausführlichster Weise alles gebracht, was im Zusammenhang mit der Frage der heiligen Stätten sich befand, und alles verschwiegen, was in klarster Weise zeigte, daß der Konflikt schon längst über diese recht untergeordnete Frage hinausgewachsen war. Daher auch das Schweigen über die montenegrinische Frage, in der die immer vorgeschobene Sorge um die Integrität der Türkei, die Frankreich, England und Österreich noch im Januar und Februar 1853 an den Tag legten, in einem sonderbaren Licht erscheint.

Es ist charakteristisch, daß wir noch bis zum heutigen Tage kaum mehr über die Leiningensche Mission wissen als das, was Marx nach Simpson (The eastern question: a connected narrative of events, from the missions of Count Leiningen and Prince Menschikoff to Constantinople to the present day, London 1854) so ausführlich schildert. Sie ging unmittelbar der Mission Menschikoffs voraus und bildete eigentlich nichts als ihr Vorspiel. Derselbe Pomp, dieselbe Arroganz, dieselbe Mißachtung aller Souveränitätsrechte der Türkei, derselbe Versuch, sich in die inneren Angelegenheiten eines selbständigen Staates einzumischen, dieselbe Ablehnung jeder Vermittlung, ein Ultimatissimum — nur mit einem Unterschied: daß die Pforte fast in allen Punkten nachgab. Hinter Österreich stand Rußland, und die Westmächte ließen die Türkei im Stich. Trotzdem blieb die Mission Leiningens in Europa unbeachtet und die „öffentliche Meinung“ regte sich gar nicht auf. Erklärlich wird die Sache freilich dadurch, daß es eben das von allen verachtete, kurz vorher auch von der Pforte mit Fußtritten traktierte Österreich war, das hier auftrat; und bevor sich noch die Opposition der Affäre bemächtigen konnte, erschien die viel imposantere Figur des Vertrauten des russischen Kaisers, des europäischen Diktators auf der Bühne.

Immerhin herrscht noch keine Klarheit darüber, inwieweit die Mission Leiningens eine selbständige österreichische Improvisation oder ein vorher zwischen Österreich und Rußland verabredeter Plan war, wie Marx glaubt. Für die letztere Hypothese sprechen eine Reihe von Tatsachen. So die dem englischen Gesandten schon am 4. Februar gemachte Mitteilung, daß Menschikoff nach Konstantinopel gehe, um wegen der Montenegriner und

der heiligen Stätten zu intervenieren, so der Befehl, Leiningen in seinen Forderungen zu unterstützen, so das Versprechen, das Nikolaus dem österreichischen Kaiser gab, im Falle eines Krieges ihn mit Waffen zu unterstützen. Daß sich damals in den Beziehungen zwischen Österreich und Rußland ein Vorgang abspielte, analog demjenigen, den die Geschichte der österreichisch-russischen „Freundschaft" vor 1853 und nach 1870 verzeichnet, wird öfters angedeutet und damit der unbändige Zorn über die „Undankbarkeit" der Wiener Regierung motiviert. „Von russischen Gewährsmännern wird behauptet" — sagt der österreichische Historiker Adolf Beer —, „daß das Petersburger Kabinett an Österreich das Ansuchen gestellt habe, als Stellvertreter Rußlands erscheinen zu wollen, und man rühmte sich, daß die Pforte eingewilligt habe, den Forderungen Österreichs Rechnung zu tragen, nachdem sie die Überzeugung gewonnen, daß die beiden Kaiserhöfe in innigster Wechselbeziehung stünden. Österreichische Quellen besagen das Gegenteil; der damalige Vertreter Rußlands am Bosporus habe, von Leiningen zur Mitwirkung aufgefordert, auf mangelnde Weisungen hingewiesen und seine Bereitwilligkeit zur Unterstützung erst zugesagt, nachdem die Pfortenminister unmittelbar nach angedrohter Abreise Leiningens dem Begehren desselben willfahrt haben." (Die orientalische Politik Österreichs seit 1774, Prag 1883, S. 443.)

Auf die Frage, warum die Pforte, die noch vor zwei Jahren so keck alle Forderungen Österreichs, die bei weitem nicht so ernst waren, strikt abgelehnt hatte und jetzt so schnell dem Ultimatum nachgab, bleibt Beer eine Antwort schuldig. Seltsamerweise erwähnt der jüngere österreichische Geschichtschreiber, H. Friedjung, in seiner ausführlichen Studie „Der Krimkrieg und die österreichische Politik" — noch in der zweiten Auflage, die 1911 erschien — die Leiningensche Mission und die Montenegroaffäre mit keinem Wort. Aber ein Jahr darauf schreibt er in seiner Geschichte Österreichs von 1848 bis 1860 (Stuttgart 1912, 2. Band, S. 228, 229), daß Österreich „offenbar einen Wunsch Rußlands erfüllte, als es zur allgemeinen Überraschung den Türken Halt gebot und so Montenegro vor dem Untergang rettete...", „in Petersburg war man hocherfreut, und Buol erhielt als Anerkennung einen hohen russischen Orden"!

Frankreich und England. Wenn man diese Korrespondenz und die vom 24. Februar aufmerksam liest, so begreift man, warum Marx und auch Engels damals zu dem Schlusse kamen, daß das Koalitionsministerium gegen Rußland kaum einen anderen Krieg führen *wollte* als einen bloßen Scheinkrieg. Zwar ist Marx auf falscher Fährte, wenn er dort „Verrat" sucht, wo die Sache sich viel einfacher durch die sogenannten Notwendigkeiten der hohen Politik erklärt. Die Haltung des Koalitionsministeriums, jetzt im Unterhaus auch von Palmerston vorbehaltlos verteidigt, ließ keinen anderen Schluß zu. Anfang Februar er-

folgte der Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen den Westmächten und Rußland. Trotzdem keine Kriegserklärung, keine offene Formulierung der Kriegsziele. Das eingebrachte Kriegsbudget bewies, daß das Ministerium immer noch hoffte, durch die von Palmerston empfohlene Bluffpolitik Rußland so weit einzuschüchtern, daß es in die im Dezember von der Türkei nach der Sinoper Schlacht angenommenen Friedensbedingungen einwilligen werde. Fast zwei Monate dauerte dieses unbegreifliche Zwischenspiel. Will man verstehen, wie begründet das Marxsche Mißtrauen war, wie sehr er recht hatte mit seiner Behauptung, daß die Perfidie und die „verräterische Zauderpolitik" des Koalitionsministeriums gerade das beste Mittel seien, einen lokalen Konflikt in eine allgemeine europäische Feuersbrunst zu verwandeln, so lese man den Lassalleschen Brief vom 7. März 1854, der eine Antwort auf einen Brief von Marx ist, in dem offenbar dieselben Argumente entwickelt wurden wie in der vorliegenden Korrespondenz. Lassalle, der die Illusionen der preußischen Liberalen und Demokraten teilte, die in Palmerston den Verfechter des Konstitutionalismus und den Todfeind des russischen Absolutismus bewunderten, übersah die größten Ungereimtheiten in der Politik Englands und Frankreichs. Der weitere Verlauf des Krieges hat sofort gezeigt, wie absurd und zwecklos die ersten Schritte der Westmächte waren, es war aber nicht „Verrat", wie Marx schrieb, sondern Unfähigkeit und fester Glaube an die Schlagfertigkeit Rußlands, ebenso auf seiten Bonapartes wie auf seiten des englischen Ministeriums. Das, was Rousset in seiner Geschichte des Krimkriegs auf Grund der französischen Quellen über die Vorbereitungen und die ersten Kriegsoperationen mitteilt, beweist, daß von einem „Verrat" an Rußland keine Rede sein kann, gewiß aber war es Verrat an dem eigenen Volk, sein Gut und Blut in dieser grausamen Weise aufs Spiel zu setzen.

Der griechische Aufstand wurde von Rußland offen unterstützt. So stark noch Nikolaus vor einem Appell an die slawischen Völker zurückschrak — erst nachdem die „schwarze Undankbarkeit" Österreichs ihn bis zur Raserei gebracht hatte, begann er auch mit diesem „revolutionären" Gedanken zu spielen —, so hatte er doch nichts dagegen, daß man unter dem Vorgeben der religiösen Unterdrückung einen Aufstand inszeniere. Schon im Sommer 1854 erhob Grivas die Fahne des Aufruhrs im südlichen Epirus mit Arta als Zentrum. Rußland billigte ihn offiziell in dem Zirkular vom 2. März 1854. Daß der Aufstand seine Quellen nicht bloß im russischen Gelde hatte, bewies schon die Hartnäckigkeit, mit der er sich behauptete. So wurden Frankreich und England schließlich gezwungen, zusammen mit den Türken die rebellischen Griechen zur Räson zu bringen. Am 26. Mai 1854 wurden im Piräus französische Truppen ausgeschifft, worauf die griechische Regierung, die den Aufstand nicht nur billigte, sondern durch Offiziere und Munition begünstigte, selbstverständlich ganz „freiwillig" die strengste Neutralität versprach. Wie eine

kalte Dusche wirkte auf die griechische Regierung die Veröffentlichung der Geheimkorrespondenz, aus der sie erfuhr, Nikolaus würde nimmermehr den Versuch eines Wiederaufbaues des Byzantinischen Reiches gestatten oder erlauben, daß Griechenland sich so weit ausdehne, um zu einem mächtigen Staate zu werden.

Die Ereignisse in Asien, die Marx erwähnt, hatten nur insoweit eine Bedeutung, als sie die englische Regierung zwangen, mit der Kriegserklärung schneller hervorzutreten. Rußland hatte zu wenig Geld, um auf allen Fronten Krieg zu führen und gleichzeitig überall Aufstände zu entfachen. Außerdem waren seine Kriegserfolge vorläufig nicht so glänzend, um in Asien großen Eindruck zu machen. China, durch die inneren Unruhen absorbiert, und Japan, erst im Jahre 1854 von den Vereinigten Staaten veranlaßt, seine Häfen der „christlichen Zivilisation" zu öffnen, konnten überhaupt noch keine aktive Rolle spielen. Persien hatte kein Geld und erschien zu spät auf der Kriegsbühne, um England und der Türkei in Asien große Schwierigkeiten zu bereiten.

Österreichs Bankrott. Der Artikel ist von uns deutsch zuerst im „Kampf" (1. August 1912) veröffentlicht worden. Die Bestätigung, daß dieser anonym erschienene Artikel wirklich von Marx herrührt, finden wir jetzt in seinem Brief an Engels vom 22. April 1854. — Es steht außer jedem Zweifel, wie es auch Marx betont, daß eines der Hauptmotive, die Österreich veranlaßten, sich den Westmächten zu nähern, die Hoffnung war, auf diese Weise das Vertrauen der Finanzwelt wieder zu beleben und aus den finanziellen Schwierigkeiten herauszukommen. Der schwere Schlag, den Österreichs Kredit nach der Aufhebung der Verfassung erfahren hatte, konnte mit hohlen Versprechungen nicht überwunden werden. Die bureaukratische Verwaltung der fünfziger Jahre war ebenso unfähig wie die vormärzliche, das Defizit zu beseitigen und Ordnung in die Finanzen zu bringen. Die Papiergeldwirtschaft mit allen ihren Auswüchsen blieb unangetastet, die wachsenden Militärausgaben vergrößerten immer mehr das Defizit, und alle Versuche, die Barzahlungen aufzunehmen, führten trotz der Entwicklung der Geldwirtschaft auf dem Lande zu nichts.

Das für 1854 präliminierte Defizit betrug 95 Millionen Gulden. Für die Armee allein waren 112 Millionen angesetzt, aber schon in den ersten drei Monaten des Finanzjahres wurden über 115 Millionen beansprucht. Es blieb nichts übrig, als eine neue Anleihe aufzunehmen.

Der Erlaß des Finanzministers vom 23. Februar 1854 hatte eigentlich den Zweck, die europäische Finanzwelt günstiger zu stimmen. Hätte Marx gewußt, daß die volltönenden Versprechungen der Regierung nicht nur hohl, sondern direkt unredlich waren, weil das im Umlauf befindliche Staatspapiergeld nicht 150 Millionen, sondern mehr als 200 betrug (A. Beer, Die Finanzen Österreichs im neunzehnten Jahrhundert, 1876,

S. 253, Anmerkung), so wäre sein Urteil noch härter ausgefallen. In seiner Kritik knüpft er an eine allerdings von ihm nicht genannte Broschüre — deren Zahlen er teilweise benutzt —, die vermutlich im Auftrag des österreichischen Finanzministeriums in Leipzig herausgegeben war, um die österreichische Finanzverwaltung reinzuwaschen. (Der gegenwärtige Stand der Finanzen und des Geldumlaufs in Österreich. Von einem Unbeteiligten. 2. Auflage. Leipzig 1853.) Die weiteren Ereignisse haben in deutlichster Weise bewiesen, wie unbegründet der Optimismus des „Unbeteiligten" war.

Im März 1854 war Czörnig nach Paris geschickt worden mit dem Auftrag, alle vorbereitenden Schritte für eine neue Anleihe zu machen. Aber die Situation war, wie Marx ganz richtig hervorhebt, nicht sehr günstig. Die Anleihe der französischen Regierung nahm das ganze disponible Geld in Anspruch. In London ging es nicht besser. Nur in Amsterdam und Frankfurt gelang es, eine Anleihe von 3 Millionen Gulden aufzutreiben. Aber es war ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Der russische Rückzug. Als Leitartikel in der Tribune am 30. März 1854 veröffentlicht, ist er schon früher, am 18. März, in People's Paper mit den Initialen K. M. gedruckt worden. Er ist aber von Engels verfaßt. So schreibt Marx in dem Briefe vom 29. März 1854: „Du erklärtest in Deinem Aufsatz über den Retreat der Russen von Kalafat diese Bewegung aus einem zu Odessa, aus Rücksicht auf die englisch-französische Armee, aufzuschlagenden Lager. Es scheint aber, nach den letzten Nachrichten, daß die Russen an der entgegengesetzten Seite die Donau überschritten haben oder überschreiten wollten."

Engels antwortet auf diese kritischen Bedenken in dem Briefe vom 3. April 1854. Es scheint, daß seine Argumentation — er beweist, daß der Übergang über die Donau rein defensiver Natur sei, weil die Russen sich gleichzeitig aus dem größten Teile der Walachei zurückzogen — Marxens Zweifel vollends zerstreute, und in dem Briefe vom 3. Mai 1854 schreibt er Engels, daß seine „Militaria" — „Rückzug der Russen aus Kalafat und Stellung in der Dobrudscha" — sich famos bestätigen.

In der Tat erzwangen die Russen den Übergang an einer ganz anderen Stelle der Donau, weit von Kalafat — bei Galatz, Braila und Tultscha —, nötigten die am rechten Ufer sich befindenden kleinen Forts Matschin, Isaktscha und Tultscha zur Übergabe, nahmen im Sturm Hirsowa und bemächtigten sich der Dobrudscha. Diese Offensive war die Antwort auf die Kriegserklärung und erschreckte die Westmächte so sehr, daß sie sich auf eine baldige Ergreifung Adrianopels gefaßt machten und daher glaubten, sie müßten zuerst Konstantinopel verteidigungsfähig machen. Der Rückzug von Kalafat wie die gleich nachher erfolgte Räumung der kleinen Walachei wurden von den Russen vorgenommen nicht nur, um einer weiteren Zersplitterung der Streitkräfte vorzubeugen, son-

dern auch, um Österreich zu beruhigen. Lag doch Kalafat dicht an der österreichischen und serbischen Grenze, und eine Konzentrierung der russischen Kräfte oder eine Offensive, dort unternommen, konnte von Österreich nur als Versuch aufgefaßt werden, einen Aufstand in Serbien, also auch in den südslawischen Provinzen hervorzurufen. Man glaubte damals — die Behauptung wird auch jetzt wiederholt —, daß Omer-Pascha absichtlich den größten Teil seiner Kräfte vor Kalafat konzentrierte, um „Österreich zu beobachtenden Maßregeln zu veranlassen" (Geffcken) oder ein Vordringen der Russen auf der Linie von Widdin über Sofia gegen Konstantinopel zu verhindern.

Die Dokumente über die Teilung der Türkei. — Die geheime diplomatische Korrespondenz. Die Veröffentlichung erfolgte am 18. März 1854 und ging unmittelbar der Kriegserklärung voraus. Das Ministerium, das noch kurz vorher alle diese Dokumente in den Blaubüchern unterdrückt hatte, wurde dazu durch einen Artikel in dem russischen Offiziosus, Journal de St. Petersbourg, gezwungen, der eine scharfe Antwort auf die Angriffe Russells in der Sitzung vom 17. Februar enthielt und sich auf geheime Unterhandlungen zwischen Rußland und England berief. Es war ein ungewöhnlicher Schritt, der im Widerspruch mit den Traditionen der Diplomatie stand, man hoffte aber damit sich vor der „öffentlichen Meinung", die noch Schlimmeres witterte, zu rechtfertigen und, obendrein, die russische Regierung zu kompromittieren. Es war ein Appell an „Europa" gegen „Asien", an die „Völker" gegen den Obertyrannen. Das Ziel wurde erreicht, man traf aber auch sich selbst. Hatte sich bis dahin die westeuropäische Menschheit damit trösten können, daß die Methoden der Geheimdiplomatie, wie sie von dem Portfolio enthüllt worden waren, eine Spezialität der russischen Diplomatie bildeten, so stellte sich jetzt heraus, daß hinter dem Rücken des allmächtigen englischen Parlaments Übereinkommen geschlossen und Unterhandlungen gepflogen wurden, von denen das Schicksal ganzer Nationen abhing. Die Korrespondenz zeigte, daß die westeuropäischen Diplomaten und ihre Regierungen ebenso ungeniert wie die russischen über kleine Völker verfügen. Das, was vom Standpunkt der einfachen Moral als Betrug, Erbschleicherei, Lüge, Fälschung, Treubruch erschien, nahm in der Sprache der Diplomatie die korrekte Form von Staatsnotwendigkeiten an. Jeder halbwegs ehrliche Privatmann würde es mit größter Entrüstung zurückweisen, wenn man ihm etwa den Vorschlag machte, einen nichts ahnenden Nachbarn auszuplündern, schlägt aber ein Staat dies dem anderen vor, so wird es ganz ernstlich in Betracht gezogen und nur aus Gründen der politischen Zweckmäßigkeit abgelehnt.

Freilich machte die Veröffentlichung auf die „große Masse" nicht den Eindruck, den Marx von ihr erwartete. Man übersah anfangs alles, was in dieser noch keineswegs lückenlosen Wiedergabe der Unterhand-

lungen zwischen England und Rußland auch das englische Ministerium stark kompromittierte. Die Entrüstung über den russischen Zaren war zu stark, als daß noch Raum für eine Kritik der eigenen Regierung gewesen wäre. Erst nachher — besonders unter dem Einfluß von Urquhart und unter Mitwirkung von Marx — gaben diese Enthüllungen den Anstoß zu einem systematischen Feldzug gegen die Geheimdiplomatie, den die von uns schon erwähnten Foreign Affairs Committees in der Presse und in Versammlungen führten.

Manteuffels Geheiminstruktionen an Bunsen, die — auf ganz andere Weise, als Bunsen sich in Besitz seiner Privatbriefe setzte — in Marxens Besitz gelangt waren, hatte ihm Lassalle übermittelt. (Brief vom 7. März 1854, Mehrings Nachlaßausgabe, IV, S. 83, 84.)

Kriegserklärung. — Muselmanen und Christen. Der Kriegserklärung ging der Abschluß eines Allianzvertrags mit der Türkei voraus, der erst am 12. März 1854 unterzeichnet wurde, ein neuer Beweis, wie berechtigt die Zweifel waren, die diese Verspätung nicht nur bei Marx hervorgerufen hatte. Als der Inhalt des Vertrags veröffentlicht wurde, zeigte sich gleich, warum die Sache so verschleppt worden war. Die Türkei, obwohl „krank", befand sich damals noch lange nicht in einer solchen Situation, um sich die Rolle einer untergeordneten Schachfigur in den Händen ihrer „Freunde" ohne weiteres gefallen lassen zu müssen. Oder wie der Geschichtschreiber der Türkei, Rosen, sagt: „Der Türkei in jeder Beziehung unendlich weit überlegen, sahen sie (die Westmächte) voraus, daß der bei weitem größte Teil der Last des Krieges oder doch wenigstens seiner Opfer ihnen zufallen werde. Es war daher nur natürlich, wenn sie von dem Diwan Zugeständnisse forderten, welche denselben ihnen gegenüber in ein zeitweiliges Abhängigkeitsverhältnis stellten und seiner Initiative in den wichtigsten Beziehungen große Beschränkungen auferlegten. Zu diesen Zugeständnissen konnten die türkischen Minister sich nur schwer verstehen, und sie gewährten sie lediglich in dem Gefühl, wie es sich hier um Sein oder Nichtsein handle, so daß es sich gezieme, alle geringeren Rücksichten hintanzusetzen."

Wenn auch in der von Marx skizzierten Darstellung der Geschichte der Kapitulationen offenbar die Tendenz vorhanden ist, alles Lächerliche in dem kleinlichen Streit um die heiligen Stätten zu betonen, wo die Türken zu Schiedsrichtern zwischen den verschiedenen christlichen Konfessionen wurden, so ist sie doch im allgemeinen noch bis heute richtig. Man vergleiche sie mit der Darstellung, die Bamberg in dem zweiten Kapitel seiner Geschichte der orientalischen Angelegenheit gibt, und man wird gleich sehen, daß in den entsprechenden Teilen das Tatsachenmaterial dasselbe ist. Beide benutzten das Werk von Poujoulat, La France et la Russie à Constantinople — La question des Lieux Saints, Brüssel 1853.

Die Kriegsdebatte im Parlament. Deutsch zuerst in der „Reform" (20. bis 22. April 1854) erschienen. — Vergleicht man den Marxschen Bericht über die Sitzung vom 31. März 1854 mit der Darstellung, die im Annual Register gegeben ist — bis jetzt existiert keine andere, außer dem parlamentarischen Bericht im Hansard —, so sieht man gleich, wie recht er mit seiner Behauptung hatte, die von verschiedenen Rednern gebrachten Enthüllungen bestätigten seine frühere Analyse der Geheimkorrespondenz. Nichts zeigte so grell die Machtlosigkeit des Parlaments in allen Fragen der auswärtigen Politik, als die Geschichte des berühmten Memorandums von 1844. Wenn die neueste Darstellung, die Stern im 6. Band seiner Geschichte Europas gibt, den Besuch des Zaren Nikolaus als ein vollständiges Fiasko und das Memorandum als eine nach London übersandte Denkschrift Nesselrodes schildert, die dies Fiasko verdecken sollte, so beweist es nur, daß ihm die Umstände, die diesem Besuch vorausgingen, wie auch die Enthüllungen, die in der Sitzung des Oberhauses vom 31. März gemacht wurden, unbekannt geblieben sind. Daher kann er auch sagen, das Geständnis Malmesburys — das wir schon früher zitierten — bleibe unbewiesen (a. a. O., VI, S. 65). Umgekehrt. Der von Malmesbury im Oberhaus zugestandene — und von Aberdeen wie Granville, dem Nachfolger Palmerstons im Whigministerium zugegebene — offizielle Charakter des Memorandums, die Rolle, die Brunnow bei jedem Wechsel im Ministerium des Auswärtigen spielte, zeigen vielmehr, daß Nikolaus im guten Glauben behaupten konnte, er habe ganz „offen" und nicht, wie Russell sagte, hinterlistig oder falsch gehandelt. Gerade für England waren seine Vorschläge nichts „Unerhörtes". Wäre das Memorandum kein „provisorisches, bedingungsweises und geheimes Übereinkommen" zwischen England und Rußland gewesen, wie es Malmesbury im Oberhaus definierte, so wären auch alle Maßnahmen unverständlich, die getroffen wurden, um das Geheimnis zu wahren. Es liefert — für die Zeit von 1844 bis 1853 — den Schlüssel zum Verständnis der orientalischen Politik Englands, die fast immer im Gegensatz zu Frankreich und im Einvernehmen mit Rußland von Aberdeen ebensogut wie von Malmesbury und Palmerston geleitet wurde. Im Hinblick auf das jetzt befreundete Frankreich suchte Aberdeen den Skandal abzuschwächen. Er versicherte, daß er den Inhalt, wenn nicht buchstäblich, so dem Geiste nach, der französischen Regierung sofort mitgeteilt habe. Das wiederholt sein Gewährsmann, Mac Night, der sich in seiner anonym erschienenen Geschichte der englischen auswärtigen Politik so viel Mühe gibt, zu beweisen, daß keineswegs, wie gewöhnlich angenommen wird, zwischen Aberdeen und Palmerston ein prinzipieller Gegensatz bestand, aber auch er bezeichnet das Memorandum als ein „Engagement". — Palmerston, dem die Geschichte des Dokuments sehr gut bekannt war, war zu gescheit, um dem Beispiel seiner Kollegen im Oberhaus zu folgen, und überging im Unterhaus die ganze Affäre mit Schweigen. Als

Ersatz bot er den Vertretern des „Volkes“, die sich viel weniger mit den Fragen der auswärtigen Politik befaßten als die Mitglieder des Oberhauses, eine „patriotische“ Rede gegen Rußland. Disraeli, der in das Geheimnis eingeweiht war, konnte aber nicht umhin, in seine Rede die sarkastische Bemerkung hineinzuflechten, daß man Nikolaus keinen anderen Vorwurf machen könne als den „verhängnisvoller Offenheit“.

Wenn Marx sich so über den „offenen Verfassungsbruch“, über die Mißachtung der „Volksvertretung“ entrüstet, so beweist es nur, daß auch ihm damals der notwendige Zusammenhang des bürgerlichen Parlamentarismus, der, trotz aller scheinbaren Konzessionen an das Volk, ein Instrument in den Händen der herrschenden Klassen bleibt, mit einer Geheimdiplomatie noch nicht ganz klar war. Eiferten die verschiedenen Cliquen der englischen Oligarchie auch noch so leidenschaftlich gegeneinander im Parlament, so war ihr Auftreten doch noch immer solidarisch genug, dem „Volke“ nicht die Grundlage ihrer Macht preiszugeben. „Denn es ist unparlamentarisch“ — sagte schon Robert Peel —, „daß ein Minister, der eine große Mehrheit im Hause besitzt und dem alle Staatsarchive zugänglich sind, seine Gewalt zu dem Zwecke gebraucht, die Politik seiner Opponenten zu verurteilen.“ Sorgten die bürgerlichen Parteien, seit dem Aufschwung der Arbeiterbewegung, schon in den Fragen der inneren Politik dafür, daß keine „unbefugten Leute“ oder nur solche, die ihre „staatsmännische Gesinnung“ bereits in glänzender Weise dokumentiert haben, mit allen Geheimnissen der Staatsmaschinerie vertraut werden, so gilt das noch mehr in Fragen der auswärtigen Politik, die viel höhere Anforderungen an die Träger der „Herrenmoral“ stellt. Daher auch die Erscheinung, die alle englischen Ministerien charakterisiert, nach dem Krimkrieg noch mehr als vor ihm: ob konservativ, ob liberal, ob liberalradikal, das jeweilige Kabinett behandelt das Parlament in derselben Weise, wie es der mehr redselige Palmerston oder der „schweigsame“ Clarendon getan haben. „Schwebt“ eine Angelegenheit, so bekommt die Volksvertretung leere Redensarten oder keine Antwort, ist die Angelegenheit erledigt, so hat sie die Möglichkeit, über die vollzogene Tatsache ein wenig zu „debattieren“, wenn sie nicht vorzieht, sich über „alte Geschichten“ nicht aufzuregen. Es ist eine sehr traurige Erscheinung. „Während man in der Gemeinde um einen Sixpence knausert“ — klagte in den fünfziger Jahren ein englischer Radikaler —, „befinden wir uns hier, im Hause der Gemeinen, fertigen Tatsachen gegenüber und müssen zuletzt ohne Besinnen zehn Millionen Pfund Sterling für eine Weihnachtspantomime mit scharfen Patronen votieren.“ Schon die Tatsache, daß sechzig Jahre später die englischen Radikalen den Kampf gegen die Geheimdiplomatie mit denselben Argumenten zu führen gezwungen sind — die Kosten sind unvergleichlich höher geworden —, zeigt ganz deutlich, daß die Geheimdiplomatie mit dem bürgerlichen Parlamentarismus ebenso unzertrennbar verbunden ist wie mit dem Absolutismus

oder dem Scheinkonstitutionalismus. Das „gerichtliche Verfahren", von dem Marx spricht, mußte eben nicht nur die Minister, sondern auch die parlamentarischen Parteien, die sie vertreten, nicht nur diese Parteien, sondern auch die herrschenden Klassen Englands selbst treffen.

Auf die Episode mit dem Memorandum und die Debatten im Oberhaus kommt Engels in seiner Broschüre „Savoyen, Nizza und der Rhein" zurück (Dietzsche Ausgabe, S. 42, 43), seine Darstellung ist in allen Einzelheiten jedoch nicht ganz richtig.

Preußische Politik. In der Tribune als Leitartikel erschienen, bildet dieses Kapitel bestimmt den Teil einer längeren Korrespondenz, deren Rest in der Nummer vom 16. Mai gedruckt ist. Wir haben Grund, zu vermuten, daß es von Engels geschrieben ist. Der Eingangs- und Schlußpassus rühren von Dana her, dessen redaktionelles Eingreifen auch an anderen Stellen bemerkbar ist. — Außer auf die allgemein bekannten Quellen konnten Engels und Marx sich noch auf die Informationen Lassalles stützen, die im allgemeinen ziemlich genau die verschiedenen Strömungen der preußischen Politik wiedergaben. Der alte Feldmarschall, Graf Dohna, sprach in seiner Rede in Danzig die Hoffnung aus, daß es ihm noch gelingen werde, den Feldzug nach Paris zum drittenmal zu wiederholen. Er gehörte mit Gerlach und Gröben zu den Führern der „kleinen, aber mächtigen Partei", die in dem Zaren den mächtigsten Vertreter der konservativen Sache in Europa und der Junkerherrschaft in Preußen verehrte. Über General v. Heß und seinen Besuch in Berlin, wo er „Rußland fand", teilt uns Friedjung folgendes mit: „Als Gerlach nebst dem Grafen von der Gröben zugleich mit Manteuffel zur Führung der Unterhandlungen bestimmt wurde, erklärte Heß: Darauf könne er nicht eingehen, ebensogut sei ihm zuzumuten, mit dem russischen Feldmarschall Paskewitsch den Vertrag abzuschließen."

Im Gegensatz zu der Kreuzzeitungspartei stand die Partei des Preußischen Wochenblatts oder die Bethmann-Hollweg-Partei, die, wie Bismarck sagt, von Pourtales und Bethmann-Hollweg „finanziert" wurde. Zu ihr hielt auch der Thronfolger. Manteuffel pendelte zwischen beiden hin und her, aber zusammen mit dem letzteren war er entschieden gegen ein Bündnis mit Rußland, das gegen die Westmächte gerichtet wäre. Man wollte den Zaren zur Räson bringen, indem man ihm ein enges Einvernehmen aller Großmächte entgegenstellte. Am besten kann man diese Politik als eine Neutralitätspolitik, aber mit einer Spitze gegen Rußland, bezeichnen. Da hinter der Partei die Bourgeoisie stand, so legte sie auf die Verteidigung der deutschen Handelsinteressen an der Donau auch viel mehr Wert.

Entschieden antirussisch war Vincke. In seiner Rede kritisierte er scharf die Neutralitätspolitik und sprach sich für ein Bündnis mit den Westmächten gegen Rußland aus. Er wollte daher die geforderten Kredite nicht bewilligen, solange nicht Garantien dafür gegeben seien, daß

Preußen „seine Schuldigkeit" gegenüber Europa tun werde, daß das Geld nicht für einen Krieg zugunsten Rußlands verausgabt werde. Wie stark das Mißtrauen gegen die „russenfreundliche" Regierung war, erhellt schon daraus, daß der Kriegsminister Bonin, um die Bewilligung durchzusetzen, die Möglichkeit eines solchen Krieges als ein Ding bezeichnete, das man nicht voraussetzen dürfe: Solon wollte nicht, daß man den Vatermord verbiete!

Die im Artikel ausgesprochene Vermutung, daß der ganze russische Handel durch preußische Kanäle gehen würde, bewahrheitete sich vollständig. Noch mehr. Ohne den preußischen Import wäre es für Rußland überhaupt unmöglich gewesen, den Krieg so lange auszuhalten. Alle Schwierigkeiten und Zollschikanen, über die sich die preußischen Importeure bisher immer beklagten, wurden aufgehoben, und die preußische Industrie nutzte die günstige Konjunktur vortrefflich aus. Daher konnte auch Friedrich Wilhelm IV. mit Recht dem Prinzen Albert schreiben, daß seine „fleißigen Rheinländer" sich um den Türken sehr wenig kümmern und „absolute Neutralität" von ihm forderten.

Die Kriegstaten im Baltischen und im Schwarzen Meere. Von Marx unterzeichnet — mit seinen Initialen auch im People's Paper schon am 27. Mai 1854 unter dem Titel „Der Krieg" gedruckt —, ist der Artikel von Engels verfaßt. Aus dem Briefwechsel erfahren wir, daß er überhaupt während der zweiten Hälfte des Monats Mai „den amerikanischen Dienst" für Marx zu leisten gezwungen war. „Zur Vermehrung des Pechs seit Freitag (Donnerstagnacht)," schreibt Marx am 22. Mai 1854, „alle drei Kinder die Masern, so daß das Haus in ein wahres Lazarett verwandelt ist.... Ich verlasse mich darauf, daß Du noch *diese ganze Woche* den amerikanischen Dienst für mich tust, da ich zum Schreiben noch total inkapabel." Auch das folgende Kapitel — über den *Stand der englischen Armee* — rührt von Engels her.

Times. — Bundesvertrag zwischen Österreich und Preußen. Ebenso wie das Kapitel über die englische Armee fehlt auch dieses in der Avelingschen Sammlung. Einige Angaben über das Parlament sind fortgelassen. — Die Frage, ob der Vertrag vom 20. April für die Westmächte oder für Rußland günstiger war, wird ebenso wie die Frage, ob dieser Vertrag für Preußen oder Österreich vorteilhafter war, noch heute in der historischen Literatur eifrig debattiert. Stellt man sich auf den Standpunkt, daß es sich um einen „Vernichtungskrieg" gegen die russische Vorherrschaft handelte — und ein solcher war nur im Bunde mit Preußen und Österreich möglich —, so war der Vertrag mit seiner Aufrichtung einer unübersteigbaren Grenze zwischen den Westmächten und Rußland eine Absage an alle, die von dem Krieg etwas mehr erwarteten als die Aufrechterhaltung des europäischen Gleichgewichts oder eine Verteidigung

der Türkei. Der Beschluß, „sich gegenseitig den Besitz ihrer deutschen und nichtdeutschen Gebiete zu garantieren", war nicht gegen Rußland, sondern gegen die Westmächte gerichtet. In diesem Sinne kann man sagen, daß der Vertrag nicht mehr stipulierte, als was Rußland Ende Januar 1854 Österreich und Preußen für ein Neutralitätsbündnis gegen die Westmächte versprach. Haben England und Frankreich, wie Blackett im Unterhaus fragte, dem Vertrag ihre Sanktion gewährt, so haben sie von Anfang an auf jedes Pressionsmittel gegen Österreich und Preußen verzichtet, so haben sie ihrem Kriege — „dem Kriege der Zivilisation gegen die Barbarei" — bestimmte Grenzen gesetzt, so haben sie die Sache Polens, Ungarns, Italiens von vornherein geopfert. Somit blieb kein Platz für die Illusionen der italienischen und der ungarischen Emigration und noch weniger für die Illusionen und Hoffnungen der preußischen und deutschen Liberalen.

Aus russischen Quellen wissen wir jetzt, daß der preußische König alles getan hat, um Nikolaus zu überzeugen, daß der Vertrag nichts enthalte, was Rußland schaden konnte. Gewiß wäre es dem russischen Kaiser viel angenehmer gewesen, wenn Preußen und Österreich auf das von ihm im Januar vorgeschlagene Neutralitätsbündnis eingegangen wären. Die russischen Diplomaten waren aber nicht so naiv, nach der erfolgten Kriegserklärung der Westmächte auf dieser Forderung zu bestehen. Wenn Marx sagte, daß auch die Bedingungen, die offenbar gegen Rußland gerichtet waren, von Rußland selbst diktiert wurden, so wiederholte er die Argumente des preußischen Königs, der seinen „lieben Bruder" damit zu beschwichtigen suchte, daß als Kriegsfall solche Ereignisse bezeichnet würden, die absolut unmöglich seien, und daß der Vertrag ihm die Möglichkeit gebe, Österreich zu überwachen. Aus diesem Grunde sagt der preußische Diplomat Helmut v. Lucius, der in seiner als Manuskript gedruckten Geschichte der preußischen Politik während des Krimkriegs auch das Material im preußischen Staatsarchiv benutzen konnte, daß der Vertrag vom 20. April das einzige Mittel war, die Sache Rußlands zu fördern (Rôle politique de la Prusse pendant la guerre de Crimée, 1903, S. 52).

Freilich fand die „kleine, aber mächtige Partei" — es ist der zweite strittige Punkt —, daß man sich zu stark für Österreich und gegen Rußland engagiert habe. Das war auch die Meinung Bismarcks, des damaligen preußischen Gesandten am Bundestag. Ein „nützlicher und ganz ergebener Freund Rußlands", wie er in den russischen diplomatischen Depeschen bezeichnet wird, fand er, wie der österreichische Historiker Friedjung sagt, „mit gutem Grunde, daß der Vertrag seinem Staate keinen Nutzen brachte, sondern nur Lasten auferlegte und ihn am letzten Ende in einen Krieg mit Rußland verwickeln könnte". Erwerbungen waren nur auf Kosten Österreichs möglich, und gerade deshalb mißbilligte er den Abschluß des Vertrags. Wenn er nicht so energisch für die „Verjagung der Moslemin aus Europa" eintrat wie sein strenggläubiger Freund Gerlach, so konnte

er — Realpolitiker wie er war — nicht einsehen, warum Preußen so viel Opfer bringen mußte, um den Österreichern zu helfen, die Russen aus den Donaufürstentümern herauszudrängen. „Der 20. April täuscht die Erwartungen der deutschen Staaten und diskreditiert Preußen bei ihnen; sie sehen, daß Österreich sein Herr ist! Die Donaumündung hat sehr wenig Interesse für Deutschland, das Adriatische Meer, Englands Herrschaft der Jonischen Inseln und der Morea zehntausendmal mehr."

Es ist bekannt, daß es der Kreuzzeitungspartei gleich nach dem Abschluß des Vertrags vom 20. April gelang, den König nochmals in „russenfreundlichem" Sinne umzustimmen. Alle Russenfeinde, wie Pourtales, der angeblich Abgeordnete der Preußischen Kammer mit englischem Gelde bestochen hatte, wie Bunsen, der preußische Gesandte in London, der in einer geheimen Denkschrift dem König einen Plan zur Teilung Rußlands vorlegte, aber gleich darauf seine „Tollheit" bereute, wie der Kriegsminister Bonin, den jetzt die Strafe für seinen Solonspruch im Kammerausschuß erreichte, wurden entlassen. Der Prinz von Preußen, der seinerseits überzeugt war, daß das russische Gold „bis in die Vorkammer des Königs rolle", legte alle seine Stellen nieder. Manteuffel, der kurz vorher in einer Rede auf den Unfug hingewiesen hatte, den man mit dem Wort „Freiheit" treibe, und stolz erklärt hatte, seine Parole sei der „Dienst", zog es vor, dem Kronprinzen nicht zu folgen und seinem „Dienst" treu zu bleiben, um durch Taten zu beweisen, sein Werk, der Vertrag vom 20. April, gelte nicht Rußland, sondern den Westmächten.





